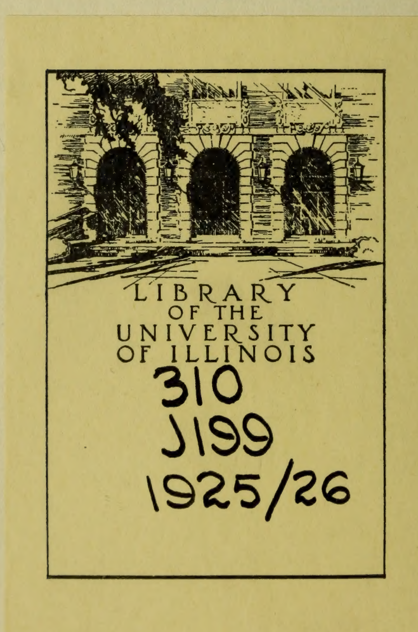
JAHRBUCH

FÜR

POLITIK - WIRTSCHAFT
ARBEITERBEWEGUNG

1925 - 26


LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS
310
J199
1925/26

Jahrbuch
für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung
1925-26

JAHRBUCH

für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung

1925-26

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN NW 6

Druck: „PEUVAG“ Papier-Erzeugungs-
und Verwertungs-Akt.-Ges., Abteilung
Friedrichstadt-Druckerei Berlin.

INHALT

I. ALLGEMEINER TEIL

Internationale Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung

Die Lage der Arbeiterklasse

Wirtschaftsleben

Wirtschaftsstatistische Tabellen

I. Landwirtschaft

II. Brennstoffe

III. Metallproduktion

IV. Textilindustrie

V. Welthandel und Weltverkehr

VI. Weltfinanzen

Weltpolitik

Demographische Notizen

II. DIE SOWJETUNION

Die Politik

Die Wirtschaft

I. Landwirtschaft

II. Industrie

Die neue Kultur

Das russische Proletariat

Gewerkschaftsbewegung und die Lage des Proletariats

Die unabhängigen und autonomen Republiken

III. BÜRGERLICHE STAATEN

Verzeichnis der wichtigsten Tabellen

Die Sowjetunion

*) Hier wird nur das Verzeichnis der wichtigsten Tabellen gegeben.

Verzeichnis der Karten und graphischen Darstellungen

VORWORT

Wir übergeben hiermit dem Leser den 3. Jahrgang unseres Jahrbuches.

Von vielen Seiten wurde die Frage aufgeworfen, warum das Jahrbuch nicht Jahr für Jahr erscheint, sondern nur jedes zweite Jahr. Die Redaktion eines solchen Werkes ist aber politisch und technisch eine so schwere Aufgabe, daß wir uns bisher nicht entschließen konnten, das Jahrbuch jährlich herauszugeben, in der Befürchtung, daß dadurch das Niveau desselben leiden würde. Vielleicht wird dies nach einiger Zeit, insbesondere, wenn die Genossen in allen Ländern der Welt uns in dieser Arbeit unterstützen werden, möglich sein.

Wir können bei dieser Gelegenheit feststellen, daß das Jahrbuch bereits einen festen Boden in der deutschen Literatur erworben hat. Nicht nur von den Funktionären der Kommunistischen Partei, sondern auch von bürgerlichen Schriftstellern, wie auch in amtlichen Angaben, z. B. dem „Reichsarbeitsblatt" wird das Jahrbuch als verläßliche Quelle für Angaben über die Wirtschaft und insbesondere über die Arbeiterbewegung benutzt.

Der neue Jahrgang weist gegenüber den vorhergehenden einige Aenderungen auf. Das Tabellenwerk über die Weltwirtschaft ist bedeutend erweitert und den aktuellen Problemen entsprechender gruppiert worden. Wir müssen an dieser Stelle sofort darauf hinweisen, daß gewisse Abweichungen zwischen den Zahlenangaben der Tabellen und den entsprechenden Angaben bei den einzelnen Ländern vorkommen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die verschiedenen statistischen Quellenwerke die Zahlen über denselben Tatbestand oft abweichend angeben. Da das Jahrbuch von verschiedenen Autoren bearbeitet wird und diese nicht immer dieselben Quellen benutzen, entstehen daher gewisse Differenzen. Diese Differenzen dürfen nicht überschätzt werden: Werden in ver-

schiedenen Quellen zwar nicht ganz gleiche, aber ungefähr zusammenstimmende Daten gebracht, so dienen sie im Gegenteil als Beweis für die annähernde Richtigkeit beider Zahlenangaben.

Eine wichtige Aenderung ist, daß wir die in den bisherigen Jahrgängen vorhandenen geographischen Karten abgeschaft haben und an ihre Stelle in größerer Zahl Kartenskizzen einfügten. Die geographischen Karten hatten den Nachteil, daß das Buch sich immer bei einer dieser Karten aufschlug, wodurch das rasche Blättern sehr behindert wurde. Da die geographischen Karten ohnehin in verschiedenster Form einzeln zu haben sind, glauben wir, daß die Einfügung spezieller Skizzen dem Leser einen besseren Dienst leistet*).

Manche Teile des Jahrbuches sind eingehender behandelt als bisher, wodurch auch der Umfang desselben etwas größer geworden ist. Wir sind uns im klaren darüber, daß einzelne Teile noch immer nicht allen Anforderungen entsprechen. Dies ist zum Teil die Folge dessen, daß die Mitarbeiter über die ganze Welt zerstreut sind und daß sich aus technischen Gründen der Druck lange hinziehen muß. Bei manchen Beiträgen war es der Redaktion möglich, die Angaben bis zum Schluß der Redaktion zu ergänzen; in manchen Fällen war dies wegen Mangels an verläßlichem Material nicht möglich. Daher der Umstand, daß bei manchen Ländern und Artikeln die Ereignisse bis Mitte dieses Jahres verfolgt sind, bei anderen Ländern aber früher zu Ende gehen.

Das Jahrbuch erscheint gleichzeitig in russischer Sprache, wobei der Teil über die Sowjetunion in der russischen Ausgabe bedeutend breiter und dem russischen Bedürfnis entsprechender dargestellt ist. Dieser Teil der russischen Ausgabe wurde von einer besonderen russischen Redaktion redigiert.

Ueber den zweiten Jahrgang des Jahrbuches und über einzelne Artikel desselben sind viele Kritiken erschienen, aus denen wir wegen ihrer prinzipiellen Wichtigkeit ganz kurz auf eine zurückkommen wollen, auf einen Artikel von Woitinsky in der „Gesellschaft" 1925, Band I, Seite 398 pass. Woitinsky kritisiert unsere Tabelle „Die Klassengliederung in den wich-

*) Ein Teil dieser Kartenskizzen ist dem Buch von Horrabin: „Wirtschaftsgeographie", (Verlag für Literatur und Politik Berlin SW 48) entnommen.

tigsten kapitalistischen Staaten". Seine Auffassung ist eine typisch sozialdemokratische: Er rechnet jeden, der im Lohnverhältnis steht, — mag er Fabrikdirektor, höherer Staatsbeamter, Geistlicher usw. sein, — zum Proletariat:

„Zum Proletariat gehören alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, alle, die Lohnarbeit leisten."

Dies ist eine rein formelle Definition, die wir, für die das Proletariat ein politischer Klassenbegriff ist, unmöglich als richtig anerkennen können. Bankdirektoren leben zwar formell vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, gehören aber politisch voll und ganz zur herrschenden Klasse. Scheinbar selbständige Heimarbeiter, Zwergbauern usw., obwohl sie formell nicht vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, gehören politisch zum Proletariat. Bei dieser verschiedenen Auffassung des Begriffes: Proletariat und Halbproletariat müssen natürlich unsere Berechnungen stark auseinandergehen.

Insbesondere beanstandet er unsere Berechnung über die Zahl des Proletariats in Deutschland. Wir hatten dieselbe unter der Annahme berechnet, daß die Proletarisierung Deutschlands in dem Zeitraum 1907—1920 in demselben Tempo fortgeschritten ist, wie in der Periode 1895—1907. W. behauptet, daß für diese Annahme kein triftiger Grund vorhanden sei. Aber die Teilergebnisse der Betriebs- und Berufszählung von 1925 zeigen bereits, daß unsere Annahme absolut richtig war!

Wir werden diese Tabelle auf Grund der neuesten Betriebszählungen für den nächsten Jahrgang des Jahrbuches umarbeiten.

Wir hoffen, daß das neue Jahrbuch trotz mancher noch anhaftender Fehler den Lesern einen ebenso guten Dienst leisten wird, wie die ersten beiden Jahrgänge.

QUELLENVERZEICHNIS

Zur Raumersparnis führen wir die Quellen der Daten nur dort an, wo diese einer vom Autor namentlich gezeichneten Arbeit entnommen sind oder zwischen den verschiedenen Quellen große Differenzen bestehen. Die Hauptquellen des statistischen Materials sind folgende:

Annuaire International de Statistique Agricole, Rom,

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin,

Annuaire Statistique, Paris,

Statistical Abstract for the United States, Washington,

Commerce Yearbook — United States Department of Commerce, Washington,

Yearbook of United States Department of Agriculture,

The Statesman's Yearbook, London,

The World Almanac, New York.

Zeitschriften:

Wirtschaft und Statistik, Berlin.

Wirtschaftsdienst, Hamburg.

Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung".

Reichsarbeitsblatt, Berlin.

The Economist, London.

Monthly Bulletin of Statistic, Geneva.

Federal Reserve Bulletin, Washington.

Survey of Current Business — Department of Commerce, Washington.

The Ministry of Labour Gazette, London.

Bulletin de Statistique Agricole, Rom.

Die neuesten Daten sind zum Teil der Tagespresse entnommen. Die russischen Daten stammen zum größten Teil aus amtlichen Mitteilungen der Volkskommissariate.

Eine vollständige Aufzählung der Quellen ist uns unmöglich, da die bei der Abfassung der verschiedenen Beiträge in den Ländern benutzten Quellen der Redaktion vielfach unbekannt sind, jedoch wurden die dort gegebenen Daten mit dem vorhandenen Material verglichen.

I.

ALLGEMEINER TEIL

INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG

Die Perspektiven der Weltrevolution

G. SINOWJEW

Zur Zeit des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland, zur Zeit der elementarsten Revolte des europäischen Proletariats unmittelbar nach dem Kriege schien es, als ob das Tempo der Weltrevolution ein sehr rasches sein sollte. Wir hatten damals eine Perspektive: die elementare Revolte des europäischen Proletariats steigert sich unter Führung der Kommunistischen Internationale in einem Zug bis zur Niederwerfung der Bourgeoisie, bis zur siegreichen proletarischen Diktatur.

Diese Perspektive hat sich, was ihr Tempo anbelangt, als unrichtig erwiesen. Wir haben daraus als Marxisten die Konsequenzen gezogen.

Seit dem V. Weltkongreß arbeiten wir dauernd im Zeichen zweier möglicher Perspektiven. Wir haben zum Teil schon auf dem III. Kongreß, dessen Beschlüsse heute von besonderem Gewicht und besonders aktuell und lebendig sind, ganz besonders aber seit dem V. Kongreß unsere ganze Arbeit so gestaltet, daß wir uns stets zwei mögliche Perspektiven vor Augen hielten. In welchem Sinne? Im Sinne des Tempos der Entwicklung (zum Teil auch der Marschroute der proletarischen Revolution), keineswegs aber im Sinne der Postulierung etwaiger Möglichkeiten hinsichtlich der Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution überhaupt.

Wir waren und bleiben deshalb auch fürderhin proletarische Revolutionäre. Wir sind überzeugt, daß die Diktatur des Proletariats auf der Tagesordnung der geschichtlichen Entwicklung steht. Jede neue Etappe in der geschichtlichen Entwicklung beweist uns die Berechtigung unserer Einstellung, die Richtigkeit unseres auf die proletarische Revolution abzielenden Kurses. Wir glauben, daß es unserer Generation noch beschieden sein wird, den Sieg des Proletariats im Weltmaßstabe

zu erleben. In dieser Hinsicht besitzen wir eine einheitliche, absolut unerschütterliche Perspektive. Vom Standpunkt des Tempos, der Frist dagegen, die im Leben aller Parteien eine außerordentlich bedeutungsvolle Rolle spielen, teilweise auch, wie erwähnt, vom Standpunkt der Marschroute der proletarischen Revolution, haben wir bei unserer Arbeit die Möglichkeit der Existenz zweier Perspektiven im Auge zu behalten, was auf dem V. Weltkongreß ja bereits ganz klar ausgesprochen worden ist.

In der Resolution des V. Weltkongresses wiesen wir darauf hin, daß die Komintern in dem gegebenen historischen Zeitabschnitt gezwungen ist, zwei Perspektiven ins Auge zu fassen:

Erstens die Perspektive des schnellen Heranreifens revolutionärer Konflikte, in dessen Verlauf der Sieg der proletarischen Revolution binnen drei, vier oder fünf Jahren eintreten kann, und zweitens die Perspektive eines langsamen Reifungsprozesses, einer sich in die Länge ziehenden Entwicklung der Weltrevolution.

Gewiß birgt das Vorhandensein zweier Perspektiven für unseren Kampf und unsere Tätigkeit mancherlei Unbequemlichkeiten in sich. Zuweilen wird diese Einstellung als Eklektizismus angesehen und als das Fehlen einer festen Linie der Komintern in den wichtigsten Fragen ausgelegt. Man meint zuweilen, es sei doch wohl besser, eine minder erfreuliche Perspektive als Ausgangspunkt zu haben, dafür aber eine, statt deren zwei. Allein, man übersieht hierbei, daß die Feststellung des Vorhandenseins zweier Perspektiven in Wahrheit durchaus nicht etwa Eklektizismus ist, der einem Mangel an entsprechendem Weitblick bei der Komintern entspringt, sondern durch den Gang der weltgeschichtlichen Entwicklung in der gegenwärtigen Periode bedingt wird.

Nach dem imperialistischen Weltkrieg, nach dem Sieg der russischen Revolution und besonders nach einer Reihe von Niederlagen der Revolution in verschiedenen Ländern haben sich die Verhältnisse sehr kompliziert gestaltet, so daß Voraussagen in bezug auf Tempo und Marschroute im Weltmaßstabe auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

Wir haben in den letzten Jahren einige sehr empfindliche Niederlagen erlitten: in Deutschland, in Bulgarien, in Estland. Wir müssen diese unsere Niederlagen sorgfältig studieren, die Lehren aus ihnen ziehen. Die wichtigste ist: die Notwendigkeit der Gewinnung der Massen, die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse einerseits, die Herstellung eines richtigen Verhältnisses der Kommunistischen Partei zu der Bauernschaft andererseits!

Trotz der Niederlagen und trotz der „labilen" Stabilisierung des Kapitalismus müssen wir auch weiterhin an den zwei Perspektiven festhalten, wie es folgende Analyse der Weltlage zeigt.

Zunächst einige Bemerkungen zur Frage der Marschroute. Wir haben unsere Blicke anfänglich allzu sehr Mitteleuropa zugewandt. Es war das die Zeit einer übertriebenen „Vorliebe" für Deutschland. Uns schien, daß in bezug auf den Ausbruch der proletarischen Revolution nach Rußland unbedingt Deutschland an der Reihe sei. Während der Tagung der Erweiterten Exekutive 1925 mußten wir indessen unser Augenmerk mehr England zuwenden und die Aussicht auf eine Revolution in Deutschland einstweilen etwas hinausschieben.

Der im Gefolge einer temporären Stabilisierung 1924/25 eingetretene Umschwung schien uns besonders frappant, da gerade Ende 1923 die Lage des deutschen Kapitalismus sich besonders katastrophal gestaltet hatte. Daher verhielten wir uns zu Beginn des Jahres 1925, verhielt sich damals die Erweiterte Exekutive gegenüber der vermeintlichen Reife der revolutionären Situation in Deutschland einigermaßen skeptisch. Zur Zeit sehen wir dagegen, daß Deutschland und Mitteleuropa durch neue wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten erschüttert werden. Ferner unterliegt es zwar keinem Zweifel, daß auf dem Balkan sich die Lage des Kapitalismus relativ stabilisiert hat, dennoch kann gerade der Balkan zur Quelle größter Ueberraschungen für den Kapitalismus werden.

In letzter Zeit macht sich ein neuer, äußerst schwerwiegender Faktor geltend: die Bewegung in China, die in ihrem Schoße ebenfalls mancherlei Ueberraschungen bergen mag.

Es ist sehr schwer, die geographische Marschroute der proletarischen Revolution, sei es selbst in allgemeinen Zügen, festzulegen und einzuschätzen. Betrachtet man die Lage im Weltmaßstabe, darf wohl behauptet werden, daß allem Anscheine nach die Revolution in Europa auf der Tagesordnung steht, während der Orient erst in zweiter Linie in Betracht kommt. Wir konstatieren aber auch, daß die europäische Revolution mit der nationalrevolutionären Bewegung des Ostens aufs innigste verbunden ist. Beide Prozesse greifen aufs mannigfaltigste ineinander und verlaufen parallel. Ihre gesonderte Betrachtung ist nur bedingt zulässig. Darauf folgt Amerika. So gelangen wir zur Reihe: Zunächst Europa, darauf der Osten und endlich Amerika.

So etwa glauben wir die mögliche Marschroute der nächsten Zeit andeuten zu müssen. Auch in dieser Frage müssen verschiedene Möglichkeiten, verschiedene Perspektiven im Auge behalten werden. Das Wachstum der Kommunistischen Internationale und ihre Reife müssen auch in der Fähigkeit der Voraussicht, der Berücksichtigung aller wahrscheinlichen Marschrouten der proletarischen Revolution und der Entwicklung der entsprechenden praktisch-notwendigen Konsequenzen zum Ausdruck gelangen.

Wir werden uns nicht dazu verleiten lassen — wie es einzelne Reformisten, z. B. Mister Cramp, anregen — unsere Aufmerksamkeit ausschließlich dem Osten zuzuwenden, Europa den Reformisten überlassen und zu einer „asiatischen Internationale" werden.

Wir werden auch weiterhin alljährlich gewisse Korrekturen an unseren Einschätzungen der Situation anbringen müssen, dergestalt, daß wir unser Augenmerk bald Mitteleuropa, bald dem Westen, bald England, bald dem Orient oder all diesen Gebieten in umgekehrter Reihenfolge zuwenden. Eines aber steht fest. Die Komintern verwandelt sich immer mehr in eine Weltorganisation und verharrt, ungeachtet dessen, daß sie in der Frage des Tempos an zwei Perspektiven festhält, in der Frage der Unvermeidlichkeit einer proletarischen Revolution auch weiterhin unerschüttert bei ihren bisherigen Grundanschauungen.

Die Tatsache, daß wir eine gewisse, wenn auch eine relative, eine schwache, aber doch eine Stabilisierung des Kapitalismus anerkennen, ändert an dieser unserer revolutionären Grundanschauung gar nichts.

Der Unterschied in dieser Frage zwischen uns und der Sozialdemokratie, uns und beispielsweise der Schule Kautskys, Hilferdings und Otto Bauers besteht durchaus nicht darin, daß wir das Bestehen gewisser Anzeichen einer temporären und relativen Stabilisierung des Kapitalismus in dem einen oder anderen Lande negiert hätten, während sie diesen Faktor anerkennen. Wir sehen diese Anzeichen, sprechen auch offen davon und werden das auch fürderhin tun. Wir sind stark genug, um keiner Illusion zu bedürfen, stark genug, um allen Gefahren offen ins Auge zu sehen, stark genug, um den Feind und seine Kräfte nach Gebühr einzuschätzen.

Worin besteht nun die wahre Differenz? Die wahre Differenz besteht darin, daß die Stabilisierung in den Augen der Sozialdemokratie weder eine relative noch eine vorübergehende ist, sondern als eine ganze neue Epoche des Kapitalismus erscheint. Die Sozialdemokratie vertritt die Auffassung, daß der Kapitalismus noch lange Zeit bestehen wird. Gewiß, meinen diese Herren, habe der Kapitalismus eine Kriegserschütterung durchgemacht, doch beginne er, sich wieder zu erholen, würde nach diesem Kriege möglicherweise sogar kräftiger dastehen als zuvor und Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte hindurch fortbestehen. Dies die sozialdemokratische Einstellung.

Wir unterscheiden uns von den Sozialdemokraten keineswegs dadurch, daß wir etwa das Bestehen einer temporären, vorübergehenden, relativen, kurzfristigen, schwachen Stabilisierung des Kapitalismus in dem einen oder anderen Lande leugnen. Vielmehr sehen wir diese Stabilisierung sehr wohl, weisen auf sie hin und werden entsprechend der jeweiligen faktischen Sachlage auch fürderhin auf sie hinweisen. Der Unterschied besteht darin, daß wir dem Kapitalismus nach wie vor den Tod prophezeien. Unsere Prognose bleibt in Kraft: Untergang des Kapitalismus und Diktatur des Proletariats nach einer relativ kurzen Zeitspanne! Die Prognose der Sozialdemokratie

dagegen lautet anders. Sie prophezeien eine Renaissance des Kapitalismus für Jahrzehnte, ja für ein ganzes Jahrhundert, ein Fortbestehen desselben während einer neuen langwährenden Epoche.

Aus diesem unüberbrückbaren Gegensatz folgt die Verschiedenartigkeit unserer Taktik: die Sozialdemokraten glauben nicht an die proletarische Revolution, sie verabscheuen diese; sie arbeiten im Interesse der Bourgeoisie. Aber große Massen sozialdemokratischer Arbeiter sehen dies heute noch nicht ein. Die Taktik der Einheitsfront ist der Weg, den Massen zu dieser Erkenntnis zu verhelfen. Die Taktik der Einheitsfront ist die einzig richtige Taktik, die uns von der gesamten gegenwärtigen Situation vorgeschrieben wird. Sie birgt selbstverständlich innere Gefahren in sich. Daß wir uns auf Glatteis bewegen, ist klar. Daß hieraus Gefahren entspringen, ist nicht minder einleuchtend. Reicht den Führern der Sozialdemokratie den kleinen Finger, und sie werden versuchen, sich der ganzen Hand zu bemächtigen. Die internationale Sozialdemokratie ist noch immer eine große Macht. Sie genießt die Unterstützung der internationalen Bourgeoisie. Alle diese Gefahren dürfen wir auch nicht einen Augenblick unterschätzen. Aber unser Weg ist richtig, es ist der Leninsche Weg. Wir dürfen von ihm weder nach rechts noch nach links abweichen.

Drei Jahre Kommunistische Internationale

JOHN PEPPER

Vom Ende des Jahres 1923 bis zum August 1926, fast drei Jahre des Lebens der Kommunistischen Internationale: — drei Jahre der Arbeit und des Kampfes.

Eine mächtige Entwicklung hat die Kommunistische Internationale vom dritten bis zum fünften Weltkongreß durchgemacht. In dieser Periode sind die Kommunistischen Parteien zu Massenparteien herangewachsen. Das Monopol der II. Internationale in der Arbeiterbewegung wurde in dieser Periode gebrochen. Die

Kommunistischen Parteien haben einerseits große Schritte in der Richtung ihrer Bolschewisierung getan, andererseits aber haben sie in jedem wichtigen Lande der kapitalistischen Welt den Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse aufgenommen. Die Kommunistische Internationale wurde eigentlich erst in diesen letzten drei Jahren zu einer wirklichen Weltpartei. Eine Weltpartei, einmal in dem Sinne der inneren Zusammengehörigkeit und auch in dem Sinne der allgemeinen Erfassung der Welt. In ihrer ersten Periode war die Kommunistische Internationale hauptsächlich eine mitteleuropäische Organisation. In ihrer zweiten Periode hat sie auch den Fernen Osten in ihr Tätigkeitsgebiet eingereiht und eigentlich erst in ihrer jüngsten Periode hat sie sich mit den Problemen des „Fernen Westens", nicht nur Großbritanniens, sondern auch mit den Vereinigten Staaten, Kanada und den latein-amerikanischen Ländern beschäftigt.

Als drei weithin sichtbare Meilensteine ragen in der Geschichte der Kommunistischen Internationale der letzten drei Jahre drei internationale Konferenzen hervor: der 5. Weltkongreß (im Juni/Juli 1924), die Erweiterte Exekutive von 1925 (März/April) und die Erweiterte Exekutive von 1926 (Februar/März). Jeder dieser drei Weltkongresse; denn auch die beiden Erweiterten Exekutiven waren eigentlich kleine Weltkongresse, bezeichnen eine Landmark im Bolschewisierungsprozeß und in der taktischen Entwicklung der Kommunistischen Weltpartei.

I. Demokratisch-pazifistische „Aera" — Einheitsfronttaktik

Den 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, den ersten ohne ihren Gründer Lenin, könnte man in folgenden Satz zusammenfassen: Die Analyse der Weltlage ergibt das Vorhandensein einer demokratisch-pazifistischen „Aera" und die taktische Antwort der Kommunistischen Internationale lautet: intensive Anwendung der Einheitsfronttaktik auf der ganzen Linie. Die Niedergangskrise des Kapitalismus ist nicht zu Ende, der Bourgeoisie ist es noch immer nicht gelungen, eine einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft herzustellen, die Reparationsfrage klafft wie eine offene Wunde noch immer ungelöst, eine Agrarkrise im Weltmaßstabe

schneidet mit ihrer Schere ins lebendige Fleisch des Bauerntums, gewisse Anzeichen einer industriellen Krise im gesündesten kapitalistischen Lande, in den Vereinigten Staaten, eine Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse — so kennzeichnet der 5. Weltkongreß das ökonomische Weltbild von 1924. Gleichzeitig aber stellte der Kongreß das Einsetzen einer demokratisch-pazifistischen „Aera" fest. Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale tagte in der Mitte der schwersten Reaktion, sozusagen auf der Höhe der faschistischen Welle; hat aber schon 1922 das Kommen einer demokratisch-pazifistischen „Aera" vorausgesagt. Der 5. Weltkongreß tagte in der Mitte dieser demokratisch-pazifistischen „Aera" und er hat, trotz dem Geschrei der Sozialdemokratie, die das Heranbrechen des Millenniums verkündete, die Kurzlebigkeit dieser demokratisch-pazifistischen „Aera" gesehen. Die Labour Party-Regierung in England, den Sieg des linken Blocks in Frankreich, die „friedlichen" Vereinbarungen der imperialistischen Regierungen für Deutschland, die Vorstöße der kleinbürgerlichen "Dritten" Partei La Follettes in Amerika, die de jure Anerkennung der Sowjetunion durch fast alle Großmächte: — dies waren die wichtigsten Kennzeichen des „Zeitalters" der Demokratie und des Pazifismus. Mit einem Wort: die II. Internationale war wieder ans Ruder gelangt. Der 5. Kongreß erkannte, daß angesichts des verlangsamten Tempos der revolutionären Entwicklung, der Erstarkung der Sozialdemokratie und der Offensive der Bourgeoisie, die breite und furchtlose Anwendung der Einheitsfronttaktik die einzige Antwort der Kommunisten sein kann. Der Kongreß aber hat die Waffe der Einheitsfronttaktik von dem Rost der rechten Fehler (Brandler-Radek), die zur Oktoberniederlage in Deutschland führten, gereinigt. Er stellte fest, daß die Einheitsfront unter keinen Umständen eine Vereinigung mit der Sozialdemokratie bedeuten kann, sondern nur eine Methode der Agitation und der Mobilisation der Massen ist. Die konkrete Parole der Einheitsfront, die Arbeiter- und Bauernregierung, bedeutet keine parlamentarische Koalition mit allen Arbeiterparteien, sondern ist nur die Massenparole zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats. Gleichzeitig aber hat der Kongreß den Kampf gegen die Ultralinken (Bordiga) aufgenommen, die jedes Manövrieren „prinzi-

piell" verwarfen, die die Einheitsfront nur auf dem Gebiet der Gewerkschaften angewandt wissen wollten, unter keinen Umständen aber auf dem Gebiet der Politik. Der Kongreß hat gegen die „banale parlamentarische Komödie" in Sachsen Stellung genommen; mit gleicher Stärke aber hat er sich gegen die „Schumacherei", gegen das Austreten aus den Gewerkschaften, gegen die Spaltung dieser wichtigsten Massenorganisationen des Proletariats gewandt. Der Kongreß mußte auch die ideologische Abrechnung mit dem Trotzkismus vornehmen. Die deutsche Oktoberniederlage und die schwere Absatzkrise der russischen Wirtschaft ließen die trotzkistische Opposition in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion anwachsen. Der Trotzkismus wollte einen Gegensatz zwischen der alten leninistischen Garde und der jungen Generation der Partei hervorrufen, unterschätzte die Rolle des Parteiapparats, verkannte die Rolle des Bauerntums als Verbündete der Arbeiterklasse, predigte die Freiheit der Fraktionsbildung innerhalb der Partei, vertrat gegenüber dem Aufbau des Sozialismus die Politik der ausländischen Wareninterventión. Der Weltkongreß stellte fest, daß die Plattform des Trotzkismus eine kleinbürgerliche Abweichung darstellt und bestätigte die Resolution der 13. Parteikonferenz und des 13. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Der 5. Weltkongreß löste die Parteikrise in Deutschland, und wenn auch diese Lösung manche ultralinke Gefahren der Zukunft in sich barg, hat sie doch die Einheit der Kommunistischen Partei Deutschlands gerettet. Er erreichte die Konsolidierung der Kommunistischen Partei Frankreichs durch den Kampf gegen die Rechten von der Sorte der Souvarine und durch Zusammenschluß des Zentrums mit dem linken Flügel. Der Kongreß hieß die norwegische Spaltung gut und beschloß die Vereinigung der Kommunistischen Partei Italiens mit den Terzini-Internationalisten. Die passive Haltung der Leitung der Kommunistischen Partei Polens während des Krakauer Aufstandes und der trotzkistischen Neigungen in der Diskussion der RKP (B) wurden vom Kongreß ebenso korrigiert wie die Passivität der tschechischen Partei in der nationalen und in der Bauernfrage. Der Kongreß erkannte rechtzeitig den Niedergangsprozeß des britischen Imperiums, stellte die

Linksschwenkung in der britischen Arbeiterbewegung fest und erklärte, daß das Schwergewicht der Arbeit der Kommunistischen Internationale jetzt auf Großbritannien zu übertragen ist. Der Kongreß gab die Parole der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung aus und hat dadurch das Fundament zur Gründung des anglo-russischen Einheitskomitees gelegt.

Die Bauernfrage wurde auf dem Kongreß durch die Begrüßung der Gründung der Bauerninternationale und durch die Stellungnahme gegen die Gründung von selbständigen politischen Parteien des Bauerntums gestellt. Als zentrale Frage der nationalen Probleme wurde das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Abtrennung behandelt. Der Kongreß bestätigte den Programmentwurf der Kommunistischen Internationale und stellte ihn in den Sektionen zur Diskussion. Der Kongreß warf auch die Frage der Reorganisierung der Parteien auf der Grundlage der Betriebszellen auf und auch, wenn auch nur ganz allgemein, den Fragenkomplex der Bolschewisierung.

Ohne Lenin, aber im Geiste des Leninismus — das ist die Bilanz des 5. Kongress' der Kommunistischen Internationale.

II. Relative Stabilisierung — Bolschewisierung

Keine akute revolutionäre Situation im allgemeinen, dem Kapitalismus ist es gelungen, die Nachkriegskrise zu überwinden, eine temporäre, relative Stabilisierung ist eingetreten —, so lautete die Analyse der Thesen der Erweiterten Exekutive von 1925. Die Erweiterte Exekutive stellte fest, daß die relative Stabilisierung sich in der Herstellung und sogar Vergrößerung des Produktionsapparates des Kapitalismus, in der Stabilisierung der Valuten, in der Herstellung der internationalen Kreditverhältnisse und in der zeitweiligen Ueberwindung der landwirtschaftlichen Krise äußert. Gleichzeitig aber zeigte sich klar, daß nicht nur die kapitalistische Welt, sondern auch die antikapitalistische Welt: die Welt der Sowjetunion einen Stabilisierungsprozeß durchgemacht hat.

Der Stabilisierung des Kapitalismus setzte die Erweiterte Exekutive die Stabilisierung der Kommunistischen Parteien, die

Losung der Bolschewisierung entgegen. Die Parole der Bolschewisierung wurde schon in einer ganz allgemeinen Form durch den 5. Weltkongreß gestellt. Aber erst die Erweiterte Exekutive 1925 hat diese Parole mit wirklichem konkreten Inhalt erfüllt. In fünf große Abschnitte lassen sich die Bolschewisierungsthesen der Erweiterten Exekutive zusammenfassen: die Bedeutung der Theorie, die Rolle der Partei, Annäherung der Partei an die Massen, die Frage der Verbündeten des Proletariats (Bauern, unterdrückte Nationen und Kolonien), die organisatorische und innere Durcharbeitung der Kommunistischen Parteien.

Im Zentrum der taktischen Erwägungen der Erweiterten Exekutive stand der Kampf um die internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Schon vor der Erweiterten Exekutive sind wichtige Schritte auf diesem Gebiete geschehen. Im November 1924, während der Anwesenheit der englischen Arbeiterdelegation in Moskau und während der Tagung des 4. Kongresses der Gewerkschaften der Sowjetunion wurde die Gründung eines anglo-russischen Einheitskomitees beschlossen. Am 18. November 1924 fand die gemeinsame Sitzung des Präsidiums der Kommunistischen Internationale und des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale statt, die die Verantwortung für diesen historisch so wichtigen Schritt auf sich nahm. Die Offensive des Kapitals, die Zersplitterung der Arbeiterbewegung, die Wehrlosigkeit des Proletariats gegenüber der wachsenden Macht der Reaktion hat in den Tiefen der Arbeitermassen den unwiderstehlichen Drang nach Einheit hervorgerufen. Die Kommunistische Internationale hat als erste diesen Einheitsdrang der Massen wahrgenommen und als erste die Parole der Einheit der Gewerkschaften herausgegeben. Die Erweiterte Exekutive hat die Gründung des anglo-russischen Einheitskomitees vollauf gutgeheißen, hat aber gleichzeitig manche taktischen Irrtümer im Kampf um die internationale Einheit der Gewerkschaften richtiggestellt. Sie bekämpfte den „Organisations-Fetischismus", das krampfhafte Festhalten an kleinen, blutleeren parallelen Gewerkschaften ohne Massen, sie korrigierte die Auffassung, daß der Kampf um die Einheit nur ein kleinliches Manöver sei und korrigierte auch die Irrtümer des „Einheitsfetischismus", der die Gewerkschaftseinheit um

jeden Preis, sogar um den Preis des Aufgebens des Kampfes gegen die Verräterei der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten anstrebt.

Die Politisierung von breiten Schichten von Bauernmassen in der Sowjetunion, die Bildung von Bauernparteien in einer Reihe von kapitalistischen Ländern bewog die Erweiterte Exekutive, sich mit dem Problem des Bauerntums intensiv zu beschäftigen. Sie stellte die Grundfrage: wer soll die Führung des Bauerntums übernehmen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Und ihre Antwort auf diese Schicksalsfrage lautete: das Proletariat kann weder die Macht erobern, noch sie behalten, wenn es nicht gleichzeitig die Führung über die großen Bauernmassen erobert und behält.

Das Verhältnis des Proletariats zu seinem zweiten Verbündeten, zu der kolonialen Revolution, wurde durch eine Kolonialkommission der Erweiterten Exekutive in einer Reihe von Resolutionen behandelt. Die Verhältnisse in der bunten Welt der Kolonien sind grundverschieden; trotzdem war es möglich, einige ihrer gemeinsamen Grundprobleme festzustellen: erstens, das Verhältnis der Kolonien zu dem imperialistischen „Mutterlande"; zweitens das Verhältnis der revolutionären kolonialen Bourgeoisie zu den anderen Klassen, zur Intelligenz, zum Proletariat; drittens das Verhältnis der nationalrevolutionären Bewegung zur kommunistischen Bewegung. Wie weit ist noch die koloniale Bourgeoisie revolutionär, und wie weit ist sie schon eine Verbündete der Bourgeoisie des imperialistischen „Mutterlandes"? Wie kann man die proletarisch-kommunistische Bewegung, die in den meisten Ländern noch schwach und jung ist, mit der allgemeinen revolutionären internationalen Bewegung koordinieren? Wie kann man das Verhältnis der Arbeiterklasse des unterdrückenden Landes zu den unterdrückten Massen der Kolonien herstellen? Wie können die Kommunistischen Parteien als Bindeglied des Proletariats der imperialistischen Länder mit den ausgebeuteten Volksmassen der Kolonien fungieren?

Zu diesen wichtigsten Fragen, die vom revolutionären Leben selbst aufgeworfen wurden, mußte die Exekutive praktische Antworten auf Grundlage der Eigenart der Lage für jede der wichtigsten Kolonien geben.

Offene bolschewistische Kritik der begangenen Fehler aller Sektionen gehörte zur Arbeit der Erweiterten Exekutive. Lenin prägte im Jahre 1921 das Wort von den linken „Kinderkrankheiten" des Sektierertums. Genosse Stalin aber prägte in der tschechischen Kommission der Erweiterten Exekutive das Wort von den „Greisenkrankheiten" des rechten Opportunismus.

Gegen ultralinks mußt man den Kampf in der Gewerkschaftsfrage und gegen die sektiererische Einstellung zu den Präsidentenwahlen in Deutschland aufnehmen. Diese Fragen wurden keine zentralen Fragen der Erweiterten Exekutive, da sie teilweise schon vor der Weltkonferenz erledigt wurden. Die Behandlung der Fragen aber lenkte die Aufmerksamkeit der Kommunistischen Parteien auf das Problem des Monarchismus und der Republik.

Die Verlangsamung der Entwicklung der Revolution hat diese Probleme auf die Tagesordnung mancher Kommunistischen Parteien gesetzt. Die Exekutive stellte fest, daß es mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun hat, wenn man den Kampf gegen den Monarchismus und für die Republik unter gewissen Umständen nicht als akute Tagesfrage, als eine brennende Frage auch für das Proletariat erkennt.

Gegen links mußte man die Front auch in der italienischen Frage richten. Man konnte mit Genugtuung feststellen, daß seit dem 5. Kongreß die italienische Partei sich vom Bordigismus, der das Haupthindernis auf dem Wege der Bolschewisierung der Partei bildete, befreite. Die Exekutive nahm Stellung gegen den Absentismus des Genossen Bordiga. Sein Beispiel zeigte mit klassischer Klarheit die innere Verwandtschaft zwischen ultralinken Abweichungen und rechten Fehlern. Auf dem 5. Kongreß erschien Bordiga noch als Ultralinker, auf der Erweiterten Exekutive von 1925 aber mauserte er sich schon zum Trotzkismus durch. Linke Fehler der amerikanischen Partei haben gleicherweise die Stellungnahme der Erweiterten Exekutive zu einem Problem von allgemeiner Bedeutung hervorgerufen: zur Frage der Labour Party. Die Frage der Labour Party hängt eng zusammen mit dem Hineinziehen von „neuen Weltteilen" in den Wirkungskreis der Kommunistischen Internationale. Das dominierende Problem für die Kommunistischen Parteien Mitteleuropas

ist die Sozialdemokratie. Der herrschende Faktor des politischen Lebens des Fernen Ostens ist die national-revolutionäre Bewegung. Das dominierende Problem des Fernen Westens aber ist die Labour Party-Frage. Für eine ganze Reihe von Ländern, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada, Südafrika, Australien ist das Hauptproblem in der Eroberung der Massen ihr Verhältnis zur Labour Party. Die „Workers (Communist) Party" in Amerika hatte im Jahre 1922/23 eine erfolgreiche Kampagne für die Labour Party geführt. Später aber entbrannte eine Diskussion darüber, ob man diese Kampagne fortsetzen solle, ob man sich an der Gründung einer Labour Party beteiligen, oder ob man die Initiative bei der Gründung einer Labour Party als opportunistisch von sich weisen solle. Die Erweiterte Exekutive entschied sich für die Beteiligung an der Labour Party in dem Sinne, wie Lenin schon 1908 das Labour Party-Problem betrachtet hat, als er sich für die Aufnahme der britischen Labour Party in die II. Internationale aussprach.

Die wichtigsten Schlachten gegen die rechten Gefahren wurden in der tschechischen Frage ausgefochten. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei machte eine ernste Krise durch, die sogar die Einheit der Partei gefährdete. Die Partei hatte einen sozialdemokratischen Flügel (Bubnik), oder mit anderen Worten, einen ständigen Krankheitserreger im eigenen Leibe. Das Problem war hier, wie man den sozialdemokratischen Flügel herausoperieren kann, ohne die Einheit der Partei zu zerstören, ohne den Massencharakter der Partei zu vernichten. Die Erfahrungen der Kommunistischen Internationale in der Beseitigung sozialdemokratischer Elemente zeigen uns bisher zwei Wege: den italienischen Weg, oder, mit anderen Worten, das Beispiel, wo das Zentrum der Partei (Serrati) mit dem sozialdemokratischen Flügel (Turati) in organischer Verbindung bleibt und eher mit dem linken, kommunistischen Flügel bricht, als die Rechten zu opfern; der zweite Weg ist der französische Weg, oder, mit anderen Worten, das Beispiel, wo es der Kommunistischen Internationale gelungen ist, das Zentrum (Cachin) mit dem linken Flügel in einem organisatorischen Bündnis zu vereinigen und die rechten sozialdemokratischen Elemente (Frossard) dadurch zu eliminieren. Der italienische Weg führte zur Zer-

splitterung der italienischen Massenpartei, der französische Weg führte zur Entwicklung einer kommunistischen Massenpartei. Der Erweiterten Exekutive ist es gelungen, eine Plattform zu finden, die das Zentrum mit dem linken Flügel in der tschechischen Partei für die gemeinsame Arbeit vereinigen konnte, mit der gleichzeitigen Ausmerzung der Bubnik-Krankheit. Die spätere Entwicklung bewies vollauf die Richtigkeit der Lösung der Exekutive.

Die zweite Schlacht des Bolschewismus gegen den rechten Opportunismus war der Kampf gegen die Brandler-Radek-Gruppe in Deutschland. Diese Gruppe versuchte durch geheime Fraktionsbildung die durch die Oktoberniederlage verlorene Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands zurückzuerobern. Die russische und deutsche Partei haben diese Fraktionsarbeit verurteilt und die Erweiterte Exekutive hat sich dieser Entscheidung angeschlossen.

Auch der Trotzkismus erschien wieder auf der Tagesordnung der Erweiterten Exekutive und er erschien gewissermaßen als eine Wiederholung — nur in zusammengefaßter und komprimierter Form — aller wichtigsten Probleme der Erweiterten Exekutive. Die Erweiterte Exekutive beschäftigte sich eingehend mit der Bauernfrage — der Trotzkismus erschien als Unterschätzung der Bedeutung der Bauernfrage. Die Erweiterte Exekutive beschäftigte sich mit dem Problem der Stabilisierung des Kapitalismus — der Trotzkismus erschien als Ideologie des einseitigen „Stabilisierungsfanatismus". Die Erweiterte Exekutive beschäftigte sich mit dem Problem der Bolschewisierung — der Trotzkismus erschien als Gegner der bolschewistischen Parteiorganisation und Parteiarbeit. Die Erweiterte Exekutive nahm den Kampf auf gegen die rechte Gefahr — und der Trotzkismus erschien als der breite Mantel, unter dem sich alle Opportunisten innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Internationale zu verstecken suchten. Durch die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive wurde der Trotzkismus als internationale Erscheinung in der Kommunistischen Internationale isoliert und liquidiert.

III. Schwankende Stabilisierung — Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse

Die 6. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale von 1926 tagte fast einen vollen Monat, und war

eigentlich ein kleiner Weltkongreß. Sie besaß auch die politische Bedeutung eines Weltkongresses: sie hatte große und komplizierte Aufgaben zu lösen. Sie mußte die Untersuchung der Weltlage durchführen, die in dem Jahre seit der 5. Erweiterten Exekutive keineswegs einfacher und eindeutiger geworden war. Sie mußte die Fortsetzung der tiefen allgemeinen Krise, das Andauern der Periode der Weltrevolution, gleichzeitig aber mußte sie die relative Stabilisierung des letzten Jahres in Rechnung ziehen. Als neues Moment mußte sie ferner die neu eingetretenen Schwankungen innerhalb des Stabilisierungsprozesses verzeichnen. Die Weltlage in der Analyse der Erweiterten Exekutive ergab folgendes Bild: das übermächtige Amerika, das niedergehende Europa, der aufsteigende Orient und das schnelle Wachstum aller Lebenskräfte der Sowjetunion. Die Industrialisierung der Kolonien, die steigende ökonomische Uebermacht Amerikas —, zwischen diesen zwei Mühlsteinen wird das heutige kapitalistische Europa zermahlen. Die Welthegemonie Europas geht immer mehr auf Amerika über. Zum erstenmal seit dem Weltkrieg befinden sich die drei wichtigsten Länder Europas, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, zu gleicher Zeit in einer tiefen Krise. Die Erweiterte Exekutive stellte fest, daß das Hauptmerkmal der Weltlage der Gegensatz zwischen Amerika und Europa ist. Locarno war der erste, wenn auch schwache Versuch der Schuldnernationen Europas, sich gegenüber Amerika als Kreditnation zu organisieren. Der wachsende Gegensatz Amerika-Europa bedeutet aber nicht soviel, daß die Gegensätze innerhalb Europas unter den kapitalistischen Ländern im Verschwinden wären. Ganz im Gegenteil. Das kapitalistische Europa kann sich gegen den amerikanischen Imperialismus nicht vereinigen, nur die Vereinigten Staaten des sozialistischen Europa — und so lautet die grundlegende politische Parole der Erweiterten Exekutive — sind fähig, den Kampf gegen die amerikanische Hegemonie aufzunehmen. Mit anderen Worten: Die Befreiung Europas vom Joch des amerikanischen Imperialismus, das Aufhalten des Niederganges Europas kann nur durch das Proletariat und die sozialistische Revolution geschehen.

Die großen Veränderungen in der Weltlage verursachten

auch tiefgehende Veränderungen in der Arbeiterklasse. Die Erweiterte Exekutive analysierte die wichtigsten Neuerscheinungen in der Arbeiterbewegung. Hand in Hand mit der fortschreitenden Entwicklung des amerikanischen Imperialismus geht eine Rechtsschwenkung der amerikanischen Arbeiterklasse, entwickelt sich das Klassenzusammenwirken zwischen Arbeiteraristokratie und Bourgeoisie. Entsprechend der Industrialisierung des Orients entwickeln sich ganz neue Zweige der Arbeiterbewegung in den Kolonien (Massengewerkschaften, proletarische politische Parteien, große Streikbewegungen in China, Indien). Auf Grundlage des Niedergangsprozesses des europäischen Kapitalismus radikalisiert sich schrittweise die europäische Arbeiterbewegung. Die großen ökonomischen und politischen Krisen, die eine Reihe der wichtigsten europäischen Länder erschüttern, die Massenarbeitslosigkeit, die eine permanente Erscheinung ist, die bitteren Erfahrungen der europäischen Arbeiter mit den bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierungen, das Beispiel der Sowjetunion, wo der Sozialismus aufgebaut wird, bedingen eine Radikalisierung der europäischen Arbeiterbewegung. Das anglo-russische Einheitskomitee, die Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland, die wachsende Sympathie der breitesten Arbeiterschichten für die Sowjetunion, die wachsende Aktivität und Kampfbereitschaft der proletarischen Massen, die Herauskristallierung eines linken Flügels in allen sozialdemokratischen Parteien, die verschiedenen Angebote seitens der Parteien der II. Internationale zur „Vereinigung" der II. und III. Internationale, die Erfolge der Kommunisten bei den Wahlen in manchen Ländern, das allgemeine Erstarken der kommunistischen Bewegung in Europa: — das sind die wichtigsten Symptome dieser Linksschwenkung.

Die Erweiterte Exekutive erklärte mit dem größten Nachdruck, daß angesichts dieser Tatsache die Anwendung der Einheitsfronttaktik die grundlegende Taktik der Kommunistischen Parteien bleiben muß. Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften, im nationalen wie im internationalen Maßstabe muß im Vordergrund der Taktik der Kommunistischen Internationale bleiben, da die Einheitsstimmung sich besonders in den Gewerkschaften bemerkbar macht. Die Schwankungen der

Stabilisierung des Kapitalismus wie die Radikalisierung der europäischen Arbeiterbewegung machen den Kampf um die Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse zur zentralen Aufgabe der Kommunistischen Parteien.

Die Stellungnahme der Kommunistischen Internationale zu den einzelnen Problemen der verschiedenen Länder ergab sich auf Grundlage der geschilderten Weltlage und der allgemeinen Lage innerhalb der Arbeiterbewegung.

Der mächtige Aufschwung der national-revolutionären Bewegung im Osten forderte selbstverständlich großzügige Kampagnen der Kommunistischen Internationale. Der Kampf der Kommunistischen Internationale wurde bedingt durch die neuen Merkmale der Situation des kolonialen Kampfes. Der Kampf schritt in Marokko und Syrien bis zu dem bewaffneten Aufstand vor. In China zeigte sich der in der Geschichte des kolonialen Befreiungskampfes bisher breiteste und tiefste Massenkampf der national-revolutionären Bewegung. In Indien, Aegypten und teilweise in China zeigten sich die ersten Symptome eines Abrückens der einheimischen Bourgeoisie auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie. Die Leitung des nationalen Kampfes geriet dadurch in neue, revolutionärere Hände. Die erste großzügige Klassenaktion des Proletariats des Ostens zeigte sich in China und auch in Indien. Kanton aber gab das Beispiel der ersten revolutionär-demokratischen Regierung des Ostens.

Die Kommunistische Internationale tat alles, um eine Kampfgemeinschaft zwischen dem westeuropäischen Proletariat und den kämpfenden Massen der Kolonien herzustellen. Die Kommunistische Partei Frankreichs hat einen tapferen Kampf für die Aufständischen Marokkos und Syriens geführt. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale begann schon im Juni 1925 die Mobilisierung des Proletariats zur Unterstützung des großen chinesischen Kampfes. Die II. und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale haben die Vorschläge einer Einheitsfront zugunsten des um seine Freiheit kämpfenden chinesischen Volkes abgeschlagen und sich auf die Seite der imperialistischen Mächte gestellt.

In Europa aber führte die Kommunistische Internationale

den Kampf gegen die „Amerikanisierung" der europäischen Arbeiterklasse, gegen die Infizierung des Proletariats mit den Lehren des Klassenzusammenwirkens der amerikanischen Arbeiteraristokratie. Die Erweiterte Exekutive sah die Hauptaufgabe aller Kommunistischen Parteien in dem konzentrierten Kampf um die Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse; sie fand aber, daß falsche Einstellung mancher Schichten der Kommunistischen Parteien ein Hindernis auf dem Wege der Annäherung an die proletarischen Massen bedeuteten. Zwei solche Gefahren beschäftigten in erster Reihe die Erweiterte Exekutive. Die rechte Gefahr in Frankreich, die mit ihrer noch immer sozialdemokratischen Einstellung ein Hindernis auf dem Wege der Eroberung der durch die große finanzielle und politische Krise Frankreichs aufgewirbelten proletarischen Massen war; und die andere Gefahr der Ultralinken in Deutschland, die noch immer nicht begriffen, daß die Grundbedingung der proletarischen Revolution in Deutschland das Niederbrechen der chinesischen Mauer zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Arbeitermassen ist.

Um die Bekämpfung der rechten Gefahren in Frankreich gruppierte sich dann der Kampf der Erweiterten Exekutive gegen die rechten Gefahren in anderen Parteien (Hula in der Tschechoslowakei, Wynkoop in Holland). Um die Bekämpfung der Ultralinken in Deutschland gruppierte sich die Bekämpfung der ultralinken Tendenzen in den anderen Parteien. (Bordiga in Italien, die „terroristische" Anwandlung in der KP Polens, die Ablehnung der Labour Party-Idee seitens der norwegischen Ultralinken).

Die Erweiterte Exekutive stellte fest, daß, je mehr die Krise der französischen Bourgeoisie fortschreitet, je größere Aufgaben auf die Kommunistische Partei Frankreichs warten, desto größer die Gefahr ist, die die Existenz einer halbsozialdemokratischen Gruppe in der Partei mit sich bringt. Die Rechten in der französischen Partei sind eine merkwürdige Mischung von Intellektuellen (Souvarine), die sich jetzt wieder zur Sozialdemokratie zurückentwickeln, und früheren Syndikalisten (Rosmer), die nach einer kurzen, kommunistischen Episode sich jetzt wieder zum Syndikalismus zurückmausern. Sie haben ihren Glauben an die Partei ver-

loren oder sie verstehen überhaupt nicht die führende Rolle der Kommunistischen Partei. Diejenigen, die zur Sozialdemokratie neigen, erklären: „Die Partei erstickt, sie liegt im Sterben." Die Neo-Syndikalisten aber protestieren gegen die führende Rolle der Partei in den Gewerkschaften. Die ganze Gruppe ist blind gegenüber den Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie, sie sieht nicht die tiefgehende Krise des französischen Staates, desto mehr übertreibt sie jeden Mangel der französischen Partei, desto mehr sucht sie nach „Krisen" in der Kommunistischen Internationale. Für sie liegt nicht nur die Kommunistische Partei „im Sterben", sondern die ganze Kommunistische Internationale; in den westeuropäischen Parteien ist „in dieser armen Periode, die auf Lenins Tod folgte", nichts vorhanden „außer Ruinen". Aber auch die russische Revolution sehen sie in ihrem defaitistischen Pessimismus „vernichtet". Sie behaupten, daß die „russische Arbeiterklasse nichts bemerkt hat von dem neuen sozialen Rhythmus". Souvarine protestiert gegen die Verhaftung der Menschewiki, beschimpft Lenin, sein Grab erinnere mehr an einen Mohammed oder Tamerlan, als an das eines Arbeiter- und Bauernführers. Immer mehr verfallen diese Rechten dem Sozialpatriotismus. Sie sabotieren den heldenhaften Kampf der französischen Kommunisten gegen den Marokkokrieg. Sie haben sich als Streikbrecher gegenüber dem 24stündigen Generalstreik benommen. Sie haben sich gegen die Verbrüderung mit den Rifkabylen erklärt, mit der Begründung, daß „keine Gleichheit des ökonomischen Entwicklungsgrades" zwischen dem französischen Proletariat und den Rifbauern besteht. Sie protestieren gegen eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen mit der Begründung, daß Elsaß-Lothringen ebenso wie Nizza und Korsika als ein vom französischen Reich endgültig annektiertes Gebiet betrachtet werden muß. Der syndikalistische Flügel der rechten Gruppe versteht nicht die Bedeutung des Kampfes für die Tagesforderungen der Arbeiterklasse. Sie wollen nicht gegen die Teuerung kämpfen, die Steuerfrage existiert für sie überhaupt nicht, sie behaupten, daß die Ausbeutung Frankreichs seitens Amerika eine Frage ist, die bloß die Bourgeoisie angeht. Und diese Halbsozialdemokraten und Neo-Syndikalisten erklären sich gleichermaßen gegen die Taktik der Einheitsfront: „es ist sowieso utopistisch",

die Massen von den reformistischen Führern trennen zu wollen. Sie haben sich auch gegen die Betriebszellen als Grundform der kommunistischen Parteiorganisation ausgesprochen.

Das Bild der Ultralinken in Deutschland zeigt dann die Kehrseite der Medaille, gibt sich als umgekehrter Menschewismus. Ohne die Eroberung der Arbeitermassen, die heute noch zur SPD stehen, keine proletarische Revolution in Deutschland. Die Ultralinken aber verstanden nur eine Methode, die Verbindung zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen — Verprügelung der sozialdemokratischen Arbeiter durch die Kommunisten. Für die Ultralinken ist die ganze bürgerliche Gesellschaft eine einzige reaktionäre Masse, deshalb verstehen sie nicht die Bedeutung des Kampfes gegen die monarchistische Gefahr, deshalb haben sie nicht einmal die Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten versucht. Die Ultralinken gaben die Parole aus: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ und haben dadurch für eine längere Periode die Partei fast wurzellos gemacht in den Arbeitermassen, haben dadurch die Partei an den Abgrund des Ruins gebracht. Die Ultralinken betrachteten die Kommunistische Internationale als eine „fremde Macht“, mit der man diplomatisiert, gegen die man die Politik der „doppelten Buchführung“ anwenden muß. Die Ultralinken beschuldigen die Sowjetunion der Politik des „roten Imperialismus“, sie wollen eine Revision des Leninismus vom „westeuropäischen Standpunkt“ aus. Sie glauben nicht an die Revolution, sie sprechen über eine jahrzehntelange Verschiebung der revolutionären Situation. Zu gleicher Zeit aber beschuldigen sie die Kommunistische Internationale und die Sowjetunion in der verleumderischsten Form des Liquidatorentums. Schon der EKKI-Brief vom August 1925, der den Selbstverständigungsprozeß, die Befreiung der deutschen Partei von der ultralinken Führung auslöste, stellt fest, daß der Kern dieser ultralinken Auffassung einerseits eine sozialdemokratische Ideologie ist, und sagte voraus, daß mindestens ein Teil dieser Ultralinken beim offenen Verrat enden wird. Schon vor der Erweiterten Exekutive hat sich diese Voraussage bewahrheitet. Katz, der wildgewordene Kleinbürger, verließ die Partei und bald nach der Erweiterten Exekutive folgte ihm Korsch, der

bürgerliche Professor, der eine kurze Zeit auf Gastrolle in der Kommunistischen Partei Deutschlands war.

Die Ultralinken gründen innerhalb der Partei Fraktionen, sie wollen die Partei von außen unterminieren, sie beschuldigen die Kommunistische Partei der Sowjetunion, daß sie sich „kulakisiert" hat, daß die Arbeiter- und Bauernregierung der Sowjetunion die Interessen der Arbeiter verraten hat, daß sie im Interesse der ausländischen Kredite die Kommunistische Internationale und die Weltrevolution liquidieren will. Die Ultralinken erklären sich offen für die Sabotage der Parteiarbeit (Ruth Fischer ebenso wie Maslow und Urbahns), und sprechen sich gegen die Betriebszellen als eine „opportunistische Form" der Parteiorganisation aus.

Schon diese knappe Schilderung der Rechten in Frankreich und der Ultralinken in Deutschland weist manche gemeinsamen Züge dieser beiden Gruppen auf. Die Rechten und die Ultralinken sind gleicherweise Feinde der Kommunistischen Internationale, Verleumder der Basis der proletarischen Revolution: der Sowjetunion. Diese Rechten und Ultralinken haben gleichermaßen ihren Glauben an die Weltrevolution verloren und als echte Defaitisten beschuldigen sie die Kommunistische Internationale, daß sie den revolutionären Kampf liquidieren will.

Mit diesen rechten und linken Abweichungen vom Wege des Leninismus steht gewissermaßen im Zusammenhang der Kampf der Leningrader Opposition gegen das Zentralkomitee auf dem 14. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die Opposition entwickelte sich auf der Grundlage des großen wirtschaftlichen Aufschwunges der Sowjetrepubliken. In diesem Aufschwung haben sich die sozialistischen Wirtschaftselemente außerordentlich entwickelt, gleichzeitig aber haben sich manche Elemente des Kapitalismus (Handelskapital und Kulaken) entwickelt, wenn auch nicht in dem Maße wie die sozialistischen Elemente der Wirtschaft. Die Verzögerung der internationalen Revolution, die relative Stabilisierung des Kapitalismus, die Zunahme der Klassendifferenzierungen in der Sowjetunion haben in einigen Elementen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Depressionsstimmungen hervorgerufen. Die Leningrader Opposition unter der Führung des Genossen Sinowjew gab dieser

Stimmung eine ideologische Verkörperung. Die Hauptfragen, in der die Opposition sich von der leninistischen Linie des ZK trennte, waren die Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die Beurteilung der neuen Wirtschaftspolitik ausschließlich als einen Rückzug oder aber auch als eine Offensive von den neuen Stellungen, die Frage des Charakters der Staatsindustrie, ob sie sozialistisch ist oder nur eine Art des Staatskapitalismus darstellt, die Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft und ihrer verschiedenen Gruppen, besonders aber die positive oder negative Einstellung zur Mittelbauernschaft. Der 14. Parteitag der KP der SU hat mit überwältigender Mehrheit die Linie des ZK gutgeheißen. Die Kommunistische Internationale hat formal zu dieser Diskussion nicht Stellung genommen, da das ZK der KPdSU in einem informatorischen Brief an die Kommunistischen Parteien der Anschauung war, daß die Uebertragung der Diskussion über die russischen Fragen in die Sektionen der Kommunistischen Internationale unerwünscht sei. Der Kampf der Opposition gegen die Partei wurde aber durch die Entscheidung des 14. Parteitages nicht beendet. Das Juli-Plenum der KPdSU zeigte mit entschiedener Klarheit die Opposition in ihrer neuen Kampfstellung. Die Kritik der Opposition gegenüber der Partei erschien jetzt vertieft, verbreitert, zu einem ganzen System geordnet. Die Leningrader Opposition (Sinowjew-Kamenew) vereinigte sich mit der alten oppositionellen Gruppe des Genossen Trotzki und organisierte eine unterirdische Fraktion innerhalb der Partei, erschien mit einer Plattform gegen die „Bureaukratisierung des Parteiapparats", gegen die „Kulakisierung der Parteipolitik", gegen die „opportunistische Politik der Kommunistischen Internationale". Alle gegnerischen Elemente der KI scharten sich sofort um die Opposition. Von den Rechten in Frankreich (Souvarine) bis zu den Ultralinken (Ruth Fischer-Urbahns) wurde das Auftreten der „neuen Opposition" als ein Signal zum allgemeinen Angriff gegen die leninistische Politik der Kommunistischen Internationale aufgefaßt.

Einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der Parolen der Weltpartei bedeuteten die Thesen der Eweiterten Exekutive über die innere Parteidemokratie im internationalen Maßstab. Diese Thesen besagen, daß die

stärksten Sektionen der KI vielmehr als bisher zur unmittelbaren Leitung der Kommunistischen Internationale herangezogen werden müssen. Die verlangsamte Entwicklung der Weltrevolution macht die breitere Entwicklung der inneren Parteidemokratie notwendig, die Erstarkung der Kommunistischen Parteien, ihre revolutionären Erfahrungen in den letzten sechs bis sieben Jahren macht die intensivere Teilnahme der wichtigsten Sektionen der Kommunistischen Internationale an der Leitung der Exekutive schon möglich. Die Exekutive hat sich von der Einsicht leiten lassen, daß die aktivere Mitarbeit aller Sektionen an der Arbeit des EKKI auch die Auswahl der Führerschaft sowohl im nationalen wie internationalen Maßstab fördern wird. Sie wird die Partei und ihre Führerschaft zur Initiative erziehen, sie wird den Massen der Parteimitglieder besser als bisher das Verständnis für die Probleme der Kommunistischen Internationale beibringen, die stärkere Heranziehung aller Sektionen zur Leitung der Kommunistischen Internationale ist ja die Voraussetzung dafür, daß die Parteien die notwendige Schulung erwerben, die sie befähigen soll, die revolutionäre Bewegung ihrer eigenen Länder zu führen.

IV. Die jüngsten großen Kämpfe

Die Ereignisse der letzten Monate haben die Richtigkeit der Analyse der internationalen Konferenzen der Kommunistischen Internationale und die Richtigkeit ihrer Taktik auf der ganzen Linie bewiesen.

Große Ereignisse haben gezeigt, daß, wenn auch die unmittelbare revolutionäre Situation noch nicht da ist, doch mächtige Kämpfe und Konvulsionen das Gebäude des Kapitalismus erschüttern.

Frankreich torkelt von einer finanziellen Krise zur anderen, von einer Regierungskrise zur anderen. Die Politik der Inflation mit ihrer Teuerung wird jetzt abgelöst durch die Politik der „Stabilisierung" mit ihrer andauernden Krise und Massenarbeitslosigkeit.

In Deutschland zeigte die Fürstenenteignungskampagne, daß die KPD aus dem Offenen Brief des EKKI wirklich gelernt hat; daß die Partei mit ihren 150 000 Mitgliedern imstande war, die ungeheure Masse von 14½ Mil-

lionen Arbeitern und Kleinbürgern zu mobilisieren; daß es ihr gelungen ist, eine Bresche in die chinesische Mauer, die die Kommunisten von den sozialdemokratischen Arbeitern trennte, zu schlagen.

Die Thesen der Eweiterten Exekutive haben die Lage in Polen als „katastrophal" geschildert und einige Wochen später kam auch schon die Katastrophe: der Pilsudski-Aufstand gegen die reaktionäre Witos-Regierung. Pilsudski gab sich als Führer der Kleinbürger, des Bauerntums und sogar der Arbeiter. Es ist ihm gelungen, die tiefe Unzufriedenheit aller dieser Kreise um sich zu gruppieren und die Macht durch bewaffneten Aufstand zu ergreifen. Die Kommunistische Partei Polens zeigte sich der verwickelten Lage nicht gewachsen, die dadurch entstand, daß Pilsudski mit demokratischen Parolen gegen die reaktionäre Witos-Regierung und die Posener Vendée auftrat. Die Kommunistische Partei hat richtig gehandelt, daß sie sich nicht neutral verhielt, wie einst die Bulgarische Partei bei dem Kampf Stambulijskis gegen die Reaktion. Sie hat aber den großen Fehler begangen, nicht als selbständige Kraft aufzutreten, sondern Pilsudski zu unterstützen und seine Truppen sogar als „Revolutionäre" zu bezeichnen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat diesen Fehler ohne Verzug ausgerichtet und die bald darauf einsetzenden Ereignisse haben mit verblüffender Raschheit gezeigt, wie Pilsudski, der als „Retter der Unterdrückten" auftrat, sich schon in einigen Wochen, ja schon in einigen Tagen als offener Vorkämpfer der reaktionären Diktatur der herrschenden Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer und der kriegshetzerischen Politik gegen die Sowjetregierung enthüllte.

Das größte Ereignis der jüngsten Zeit — ein Ereignis von weltgeschichtlicher Tragweite — war der Generalstreik in Großbritannien. Neun Tage lang kämpften 4 bis 5 Millionen Arbeiter gegen die britische Bourgeoisie und ihre Tory-Regierung. Dann kam der Generalstreik zu einem jähen Ende, nicht durch das Versagen der Massen, sondern durch den schändlichen Verrat des Generalstabes der proletarischen Armee, durch die Kapitulation des Generalrats. Die Kommunistische Partei Großbritanniens und die Kommunistische Internationale haben in diesem Kampf durch die Entwicklung der richtigen revolutionären Taktik die Nichtigkeit aller mensche-

wistischen und ultralinken Verleumdungen gezeigt. Die Kommunistische Partei Großbritanniens hatte rechtzeitig zum Kampf aufgerufen und verstanden, rechtzeitig ihre Parolen während des Kampfes zu steigern. Sie hatte richtig die Parole „Alle Macht dem Generalrat" ausgegeben, da nur so die Zusammenfassung aller Klassenkräfte des britischen Proletariats erreicht werden konnte. Sie hatte auch rechtzeitig den ökonomischen Kampf zu einem politischen Kampf zu steigern versucht, indem sie die Parole „Nieder mit der konservativen Regierung, die die Kapitalisten unterstützt, her mit der wirklichen Arbeiterregierung" stellte. Das EKKI tat sofort alles, um die Kommunistischen Parteien und auch das ganze internationale Proletariat zur Unterstützung des englischen Generalstreiks und des großen Kampfes der englischen Bergarbeiter zu mobilisieren. Die Amsterdamer und die II. Internationale versagten gänzlich. Weder die Verhinderung der Kohlentransporte nach England noch die Sammlung einer ausgiebigen materiellen Geldunterstützung wollten sie organisieren. Der englische Generalstreik hat eine ungeheure Begeisterung in den Arbeitermassen der ganzen Welt hervorgerufen. Diese Begeisterung wurde aber von den opportunistischen Führern künstlich niedergehalten. Das Proletariat der Sowjetunion zeigte aber, daß trotz aller menschewistischen und ultralinken Verleumdungen es die revolutionärste Arbeiterklasse der Welt ist. Es hat seinen Mann gestanden, hat unvergleichliche materielle Opfer gebracht und hat wirkliche internationale Solidarität geübt. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat die großen Lehren des großen Kampfes gezogen. Die Thesen der Exekutive haben die Analyse des Niederganges des britischen Imperiums gegeben, die Grundlage der Radikalisierung der englischen Arbeiterschaft und die Eigenartigkeit der Lage in England. Die Thesen stellen fest, daß der Grundverrat des Generalrats darin bestand, daß er den großen politischen Kampf, den der Generalstreik bedeutete, als einen rein ökonomischen Kampf mit nur gewerkschaftlichen Mitteln führen wollte. Sie zeigten, daß der Kampf nur dann siegen könnte, wenn er sich zur höheren Form des politischen Kampfes, zum Kampf um die Macht, steigert. Die Thesen der Exekutive greifen in der schärfsten Weise den Verrat der rechten Führer des Generalrats ebenso wie das Kapitulantentum der „linken" Führer der englischen Gewerk-

schaftsbewegung an. Das EKKI sprach sich trotz der gegenteiligen Bestrebungen der „neuen Opposition" in der KPSU und der Ultralinken in den anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale für das Weiterbestehen des Anglo-Russischen Einheitskomitees aus. Die Ultralinken verstehen nicht die historische Bedeutung des Anglo-Russischen Komitees eben als ein Instrument des Blocks des russischen und englischen Proletariats, als ein Instrument zur Enthüllung der opportunistischen Führung der britischen Gewerkschaften, als ein Instrument der Trennung der Arbeitermassen von diesen Führern und als ein Instrument des Kampfes gegen die Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion und zur Bekämpfung der allgemeinen Offensive der britischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung.

Die großen Ereignisse der jüngsten Monate zeigen einen verschärften Klassenkampf auf der ganzen Linie. Das Fiasko von Locarno und Genf bedeutet den Schlußpunkt der demokratisch-pazifistischen „Aera". An Stelle von Ebert sitzt jetzt Hindenburg; am Platze Herriots, des Helden des linken Blockes, hat jetzt Poincaré die Macht; an Stelle der „Arbeiterregierung" Macdonalds macht sich die Baldwin-Regierung der „Diehards" breit. Die offene Reaktion der Bourgeoisie ist jetzt wiederum das Hauptmerkmal der Weltlage. Aber das Bild zeigt auch ganz neue Eigenartigkeiten. Die Helden der demokratisch-pazifistischen „Aera" sind nicht gänzlich verschwunden, sie stehen auch nicht im Kampf gegen die aufsteigende Reaktion, sie haben sich vielmehr mit dieser vereinigt. Die deutsche Sozialdemokratie ist ein treuer Trabant Hindenburgs; Macdonald ist die loyale Opposition Baldwins und hat ihm geholfen, den Generalstreik abzuwürgen, und hilft ihm noch, den Bergarbeiterstreik zu bekämpfen. Herriot aber sitzt in derselben Regierung wie Poincaré. Der Kreislauf ist vollendet. Der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte den Höhepunkt der reaktionären Welle fest. Der 5. Kongreß analysierte das Herankommen der demokratisch-pazifistischen „Aera"; der kommende 6. Weltkongreß aber wird die Kombinierung und Verschmelzung der rechten und linken Helden der Bourgeoisie feststellen müssen.

Moskau, den 14. August 1926

Die Kommunistische Jugendinternationale

FRITZ REINHARD

Die Arbeit der Kommunistischen Jugendinternationale machte in den letzten Jahren stetige Fortschritte auf der Grundlage, die der II. Weltkongreß der KJI geschaffen hatte.

Der II. Weltkongreß hatte die Rolle und das Verhältnis der Jugendverbände zu den Parteien festgelegt. Die politische Leitung und Führung konnte von nun an international nur bei der KI und national nur bei den Parteien liegen. Deshalb wurde auf diesem Kongreß beschlossen, daß bei Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit sich die KJI der KI und die Verbände den Parteien politisch unterordnen. Die Rolle der KJI wurde bestimmt in der Aufgabe der Sammlung der breiten Massen der Arbeiterjugend und deren Erziehung zu Soldaten der Revolution, zu Kommunisten.

Der III. und IV. Weltkongreß hatten nicht mehr grundsätzlich zur Frage der Rolle der Jugendbewegung Stellung zu nehmen, sondern prüften, wie und mit welchen Methoden und welcher Organisationsform wir die gesamte Arbeiter- und Bauernjugend erfassen können. Diese Kongresse mußten jedoch auch feststellen, daß, obwohl die Beziehungen zwischen Parteien und Jugendverbänden theoretisch vollkommen klargelegt waren, sich in der Praxis noch große Mängel herausstellten, für deren Abhilfe Maßnahmen getroffen wurden.

Die zahlenmäßige Entwicklung der KJI ist folgende:

1.	Kongreß (November 1919)	13	Verbände	229 000	Mitglieder
2.	„ (Juli 1921)	44	„	750 000	„
3.	„ (Dezember 1922)	54	„	800 000	„
4.	„ (Juli 1924)	60	„	1 000 000	„

Gegenwärtig umfaßt die KJI 39 Verbände[1]), davon sind 19 legal, 3 halblegal und 17 illegal, mit insgesamt 1 980 000 Mitgliedern, also rund 2 Millionen. Diese Mitgliederzahl ergibt sich durch die gewaltige Stärke unseres russischen Jugendverbandes. Hinzu müssen noch einige national-revolutionäre Organisationen des Ostens gerechnet werden, die mit uns sympathisieren und zum Teil schon ihre Aufnahme in die Kommunistische Jugendinternationale beantragt haben.

Ein Bild über den politischen Einfluß der KJI ergibt neben den Aktionen, die die KJI durchführt, vor allem ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Presse. Die Kommunistische Jugendinternationale gibt

[1]) Alle Jugendorganisationen auf dem Gebiete der Sowjetunion sind als eine Organisation gezählt.

folgende Zeitungen und Zeitschriften heraus (außer denen des Verbandes der USSR; siehe Artikel im Teil über die Union):

„Jugendinternationale", Organ des EK der KJI in drei Sprachen mit	9 000	Auflage
9 wöchentliche Verbandszeitungen mit	89 000	„
6 halbmonatliche Verbandszeitungen mit	38 000	„
15 monatliche Verbandszeitungen mit	27 000	„
3 unregelmäßig erscheinende Zeitungen mit	5 500	„
3 Funktionärorgane mit	7 000	„

Davon erscheinen acht Zeitungen illegal.

Die zahlenmäßige Organisiertheit des Jungproletariats

Es ist uns noch nicht gelungen, die zahlenmäßige Stärke des Jungproletariats in allen Ländern und ihre zahlenmäßige Organisiertheit festzustellen. Deshalb müssen wir uns mit kurzen Angaben begnügen. Es gibt im internationalen Maßstabe fünf bedeutende politische Jugendorganisationen. Diese sind der Stärke nach:[1])

1. Die katholischen Jugendorganisationen (zusammengefaßt im Internationalen Sekretariat der katholischen Jugend, Sitz Rom)	2 880 000	Mitglieder
2. Die Kommunistische Jugendinternationale ..	1 980 000	„
3. Weltbund Christlicher Jungmännervereine (evangel.)	1 590 778	„
4. Evangelische Jungfrauen-Vereine	1 300 000	„
5. Sozialistische Jugendinternationale	202 000	„

Neben diesen fünf Hauptorganisationen gibt es noch mehr oder weniger bedeutende Organisationen, vor allem auf gewerkschaftlichem und sportlichem Gebiet. Trotzdem in internationalem Maßstab gesehen die Kommunistische Jugendinternationale die zweitstärkste Organisation ist, muß festgestellt werden, daß es der KJI noch nicht gelungen ist, die breiten Massen der arbeitenden Jugend (außer in der Sowjetunion) unter ihrem Banner zu vereinigen. Die Kommunistische Internationale betrachtet es daher nach wie vor als ihre Hauptaufgabe, die Arbeiter- und Bauernjugend für ihre Reihen zu gewinnen.

Die nächsten Aufgaben der KJI

Unter diesem Gesichtspunkt tagte auch im März 1926 die Plenarexekutive der KJI. Die Bedeutung dieser Tagung lag darin, daß entsprechend den grundsätzlichen Beschlüssen, die auf dem III. und IV. Weltkongreß über die Sammlung der breiten Massen der Arbeiterjugend festgelegt wurden, die weiteren Aufgaben umgrenzt wurden.

[1]) Die Angaben über die Mitgliederstärke sind den Berichten der betreffenden Organisationen entnommen.

Selten war eine Konferenz der KJI so konkret eingestellt auf die Fragen der Gewinnung der Jungarbeitermassen wie diese. Im Mittelpunkt dieser bedeutenden Tagung standen für die weitere Entwicklung der KJI zu Massenorganisationen zwei Fragen:

1. die ökonomische Lage der Arbeiterjugend in Verbindung mit der Lage und Tätigkeit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen und Gewerkschaften,
2. die innere Lage und inneren Fragen unserer Verbände.

Mit der Beendigung der ersten Periode der Stabilisierung, die ein gewisses Wachstum der sozialdemokratischen und bürgerlichen Jugendorganisationen zur Folge hatte, zeigt sich jetzt eine starke Verschlechterung der Lage breiter Schichten der Arbeiter- und Bauernjugend, deren Folge eine starke Politisierung der Jugend und ihre Entwicklung nach links ist. Dies zeigt sich besonders kraß bei den sozialdemokratischen und christlichen Jugendorganisationen. Alle diese Organisationen machen eine mehr oder weniger starke politische und organisatorische Krise durch. Die politische Krise der sozialdemokratischen Jugendorganisationen findet ihren Ausdruck 1. in der wachsenden Opposition der Mitglieder gegen die kulturelle Tätigkeit (Spiel und Tanz) und Vernachlässigung der wirtschaftlichen Kampfaufgaben der Jugend, 2. in der Diskussion über die Grundfragen des proletarischen Befreiungskampfes. Die Diskussion zeigte sich bei den Jungsozialisten in Deutschland, den Studentenorganisationen in der Tschechoslowakei und anderen Teilen ihrer Sektionen. Diese Schichten nehmen eine uns näher stehende Haltung zu den Fragen des imperialistischen Krieges, des Staates usw. ein, 3. die wachsende Sympathie breiter Schichten der SAJ-Verbände für Sowjetrußland, die ihren Ausdruck findet in der Entsendung von Jungarbeiterdelegationen trotz Ablehnung der Führer.

Auf organisatorischem Gebiet zeigt sich die Krise darin, daß

1. die SAJ Deutschlands, die stärkste Organisation der SJI, nach den Angaben des Hauptvorstandes, von 105 000 (Hamburger Kongreß) auf unter 70 000 Mitglieder gesunken ist,
2. die SAJ Oesterreichs ist ebenfalls nach Angaben ihres Hauptvorstandes von 35 000 auf 19 000 Mitglieder zurückgegangen,
3. die belgische SAJ von 20 000 auf 12 000, und
4. die deutsch-tschechische SAJ von 10 000 auf 5000 Mitglieder.

Um nun diese politische und organisatorische Krise aufzuhalten, versuchen die sozialdemokratischen Jugendverbände, sich wieder mehr den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend zuzuwenden. Dieselbe Bestrebung ist auch festzustellen bei den bürgerlichen Jugendorganisationen. Im Jahre 1925 haben eine Reihe von nationalen und internationalen Kongressen stattgefunden. Solche waren der Kongreß

der Katholischen Jugendinternationale in Rom, der Kongreß der evangelischen Kirchen in Stockholm, die Tagung des Reichsauschusses der deutschen Jugendverbände usw. Das wesentliche Merkmal dieser Tagungen bestand darin, daß sie den ökonomischen Forderungen der Arbeiterjugend ein großes Augenmerk widmeten, Forderungen für die Arbeiterjugend aufstellten und versprachen, dafür einzutreten. Die Radikalisierung der Jungarbeiterschichten in diesen Organisationen zeigte sich deutlich auf dem Kongreß der katholischen Werksjugend im April 1926 in Duisburg, wo ausführlich über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend gesprochen wurde und viele Redner ein Zusammenarbeiten mit der Kommunistischen Jugend forderten. Die Tatsache, daß sich nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die bürgerlichen Jugendorganisationen mit den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend beschäftigen, beweist vollständig die Richtigkeit der Direktiven und Beschlüsse der Kommunistischen Jugendinternationale, die besagen, daß der ökonomische Kampf und die Arbeit in den Gewerkschaften die Haupttätigkeit der Kommunistischen Jugendverbände sein müssen. Diese unsere Haupttätigkeit erfordert gerade jetzt, wo sich solche Tendenzen in den gegnerischen Jugendorganisationen zeigen, um so größere Energie und Aufmerksamkeit.

Entsprechend diesen Richtlinien bildete auch die Haupttätigkeit der KJI im letzten Jahr die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit. Neben der Kampagne anläßlich des 11. Internationalen Jugendtages am ersten Septembersonntag 1925 führte die KJI eine internationale Kampagne für den Eintritt der Jugendlichen in die Gewerkschaften durch, die großen Erfolg zeitigte.

Bezüglich der inneren Lage und inneren Fragen der KJI mußte die Plenarexekutive der KJI feststellen, daß der Rückgang der sozialdemokratischen Jugendverbände nicht von einen entsprechenden Anwachsen der Kommunistischen Jugendverbände begleitet war. Der KJI ist es nicht gelungen, die zehntausende junger Arbeiter, die die sozialdemokratischen Jugendorganisationen verließen, in ihren Reihen zu erfassen. Das Jahr 1925 war ein Jahr ohne nennenswerte Fortschritte. Einige Verbände hatten sogar Verluste zu verzeichnen, die infolge einer starken Fluktuation der Mitglieder, die bis zu 50 Prozent stieg, eintraten. Erst im Anfang des Jahres 1926 können wir in den meisten europäischen Verbänden wieder eine Belebung, eine Aufwärtsentwicklung feststellen. Die Plenarexekutive hat die innere Lage der Verbände zum Anlaß genommen, um eingehend nach den Ursachen zu forschen und fand, daß neben den sehr schwierigen objektiven Bedingungen die langsame Entwicklung in den letzten zwei Jahren noch darauf zurückzuführen ist, daß wir es nicht verstanden haben, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen neben politischen auch

mit anderen Fragen zu beschäftigen, und deshalb gehen die jungen Arbeiter zur SAJ, zu Sport- und Unterhaltungsvereinen. Auf Grund dessen hat die Plenarexekutive der KJI festgestellt, daß eine Bereicherung des Verbandslebens in der Richtung stattfinden muß, daß wir mehr als bisher auch die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterjugend berücksichtigen.

Der beste Beweis der Entwicklung der Kommunistischen Jugendinternationale zur Massen- und Weltorganisation der arbeitenden Jugend war, daß auf der Plenarexekutive festgestellt werden konnte, daß der Kommunistische Jugendverband Chinas bereits mehr als 12 000 Mitglieder zählt, daß sich die Proletarierjugend in Japan eine Organisation mit etwa 5000 Mitgliedern geschaffen hat. Die Sozialistische Jugendinternationale umfaßt nur einen geringen Teil Europas.

Die KJI dagegen hat ihre Vorposten in allen Ländern der Welt. Trotzdem nahezu die Hälfte der Kommunistischen Jugendverbände unter illegalen Verhältnissen arbeiten, trotzdem in Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Finnland, Estland und Polen die Bourgeoisie bestrebt ist, unsere Jugendverbände physisch auszurotten, trotzdem tausende unserer Kämpfer hinter Kerkermauern schmachten, schreitet die Kommunistische Jugendinternationale unaufhaltsam vorwärts zur Massen- und Weltorganisation der arbeitenden Jugend.

Die internationale kommunistische Frauenbewegung

HERTHA STURM

Der 5. Weltkongreß und die 3. Internationale Konferenz der Kommunistinnen in Moskau stellte den Sektionen der Komintern auf dem Gebiete der Arbeit unter den Frauen zwei Hauptaufgaben:

1. Die Eingliederung der Frauenarbeit in die allgemeine Parteiarbeit und ihre Verknüpfung mit den Aufgaben des Gesamtproletariats. In dieser Richtung war die Ueberprüfung des Parteiapparates und Umstellung desselben erforderlich.

2. Schaffung neuer Formen und Methoden zur Beeinflussung der Frauen über die Mitgliedschaft hinaus.

Die letzten anderthalb Jahre bedeuten in fast allen Sektionen einen sichtlichen Fortschritt der Arbeit. Auf dem Gebiet der Parteiorganisation hat sich das Prinzip der Verantwortlichkeit der Gesamtpartei durchgesetzt und ebenso die Erkenntnis, daß für die Arbeit

unter den Frauen ein besonderer Apparat notwendig ist. In der Tschechoslowakei und Norwegen bestanden bis in die letzte Zeit starke sozialdemokratische Traditionen und feministische Tendenzen, die zur Absonderung der Parteigenossinnen und ihrer selbständigen Gruppierung innerhalb oder selbst neben der Partei führten, was aber von allen maßgebenden Parteistellen verurteilt wurde. In den umgekehrten Fehler verfiel man in Deutschland nach dem Frankfurter Parteitag, wo man mit scheinradikaler Begründung die Notwendigkeit besonderer Parteiorgane für die Frauenarbeit bestritt, ein Fehler, der aber ebenfalls in der letzten Zeit in seinen gröbsten Auswirkungen überwunden wurde.

Die stärkste und erfolgreichste Entwicklung der Frauenarbeit ist in England, Frankreich und Italien zu verzeichnen, wo bis 1924 kaum Ansätze vorhanden waren.

Die Massenarbeit der meisten Sektionen, die sich früher überwiegend auf Arbeiterhausfrauen gestützt hatte, war in der letzten Zeit schon stärker auf die Erfassung der Arbeiterinnen im Betrieb gerichtet. Ansätze zu einer planmäßigen Betriebszellenarbeit unter den Frauen finden sich in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Finnland und vereinzelt in der Tschechoslowakei und Norwegen.

In Frankreich zeigte sich der Erfolg der Betriebsarbeit in der starken Vertretung von Arbeiterinnen (neben Bauern- und Arbeiterhausfrauen) auf den Arbeiter- und Bauernkongressen und bei einer zur Vorbereitung des Generalstreiks (1925) einberufenen Arbeiterinnen-Konferenz in Paris, auf der von 556 Delegierten 345 Betriebsarbeiterinnen, darunter 301 Parteilose waren. In England haben die Arbeiterinnen in der Minderheitsbewegung aktiv teilgenommen, das Exekutiv-Komitee der Minderheitsbewegung hat auch die Gründung von Frauensektionen beschlossen.

In Italien und Polen sind die Frauen in den Betrieben, besonders in der Textilindustrie, aktiv. In Finnland kamen 1925 in Helsingfors zwei Frauendelegierten-Versammlungen zustande, wo bei der zweiten bereits 75 Prozent der Delegierten aus den Betrieben waren.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit ist außer in England schwach, selbst dort, wo revolutionäre Gewerkschaftsverbände bestehen, obwohl einzelne Erfolge, wie der Streik der Sardinen-Arbeiterinnen in Douarnenez (Bretagne) Ende 1924 die Möglichkeit der Aktivisierung der Frauen beweisen.

Ein allgemein günstiges Zeichen für die wachsende Aktivität der Arbeiterinnen ist die Beteiligung der Frauen an der Arbeiterkorrespondenten-Bewegung und das Entstehen örtlicher Arbeiterinnenblätter in Deutschland, England, der Tschechoslowakei und Norwegen.

Die Aktivität in den Genossenschaften war nur in England bedeutsam, wo eine genossenschaftliche Frauengilde mit

80 000 Mitgliedern besteht, die dem linken Flügel der Arbeiterbewegung angehört.

Zur Erfassung der Massen der arbeitenden Frauen entstanden besondere überparteiliche Organisationsformen. Dahin gehört der Rote Frauen- und Mädchenbund in Deutschland, die Arbeiterfrauengilden in England, das Aktionskomitee der Witwen und Mütter gegen den Krieg in Frankreich, die Hausfrauenvereine in Norwegen, der Vereinigte Arbeiterinnenrat in Amerika und die Föderation proletarischer Frauenbünde in Kanada. Alle diese Organisationen sind gekennzeichnet durch den Versuch, die unorganisierten und durch die bestehenden Organisationen schwer zu erfassenden Frauen durch überparteiliche Hilfsorganisationen für die Idee des Klassenkampfes zu gewinnen und mit Hilfe dieser Zwischenorganisationen so weit als möglich in die allgemeinen Organisationen des Proletariats zu überführen. Diese Vereinigungen, deren Charakter jeweils den Verhältnissen ihres Landes angepaßt ist, tragen die Gefahr in sich, in die Hände von feministischen und sonstigen kleinbürgerlichen Elementen zu fallen. Bei zielbewußter kommunistischer Fraktionsarbeit bieten sie aber starke Stützpunkte zur Erfassung breiter Massen.

Für die Größe des politischen Einflusses der Kommunisten auf die Frauenmassen gibt es drei Gradmesser: Teilnahme an Massenbewegungen, Parlamentswahlen und Parteimitgliedschaft.

Die Einreihung der Arbeiterinnen in die Klassenfront zeigt sich ohne Zweifel noch recht ungenügend bei den Aktionen größeren Maßstabes. Es soll aber nicht verkannt werden, daß bei einigen großen Bewegungen unter kommunistischer Führung, wie Ruhrbergarbeiterstreik in Deutschland, Kampf gegen den Marokkokrieg in Frankreich und bei anderen Bewegungen in England, der Tschechoslowakei und Schweden, die kommunistischen Losungen von den fortgeschrittensten Schichten der Frauen aufgenommen wurden.

Bei den Parlamentswahlen zeigte sich ohne Ausnahme das Ueberwiegen des bürgerlichen Einflusses. Die Kommunisten haben in allen Ländern prozentual die wenigsten Frauenstimmen erhalten.

Auch auf organisatorischem Gebiete ist es den Sozialdemokraten bisher verhältnismäßig besser gelungen, die Frauen zu erfassen, als den Kommunisten, wie aus den Mitteilungen der Frauenkonferenz der II. Internationale in Marseille im August 1925 hervorging, die 800 000 weibliche Mitglieder hat, — ein Vielfaches der Zahl der organisierten Kommunistinnen (in Deutschland SPD 153 688, KPD etwa 12 000). Diesen Einfluß verdanken die Sozialdemokraten neben ihrem Apparat auch dem Einfluß, den sie durch Gewerkschaften und Genossenschaften ausüben.

Trotzdem sind die Aussichten für die Entwicklung des kommunistischen Einflusses günstig. Die werbende Kraft des Kommunismus

beginnt auch unter den Frauen zu wirken, wenn auch der kommunistisch organisierte Kern noch klein ist.

Die Frauenbewegung unter den Ostvölkern

Die revolutionären Volksmassen im Osten haben in den unter dem doppelten Druck der gesellschaftlich-politischen und der Familienverhältnisse stehenden Frauen einen zuverlässigen Verbündeten gefunden. Die Frauenbewegung des Ostens hat besonders unter den Einwirkungen der russischen Oktober-Revolution ihren ursprünglich feministischen Charakter verloren und einen stärker politischen Charakter angenommen, dessen Folge ist, daß aus ihr immer bewußtere Elemente sich entwickeln, die zur Kommunistischen Partei übergehen. Am deutlichsten kommt das Anwachsen der Frauenbewegung in China, Japan und der Türkei zum Ausdruck.

China

Da die chinesischen Frauen zu einem großen Prozentsatz an der industriellen Arbeit teilnehmen, werden sie in die Kämpfe des erwachenden Industrieproletariats in hohem Maße miteinbezogen, wie sich dies besonders während der Streikbewegung in Shanghai 1925 zeigte. In Kanton beginnen die Arbeiterinnen bereits, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Das Erwachen des Klassenbewußtseins der chinesischen Arbeiterin zeigte sich bei den starken Demonstrationen am 8. März (National-Revolutionsfeiertag), dem Internationalen Frauentag und dem 1. Mai, wo in den großen Industriestädten Demonstrationen unter starker weiblicher Beteiligung stattfanden. Auch die Frauengruppen der Kuo Min Tang beteiligten sich an diesen Demonstrationen.

Der Entwurf einer Verfassung, der den Frauen das Wahlrecht verweigert, rief eine starke Protestbewegung unter den politisch interessierten Frauen hervor. Auf Initiative der Kuo Min Tang wurde eine Föderation zur Befreiung der Frauen gegründet, die den arbeitenden Frauen ihr besonderes Interesse zuwandte. Auch in der Kommunistischen Partei ist der Prozentsatz der Frauen in der letzten Zeit erheblich gestiegen. Er beträgt derzeit 12 Prozent.

Mongolei

Anfang 1924 wurden in der Mongolei kommunistische Frauenabteilungen organisiert, neben denen ein Frauenklub zur Liquidierung des Analphabetismus besteht, der sehr gut arbeitet.

Japan

In Japan sind 46 Prozent der Industriearbeiter Frauen, die unter außerordentlich schlechten Verhältnissen leben. Von diesen sind

ein Prozent gewerkschaftlich organisiert. Die politische Rechtlosigkeit der Frau hat die Entstehung einer rein bürgerlichen Frauenbewegung zur Folge gehabt, die insofern Erfolge aufzuzeigen hat, als das neue Wahlgesetz den Frauen ein beschränktes passives Wahlrecht und das Recht auf politische Betätigung gewährt. Es besteht eine nicht unbedeutende Bäuerinnenbewegung und eine sozialistische Frauenorganisation.

Indien

Auch in Indien sind 34 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft Frauen, vorwiegend in der Textilindustrie. In der nationalrevolutionären Bewegung spielen Frauen eine große Rolle, ebenso in der revolutionären Bauernbewegung.

Türkei

Die Zahl der industriellen Arbeiterinnen in der Türkei ist verhältnismäßig gering. Sie nehmen jedoch an den Streikbewegungen aktiven Anteil, obwohl sie zum größten Teil unorganisiert sind. Die nationale Frauenbewegung ist völlig in bürgerlichem Fahrwasser, die kommunistische Frauenbewegung ist infolge der Illegalität der Partei noch außerordentlich schwach.

Die Bauerninternationale

J. DOMBAL

Der „Internationale Bauernrat" (auch „Bauerninternationale" genannt) stellt die erste wirklich internationale Bauernorganisation dar; ihr gehören sowohl politische wie wirtschaftliche Bauernorganisationen verschiedener politischer Färbung an. Neben revolutionären Organisationen (wie die Mexikanische Bauernliga, die Bauernbünde der Mongolischen revolutionären Volkspartei, die Bauernorganisationen der Kuo Min Tang, die Italienische Liga zum Schutze der Bauern) umfaßt sie eine Reihe anderer Organisationen, wie den Deutschen Kleinbauernbund, den Französischen Bauernrat, die Kanadische Farmerpartei (Provinz Saskatschewan). Ueberdies umfaßt die Bauerninternationale auch eine Reihe Bauerngenossenschaften, wie den „Selskosojus" der USSR mit etwa 18 bis 20 Millionen Mitgliedern, den „Selskigospodar" der Ukraine mit etwa zwei Millionen Mitgliedern, die Amerikanische Farmer-Elevatoren-Genossenschaft u. a. mehr. Endlich gehören ihr mehrere bäuerliche Rassenorganisationen der Neger an. Folgende Länder sind in der Bauerninternationale vertreten: USSR (fast alle autonomen Republiken mit eigenen Organi-

sationen), China, Mongolei, Korea, Japan, Indonesien, Australien, Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Italien, Spanien, Deutschland, Holland, Frankreich, Schweden, Norwegen, Irland, Aegypten, Tunis, Algier, Argentinien, Peru, Brasilien, Mexiko, USA, Kanada.

Der Hauptprogrammpunkt der Bauerninternationale, wie er auf dem Gründungskongreß in Moskau (10. bis 15. Oktober 1923) festgelegt wurde, ist das „Bündnis der Bauern und Arbeiter aller Länder". Die weiteren Hauptlosungen sind: „Das Land den Bauern"; „Nieder mit dem Krieg"; „Für den Internationalen Bund der Arbeiter und Bauern". Um diese Ziele zu erreichen, stellt sich der Internationale Bauernrat folgende Aufgaben:

a) Verstärkung des Kampfes um die Befreiung der Bauernschaft der ganzen Welt von dem Jahrhunderte alten Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

b) Verteidigung der Interessen der breiten Bauernmassen der ganzen Welt und Hebung der Bauernwirtschaft.

c) Herstellung und Festigung der engsten Verbindung mit den wirtschaftlichen, politischen, genossenschaftlichen und sonstigen bäuerlichen Organisationen der ganzen Welt.

d) Verschmelzung des Dorfes mit der Stadt, Verbindung der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse im nationalen wie im internationalen Maßstabe zwecks gemeinschaftlicher Arbeit und gemeinschaftlichen Kampfes gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten.

e) Herstellung von brüderlichen Beziehungen mit sämtlichen Arbeiterorganisationen der ganzen Welt, die das Programm und die Tätigkeit des Internationalen Bauernrats unterstützen.

f) Zusammenschluß sämtlicher Bauernorganisationen und Strömungen in allen Ländern zur Durchführung der Losung: „Arbeiter- und Bauernregierung."

Organisatorisch besteht der Internationale Bauernrat aus 52 von der Gründungskonferenz gewählten Mitgliedern, sowie einer größeren Anzahl von kooptierten Mitgliedern, die später beigetretene Organisationen vertreten. Gegenwärtig zählt er etwa 100 Mitglieder. Zur Durchführung der Arbeit verfügt die Bauerninternationale über ein Sekretariat mit mehreren Abteilungen. Als wissenschaftliches Untersuchungs- und Hilfsorgan besteht beim Internationalen Bauernrat das Internationale Agrarinstitut unter der Leitung des wissenschaftlichen Rats, der sich aus angesehenen Vertretern der Agrarwissenschaft aus verschiedenen Ländern zusammensetzt. Das Zentralorgan der Bauerninternationale ist die in vier Sprachen erscheinende Monatsschrift „Die Bauerninternationale". Die angeschlossenen Landesverbände verfügen über ihre eigene Zeitungs- und Broschürenliteratur.

Die Bauerninternationale hat in den zwei Jahren ihres Bestandes in einer Reihe von Fragen internationale Kampagnen geführt („für die Befreiungsbewegung der Neger", „gegen die Unterdrückung der kroatischen und rumänischen Bauernschaft", „für die hungernden irländischen und koreanischen Bauern", „für die nationale Befreiungsbewegung der chinesischen Bauern", „für die Unterstützung der deutschen Kleinbauern in ihrem Kampf gegen die Verelendung"). Daß diese Kampagnen zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiter- und Bauernschaft und zur Loslösung der Bauernschaft von der Führung der Bourgeoisie national und international nicht erfolglos waren, das beweisen die Versuche der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie, der Bauerninternationale eine „Schwarze Agrarinternationale" gegenüberzustellen. Diese Versuche, die ihren Ausdruck in der internationalen Agrarkonferenz in Bern am 23. und 24. September 1925 fanden, sind jedoch an den Gegensätzen der imperialistisch eingestellten Gruppen der verschiedenen Nationen gescheitert. Ebenso erfolglos sind die Bemühungen der reichen Bauernschichten, ihre absterbende „Schwarz-grüne Ackerbau-Internationale" neu zu beleben. Die Bauerninternationale ist nach wie vor die einzige wirkliche internationale Bauernorganisation.

Das Karl Marx- und Friedrich Engels-Institut beim Zentral-Exekutiv-Komitee der USSR

A. DEBORIN

Das Karl Marx- und Friedrich-Engels-Institut (Direktor D. B. Rjasanow) ist eine wissenschaftliche Forschungsanstalt, die sich zum Ziele setzt, ein gut ausgestattetes Institut zu schaffen zur Erforschung der Entstehung, Entwicklung und Verbreitung der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, wie ihn Marx und Engels geschaffen und formuliert haben. Zu den Aufgaben des Instituts gehören auch wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf allen Gebieten der marxistischen Theorie und Praxis sowie die Unterstützung und Förderung der wissenschaftlichen Propaganda des Marxismus.

Das Marx- und Engels-Institut wurde Ende 1920 gegründet und hat in den fünf Jahren (die hauptsächlich eine Periode organisatorischer Arbeit waren) die Hauptabteilungen geschaffen und ausgebaut, auf die sich die Arbeit des Instituts stützen soll. Diese Hauptabteilungen sind: Archiv, Bibliothek, Museum und Verlag.

I. Archiv: Das Archiv des Instituts sammelt, bewahrt und bearbeitet Handschriften, Originalbriefe, Aufzeichnungen, Konzepthefte und Aehnliches, vor allem von Karl Marx und Friedrich Engels, aber auch von anderen wichtigen Vertretern des utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus sowie von allen Personen, die in irgendeiner Verbindung mit Karl Marx und Friedrich Engels gestanden haben. Unter den Orginal-Manuskripten, die im Archiv aufbewahrt werden, befinden sich zahlreiche Notizen und Aufzeichnungen aus den verschiedensten Lebensabschnitten von Marx und Engels. Von besonderer Bedeutung ist das Material, das sich auf die Geschichte der ersten Internationale bezieht. Es sind darunter wertvolle, bisher unveröffentlichte Entwürfe über theoretische und historische Fragen. Außerdem werden im Archiv über tausend Briefe und Manuskripte verschiedener Personen aufbewahrt, die für das Studium der Geschichte des Sozialismus von Interesse sind, z. B. das Tagebuch und die Briefe des jungen Lassalle, Briefe und Handschriften von Babeuf, Saint Simon, Cabet, Proudhon, A. Ruge, Freiligrath, J. B. Becker, Louise Michel, F. Mehring usw., teils im Original, teils in photographischen Kopien.

Außerdem befinden sich im Archiv (meistens im Original, teils auch in photographischen Kopien) die Zeitungen und Zeitschriften, in denen Marx und Engels ihre Artikel und Korrespondenzen veröffentlichten und die heute sehr selten geworden und sehr schwer zu beschaffen sind, z. B. der Pariser „Vorwärts“, die „Neue Rheinische Zeitung“, die „New York Daily Tribune“ usw.

II. Bibliothek: Die Aufgabe der Instituts-Bibliothek besteht nicht nur im Sammeln aller Ausgaben der Werke von Marx und Engels sowie der gesamten Literatur über die Fragen des Marxismus (sowohl der marxistischen als auch der gegnerischen), sondern auch im Sammeln aller Bücher, die Marx und Engels zitiert oder die einen Einfluß auf sie ausgeübt haben, ferner im Sammeln von Büchern, die die gleichen (oder verwandten) Fragen behandeln, die Marx und Engels interessierten und endlich aller klassischen, grundlegenden Werke sowie alle wichtigen Bücher der neuen Literatur über die Fragen der Wissenschaft und der Praxis, die der Marxismus behandelt. Der Reichtum der Bibliothek, die nach diesem Prinzip gesammelt wurde und wird, drückt sich in der Zahl von 200 000 Bänden aus.

Die Bibliothek zerfällt in Kabinette, die den wissenschaftlichen Kabinetten des Instituts entsprechen.

Das bedeutende quantitative und qualitative Anwachsen der Bibliothek ist zuzuschreiben: 1. den Erwerbungen und Schenkungen ganzer nach einem bestimmten System aufgebauter Bibliotheken, z. B. der Sammlung über die Geschichte des Sozialismus von W. Tanejew, T. Mauthner und K. Grünberg, der Sammlung von Professor Windel-

band über Fichte, ferner von J. H. Mackay (dem Stirner-Forscher) usw., 2. den jährlichen Masseneinkäufen von Büchern durch den Direktor des Instituts, D. B. Rjasanow, 3. der systematischen und planmäßigen Erwerbung von Büchern aus Antiquariaten. Was die russischen Bücher betrifft, so werden die früher erschienenen Werke von Antiquaren erworben, von den neuerscheinenden muß dagegen (ab 1. Januar 1925) dem Institut je ein Pflichtexemplar zur Verfügung gestellt werden. Durch diese Auswahl der Literatur ist die Bibliothek für jeden, der irgendeine Epoche, im Besonderen eine Revolution der Neuzeit, oder eine sozialistische oder philosophische Richtung bearbeitet, geradezu unentbehrlich. Die Sammlungen von Büchern und Materialien über die große französische Revolution, über die Revolution von 1848, über die Pariser Kommune von 1871, ferner über die der utopischen Sozialisten des neunzehnten Jahrhunderts, über das achtzehnte Jahrhundert in Frankreich, über Hegel und über den historischen Materialismus sind so umfangreich, daß diese Punkte in der Geschichte der sozialen Bewegungen und in der Geschichte des Gedankens innerhalb des Instituts studiert werden können.

III. Museum: Mitte 1924 wurde beschlossen, am Institut ein Museum für Marxforschung und für Geschichte der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung zu schaffen. Die ungeheure Aufgabe der Organisation eines solchen wissenschaftlichen Museums kann natürlich nicht in einer kurzen Zeitspanne gelöst werden. Augenblicklich werden Vorbereitungs- und Organisationsarbeiten ausgeführt. Vor allem wird ein graphisches Kabinett eingerichtet. Die Zahl der Autogramme, Lithographien, Plakate, Flugblätter, Proklamationen, Karikaturen und besonders die Zahl der Porträts übersteigt bereits 10 000. Besonders zu erwähnen ist das Illustrations-Material über die französische Revolution, über die Revolution von 1848 und über die Pariser Kommune. Mit der Verlegung eines Teils der Kabinetts in neue Räume wird das Museum die Organisation temporärer und ständiger Ausstellungen in Angriff nehmen können.

IV. Verlag: Die Ergebnisse der vom Institut geleisteten Arbeit werden vom Verlag veröffentlicht. Nach dem festgesetzten Plan werden alle Kräfte des Instituts vor allem für die Vorbereitung und die Ausgabe sämtlicher Werke von Karl Marx und Friedrich Engels in russischer und deutscher Sprache in Anspruch genommen. Diese Arbeiten sind bereits im Gange. So sind in russischer Sprache die Bände 1, 2, 10 und 11 erschienen, Band 1 wird in deutscher Sprache vorbereitet. In der Zeitschrift des Instituts „Karl Marx- und Friedrich Engels-Archiv", die ebenfalls in zwei Sprachen erscheint, werden die noch nicht veröffentlichten Handschriften von Marx und Engels publiziert. Außerdem sind die einzelnen Kabinette mit der Herausgabe der Klassiker des philosophischen und sozialistischen Gedankens

beschäftigt. In russischer Sprache sind bereits erschienen: fast alle Bände der gesammelten Werke G. W. Plechanows, der erste Band von P. Lafargue, zwei Bände von K. Kautsky, drei Bände von L. Feuerbach, die Werke von Lamettrie, Holbach. Im Druck befinden sich Diderot, Tolland, Preastley, Feuerbach. Das Institut gibt auch eine populäre Schriftenfolge „Die Bibliothek des Marxisten" heraus, die einzelne (kommentierte und erläuterte) Werke von Marx, Engels und anderen Klassikern des Marxismus enthält. Auf diese Weise ist das Institut nicht nur eine akademische Anstalt, sondern auch ein aktiver Propagandist des Marxismus in den breiten Massen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale

HANS GLAUBAUF

Die in Hamburg zu Pfingsten 1923 mit großem Lärm geschaffene „neue" Internationale hatte in der Zeit ihres fast dreijährigen Bestehens Gelegenheit, zu beweisen, inwieweit sie eine wirkliche Internationale sein könnte, eine Zusammenfassung zahlreicher Parteien zu einer einheitlichen Aktion.

Aber, wie bereits in Hamburg, bei der Besprechung des Vertrages von Versailles jede Partei hinter ihrer Bourgeoisie stand, so fiel die Internationale immer wieder auseinander, wenn es galt, politische Probleme zu behandeln. Die Ergebnisse der stolzen „Einigung" sind wenige, magere Resolutionen, die überdies nur auf dem Papier blieben.

Folgende Fragenkreise sind es, die die Zweite Internationale vorwiegend beschäftigt haben:

1. Die mit dem Völkerbund und den Kriegsfolgen zusammenhängenden Fragen („Friedenspolitik");
2. Die wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Fragen;
3. Faschismus und Reaktion;
4. Der Kampf gegen die Sowjetunion und die Komintern.

Die verhältnismäßig größte Einheit herrschte noch in dem letzten Punkt.

1. SAI und Imperialismus

Zu der Zeit des Ruhrkampfes gegründet, sah die SAI ihre Hauptaufgabe in der Abwendung der unmittelbaren revolutionären Gefahr durch Stützung der deutschen Sozialdemokratie

und Bourgeoisie. Sie half bei der Verwirklichung der Pläne der amerikanischen und englischen Bourgeoisie und kämpfte für den Dawesplan und die Niederlage der Politik Poincarés.

Mit Recht konnte sich die SAI rühmen, bereits seit 1922 für die Planmäßigkeit der Auswucherung Deutschlands eingetreten zu sein. Sie hatte durch materielle Unterstützung der französischen und deutschen Sozialdemokraten sich noch außerdem bemüht, den Trägern der kleinbürgerlichen „Friedens"politik zum Siege zu verhelfen.

Der Sieg der britischen Labour Party bei den Novemberwahlen 1923 bestimmte diese zur politischen Führung der SAI, die den Wahlerfolg zu einem Siege der internationalen Sozialdemokratie umzumünzen versuchte. In der Politik der SAI kam sogleich die Gegnerschaft gegen den französischen Imperialismus und die Angst vor dem deutschen „Dumping" — zwei besondere Merkmale der politischen Stellungnahme der englischen Fertigindustrie — zum Ausdruck.

Die Exekutive der SAI beschloß im Februar 1924:

„Angesichts dieser Gefahren erklärt die Exekutive, daß die Verständigung über das Reparationsproblem nicht nur die Befreiung der besetzten Gebiete ermöglichen und nicht nur den Anspruch Frankreichs und Belgiens auf Reparationen mit der Notwendigkeit der Stabilisierung der Währungen und der Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichts in Europa in Einklang bringen, sondern auch die internationale Arbeiterklasse vor einer allzu heftigen deutschen Konkurrenz dadurch schützen muß, daß sie die Wiederherstellung des Achtstundentages in Deutschland und seine Aufrechterhaltung in der ganzen Welt garantiert und das Schwergewicht der Reparationsleistungen nicht der deutschen Arbeit, sondern dem deutschen Kapital auferlegt."

Gegen den Sachverständigenplan entstand jedoch eine Opposition in England und in den kleineren Ländern, die die „Segnungen" des Völkerbundes bereits kennengelernt hatten. Trotzdem beschloß die SAI — zusammen mit dem IGB — am 14. Juli 1924:

„Indes, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigengutachtens würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das Schlimmste verschärfen.

Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplans heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung."

Die Annahme des Dawesplans und der darauffolgende Katzenjammer ließ die SAI über diese Fragen verstummen. Sie wandte sich nunmehr, nach der Liquidierung des Ruhrkrieges, den Plänen der Sicherung des „europäischen Friedens" zu. Hier stand der durch Macdonald vertretenen Auffassung der englischen Fertigindustrie, dem Genfer Protokoll, die französisch-deutsch-belgische Auffassung von der Notwendigkeit des Abschlusses von einzelnen Garantieverträgen gegenüber.

Im Januar 1925 erklärte sich die SAI für das Genfer Protokoll, gegen den Widerspruch der unter dem Druck der linken Arbeiter stehenden englischen Delegation:

„Ohne sich über die Unvollkommenheit des Genfer Protokolls zu täuschen, stellt die gemeinsame Sitzung der beiden Internationalen fest, daß das Protokoll einen wesentlichen Fortschritt für die Sache des Weltfriedens darstellt, daß, wenn das Genfer Protokoll nicht ratifiziert würde und die Abrüstungskonferenz nicht zustande käme, die Nationen ihre Sicherheit in besonderen Garantieverträgen suchen und damit zu einem System einander entgegenstehender Allianzen zurückkehren würden, was die Kriegsgefahr in der Welt steigern müßte;

und beschließt daher, daß es die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung in allen Ländern ist, ihre Bemühungen darauf zu richten, daß die Ratifikation des Genfer Friedensprotokolls gesichert und die in diesem Protokoll vorgesehene Abrüstungskonferenz so rasch als möglich einberufen werde."

Durch den Sturz der englischen Labour-Regierung trat eine Verschiebung in der politischen Führung der SAI ein, in der immer die Partei, die am regierungsnächsten ist, politisch ausschlaggebend ist. So wurde die französisch-belgische Gruppe ausschlaggebend, was besonders scharf auf dem Kongreß in Marseille zutage trat, wo im wesentlichen der Standpunkt dieser Gruppe angenommen wurde, den Hilferding durch seine Theorie vom „realistischen Pazifismus" zu stützen versuchte.

Den Gegensatz zwischen den beiden Auffassungen formulierte Buxton als Sprecher der englischen Delegation folgendermaßen:

„Wir internationale Sozialisten sind entschieden für das Genfer Protokoll. Was jenen Sicherheitspakt anlangt, so sind innerhalb des sozialistischen Lagers die Meinungen geteilt. Die einen, deren Bestreben ebensowohl wie das unsrige dahin geht, mit der Vergangenheit zu brechen, und die Erinnerung an den Krieg verschwinden zu lassen, sehen eine Hoffnung für den Frieden darin, daß Deutschland eine Reihe von Verträgen zur Sicherung gegen den Krieg abschließt. Sie verweisen darauf, daß ein solcher Sicherheitspakt endlich den Frieden am Rhein sichern würde, der seit sehr langer Zeit eine Gefährdung für den Frieden der Welt war. Andere Sozialisten aber sind anderer Meinung. Sie fürchten als Folge eines solchen Sicherheitspaktes Komplikationen für die Zukunft, sie befürchten namentlich, daß die Staaten Europas sich in zwei Lager teilen würden, und daß die Gruppe des Paktes eine Spitze haben würde gegen Rußland, so daß Rußland mehr und mehr zu einer asiatischen Macht und von Europa abgedrängt würde. Außerdem aber sehen sie in diesem Plan eines Sicherheitspaktes nichts, was zur allgemeinen Abrüstung führen könnte."

Demgegenüber versuchten Hilferding, Blum, auch Breitscheid, den Sicherheitspakt als „Entwicklungsstufe zu Genf" zu erläutern. So Hilferding:

„Wir müssen alle Anstrengungen machen, daß dieser Sicherheitspakt dem Geiste und auch dem Wesen des Genfer Protokolls möglichst nahe gebracht wird, und wir können in dieser Beziehung, glaube ich, noch einige Anstrengungen machen, die nicht ohne Erfolg sein werden. Es gilt eins vor allem: die Gegenseitigkeit, das obligatorische Schiedsgericht und die Unterstellung der Schiedsgerichtsverträge unter die allgemeine Garantie des Völkerbundes, mit Ausschluß jeder speziellen Garantie, zu verwirklichen."

Ueber den Vertrag von Locarno wurde erst nach seinem Abschluß ein Beschluß gefaßt, der der französisch-belgisch-deutschen Richtung entspricht. In ihm heißt es (Sitzung des EK der SAI vom 5. bis 7. November):

„1. Moralische Abrüstung Westeuropas durch sofortige Aenderung des Charakters der Rheinlandbesatzung, möglichst baldige Räumung der besetzten Gebiete, sowie entsprechende Maßnahmen im Saargebiet.

2. Sofortige Einberufung einer Abrüstungskonferenz nach der Ratifikation des Paktes.

3. Unverzüglicher Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen zwischen allen in Locarno nicht vertreten gewesenen Staaten.

4. Darüber zu wachen, daß die Verständigung der West- und Mittelmächte nicht zu einer Allianz insbesondere gegen Sowjetrußland entartet."

Nur die rechte Labour Party hegt noch weiter ihre unglückliche Liebe zum Genfer Protokoll.

Einen schweren Schlag erhielt die „Friedenspolitik" der SAI durch den Bankrott der Genfer Völkerbundstagung vom März 1926, auf der der Vertreter der sozialdemokratischen schwedischen Regierung mit dem Programm der SAI durchfiel.

Das stärkte die locarnofreundliche Auffassung in der SAI und zeitigte auch gegen den Völkerbund gerichtete Tendenzen. Die Sitzung des EK der SAI vom 10. bis 11. April 1926 in Zürich faßte einen Beschluß für „Demokratisierung des Völkerbundes als Mittel zu seiner Verbesserung".

Neben dieser allgemeinen Stellungnahme zur Organisation des „imperialistischen Friedens" weicht die SAI jeder Aeußerung zu den drohenden imperialistischen Konflikten aus: für die Hilferufe der indischen, der chinesischen Revolutionäre, die Aufrufe der unterdrückten Nationen Syriens, Marokkos und der anderen vom Imperialismus beherrschten Gebiete bleibt sie taub. Nur für zwei „unterdrückte" Nationen hat die SAI volle Sympathie: für die Georgier und Armenier, deren „Befreiung" zugunsten des britischen Imperialismus der sehnlichste Wunsch der SAI ist.

Charakteristisch für die feige Haltung der SAI ist die in Marseille angenommene Resolution zum Marokkokrieg, in der es heißt:

„Die Parteien der Internationale verlangen von den beteiligten Regierungen eine sofortige und entschiedene Aktion zur Wiederherstellung des Friedens. Sie verlangen die Publikation der von Spanien und Frankreich festgesetzten Friedensbedingungen.

Sie verlangen, daß diese Friedensbedingungen auf dem direktesten und schnellsten Wege dem Führer der Rifkabylen, Abd el Krim, mitgeteilt werden, wie sie von diesem

eine klare Antwort über die Möglichkeiten von Friedensverhandlungen verlangt. . .

Der Kongreß verlangt, daß die kriegerischen Operationen sofort eingestellt werden, sobald die Friedensverhandlungen eröffnet sind. . .

Die sozialistischen Delegierten erklären überdies, daß nach ihrer Meinung das marokkanische Problem zu denjenigen Fragen gehört, bei denen der Völkerbund die Pflicht hat, zu intervenieren."

Daß aber die Sozialdemokraten die Bedeutung der Erhebung der kolonialen Bauernmassen ahnen, zeigt Otto Bauer in einer Rede in Marseille, in der er die koloniale Erhebung als „die Rebellion der letzten großen Reservearmee des Kapitalismus" bezeichnete.

Aber eben diese, den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschütternde Rebellion ist es, die die Sozialdemokratie veranlaßt, für die Kolonisierung als „Faktor der Demokratie und Kultur" einzutreten. Zur Praxis des sozialistischen Vizekönigs Alexandre Varenne will die SAI noch die Theorie machen, der van Kol und die belgischen Kolonialisten Wauters, Pierard u. a. den Weg bereitet haben.

2. Die wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Fragen

Achtstundentag, Arbeitslosigkeit, soziale Reaktion und Arbeiterwanderungen waren stets Gegenstand wohlklingender Reden und Resolutionen der SAI, die auf diesem Gebiete sehr eng mit der Amsterdamer Internationale zusammenarbeitet. Zwischen beiden Internationalen besteht eine Arbeitsteilung in dem Sinne, daß der IGB die weltpolitischen Weisheiten der SAI nachbetet und die SAI die sozialpolitischen des IGB. Die Annäherung der beiden Internationalen kennzeichnen mehrere gemeinsame Sitzungen.

3. Faschismus und Reaktion

Der Kampf gegen den Faschismus bildete ebenfalls einen ständigen Tagesordnungspunkt sozialistischer Konferenzen. Die blutigen Verfolgungen der Arbeiterschaft durch den Faschismus und die Reaktion, sowie das vorübergehende Erstarken der demokratischen Illusionen in einigen europäischen Ländern versuchte die SAI auszunutzen zu einer Kampagne für die

Demokratie. Indem sie den Klassencharakter des bürgerlichen Staates leugnet, versucht sie die Empörung der Arbeiterklasse gegen Faschismus und weißen Schrecken umzubiegen in eine heulmeiernde Hetze gegen die „Feinde der Demokratie" — Faschismus und Kommunismus. Der „Antifaschismus" der SAI ist nur ein Ausdruck dessen, daß sie dem demokratisch-parlamentarischen Kretinismus unrettbar verfallen ist und beharrlich versucht, die Machtmittel der Bourgeoisie zur Niederschlagung der revolutionären und daher ihrer Auffassung nach friedensfeindlichen Richtung innerhalb der Arbeiterklasse zu benutzen.

Dies kennzeichnet ihre Kampagne nach dem Matteottimord und dann 1925/26 nach dem Verbot der SPUI (Turatipartei).

In den Ländern, in denen der weiße Terror unter dem Mantel der Verteidigung der Demokratie oder der „Reaktion gegen die kommunistische Schreckensherrschaft" besteht und die Sozialdemokratie offen mit der weißgardistischen Reaktion verbündet war, nahm die SAI nur insoweit Stellung gegen die Greueltaten der weißen Regierungen, als diese über den Rahmen der in einer Noske„demokratie" üblichen hinausgingen.

Dies betrifft vor allem Bulgarien, Ungarn und Polen, wo die Sozialdemokraten zum Teil Träger der Verantwortung, zum Teil Zutreiber der weißen Regierungen waren.

Kennzeichnend dafür, in welchem Grade die SAI bereit war, selbst die Greuel Zankoffs „marxistisch" zu rechtfertigen, ist die Resolution der sozialistischen Balkankonferenz in Prag (Juni 1925), in der es heißt:

> „Es steht indessen außer jedem Zweifel, daß Bulgarien heute die Beute eines zweifachen Unheils ist, daß einerseits die gewalttätigen Elemente unter den Kommunisten und Agrariern die Attentate, Mordtaten und Räubereien vervielfachen, daß anderseits die Regierung Zankoff die Herrschaft des weißen Schreckens aufgerichtet hat. In der gegenwärtigen Lage, wo die Zeugenaussagen sich miteinander so auffällig im Widerspruch befinden, scheint es nicht möglich, daß eine Kommission, die nicht die Möglichkeit einer unmittelbaren eingehenden Untersuchung besitzt, die individuellen Verantwortlichkeiten mit Sicherheit feststellt. Wir müssen uns daher hier darauf beschränken, die Ausdehnung des Unheils und den energischen Willen der Sozialdemo-

kratischen Partei Bulgariens festzustellen, die zwischen zwei verbrecherische und gewalttätige Gruppen eingekeilt ist, die eine wie die andere mit großer Energie zu bekämpfen."

Aehnlich war die Stellungnahme in Ungarn, wo die ehrlichen Elemente der Sozialdemokratischen Partei sich von dieser losgesagt hatten und, auf dem Boden der Zweiten Internationale Gericht forderten gegen die „Arbeiterführer", die sich der Horthy-Regierung offen verkauft hatten. Zwar bestätigte die Kommission der SAI, daß die ungarische Sozialdemokratie „Verpflichtungen eingegangen sei, die allen Grundsätzen der internationalen Arbeiterbewegung, einige von ihnen selbst den Prinzipien der sozialistischen Moral widersprechen" — aber man ließ alles beim Alten und kämpfte gegen die angeblich bolschewistisch verseuchte Sozialistische Arbeiterpartei, deren organisatorische Vernichtung die Sozialdemokratie durch ununterbrochene Denunziationen vergeblich zu erreichen suchte.

4. Der Kampf gegen den Bolschewismus

Das zweite gemeinsame Merkmal der SAI — neben der nationalistischen, kleinbürgerlich-demokratischen Einstellung — ist die Angst vor dem Bolschewismus, die sich bei den einen in blindem Haß, bei den anderen, aufgeklärteren, in dem Wunsche, die bolschewistische Krankheit auf möglichst weit im Osten liegende „Ansteckungsherde" zu beschränken, ausdrückt.

Der Haß gegen den Bolschewismus, der sich immer wieder hinter der „Freundschaft" für die „unterdrückten Nationen", nämlich Georgien, Armenien und Ukraine, verbarg, trieb seine schönste Blüte in dem berüchtigten Buche Kautskys: „Die Internationale und Sowjetrußland", das in kaum verhüllter Form zur Intervention und zum bewaffneten Aufstand in Rußland aufrief.

Mit dieser Auffassung blieb er allerdings ziemlich vereinsamt.

Er fand nur insoweit Unterstützung, als alle „Demokraten" wie Henderson, Blum und Abramowitsch bereit waren, die Sowjetunion als antidemokratischen und daher den Weltfrieden gefährdenden Staat darzustellen.

Die wachsende Sympathie der Arbeitermassen für die Sowjetunion, die Durchbrechung der geistigen Blockade, die die sozialdemokratische Presse weit länger aufrechtzuer-

halten bemüht war, als die Bourgeoisie, ließen es geraten erscheinen, nicht mehr offen feindselig gegen den Bolschewismus aufzutreten, sondern — wenigstens für eine kurze Zeit — versöhnlichere Töne zu reden.

Dabei kommt allerdings immer wieder die Tendenz zum Durchbruch, die Sympathien für die Sowjetunion zu trennen von dem wachsenden Verständnis für die Arbeit der Kommunisten im eigenen Lande, die Tendenz, die Bolschewiki an der Staatsmacht als „die Vernünftigen" den um die Macht kämpfenden Sektionen der Komintern gegenüberzustellen. Einzelne linke Sozialdemokraten, wie Otto Bauer und die englischen ILP, glaubten, aus dieser Gegenüberstellung Komintern—Rußland Profit für ihre Organisationen zu schlagen.

Die Angst vor dem Aufstieg der Sowjetunion diktierte die Resolution von Marseille, in der es heißt:

> „Die Kommunistische Internationale nährt die Illusion, daß die Befreiung der Arbeiter ihnen auf den Spitzen der Bajonette siegreicher roter Armeen gebracht werden könne und daß es eines neuen Weltkrieges bedürfe, um die Weltrevolution herbeizuführen. Sie ermutigt die revolutionären Bewegungen in Asien und Afrika in der Hoffnung, auf sie gestützt, dem Kapitalismus durch den Krieg den Todesstoß zu versetzen.
>
> Aus diesen gegensätzlichen Tendenzen geht die ernste Gefahr eines neuen Weltkrieges hervor.
>
> Durch diese Gefahr werden am unmittelbarsten die Nachbarstaaten Rußlands zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und die Balkanstaaten bedroht. Die Begründung dieser neuen Staaten der aus dem Joch der Romanows, der Habsburger und Hohenzollern befreiten Völker stellt einen wesentlichen Sieg der Demokratie dar. Aber dieser Sieg ist dadurch eingeschränkt worden, daß die Grenzen dieser Staaten unter dem unmittelbaren Einfluß der imperialistischen Mächte nach deren Interessen gezogen worden sind, daß in vielen Fällen das Selbstbestimmungsrecht der Völker dabei verletzt wurde und daß die Rechte der nationalen Minderheiten mißachtet werden. Der Zustand ständiger Unruhe, der infolgedessen und infolge der politischen Reaktion in einer Reihe dieser neuen Staaten in diesem Teil Europas besteht, wird durch zwei Umstände verschärft. Einerseits sind diese Staaten Putschen ausge-

setzt, die unter dem Einfluß der Kommunistischen Internationale organisiert werden, um als Vorwand zu dienen, diesen Ländern das Schicksal Georgiens und Armeniens zu bereiten. Anderseits können die kapitalistisch-imperialistischen Mächte diese Staaten als ihren Sturmbock gegen Sowjetrußland mißbrauchen."

Daß aber der Druck der Massen stark genug war, der Kommunistenfeindlichkeit einen Dämpfer aufzusetzen, bewies die Rede Otto Bauers, in der er den Massenstimmungen entgegen kam, ohne dabei die Hetze gegen Rußland außer Acht zu lassen. Er sagte:

„Was enthält die Resolution, die wir Ihnen vorlegen? Sie nimmt zunächst Stellung zum großen Problem, von dem ich zuletzt gesprochen habe, sie sucht unsere Stellung zu Sowjetrußland, zur Kommunistischen Internationale, zum Bolschewismus zu bestimmen. Genossen, das erste Wort, das wir zu sprechen hatten, das, was vor alles andere gestellt werden mußte angesichts der Weltlage, das ist, daß jede feindselige Politik der Regierungen gegen die Sowjetunion bei uns auf den hartnäckigsten, unerbittlichsten Widerstand stoßen wird...

Das bedeutet durchaus nicht und soll nicht bedeuten und kann von keinem Denkenden so verstanden werden, als ob wir vor dem Bolschewismus kapitulieren wollten (Beifall). Das ist ein ganz anderes Problem. Wir stehen sowohl der inneren wie der äußeren Politik des Bolschewismus kritisch gegenüber, sehr kritisch. Wir mochten verschiedener Meinung sein über die Berechtigung der Diktatur in der Zeit, als der akute Bürgerkrieg in Rußland war. In dem Moment, da der akute Bürgerkrieg in Rußland vorüber ist, gibt es für uns keinen Streit mehr darüber, daß das, was das russische Volk braucht, dasselbe ist, was alle Völker brauchen, die Möglichkeit freier Selbstbetätigung, daher die politische Freiheit."

Das andauernde Wachsen der Bewegung für die Gewerkschaftseinheit veranlaßte die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die ihren politischen Einfluß immer mehr schwinden sahen, der SAI den Vorschlag auf Einleitung von Verschmelzungsverhandlungen mit der Komintern zu machen. Die Grundlage dieses Vorschlags war in Wirklichkeit nichts

anderes als die von Otto Bauer geforderte Liquidierung der Komintern wenigstens in Europa. Die ILP versuchte, die Einheitsfronttaktik und die allgemeine Zuwendung zu den Fragen der Tagespolitik in dem Sinne zu deuten, als ob die Komintern sich dem Standpunkt der SAI angenähert habe. Diese lächerliche Unterstellung hätten zwar einzelne Parteien der SAI gern zu einem Entlastungsmanöver für die gefährdeten Amsterdamer ausgenutzt, die Exekutive der SAI sah aber auf ihrer Tagung im April 1926, daß ein Vorstoß dieser Richtung nur ihr selbst schaden könnte, da jede Berührung mit dem Bolschewismus letzten Endes propagandistisch gegen die SAI wirken muß.

Man versuchte nur noch, ausgehend von der Ablehnung der Teilnahme an der Völkerbundsabrüstungskonferenz, eine neue Hetze gegen die Sowjetunion einzuleiten, die aber um so weniger wirksam sein kann, als selbst die verbohrtesten sozialdemokratischen Arbeiter das wahre Wesen des Völkerbundes klar zu erkennen beginnen.

Immer mehr macht sich auch die Tendenz geltend, die kleinbürgerlich-antirevolutionären Parteien für die Zweite Internationale zu gewinnen. Dies ist bereits der Fall durch die Gründung des Arbeiter- und Bauernbundes in Japan, der offen antikommunistisch ist. Aehnliche Versuche sind — mit geringem Erfolg — zur Gründung einer proenglischen Arbeiterpartei in Indien gemacht worden.

Erwähnenswert bleiben die Erfolge der australischen Labour Party, die — als eine Art „dritter Partei“ — die Mehrheit in mehreren Staaten des australischen Bundes erringen konnte. Mit Sozialismus hat sie so wenig zu tun wie ihr englisches Vorbild vor dem Kriege. Auf ihrer Suche nach „Erfolgen des Sozialismus“ versuchen die Sozialdemokraten auch vielfach, Mexiko als ein Land mit sozialdemokratischer Regierung hinzustellen.

Fassen wir zusammen: in den drei Jahren ihres Bestandes ist es der SAI nicht gelungen, ihren Umfang zu erweitern oder selbst nur Einfluß auf die ihr angeschlossenen Parteien zu gewinnen. Die Sitzungen dieser „Internationale“, die stets ohne Teilnahme der Arbeiter des Tagungsortes stattfinden, kennzeichnen ihre Leblosigkeit. Die Internationale 2½ ging mit dem Programm, die Zweite Internationale auf den Standpunkt des Zentrismus zu bringen, in diese zurück. Und das Ergebnis ist, daß diese neue Internationale zu einem Markstein des

ideologischen Verfalls der Sozialdemokratie, ein Sprachrohr der imperialistischen Weltmächte und ihres Völkerbunds geworden ist.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen der Zweiten Internationale vor und nach dem Kriege: Während die Zweite Internationale der Vorkriegszeit „unbewußt" den Weltkrieg vorbereitete, indem sie die Wachsamkeit des Weltproletariats gegenüber den rüstenden imperialistischen Weltmächten einschläferte, bereitet sie heute bewußt den heiligen Krieg des Kapitals gegen die erwachenden Kolonialvölker und die aufsteigende sozialistische Sowjetmacht unter dem Banner des „realistischen Pazifismus" des Völkerbundes vor.

Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Parteien

(Laut offiziellen Angaben des Sekretariats der Zweiten Internationale im Protokoll des Marseiller Kongresses.[1])

	Sozialdemokraten	Zentristische[6])
Argentinien	9 692	
Belgien	621 558[10])	
Bulgarien	26 252	
Dänemark	143 203	
Deutschland	868 914	13 000[7])
Estland	4 200	
Finnland	28 000	
Frankreich	99 000	
Großbritannien, Labour Party	3 155 910[10])	
JLP.	65 000	
Italien	31 000	15 000[8])
Lettland	4 600	
Litauen	2 000	
Niederlande	43 000	
Norwegen	8 000	40 000[9])
Oesterreich	570 324	
Polen	59 600[2])	
Rumänien	12 600	
Schweden	149 429	
Schweiz	—	
SHS	4 000	
Spanien	8 555[3])	
Tschechoslowakei	199 751[4])	
Ungarn	190 000[5])	
USA	15 000	

[1]) Wir haben Anlaß, an sehr vielen dieser Zahlenangaben zu zweifeln. So z. B. wird dort die georgische Sozialdemokratie mit 18 000, die armenische sogar mit 56 000 Mitgliedern angegeben (!). [2]) Dazu polnische USP 2500 Mitglieder. [3]) Herbst 1925 kollektiver Anschluß der reformistischen Gewerkschaften. Neue Mitgliederzahl liegt noch nicht vor. [4]) Davon tschechische SP 116 062, deutsche SP 72 209, ruthenische SP 6420, ungarische SP 3060, polnische SP 2000. [5]) Daneben „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei"; Mitgliederzahl unbekannt. [6]) Sozialdemokratische Parteien, welche der II. Internationale nicht angeschlossen sind. [7]) USP (10 000) und „Sozialistischer Bund". [8]) Maximalisten. [9]) „Norwegische Arbeiterpartei". [10]) Mitgliederzahl deshalb so groß, weil Gewerkschaften als Ganze der Arbeiterpartei angeschlossen sind.

Mitgliederzahlen der Kommunistischen Parteien

(Legale Parteien nach „Ein Jahr Arbeit und Kampf" — Bericht des EKKI 1926.*)

	Legal	Illegal
Aegypten	—	?
Argentinien	5 000	—
Belgien	900	—
Brasilien	—	?
Bulgarien	—	?
Chile	—	?
China	4 000	—
Dänemark	750	—
Deutschland	150 000	—
Estland	—	?
Finnland	—	?
Frankreich	83 326	—
Großbritannien	5 700	—
Kanada	4 500	—
Australien	400	—
Italien	—	30 000
Japan	—	?
Lettland	—	?
Litauen	—	?
Niederlande	1 562	—
Norwegen	7 000	—
Oesterreich	5 500	—
Persien	2 000	—
Polen	—	12 000
Rumänien	—	1 500
Schweden	10 000	—
Schweiz	4 000	—
SHS	—	2 300
Spanien	—	?
Tschechoslowakei	93 220	—
Ungarn	—	?
USSR	780 000 **)	—
USA	17 377	—

*) Verlag Carl Hoym, Hamburg-Berlin. Br. 5 M., geb. 7 M
**) Anfang 1926 die Zahl der Mitglieder und Kandidaten über 1 Million

GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Die Rote Gewerkschaftsinternationale

Die 1920 gegründete Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) ist die Zusammenfassung aller revolutionären gewerkschaftlichen Kräfte und Organisationen der ganzen Welt. Wenn die RGI vielfach als die kommunistische Gewerkschaftsinternationale bezeichnet wird, so ist daran nur soviel richtig, daß die RGI als revolutionäre Organisation, sowohl ideologisch als auch persönlich, durch ihre maßgebenden Führer im internationalen und Landesmaßstabe mit der Kommunistischen Internationale in enger Berührung ist. Organisatorisch ist jedoch die RGI vollkommen getrennt von der Kommunistischen Internationale. Die RGI verlangt von ihren Anhängern und Mitgliedern kein kommunistisches Glaubensbekenntnis, sondern lediglich das Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf und zur internationalen revolutionären Disziplin.

Die RGI unterscheidet sich von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale (IGB) nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch, und zwar dadurch, daß die RGI in sich nicht nur festgefügte Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Länder vereinigt, sondern daß ihr auch die revolutionären Minderheiten von Gewerkschaften, die dem IGB oder gar keiner Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind, angehören. Während der IGB im wesentlichen nur eine europäische Internationale ist — ihm gehören außerhalb Europas nur einige, ganz unbedeutende Gewerkschaftsorganisationen an — ist die RGI eine wirkliche Internationale, deren organisatorischer und ideologischer Einfluß sich über alle fünf Weltteile erstreckt.

Daraus erklären sich auch zu einem großen Teil die ziemlich starken Veränderungen, die im Laufe der letzten beiden Jahre in der RGI festzustellen sind. Je nach dem zeitweiligen Niedergang oder Aufstieg der revolutionären Welle in den einzelnen

Ländern ist auch der Einfluß der RGI gestiegen oder gefallen, hat sich ihre Taktik geändert.

Die beiden wichtigsten Momente der letzten zwei Jahre sind die Erfolge im Kampf um die Gewerkschaftseinheit unter einer starken Linksschwenkung der ganzen englischen Gewerkschaftsbewegung und der steigenden Sympathie des europäischen Proletariats für Sowjetrußland einerseits, und das revolutionäre Erwachen der kolonialen und halbkolonialen Völker, vor allem in Asien, der Machtzuwachs der RGI in diesen Ländern, hauptsächlich in China, andererseits. Beides sind Erscheinungen, die zeigen, daß in den letzten zwei Jahren trotz der Depression bei großen Teilen des europäischen Proletariats, trotz der stellenweise erfolgreich vordringenden Kapitaloffensive in verschiedenen Ländern Europas, die Stärke der revolutionären Bewegung und damit auch die Stärke der RGI im Weltmaßstab gewachsen ist.

Der III. RGI-Kongreß

(8. bis 21. Juli 1924)

Der 3. Kongreß der RGI trat in einer Zeit zusammen, in der die allgemeine Situation für die revolutionäre Arbeiterschaft schlecht war. In Deutschland noch die vollen Auswirkungen der Niederlage vom Herbst 1923, der Verlust starker Positionen der gewerkschaftlichen Opposition, in England riesige Arbeitslosigkeit und noch eine große Schwäche der revolutionären Opposition, ein triumphierendes Vorwärtsdringen des Reformismus in fast allen übrigen europäischen Ländern, was in der Haltung der kontinentalen Gewerkschaften auf dem Wiener IGB-Kongreß Mai 1924 zum Ausdruck kam. Trotzdem ließ der RGI-Kongreß keinen Augenblick eine pessimistische Stimmung aufkommen. Im Gegenteil, er zog um so schärfer und eindeutiger die notwendigen Schlußfolgerungen und legte die zukünftige Linie und Taktik fest.

Die Zusammensetzung des III. RGI-Kongresses unterschied sich von der des ersten und zweiten Kongresses dadurch, daß keine Syndikalisten mehr vertreten waren und daß sich alle Delegierten mit ganz wenigen Ausnahmen über die Grundlinie der revolutionären Gewerkschaftstaktik einig waren. Diese Tatsache ermöglichte es auch, daß zu den praktischen Tagesfragen in weit

ausgiebigerer und gründlicherer Weise als auf den früheren Kongressen Stellung genommen werden konnte. In seinem Tätigkeitsbericht konnte der Genosse Losowsky als Vorsitzender der RGI darauf verweisen, daß es in der ganzen Welt keine bedeutende Streikbewegung oder einen sonstigen wichtigen revolutionären Kampf gab, in den nicht die RGI durch aktive Unterstützung eingegriffen hätte, und zwar Unterstützung nicht nur ideeller, sondern auch materieller Art. So wurden die Kämpfe der Bergarbeiter und Metallarbeiter in Deutschland durch Hunderttausende von Mark unterstützt, die durch Vermittlung der RGI hauptsächlich von den russischen Arbeitern gesammelt wurden. Ebenso wurden die revolutionären Kämpfer auf dem Balkan, in China usw. unterstützt. Von einer rein zahlenmäßigen Vergrößerung der RGI konnte nicht berichtet werden, im Gegenteil, mit Ausnahme der stärksten Gruppe der RGI, der russischen Gewerkschaften, war in fast allen Ländern ein zahlenmäßiger Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang hatte seine Ursache zum Teil in der Weltwirtschaftskrise, zum größten Teil aber darin, daß die RGI in den Ländern, wo die reformistischen Gewerkschaften noch vorherrschend sind, einer weiteren Ausbreitung der selbständigen revolutionären Verbände nicht das Wort redete, sondern alle revolutionären Arbeiter in diesen Ländern aufforderte, in den reformistischen Verbänden zu bleiben und dort für die Revolutionierung der Massen zu arbeiten. Losowsky konnte auch schon auf dem 3. Kongreß von den Anfängen der Herausbildung eines linken Flügels in der Amsterdamer Internationale berichten. Es wurde daher auch die Unterstützung dieser Linksbewegung als die wichtigste Zukunftsaufgabe der revolutionären Gewerkschaftler bezeichnet.

Bei der Behandlung des Kampfes um den Achtstundentag kam der Kongreß zu dem Ergebnis, daß zwar in jedem Land, in jedem Bezirk und in jedem Betrieb ein zäher Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Erhaltung oder Erkämpfung des Achtstundentages geführt werden muß, daß aber auch die endgültige Festlegung des Achtstundentages eine internationale Frage ist und nur durch engste internationale Zusammenarbeit aller Gewerkschaften erreicht werden kann. Es wurde daher die Bildung eines internationalen gemeinsamen Kampfkomitees der RGI und der Komintern für die Leitung der Kämpfe um den

Achtstundentag beschlossen. Des weiteren lautet der wichtigste Passus in dem zu dieser Frage angenommenen Beschluß:

„Die Kämpfe um die Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern müssen nach Möglichkeit koordiniert werden. Wird in einem Lande eine große Bewegung eingeleitet und durchgeführt, so soll die RGI aus Vertretern des Kampflandes und der angrenzenden Länder Komitees zur gegenseitigen Information, Beratung und zur Organisierung einer aktiven Unterstützung des Kampfes bilden."

Beim Punkt „Streikstrategie" fand zum erstenmal ein gründlicher Austausch der Kampferfahrungen der verschiedenen Länder statt. Der entscheidende Absatz in der hierzu gefaßten Entschließung lautet:

„Der Kongreß fordert sämtliche revolutionären Verbände auf, die Frage der Streikstrategie mit dem größten Ernst zu behandeln, denn ohne ein sorgfältiges Studium der gesamten Erfahrungen der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe und ohne eingehenden gegenseitigen Austausch der Erfahrungen der revolutionären Arbeiter in den verschiedenen Ländern, ohne Konzentrierung aller Kräfte, ohne planmäßige und systematische Vorbereitung kleinerer und größerer Kämpfe mit dem Kapital sind die revolutionären Proletarier nicht imstande, das konzentrierte, sich auf die ganze Macht des modernen bürgerlichen Staates stützende, monopolisierte Kapital zu besiegen."

Beim Punkt „Aufgaben der RGI in den kolonialen und halbkolonialen Ländern" legte der Kongreß das Schwergewicht auf die Unterstützung und Organisierung der ausgebeuteten Kolonialsklaven, ohne Unterschied der Rasse durch die revolutionären Gewerkschaftler des Mutterlandes. Es heißt in den Richtlinien, die vom Kongreß beschlossen wurden:

„Die Anhänger der RGI. in den Mutterländern sind verpflichtet, die Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien mit allen Mitteln zu unterstützen, möglichst enge Beziehungen zu ihr anzuknüpfen, ihr mit Schriften, Agitatoren und Organisatoren zu Hilfe zu kommen, mit Hilfe der Presse, des Parlaments und von Versammlungen das Interesse für die Kolonialfrage wachzuhalten, die imperialistischen und Rassenvorurteile der Arbeiterklasse in den Mutterländern zu bekämpfen und Demonstrationen und Sympathiestreiks zu organisieren."

Beim Punkt „Landproletariat und Bauernschaft" vertrat der Kongreß die Auffassung, daß das Industrieproletariat nur dann den Sieg über das Kapital erringen kann, wenn es ihm gelingt:

1. das Landproletariat für die Revolution zu organisieren;
2. darüber hinaus auch die Mithilfe der landarmen Kleinbauern zu gewinnen.

In seinem Beschluß spricht der Kongreß aus:

„Die roten Verbände müssen den Kampf der werktätigen Bauernschaft gegen die Großagrarier, Gutsbesitzer, Großbauern, die Bürokratie, allseitig unterstützen und dadurch im Kampf gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Kampfbündnisses zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern zeigen."

Zum Schluß verhandelte der Kongreß den Kampf um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung in einem besonderen Tagesordnungspunkt in ausgiebigster Weise. Es wurde dabei berichtet, daß in einem vorangegangenen Briefwechsel der RGI und der russischen Gewerkschaften mit dem IGB die Amsterdamer Führer klar zeigten, daß sie eine wirkliche internationale Gewerkschaftseinheit nicht wünschen, ja sogar direkt bekämpfen. Das Sekretariat in Amsterdam wollte jeden weiteren Briefverkehr in dieser Frage abbrechen; der Wiener Kongreß des IGB Anfang Juni 1924 zeigte jedoch den starken Umschwung in der englischen Gewerkschaftsbewegung, die die führende Gruppe im IGB ist, der die rechten Amsterdamer zwang, auf dem Wiener Kongreß zumindestens prinzipiell den Einheitsbestrebungen zuzustimmen. Ja, das IGB-Sekretariat wurde verpflichtet, die Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften zur Herstellung der Einheit fortzusetzen.

In der Debatte auf dem 3. RGI-Kongreß war die Stellungnahme des Genossen Tomski die wichtigste und entscheidende. Er erklärte:

„Der Stand der Arbeiterbewegung verlangt gebieterisch im Interesse des Zusammenschlusses der wirtschaftlichen Kräfte des Proletariats für seinen Kampf, im Interesse der Herstellung einer revolutionären Führung der Arbeiterbewegung und seiner Gesundung von den reformistischen Auswüchsen die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Aus allen diesen Gründen und im Interesse einer

wirklichen Klassenpolitik müssen wir begreifen, daß das kein Manöver, keine agitatorische Maßnahme, sondern das wichtigste Problem ist, das gegenwärtig für die Arbeiterbewegung existiert und das wir zu lösen haben."

Den Weg zur Erreichung dieses Ziels wies der Kongreß in seiner Entschließung hierzu. Darin heißt es:

„Die Kampagne für die Einheit, die in erster Linie und hauptsächlich von unten in den breiten Massen entfaltet werden muß, muß in vollem Umfang und in aller Deutlichkeit die Frage der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale aufrollen.

Nach der entsprechenden Vorbereitung der Massen könnte einer der nächsten in dieser Richtung zu unternehmenden Schritte die Einberufung eines internationalen Vereinigungskongresses der Gewerkschaften sein, auf dem die den beiden Internationalen (Moskau und Amsterdam) angeschlossenen Organisationen proportional vertreten wären, zum Zweck der Ausarbeitung gemeinsamer Statuten und zur Schaffung von Vollzugsorganen der neuen vereinigten Internationale. Der Kongreß glaubt, daß nur auf diesem Wege die gleichzeitige und volle Verschmelzung der beiderseitigen Organisationen verwirklicht werden kann."

Es heißt dann in dem Beschluß noch weiter, daß die Leiter der roten Gewerkschaften mit dem IGB und den englischen Gewerkschaften Fühlung nehmen sollen. Jedoch „sollen auch einzelne gewerkschaftliche Organisationen, die der RGI angehören, keine Gelegenheit zu Verhandlungen mit der Amsterdamer Internationale, oder mit einzelnen Teilen der letzteren über die Verwirklichung der Einheit vorübergehen lassen, jedoch mit jedesmaliger Genehmigung der RGI und unter ihrer Leitung."

Dieser Beschluß bedeutete eine gewisse taktische Schwenkung der RGI, aber kein Abweichen von ihrer Grundlinie. Viele RGI-Anhänger und auch einzelne Delegierte auf dem RGI-Kongreß sahen darin eine reformistische Abweichung und leisteten heftigen Widerstand. Die große Masse der RGI-Anhänger begriff aber bald, daß diese Taktik keine reformistische, sondern eine den Verhältnissen angepaßte revolutionäre Methode ist. Einige Führer dieser Opposition dagegen, die die Frage immer nur schematisch, organisatorisch sehen, vor allem die auf

dem Kongreß als deutsche Delegierte anwesenden Kaiser, Schumacher und Schmidtke trieben ihren Widerstand soweit, daß sie sich selbst außerhalb der RGI stellten und nun ihre kleinen Splitterorganisationen gegen den Willen der RGI aufrechterhielten und auszubauen versuchten, was ihnen jedoch ganz und gar mißlang.

Die Stärke der RGI in den einzelnen Ländern

Die RGI in Europa

Die weitaus stärkste Ländergruppe in der RGI stellt die russische Gewerkschaftsbewegung mit ihren 7 800 000 Mitgliedern dar. Eine nähere Darlegung erübrigt sich hier, weil an anderer Stelle dieses Jahrbuchs darüber ein Sonderbericht veröffentlicht ist.

In Deutschland, wo die RGI noch 1924 etwa 120 000 ihr organisatorisch angeschlossene Mitglieder hatte, besteht Anfang 1926 mit Ausnahme von zwei kleinen selbständigen Verbänden, wovon einer, der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, sich ebenfalls in der Liquidation befindet, keine Organisation mehr, die organisatorisch der RGI angeschlossen ist. Im Laufe der Jahre 1924/25 sind infolge der Durchführung des Kampfes um die Gewerkschaftseinheit die selbständigen Verbände in die freien Gewerkschaften überführt worden. Die Ueberführung der Union, des Freien Eisenbahnerverbandes, des Schiffahrtsbundes, des Industrieverbandes der Chemie, des oppositionellen Textilarbeiterverbandes, des Freien Landarbeiterverbandes und zuletzt des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter erfolgte teils durch Vereinbarungen mit den Vorständen der betreffenden freien Gewerkschaften, teils gegen deren Widerstand durch Einzelüberführung der Mitglieder. — Neben diesen sogenannten selbständigen Verbänden war der revolutionäre Flügel in den deutschen Gewerkschaften schon immer in Gestalt der Opposition in den freien Verbänden vertreten. 1922/23 erreichte diese Opposition, die mit der RGI. sympathisierte, eine große Stärke. Durch die mit der Inflation und der Niederlage des Proletariats zusammenhängende Massenflucht aus den Gewerkschaften verlor der ADGB. die Hälfte seiner Mitglieder, aber noch stärker war der Verlust der Opposition. Seit Herbst 1925 ist wieder ein Anwachsen der Opposition festzustellen. Die Be-

wegung ist in vollem Fluß, und es ist unmöglich, auch nur einigermaßen eine zahlenmäßige Stärke anzugeben.

In Frankreich ist die Gewerkschaftsbewegung in die CGT (Amsterdam angeschlossen) und in die CGTU (der RGI angeschlossen) gespalten. Beide Richtungen sind etwa gleich stark. Sie zählen je rund 500 000 Mitglieder. Innerhalb der CGTU existiert ein kleiner Teil von Mitgliedern, die syndikalistisch eingestellt sind, die große Mehrheit steht jedoch fest zur RGI, wie die gesamte CGTU der RGI angeschlossen ist. Eine mit der RGI sympathisierende Opposition ist in der CGT nicht vorhanden, jedoch besteht eine starke Opposition, die entgegen der reformistischen Leitung die Verschmelzung mit der CGTU fordert.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Dort sind ebenfalls die Gewerkschaften in reformistische, dem IGB angehörende und in revolutionäre, der RGI angehörende Gewerkschaften gespalten. Im Lager der reformistischen Gewerkschaften besteht außerdem auch noch eine Spaltung in verschiedene nationale Gruppen. Die revolutionäre Gewerkschaftsrichtung, der „internationale allgewerkschaftliche Verband", ist nach dem Prinzip der Einheitsorganisation, der sich in einzelne Industriesektionen gliedert, aufgebaut. Er zählt 220 000 Mitglieder. Außerdem bestehen in den reformistischen Verbänden revolutionäre, mit der RGI sympathisierende Oppositionsgruppen, deren Mitgliederzahl auf 50 000 geschätzt wird.

In England ist die Gewerkschaftsbewegung, trotz der großen Anzahl von Einzelverbänden, fast ganz im Generalrat der Gewerkschaften vereinigt, der organisatorisch dem IGB angeschlossen ist und 4,5 Millionen Mitglieder zählt. Innerhalb der Trade Unions besteht eine oppositionelle Minderheitsbewegung, die ideologisch ganz auf dem Standpunkt der RGI steht und deren Mitgliederzahl 800 000 beträgt. Diese Minderheitsbewegung beeinflußt die Gesamtgewerkschaften sehr stark. Ihr gehören eine Reihe bedeutender Gewerkschaftsführer an, was auch die Ursache ist, daß das Verhältnis zwischen der oppositionellen Minderheitsbewegung und der Leitung der Gesamt-Gewerkschaftsbewegung kein so feindseliges ist wie in den übrigen Ländern.

In Italien hat die RGI keine angeschlossenen Verbände, wohl aber sehr starke Gruppen in der Confederazione Generale del Lavoro (Allgemeiner Gewerkschaftsbund), deren reformistische Führer mit D'Aragona an der Spitze 1920 unter dem Druck der revolutionären Welle die RGI mitbegründeten, später aber in die Amsterdamer Internationale zurückkehrten, wo sie jetzt auf dem rechten Flügel stehen. Die RGI hat ihre Anhänger nicht nur in jenen Verbänden, die unter der Leitung der Kommunisten stehen (Verbände der Holzarbeiter, der Gastwirtsangestellten, der Privatangestellten), sie hat sehr starke Minderheiten auch in den Verbänden, deren Leitung noch die Reformisten und die Maximalisten in ihrer Hand halten. Vor allem unter den Metallarbeitern und den Textilarbeitern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Reformisten ihre Herrschaft in den einzelnen Verbänden und der CGdL nur dadurch aufrechterhalten können, daß sie den Massen den Eintritt in die Organisationen verwehren und unter revolutionärer Führung stehende Gruppen rücksichtslos auflösen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland (48 000 Mitglieder) steht in ihrer übergroßen Mehrheit ganz auf dem Boden der RGI. Sie ist jedoch aus politischen Gründen nicht der RGI organisatorisch angeschlossen. — Die Gewerkschaften Norwegens mit ihren 98 000 Mitgliedern gehören keiner Internationale an, sympathisieren aber sehr stark mit der RGI. — In Schweden besteht eine ziemlich starke, mit der RGI sympathisierende Opposition. Die Gesamtgewerkschaftsbewegung ist dem IGB angeschlossen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Dänemark und in der Schweiz.

In allen Balkanländern bestanden starke Gewerkschaftsorganisationen, die entweder der RGI angeschlossen waren oder mit ihr sympathisierten.

In Rumänien bestand 1920 eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation mit etwa 250 000 Mitgliedern und war der RGI angeschlossen. Nach dem mißlungenen Generalstreik im Oktober 1920 wurde diese Organisation durch Terror zerschlagen. Die neu aufgebaute Organisation zählte im Jahre 1921 etwa 50 000 Mitglieder und sympathisierte mit der RGI. Die reformistischen Gewerkschaftsführer spalteten die Organisation 1922 mit Hilfe der Polizei. Die Reformisten führten ihre Gewerkschaftszentrale dem IGB. zu. Die linken Gewerkschaften

kämpften für die Gewerkschaftseinheit auf der Plattform des englisch-russischen Einheitskomitees. Die Zentrale der reformistischen Gewerkschaften befindet sich in Klausenburg und zählt etwa 15 000 Mitglieder, die Zentrale der linken Gewerkschaften ist in Bukarest und rechnet etwa 13 000 Mitglieder.

J u g o s l a v i e n. Im Jahre 1920 zählten die mit der RGI sympathisierenden Gewerkschaften 265 000, die reformistischen 45 000 Mitglieder. Die roten Gewerkschaften wurden von der Regierung durch Terror unterdrückt, und die Reformisten versuchten die Arbeiter zu sich herüberzuziehen. Jedoch ohne Erfolg: die revolutionären Arbeiter gingen in die 1922 neu gegründeten „Unabhängigen Gewerkschaften". Sie kämpfen für Vereinigung aller Gewerkschaften auf der Grundlage des Klassenkampfes und der politischen Unabhängigkeit. Gegenwärtig zählen die „Unabhängigen Gewerkschaften" 35 000 Mitglieder und und sympathisieren mit der RGI, die Reformisten 18 000 Mitglieder und sind dem IGB angeschlossen.

B u l g a r i e n. Die ausschlaggebenden Gewerkschaftsorganisationen waren bis 1923 der RGI angeschlossen. Sie hatten 38 000 Mitglieder, während die Mitgliederzahl der reformistischen Gewerkschaften nur 4000 betrug. Sie sind 1924 von der Zankoff-Regierung verboten und aufgelöst worden. Die revolutionären Arbeiter haben freie und keiner Internationale angeschlossene Gewerkschaftsorganisationen ins Leben gerufen und versuchen jetzt, alle gewerkschaftlichen Organisationen in eine einzige Gewerkschafts-Förderation zusammenzufassen.

In G r i e c h e n l a n d besteht eine einzige Gewerkschaftsorganisation (Föderation der Arbeit), die früher einen nationalistischen Charakter trug, in welcher aber seit 1923 die linken Elemente die Mehrheit haben. Auf dem Gewerkschaftskongreß von Volos im Herbst 1295 wurde beschlossen, parallel mit der Kommunistischen Partei und den linken Emigrantenorganisationen zu arbeiten. Gleichzeitig mit dem Verbot der Kommunistischen Partei wurde jedoch auch gegen diesen linken Flügel der Gewerkschaftsföderation ein starker Terror eingesetzt.

Die u n g a r i s c h e n Gewerkschaften gehören dem IGB an. Doch trotz der in Ungarn herrschenden Reaktion besteht in den Gewerkschaften eine sich immer mehr verstärkende Opposition, die mit der RGI sympathisiert.

In der Türkei steckt die Gewerkschaftsbewegung noch in den Anfängen. Sie ist formell keiner Internationale angeschlossen, sympathisiert jedoch sehr stark mit der RGI.

Amerika

Die stärkste Gewerkschaftsbewegung Amerikas besteht in den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Gewerkschaftsbund (AF of L) mit seinen 3 Millionen Mitgliedern (bei etwa 25 Millionen Industriearbeitern) steht ganz unter Führung kapitalistisch eingestellter Politiker. Innerhalb des AF of L besteht jedoch eine auf 400 000 Mitglieder geschätzte Opposition gegen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer, von der ein Teil mit der RGI sympathisiert. Außerdem gibt es einige kleine revolutionäre Verbände mit etwa 12 000 Mitgliedern, die der RGI angeschlossen sind.

Aenlich liegen die Verhältnisse in Kanada. Dort besteht eine selbständige revolutionäre Organisation von 10 000 Mitgliedern, die der RGI angehört, während eine auf etwa 30 000 Mitglieder geschätzte Opposition in den übrigen Gewerkschaften mit der RGI sympathisiert.

Die Gewerkschaftsbewegung in Mexiko zählt nach den Berichten von 1925 850 000 Mitglieder. Sie ist keiner Internationale fest angeschlossen. Ihre Führer sympathisieren teils mit der AF of L, teils mit dem IGB; eine Minderheit sympathisiert mit der RGI.

In Südamerika bestehen in keinem Lande besonders starke Gewerkschaften. Die vorhandenen Organisationen stehen zum großen Teil unter dem Einfluß des Syndikalismus. Die Gewerkschaften in Chile haben 1923 ihren Anschluß an die RGI beschlossen und dabei ihre Mitgliederzahl mit 150 000 angegeben, was zweifellos zu hoch ist. Jedoch ist es auch durch den formalen Anschluß nie zu einer wirklich festen und engen Verbindung mit der RGI gekommen. Die Gewerkschaften in Peru, deren Mitgliederzahl mit 25 000 angegeben wird, sind ebenfalls der RGI angeschlossen. Die Gewerkschaften in Argentinien sind sehr zersplittert. Ein Teil davon sympathisiert mit der RGI.

Im fernen Osten

Der Beginn großer revolutionärer Kämpfe in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, in Marokko, Syrien, Aegypten und vor allem in China bewies die durchaus richtige Einschätzung der Situation durch den III. Kongreß der RGI.

In China wird der Kampf gegen den Weltimperialismus geführt unter der Flagge des nationalen Befreiungskampfes. Doch diese Erhebung zeigt, daß im Zeitalter des Imperialismus jeder nationale Befreiungskampf zugleich auch ein Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus ist. Es ist daher ganz verständlich, daß in China, wo man noch 1924 fast überhaupt nicht von Gewerkschaften sprechen konnte, die Gewerkschaftsbewegung einen schnellen Aufschwung nahm. Im Mai 1925 wurde in China ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß abgehalten, der schon 540 000 fest organisierte Gewerkschaftsmitglieder buchen konnte. Auf diesem Kongreß wurde auch einstimmig der Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale beschlossen. Seitdem hat sich die chinesische Gewerkschaftsbewegung noch weiter ausgebreitet, und schon am 1. Januar 1926 werden rund 1 Million chinesischer Gewerkschaftsmitglieder gemeldet. Die chinesischen Gewerkschaften stehen in engster Verbindung mit der RGI und werden von ihr in weitgehendstem Maße in ihrem Kampf unterstützt und beraten. Sie haben schon viele erfolgreiche Kämpfe nicht nur gegen chinesische Unternehmer, sondern vor allem gegen englische, amerikanische und japanische Kapitalisten durchgeführt.

In Japan versucht die Regierung trotz der schellen industriellen Entwicklung des Landes das Aufkommen einer breiten Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln zu verhindern. Sie muß zwar Schritt für Schritt vor dem Druck der Massen weichen. Aber, wenn sie auch die Entwicklung der Gewerkschaften nicht ganz aufhalten kann, so ist sie doch bestrebt, eine revolutionäre Orientierung der Gewerkschaften unter allen Umständen zu verhindern. Mit Unterstützung der europäischen Sozialdemokraten kommen die japanischen Reformisten der Regierung zu Hilfe. Unterstützt durch den Regierungsterror zerschlugen sie die revolutionären Gewerkschaften, schufen selbständige reformistische Verbände und brachten es in enger Zusammenarbeit mit ihrer imperialistischen Bourgeoisie dazu, die revolutionäre Bewegung in die

Minderheit zu drängen. In der im Frühjahr 1926 geschaffenen, auf den Gewerkschaften aufgebauten Arbeiter- und Bauernpartei macht sich jedoch bereits wieder starker revolutionärer Einfluß geltend.

Um dem starken Einfluß der RGI im Fernen Osten zu begegnen, versuchen die reformistischen Gewerkschaftsführer Japans, eine asiatische Gewerkschaftsinternationale zu schaffen. Sie haben zu diesem Zweck die Gewerkschaftsführer der asiatischen Länder zu einem Kongreß aufgerufen. An diesem Kongreß, der im Sommer 1926 in Nagasaki stattfand, nahmen auch Unternehmer und Regierungsvertreter teil, um eine Art internationalen Arbeitsamtes, ähnlich dem in Genf, auch für Asien zu schaffen. Die chinesischen Gewerkschaften haben aber eine Beteiligung an diesem Plan schroff abgelehnt, wodurch der Zweck der Konferenz vereitelt wurde.

Aehnliche internationale Sonderbestrebungen sind bei den australischen Gewerkschaftsführern zu beobachten. Sie versuchen, durch eine Konferenz der Arbeiterorganisationen des Pacific eine gesonderte Zusammenfassung der Gewerkschaften dieser Länder herzustellen. Das Resultat dieser Bemühungen ist noch gänzlich ungewiß.

In Indien entwickelt sich die Gewerkschaftsbewegung ebenfalls sehr rasch. Sie ist formal unabhängig. Die Amsterdamer Führer tun alles, um sie dem IGB anzunähern, schon um ein Gegengewicht gegen den starken Einfluß der RGI in China zu haben. Da jedoch die englische Gewerkschaftsbewegung, die innerhalb des IGB für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit kämpft, in immer stärkerem Maße die indischen Gewerkschaften beeinflußt, so wird wahrscheinlich das Wachstum der indischen Gewerkschaften letzten Endes nur zu einer Verstärkung des revolutionären Flügels der Gewerkschaftsbewegung beitragen. Das um so mehr, als das vom englischen Imperialismus ausgebeutete Proletariat Indiens ohnedies starke Sympathien zu Sowjet-Rußland hat.

In Indonesien, dem holländischen Kolonialbesitz, besteht seit Jahren eine an Zahl kleine (35 000), aber sehr rührige und zielbewußte Gewerkschaftsbewegung, die schon seit Gründung der RGI fest angeschlossen ist. Sie war im letzten Jahre

schweren Verfolgungen ausgesetzt, spielt aber trotzdem in den sich immer mehr steigernden Kämpfen eine wichtige Rolle.

Die in den Anfängen steckende Gewerkschaftsbewegung in Persien und Syrien ist organisatorisch der RGI angeschlossen. Nach den offiziellen Angaben der RGI von 1924 zählen die persischen Gewerkschaften 25 000 Mitglieder.

Gesamtstärke und Einfluß der RGI

Nach den offiziellen Angaben des Vollzugsbüros der RGI zählen die ihr Mitte 1925 angeschlossenen Gewerkschaften 8 792 000 Mitglieder. Die mit ihr sympathisierenden Oppositionsgruppen werden nach sehr vorsichtigen Schätzungen mit rund 3 Millionen Mitgliedern angegeben. Durch rasche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in China dürfte jetzt die Zahl der fest angeschlossenen Mitglieder noch wesentlich größer sein. Die Zahl der Mitglieder der im IGB vereinigten Gewerkschaften beträgt nach den Berichten der Landesverbände 13 350 000.

Der Internationale Gewerkschaftsbund nach dem Wiener Kongreß (Juni 1924)

H. G.

In der Entwicklung der Amsterdamer Internationale bedeuten die letzten zwei Jahre eine Wendung, deren Größe und Bedeutung die heutigen Beherrscher der reformistischen Gewerkschaften kaum zu ahnen vermögen, wenn sie auch bemüht sind, die ihnen gefährlich scheinenden Tendenzen niederzuzwingen.

Bis zum Wiener Kongreß der Gewerkschaftsinternationale kannte man eigentlich nur zwei Richtungen innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung: die reformistische Führung, die sich politisch nach dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt orientierte, und die in den Massen immer mehr an Einfluß gewinnende revolutionäre Opposition. Daneben gab es noch einzelne ehrliche Gewerkschaftsführer, bei denen sich Zweifel an der Richtigkeit der Entwicklung der Amsterdamer Internationale seit dem Kriege zu regen be-

gannen, ehrliche Pazifisten, wie der zeitweilige Sekretär der Amsterdamer Internationale, Edo Fimmen, die den Weltfrieden und den Aufstieg des Proletariats aus der eigenen Kraft der Werktätigen und nicht aus Verträgen und Vereinbarungen kapitalistischer Mächte untereinander gesichert sehen wollten; Gewerkschafter, die in der Zeit des imperialistischen Krieges nicht umgelernt hätten, sondern den Grundsätzen des Klassenkampfes treu geblieben waren und in dem Augenblick gegen die reformistische Mehrheit auftraten, als sie klar erkannten, wohin diese die Gewerkschaften führen wollte.

Zur Zeit der Haager Weltfriedenskonferenz waren es nur einzelne, von den Reformisten verspottete Ideologen, die die notwendige Erweiterung der Kampfmethoden der proletarischen Organisationen in der Periode nach dem Kriege erkannten, ohne aber indessen sich der politischen Konsequenzen dieser Einsicht bewußt zu sein. Nach dem Haager Kongreß begannen diese einzusehen, daß sie um die Führung der Amsterdamer Internationale kämpfen müßten, wenn sie die Amsterdamer Internationale davor bewahren wollten, ein bloßes Anhängsel des Völkerbundes, ein Instrument der Klassenversöhnung zu werden.

In diesem Kampfe mußten aber alle an der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Klassencharakters der internationalen Gewerkschaftsbewegung Interessierten in eine Front gelangen mit den gegen den Reformismus rebellierenden Massen und deren Führung, der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Aus dem alltäglichen Versagen der Reformisten, in den sich verschärfenden Klassenkämpfen lernte auch ein Teil der Führer und wurde an die Seite derer gedrängt, die — ausgehend von ihrer kommunistischen Grundeinstellung — schon lange die Notwendigkeit der Herstellung der Einheit der Gewerkschaften erkannt hatten und für sie kämpften. Und die sich nach links entwickelnden Gewerkschafter erkannten zuerst, daß der Kampf der Kommunisten um die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit nicht Quertreiberei, sondern der einzige Weg zur Rettung der internationalen Gewerkschaftsbewegung und zur Wahrung der Kampfkraft des internationalen Proletariats ist. Mit innerer Notwendigkeit wurden die ehrlichen Elemente innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale selbst gegen ihren Willen in jene Linie gedrängt, deren Notwendigkeit die Kommunistische Internationale seit Jahren nicht aufgehört hatte zu beweisen. Dies ist

allerdings ein langer Erkenntnisprozeß, der noch bei weitem nicht seinen Abschluß gefunden hat, aber er wird beschleunigt, unter dem Druck der Massen, die immer schneller und entschlossener zur Einheit drängen.

Der Angelpunkt der Wendung, die die Politik und die innere Entwicklung der Amsterdamer Internationale seit dem Wiener Kongreß charakterisiert, ist die Umschichtung in der englischen Gewerkschaftsbewegung, die zusammenhängt mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins der bisher zwar wohl organisierten, aber vielfach arbeiteraristokratischen Arbeitermassen. Der zynische Verrat der Interessen des englischen Gesamtproletariats durch den Zerfall des Dreibundes am „Schwarzen Freitag" 1921, die dauernde Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit als Folgen des Verschwindens der Monopolstellung der englischen Industrie, haben mit der wirtschaftlichen Basis auch die Ideologie der englischen Arbeiteraristokratie vernichtet. Der zähe Kampf der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung hat anderseits verhindert, daß die enttäuschten Massen in Indifferentismus verfielen, und hat ihrer Erbitterung eine konkrete Wendung zum Kampf um die Revolutionierung und Vereinheitlichung der Gewerkschaften gegeben.

Die Enttäuschung der Arbeiterschaft durch das Wirken der Macdonald-Regierung, in der ja eine ganze Anzahl alter Gewerkschaftsführer saß, hat weiter dazu beigetragen, die Arbeiter in den Gewerkschaften auf eine radikalere Linie zu bringen: in kurzer Zeit wurden die englischen Gewerkschaften, die vorher zum rechten Flügel der Amsterdamer gehörten, zum wichtigsten Faktor der Linken innerhalb Amsterdams. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch die große Sympathie für die russische Revolution und die Sowjetmacht, die den Wunsch einer Annäherung an die Gewerkschaften der USSR immer stärker werden ließ.

So stand der Wiener Gewerkschaftskongreß — sehr gegen den Willen der Mehrheit — im Zeichen einer beginnenden Periode des Kampfes um die gewerkschaftliche Einheit. Alle Diskussionen und Kommissionsverhandlungen waren von dieser Frage beherrscht, die noch mehr in den Vordergrund trat, als ein Telegramm der Roten Gewerkschaftsinternationale den Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses, Purcell, praktische

Besprechungen über die Frage der Einigung der Gewerkschaftsbewegung vorschlug.

Der Kongreß versuchte einen Bruch mit den englischen Gewerkschaften dadurch zu verhindern, daß er zwar einerseits alle sachlichen Forderungen der Engländer und der Linken ablehnte, aber anderseits den Vorsitzenden der Internationale aus der englischen Delegation wählte, um so den Engländern gewissermaßen ein Pflästerchen zu geben und gleichzeitig die unbequeme Opposition zum Schweigen zu bringen.

Sachliche Differenzen bestanden einmal in der Frage der Aufnahme der Gewerkschaften der USSR in die Amsterdamer Internationale oder ihre Berufssekretariate und anderseits in der Frage der internationalen Berufsorganisation.

Bis zum Wiener Kongreß hatten die einzelnen Berufssekretariate selbständige Verhandlungen mit den Gewerkschaften der USSR geführt, die Internationale der Lebensmittelarbeiter hatte sogar den russischen Verband aufgenommen. Der Wiener Kongreß legte (entsprechend den Beschlüssen einer Konferenz der Amsterdamer Internationale im November 1923) jedoch fest, daß einzelne Verbände, die Amsterdam nicht angeschlossenen Landeszentralen angehören oder selbständig sind, nur unter besonderen Voraussetzungen aufgenommen werden dürfen. Bezüglich der Stellung zum Gewerkschaftsbund der USSR wurde beschlossen, daß die Verhandlungen über seine Aufnahme nur im Rahmen der Statuten des IGB und unter Wahrung der Würde desselben geführt werden dürfen. Diese Beschlüsse bedeuteten einen Rückschritt gegenüber dem vorherigen Stand.

Auch die Stellung der Berufssekretariate, die für die Linksentwicklung eine gewisse Bedeutung hat, wurde im reaktionären Sinne geregelt. Die Berufsinternationalen spielen gerade in der Zeit der internationalen Vertrustung der Schlüsselindustrie eine wichtige Rolle, da ihnen wichtige Aufgaben durch die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften erwachsen, zu deren Erfüllung für sie wenigstens innerhalb der reformistischen Gewerkschaftsbewegung größere Selbständigkeit notwendig ist. Diese Selbständigkeit wurde vom Wiener Kongreß abgelehnt und man versuchte durch die Schaffung einer ständigen Vertretung der Berufssekretariate im Büro des IGB diese fester an die reformistische Gewerkschaftsorganisation zu ketten.

Ebenso wie in diesen beiden Fragen trug die Rechte einen Sieg davon bei der Stellungnahme zum Arbeitsamt, den „Friedensbemühungen“ des Völkerbundes, Dawesplan usw.

Der rechte Flügel der Amsterdamer suchte politischen Halt an der Hamburger Internationale, mit der einige gemeinsame Konferenzen über politische und wirtschaftliche Fragen abgehalten wurden. Die Linie dieser Konferenzen war immer die gleiche: Unterstützung der Völkerbundspolitik, Klassenversöhnung mit pazifistischen Phrasen.

Aber diese Politik wird seit dem Wiener Kongreß immer wieder in den Reihen der Amsterdamer kritisiert, und zwar von Führern, die bei den breitesten Massen Gehör finden, und von den Vertretern des zweitstärksten und bedeutendsten Landes der Internationale: England.

Die Billigung der Politik der Zweiten Internationale und die Verstärkung der Völkerbundsillusionen wurde immer wieder von den Engländern, von Fimmen und selbst von anderen bekämpft; die Organisationsform wird immer weiter diskutiert, wenn auch formell die Wiener Beschlüsse in den Berufssekretariaten durchgeführt werden.

Das Zentralproblem aber, das das ganze politische Leben des IGB und der Berufssekretariate erfüllt, war der Kampf um die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Auch hier wieder eine Zweiteilung: auf der einen die beharrliche Weigerung Amsterdams, in Besprechungen mit den Gewerkschaften der USSR ohne Vorbedingungen einzutreten; auf der anderen Seite die feste Entschlossenheit der englischen Gewerkschaften, den Kampf um die Gewerkschaftseinheit nicht aufzugeben.

Ein entscheidender Einschnitt war der Kongreß der englischen Gewerkschaften in Hull Anfang August 1924, auf dem zum erstenmal die Vertreter der Gewerkschaften der USSR auftraten und begeisterte Aufnahme fanden. Dort wurde der Grundstein zur Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften Englands und der USSR gelegt. Der englische Gewerkschaftsrat nahm die Einladung zu einer Studienreise durch die Sowjetunion an, die es seiner Delegation ermöglichte, aus eigener Anschauung die Verhältnisse unter der Sowjetmacht kennenzulernen und das Lügengewebe der menschewistischen Presse zu zerreißen, das eines der Haupthindernisse für die Annäherung der proletarischen Massen Europas und der Sowjetunion war. Anläßlich der Anwesenheit dieser Delegation wurde die

Einsetzung eines beratenden Komitees der beiden Gewerkschaftszentralen über die Fragen der Einheit beschlossen, das seine Tätigkeit trotz aller Anfechtungen erfolgreich durchführt.

Gegen die Reise und die Gründung des englisch-russischen Komitees haben die Amsterdamer vergeblich angekämpft. Es gelang ihnen aber nicht, die Standhaftigkeit der englischen Gewerkschaften zu schwächen, die es bewirkte, daß auch in anderen Ländern die Elemente, die zwar die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit anerkennen, aber politisch dem Kommunismus noch fernstehen, sich zusamenzuschließen beginnen. Dem Prozeß der Linksentwicklung stehen größere Schwierigkeiten entgegen, als dies nach dem ersten raschen Aufschwung den Anschein haben konnte. Die Entwicklung wird aber beschleunigt, durch die Steigerung und Verschärfung der Klassenkämpfe, die den Zusammenschluß auf gewerkschaftlichem Gebiete immer dringender machen.

Hierbei sind noch Illusionen zu überwinden, die bei einem Teil des linken Flügels der Amsterdamer vorhanden sind, die vielfach glauben, daß durch die Aufnahme der Gewerkschaften der USSR in die Amsterdamer Internationale allein schon das Ziel der Einigung der Gewerkschaften erreicht werden könnte. Dieser Auffassung trat der XIV. Parteitag der RKP und die Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale im Februar 1926 in dem Sinn entgegen, daß sie darauf hinwiesen, daß die Einigung nicht in dem Eintritt der Gewerkschaften der USSR in die Amsterdamer Internationale bestehe. Es handelt sich vielmehr darum, daß alle Sektionen der Roten Gewerkschaftsinternationale zusammen mit den heute der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften in einer Form zusammengefaßt werden, die gleichzeitig die Verwirklichung des Programms der proletarischen Einheit: Klarstellung des Klassenkampfcharakters der internationalen Gewerkschaftsbewegung gewährleistet. Das bedeutet aber die Umgestaltung der heutigen reformistischen Rumpfinternationale in eine wirkliche umfassende Gewerkschaftsinternationale.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften hat zur Folge, daß auch die Reformisten mit allen Mitteln bestrebt sind, ihre Positionen zu sichern und zu behaupten. Dazu dient ihnen in erster Linie der enge Anschluß an die Sozialistische Arbeiterinternationale, der den Amsterdamern einen gewissen

politischen Rückhalt gibt. Ebenso wichtig sind aber die Bestrebungen, die dahin gehen, den Aktionsradius des IGB zu erweitern. Diese Bewegung geht in zwei Richtungen: einmal die Heranziehung bereits bestehender reformistischer Gewerkschaften und zum anderen den Versuch, auf jene Gebiete vorzudringen, die bisher ausschließlich von der Roten Gewerkschaftsinternationale beherrscht wurden: Ferner Osten, Balkan, Finnland und Lateinisch-Amerika.

Den größten Raum nehmen die Bemühungen ein, die amerikanische Gewerkschaftsföderation, die 1919 aus der Amsterdamer Internationale mit der Begründung, daß diese zu weit links stehe, austrat, zum Wiedereintritt zu bewegen. Mit diesem Liebeswerben um die amerikanischen Gewerkschaften folgen die rechten Amsterdamer der allgemeinen Polarisierungstendenz innerhalb der wirtschaftlichen Organisationen der Welt: die Konzentrierung der konservativen, reformistischen, am Aufbau des Kapitalismus interessierten Mächte auf das amerikanische, und die Konzentrierung der revolutionären, am sozialistischen Aufbau interessierten Mächte auf das Beispiel der Sowjetunion. Daher wird auch die Propaganda unter den amerikanischen Gewerkschaften begleitet von einer Propaganda für die Rationalisierung nach amerikanischem Muster. Zu diesem Zweck haben die deutschen Gewerkschaften im Herbst 1925 eine eigene Studiendelegation nach den Vereinigten Staaten entsandt, die versuchen sollte, den Eindruck, den die Berichte der Arbeiterdelegation nach der USSR gemacht hatten, abzuschwächen.

Die Bemühungen um die amerikanischen Gewerkschaften haben aber bisher noch keinen Erfolg gehabt. Der Gewerkschaftskongreß von 1925 hat den Anschluß ausdrücklich abgelehnt. Es ist jedoch offenbar, daß der Präsident der amerikanischen Gewerkschaftsföderation, Green, mit dem rechten Flügel der Amsterdamer zusammenarbeitete. Dies zeigte sich deutlich in seinem scharfen Angriff auf Purcell, der auf dem Kongreß der AF of L für die Herstellung der Einheit der Gewerkschaften eingetreten war.

Größere Erfolge im reformistischen Sinne, verbunden mit einer Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in den betreffenden Ländern, haben die Amsterdamer in jenen Ländern aufzuweisen, wo der Terror der Bourgeoisie die revolutionäre

Gewerkschaftsbewegung zerschlagen hat oder in ihrer Entwicklung hemmt, so vor allem in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien. In diesen Ländern sind die Amsterdamer planmäßig an die Schaffung und Unterstützung reformistischer Gewerkschaften herangegangen und versuchen, aus der Illegalität und Verfolgung der revolutionären Gewerkschaften Kapital zu schlagen. Trotz der schweren Lage und der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in Rumänien weigern sie sich, die Einheit der Gewerkschaften herzustellen. (Nur in Bulgarien, wo die reformistischen Gewerkschaften ganz schwach sind, führen sie Verhandlungen mit den revolutionären Verbänden.) Eine Konferenz der Balkangewerkschaften unter Führung der Amsterdamer, April 1926, diente dem Zweck, diese Spaltung für die Stärkung der Reformisten auszunützen und jeden Versuch der revolutionären Verbände, eine Einheit der Gewerkschaftsbewegung herzustellen, zu verhindern. Die Bestrebungen der Reformisten hatten insofern Erfolg, als die griechischen Gewerkschaften unter dem Druck der Diktatur von Pangalos sich dem IGB. angeschlossen haben.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Finnland, wo die Sozialdemokraten, mit Unterstützung der Amsterdamer Internationale planmäßig versuchten, die revolutionäre (obgleich infolge des Regierungsterrors organisatorisch nicht zur RGI gehörende) Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Doch hat der finnische Gewerkschaftskongreß im Mai 1926 durch den mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschluß sich dem englisch-russischen Einheitskomitee anzuschließen, dieser sozialdemokratischen Spaltungsarbeit ein vorläufiges Ende gesetzt.

In den Kolonien und den Ländern des Fernen Ostens sind die Erfolge der Amsterdamer zunächst noch sehr schwach. Das einzige Land, in dem es gelungen ist, eine reformistische Gewerkschaftsbewegung in größerem Ausmaße zu schaffen, ist Japan, wo die Reformisten planmäßig die revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften herauszudrängen versuchen und auch tatsächlich rein reformistische Verbände zustandegebracht haben. Die indischen Gewerkschaften haben sich zwar Amsterdam angenähert, unterstützen aber aktiv die englischen Gewerkschaften, mit denen sie im engen Kontakt stehen.

Trotz all dieser Bemühungen ist die Amsterdamer Internationale aber eine europäische Internationale geblieben, wenn

man vom Anschluß einiger weniger wichtiger amerikanischer Gewerkschaften an die Berufssekretariate und die Transportarbeiterföderation absieht.

*

Wir sehen also die Amsterdamer Internationale in den letzten zwei Jahren beherrscht von dem Kampf der Reformisten gegen die unaufhaltsam stärker und klarer werdende Linksbewegung. Wir sehen, wie die Linksbewegung langsam ihre reformistischen Ueberreste verliert: neben England vollzieht sich bereits der Prozeß der Linksentwicklung in den holländischen und dänischen Gewerkschaften und in Deutschland, wo neben der klaren Einheitsbewegung, die sich um die Arbeiterdelegation nach Rußland gruppiert, bereits andere Tendenzen sich zeigen, wie zum Beispiel der Versuch des Metallarbeiterverbandes, durch besondere Schulung seiner Funktionäre ein im austro-marxistischen Sinne geschultes Gewerkschaftszentrum zu schaffen.

Die Geschichte des Kampfes des revolutionären Flügels in den Gewerkschaften lehrt, daß trotz der ideologischen Zerbröckelung dem Reformismus große Zähigkeit innewohnt und die Linke noch keineswegs die Oberhand gewonnen hat. Dies zeigt sich wiederum mit außerordentlicher Klarheit in der Stellung des IGB zum englischen Generalstreik, in der Weigerung Oudegeests, die in Sympathieaktion befindlichen kontinentalen Transportarbeiter finanziell zu unterstützen, sowie in der vollständigen Inhaltlosigkeit der auf der Sitzung des Büros des IGB am 11. Mai 1926 in Amsterdam zum Generalstreik gefaßten Resolution:

> „Der am 10. und 11. Mai in Amsterdam tagende Vorstand des IGB bringt dem englischen Proletariat seine brüderlichen Gefühle der Solidarität zum Ausdruck und nimmt mit Befriedigung von den eingeleiteten moralischen und finanziellen Unterstützungsaktionen der angeschlossenen Landeszentralen Kenntnis. In dieser ernsten Stunde müssen die britischen Arbeiter der internationalen Solidarität gewiß sein. Die englische Arbeiterklasse hat das Recht auf solidarischen Beistand der Arbeiter aller Länder. Es ist heilige Pflicht aller Mitglieder der Landeszentralen des IGB, den Streikenden Solidarität zu gewähren.

Die Leiden der britischen Pioniere und ihrer Familien können durch die energische Unterstützung der ganzen organisierten internationalen Arbeiterklasse gemildert und gekürzt werden. Der im Interesse der Sache der internationalen Arbeiterschaft nötige Sieg des englischen Proletariats soll durch die Einsetzung aller Hilfsmittel der organisierten Arbeiterklasse der verschiedenen Länder gesichert werden.

Der Vorstand des IGB hat die feste Ueberzeugung, daß die organisierten Arbeiter der Parole ihrer Organisationen überall Folge leisten und ihren englischen Kameraden die weitgehendste finanzielle und moralische Hilfe leisten werden. Arbeiter aller Länder, die Sache der englischen Arbeiter ist Eure! Eure Kampfsolidarität muß dem mutigen und unentwegten Kampf der britischen Arbeiter gegen die vereinigten Kräfte der Unterdrückung und der Reaktion zum Siege verhelfen."

Selbst um diesen Beschluß zu fassen, brauchte der IGB zehn Tage. Dagegen erließ er sofort bei dem offiziellen Abbruch des Generalstreiks, als noch Millionen Arbeiter im Kampfe standen, eine Aufforderung zur Einstellung der Solidaritätsaktion. Die meisten Landesverbände haben freilich trotzdem die Sammlungen fortgeführt. Gerade dieses schmähliche Verhalten des IGB wird jedoch den Drang der englischen Arbeiterschaft nach der Schaffung einer mächtigen klassenkämpferischen Gewerkschaftsinternationale sowie die Opposition innerhalb der übrigen Verbände der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zweifellos stärken.

Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung

Der erste Schritt in der Einheitsbewegung innerhalb der internationalen Organisationen erfolgte beim Besuch der Delegierten der Trade Unions und der Arbeiterpartei in der Sowjetunion Juni 1920, gelegentlich einer Konferenz mit russischen Gewerkschaften. Der erste ernste Schritt jedoch seitens der englischen Trade Unions für die Einheit datiert

vom Zeitpunkt des Wiener Kongresses der Amsterdamer Internationale im Juni 1924, wo die Delegierten der englischen Gewerkschaften, die damals ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft des IGB ausmachten, die Abhaltung einer bedingungslosen Konferenz mit den russischen Gewerkschaften vorschlugen. Das war der Anfang der Entstehung eines linken Flügels innerhalb des IGB. Der rechte Flügel war bestrebt, die Resolution unklar zu halten, und nach heftigen Debatten beschloß der Kongreß, „die Verhandlungen mit Moskau unter Wahrung der Würde der Amsterdamer Internationale und auf dem Boden ihres Statuts und ihrer Prinzipien" vorzuschlagen. Die gestellten Vorbedingungen lauteten:

1. Verhandlungen sind nur mit den russischen Verbänden und nur über den Anschluß der russischen Gewerkschaften an Amsterdam zu führen;
2. für die Verhandlungen und den Anschluß kommen nur das Programm und das Statut der Amsterdamer Internationale in Frage.

In dem darauf folgenden Briefwechsel erwiderte der Zentralrat der russischen Gewerkschaften, daß er an der Ausarbeitung des Programmes und der Statuten der Amsterdamer nicht teilgenommen habe und sie als Vorbedingung sine qua non nicht anerkennen könne, betonte aber seine Bereitschaft zu Verhandlungen.

Im Januar 1923 wurde der Aufruf der RGI an Amsterdam zwecks gemeinsamer Aktion gegen die Ruhrbesetzung abgelehnt. Von Bedeutung war ein daraufhin veröffentlichter Artikel des Sekretärs der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Edo Fimmen: „Schwarzer Januar", der damit seinen Kampf um die Einheit begann. In weiterer Folge der von ihm eingeleiteten Kampagne kam am 23. und 24. Mai 1923 die Berliner Konferenz zwischen den Führern der ITF und des russischen Transportarbeiter-Verbandes zustande, die gemeinsam mit den Parolen des Kampfes gegen Faschismus und Kriegsgefahr Entchließungen für die gewerkschaftliche Einheitsfront brachte.

Im August 1924 beriefen die revolutionären Berufssekretariate (JPK) eine internationale Konferenz nach Hamburg ein und knüpften Verhandlungen mit der gleichzeitig dort

tagenden Exekutive der ITF auf der Grundlage des Beschlusses des 7. russischen Eisenbahnerkongresses, der „den Willen des Eisenbahnerverbandes, in der ITF Aufnahme zu finden" ausdrückte, an. Dieser, wie auch andere Versuche revolutionärer Verbände, sich in die internationalen Berufssekretariate aufnehmen zu lassen, scheiterten, mit Ausnahme des russischen Lebensmittelarbeiter-Verbandes, der in die Lebensmittelarbeiterunion aufgenommen wurde. Um die Einheit auch im einzelnen zu fördern, beschloß der III. Weltkongreß der RGI (Juli 1924), daß „wenn alle revolutionären Verbände in die entsprechenden Internationalen aufgenommen sind, die einzelnen IPK als Organisationszentren aufgelöst werden".

Auf die sich verbreitenden Einheitsbestrebungen reagierend, faßte die Exekutivsitzung des IGB vom Februar 1925 eine Resolution, in welcher nach Kenntnisnahme des bisherigen Briefwechsels „die Leitung des IGB beauftragt wird, dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften mitzuteilen, daß der IGB bereit ist, die russischen Gewerkschaften in seine Reihen aufzunehmen, wenn diese den Wunsch hierzu äußern". Die Resolution Oudegeest's, „jede Korrespondenz einzustellen", wurde abgelehnt; nachher stimmten aber auch die Rechten für diese Kompromiß-Resolution, die mit 14 Stimmen gegen die Stimmen sämtlicher Engländer und des schwedischen Delegierten angenommen wurde. Die Engländer setzten sich für eine bedingungslose Vorbereitungskonferenz ein.

Die nächste wichtigste Etappe der Einheitsbewegung wird durch die Londoner englisch-russische Gewerkschaftskonferenz (6. bis 8. April 1925) gekennzeichnet. Die Vorläufer dieser Konferenz waren einerseits der Huller Kongreß der Trade Unions (Sept. 1924), der sich für die Einheit erklärte und die russische Gewerkschaftsdelegation begeistert aufnahm, andererseits der 6. Allrussische Gewerkschaftskongreß, auf welchem ein Uebereinkommen mit der anwesenden britischen Gewerkschaftsdelegation über die Bildung eines englisch-russischen Einheitskomitees getroffen wurde. Der Besuch der britischen Gewerkschaftsdelegation selbst in der Sowjetunion Ende 1924, ihr Bericht und die Einheitsresolutionen verschiedener englischer Gewerkschaften gaben dann den Anstoß für das schnelle Zustandekommen der Konferenz.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz war eine gemeinsame Deklaration für die Herstellung der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung „als Vorbedingung für die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Angriff des Kapitals". Die Deklaration erklärt,

„daß die einzige Macht, die die Menschheit vor einer neuen Weltkatastrophe, und die Arbeiter aller Länder vor der politischen und wirtschaftlichen Ausbeutung und Willkür retten kann, die Arbeiterklasse selbst ist;

. . . daß die Arbeiter jeden bekämpfen müssen, der durch reaktionäre Tendenzen die Zersplitterung der Arbeiterbewegung unterstützt.

Es werden gemeinsame Schritte unternommen, um im Sinne des Antrages der britischen Delegation die Amsterdamer Internationale dazu zu bewegen, eine sofortige bedingungslose Konferenz mit Vertretern der russischen Gewerkschaftsbewegung einzuberufen. Wir bekräftigen gegenseitig unseren Beschluß, enge und kameradschaftliche Beziehungen zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften aufrecht zu erhalten, und zwar durch gemeinsame Aktionen."

Es wurde dann das gemeinsame Beratungskomitee gegründet, aus je 3 Mitgliedern des russischen Zentralrates und des britischen Generalrates und deren Vorsitzenden bestehend. Die Vorschläge dieses Komitees sind von beiden Instanzen zu bestätigen.

Die besondere praktische Bedeutung der Konferenz zeigt die folgende Erklärung des britischen Generalrates:

„1. Es wird vorgeschlagen, daß die russische Bewegung eine Antwort auf die Amsterdamer Resolution in Erwägung ziehen soll, des Inhalts, daß sie im Interesse der internationalen Einheit an einem internationalen Gewerkschaftsbund teilnehmen will, der u. a. die in den Statuten der Amsterdamer Internationale aufgeführten Ziele und in allgemeinen Linien Satzungen einschließen sollte, die von denjenigen der Amsterdamer Internationale nicht wesentlich verschieden sind. Da die Satzungen des IGB zurzeit so gehalten sind, daß daran die Erfordernisse der ihm gegenwärtig angeschlossenen Länder berücksichtigt werden, diese Satzungen

aber ohne eine ergänzende Revision den gerechten Ansprüchen der russischen Gewerkschaftsbewegung vielleicht nicht entsprechen, sind Vorbesprechungen und Konferenzen eine unbedingte Notwendigkeit. Zwecks solcher Besprechungen wäre festzustellen, wie der bestehende internationale Bund am besten ausgebaut werden könnte, um die Einbeziehung der russischen und aller anderen gewerkschaftlichen Organisationen zu erleichtern.

2. Die britische Abteilung wird die Amsterdamer Internationale davon in Kenntnis setzen, daß damit im Prinzip ihre Bedingungen für eine Konferenz erfüllt sind, soweit man es vernünftigerweise fordern kann . . .

3. Die britische Abteilung wird dem IGB, vorausgesetzt, daß über die obigen Klauseln ein gemeinsames Uebereinkommen erzielt werden kann, folgende Vorschläge unterbreiten:

a) Der Vorstand des IGB soll eine sofortige Konferenz mit Vertretern des Allrussischen Gewerkschaftsrates einberufen, um über die durch den Beschluß der vom 5. bis 7. Februar in Amsterdam abgehaltenen Ausschußsitzung geschaffene Lage, sowie über die auf Grund der gemeinsamen Diskussion dieser Konferenz erzielten Beschlüsse zu beraten . . .

b) Falls der Vorstand des IGB beschließen sollte, daß er nicht in der Lage ist, eine Konferenz, wie die oben vorgeschlagen wird, einzuberufen, so wird der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes die Einberufung einer Konferenz übernehmen und versuchen, auf Grund seines Einflusses als Vermittler zwischen der russischen Gewerkschaftsbewegung und dem Amsterdamer Vorstand die internationale Einheit zu fördern. Bei diesem Bestreben wird sich der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes der bestehenden Schwierigkeiten voll bewußt und vom Wunsche beseelt sein, eine vereinigte Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, die imstande ist, die internationalen Interessen der Arbeiter in wirksamer Weise zu betreiben."

Am 21. April 1925 bestätigte der Generalrat der Trade Unions die Beschlüsse der englisch-russischen Konferenz, am 23. April stimmte das Vollzugsbüro der RGI denselben zu und

forderte alle Gewerkschaftsorganisationen zur Unterstützung des Beratungs-Komitees auf. Der allrussische Gewerkschaftsrat hieß dann in seiner Plenarsitzung vom 30. April bis 3. Mai die Arbeit und die Beschlüsse der Konferenz gut und beauftragte seine auswärtige Kommission, an Amsterdam im Sinne der Konferenzergebnisse einen Brief zu richten mit folgendem hauptsächlichen Inhalt:

„Wir erklären nochmals, daß wir für die einige Internationale sind. Unser Ziel und das Ziel der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der Welt ist die Schaffung einer einigen Internationale der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder, die auf dem Boden des Klassenkampfes, auf dem Boden der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitals stehen. Im Vergleich zu diesem großen Ziel hat die Statutenfrage eine untergeordnete Bedeutung. Die Gewerkschaften der Sowjetunion sind bereit, sich an eine Gewerkschaftsinternationale, deren Statuten sich in großen Zügen von den Statuten der Amsterdamer Internationale nicht viel unterscheiden würden, anzuschließen. Die Aufzählung der Ziele dieser vereinigten Internationale könnte alle in den Statuten Amsterdams vorgesehenen Ziele enthalten. Die Gewerkschaften der Sowjetunion haben jedoch keine Möglichkeit, an der Ausarbeitung der Satzungen der Amsterdamer Internationale teilzunehmen. Wir sind überzeugt, daß die einige Gewerkschaftsinternationale nicht nur die Sowjetgewerkschaften, sondern alle gegenwärtigen, an Amsterdam nicht angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen erfassen sollte. Um dies zu erreichen, müssen voll und ganz die Unterschiede, die Traditionen, die geschichtlichen Begebenheiten und die politischen Eigenartigkeiten aller Länder berücksichtigt werden. Wie ist dies zu verwirklichen? Wie ist das gegebene Mißtrauen zwischen den einzelnen Teilen der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung ohne persönliche Begegnung, ohne allseitige sachliche Prüfung dieser wichtigen Fragen zu überwinden? Die gegenseitige Bekanntschaft der Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen Englands und der Sowjetunion, der beiderseitige aufrichtige Wunsch, die gemeinsamen Methoden und die gemeinsame Aussprache zur Verwirklichung der beiderseits aufrichtig erstrebten Gewerk-

schaftseinheit, zeitigten zweifellos sehr gute Ergebnisse. Die letzte Londoner Konferenz fördete zweifellos die Erstarkung der proletarischen Solidarität zwischen den Arbeitern Englands und der Sowjetunion. Gleicherweise könnte eine Begegnung der Vertreter der Sowjetgewerkschaften mit denen der Amsterdamer Internationale, falls ein beiderseitiger guter Wille vorhanden ist, als ein Anfang zur reellen Verwirklichung der Einheit der ganzen Gewerkschaftsbewegung dienen.

Deshalb erachten wir es als richtig, wenn der Generalrat den Beschluß der Exekutive vom 5. bis 7. Februar revidieren und mit dem Generalrat der Gewerkschaften der Sowjetunion ohne Vorbedingungen eine Konferenz über die Frage der Einheit der Gewerkschaften einberufen würde."

Seitens der Amsterdamer Rechten wurde die englisch-russische Konferenz heftig angegriffen. Es tauchten nebenbei auch Gegeneinheitskombinationen auf, wie Cramps Vorschlag, die Gewerkschaftsinternationale nach Erdteilen — mit den Russen in der Asiatischen Internationale — zu organisieren und Macdonalds Vorschlag für eine englisch-deutsche gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Mit der Zuspitzung der feindseligen Haltung des rechten Flügels Amsterdams gegen die russischen Gewerkschaften beginnt seine Orientierung in der Richtung auf die amerikanischen Gewerkschaften, um sie für eine Einheit mit dem IGB zu gewinnen. Während die Vorschläge der RGI betreffs einheitlicher Aktion in der China- und Marokko-Frage zurückgewiesen und auf einer Reihe von Kongressen der internationalen Berufsverbände (Lederarbeiter, Angestellte, Holzarbeiter) die Vorschläge zur Aufnahme russischer Verbände abgelehnt werden, zeigt sich ein prinzipielles und organisatorisches Entgegenkommen gegenüber der Amerikanischen Arbeiter-Föderation (AFofL) und die ihr angehörenden Verbände (Zimmerer und Tischler) werden, trotzdem die AFofL dem IGB nicht angehört, in die Berufsinternationale aufgenommen.

Eine Differenzierung innerhalb der reformistischen Gewerkschaften zwischen der Rechten und Linken trat dann bei den Gewerkschaftskongressen verschiedener Länder zutage. Die im August 1925 abgehaltenen Kongresse der deutschen und

der französischen Gewerkschaften demonstrierten gegen die Einheit mit den russischen Gewerkschaften. Der Breslauer Kongreß des ADGB lehnte auch den Vorschlag der Entsendung einer Delegation nach der Sowjetunion ab, beschloß aber, eine Delegation nach den Vereinigten Staaten zu entsenden. Demgegenüber begrüßte der Kongreß der norwegischen Gewerkschaften das englisch-russische Komitee und der Scarborougher Kongreß der Trade Unions (7. bis 10. September) hieß die Tätigkeit des Generalrats in bezug auf die Einheitsbestrebungen mit den Sowjetgewerkschaften, die Gründung des Beratungskomitees gut und stellte die Losung der „Allumfassenden Welt-Föderation der Gewerkschaften" auf. Der Scarborougher Kongreß beschloß, daß,

„falls das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu der Entscheidung komme, daß es nicht imstande ist, der vorgeschlagenen bedingungslosen Konferenz zuzustimmen, dann der britische Gewerkschaftsrat selbst eine solche Konferenz in Angriff nehmen und die Sache der internationalen Gewerkschaftsarbeit vorwärtstreiben wird, indem er seinen vermittelnden Einfluß zwischen dem allrussischen Gewerkschaftsrat und dem Vollzugskomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausnutzt."

Das englisch-russische Komitee wandte sich nach diesem Kongreß mit einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder für Mitarbeit an der Schaffung der Allumfassenden Weltföderation der Gewerkschaften, deren Notwendigkeit in Anbetracht der durch Locarno näher gerückten Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion noch stärker hervorgehoben wird.

Am 1. Dezember 1925 wurde in London eine Konferenz des Vorstandes des IGB mit dem britischen Generalrat einberufen, „um die grundsätzliche Stellung der britischen Gewerkschaften innerhalb des IGB zu klären", ihre Loyalität zum IGB, besonders in bezug auf die Einheitsbewegung zu prüfen. Die auf der Konferenz von dem Generalrat abgegebene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Konferenz begrüßt den in der Sitzung stattgehabten freien und offenen Meinungsaustausch und gibt der ernsten Hoffnung Ausdruck, daß damit alle Mißverständnisse über die Motive und Absichten des Generalrats bezüglich

des Vorschlags auf Einberufung einer bedingungslosen Konferenz aus dem Wege geräumt sind.

2. Der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes wendet sich gegen jeden Versuch, seine Aktion so darzustellen, als ob sie gegen den IGB gerichtet sei. Er versichert dem IGB seines ausschließlichen Wunsches, die internationale Gewerkschaftsbewegung zu stärken und zu festigen.

3. Der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes anerkennt die Schwierigkeiten der Lage, ist jedoch der Ansicht, daß diese am besten durch die Einberufung einer Konferenz beseitigt werden können, bei der von beiden Seiten keine Vorbedingungen aufgestellt werden, und zwar unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß sich eine solche Konferenz strikte auf die Vertreter des IGB und des Allrussischen Gewerkschaftsrates beschränkt."

Die folgende Exekutivsitzung des IGB in Amsterdam vom 4. und 5. Dezember befaßte sich ebenfalls mit der Einheitsfrage. Nachdem demonstrativ der Wunsch, „die organisierten Arbeiter Amerikas bald als Mitglieder der ganzen Arbeiterfamilie begrüßen zu können" vorausgeschickt war, erklärt die mit 14 gegen 7 Stimmen der Engländer und Fimmen angenommene Resolution:

„Nachdem das Exekutivkomitee von den Verhandlungen mit dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion nach Februar 1925 Kenntnis genommen hat, bestätigt es den im Februar gefaßten Beschluß und erachtet die Annahme einer neuen Resolution für überflüssig."

Am 8. und 9. Dezember, unmittelbar nach der Beendigung der Exekutivsitzung des IGB, tagte in Berlin die Konferenz des englisch-russischen Beratungskomitees, um zu der durch die Amsterdamer Verhandlungen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. In dem veröffentlichten, von dem Vorsitzenden des britischen Generalrats, Pugh, und des russischen Zentralrats, Tomski, unterzeichneten Kommuniqué bedauert die Konferenz, daß die Exekutive des IGB den englischen Vorschlag zur Abhaltung einer bedingungslosen Konferenz mißdeutet und zurückgewiesen hat, und nachdem die von den norwegischen und finnischen Gewerkschaften ein-

gelaufenen Zustimmungen zur Mitarbeit begrüßt wurden, erklärt sie in einer gemeinsamen Resolution, daß die Amsterdamer Entscheidung entstanden sei

„eher auf Grund der Widerspiegelung der offiziellen Vorurteile als auf Grund der Meinungen und Wünsche der Mitgliedermassen der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Als Beweis dafür stellt das Komitee das Vorurteil, das hier gegenüber der russischen Bewegung an den Tag gelegt wird, der Stellungnahme zu anderen Gewerkschaftsleitungen, die jetzt dem Internationalen Gewerkschaftsbund noch nicht angehören, gegenüber."

Weiter heißt es:

„Das Komitee ist der Meinung, daß einer der ersten praktischen Schritte, die gemacht werden müssen, die Einberufung einer Konferenz durch den Generalrat der britischen Gewerkschaften ist, die im Punkt 3b der Deklaration, die von der Delegation der britischen Gewerkschaften auf der englisch-russischen Gewerkschaftsdelegation angenommen und später von den höchsten autoritativen Vertretungen der Gewerkschaftsbewegung der beiden Länder ratifiziert wurde.

Das Komitee bedauert die fortgesetzten und nicht provozierten Angriffe gegen die russische Gewerkschaftsbewegung und die groben Entstellungen, die in bezug auf das Werk des englisch-russischen vereinigten Beratungskomitees über Politik und Ziel der beiden Gewerkschaftsleitungen, in bezug auf die Stützung der internationalen Gewerkschaftseinheit an den Tag gelegt wurde, und beschließt, Maßnahmen zu treffen, um solchen Mißdeutungen und Störungsversuchen entgegenzutreten.

Das Komitee glaubt trotzdem, daß die Vertretungen der Gewerkschaftsbewegung der beiden Länder in voller Gelassenheit und Würde festhalten müssen an ihrer Stellungnahme in Hinsicht auf alle unverantwortlichen Angriffe, die gegen sie und gegen die von ihnen vertretene Gewerkschaftsbewegung gerichtet sind. Sie wollen fest in ihrem Werke fortfahren, das sie begonnen haben, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt zu verwirklichen."

Am 17. Dezember 1925 beschloß der britische Generalrat, die Initiative zu einer *unmittelbaren* Einberufung einer

Vollkonferenz zwischen den Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale und den Sowjetgewerkschaften nicht zu ergreifen. Prinzipiell werden die Beschlüsse der Berliner Konferenz bestätigt, indem der Generalrat erklärt, daß er den Wunsch hegt, zwischen IGB und russischen Gewerkschaften zu vermitteln, ist aber der Ansicht, daß die Einberufung einer solchen Konferenz nicht zweckmäßig ist, bevor man sich nicht der Ansichten der Gewerkschaften des Kontinents vergewissert hat.

Bis Juni 1926 ist das englisch-russische Komitee nicht weiter in die Oeffentlichkeit getreten: die englischen Ereignisse nahmen die Arbeit der englischen Gewerkschaften ausschließlich in Anspruch.

Zahlenmäßige Stärke des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB)

Länder	Organisationen: Nach dem IGBJahrbuch 1925	Organisationen: Nach Berichten einzelner Landeszentralen IGB-Bulletins	Organisationen dem IGB nicht angeschlossen, jedoch nach dem IGB-Jahrbuch „auf seinem Standpunkt stehen"
1. Argentinien	—	—	60 000 (1926)
2. Belgien	594 998	578 000 (1924)	
3. Bulgarien	14 803	15 000 (1922)	
4. Dänemark	233 116	230 000 (1925)	69 588 (1925)
5. Deutschland	6 293 359	4 732 000 (1923/25)	
6. Frankreich	757 836	490 000 (1925)	
7. Großbritannien	4 328 235	4 343 000 (1925)	
8. Italien	234 520	235 000 (1923)	
9. Jugoslavien	—	—	35 000 (1923)
10. Kanada	124 207	106 000 (1925)	40 000 (1925)
11. Lettland	12 658	13 000 (1923)	
12. Luxemburg	12 000 (1925)	14 000 (1925)	
13. Memel	1 907 (1925)	2 000 (1925)	2 140 (1925)
14. Mexiko	—	—	800 000*) (1925)
15. Niederlande	179 929	188 000	
16. Österreich	896 763	828 000 (1924)	39 552 (1925)
17. Palästina	10 736	15 000 (1924)	
18. Polen	369 811	244 000 (1925)	
19. Rumänien	33 246	33 000 (1923)	
20. Schweden	312 022	360 000 (1924)	
21. Schweiz	151 401	152 000 (1924)	
22. Spanien	210 617	211 000 (1923)	
23. Südafrika	10 000	10 000 (1923)	
24. Tschechoslowakei	324 179	343 000 (1924)	217 149 (1924)
25. Ungarn	176 401	176 000 (1923)	
	15 282 755	13 318 000	1 263 429

*) Gegenüber dieser nur schätzungsweisen Angabe des IGB-Jahrbuches schätzt die Landesgewerkschaftszentrale 1926 anläßlich des Kongresses die Mitgliederzahl auf 1 500 000.

Zahlenmäßige Stärke der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI)

Länder	Offizielle angeschlossene Organisationen (Angaben der RG-Bulletins) [1]	Organisationen, die auf dem Boden der RGI stehen, jedoch zur Vermeidung behördl. Auflösung od. Spaltung den Anschluß nicht vollzogen haben	Minderheiten innerhalb reformist., neutraler, syndikal. u.a. Organisationen, die Anhänger der RGI sind (RG-Bulletin)
1. Aegypten	30 000	—	—
2. Argentinien	—	—	20 000 (1925)
3. Australien	—	247 000 (1923)	—
4. Belgien	8 000 (1925)	—	40 000 (1925)
5. Brasilien	—	—	40 000 (1924)
6. Bulgarien	35 000 (1923)	—	—
7. Chile	26 000 (1925) [2]	—	—
8. China	1 000 000 (1926) [3]	—	—
9. Dänemark	—	—	15 000 (1925)
10. Deutschland	—	—	800 000 (1925)
11. Ecuador	—	10 000 (1926) [4]	—
12. Estland	—	25 000 (1924)	—
13. Finnland	—	48 000 (1925)	—
14. Frankreich	505 000 (1925)	—	—
15. Griechenland	60 000 (1925)	—	—
16. Großbritannien	—	—	750 000 (1925)
17. Indien	—	—	—
18. Indonesien	35 000 (1925)	—	—
19. Irland	—	10 000 (1925)	20 000 (1925)
20. Italien	—	—	75 000 (1925)
21. Japan	32 400 (1926) [5]	—	—
22. Jugoslavien	—	16 000 (1924)	7 000 (1924)
23. Kanada	10 000 (1925)	—	30 000 (1925)
24. Korea	5 000 (1925)	—	—
25. Kuba	—	50 000 (1924)	—
26. Lettland	—	5 000 (1924)	4 000 (1925)
27. Litauen	—	5 000 (1924)	—
28. Luxemburg	—	—	3 000 (1925)
29. Mexiko	—	—	50 000 (1925)
30. Mongolei	5 000 (1925)	—	—
31. Niederlande	15 000 (1926)	—	8 000 (1926)
32. Norwegen	—	20 000 (1925)	—
33. Oesterreich	—	—	20 000 (1925)
34. Palästina	—	—	5 000 (1924)
35. Persien	25 000 (1924)	—	—
36. Peru	25 000 (1924)	—	—
37. Polen	—	—	70 000 (1925)
38. Portugal	—	24 000 (1925)	—
39. Rumänien	—	14 000 (1925)	—
40. Schweden	—	—	30 000 (1925)
41. Schweiz	—	—	20 000 (1925)
42. Spanien	—	60 000 (1925)	—
43. Südafrika	—	—	5 000 (1924)
44. Tschechoslowakei	230 000 (1926)	—	50 000 (1925)
45. Türkei	20 000 (1925)	—	—
46. Ungarn	—	—	40 000 (1925)
47. Uruguay	—	3 500 (1926) [6]	3 600 (1926)
48. USSR.	7 732 129 (1925) [7]	—	—
49. Vereinigte Staaten	20 000 (1925)	—	400 000 (1925)
	9 818 529	537 500	2 505 600

Note siehe nächste Seite.

Die Internationale Genossenschafts-Allianz (London)

Die „Internationale Genossenschaftsallianz" (Sitz London) ist die einheitliche Genossenschaftsinternationale, der alle Zentralverbände der Konsumgenossenschaften der Welt und eine Anzahl landwirtschaftlicher Genossenschaften angehören. Das Generalsekretariat beziffert den Umfang der Allianz auf 100 000 genossenschaftliche Lokalorganisationen in 31 Ländern mit 50 Millionen Mitgliedern (Familien). In der Genossenschaftsinternationale sind also neben den ausgesprochen sozialdemokratischen Parteigenossenschaften Belgiens, Oesterreichs und der Tschechoslowakei, die von Reformisten und Kleinbürgern geleiteten Genossenschaften Englands, Deutschlands, Frankreichs, sowie die Genossenschaftsverbände der Sowjetunion organisiert.

Die Allianz ist 1895 gegründet und betrachtete in den dreißig Jahren ihrer Geschichte die „politische Neutralität" als ihr heiligstes Prinzip. Das erklärt die innere Schwäche der Genossenschaftsinternationale, der jede Aktionsfähigkeit genommen wird und die sich auf eine rein akademische Tätigkeit gegenseitiger Informationen erstrecken muß. Ihre größte Sorge besteht darin, den proletarischen Fragen, die in der Praxis der genossenschaftlichen Massenorganisationen zum Vorschein kommen, aus dem Wege zu gehen.

Auf dem letzten Weltkongreß, der im September 1924 in Gent stattfand, war die größte prinzipielle Auseinandersetzung. Zum erstenmal trat — nach voraufgegangenen heftigen Kämpfen — die sowjetrussische Fraktion mit 35 Delegierten und 154 Mandaten auf.

Heute stehen in der Genossenschaftsinternationale als Zentralfragen die von den Sowjetgenossenschaftsvertretern gestellten Forderungen: gemeinsamer Kampf der Genossenschaften mit den Gewerkschaften im lokalen, nationalen und internationalen Maßstabe, insbesondere gegen Teuerung, Steuern und Zölle, gegen Krieg und Faschismus. Die Parole für diesen Kampf, der gemeinsam von den kommunistischen und proletarischen Oppositionen in den verschiedenen Ländern geführt wird, lautet: An Stelle der „politischen Neutralität"

---

[1] Alle Angaben dieser Tabelle ohne Bemerkung aus dem RGI-Bulletin vom 26. 12. 1925.

[2] Zahlen nach Zerstörung der Fédération Obrera Sommer 1925; vorherige Stärke etwa 150 000.

[3] Angaben des chinesischen Gewerkschaftssekretariats, Shanghai, vom Mai 1926.

[4] Schätzung auf Grund des Kongreßberichtes, Mai 1926.

[5] RGB vom 19. 6. 1926.

[6] Außer der „Unione Syndicale Uruguay" gibt es sympathisierende Ortsgruppen der anarchistischen Féderacione Regionale Uruguay, deren zahlenmäßige Stärke unbekannt ist.

[7] RGB vom 30. 1. 1926.

die proletarische Solidarität der Genossenschaften mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung!

Insbesondere das Auftreten der russischen Genossenschaften innerhalb der Internationale mit konkreten proletarischen Parolen hat dazu geführt, daß eine klare Kräftegruppierung innerhalb der Allianz zustandegekommen ist. Auf dem rechten Flügel stehen die Genossenschaftsführer Deutschlands, der baltischen Länder und Finnlands mit einer starren Neutralitäts- und Antikommunisteneinstellung; auf dem linken Flügel die Sowjetgenossenschaften und mit ihnen sympathisierend die tschechische Genossenschaftsbewegung und, in einzelnen Fragen, die Genossenschaftsführer Oesterreichs. Dazwischen die alte traditionsbeladene Genossenschaftsbewegung Großbritanniens, die zwar in geschäftlicher Beziehung mit den russischen Genossenschaften arbeitet, aber kolossale Angst vor kommunistischer Beeinflussung der Genossenschaftsbewegung hat.

Unverkennbar ist in den letzten Jahren innerhalb der Massen der Genossenschaftsmitglieder ein Zug nach links, dessen Folgen auch in der Allianz spürbar sind. Charakteristisch dafür sind die Ausführungen, die der bekannte, alte Genossenschaftsführer, Professor Charles Gide (Paris) auf der Exekutivsitzung der Allianz im Oktober 1925 in Paris gemacht hat. Er sagte, daß der Charakter der Allianz seit ihrer Gründung stark gewechselt habe, und daß „die natürliche Entwicklung der Bewegung den Wechsel in den Farben zur roten Flagge hin unvermeidlich machen könne". Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung beschlossen, in der Frage der Neutralität und Isolierung den bisherigen, engen Standpunkt, der jegliche Verbindung kategorisch ablehnte, in folgenden Punkten abzuändern:

Richtungen, in denen die Allianz, ohne gegen die Bestimmung der „Neutralität" zu verstoßen, tätig sein kann:

1. Aktionen der Internationalen Genossenschaftsallianz, in der sie zugunsten irgendeines Mitgliedes, das als genossenschaftliche Organisation irgendwelches Unrecht zu erdulden scheint, bei den Regierungen oder sonstigen Körperschaften vorstellig wird.
2. Feierliche Erklärung des Kongresses oder der leitenden Instanzen der Internationalen Genossenschaftsallianz über Verhältnisse in einem Lande, die die genossenschaftliche Entwicklung hindern.
3. Vorstellungen bei nationalen oder internationalen Körperschaften zugunsten wirtschaftlicher Maßnahmen oder zugunsten von Maßnahmen in bezug auf die Arbeitsverhältnisse, Steuergesetzgebung und genossenschaftliche Gesetzgebung.

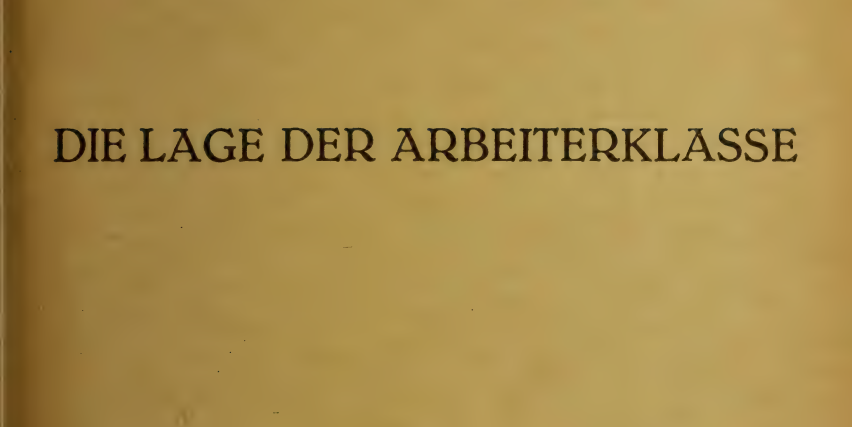
4. Anknüpfung von Beziehungen zu internationalen Organisationen innerhalb der bereits angedeuteten Grenzen, die noch besonders in den Weisungen der Genter Kongreßresolution festgelegt sind.
5. Mit denselben Vorbehalten auch die Erledigung folgender Aufgaben, zusammen mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden (Moskau und Amsterdam! — Verfasser.):
   a) Bemühungen zur Herstellung des Weltfriedens,
   b) Regelung der Arbeitsbedingungen in genossenschaftlichen Betrieben und Maßnahmen zur Verhinderung von Streiks,
   c) Internationale Steuerpolitik,
   d) Förderung jeder anderen wirtschaftlichen Bestrebung, die besonders die Gewerkschafter als solche interessiert oder zur Entwicklung der Genossenschaftsbewegung beizutragen geeignet ist, falls die Gewerkschafter sich ihr anschließen.
6. Delegiertenaustausch auf Kongressen.
7. Gegenseitige Veröffentlichung in den amtlichen Organen von wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Nachrichten.

Wenn man diesen Beschluß von Paris als bescheidenen Anfangspunkt einer neuen Linie der internationalen Genossenschaftspolitik betrachtet, scheint es, daß im vierten Jahrzehnt des Bestehens der Genossenschafts-Internationale diese günstigere Voraussetzungen hat, um im Interesse der Millionen proletarischer Konsumenten zu wirken.

Die Allianz gibt regelmäßig monatlich das „Internationale Genossenschafts-Bulletin" in englischer, deutscher und französischer Sprache heraus, das außer allgemeinen Artikeln und den offiziellen Berichten genossenschaftliche Mitteilungen aus den Ländern enthält.

Die Haupttätigkeit der Allianz wird von der Exekutive geleistet, die etwa vierteljährlich an wechselndem Orte tagt. Es bestehen Kommissionen für eine internationale Großeinkaufs-Gesellschaft (die noch nicht existiert), für eine internationale Genossenschaftsbank sowie für das Versicherungswesen.

Neben der Allianz besteht seit 1924 als Nebenorganisation eine Internationale Genossenschaftliche Frauengilde, deren Präsidentin die Sozialdemokratin Emmy Freundlich, Wien, ist (Sekretärin Honora Endfield, London). Auf dem Gründungskongreß dieser Gilde in Gent traten kommunistische Genossenschaftlerinnen aus Sowjet-Rußland, der Sowjet-Ukraine, Deutschland, England und der Tschechoslowakei auf.



DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE

Die Entwicklung der Reallöhne

Durch die Währungsstabilisierung in einer Reihe von Ländern wurden die großen Preisschwankungen und die rasche Aenderung der Lohnhöhe eingedämmt. Dadurch wurde die Errechnung der Reallöhne für zahlreiche europäische Länder erleichtert. Die Feststellung des Reallohnes hat aber doch große Schwierigkeiten. Er ist zu ermitteln durch den Vergleich der Preise mit den Geldlöhnen.

Für die Entwicklung der Preise gibt es dreierlei Daten: Großhandelspreise, Kleinhandelspreise und die sogenannten Lebenshaltungskosten. Die Tabelle der Großhandelspreise befindet sich im Abschnitt über Wirtschaft. Die Uebersicht der Kleinhandelspreise geben wir nicht, da sich diese auf sehr viele Waren, darunter auch solche beziehen, die vom Arbeiter nicht verbraucht werden.

Die Indexzahlen der Lebenshaltung werden auf folgende Weise berechnet: Gewisse Waren werden in bestimmter Menge als der Normalverbrauch einer Arbeiterfamilie von vier bis fünf Köpfen in einer Woche festgestellt. Der Kleinhandelspreis dieser Warenmenge wird zu bestimmten Zeiten ermittelt und mit den Preisen des Zeitpunktes der ersten Ermittlung verglichen. Die Preise des Ausgangspunktes werden gleich 100 gesetzt, und die Veränderung in Prozenten der Ausgangspreise bildet die jeweilige Indexziffer.

Solche Indexziffern wurden in einer Reihe von Ländern schon vor dem Kriege errechnet und erhielten praktische Bedeutung im Kriege, als die Preise rasch stiegen und infolge der Streikverbote irgendeine Grundlage für die amtlichen Lohnfestsetzungen vorhanden sein mußten. Zu diesem Zwecke wurden in vielen Ländern amtliche Indexziffern geschaffen und auf ihrer Grundlage gleitende Lohnskalen bestimmt. Die Unternehmer berufen sich in der letzten Zeit bei den Lohnherabsetzungen sehr oft auf die amtlichen Preis- und Lebenshaltungsindexe, und es bestehen Tarifverträge in mehreren Ländern, die die Lohnherabsetzung von dem Lebenshaltungsindex abhängig machen. Dadurch erhalten diese Berechnungen, die in allen kapitalistischen Ländern mehr oder weniger zu ungunsten der Arbeiterschaft verfälscht sind, große Bedeutung.

Internationale Indexziffern der Lebenshaltungskosten

Jahr und Monat	Belgien 59[5])	Deutschland 71	England 630	Frankreich Paris	Italien Mailand	Niederlande Amsterdam	Österreich Wien	Polen Warschau	Rumänien —	Schweden 40	Schweiz 23	Sowj.-Union 40	Ungarn Budapest	Ver. Staaten 32	Brit. Indien Bombay
1914 Juli	—	100	100	100	100	100[3])	100	100	100	100	100	100[4])	100[4])	100	100
1915 "	—	—	125	—	—	—	—	—	—	115	119	—	—	105	—
1916 "	—	—	148	—	—	—	—	—	—	130	140	—	—	118	—
1917 "	—	—	180	—	—	142	—	—	—	159	180	—	—	142	—
1918 "	—	—	210	—	286	183	—	—	—	219	229	—	—	174	149
1919 "	—	—	215	238[1])	280	195	—	—	—	257	261	—	—	177	186
1920 "	—	—	255	341	441	219[2])	—	—	—	270	253	—	—	217	190
1921 "	100	—	222	307	494	208[2])	—	—	1305	236	209	—	—	180	177
1922 "	90	—	181	302[2])	488	187[2])	—	—	1633	190	158	—	—	167[2])	165
1923 "	109	—	171	334[2])	487	174[2])	76	63,2	2400	174	167	172	—	170[2])	153
1924 März	130	107,0	173	365	521	179	—	126,3	2700	173	169	—	—	—	153
1924 Juni	123	112,0	170	366	518	173	—	123,7	2640	171	168	—	—	—	153
1924 September	128	116,0	176	367	516	176	—	141,1	2900	174	169	—	—	—	160
1924 Dezember	137	122,6	180	377	573	181	95	153,1	3080	178	171	198	17103	173	160
1925 März	136	136,0	175	386	602	179	95	151.3	3200	177	169	214	16134	—	159
1925 Juni	131	138,3	173	390	596	179	97	148,4	3280	176	167	211	16165	174	154
1925 September	139	144,9	176	401	624	179	95	152,0	3176	175	163	192	15253	—	151
1925 Dezember	143	141,2	175	421	649	177	95	173,1	3370	174	162	210	14743	178	155
1926 März	137	139,6	167	451	651	174	102	169	3310	173	157	228	—	—	151

[1]) Erste Hälfte des Jahres. [2]) Juni. [3]) 1911—13. [4]) 1913. [5]) Die Zahl hinter den Ländernamen bedeutet die Zahl der berücksichtigten Städte.

Die Zahlen geben ausschließlich ein Bild über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten eines und desselben Landes und können nicht zu einem Vergleich zwischen den verschiedenen Ländern herangezogen werden, da stets verschiedene Waren in ungleicher Menge als Grundlage genommen werden. Die Schwierigkeiten bei der Feststellung der Reallöhne liegen nicht allein bei der Feststellung der Preise und der Lebenshaltungskosten, sondern auch bei der Feststellung der Geldlöhne. Man kann darunter Stundenlohn, Wochenlohn, Wochenverdienst und Jahresverdienst verstehen. Die Begriffe sind durchaus nicht gleichwertig. Mit der Erhöhung des Stundenlohns trat vielfach eine Verringerung des Wochenlohnes ein, da die Arbeitszeit verringert wurde. Andererseits bestehen oft wieder große Differenzen zwischen Wochenlohn und Wochenverdienst durch Akkordarbeit und Ueberstunden. Der Jahresverdienst hängt schließlich auch neben den bereits erwähnten Faktoren vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres ab.

Aus all diesen Tatsachen folgt, daß in den untenstehenden Tabellen angegebene Daten nur einen bedingten Wert haben und durch sie nur die Tendenzen in der Entwicklung des Reallohnes aufgezeigt werden. Die wichtigsten Gesichtspunkte bei der Bewertung dieser Tabellen sind die folgenden:

1. Wie war die Tendenz der Entwicklung der Reallöhne in den letzten Jahren in den einzelnen Ländern?

2. In welchem Verhältnis stehen die Reallöhne in den verschiedenen Ländern zueinander?

3. Welche allgemeinen Erscheinungen treten in der Lohnentwicklung der letzten Jahre auf?

*

Zunächst wollen wir die Lage in den einzelnen Ländern betrachten.

England

Den Gang der Lohnentwicklung ganz im allgemeinen zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Arbeiter mit Lohnsteigerung	Zahl der Arbeiter mit Lohnsenkung	Wöchentl. Gesamtsumme der Steigerung Pfund	Wöchentl. Gesamtsumme der Senkung Pfund	Differenz Pfund
1919	6 160 000	—	2 432 000	—	+ 2 432 000
1920	7 720 000	—	4 797 000	—	+ 4 797 000
1921	80 000	7 175 000	14 500	6 041 000	+ 6 026 500
1922	75 000	7 633 000	11 000	4 222 000	— 4 211 000
1923	1 198 200	3 027 000	168 300	477 000	— 309 400
1924	3 019 000	482 000	616 000	62 000	+ 554 000
1925	874 000	854 000	81 000	160 000	— 79 000

Die Veränderung in den letzten Jahren ist nicht bedeutend.

1924 hat die Lohnerhöhung infolge der wachsenden Kosten der Lebenshaltung keine nennenswerte Steigerung der Reallöhne bedeutet.

Nach der Berechnung des Arbeitsministeriums haben sich die Lohnindexe 1920—25 folgenderweise gestaltet:

Lohnindexe (1914 = 100).

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1920	230—235	250—255	260—265	270—280
1921	260—270	245—255	230—235	210—215
1922	200—205	185—190	175—180	170—175
1923	170	165—170	170	165—170
1924	170	170	170—175	170—175
1925	175	175	175	175

Wenn wir die Lohnindexe mit den Lebenshaltungsindexen vergleichen, erhalten wir folgendes Bild: Die Reallöhne waren Ende 1925 etwas höher als 1924, im Jahresdurchschnitt aber 1925 etwas kleiner als 1924. Das durchschnittliche Lohnniveau für die die ganze Woche vollbeschäftigten Arbeiter ist Ende 1925 dem Vorkriegsniveau gleich; es bewegt sich seit der zweiten Hälfte 1922 immer eher etwas unter als über dem Vorkriegsstand.

Diese Zahlen aber charakterisieren nicht richtig die Lage der englischen Arbeiterschaft. Erstens: Die Angaben beziehen sich auf vollbeschäftigte Arbeiter, und sie rechnen nicht mit der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Zweitens: Die Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien sind sehr verschieden. Mitte 1925 erhielten Maurer 73 sh, Schiffbauer 55 sh, ungelernte Arbeiter im Maschinenbau 40 sh, Landarbeiter 30 sh Wochenlohn. Das Lebensniveau der Gruppen der Arbeiterschaft, die in der englischen Industrie entscheidendes Gewicht haben — Bergarbeiter, Metallarbeiter, Baumwollspinner — ist bedeutend niedriger als vor dem Kriege. Ein großer Teil der Landarbeiterschaft lebt auch schlechter als vor dem Kriege, und das Lebensniveau der Staatsangestellten ist auch gefallen.

Gehälter der Staatsangestellten

	Reallohnindex (1914 = 100) 1921 Dezember	Reallohnindex (1914 = 100) 1925 Juli	Jahresgehalt Pfund 1925 Juli
1. Gruppe	117	99	176
2. Gruppe	106	91	245
3. Gruppe	100	88	313
4. Gruppe	92	82	441
5. Gruppe	89	79	569
6. Gruppe	85	78	696

Bemerkenswert ist noch, daß die Löhne der ungelernten Arbeiter gegenüber dem Höchststande 1921 insbesondere stark zurückgegangen

sind. Die Reallöhne der ungelernten Arbeiter waren Mitte 1925 in der Maschinenindustrie um 40, in dem Schiffbau um 30, in dem Baugewerbe um 15 Prozent niedriger als 1921.

Deutschland

Die Errechnung der Reallöhne für Deutschland ist dadurch erschwert, daß die Lebenshaltungskosten höher sind, als es aus dem amtlichen Lebenshaltungsindex (trotz seiner Reform im Februar 1925) hervorgeht. Außerdem werden in der amtlichen Statistik die Tariflohnsätze für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe angegeben. Trotzdem geben die untenstehenden Zahlen über die Tendenz der Lohnentwicklung ein brauchbares Bild.

	Wochenlohn in RM		Reallohnindex	
	Gelernte	Ungelernte	Gelernte	Ungelernte
1913	35,02	24,31	100	100
Februar 1924	28,61	22,86	94	72
Dezember 1924	38,44	28,61	90	83
Februar 1925	39,18	29,23	89	81
Juli 1925	43,90	32,37	93	87
Dezember 1925	45,98	33,92	99	93
Februar 1926	46,02	33,95	100	94

Bei Berücksichtigung der obenerwähnten Umstände kann man sagen, daß die Reallöhne der deutschen Arbeiter Anfang 1926 ungefähr 80 bis 85 Prozent der Vorkriegslöhne erreichten.

Die Reallöhne sind 1924 und 1925 allmählich gestiegen. Die Steigerung für ungelernte Arbeiter ist viel geringer als für die gelernten; infolgedessen ist der Unterschied zwischen den Löhnen gelernter und ungelernter Arbeiter stark gewachsen.

Frankreich

Ende 1924 Anfang 1925 haben die Reallöhne in Frankreich ihren Höchststand erreicht, und sie übertrafen bei zahlreichen Arbeiterkategorien das Vorkriegsniveau. Insbesondere in den Provinzstädten war die Lohnsteigerung bemerkenswert.

	Paris [1]			Andere Städte [1]		
	Nom.-Lohn Frank	Reallohnindex 1911 = 100		Nom.-Lohn Frank	Reallohnindex 1911 = 100	
	1924 Oktober	1921 Februar	1924 Oktober	1924 Oktober	1921 Februar	1924 Oktober
Maurer	32,0	97	102	23,7	96	123
Schmied	36,0	95	98	23,6	93	115
Zimmermann	30,0	92	91	23,9	93	118
Setzer	33,2	113	126	22.4	87	113
Schneider	32,0	111	116	22,4	92	123
Bergarbeiter [2]	—	—	—	22,8	96	107 [3]

[1]) Angaben des Internation. Arbeitsamtes. [2]) Landesdurchschnitt. [3]) Zweites Jahresviertel.

1925 sind die Löhne gefallen, hauptsächlich Ende des Jahres. Lohnindex der Bergarbeiter: erstes Vierteljahr 1923 104, zweites Vierteljahr 1924 107, zweites Vierteljahr 1925 101. Aehnlich war die Entwicklung auch bei anderen Arbeiterkategorien. Wir haben keine neueren umfassenden Angaben, aber auf Grund der vereinzelten Daten, die uns vom April 1926 zur Verfügung stehen, können wir den Fall der Reallöhne feststellen.

Italien

Auf Grund der Angaben des Internationalen Arbeitsamtes haben wir für Rom die folgenden Lohnindexe errechnet:

	Nom.-Wochenlohn Lire	Reallohnindex 1914 = 100	
	1. Juli 1925	1. Juli 1924	1. Juli 1925
Maurer	187	80	85
Arbeiter im Baugewerbe	137	116	109
Drechsler	168	84	70
Arbeiter in der Metallindustrie	115	108	91
Kunsttischler	235	89	87
Buchbinder	160	126	113

Aehnlich ist die Lage auch in Mailand. Die Löhne sind in den wichtigsten Industriezweigen (die Textilindustrie bildet vielleicht eine Ausnahme) unter Vorkriegsniveau. 1925 ist ein nicht unbedeutender Rückgang der Reallöhne feststellbar.

In den anderen europäischen Ländern ist der Gang der Lohnentwicklung im allgemeinen der folgende: In den Ländern, wo die Währung nach einer starken Zerrüttung stabilisiert wurde, trat eine allmähliche und bedeutende Steigerung der Reallöhne ein. In den Ländern mit guter Währung gingen die Reallöhne gegenüber dem Höchststande 1921 bedeutend zurück. Die Löhne erreichen in beiden Fällen entweder knapp den Vorkriegsstand oder stehen in den meisten Fällen und in den meisten Ländern um 10 bis 30 Prozent dahinter. Eine Ausnahme macht Schweden, wo die Löhne bis Ende 1924 eine aufsteigende Tendenz zeigen und im allgemeinen über Vorkriegsniveau stehen. 1925 ist fast überall ein — wenn auch meistens nicht sehr starker — Rückgang der Reallöhne bemerkbar. (Die Lage in Dänemark und Norwegen, wo die Währung sich 1925 stark gebessert hat, ist vorübergehend.)

Vereinigte Staaten

Die Reallöhne in den Vereinigten Staaten sind viel höher als in den europäischen Ländern. Die Steigerung der Löhne ist aber gar nicht so stürmisch, wie es auf Grund der Nachrichten über die mächtige Entwicklung in den Vereinigten Staaten anzunehmen wäre. Die Ge-

staltung der Löhne ist aus der folgenden Zusammenstellung, die verschiedene Gruppen der Arbeiterschaft erfaßt, ersichtlich.

Jahr	Industriearbeiter[2]) Männer Gelernte	Ungelernte	Frauen	Insgesamt	Im Staate New-York[3])	Ungelernte Arbeit. U. S. Durchschnitt	U. S. Steel Corporation[1])	Landarbeiter[5]) Dollar pro Monat	Lebenshaltungsindex Depart. of Labor
	Dollar pro Woche					Cents pr. Stunde			
1914	14,16	10,71	7,84	12,54	12,48	—	19	30,21	100[4])
1915	—	—	—	—	14,43	20	20	29,97	105
1920	33,31	27,11	18,27	29,51	28,15	49	44	65,05	209
1921	26,55	20,48	16,07	23,57	25,72	36	39	43,58	177
1922	27,42	20,53	15,99	24,06	25,04	32	33	42,09	167
1923	30,12	22,61	17,46	26,25	27,23	38	42	46,74	171
1924	30,04	22,86	16,89	26,27	27,68	38	50	47,22	171
1925	30,84	23,58	17,25	26,89	28,29	38	50	47,88	176

Die Reallöhne der Industriearbeiter im Durchschnitt sind Ende 1925 gegenüber 1914 um 25 Prozent höher.

Die Reallöhne haben seit 1920 etwa 10 bis 13 Prozent zugenommen; die industrielle Produktion wurde dagegen in dieser Periode um 30 Prozent gesteigert. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten ist heute nicht so groß wie 1920. Die Ausbeutung ist also heute trotz der höheren Reallöhne größer als vor sechs Jahren.

Die Aenderung der Löhne der Industriearbeiter ist in den Jahren 1923 bis 1925 im allgemeinen gering. 1925 ist ein leichter Rückgang der Reallöhne feststellbar. Das Internationale Arbeitsamt errechnet eine etwa 15prozentige Verminderung der Reallöhne in Philadelphia vom 1. Juli 1924 bis 1. Juli 1925 (siehe unten). Diese Feststellung, wenn sie auch richtig wäre, darf für die ganzen Vereinigten Staaten nicht verallgemeinert werden.

Die Landarbeiterlöhne haben sich in den letzten drei Jahren — mit der günstigeren Lage der Landwirtschaft — gebessert. Dieser Umstand hat auch die Entwicklung der Löhne der ungelernten Arbeiter günstig beeinflußt.

Wir wollen noch die Lage in dem Baugewerbe erwähnen. Die Bauarbeiter erhalten die höchsten Löhne unter allen Arbeitern. Sie verdienen wöchentlich 55 bis 66, die Ungelernten 40 Dollar. Ihr Lohn ist also etwa zweimal so groß als der Durchschnittslohn aller Industriearbeiter. Die Steigerung der Bauarbeiterlöhne gegenüber 1914 ist aber ungefähr nur die Hälfte des Durchschnitts.

[1]) Bis Herbst 1925 im allgemeinen Zehnstundentag, seither Achtstundentag für ca. 70 % der Belegschaft.
[2]) Errechnung des National Conference Board, die sich aber auf eine verhältnismäßig geringe Zahl der Industriearbeiter bezieht.
[3]) Departement of Labor. Die Angaben beziehen sich auf mehr als ein Drittel der Industriearbeiter des Staates New York.
[4]) 1913.
[5]) Wenn der Landarbeiter Deputat bekommt, dann ist der Monatslohn um 15 Dollar weniger.

Japan

Das Lohniveau in Japan ist sehr niedrig. Die folgenden Zahlen geben einen Vergleich mit den auch ziemlich niedrigen deutschen Löhnen:

	Wochenlohn Juli 1925 (in RM)	
	Deutschland	Japan (Osaka)
Gelernter Metallarbeiter	43,0	22,4
Setzer	45,8	27,7
Bauarbeiter	52,8	35,7
Ungelernter Bauarbeiter	44,0	24,5
Textilindustrie (Frauen)	22,9	13,9

Diese große Lohndifferenz wird durch den Unterschied in den Lebenshaltungskosten keineswegs ausgeglichen.

Die Löhne sind von 1922 bis 1924 gestiegen, sie haben sich 1925 wenig verändert, und sie übertreffen heute sehr stark das Vorkriegsniveau.

Die Kolonien

Die Ausbeutung in den Kolonien und in den halbkolonialen Ländern übertrifft diejenige in Japan vielfach. Zusammenfassende statistische Angaben über die koloniale Ausbeutung sind nicht vorhanden, nur einzelne Beispiele. Die Verhältnisse wollen wir an dem Beispiel der indischen Jutearbeiter klarlegen, weil wir in diesem Falle einen „objektiven" Menschen, den englischen Sozialdemokraten H. N. Brailsford zitieren können: „Der gegenwärtige Wochenlohn für die Kurzarbeitswoche schwankt zwischen 2,25 Mark bis 12 Mark oder auch 15 Mark in seltenen Fällen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt 250 Mark. An jedem Arbeiter dieser Industrie (es gibt deren 300 000) versteht die Geschäftsleitung im Durchschnitt 2000 Mark pro Kopf zu verdienen.... Indien ist das Juwel in der Krone Großbritanniens!..... Die Lage in der Juteindustrie bedeutet keinen Ausnahmefall. In den Bergwerken steht es wahrscheinlich noch schlechter..... Und hinter den wenigen Millionen der Industriearbeiter stehen Hunderte von Millionen von Bauern. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines eingeborenen Inders beträgt wahrscheinlich 80 Mark." Und in Indien ist die Lage noch nicht die allerschlimmste — müssen wir noch hinzufügen.

„Eine Untersuchung der Löhne, der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse in China zeigt die schlechteste Lage in der ganzen Welt" — schreibt Sherwood Eddy, der Vertreter des amerikanischen christlichen Jugendvereins (YMCA). — „Der Zwölfstundentag überwiegt in fast allen modernen Fabriken. Der Arbeitstag in den primitiven chinesischen Industrien dauert 12 bis 17 Stunden und in manchen Fällen 18 Stunden, sieben Tage die Woche. In manchen Seiden- und Baumwollspinnereien arbeiten Kinder von sechs bis zwölf Jahren. Die Löhne dieser Kinder variieren von 12 bis 48 Pfennige den Tag. (Wir haben die Lohnangaben auf deutsche Pfennige umgerechnet.)

Mehrere Hunderttausend Lehrlinge erhalten nichts anderes als ihr Futter, welches 24 Pfennige den Tag kostet. Im allgemeinen wird weder für Unfälle noch für Todesfälle irgendwelche Entschädigung gewährt. Die gefährlichsten Maschinen sind in den chinesischen Fabriken ungeschützt und Unfälle sehr zahlreich.

Nach den Daten des chinesischen „Statistischen Amtes für ökonomische Informationen" betragen die Löhne in den Baumwollfabriken für Männer von 20 Pfennig bis zu maximal 270 Pfennig pro Tag, im Durchschnitt 90 Pfennig; die Löhne für Frauen von 20 bis 170 Pfennig, mit einem Durchschnitt von 54 Pfennig pro Tag. In der Stahl-, Kupfer- und Eisenindustrie Durchschnittslohn der Männer 63 Pfennig pro Tag, Frauen 20 bis 62 Pfennig."

Die Zahl der Industrie-, Berg- und Transportarbeiter in den Kolonien beläuft sich schon auf 15 bis 20 Millionen. Diese Masse der bis zum Knochen ausgebeuteten Proletarier bedeutet schon heute einen schweren Druck auf die Löhne der Arbeiter der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder.

*

Der Vergleich der Lage der Arbeiterschaft in den verschiedenen Ländern ergibt sich bereits aus den weiter oben gegebenen Daten, zur Ergänzung fügen wir eine zusammenfassende Tabelle bei, die die Löhne in London vom 1. Juli 1924 mit denen anderer Städte auf Grund der Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes vergleicht:

Indexziffern des Reallohnes in verschiedenen Großstädten

(London 1. Juli 1924 = 100)

Städte	1. Juli 1924	1. Oktob. 1924	1. Januar 1925	1. April 1925	1. Juli 1925	1. Oktob. 1925	1. Januar 1926
Amsterdam	89	80	76	84	83	81	81
Berlin	55	59	57	63	63	65	69
Brüssel	59	51	52	55	54	51	52
Kopenhagen	—	—	79	92	93	109	116
Lissabon	32	27	38	33	31	34	—
Lodz	—	—	48	50	54	54	45
London	100	94	92	98	99	99	95
Madrid	57	45	52	55	53	56	56
Mailand	46	47	41	45	46	44	44
Oslo	72	76	74	81	79	89	94
Ottawa	172	153	154	161	162	158	140
Paris	73	69	66	65	—	—	—
Philadelphia	213	207	202	194	180	176	166
Prag	56	54	54	49	48	49	50
Riga	—	—	—	—	42	45	44
Rom	46	45	44	45	45	—	—
Stockholm	85	79	78	76	78	82	82
Sydney	—	136	142	148	138	133	129
Reval	—	—	—	—	36	39	38
Wien	47	44	44	41	42	43	43
Warschau	—	—	43	46	49	47	41

Die Löhne sind in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien drei- bis viermal, in England zweimal so hoch als in den meisten Ländern Kontinentaleuropas. Die hohen Löhne in Dänemark und Norwegen Anfang 1926 sind die Folge einer raschen Währungsbesserung und bilden nur eine vorübergehende Erscheinung. Der fast allgemeine Rückgang der Löhne gegenüber dem 1. Juli 1924 ist auch aus dieser Tabelle ersichtlich.

*

Welches sind die allgemeinen Erscheinungen der Lohnentwicklung in den letzten Jahren?

Eine Steigerung der Löhne ist in den Ländern bemerkbar, wo die Währung nach einer weitgehenden Zerrüttung stabilisiert wurde. Diese Steigerung ist aber — in den verschiedenen Ländern auf verschiedener Stufe — unter dem Vorkriegsniveau steckengeblieben.

In den europäischen Ländern mit guter oder in den früheren Jahren nicht stark zerrütteter Währung, wo ein dem Vorkriegsstand übersteigendes Lohnniveau erreicht wurde, wurden die Reallöhne allmählich herabgedrückt, und sie stehen jetzt nur in Ausnahmefällen über dem Vorkriegsstand.

1925 ist in den meisten Ländern ein leichter Lohnrückgang eingetreten; auch in den Vereinigten Staaten, wo die Reallöhne etwa um 25 Prozent das Vorkriegsniveau übertreffen.

Auch die Staatsangestellten der europäischen Länder leben heute schlechter als in den Vorkriegsjahren.

Eine sehr bemerkenswerte Erscheinung ist die neue Differenzierung der Löhne.

Das Verhältnis der Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter

(Die Löhne der gelernten Arbeiter = 100 gesetzt)

Länder	1914	1920	1922	1924
Großbritannien:				
Baugewerbe......	66	87	76	75
Maschinenbau....	58	79	77	71
Schiffbau	53	77	68	69
Deutschland:				
Alle Industriezweige.........	69	89	91	75
Österreich:				
Metallindustrie...	75	92	94	83
Baugewerbe......	74	96	81	81
Ver. Staaten:				
Alle Industriezweige.........	76	81	75	75

Die Tendenz der Entwicklung im Jahre 1925 war die gleiche. Der Unterschied zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter ist zwar — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — noch immer kleiner als vor dem Kriege, die Differenz ist aber in den letzten Jahren im Wachsen begriffen.

Die Arbeitslosigkeit

Eine industrielle Reservearmee war im Kapitalismus seit jeher vorhanden und ist eine der Vorbedingungen dafür, daß die Kapitalisten die Arbeitskraft zu einem Preise kaufen können, der ihnen ihren Profit sichert. Die Armee der Arbeitslosen stammt vor allem aus der Landwirtschaft, wo durch die Anwendung der Maschinen ständig Arbeitskräfte überflüssig werden und nach der Stadt strömen. Außerdem besteht eine Saisonarbeitslosigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter, je nach dem Klima von 2—6 Monaten. Die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft wird von den amtlichen Statistiken überhaupt nicht erfaßt und ist auch in den untenstehenden Zahlen nicht miteinbegriffen.

Die Arbeitslosigkeit bei den in Industrie und Bergbau Beschäftigten war in den letzten Jahren im allgemeinen bedeutend größer, als in den Vorkriegsjahren. Der ungleichmäßigen Gestaltung der Konjunktur in den verschiedenen Ländern entsprechend zeigt aber auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ein sehr buntes und rasch änderndes Bild. 1924 ist mit Ausnahme von Polen und Oesterreich im allgemeinen eine Verminderung der Arbeitslosigkeit gegenüber 1923 zu sehen. 1925 dauerte die Besserung in Italien, in der Tschechoslowakei und bis Mitte des Jahres auch in Deutschland weiter an. Dagegen verschlechterte sich die Lage in Polen, in Oesterreich und in geringerem Maße in England. Vom Frühling 1924 bis zum Herbst 1925 hat sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa — von den saisonmäßigen Schwankungen abgesehen — wenig verändert. Seit den letzten Monaten 1925 ist aber eine rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit in zahlreichen Ländern Europas — in erster Reihe in Deutschland — eingetreten, so daß im Februar 1926 die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen in Europa 4,5 Millionen erreicht hat. Die offiziellen Angaben sind von sehr verschiedener Verläßlichkeit und immer unvollständig; sie sagen über die Kurzarbeit in den meisten Ländern nichts. Die wirkliche Arbeitslosigkeit ist daher bedeutend größer, als es aus den amtlichen Daten hervorgeht.

Zahl der Arbeitslosen (in Tausenden):

Monat und Jahr	England	Deutsch-land	Italien	Polen	Belgien[1])	Oesterreich	Tschecho-slowakei[2])	Nieder-lande	Schweiz
Juli 1923	1 325	139[3])	183	65	14	87	215	31	23
Dez. 1923	1 227	1 528[3])	259	68	24	98	192	45	27
Juli 1924	1 135	526	118	152	21	66	63	19	8
Dez. 1924	1 260	536	150	159	33	154	81	35	11
Juli 1925	1 327	197	80	175	31	112	42	23	10
Okt. 1925	1 354	364	86	213	15	131	40	20	12
Nov. 1925	1 314	673	112	262	43	159	42	27	16
Dez. 1925	1 243	1 498	112	314	44	179	48	45	17
Jan. 1926	1 318	2 031	156	360	48	231	62	47	21
Febr. 1926	1 171	2 056	1 6	360	67	229	—	27	18
Mai 1926	1 719	1 744	98	282	19	155	—	19	11

Arbeitslose in Prozenten der Gewerkschafts-mitglieder oder Versicherten

Monat u. Jahr	Hol-land	Däne-mark	Schwe-den	Nor-wegen	Deutsch-land	England		Kanada
						Gew.-Mitgl.	Ver-sicherte	
Juli 1923	10,6	7,5	9,1	6,9	3,5	11,1	11,5	2,2
Dez. 1923	15,9	19,6	14,1	14,0	28,2	9,7	10,7	7.2
Juli 1924	7,0	5,4	6,2	3.9	12,5	7,4	9,9	5,4
Dez. 1924	12,7	17,1	15,5	12.5	8,1	9,2	10.0	11,6
Juli 1925	8,3	8,3	7,6	8,3	3,7	11,2	11,2	5,2
Okt. 1925	7.1	13,5	10,1	12,9	5,8	11,3	11,4	5,1
Nov. 1925	10,6	18,3	11,8	17,0	10,7	11,0	11,0	5.7
Dez. 1925	16,0	31,1	19,4	19,0	19,4	11,0	10,5	7.9
Jan. 1926	17,0	31,1	15,7	23,5	22.6	10,6	11,1	8,1
Febr. 1926	9,7	28,3	14,4	21,5	22,0	10,4	10,5	8,1
Mai 1926	7,2	15,6	9,7	—	18,1	13,2	14,5	4,9

Für Frankreich gibt es keine Erwerbslosenstatistik. Die Zahl der nicht untergebrachten Stellenbewerber bei den Arbeitsnachweisen wird für Dezember 1925 auf 7952, die der unterstützten Arbeitslosen auf 557 angegeben. Beide Ang aben sind lächerlich klein. In Frankreich ist zwar die Lage des Arbeitsmarktes viel günstiger als in anderen Ländern, aber eine industrielle Reservearmee muß auch hier vorhanden sein. Die Sache wird dadurch kompliziert, daß in Frankreich ca. 3 Millionen ausländische Arbeiter beschäftigt sind, die im Falle einer Verschlechterung der Wirtschaftslage wieder nach Hause oder nach einem anderen Lande wandern.

Auch für die Vereinigten Staaten ist keine Arbeitslosenstatistik vorhanden. Die Mindestzahl der Arbeitslosen wird auf eine Million geschätzt. Der Beschäftigungsgrad ist momentan gut, er hat

[1]) Meldungen der Arbeitslosenkassen. Zahl der erfaßten Mitglieder ca. 600 000.
[2]) Stellenbewerber bei den Arbeitsvermittlungsanstalten. [3]) Unbesetztes Gebiet.

1925 eine Erweiterung erfahren, wie es aus den untenstehenden Indexziffern hervorgeht.

Index des Beschäftigungsgrades der Arbeiter (1919 = 100)

	1924	1925	1926
März	99	96,4	97,2
Juni	90	94,2	
September	90	95,1	
Dezember	94,1	97,1	

In J a p a n besteht infolge der Anwanderung der armen Dorfbevölkerung in die Städte eine sehr starke Arbeitslosigkeit. Die Schätzungen der Arbeitslosenzahl gehen stark auseinander, sie bewegen sich zwischen 1 und 2 Millionen.

Die ungewöhnlich starke Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern Europas und in Japan scheint sich zu einer Dauererscheinung zu entwickeln. Die Hauptgründe dafür sind: Absatzschwierigkeiten der Weltwirtschaft, technische und organisatorische Vervollkommnung der Betriebe, wachsende Bedeutung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wirtschaftliche und politische Hindernisse der Auswanderung. In Großbritannien und Oesterreich sind schon seit Jahren mindestens 10 Prozent des in Industrie und Bergbau beschäftigten Proletariats arbeitslos. Andere Länder Europas sind auf dem Wege zu einem ähnlichen Zustand.

Nach einigen Jahren, — von 1929 an — wird der Geburtenausfall während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Nach der Berechnung des Reichsarbeitsministeriums werden in Deutschland die Volksschule verlassen:

Ostern	1928	1 293 900	(Geburtsjahr)	1914
„	1929	1 210 528	„	1915
„	1930	793 023	„	1916
„	1931	717 431	„	1917
„	1932	650 903	„	1918
„	1933	696 673	„	1919
„	1934	1 311 475	„	1920
„	1935	1 270 537	„	1921

Nimmt man an, daß im Reichsdurchschnitt etwa 10 Prozent der Volksschüler nicht auf den Arbeitsmarkt treten, wird der Arbeitsmarkt der Jugendlichen gegenüber 1928

1929	einen	Ausfall	von	über	80 000
1930	„	„	„	„	500 000
1931	„	„	„	„	570 000
1932	„	„	„	„	640 000
1933	„	„	„	„	590 000

aufweisen. Für das Jahr 1933 ist also mit einem Gesamtausfall von mehr als zwei Millionen Jugendlicher zu rechnen. Aehnlich ist die Lage in allen am Kriege beteiligt gewesenen Ländern Europas.

Auf dem Arbeitsmarkt der Vollarbeiter wird sich der Geburtenrückgang erst in den Jahren 1933—1937 auswirken. Dieser Zeitpunkt liegt aber noch zu fern, als daß wir bei der heutigen unsicheren Lage der Weltwirtschaft festellen könnten, ob die Arbeitslosigkeit durch diesen Umstand aufgehoben wird.

Die Arbeitszeit

Nach der Oktoberrevolution in Rußland bzw. nach dem Waffenstillstand und dem Umsturz in Mitteleuropa wurde der Maximalarbeitstag unter dem Druck der Arbeiterschaft in einer ganzen Reihe von Staaten gesetzlich auf acht Stunden festgelegt. Dies ist geschehen in: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen. Luxemburg, Mexiko, Norwegen, Niederlande, Oesterreich, Peru, Polen, Portugal, Rußland, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei. *Durch neuere Gesetze oder Verordnungen wurden aber die früheren Bestimmungen in sämtlichen kapitalistischen Ländern zum Teil außer Kraft gesetzt.* Die reformistische Führung hat der Arbeiterschaft auch auf diesem Gebiet eine volle Niederlage gebracht.

Einen besonders schweren Schlag hat der Achtstundentag im internationalen Maßstabe durch die deutsche Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 über die Aufhebung des Achtstundentages erlitten, wofür die deutsche Sozialdemokratie im höchsten Maße verantwortlich ist. „Aufbau und Grundlage der neuen Verordnung sind Gegenstand eines Uebereinkommens der vier großen Parteien des Reichstages gewesen, die damals die Regierung Stresemann bildeten", — schreibt Reichsarbeitsminister Brauns — aber ein stilles Uebereinkommen bestand auch mit der Sozialdemokratie.

Die Arbeitszeitverlängerung in Deutschland hatte die Unternehmeroffensive in dieser Richtung verschärft; die Lage in Deutschland konnte den Kapitalisten in Frankreich, Belgien, in der Tschechoslowakei, in Polen, auch in England als Vorwand dienen.

Vorläufig konnte noch die englische Arbeiterschaft ihre Errungenschaften auf dem Gebiet der Arbeitszeit am besten verteidigen, trotzdem die Arbeitszeitfrage in *England* gesetzlich nicht geregelt ist. Nach dem englischen Fabrikgesetz beträgt die normale Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in der Textilindustrie höchstens 55½ Stunden wöchentlich und in anderen Industrien

höchstens 60 Stunden wöchentlich. Der Maximalarbeitstag für andere Arbeiter ist nicht geregelt. Die Arbeiterregierung Mac Donalds wagte nicht, die Frage aufzurollen (der Achtstundentag wurde in der Sowjetunion am fünften Tage des Bestehens der Sowjetregierung dekretiert), sondern sie führte ein Ablenkungsmannöver unter dem Deckmantel der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Durch die Tarifverträge konnte ein bedeutender Teil der englischen Arbeiterschaft sich eine 48stündige oder noch kürzere Arbeitszeit sichern. Nach einer Erhebung des Gewerkschaftsrates arbeiteten 80 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder 1923 wöchentlich 48 Stunden oder weniger. Seither hat sich die Lage nicht wesentlich verändert; die Tendenz zur Arbeitszeitverlängerung geht aber aus den folgenden Ziffern klar hervor:

	Anzahl der von Arbeitszeitverlängerung betroffenen Arbeiter	Anzahl der von Arbeitszeitverkürzung betroffenen Arbeiter	Wöchentl. Verlängerung (*). Zahl der Arbeitsstunden
1923	325 400	9 600	* 108 500
1924	13 100	16 100	* 12 500
1925	fast gar keine Aenderung		

Die Unternehmeroffensive in England ist erst jetzt in vollem Gange, und bei den reformistischen Führern ist die Neigung ganz klar erkennbar, die Arbeitsverhältnisse in England den Verhältnissen in anderen Ländern anzupassen „im Interesse der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie."

In den Vereinigten Staaten, wo der Zwölfstundentag in manchen Betrieben noch immer vorkommt, ist eine Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar, „doch ist in den wenigsten Fällen der Achtstundentag erreicht worden und vorwiegend nur in solchen Betrieben, wo vor dem Kriege bereits eine verhältnismäßig kurze Arbeitszeit bestanden hatte."[1]) Die freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit durch die Kapitalisten (Eisen- und Stahlindustrie, Standard Oil Co.) geschieht hauptsächlich aus betriebstechnischen Gründen.

In Japan herrscht der 12- bis 18stündige Arbeitstag. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß 60 Prozent der in der Großindustrie Beschäftigten Frauen sind, und daß die Kinderarbeit auch sehr verbreitet ist. In der Baumwollindustrie sind 80 Prozent, in der Seiden- und Tabakindustrie 70 Prozent Frauen beschäftigt. Und in diesen Industriezweigen werden täglich 14 bis 18 Stunden gearbeitet.[2])

In Indien wurde die Sechzigstundenwoche — größtenteils aber auf dem Papier — eingeführt.

---

1) Reichsarbeitsblatt 1925, Nr. 17.
2) J. Bryan: Japan from within 1924.

Für die chinesischen Arbeitszeitverhältnisse ist die Empfehlung des Ausschusses für Kinderarbeit in Schanghai sehr charakteristisch: „Der Ausschuß empfiehlt, daß der Stadtrat die Befugnis nachsuche, die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken und gewerklichen Unternehmungen für länger als zwölf Stunden innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden zu verbieten."[1]) Wir können uns eine Vorstellung von den unmenschlichen Arbeitsverhältnissen machen, wenn der Zwölfstundentag für Kinder als eine Verbesserung vorgeschlagen wird.

Die Arbeitszeitfrage stand als erster Punkt auf der Tagesordnung der Washingtoner Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes im Oktober 1919. Es wurde beschlossen, „die Festsetzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich." Seither sind mehr als sechs Jahre verflossen und von der Durchführung des „berühmten" Washingtoner Uebereinkommens ist keine Rede,[2]) im Gegenteil, die Arbeitszeitverhältnisse wurden in den letzten Jahren in allen kapitalistischen Ländern verschlechtert. Das Washingtoner Uebereinkommen wurde zur Irreführung der Arbeiterschaft abgeschlossen, und die in der letzten Zeit gespielten Verhandlungskomödien um die Ratifizierung dienen demselben Zweck. „Ich habe den Eindruck" — schreibt der deutsche Arbeitsminister, „daß sich international neuerdings die Neigung durchzusetzen beginnt, sich einer weniger starren Auslegung und Handhabung des Washing-

---

[1]) Internationale Rundschau der Arbeit. 1925, Heft 3, Seite 215.

[2]) Ueber den Stand der Ratifizierung können wir in dem „Arbeitgeber" (Zeitschrift der Deutschen Arbeitgeberverbände — Nr. 9, 1926) folgendes lesen:

„Griechenland, Indien und Rumänien, drei Staaten ohne industrielle Bedeutung, für die außerdem teilweise Sonderbestimmungen der Konvention eine über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit vorsehen, haben ratifiziert, dazu Bulgarien und die Tschechoslowakei. Seit dem Februarmonat 1922 ist im Generalsekretariat des Völkerbundes nur noch eine weitere Ratifikation, nämlich die Chiles, eingegangen, der aber keine praktische Bedeutung zukommt, weil sie ohne Zustimmung des chilenischen Parlaments erfolgt ist. Die außerdem von Oesterreich, Italien und Lettland ausgesprochenen bedingten Ratifikationen sind ohne jeden praktischen Wert, da ihre Anwendung auf die heimische Gesetzgebung von der gleichzeitigen Ratifizierung durch die großen Industriestaaten — die sich soeben in London über die Auslegung der Einzelbestimmungen ausgesprochen haben — abhängig gemacht worden ist. So soll Oesterreichs Ratifikation in Kraft treten mit der seitens Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens, Jugoslawiens, Polens, der Schweiz und Ungarns erfolgenden Ratifizierung. Italien hat das Inkrafttreten seiner Ratifizierung an die Bedingung der gleichzeitigen Ratifizierung seitens Englands, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und der Schweiz geknüpft.

Aus dieser Aufzählung geht hervor, daß nur ein Industriestaat von Bedeutung, nämlich die Tschechoslowakei, den Schritt einer unbedingten Ratifikation gewagt hat. Da seit Juni 1921, der Eintragung der zweiten Ratifikation beim Generalsekretär des Völkerbundes, die Konvention internationale Bedingung für die Mächte, die seitdem ratifiziert haben bzw. ratifizieren werden, auf die Dauer von zehn Jahren bis zum Juni 1931 bedeutet, so verzeichnen wir im kommenden Junimonat 1926 gerade die Hälfte des Zeitraumes, für den die Konvention internationale Bindungskraft besitzt, während dessen sich von den 57 der Internationalen Arbeitsorganisation angehörenden Staaten nur ein einziger europäischer Industriestaat zur Ratifikation bereit gefunden hat."

toner Abkommens zuzuwenden." Diese „Neigung" ist gut verständlich, wenn wir in Betracht ziehen, daß der Kampf für den Achtstundentag von der sozialdemokratischen Führerschaft und gewerkschaftlichen Bürokratie verhindert wird.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz vom März 1926, an der die Vertreter Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens teilnahmen, standen im Zeichen der „weniger starren Auslegung". Dabei wurde nur eine Vereinbarung über eine allgemein verbindliche Auslegung des Washingtoner Abkommens erreicht, das getroffene Abkommen spricht aber keine Verpflichtung der einzelnen Länder zur Ratifizierung aus.

Das Washingtoner Abkommen wurde zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als die Arbeiterschaft in der Offensive stand. Die verflossenen sechs Jahre haben bewiesen, daß der Achtstundentag durch eine internationale Vereinbarung der Bourgeoisie nicht zu erreichen ist, sondern nur durch den Kampf und Sieg des Proletariats. Der klarste Beweis ist das Beispiel der Sowjetunion, wo der Achtstundentag besteht, wo in den gesundheitsschädlichen Betrieben sechs bis sieben Stunden gearbeitet wird, wo die Jugendlichen vier bis sechs Stunden arbeiten, wo das Gesetz über die Arbeitszeitregelung — im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern — nicht verfälscht und nicht abgebaut wurde.

WIRTSCHAFTSLEBEN

Die Weltwirtschaft 1924-25

Die allgemeine Lage der Weltwirtschaft in den Jahren 1924/25 wurde schlagwortartig mit dem Ausdruck: Stabilisierung des Kapitalismus gekennzeichnet. Der Sinn dieses Ausdruckes ist vor allem ein politischer: er bedeutet, daß in dem Kräfteverhältnis zwischen der Kapitalistenklasse und dem Proletariat eine Verschiebung zugunsten der ersteren vor sich gegangen ist; akut-revolutionäre Situationen, d. h. ein solches Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse, das Kämpfe um die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat ermöglicht, nicht vorhanden sind. Diese Aenderung in dem Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen, das man ungefähr von Oktober 1923, dem Sieg der deutschen Bourgeoisie über das Proletariat, datieren kann, hat politische und soziale Gründe, mit denen wir uns an dieser Stelle nicht beschäftigen. Uns interessieren hier nur:

1. die Aenderungen in der ökonomischen Lage, die diese Aenderung des Kräfteverhältnisses möglich gemacht haben;

2. die Frage über die Dauer und das Wesen dieser Stabilisierung.

Von einer ökonomischen Stabilisierung des Kapitalismus kann nur in einem relativen Sinne gesprochen werden. Betrachten wir die ganze kapitalistische Wirtschaft — also die ganze Welt außerhalb der Grenzen der Sowjet-Union —, so kann in den letzten Jahren zwar im ganzen eine Besserung der ökonomischen Verhältnisse, eine Erhöhung der Produktion und damit die Möglichkeit einer Akkumulation festgestellt werden. Wenn wir aber dieses Gesamtbild im einzelnen betrachten, so finden wir ganz verschiedene Verhältnisse und sich widersprechende Entwicklungstendenzen. In großen Umrissen läßt sich folgendes feststellen:

1. Die Vereinigten Staaten von Amerika zusammen mit den englischen Siedlungskolonien befinden sich in einem starken Aufstieg auf kapitalistischer Basis. Der Wirtschaftsverlauf in diesen Gebieten zeigt mehr oder weniger den Gang einer normalen kapitalistischen Entwicklung.

2. Die großen kolonialen und halbkolonialen Gebiete: Südamerika, Asien, Nordafrika zeigen ebenfalls einen Fortschritt der kapitalistischen Produktion, aber bereits auf einer antagonistischen Basis; der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise wird hier erkauft durch eine starke Verelendung der in den vorkapitalistischen Wirtschaftsformen verharrenden Bevölkerung, die die übergroße Mehrheit bildet. Gleichzeitig bedeutet die Industrialisierung dieser Gebiete die Entstehung einer einheimischen Bourgeoisie, die zu der Bourgeoisie der imperialistischen Mächte in schärfsten Gegensatz tritt.

3. Im Gegensatz zu diesen beiden Gebieten steht der Kapitalismus Europas, der sich zwar sozial und politisch ebenfalls einigermaßen stabilisiert hat, wo aber infolge der weiter unten beschriebenen Strukturveränderungen eine wirtschaftliche Festigung kaum feststellbar ist. Die Elemente der Stabilisierung des europäischen Kapitalismus sind vor allem die Wiederherstellung eines normalen Zirkulationsmechanismus, d. h. Schaffung eines wertbeständigen Geldes in den meisten europäischen Ländern und die Wiederherstellung des Kreditsystems, sowohl international, als auch im Innern der einzelnen Länder. Die Wiederherstellung einer wertbeständigen Valuta erfolgte aber nicht aus den eigenen Kräften Europas, sondern überall, wo sie erfolgreich war, durch amerikanische Kredite. Die Stabilisierung des Kapitalismus in Europa ging Hand in Hand mit einer rasch steigenden wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von dem führenden Lande der kapitalistischen Welt, den Vereinigten Staaten.

Der Normalisierung des Zirkulationsmechanismus entspricht aber bis heute nicht eine Annäherung an die normalen Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft in der Produktion. Das Bezeichnendste für die Wirtschaftslage in der ersten Hälfte 1926 ist der klaffende Widerspruch zwischen den Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten der europäischen Industrie. Einerseits liegt ein sehr großer Teil der Produktionsmittel still, andererseits gibt es ein Riesenheer von Arbeitslosen, deren

Zahl 6 Millionen weit überschreitet. Es handelt sich bei dieser Krise, die, wie jede Krise im kapitalistischen System, die Form einer Absatzkrise annimmt, nicht um eine Krisenphase, wie sie im normalen Gang der kapitalistischen Wirtschaft zyklisch wiederkehrt; nicht um eine vorübergehende Disproportionalitätskrise, die im Gange des Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft durch das Spiel der immanenten Kräfte des Kapitalismus überwunden wird, sondern um die Folgen tiefgehender Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft, die keine Tendenz zu einer Umkehr in sich tragen.

Die wichtigsten Strukturänderungen sind folgende:

1. Verlust der industriellen Vormachtstellung Westeuropas im Rahmen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft. Diese Vormachtstellung ging endgültig auf die Vereinigten Staaten über, als Ergebnis eines seit Jahrzehnten anhaltenden Industrialisierungsprozesses in Amerika, der durch den Weltkrieg ungemein beschleunigt wurde. Andererseits ist die Bedeutung der industriellen Vormachtstellung Europas durch die Industrialisierung der kolonialen Länder und der neu entstandenen osteuropäischen Kleinstaaten, wie auch durch das Ausscheiden der Sowjet-Union aus der Reihe der kapitalistischen Staaten gesunken. Dies bedeutet für Europa ökonomisch folgendes:

a) daß jene Vergrößerung des sachlichen Produktionsapparates, die während des Krieges und der Nachkriegszeit (insbesondere in den Inflationsländern) vor sich gegangen ist, zwar dem Anschein nach eine Akkumulation darstellt, in Wirklichkeit aber bloße Verschwendung von Werten, da ein Produktionsmechanismus, dessen Produktion als Ware keinen profitablen Absatz findet, seinen Kapitalcharakter verliert.

b) der Austausch von Industriewaren, die mit einem Kapital von hoher organischer Zusammensetzung produziert wurden, gegen Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, die im allgemeinen mit einem Kapital von niedriger organischer Zusammensetzung produziert werden, bedeutete für Europa auf dem Wege des Ausgleichs der Profitrate eine ökonomische Ausbeutung der übrigen Weltteile.

2. Europa ist aus einem Kapital-Exportgebiet zu einem Kapital-Importgebiet geworden. (Die englische Bourgeoisie versucht, ihre alte Stellung als Weltbankier wieder aufzurichten; es zeigt sich aber, daß die für Kapitalexport freie Summe immer kleiner und kleiner wird und daß England unfähig ist, den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten erfolgreich aufzunehmen.) Während vor dem Kriege Westeuropa als Ertrag seiner im Auslande angelegten Kapitalien jährlich ohne unmittelbare Gegenleistung Waren im Werte von mehreren Milliarden aus der übrigen Welt erhielt, muß es jetzt umgekehrt an Amerika einen hohen Jahrestribut für Zinsen der Kriegsschulden und der neu in Europa angelegten amerikanischen Kapitalien zahlen.

3. die Industrialisierung der kolonialen Gebiete, die Schwächung des Ansehens der europäischen imperialistischen Staaten durch den Weltkrieg, die Tatsache des Bestehens der Sowjet-Union, die zum Anziehungspunkt aller anti-imperialistischen Kräfte der Welt wird, hat die kolonialen Profite der europäischen imperialistischen Mächte sehr vermindert, gleichzeitig die Kosten der Gewaltorganisationen zur Niederhaltung der revoltierenden Kolonialvölker erhöht. Beide Umstände zusammen führen zu einer starken Beschneidung der kolonialen Profite der europäischen imperialistischen Mächte.

Diese drei Aenderungen: Verlust der industriellen Vormachtstellung, Verwandlung aus einem Kapital-Export- in ein Kapital-Importgebiet, Verminderung der kolonialen Ueberprofite, nehmen der europäischen Bourgeoisie die Möglichkeit, eine Arbeiteraristokratie, eine verbürgerlichte Arbeiterklasse weiter zu erhalten. Dieser Umstand schwächt die Bourgeoisie um so mehr, als insbesondere in den Ländern, die eine Inflation durchgemacht haben, auch eine innere Strukturänderung vor sich gegangen ist durch eine starke Verminderung der Mittelschichten: Rentner, Bauernschaft, Handwerker usw. Dieser Prozeß ist heute noch nicht vollendet, da die einzelnen Länder Europas sich in verschiedenen Phasen dieser Entwicklung befinden. Wir können hierbei drei Klassen unterscheiden.

a) Inflation mit einer Scheinkonjunktur. Bezeichnend für diese Phase ist das Zurückbleiben der Kleinhandelspreise im Innern des Landes gegenüber den Großhandelspreisen bzw. den Weltmarktpreisen. Dies ermöglicht der Großindustrie, den Export in das Ausland zu entwickeln auf Kosten der Arbeiter-

schaft und der Mittelschichten, die, wenn sie ihr Vermögen in fix verzinslichen Papieren haben, im Maße der Entwertung der nominellen Geldeinheit real verarmen; Bauern, Handwerker und Kleinhändler aber, obwohl sie ihre Waren, in der nominellen Geldeinheit berechnet, zu günstigen Preisen verkaufen, trotzdem nach jedem Umschlag real ärmer und ärmer werden. In dieser Phase befindet sich von den europäischen Ländern gegenwärtig Frankreich.

b) Die zweite Phase ist die Stabilisierungskrise. Die Wiederherstellung eines wertbeständigen Geldes führt zu einer starken Preissteigerung insbesondere im Kleinhandel, beschneidet die Exportmöglichkeiten des Landes, bringt die über die Absatzmöglichkeiten hinausgehende Ausweitung des sachlichen Produktionsapparates ans Licht und verursacht eine starke Arbeitslosigkeit. Je länger die Inflationsperiode angehalten hat und je stärker die Entwertung der Valuta gewesen ist, desto schärfer macht sich auch die Stabilisierungskrise geltend. In dieser Phase befinden sich England, Deutschland, Oesterreich, Ungarn usw.

c) Eine besondere Art der Krise zeigt sich in einigen Ländern, in denen die Stabilisierung nicht genügend fundiert war, wo nach einer Periode der Stabilisierung eine neue Entwertung des Geldes eingetreten ist. Diese neue Zerrüttung der Währung richtet dann eine gewaltige Verheerung im ganzen Wirtschaftsleben des Landes an. Das beste Beispiel hierfür ist Polen, das den Versuch gemacht hatte, die Stabilisierung der Valuta ohne amerikanische Hilfe durchzuführen.

Obwohl im allgemeinen eine Tendenz zur Normalisierung des Zirkulationsmechanismus in Europa vorhanden ist, so kann keinesfalls behauptet werden, daß dieser Prozeß bereits endgültig durchgeführt sei. Frankreich befindet sich noch in der Inflationsperiode; außer Polen hat auch Belgien im Frühjahr 1926, nach einer länger dauernden tatsächlichen Stabilisierung, einen neuen Valutasturz durchgemacht; Italien steht Anfang 1926 im Beginn der Stabilisierungskrise; kurzum, die Verhältnisse sind außerordentlich verzwickt und widersprechend, und es besteht keinerlei Sicherheit dafür, daß nicht weitere schwere Rückfälle eintreten werden.

Diese verschiedene Stufe, die die europäischen Staaten in der Ueberwindung der Valutakrise erreicht haben, macht die

Beurteilung der wichtigen Frage, ob eine Erhöhung der Produktion in Europa vor sich gegangen ist oder nicht, sehr schwierig. Es hat sich bisher kein einheitlicher Konjunkturgang in der kapitalistischen Weltwirtschaft wieder herausgebildet. Fast jedes Land hat seinen eigenen Konjunkturgang. Diese Tatsache ist für die Beurteilung der Stärke der Stabilisierungstendenz deshalb von ausschlaggebender Wichtigkeit, weil zur Beurteilung des allgemeinen Ganges der Wirtschaft es nicht angängig ist, aufeinanderfolgende Jahre einfach miteinander zu vergleichen. Bei einem richtigen Vergleich müßten die Wirkungen der ökonomischen Zyklen ausgeschaltet werden, d. h. man muß die Produktion vergleichen, Hochkonjunktur mit Hochkonjunktur, Krisenphase mit Krisenphase. Nur ein solcher Vergleich bzw. Vergleich der Durchschnittsproduktion von zwei aufeinanderfolgenden vollen Zyklen läßt ein Urteil über den Gang der Produktion zu. Einen solchen Vergleich heute anzustellen, ist deshalb unmöglich, weil eben in der Nachkriegszeit kein einheitlicher Gang der Konjunktur festzustellen ist und es bis heute unklar ist, ob die Jahre 1924/25 für die europäische Wirtschaft eine Konjunkturphase oder eine Krisenphase bedeuten. Die Untersuchungen, die man bei einzelnen Ländern anstellt, ergeben ganz verschiedene Ergebnisse. Untersucht man z. B. den Gang der Produktion und der Wirtschaft Englands, so gewinnt man den Eindruck, als ob das Jahr 1923 die Konjunkturphase und die Jahre 1924/25 die Krisenphase darstellen würden, wobei Ende 1925 bereits eine gewisse Besserung der Konjunktur eintrat. Untersucht man den Gang der Wirtschaft in Deutschland, so findet man ein ganz entgegengesetztes Bild. Krisenphase im Jahre 1923, verhältnismäßig gute Konjunktur 1924 bis Herbst 1925; um die Jahreswende 1925/26 aber eine ungemein scharfe Krisenphase. Die Wirtschaft Frankreichs oder Italiens zeigt wieder einen anderen Gang, so daß es unmöglich ist, diese widersprechenden Tendenzen der einzelnen Staaten in Europa zu einer einheitlichen Gesamttendenz der europäischen Wirtschaft zusammenzufassen.

Zusammenfassend läßt sich unseres Erachtens folgendes feststellen:

Die europäische Wirtschaft hat sich gewissermaßen stabilisiert, aber diese Stabilisierung ist ökonomisch nicht tief fundiert und bedeutet keinesfalls den Beginn eines neuen Aufstiegs des

europäischen Kapitalismus, sondern nur einen Stillstand im Niedergang. Ein Wiederaufstieg des europäischen Kapitalismus nach der Analogie der Vorkriegszeit ist durch die in der Weltwirtschaft vor sich gegangenen oben skizzierten strukturellen Aenderungen ausgeschlossen. Die wahrscheinliche Entwicklung des europäischen Kapitalismus ist eine Fortsetzung des Niedergangsprozesses, wobei lange Krisenphasen mit kurz andauernden und sich nicht auf alle Länder erstreckenden Konjunkturphasen abwechseln, wobei aber die allgemeine Linie eine fallende sein wird.

Bei der Beurteilung der Gesamtlage der kapitalistischen Weltwirtschaft kann natürlich eingewendet werden, daß der Niedergang des europäischen Kapitalismus durch den starken Aufstieg des amerikanischen Kapitalismus mehr als aufgewogen wird, wenn man die ganze kapitalistische Weltwirtschaft als ein einheitliches Ganzes betrachtet. Demgegenüber soll aber betont werden, daß vom Gesichtspunkte des Ganges der Weltrevolution es durchaus nicht angängig ist, den Niedergang Europas durch den Aufstieg Amerikas als ausgeglichen zu betrachten. Der Sturz der Bourgeoisie ist ein langer historischer Prozeß, der sich offenbar in geographischen Etappen vollziehen wird: daher ist es für uns durchaus nicht dasselbe, wenn die ganze kapitalistische Weltwirtschaft sich gleichmäßig, wenn auch in geringem Maße hebt, oder ein starker Aufschwung in Amerika bei einem gleichzeitigen Niedergang in Europa vor sich geht. Die Möglichkeit der Eroberung der Macht durch das Proletariat ist im letzteren Falle, wenn auch auf geographisch beschränktem Gebiet, unvergleichlich größer, als wenn eine gleichmäßige Stabilisierung des Kapitalismus vor sich gehen würde.

Die wichtigsten Produktionsdaten der Weltwirtschaft[15])

		1900	1913	1919	1922	1923	1924[13])	1925[14])	Europa 1913	Europa 1924	Europa 1925
Weizen[1])	Millionen Tonnen	56	79,9[2])	76,0	83,3	94,2	88,6	88,5	37,1	28,8	37,5
Roggen[1])	"	11,6	26,1	17,7	20,4	23,2	18,5	25,4	25,1	16,5	23,6
Gerste[1])	"	15,7	26,5[2])	22,1	21,5	25,4	26,5	30,3	15,4	12,6	14,7
Hafer[1])	"	35	49,4[2])	42,7	46,8	54,9	54,1	58,1	28,2	23,7	25,9
Mais[1])	"	72	97,1[2])	92,6	83,0	89,1	74,9	86,3	15,1	15,0	16,1
Reis[1])	"	46	76,4[2])	78,9	80,4	74,9	80,6	79,5	—	—	—
Kartoffeln[1])	"	—	128,6[2])	92,0	143,2	122,2	132,6	132,0	11[illegible],8	114,2	80,2
Zucker	"	11,8	18,8	15,9	18,1	19,7	23,6	24,9	—	7,0	8,2
Baumwolle	Millionen Ballen[3])	15,9	25,4	20,6	20,8	20,9	23,2[11])	25,3	—	—	—
Wolle	Millionen Pfd. Gew.	1302	3162	2894	2684	2605	2718	2813	840[16])	657	664
Kautschuk	1000 Tonnen	57,0	158,0[4])	343,0[8])	367	394	434	500[12])	—	—	—
Steinkohle	Millionen Tonnen	726	1216	1058	1034	1180	1168	1188	595	553	545
Erdöl	Millionen Barrels[5])	149	383,0	554,7	854,8	1004,7	1013	1059	—	—	—
Eisen	Millionen Tonnen	40,4	77,2	61,0[8])	55,9	69,1	66,4	75,2	46,1	32,5	37,0
Stahl	"	—	73,6	68,0[8])	68,4	77,6	75,6	88,8	42,0	36,6	40,8
Kupfer	1000 Tonnen	540	980	968	—	1215	1363	1427	116	88	106
Blei	"	780	1178	846	1039	1195	1322	1375	565	—	—
Zink	"	442	990	644	—	929	1108	1247	—	—	—
Zinn	"	—	136	124[8])	131	131	136	—	—	—	—
Gold[9])	Millionen Pfd. Sterl.[6])	52,1	94,7	75,2	65,5	75,5	80	81	—	—	—
Silber	Millionen Unzen	173	231,0[7])	180,0	210,0	246,0	239	240	—	—	—
Schiffbau	1000 Brutto-Tonnen[10])	1866	3333	7145	2467	1643	2248	2193	3013	2063	1962

1) Ohne die Sowjetunion.
2) Jahresdurchschnitt 1909—13.
3) 1 Ballen zirka 500 lbs.
4) 1915.
5) 1 Barrel Rohöl 0,133 t.
6) 84 sh 11¾ d für eine feine Unze gerechnet.
7) 1912 Rekordjahr.
8) 1920.
9) 1 Unze (fein) = 84 s 11¾ d.
10) Raumgehalt.
11) Schätzung des Ackerbaudepartements in Washington.
12) Nach anderen Schätzungen 630.
13) Berichtigte Zahlen.
14) Vorläufige Zahlen.
15) Die Quellen der Tabelle: Für die landwirtschaftlichen Produkte: Ann. Int. de Stat. Agricole; Bulletin de Stat. Agricole, Rom; für 1900 Agriculture Year Book of U. St. Dep. of Agric. — Eisen, Stahl, Kohle: Wirtsch. u. Statistik; für 1900 Stat. Abstract of U. St. — Metalle: Wirtsch. und Statist. — Petroleum: U. St. Geolog. Survey. — Einige Daten aus dem Jahrbuch d. Statistischen Reichsamtes, Anuaire Statistique, World Almanac; für 1925 die letzten Zeitschriften- u. Zeitungs-Mitteilungen.
16) Durchschnitt 1909-13.

Die interalliierten Schulden

Die Frage der interalliierten Schulden wurde in den letzten Jahren zu einem großen Teil formell gelöst. Wir betonen: formell, da es noch ganz und gar unsicher ist, ob die vorgesehene Tilgung im Verlauf von 62 Jahren einen ökonomischen Sinn hat oder nicht. Immerhin sind die Schuldenregelungen so festgesetzt, als ob die Sicherheit vorhanden wäre, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung bis 1987 in ihrer gegenwärtigen Form fortbestehen würde: sicher eine mutige Voraussetzung.

Die europäischen Schuldnerländer wurden zu diesen Vereinbarungen durch den finanziellen Druck der Vereinigten Staaten gezwungen. Der finanzielle Druck bestand darin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte, keine Anleihen, weder an die Regierungen noch an private Angehörige jener Länder zu gestatten, die ihre Kriegsschulden mit den Vereinigten Staaten nicht geordnet haben. Unter diesem Drucke mußten nach der Reihe alle Länder in eine Fundierung ihrer Schulden einwilligen.

Die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten war zwar in der Frage der Behandlung der interalliierten Schulden nicht einig. Es gab eine Strömung, die für die Annullierung der interalliierten Schulden war, um dadurch die Sanierung der Finanzen der Schuldnerländer zu beschleunigen. Unter dem Drucke der kleinbürgerlichen Steuerzahler und gewisser Schichten der Bourgeoisie konnte aber eine derartige Lösung nicht durchgeführt werden. Die tatsächliche Lösung ist ein Kompromiß zwischen diesen zwei Richtungen, indem je nach der wirtschaftlichen Stärke der betreffenden Schuldnerländer ein größerer Teil der Schuldsumme erlassen wurde; andererseits die Zahlungen, mit Ausnahme Englands, in den ersten Jahren mit sehr geringen Summen festgestellt wurden, so daß die Möglichkeit einer weiteren Reduzierung in späteren Jahren vorhanden ist.

Den großen Schuldnern wurde folgender Prozentsatz der Schulden erlassen:

Großbritannien	26,5	Prozent
Belgien	54	Prozent
Frankreich	53	Prozent
Italien	68	Prozent

Wenn wir die höchste Summe, die laut den Fundierungsvereinbarungen die europäischen Schuldnerländer an die Vereinigten Staaten zu zahlen haben werden, akzeptieren, so beläuft sich die Summe auf über 400 Millionen Dollar. Da kaum vorauszusetzen ist, daß Deutschland auf die Dauer die volle Reparationssumme von 2500 Millionen Goldmark wird zahlen können, so würde sich bei der Durchführung der Fundierungsabkommen der eigenartige Zustand ergeben, daß alle Zahlungen, die Deutschland leistet, den Vereinigten

Staaten zufließen würden. Das ökonomische Endergebnis der Verrechnungen würde also sein, daß das verarmte, vom Kriege schwer mitgenommene Europa 60 Jahre lang einen Tribut an die Vereinigten Staaten zahlen müßte.

Eine vollkommene Niederlage hat in dem Kampf um die Regelung der interalliierten Schulden Frankreich erlitten. Obwohl die Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten und England zwar bereits abgeschlossen, aber noch nicht ratifiziert ist, so ist es doch heute bereits klar, daß Frankreich unfähig war, seine prinzipielle Forderung durchzusetzen, daß die interalliierten Zahlungen nur aus den Reparationsleistungen entrichtet würden, und bei Ausbleiben der Reparationszahlungen auch seine Zahlungsverpflichtung automatisch aufhört.

In der folgenden Tabelle geben wir die nominellen Geldwerte der interalliierten Schulden:

Interalliierte Schulden in Millionen R.-M.
(mit den bis zum genannten Datum aufgelaufenen Zinsen)

Schuldner	Gläubiger: Vereinigte Staaten 15. 11. 24.	England 31. 3. 25.[1]	Frankreich 30. 6. 24.	Italien	Schulden
Frankreich	17 368,1	12 808,0	—	—	30 176,1
Rußland	1 055,3	15 458,7	5 275,8	29,2	21 819,0
Italien	8 804,7	11 900,1	283,7	—	20 988,5
England	19 214,2	—	—	—	19 214,2
Belgien	1 980,7	183,9	2 484,5	—	4 647,1
Jugoslawien	269,3	663,5	1 408,2	—	2 341,0
Rumänien	191,5	603,1	916,1	122,3	1 833,0
Polen	749,6	101,2	777,0	60,8	1 688,6
Tschechoslowakei	485.0	26,6	439,2	145,8	1 096,6
Griechenland	72,4	485,2	435,4	—	993,0
Oesterreich	125,2	231,7	268,9	—	625,8
Portugal	—	440.1	7,3	—	447,4
Estland	73,4	5,1	2,8	—	81,3
Finnland	37,5	—	—	—	37,5
Lettland	26,4	2,7	7,3	—	36,4
Litauen	25,2	0,3	1,9	—	27,4
Ungarn	8,2	2,4	0,6	—	11,2
Zusammen Europa:	50 486,8	42 912,6	12 257,8	358,1	106 015,3
Britische Kolonien	—	2 651,9	—	—	2 651,9
Armenien	62,4	18,5	—	—	80,9
Belgisch Kongo	—	72,5	—	—	72,5
Nicaragua	0,6	—	—	—	0,6
Liberia	0,1	—	—	—	0,1
Zusammen Uebersee:	63,1	2 742,9	—	—	2 806,0
Gesamtsumme:	50 549,9	45 655,5	12 257,8	358,1	108 821,3
Ueberschuß der Guthaben(+) Schulden(—)	+50 549,9	+26 441,3	—17 918,3	—20 630,4	—

[1]) Teilweise (bei den kleineren Beträgen) Zahlen vom 31. 3. 1924.

Diese Zahlen geben die nominelle Höhe der Schulden an. Dieselben wurden durch die Fundierungsabkommen stark herabgesetzt, wie folgende Tabelle zeigt:

Die tatsächliche Höhe der Schulden nach der Konsolidierung[1])

	Nomineller Wert der Schulden	Gegenwärt. Wert der Schulden	Konsolidiert	Erlassen
	Millionen Dollar		Prozent	
Großbritannien	4600	3385	73,5	26,5
Belgien	418	193	46,0	54,0
Italien	2042	653	32,0	68,0
Frankreich	4221	2008	47,0	53,0

Die Vereinigten Staaten hatten ursprünglich das Prinzip aufgestellt, daß die Schulden innerhalb 62 Jahren zu amortisieren sind, mit 3 Prozent Zinsen in den ersten zehn Jahren und 3½ Prozent Zinsen in den weiteren Jahren. Doch haben die Vereinigten Staaten im Laufe der Verhandlungen diese Basis aufgegeben und statt dessen die „Zahlungsfähigkeit" der verschiedenen Länder als Grundlage genommen.

In der letzten Zeit hat auch England mit seinen Schuldnern Vereinbarungen getroffen. Mit Italien, Rumänien, Frankreich hat es ein Fundierungsabkommen geschlossen.

Die folgende Tabelle gibt die Jahreszahlungen der drei größten Schuldner der Vereinigten Staaten: England, Frankreich und Italien an, die zusammen mehr als 90 Prozent der Forderungen der Vereinigten Staaten betragen. Die gesamten Zahlungen, die die wichtigsten Schuldner im Verlaufe der 62 Jahre zu leisten haben, sind:

England	11 106 Millionen Dollar
Frankreich	6 855 Millionen Dollar
Italien	2 042 Millionen Dollar
Belgien	728 Millionen Dollar

Jahreszahlungen der drei Hauptschuldner an die Vereinigten Staaten (in Millionen Dollar)

Jahr	England	Frankreich	Italien	Jahr	England	Frankreich	Italien
1926[2])	160,9	30	5	1935	181,7	80	13,0
1927	160,2	30	5	1936	180,5	90	13,5
1928	161,4	32,5	5	1937	184,4	100	14,2
1929	160,6	32,5	5	1938	183,1	105	14,6
1930	160,8	35	5	1939	181,8	110	15,2
1931	159,9	40	12,1	1940	185,5	115	15,8
1932	161,1	50	12,2	1941	184,1	120	16,4
1933	183,9	60	12,3	1942	182,6	125	17,0
1934	182,8	75	12,6	1943	181,1	125	17,6

[1]) „L'Europe Nouvelle" Nr 429.
[2]) 1923 161, 1924 160,3, 1925 160,6 Millionen Dollar.

Jahreszahlungen der drei Hauptschuldner an die Vereinigten Staaten (in Millionen Dollar) — Fortsetzung

Jahr	England	Frankreich	Italien	Jahr	England	Frankreich	Italien
1944	183,7	125	18,3	1966	182,5	125	38,0
1945	182,0	125	19,0	1967	181,2	125	39,5
1946	180,4	125	19.6	1968	181,9	125	41,5
1947	183,8	125	20,0	1969	183,4	125	43,5
1948	182,0	125	20,6	1970	184,7	125	44,5
1949	180,3	125	21,2	1971	184,8	125	46,0
1950	180,5	125	22,0	1972	185,9	125	47,5
1951	180,6	125	23,0	1973	185,7	125	49,0
1952	180,7	125	23,8	1974	185,4	125	50,5
1953	181,7	125	24,6	1975	185,9	125	52,0
1954	183,4	125	25,4	1976	185,3	125	54,0
1955	181,4	125	26,5	1977	185,6	125	56,0
1956	179,1	125	27,5	1978	185,6	125	59,0
1957	179,9	125	28,5	1979	185,5	125	61,0
1958	180,5	125	29,6	1980	185,2	125	62,0
1959	180,1	125	30,5	1981	185,8	125	64,0
1960	179,6	125	31,5	1982	185,1	125	67,0
1961	181,0	125	32,5	1983	187,3	125	69,0
1962	178,2	125	33,5	1984	181,1	125	72,0
1963	180,5	125	34,5	1985	—	125	74,0
1964	179,6	125	35,5	1986	—	125	77,0
1965	180,6	125	36,5	1987	—	125	79,4

Die Reparationsfrage

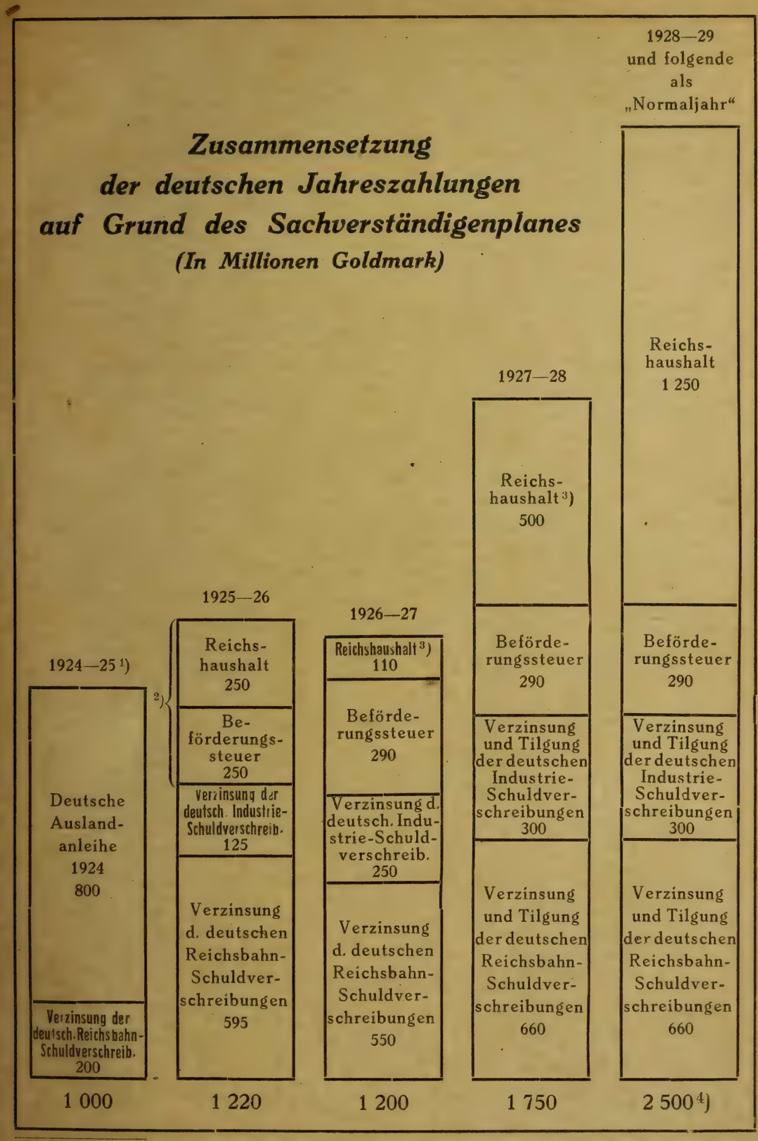
Die Reparationsfrage erfuhr durch das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 eine vorläufige Regelung. Das Abkommen beruht vollkommen auf dem Gutachten der Dawes-Kommission und besteht in der Verpflichtung Deutschlands, die im Plan vorgesehenen Zahlungen zu leisten und Garantien zu stellen. Am 30. August 1924 wurden die Dawes-Gesetze mit der nötigen Zweidrittel-Mehrheit im Reichstage angenommen, und zwar

1. Umorganisierung der Reichsbank unter ausländischer Kontrolle,
2. Ueberführung der Reichsbahn in eine Privatgesellschaft unter Kontrolle der Entente,
3. Belastung der deutschen Industrie durch eine Schuld von 5 Milliarden Goldmark,
4. Gesetz über die Kontrolle gewisser Staatseinnahmen durch die Reparationskommission.

Am anderen Tage nimmt der Generalagent seine Tätigkeit in Berlin auf. Kurz darauf wurde die im Plan vorgesehene Anleihe von 800 Mill. Goldmark aufgenommen und damit die Neuordnung der Reparationszahlungen begonnen. Nach der Reihe bildeten sich die vorgesehenen Kontrollinstanzen: die Reichsbank, die Reichsbahn, die Staatseinnahmen usw. sind unter die Kontrolle der ausländischen Kommissare gestellt.

Die Zahlungen Deutschlands gehen aus folgendem, dem ersten Bericht des Reparationsagenten entnommenen graphischen Bild hervor.[5])

Note siehe Seite 134.



Noten siehe nächste Seite.

Das wesentlichste neue Moment des Dawes-Planes gegenüber dem alten System ist, daß die deutsche Regierung die Zahlungen in deutscher Valuta zu leisten hat: die Transferierung, d. h. Ueberführung nach dem Auslande ist Sache des Transfer-Komitees und muß so vorgenommen werden, daß die Stabilität der deutschen Valuta nicht gefährdet wird. Damit wird die Aufbringung der Reparationslasten für Deutschland ein rein innenwirtschaftliches Problem. Es besteht daher auch kein Zweifel, daß die deutsche Bourgeoisie imstande ist, durch starke Belastung der breiten Massen, die vorgesehenen Zahlungen aufzubringen.

Die Schwierigkeiten liegen nach wie vor im Transferproblem: d. h. in welcher Naturalform können die geleisteten Zahlungen nach dem Auslande verbracht werden. Das Transfer-Komitee hat für das erste Jahr diese Aufgabe erfolgreich gelöst. Die Zahlungen des ersten Jahres wurden in folgender Weise den Ententemächten überwiesen:

Zahlungen aus dem Ertrag des ersten Jahres

	Millionen Mark
Dienst der deutschen auswärtigen Anleihe	77,53
Ausgaben der Ententekommissionen	26,90
Besatzungsunkosten	187,41
Sachlieferungen	420,20 [6]:)
Ausfuhrbelastung (26 Prozent „Recovery")	180,30
Kassenbestand am 31. August 1925	107,—

Eine Durchsicht dieser Posten zeigt, daß eine eigentliche Transfer, das heißt, Ueberführung von in Deutschland produzierten Werten als

[1]) Zahlungsjahr: 1. September bis 31. August. [2]) Diese Beträge sind gegebenenfalls aus dem Reichshaushalte zu decken, wenn der Sachverständigenplan auch annimmt, daß die deutsche Regierung vor Ende des Jahres 1925—26 im Besitze von 500 Millionen Goldmark (einer diesen beiden Zahlen entsprechenden Summe) als ihres Anteiles (ein Viertel) vom Erlöse aus dem Verkaufe der Vorzugsaktien der deutschen Reichbahngesellschaft an das Publikum sein wird. [3]) Vorbehaltlich von Aenderungen bis zur Höhe von 250 Millionen Goldmark, je nachdem der Gesamtertrag der kontrollierten Staatseinkünfte den Betrag von 1000 Millionen Coldmark im Jahre 1926—27 oder von 1250 Millionen Goldmark im Jahre 1927—28 überschreitet oder nicht erreicht, wobei die Aenderung ein Drittel des Ueberschusses bzw. Fehlbetrages ausmachen soll, wie insgesamt im Plane vorgesehen. [4]) Vorbehaltlich einer Erhöhung vom Jahre 1929—30 ab, deren Betrag durch den in dem Plane beschriebenen Wohlstandsindex bestimmt wird. [5]) Ueber die Verteilung der deutschen Zahlungen ist auf der Pariser Finanzkonferenz (14. I. 1925) vereinbart worden: Aus dem Ertrag des Dawes-Planes werden die Ausgaben der Kommissionen, Besatzungskosten, 5 Prozent für Zinsen der belgischen Kriegsanleihe, 1 Prozent für deutsche Verpflichtungen, Zinsen der Dawes-Anleihe, in Summe ca. 350 Millionen Goldmark abgezogen, der verbleibende Teil folgendermaßen verteilt: Frankreich 52 Prozent, Großbritannien 22 Prozent, Italien 10 Prozent, Belgien 8 Prozent, Rumänien 1,1 Prozent, Griechenland 0,4 Prozent, Vereinigte Staaten erhalten 2,25 Prozent, die von den obigen Anteilen in diesem Verhältnis abgezogen werden.

[6]) Vorgenommene Zahlungen. — Gesamtzahlungen und unerfüllte Verbindlichkeiten dagegen 454 Millionen Goldmark (Bericht des Generalagenten II. Teil, S. 26 u. 127)

Zahlung in fremder Valuta nur die 180 Millionen Mark der in England eingehobenen 26 Prozent Abgaben[1]) darstellt. (Die 77 Millionen für die Zinsen der Dawesanleihe wurden zum größten Teil aus dem Erlös der Anleihe unmittelbar gedeckt.) Die übrigen Posten wurden entweder in deutscher Mark gezahlt und in Deutschland wieder ausgegeben, oder es waren unmittelbare Sachlieferungen auf Reparationskonto.

Der Bericht des Reparationsagenten betont[2]), daß dies aber die Absicht der Transferkommission ist.

Die folgende Aufstellung zeigt die Hauptgattungen der Sachleistungen im Berichtsjahr:

Gattung	Goldmark	Vom Hundertsatz der Gesamtbeträge
Kohle, Koks und Braunkohle	236 618 513,67	52,07
Beförderung von Kohle, Koks und Braunkohle	85 356 448,83	18,78
Künstliche Düngemittel	23 272 126,25	5,12
Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse	26 390 050,61	5,81
Wiederherstellung der Bücherei von Löwen	1 097 112,55	0,24
Vermischte Lieferungen	81 690 977,07	17,98
Insgesamt:	454 425 228,98	100,00

57 Prozent erhielt Frankreich, 17 Prozent Belgien, 14 Prozent Italien, 7 Prozent Jugoslawien, während Großbritannien, dessen Anteil durch die 26 Prozent gedeckt sind, bloß 1 Prozent an Sachleistungen in Anspruch nahm.

Das weitere Schicksal des Transfers und der ganzen Reparationsfrage hängt davon ab, ob es auch weiterhin gelingen wird, Sachlieferungen in immer größerem Maßstabe zu tätigen. Mit dem Abbau der Besatzung werden auch die Besatzungskosten geringer, also jener Teil der Reparationen, die auf deutschem Boden geleistet werden. Im Jahre 1927/28 müssen bereits 1½ Milliarden, später über 2 Milliarden, entweder in Sachlieferungen oder in Form eines freien Verkaufs, der sich als Aktivsaldo der Handelsbilanz darstellt, in das

[1]) Anfangs wurden die 26 % in England individuell von jeder Rechnung abgezogen und von der deutschen Regierung individuell in Mark ausgezahlt. Auf Drängen des Reparationsagenten wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Verrechnung durch das Reparationskonto geht; es bestand nämlich die Gefahr, daß durch den Abzug in England und Auszahlung in Deutschland in Mark einerseits eine Inflation in Deutschland entsteht und die Transfer-Transaktionen des Agenten durchkreuzt werden; andererseits bedeutet dieses System einen besonderen Vorteil für England, das seinen Anteil an den Reparationszahlungen unmittelbar einkassierte!

[2]) Deutsche Ausgabe II, Seite 25.

Ausland verbracht werden. Dies kann überwiegend nur in Form von industriellen Fertigwaren geschehen, da Deutschland außer Kohle und Kali keine Rohstoffe für die Ausfuhr frei hat. Ob aber der an einer chronischen Krise leidende Weltmarkt solche Mengen von Industriewaren aufnehmen kann, ist sehr fraglich.

Aus dem Erfolg des ersten Jahres darf daher nicht geschlossen werden, daß der Dawes-Plan durchführbar ist. Dies wird auch vom Reparationsagenten offen anerkannt. Er schreibt:

> „Noch ist es zu früh, Schlüsse auf die endgültigen Ergebnisse des Planes zu ziehen. Unbestreitbar hat er jedoch das Reparationsproblem auf eine vernünftige Grundlage gestellt und Vorsorge dafür getroffen, daß durch praktische Erprobung festgestellt wird, was durchführbar ist.
>
> ... Wie die Sachverständigen in ihrem Bericht aussprechen, liegt der große Vorzug des Planes darin, daß er sich den tatsächlichen Verhältnissen anpaßt. Das erste Planjahr war von den Sachverständigen als ein Jahr gedacht, in dem die Grundlagen für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens gelegt würden. Man wollte Deutschland während dieses Jahres Zeit dafür lassen, mit der Umstellung voranzugehen, und demgemäß wurden dem deutschen Reichshaushalt gar keine und der deutschen Wirtschaft nur geringe Lasten auferlegt. Gleichzeitig sah es die Reparationszahlungen und Sachleistungen in erheblichem Umfange vor, aber die zu deren Finanzierung nötigen Beträge sollten größtenteils aus dem Erlös der Auslandsanleihen fließen.
>
> ... In diesem Sinne ist das erste Jahr nicht so sehr eine Probe auf die deutsche Zahlungsfähigkeit, als eine Probe auf die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft gewesen, sich von neuem stabilen Verhältnissen anzupassen."

Die großen Mächte der Welt

Die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus strebt nach der Schaffung großer Wirtschaftsgebiete. Dieser Tendenz widerspricht die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Friedensverträgen, die Beschneidung des Gebietes und die Schaffung einer Reihe von Kleinstaaten aus den Randgebieten Rußlands. Andererseits hat aber die Aufteilung der Erde unter einige große Mächte auch in und nach dem Weltkriege große Fortschritte gemacht, indem die neu entstandenen Kleinstaaten tatsächlich in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den imperialistischen Weltmächten gelangt sind. Das Ergebnis ist eine „Balkanisierung" ganz Kontinentaleuropas: das Verschwinden zweier früherer Großmächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, und die Verteilung der Welt unter sechs große Mächte.

Die Abhängigkeit der kleinen Staaten und halb-kolonialen Ge-

bieten von den großen Mächten läßt sich in den meisten Fällen nicht eindeutig festlegen. Bei den europäischen kleinen Staaten ist es oft schwierig, festzustellen ,ob sie zu der französischen oder zu der englischen Einflußsphäre gehören, da beide imperialistischen Großmächte an der kapitalistischen Durchdringung dieser Staaten in gleicher Weise beteiligt sind. Eben deshalb haben wir in unserer Zusammenstellung (Tabelle am Schluß des Aufsatzes) nur die unmittelbaren Herrschaftsgebiete der großen Mächte einbezogen.

Die Verteilung der Erde ist bereits soweit fortgeschritten, daß ungefähr 70 bis 80 Prozent (auch ohne die Einflußsphären) sowohl des Gebietes als auch der Bevölkerung und der Produktion der vom kapitalistischen Standpunkte wichtigen Waren (Kohle, Erdöl, Eisen, Stahl), ferner Eisenbahnen und Handelsflotten auf sechs große Mächte entfallen. Von diesen sechs Weltmächten gibt es vier imperialistische Weltmächte: das britische Weltreich, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Japan, und zwei nicht imperialistische: das große chinesische Reich und die Sowjetunion.

Die imperialistischen Weltmächte

Das britische Weltreich

im engeren Sinne also England, Irland, die Dominions, Kolonien und Mandatsgebiete, umfaßt 28 Prozent des Erdbodens und 25 Prozent der Bevölkerung der Welt. Es steht, was das Gebiet und die Bevölkerung anbelangt an erster Stelle unter den Weltmächten; es hat die größte Handelsflotte, den größten Außenhandel und die größten Staatseinnahmen unter allen Weltmächten. Was die Einflußsphäre Englands anbelangt, so gehört Portugal mit seinen Kolonien unstreitig voll und ganz in das englische Einflußgebiet. Sehr stark unter englischem Einfluß steht ferner Holland und das holländische Kolonialgebiet, ferner einige formell unabhängige Gebiete in Mittel-Asien; Süd-Persien, Afghanistan. In Südamerika kreuzt sich der englische Einfluß mit dem der Vereinigten Staaten. Stark unter englischem Einfluß stehen ferner die skandinavischen Staaten, die westlichen Randstaaten Rußlands und manche Donau-Balkanländer. Würden wir die genannten Gebiete zum englischen Imperium hinzurechnen, so träte das Uebergewicht des britischen Weltreichs noch mehr hervor.

Die Vereinigten Staaten

Oekonomisch sind die Vereinigten Staaten die stärksten unter allen Weltmächten. Die Produktion jener Waren, die für den Hochkapitalismus besonders bedeutend sind, übertrifft bei weitem jene der anderen Weltmächte. So produzieren die Vereinigten Staaten 45 Prozent der Weltproduktion an Kohle, 71 Prozent an Erdöl, 49 Prozent an Eisen, 51 Prozent an Stahl. In Bezug auf die vorhandenen motorischen Kräfte und die Länge der Eisenbahnen stehen die Vereinigten Staaten ebenfalls an erster Stelle. Bei der Beurteilung

der Bevölkerungs- und Ausdehungsdaten ist in Betracht zu ziehen, das wir den Machtbereich der Vereinigten Staaten sehr eng gezogen haben: die Daten beziehen sich nur auf die Vereinigten Staaten selbst und die Kolonien. Südamerika ist zum großen Teil Einflußgebiet der Vereinigten Staaten, obwohl die vorhandene ökonomische Abhängigkeit noch keine klare politische Form angenommen hat.

Das französische Reich

Das französische Reich übertrifft an Ausdehnung die Vereinigten Staaten. Die französischen Kolonien stehen aber erst am Anfange der vollen Ausbeutung. Die Verwirklichung der Pläne der französischen Bourgeoisie werden durch die finanziellen Schwierigkeiten und Menschenmangel des Mutterlandes sowie durch die beginnende Auflehnung der Kolonialvölker erschwert. Die gegenwärtige ökonomische Bedeutung des französischen Reiches ist viel geringer, als jene der beiden angelsächsischen Mächte und dieser Umstand kommt trotz der großen militärischen Machtmittel auch in der weltpolitischen Stellung Frankreichs zum Ausdruck. Der Einfluß Frankreichs in Belgien, Polen, in den Ländern der kleinen Entente geht unter dem Druck der englischen Bourgeoisie immer mehr zurück.

Japan

Von den imperialistischen Weltmächten ist Japan, sowohl dem Territorium als der Bevölkerung nach, die kleinste. Es muß aber bemerkt werden, daß hier nur die eigentlichen Kolonien Japans, Korea und Formosa, mitgerechnet sind, nicht aber die Mandschurei, die tatsächlich unter japanischem Einfluß steht. Die ökonomischen Mittel Japans sind, wie aus der Tabelle hervorgehet, im Vergleich zu den anderen Weltmächten, sehr klein; die heutige Macht Japans steht auf schwachen Füßen.

Die nichtimperialistischen Weltmächte

Die Sowjetunion

In Bezug auf die Ausdehnung steht die Sowjetunion an zweiter Stelle unter den großen Mächten der Welt; der Bevölkerung nach an dritter Stelle. Was die ökonomischen Mittel anbelangt, so steht potentiell die UdSSR sehr gut; was aber die aktuelle Produktion anbelangt, noch immer ziemlich schwach. Die Folgen des langandauernden Krieges und des Bürgerkrieges sind trotz des ökonomischen Aufblühens im letzten Jahre noch immer nicht überwunden. Die Sowjetunion — als nicht-imperialistische Macht — hat keine wirtschaftlichen Einflußphären; ihre politische Einflußphäre dehnt sich aber infolge der wachsenden Sympathien der unterdrückten Klassen und unterdrückten Völker stetig aus.

China

China befindet sich im Uebergangsstadium von einer potentionellen zu einer tatsächlichen Weltmacht. Seine Bevölkerung umfaßt den vierten Teil der Gesamtbevölkerung der Erde. Ueber die Produktion sind nicht einmal annähernde Zahlen, — auf deren Grund das wirtschaftliche Gewicht des Landes zu beurteilen wäre — vorhanden. Die Pläne der imperialistischen Mächte auf die Verteilung des mächtigen Wirtschaftsgebietes wurden durch die revolutionären Kämpfe der letzten Jahre endgültig vereitelt.

*

Selbstverständlich ist die Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Weltmächte tatsächlich viel weiter fortgeschritten, als es unsere Tabelle zeigt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die kleineren europäischen Länder nicht als selbständige Staaten im eigentlichen Sinne des Wortes betrachtet werden können. Es ist aber in dem gegenwärtigen Moment unmöglich, dieselben zu dem einen oder zu dem anderen Einflußgebiet der imperialistischen Mächte hinzuzurechnen, weil ihre Hinzugehörigkeit im Momente noch unentschieden ist, da die verschiedenen Mächte, vor allem England und Frankreich, um den entscheidenden Einfluß in diesen Ländern miteinander ringen. Aehnlich steht es mit den als unabhängig geltenden Ländern des südamerikanischen Kontinents, die immer mehr und mehr unter den Einfluß Englands oder der Vereinigten Staaten geraten; ferner mit den Vorder- und mittelasiatischen Ländern. Von den europäischen Staaten kann höchstens noch Italien als ein mehr oder weniger unabhängiger Staat angesprochen werden, und der deutsche Kapitalismus macht Anstrengungen, wieder auf imperialistische Fahrwasser hinauszukommen.

Unsere Tabelle gibt nur ein statistisches und in den größten Zügen gezeichnetes Bild. Die Entwicklung selbst geht in zwei widersprechenden Linien. Die Länder Europas und Südamerikas werden immer mehr in die Einflußsphären der imperialistischen Weltmächte einbezogen. Andererseits ist ein entgegengesetzter Zug der Entwicklung unverkennbar. Die englischen Siedlungskolonien entwickeln sich immer mehr zu unabhängigen Staaten, die nur durch ein loses Band an England gebunden sind. Weiterhin ist bei den großen unterjochten Völkern Asiens und Afrikas — in China und Indien und bei den mohammedanischen Völkern Mittel- und Vorderasiens, wie auch den nördlichen Afrikas — eine immer stärker werdende Unabhängigkeitsbewegung gegen das Joch der englischen und französischen Eroberer im Gange. Die Erhaltung des britischen und französischen Weltreiches ist nur durch Konzessionen an die Siedlungskolonien, durch immer stärkere Anwendung von Waffengewalt gegen die unterdrückten Völker möglich. Das Bestehen der Sowjetunion und der erfolgreiche Freiheitskampf der Türkei und Chinas stärken die Aufstandsbewegung dieser Völker. Die Keime des Zerfalls der großen imperialistischen Weltreiche sind bereits deutlich sichtbar.

Die großen Mächte

	Gebiet		Bevölkerung 1924		Bebautes Land	Kohle		Erdöl	
	1000 qkm	Proz. d. Erdoberfl.	Mill.	Proz. d. Weltbevölk.	Mill. ha	Proz. d. Weltvorrats[6]	Proz. d. Weltprod.[7] (1925)	Proz. d. Weltvorrats	Proz. d. Weltprod. (1925)
Brit. Weltreich	38 240	28,0	464	25,0	203[9]	22,5[1]	26,0	18,2	1,9
Ver. Staaten	10 591	7,7	132	7,1	139[10]	46,0	45,3	17,0	71,3
Frankreich und Kolonien	14 714	10,8	99	5,3	31[11]	1,0	5,2	2,2	—
Sowjetunion	21 502	16,0	138	7,4	—	3,0	1,5[2]	13,6	5,2
China	11 080	8,1	449	24,2	—	19,4	1,7	2,9	—
Japan	678	0,5	82	4,4	12,6	0,12	2,6	2,6	0,2
Zusammen	96 805	71,1	1 364	73,4	—	92,02	82,3	56,5	78,6
Uebrige Länder	39 195	28,9	489	26,6	—	7,98	17,7	43,5[8]	21,4
Welt	136 000[5]	100,0	1 853	100,0	—	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Davon ungefähr 4/6 in Kanada. 2) 2,7 Prozent im Jahre 1913. 3) 1913: 5,8 Prozent Eisen, 6,3 Prozent Stahl. 4) 1913 Einfuhr 726, Ausfuhr 803 Millionen Dollar. 5) Ohne Polargebiete. 6) Auf Grund mangelhafter Schätzungen. 7) Nur Steinkohle. 8) Große Petroleumfelder (Mexiko, Südamerika, Sowjetunion, Niederländisch-Indien, Persien) liegen außerhalb des unmittelbaren Herrschaftsgebietes der imperialistischen Länder und sind Gegenstand ständiger Reibungen und Streitigkeiten. 9) Großbritannien, Irland, Kanada, Indien, Aegypten, Südafrika, Australien, Neuseeland. 10) Ohne Kolonien. 11) Frankreich, Algerien, Marokko, Tunis.

der Welt

Eisen Proz. d. Welt-prod. (1925)	Stahl Proz. d. Welt-prod. (1925)	Motorische Trieb-kräfte 1000 PS	Eisenbahnnetz		Handelsflotte[13]		Staats-Einn. Mill. Dollar (1924)	Einfuhr[17] Milliarden Doll. (1924)	Ausfuhr[17] Milliarden Doll. (1924)	Friedens-Armee-[21] stand 1000
			1000 km	Proz. d. Welt-eisenb.	1000 Tonnen	Proz. d. Welt-tonnage				
11,4	10,4	[18]	249	21,1	21 504	36,6	5 623	9,9	9,2	1 001[20]
49,2	50,9	29 567	415	35,1	11 605	19,7	4 012[15]	4,0	5,2	347
13,9[12]	10,2[12]	6 600[19]	72	6,1	3 262	5,6	1 468	2,5	2,5	801
2,0[3]	2,1[3]	—	60	5,1	—	—	—	0,12[4]	0,17[4]	600
0,6	0,2	—	12	1,0	—	—	490[14]	0,83	0,62	?
0,6	0,6	2 932	20	1,7	3 741	6,4	657[16]	1,2	0,9	307
77,7	74,4	—	828	70,1	40 112	68,3	—	18,55	18,59	—
22,3	25,6	—	352	29,9	18 673	31,7	—	8,4	6,7	—
100,0	100,0	—	1 180	100,0	58 785	100,0	—	27,0	25,3	—

12) Ohne Luxemburg. 13) Nur die Seeschiffe mit mehr als 100 to Raumgehalt. 14) 1919. 15) Die Einnahmen der einzelnen Staaten (1131 Millionen Dollar 1924) nicht miteinberechnet. 16) Die Einnahmen der Provinzen und Städte (etwa 460 Millionen Dollar im Jahre 1924) nicht miteinbegriffen. 17) Der Handel zwischen den einzelnen Staaten jeder Gruppe ist einbegriffen; daraus folgt, daß dieselben Werte mehrfach eingerechnet sind. Die Daten sind doch zum Vergleich verwendbar. 18) Großbritannien 1907 10 792 000 P. S., Kanada 1922 4 774 511 P. S. 19) Nur Frankreich. 20) Nur Großbritannien, Ausstralien, Kanada, Indien, Neuseeland. 21) Mit Flotte.



Die großen Mächte der Welt

(Die Darstellung ist eine grobe Skizze und gibt die tatsächlichen Verhältnisse, besonders in Europa, nur annähernd wieder)

WIRTSCHAFTSSTATISTISCHE TABELLEN

I. Landwirtschaft

Die Ausnutzung des Bodens

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ist in keinem Lande größer als 61 Prozent der Gesamtfläche. Die übrigen Teile der Landesgebiete sind nicht bebaut, entweder weil der Boden dazu nicht geeignet (z. B. Norwegen) oder weil das Land für die landwirtschaftliche Kultur noch nicht erschlossen ist. In Brasilien z. B. macht die bebaute Fläche bloß 0,6 Prozent, der Wald dagegen 58,8 Prozent der Gesamtfläche aus. Der größte Teil der bebauten Fläche wird fast in allen Ländern zum Getreidebau benützt; der Getreidebau überwiegt insbesondere in den Donau-Balkanländern, in Nordamerika und Algerien.

Länder	Fläche in Mill. ha	Bebaute Fläche	Ständ. Gras- u. Weideland	Wald	Anderes	Mit Getreide bebautes Land		
		in % der Fläche				in Mill. ha	% der bebauten Fläche	% der gesamten Fläche
Belgien	3,0	40,5	16,7	42,8		0,68	55,4	22,4
Bulgarien	10,3	31,7	—	—		2,2	66,2	21,0
Dänemark	4,3	61,0	7,0	32,0		1,2	47,5	29,0
Deutschland	47,0	43,0	16,9	40,1		11,2	55,2	23,7
Estland	4,4	23,4	41,0	20,5	15,1	0,52	50,4	11,8
Finnland	34,4	6,1	3,5	90,4		0,79	37,2	2,3
Frankreich	54,4	42,2	20,1	19,0	18,7	11,3	49,4	20,9
Großbritannien	23,1	25,0	54,4	20,6		2,5	44,0	11,0
Nordirland	1,4	36,4	52,3	11,3		0,14	27,9	10,2
Freistaat Irland	6,9	22,2	61,8	16,0		0,39	25,3	5,6
Italien	31,0	42,7	22,1	18,0	17,2	7,0	52,6	22,5
Jugoslawien	24,9	23,8	17,6	58,6		4,8	81,9	19,5
Lettland	6,6	25,5	25,3	21,1	22,1	0,87	52,1	13,3
Litauen	5,6	46,2	25,2	16,2	12,4	1,2	47,0	21,7
Luxemburg	0,25	43,6	15,5	40,9		0,06	48,7	21,2
Niederlande	3,3	28,2	38,4	7,3	26,1	0,43	46,4	13,1
Norwegen	31,0	2,1	1,0[1])	23,1	73,8[2])	0,18	26,4	0,6

[1]) Ohne Weide. [2]) Weideland mit einbegriffen.

Länder	Fläche in Mill. ha	Bebaute Fläche	Ständ. Gras- u. Weideland	Wald	Anderes	Mit Getreide bebautes Land: in Mill. ha	Mit Getreide bebautes Land: % der bebauten Fläche	Mit Getreide bebautes Land: % der gesamten Fläche
		in % der Fläche						
Oesterreich	8,4	22,4	28,0	37,8	11,8	1,1	58,0	13,0
Polen	37,7	48,6	16,9	24,1	10,4	9,9	53,9	26,2
Rumänien	29,5	39,8	14,5	24,5	21,2	10,2	87,0	34,1
Schweden	41,1	9,3	62,1		28,6	1,6	42,6	4,0
Schweiz	4,1	12,3	40,5	21,8	25,4	0,11	22,0	2,7
Spanien	50,5	31,7	50,1		19,3	7,7	48,3	15,3
Tschechoslowakei .	14,0	42,1	18,4	33,2	6,3	3,2	53.4	22,5
Ungarn	9,3	58,9	18,1	11.7	11,3	3,8	62,2	40,8
Kanada	933,4	3,0	—	—	—	17,2	62,3	1,8
Vereinigte Staaten .	770.2	17,9	—	—	—	88.9	64,3	11,5
Argentinien	295,3	7,2	—	—	—	11,2	52,6	3,8
Brasilien	851,1	0,6	—	58,8	—	3,9	75,7	0,5
Chile	75,2	2,6	14,1[1]	6,7	76,6[2]	0,72	37,3	1,0
Indien (Brit. Prov.) .	269,0	45,4	—	12,9	46,3[3]	62,1	50,9	23,1
Indien (Ind. Staaten)	54,1	58,6	—	13,2	31,2)	15,2	48,0	24,1
Japan	38,8	18,5	—	—	—	5,1	80,9	13,3
Algerien	57,6	4,7	—	—	—	2,6	95,0	4,5
Aegypten	100,0	3,4	—	—	—	1,7	50,4	1,7
Franz.-Marokko . .	50,0	5,7	—	3,0	91,3[1]	2,6	90,5	5,1
Tunis	12,5	22,7	0,8	8,7	67,8	0,8	27,8	6,3
Südafrikan. Union .	122,5	2,4	—	—	—	2,7	91,6	2,2
Australien	770,4	1,2	—	3,6	95,2[3]	4,5	50,1	0,6
Neuseeland	26,9	2,8	—	—	—	0,1	14,4	0,4

Gesamtproduktion in der Landwirtschaft

Die Getreidearten sind die wichtigsten landwirtchsaftlichen Produkte, sie nehmen den größten Teil der Anbaufläche ein; außerdem wird noch eine bedeutende Fläche für den Zweck des Baumwollbaus verwendet. Es gibt drei Getreidearten, die in ungefähr gleich großer Quantität produziert werden: Weizen, Reis und Mais, während die Produktion von Roggen, Gerste und Hafer zusammen nur ungefähr soviel ausmacht als jede der obengenannten drei Getreidearten. Aus der Tabelle ist noch ersichtlich: 1. daß die Anbaufläche für die meisten und wichtigsten Produkte — die Sowjetunion nicht mit einberechnet — 1925 bedeutend größer war, als vor dem Kriege, und 2. daß der Vorkriegsstand auch bei Einrechnung der Sowjetunion schon 1924 fast erreicht wurde. Bei der Verwertung der Produktionsdaten dürfen wir die schlechte Ernte von 1924 nicht außer Acht lassen.

[1]) Ohne Weide. [2]) Weideland mit einbegriffen. [3]) Gras und Weideland mit einbegriffen.

	Anbaufläche in Millionen ha					Produktion in Millionen dz				
	1909—13[6])	1921	1922	1923	1924	1909—13[6])	1921	1922	1923	1924
Weizen a)	79,8	88,0	89,1	90,2	88,7	822,2	846,0	859,2	951.7	842,4
b)	107,8	103,5	99,5	104,0	105,6	1008,3	901,7	949,1	1041,6	932,3
Roggen a)	19,6	17,7	19,3	18,8	17,5	261,3	218,4	217,4	233,0	185,5
b)	44,3	37,0	40,7	44,6	43,9	448,3	320,3	411,1	423,3	356,5
Gerste a)	23,6	23,1	23,5	24,4	24,4	287,1	262,6	264,6	290,4	264,9
b)	33,3	29,4	27,3	30,9	30,7	371,6	289,1	306,4	337,7	298,5
Hafer a)	41,1	45,3	43,3	43,6	44,4	521,2	459,2	493,0	552,7	540,8
b)	57,4	55,1	50,7	53,8	55,8	651,3	511,4	571,1	636,3	611,9
Mais a)	69,7	70,5	70,8	72,4	—	1027,7	1078,1	1053,3	1123,2	—
b)	70,6	71,7	73,0	74,1	—	1037,1	1089,7	1073,9	1145,0	—
Reis	47,8	53,0	53,3	51,8	52,8	769,5	856,7	889,6	788,4	849,4
Kartoffeln a)	12,4	12,3	12,7	12,4	12,5	1286,1	1016,5	1491,9	1222,3	1326,8
b)	15,3	14,8	15,3	16,2	16,6	1484,6	1229,8	1720,8	1549,2	1631,1
Zuckerrüben a)	1,7	1,6	1,5	1,7	2,2	443,9	340,5	368,5	395,4	505,2
b)	2,3	1,7	1,7	2,0	2,6	542,9	344,5	383,5	421,5	538,8
Rübenzucker a)	—	—	—	—	—	69,6	51,1	50,9	56,3	77,1
b)	—	—	—	—	—	84,0	51,6	52,9	60,1	81,7
Rohzucker	—	—	—	—	—	95,7	134,6	135,3	146,4	150,8
Wein	6,8	6,6	6,7	6,7	—	141,1[1])	132,2[1])	179,7[1])	179,9[1])	—
Olivenöl	—	—	—	—	—	5,6	5,7	7,3	6,4	7,7
Kakao	—	—	—	—	—	2,3	3,8	4,1	4,7	5,1
Tee	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	285,9[2])	278,5[2])	308,2[2])	346,8[2])	362,6[2])
Kaffee	—	—	—	—	—	11,7	13,2	16,3	13,4	—
Tabak a)	—	1,1	1,2	1,3	—	8,9	10,1	10,7	12,4	—
Hopfen	—	—	—	—	—	0,8	0,4	0,5	0,3	0,6
Raps	2,9	2,3	2,8	2,8	2,7	15,0	10,6	13,7	14,2	13,3
Leinsamen a)	5,1	3,5	4,0	5,1	6,4	23,3	16,7	22,3	28,4	28,7
b)	6,3	4,3	4,9	6,0	7,5	27,9	19,2	25,1	31,8	32,9
Hanfsamen a)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
b)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	4,4	2,7	3,5	4,0	3,9
Flachs a)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,3	1,6	1,7	1,9	2,0
b)	1,7	1,2	1,2	1,3	1,6	7,2	4,5	4,9	4,3	4,8
Hanf a)	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	2,2	2,1	1,8	1,7	2,0
b)	0,9	0,8	0,8	0,8	1,0	5,4	4,3	4,7	5,1	5,1
Baumwolle	26,6	23,3	26,4	28,9	32,0	47,9	33,2	41,2	42,0	52,8
Jute	1,2	0,6	0,7	1,1	1,1	15,3	7,3	9,9	15,3	14,5
Seidenzucht	0,2[3])	0,19[3])	0,18[3])	0.19[3])	0,2[3])	207,4[4])	279,8[4])	270,4[4])	317,7[4])	328,1[4])

a) Ohne die Sowjetunion. b) Mit der Sowjetunion. [1]) Millionen Hektoliter. [2]) Millionen Kilogramm. [3]) Millionen Kilogramm Seidenraupeneier. [4]) Millionen Kilogramm Kokons. 5) 1925 (1925—26) mit der Sowjetunion, Anbaufläche: Weizen 109, Roggen 45, Hafer 56 Millionen ha; Produktion: Weizen 1069, Roggen 448, Hafer 667 Millionen dz. [6]) Durchschnitt der Jahre.

Gesamtexport von landwirtschaftlichen Produkten

Der Menge nach steht der Weizen unter den landwirtschaftlichen Produkten an erster Stelle im Weltwarenverkehr; ihm folgen Mais und Reis. Durch die Menge ist aber die Bedeutung der einzelnen Produkte im Welthandel noch nicht bestimmt. Z. B. die Bedeutung der Baumwolle oder des Kautschuks ist viel größer, als es aus den einfachen Mengendaten hervorgeht. Der Gesamtexport der meisten landwirtschaftlichen Produkte hat gegenüber dem Vorkriegsstand zugenommen. Auffallend ist der Rückgang bei Gerste, Hafer, Flachs, Baumwolle und Wolle.

	Millionen Doppelzentner				
	Durchschnitt 1909 13	1921	1922	1923	1924
Weizen	144,7	162,6	154,9	152,6	178,4
Weizenmehl	21,5	27,7	28,7	33,6	37,6
Roggen	11,1	10,0	15,7	23,4	20,9
Roggenmehl	2,8	0,6	1,0	1,0	1,1
Gerste	52,2	19,0	18,4	23,9	28,7
Hafer	23,0	13,0	16,1	13,6	15,6
Mais	62,8	78,4	77,8	58,2	68,1
Reis	43,7	49,1	51,6	51,9	51,5
Kartoffeln	8,0	10,9	9,4	10,3	13,0
Weintrauben	1,1	0,5	0,6	0,8	1,3
Rosinen	2,1	1,3	1,5	2,3	2,2
Olivenöl	1,0	0,9	1,1	1,3	1,2
Kakao	2,3	3,8	4,1	4,6	5,1
Tee	3,4	3,0	3,0	3,4	3,5
Kaffee	10,8	11,7	12,0	13,2	13,0
Pfeffer	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Hopfen	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
Leinsamen	14,2	16,2	13,7	15,6	18,8
Hanf	2,6	1,6	3,1	3,1	3,1
Flachs	3,2	0,9	1,3	1,2	2,0
Baumwolle	28,4	22,7	23,1	22,9	26,1
Jute	7,9	4,5	6,5	6,2	7,0
Kautschuk u. Guttapercha	1,2	3,3	4,4	4,0	4,3
Milch	1,4	3,3	2,9	3,6	4,9
Butter	3,0	2,4	2,7	2,9	3,6
Käse	2,1	2,2	2,4	2,5	2,9
Wolle	7,4	7,0	9,6	7,7	6,9

Brotgetreide

Die Tabelle gibt die Brotgetreideernte der wichtigsten Länder, verglichen mit der Vorkriegszeit. 1925 wurde in Europa im allgemeinen

der Vorkriegsertrag erreicht; dieser Umstand kann aber die erhöhte Bedeutung der Ueberseeländer in der Weltproduktion nicht aufheben.

Länder	Weizen						Roggen		
	Gesamtertrag in Mill. dz			ha-Ertrag in dz			Gesamtertrag in Mill. dz		
	Durchschnitt 1909 13	1924	1925	Durchschnitt 1909/13	1924	1925	Durchschnitt 1909/13	1924	1925
Belgien	4,1	3,5	3,8	25,3	25,7	25,0	5,8	5,3	5,3
Bulgarien	6,3	7,7	13,5	6,2	7,7	13,2	1,6	1,1	2,3
Dänemark	1,5	1,6	2,4	33,1	26,5	30,2	4,4	2,6	3,5
Deutschland	40,4[2])	24,3	29,0	24,1	16,6	20,7	101,3[2])	57,3	76,7
Estland	—	0,15	0,14	—	8,2	12,2	1,9	1,4	1,8
Finnland	0,04	0,21	0,2	11,2	14,4	13,5	2,7	2,9	3,0
Großbritannien u. Irland	15,9	14,4	14,4	21,2	22,2	22,9	—	0,3	—
Griechenland	3,4	2,6	3,1	9,8	—	—	—	0,26	0,25
Italien	49,9[3])	46,3	65,5	10,5	10,1	13,9	1,4	1,6	1,7
Jugoslavien	—	15,7	22,4	—	9,2	12,6	—	1,4	2,1
Lettland	0,58	0,43	0,6	11,8	10,0	12,2	3,3	2,0	3,3
Litauen	0,85	0,9	1,5	10,4	10,6	12,8	5,0	4,6	7,2
Niederlande	1,3	1,3	1,4	23,5	26,3	26,6	4,1	4,0	3,9
Norwegen	0,08	0,13	0,15	16,6	15,5	17,7	0,25	0,16	0,2
Oesterreich	2,7	2,3	3,3	13,7	11,8	16,5	5,7	4,1	6,2
Polen	17,0	8,8	15,9	12,6	8,2	14,4	57,5	36,5	67,8
Portugal	3,2	2,9	3,1	6,6	6,1	—	1,0	1,3	1,2
Rumänien	23,9	19,2	28,9	12,9	6,0	8,6	1,2	1,5	2,1
Schweden	2,2	1,9	3,8	21,3	14,4	25,6	6,1	2,8	7,5
Schweiz	0,9	0,8	1,4	21,3	20,0	22,5	0,5	0,4	0,4
Sowjetunion[1])	186,1	90,0	179,9	6,6	5,3	8,2	187,0	170,9	208,0
Spanien	35,5	33,1	44,3	9,2	7,9	10,2	7,0	6,7	7,6
Tschechoslowakei	—	8,8	10,0	—	14,5	16,1	—	11,4	13,6
Ungarn	20,0	14,0	18,4	13,2	9,6	12,6	8,0	5,6	7,9
Kanada	53,6	71,3	114,9	13,3	8,0	12,8	0,5	3,5	3,7
Vereinigte Staaten	187,8	237,5	189,7	9,9	10,8	8,6	9,2	16,11	13,2
Argentinien	40,0	52,0	58,5	6,2	7,2	7,5	0,16	0,37	1,1
Chile	5,8	6,8	8,1	13,5	11,9	13,3	0,03	0,01	0,01
Algerien	9,6	4,7	11,0	6,7	3,3	7,4	—	—	—
Aegypten	9,3	9,3	10,0	17,5	16,2	17,9	—	—	—
Französisch Marokko	5,1	7,8	5,7	8,1	7,8	5,6	—	—	—
Tunesien	1,7	1,4	2,7	3,2	3,1	4,4	—	—	—
Südafrikan. Union	1,7	1,5	2,3	5,7	5,1	5,3	0,15	—	—
Britisch Indien	95,8	99,0	88,4	8,1	7,8	6,9	—	—	—
Japan	6,4	6,9	8,0	13,5	14,9	17,2	—	—	—
Korea	1,2	2,8	3,0	8,3	7,8	8,0	—	—	—
Australien	24,6	43,9	30,0	8,1	10,0	7,4	—	—	—
Neuseeland	1,9	1,4	1,3	19,6	19,8	19,6	—	—	—

[1]) Europäisches und asiatisches Gebiet. [2]) 1913. [3]) Altes Gebiet.

Der Zeitpunkt der Weizenernte in verschiedenen Ländern

Januar: Australien, Neuseeland, Chile; Februar und März: Indien, Ober-Aegypten. April: Nord-Aegypten, Syrien, Persien, Mexiko. Mai: China, Japan, Algerien, Marokko und in den Vereinigten Staaten Texas und Florida. Juni und Juli: Der größte Teil Europas und der Vereinigten Staaten, der südliche Teil der USSR. August: Belgien, Holland, Großbritannien, Dänemark, Polen, Kanada, in den Vereinigten Staaten Kolumbia, Manitoba, Nord- und Süddakota. September und Oktober: Der nördliche Teil der USSR., Schweden, Norwegen. November: Argentinien, Peru, Südafrika. Dezember: Argentinien, Birma.

Die Weizenernte nach Produktionsgebieten

Aus dieser Tabelle geht die wachsende Bedeutung der Uebersee-länder in der Weizenproduktion klar hervor. Während die bebaute Fläche in Europa 1925 den Vorkriegsstand noch nicht erreicht hatte, war sie in Kanada um 120, in Australien um 29, in Argentinien um 18 und in den Vereinigten Staaten um 14 Prozent über dem Vorkriegsstand.

Länder	Mit Weizen bebaute Fläche in Mill. ha				Ernteergebnis in Mill. dz				Ernteergebnis pro ha in dz			
	Durchschn. 1909/13	1923	1924	1925	Durchschn. 1909/13	1923	1924	1925	Durchschn. 1909/13	1923	1924	1925
Europa (o. Sowjetunion)	29,3	26,5	27,0	27,4	371	344	288	375	12,6	13,0	10,6	13,7
Kanada	4,0	8,9	8,9	8,9	54	129	71	115	13,3	14,6	8,0	12,9
Verein. Staaten	19,1	24,1	21,9	21,9	188	217	238	190	9,9	9,0	10,8	8,6
Britisch Indien	11,8	12,5	12,6	12,9	96	101	99	88	8,1	8,1	7,8	6,8
Nordafrika	3,1	3,5	3,4	3,7	26	29	23	29	8,2	8,4	6,8	7,8
Argentinien	6,5	7,0	7,2	7,7	40	67	52	58	6,2	9,7	7,2	7,5
Australien	3,1	3,9	4,4	4,0	25	34	44	30	8,1	8,8	10,0	7,5
Andere Länder (o. Sowjetunion)	2,9	3,9	3,2	2,0	22	31	27	19	—	—	—	—
Insgesamt (o. Sowjetunion)	79,8	90,3	88,6	88,5	822	952	842	904	10,3	10,5	9,5	10,2
Sowjetunion	28,0	13,8	16,9	19,1[1])	186	90	90	157[1])	6,6	6,5	5,3	8,2
Sämtl. Länder	107,8	104,1	105,5	107,6	1008	1042	932	1061	9,4	10,0	8,8	9,9
in Prozenten												
Europa (o. Sowjetunion)	27,2	25,5	25,6	25,4	36,8	33,0	30,9	35,3	—	—	—	—
Sowjetunion	26,0	13,2	16,0	17,7	18,5	8,6	9,7	14,8	—	—	—	—
Andere Länder	46,8	61,3	58,4	56,9	44,7	58,4	59,4	49,9	—	—	—	—

Die Roggenernte nach Produktionsgebieten
(in Millionen Doppelzentner)

In der Roggenproduktion zeigt sich keine größere Verschiebung. Die Sowjetunion hat den Vorkriegsstand erreicht, das übrige Europa nähert sich ihm.

	Durchschn. 1909/13	1923	1924	1925
Europa (ohne die Sowjetunion)	251	210	165	236
Sowjetunion	187	190	171	208
Andere Länder	10	23	20	18
Insgesamt:	448	423	356	462

Gerste-, Hafer-, Mais- und Kartoffelernten der wichtigsten Länder

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Produktion von Futtermitteln: Gerste, Hafer, Mais, Kartoffeln. Die allgemeine Linie der Entwicklung ist dieselbe wie bei Brotgetreide. Die starke Zunahme des Gesamtertrages in Kanada und den Vereinigten Staaten fällt auf. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten in der Maisproduktion ist überwiegend. Die Zunahme der Kartoffelproduktion in der Sowjetunion ist bemerkenswert.

---
[1]) Ohne Turkestan und Transkaukasien.

Gerste-, Hafer-, Mais- und Kartoffelernte der wichtigsten Länder.
In Millionen Doppelzentner

Länder	Gerste				Hafer				Mais				Kartoffeln			
	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925
Belgien	0,9	0,9	0,8	1,0	6,2	6,8	6,4	5,1	—	—	—	—	29,3	28,2	28,7	25,9
Bulgarien	1,9[3])	2,4	1,7	3,2	1,1[8])	1,3	1,1	1,5	7,8[3])	6,8	6,9	7,2	0,2	0,3	0,5	0,65
Dänemark	5,5	7,1	7,4	7,6	7,8	9,2	9,2	9,8	—	—	—	—	8,5	12,4	7,4	14,2
Deutschland	30,4[1])	23,5	23,9	24,3	86,2[1])	61,1	56,5	54,9	—	—	—	—	440,2[1])	325,8	364,0	400,4
Frankreich	11,5	9,8	10,5	10,7	53,5	48,9	44,3	47,9	5,7	3,2	4,6	5,2	143,4	99,2	153,5	146,5
Großbritannien u. Irland	14,2	13,4	12,9	12,8	30,0	28,4	30,4	30,0	—	—	—	—	69,2	60,2	59,2	54,3
Italien	2,2[2])	2,3	1,9	2,8	5,4[2])	5,8	4,8	6,8	25,5[2])	22,7	26,8	27,0	16,5[2])	18,0	19,6	22,0
Jugoslavien	—	3,1	2,9	4,0	—	3,1	3,0	3,4	—	21,5	37,9	—	—	11,6	10,3	—
Niederlande	0,7	0,6	0,8	0,7	2,8	3,0	3,0	3,0	—	—	—	—	23,8	24,5	26,9	30,9
Polen	15,2	16,6	12,1	16,6	28,3	35,2	24,1	34,5	—	1,0	1,1	0,9	253,0	265,0	268,7	285,5
Rumänien	—	9,9	6,7	10,7	—	9,1	6,1	7,9	—	38,5	39,5	44,6	—	19,4	16,7	—
Schweden	3,3	2,5	2,9	2,9	12,5	10,5	10,8	9,7	—	—	—	—	15,7	16,3	14,0	19,2
Sowjetunion	84,6	47,4	38,0	59,8	130,1	73,6	71,1	101,9	—	21,7	24,0	44,8	198,4	326,7	304,3	443,0
Tschechoslowakei	—	12,0	9,7	11,3	—	13,3	12,0	11,7	—	2,7	2,6	2,7	—	62,2	65,1	73,0
Ungarn	7,1[4])	5,9	3,2	4,9	4,4[4])	3,9	2,3	3,4	15,1[4])	12,5	18,8	23,5	19,4[4])	13,3	15,4	23,1
Kanada	9,9	16,8	19,3	24,6	54,2	87,0	62,6	80,5	4,4	3,5	3,0	2,0	11,2	25,2	25,7	20,2
Vereinigte Staaten	40,2	43,0	40,9	49,4	166,0	189,5	223,8	213,4	689,0	775,6	618,9	765,4	97,4	113,2	123,8	94,3
Mexiko	1,5[5])	0,9	0,9	0,9	—	—	—	—	33,9	25,7	27,0	17,5	0,15	—	—	—
Argentinien	0,36	2,6	1,5	3,0	7,9	11,1	7,8	12,3	48,7	70,3	47,3	70,9	8,3	9,6	6,9	6,4
Brasilien	—	—	—	—	—	0,07	0,06	—	38,0[10])	39,9	—	—	—	2,4	—	—
Algerien	10,0	10,2	4,1	9,5	2,0	2,8	1,3	2,3	0,15	0,06	0,06	0,07	0,5	0,3	0,2	0,2
Aegypten	2,6	2,6	2,3	2,4	—	—	—	—	15,5[8])	17,0	17,2	—	—	—	—	—
Französisch-Marokko	7,0[6])	7,7	11,6	8,6	0,03[6])	0,06	0,15	0,23	1,3[9])	1,2	1,2	0,9	—	—	—	—
Südafrikanische Union	0,3[7])	—	0,3	—	1,4[7])	—	0,9	—	7,5	20,0	18,6	—	0,8	—	—	—
Britisch-Indien	31,7	33,5	30,9	26,9	—	—	—	—	21,1[8])	22,1	—	—	—	—	—	—
Niederländisch-Indien (Java und Madura)	—	—	—	—	—	—	—	—	12,8[11])	15,5	17,0	16,1	0,2	—	—	—
Japan	20,9	16,0	16,3	17,4	0,7	1,6	1,4	1,6	0,9	0,9	—	—	6,7	8,6	—	—
Korea	4,2	6,8	8,1	8,1	0,3	0,6	0,4	0,5	0,6	0,7	0,6	—	1,9	4,0	3,8	—
Australien	0,7	1,1	—	—	2,6	3,1	—	—	2,6	2,1	—	—	3,9	4,5	—	—

[1]) 1913. [2]) Altes Gebiet. [3]) 1914. [4]) 1911/15. [5]) 1910/12. [6]) 1915/18. [7]) 1910/11. [8]) 1911/13. [9]) 1915/18. [10]) 1917/18. [11]) 1916-17/1918-19.

Der Zeitpunkt der Maisernte: März: Neu-Süd-Wales (Ausralien). März und April: Argentinien. September und Oktober: Europa. Oktober: Der größte Teil der Vereinigten Staaten.

Die Erntezeit der anderen wichtigen Getreidearten fällt ungefähr mit der der Weizenernte (siehe Seite 149) zusammen. Für den Weltmarkt entscheidende Getreidemengen werden im Juni—August geerntet. Eben darum wird das Getreidejahr — die Getreidekampagne — vom 1. August an gerechnet. Größere Schwankungen kann auch der Ausfall der Ernte in Argentien, Australien, Indien (Dezember—Februar) hervorrufen.

Die Gerstenernte nach Produktionsgebieten

Die Sowjetunion ist der größte Gerstenproduzent, obwohl die Produktion Kanadas und der Vereinigten Staaten gegenüber dem Vorkriegsstand stark gestiegen ist.

	Durchschn. 1909/13	1923	1924	1925
	(Millionen Doppelzentner)			
Europa (ohne die Sowjetunion)	154	146	126	147
Amerika	53	65	64	80
Asien (ohne die Sowjetunion) .	57	55	55	—
Afrika und Ozeanien	23	25	20	—
Insgesamt (ohne d. Sowjetunion)	287	291	265	—
Sowjetunion	85	47	33	60
Sämtliche Länder	372	338	298	—

Weizen- und Roggenausfuhr der wichtigsten Ausfuhrländer (Mill. dz.)

Im Weizenexport spielen jetzt Kanada, die Vereinigten Staaten und Argentinien die ausschlaggebende Rolle. Die Bedeutung der Sowjetunion nimmt wieder immer mehr zu, die von Indien immer mehr ab. In der Roggenausfuhr steht die Sowjetunion wieder an erster Stelle.

Weizen

	Weizen				Weizenmehl			
	Durchschnitt 1909-13	1923	1924	1925	Durchschnitt 1909-13	1923	1924	1925
Kanada	20,2	66,1	58,4	60,5	3,2	9,9	10,1	9,1
Vereinigte Staaten	14.3	21,5	41,0	23,6	9,2	14,3	14,2	10,0
Argentinien	24,2	37,2	43,8	29,0	1,2	0,8	1,7	1,4
Britisch Indien.	13,2	7,5	7,8	5,5	0,5	0,6	0,7	0,8
Australien	11,4	10,8	16,2	26,9	1,5	4,4	4,3	4,1
Donau-Balkanländer[1]. .	19,0	2,8	4,6	3,6	7,9	2.1	3,9	2,1
Sowjetunion.	41,2	3,3	2,5	3,9	1,2	—	—	—

Roggen

	Roggen				Roggenmehl			
	Durchschnitt 1909-13	1923	1924	1925	Durchschnitt 1909-13	1923	1924	1925
Kanada	0,02	1,8	1,9	2,4	—	—	—	—
Vereinigte Staaten	0,15	7,8	9,1	7,3	—	0,18	0,2	—
Argentinien	0,07	0,7	0,8	0,1	—	—	—	—
Deutschland.	4,0	(9,5)[1]	(4,7)[1])	(1,8)[1])	1,6	(0,06)[1])	(0,6)[1])	—
Ungarn.	2,8	0,23	1,4	1,3	0,4	0,3	0,3	—
Rumänien	0,9	0,1	0,3	—	—	—	—	—
Sowjetunion	5,3	12,0	6,4	1,7	1,1	0,02	0,06	—

[1]) Einfuhr nach Deutschland.

Produktion, Einfuhr und Verbrauch von Weizen in den bedeutendsten Einfuhrländern (Mill. dz)

Der Weizenverbrauch in den europäischen Ländern ist im Wachsen begriffen. Der Einfuhrbedarf der Weizeneinfuhrländer beträgt jährlich etwas mehr als 200 Millionen dz. Die fernöstlichen Länder importieren in den letzten Jahren immer größere Getreidemengen.

Länder	Pro duktion 1922	Einfuhr 1922/23	Verbrauch 1922/23	Produktion 1923	Einfuhr 1923/24	Verbrauch 1923/24	Produktion 1924	Einfuhr 1924/25	Verbrauch 1924/25	Produktion 1925
Deutschland	19,6	10,2	29,8	29,0	8,0	37,0	24,3	21,6	45,9	29,0
Oesterreich	2,0	3,4	5,4	2,4	6,2	8,6	2,3	4,2	6,5	3,3
Belgien	2,9	10,8	13,7	3,6	10,9	14,5	3,5	10,6	14,1	3,8
Dänemark	2,5	1,6	4,1	2,4	2,5	4,9	1,6	1,8	3,4	2,2
Estland	0,2	0,3	0,5	0,2	0,3	0,5	0,1	0,2	0,3	0,1
Finnland	0,2	1,3	1,5	0,2	1,4	1,6	0,2	1,2	1,4	0,2
Frankreich	66,2	12,4	78,6	75,0	14,6	89,6	76,5	8,3	84,8	89,6
Großbritannien und Irland	18,1	57,3	75,4	16,4	65,0	81,4	14,6	61,7	76,3	14,0
Griechenland	2,6	4,4	7,0	3,6	5,4	9,0	2,6	5,5	8,1	3,1
Italien	44,0	31,5	75,5	61,2	19,1	80,3	46,3	24,2	70,5	65,5
Lettland	0,3	0,3	0,6	0,4	0,5	0,9	0,4	0,5	0,9	0,5
Norwegen	0,2	1,8	2,0	0,2	1,6	1,8	0,1	1,5	1,6	0,1
Holland	1,7	6,4	8,1	1,7	7,2	8,9	1,3	7,2	8,5	1,4
Polen	11,6	0,6	12,2	13,5	0,7	14,2	8,8	4,4	13,2	15,9
Schweden	2,6	2,4	5,0	3,0	3,3	6,3	1,9	2,9	4,8	3,8
Schweiz	1,0	4,5	5,5	1,5	4,7	6,2	1,3	3,8	5,1	1,4
Tschechoslowakei	9,2	2,7	11,9	9,9	5,5	15,4	8,8	5,5	14,3	10,0
Japan	7,5	3,7	11,2	7,7	7,9	15,6	6,9	3,4	10,3	7,5
Aegypten	10,0	2,0	12,9	11,1	2,2	13,3	0,3	2,5	11,8	10,0
Insgesamt	202,4	157,6	360,0	243,0	167,0	410,0	210,8	171,0	381,8	261,4
Andere Länder	—	38,3	—	—	53,9	—	—	37,0	—	—

Roggeneinfuhr[1]) der wichtigsten Roggeneinfuhrländer (in Millionen Doppelzentner)

Länder	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925
Belgien	1,1	(– 0,2)[2])	0,5	0,3
Dänemark	1,8	2,2	2,3	2,0
Finnland	0,6	1,7	1,7	1,6
Frankreich	0,5	0,3	0,6	0,3
Norwegen	2,0	1,9	2,2	1,9
Niederlande	2,5	1,2	2,5	1,4
Oesterreich	0,4	0,6	1,1	0,8
Schweden	0,8	0,8	1,2	0,6
Tschechoslowakei	—	(– 0,3)[2])	2,5	1,7

Gersteneinfuhr der wichtigsten Gersteneinfuhrländer (in Millionen Doppelzentner)

	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925
Belgien	3,3	2,6	3,7	2,5
Dänemark	0,1	2,1	1,0	0,8
Deutschland	30,8	3,1	5,4	9,3
Frankreich	1,2	0,5	1,1	0,4
Großbritannien	10,8	9,2	11,0	8,1
Niederlande	2,1	2,7	2,7	2,8
Norwegen	1,0	0,4	0,6	0,3

Reisproduktion

Zwei Drittel der Weltproduktion fällt auf China — und gerade von diesem wichtigen Land der Reisproduktion haben wir keine verläßliche Produktionsstatistik. — Die anderen Hauptländer der Reisproduktion haben ihre Ernte in den letzten 10 Jahren um etwa 10 Prozent erhöht.

(in Millionen Doppelzentner)

Jahr	China	Brit.-Indien	Japan	Indochina	Niederl.-Indien	Siam	Korea	Malaische Staaten	Philippinen	Ver. Staaten	Brasilien	Italien	Spanien	Sowjetunion	Aegypten	Madagaskar
1913	1229,6[3])	451	91	59	44	42	22	2,4[4])	10,6	5,3	0,4	5,4	2,2	2,8	3,7	6,7
1923	—	441	100	53	49	44	27	3,8	19,1	6,9	7,3	5,2	2,4	—	2,2	10,0
1924	—	485	103	58	51	49	24	3,7	18,9	6,9	8,1	5.9	3,0	—	2,8	11,0
1925	—	475	111	58	50	49	27	—	13,5	7,3	—	6,2	3,1	—	–	10,4

1) Nach Abzug der Roggenausfuhr. 2) Ausfuhr.
3) 1914. 4) 1918.

Getreidepreise in Goldfranken pro Doppelzentner[1])

Länder	Weizen			Roggen			Gerste			Hafer			Mais		
	Durchschnitt 1913	Anfang Januar 1925	Anfang Januar 1926	Durchschnitt 1913	Anfang Januar 1925	Anfang Januar 1926	Durchschnitt 1913	Anfang Januar 1925	Anfang Januar 1926	Durchschnitt 1913	Anfang Januar 1925	Anfang Januar 1926	Durchschnitt 1913	Anfang Januar 1925	Anfang Januar 1926
Winnipeg (Kanada)	16,76	34,72	29,87	—	—	—	10,95	20,07	13,76	11,43	22,01	15,86	—	—	—
Chicago	17,19	33,70	35,42	11,55[2])	28,97[2])	20,61[2])	12,14	20,95	16,66	14,10	21,47	15,62	13,11	25,40	16,53
New York	18,52	35,85	39,32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karachi (Indien)	17,26	30,39	33,54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buenos Aires (Argentinien)	19,03	32,93	35,97	—	—	—	—	—	—	12,08	18,95	15,78	11,48	22,68	17,07
Berlin	24,28	29,26	30,74	20,51	28,77	18,58	21,98	25,56	20,12	21,42	22,22	20,68	—	—	—
Paris..................	27,85	34,88[3])	26,40	19,79	30,21[3])	19,01	—	—	—	21,10	24,66[3]	19,97	—	—	—
London	19,86	30,60	30,82	—	—	—	20,48	43,49	27,93	18,41	24,16	23,58	17,52	25,79	20,13
Mailand	28,10	39,49	41,19	—	—	—	—	—	—	20,45	28,13	29,48	13,73	26,30[4])	25,51
Antwerpen (Belgien) ...	19,80	32,36	29,38	16,23	28,99	22,33	19,42	26,40	20,68	19,59	25,37	22,33	13,36	26,66	21,86
Rotterdam (Holland) ...	21,92	33,59[3])	—	17,42	28,34[3])	—	20,35	30,97[3])	—	17,57	24,92[3])	—	—	—	—

Getreidepreise in Goldfranken pro dz. Anfang Juni 1926

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais
Winnipeg	28,33	—	14,11	16,66	—
Chicago	29,56	17,34	15,95	14,77	14,69
Berlin	—	21,79	21,67	24,38	—

[1]) Mit Ausnahme des Mais handelt es sich um Preise des inländischen Getreides. [2]) Minneapolis. [3]) Dezember 1924. [4]) Anfang Februar 1925.

Hanf- und Flachsproduktion

Das Hauptproduktionsgebiet dieser wichtigen Textilstoffe ist die Sowjetunion, wo sich die Ernte schon dem Vorkriegsstand nähert.

Länder	Hanf 1000 Doppelzentner Durchschnitt 1909/13	1924	1925	Länder	Flachs 1000 Doppelzentner Durchschnitt 1909/13	1924	1925
Sowjetunion ...	3244	3066	5100	Sowjetunion.....	4901	18[illegible]6	2543
Italien	835	740	1170	Polen	—	436	612
Polen	—	223	280	Litauen	241	326	440
Jugoslawien....	—	253	—	Lettland	302	262	300
Korea	75	208	—	Belgien	235	160	234
Rumänien	—	138	—	Frankreich	184	154	178
Spanien	112	110	81	Tschechoslow..	—	123	152
Welt	5450	5071	—	Welt	7182	4838	—

Tabakproduktion

Ungefähr die Hälfte der Welternte wird in den Vereinigten Staaten gewonnen. Die nächstwichtigsten Produktionsgebiete sind: die Balkanländer (Mazedonien), Niederländisch-Indien, die Sowjetunion, Brasilien und Japan. Die Weltproduktion ist bedeutend größer als vor dem Kriege.

	Fläche in 1000 Hektar				Ertrag in 1000 Doppelzentner			
	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925	Durchschnitt 1909/13	1923	1924	1925
Ver. Staaten	495	760	696	685	4518	6872	5636	5734
Niederl.-Indien ..	155	167	—	—	—	—	—	—
Sowjetunion.....	56	—	—	—	931	—	—	—
Brasilien	—	79	67	—	—	596	591	—
Japan	29	36	38	37	425	617	563	638
Griechenland. ...	—	60	60	—	—	539	494	—
Bulgarien	17	53	47	41	130	400	437	328
Philippinen	62	65	72	—	294	328	433	—
Italien	8	31	34	40	100	313	413	—
Jugoslawien.	—	22	35	—	—	173	357	—
Algerien	10	21	30	27	103	206	300	250
Welt (ohne Sowjetunion) ..	—	1345	—	—	8934	12 354	—	—

Kaffee (in 1000 Doppelzentner)

Jahr	Welternte i. Millionen dz	Produktion Niederl.-Indien	Brasilien	Kolumbien	Venezuela	Haiti	Guatemala	San Salvador	Mexiko	Einfuhr[1]) Groß-britannien	Frankreich	Deutschland	Holland	Italien	Vereinigte Staaten
1909/14[2])	11,7	240	7 952	688	523	348	482	308	345	107	1115	1812	428	264	3890
1922/23	16,3	562	11 407	1236	521	358	332	480	400	—	1731	368	335	473	5418
1923/24	13,4	386	8 592	1329	464	294	368	538	405	—	1719	387	314	481	6183
1924/25	—	—	8 741	1105	—	318	389	430	—	161	1706	553	385	470	6189

[1]) In dem Kalenderjahr, das den Anfang des Erntejahres bezeichnet. [2]) Durchschnitt.

Tee

Jahr	Bebaute Fläche 1000 ha			Produktion 1000 dz					Einfuhr 1000 dz					
	Brit. Indien	Ceylon	Japan und Formosa	Brit. Indien	Ceylon	Niederl.-Indien	China	Japan und Formosa	Großbritannien	Verein. Staaten	Sowjetunion	Kanada	Australien	Deutschland
1913	234	162	82	1266	857	261	803[1])	460	1348	442	711	164	152	41
1923	287	170	79	1703	825	481	472[1])	453	1780	466	—	187	191	25
1924	—	162	77	1682	930	480	460	458	1980	413	—	163	207	41

Weltproduktion von Tee

	Bebaute Fläche 1000 ha	Produktion 1000 dz
1909/13	552	2858
1923	632	3468
1924	623	3717
1925	—	3709

Kakao (in 1000 Doppelzenter)

Jahr	Welternte	Produktion						Einfuhr der Konsumländer						
		Goldküste	Brasilien	Ekuador	Trinidad und Tabaco	Nigerien	San Thome	Ver. Staaten	Deutschland	Niederlande	Großbritannien	Frankreich	Schweiz	Tschechoslowakei
1913/14	2282	349	316[1])	374	186	34	354	594	485	250	273	259	92	—
1923	4667	2008	697	304	309	333	128	1820	507	398	592	383	56	65
1924	5124	2269	689[1])	315	255	378	249	1654	879	330	428	433	82	86

Baumwollproduktion

Die Baumwollproduktion der zwei wichtigsten Baumwolländer, Vereinigte Staaten und Indien, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Ernte der kleineren baumwollproduzierenden Länder („Andere Länder") hat sich gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt, was auf die englischen Bestrebungen — die englische Textilindustrie von der Abhängigkeit von den amerikanischen Rohstoffen zu befreien — zurückzuführen ist. Die Verwirklichung dieses Planes wurde in den letzten Jahren durch die hohen Baumwollpreise gefördert. Infolge der großen amerikanischen Ernte 1925/26 sind aber die Preise stark gefallen, so daß selbst in den Vereinigten Staaten eine von der Regierung organisierte Einschränkung der Baumwollproduktion zu erwarten ist.

[1]) Ausfuhr.

Baumwollernte in Millionen Doppelzentnern

Länder	Durchschnitt 1909/10 bis 1913/14	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26[2]
Vereinigte Staaten	28,3	17,2	21,2	22,0	29,5	33,8
Britisch-Indien	7,8	8,1	9,2	9,4	11,0	10,1
China[1]	4,8	3,3	5,0	4,3	4,7	4,6
Aegypten	3,2	2,0	3,0	2,9	3,2	3,5
Sowjetunion	2,4	0,1	0,1	0,4	1,0	1,9
Andere Länder	1,6	2,4	2,7	3,0	3,4	—
Insgesamt:	48,1	33,1	41,2	42,0	52,8	—

Zuckererzeugung

Die Produktion von Rübenzucker in Europa erreicht allmählich den Vorkriegsstand. Die Produktion von Rohrzucker in den Ueberseeländern ist im allgemeinen im Wachsen begriffen. Die Rohrzuckererzeugung hat mehr als 50 Prozent gegenüber den Vorkriegsjahren zugenommen und ist jetzt fast zweimal so groß als die Rübenzuckerproduktion der ganzen Welt. Ungefähr ein Drittel des gesamten Zuckers wird in den Kolonien der Vereinigten Staaten (in erster Linie Kuba) und in den Vereinigten Staaten selbst erzeugt.

Länder	Bebaute Fläche in 1000 ha					Rohzucker-Produktion in Millionen dz				
	Durchschnitt 1909/10 1913/14	1922 1922/23	1923 1923/24	1924 1924/25	1925 1925/26	Durchschnitt 1909/10 1913/14	1922 bis 1923	1923 bis 1924	1924 bis 1925	1925 bis 1926
Rübenzucker										
Belgien	58	60	72	81	73	2,6	2,7	3,0	3,9	3,6
Dänemark	26	24	32	39	37	1,2	0,9	1,0	1,4	1,8
Deutschland	467[3]	417	384	394	403	23,1[4]	14,5	11,5	15,7	15,8
Frankreich	246	131	165	185	194	7,3[4]	5,6	5,7	8,2	7,5
Italien	53	82	90	124	50	2,0[4]	2,7	3,2	3,8	1,5
Jugoslawien	—	19	27	48	33	0,1	0,3	0,4	1,3	—
Niederlande	58	56	67	74	66	2,2	2,3	2,1	3,0	3,0
Oesterreich	16	11	13	19	21	—	0,2	0,5	0,75	0,78
Polen	168	109	136	163	172	6,9	3,2	4,1	5,3	5,8
Rumänien	—	22	37	54	64	—	0,4	0,7	0,9	1,0
Schweden	31	17	43	41	40	1,4	0,7	1,5	1,3	2,0
Sowjetunion	615	176	243	345	482	14,3	2,1	3,8	4,6	9,3
Spanien	36	50	62	179	78	1,0	1,6	1,7	2,5	2,2
Tschecho-slowakei	—	210	232	303	307	—	7,4	10,0	14,2	15,3
Ungarn	59	42	52	120	66	—	0,8	1,2	2,0	2,2
Verein. Staaten	196	214	266	341	314	6,3	7,0	9,1	11,2	9,2

[1]) Unvollständige Zahlen. [2]) Vorläufige Zahlen. [3]) 1914. [4]) Altes Gebiet.

				Rohrzucker						
Kuba	541[1])	—	--	—	—	21,0	37,0	41,8	52,7	53,8
Britisch-Indien .	952	1109	1182	1025	—	24,0	30,9	33,7	25,8	29,7
Niederl. Indien .	105	179	—	—	—	13,5	18,0	18,0	19,9	23,0
Brasilien	—	—	300	—	—	2,8[2])	7,6	8,0	8,1	—
Hawai	46	46	—	—	—	5,2	4,9	6,3	6,6	6,7
Philippinen.....	173[1])	227	227	—	—	3,7[3])	4,1	4,8	5,0	4,3
Formosa	73	111	116	130	—	1,7	3,6	4,6	4,8	5,0
Porto Rico	59[2])	99	96	—	—	3,3	3,4	4,1	4,7	5,4
Australien	61	88	96	—	—	2,0	3,1	2,9	4,3	5,4
Peru	38	51	53	—	—	1,8	3,2	3,2	3,1	—
Argentinien	87	106	122	—	—	1,8	2,2	2,6	2,5	4,0
San Domingo ..	23	—	—	—	—	0,9	1,9	2,2	2,4	—
Mauritius	61	69	68	—	—	2,2	2,3	2,0	2,2	2,1
Mexiko	41	39	40	—	—	1,5	1,3	1,7	1,7	1,9
Brit.West-Indien	62	105	107	—	—	1,5	1,7	1,7	1,9	—

Zuckererzeugung[4]) der Welt (in Millionen Doppelzentner)

	1909/10 1913/14	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Rübenzucker	84,0	52,9	60,1	81,7	83,5
Rohrzucker	95,7	135,3	146,4	150,8	157,9
Insgesamt	179,7	188,2	206,5	232,5	241,4
Davon in den Verein. Staaten u. ihren Kolon.	43,6	61,0	69,3	78,9	—

Viehstand

Die Zahl der Rinder und der Schweine war 1924 größer, die der Pferde und Schafe kleiner als vor dem Kriege. In Europa wurde der Vorkriegsstand — abgesehen von den Pferden — überschritten. Bemerkenswert ist die bedeutende Zunahme der Rinderzahl in Afrika.

In den dichtbevölkerten und hochkultivierten europäischen Staaten ist der Viehstand sowohl im Verhältnis zur Bevölkerung, als auch zur Fläche hoch, dagegen ist in den südamerikanischen Staaten, in einzelnen Teilen Afrikas und in Australien der Viehstand im Verhältnis zu den Menschen sehr groß, im Verhältnis zum Boden aber sehr niedrig. Ein hoher Viehstand pro Flächeneinheit ist im allgemeinen ein Zeichen intensiver, hingegen eine hohe Zahl pro Einwohner und niedrige Zahl pro Hektar ein Zeichen extensiver Viehwirtschaft.

---

1) 1912/13 und 1913/14. 2) 1909/10. 3) 1913/14. 4) Rohzucker.

Viehstand (in 1000 Stück)

Länder	Pferde			Rindvieh			Schafe			Schweine		
	1913	1921	1924	1913	1921	1924	1913	1921	1924	1913	1921	1924
Belgien	267	222	252	1 849	1 514	1 638	185	—	—	1 412	976	1 139
Bulgarien	478	398	—	1 606	1 877	—	8 669	8 923	—	—	1 090	—
Dänemark	535	599	548	2 254	2 590	2 667	727	522	302	1 468	1 430	2 868
Deutschland	3 807	3 685	3 850	18 476	16 851	17 296	4 988	5 892	5 717	22 534	15 879	16 844
Estland	—	199	207	478	—	501	518	—	607	275	—	285
Finnland	366	393	400	1 606	1 792	1 865	1 330	1 572	—	422	375	382[4])
Frankreich	3 334	2 706	2 859	15 338	13 343	14 025	16 176	9 600	10 172	7 529	5 166	5 802
Großbritannien u. Nordirland	1 736	1 718	1 542	7 726	7 477	7 794	24 279	20 955	22 239	2 400	2 755	3 567
Griechenland	149[1])	177	—	—	675	—	3 545[1])	5 789	—	—	404	—
Irland	485	438	388	4 134	4 380	4 194	3 273	3 243	3 128	895	873	938
Italien	956[1])	990	—	6 199[1])	6 239	—	11 162[1])	11 754	—	2 508	2 389	—
Jugoslawien	—	1 059	1 062	—	4 834	3 870	—	6 773	7 639	—	3 281	—
Lettland	320	283	340	912	800	905	996	1 132	1 235	557	482	458
Litauen	451	409	482	918	849	1 252	1 152	1 073	1 399	1 358	1 343	1 564
Niederlande	334	363	—	2 097	2 063	—	842	668	—	1 350	1 519	—
Norwegen	168	—	168	1 134	—	1 114	1 398	—	1 507	334	—	249
Oesterreich	318	—	283	2 353	—	2 162	307	—	597[3])	1 930	—	1 473[4])
Polen	3 496	3290	—	8 664	8 063	—	4 473	2 193	—	5 487	5 287	—
Portugal	—	—	—	—	741	—	—	3 851	—	—	921	—
Rumänien	825	1 687	1 845	—	5 521	5 399	—	11 194	13 612	—	3 132	3 133
Schweden	596	728	—	2 723	2 736	—	972	—	1 568	978	1 011	—
Schweiz	144	134	—	1 443	1 425	—	161	245	—	570	640	—
Sowjetunion (in Europa)	23 944	17 420	17 092	39 172[2])	29 751	37 717	64 675[2])	39 975	54 676	16 481	10 423	15 125
Spanien	541	722	634	2 879	3 718	3 436	16 441	29 522	18 460	2 710	5 152	4 160
Tschechoslowakei	—	592	—	—	4 391	—	—	987	—	—	2 058	—
Ungarn	896	—	850	2 150	—	1 896	2 406	—	1 814	3 322	2 473[3])	2 458
Cuba	624	859	844	3 142	4 771	5 085	—	—	—	—	—	—
Kanada	2 866	3 813	3 589	6 656	10 206	9 461	2 129	3 676	2 685	3 448	3 905	5 059
Mexiko	—	—	391	—	—	2 188	—	—	1 728	—	—	759
Vereinigte Staaten	23 016	21 473	20 300	63 683	68 764	—	52 839	35 484[6])	39 300	61 178	56 097	66 130
Argentinien	8 324	9 432	—	25 867	37 065[3])	—	43 225	46 134	—	2 901	1 437[3])	—
Brasilien	7 289	5 254	—	30 705	34 271	—	10 550	7 933	—	18 401	16 169	—
Chile	489	329	—	2 084	1 996[3])	—	4 567	4 569[3])	—	184	263[3])	—
Columbien	526	—	—	—	9 428[3])	—	—	—	—	711	—	—
Paraguay	478	490	—	5 249	5 500	—	600	600	—	61	87	—
Peru	—	114	—	1 000	1 302	—	—	11 056	—	400	428[3])	—
Uruguay	556	555	—	8 192	—	8 432	26 286	—	14 514	180	304	—

Viehstand (in 1000 Stück) — (Fortsetzung)

Länder	Pferde 1913	Pferde 1921	Pferde 1924	Rindvieh 1913	Rindvieh 1921	Rindvieh 1924	Schafe 1913	Schafe 1921	Schafe 1924	Schweine 1913	Schweine 1921	Schweine 1924
China	—	4 400	—	21 997	—	—	22 186	22 232	—	76 819	—	—
Britisch-Indien	1 723	2 197	2 155	132 452	142 927	143 174[4])	—	34 565	33 537[4])	—	—	—
Niederländisch-Indien	626	704	—	3 955	3 791	—	—	955	—	—	901	—
Japan	1 582	1 519	1 592	1 389	1 440	1 469[4])	5	10	15	310	500	—
Siam	81	142	221	2 360	2 625	3 799	—	—	—	748	864	—
Sowjetunion (in Asien)	7 561	5 910	5 139	10 793[2])	7 067	8 518	16 233	8 437	12 408	3 106	2 068	1 704
Algerien	216	162	156	1 108	851	873	8 811	6 333	—	112	113	89
Kenya	—	1,3	1,8	—	2 559	3 211	—	2 741	2 568	—	15	11
Nigeria	—	174	—	—	2 824	2 747[4])	—	1 909	—	—	44	—
Madagaskar	2,1	2,9	—	5 540	7 829	7 367[4])	295	110	110	600	406	314[4])
Französisch-Marokko	123	143	174	675	1 517	1 840	3 175	6 733	8 215	16	115	56
Tanganyka	—	—	—	2 700	3 147	3 800[4])	4 398	3 405	3 940[4])	—	2	—
Südafrikanische Union	719	920	—	5 797[5])	8 557	9 315[4])	35 808	31 730	31 224[4])	1 082	915	868[4])
Australien	2 521	2 438	—	11 484	14 530	13 358[4])	85 057	82 226	80 110[4])	801	960	898[4])
Neuseeland	404	337	330	2 020	3 139	3 563	24 182	23 285	23 776	349	350	414

Der Viehstand nach Kontinenten 1913 und 1924

(+ = Zunahme; — = Rückgang)

Gebiet	Pferde Millionen Stück 1913	Pferde Millionen Stück 1924	Pferde + od. — in %	Rindvieh Millionen Stück 1913	Rindvieh Millionen Stück 1924	Rindvieh + od. — in %	Schafe Millionen Stück 1913	Schafe Millionen Stück 1924	Schafe + od. — in %	Schweine Millionen Stück 1913	Schweine Millionen Stück 1924	Schweine + od. — in %
Europa	44.2	39,6	— 10,5	129,7	137,1	+ 5,7	162,1	181,5	+ 12,0	77,9	78,4	+ 0,5
Nord- und Mittelamerika	27,6	26,9	— 2,5	79,1	89.4	+ 13 1	56,8	40,3	— 29,1	66,3	69,5	+ 4,8
Südamerika	18,1	17,1	— 5,9	86 0	101,5	+ 18,0	98,6	77,4	— 21,5	23,5	20,1	— 14,6
Asien	12,2	10,3	— 15,2	168,9	167,1	— 1,1	59,7	54,8	— 8,3	12,2	17,4	+ 42,2
Afrika	1,7	2,0	+ 19,4	32,8	44,6	+ 35,8	73,5	73,5	— 0	2,2	1,8	— 17,8
Ozeanien	3,0	2,7	— 9,1	13,8	17,3	+ 24,8	109,3	103,9	— 4,9	1,2	1.4	+ 14.5
Insgesamt	106,8	98,6	— 7,7	510,3	557,0	+ 9,1	560,0	531,4	— 5,1	183,3	188,6	+ 2,8

1) Altes Gebiet. 2) 1916. 3) 1922. 4) 1923. 5) 1911. 6) 1920.

Ein- und Ausfuhr von Fleisch[1])

Der Verbrauch von Gefrier- und Büchsenfleisch nimmt in den westeuropäischen Ländern zu. England ist der Hauptabnehmer, die südamerikanischen Staaten, Neuseeland und Australien die Hauptlieferanten.

	Einfuhr 1000 Tonnen				Ausfuhr 1000 Tonnen		
	1922	1923	1924		1922	1923	1924
England	821	925	875	Argentinien[2])	469	647	833
Frankreich	35	65	95	Neuseeland	174	149	155
Belgien	31	70	95	Australien	134	113	95
Deutschland	22	50	100	Uruguay	85	115	141
Italien	10	25	125	Brasilien	33	39	64
Holland	10	13	27	Patagonien	19	26	24
Die wichtigsten Ausfuhrländer insgesamt:					765[3])	1141	1313

Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrländer für Butter und Käse

Die Butter- und Käseeinfuhr nach Europa ist bedeutend größer als vor dem Kriege. Die Ausfuhrsteigerung von Dänemark und Neuseeland ist auffallend. Die Bedeutung der Sowjetunion in der Butterversorgung des europäischen Marktes ist wieder im Wachsen begriffen.

Länder	Einfuhr in 1000 dz			Länder	Ausfuhr in 1000 dz		
	Durchschnitt 1909/13	1924	1925		Durchschnitt 1909/13	1924	1925
Butter							
Großbritannien	2061	2582	2974	Dänemark	859	1225	1228
Deutschland	503	535	966	Sowjetunion	672	224	—
Schweiz	50	90	87	Neuseeland	176	645	633
Vereinigte Staaten	(-11)[4])	45	33	Holland	318	331	397
Belgien	49	44	40	Argentinien	31	297	260
Oesterreich	14	17	15	Australien	352	289	583
Tschechoslowakei	—	16	5	Irischer Freistaat	—	192	216
				Kanada	0,7	96	121
Käse							
Großbritannien	1163	1439	1576	Neuseeland	252	810	699
Deutschland	212	433	739	Holland	575	769	797
Verein. Staaten	186	248	283	Kanada	754	613	684
Belgien	143	164	175	Italien	214	317	382
Oesterreich	51	41	38	Schweiz	287	180	235
Algerien	29	39	36	Dänemark	(+4)[5])	85	85
Spanien	23	27	28	Argentinien	(+51)[5])	4	2
Aegypten	37	27	32	Jugoslavien	—	33	21

[1]) Gefrier- und Büchsenfleisch. — Rind- und Hammelfleisch zusammen. [2]) Ohne Patagonien. [3]) 1913. [4]) Ausfuhr. [5]) Einfuhr.

Wollproduktion

Die Schafwollproduktion der Welt nimmt in den letzten Jahren allmählich zu, obwohl der Vorkriegsstand noch immer nicht erreicht und der Weltbedarf nur sehr knapp gedeckt ist. Ungefähr zwei Drittel der Wolle wird in Europa verarbeitet. Bemerkenswert ist die wachsende Bedeutung Afrikas als Ausfuhrgebiet.

(in Millionen Pfund Gewicht)

Gebiet	Jahresdurchschn. 1909/13	1922	1923	1924	1925
Australien	903	793	795	770	825
Europa	840	712	696	657	664
Südamerika	587	393	443	455	466
Nordamerika	332	281	232	300	316
Afrika	212	248	247	247	252
Asien	273	239	250	289	290
Welt	3162	2684	2663	2718	2813

Die wichtigsten Woll-Einfuhr- und Ausfuhrländer

	Einfuhr in 1000 dz				Ausfuhr in 1000 dz		
	Durchschnitt 1909/13	1923	1924		Durchschnitt 1909/13	1923	1924
Frankreich	1834	1948	1677	Australien	2833	3221	2409
England	1927	1217	1604	Argentinien	1448	1331	1223
Deutschland	1727	1188	1279	Neuseeland	850	987	935
Verein. Staaten	924	1649	1064	Südafrika	657	745	792
Belgien	544	509	487	Uruguay	631	440	454
Italien	119	326	228	Britisch-Indien	186	116	180
				Ozeanien	3684	4208	3345
Europa	6880	5890	5942	Südamerika	2208	1965	1856
				Afrika	839	961	1025
Nord- u. Mittelamerika	951	1718	1105	Asien	343	99	134

Die Weltproduktion an Rohseide

Die Weltproduktion an Rohseide hat seit 1913 um etwa 44 Prozent zugenommen. Das Hauptproduktionsgebiet ist Ostasien, wo in erster Linie die Produktionssteigerung vor sich gegangen ist.

(in 1000 kg)

	Gesamtproduktion	Europa	Levante und Zentralasien	Ostasien
1913	27320	4245	2315	20760
1922	31660	4010	700	26950
1923	30300	5225	800	24275
1924	39160	5685	1095	32320
1925	38775	4785	1090	32900

Kunstseidenproduktion

Als Seidenersatzstoff, wie überhaupt als Textilrohstoff, nimmt die Bedeutung der Kunstseide von Jahr zu Jahr zu. 1925 wurde schon fast zweimal soviel Kunstseide hergestellt als 1923, und 1925 doppelt soviel Kunstseide als Rohseide.

(in Millionen kg)

Länder	1923	1924	1925[1])
Vereinigte Staaten	14,0	16,2	25,0
Großbritannien	7,0	10,9	12,0
Deutschland	6,0	10,8	11,7
Italien	4,6	8,4	11,0
Frankreich	3,5	5,6	7,0
Belgien	2,8	4,0	4,5
Schweiz	1,7	1,8	3,0
Holland	1,2	1,5	—
Oesterreich	—	1,2	1,2
Polen	—	0,7	0,7
Tschechoslowakei	—	0,6	—
Japan	—	0,5	—
Ungarn	—	0,3	0,5
Andere Länder	3,2	0,3	—
Insgesamt:	44,0	62,8	78,7

Kautschukproduktion und Verbrauch 1920 bis 1925

Der Kautschukverbrauch hat in den letzten Jahren eine außerordentlich rasche Steigerung erfahren, mit der die Produktion nicht Schritt halten konnte. (Die Daten der untenstehenden zwei Tabellen sind verschiedenen Quellen entnommen, der Unterschied in den Angaben ist aber nicht sehr bedeutend.) Das Zurückbleiben der Produktion hinter dem Bedarf ist in erster Linie auf die englische Ausfuhreinschränkung (Stevenson-Plan) zum Zwecke der Preiserhöhung zurückzuführen. Durch die Preissteigerung werden in erster Linie die Vereinigten Staaten als Hauptverbraucher getroffen. Amerika führt jetzt einen scharfen Kampf gegen die englischen Maßnahmen und ist bestrebt, sich in der Kautschukversorgung selbständig zu machen. Infolge des amerikanischen Druckes und des Wachsens des Anteils Niederländisch-Indiens an der Weltproduktion sah sich die englische Regierung gezwungen, die Ausfuhrbeschränkungen stetig zu vermindern.

(in 1000 Tonnen)

Jahr	Britisches Reich		Andere Länder		Gesamtproduktion	Gesamtverbrauch	Überschuß (+) bzw. Minus (—)
	Menge	% der Weltproduktion	Menge	% der Weltproduktion			
1920	275	75	93	25	368	290	+ 78
1921	220	75	73	25	293	292	+ 1
1922	271	67	134	33	405	408	— 3
1923	214	56	168	44	382	434	— 52
1924	218	52	202	48	420	475	— 55

[1]) Schätzung des „Journal of Commerce".

Kautschuk-Weltproduktion, Verbrauch in den Vereinigten Staaten, Preis

Jahr	Produktion 1000 Tonnen			Verbrauch[2]) in den Vereinigten Staaten		Preis
	Plantagen	Wälder	Insgesamt	1000 t	% der Weltproduktion	Doll. für Pfund Jahresdurchschnitt (Fein Para)
1905	0,17	59,3	59,47	27,0	45,4	1,24
1910	7,3	73,5	80,8	42,3	52,4	1,91
1913	51,7	63,3	115,0	49,9	43,3	0,81
1922	378,2	27,9	406,1	296,3	73,0	0,18
1923	379,7	26,7	406,4	300,4	73,9	0,25
1924	286,7	28,0	414,7	317,7	76,6	0,21
1925	—	—	499,5[1])	385,0	77,0	—[3])

Brenn- und Schnittholzproduktion und Verbrauch

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind die größten Holzproduzenten. Während aber sehr große Waldgebiete in den Vereinigten Staaten durch den Raubbau schwer gelitten haben, hat die Forstwirtschaft der Sowjetunion noch ungeheure Möglichkeiten. Pro Kopf wird am meisten Brennholz in Finnland, Kanada und in den Vereinigten Staaten verbraucht. Hinsichtlich des Schnittholzverbrauches stehen die Vereinigten Staaten an erster Stelle. (Die Zahlen sind Durchschnittszahlen der letzten Jahre, berechnet vom amerikanischen Departement of Agriculture.)

Länder	Produktion		Verbrauch		
	Brennholz	Schnittholz	Brennholz		Schnittholz
	Millionen Kubikfuß		Insgesamt Millionen Kubikfuß	pro Kopf Kubikfuß	Millionen Kubikfuß
Ver. Staaten	24 300	13 750	24 104	228,0	13 556
Kanada	2 500	1 107	2 058	285,0	665
Mexiko	700	42	710	45,8	52
Uebriges Nord- und Zentral-Amerika	306	87	319	—	98
Nordamerika	27 806	14 986	27 191	188,0	14 371
Rußland	7 000	4 000	6 600	66,0	3 600
Schweden	1 565	1 191	750	129,3	383
Finnland	1 317	878	1 002	299,0	607
Deutschland	1 172	605	1 702	27,0	1 135
Frankreich	963	300	1 099	26,0	426
Großbritannien und Irland	45	20	694	15,3	669
Uebriges Europa	4 941	2 166	4 795	—	2 024
Europa	17 003	9 160	16 642	35,8	8 844

[1]) Nach anderen Schätzungen 630 000 Tonnen. [2]) Verbrauch der einzelnen Länder 1925 in 1000 Tonnen: Vereinigte Staaten 385, England 34, Frankreich 30, Deutschland 29, Italien 12, Japan 14, Kanada 16, andere 25. [3]) 1925 starke Preissteigerung.

(Fortsetzung)

Länder	Produktion		Verbrauch		
	Brennholz	Schnittholz	Brennholz		Schnittholz
	Millionen Kubikfuß		Insgesamt Millionen Kubikfuß	pro Kopf Kubikfuß	Millionen Kubikfuß
Japan	2 256	383	2 220	28,4	348
China	1 972	284	1 986	6,0	298
Indien	1 572	174	1 575	5,0	178
Asiat. Rußland	1 100	571	1 098	52,1	569
Uebriges Asien	1 029	144	1 038	—	147
Asien	7 929	1 556	7 917	9,1	1 540
Brasilien	1 300	100	1 297	42,5	97
Chile	684	46	688	177,7	49
Argentinien	198	78	226	27,3	107
Kolumbien	110	10	110	20,1	10
Uebriges Südamerika	200	25	207	—	32
Südamerika	2 492	259	2 528	39,2	295
Rhodesia	127	10	127	73,6	10
Nigeria	86	2	86	5,0	2
Südafrik. Union	66	20	85	14,2	39
Uebriges Afrika	438	30	475	—	62
Afrika	717	62	773	5,7	113
Australien	197	50	214	41,8	66
Neuseeland	67	42	63	59,7	38
Ozeanien	10	—	20	10,0	10
Australien u. Ozeanien	274	92	297	36,4	114
Ges. Weltproduktion	56 222	26 115	55 348	32,2	25 277

II. Brennstoffe

Der Bedarf der Welt an Brennstoffen wird durch drei Hauptstoffe gedeckt: Holz, Kohle und Erdöl[1]). Produktion und Verbrauch von Brennholz läßt sich nicht einmal annähernd feststellen, da Brennholz überwiegend lokal produziert und verbraucht wird; doch kann vorausgesetzt werden, daß der Gesamtverbrauch an Brennholz in Kalorien berechnet ungefähr 30 Prozent des Kohlenverbrauchs betragen mag. Das wichtigste Heizmaterial ist — trotz des gewaltigen Vorstoßes des Erdöls in dem letzten Jahrzehnt — noch immer die Kohle. Der Gesamtverbrauch von Erdöl zur Erzeugung von Energie beträgt nur 12 Prozent der zu gleichem Zweck verwendeten Kohle.

[1]) Ungefährer Heizwert des wasserfreien Brennstoffes:

	p. kg in Kalorien
Holz	4500
Torf	5000—5400
Braunkohle	6000—7000
Steinkohle	7500—8500
Anthrazit	8500
Erdöl	12 000—13 000

Ausschlaggebend für die Wirtschaft eines Landes ist das Vorkommen von Kohle. Da das Gewicht der Kohle im Produktionsprozeß verschwindet, weil vom Gewicht derselben nichts auf das Gewicht des Produkts übergeht, so sind jene Industrien, bei welchen auf die Gewichtseinheit des Produkts das Mehrfache an Kohlen verbraucht wird, wie z. B. die Hüttenindustrie, zur Steinkohle verlegt, d. h. der Standort dieser Industrien muß in unmittelbarster Nähe von entsprechenden Kohlevorkommen sein, soll das Produkt auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein. Tatsächlich sehen wir, daß eine moderne Eisenindustrie nur in jenen Ländern vorhanden ist, die ein reiches Vorkommen von Steinkohlen aufweisen. Es wird in der Regel das Eisenerz zur Kohle und fast niemals die Kohle zu der Fundstätte des Eisenerzes zur Verarbeitung gebracht. Das Vorhandensein von ausgiebigen Steinkohlenlagern ist daher Voraussetzung der modernen Schwerindustrie.

Die Bedeutung des Erdöls ist in den letzten Jahren mit der Verwendung desselben als Heizmaterial der Schiffe, vor allem der Kriegsschiffe, ferner mit der Entwicklung des Automobil- und Flugzeugwesens sehr gestiegen. Das Erdöl ist vielleicht das allerwichtigste Material zur Kriegführung geworden. Es ist infolgedessen das meistbegehrte Streitobjekt der imperialistischen Mächte.

Die aus den Brennstoffen gewonnene Energie wird — vorläufig zwar noch verhältnismäßig in kleinem Maße — durch die Ausnutzung der Wasserkräfte, d. h. durch die Umwandlung der mechanischen Energie des Wassers in elektrische Energie — ersetzt.

Energiequellen der Weltwirtschaft

(in Millionen Pferdekraftjahren)

Staat	Kohle	Erdöl	Wasser
Vereinigte Staaten	500 000	400	37,0
China	200 000	60	20,0
Deutschland	48 000	2	2,5
Kanada	40 000	40	22,5
Großbritannien	27 000	—	1,0
Australien	19 000	?	4,0
Sowjetunion	17 000[1]	280	16,0
Polen u. Tschechoslowakei	14 000	45	1,0
Indien	11 000	70	27,0

Die Kohlenvorräte der Welt

Unsere Tabelle zeigt nur die größten Kohlenvorräte der Welt. Es sind natürlich nur rohe Schätzungen. Es ist jedenfalls klar, daß der Kohlenbedarf der Welt, auch im Falle einer stark gesteigerten Produktion, die zu erwarten ist, auf Jahrhunderte gedeckt ist. Die Kohle ist

[1] Die Vorräte der asiatischen Gebiete der Sowjetunion nicht miteingerechnet.

und bleibt bei dem vorläufigen Stand der Technik unsere wichtigste Energiequelle. Erdöl und Wasser spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Länder	Mill. Tonnen	Quelle
Vereinigte Staaten	3 583 554	U. S. Geologic Survey 1917
China	1 500 000	Intern. Geologic Congress 1913
Kanada	1 234 000	I. G. C.
Asiat. Rußland	173 979	I G. C.
Australien	165 572	I. G. C.
Großbritannien	165 387	
Deutschland	148 248	
Britisch-Indien	79 001	Department of Mines
Polen	68 829	
Sowjetunion in Europ.	57 645	
Südafrikan. Union	56 200	
Columbien	27 000	
Tschechoslowakei	24 493	
Indo-China	20 000	I. G. C.

Die Kohlenförderung

Die Steinkohlenproduktion der Welt bleibt noch immer etwas hinter der Produktion von 1913 zurück, obgleich sich die Produktion in Europa erhöht hat.

Bei der Braunkohlenförderung ist dagegen eine 30prozentige Steigerung zu bemerken; in dieser Beziehung ist die Entwicklung in Deutschland ausschlaggebend. Die Koksherstellung hat den Stand von 1913 noch nicht erreicht.

Die Kohlenproduktion der einzelnen Länder zeigt zugleich ungefähr deren industrielle Bedeutung auf dem Weltmarkt; die größten Kohlenproduzenten: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Deutschland, Frankreich sind zugleich die führenden Länder der Großindustrie.

Steinkohlenförderung der Welt[1])

	In Millionen Tonnen					Prozent				
	1913	1920	1923	1924	1925	1913	1920	1923	1924	1925
Europa	607	461	492	553	540	49,9	39,5	41,6	47,3	45,5
Amerika	532	611	596	516	542	43,7	52,3	50,4	44,3	45,7
Asien	55	69	66	68	70	4,5	6,0	5.5	5,8	5,9
Afrika	9	11	11	12	17	0,7	0,9	1,0	1,0	1,4
Ozeanien	15	15	17	19	18	1,2	1,3	1,5	1,6	1,5
Welt:	1218	1167	1182	1168	1187	100	100	100	100	100

„Die Kapazität des Steinkohlenbergbaues der Welt, wenn man die von den einzelnen Ländern jeweils für einige Zeit erzielte Höchst-

[1]) Jahresbericht des Reichskohlenverbandes 1924/25.

förderung zugrunde legt und diese auf ein Jahr berechnet — ist 203 Millionen Tonnen größer als die Förderung des Jahres 1924."

Steinkohlenförderung der wichtigsten Länder
(in Millionen Tonnen)

	Groß-britannien	Deutschland[2]	Frankreich[1]	Polen[3]	Sowjet-union	Belgien	Tschecho-slowakei	Holland	Spanien	Vereinigte Staaten	Kanada	Brit. Indien	Japan	China	Südafrika	Australien
1913	292	141	44	41	30	23	14	1,9	4	517	14	17	21	13	8	12,5
1920	233	108	35	30	7,6	22	12	3,9	5,4	597	12	18	29	19	10	13
1923	280	62	48	36	13	23	12	5,3	5,9	582	12	19	26	19	11	13
1924	274	129	59	32	14	23	14	6,2	6,1	505	9	21	27	21	11	14,5
1925	248	133	61	29	18	23	13	6,8	6,1	530	8,4	20	30	20	11,8	13,5

Braunkohlenförderung (in Millionen Tonnen[4])

	1913	1920	1923	1924	1925
Deutschland	87	112	118	124	140
Tschechoslowakei	23	20	16	21	19
Oesterreich	2,6	2,7	2,7	2,8	3,1
Ungarn	6	4	6,8	5,4	5,0
Welt:	125	151	153	161	175

Koksherstellung (in Millionen Tonnen)

	1913	1920	1923	1924	1925
Vereinigte Staaten	42	47	50	40	46,0
Deutschland	35	26	13	24	26,8
England	13	13	14	13	10
Frankreich	4	1,8	4,3	4,6	—
Belgien	3,5	1,8	4,2	4,2	4,1
Tschechoslowakei	2,6	1,6	1,5	2,2	2,0
Welt:	107	93	89	91	96

Steinkohlenverbrauch (in Millionen Tonnen)

Der Steinkohlenverbrauch bewegt sich jetzt in den meisten Ländern um das Vorkriegsniveau; in Frankreich und Belgien übersteigt es dieses. Dabei muß man den gesteigerten Verbrauch an Braunkohle und flüssigen Brennstoffen, die Ausbeutung der Wasserkräfte, die Entwicklung der Wärmewirtschaft berücksichtigen. Wir sehen also keinen Rückgang des Energieverbrauches, trotz der gedrückten Wirtschaftslage in Europa.

1) Mit Elsaß-Lothringen ohne Saargebiet. 2) Ohne Saargebiet. 3) Mit Ost-Oberschlesien.

4) Der Heizwert der verschiedenen Stein- und Braunkohlenarten ist verschieden, es ist also schwer, ein festes Wertverhältnis festzustellen. Der deutsche Reichskohlenverband stellt zwei Tonnen ungewaschener Steinkohlen neun Tonnen Rohbraunkohle gleich.

	England	Deutschland	Frankreich	Belgien	Tschechoslowakei	Italien	Ver. Staat.
1913	193	180	63	26	—	10,8	495
1919	182	121	44	14	—	6,5	483
1920	190	134	56	22	—	6,0	559
1921	132	139	49	20	23	7,6	435
1922	166[1])	151	59	22	19	9,3	424
1923	176[1])	107	66	28	20	9,4	559
1924	189[1])	135	74	31	25	11,4	487
1925	176[1])	136	68	31	23	—	498

Englands Kohlenausfuhr (in Millionen Tonnen)

Mit dem Wiederaufbau des Kohlenbergbaus auf dem Kontinent ist in England eine scharfe Kohlenkrise eingetreten, die hauptsächlich auf die Stockung der Ausfuhr und zum Teil auf die Verbreitung der Oelfeuerung in der Schiffahrt zurückzuführen ist. Die englische Kohlenlage wirkte auf den ganzen europäischen Kontinent zurück und rief eine allgemeine Depression im Kohlenbergbau hervor. Dieser Zustand führte zu dem Gedanken eines westeuropäischen Kohlensyndikats, das aber bisher nicht verwirklicht wurde. Ende 1925 ist eine Besserung des englischen Kohlenabsatzes infolge der staatlichen Subvention eingetreten.

Englands Kohlenausfuhr (Mill. t.)

	Ausfuhr	Bunkerkohle
1913	77,9	21,4
1922	69,0	18,6
1923	85,8	18,5
1924	66,6	18,0
1925	52,8	16,2

Die Erdölvorräte der Welt

In der nachfolgenden Tabelle ist der unausgebeutete Vorrat an Erdöl der Vereinigten Staaten gleich 100 gesetzt und die Vorräte der anderen Staaten damit verglichen. Es zeigt sich, daß die außerhalb der Vereinigten Staaten vorhandenen Erdölvorkommen das Fünffache betragen. Die Vorräte in Mexiko und Südamerika betragen zusammen das Doppelte jener der Vereinigten Staaten. Die Vorräte der Sowjetunion sind fast so groß wie jene der Vereinigten Staaten. Alle Schätzungen sind aber *unvollständig und ungenau*; selbst in den bestdurchforschten Gebieten werden immer neue Erdölfelder entdeckt, z. B. auch in den Vereinigten Staaten. Die Erdölvorräte der Vereinigten Staaten werden heute als viel größer angenommen wie vor einigen Jahren (und wie es in der untenstehenden Tabelle aufgenommen ist), und nach dem Gutachten des American Petroleum-Instituts soll man mit einer baldigen Erschöpfung der Oelfelder in den Vereinigten Staaten nicht rechnen. Außerdem macht die künstliche Herstellung flüssiger Brennstoffe in der letzten Zeit große Fortschritte. Die verschiedenen Verfahren sind aber noch nicht so weit entwickelt,

[1]) Ohne Irland.

daß sie vorläufig den Kampf um den Besitz der Petroleumgebiete abschwächen könnten.

Gebiet	Relative Größe	Vorräte in Mill. Barrels
Vereinigte Staaten	100	7000
Kanada	14	995
Mexiko	65	4525
Nördliches Südamerika (Peru einbegriffen)	82	5730
Südliches Südamerika (Bolivien einbegriffen)	51	3550
Algerien und Aegypten	13	925
Persien und Mesopotamien	83	5820
Südostgebiete der Sowjetunion in Europa, Südwest-Sibirien und Kaukasus	83	5830
Rumänien, Galizien, Westeuropa	16	1135
Nördliche Gebiete der Sowjetunion und Sachalin	13	925
Japan und Formosa	18	1235
China	20	1375
Indien	14	995
Insulinde (Niederl.-Indien usw.)	43	3015
Zusammen:		43 055

Erdölproduktion der Welt

Unsere Tabelle zeigt das sprunghafte Anwachsen der Weltproduktion an Erdöl. Wir sehen, daß die Vereinigten Staaten in gewaltigen Sprüngen ihre Produktion vermehrt haben. Die Produktion der anderen Länder zeigt ein allgemeines Anwachsen, das prozentual sehr groß ist — insbesondere in Persien und in den südamerikanischen Staaten — in absoluten Zahlen aber verglichen mit jenen der Vereinigten Staaten und Mexikos klein ist. Die Erdöl-Förderung der Sowjetunion erreicht allmählich wieder den Vorkriegsstand.

Jahr	Welt-produktion	Verein. Staaten	Mexiko	Sowjet-union	Persien	Niederl. Indien	Venezuela	Rumänien	Peru	Brit. Indien	Polen	Trinidad	Argentinien	Brit. Borneo	Japan u. Formosa	Aegypten
	Millionen Barrels[1]															
1913	383	248	27	63	3	11	—	14	2,1	—	8	0,4	0,1	—	3,1	—
1922	855	558	182	33	22	17	2,1	10	4,2	7,7	5	2,6	1,8	1,5	2,5	1,4
1923	1019	733	135	39	28	20	4,0	11	5,4	8,3	5,7	3,0	3,4	3,9	1,8	1,0
1924	1013	714	140	45	32	21	9,5	13	7,8	8,1	5,7	4,3	4,7	4,5	1,6	1,1
1925	1059	755	113	55	35	22	19,0	15	11,0	8,0	5,8	4,8	5,0	5,0	2,0	1,2

[1]) 1 Barrel (Faß) = 158,98 Liter. Zwischen Barrel, Gallone, Tonne und Kilogramm bestehen folgende Beziehungen.

	Rohöl	Benzin	Raffin. Petroleum (Leuchtöl)	Schmieröl	Heizöl	Gasöl
1 Barrel	= 42 Gall.	50 Gall.	50 Gall.	50 Gall.	50 Gall.	50 Gall.
1 Barrel	= 0,133 t.	0,114-0,119 t	0,147 t	0,143 t	0,146 t	0,136 t
1 Gallone	= 3,17 kg.	2,72-2,84 kg	2,95 kg	3,40 kg	3,47 kg	3,25 kg

Anteil an der Welterdölproduktion

	in Prozent		
	1913	1924	1925
Vereinigte Staaten	64,7	70,5	71,3
Mexiko	7,0	13,8	10,6
Sowjetunion	16,4	4,4	5,2
Persien	0,4	3,1	3,3
Niederländisch-Indien	2,9	2,1	2,1

Standard Oil und Royal Dutch

Die Standard Oil Comp. of New Jersey (Kapital der Muttergesellschaft 700 Millionen Dollar) hat im Jahre 1924 65 Millionen Barrels (8,6 Mill. t) Rohöl produziert, also nicht einmal zehn Prozent der Produktion der Vereinigten Staaten. Die Raffination der Gesellschaf stellte sich aber auf 136,5 Millionen Barrels. Die Gesellschaft kauft also mehr Rohöl, als sie produziert. 1925 hat die Standard Oil große Anstrengungen zur Erweiterung ihres Produktionsgebietes gemacht.

Der andere mächtige Petroleum-Trust, die Royal Dutch Shell (Grundkapital der Muttergesellschaft 228 Millionen Dollar), ist ein größerer Produzent. Auf seinen Petroleumfeldern wurden 1924 13,3 Millionen Tonnen, etwa 100 Millionen Barrels Erdöl erzeugt — zehn Prozent der Weltproduktion. (1925: 12,9 Millionen Tonnen.) Nach einzelnen Ländern stellten sich die Produktionsergebnisse der Gesellschaft wie folgt:

	1924	1925
	Millionen	Tonnen
Niederländisch-Indien	2,83	3,00
Britisch-Borneo (Sarawak)	0,54	0,61
Aegypten	0,16	0,18
Rumänien	0,45	0,39
Mexiko	2,69	1,38
Venezuela	1,16	1,64
Vereinigte Staaten		
Shell Co. of California	3,59	3,31
Roxana	1,90	2,33
	13,32	12,84

Die zwei Gesellschaften beherrschen nicht als Produzenten, sondern als Transport- und Verkaufsorganisationen (durch ihre Rohrleitungen, Tankschiffe, Bunkerstationen usw.) die anderen Produzenten und den Erdölmarkt. Sie haben nur einen gefährlichen Gegner: die Sowjetunion.

Das Erdöl in den Vereinigten Staaten

	Tausend Barrels[1]) Produktion	Einfuhr	Verbrauch
1913 Monatsdurchschnitt	20 704	1 484	21 808
1917 "	27 943	2 514	31 478
1920 "	36 911	9 054	43 732
1921 "	39 137	10 442	43 998
1922 "	45 933	10 362	49 370
1923 "	60 330	6 835	59 526
1924 "	58 939	6 481	62 486
1925 "	62 988	5 167	65 155

Wasserkräfte und Wasserkraftausnutzung der Welt
(in Millionen Pferdekraftjahren) [2])

Die Verwertung der Wasserkräfte nimmt von Jahr zu Jahr in einem raschen Tempo zu, insbesondere in Europa und Nordamerika. Die mächtigen Wasserkräfte in Afrika, in Asien, in Südamerika blieben bis jetzt fast vollständig unausgenützt.

	Verfügbare Wasserkraft	Ausgebeutet 1920	Ausgebeutet 1923
Afrika	190	0,011	0,014
Asien	71	1,2	2,0
Nordamerika	68	12,2	13,7
Südamerika	54	0,42	0,68
Europa	45	8,9	12,3
Ozeanien	17	0,5	0,22
Insgesamt:	445	23,0	28,9

Länder mit großen Wasservorräten

Belgisch-Congo u. Mandatsgebiet	90	0,0003	?
Vereinigte Staaten	35	9,2	10,0
Französisch-Congo	35	—	?
Indien	27	0,15	0,20
Brasilien	25	0,25	0,45
Kanada	20	2,4	3,2
China	20	0,002	?
Sowjetunion	15[3])	0,15	?
Französ. Mandat in Kamerun..	13	—	?
Nigeria und Britisches Mandat in Kamerun	9	—	?
Japan	6	1,0	1,7
Mexiko	6	0,4	?

1) Ohne Gasoline.
2) Nach den Angaben der US Geological Survey.
3) Der größte Teil in Sibirien (8 Mill.) und im Kaukasus (5 Mill.).

Länder mit fortgeschrittener Wasserkraftausbeutung[1])

	Verfügbare Wasserkraft	Ausgebeutet 1920	Ausgebeutet 1923
Vereinigte Staaten	35	9,2	10,0
Kanada	20	2,4	3,2
Frankreich	4,7	1,4	2,1
Deutschland	6	1,0	1,9[2])
Norwegen	5,5	1,4	1,8
Schweden	4,5	1,2	1,4
Italien	3,8	1,2	1,8
Schweiz	1,4	1,1	1,5
Japan	6	1,0	1,7

III. Metallproduktion

Im Zeitalter der modernen Technik ist die Produktion und der Verbrauch von Metallen eines der wichtigsten Zeichen der Konjunkturgestaltung. Vor allem spielt Eisen und Kupfer eine ausschlaggebende Rolle.

Aus den folgenden Daten geht hervor, daß sich 1. die Konjunktur im Weltmaßstabe 1924/25 gebessert hat; 2. daß die Vereinigten Staaten in der Produktion und im Verbrauch von Metallen führend sind. Es ist hierbei zu bemerken, daß, während die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren aus den Vereinigten Staaten im Verhältnis zur riesigen Produktion unbedeutend ist, ein sehr großer Teil des Kupfers ausgeführt und in Europa, vor allem in Deutschland, verarbeitet wird.

Eisenerzgewinnung

Die übergroße Mehrzahl der bekannten Eisenerzlager befinden sich in den Vereinigten Staaten. Auch in der Produktion stehen die Vereinigten Staaten an der führenden Stelle. In Europa produzierte vor dem Kriege Deutschland die größte Menge Eisenerz. Heute steht Frankreich an der Spitze, nachdem die lothringischen Eisenerzlager in französischen Besitz übergegangen sind. In Europa ist eine langsame Erholung des Eisenerzbergbaus bemerkbar.

		Produktion in Millionen Tonnen				
	Vorkommen	1913	1922	1923	1924	1925
Europa[3])	20 460	110,0	49,9	55,7	—	—
Frankreich	7 720	21,9	21,1	23,3	29,0	30
Großbritannien	5 800	16,2	6,9	11,0	11,2	8
Schweden	1 350	7,5	6,2	5,6	6,5	8
Luxemburg	270	7,3	4,4	4,1	5,3	—
Spanien	955	10,8	3,2	3,9	—	—

[1]) In den letzten zwei Jahren hat die Ausnützung der Wasserkräfte in allen Ländern: Vereinigte Staaten, Frankreich, Deutschland weitere Fortschritte gemacht.
[2]) 1924.
[3]) Die in Ausbeutung befindlichen Eisenerzvorkommen Europas werden auf über 10 Milliarden Tonnen geschätzt.

(Eisenerzgewinnung — Fortsetzung)

	Vorkommen	Produktion in Millionen Tonnen 1913	1922	1923	1924	1925
Deutschland[1]) ..	1 310	27,7	5,1	3,7	—	8
Sowjetunion[2]) ..	—	10,6[5])	0,23	0,5	1,1	—
Tschechoslowakei	330	1,8	0,3	0,7	1,2	—
Oesterreich	240	2,0	1,1	1,2	0,7	—
Vereinigte Staaten	76 350	60,6	51,4	70,9	52,9	63
Neufundland	4 000[3])	1,3	1,0	0,7	—	—
Cuba	15 150	1,6	0,5	0,4	—	—
Chile	—	0,014	0,3	0,7	—	—
China	—	0,44	1,1	0,8	—	—
Britisch-Indien ..	—	0,38	0,6	0,8	—	—
Algerien	—	1,3	1,0	1,4	1,8	—
Tunesien	—	0,6	0,5	0,8	0,8	—
Australien	—	0,2	0,2	0,6	—	—
Welt	138 0(0[4])	176,8	123,8	133,3	—	138

Manganerzgewinnung

Die jährliche Weltproduktion an Manganerzen wird auf 1,75 Mill. t geschätzt. Mehr als 90 Prozent der Produktion werden von der Stahlindustrie der Welt verbraucht. Die restlichen rund 10 Prozent werden zur Fabrikation von Trockenelementen, Glas, Chemikalien und in gewissem Umfange auch von Farben konsumiert. Obgleich Manganerze an vielen Stellen der Erde gefunden worden sind, ist die Ausbeutung der meisten Vorkommen unrentabel mit Ausnahme derjenigen in der Sowjetunion, Indien und Brasilien. Im Jahre 1913 deckten diese drei Länder 95 Prozent des Weltbedarfs, indem sie zusammen etwa 2 Mill. t förderten.

Die Sowjetunion besitzt sehr ausgedehnte Lagerstätten von Manganerzen. Allein die Gruben im Chiaturi-Bezirk (Georgische Sowjetrepublik) werden auf 146 bis 250 Mill. t geschätzt, während vergleichsweise die Vorräte in den drei wichtigsten Distrikten Indiens nur auf 11,1 Mill. t und in den wichtigsten brasilianischen Gruben auf 10 Mill. t veranschlagt werden. Das gewöhnliche Kaukasus-Erz enthält 48 bis 50 Prozent Mangan und die Vorräte an solchem hochwertigen Erz sind praktisch unbegrenzt.[1])

Länder:	Produktion in 1000 t 1913	1922	1923	1924	1925
Sowjetunion	1 222	86	216	383	500
Britisch-Indien	828	482	706	—	—
Brasilien	122	341	236	157	150
Vereinigte Staaten					
Erze mit 5 bis 10% Mangangehalt	—	256	1090	898	—
Erze mit 10 bis 35% Mangangehalt	10	350	325	—	—
Erze mit 35% u. mehr Mangangehalt	4	14	32	58	—
Deutsches Reich					
Erze mit 12% Mangangeh. aufwärts	331	134	104	—	—
Davon mit über 30%	0,8	5,5	10,2	—	—

Noten siehe nächste Seite.

Die Roheisen- und Stahlproduktion der Welt

Die Roheisen- und Stahlproduktion der Welt ist 1925 bedeutend gewachsen und hat das Produktionsniveau von 1913 (Eisen und Stahl insgesamt) überschritten. In Europa dagegen ist, trotz der gewaltigen Steigerung der Produktion 1924 und 1925, der Vorkriegsstand noch nicht erreicht. Luxemburg produzierte 1925 mehr als 1913, Deutschland, Frankreich, Belgien ebensoviel. Die Produktion in England ging dagegen in den letzten Jahren stark zurück; 1925 war sie (Eisen und Stahl insgesamt) um 24 Prozent geringer als 1913.

Die Vereinigten Staaten produzierten 1925 ebensoviel Eisen wie Europa, aber 5 Millionen Tonnen — das sind 12 Prozent — mehr Stahl als dieses.

In Millionen Tonnen

Länder	Eisen					Stahl				
	1913	1922	1923	1924	1925	1913	1922	1923	1924	1925
Vereinigte Staaten	31,5	27,7	41,0	31,6	37,0	31,8	36,2	45,7	37,2	45,2
Deutschland	10,9[1])	9,4[2])	4,9[2])	7,2[2])	10,2	11,7[1])	11,7[2])	6,3[2])	9,2[2])	12,2
Saargebiet	1,4	1,2	0,9	1,3	1,5	2,1	1,3	1,0	1,4	1,6
Großbritannien	10,4	5,0	7,6	7,4	6,3	7,8	6,0	8,6	8,4	7,5
Frankreich	9,0[3])	5,2	5.3	7,7	8,4	7,0[3])	4,5	5,0	6,9	7,3
Sowjetunion	4,2	0,1	0,3	0,7	1,5	3,6	0,36	0,6	1,0	1,9
Belgien	2,5	1,6	2,1	2,8	2,5	2,5	1,6	2,3	2,9	2,5
Luxemburg	2,5	1,7	1,4	2,2	2,3	1,2	1,4	1,2	1,9	2,1
Tschechoslowakei	—	0,34	0,75	1,1	1,3	—	0,64	1,0	1,4	1,5
Polen	1,0[4])	0,5	0,5	0,4	0,3	1,6[4])	1,0	1,1	0,7	0,8
Schweden	0,7	0,3	0,3	0,5	0,4	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5
Oesterreich	0,6	0,3	0,3	0,3	0,38	—	0,6	0,5	0,4	0,46
Britisch-Indien	—	0,35	0,45	0,8	0,8	0,07	0,15	0,2	0,2	0,25
Japan	0,24	0,48	0,48	0,48	0,48	0.22	0,37	0,5	0,5	0,55
China	—	0,41	0,38	0,38	—	—	0,15	0,15	0,15	—
Australien	—	0,25	0,3	0,3	—	—	0,1	0,2	0,2	—
Europa	46,1	26,2	25,5	32,5	37,0	42,0	30,2	29,9	36,6	40,8
Welt	79,0	55,9	69,1	66,4	75,2	75,3	68,4	77,6	75,6	88,8

Hochöfen

Durch die Zahl der Hochöfen ist die Produktionskapazität eines Landes nicht charakterisiert, weil die Leistungsfähigkeit einzelner Hochöfen sehr verschieden ist. Gewöhnlich sind die neueren, leistungsfähigeren Hochöfen in Betrieb gesetzt. (Es scheint, daß die Zahl der

[1]) Ohne Elsaß-Lothringen, Saargebiet, Poln.-Oberschlesien. [2]) Nach „Stahl und Eisen". [3]) Elsaß-Lothringen mit einberechnet. [4]) Poln.-Oberschlesien mit einberechnet.

Noten zur Seite 175.

[1]) Jetziges Gebiet ohne Ostoberschlesien und Saargebiet.

[2]) In der Sowjetunion sind noch große Gebiete unerforscht, in den letzten Jahren wurden neue mächtige Eisenerzlager entdeckt.

[3]) In Ausbeutung befindlich.

[4]) Nur in Europa und Amerika. Ueber Asien, Afrika, Australien haben wir nicht einmal annähernde Schätzung.

[5]) Altes Gebiet.

veralteten Hochöfen in England sehr groß ist.) Die Aenderung der Zahl der in Betrieb befindlichen Hochöfen ist ein — wenn auch nicht genaues — Zeichen für den Gang der Konjunktur in der Eisenindustrie.

Hochöfen in Betrieb

Länder	Jahr	Januar	April	Juli	Oktober	Dezemb.	Vorhandene Hochöfen am Ende d. Jahr
Ver. Staaten ..	1923	262	310	297	245	232	417
" ..	1924	248	230	144	182	228	403
" ..	1925	251	220	190	206	234	378
England	1923	183	216	206	189	204	484
"	1924	190	194	174	171	167	482
"	1925	172	158	136	136	141	482
Frankreich ...	1923	90	88	107	116	125	219
"	1924	134	136	133	135	133	220
"	1925	133	139	144	143	147	219
Belgien	1923	37	37	40	39	40	56
"	1924	41	47	49	47	49	56
"	1925	50	52	32	32	32	56
Deutschland ..	1925	—	119	108	93	83	208[1])

Verbrauch von Eisen und Stahl pro Kopf in den größten Industrieländern

	Verbrauch pro Kopf in kg 1913	1925	Zunahme (+) bzw. Rückgang (—) in Prozent
Vereinigte Staaten	656	707	+ 7,8
Deutschland	401	324	— 19
Großbritannien	341	284	— 16,7
Frankreich	228	312	+ 37

Zinnerzgewinnung (in Millionen Tonnen Zinngehalt)

Die Zinnerzgewinnung hat im Jahre 1924 den Vorkriegsstand erreicht. In dem Zinnerzbergbau führen noch immer die Malayischen Staaten; die Bedeutung von Niederländisch-Indien und Bolivien in der Weltproduktion nimmt aber immer mehr zu.

	Großbritannien	Nigerien	Malayische Staaten	Niederländ.-Indien	Siam	China	Bolivien	Australien	Welt
1913	5,3	3,6	52,1	21,1	6,7	8,4	26,8	7,8	136
1920	3,1	5,2	36,3	22,3	6,3	12,0	38,9	4,2	124
1921	0,7	5,1	36,0	27,8	6,2	11,3	19,1	3,0	108
1922	0,4	5,2	37,8	29,1	7,2	14,0	32,1	3,7	131
1923	1,0	5,9	40,5	31,5	6,3	8,9	30,3	2,3	131
1924	2,0	6,1	47,0	—	7,6	8,0	32,0	2,4	136

1) Anfang 1926.

Kupfer, Blei, Zink[2]) (in 1000 Tonnen)

Die Produktion dieser Metalle stieg in den letzten Jahren allmählich; sie ist bedeutend größer als vor dem Kriege Insbesondere ist die Zunahme der Kupferproduktion auffallend. In Europa hat sich 1924 25 eine starke Produktionssteigerung bemerkbar gemacht; der Vorkriegsstand wurde aber noch nicht erreicht.

	Kupfer				Blei				Zink			
	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925
Belgien	—	—			103,5	51,1	53.7	50,0	204,2	163,2	179,7	189,5
Deutschland[1])	25,3	17,0			191,2	52,0	50,0	50,0	278,0[4])	123,6[4])	130,2[4])	171,8[4])
Frankreich[1])	11,9	2,5	88,0[3])	106,0[2])	28,8	17,4	21,0	—	67,9	39,1	55,6	—
Großbritannien[1])	52,2	17,2			30,4	6,8	5,4	5,2	66,2	35,0	43,1	42,7
Spanien	24,0	13,2			198,8	100,0	125,0	110,0	6,0	10,9	12,3	—
Vereinigte Staaten[1])	557,4	833,7	898,5	948,1	398,0	470,0	535,0	560,0	340,0	531,2	535,8	590,9
Kanada	34,9	36,5	48,2	36,0	17,1	48,9	78,5	100,0	—	27,4	44,8	—
Mexiko	52,8	54,9	44,6	42,0	55,5	155,7	164,1	180,0	—	—	—	—
Chile nnd Peru	70,0	225,4	227,9	237,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Belgisch Kongo	7,4	57,9	84,4	98,7	—	—	—	—	—	—	—	—
Australien	43,8	18,1	14,3	12,0	115,6	124,6	127,6	140,0	4,2	45,1	52,2	51,3
Japan	66,5	63,8	69,4	72,1	3,8	3,0	2,0	—	1,5	14,0	—	—
Europa	116,0	80,0	88,0	106,0	565,0	293,0	327,0	—	—	—	—	—
Welt	980,0	1215,0	1363,0	1427,0	1177,5	1195,1	1322,1	1375,0	—	928,5	1107,9	1246,5

[1]) Aus heimischem und fremden Erz. [2]) Die Mengen aus Altmaterial nicht miteinbegriffen. [3]) Europa. [4]) Deutschland und Polnisch-Oberschlesien. — Deutschland selbst 1924 84 600, 1925 107 200 Tonnen.

Aluminium

Die Bedeutung der Aluminiumproduktion wächst von Jahr zu Jahr in raschem Tempo. Die Vereinigten Staaten stehen an erster Stelle. Die weitere Entwicklung der Aluminiumerzeugung wird in den Ländern begünstigt, wo die Möglichkeit der Erzeugung billiger elektrischer Energie vorhanden ist.

	Verein. Staaten	Norwegen	Frankreich	Deutschland	Schweiz	Großbritannien	Kanada	Oesterreich
				in 1000 Tonnen				
1913	22,5	1,5	13,5	12[1])	—	7,6	5,9	—
1920	87,3	5,6	12,3	31[1])	—	8,0	12,0	—
1921	36,0	5,0	8,4	27[1])	—	1,3	8,0	—
1922	50,0	4,9	12,0	30[1])	—	5,0	10,0	—
1923	90,0	13,3	17,0	16,1	15,0	8,0	12,0	1,5
1924	112,0	22,0	22,0	20,0	20,0	15,0	—	3.0

Weltproduktion von Silber (in Millionen Unzen fein)

Fast 75 Prozent des jährlich produzierten Silbers wird in den drei nordamerikanischen Ländern: Mexiko, Vereinigte Staaten, Kanada gewonnen. Mexiko steht an der Spitze.

Jahr	Ver. Staaten	Kanada	Mexiko	Welt
1913	66,8	31,5	55,5	209,9
1914	72,5	27,3	26,1	174,7
1915	75,0	26,6	22,9	173,0
1916	74,4	25,5	29,8	178,3
1917	71,7	22,2	42,0	186,6
1918	67,8	21,3	62,5	202,7
1919	56,7	16,0	62,7	178,4
1920	55,4	12,8	66,7	173,3
1921	53,1	13,1	64,5	171,3
1922	56,2	18,6	81,0	213,5
1923	73,0	18,0	91,0	242,0
1924	65,0	20,0	91,0	236,0
1925	66,0	19,0	91,0	240,0

Goldproduktion der Welt (in 1000 Unzen[2])

Die Goldproduktion nimmt in den letzten Jahren zu, der Vorkriegsstand wurde aber noch nicht erreicht. Ein überwiegend großer Teil (mehr als die Hälfte) des neuproduzierten Goldes wird in Südafrika gewonnen; in der Sowjetunion, wo mächtige Goldfelder entdeckt wurden, erfährt die Goldproduktion in der letzten Zeit neue Belebung.

1850	2 820	1920	16 303
1860	4 983	1921	15 975
1870	4 770	1922	15 451
1880	5 148	1923	17 751
1890	5 749	1924	18 602
1900	12 315	1925	18 834
1910	22 022		

[1]) Deutschland, Oesterreich, Schweiz insgesamt.
[2]) Eine Unze fein = 20,67 Dollar. — 1 Unze = 28,3 gr.

IV. Textilindustrie

Allgemeine Uebersichten über die Produktion der einzelnen Industriezweige sind nur in den Vereinigten Staaten vorhanden. Eine Ausnahme macht die Baumwollindustrie; über den Baumwollverbrauch werden internationale Berichte regelmäßig veröffentlicht.

Die Zahl der Baumwollspindeln stieg gegenüber der Vorkriegszeit; dieser Aufschwung ist die Folge der Entwicklung der Baumwollindustrie Indiens, Japans, Chinas und der Vereinigten Staaten von Amerika. Es entfällt aber noch immer mehr als ein Drittel der Baumwollspindeln der ganzen Welt auf England. In den letzten zwei Jahren hat keine besondere Verschiebung in der Baumwollspindelzahl der einzelnen Länder stattgefunden.

Baumwollspindeln und Baumwollverbrauch der Welt

Länder	Spindelzahl in 1000 Stück lt. Schätzung		Verbrauch in 1000 Ballen				
	31. Aug. 1913	31. Juli 1914	1912/13	1922/23	1923/24	1924/25	Halbjahr mit Ende 31.Jan.1926
Großbritannien	55 553	56 750	3 825	2 596	2 718	3 235	1 646
Frankreich	7 400	9 359	987	1 036	1 063	1 122	567
Deutschland	11 186	9 464	1 702	1 003	946	1 211	647
Sowjetunion	7 668	7 246	—	509	597	1 242	847
Italien	4 600	4 570	744	849	942	1 002	521
Tschechoslowakei	—	3 460	—	240	417	484	270
Spanien	2 000	1 813	329	352	366	352	203
Belgien	1 492	1 741	257	372	296	305	176
Schweiz	1 398	1 515	89	96	101	108	59
Polen	1 322	1 101	310	177	179	209	95
Oesterreich	4 909[1])	1 051	—	101	133	136	89
Niederlande	475	686	85	108	56	136	76
Schweden	534	568	82	78	86	83	46
Portugal	480	503	74	86	91	75	41
Finnland	222	251	35	32	30	28	18
Dänemark	90	80	26	28	21	18	12
Norwegen	75	66	11	7	6	10	3
Indien	6 084	7 928	1 698	1 909	2 065	2 440	942
Japan	2 300	4 825	1 581	2 513	2 337	2 459	1 344
China	1 000	3 300	—	1 429	1 571	1 339	844
Vereinigte Staaten	32 149	37 786	8 230	6 622	5 612	6 127	3 151
Kanada	855	1 167	108	141	152	148	121
Mexiko	700	802	47	86	147	193	115
Brasilien	1 200	1 700	183	555	379	533	362
Andere Länder	661	1 051	—	49	91	173	94
Welt	143 453	158 783	22 533	20 884	20 396	23 168	12 289

Die englische Baumwollindustrie befindet sich in den letzten Jahren in einer ständigen Krise. Der Baumwollverbrauch Deutschlands und Frankreichs insgesamt bleibt auch noch immer bedeutend hinter dem Vorkriegsverbrauch. Die Ursache dafür ist nicht nur das Zusammenschrumpfen des europäischen Marktes, sondern auch die Entwicklung der Textilindustrie der orientalischen und mancher euro-

[1]) Oesterreich-Ungarn.

päischen Länder. So ist erklärlich, daß, obwohl sich 63 Prozent der Spindeln in Europa befinden, nur 43 Prozent der verbrauchten Baumwolle in Europa verarbeitet werden. Bemerkenswert ist der mächtige Aufschwung der Textilindustrie in der Sowjetunion.

Baumwollspindeln und Baumwollverbrauch nach Kontinenten

	Zahl der Spindeln in Tausenden 31. Juli 1924	Verbrauch in 1000 Ballen			
		1912/13	1920/21	1923/24	1924/25
Welt	158 783	22 533	16 914	20 396	23 168
Europa	100 224	10 686	6 826	8 048	9 756
Amerika	41 455	8 568	5 917	6 292	7 001
Asien	16 053	3 279	4 171	5 973	6 238

V. Welthandel und Weltverkehr

Eisenbahnen

Die untenstehenden Tabellen zeigen die Länge des Eisenbahnnetzes in den verschiedenen Ländern und den einzelnen Weltteilen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen ergibt sich erst, wenn wir die Länge des Eisenbahnnetzes mit der Fläche der betreffenden Länder oder mit der Bevölkerungsdichte vergleichen. Der Länge nach stehen die Vereinigten Staaten an erster Stelle, die über ein Drittel des Welteisenbahnnetzes verfügen, im Verhältnis zur Bevölkerung ist aber das Eisenbahnwesen in Kanada am meisten entwickelt; das dichteste Eisenbahnnetz finden wir in Belgien, in der Schweiz, in Deutschland und in Großbritannien.

Die Entwicklung des Welteisenbahnnetzes hat sich seit Beginn des Weltkrieges sehr verlangsamt. Während die Länge des Eisenbahnnetzes zwischen 1900 und 1910 um 200 000 km zugenommen hat, war die Zunahme zwischen 1913 und 1922 nur 80 000 km.

Länge der in Betrieb befindlichen Eisenbahnen nach Weltteilen (in 1000 km)

	1890	1900	1910	1913	1920	1922
Europa	223,9	—	—	346,7	365,4	369,7
Amerika	331,4	—	—	567,1	589,0	592,4
Asien	33,7	—	—	108,0	112,7	120,9
Afrika	9,4	—	—	44,3	47,1	49,5
Australien	18,9	—	—	35,7	38,1	47,4
Insgesamt:	617,3	800	1019	1101,8	1152,2	1179,8

Staatsbesitz an Eisenbahnen (1922)

Es sind in Australien etwa 80, in Asien etwa 75, in Europa und Afrika mehr als 50 Prozent des Eisenbahnnetzes in Staatsbesitz. In Amerika ist der Privatbesitz an Eisenbahnen überwiegend. Die Ver-

einigten Staaten, Großbritannien und Spanien haben gar keine Eisenbahnen in Staatsbesitz.

	Eisenbahnen	Davon in Staatsbesitz
	1000 km	
Europa	369,7	195,0
Amerika	592,4	91,5
Asien	120,9	91,4
Afrika	49,5	25,8
Australien	47,4	38,3

Britischer Anteil an dem Besitz des Eisenbahnnetzes[1]

Die Tabelle zeigt die Vormachtstellung des britischen Eisenbahnbesitzes in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Das englische Kapital ist aber auch anderwärts in den Eisenbahnen stark interessiert. (Kanada, Vereinigte Staaten, verschiedene Staatsanleihen zu Eisenbahnbauten, Anleihen für Eisenbahngesellschaften.) Der bedeutendste Teil des ausgeführten englischen Kapitals ist in Eisenbahnen angelegt.

	Gesamtlänge	Unter britischer Kontrolle	
	1000 km	1000 km	Prozent
Asien	121,0	103,0	83
Lateinamerika	137,2	57,8	45[2]
Australien	47,4	fast alles	100
Afrika	49,5	37,6	70

Unterseekabel

England hat den größten Besitz der Unterseekabel. Daneben ist noch der Besitz der Vereinigten Staaten und Frankreich von größerem Belang. Die Bedeutung der Kabel ist infolge der Verbreitung der drahtlosen Telegraphie stark gesunken.

	Im Staatsbesitz	Im Privatbesitz in Kilometer	Insgesamt
England	20 387	264 550	284 937
Vereinigte Staaten	4 915	139 604	144 519
Frankreich	31 354	33 415	64 769
Dänemark	945	15 623	16 568
Japan	14 487	—	14 487
Niederländisch-Indien	12 727	—	12 727
Spanien	6 900	—	6 900
Italien	6 702	—	6 720
Deutschland	3 600	4 427	8 027
Andere Länder	55 593	—	—
Insgesamt	157 610	457 619	615 229

---

[1]) Eisenbahnen im Besitz der Regierungen der Dominions bzw. Kolonien oder britischer Gesellschaften. Auf Grund der Angaben des Railway Yearbook zusammengestellt.

[2]) Ein bedeutender Teil auch der Staatseisenbahnen wurde aber in den lateinamerikanischen Staaten aus englischen Anleihen gebaut.

Länge der Eisenbahn- und Telegraphenlinien

Staat	Eisenbahn [1]) 1000 km	Eisenbahn auf 100 qkm	Telegraph.-linien [4]) 1000 km
Europa	369,7	—	—
Belgien	9,4	30,6	8,6
Bulgarien	2,6	2,13	6,5
Dänemark	5,0	11,2	4,2
Deutsches Reich	57,5	12,2	271,3
Estland	1,4	2,5	0,4
Finnland	4,4	1,14	5,8
Frankreich	53,6	9,7	208,0
Griechenland	3,2	1,55	24,4
Großbritannien und Irland	39,3	12,1	147,4
Italien	20,1	6,7	62,3
Jugoslavien	9,2	3,7	22,4
Lettland	2,6	3,9	2,6
Litauen	3,1	5,5	5,4
Luxemburg	0,5	19,2	1,0
Niederlande	3,4	10,0	8,3
Norwegen	3,5	1,03	24,1
Oesterreich	6,3	7,9	11,0
Polen	19,3[2])	3,9	28,0
Portugal	3,4	3,9	8,5
Rumänien	11,8	3,95	20,1
Sowjetunion	49,6	1,2	144,3
Schweiz	5,4	12,7	7,3
Schweden	15,4	3,4	12,4
Spanien	15,5	3,0	53,7
Tschechoslowakei	14,0	9,8	17,4
Ungarn	9,5	7,6	9,3
Amerika	592,4	—	—
Ver. Staaten und Alaska	401,1	5,4	392,9
Kanada	64,1	0,61	84,3
Mittelamerika u. Antillen	11,2	1,9	—
Mexiko	26,5	1,33	58,1
Argentinien	37,3	1,2	89,2
Bolivien	2,4	0,13	8,2
Brasilien	30,1	0,35	41,7
Chile	8,1	1,09	16,1
Columbien	1,5	0,13	19,4
Ecquador	1,0	0,32	6,8
Paraguay	0,5	0,11	3,3
Peru	3,2	0,23	11,5
Uruguay	2,7	1,5	7,7
Venezuela	1,7	0,17	9,3
Asien	120,9	—	—
Sowjetunion	10,6	0,07	—
Brit. Indien und Ceylon	61,1	1,14	152,6
China	11,0	0,1	88,3
Japan und Korea	19,8	3,2	58,9
Vorderasien[3])	6,2	—	—
Persien	0,6	0,04	12,3
Niederländisch Indien	3,6	0,19	24,1
Malaische Staaten	1,9	—	—
Indochina	2,4	0,34	—
Siam	2,3	0,44	6,8
Philippinen	1,3	0,33	—
Afrika	49,5	—	—
Aegypten und Sudan	7,9	0,22	—
Algerien, Tunis, Marokko	8,2	0,68	—
Belgisch Kongo	2,0	0,08	2,7
Englische Kolonien	8,1	—	—
Französische Kolonien	4,3	—	—
Portugiesisch Afrika	2,0	—	—
Südafrikanische Union	16,2	1,32	12,5
Australien	47,4	—	98,4

[1]) 1922 — Archiv für Eisenbahnwesen Jg. 1924 II. 4. [2]) Ohne Ost-Oberschlesien. [3]) Kleinasien, Syrien, Cypern. [4]) Zum größten Teil nach der Statistique generale de la telegraphie — Berne 1925. — Die Länge der Leitung ist mehrfach größer, als diejenige der Telegraphenlinien.

Die Handelsflotten[1]) der wichtigsten Länder

Die Welttonnage ist ungefähr um 38 Prozent größer als 1914. Der Anteil Großbritanniens an der Welttonnage ist zurückgegangen. Am meisten hat die Handelsflotte von den Vereinigten Staaten und Japan zugenommen. Die Handelstonnage Deutschlands macht nur 42 Prozent der Vorkriegstonnage aus.

Ueber den Anteil der einzelnen Antriebsarten am Gesamtbestande unterrichten folgende Prozentsätze des Schiffsraumes:

	1914	1924	1925
Segelantrieb	8,06	3,92	3,50
Motorantrieb	0,45	3,09	4,20
Oelfeuerung	2,65	26,79	27,54
Kohlenfeuerung	88,84	66,20	64 76

Der Segelantrieb ist im Verschwinden, der Motorantrieb im raschen Wachsen begriffen. Mehr als ein Viertel der Handelsschiffe ist schon auf Oelfeuerung eingestellt, gegen 2,65 Prozent vor dem Kriege

Länder	100 Br.-R.-T.			Proz. d. Welttonnage		
	Juni 1914	Juni 1924	Juni 1925	Juni 1914	Juni 1924	Juni 1925
Großbritannien..................	18 877	18 917	19 274	44,4	32,9	32,8
Brit. Kolonien u. Dom.	1 407	2 213	2 230	3,3	3,8	3,8
Ver. Staaten von Amerika	1 837	11 823	11 605	4,3	20,5	19,7
Japan.........................	1 642	3 655	3 741	3,9	6.4	6,4
Frankreich.....................	1 918	3 193	3 262	4,5	5,5	5,6
Deutsches Reich	5 098	2 856	2 993	12,0	5,0	5,1
Italien	1 428	2 676	2 894	3,4	4,7	4,9
Niederlande....................	1 471	2 533	2 585	3,5	4,4	4,4
Norwegen......................	1 923	2 326	2 555	4,5	4,0	4,3
Schweden......................	992	1 146	1 215	2,3	2,0	2,1
Spanien........................	883	1 163	1 120	2,1	2,0	1,9
Dänemark......................	768	974	1 008	1,8	1,7	1,7
Griechenland...................	820	751	890	1,9	1,3	1,5
Belgien	341	555	538	0,8	1,0	0,9
Oesterreich-Ungarn	1 052	—	—	2,5	—	—
Sonstige	2 057	2 749	2 875	4,8	4,8	4,9
Zusammen:	42 514	57 530	58 785	100,0	100,0	100,0

Die Welthandelsflotte 1914 und 1919 bis 1925

Mitte des Jahres	1000 Brutto-Reg.-Tonnen			v. H. der Gesamttonnage	
	Dampf- und Motorschiffe	Segelschiffe	Insgesamt	Dampf- und Motorschiffe	Segelschiffe
1914	45 404	3686	49 090	91,9	8,1
1919	47 897	3022	50 919	94,1	5,9
1920	53 905	3409	57 314	94,1	5,9
1921	58 846	3128	61 974	95,0	5,0
1922	61 343	3022	64 371	95,3	4,7
1923	62 335	2831	65 166	95,7	4,3
1924	61 514	2509	64 023	96,1	3,9
1925	62 380	2261	64 641	96,5	3,5

1) Seegehende stählerne und eiserne Dampfer und Motorschiffe über 100 Br.-R.-T. (nach Lloyds Register).

Seeverkehr wichtiger Länder in Mittel von Ein- und Ausgang

Der Seeverkehr der Vereinigten Staaten ist jetzt der größte aller Länder, Großbritannien wurde an zweite Stelle gedrängt. Im Vergleich zum Vorkriegsstande hat aber nicht der Verkehr der Vereinigten Staaten, sondern der Japans am meisten zugenommen.

(Raumgehalt in Millionen Reg.-Tons netto)

	1913	1923	1924	1925
Vereinigte Staaten	52,3	66,4	68,6	69,8
Großbritannien	58,4	60,9	60,3	58,9
Japan	24,8	37,3	42,8	42,6
Frankreich	30,3	36,3	37,6	40,4
Deutschland	27,1	27,4	25,9	27,0
Belgien	16,9	20,4	21,9	20,0
Spanien	27,4	22,7	20,6	—
Niederlande	14,1	13,9	17,2	24,6
Italien	18,8	14,1	16,2	16,8
Dänemark	9,8	11,8	13,5	—
Uruguay	12,0	—	12,9	—
Schweden	13,8	12,2	12,4	13,5
Argentinien	11,5	7,7	12,4	—
Britisch-Indien	7,5	7,2	7,6	—
Algier	4,2	5,9	6,4	6,7
Aegypten	5,6	5,2	6,0	6,7
Irland	—	—	5,3	—
Griechenland	—	4,6	5,2	—
Australien	5,3	4,9	4,9	—

Verkehr der größten Seeschiffahrtskanäle

Kanal	Länge km	Zahl der durchfahrenden Schiffe				in Millionen Netto-Reg.-To.			
		1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925
Suez (1869)	160,0	4 979	4 672	5 121	5 337	16,2	17,9	19,8	21,4
Kiel (1895) [1]	97,6	54 628	44 191	42 373	42 288	10,3	15,1	13,4	14,7
Panama (1914)	80,8	1 075[2])	3 967	4 893	4 774	3,0[2])	14,9	20,9	18,3

Seeverkehr wichtiger Häfen in Mittel von Ein- und Ausgang

Der Verkehr sämtlicher wichtiger Häfen ist jetzt größer als vor dem Kriege. Neuyork steht an erster Stelle. Bemerkenswert ist, daß Shanghai auch einer der wichtigsten Häfen der Welt ist.

1) Wir geben nur die Zahl der Dampfschiffe an. 2) 1915.

(in Millionen Nettoregistertonnen)

	1913	1923	1924	1925
Neuyork	15,6	19,2	18,9	19,7
Antwerpen	12,0	14,5	17,2	17,0
London	12,6	14,6	16,3	17,2
Mersey-Häfen (England) ..	13,3	15,0	15,5	—
Rotterdam	12,2	11,4	15,1	16,1
Hamburg	13,1	14,5	14,4	15,3
Shanghai	9,3	—	16,2	15,1
Cherbourg	4,6	9,6	9,9	10,9
Buenos Aires	7,0	7,7	9,6	12,3
Southampton	6,7	8,5	9,2	9,3
Marseille	8,1	8,0	8,6	9,3
Montevideo	9,7	8,8	8,2	9,4
Genua	5,8	7,0	7,9	8,6
Lissabon	7,9	5,4	5,4	5,8
New Orleans (V. St. A.) ..	3,0	4,6	5,2	5,1
Kopenhagen	4,7	4,7	4,9	3,3
Amsterdam	2,6	4,3	4,7	3,6
Gotenburg (Schweden) ..	—	4,2	4,4	2,7
Le Havre	3,5	3,8	4,1	4,2
Bremen	3,5	4,2	4,1	4,4
Durban (Südafrika)	4,0	4,2	3,9	4,3

Weltschiffbau

Infolge der Krise der Weltschiffahrt kämpft auch der Schiffbau mit großen Schwierigkeiten. 1925 beträgt der Raumgehalt der vom Stapel gelassenen Handelsschiffe ungefähr zwei Drittel der Produktion von 1913. 1925 bedeutete keinen Fortschritt gegenüber 1924. Die im Bau befindliche Tonnage Ende 1925 ist noch kleiner als Ende 1924. Von der Krise der Schiffbauindustrie wird am schwersten England betroffen, obzwar der bedeutendste Teil der Tonnage noch immer dort erbaut wird. Verhältnismäßig günstig hat sich der Schiffbau 1925 in Italien entwickelt.

Raumgehalt der vom Stapel gelassenen Handelsschiffe von 100 und mehr Brutto-Tonnen (in 1000 Tonnen)

Jahr	Großbritannien	Brit. Dom.	Frankreich	Deutschland	Holland	Italien	Japan	Ver. Staaten	Welt
1913	1933	7	176	465	104	50	65	228	3333
1923	646	41	97	358	66	57	73	173	1643
1924	1440	44	80	175	69	83	73	139	2248
1925	1085	46	76	406	79	142	56	129	2193

Im Bau befindliche Handelsschiffe (in 1000 Brutto-Tonnen)

31. 12. 1923	1395	33	111	334	113	120	63	43	2444
" " 1924	1297	21	197	355	125	155	39	58	2474
" " 1925	885	30	167	234	109	310	52	105	2070

Automobilbestand der wichtigsten Länder

Ende 1924 war die Gesamtzahl der in Betrieb befindlichen Automobile rund 21,3 Millionen (Ende 1925 etwa 23 Millionen) gegenüber 12,6 Millionen Ende 1921. Nordamerika war 1924 am Weltbestand mit 18,5 Millionen beteiligt, während auf Europa 2 087 000, Australien 266 000, Südamerika 207 000, Asien 170 000, Afrika 87 000 entfielen. 83 Prozent der Automobile liefen Ende 1924 in den Vereinigten Staaten, wo jetzt schon ungefähr auf jeden sechsten Einwohner ein Automobil entfällt. In Europa hat Großbritannien die meisten Kraftfahrzeuge; die ziemlich rasche Verbreitung des Automobils ist fast überall bemerkbar.

Land	Zahl der Kraftwagen Ende 1925	Ende 1924	Zahl d. Einwohner je Kraftw. 1924	Land	Zahl der Kraftwagen Ende 1925	Ende 1924	Zahl d. Einwohner je Kraftw. 1924
Verein. Staaten	18 843 936	17 726 507	6	Sowjetunion	—	25 000	4 400
Großbritannien	903 021	778 211	60	Hawai	27 025	22 600	11
Kanada	719 718	636 489	14	Uruguay	23 600	20 890	72
Frankreich	735 000	573 397	71	Norwegen	25 660	20 467	132
Deutschand	323 000	216 300	290	Japan	32 700	19 693	2 500
Australien	291 212	205 000	27	Irland	32 000	17 400	260
Argentinien	178 050	120 000	75	Malakka	20 700	15 404	200
Italien	114 700	89 112	450	Oesterreich	17 300	15 140	420
Spanien	76 000	70 000	314	Philippinen	18 233	14 828	670
Belgien	92 713	65 500	121	Algerien	20 800	14 600	380
Brit.-Ostindien	69 127	63 500	4 950	Tschechoslow.	—	11 700	1 230
Schweden	81 600	63 000	95	Rumänien	13 000	11 000	1 500
Neuseeland	96 348	60 800	18	Portorico	12 900	10 263	129
Brit.-Südafrika	69 350	51 500	181	China	13 700	10 000	33 900
Dänemark	60 320	47 500	72	Portugal	13 450	9 000	680
Brasilien	63 650	44 834	700	Chile	7 000	8 000	470
Holl.-Ostindien	38 050	35 950	1 250	Polen	16 000	7 963	3 610
Mexiko	37 824	35 000	400	Aegypten	16 125	7 233	1 700
Kuba	37 650	33 124	80	Brit.-Westafrika	—	7 150	—
Holland	56 300	31 004	226	Ceylon	9 510	6 312	720
Schweiz	38 400	29 848	134	Peru	7 780	6 000	800
Ungarn	7 177	—	–	Barbados	—	1 410	116
Jugoslawien	6 660	6 000	2 600	Alaska	1 140	1 225	45
Indochina	3 500	5 750	3 000	Hongkong	1 445	1 055	460
Marokko	9 200	5 600	1 000	Martinique	1 223	1 025	190
Griechenland	9 000	5 500	1 070	Neufundland	—	870	304
Finnland	12 000	5 462	660	Malta	869	700	328
Panama	4 275	3 000	132	Bahamainseln	720	645	93
Jamaika	4 100	2 985	285	Guadeloupe	650	601	355
Luxemburg	—	2 768	99	Gesellsch.-Ins.	—	253	75
Kanarische Ins.	3 350	2 600	210	Gibraltar	500	240	141
San Domingo	—	2 100	339	Island	313	200	430
Danzig	1 482	1 757	210	Samoa	187	183	220
Brit.-Guayana	—	1 555	192	Brit.-Honduras	418	111	360

Der Außenhandel der wichtigsten Länder

Die Ein- und Ausfuhrwerte verschiedener Länder sind in dieser Tabelle auf Reichsmark umgerechnet, so daß die Angaben untereinander vergleichbar sind. Für die Länder mit starken Valutaschwankungen haben die Umrechnungen selbstverständlich nur einen annähernden Wert.

Der Außenhandel der wichtigsten Länder**)

	Einfuhr in Milliarden Reichsmark					Ausfuhr in Milliarden Reichsmark				
	1913	1922	1923	1924	1925	1913	1922	1923	1924	1925
Europa										
Belgien-Luxemb.[2])	3,75	3,04	2,89	3,41	3,56	2,94	2,04	2,12	2,69	2,90
Bulgarien*)	0,15	0,12	0,19	0,17	0,22	0,08	0,13	0,13	0,15	0,17
Dänemark . . . . G.	0,96	1,37	1,57	1,65	1,86	0,81	1,13	1,30	1,51	1,75
Deutschland*)	10,77	6,30[1])	6,15[1])	9,14[1])	12,43[1])	10,10	6,19[1])	6,10[1])	6,53[1])	8,80[1])
Estland . . . . G.	—	0,08	0,14	0,10	0,11	—	0,07	0,09	0,10	0,11
Finnland . . . . G.	0,40	0,36	0,52	0,50	0,58	0,33	0,41	0,50	0,53	0,59
Frankreich*)	6,82	8,23	8,34	8,79	8,82	5,57	7,35	7,76	9,08	9,10
Griechenland	0,14	0,43	0,43	0,75	—	0,10	0,35	0,18	0,33	—
Großbritannien . G.	15,70[8])	18,65	21,05	24,95	26,83	13,00[8])	15,30	17,01	18,26	18,81
Italien*)	2,95	3,15	3,31	3,55	4,38	2,33	1,89	2,13	2,62	3,06
Lettland . . . . G.	—	0,09	0,17	0,21	0,23	—	0,08	0,13	0,14	0,15
Litauen	—	—	0,06	0,09	0,10	—	—	0,06	0,11	0,10
Niederlande[3]) . . G.	6,61	3,27	3,30	3,79	4,14	5,20	2,00	2,14	2,66	3,05
Norwegen . . . . G.	0,62	0,96	0,94	0,91	1,05	0,44	0,58	0,58	0,62	0.79
Oesterreich*[4])	2,90	1,49	1,63	2,04	1,66	2,36	0,94	0,95	1,16	1,12
Polen (u. Danzig) G.	—	0,68	0,90	1,20	1,23	—	0,53	0,97	1,03	1,03
Rumänien*) . . . . G.	0,48	0,36	0,31	0,55	—	0,54	0,41	0,51	0,58	—
Schweden	0,95	1,22	1,44	1,56	1,62	0,92	1,27	1,27	1,40	1,53
Schweiz	1,56	1,53	1,70	1,92	2,14	1,11	1,41	1,33	1,58	1,65
Sowjetunion*[5]) . G.	2,97	0,58	0,31	0,47	1,60	3,28	0,18	0,44	0,65	1,22
Spanien	1,06	1,98	1,85	1,58	1,34	0,86	0,91	0,96	0,93	0,95
Jugoslavien . . . . G.	—	0,34	0,37	0,44	—	—	0,21	0,36	0,52	—
Tschechoslowakei	—	1,29	1,27	1,97	2,19	—	1,84	1,56	2,11	2,34
Ungarn	—	0,47	0,36	0,60	0,63	—	0,28	0,29	0,49	0,60
Asien										
Britisch-Indien[6]) G.	2,50	2,91	2,94	3,41	3,45	3,39	3,93	4,68	5,51	6,08
Ceylon . . . . G.	0,25	0,34	0,38	0,40	—	0,32	0,36	0,49	0,55	—
China	1,76	3,29	3,08	3,5	—	1,24	2,28	2,52	2,6	—
Franz. Indochina G.	0,19	0,29	0,28	0,30	—	0,23	0,38	0,29	0,39	—
Japan . . . . G.	1,53	3,79	4,05	4,24	4,40	1,32	3,28	2,95	3,21	3,98
Korea . . . . G.	0,15	0,51	0,56	0,46	—	0,06	0,43	0,55	0,4[illegible]	—
Niederl. Indien . G.	0,74	1,12	1,01	1,12	—	1,04	1,84	2,24	1,84	—
Straits Settlements . . . . G.	1,08	0,98	1,29	2,01	—	0,89	1,06	1,50	1,80	—
Amerika										
Argentinien . . . . G.	1,96	2,31	2,79	2,66	3,35	2,05	2,97	2,48	3,24	3,32
Brasilien . . . . G.	1,37	0,90	0,97	1,3	1,74	1,34	1,28	1,41	1,8	2,07
Kanada[6])	2,60	3,34	3,66	3,33	3,73	1,81	3,87	4,29	4,46	5,02
Chile . . . . G.	0,50	0,33	0,47	0,49	—	0,60	0,46	0,77	0,81	—
Kuba . . . . G.	0,60	0,76	1,12	1,2	—	0,69	1,40	1,75	1,7	—
Verein. Staaten . G.	7,53	13,07	15,92	15,16	17,76	10,43	16,09	17,50	19,27	20,62
Afrika										
Aegypten . . . . G.	0,59	0,83	0,90	0,98	1,21	0,68	0,99	1,19	1,29	1,26
Algerien . . . . G.	0,54	0,65	0,57	0.61	—	0,41	0,47	0,43	0,43	—
Südafrik. Union . G.	0,83	0,92	1,06	1,14	1,20	1,41	1,18	1,53	1,52	1,56
Australien										
Austral. Bund[7])	1,60	1,78	2,23	2,69	3,22	1,53	2,13	2,20	2,58	3,14
Neuseeland	0,44	0,65	0,83	0,90	1,03	0,47	0,79	0,88	0,96	1,08

Noten siehe folgende Seite.

Die Beteiligung der einzelnen Kontinente am Welthandel

Die Tabelle zeigt die fallende Bedeutung Europas und die wachsende Rolle Nordamerikas im Welthandel. Insbesondere die nordamerikanische Ausfuhr hat gegenüber dem Vorkriegsstand zugenommen. Der Gesamtwelthandel dürfte sich 1925 nur auf 95 Prozent des Vorkriegshandels belaufen.

Kontinentale Gruppe	Einfuhr		Ausfuhr		Insgesamt	
	1913 %	1924 %	1913 %	1924 %	1913 %	1924 %
Großbritannien	16,42	18,82	14,05	13,97	15,28	16,47
Mittel- und Osteuropa	21,18	15,26	21,17	13,10	21,44	14,37
Andere Länder Europas	31,74	27,77	26,64	24,05	29,27	25,83
1. Ganz Europa	69,34	61,85	62,40	51,12	65,99	56,66
2. Nord-Amerika[9])	12,23	16,29	15,83	22,10	13,96	19,10
3. Mittel-Amerika[10])	1,54	2,04	2,10	3,62	1,82	2,79
4. Süd-Amerika	5,59	4,95	6,60	6,78	6,07	5,84
5. Afrika	1,70	1,89	2,61	2,65	2,14	2,26
6. Asien	7,14	9,79	7,84	10,33	7,48	10,06
7. Ozeanien	2,46	3,19	2,62	3,40	2,54	3,29
Insgesamt:	100	100	100	100	100	100

Ein- und Ausfuhrwerte pro Kopf der Bevölkerung

Der Außenhandel spielt in dem Wirtschaftsleben der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Rolle. Der Wert des Außenhandels pro Kopf ist in Neuseeland hundertmal so groß als in China. Der Handelsverkehr mit der übrigen Welt ist am meisten ausschlaggebend für Neuseeland, Kuba, Australien, und von den europäischen Ländern für die Schweiz, Dänemark, Großbritannien, Belgien. Aus der Tabelle sind auch die Verschiebungen gegenüber 1913 gut ersichtlich. Die Bedeutung der Ausfuhr ist in Kuba, Kanada, Japan und mittelamerikanischen Staaten besonders stark gestiegen.

**) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25. — Für 1925 verschiedene Zeitschriften und Zeitungsnachrichten. Bei den mit einem *) versehenen Ländern sind die Zahlen der Nachkriegszeit mit denen des Jahres 1913 wegen der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Gebietsveränderungen nicht ohne weiteres vergleichbar. — G .bedeutet Gesamthandel; bei den Ländern, wo die Bezeichnung G. fehlt, ist der reine Warenverkehr (ohne Gold und Silber) dargestellt. — Die in den ausländischen Statistiken in der Landeswährung angegebenen Wertzahlen sind über deu amerikanischen Dollar in Reichsmark umgerechnet worden.

1) 1922 auf Grundlage der Einheitswerte von 1913 errechnet; seit 1923 Gegenwartswerte. Die Zahlen für 1923 und 1924 sind unzuverlässig infolge der Ruhrbesetzung. 2) 1913 nur Belgien. 3) Infolge gänzlicher Umgestaltung der Handelsstatistik im Jahre 1917 ist ein Vergleich der Nachkriegszahlen mit denen des Jahres 1913 ausgeschlossen. 4) 1913 Oesterreich-Ungarn. 5) Wertberchnung auf Grundlage der Einheitswerte von 1913. 6) Rechnungsjahr endend am 31. März des Jahres, das dem im Kopfe bezeichneten folgt. 7) 1913 Kalenderjahr, seit 1922 Rechnungsjahr endend am 30. Juni des im Kopfe bezeichneten Jahres. 8) Mit Irland.

9) Kanada und die Vereinigten Staaten.

10) Mexiko, die mittelamerikanischen und die westindischen Republiken.

Ein- und Ausfuhrwerte pro Kopf der Bevölkerung[1])

	Einfuhr in amerik. Dollar		Ausfuhr in amerik. Dollar		Insgesamt in amerik. Dollar	
	1913	1924	1913	1924	1913	1924
Neuseeland	101,19	158,16	101,19	167,77	202,38	325,93
Kuba	56,59	93,18	66,29	138,97	122,88	232,15
Australien	77,65	111,13	76,62	108,88	154,27	220,01
Schweiz	95,35	115,48	70,38	93,00	165,73	208,48
Dänemark	74,95	108,89	61,62	98,75	136,57	207,64
Kanada	85,89	86,27	59,94	116,99	145,83	203,26
Großbritannien	69,81	113,21	55,54	78,96	125,35	192,17
Belgien	120,69	103,69	94.66	81,94	215,34	185,63
Irischer Freistaat	—	95,25	—	69,94	—	165,19
Argentinien	64,02	67,25	66,96	82,04	130,98	149,29
Norwegen	61,49	78,51	43,26	53,45	104,75	131,96
Schweden	41,11	62,94	39,66	55,78	80,77	118,72
Oesterreich	—	74,35	—	42,53	—	116,88
Frankreich	41,46	53,53	33,88	55,29	75,34	108,82
Südafrikan. Union	33,48	39,76	53,07	51,00	86,55	90,76
Uruguay	40,65	(42,42)	54,73	(39,92)	95,38	(82,34)
Chile	34,93	(28,71)	43,01	(48,81)	77,94	(77,52)
Vereinigte Staaten	17,73	32,28	24,45	40,55	42,18	72,83
Finnland	30,82	34,64	25,04	36,39	55,86	71,03
Tschechoslowakei	—	33,85	—	36,23	—	70,08
Deutschland	39,32	34,72	36,86	24,84	76,18	59,56
San Domingo	12,41	24,06	13,79	33,74	26,20	57,80
Costa Rica	21,90	24,00	24,33	33,20	46,23	57,20
Spanien	12,63	33,09	10,22	17,28	22,85	50,37
Lettland	—	25,98	—	17,50	—	43,48
Aegypten	11,78	15,82	14,00	21,58	25,78	37,40
Italien	20,31	21,33	13,99	15,75	34,30	37,08
Estland	—	18,97	—	18,07	—	37,04
Mexico	6,21	10,44	9,71	24,47	15,92	34,91
Panama	28,42	(29,95)	12,92	(4,61)	41,34	(34,56)
Nicaragua	10,00	14,11	13,33	20,37	23,33	34,48
Ungarn	20,11	17,53	18,48	14,34	38,59	31,87
Griechenland	8,69	22,07	5,88	9,63	14,57	31,70
Japan	6,77	17,01	5,87	12,45	12,64	29,46
Honduras	8,49	16,34	5,09	11,89	13,58	28,23
Venezuela	6,53	(12,44)	10,88	(12,85)	17,41	(25,29)
Peru	5,00	10,14	7,58	13,97	12,58	24,11
Brasilien	13,24	9,95	12,88	13,74	26,12	23,69
Salvador	4,96	7,21	7,44	15,73	12,40	22,94
Litauen	—	9,65	—	12,41	—	22,06
Portugal	16,11	15,89	6,21	5,13	22,32	21,02
Bolivien	7,27	(6,60)	12,80	(12,79)	20,07	(19,39)
Columbien	5,30	(9,05)	6,21	(9,36)	11,51	(18,41)
Polen	—	9,88	—	8,46	—	18,34
Jugoslavien	(4,33)	8,48	(3,46)	9,77	(7,79)	18,25
Rumänien	14,44	7,82	16,46	8,30	30,90	16,12
Bulgarien	8,18	7,98	4,09	7,19	12,27	15,17
Guatemala	4,72	(6,88)	6,61	(7,33)	11,33	(14,21)
Haiti	3,20	7,19	4,40	6,94	7,60	14,13
Siam	3,91	(5,78)	5,09	(7,39)	9,00	(13,17)
Paraguay	8,89	(5,00)	6,67	(6,00)	15,56	(11,00)
Equador	5,33	(4,00)	10,00	(4,00)	15,33	(8,00)
Indien	1,86	2,36	2,45	3,71	4,31	6,07
China	1,24	1,86	0,88	1,41	2,12	3,27
Sowjetunion	5,16	0,85	5,72	1,18	10,88	2,03

[1]) In Klammern Werte für 1923. Memorandum sur les Balances du commerce exterieur 1910—24 (Societé des Nations) S. 111.

Die Gestaltung der Seefrachten

Untenstehende Tabelle gibt einen Gesamtindex der Seefrachten, wie ihn die englische Zeitschrift ‚Economist" monatlich errechnet. Die Tabelle zeigt die Krise der Seeschiffahrt in schärfster Weise. Die Lage war Mitte 1925 besonders ungünstig, als die Frachtsätze niedriger waren als 1913, obwohl das allgemeine Preisniveau etwa um 50 Prozent über dem der Vorkriegszeit stand. Auf die Besserung in der zweiten Hälfte 1925 erfolgte erneut ein starker Fall im ersten Quartal 1926.

Infolge des englischen Kohlenstreiks und der damit zusammenhängenden großen Kohlenlieferungen nach England ist in der Schiffahrt eine „Gelegenheitskonjunktur" mit einer ziemlich raschen Steigerung der Seefrachtenpreise entstanden. Diese Steigerung darf aber nicht als ein Zeichen der endgültigen Besserung der Lage der Seeschiffahrt aufgefaßt werden.

(1913 = 100)

	Januar	März	Mai	Juli	Sept.	Nov.	Jahres-durchsch.
1922	132	136	125	115	110	119	122
1923	114	115	115	103	103	111	110
1924	117	122	114	104	111	113	113
1925	114	107	98	95[1])	98	100	102
1926	100,6	89,5	88,2	101,3	—	—	—

Richtung des Außenhandels der wichtigsten Länder

Die Tabelle zeigt die Bedeutung wichtiger Länder in ihren Außenhandelsbeziehungen zueinander und die Verschiebung, die gegenüber 1913 entstanden ist. Bemerkenswert ist der Rückgang der Bedeutung Großbritanniens im Handel der großen asiatischen Länder und die gestärkte Bedeutung der Vereinigten Staaten und Japans ebenda.

Der Rückgang der Bedeutung der deutschen Ausfuhr nach den westeuropäischen Ländern fällt auf.

Die Vereinigten Staaten spielen im Warenverkehr Kanadas solche entscheidende Rolle, daß Kanada schon als ein Teil des inneren Marktes aufgefaßt werden kann.

Die Tendenzen des Welthandels waren 1925 denen von 1924 ähnlich; nur die wachsende Bedeutung Deutschlands auf dem Weltmarkt trat schärfer hervor.

[1]) Tiefster Punkt 1925 Juni = 91,74.

Richtung des Außenhandels der wichtigsten Ländern (in Prozenten)

Einfuhr aus	Einfuhr nach: Belgien[1]) 1913	Belgien[1]) 1924	Deutschland 1913	Deutschland 1924	Frankreich 1913	Frankreich 1924	Großbritannien 1913	Großbritannien 1924	Italien 1913	Italien 1924	China 1913	China 1924	Indien 1913	Indien 1924	Japan 1913	Japan 1924	Kanada 1913	Kanada 1924	Verein. Staaten 1913	Verein. Staaten 1924
Belgien	—	—	3,2	1,7	6,6	6,6	3,4	2,9	2,1	—	2,7	1,8	2,3	2,8	1,3	1,2	0,7	0,6	2,3	1,8
Dänemark	0,1	0,5	0,5	0,4	—	0,2[2])	3,6	3,8	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	0,2
Deutschland	15,1	9,2	—	—	12,7	5,0	11,6	2,9	16,8	7,8	4,8	3,7	6,9	6,2	9,4	5,9	2,4	0,9	10,3	3,9
Frankreich	19,8	21,8	5,4	2,4	—	—	6,2	5,2	7,8	7,0	0,9	1,0	1,5	1,1	0,8	1,3	2,3	2,3	7,7	4,1
Großbritannien	10,3	13,6	8,1	9,1	13,2	12,4	—	—	16,2	11,2	16,5	12,1	64,2	54,4	16,8	12,8	21,3	19,0	15,2	10,2
Italien	0,9	1,4	3,0	4,0	2,9	3,8	1,1	1,4	—	—	0,1	0,6	1,2	1,5	0,2	0,2	0,3	0,2	3,1	2,1
Niederlande	7,1	10,2	3,1	4,6	1,4	2,9	3,5	3,3	0,5	—	0,2	2,0	0,9	1,2	0,1	0,3	0,2	0,6	2,1	2,1
Oesterreich	—	0,2[2])	—	1,6	—	0,3[2])	—	0,2	—	2,4	—	—	—	0,4	—	—	—	—	—	0,1
Schweden	0,7	1,0[2])	2,1	1,3	1,3	1,4	2,1	1,8	0,1	—	0,3	0,3	0,3	0,5	0,7	0,7	0,1	0,1	0,7	1,1
Schweiz	0,4	1,1	2,0	2,9	1,6	1,7	1,4	1,5	2,4	2,3	—	0,3	0,4	0,8	0,3	0,9	0,7	1,0	1,4	1,0
Spanien	1,2	0,9[2])	1,8	1,2	3,3	2,1	2,0	1,5	0,8	—	—	—	0,1	0,1	—	0,1	0,2	0,2	1,4	0,8
Sowjetunion	5,3	0,3[2])	13,2	1,4	5,4	—	5,8	1,6	6,5	—	3,8	1,0	—	—	0,1	0,6	0,1	—	1,2	0,2
Tschechoslowakei	—	0,3[2])	—	4,8	—	0,5	—	1,1	—	1,6	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	0,6
China	0,5	0,2[2])	1,2	1,4	2,8	2,4[2])	0,4	1,1	1,5	—	—	—	0,9	1,2	8,4	9,7	0,2	0,3	2,2	3,3
Indien	5,1	2,9[2])	5,0	4,3	4,6	5,2[2])	5,5	6,2	4,0	—	8,3	3,7	—	—	23,7	15,8	1,2	1,6	3,9	2,9
Japan	0,4	0,2	0,4	0,1	1,5	1,1	0,6	0,6	1,7	—	20,4	22,6	2,6	6,9	—	—	0,4	0,9	5,5	9,4
Australien	3,9	2,5[2])	2,8	2,7	3,4	3,9[2])	4,0	4,6	1,0	—	0,1	0,7	0,5	0,4	2,0	49,0	0,1	0,3	0,6	0,9
Neuseeland	—	—	0,1	0,2	—	—	2,5	3,7	—	—			—	0,1	—	—	0,5	0,2	0,3	0,4
Südafrika	0,4	0,5[2])	0,6	1,3	—	—	0,9	1,4	0,1	—	—	—	0,1	0,2	—	—	0,1	0,1	0,2	0,2
Argentinien	6,3	8,3	4,6	5,7	4,4	4,5	6,2	6,2	4,6	5,7	—	—	—	—	—	0,1	0,4	0,8	1,4	2,1
Kanada	0,6	1,9[2])	0,6	0,5	0,2	1,2	4,5	5,2	0,4	—	0,3	1,5	—	0,4	0,3	1,6	—	—	7,9	11,1
Ver. Staaten	8,3	11,1	15,9	18,7	10,6	14,3	19,8	18,9	14,3	24,3	6,0	18,4	2,6	5,8	16,8	27,4	64,0	64,0	—	—

1) Belgisch-Luxemburgisches Zollgebiet. 2) 1923.

Richtung des Außenhandels der wichtigsten Länder (in Prozenten)

Ausfuhr nach	Ausfuhr aus Belgien[1])		Deutschland		Frankreich		Großbritannien		Italien		China		Indien		Japan		Kanada		Verein. Staaten	
	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924	1913	1924
Belgien	—	—	5,5	1,4	16,1	17,2	2,5	3,5	2,3	—	1,6	0,4	4,9	3,7	0,6	0,2	1,0	1,6	2,6	2,5
Dänemark	0,5	0,9[2])	2,8	4,5	0,6	0,5[2])	1,1	1,7	0,2	—	0,1	0,1	—	—	0,1	—	0,2	0,4	0,8	0,9
Deutschland	25,3	11,4	—	—	12,6	9,1	7,7	7,7	13,7	10,9	4,1	2,0	10,8	7,2	2,1	0,5	0,9	2,3	14,2	9,6
Frankreich	20,5	16,2	7,8	1,6	—	—	5,6	6,4	9,2	12,7	9,7	5,7	7,2	5,2	9,5	4,7	0,8	1,0	6,2	6,1
Großbritannien	14,7	20,9	14,2	9,3	21,1	18,9	—	—	10,4	10,4	4,0	6,4	23,5	24,2	5,2	3,4	49,9	37,0	23,8	21,4
Italien	2,0	2,0	3,9	3,6	4,4	3,6	2,8	2,1	—	—	2,1	1,1	3,[illegible]	6,5	4,6	0,3	0,1	1,3	3,2	4,1
Niederlande	8,6	12,2	6,9	9,9	1,2	2,8	2,9	3,5	0,6	—	2,2	1,7	1,8	2,0	0,1	0,2	0,9	1,2	4.9	3,3
Oesterreich	—	0,1[2])	—	4,8	—	0,2[2])	—	0,3	—	4,8	—	—	—	0,3	—	—	—	0,1[2])	—	0,1
Schweden	0,5	0,7[2])	2,3	4,4	—	0,1[2]	1,6	1,7	0,2	—	0,1	0,1	0,2	0,1	—	—	—	0,4	0,6	0,9
Schweiz	1,4	2,6	5,3	5,7	5,9	6,3	0,8	1,4	9,9	11,2	—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	—	0,2
Spanien	1,3	1,6[2])	1,4	1,4	2,2	2,8	1,5	1,2	0,7	—	0,1	0,4	0,9	1,5	0,1	—	—	0,1[2])	1,2	1,6
Sowjetunion	2,4	—	8,7	1,4	1,2	0,1[2])	3,4	1,2	2,4	—	11,4	6,0	1,0	—	0,8	0,2	0,3	1,1	1,1	0,9
Tschechoslowakei	—	—	—	5,8	—	0,2	—	0,2	—	1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
China	1,4	1,6[2])	1,2	1,7	0,3	0,3[2])	2,8	2,2	0.2	—	—	—	2,3	2,3	24,4	19,3	0,1	0,7	1,0	2,4
Indien	1,3	2,4[2])	1,5	2,3	0,7	0,9[2])	13,4	9,8	2,0	—	1,5	1,5	—	—	4,7	7,5	0,2	0,6	0,4	0,8
Japan	0,7	2,1[2])	1,2	2,2	0,2	0,5	2,8	2,9	0,2	—	15,9	26,0	9,3	13,9	—	—	0,4	2,1	2,5	5,5
Australien	0,7	0,4[2])	0,9	0,4	0,2	0,3[2])	6,6	7,1	0,5	—	0,1	0,1	1,9	2,0	1,4	2,3	1,1	1,1	1,8	2,7
Neuseeland	0,1	0,1[2])	0,1	—	—	—	2,1	2,7	—	—					—	0.2	0,5	1,4	0,3	0,6
Südafrika	0,4	0,5[2])	0,5	0,7	—	—	4,2	3,4	0,3	—	—	—	0,5	0,6	0,1	0,3	0,9	1,0	0,6	0,8
Argentinien	2,5	3,0	2,6	3,0	2,9	1,7	4,3	3,0	7,4	5,8	—	—	1,3	—	0,2	0,5	0.5	1,0	2,2	2,6
Kanada	0,5	0,8	0,6	0,3	0,4	0,8	4,5	3,3	0,4	—	0,2	0,1	0.6	0,6	0,8	0,9	—	—	16,2	13,5
Ver. Staaten	2,9	7,8	7,1	7,5	6,1	7,6	5,6	8,3	10,7	8,6	9,0	13,3	8,9	8,9	29,2	41,2	37,9	39,0	—	—

1) Belgisch-Luxemburgisches Zollgebiet. 2) 1923.

Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren

Die Zusammenstellung zeigt, an welchen Waren die angeführten großen Länder auf dem Weltmarkt am meisten interessiert sind. Sie gibt auch gewisse Aufklärung über die Wirtschaftsstruktur der verschiedenen Länder.

Die wichtigsten Einfuhrwaren

	Wert in Mill. Dollar 1924
Vereinigte Staaten:	
Zucker	364
Rohseide	328
Kaffee	249
Kautschuk	174
Druckpapier	101
Gesamteinfuhr	3611
Großbritannien:	
Rohbaumwolle	528
Fleisch	462
Weizen und Mehl	344
Holz	226
Butter	220
Gesamteinfuhr:	5653
Deutschland:	
Rohbaumwolle	191
Wolle	164
Baumwollgarn und Weizen	141
Weizen und Mehl	83
Kohle und Koks	74
Gesamteinfuhr:	2176
Frankreich:	
Rohbaumwolle	202
Kohle und Koks	196
Wolle	153
Oelsamen	92
Rohseide	86
Gesamteinfuhr:	2102
Indien:	
Baumwollgarn und -waren	240
Eisen und Stahl	62
Zucker	60
Maschinen	47
Erdöl	29
Gesamteinfuhr:	775

Die wichtigsten Ausfuhrwaren

	Wert in Mill. Dollar 1924
Vereinigte Staaten:	
Rohbaumwolle	951
Erdöl	392
Weizen und Mehl	328
Maschinen	317
Automobile u. Automobilteile	206
Gesamtausfuhr:	4498
Großbritannien:	
Baumwollgarn und -waren	801
Kohle und Koks	346
Eisen und Stahl	329
Wollgarn und Wollwaren	218
Maschinen	197
Gesamtausfuhr:	4132
Deutschland:	
Eisen und Stahl	189
Maschinen	173
Chemikalien	138
Seide und Seidenwaren	48
Zucker	38
Gesamtausfuhr:	1556
Frankreich:	
Kleidungs- und Modewaren	170
Seidewaren	158
Baumwollwaren	133
Wollwaren	128
Perlen usw.	94
Gesamtausfuhr:	2171
Indien:	
Rohbaumwolle	302
Reis	117
Tee	106
Oelsamen	89
Jute	83
Gesamtausfuhr:	1173

Kanada:		Kanada:	
Kohle und Koks	69	Weizen und Weizenmehl	323
Eisen und Stahl	69	Druckpapier und Holzmasse	130
Maschinen	54	Holzbrett	63
Zucker	39	Fisch	33
Erdöl	36	Golderze	27
Gesamteinfuhr:	798	Gesamtausfuhr:	1045

Japan:		Japan:	
Baumwolle	249	Rohseide	275
Eisen und Stahl	60	Baumwollgarn und -stoffe	152
Oelkuchen	53	Seidenstoffe	25
Maschinen	50	Erdwaren und Chinawaren	11
Holz	39		
Gesamteinfuhr:	1011	Gesamtausfuhr:	744

Italien:		Italien:	
Baumwolle	122	Rohseide und Seidenfabrikate	110
Weizen	108	Baumwollfabrikate	79
Kohle und Koks	68	Obst	41
Wolle	29	Hanf	19
Maschinen	26	Käse	17
Gesamteinfuhr:	845	Gesamtausfuhr:	624

China:		China:	
Baumwollfabrikate	109	Rohseide	114
Reis	81	Soyabohnen, Bohnenkäse und Bohnenöl	98
Baumwolle und -garn	79	Baumwolle	27
Erdöl	49	Tee	19
Zucker	43	Kohle	17
Gesamteinfuhr:	781	Gesamtausfuhr:	620

VI. Weltfinanzen

Nationalreichtum der wichtigsten Länder

Der Nationalreichtum der einzelnen Länder kann nur schätzungsweise festgestellt werden, und die verschiedenen Verfasser lassen sich bei den Schätzungen von verschiedenen Grundsätzen leiten. Daraus folgt, daß die untenstehenden Angaben nur einen bedingten Wert haben. Der Nationalreichtum Deutschlands für 1922 ist ganz gewiß zu niedrig angegeben.

Der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten ist größer als der aller europäischen Länder zusammen (die Sowjet-Union nicht miteinbegriffen). Die rasche Zunahme des Nationalreichstums der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens ist aus der Tabelle ersichtlich.

Nationalreichtum der wichtigsten Länder*)

	In Millionen Dollars			
	1922	1912	1890	1870
Verein. Staaten	320 803	186 299	65 037	30 069
Großbritannien	88 840	79 297	53 352	40 000
Frankreich	67 710	57 075	43 799	33 092
Deutschland	35 700	77 783	49 500	38 000
Italien	25 986	23 030	9 733	7 300
Spanien	29 319	—	11 193	10 512
Schweiz	4 567	3 030	2 404	—
Sowjetunion	52 000	56140	28 225	13 626
Polen	17 000	—	—	—
Lettland	1 000	—	—	—
Finnland	3 600	—	—	—
Holland	8 260	4 827	4 769	—
Kanada	22 095	10 980	4 744	2 871
Mexiko	7 900	—	—	—
Kuba	8 000	—	—	—
Argentinien	13 178	11 680	2 477	—
Brasilien	13 020	—	—	—
Chile	3 064	—	—	—
Peru	4 000	—	—	—
Indien	21 960	—	—	—
China	19 087	—	—	—
Australien	9 689	6 113	6 667	—
Neuseeland	1 756	—	730	—

Nationaleinkommen

Die Schätzungen über das Nationaleinkommen der einzelnen Länder gehen stark auseinander. Wir stellen in dieser Tabelle die Angaben zusammen, die uns als die wahrscheinlichsten erscheinen. Den Vorkriegswert des Nationaleinkommens der Vereinigten Staaten, Englands, Deutschlands haben wir für 1924 auf Grund des Großhandelsindex errechnet.

Das Nationaleinkommen pro Kopf ist in den Vereinigten Staaten gegenüber dem Vorkriegsniveau stark gestiegen, dagegen in den europäischen Ländern mehr oder weniger gefallen.

	Milliarden Währungseinheit			in Vorkriegsgeldwert Milliarden Dollar		pro Kopf Dollar	
	1913	1924	in Vorkriegsgeldw.[7]) 1924	1913	1924	1913	1924
Ver. Staaten	34,4 [1])	70 [4])	47,0	34,4	47,0	351	428
England	2,3 [2])	4 [2])	2 3	11,3	11,3	272	252
Frankreich	37,8 [1])	— [5])	36,2 [1])	7,3	7,0	183	178
Deutschland	42,0 [3])	56 [6])	45.5 [6])	10,0	10,8	148[6])	175[6])
Italien	20,2 [1])	—	17,6 [1])	3,9	3,4	110	83

*) Nach offiziellen Mitteilungen und Schätzungen von Crammond, Stamp, Coates, Griffen, Moody, Knibbs, Helfferich, Neymark, Barthe, Thery, Mulhall, Bunge usw. (Bericht der National City Bank Dezember 1924.)

Note 1—7 siehe folgende Seite.

Die jährliche Akkumulation

Die Angaben dieser Tabelle dürfen nur als ganz grobe Schätzungen aufgefaßt werden. Die jährliche Akkumulation war 1924 in Europa noch bedeutend kleiner, als vor dem Kriege. In den Vereinigten Staaten dagegen werden jährlich mächtige Kapitalmengen akkumuliert, die fast zweimal so groß sind, als die Gesamtakkumulation der vier größten Länder Europas.

	1913	1924	1924 Umgerechnet in Vorkriegs-Dollar
England	2	450 Mill. Pfund[8])	1.4
Vereinigte Staaten	—	11[9])	7.3
Deutschland	2	—	1.5[10])
Frankreich und Italien	1.8	—	1.5[10])

In welcher Form das neue Kapital in den Vereinigten Staaten akkumuliert wurde, ist aus den folgenden Zahlen ersichtlich:

	Milliarden Dollar
Häuser und andere Bauten	5.5
Eisenbahnen	1.0
Erweiterung u. Verbesserung öffentlicher Anlagen (utility)	1.6
Erweiterung des industriellen Produktionsapparates	1.8
Straßen, Pflasterung	1.0
Neue Automobile	1.5
Eingeführtes Gold und Banknoten	0.3
Auslandswertpapiere	1.0

[1]) Bankers Trust Comp. [2]) The Economist Nr. 4270 (Juni 1925) S. 1288. [3]) Helfferich. [4]) The Annalist Nr. 657 (August 1925) S. 213. [5]) Revue Politique et Parlementaire (Nr. 371 Oktober 1925 S. 15) schätzt das französische Nationaleinkommen für 1924 auf 145 Milliarden Francs; diese Summe ist bedeutend niedriger, als die in der Tabelle ersichtliche Angabe der Bankers Trust Comp. [6]) Die Schätzungen des deutschen Nationaleinkommens gehen stark auseinander. In der folgenden Tabelle sind die Schätzungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und die des ADGB gegenübergestellt:

	Reichsverband (in Milliarden RM)	Gewerkschaften (in Milliarden RM)
1. Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger	33—36	33—36
2. Landwirtschaftl. Einkommen, ausschließl. Landarbeiter 3. Selbständige in Handel und Gewerbe	8—10	6— 7 10—12
4. Freie Berufe	—	1— 2
5. Kapitalrente	¾— 1	—
6. Einkommen der körperschaftssteuerpflichtigen inländischen Erwerbsgesellschaften	1	2— 3
Zusammen:	43—48	52—60

Uns scheint die Schätzung des ADGB der Wirklichkeit nahezukommen. Der Vorkriegswert dieser Summe ist aber wahrscheinlich kleiner, als es aus unserer Tabelle hervorgeht, weil der deutsche Großhandelsindex unserer Vermutung nach zu niedrig angegeben ist. Es ist auch möglich, daß das Nationaleinkommen 1913 bedeutend größer war als 42 Milliarden Mark. [7]) Mit Ausnahme Italiens und Frankreichs auf Grund des Großhandelsindex umgerechnet.

[8]) The New Republic Nr. 536, März 1926. [9]) Ecconomist Nr. 4285 (Oktober 1925), S. 565. [10]) Schätzungsweise.

Auf diese Weise kommen wir zu einer Summe von 13.7 Milliarden Dollar, weil aber verschiedene Summen mehrfach gerechnet sind, kann die Gesamtakkumulation nur auf 11 Milliarden Dollar geschätzt werden.

Kapitalemissionen in den wichtigsten Ländern

Die Vereinigten Staaten, England und Japan stehen an der Spitze auf dem Gebiete der Kapitalemissionen; der Vorsprung der Vereinigten Staaten ist aber klar ersichtlich. Gegenüber dem Vorkriegszustand haben die Emissionen in den Vereinigten Staaten, Japan und Italien auffallend stark zugenommen.

(Monatsdurchschnitt in Millionen)[1])

	Verein. Staaten[2]) Doll.	Groß-bri-tannien[3]) Pfund	Japan Yen	Frank-reich Fr.	Italien Lir.	Deutsch-land Mk.	Holland Fl.	Schweiz Fr.	Schweden Kr.	Polen Zl.	Britisch Indien Rup.
1913	170[4])	16,3	45	—	23	103	13	44	18	—	56
1919	—	—	175	717	249	194[5])	72	79	61	—	230
1920	303	30,5	247	1015	423	1078[5])	94	78	46	—	122
1921	298	32,4	207	1100	288	2353[5])	42	70	27	—	63
1922	359	47,8	180	1214	232	7059	33	67	27	—	37
1923	359	22,6	176	1049	332	—	19	62	19	—	21
1924	464	17,4	219	709	504	23	30	51	20	3	19
1925	518	19,4	—	313	746	111	19	56	16	3,9	29
In Dollar umgerechnet											
1913	170	79,4	22,5	—	4,4	24,5	5,2	8,4	4,9	—	27,3
1924	464	76,9	89,8	36,9	22,2	5,5	11,4	9,2	5,4	0,57	6,1
1925	518	93,1	—	15,0	29,8	26,4	7,6	10,6	4,3	0,70	10 4

Die Kapitalausfuhr

Der gesamte Kapitalexport der wichtigsten Länder belief sich vor dem Kriege, jährlich auf zirka 2,2 bis 2,4 Milliarden Dollar. Heute wird nur ungefähr die Hälfte dieser Kapitalmenge (in Geldwert zirka 1,5 bifl 1,7 Milliarden Dollars[6]) ausgeführt. Vor dem Kriege waren England, Frankreich, Deutschland, die wichtigsten kapitalausführenden Länder mit einem jährlichen Kapitalexport von 850, 400 beziehungsweise 300 Millionen Dollar.

Durch den Krieg wurde die Lage vollständig verändert. Die Bedeutung Deutschlands und Frankreichs ist verschwunden, die von England zurückgegangen und die entscheidende Rolle auf dem internationalen Geldmarkt ging auf die Vereinigten Staaten über.

Vereinigte Staaten: Das im Ausland angelegte amerikanische Kapital belief sich Mitte 1925 auf 9,5 Milliarden Dollar. 70 Prozent dieser Summe war auf dem amerikanischen Kontinent angelegt. Die wichtigsten Anlagegebiete sind Kanada, Mexiko, Cuba. Neuerlich zeigt sich eine gesteigerte Kapitalausfuhr nach Europa. Die größten Summen sind bis jetzt in Eisenbahnen, Bergwerken, Zucker-

[1]) Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Großbritannien aus dem Bulletin Mensuel de Statistique (Société des Nations). [2]) The Commercial and Financial Chronicle. [3]) Economist. [4]) Schätzungsweise. [5]) Papiermark.
[6]) Kapitalrückwanderung nicht gerechnet.

plantagen, Zuckerfabriken angelegt. In der letzten Zeit fällt aber die großzügige amerikanische Betätigung in den verschiedenen Industriezweigen des Auslandes auf.

England: Das englische Auslandskapital belief sich Ende 1924 (auf Grund der Emissionen berechnet, die Verluste während des Krieges schätzungsweise abgerechnet) auf vier Milliarden Pfund. Die größten Summen waren vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten und Canada angelegt, — heute in Australien und Indien. Der Besitz der englischen Bourgeoisie in den Vereinigten Staaten ist infolge der Wertpapierverkäufe während des Krieges zusammengeschrumpft. Unmittelbar vor dem Kriege wurden jährlich die größten Summen nach Canada, den Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien, das heißt nach Nord- und Südamerika ausgeführt. Heute ist das englische Kapital aus Amerika verdrängt. Australien und Indien sind jetzt die wichtigsten Anlagegebiete; die Bedeutung Afrikas nimmt zu. Der größte Teil des ausgeführten Kapitals ist in Eisenbahnen angelegt. Die jährliche Kapitalausfuhr in den unmittelbaren Vorkriegsjahren stieg auf 200 Millionen £; dagegen wurden 1922 134, 1923 136, 1924 124, 1925 77 Millionen £ ausgeführt (und ein Nachkriegspfund repräsentiert zirka 50 Prozent weniger Wert, als ein Vorkriegspfund).

Frankreich: Nach der Schätzung von Klotz war 1914 40 Milliarden Frank französisches Kapital im Auslande angelegt. Jetzt dürfte die französische Bourgeoisie die Hälfte dieses Wertes im Auslande haben; soviel wie am Anfang der neunziger Jahre. Französisches Kapital wurde auch in den letzten Jahren ausgeführt (mehr als eingeführt) wofür der Hauptgrund in der Flucht vor der Frankentwertung und vor der Besteuerung liegt. Das ist aber bloß eine Uebergangserscheinung und die jetzt zur Ausfuhr verfügbaren französischen Kapitalien spielen auf dem internationalen Kapitalmarkt keine entscheidende Rolle.

Deutschland: führt kleinere Kapitalmengen aus, aber es führte 1925 noch bedeutend mehr ein. Von dem Mac Kenna-Bericht (zweites Sachverständigenkomitee) wurde der Geldwert der deutschen Auslandsguthaben für 1914 auf 28, für Ende 1923 auf 7,75 Milliarden Goldmark geschätzt. Die letzte Summe hat sich bis Ende 1925 wahrscheinlich wenig verändert. (Die Kapitalrückwanderung wurde durch neue Ausfuhr ausgeglichen).

Die sichtbaren Kapitalsanlagen nach Wirtschaftsgebieten[1])

	Vereinigte Staaten (Mitte 1925)	Großbritannien (Ende 1924[2])
	in Prozent	
Europa	22,5	5,7
Amerika	70,3[3])	39,7
Asien		20,7
Afrika	7,6 (Asien, Afrika, Australien zusammen)	16,0
Australien		17,1
Unbestimmt	—	0,9

Siehe Note folgende Seite

Sichtbarer Kapitalexport der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in den Nachkriegsjahren

	Vereinigte Staaten Millionen Dollar			Großbritannien Millionen Pfund		
	Gesellschaften	Regierung. u. Gemeind.	Insgesamt	Gesellschaften	Regierung. u. Gemeind.	Insgesamt
1919	25,7	249,2	274,9	40,2	11,8	52
1920	147,7	236,8	384,5	28,0	12,0	40
1921	121,3	405,2	526,5	29,4	83,6	113
1922	120,9	515,3	636,2	49,8	84,2	134
1923	53,7	213,1	266,8	38,4	97,6	136
1924	294,5	705,7	1000,2	23,5	100,5	124
1925	493,2	590,0	1083,2	46,5	30,7*)	77,2

Die Richtung des Kapitalexports der Vereinigten Staaten

Der Gesamt-Kapitalexport der Vereinigten Staaten (einschließlich der privaten Kredite) verteilte sich nach einer Aufstellung des „Bureau of Foreign and Domestic Commerce" für die letzten vier Jahre auf folgende Gebiete:

In Prozent der gesamten Auslandsemission

	1922	1923	1924	1925**)
Europa	28,1	22,8	59,1	55,8
Kanada	25,9	27,7	13,6	12,7
Latein Amerika	29,4	29,2	14,5	18,9
Asien	16,6	20,3	12,8	5,9

Staatsschulden[2])

Diese Uebersicht hat verschiedene Mängel: 1. Die wirkliche Höhe der Inlandsschulden in den Ländern mit schwankender Währung ändert sich andauernd. 2. Die wirkliche Höhe der Auslandsschulden wird erst nach der Regelung der Interalliierten-Schulden und nach der Festlegung der deutschen Reparationsschulden festzustellen sein. 3. Die nicht fundierten Inlandsschulden sind in den untenstehenden Ziffern nicht miteinbegriffen.

*) Nur Regierungen.
**) Nur der sichtbare Kapitalexport. — 6,7 Prozent nach Australien.

Noten zur Seite 199:

1) Auf Grundlage der Emissionen und nicht der der Börsenkurse errechnet.
2) Die Verluste infolge des Krieges schätzungsweise miteinbezogen.
3) 28,2 Prozent in Süd- und Zentralamerika, 6,5 Prozent in Kuba und Jamaika, 8,4 Prozent in Mexiko, 27,2 Prozent in Kanada.

Noten zur Seite 201:

1) Die meisten Angaben der Tabelle sind aus der „Inventaire de la France" und aus der Zusammenstellung des Bankers Trust Comp. entnommen. 2) Bloß die Reichsschulden, die 9,9 Milliarden Mark Schulden von Preußen, die von 2,3 Milliarden Mark Bayerns und die Schulden der anderen Länder nicht miteinberechnet. 3) 1913. 4) Reparationsschulden geschätzt auf der Grundlage des Dawes-Planes. 5) Die durch die Aufwertung entstandenen Staatsschulden miteinberechnet.

Jedenfalls ist das große Anschwellen der Staatsschulden gegenüber dem Vorkriegsstand klar zu sehen[1]).

	Anfang 1925		Insgesamt	1914
	Inlands-schulden	Auslands-schulden		
	Milliarden Dollar			
Frankreich	14,7	7,2	21,9	5,3[3])
England	31,75	5,46	37,2	3,5
Belgien	—	—	2.5	0,9
Italien	0,9	5,0	5,9	3,14
Japan	—	—	2,2	1,3
Deutschland	1,4[5])	13,72[4])	15,12	1,1[2])
Vereinigte Staaten	20,93	nichts	20,93	3,0

Zahlungsbilanzen.

Die Zahlungsbilanzen der beiden kapitalkräftigsten Länder sind aus den untenstehenden Tabellen ersichtlich. Das für Ueberseeanlagen verfügbare Kapital ist in der letzten Zeit in Großbritannien von Jahr zu Jahr geringer, dagegen in den Vereinigten Staaten immer größer, obwohl das Einkommen der englischen Bourgeoisie aus Ueberseeanlagen vorläufig noch immer viel bedeutender ist, als dasselbe der amerikanischen.

Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten (in Mill. $)

	1922	1923	1924	1925
Ausfuhrüberschuß	488	92	748	834
Unsichtbare Ausfuhr bezw. Einfuhr:				
Nettoeinkommen aus Anlagen Übersee	351	417	464	515
Nettoeinkommen aus Schiffahrt	7	— 8	8	– 8
Verschiedenes*)	—391	—203	—523	—409
Unsichtbare Ausfuhr insgesamt	—33	206	—51	+98
Für Überseeanlagen verfügbar	455	298	697	932

Die Zahlungsbilanz Großbritanniens (in Mill £):

	1913	1923	1924	1925
Einfuhrüberschuß	158	195	324	386
Überschuß d. Übersee-Regierungszahlungen	—	25	28	15
Zus.	158	220	352	401
Nettoeinkommen aus Schiffahrt	94	120	130	115
Ausgaben fremder Schiffe in brit. Häfen	—	13	10	9
Nettoeinkommen aus Anlagen Übersee	210	200	220	250
Kommissionen	25	30	40	40
Andere Geschäftszweige	10	10	15	15
Unsichtbare Exporte zus.:**)	339	373	415	429
Für Überseeanlagen verfügbare Einkommen	181	153	63	28

Noten 1—5 auf Seite 200

*) Kapitaleinfuhr und Kapitalrückwanderung miteingerechnet.

**) Kapitaleinfuhr und Kapitalrückwanderung nicht miteingerechnet.

Diskontsätze

Die Gestaltung der Diskontsätze in den verschiedenen Ländern gibt für die letzten Jahre ein sehr buntes Bild. Im allgemeinen sind die Diskontsätze in den Ländern, wo Kapitalmangel herrscht, sehr hoch. Die Währungsstabilisierung ist in allen Ländern mit einer Heraufsetzung der Diskontsätze verbunden, zum Teil aus währungstechnischen Gründen, zum Teil darum, weil der Kapitalmangel in dieser Umstellungsperiode am meisten fühlbar ist. Nach der ersten Zeit der Währungsstabilisierung sinken wieder die Diskontsätze. Infolge dieser Umstände wird der Einfluß der Entwicklung der Konjunktur auf die Gestaltung der Diskontsätze in einer Reihe der Länder verwischt.

	1913	1919	Durchschnitt					Jan. 1925	Juli 1925	Jan. 1926	Juni 1926
			1920	1921	1922	1923	1924				
Australien	—	6	6	5-7	5-8	6-7	6-7	6-7	6-7	6-7	6-7
Belgien	5,9	4,4	5,1	5,2	4,7	5,5	5,5	5,5	5,5	7	7
Bulgarien	6,5	6,3	6,5	6,5	6,5	6,7	9,4	10	10	10	10
Dänemark	5,8	5,8	7	6,3	5,1	5,7	7	7	7	5,5	5
Deutschland	5,9	5	5	5	6,6	—	10	10	9	8	6,5
Estland	—	7,5	8	8	8	8	8,9	9,5	10,5	10	10
Finnland	6,0	6,1	7,9	9	8,8	8,3	9,2	9	9	7,5	7,5
Frankreich	4	5	5,8	5,8	5,1	5	6	7	6	6	6
Großbritannien	4,8	5,2	6,7	6,1	3,7	3,5	4	4	5	5	5
Griechenland	6,5	6	6,3	6,5	6,5	7,4	7,5	7,5	8,5	10	10
Indien	5,9	5,6	6,4	5,8	5,9	5,9	6,7	7	4	6	4
Italien	5,5	5	6	6	5,8	5,5	5,5	5,5	7	7	7
Japan	6,6	7.3	8	8	8	8	8	8	7,3	7,3	7,3
Jugoslavien	—	—	—	6	6	6	6	6	6	6	6
Lettland	—	—	—	—	—	9	9	9	9	9	9
Niederlande	4,5	4,5	4,5	4,5	4,3	4,0	5	4	4	3,5	3,5
Norwegen	5,5	5,7	6,5	6,8	5,5	5,8	7	6,5	6	6	5,5
Österreich	6,0	5	5	5,9	7.7	9	11,6	13	10	8	7,5
Polen	—	—	6	6,3	7	—	11,4	10	10	12	12
Rumänien	6	5	5,6	6	6	6	6	6	6	6	6
Schweden	5,5	6,4	6,9	6,5	4,8	4,6	5,5	5,5	5	4,5	4,5
Schweiz	4,8	5,3	5	4,4	3,4	3,5	4	4	4	3,5	3,5
Sowjetunion	—	—	—	—	—	9	8,3	8	8	8	8
Spanien	4,5	4,5	5	6	5,7	5,1	5	5	5	5	5
Südafrika	6,5	6,5	7,1	7,5	7,1	6	5,9	5,5	5,5	5,5	5,5
Tschechoslow.	—	5	6	5,8	5,3	4,9	6,0	6	7	6	6
Ungarn	—	—	—	6	8	13,6	14,1	12,5	9	7	7
Ver. Staaten	—	—	—	—	5,54	4,49	4,14	3,75	3,79	4	4

Staatliche Schulden an das Ausland Ende 1924[1])
(in Mill. RM.)

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, wie weit die einzelnen Staaten (es handelt sich nur um die Staatsschulden und nicht um die ausländischen Kapitalanlagen in den einzelnen Ländern) an dem Auslande überhaupt und wie weit sie an die Vereinigten Staaten und England verchuldet sind. Die Kriegsschulden sind miteinbegriffen.

1) Wirtschaft und Statistik Nr. 16. 1925.

Die gesamte staatliche Verschuldung an das Ausland betrug Ende 1924 einschließlich Kriegsschulden 190 Milliarden, ohne Kriegsschulden 82 Milliarden RM. Die Gläubiger für die letzteren sind: England mit 37, Vereinigten Staaten mit 11, andere Länder (Frankreich, Holland usw.) mit 34 Milliarden RM.

Schuldner	Gläubiger					Netto-Schulden
	England	Europa Zusam.	Ver. St. v. Am.	Übersee Zusam.	Welt	
England	—	2 696,6	19 988,9	20 208,3	22 904,9	—
Frankreich	13 895,8	13 987,7	18 650,5	18 859,3	32 847,0	15 558,8
Belgien	557,1	3 583,6	2 772,3	2 800,7	6 384,3	5 603,4
Italien	11 900,1	12 183,8	8 804,7	8 804,7	20 988,5	19 329,9
Portugal	1 229,1	1 285,5	—	—	1 285,5	1 280,8
Luxemburg	—	140,4	—	—	140,4	140,4
Zusammen Entente-Europa	27 582,1	33 877,6	50 216,4	50 673,0	84 550,6	17 810,6[1]
Schweden	—	666,3	230,9	230,9	897,2	738,2
Norwegen	81,8	463,6	405,5	405,5	869,1	761,2
Dänemark	—	313,0	519,9	519,9	832,9	819,6
Holland	—	—	421,0	421,0	421,0	—
Schweiz	—	—	399,0	399,0	399,0	297,8
Spanien	—	737,7	—	—	737,7	647,6
Zusammen Neutral-Europa	81,8	2 180,6	1 976,3	1 976,3	4 156,9	2 457,8
Deutschland	245,1	557,9	461,8	461,8	1 019,7	453,6
Danzig	30,6	30,6	—	—	30,6	30,6
Tschechoslowakei	137,3	578,3	689,3	689,3	1 267,6	1 155,7
Österreich	517,7	1 256,9	218,1	218,1	1 475,0	1 385,4
Ungarn	212,4	662,1	39,6	39,6	701,7	701,7
Rumänien	743,8	2 109,7	317,0	317,0	2 426,7	2 407,0
Bulgarien	—	1 196,3	—	—	1 196,3	1 196,3
Jugoslavien	668,4	2 504,0	333,3	333,3	2 837,3	2 7[illegible]8,4
Griechenland	1 497,3	1 977,3	114,4	148,0	2 125,3	2 109,3
Türkei	—	3 019,4	—	—	3 019,4	3 019,4
Polen	101,2	1 356,7	1 001,0	1 001,0	2 357,7	2 357,7
Litauen	—	0,4	28,7	28,7	29,1	29,1
Lettland	5,7	11,0	26,4	26,4	37,4	37,4
Estland	27,7	33,0	76,8	76,8	109,8	109,8
Rußland[2]	15 458,6	31 715,4	1 588,8	1 055,8	33 304,2	31 522,8
Finnland	49,5	782,8	157,3	157,3	940,1	940,1
Zusammen Mittel- und Ost-Europa	19 695,4	47 791,8	4 519,0	5 086,1	52 877,9	50 284,3
Zusammen Europa	47 359,3	83 850,0	56 711,7	57 735,4	141 585,4	13 710,3
Kanada	1 296,2	1 296,2	885,5	885,5	2 181,7	2 095,6
Südafrika	2 689,6	2 689,6	—	—	2 689,6	2 689,6
Indien	6 970,1	6 970,1	—	—	6 970,1	6 970,1
Australien	8 894,2	8 894,2	—	—	8 894,2	8 894,2
Neuseeland	2 346,8	2 346,8	—	43,0	2 389,8	2 389,8
Kolonien in Asien	1 054,5	1 054,5	—	—	1 054,5	805,6
Kolonien in Afrika	783,8	783,8	—	—	783,8	783,8
Kolonien in Amerika	334,2	334,2	65,1	65,1	399,3	399,3
Zusammen Brit. Dominions usw.	24 369,4	24 369,4	950,6	993,6	25 363,0	24 985,0

[1]) Netto Gläubiger. [2]) Die Schulden des alten Rußlands wurden von der Sowjetregierung nicht anerkannt.

Schuldner	Gläubiger					Netto-Schulden
	England	Europa Zusam.	Ver. St. v. Ame.	Übersee Zusam.	Welt	
Franz. Kolonien	—	1 286,2	—	—	1 286,2	1 286,2
Belgische Kolonien	72,5	440,1	—	—	440,1	440,1
Dänische Kolonien	—	12,6	—	—	12,6	12 6
Niederländische Kolonien	224,7	1 144,4	629,7	629,7	1 774,1	1 774,1
Amerikanische Kolonien	—	—	845,8	845,8	845,8	845,8
Zusammen sonstige Kolonien	297,2	2 883,3	1 475,5	1 475,5	4 358,8	4 358,8
Japan	2 175,1	2 538,3	629,5	629,5	3 167,8	2 109,5
China	1 095,4	2 691,8	102,9	585,9	3 277,7	3 277,7
Siam	167,5	167,5	—	92,5	260,0	260,0
Persien	82,5	82,5	—	—	82,5	82,5
Ägypten	—	1 889,0	—	—	1 889,0	1 847,5
Liberia	5,9	5,9	3,1	3,1	9,0	9,0
Zusammen Afrika und Asien	3 526,4	7 375,0	735,5	1 311,0	8 686,0	7 586,2
Mexiko	—	1 352,4	—	—	1 352,4	1 352,4
Costarica	30,2	56,3	—	—	56,3	56,3
Dominican. Republ.	—	—	64,7	64,7	64,7	64,7
Guatemala	39,0	39,0	—	—	39,0	39,0
Haiti	—	26,3	78,3	78,3	78,3	104,6
Honduras	566,4	566,4	—	—	566,4	566,4
Nicaragua	19,3	19,3	—	—	19,3	19,3
Panama	—	—	26,9	26,9	26,9	26,9
Salvador	21,0	21.0	58,6	58,6	79,6	79,6
Zusammen Mittel-Amerika	675,9	2 080,7	228,5	228,5	2 309,2	2 309,2
Argentinien	3 284,6	3 573,0	482,8	482,8	4 055,8	3 913,8
Bolivien	—	—	12,9	12,9	17,9	12,9
Brasilien	2 098,7	2 367,8	289,6	289,6	2 652,4	2 647,7
Chile	498,7	544,9	129,6	129,6	674,5	674,5
Kolumbien	49,0	53,8	26,5	26,5	80,3	80,3
Ecuador	28,2	78,2	—	—	78,2	78,2
Paraguay	71,8	21,8	—	0,3	22,1	22,1
Peru	7[illegible],2	87,7	10,0	10,0	97,7	97,7
Uruguay	289,3	537.1	61,5	71,2	608,3	585,6
Venezuela	—	52,4	—	—	52,4	52,4
Zusammen Süd-Amerika	6 399,5	7 316,7	1 012,9	1 022,9	8 339,6	8 165,2
Zusammen Uebersee	35 268,4	44 025,1	4 403,0	5 031,5	49 056,6	47 404,4[1]
Zusammen Welt	82 627,7	127 875,1	61 114,7	62 766,9	190 642,0	—
Netto-Gläubiger	59 722,8	—	61 114,7	13 710,3	—	—

Steuerliche Belastung

Die steuerliche Belastung ist jetzt größer als in den Vorkriegsjahren. Die Angaben für die einzelnen Länder sind untereinander nur mit gewissem Vorbehalt vergleichbar, weil die in der Tabelle angegebenen Summen einen verschieden großen Teil der Gesamtsteuerlast bilden, z. B. die Gemeindesteuern, sowie für die Vereinigten Staaten die Besteuerung in den einzelnen Staaten, sind in diesen Summen nicht miteinbegriffen. In Deutschland wird die Gesamtsteuerlast (Reich, Länder, Gemeinden) 1925 von bürgerlicher Seite auf 11 Milliarden Mark geschätzt, das wäre etwa 20 Prozent des Nationaleinkommens. Diese Angabe ist aber mit den Ziffern der Tabelle aus dem obenerwähnten Grunde nicht zu vergleichen.

[1]) Ohne Vereinigte Staaten von Amerika.

	Steuern [1] Millionen Vorkriegsdollar		Pro Kopf Vorkriegsdollar		Besteuerung in % des National-einkommens	
	1913/14	1924/25	1913/14	1924/25	1913/14	1924/25
Großbritannien	1245	2521	27,06	57,03	11,4	22,7
Frankreich [2]	1005	1141	25,56	29,06	13,8	16,3
Italien	437	497	12,85	13,07	11,2	14,6
Vereinigte Staaten .	1987	4753	20,91	41,91	5,8	10,1

Goldbestände und Notenumlauf

Der Goldbestand der Notenbanken in Europa war Ende 1925 um 35 Prozent kleiner als 1913, der Notenumlauf dagegen um 30 Prozent größer. Der Goldbestand in den Vereinigten Staaten hat um 135 Prozent zugenommen.

Länder	Goldbestände in Millionen Reichsmark am Ende des Jahres			Notenumlauf in Millionenreichsmark am Ende des Jahres		
	1913	1924	1925	1913 [3]	1924	1925
Belgien	286	221	222	934	1642	1454
Bulgarien	45	33	34	153	141	113
Dänemark	79	236	236	171	354	457
Deutschland	3974	819	1274	5483	4274 [4]	5181 [4]
Finnland	45	35	35	107	132	139
Frankreich	5299	2981	2984	7078	9206	8018
Griechenland	36	32	38	198	372	291
Großbritannien	2123	3179	2954	2015	7815	7843
Italien	1209	1056	918	2254	3700	3628
Jugoslavien	47	59	62	84	377	450
Norwegen	79	166	166	147	247	309
Niederlande	285	852	748	557	1585	1529
Portugal	68	39	39	426	346	362
Rumänien	132	109	112	365	414	393
Schweden	128	267	259	277	608	596
Schweiz	186	410	378	303	733	709
Spanien	388	2054	2055	1567	2603	2634
Tschechoslowakei ...		113	114		1054	1045
Österreich	1260	7	8,7	2325	500	561
Ungarn		21	44		254	305
Sowjetunion		307	394		2010	2742
Polen		84	108		445	381
Litauen	4763	13	14	5091	39	36
Lettland		19	19		62	68
Estland		—	—		40	39
Europa	20432	13112	13213	29535	38953	39283
Vereinigte Staaten ...	7937	19090	18508	14282	20960	21024
Kanada	598	861	949	545	817	953
Südafrika	115	231	—	108	247	—
Australien	290	509	526	221	1162	1078
Indien	350	304	304	879	2662	2830
Niederländisch Indien	37	226	—	186	470	—
Argentinien	1307	1902	1902	1467	2151	—
Brasilien	378	227	227	1212	1441	1690
Japan	714	3117	3117	872	2884	2772
Übrige Welt	1478	1244	—	1764	3005	—
Insgesamt	33636	40823	—	51071	74752	—

[1] Zusammenstellung des Bankers Trust Comp. [2] 1913 bezw. 1924.
[3] Goldmünzen im Umlauf mit einberechnet. [4] Gesamter Geldumlauf.

Der Goldstrom nach den Vereinigten Staaten

In den 11 Jahren 1914 bis 1924 belief sich der Goldeinfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten auf mehr als 2 Milliarden Dollar. 1925 ist infolge der forcierten Kapitalausfuhr eine Wendung eingetreten und das Jahr wurde mit einem beträchtlichen Goldausfuhrüberschuß abgeschlossen.

	Goldeinfuhr	Goldausfuhr in Millionen	Einfuhr-Überschuß Dollar	Ausfuhr-Überschuß
Zehn Jahre (1914/23)	3590	1603	1987	—
1924	320	62	258	—
1925	128	263	—	135

Goldwert wichtiger Valuten 1920 bis 1925

Diese Tabelle zeigt den Wertrückgang bzw. Erholung einiger wichtiger Währungen in den letzten 6 Jahren.

Jahresdurchschnitt	Prozent der Parität					
	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Entente-Staaten:						
England	75,11	79,11	91,08	93,99	90,78	99
Frankreich	36,28	38,63	42,41	31,46	27,07	25
Belgien	38,05	38,66	39,72	27,02	24,01	25
Italien	25,56	22,20	24,57	23,84	22,58	21
Neutrale Staaten:						
Holland	85,15	83,77	95,87	97,25	95,01	100
Norwegen	60,88	55,63	65,30	62,23	52,00	66
Dänemark	57,89	66,39	78,06	68,49	62,35	78
Schweden	75,82	84,00	97,61	99,07	98,94	100
Schweiz	86,76	90,07	98,93	93,58	94,42	100
Spanien	81,14	69,93	80,13	74,87	69,08	74
Außereuropäische Staaten:						
China (Shanghai)	—	—	—	107,8	109,8	—
Indien	80,0	54,0	59,0	64,0	65,0	75
Japan	101,0	97,0	96,0	97,4	82,8	82
Argentinien (Goldf.)	94,0	76,0	85,0	81,4	81,1	95
Brasilien	69,0	40,0	40,0	31,6	34,2	38
Mexiko	—	—	—	97,3	102,8	—

Die Kursentwicklung der wichtigsten Valuten 1923 bis Anfang 1926.

1924 und 1925 sind die Jahre der Währungsstabilisierungen. Eine Reihe der Länder ist zur Goldparität zurückgekehrt (England, Holland etc.). In anderen Ländern wurde die Währung stabilisiert (Deutschland, Ungarn, Belgien u. a.), in anderen wieder eine Aufwärtsbewegung des Währungskurses erreicht (Dänemark, Norwegen, Japan, Argentinien, Brasilien). Der französische Frank hat 1925 einen starken Rückgang erlitten und die Valutafrage blieb in Frankreich bis Anfang 1926 ungelöst. Die „stabilisierte" polnische Währung hat in der zweiten Hälfte 1925 eine schwere Erschütterung erfahren.

Die Kursentwicklung der wichtigsten Valuten 1923 bis Anfang 1926

Länder	Währungseinheit	Parität	Dollarcent pro Währungseinheit[2]) 1923 Januar	1923 Juli	1924 Januar	1924 Juli	1925 Januar	1925 Juli	1926 Januar	1926 Juni
Argentinien	Peso (Gold)	96,48	84,7	77,7	73,7	74,1	91,4	91,8	94,1	91,7
Belgien	Frank	19,30	6,1	4,9	4,2	4,6	5,1	4,6	4,5	3,0
Brasilien	Milreis	32,44	11,4	10,4	10,9	9,9	11.7	11,4	14,8	15,5
Bulgarien	Leva	19,30	0,69	1,2	0,71	0,72	0,73	0,73	0,7	0,7
China	Shanghai Tael	66,85 [1])	71,9	70,0	70,3	71,7	75,3	76,6	74,8	72.2
Chile	Peso (Papier)	19,53 [1])	12,8	12,6	10,4	10,1	11,3	11,7	12,0	12,0
Dänemark	Krone	26,80	19,8	17,5	16,9	16,0	17,8	21,4	24,8	26,5
Deutschland	Reichsmark	23,82	—	—	—	23,8	23,8	23,8	23,8	23,8
Finnland	Mark	19,30	2,5	2,8	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Frankreich	Frank	19,30	6,7	5,9	4,7	5,1	5,4	4,7	3,8	2,9
Griechenland	Drachme	19,30	1,2	2,5	1,9	1,7	1,8	1,6	1,4	1,3
Großbritannien	Pfund [2])	4,87	4,65	4,58	4,26	4,37	4,78	4,86	4,86	4,87
Indien	Rupie	48,66	31,7	30,8	30,4	31,3	35,7	36,6	36,7	36,3
Italien	Lira	19,30	4,9	4,3	4,3	4,3	4,2	3,7	4,04	3,7
Japan	Yen	49,85	48,7	48,9	44,9	41,3	38,5	41,1	44,2	46,8
Jugoslavien	Dinar	19,30	0,96	1,1	1,1	1,2	1.6	1,8	1,8	1.8
Kanada	Dollar	10,00	99,1	97,4	97,4	99,3	99,7	100,0	99,8	100,1
Mexiko	Dollar	49,85	48,9	48,4	48,1	48,6	48,9	49,7	48,5	48,8
Niederlande	Gulden	40,20	39,6	39,2	37,3	37,9	40,4	40,1	40,2	40,2
Norwegen	Krone	26,80	15,7	16,2	14,1	13,4	15,3	18,1	20,3	22,1
Österreich	Krone [3])	20,26	0,0014	0,0014	0,0014	0,0014	0,0014	—[3])	—[3])	—[3])
Polen	Zloty	19,30	—	—	—	19,2	19,2	19,1	12,9	9,3
Portugal	Escudo	108,05	4,6	4,2	3,2	2,8	4,9	5,1	5.1	5,1
Rumänien	Leu	19,30	0,5	0,51	0,50	0,43	0,52	0,49	0.44	0,43
Spanien	Peseta	19,30	15,7	14,3	12,7	13,3	14,2	14,5	14,2	15,8
Schweden	Krone	26,80	26,9	26,5	26,2	26,6	26,9	26,9	26,8	26,8
Schweiz	Frank	19,30	18,8	17,6	17,3	18,2	19,3	19,4	19 3	19,4
Tschechoslowakei	Krone	—	2,9	3,0	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Ungarn	Krone	20,26	0,0043	0,0097	0,0039	0,0012	0,0014	0,0014	[4])	[4])

[1]) Durchschnitt 1913. [2]) Dollar für englische Pfund. [3]) Jetzt Schillingswährung. 1 S = 10 000 Papierkronen = 14,07 cents. [4]) Jetzt Pengöwährung. 1 Pengö = 17,6 cents.

Indexziffern der Großhandelspreise

Die untenstehenden Indexziffern geben nur bei Berücksichtigung der Valutakurse ein richtiges Bild über die Preisentwicklung in den einzelnen Ländern und ermöglichen nur dann einen Vergleich der Indexziffern der verschiedenen Länder. Die Preise haben in den Ländern, wo die Währung nach einer starken Zerrüttung stabilisiert wurde, bedeutend zugenommen. Sie zeigen aber 1923 bis 1925 in den Ländern mit stabiler Währung nur geringe Aenderung und Ende 1925 sowie in der ersten Hälfte 1926 eine fallende Tendenz.

Länder	1913 = 100								
	Durchschnitt								
	1920	1923	1924	1925	1924 Juni	1924 Dez.	Juni 1925	Dez. 1925	Juni 1926
Ägypten	316	132	143	152	131	156	150	140	128[8]
Australien	228	179	173	170	163	173	170	174	175
Belgien[1]	—	497	573	558	565	566	552	565	692[8]
China	152	156	154	159	152	158	157	158	156
Dänemark	341	204	234	193	219	234	206	157	141
Deutschland[5]	1486	—	123[5]	130[5]	116[5]	131[5]	134[5]	122[5]	125
Finnland	1183	1095	1100	1130	1088	1139	1129	1129	1071[8]
Frankreich	509	419	489	550	465	507	543	633	739
Großbritannien[2]	307	159	166	160	163	170	158	153	146
[3]	283	162	174	167	168	180	162	158	150
Indien	204	176	177	164	176	176	160	155	150[8]
Italien	624	575	585	690	566	640	683	715	703
Japan	260	199	207	200	199	214	200	194	177
Kanada	241	153	155	160	152	161	159	164	157[8]
Norwegen	77	232	267	253	264	279	260	220	194
Niederlande	29	151	156	155	151	160	153	155	144
Oesterreich	—	1,8 Mill	2 Mill	135[5]	1,8 Mill	2,1 Mill	141[5]	125[5]	118[5]
Polen	—	86	110	126	101	118	119	155	175
Schweden	359	163	162	161	158	1 8	161	156	150
Schweiz	—	181	175	162	178	171	161	155	145[8]
Spanien	221	172	183	188	179	198	187	187	179[8]
Sowjetunion	—	169	172	183	166	172	188	183	190[8]
Südafrika	223	127	129	—	125	130	127	—	—
Tschechoslowak.	—	977	997	1001	968	1045	1009	966	926[8]
Ungarn	—	—	—	140	133	160	141	130	125
Verein. Staaten[6]	226	154	150	159	145	157	157	156	152[8]
[7]	239	165	159	—	154	165	163	164	—

Das Goldniveau der internationalen Großhandelspreise

Die auf Grund der Valutakurse errechneten Ziffern dieser Tabelle sind unmittelbar vergleichbar. Außer bei der vorigen Tabelle er-

[1]) 1914 = 100. [2]) Board of Trade. [3]) Economist. [4]) Statistisches Reichsamt. [5]) In Gold. [6]) Bureau of Labor. [7]) Federal Res. Board. [8]) Mai 1926.

wähnten Erscheinungen ist der mit dem Währungsfall zusammenhängende neue Preisrückgang Ende 1925 in Frankreich und Polen ersichtlich.

	Deutschland	England	Frankreich	Belgien	Holland	Schweiz	Italien	Tschechoslowakei	Polen	Vereinigte Staaten
	1913 = 100									
1921										
Juni	83	153	135	—	150	158	132	—	—	142
Dezember	76	144	133	142	149	177	137	102	74	140
1922										
Juni	93	147	147	152	161	162	138	139	88	150
Dezember	82	147	136	140	156	172	151	151	84	156
1923										
Juni	78	148	132	135	146	166	135	142	95	153
Dezember	126	150	127	130	147	166	131	144	154	151
1924										
Juni	116	144	128	134	141	159	127	142	101	145
Dezember	131	163	143	146	159	171	143	148	118	157
1925										
März	134	163	140	145	151	166	139	148	122	161
Juni	134	158	130	131	153	162	131	147	119	157
September	126	156	136	130	155	159	152	144	110	160
Dezember	122	152	121	133	155	155	150	141	88	156

Bevölkerung, Handel, Produktion und Schiffsraum der Welt von 1800 bis 1920[1])

Jahr	Bevölkerung Millionen	Handel zusammen Millionen Dollar	Handel per Kopf Dollar	Tonnage der Schiffe über 100 t: Segler 1000 Tonnen	Tonnage der Schiffe über 100 t: Dampfer 1000 Tonnen	Eisenbahnen 1000 Meilen	Telegraph 1000 Meilen	Kabel 1000 Meilen	Produktion: Baumwolle Millionen Pfund	Produktion: Kohle Millionen Ton. (short)	Produktion: Eisen Millionen Ton. (long)
1800	640	1 479	2,31	4 026	—	—	—	—	520	11,6	0,8
1820	780	1 659	2,13	5 814	20	—	—	—	630	17,2	1,0
1830	847	1 981	2,34	7 100	111	0,2	—	—	20	25,1	1,8
1840	950	2 789	2,93	9 012	368	5,4	—	—	1 310	44,8	2,7
1850	1075	4 049	3,76	11 470	864	24,0	5	1/40	1 435	81,4	4,7
1860	1205	7 246	6,01	14 890	1 710	67,4	100	1,5	2 551	142,3	7,2
1870	1310	10 663	8,14	12 900	3 040	139,9	281	15	2 775	213,4	11,9
1880	1439	14 761	10,26	14 400	5 880	224,9	440	49	3 601	340,0	18,0
1890	1488	17 519	11,80	9 166	8 295	390,0	768	132	5 600	466,0	27,2
1900	1543	20 105	13,02	6 674	13 857	500,0	1 180	200	6 247	800,0	40,4
1906	1579	27 418	17,36	5 809	19 713	564,0	1 200	270	7 650	885,0	58,7
1910	1616	33 634	20,81	4 624	22 046	637,0	1 307	291	9 013	1 141,6	65,8
1911	1630	35 909	21,71	4 366	23 932	666,0	1 356	318	10 634	1 309,6	63,7
1912	1643	39 570	24,08	4 083	24 978	683,4	1 400	320	10 301	1 377,0	72,3
1913	1652	40 420	24,47	3 891	26 517	690,2	1 462	330	10 809	1 478,0	77,9
1914	1661	37 760	22,73	3 686	27 988	703,5	1 489	335	11 884	1 346,0	61,5
1915	1672	31 302	18,72	3 533	28 160	717,5	1 526	335	8 824,5	1 169,6	63,4
1916	1692	46 523	27,50	3 435	27 858	720,3	1 564	—	9 046	1 244,6	72,4
1917	1693	52 781	31,18	4 425	25 380	729,8	1 568	—	8 671,5	1 312,5	71,2
1918	1699	62 802	36,96	4 120	27 019	732,8	1 586	—	8 970	1 306,3	62,0
1919	1701	75 311	44,28	4 046	28 177	731,0	1 577	—	9 665	1 170,4	—
1920	1830	61 277	33,49	4 066	32 092	710,6	1 592	—	9 409	1 305,0	68,3

[1]) Statistical Abstract of the United States. 1921.

Die Klassengliederung in den kapitalistischen Staaten

Wir wollen in folgendem den Versuch machen, eine Gliederung der Bevölkerung einiger kapitalistischer Staaten nach Klassengesichtspunkten zusammenzustellen. Diese Aufgabe kann nur ganz annähernd gelöst werden. Die amtlichen Statistiken kennen den Begriff der Klassen überhaupt nicht. Sie geben Einteilung nach Berufen und höchstens innerhalb der Berufe die Scheidung von Selbständigen und Angestellten. Nun ist es natürlich, daß sich unter den sogenannten Selbständigen große Mengen proletarischer und halbproletarischer Existenzen befinden: Bauern, die nicht genügend Boden besitzen, um sich davon zu ernähren, und die daher genötigt sind, zum Teil durch Lohnarbeit ihr Brot zu verdienen; kleine Gewerbetreibende und Kleinhändler, die keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen und aus dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit oft ein kümmerlicheres Leben führen als ein Fabrikarbeiter. Aus den amtlichen Statistiken läßt sich daher eine Gliederung nach Klassen nur sehr schwer zusammenstellen.

Außerdem muß natürlich in Betracht gezogen werden, daß gewisse Schichten zwar im Lohn- bzw. Angestelltenverhältnis stehen, aber infolge ihrer besonderen Stellung, als Organe des staatlichen Machtapparates, vollständig zu dem Lager der herrschenden Klasse gezählt werden müssen. Erschwert wird die Aufgabe dadurch, daß in verschiedenen Ländern verschiedene Gruppen von Berufstätigen in der Statistik geführt werden, bzw. die Kennzeichen, nach denen die Erwerbstätigen in die verschiedenen Gruppen eingeteilt werden, sehr verschieden sind.

Wir haben bei der Zusammenstellung der nachstehenden Tabelle ungefähr folgendes Verfahren angewandt:

In die Gruppe „Proletarier" haben wir eingeteilt: Lohnarbeiter in Bergbau, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, 75 Prozent der Angestellten in diesen Berufen und die Hausangestellten.

In die Gruppe der „Halbproletarier":

Bauern mit einem Besitz von weniger als 5 Hektar in Mittel- und Westeuropa, von weniger als 10 Hektar in Amerika und Osteuropa; 25 Prozent der sogenannten Selbständigen in Handel und Industrie und 25 Prozent der freien Berufe.

Wir glauben, daß diese Einteilung bedeutend weniger Elemente in diese Gruppe bringt, als in Wirklichkeit vorhanden sind.

Zu der dritten Gruppe „Herrschende Klasse und Anhang" rechnen wir:

Alle Bauern und Grundbesitzer mit mehr als 5 bzw. 10 Hektar Besitz, 75 Prozent aller Selbständigen in Handel und Industrie, wie auch in den freien Berufen, ferner die ganze Wehrmacht und alle staatlichen und kommunalen Beamten.

Es ist offenbar klar, daß die dritte Gruppe auf diese Weise zahlreicher wird, als es der Wirklichkeit entspricht.

Auf diese Weise erhalten wir folgende Tabelle, deren Zahlen nur ganz grobe Annäherungen sind, um so mehr, als sie bei den meisten Ländern noch auf Grund der Daten der Berufsstatistik der letzten Volkszählung vor dem Kriege errechnet wurden.

Land	Erwerbstätige in Tausenden	Proletarier	Halbproletarier	Herrschende Klasse und ihr Anhang
England u. Wales	16 300	14 200	500	1 600
Schottland	2 100	1 810	60	230
Irland	4 350	3 720	260	370
Großbritannien	22 750	19 730	820	2 200
Deutschland	33 900	26 000	3 500	4 400
Italien *)	20 000	14 000	2 500	3 500
Frankreich	20 900	10 700	3 900	6 300
Tschechoslowakei	6 900	4 000	900	1 000
Österreich	3 100	2 500	150	450
Schweden **)	2 900	1 440	1 300	160
Dänemark	1 350	850	100	350
Bulgarien	2 500	1 600	260	640
Finnland	2 750	2 000	200	550
Vereinigte Staaten	42 000	27 500	6 500	8 000
Südafrikan. Union	1 300	1 000	140	160

Die Zahlen ergeben in den hier angeführten Ländern ein zahlenmäßiges Ueberwiegen des eigentlichen Proletariats über alle anderen Klassen; in den kleinbürgerlichen Ländern jedenfalls ein Ueberwiegen der ersten zwei zusammen über die dritte Gruppe.

Die Verfasser mehrerer Aufsätze über die einzelnen Länder (III. Teil des Jahrbuches) haben die Frage der Klassengliederung einer Untersuchung unterworfen. Die Grundsätze und die statistischen Unterlagen dieser Errechnungen sind nicht immer dieselben wie diejenigen unserer Schätzungen; dadurch sind die Differenzen in den Ergebnissen erklärlich.

Weitgehende Folgerungen können natürlich aus diesen Zahlen nicht gezogen werden. Ein zahlenmäßiges Ueberwiegen des Proletariats bedeutet an sich nur günstige Möglichkeiten für den proletarischen Klassenkampf; ob sich diese Möglichkeit wirklich geltend macht, hängt in erster Linie nicht von der Gesamtzahl des Proletariats, sondern von der zahlenmäßigen Stärke und dem ideologischen Einfluß der klassenbewußten revolutionären Schicht innerhalb desselben ab. Die Größe dieses Faktors läßt sich natürlich nicht zahlenmäßig feststellen, um so weniger, als es eine mit der wechselnden Stärke der revolutionären Bewegung sich verändernde Größe ist. E. V.

---

*) Bei Italien ist die Zahl der Erwerbstätigen unter Berücksichtigung seines Gebietszuwachses schätzungsweise angenommen, der Verteilungsschlüssel auf Grund eines Vergleiches mit dem der Länder ähnlicher Struktur getroffen worden.

**) Gliederung nach einem anderen Schlüssel als dem hier angegebenen getroffen.

WELTPOLITIK

Internationale Politik

Aus der Gesamtheit der sich vielfach kreuzenden, widersprechenden außenpolitischen Ereignisse der letzten zwei Jahre ragt vor allem eine Haupttendenz hervor: die Gruppierung aller anti-imperialistischen Kräfte der Welt um die Sowjetunion; aller kapitalistischen Kräfte um die Vereinigten Staaten von Amerika!

Diese Tendenz ist durch die ökonomische Entwicklung begründet. Die Wirtschaft sowohl der Sowjetunion als auch der Vereinigten Staaten befindet sich in raschem Aufstieg: erstere bereits auf der neuen Basis der Diktatur des Proletariats, dem Sozialismus zustrebend, die zweite noch auf kapitalistischer Grundlage. Die Besserung der europäischen Wirtschaftslage hingegen, die Stabilisierung der Valuten, die Wiederherstellung des Kreditmechanismus, die teilweise Auffüllung des während des Krieges und der Inflationsperiode vernichteten Zirkulationskapitals, all das, was unter der Bezeichnung der „teilweisen Stabilisierung" zusammengefaßt wurde, ist keine ganz selbständige Entwicklung, sondern zum großen Teile eine Folge der von den Kapitalisten der Vereinigten Staaten an die europäische Bourgeoisie gewährten Kredite. Diese Kredite, die sich zu den Kriegsschulden gesellen; das auf das Monopol des Kapitalexports gestützte finanzielle und ökonomische Uebergewicht der Vereinigten Staaten über alle anderen kapitalistischen Länder gibt der amerikanischen Bourgeoisie auch ein außenpolitisches Uebergewicht, in dem Moment, als sie sich entschlossen hatte, aktiv in Europa einzugreifen. Das ökonomische Uebergewicht hat zur Folge, daß sich die kapitalistischen Kräfte der Welt immer mehr um die Vereinigten Staaten gruppieren.

Selbstverständlich besteht — trotz der Parallele — eine grundlegende Differenz zwischen dem Verhältnis Sowjetrußlands

zu den revolutionären Kräften und dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den gegenrevolutionären Kräften der Welt. Die Sowjetunion strebt, ihrem Klassencharakter nach, die Befreiung aller unterdrückten Klassen und Völker als Selbstzweck an: die Vereinigten Staaten müssen, ihrem kapitalistischen Charakter entsprechend, ihre Politik den Profitinteressen ihrer Bourgeoisie unterordnen. Ihr Verhältnis zu anderen Ländern kann prinzipiell nur ein antagonistisches sein. Geben sie anderen Ländern Anleihen, unterstützen sie die Bourgeoisie irgendeines Landes, so bringen sie dieselbe hierdurch notgedrungen in Abhängigkeit von sich, verwandeln das Land in ihr Kolonialgebiet, beuten das Land aus. Daher können die Vereinigten Staaten niemals in der Weise das Zentrum der kapitalistischen Kräfte werden, wie die Sowjetunion das Zentrum der revolutionären Kräfte. In unserem Lager herrscht auf absolute Gleichheit der Interessen basierte Einheit: im kapitalistischen Lager auf die Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit der Interessen basierter Antagonismus. Tendenz zur Teilung der Welt in ein Lager der revolutionären und in ein Lager der gegenrevolutionären Kräfte einerseits; sich steigernde Gegensätze im Lager der gegenrevolutionären Mächte andererseits bilden den wesentlichen Inhalt der internationalen Politik der Gegenwart. Diese Gruppierung der revolutionären und gegenrevolutionären Kräfte ist ein Prozeß, nicht etwas bereits Feststehendes. Im gegenwärtigen Moment marschiert noch England als Fahnenträger der Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion, bereitet einen Weltkrieg gegen Sowjetrußland vor. Die Vereinigten Staaten führen in China eine Politik der „offenen Tür", die mit der chinesischen Politik der Sowjetunion bis zu einem gewissen Grade parallel läuft. Aber für weitere Sicht ist die Polarisierung der revolutionären und gegenrevolutionären Kräfte um Sowjetrußland bzw. die Vereinigten Staaten doch die ausschlaggebende Linie. Hierbei sind die Gegensätze zwischen den führenden imperialistischen Großmächten — und nur diese sind aktive Träger der Außenpolitik, die Kleinen werden nur mitgeschleppt — oft so stark, daß sie diese Grundtendenzen der Entwicklung, die Spaltung in die zwei Hauptgruppen — revolutionäre und gegenrevolutionäre Kräfte — nicht zur Geltung kommen lassen.

Betrachten wir aus diesem Hauptgesichtspunkt die außenpolitische Entwicklung der letzten zwei Jahre, so finden wir folgende Hauptzüge:

1. Der wirtschaftliche Aufschwung und die innerpolitische Konsolidierung der Sowjetunion hat unter dem Druck der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder diese nach der Reihe gezwungen, die Sowjetregierung anzuerkennen: Italien, England, Frankreich, Japan, von den kleinen Ländern nicht zu sprechen. Von den Großmächten sind es nur mehr die Vereinigten Staaten, das Zentrum der gegenrevolutionären Kräfte, die die Sowjetregierung noch nicht anerkannt haben. Die amerikanischen Kapitalisten, die sich als die berufenen Hüter der kapitalistischen Moral fühlen, fordern vor der Anerkennung der Sowjetregierung die Anerkennung der amerikanischen Schulden des Zarismus durch die Sowjetregierung. Es ist dies eine prinzipielle, keine Geldfrage, denn die fragliche Summe ist ganz unbedeutend. Aber die amerikanische Bourgeoisie, die jetzt monatlich 50—100 Millionen Dollar Kapital im Auslande anlegt, will keine Präzedenz für die eigenmächtige Annullierung einer Schuld dulden.

Die Anerkennung der Sowjetregierung bedeutet natürlich keine Verminderung der bestehenden Gegensätze, die — je nachdem in welcher Weise die Bourgeoisie in einem Lande ihre Herrschaft ausübt — sich bald mildern, bald verschärfen. Typisch hierfür ist der Abschluß des englisch-russischen Schulden- und Kreditabkommens zur Zeit der Arbeiterregierung, das von der gegenwärtigen konservativen englischen Regierung sofort rückgängig gemacht wurde. Andererseits bedeutet die Nichtanerkennung durch die Vereinigten Staaten nicht, daß das tatsächliche Verhältnis schlechter wäre als zu anderen Großmächten, wie wir später sehen werden.

2. Die Gruppierung der revolutionären Kräfte um Sowjetrußland nimmt außenpolitisch die Form an, daß die Völker aller „Halbkolonien", die formell außenpolitisch selbständig sind, gegenüber den imperialistischen Mächten einen Rückhalt an Sowjetrußland suchen. (Ebenso gruppieren sich die revolutionäre Arbeiterschaft aller kapitalistischen Länder und alle unterdrückten Kolonialvölker um den einzigen Staat der proletarischen Diktatur: doch ist dies ein innerpolitischer Vorgang, der nur indirekt außenpolitischen Ausdruck findet.) Dieser Prozeß vollzieht sich vor allem in Asien; Beispiele: russisch-türkischer Ver-

trag Ende 1925, freundschaftliches Verhältnis zu China und Persien usw. Aber auch das von den imperialistischen Mächten stark bedrängte Mexiko suchte eine Zeitlang in Sowjetrußland einen Rückhalt zu finden.

3. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten in der Kolonialfrage. Es gibt gegenwärtig sechs Großmächte, die ihrer inneren ökonomischen Struktur nach zu einer imperialistischen Politik gedrängt werden; dies sind: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich, Italien, Deutschland. Bei allen diesen Mächten bestehen die von Lenin festgestellten wesentlichen ökonomischen Merkmale des Imperialismus: hoher Grad der Industrialisierung, die einen Absatz von Industriewaren im Ausland nötig macht; monopolistische Zusammenballung der Bourgeoisie durch Kartelle, Trusts usw. Daher ist bei allen ein Drang auf monopolistische Beherrschung von Absatzgebieten, zur Kolonialpolitik vorhanden.

Nun sind aus historischen Gründen Großbritannien, Frankreich und Japan tatsächlich im Besitze von großen Kolonialgebieten; die Vereinigten Staaten besitzen nur ein verhältnismäßig geringes Kolonialgebiet, Italien nur wertlose Sandwüsten, Deutschland wurde durch den Weltkrieg überhaupt aus der Reihe der Kolonialmächte gestrichen. Dieser Gegensatz zwischen der Höhe der ökonomischen Entwicklung und der Größe des Kolonialbesitzes ist eine der wichtigsten Triebfedern der Kämpfe im Lager der kapitalistischen Mächte. Hierbei ist folgendes besonders wichtig:

Der Besitz von großen Kolonien, die Einheimsung von kolonialen Ueberprofiten bildet die Grundlage des Bestehens einer Arbeiteraristokratie in den europäischen imperialistischen Ländern, eine der Hauptstützen des kapitalistischen Systems.

Die Gärung in den Kolonien verursacht eine Verminderung der kolonialen Ueberprofite. Dies bedeutet aber nicht, daß die Bedeutung der Kolonien für die imperialistischen Mächte sich vermindern würde: im Gegenteil, die Bourgeoisie der Kolonialmächte sucht die Beschneidung der kolonialen Profite durch Ausdehnung des Kolonialgebietes wettzumachen, was natürlich zu den schärfsten Gegensätzen unter denselben führt.

Hierbei zeigt sich der scharfe Gegensatz zwischen den drei imperialistischen Großmächten, die ein ihrer ökonomischen Entwicklung ungefähr entsprechendes Kolonialgebiet bereits besitzen: Großbritannien, Frankreich und Japan gegenüber den anderen drei großen Industriemächten: Vereinigte Staaten, Italien und Deutschland. Die Vereinigten Staaten verkünden in allen halbkolonialen Gebieten, insbesondere in China, die Politik der „offenen Tür", d. h. die Zulassung zur Betätigung für ihr Kapital zu gleichen Bedingungen, wie jene imperialistischen Mächte, die dort bereits Privilegien erworben haben. Italien sucht krampfhaft sein Kolonialgebiet zu erweitern, stößt aber dabei, hauptsächlich in Algier und Tunis, auf den Widerstand Frankreichs.

Am zwiespältigsten ist die Lage Deutschlands. Die ökonomische Entwicklung, die den Bedarf des Inlandmarktes weit überschreitende Produktionskapazität der Industrie, die Zusammenballung in ökonomische Gebilde, Kartelle, Trusts usw., der ganze ökonomische Aufbau Deutschlands drängt zu einem starken Industrieexport, zu einer wirtschaftlichen Ausdehnung über seine Grenzen hinaus. Andererseits aber sind Deutschland durch seine Niederlage im Weltkrieg alle Machtmittel zur imperialistischen Ausdehnung genommen worden. Dieser Zwiespalt zwischen dem Drang nach Imperialismus und dem vollständigen Mangel an Machtmitteln zur Durchführung dieses Dranges ist für die Lage des deutschen Kapitalismus und für die Zwiespältigkeit der deutschen Außenpolitik entscheidend.

4. In dem Maße, wie die interalliierten Schulden fundiert werden, zeigt es sich immer klarer, daß letzten Endes alle Zahlungen für Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten fließen. Auf diese Weise entsteht eine gewisse Interessengemeinschaft aller europäischen Schuldnerländer: England, Frankreich, Deutschland, Italien usw. gegenüber den Vereinigten Staaten. Der Garantiepakt von Locarno war (neben anderen Momenten) der erste unklare Versuch eines Zusammenschlusses der europäischen Schuldnerländer gegenüber den Vereinigten Staaten. Eine aufmerksame Verfolgung der amerikanischen Presse zeigt, daß diese Tendenz von Locarno in Amerika schärfer bemerkt wurde als in Europa selbst.

Neben diesen, die ganze Welt umspannenden Interessengegensätzen und Entwicklungstendenzen zeigen sich Interessen-

gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Weltmächten, die die vorher beschriebenen Tendenzen durchkreuzen. Die wichtigsten hiervon sind:

5. Der englisch-amerikanische Gegensatz. Sein Wesen ist der Kampf um die ökonomische und politische Vorherrschaft in der kapitalistischen Welt. Der Gegensatz erstreckt sich fast auf alle weltpolitischen Fragen. Es ist hierbei besonders wichtig, daß die englischen Siedlungskolonien (Dominions) sich von der Politik des Mutterlandes immer mehr entfernen und sich der amerikanischen Führung unterordnen. Bei Kanada ist dieser Prozeß fast beendet; obwohl formell noch zum britischen Imperium gehörend, ist es ökonomisch und weltpolitisch bereits fast zu einem Teil der Vereinigten Staaten geworden. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in Australien und Neuseeland, wo der gemeinsame Gegensatz der Vereinigten Staaten und Australiens gegenüber Japan ausschlaggebend ist. Während England selbst, zwar unter dem Druck der Vereinigten Staaten, sein Bündnis mit Japan formell aufgelöst hat, besteht doch ein Zusammengehen Englands und Japans am Stillen Ozean, insbesondere in China, was mit der japanfeindlichen Einstellung Australiens unvereinbar ist. So sehen wir eine rasche Lockerung des britischen Imperiums. Der Versuch, durch Vorzugszölle das Gefüge des britischen Weltreichs wieder zu festigen, ist bisher nicht gelungen, da es einen Uebergang Englands zum Schutzzollsystem auch für Rohstoffe und Lebensmittel bedingen würde, was an dem Widerstand des Proletariats, aber auch weiter Kreise der englischen Bourgeoisie scheitert.

6. Der englisch-französische Gegensatz. Derselbe erstreckt sich ebenfalls auf alle weltpolitischen Vorgänge, ist aber vor allem entscheidend für die Politik Englands auf dem europäischen Kontinent. Ausschlaggebend hierbei ist die Tatsache, daß infolge der Fortschritte der Kriegstechnik (s. Artikel S. 261) die Insellage Englands strategisch nicht mehr vorhanden ist. Die englische Südküste kann vom französischen Festland aus beschossen werden. Französische Unterseeboote können die englische Schiffahrt lahmlegen. Französische Flugzeuge können in einigen Stunden die großen Städte Englands zerstören. Die Isolierung Englands vom Festland ist verschwunden. Diese Tatsache nötigt England zu einer viel weitgehenderen Einmischung in die Angelegenheiten des europäischen Kontinents als

früher. Der unmittelbar drohende Gegner ist Frankreich. Daher sehen wir, wie England mit allen Mitteln daran arbeitet, Frankreich auf dem Kontinent zu schwächen, Deutschland als nicht offiziellen Bundesgenossen an seine Seite zu ziehen und durch alle möglichen Mittel den Ausbau des französischen Bündnissystems (Polen, Tschechoslowakei usw.) in Europa zu zerstören. Das Locarno-Abkommen zeigt, daß die ökonomische Kraft und die Bevölkerung Frankreichs zur Aufrichtung einer französischen Hegemonie über den europäischen Kontinent nicht ausreicht. Aber dieser diplomatische Sieg über Frankreich sichert England nicht vor einem möglichen militärischen Angriff Frankreichs.

7. Deutsch-französischer Gegensatz. In dem Maße des ökonomischen Wiederaufbaus Deutschlands versucht es, in Verbindung mit England und einigen neutralen Staaten, seine Position Frankreich und Polen gegenüber zu stärken. Obwohl Deutschland entwaffnet ist, hat es doch die Möglichkeit, infolge des ökonomischen Gewichtes seiner Bevölkerung von 64 Millionen Menschen und seiner zentralen Lage in Europa, die europäische Politik mehr oder weniger in franzosenfeindlichem Sinne zu beeinflussen. Der deutsch-französische Gegensatz zieht sich durch die ganze kontinental-europäische Politik hindurch.

8. Außer diesen wichtigsten Gegensätzen gibt es noch eine große Reihe von weiteren Gegensätzen unter den europäischen Staaten. Der italienisch-französische Gegensatz in der Frage der Beherrschung des Mittelmeeres und insbesondere der Kolonisierung Nordafrikas; der deutsch-italienische Gegensatz, der gerade Anfang 1926 sich verschärft hat; der deutsch-polnische Gegensatz, der zu einem langandauernden Handelskrieg geführt hat; der Gegensatz zwischen Polen und Litauen, Bulgarien und Griechenland, Ungarn und Rumänien, Ungarn und Tschechoslowakei usw. usw.

Die weltumfassenden Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten unter Führung der Vereinigten Staaten und den anti-imperialistischen Kräften unter Führung der Sowjetunion, der große Gegensatz zwischen Europa als Schuldner und Amerika als Gläubiger werden durch die unzähligen einzelnen Gegensätze auf die verschiedenste Weise durchkreuzt. Hierdurch ergibt sich das wechselvolle und oft schwer verständliche Durcheinander der Weltpolitik in den letzten Jahren.

Der Versuch, die imperialistischen Gegensätze durch die Organisierung des Völkerbundes prinzipiell in friedlicher Weise zu lösen, hat vollkommen Schiffbruch erlitten. Der Völkerbund ist ein Instrument der europäischen Siegerländer zum Zwecke der Ausnutzung ihres Sieges geblieben. Jeder Versuch, denselben zu einem wirklichen weltpolitischen Instrument zu gestalten, ist bisher gescheitert. Der Völkerbund als ein seinem Wesen nach europäisches Gebilde gerät in einen Gegensatz mit der von den Vereinigten Staaten auf ganz Amerika ausgedehnten Monroe-Doktrin. Mag das Fernbleiben der Vereinigten Staaten von dem Völkerbund ideologisch wie immer begründet werden, das Wesentliche ist doch, daß die Vereinigten Staaten nicht zugeben wollen, daß irgendeine Institution, in der die europäischen Staaten organisatorisch ausschlaggebend sind, sich in die Angelegenheiten Mittel- oder Südamerikas einmischen sollen. Es ist sicher kein Zufall, daß der Tacna-Arica-Konflikt nicht zur Entscheidung dem Völkerbund vorgelegt wurde, sondern die Vereinigten Staaten als Schiedsrichter angerufen wurden. Das Fernbleiben der Vereinigten Staaten vom Völkerbund bedeutet im Wesen die Ausschaltung seines Wirkungskreises vom amerikanischen Kontinent. Das Fernbleiben der Sowjetunion bedeutet, daß sich alle anti-imperialistischen Kräfte außerhalb des Völkerbundes organisieren, obwohl formell die halbkolonialen Staaten Asiens Mitglieder des Völkerbundes sind.

Aber nicht allein als Instrument zur Ueberwindung der europäischen Gegensätze hat sich der Völkerbund in keiner Weise bewährt. Die Gegensätze zwischen England und Frankreich wurden in den Völkerbund selbst hineingetragen, und die ganze Institution bedeutet heute nichts mehr, als daß jene diplomatischen Kämpfe, die den Kriegen vorausgehen, nicht nur von den Botschaftern in den Hauptstädten der einzelnen Länder isoliert geführt werden, sondern in dem Völkerbundsrat bzw. in der Völkerbundsversammlung konzentriert werden.

Das Bestehen des Völkerbundes, der den Frieden garantieren sollte, verhindert in keiner Weise, daß jeder Staat seine Kriegsrüstungen nach Möglichkeit vorwärtstreibt. Trotz aller Völkerbundsideologie treiben die imperialistischen Gegensätze rasch einem neuen Zusammenstoß entgegen.

Locarno und Genf

Gerhart

In Versailles lagen die niedergeworfenen Mittelmächte und ihre Verbündeten (Bulgarien und Türkei) auf dem juristischen Seziertisch der Entente. Die siegreichen Ententemächte verteilten unter sich die Macht auf Kosten der Besiegten. Frankreich errichtete über Europa eine militärische Herrschaft, welche selbst die Napoleons I. übertraf.

In Locarno, sechs Jahre später, versuchte der englische Imperialismus über Europa das Kommando zu ergreifen. Der Weg von Versailles nach Locarno ist äußerlich gekennzeichnet durch eine Reihe von Konferenzen, auf denen die siegreichen Ententemächte sich vergeblich bemühten, Europa in eine „Ordnung" zu bringen, die den verschiedenen und einander widersprechenden imperialistischen Interessen der einzelnen Siegerstaaten entsprechen sollte. Es bedurfte einer Reihe harter Tatsachen, das Zusammentreffen mehrerer Faktoren, um das offene europäische Chaos sowohl in politischer, als auch ökonomischer Beziehung zu „meistern".

Locarno ist jedenfalls der Versuch, in einer Situation, wo die verschiedenen imperialistischen Staaten die Austragung ihrer Kämpfe mit den Waffen untereinander oder gegen Sowjetrußland noch nicht wagen können, wo diese Kämpfe durch neue Gruppierungen und Allianzen noch vorbereitet werden müssen, wo die imperialistischen Staaten sich ökonomisch, finanziell und militärisch zu stärken streben, eine Art Waffenstillstand abzuschließen.

In Versailles wurde zwar das Fundament zur Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent gelegt, aber den militärischen Machtmitteln Frankreichs entsprachen nicht die wirtschaftlich-finanziellen; die französische Europapolitik mußte in immer schärferen Widerspruch zu den Interessen der beiden angelsächsischen Weltmächte geraten. Frankreich versuchte, seine Macht auf dem Kontinent durch den Ausbau seines Bündnissystems mit den Staaten der sogenannten Kleinen Entente und durch die Zerschlagung Deutschlands (Ruhrokkupation) zu sichern und zu vergrößern. Das Resultat dieser Politik bedeutete die Steigerung des europäischen Wirtschaftschaos mit seinen

katastrophalen Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft, verstärkte die Gefahren der sozialen Revolution, erzeugte beständig die Drohung neuer Kriege und machte Europa zu einem permanenten aktuellen Kriegsherd. Der französische Imperialismus war imstande, Europa durch Zerschlagen zu beherrschen, er war außerstande und mußte außerstande sein, seine Politik den großen ökonomischen und politischen Weltinteressen der beiden angelsächsischen Mächte anzupassen und unterzuordnen.

Die französische Politik erzeugte den systematischen Widerstand nicht nur seiner eigenen Bevölkerung*), sondern vor allem den Widerstand des englischen und amerikanischen Imperialismus. Das Ruhrabenteuer war der letzte Versuch des französischen Imperialismus, in der jetzigen Phase der Entwicklung mit der Methode des brutalen Angriffs auf Kosten eines zerschlagenen Deutschlands Europa zu beherrschen. Die Methode machte bankrott. Der französische Imperialismus mußte Positionen räumen, sich aus der Offensive in die Defensive zurückziehen.

Der Dawes-Plan ist die Kapitulation des französischen Imperialismus vor den beiden angelsächsischen Mächten. Die Reparationsfrage, dieses ausgezeichnete Instrument des französischen Imperialismus, wurde internationalisiert, geriet aus den Händen Frankreichs in die Hände der angelsächsischen Mächte, in erster Linie in die Hand des amerikanischen Imperialismus. Damit wurde die Reparationsfrage „entpolitisiert", d. h. faktisch wurde sie aus einem französischen zu einem amerikanischen Instrument der Beherrschung Europas.

Entriß der Dawes-Plan dem französischen Imperialismus das Instrument der Reparationen, so sollte Locarno, dieser politische Ueberbau über Dawes, Frankreichs politische Vorherrschaft auf dem Kontinent entscheidend zurückdrängen, und zwar zugunsten des englischen Imperialismus.

In Locarno trat der englische Imperialismus im Bunde mit dem amerikanischen, wenn auch mit verschiedenen Zielen, als Hauptmacht auf. Der englische Imperialismus betrachtet die europäischen Probleme vom Standpunkt seiner großen kolo-

*) Der Sieg des Linksblocks bei den französischen Neuwahlen ist der Ausdruck dieser Tatsache.

nialen Weltinteressen. Er muß versuchen, Europa so zu „ordnen", daß es ein Werkzeug und nicht, wie bisher, eine Störung für diese Interessen werden könnte. Zweifellos richtet sich die Spitze von Locarno gegen Sowjetrußland.

Der englische Imperialismus steht nicht nur im schärfsten sozialen Gegensatz zu dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt. Die Tatsache der Existenz des proletarischen Rußland bedeutet nicht nur, daß es zum natürlichen Bundesgenossen und Anziehungspunkt der unterdrückten Bauern und Arbeiter in den imperialistischen Ländern, sondern daß es auch zum natürlichen Bundesgenossen der um ihre Freiheit kämpfenden kolonialen und halbkolonialen Völker wird. Die bloße Tatsache der Existenz des proletarischen Rußland, das seinen eigenen Nationen nicht nur die soziale, sondern auch die nationale Freiheit gab, wird zum vorwärtstreibenden Faktor, zum revolutionären Rückhalt der Rebellion der Kolonialvölker gegen ihre imperialistischen Ausbeuter. Damit gerät aber der englische Imperialismus, dessen Weltmachtstellung entscheidend auf der Ausbeutung von hunderten Millionen Indern, Chinesen usw. beruht, in eine durch nichts zu überbrückende, unmittelbare a k t u e l l e Tatfeindschaft gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt. Die Vernichtung der nationalen Freiheitsbewegungen der unterdrückten Völker, die Vernichtung des revolutionären Rückhalts dieser Bewegungen Sowjetrußlands, ist der Kampf des englischen Imperialismus um seine Existenz oder zum mindesten um die Verlängerung seiner Existenz als imperialistische Weltmacht.

Der englische Imperialismus kann es heute noch nicht riskieren, einen entscheidenden Kampf gegen Sowjetrußland zu wagen. Er muß dazu seine Vorbereitungen treffen, ungelöste Probleme lösen, sich den Rücken sichern, durch Ausbalanzierung und Ausspielung der Interessen der verschiedenen Staaten gegeneinander sich eine internationale Bundesgenossenschaft schaffen. Für den englischen Imperialismus besteht das Problem der Schaffung einer weißen heiligen Allianz. In Locarno versuchte der englische Imperialismus, eine solche Allianz unter seiner Führung mit der Spitze gegen Sowjetrußland zu organisieren.

Die Organisierung eines solchen europäischen Blocks unter englischer Führung war aber nur möglich, wenn es gelang, die

deutsch-französischen Gegensätze auszubalanzieren, die französische Vorherrschaft auf dem Kontinent zurückzudrängen und ein gewisses Gleichgewicht auf dem Kontinent zu schaffen. Die für England brennenden Fragen des Ostens zwangen es verstärkt zur Rückkehr auf seine traditionelle kontinentale Politik, nicht die Vorherrschaft eines Staates auf dem Kontinent zu dulden. Um so mehr, als die französische Politik gegen Deutschland die Gefahr erzeugte, daß Deutschland in steigendem Maße seine Rettung in einem Bunde mit Rußland suchen würde.

Der Pyrrhussieg der Ruhrokkupation, die schwierige finanzielle Lage, die Friedenssehnsucht der französischen Massen, der wachsende politische und ökonomische Druck auch Amerikas zwangen den französischen Imperialismus, wollte er sich nicht der Gefahr der Isolierung aussetzen, auf die von England auf dem Umweg über Deutschland angeregte Sicherheitspolitik in Locarno einzugehen. Frankreich hatte seit Versailles vergeblich versucht, durch ein Sonderbündnis mit England sich gegen eine deutsche Revanche und gleichzeitig die eigene Machtstellung, die es mit dem Versailler Friedensvertrag errang, zu sichern. England hatte diese französischen Versuche systematisch abgelehnt, da es sich gerade mit Rücksicht auf seine Kampfvorbereitung gegen Rußland und den Fernen Osten in kein einseitiges Allianzsystem begeben wollte, welches bedeutet hätte, daß die Staaten, gegen welche eine solche Allianz gerichtet war, sehr leicht zum Bundesgenossen Sowjetrußlands hätten werden können. In Locarno mußte Frankreich auf die Sicherung der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenzen unter der Garantie Englands und Italiens eingehen. Damit hat der englische Imperialismus einen großen Vorstoß in der Richtung der Uebernahme der Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent getan.

Das seit 1904 bestehende englisch-französische Bündnis wurde damit faktisch liquidiert und eingebaut in ein gleichzeitiges Bündnis mit Deutschland. Die Stellung Englands als europäischer Garant bedeutet, daß es imstande ist, je nach der Lage und entsprechend den konkreten Interessen der englischen Politik Deutschland und Frankreich gegeneinander auszuspielen, ein Land durch das andere in Schach zu halten. So gefährlich ein deutsch-französischer Krieg in der heutigen Situation für England wäre, so notwendig aus politischen und ökonomischen Interessen heute für England eine „Befriedung“ Europas ist, so

sehr es sich daher bemühen muß, sozusagen die selbständigen Aktionen zwischen diesen beiden Ländern zu verhindern, so gefährlich wäre andererseits eine wirklich deutsch-französische Verständigung. Denn diese würde die Ausschaltung des Einflusses des englischen Imperialismus auf dem Kontinent bedeuten; Europa wäre in viel geringerem Maße ein Instrument des englischen Imperialismus im Kampfe für die Weltinteressen des englischen Imperialismus. Die Befriedung Europas durch die deutsch-französischen Paktverträge unter der Garantie Englands ist also gewissermaßen ein englisch-rationierter Frieden. Der englische Imperialismus will die selbständige Austragung der verschiedenen imperialistischen Interessen der Kontinentalstaaten verhindern und sie unter- und einordnen in seine Interessen, vor allem in seine systematische Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland.

Mit derselben Hartnäckigkeit, mit der England in Locarno für den Sicherheitspakt zwischen Deutschland-Frankreich und Deutschland-Belgien kämpfte, ließ es durch Deutschland einen ähnlichen Garantievertrag für die deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzen verweigern und verweigerte auch seinerseits für diese Grenzen seine Garantie. Man kann sagen, daß die deutsch-polnische Frage, die heute zu den aktuellsten europäischen Fragen gehört, in ihrer Zuspitzung geradezu vom englischen Imperialismus aufgerollt wurde.

Die Gründe dafür sind verschiedene. England wollte planmäßig die relative Schwächung des französischen Einflusses auf dem Kontinent dahingehend ausnutzen, um die Bande zwischen Frankreich und den französischen Schutzstaaten zu lockern und damit die französische Macht noch mehr zu schwächen. Weiter war die Aufrollung der deutsch-polnischen Frage, die Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen und damit auf einen aktiven Schritt zur Liquidierung des Versailler Friedensvertrages ein Lockmittel für Deutschland, um es fester in die englische Front hineinzuziehen. Damit wurde auch Deutschland von den Westgrenzen auf den Osten abgelenkt. Gleichzeitig bedeutete die aktuelle Zuspitzung des deutsch-polnischen Verhältnisses einen brauchbaren Regulator auch für die deutsch-französischen Beziehungen, denn es bietet jederzeit die Möglichkeit, auf Frankreich oder Deutschland einen stärkeren Druck auszuüben und damit diese beiden Länder willfähriger zu machen für die eng-

lischen Wünsche. Polen selbst sollte abgelenkt werden auf die polnisch-russischen Grenzen. Der englische Imperialismus hat zweifellos die Absicht, womöglich durch eine friedliche Revision der deutsch-polnischen Grenzen oder, wenn es nicht anders geht, eventuell durch einen lokalisierten deutsch-polnischen Krieg Deutschland fest in die anti-russische Front einzubeziehen und Polen auf Kosten russischen Gebietes zu entschädigen.*)

Frankreich konnte für seine Schutzstaaten und militärischen Bundesgenossen, Polen und Tschechoslowakei, keine derartigen Garantieverträge wie für die eigenen und die belgischen Westgrenzen bekommen, ebenso weigerte sich Deutschland offiziell, die Garantenrolle Frankreichs für die deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzen anzuerkennen. Formell wurde diese Garantenrolle Frankreichs für die Ostgrenzen nicht in die Locarno-Verträge aufgenommen, aber faktisch unterstrich Frankreich seine Garantenrolle für die deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzen durch besondere Abkommen mit Polen bezw. Tschechoslowakei. Selbst der eifrigste Apostel des Friedensgeistes von Locarno, der „Vorwärts", mußte zugeben:

> „Es ist der deutschen Delegation zwar gelungen, eine ausdrückliche Bezugnahme auf die Garantie Frankreichs aus dem Vertrage auszuschließen, damit ist aber die Garantenrolle Frankreichs nur von Deutschland nicht anerkannt, sie hat sich in die Abkommen Frankreichs mit Polen bezw. Tschechoslowakei geflüchtet."

Die deutsche Bourgeoisie akzeptierte Locarno. Unter dem ökonomischen Drucke des englisch-amerikanischen Finanzkapitals, in der Hoffnung, an der Seite des englischen Imperialismus erfolgreiche Schritte zur Restauration eines aktiven deutschen Imperialismus tun zu können, schwenkte es ein in die englische Front. Die deutsche Bourgeoisie erklärte sich bereit, in den Völkerbund einzutreten, der ein Hilfsinstrument für den englischen Imperialismus ist, nahm faktisch bedingungslos den Durchmarschparagraphen, die Pflicht zur Beteiligung an Völkerbundsaktionen auf sich, die sich in erster Linie gegen Sowjetrußland richten.

Wenn auch nicht offiziell vertreten, so war doch der amerikanische Einfluß auf das Zustandekommen von Locarno

*) Wir werden darüber noch bei der Behandlung der Resultate von Genf sprechen

ein sehr bedeutender. Die Vereinigten Staaten bereiteten Locarno durch einen systematischen ökonomischen und politischen Druck sowohl auf Frankreich als auch auf Deutschland vor. Die amerikanischen Exportinteressen, die Interessen des amerikanischen Finanzkapitals, brauchen ein befriedetes Europa. Das System der „wirtschaftlichen Durchdringung", Europa als Domäne für die Anlagen des amerikanischen Finanzkapitals und als Markt zur Aufnahme der amerikanischen Waren hat zur Voraussetzung auch eine politische Stabilisierung Europas. Natürlich betreibt der amerikanische Imperialismus keine eindeutige Europa-Politik. So sehr die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten ein befriedetes Europa verlangen, um es in Ruhe zu unterjochen, so sehr bedeutet doch einmal die Tendenz des Zusammenschlusses der europäischen Staaten gegen Amerika und zweitens die alleinige Vorherrschaft Englands auf dem Kontinent eine Gefahr in der Richtung der Schwächung statt Steigerung des amerikanischen Einflusses auf dem Kontinent. Wenn auch Amerika in Locarno gemeinsam mit England die Politik der sogenannten Befriedung Europas betrieb, so bedeutet das auf längere Sicht gesehen durchaus nicht, daß Amerika in einer bestimmten Situation nicht auch die Politik des Teilens, um besser zu herrschen, anwenden wird. Vielleicht ist bereits die amerikanische Haltung zu Genf ein Signal für die Anwendung dieser zweiten Methode der amerikanischen Politik in Europa, um Europa zu beherrschen.

So ist das bisherige Ergebnis der Befriedung Europas durch Locarno folgendes:

1. Der englische Imperialismus hat versucht, unter Verschärfung der Gegensätze zu Sowjetrußland und zu den Ostvölkern in Europa einen relativen Beruhigungszustand zu schaffen. Dieser Beruhigungszustand zeigt aber bereits heute an allen Ecken und Enden Bruchstellen.

2. Die deutsch-französischen Gegensätze sind nicht gelöst. Eine wirklich deutsch-französische Verständigung hat nicht stattgefunden. Natürlich hat der französische Imperialismus seine Pläne nicht aufgegeben, ebensowenig wie die deutsche Bourgeoisie ihren Revanchetraum. Die Bourgeoisie beider Länder aber ist heute durch die harten Tatsachen gezwungen, die Methoden ihrer Politik zu ändern, offenes, allzu aggressives Auftreten zu vermeiden, Vorstöße in Einklang zu bringen mit

den internationalen Kräfteverhältnissen, solche Vorstöße womöglich mit den Interessen der angelsächsischen Mächte zu kombinieren.

3. Der deutsch-polnische Gegensatz spitzt sich immer schärfer zu. Die deutsche Bourgeoisie hofft, an der anscheinend schwächsten Stelle ihrer Gegner den ersten aggressiven Schritt zur Liquidierung des Versailler Vertrages und zur Restauration des deutschen Imperialismus zu tun. Sie rechnet auf eine gewisse Deckung durch den englischen Imperialismus, der geschickt die „polnischen Leidenschaften" der deutschen Bourgeoisie ausnützt, um sie fester in die englische Front hineinzumanövrieren.

4. Die deutsche Bourgeoisie hat durch ihre Schwenkung an die Seite des englischen Imperialismus Deutschland in einen Gegensatz zu Sowjetrußland und zu den großen Bewegungen der unterdrückten Kolonialvölker geführt, der sich in dem Maße zuspitzen muß, als die deutsche Bourgeoisie immer konsequenter sich zum Landsknecht des englischen Imperialismus entwickelt.

5. Die französischen und englischen Gegensätze haben sich verschärft, so sehr England und Frankreich auch noch gezwungen sind, jeden Gegensatz durch ein Kompromiß zu überbrücken. Mit diplomatischen und ökonomischen Mitteln versucht der englische Imperialismus planmäßig, auf dem Kontinent das französische System zu erschüttern und zu schwächen. Und so sehr der französische Imperialismus seine Methode der Poincaré-Politik mit der Uebergangspolitik der Linksblockpolitik vertauschen mußte, so kämpft er doch zäh und beharrlich um die Bewahrung seines vorhandenen und die Zurückeroberung des gehabten Einflusses auf dem Kontinent.

6. Der italienische Imperialismus, der zweite Garant von Locarno, sieht in dem „erwachenden Deutschland" einen gefährlichen Konkurrenten sowohl in Europa als auch in bezug auf die vom Völkerbund zu verteilenden Kolonialmandate. Er bemüht sich, die durch die relative Schwächung Frankreichs gelockerten Bindungen zu den kleineren französischen Bundesstaaten auszunützen, sich selbst als Schutzmacht gegen den erwachenden deutschen Imperialismus aufzuspielen, um den eigenen Einfluß auf dem Kontinent zu stärken. Der italienische Imperialismus, der heute noch eine relativ selbständige Politik betreibt,

manövriert dabei zwischen dem französischen und englischen Imperialismus.

Die „Befriedung" Europas durch Locarno war also nur der Deckmantel für neue Allianzen, neue Gruppierungen. Es ist der Rahmen, der zunächst noch sehr unvollkommene Versuch, die Interessen und Gegensätze der europäischen Staaten in den Dienst des englischen Imperialismus zu stellen, vor allem im Kampf gegen Sowjetrußland und den erwachenden Osten. Locarno ist eine der Stationen der vom englischen Imperialismus zäh und systematisch betriebenen Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland. Es gehört zu den Methoden der imperialistischen Politik, solche Versuche unter der Maske der Organisierung des Friedens zu unternehmen. Es gehört zu den Methoden der sozialdemokratischen Agenten der Bourgeoisie, mit allen Mitteln die Politik ihrer Bourgeoisien zu decken.

Genf

Die Locarno-Verträge sollten nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund perfekt werden. Die Genfer Tagung des Völkerbundes (März 1926) war ausdrücklich zu dem Zwecke einberufen, um den Eintritt Deutschlands zu vollziehen und die Locarno-Verträge in das System des Völkerbundes einzubauen, den Völkerbund nicht nur zu einem allgemeinen kapitalistischen Instrument, sondern speziell zu einem noch brauchbareren Instrument für die Zwecke des englischen Imperialismus zu gestalten.

Aber bereits in Genf machte Locarno bankrott. Natürlich wird England versuchen, das bankrotte Locarno-Unternehmen wieder zu sanieren, die eigene Niederlage wieder gutzumachen. Aber die Begeisterung der Massen über Locarno ist verraucht, die Konflikte zwischen den verschiedenen Staaten haben sich zugespitzt, die großen Schwierigkeiten in der Organisierung eines einheitlichen anti-russischen Blocks auf dem Kontinent unter englischer Führung sind zutage getreten und es zeigen sich die Umrisse neuer Gruppierungen.

War Locarno eine Niederlage des französischen Imperialismus, so bedeutet Genf, dieser Bankrott von Locarno, eine Niederlage des englischen Imperialismus. Mußte Frankreich in Locarno eine gewisse Lockerung des Verhältnisses zu seinen

europäischen Verbündeten hinnehmen, so erschien Frankreich in Genf mit einigen Trümpfen, welche in Verbindung mit einigen anderen Faktoren England zwangen, in Genf faktisch die Stellung Frankreichs wieder zu stärken.

Einer dieser Trümpfe war der französisch-türkische Vertrag, welcher im Februar 1926 geschlossen wurde. Das Einverständnis Frankreichs mit der Nichtratifizierung dieses Vertrages ist zweifellos nur um den Preis größerer Konzessionen von seiten Englands zu bekommen gewesen. Der zweite Trumpf war die polnische Frage. Es läßt sich heute nicht übersehen, inwieweit das Eintreten Englands für den polnischen Ratssitz einen Teil des Preises darstellt, welchen England für die Nichtratifizierung des französisch-türkischen Vertrages durch den Völkerbundsrat zahlen mußte. Abgesehen davon hatte England aber noch einen anderen Grund, für einen polnischen Ratssitz einzutreten. Die Ablehnung der Garantie für die deutsch-polnischen Grenzen in Locarno, die wachsende Aggressivität Deutschlands, die gewisse Unterstützung, die Deutschland in dieser Kampagne von England erhielt, die relative Schwächung des französischen Imperialismus auf dem Kontinent ließen in Polen die Tendenzen wachsen, wollte es nicht in die Gefahr der Isolierung kommen, mit Sowjetrußland in ein eindeutiges Friedensverhältnis zu kommen. Diese Tendenzen paßten natürlich nicht in das System der englischen Kontinentalpolitik.

Briand hatte sich nach Locarno gegenüber Polen verpflichtet, als Gegengewicht gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund für die gleichzeitige Gewährung eines Ratssitzes an Polen einzutreten. Zweifellos hat Chamberlain Briand entweder bereits in Locarno oder später eine ebensolche Zusicherung gegeben.

Chamberlain wollte damit verhindern, daß Polen durch die deutsch-englische Aggressivität zu einem Freundschaftsbündnis zu Sowjetrußland getrieben würde, daß es, anstatt ein unsicherer und gegen Sowjetrußland zu verwendender Nachbar, ein Staat mit wirklich ehrlichen Friedensabsichten wird. (Natürlich, soweit ein kapitalistischer Staat überhaupt „ehrlich" den Frieden wünscht, nicht aus Neigung, sondern durch die Wucht der Lage.) Gleichzeitig wollte aber Chamberlain mit seiner Wendung in der englischen Polenpolitik ein Gegengewicht gegen Deutschland

schaffen, um jederzeit in der Lage zu sein, Deutschland gegen Polen und umgekehrt auszuspielen, jeden Staat als Revolver gegen den anderen benutzen zu können, um dadurch beide Staaten in die stärkere Abhängigkeit vom englischen Imperialismus zu bringen.

Der deutsch-polnische Gegensatz war die Hauptursache des Bankrotts von Genf. Der Genfer Bankrott zeigt aber, wie schwer es für den englischen Imperialismus wird, aus den Staaten mit den verschiedensten imperialistischen Gegensätzen einen einheitlichen, anti-russischen Block zu schmieden. Für eine Reihe von kapitalistischen Staaten ist eben Sowjetrußland nicht die aktuelle Frage, wie für den englischen Imperialismus, und sie werden sich nur unter dem Preis von Konzessionen in ihren eigenen aktuellen Fragen in die englische Front einreihen lassen. Das bedeutet aber, daß in jedem Moment zwischen jenen Mächten, welche die Teilnehmer am englischen Block sein sollen, die selbständigen Interessenkämpfe ausbrechen oder auszubrechen drohen.

In der Hauptsache war Genf an diesen vom englischen Standpunkt aus untergeordneten Fragen gescheitert. Das Auftreten Brasiliens, Spaniens, die verschiedenen Kombinationen, hinter denen zweifellos sehr stark mit der Spitze gegen Deutschland der italienische Garant des Friedensvertrages von Locarno stand, bewies nur noch deutlicher, daß die einzelnen Staaten nicht so ohne weiteres ihre eigenen Interessen vom Standpunkt der englischen Interessen behandeln lassen wollten.

Die Rolle Amerikas ist noch nicht ganz klar zu übersehen. Zweifellos hat Amerika starke Interessen an einer gewissen Befriedung Europas, die dem amerikanischen Finanzkapital die Möglichkeit gibt, parallel mit der wirtschaftlichen Durchdringung auch seinen politischen Einfluß zu steigern. Andererseits konnte es eine englische Niederlage, die verschiedenen europäischen Gegensätze ausnützen, um den eigenen Einfluß zu stärken. Dazu kommt, daß es mit Rücksicht auf seine panamerikanische Politik die Brüskierung Brasiliens, dessen Widerstand das wahrscheinlich steigerte, ausnützen kann zur Stärkung des Gedankens eines festgefügten panamerikanischen „Völkerbundes", natürlich unter dem Kommando des Imperialismus der Vereinigten Staaten.

Zweifellos wird die Niederlage in Genf den englischen Imperialismus nicht veranlassen, seine europäische Politik aufzugeben. Er wird weiter zähe und auf längere Sicht berechnet an seiner Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland durch die Bildung eines europäischen Blockes weiterarbeiten. Aber damit muß er gleichzeitig in Europa die Reibungen zwischen den verschiedenen Staaten verstärken, in immer größerem Maße Europa zu einem Herd neuer Konflikte, neuer Gruppierungen machen. Dadurch wird aber nicht nur die Bildung dieses antirussischen Blocks erschwert, sondern damit wächst auch gleichzeitig in raschem Tempo die Gefahr neuer europäischer Weltkriege.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter Coolidge 1924-25

T. Loaf

Die wichtigsten neuen Tatsachen der amerikanischen Außenpolitik — neben den in der vorhergehenden Ausgabe des Jahrbuches bereits geschilderten — waren in den letzten zwei Jahren:

a) Aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten an der europäischen Politik;

b) merkliche Verschärfung des Gegensatzes zu Großbritannien, trotz der Zusammenarbeit in vielen Fragen.

Neben diesen grundlegenden Tatsachen machen sich in der Politik der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent und in dem pazifischen Gebiet neue Erscheinungen bemerkbar.

1. Auf dem amerikanischen Gebiet durch die neue Deutung der Rolle Kanadas in den panamerikanischen Plänen der Vereinigten Staaten;

2. im Pacific durch die versuchte Einbeziehung Australiens in die Sphäre der eigenen Politik, sowohl Japan wie Großbritannien gegenüber.

Der imperialistische Drang der Vereinigten Staaten erhielt noch einen schärferen Akzent durch das Aufrollen der Frage der Rohstoff-

monopole: Dadurch werde allen klar, daß sie darauf hinausgehen, die Rohstoffmonopole anderer Länder zu brechen, ihre eigenen aber zu stärken.

Die Verflechtung der weltpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten ergibt ein ziemlich kompliziertes Bild der Außenpolitik. Dieses Bild wird um so verworrener, als ihre eigentliche Politik, wie sie sich in der versuchten und wirklichen Ausbreitung ihrer Herrschaft nach allen Weltrichtungen ausdrückte, keineswegs ganz eindeutig war. Vielmehr war sie eine Resultante zuweilen entgegengesetzter äußerer und innerer Einflüsse und deswegen nicht selten Schwankungen ausgesetzt.

Für das vollständige Verständnis dieser Politik ist es absolut notwendig, die maßgebenden wirtschaftlichen Züge dieses mächtigen Gebietes im Auge zu behalten, nämlich:

1. Die Vereinigten Staaten sind zugleich ein Agrar- und Industriestaat, der auf landwirtschaftliche und industrielle Ausfuhr angewiesen ist;
2. sie sind obendrein das Zentrum der Weltfinanzen, dessen durch die Goldanhäufung *inflationistisch* angeschwollene und bereits beträchtlich überschüssige Finanzkapitalien nach ausländischen Anlagemöglichkeiten drängen.

Das Unsichere und Zickzackartige in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist u. a. darauf zurückzuführen, daß sie bei der Einhaltung einer Mittellinie zwischen den zuweilen entgegengesetzten Einflüssen und Tendenzen auf Schwierigkeiten stoßen. All das verhindert jedoch nicht, daß Washington zweckbewußt daran arbeitet, eine Weltmacht zu bilden, deren autarkischer, herrischer und antagonistischer Charakter sich zu anderen Mächten, besonders zu Großbritannien in Gegensatz setzt.

Greifen wir zuerst aus der Kette der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge einige Umstände heraus, die ein Licht auf die Politik der Vereinigten Staaten in Europa werfen:

a) Die Neuyorker Börse nimmt die erste Stelle als Geldzentrum der Welt ein;
b) die in den letzten Jahren, besonders 1925, nach Europa gewanderten Anleihen üben einen direkten Einfluß auf die wirtschaftlichen und finanziellen (auch politischen) Verhältnisse der beliehenen Länder (Belgien) aus;
c) die amerikanische Finanz verknüpft sich aufs engste mit der Wirtschaft und Finanzpolitik Europas;
d) trotz der Vorherrschaft der Neuyorker Börse als Geldquelle muß sie sich aus nicht näher zu untersuchenden Gründen zur Durchführung ihrer Finanzpläne mit ihrer Rivalin, der Londoner Börse, ins Einvernehmen setzen.

Welche Folgen hatte nun die finanzielle Verknüpfung der Vereinigten Staaten mit Europa? Zuerst die, daß die Vereinigten Staaten von nun an nicht nur als die stärkste kapitalistische Macht, die aus Klassenbewußtsein die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung auf der ganzen Welt als ihr ureigenstes Interesse betrachtet, sondern wegen der erfolgten Kapitalanlagen ein direktes Interesse an der Stabilisierung und Pazifizierung der europäischen Länder gewinnt. Der Goldüberschuß in den Vereinigten Staaten hat zur Vermeidung eigener Katastrophen notwendigerweise die Politik der Rückkehr zur Goldwährung in allen Ländern und des hiermit verbundenen Rückflusses des Goldes veranlaßt. Die Stabilität der Währung erfordert u. a. Stabilität des Budgets; Stabilität des Budgets erheischt Beschränkung der Ausgaben vorerst der enormen militärischen Ausgaben, und dies wieder bedeutet Pazifizierung Europas. Das Programm schien klar. Wer sollte es aber durchführen? Die Vereinigten Staaten konnten selbst keinesfalls die Durchführung eines solchen Programms unternehmen. England erwies sich als der geeignetste Mithelfer, weil es direkt in der europäischen Politik steckte; weil es selbst seine Stellung als Finanzmacht der Welt noch immer behauptet; weil England selbst ein beträchtlicher Gläubiger der europäischen Staaten ist und schließlich, weil es auch aus Gründen seiner eigenen Wirtschaftslage es für angebracht halten müßte, dieselbe Stabilisierungspolitik zu betreiben.

Als erste Vorbedingung dieser Politik erschien die Erledigung der Reparationsfrage. Die Rolle der Vereinigten Staaten am Zustandekommen und der Durchführung des bekannten Dawes-Planes sowie die Tatsache des Zusammengehens der Vereinigten Staaten in dieser Frage mit England sind bekannt. Heute, nachdem die amerikanischen Kapitalisten allein im Jahr 1925 230 Millionen Dollar deutscher Wertpapiere aufnahmen (die gesamte Summe der Deutschland geliehenen Kapitalien betrug bis Mitte 1925 715 Millionen Dollar), treten sie für die Verringerung der deutschen Reparationszahlungen ein. Denn für die Vereinigten Staaten läuft die Frage Deutschlands darauf hinaus, daß die Privatanleihen den Vorrang vor den Reparationen erhalten.

Denn von allen „unterstützungsbedürftigen" europäischen Ländern ist Deutschland im stärksten Maße die Anleihestätte amerikanischen Kapitals geworden, dessen einzelne Gruppen entweder allein oder meistens in Verbindung mit den deutschen Banken resp. Industriekapital in verschiedene Gebiete der deutschen Wirtschaft eindringen. Man denke nur an die European Shares Incorporated unter Teilnahme Warburgs, der Darmstädter und Nationalbank usw., an den Vormarsch Harrimans, der die Erringung einer Monopolstellung in Zink (in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien) durch weitere Ausbreitung auf Rohmetall-

wirtschaft Deutschlands zu ergänzen sucht; man denke ferner an die Festsetzung des Bankhauses Dillon Read & Co. in Deutschland (und in anderen Teilen Mitteleuropas), an die Gründung der German Credit and Investment Corporation (unter Beteiligung von Mendelsohn & Co., Discontogesellschaft usw.), mit dem Zweck, an dem „Wiederaufbau" Deutschlands durch Gewährung von Krediten auch an kleinere Industriegesellschaften zu arbeiten, denen der selbständige Zugang zu Wall Street versperrt ist; man betrachte die Pläne derselben Dillon Read & Co., durch Zusammenschluß der deutschen Stahlindustrie dem amerikanischen Stahltrust selbständig entgegenzutreten; weiter den kürzlich an die Stelle von Anleihen getretenen direkten Aufkauf großer Aktienpakete deutscher Banken und Industriegesellschaften. Es genügt der Hinweis auf die genannten Tatsachen, um zu sehen, wie weit über den Umfang der Dawes-Anleihe und sogar der Anleihen an die deutschen Staaten und Städte hinaus das Eindringen und die Pläne des amerikanischen Kapitals in Deutschland gediehen. Wie immer die offizielle Politik der Vereinigten Staaten sich noch entwickeln mag (Anschluß an Völkerbund oder Isolierung), eine weitere Regelung der deutschen Reparationsfrage liegt den Vereinigten Staaten sozusagen am Herzen.

Als eine weitere Vorbedingung der Stabilisierung wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse erwies sich für die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit der Stabilisierung der Valuten der verschiedenen europäischen Länder. Auch hier treten die Vereinigten Staaten gemeinsam mit Großbritannien auf. Einen Teil der Aktion bildete das gemeinsam durchgeführte Programm der Wiederherstellung der Goldparität des Pfund Sterling, und zwar durch besondere Vereinbarung zwischen der Federal Reserve Bank von Neuyork und der Bank of England (Uebereinkommen über Diskontsätze; offiziell dementiert, nichtsdestoweniger sicher) sowie die „Stützung" seitens derselben Reservebank und des Bankhauses Morgan (für recht fette Zinsen). Dies sollte den freien Goldverkehr wieder einführen. Die Gewährung der Stabilisierungskredite an die deutsche Reichsbank geschah gemeinsam. Der gemeinsame Druck der „anglo-amerikanischen" Bankiers im Falle Belgiens, und überhaupt die sichtbar gemeinsamen Finanzpläne gaben zu der Annahme Anlaß, daß die anglo-amerikanische Finanz eine Kontrolle über alle Emissionsbanken Europas zu erlangen gedenkt.

Eng verknüpft mit dem erwähnten Zusammengehen beider Mächte in der Reparations- und Stabilisierungsfrage schien auch ein gemeinsames Vorgehen in der sog. Abrüstungsfrage zu sein. Auch hier verfolgten beide Mächte zunächst dieselben Aufgaben (bei Verschiedenheit der Gründe und der Endziele) und begegneten demselben Widerstand seitens Frankreichs, Japans und Italiens. Die

letzteren wollen 1. anstatt einer pro-rata-Reduzierung der Friedensrüstungen ein Abrüstungsprogramm auf Grund aller möglichen Hilfsmittel zur Zeit des Krieges (hauptsächlich Industrie); 2. anstatt Abhaltung besonderer Land- und Seeabrüstungskonferenzen eine gemeinsame. Ein solches Programm läuft sowohl den Absichten Großbritanniens wie denjenigen der Vereinigten Staaten zuwider.

Für die Vereinigten Staaten ist das „Abrüstungsprogramm" in erster Linie auf die Sicherung der Zahlung der Anleihezinsen (samt den fundierten Kriegsschulden) und die Sicherstellung der nach Europa abgewanderten Kapitalien gerichtet. Es spielen aber bei der Aufstellung dieses Programms und besonders bei der Frage der Abhaltung getrennter Land- und Seeabrüstungskonferenzen die Gründe und Gesichtspunkte der inneren Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese Gesichtspunkte sind auch sehr maßgebend in den Fragen des Völkerbundes und der Kriegsschuldenabkommen und erklären bis zu einem gewissen Grade die erwähnten Schwankungen bzw. das ungemein vorsichtige Verhalten der Regierung auf diesem Gebiet.

Ueber das eigentliche Rüstungsprogramm hier zu sprechen, haben wir keine Möglichkeit. Jedenfalls bleibt die einfache Formel: „Die Vereinigten Staaten wollen Abrüstung ... für die anderen" absolut richtig.

Das Eingreifen der Vereinigten Staaten in Reparationsfragen und der hierauf folgende starke Abfluß der Kapitalien nach Europa — an sich die Folge eines Kompromisses — haben auch die Gegensätze in dem ganzen Fragenkomplex (Annullierung der Kriegsschulden, Anschluß an Völkerbund bzw. Weltgerichtshof, Zolltarif usw.), die zwischen den verschiedenen Interessentengruppen, besonders den Finanz- und den Industrievertretern, bestanden, in großem Maße beseitigt bzw. gemildert. Von nun an diente der von der Regierung auf die Schuldnerstaaten ausgeübte Druck, ihre Kriegsschulden zu regulieren, den Interessen der Finanz selbst. Diese hatten nicht mehr nötig, auf ihrem eigenen Programm der Schuldenannullierung, so wie früher (die Bankiertagung von 1922 und 1923), zu bestehen. Denn die verschiedentlich erfolgte Fundierung der Kriegsschulden, die in einzelnen Fällen einer teilweisen Annullierung derselben gleichkam, war unmittelbar an eine neue Anleihe seitens der Privatbankiers mit recht hohen Zinsen geknüpft, ja, in der Regel kamen die Schuldner nach Washington, ihre Schulden zu fundieren, erst, nachdem sie vorher die Gewißheit hatten, daß ihnen eine neue Anleihe noch vor der Ratifizierung des Abkommens durch den Senat, gewährt wird. Den Industriellen und den Exporteuren, besonders der Farmprodukte, versprachen die Anleihen die wirtschaftliche „Sanierung" eines kauf-

fähigen Kunden, abgesehen davon, daß ein guter Teil der bereits gemachten Einkäufe der Schuldnerländer mit diesen Anleihen finanziert wurde. Der Regierung aber dienten die Kriegsschulden und die mit ihnen verbundene Drohung mit Kreditsperre als ein Mittel, im diplomatischen Kampfe mit anderen Mächten amerikanische Investierungs- und Kolonialplätze zu lancieren. Es steht fest, daß in allen Verhandlungen bezüglich der Kriegsschulden die Vereinigten Staaten ihr Augenmerk auf die Erwerbung von Kolonien dieser Staaten richteten: mit Belgien wurde die Frage Kongos, mit Großbritannien die der westindischen Besitzungen, mit Frankreich sowohl die der westindischen wie pazifischen Besitzungen leise berührt.

Die Vereinigten Staaten wurden also zu einer Macht, die am europäischen Gleichgewichtsspiel Anteil nehmen mußte. Hier trat ihr Interesse an den Geschehnissen im Völkerbunde zutage, und der nach langer Vorbereitung erfolgte Beschluß, sich dem Weltgerichtshof anzuschließen, sollte ein Schritt in der Richtung sein, sich auch formell eine Eingriffsmöglichkeit in die Tätigkeit der Völkerbundsmächte zu verschaffen.

Der amerikanisch-englische Gegensatz in Europa

Wäre die Außenpolitik der Vereinigten Staaten lediglich von Bankkapitalinteressen geleitet, so hätte das Programm der „Pazifizierung" mittels Anleihen sich vielleicht für längere Zeit bewähren können. Es muß zugegeben werden, daß das sog. „internationale" Bankkapital in den letzten zwei Jahren einen zwar nicht ganz entscheidenden, aber sicherlich größeren Einfluß als in den Jahren 1920/23 auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ausübt und zuweilen (z. B. auch im Kampf um den Gummipreis) eine mildernde Wirkung auf die imperialistischen Gegensätze hatte. Allein, es treten dieser pazifistischen Tendenz andere starke Tendenzen entgegen. Denn als mächtigster Industriestaat, dessen industrielle Kapazität jetzt bei weitem die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes übersteigt, und der deswegen immer mehr zu einer forcierten Ausfuhr genötigt wird, stoßen die Vereinigten Staaten sogleich auf den großen Industriestaat England als einen Rivalen, der bei der gegenwärtig stark beschränkten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes von besonderer Bedeutung ist; dies um so mehr, als England, das noch keineswegs seine Stellung als ehemaliges Finanzzentrum der Welt aufgeben will, Bank- und Handelbeziehungen auf der ganzen Welt aufrecht erhält und um das Pfund Sterling, als Weltgeld kämpft. Außerdem drängen die Vereinigten Staaten immer stärker nach Kolonialgebieten und Interessensphären und sind in wachsendem Maße genötigt, sich ihre Rohstoffquellen zu sichern. Hier, auf diesem Gebiet, stoßen die

Interessen der Vereinigten Staaten am stärksten wiederum mit denen Großbritanniens zusammen, das keineswegs die Entfaltung eines so gewaltigen Koloniallandes zulassen kann. Mehr noch: im engen Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht die Ausrüstung der Vereinigten Staaten zu einer Seemacht, die dem Britischen Reiche seine Hegemonie auf dem Meere entreißen will. Diese Rivalitäten treten aber nicht nur auf anderen Kontinenten, sondern auch auf dem eigentlichen amerikanischen Kontinent in Erscheinung, den die Außenpolitik der Vereinigten Staaten seit jeher und ständig aggressiver für seine ausschließliche Domäne erklärt.

Der Umstand, daß die Finanzleute der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im großen und ganzen friedlich zusammenarbeiten, legte in manchen Kreisen den Schluß nahe, daß die Schwierigkeiten zwischen diesen beiden Weltmächten gering und bereits überbrückt worden seien. Ende 1924 konnte die „Chicago Tribune" sogar ein „stillschweigendes Bündnis" der beiden Mächte verkünden. Die einzige bedeutendere Reibungsfläche schien der Petroleumkampf zu sein, und hier war man imstande, auf das in bezug auf Mossul zwischen Standard Oil und Royal Dutch getroffene Quotenübereinkommen als Beweis friedlicher Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen. Die erbitterte Fehde in den Parlamenten und der Presse beider Länder aus Anlaß des britischen Gummimonopols hat den bestehenden Gegensatz wieder kraß beleuchtet. Ob diese ein Anfang einer Periode verschärften Wettbewerbs zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bedeutet oder nicht, ist eine Frage für sich. Hier ist es wichtig zu betonen, daß die Gegensätze keinesfalls nur auf Gummipreise oder sogar Petroleumquellen sich beschränken, sondern auf verschiedenen anderen Gebieten auftreten und geeignet sind, die vermeintliche „Freundschaft" ernstlich zu erschüttern.

Schon in der sog. „europäischen Politik", in der die Vereinigten Staaten anscheinend mit Großbritannien zusammengingen, tritt die Gegensätzlichkeit der Interessen klar zutage.

Zunächst in der Angelegenheit der Kriegsschuldentilgung. Die erneuten Versuche Großbritanniens, die Kriegsschuldenfrage in diejenige der Reparationen hineinzuflechten und sie einer allgemeinen Revision zu unterziehen, wurden seitens der Vereinigten Staaten hartnäckig zurückgewiesen. Der Grund für die Trennung dieser zwei Fragen durch die Vereinigten Staaten ist nicht weit zu suchen: die Vereinigten Staaten wollten die Angelegenheit mit jedem ihrer Schuldner besonders und nach „individuellen Zahlungsmöglichkeiten" eines jeden regeln, d. h. gemäß dem imperialistischen Interesse (z. B. Petroleum in Rumänien), die sie dem betreffenden Schuldnerstaate entgegenbringen. Großbritannien hingegen, das mit dem Kriegsschuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten ein

finanzielles Opfer für das gute Einvernehmen (und des Goldsterlings) gebracht hat, ist nicht geneigt, dieses Opfer allzu lange zu tragen, noch etwas von seinen „large titles to ownership in other countries", wie die amerikanische diplomatische Sprache es verhüllt ausdrückt, an die Vereinigten Staaten für die Schulden abzutreten (Vorschlag des Schatzsekretärs Mellon).

Gleichzeitig trat die Gegensätzlichkeit der Interessen in der Frage des Völkerbundes und der damit verbundenen Frage des Anschlusses der Vereinigten Staaten an den Weltgerichtshof zutage. Die Wendung in den regierenden Kreisen der Vereinigten Staaten betr. Anschluß an den Völkerbund vollzog sich seit längerer Zeit, und zwar „weil die Vereinigten Staaten etwas darüber wissen, wie man seine Interessen schützen müsse"; die Verwendung des Völkerbundes durch die Großmächte zu Zwecken ihrer Kolonialpolitik (Mandate) hat hier eine entscheidende Rolle gespielt.

Die Tatsache der vollständigen Beherrschung des Völkerbundes und damit der Geschicke Europas durch die alliierten Großmächte, in erster Linie durch Großbritannien und Frankreich, auf Grund von „Aufträgen, die sie sich selbst gegeben haben", mußte früher oder später den Widerstand der Vereinigten Staaten hervorrufen, um so mehr, als Großbritannien und Frankreich seit 1924 mittels gegenseitiger Konzessionen meistens im Einvernehmen gehandelt haben und unter dem Deckmantel des Völkerbundes sich Vorschub leisteten. Die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem Völkerbund mußte deswegen — da eine offene Bekämpfung desselben aus verschiedenen Gründen unangebracht erschien — sich in zwei Richtungen bewegen: einerseits das Prestige des Völkerbundsrates, in dem Goßbritannien plus Frankreich den Ton angeben, gegenüber den Kleinstaaten zu erschüttern; zweitens an Stelle des Völkerbundes entweder sich selbst oder vom Völkerbunde unabhängige Körperschaften zu stellen. Dies war anscheinend der Sinn des Vorschlages Deutschlands Anfang 1925, daß die Vereinigten Staaten als Bürge des geplanten Garantiepaktes fungieren sollen, eines Vorschlages, der die Vereinigten Staaten „gar nicht erreichte", und zwar weil nach Meinung Frankreichs, die von Großbritannien geteilt wird, ein „Rat oder finanzieller Druck seitens der Vereinigten Staaten das Ziel des Planes vernichten könnte". Neben den Gründen der Innenpolitik ist dies die Erklärung für die Vorbehalte zur Weltgerichtshof-Anschlußresolution, die sonst jeden Sinn verlieren würden.

Die Gegensätze wurden besonders scharf nach Locarno. Wer immer der stärkste Drahtzieher bei dem Fiasko der Genfer Konferenz vom März 1926 war, ihr Zusammenbruch war sicherlich nicht so unangenehm für die Vereinigten Staaten, wie man dort durch die „Entrüstung" über das „Doppelspiel" der alliierten Diplomaten

Glauben machen möchte. Der Mißerfolg in Genf bedeutete den Mißerfolg Locarnos, das eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten enthielt, und dort in Regierungskreisen mit Mißstimmung aufgenommen wurde.

Die weiteren Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien kommen auch in der Behandlung der Abrüstungsfrage zum Vorschein. Obwohl das Programm der Vereinigten Staaten, den verschuldeten Mächten Europas ein Abrüstungsprogramm aufzuzwingen, sich mit den Absichten Großbritanniens gegenüber Frankreich deckt, ist auch hier die Divergenz sehr beträchtlich. Zunächst, weil Großbritannien den Trumpf der Abrüstung für sich beansprucht (Konkurrenz als „Friedensstifter") und deshalb nicht allzu sehr geneigt ist, dem Wunsche der Vereinigten Staaten nach einer Sonderkonferenz für Seerüstungen in Washington (die u. a. zu dem Zweck geplant wird, das Prestige der Republikanischen Partei für die Wahlen 1928 zu heben) nachzukommen. Wichtiger ist, daß Großbritannien die Abrüstungsfrage im Kampfe gegen Frankreich ausspielt, aber bereit ist, mit Frankreich auf Grund des Prinzips do-ut des zu unterhandeln, und zwar zum Nachteil der Vereinigten Staaten. Schließlich ist die Absicht Großbritanniens, die Abrüstungskonferenz, ähnlich wie Locarno, zu Zwecken seiner Antirußlandpolitik auszunutzen, — eine Absicht, die den Plänen der Vereinigten Staaten absolut zuwider ist. Die Einladung an die Sowjetunion zur Abrüstungskonferenz geschah anscheinend auf Druck der Vereinigten Staaten, die hierdurch die Fiktion, daß die Sowjetunion der „Friedensstörer" in Europa sei, zerstören wollte.

Wir sehen, wie die Gegensätzlichkeit der Positionen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in allen Fragen der sog. „europäischen Politik" zutage tritt. Sie wurde besonders beleuchtet auch durch die „mysteriösen" Enthüllungen des Botschafters Houghton über die Lage in Europa; sie findet ihre Fortsetzung in der Kolonialpolitik und insbesondere in dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Latein-Amerika. Das Auftreten Brasiliens ist für die evtl. Rolle Latein-Amerikas im Völkerbund symptomatisch; denn es fragt sich, ob angesichts des britischen Einflusses in Latein-Amerika, der ohne Zweifel groß ist, die Vereinigten Staaten im Stande sein werden, die latein-amerikanischen Mitglieder des Völkerbundes für sich zu gebrauchen, oder ob nicht vielmehr diese sich evtl. vermittels des Völkerbundes gegen die Vereinigten Staaten wenden werden. Dies ist eine Frage, die die Diplomatie der Vereinigten Staaten sicherlich nicht mit allzu großer Ruhe betrachtet. Wenn man noch dazu die heikle innere Lage der Regierung in bezug auf die Völkerbundsfrage, sowie das Gefühl eines Fiaskos in der bisherigen Europa-Politik in Betracht zieht, so wird eine nach Genf sich bemerkbar machende, erneute Er-

wägung der sog. „Isolierungspolitik" (nur wirtschaftlicher Druck, keine Einmischung in die Politik Europas), sowie der Versuch Washingtons, Latein-Amerika dem Völkerbund fernzuhalten, ganz verständlich.

Die außereuropäische Politik der Vereinigten Staaten

Welches war nun die Politik Washingtons bezüglich „Pan-Amerikas" in der letzten Zeit? Nachdem die von den Vereinigten Staaten organisierte panamerikanische Konferenz in Santiago (Chile) im Mai 1923 Schiffbruch erlitten hatte, streckten sie ihre Fühler nach zwei Richtungen aus; sie versuchten einerseits die südamerikanischen Staaten zu bewegen, sich zur Monroe-Doktrin zu bekennen, andererseits Kanada in die panamerikanische Politik hineinzuziehen.

Sowohl aus Rücksicht auf die Rolle Kanadas im Britischen Reich wie hinsichtlich der panamerikanischen Pläne ist die letzte Entwicklung in den amerikanisch-kanadischen Beziehungen von allergrößter Bedeutung.

Ungeachtet dessen, daß in Kanada selbst aus Argwohn gegen die Kapital-Invasion der Vereinigten Staaten sowie aus Widerwillen gegen ihre Agrarzölle sich eine Bewegung gegen die wirtschaftliche Beherrschung Kanadas durch seinen südlichen Nachbar durchsetzt (es sei an das Verbot der elektrischen Kraftabgabe, die Zollerhöhung auf amerikanische Kohle, an den Streit mit den amerikanischen Papierindustriellen wegen des Embargos auf die zu Papierzwecken gebrauchten Holzsorten usw. erinnert), hat sich in erster Linie in bezug auf die pazifischen Fragen und weiterhin in bezug auf die europäische Politik eine Gemeinsamkeit der Interessen der beiden Staaten entwickelt. Die Vereinigten Staaten gaben sich Mühe, Kanada auf der im Dezember 1925 stattgefundenen panamerikanischen Konferenz an ihre panamerikanische Politik zu binden. In Wirklichkeit nahmen kanadische Delegierte zum ersten Male an einer solchen Konferenz teil. Viel bedeutsamer aber als der Versuch, durch Heranziehung Kanadas dem Ausdruck „Pan-Amerikas" seinen bisherigen „latein-amerikanischen" Charakter zu nehmen, ist die (selbstverständlich nicht offiziell vertretene) Absicht, auf Kanada die (nicht unbeträchtlichen) britischen Interessen auf dem amerikanischen Kontinent zu konzentrieren und es evtl. zum Besitzer der britischen Kolonien im Karaibischen Meer zu machen. Diese Politik ist notwendigerweise schon deshalb gegen Großbritannien gerichtet, weil sie Kanada dem Einfluß des Mutterlandes zu entziehen versucht; ihre Spitze wendet sich scharf gegen die Seemachtstellung Großbritanniens. Sie verquickt sich dagegen eigentümlicherweise mit der Diplomatie Kanadas selbst, wie sie sich in letzter Zeit mehr oder weniger scharf (abhängig von dem

Charakter der jeweiligen Regierung) zu entwickeln scheint. Denn gleichzeitig mit der Verselbständigung Kanadas gegenüber Großbritannien (selbständige Handelspolitik, diplomatische Vertragsfähigkeit, Forderung nach diplomatischer Sondervertretung in den Vereinigten Staaten, selbständige Stellungnahme gegen die von Großbritannien abgeschlossenen „Garantiepakte") vollzieht sich auch die Verselbständigung seiner Politik gegenüber den anderen Teilen des Britischen Reiches, gegenüber allen anderen Ländern überhaupt und — was hier besonders hervorzuheben ist — gegenüber den Vereinigten Staaten und dem ganzen Westindischen Gebiet. Wohlgemerkt, die Frage der Annexion Kanadas durch die Vereinigten Staaten wird aus verschiedenen, hier nicht zu erwähnenden Gründen weder in Kanada noch in den Vereinigten Staaten ernst erwogen. Insofern ist die häufige Annahme, Kanada sei angesichts der dort in den letzten Jahren überwiegenden Investitionen der Vereinigten Staaten, die diejenigen Großbritanniens gegenwärtig überflügelt haben, schon zu einem Teil der Vereinigten Staaten geworden, sicherlich verfrüht. Gerade die expansionistische Politik Kanadas in Verbindung mit der weitgehenden politischen Unabhängigkeit gegenüber Großbritannien beweist, daß, wie die Dinge liegen, Kanada es vorzieht, sich an das Britische Reich und nicht an die Vereinigten Staaten anzulehnen.

Die „panamerikanische" Politik der Vereinigten Staaten begegnet aber gegenwärtig großen Schwierigkeiten auch im Verhältnis zu dem Gebiet, für das sie von Anfang an galt, nämlich Latein-Amerika. An dem Mißerfolg der Konferenz von Santiago (Mai 1923) war einerseits die Gewaltpolitik der Vereinigten Staaten in den benachbarten „Schwester-Republiken", andererseits die der von ihnen proklamierten Politik des Zusammenschlusses entgegengesetzte Gleichgewichtspolitik auf dem südamerikanischen Kontinent Schuld, die Politik der Schürung und Ausnutzung von Gegensätzen zwischen den einzelnen südamerikanischen Republiken. Das Abkommen zwischen den 16 teilnehmenden Staaten bezüglich eines schiedsgerichtlichen Verfahrens bei neuen Streitigkeiten, das verschiedentlich auch schon ratifiziert wurde, war trotz der Reklame, mit der man es in den Vereinigten Staaten als einen „Erfolg" hinstellte, bei weitem nicht das, was man bezweckte. Die lateinamerikanischen Länder wissen sehr gut, daß die Vereinigten Staaten die ersten sind, die das vorgeschobene schiedsrichterliche Prinzip bei Seite schieben, wenn der Schiedspruch sich gegen sie richtet.

Ebensowenig konnte sich die für alle „Schwesterrepubliken" sehr bedenkliche Erweiterung der Monroe-Doktrin in der ganz programmatischen und von Coolidge gebilligten Rede des früheren Staatssekretärs Hughes (Dez. 1923) in Praxis bewähren. Die Rede wurde u. a. aus Anlaß der aktiven Unterstützung Obregons gegen die Konterrevolution de la Huertas gehalten, die an sich einen Verstoß gegen die bisherige

offizielle Deutung der Monroe-Doktrin bildete. Schon die Proklamation Coolidges über das Waffen-Embargo für de la Huerta und den offiziellen Verkauf von Waffen an Obregon enthielt einen Passus, der für die lateinamerikanischen Länder für den Waffenverkauf ein ebensolches Recht der Exterritorialität wie in China geltend machte. Die Rede Hughes' enthielt außer einer unbeschränkten, anmaßenden Erweiterung der Monroe-Doktrin auch die Proklamierung eines „legitimistischen" Prinzips hinsichtlich der bestehenden lateinamerikanischen Regierungen, das in der Praxis schon fehlgeschlagen ist. Im Falle Nicaraguas hat die amerikanische Regierung den Umsturz seitens des früheren reaktionären Diktators Chamorro geduldet. Viel bedeutsamer ist die Tatsache, daß die amerikanische Regierung selbst in der Note des Staatssekretärs Kellogg an Mexiko vom Juni 1925 mit einer Konterrevolution gegen die absolut „legitime", konstitutionelle, von den Vereinigten Staaten anerkannte Calles-Regierung drohte.

Dennoch lag der Hughes'schen Programmrede ein Gedanke zu Grunde, der, ungeachtet aller Gewaltakte der Vereinigten Staaten in den lateinamerikanischen Ländern einen Plan auf ferne Sicht verbarg, der die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Latein-Amerika als Ganzem enthielt. Die Hughessche Deutung der Monroe-Doktrin bedeutete in erster Linie die Sicherung eines von keiner Seite gestörten (d. h. weder von Seiten Europas noch von Seiten irgendwelchen amerikanischen Staates, und zwar durch Streitigkeiten oder Revolutionen) „friedlichen Eindringens" der Vereinigten Staaten in das lateinamerikanische Gebiet. Allein dieses Eindringen bedeutet für die Vereinigten Staaten keinesfalls lediglich eine Frage der Handelsmöglichkeiten, sondern bildet einen Teil des Programmes, das ganze amerikanische Gebiet zu einer wirtschaftlichen Einheit zu machen, die ihre vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit von der übrigen Welt behaupten könnte. Das Programm ist ein Teil des Kampfes der Vereinigten Staaten um die Rohstoffquellen, und Latein-Amerika nimmt in ihm den wichtigsten Platz ein. In den amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Kreisen wird ein Plan erwogen, die Produktion der lateinamerikanischen Länder und der Vereinigten Staaten auf der Basis der Gegenseitigkeit zu gestalten und die Hilfsquellen der einzelnen Länder in ihrem Verhältnis zu den Bedürfnissen der beiden amerikanischen Kontinente als Ganzem zu entfalten. Dies erklärt zum Teil den Nachdruck, mit dem die Vereinigten Staaten das schiedsgerichtliche Verfahren zur Erledigung aller Streitigkeiten den lateinamerikanischen Republiken aufhalsen wollen, wobei sie meistens selbst die Rolle des Schiedsrichters übernehmen möchten.

Gleichzeitig gewinnt aber bei der amerikanischen Diplomatie die Einsicht Boden, daß die Monroe-Doktrin schon ihre Schuldigkeit getan hat, daß der Ton des „Beschützens" in ihr gegenwärtig ein Hindernis

in den Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten bildet. Man weiß, daß die Lage sich insofern geändert hat, als Latein-Amerika nach dem Kriege keine europäische Intervention befürchtet; daß es nicht gewillt ist, freiwillig den „Schutz" der Vereinigten Staaten zu akzeptieren und daß es gegen die Gewaltakte der Vereinigten Staaten im Völkerbunde auftreten und so eine unangenehme und komplizierte Lage für Washington schaffen kann. Auch wird schon ernst erwogen, daß früher oder später die Vereinigten Staaten einem Bund der lateinamerikanischen Staaten begegnen werden. So entstand der Gedanke, die lateinamerikanischen Länder dazu zu bewegen, ihre eigene Deutung der Monroe-Doktrin auszuarbeiten und ein neues, von allen Teilen angenommenes „amerikanisches Prinzip" zu proklamieren.

Doch das Eindringen der Vereinigten Staaten in Latein-Amerika und mit ihm die finanzielle und politische Abhängigkeit der „Schwesterrepubliken" von den Neuyorker Banken und dem Washingtoner Staatsdepartement schreiten immer vorwärts. Friedlich, wenn es geht, durch List, Korruption, politische Intrige, Schürung von Revolutionen und schließlich Anwendung eigener Gewalt, wo diese Methoden mehr Erfolg versprechen. Ständige „panamerikanische" Konferenzen, aller Art wirtschaftlichen und anderen Fragen gewidmet, dienen dazu, Einheitlichkeit und Planmäßigkeit in die Entwicklung zu bringen. Wir sehen da ein solches Programm, wie die Etablierung von Filialen der Federal Reserve Bank in den lateinamerikanischen Ländern, Austausch von Handelskommissären in allen 21 Ländern, Einführung von Handelsschiedsgerichten, Annahme des metrischen Systems im Verkehr untereinander, wechselseitiger Unterricht in den in Amerika gesprochenen Sprachen in den Volksschulen usw. Dies ist das Programm der panamerikanischen Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1925. Andere Konferenzen, wie z. B. über das Verkehrswesen, sorgen für den Bau der Straßen, damit die nordamerikanische Automobilindustrie einen Markt erhält; eine Anfang 1926 abgehaltene „Panamerikanische Journalisten-Konferenz" diente gleichfalls den Vereinigten Staaten dazu, die Beherrschung des Nachrichtendienstes durch große amerikanische Agenturen (Associated Preß, United Preß, International News Service) und die Verbreitung von nordamerikanischer Propaganda durch sie den widerstrebenden Latein-Amerikanern plausibel zu machen, und für ausgedehnteren und vielleicht mehr den Wünschen Latein-Amerikas angepaßten Nachrichten-Dienst, dabei aber für eine bessere Kontrolle über die lateinamerikanische Presse zu sorgen. All dies und vieles andere (Gründung eines „Instituts für innenamerikanische Beziehungen an der Universität von Porto Rico etc.) ist der organisatorische Rahmen, der das wachsende Eindringen des amerikanischen Kapitals (bei gleichzeitigem, hartnäckig verfochtenem Verdrängen des europäischen, meistens britischen Kapitals) in Latein-Amerika in der Form von Geldanleihen und Industrieanlagen umfaßt.

Zur selben Zeit entwickelte sich auch die politische Beherrschung des amerikanischen Kontinents durch die Vereinigten Staaten. Von den „selbständigen" Staaten und Halbkolonien samt den Inseln im zentralamerikanischem Gebiet (Panama-Kanal!) gar nicht zu sprechen (charakteristisch u. a. die dem Washingtoner Staatsdepartement etwas ungelegene offizielle Anfrage Nicaraguas über die Wahl des Präsidentschaftskandidaten im Jahre 1924), ergreift diese Durchdringungspolitik immer weitere Gebiete und maßt sich auch immer größere Machtbefugnisse an. Diesbezüglich ist die „Vermittler"-Rolle der Vereinigten Staaten im Tacna-Arica-Konflikt und der außerordentlich starke Druck auf Mexiko betreffs der Agrar- und Petroleumgesetzgebung besonders charakteristisch.

Die Rolle Washingtons im Tacna-Arica-Konflikt hatte mannigfaltigen Charakter. Es verbanden sich hier zunächst zwei Tendenzen: einerseits die Notwendigkeit, der durch das Auftreten Perus und Boliviens im Völkerbunde (Antrag Perus auf Erledigung des Streites mit Bolivien auf Zugang zum Meere durch das Gebiet von Tacna-Arica) drohenden Gefahr der Einmischung desselben in lateinamerikanische Angelegenheiten vorzubeugen; andererseits der Entschluß, die Rolle der Vereinigten Staaten als oberster Schiedsrichter in allen lateinamerikanischen Angelegenheiten endgültig festzulegen, was auch aus den Antwortnoten Coolidges auf die Klagen Chiles ersichtlich ist.

Die Einmischung ist aber auch ein Teil des Kampfes der Vereinigten Staaten gegen Großbritannien, dessen Einfluß und Kapitalinvestitionen besonders in Chile, doch auch in Peru, ziemlich groß sind. Die (trotz der Versicherung vollkommener „Neutralität") in der amerikanischen Presse sichtbare Bevorzugung Chiles hatte ihre Ursache in der größeren wirtschaftlichen Bedeutung Chiles (Kupfer, Salpeter); die amerikanischen Investitionen in Chile übersteigen die Summe der Investitionen in allen anderen südamerikanischen Ländern).

Im Verhältnis zu Mexiko hat die Politik der Vereinigten Staaten in den letzten drei Jahren verschiedene Wandlungen durchgemacht. Nach der September 1923 erfolgten Anerkennung der Regierung Obregons (eingeleitet durch das Abkommen betreffs der ausländischen Schulden — das sog. Lamont-de la Huerta Abkommen —, sowie gewisse Versprechungen Obregons, die amerikanischen Interessen in der kommenden Agrar- und Petroleumgesetzgebung zu berücksichtigen) haben die Vereinigten Staaten Obregon gegen die Konterrevolution de la Huertas durch offiziellen Verkauf von Waffen und durch ein Embargo auf Waffen für de la Huerta unterstützt. Der Grund für diese Unterstützung lag vorerst in dem britisch-amerikanischen Petroleumkampf auf mexikanischem Boden, da de la Huerta

anscheinend Großbritannien Versprechungen gemacht hatte. Der Bekämpfung Großbritanniens diente auch die lateinanmerikanische Politik Washingtons, indem sie die Vereinigten Staaten zur endgültigen Instanz für alle, auch innerpolitischen Streitigkeiten der lateinamerikanischen Staaten erklärte und zur Proklamierung des Prinzips der Unterstützung „legitimer" (konstitutioneller gegen aufständische) Regierungen Anlaß gab. Die Regelung des wichtigsten Streitpunktes, des bekannten § 27 der mexikanischen Verfassung (Nationaleigentum an Grund und Boden) wurde auf später, auf die Zeit des Erlasses der Spezialgesetze verschoben. Die Annahme eines Gesetzes, das die weitere Ausdehnung amerikanischen Grundbesitzes in Mexiko verhindern soll, sowie neuer Petroleumgesetze hat zu einem neuen Konflikt geführt. Hier trat Washington als Verfechter des Privateigentums gegen den „Bolschewismus" gemeinsam mit Großbritannien auf. Die Note Kelloggs (Juni 1925) drohte offen nicht nur mit üblichen Druckmitteln (Kreditsperre, Widerruf der Anerkennung), sondern mit Anzettelung von Unruhen und Organisierung einer Konterrevolution. Angesichts der Notwendigkeit für den mexikanischen Präsidenten Calles, sein Prestige gegenüber den mexikanischen Arbeiter- und Bauernmassen, auf die sich seine Regierung stützt, aufrechtzuerhalten, konnte die Gesetzgebung keinesfalls widerrufen werden. Das Kompromiß wurde durch sehr nahe Fühlungnahme der Petroleuminteressenten mit der Regierung während der Beratung der Petroleumgesetze und durch das Durchführungsgesetz ermöglicht. Es enthält einen Paragraphen, der zum Schutz der amerikanischen Interessenten in Mexiko dienen soll. Seine Interpretierung jedoch wird Anlaß zu neuen Differenzen geben. Allein die Vereinigten Staaten müssen bei ihrem anmaßenden Druck auf Mexiko mit der Tatsache rechnen, daß ein Krieg mit Mexiko kein leichtes Spiel wäre, und daß, während für Mexiko nur eine Frage vorhanden ist, die des mächtigen nördlichen Nachbars, die Vereinigten Staaten auch andere Feinde haben, z. B. Japan, für das Mexiko ein auserwähltes Gebiet für eine eventuelle Offensive gegen die Vereinigten Staaten bietet.

Die japanische Gefahr in Mexiko, die keinesfalls, wie die amerikanischen Pazifisten glauben, ein Hirngespinst amerikanischer Jingoisten ist, erweist, daß die Vereinigten Staaten keinesfalls ein ganz unbesorgt freies Feld in Latein-Amerika haben. Denn neben Mexiko bildet auch das Karaibische Meer mit den fremden Besitzungen ein ständiges strategisches Problem für die Vereinigten Staaten.

Aber auch wirtschaftlich-politisch ist ihre Herrschaft keinesfalls ganz gesichert. Großbritannien ist absolut nicht gewillt, seinen Einfluß in Südamerika ohne weiteres aufzugeben; davon zeugt die Reise des Prinzen von Wales dorthin, deren Zweck es war, das Prestige Großbritanniens in den südamerikanischen Ländern zu heben; davon zeugt u. a. der

Kampf der britischen Finanz um die Aufrechterhaltung des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar. Großbritannien befestigte auch seine Suprematie in Brasilien durch die Kaffeeanleihe. Es hat auch infolge der Finanzierung des Kaffeegeschäfts seinen Einfluß in den zentralamerikanischen Ländern ausgedehnt. Andererseits verlor Großbritannien in den letzten Jahren stark in den Petroleumgebieten Latein-Amerikas (Mexiko, Venezuela) und mußte auch verschiedentlich Teile seiner Investitionen in Latein-Amerika wegen Geldmangel an die Vereinigten Staaten abtreten. Die letzteren sehen sich besonders genötigt, die Schuldverpflichtungen der zentralamerikanischen Staaten, die keine Zahlungen leisten, von Großbritannien abzukaufen, damit kein Grund für zwangsmäßiges Eintreiben derselben seitens Großbritanniens vorliegen solle.

Allein die Gefahr für den amerikanischen Imperialismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent entsteht letzten Endes nicht so sehr in einer möglichen politischen Einmischung Europas in Latein-Amerika, eventuell in der wachsenden Konkurrenz europäischer Länder auf dem südamerikanischen Markt, sondern in der unaufhaltbaren kapitalistischen Entwicklung in den lateinamerikanischen Ländern selbst. Diese steigert das nationale Selbstbewußtsein der Länder und drängt sie in eine gemeinsame Front gegen das aggressive amerikanische Kapital. Davon zeugen die verschiedenen nationalen Bewegungen in diesen Ländern. Aber auch von anderer Seite sieht man das Gefahrensignal. Dies sind die in letzter Zeit aufkommenden Klagen amerikanischer Exporteure über die beträchtliche Konkurrenz der heimischen Industrie, die sich, wie gewöhnlich, zuerst in der Textilindustrie bemerkbar machte. Der Kapitalismus hat seine Gesetze!

Das wichtigste Ereignis in der Politik der Vereinigten Staaten auf dem p a z i f i s c h e n G e b i e t bildeten ohne Zweifel die Flottenmanöver in Hawai (1925) und der darauffolgende Besuch der Flotte in Australien. Die damit bezweckte Einbeziehung Australiens in die gesamte pazifische Front hatte eine offene Spitze gegen Japan, aber auch eine versteckte gegen Großbritannien. Der Erfolg dieses Besuches in dieser Richtung ist problematisch. Der Ausgang der Manöver in Hawai war im voraus bestimmt; der Sieg der „feindlichen" Flotte, der die Notwendigkeit verstärkter Rüstungen beweisen sollte. In Wirklichkeit soll die Flottenbasis auf Oahu noch stärker befestigt werden.

Höchst charakteristisch sind auch die Auslassungen der militärischen Kreise, die in der Presse und auf Versammlungen mit voller Offenheit von dem Feinde Japan und der Wahrscheinlichkeit eines Krieges sprechen; die ständigen friedlichen Beteuerungen der Regierung und der an gutem Einvernehmen mit Japan interessierten Wirtschaftskreise (meistens Bankkapital; dagegen große Gegensätze u. a. im Reederkapital) verlieren durch den Umstand an Bedeutung, daß z. B.

der durch seine höchst provokatorischen Auslassungen und seine Brüskierung Japans bekanntgewordene Marinesekretär Wilbur in Wirklichkeit nicht desavouiert wurde und noch immer amtiert.

Eine neue Wendung hat das Verhältnis zu Japan durch das Auftauchen — in letzter Zeit in schärferer Form — der Frage der Philippinen bekommen. Die beabsichtigte Verwendung der Inseln zum Gummianbau macht eine schnelle Entscheidung der Vereinigten Staaten in der Frage der offiziell versprochenen Selbständigkeit der Inseln notwendig. Denn das amerikanische Kapital ist nicht geneigt, in den Philippinen zu investieren ohne die genaue Bestimmung ihres internationalen Status. Auch muß es freie Hand in der Handhabung der Gesetze des Landes haben, um sich erstens den Boden und zweitens billige Arbeitskräfte zu sichern.

Durch die Behaltung der Philippinen tragen die Vereinigten Staaten den Zündstoff in den Pacific hinein, den Roosevelt und die spätere amerikanische Diplomatie von dort entfernen wollten. Schon beginnt bei der gegenwärtigen Behandlung der Philippinenfrage das Gerede von japanischem Wühlen auf den Inseln, das eine gewisse Wirkung nicht verfehlen kann.

Das Verhältnis zu Japan wurde durch die zeitweiligen besseren Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion (Petroleumkonzession auf Sachalin) sowie durch die Angst vor einem Uebereinkommen zwischen Japan und China modifiziert. (Die Möglichkeit eines neuen englisch-japanischen Bündnisses wird zurückgewiesen, obgleich Großbritannien während der diplomatischen Verhandlungen betreffs chinesischer Zolltarifautonomie und der Exterritorialitätsfrage diese auszuspielen suchte.)

Die Politik der Vereinigten Staaten in China war verschiedenen Einflüssen und deswegen auch beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt. Der wachsende Einfluß der Sowjetunion auf die nationale Bewegung und die soziale Radikalisierung der letzteren gefährdete das von den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Großbritannien und Japan aufgestellte Programm der nationalen Konsolidierung Chinas und der Schaffung einer einheitlichen, rein bürgerlichen Republik. Auch verlor sie an Popularität in China durch die Ausschreitungen der amerikanischen Marinebehörden gegenüber der chinesischen Bevölkerung. Insofern mußte Washington zu anderen Mächten halten, zusammen mit ihnen handeln. Der Anschluß der Vereinigten Staaten an die Taku-Demonstration, trotz des Verlustes an Popularität, den er bedeutete, war hierfür bezeichnend. Andererseits mußte Washington gegenüber China den Freund spielen und widersetzte sich dem kürzlichen Plan der Mächte, Peking zu „neutralisieren". Sie haben sich auch für die Zollautonomie und das Auf-

geben der Exterritorialität eingesetzt. Das eigentliche Programm der Zollkonferenz wurde ja bekanntlich durch das berüchtigte „Bankkonsortium" auf einer Konferenz im Dezember 1925 in Neuyork unter Führung des Bankhauses Morgan ausgearbeitet; sein Einfluß in China ist auch ein Bürge für die gemeinschaftliche Politik der Mächte im Sinne der amerikanischen „Liberalisierung" des Regimes. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß es auch in den Vereinigten Staaten einflußreiche kapitalistische Kreise gibt, die, wie z. B. die Handelskammer in Neuyork oder amerikanische Handelskreise in China für eine Gewaltpolitik und gegen solche Zugeständnisse wie das Aufgeben der Exterritorialität sind.

Im übrigen ist für die wirklichen Methoden und Absichten der Vereinigten Staaten in China der Umstand bezeichnend, daß sein gegenwärtiges Flottenprogramm den Bau von mehreren Kanonenbooten, zum speziellen Gebrauch auf dem Jangtse-Fluß vorsieht. Dieses militärische Programm hat sicherlich größere Beständigkeit und Festigkeit als das bisherige politische Programm in China.

Wenn wir nun kurz die koloniale Expansion der Vereinigten Staaten zusammenfassen (und dabei den Gegensatz zu Großbritannien streifen), so geht diese nach zwei Richtungen hin. Zunächst auf die strategische Abrundung des Gebietes. Diese bezieht sich zunächst auf das Karaibische Meer. Der Plan geht dahin, sowohl von Großbritannien wie von Frankreich die Besitzungen (Britisch- und Französisch-Westindien, Britisch- und Französisch-Guayana — trotz dessen in allerhöchstem Maße ungeeigneten Klimas) abzukaufen. Aber man erwägt auch den Plan, die französischen Inseln in der Südsee (Marquezas, Tahiti, Neu-Kaledonien usw.) zu erwerben und so eine Deckung für den nicht ganz sicheren Besitz von Hawai (unsichere Bevölkerung) zu schaffen. Die neuen Einwanderungsgesetze gegen die Japaner auf Hawai und der Plan, Portorikaner in Hawai anzusiedeln, sind ein anderer Teil des Programms. Der Erwerb dieser Kolonien durch die Vereinigten Staaten wurde sowohl Großbritannien wie Frankreich während der Schuldentilgungsverhandlungen vorgeschlagen. Die strategischen Gesichtspunkte haben neuerdings besondere Bedeutung wegen der modernen Kriegstechnik (Flugzeuge) gewonnen.

Den Grundton für diese strategischen Gesichtspunkte gibt der wirtschaftliche Kampf um Kolonialbesitzungen, der sich im Falle der Vereinigten Staaten am stärksten in dem Kampf um die Rohstoffquellen (und alles, was damit zusammenhängt) ausdrückt. Hier macht sich am deutlichsten der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bemerkbar. Die erste Stelle gebührt hier dem Petroleumkampf. Wenn dieser in der letzten Zeit weniger als sonst erwähnt wird, so nur deswegen, weil er sich im stillen und fast voll-

ständig geheim vollzieht und nur zutage tritt, wenn wichtige Ereignisse, sei es im Sinne des Zusammenschlusses oder der Auflösung einer Vereinbarung, zwischen den Petroleumtrusts vorkommen. Ein interessantes Beispiel hierfür bildet das erste Uebereinkommen der Standard Oil mit der Anglo-Persian und Royal Dutch betreffs Mossulöl in San Remo, sodann seine Auflösung seitens der Engländer wegen des Schwankens bzw. Doppelspiels der Standard Oil in der Türkei im Sommer 1925, und das neue Abkommen vom April 1926. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die Politik der Standard Oil in der Türkei ihre Widerspiegelung in der stillen Unterstützung der Türkei gegen die Entscheidung des Völkerbundsrates (britisches Mandat) fand. Wenn ein gewisser Stillstand in dem Petroleumkampf durch die verschiedenen Besitzverschiebungen bei den größten rivalisierenden Petroleumgesellschaften eingetreten ist, der eine zeitweilige Verteilung der Interessensphären und Zuteilung von Quoten bedeutet, so ist es doch sicher, daß der große Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien um die Kontrolle der noch auszubeutenden Petroleumfelder (neben dem um das laufende Petroleumgeschäft) ganz planmäßig weitergeht. In diesem Kampf hat Großbritannien einstweilen seine noch vor einigen Jahren absolut dominierende Stellung verloren; die Kette von Petroleumfeldern, mit der es die ganze Welt belegte, wurde durch das Kapital der Vereinigten Staaten durchbrochen (Venezuela, Mossul, Persien, Mexiko und auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten selbst).

Der Kampf um das Rohgummi hat erst vor ein paar Jahren begonnen. In seinem Verlauf versuchen die Vereinigten Staaten — neben dem finanziellen Druck — die Vorbereitung groß angelegter eigener Plantagenproduktion. Dies wird sicherlich zu kolonialen Konflikten führen. Von dem Zündstoff auf den Philippinen schon gar nicht zu reden, wird die Festsetzung der Vereinigten Staaten auf Liberia nicht ohne weitere Folgen bleiben. Der Kampf zeigte sich schon bei der Ratifizierung des Anbauprojektes der amerikanischen Firestone Company durch das „Parlament" Liberiens, die Großbritannien erfolglos in die Länge ziehen wollte.

Einen wichtigen Bestandteil des Kampfes um die Rohstoffe für die Vereinigten Staaten bildet der Kampf um Metallerze. Wir erwähnen hier nur die Ausdehnung der Kontrolle von Guggenheim Brothers auf Zinnlager in Bolivien und auf den Malaiischen Inseln, den Kampf der amerikanischen Aluminium-Gesellschaft (Mellon) um die Bauxeit-Lager in Britisch-Guayana, den Ankauf von Zinkgruben in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien durch Harriman, den Erwerb der deutschen (Mannesmann) Erzgruben in Marokko durch den Finanzier Otto H. Kahn, das Bewerben amerikanischer Interessenten um die neuen rhodesischen Kupfergruben usw. Die Aufzählung

genügt, um die Ausdehnung des amerikanischen Kapitals und mit dieser das Anwachsen der Gefahrpunkte zu zeigen.

Dieser Kampf der Vereinigten Staaten um Rohstoffquellen findet seine Ergänzung in dem auf seiten der anderen Mächte, besonders Großbritanniens, geführten Kampf um die Unabhängigkeit von amerikanischer Baumwolle. Die neuerlichen Erwerbungen und Pläne britischer Interessenten in Brasilien (im Staate Sao Paulo) zwecks Baumwollanbaus werden für die Vereinigten Staaten sicherlich störend sein. Bekanntlich machen auch andere Mächte (Japan, Frankreich) Erwerbungen in verschiedenen Weltteilen zu demselben Zweck.

Der amerikanische Imperialismus setzt seinem Vormarsch gegenwärtig keine Schranken. Neben den alten Stellen begegnet man ihm jetzt in ganz Europa, im nahen Osten (Persien, Syrien, der Türkei), in Afrika (Liberien, Marokko, gerüchtweise auch Madagaskar) sowie in Ozeanien. Es ist klar: er kämpft um die koloniale Stellung seines einstigen Mutterlandes: Englands.

Der Ausgang dieses Kampfes kann — wenn nicht vorher die soziale Revolution ausbricht — nur einer sein. Man braucht nur die heftige Aussprache amerikanischer und englischer Blätter über die beiderseitigen Seerüstungen und die Auslassungen der Flottengewaltigen zu betrachten (so z. B. amerikanischerseits des Kontre-Admirals Philps) — von dem Notenaustausch und Kampf anläßlich des geplanten Umbaus amerikanischer Schiffsgeschütze schon nicht zu reden — und man sieht die Geschichte des englisch-deutschen Seerüstungskampfes in lebendiger Wiederholung.

Chronik der wichtigsten Ereignisse der internationalen Politik

1924

Januar

11. Ein Jahr Ruhrbesetzung. Schaden aus Produktions- und Verteilungsausfall 1800 Millionen Goldmark. Gesamtschaden 3,5 bis 4 Milliarden Goldmark. Getötet 132 Personen, ausgewiesen 40 000 mit 106 000 Familienangehörigen, verhaftet 2021.

13. Deutsche Note an Militärkontrollkommission. Nach Auffassung Reichsregierung Aufgaben der Kontrollkommission hinsichtlich Fühlungnahme mit militärischen Stellen beendet. Reichsregierung hofft auf Verzicht auf weitere Kontrollbesuche.

14. Erste Sitzung des Sachverständigenausschusses. Eröffnungsrede Barthous: Versailler Vertrag die Magna Charta der Reparationsfrage.

21. Erste Sitzung zweiter Sachverständigenkommission. Vorsitzender Mac Kenna.

Januar

24. Wiederaufnahme der Reparationslieferungen.
25. Französisch-tschechisches Bündnis in Paris unterzeichnet. Gemeinsame Verteidigung, gemeinsame Ueberwachung der Ausführung der Friedensverträge, gegen Habsburger- und Hohenzollern-Rückkehr, obligatorisches Schiedsgericht.
30. Beginn der Beratungen der Sachverständigen in Berlin.

Februar

1. De-jure-Anerkennung der Sowjetunion durch England.
6. Italienisch-russischer Vertrag unterzeichnet. Telegramm Mussolinis: Italien habe Rußland bereits am 31. Januar anerkannt und werde sofort Botschafter ernennen.
15. Norwegen anerkennt die Sowjetunion.
16.—18. Baltische Konferenz in Warschau. — Vereinheitlichung der Armeen in Lettland und Estland, gemeinsames Oberkommando im Kriegsfall.
25. Oesterreich notifiziert die Aufnahme normaler Beziehungen zur Sowjetunion.
26. Seeabrüstungskonferenz in Rom ergebnislos beendet.

März

2. Amerikanische Truppen in Honduras gelandet, wo Bürgerkrieg im Gang ist.
8. Die Sowjetunion von Griechenland anerkannt.
8. Veröffentlichung der Ententenote an Deutschland über Militärkontrolle. Recht Alliiertenregierungen auf Fortsetzung Kontrolle besteht weiter und ohne Einschränkung. Seit 29. 9. 1922 kein Fortschritt. Kontrollkommission muß Zustände unbehindert nachprüfen. Persönlicher Kontakt mit Militärbehörden nötig.
10. Note Tschitscherins an Litauen protestiert gegen Bevorzugung einer dritten Macht in Memel. Noten an alle im Völkerbund vertretenen Mächte: Abmachungen in Memelfrage ohne Beteiligung der Sowjetunion null und nichtig.
12. Frankreich ratifiziert Abkommen vom 29. 10. 1920 über Bestätigung Annexion Bessarabiens durch Rumänien.
13. Völkerbundsrat nimmt Memelabkommen an. Autonomie im Rahmen Litauens; an der Spitze je ein Vertreter Litauens, des Memelgebietes und Völkerbundes.
14. Vertrag zwischen Sowjetunion und China über Anerkennung der Sowjetunion unterzeichnet. Chinesische Regierung verweigert Bestätigung infolge Drucks der imperialistischen Mächte.
14. Schweden anerkennt die Sowjetunion.
14. Protokolle der ungarischen Anleihe unterzeichnet.
14. Chinesische Regierung verlangt von Signatarmächten des Neunmächte-Vertrags Einberufung einer Vorkonferenz zur Regelung der Zölle.
17. Protestnote der Sowjetregierung an Frankreich wegen Ratifizierung Bessarabien-Protokolls. Die Sowjetunion macht Frankreich für Schäden mitverantwortlich, die aus Besetzung Bessarabiens entstanden. — 20. Poincaré an Tschitscherin: Abstimmung der bessarabischen Volksrada am 27. 3. 1918 hat den Anschluß an Rumänien bestätigt. — 21. Antwort Tschitscherins: Abstimmung einer angeblichen Volksvertretung sei Betrug der Agenten des Generals Mackensen.
21. Sachverständigenausschuß empfängt deutsche Kommission in Paris zur Anhörung der Einwendungen zum geplanten Bericht.
26. Beginn der Konferenz der Sowjetunion mit Rumänien in Wien.
31. Gegenvorschlag der deutschen Regierung in Frage der Militärkontrolle: Deutsche Regierung läßt Kontrolle nur im Rahmen der fünf Punkte zu (Note vom 29. 9. 1922). Auch in diesem Rahmen Verständigung von Fall zu Fall.

April

2. Abbruch der russisch-rumänischen Konferenz infolge Weigerung rumänischer Delegation, über territoriale Fragen zu verhandeln.
4. Australien ratifiziert Lausanner Vertrag. — Premierminister von Kanada erklärt, daß Kanada den Vertrag nicht ratifizieren soll, da es bei den Lausanner Verhandlungen nicht vertreten war.
5. Berichte der Sachverständigen fertiggestellt.
9. Ueberreichung des einstimmig gefaßten Sachverständigenberichts an die deutsche Regierung.

April

11. Reparationskommission billigt die Schlußfolgerungen der Sachverständigenberichte und nimmt vorgeschlagene Methode an.

14. Eröffnung der Konferenz zwischen der Sowjetunion und England in London.

16. Lausanner Vertrag von Großbritannien ratifiziert.

30. Die von dem Sachverständigenbericht vorgesehenen Organisationskomitees gebildet.

Mai

3. Haussuchung bei der Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin. Brutales Vorgehen der Polizei.

4. Note des Außenamtes leugnet Exterritorialität der Handelsvertretung.

5. Protestnote Krestinskis: Handelsvertretung und Zweigniederlassungen stellen ihre Tätigkeit ein.

17. Benesch in Rom. Freundschaftsvertrag mit Italien abgeschlossen: Gegenseitige Unterstützung, wenn sie übereinstimmend anerkennen, daß sie bedroht sind. Schutz der Friedensverträge. Vertragsdauer fünf Jahre.

19. Mossul-Konferenz in Konstantinopel eröffnet.

23. Jubaland-Frage auf Grund des Milner-Scialoja-Abkommens gelöst. Italien bekommt einen Teil des geforderten Gebietes.

26. Antwort Tschitscherins auf polnische Note in nationaler Minderheitenfrage: Rigaer Vertrag gibt der Sowjetunion das Recht, die Interessen der Minderheiten zu verteidigen.

28. Neue Kontrollnote lehnt deutsche Gegenvorschläge vom 31. 3. ab und hält die Forderungen vom 5. 3. ultimativ bis 30. 6. aufrecht.

31. Sowjetregierung von China anerkannt. Sowjetunion übernimmt die ostchinesische Eisenbahn. Mongolei als Teil Chinas erklärt. Boxerschulden für chinesisch-kulturelle Zwecke.

Juni

3. Macdonald im Unterhaus: Vertrag über Bessarabien wurde von Italien und Japan bisher nicht ratifiziert, weshalb er noch nicht in Kraft getreten.

6. Abbruch Mossul-Konferenz. Britische Delegation schlägt Entscheidung Völkerbundes vor.

11.—17. Tagung des Völkerbundrates. Bei Abrüstungsfrage erklärt Lord Parmoor, daß englische Regierung keine festen Verpflichtungen annehmen kann, solange kein allgemeiner Abrüstungsplan vorliegt. — Kommission auf englischen Antrag für Vorbereitung militärischer Völkerbundskontrolle in Oesterreich, Ungarn und Bulgarien.

14. Festhaltung des englischen Agenten in Mexiko City, infolge unhöflichen Vorgehens und Falschmeldungen.

18. Dänemark anerkennt de jure die Sowjetunion.

18. Abkommen zwischen China und Sowjetunion ratifiziert

19. Englischer Agent in Mexiko abberufen. Keine Entsendung diplomatischer Mission.

21.—22. Herriot bei Macdonald in Chequers. Erörterungen über Dawes-Bericht. Allgemeine Uebereinstimmung.

25. Botschafter Kellog und Oberst Logan Vertreter Vereinigter Staaten auf Juli-Konferenz über Reparationsfrage. Vereinigte Staaten gegen Verhandlung interalliierter Schulden.

28. Deutsche Antwort auf Kontrollnote. Deutsche Regierung läßt Generalinspektion zu, als Schlußakt interalliierter Militärkontrolle. Bittet, 30. September als Endtermin zu bestimmen.

29. Neue Kämpfe in Marokko.

Juli

1. Russisch-finnischer Konflikt (Ermordung Mitglieder russischer Grenzkommission) beigelegt. Finnische Regierung nimmt russische Bedingungen an.

9. Pariser Verhandlungen Macdonald-Herriot über Dawes-Plan.

9. Antwort Botschafterkonferenz auf deutsche Note über Militärkontrolle. Drückt Zufriedenheit mit Annahme Militärkontrolle aus, fordert aber außer Annahme auch Erfüllung der fünf Bedingungen.

10.—12. Konferenz der Kleinen Entente. Offizielles Kommuniqué betont die Notwendigkeit weiteren engen Zusammengehens.

Juli

12. Antwortnote von Hughes an Großbritannien, Frankreich und Spanien wegen Tanger-Abkommen fordert weitere Garantien für offene Tür.

16. Eröffnung der Londoner Konferenz. Amerikanischer Delegierter Kellog. „Inoffiziell" in London Hughes und Mellon.

16. Reparationskommission stellt einstimmig fest, daß Inkrafttreten des Dawes-Planes erfordert: 1. Annahme der notwendigen Gesetze durch Reichstag in von Reparationskommission gutgeheißener Form, 2. Einsetzung aller exekutiven und Kontrollorgane, 3. endgültige Konstituierung der Bank und der Reichseisenbahngesellschaft, 4. Uebergabe der Industrieobligationen, 5. Abschluß von Kontrakten zur Garantierung der Anleihe.

16. Diplomatisches Korps in Peking protestiert gegen Herausgabe russischen Botschaftergebäudes an eventuellen sowjetrussischen Botschafter.

17. Karachan teilt chinesischer Regierung seine Ernennung zum Botschafter in Peking mit.

28. Hughes in Paris.

29. Deutsch-russischer Konflikt mit russischem Erfolg beigelegt.

31. Mexiko anerkennt die Sowjetunion.

August

2. Vollsitzung der Londoner Konferenz beschließt Einladung einer deutschen Delegation zur Mitberatung.

3. Hughes in Berlin.

4. Verschärfung des englisch-mexikanischen Konflikts durch Ermordung der englischen Staatsangehörigen Evans.

5. Englisch-russische Konferenz abgebrochen, da keine Einigung in der Frage des englischen Eigentums erreicht wurde.

5. Vollsitzung in London mit der deutschen Delegation.

6. Wiederaufnahme der englisch-russischen Verhandlungen unter dem Druck eines Teiles der Labour-Party.

8. Vertrag zwischen Sowjetunion und England unterzeichnet.

10. Englische Regierung fordert den Völkerbund zur Entscheidung der Mossul-Frage auf.

11. Zusammenstöße britischer und einheimischer Truppen in Sudan. 15. 8.: Aegyptische Protestnote an England wegen Sudan. Eisenbahnerstreik in Sudan für Freilassung der verhafteten Eisenbahner.

14. Mexikanische Regierung lehnt britische Note über Ermordung von Frau Evans wegen drohenden Tones ab.

14. Deutsche Ausfuhrabgabe an Großbritannien wieder 26 Prozent.

16. Schluß der Londoner Konferenz. Die Uebereinkommen umfassen das Schlußprotokoll und die Anlagen: 1. Vereinbarung zwischen Reparationskommission und der deutschen Regierung. 2. Schiedsgerichtsbarkeit, Transfer-Frage. 3. Festsetzung des Zeitpunktes, von dem an der Plan als bestehend zu betrachten ist. 4. Neugestaltung der Reparationskommission. Sanktionsfrage. — Sonderabkommen über militärische Ruhrräumung zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien.

18. Pekinger Botschaftsgebäude der Sowjetregierung übergeben.

25. Schwere spanische Niederlage in Marokko.

26. Lausanner Vertrag von französischer Kammer ratifiziert.

29. Reichstag nimmt Gutachtengesetze an, Eisenbahngesetz mit verfassungsmäßiger Mehrheit (durch Deutschnationale) 314 : 127 Stimmen.

30. Londoner Vertrag unterzeichnet.

September

1. Eröffnung der Völkerbundstagung.

1. Erste deutsche Zahlung (20 Millionen Goldmark) auf Grund des Dawes-Planes.

4. Amerikaner Parker Gilbert Generalagent für deutsche Reparationszahlungen.

6. Einschreiten der Ententemächte beim Auswärtigen Amt gegen angekündigte Kriegsschuldnote der deutschen Regierung. 7. 9.: Französische Demarche in derselben Angelegenheit.

8. 1200 fremde Marinesoldaten in Shanghai gelandet.

19. Kommission zum Studium der Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion von Herriot ernannt

September

27. Völkerbundsrat genehmigt Militärkontrollplan: Errichtung ständiger beratender Kommission aus Vertretern der Staaten, die Mitglieder des Rates oder Nachbarn der unter Kontrolle stehenden Staaten sind, und Sachverständigenliste, auf Grund welcher die ständige Kommission dem Rate die nötige Untersuchungskommission vorschlägt.

29. Deutsches Memorandum über Eintritt in den Völkerbund (veröffentlicht am 23. 12.). — Bereitwilligkeit zum Eintritt. Ständiger Ratssitz, Neutralität bei Völkerbundsaktionen, koloniale Betätigung im Rahmen des Mandatssystems verlangt.

30. Marinekontrollkommission für Deutschland von Botschafterkonferenz aufgelöst.

Oktober

2. Protokoll über Schiedsgerichts-, Abrüstungs- und Sicherheitsfrage („Genfer Protokoll") vom Völkerbund einstimmig angenommen. Komitee zur nötigen Abänderung des Völkerbundspaktes eingesetzt. Rat soll Abrüstungsplan ausarbeiten. — Bisherige Mitglieder des Rates Belgien, Brasilien, Schweden, Spanien, Uruguay, Tschechoslowakei wiedergewählt. Chinesische Delegation protestiert gegen Nichtzulassung Chinas zum Rate, da dies Mißachtung Asiens.

10. Abkommen über 800 Millionen Goldmark deutsche Anleihe in London unterzeichnet. Rückzahlbar in 25 Jahren, Ausgabekurs 92 Prozent, Zinsfuß 7 Prozent. Reparationskommission billigt Bedingungen.

16. Empfang des ersten irischen Gesandten bei Coolidge.

24. Mexikanische Konsulate in England geschlossen.

25. Protestnote der britischen Regierung an die Sowjetregierung wegen eines angeblichen Briefes Sinowjews an die KPE.

27. Reparationskommission stellt fest, daß die vorgesehene Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit Deutschlands durchgeführt wurde.

27. Interalliierte Finanzkonferenz in Paris zur Verteilung der Einnahmen der Ruhrbesetzung und des Dawes-Planes.

27. Telegraphische Note der Sowjetregierung an die englische Regierung erklärt den angeblichen Brief Sinowjews als unverantwortliche Fälschung, verlangt Genugtuung und fordert die Untersuchung des Briefes durch Schiedsgericht.

27. Brüsseler Beratung des Völkerbundsrates über Mossul. — 28.: Uebereinkommen Lord Parmoor und Fethi Bei: Status quo der Grenze wie im Juli 1923. — Grenzkommission: Teleky (Ungarn), Paulis (Belgien), Wirsen (Schweden) gebildet.

28. Frankreich anerkennt die Sowjetregierung.

November

19. Antrag der britischen Regierung beim Völkerbundsrat, Behandlung Genfer Protokolls auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

19. Attentat auf den englischen Oberkommandierenden Lee Stack in Kairo. — 20.: Stack gestorben. — 21.: Ultimatum mit 24 Stunden Laufzeit an ägyptische Regierung. Gefordert: 1. Entschuldigung. 2. Untersuchung mit äußerster Energie. 3. Verbot aller politischen Demonstrationen in Zukunft. 4. 500 000 Pfund Buße. 5. Zurückziehung aller ägyptischen Offiziere und reinägyptischen Einheiten aus dem Sudan binnen 24 Stunden. 6. Unbegrenzte Bewässerung des Gebietes bei Gezirah. 7. Jeder Wunsch der britischen Regierung betreffs „Schutz der auswärtigen Interessen" ist durchzuführen. — Punkt 1 bis 4 von ägyptischer Regierung angenommen, von 5 bis 7 abgelehnt. — 22.: Neue scharfe englische Note. Britische Regierung führt Punkte 5 bis 6 eigenmächtig durch. — Britische Truppenverstärkungen, Mobilisierung der Mittelmeerflotte. — 23.: Kabinett Zaglul zurückgetreten. — 500 000 Pfund bezahlt. — 24.: Ziwar Pascha bildet neue Regierung. — 30.: Aegyptische Regierung nimmt sämtliche Bedingungen des britischen Ultimatums an.

21. Britische Note an die Sowjetunion: 1. Die am 8. 8. abgeschlossenen Verträge abgelehnt. 2. Sinowjew-Brief echt, britische Regierung will über die Frage nicht diskutieren. Einstellung der Propagandatätigkeit verlangt. 3. Bestrafung der Veröffentlicher des Briefes abgelehnt.

26. Britische Gewerkschaftskommission erklärt, daß sie es als erwiesen erachtet, daß der Sinowjew-Brief eine Fälschung sei.

November

28. Antwortnote der Sowjetregierung an die britische Regierung. Sowjetregierung bedauert Ablehnung der Handelsverträge, die Verantwortung fällt auf die britische Regierung. Sinowjew-Brief Fälschung, die britische Note weicht einer Antwort auf die Frage eines Schiedsgerichts aus.

Dezember

4. Veröffentlichung der britischen Note an Völkerbund, die gegen Einmischung in ägyptische Frage scharf protestiert.
8. Beginn der Tagung des Völkerbundsrates in Rom.
8. Interalliierte Finanzkommission in Paris vertagt Verhandlungen ohne Ergebnis.
11. Churchill: alle Zahlungen von englischen Schuldnern in Europa an deren Gläubiger in Amerika müssen gleichzeitig von Zahlungen an England begleitet werden. Britische Regierung besteht auf Prinzip der Balfour-Note.
15. Britische Regierung protestiert beim Völkerbund gegen Registrierung des Vertrages von 1921 mit Irland.
16. Botschafterkonferenz lehnt Vorschlag Litauens (vom 17. 10.) auf eine Osteuropa-Konferenz statt Verhandlungen mit Polen über Wilna-Frage ab.
18. Englische Note an Vereinigte Staaten über Geschützzahl auf den Kriegsschiffen.
22. Irischer Protest gegen Nichtnotifizierung des englisch-irischen Vertrages durch den Völkerbund.
23. Neue deutsche Völkerbundsnote: Deutschland in völliger militärischer Ohnmacht zum Schauplatz von Völkerbundskriegen prädestiniert. Dem Deutschen Reich muß für den Fall internationaler Konflikte die Möglichkeit gelassen werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen.
25.—30. Besuch Zankoffs in Belgrad und Bukarest. Besprechung über einen gegen die Sowjetunion gerichteten Balkanbund.
27. Botschafterkonferenz beschließt einstimmig, an dem bisherigen Besatzungsmodus am Rhein festzuhalten. Fassung der dazugehörigen Note vertagt.

1 9 2 5

Januar

2. Laut Verordnung der Reichsregierung ist vom 11. Januar 1925 ab die Meistbegünstigung nur noch auf die Erzeugnisse solcher Länder anzuwenden, in denen die deutschen Erzeugnisse vertraglich oder tatsächlich nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden.
4. Nachdem britische Regierung Schiedsgericht über Sinowjew-Brief auch nach Versicherung der Straflosigkeit in der Angelegenheit interessierten russischen Personen verweigert hatte, betrachtet Sowjetregierung den Meinungsaustausch in dieser Frage für erledigt.
5. Uebergabe der Botschafternote über Kölner Zone: Kölner Zone kann am 10. Januar nicht geräumt werden, weil die vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt sind. — Großer Generalstab wieder hergestellt. — Auf kurze Zeit eingestellte Freiwillige werden durch Reichswehr ausgebildet. — Umstellung der Fabriken nicht durchgeführt. Unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial. — Umorganisierung der Polizei nicht begonnen. — Forderungen der Note vom 29. 11. 1922 nicht durchgeführt. — Nach dem endgültigen Bericht der Kontrollkommission wird bestimmt, was von Deutschland noch erwartet wird.
6. Deutsche Antwort auf die Note über Kölner Zone: Deutsche Regierung verlangt schleunigst die angekündigten weiteren Mitteilungen. Sie wird alsdann nicht zögern, über die von den Alliierten beanstandeten Punkte Aufklärung zu geben. — Milder Protest gegen die Nichträumung.
6. Wiederaufnahme der russisch-japanischen Verhandlungen in Peking.
11. Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Hughes. Nachfolger der bisherige Londoner Botschafter Kellog.
13. Brief Clémentels an Churchill: Erkennt das englische Kabinett die Note Balfours über interalliierte Schulden an? Wenn nicht, was für Aenderungen wünscht es?
14. Schluß der Pariser Finanzkonferenz über Verteilung des Dawes-Ertrages. (Vereinbarungen siehe im Aufsatz über Reparationsfrage.)
16. Hughes: Pariser Finanzabkommen verpflichtet Amerika nicht, die deutschen Reparationen zu erzwingen.
20. Costa Rica tritt aus dem Völkerbund aus.
21. Japan erkennt die Sowjetunion an.

Januar

26. Antwortnote der Ententestaaten auf Kölner Note der Reichsregierung vom 6. 1.: Mitteilungen über die verlangten Maßnahmen betreffs Abrüstung in einem möglichst nahen Zeitpunkt.

28. Spanisches Direktorium teilt mit, daß die Friedensverhandlungen mit Abd el Krim abgebrochen sind.

Februar

6. Vertreter der Vereinigten Staaten und China ziehen sich von der Genfer Opiumkonferenz infolge der Haltung der Engländer zurück.

7. Englische Antwort auf die französische Kriegsschuldennote. Balfours Note ist das Prinzip. Großbritannien verlangt so viel, wie es den Vereinigten Staaten zahlen muß, aber lehnt ab, die Zahlungen Frankreichs mit dem eventuellen Ertrag des Dawes-Planes in Zusammenhang zu bringen.

14. Zum Vorsitzenden der militärischen Kontrollkommission des Völkerbundes ernannt: für Deutschland französischer General Desticker, für Oesterreich italienischer General Marietti, für Bulgarien schwedischer General Jungstedt, für Ungarn englischer Generalmajor Kirke.

März

9. Beginn der 33. Ratstagung in Genf. — 12.: Chamberlain: Genfer Protokoll in jetziger Form für Großbritannien unannehmbar. Protokoll gibt Möglichkeit, daß Völkerbund sich in interne Fragen einmischt. Die größten wirtschaftlichen Mächte stehen außerhalb des Bundes. Protokoll verhindert weiter die „Beweglichkeit" der britischen Flotte. Briand für Protokoll. 13.: Protokollfrage auf 6. Völkerbundsversammlung verschoben.

10. Schiedsspruch Coolidges in Grenzfrage zwischen Peru und Chile.

14. Antwort des Völkerbundsrates auf die deutsche Völkerbundsnote vom 12. 12. 1924: Jeder Vorbehalt gegenüber § 16 Untergrabung der Grundlage des Völkerbundes. Keine eindeutige Antwort auf Frage des Ratssitzes.

26. Verhandlungen der Vertreter der Generalstäbe Lettlands, Estlands, Polens in Riga. Halboffizielle Vertreter Finnlands und Rumäniens ebenfalls anwesend.

April

15. Oesterreichische Regierung schlägt Völkerbundsenquete über Zollfragen der Nachfolgestaaten vor.

22. Verstärkung der bulgarischen Armee um 7000 Mann von Botschafterkonferenz bewilligt. Das ergänzende Truppenkontingent soll spätestens am 31. Mai entlassen werden.

Mai

9. Konferenz der Kleinen Entente. Gegen einen erhöhten Effektivstand der bulgarischen Armee nach dem 31. Mai. Die Haltung Ungarns in Finanzfragen und Entwaffnungsfrage erweckt Mißtrauen.

23. Erklärung der englischen Regierung: England hat den Schuldnerstaaten klargemacht, daß jeder Schritt in Schuldenfrage gegenüber Vereinigten Staaten von ähnlichen Schritten England gegenüber begleitet sein müssen.

28. Primo de Rivera verkündet die Verständigung mit Frankreich über ein gemeinsames Vorgehen in Marokko.

Juni

4. Entwaffnungsnote dem Reichskanzler überreicht. Die Einstellung von Zeitfreiwilligen und der Ausbau gewisser Maschinenanlagen wird besonders hervorgehoben. Wenn die geforderten Maßnahmen durchgeführt werden, wird die Kontrollkommission abberufen. Die erste Anlage enthält militärische Forderungen. Die zweite die Feststellung der Reparationskommission, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt hat.

19. Veröffentlichung eines französischen Gelbbuches, das das deutsche Sicherheitsmemorandum, die sich daran knüpfenden, zwischen den Alliierten gewechselten Noten und die französische Antwort an die deutsche Regierung enthält. Die Antwort: Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt. Friedensverträge bleiben vollständig in Kraft. Belgien muß auch zu den vertragschließenden Staaten gehören. Räumung des Rheingebietes wird nicht beeinflußt. Völkerbundsrechte der Völkerbundsmitglieder werden durch den Pakt nicht berührt. Gleichzeitiger Ostpakt.

Juni

19. Italien schlägt der Washingtoner Regierung offizielle Verhandlungen über Schuldenfrage vor.
24. Note der Botschafterkonferenz an deutsche Regierung, die neue starke Beschränkung für deutsche Luftschiffahrt enthält.
27. Deutsche Regierung nimmt französische Note über Paktvorschläge als Verhandlungsbasis an.

Juli

20. Deutsche Antwort in Paktfrage: Möglichkeit einer Revision der Verträge darf nicht ausgeschlossen werden. Eintritt in den Völkerbund nicht als notwendige Voraussetzung anerkannt.
31. Aufstand der Drusen in Syrien.

August

8. Verhandlung Litwinow-Stresemann in Berlin.
10. Mossul-Bericht veröffentlicht. Drei Lösungsformeln: 1. Zuteilung an den Irak. Bedingungen: Völkerbundsmandat auf 25 Jahre, kurdische Selbstverwaltung. 2. Zuteilung an die Türkei, wenn die vorstehenden Bedingungen nicht erfüllt werden. Gegend Diala soll jedenfalls bei Irak bleiben. 3. Aufteilung. Grenzlinie der Kleine Zab.
11. Briand in London.
11. Zusammentritt der amerikanischen und belgischen Schuldenfundierungskommission in Washington. — 18.: Uebereinkommen: Keine Zinsen für die während des Krieges aufgenommenen Anleihen. Tilgung in 62 Jahren. Zahlung im ersten Jahre 3 840 000 Dollar. Die jährliche Summe nimmt bis zum elften Jahre zu. Vom 11. bis 62. Jahre werden jährlich 12 672 000 Dollar bezahlt.
18. Größere französische Operationen zwischen Fez und Taza zur Wiedereroberung des verlorenen Gebietes. — 23.: Die Rif-Truppen räumen das Gebiet der Beni Zerual bis zum Werga.
18. Zollkonferenz für Oktober von chinesischer Regierung einberufen.
18. Englische und japanische Schiffe und solche, die in Hongkong gelandet sind, von der Arbeiterschaft Kantons boykottiert.
23. Caillaux in London. — 27.: Vorläufige Einigung über französische Schulden an England: 12,5 Millionen Pfund jährlich während 62 Jahren, wenn die Vereinigten Staaten denselben Zinssatz anerkennen, teilweises Moratorium.
24. Uebergabe der französischen Paktnote in Berlin: Friedensvertrag wird durch Pakt keinesfalls verändert. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt. Zu deutschen Vorbehalten kann nur Völkerbund Stellung nehmen, gegen deutsche Vorbehalte betreffs Schiedsverträge, gegen weiteren Notenwechsel, für mündliche Verhandlungen. — Gleichzeitig mit der Notenübergabe laden die Vertreter Frankreichs, Englands und Belgiens die deutsche Regierung zu einer Konferenz der juristischen Sachverständigen ein, worauf eine Konferenz der Außenminister folgen soll.
25. Duisburg und das rechtsrheinische Düsseldorf geräumt.
26. Gegenrevolutionäre Aufstände im Gebiet der Kantoner Regierung unter englischer Leitung. — 27.: Als Verteidigungsmaßnahme wird die ganze Regierungsmacht von dem revolutionären Teil der Kuo-Min-Tang erobert.
27. Russisch-chinesische Konferenz zur Erörterung der schwebenden Fragen tritt zusammen.
27. Deutsche Antwort auf Paktnote. Deutsche Regierung nimmt den Vorschlag auf Juristenkonferenz für Informationszwecke an.

September

1.—4. Juristenkonferenz in London.
2. Reparationsagent teilt mit, daß Deutschland 1 Milliarde Goldmark, die für das erste Dawesjahr vorgesehen war, vollständig bezahlt hat.
4. Signatarmächte des Washingtoner Abkommens teilen der Pekinger Regierung mit, daß sie geneigt sind, über Aufgabe der exterritorialen Vorrechte und Revision der Tarife zu verhandeln.
7.—26. Völkerbundstagungs-Eröffnungsrede Painlevés: Wenn Sicherheitspakt abgeschlossen, kann Völkerbundsrat Abrüstungskonferenz einberufen. — 10. Chinas Vertreter verlangt Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundspaktes über die Revision unhaltbar gewordener Verträge zugunsten Chinas. — 25. Frage Genfer Protokolls vertagt. — 26. Bisherige nichtständige Ratsmitglieder (Brasilien, Uruguay, Spanien, Tschechoslowakei, Schweden, Belgien) trotz Ermahnung Chinas wiedergewählt.

September

8. Landung der Spanier in der Bucht von Alhucemas (Marokko).
14. Französisches Memorandum über die beabsichtigte Paktkonferenz deutscher Regierung überreicht. Einladung auch vom englischen Vertreter überbracht. Spätester Termin der Konferenz: die ersten Tage Oktober. Ort: Schweiz.
19. Beschluß des Völkerbundes über Mossulgebiet verschoben. Völkerbundsrat wendet sich an Haager Schiedsgericht um Entscheidung verschiedener Fragen. — Türkei ist geneigt, nur eine Entscheidung anzunehmen, die durch den Völkerbundsrat einstimmig im Einvernehmen mit der Türkei erfolgt.
24. Neue Völkerbundskommission nach Mossul. Mitglieder: Vertreter des Völkerbundes, General Laidoner (Estland), ein Engländer und ein Türke.
25. Türkische Delegation bewilligt keine Nachforschungen auf dem nördlich der Brüsseler Linie liegenden Gebiet.
28. Tschitscherin in Warschau.
30. Tschitscherin in Berlin.

Oktober

1. Ajdir, Hauptquartier Abd el Krims gefallen.
5.—16. Locarno-Konferenz. — 16. Vertragsentwürfe paragraphiert und unterzeichnet. Rhein-Pakt zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien. Schiedsverträge: Deutschland-Belgien, Deutschland-Frankreich, Deutschland-Polen, Deutschland-Tschechoslowakei. Stark dehnbar verfaßte Erklärung über Artikel 16. — Vertrag zwischen Frankreich und Polen bzw. Frankreich und Tschechoslowakei zur Garantierung der Locarnoer Schiedsverträge.
12. Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion in Moskau unterschrieben.
13. Republik Panama, wo Arbeiter-Unruhen ausgebrochen sind, ist von Truppen der Vereinigten Staaten besetzt.
15. Räumung Schanghais durch die Truppen von Tschang-Tso-Lin. Einmarsch der Tschekiang-Truppen.
20. Griechisch-bulgarischer Grenzkonflikt infolge Erschießung eines griechischen Soldaten. — 26. Sitzung des Völkerbundsrates in Paris. Rat erteilt die Anweisung, die Truppen innerhalb 60 Stunden gegenseitig hinter die Grenze zurückzuziehen.
22. Deutsche Antwortnote in der Entwaffnungsfrage.
Aufstand in Damaskus blutig niedergeworfen.
23. Mossul-Frage vor dem ständigen internationalen Gerichtshof in Haag. Türkische Regierung bestreitet die Zuständigkeit des Gerichtshofes, und ihr Vertreter erscheint nicht bei den Verhandlungen.

November

2. Eröffnung der amerikanisch-italienischen Schulden-Konferenz in Washington.
Persische Dynastie abgesetzt. Riza Khan als Staatschef gewählt.
6. Botschafter-Konferenz verlangt von deutscher Regierung neue Aufklärungen in Entwaffnungsfrage, „die es ihnen erlauben werden, ein Datum für den Beginn der Räumung der Kölner Zone ins Auge zu fassen".
12. Italienisch-amerikanisches Uebereinkommen über die Schuldenregelung.
14. Note der Botschafter-Konferenz über die Aenderung des Besatzungsregimes im Rheinlande: Zulassung des deutschen Rheinland-Kommissars, Aufhebung oder Revision der Ordonnanzen, Wiederherstellung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechtes. Reduzierung der Besatzungstruppen. Deutsche Gerichtsbarkeit in bestimmten Fällen.
16. Note der Botschafter-Konferenz über Räumung der Kölner Zone: Räumung ist beschlossen. — Womöglich bis Ende Januar, spätestens aber bis 20. Februar. Zurückziehung der Kontrollkommission versprochen.
23. Locarno-Gesetz, das die Locarno-Verträge billigt, und die Reichsregierung ermächtigt, „die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun," vor dem Reichstag. — 27. Locarno-Gesetz im Reichstag mit 291 : 174 Stimmen angenommen.

November

26. Tschitscherin in Paris.
27. Peking von Feng besetzt.

Dezember

1. Locarno-Verträge in London unterzeichnet. Gleichzeitig auch die Verträge zwischen Frankreich und Polen bzw. zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei.
8. Mossul-Frage vor dem Völkerbundsrat. Türkischer Vertreter für Vermittlung des Völkerbundsrates und gegen seine Entscheidung. Rat nimmt Gutachten des Internationalen Gerichtshofes gegen die Stimme des türkischen Vertreters an.
9. Japanische Truppenverstärkungen nach der Mandschurei.
12. Völkerbundsrat genehmigt Richtlinien zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz. In den Ausschuß für die Konferenz werden 16 Staaten eingeladen.
15. Entscheidung des Völkerbundsrates über Mossul-Frage: Brüsseler Linie Grenze des Irak. England hat innerhalb 6 Monaten die Empfehlungen der Völkerbundskommission durchzuführen (Vertrag mit Irak über Verlängerung des Mandates, kurdische Autonomie).
17. Japan übernimmt die Kontrolle über Mukden.
19.—24. Verhandlungen Tschitscherins in Berlin, Kowno und Riga.
22. Veröffentlichung des Freundschaftsvertrages zwischen Sowjetunion und Türkei, der von Tschitscherin und Ruschdi Bey am 17. Dezember in Paris unterzeichnet wurde.
23. Tientsin von Feng genommen.
28. Friedensangebot Abd el Krims abgelehnt.
29. Begegnung Mussolini-Chamberlain in Rapallo.
Deutschland zum Washington-Vertrage 1922 über China beigetreten.

1926

Januar

14. Vertrag zwischen Irak und englischer Regierung über Protektorat auf 25 Jahre abgeschlossen.
20. Vorstoß Tschang-Tso-Lins gegen die Verwaltung der chinesischen Ostbahn. Verhaftung von Sowjetangestellten.
21. Protestnote der Sowjetunion an Pekinger Regierung.
25. Abkommen zwischen Tschang-Tso-Lin und dem Generalkonsul der Sowjetunion in Mukden.
26. Abkommen zwischen England und Italien über die Kriegsschulden.
27. Amerikanischer Senat stimmt dem Beitritt zum Weltgerichtshof zu.
31. Kölner Zone geräumt.

Februar

10. Deutscher Antrag auf Eintritt in den Völkerbund.
Die Sowjetunion teilt Bereitschaft zur Teilnahme an vorbereitender Abrüstungskonferenz mit, wenn nicht in der Schweiz verhandelt wird.
Konferenz der Kleinen Entente in Temesvar.
25. Beginn der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich in Paris.

März

8. Eröffnung der Völkerbundstagung. — 10. Kommission für Aufnahme Deutschlands, die Vorbedingungen für Aufnahme als erfüllt erklärt. — 16. Brasiliens Veto gegen die Aufnahme Deutschlands. Vertagung der Aufnahme Deutschlands. — 18. Studienkommission für Reform des Rates gewählt. Mitglieder: 10 Ratstaaten, außerdem Deutschland, Argentinien, China, Polen, Schweiz.
10. Protestnote der imperialistischen Mächte wegen Schließung der Mündung des Pei-Ho. — 11. Japanische Torpedobootzerstörer beschießen die Taku-Forts, die das Feuer erwidern. — 16. 48 stündiges Ultimatum der fremden Mächte verlangt die Neutralisierung der Mündungszone des Pei-Ho. —

März

19. Befriedigende Antwort der Pekinger Regierung.

27. Bündnis zwischen Rumänien und Polen gegen die Sowjetunion verlängert.

April

17. Beginn der Friedensverhandlungen in Marokko. Gleichzeitig Vorbereitung einer neuen spanisch-französischen Offensive.

19. Washingtoner Regierung lehnt die vom Völkerbund vorgeschlagene Konferenz über Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gericht ab. Die Sache ist durch Notenwechsel mit den 49 Signataren des Haager Statuts zu erledigen.

24. Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland in Berlin abgeschlossen.

26. Eröffnung der Beratungen der vorbereitenden Kommission für die Internationale Weltwirtschaftskonferenz.

29. Französisch-amerikanisches Schuldenabkommen.

Die gegenwärtigen Rüstungen

Die Schlußperiode des Jahres 1925 ist gekennzeichnet durch die Bemühungen einiger Staaten, darunter auch der Nordamerikanischen Union, die Rüstungen einzuschränken. Durch Komplikationen bei Aufstellung des Staatsetats waren einige Staaten gezwungen, eine teilweise Einschränkung ihrer Streitkräfte vorzunehmen, sogar ohne die Abrüstungskonferenz und ihre Beschlüsse abgewartet zu haben.

Trotz dieser Tendenz wird jedoch das gleich nach dem Kriegsende begonnene Wettrüsten mit der früheren Intensität fortgesetzt. Es wird eine bloß zahlenmäßige Kürzung der bewaffneten Kräfte vorgenommen, dafür aber ist jeder einzelne Staat bestrebt, seinen Nachbarn oder seinen wahrscheinlichen Feind hinsichtlich der Technik und der Vorbereitung der Mobilisation sämtlicher Kräfte des Landes, für den Fall bewaffneter Konflikte, nach Möglichkeit zu überholen.

Der unaufhörliche Fortschritt der gesamten Technik führt dazu, daß auf allen Gebieten der Bewaffnung fast täglich Verbesserungen und Neuerungen zu registrieren sind. Im Zusammenhang mit den technischen Errungenschaften verändert sich die Bewaffnung der Land-, See- und Luftstreitkräfte immerfort, und es ist zur Zeit unmöglich, das Ende dieser Periode der technischen Weiterentwicklung und den Beginn eines vollständig stabilen Zustandes der bewaffneten Kräfte der verschiedenen Staaten abzusehen. Der während des Weltkrieges begonnene Siegeszug der Maschinisierung der be-

waffneten Kräfte, die am deutlichsten bei den Landstreitkräften zum Ausdruck kommt, dauert fort. Ueberall, wo es nur irgendwie möglich und zulässig ist, wird der Mensch durch die Maschine ersetzt und immer mehr nur noch zur Bedienung der technischen Kampfmittel verwendet. So sind in vielen Staaten der Infanterie nicht nur besondere technische Abteilungen zugefeilt, wie z. B. Maschinengewehr-Bataillone oder starke Tankgeschwader, sondern auch die Infanterie selbst wird durch Einführung von recht mannigfaltigen und komzlizierten Waffen allmählich in eine maschinisierte Streitkraft verwandelt.

Dasselbe läßt sich auch hinsichtlich der Kavallerie feststellen, bei der Pferd und Mensch immer mehr durch Maschinen verdrängt werden.

Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, in einem kurzen Aufsatz ein volles und detailliertes Bild des gegenwärtigen Zustandes der Rüstungen und der diesbezüglichen Errungenschaften der verschiedenen Staaten zu bieten.

Wir müssen uns darauf beschränken, nur das am meisten Charakteristische auf diesem Gebiet anzuführen, das dem Leser die Möglichkeit gibt, eine klare Vorstellung darüber zu gewinnen, was von den Staaten, die in ihren Rüstungen am aktivsten sind, bis jetzt in dieser Hinsicht erreicht worden ist. Gleichzeitig soll auch die Möglichkeit gegeben werden, die Wege vorauszusehen, die die Rüstungen der Land-, See- und Luftstreitkräfte weiterhin einschlagen werden.

Die wichtigsten Faktoren in der Entwicklung der Landstreitkräfte sind erstens die fortschreitende Entwicklung und Vervollkommnung der Schußwaffen, der kleinkalibrigen und auch der großkalibrigen, d. h. der Artillerie, und zweitens die Fortschritte auf dem Gebiete des Automobilwesens, die es ermöglicht haben, die Idee der Fortbewegung gepanzerter Kampfmaschinen verschiedener Größe und verschiedener Leistungsfähigkeit (Tanks) auf jedem Gelände in die Wirklichkeit umzusetzen.

Nach dem Weltkriege setzte in sämtlichen Staaten eine eifrige Arbeit auf dem Gebiete der Vervollkommnung der Kleinkaliberwaffen ein (Gewehre, Maschinengewehre, Pistolen), wobei man vor allem bestrebt war,

einen neuen Gewehrtypus auszuarbeiten, das sogenannte halbautomatische Gewehr, das den Schützen vom Laden nach jedem abgegebenen Schuß befreien sollte. Das neue Gewehr sollte sich nach jedem Schuß, so wie es bei verschiedenen Revolver- und Pistolensystemen erreicht worden ist, automatisch laden können. Die Verwirklichung dieser Aufgabe stieß deswegen auf große Schwierigkeiten, weil es lange Zeit nicht gelingen wollte, der gestellten Anforderung unter Beibehaltung der typischen Merkmale des jetzigen Gewehrs (Gewicht, Kaliber, Gewicht der Kugel, Anfangsgeschwindigkeit u. dgl.) gerecht zu werden. Heute ist diese Aufgabe, soweit uns bekannt, wenigstens in der französischen und amerikanischen Armee zur Zufriedenheit gelöst worden. Nach Pressemeldungen soll in der französischen Armee bereits mit der Massenherstellung des neuen Gewehrtypus begonnen worden sein.

Die Einführung des neuen halbautomatischen Infanteriegewehrs, aus dem man in einer Minute 15 bis 20 Schuß abgeben kann, wobei das umständliche Laden in Wegfall kommt, der Schütze dadurch nicht vom Ziel abgelenkt wird, und sich gleichzeitig auch eine bessere Ausnützung des Feuers im passenden Moment ergibt, wird die Wirkung des Infanteriefeuers bedeutend steigern.

Zugleich mit den Versuchen auf dem Gebiet des halbautomatischen Gewehrs wurden Versuche mit einem neuen Maschinengewehrtypus — Gewehr-Maschinengewehr — angestellt, das im Vergleich zu dem allgemein bekannten Typus des leichten Maschinengewehrs viel transportabler ist und sogar die Möglichkeit bietet, im Gehen zu schießen.

Gegenwärtig ist in vielen Armeen auch diese Aufgabe vollständig befriedigend gelöst und diese Waffe bereits bei der Infanterie und Kavallerie eingeführt worden. Man kann aus ihr 450 Schuß pro Minute abgeben (mittlere Leistung 300 Schuß pro Minute), wobei ihr Gewicht dasjenige eines Infanteriegewehres nur um 2 bis 3 kg übersteigt. Durch weitgehende Ausstattung der Landstreitkräfte mit dieser Waffe wird ihre Feuerwirkung bei minimaler Einschränkung der Bewegungsfreiheit ebenfalls bedeutend gesteigert.

Große Erfolge sind auch auf dem Gebiet der Vervollkommnung der automatischen Pistolen erreicht worden, die eine

große Durchschlagskraft besitzen und mit denen bedeutende Treffsicherheit beim Schießen auf eine Entfernung von 200 m und mehr erzielt wird. Es ist anzunehmen, daß in nächster Zeit der ganze Kommandobestand der Landstreitkräfte mit dieser Waffe ausgestattet werden wird.

Außerdem sind während der letzten Zeit in allen Staaten die für spezielle Zwecke, wie z. B. zur Beschießung von Tanks und Flugzeugen, bestimmten Kleinkaliberwaffen bedeutend vervollkommnet.

Die Lösung des Problems der halbautomatischen und automatischen Kleinkaliberwaffe läßt uns voraussehen, daß, wenn auch in mehr oder minder naher Zukunft die Staaten eine zahlenmäßige Verkürzung der Landstreitkräfte vornehmen sollten, dies gleichzeitig mit einem neuen Wettbewerb bei der Massenherstellung vervollkommneter Waffen und bei der Neubewaffnung der Streitkräfte mit denselben verbunden sein wird.

Auch die Großkaliberwaffen werden hinsichtlich ihrer Schußweite und Durchschlagskraft weiter vervollkommnet. Das Verhältnis dieser Waffengattung zu der Zahl der Kämpfer ist nach wie vor im Steigen begriffen. Zu den vorhandenen Typen der Artilleriegeschütze sind neue hinzugekommen, unter denen der erste Platz der überall eingeführten sogenannten Begleitungsartillerie zukommt, die für das enge Zusammenarbeiten mit der Infanterie in jeder Kampfsituation bestimmt ist.

Die Begleitungsartillerie (auch Infanterie-Artillerie genannt) ist ein organischer Bestandteil der Infanterie. Vorläufig besitzt in den verschiedenen Staaten jedes Regiment im Durchschnitt eine Batterie von 6—8 Geschützen verschiedener Systeme, da man noch die alten Vorräte aufbrauchen will. Jedoch werden bereits jetzt so bestimmte Anforderungen an die Begleitungsartillerie gestellt, daß in den meisten Armeen ein neuer Typus dieser Artillerie ausgearbeitet worden ist. Man ist bestrebt, zur Fortbewegung dieser Geschütze mechanische Zugkraft zu verwenden, die es möglich macht, die Geschütze den Infanterietruppen in die vorderste Kampflinie folgen zu lassen. Die Hauptaufgabe der Begleitungsartillerie besteht darin, der Infanterie zu helfen, die auf dem Vormarsch

entstehenden Hindernisse zu überwinden, die durch die an sich zwar wirksamere, dafür aber weniger bewegliche Artillerie schwereren Typus nicht beseitigt werden können. Zur Charakterisierung der Begleitungsartillerie wollen wir auf folgende Typen hinweisen: In England dient zur Begleitung der Infanterie die zerlegbare 94-mm-Gebirgshaubitze, die vorläufig noch auf Maultieren befördert wird, in Italien die 75-mm-Kanone, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die auseinandernehmbaren 45- und 57-mm-Kanonen, in Frankreich die 37-mm-Kanone und der 81-mm-Stox-Mörser.

Von allen neuen Begleitungsgeschützen, mit denen in letzter Zeit in verschiedenen Staaten Versuche angestellt worden sind, ist die italienische 75-mm-Kanone hervorzuheben, die, bei einem Gesamtgewicht von 250 kg, Geschosse von 4 kg auf eine Distanz von 3½ km schleudert und sowohl flach wie auch steil schießt. Zu erwähnen ist auch die amerikanische auseinandernehmbare Kanone Kaliber 37, 47 und 65 mm, wobei die beiden letzten Typen, die sowohl flach wie auch steil schießen können, sich am besten für die speziellen Aufgaben der Begleitungsartillerie eignen.

Die Einführung dieser neuen Art der Artillerie bietet den Staaten weitgehende Möglichkeit zur weiteren Maschinisierung der Landstreitkräfte.

Was die anderen Arten der Artillerie betrifft — leichte Feldartillerie, schwere Kurz- und Langrohrartillerie, schwere Artillerie von besonderer Stärke, Artillerie für spezielle Zwecke (Küsten- und Flak-Artillerie), schließlich die sogenannte Mammutartillerie — so sind dank der fortgeschrittenen Technik bei jeder Art der Artillerie bedeutende Resultate im Sinne einer vergrößerten Schußweite und Schußwirkung erzielt worden. Außerdem hat die Verwendung mechanischer Zugkraft die Beweglichkeit der Artillerie in der Kampflinie bedeütend gesteigert.

Um den Fortschritt der Artillerie besser beurteilen zu können, wollen wir einige Beispiele herausgreifen. So hat das neue Modell der amerikanischen leichten Kanone statt der früheren 9 km Schußweite eine solche bis zu 13½ km. Außerdem gestattet die Konstruktion dieses Geschütztypus eine Seitenwendung von 40°, was im Verhältnis zu den 3° Wendung

bei dem früheren System ein bedeutender Vorteil beim Beschießen von sich schnell bewegenden Zielen ist, deren es bei den Schlachten von morgen viel mehr geben wird als früher (Tanks, Traktorenwagen, Traktorenartillerie). Auch die neue amerikanische Feldhaubitze hat eine bedeutend vergrößerte Schußweite (bis zu 11 km) und schießt bei verkleinertem Kaliber (105 mm statt 155 mm), das dieses System bedeutend beweglicher macht, mit einem doppelt so schweren Geschoß als die frühere Feldkanone (15 kg). Die weittragende Kanone Kaliber 47 mm, die früher eine Maximalschußweite von 12½ km aufwies, schießt jetzt bei erhöhtem Geschoßgewicht (22½ kg), 18 km weit. Der neue Typus der schweren 155-mm-Haubitze feuert jetzt ein Geschoß vom früheren Gewicht (23 kg) nicht mehr auf 11 km, sondern auf 14¾ km.

Außer der Vervollkommnung der Artillerie des Normaltypus in der oben erwähnten Richtung ist nach dem Weltkriege auch die Frage der sogenannten Mammutartillerie entstanden. Als Urtypus dieser Artillerie sind die bekannten Kanonen der deutschen Armee zu bezeichnen, die seiner Zeit Paris auf eine Entfernung von 120 km beschossen. Auf der Suche nach einer besseren Mammutartillerie wird von verschiedenen Staaten ein Typus besonders weittragender Geschütze ausgearbeitet, die entweder von einem Dauergestell oder von einer Eisenbahnplattform aus feuern können. Diese Kanonen sind für die Beschießung großer Zentren in der Grenzzone, und zwar besonders während der Konzentration und des Aufmarsches bestimmt. Die amerikanische Presse hatte seiner Zeit von Versuchen mit weittragenden Kanonen in Frankreich gesprochen, die noch während des Krieges angefertigt wurden, aber nicht zur Anwendung gelangten. Die Kanonen feuerten auf eine Distanz von 97 km mit einem Geschoß von 500 kg, d. h. sie bleiben zwar an Schußweite hinter der erwähnten deutschen Kanone zurück, schossen aber dafür mit viermal schwereren Geschossen. Von den amerikanischen Systemen der Mammutkanonen wollen wir die 37,8-mm-Kanone auf Eisenbahnplattform erwähnen, deren Schußweite 41 km, Geschoßgewicht 730 kg beträgt und die imstande ist, nicht weniger als einen Schuß pro Minute abzugeben.

Unter anderen Kanonen dieses Typus ist auch die amerikanische Küstenkanone Kaliber 432 mm (16") charakteristisch,

die ein Geschoß von einer Tonne 48½ km weit wirft. Die Kanone wird elektrisch bedient und, trotzdem das Gewicht des Geschosses und der Ladung mehr als 1350 kg beträgt, dauert das Laden der Kanone, das genaue Einstellen auf ein bewegliches Ziel und das Abfeuern keine ganze Minute. Kanonen dieses Typs werden an der Einfahrt des Panamakanals und in allen großen amerikanischen Häfen aufgestellt.

Entsprechend entwickelt sich auch die Marineartillerie.

Schließlich müssen wir noch besonders auf den Fortschritt der Flak-Artillerie hinweisen, die durch das Anwachsen und die schnelle Entwicklung der Luftstreitkräfte sämtlicher Staaten eine immer größere Bedeutung gewinnt. Eine der vervollkommnetsten Typen der Flak-Artillerie ist die amerikanische 81-mm-Kanone, die sehr beweglich ist und mit einem Geschoß von 6,6 kg feuert. Die Kanone hat einen horizontalen Schußwinkel von 36° und kann unter einem Winkel von 80° schießen, sowie ein Geschoß in einer Höhe von 7,5 km schleudern.

Sämtliche großen Armeen der Welt haben aus den Erfahrungen des Weltkrieges gelernt und widmen besondere Aufmerksamkeit den Tanks. Heutzutage gibt es keine zwei Meinungen mehr darüber, daß in Zukunft die Tanks eine außerordentlich wichtige Rolle auf den Schlachtfeldern spielen werden. Die französische Armee bedient sich bei ihren Kämpfen in Marokko und Syrien in weitestgehendem Maße der Tanks, und nach einmütigen Aussagen der Teilnehmer an diesen Kämpfen sind die letzten Erfolge der französischen Truppen in Marokko und die verbesserte Lage in Syrien auf die Einsetzung der Tanks zurückzuführen. Angesichts der fortwährend zunehmenden Durchschlagskraft der heutigen Klein- und Großkaliberwaffen wird man bei Kampfoperationen der Landstreitkräfte zur Ueberwindung des Feuerwiderstandes des Feindes sowie anderer Hindernisse immer mehr auf die Mitwirkung der Tanks angewiesen sein. Ein Infanterieangriff von morgen auf einen starken und widerstandsfähigen Feind ist auf westeuropäischen Kriegsschauplätzen nicht anders denkbar, als daß der Weg durch die Hinderniszonen durch schwere Tanks gebahnt und die Infanterie von einer großen Anzahl leichterer Tanks begleitet wird, die die schweren Tanks an Stellen, wo diese nicht imstande sind, den Widerstand des Feindes zu brechen, entsprechend zu unterstützen haben.

Trotz der kolossalen Fortschritte, die die Technik des Tankbaus in letzter Zeit gemacht hat, bleibt noch vieles zu überwinden, um aus diesen Maschinen ein Kampfmittel zu machen, das in jeder Kampfsituation und auf jedem Gelände verwendbar wäre. So sind z. B. die gegenwärtigen Tanks vollständig unbrauchbar in sumpfigen oder mit dichtem Wald bewachsenen Gegenden. Sie sind auch nicht gasdicht, rufen bei Bewegung großen Lärm hervor usw. Was die Gassicherheit anbetrifft, so ist man dabei, die Frage zu lösen, und allen Anzeichen nach werden in nächster Zeit sämtliche Tanks Vorrichtungen aufweisen, die das Eindringen der Gase in das Innere des Tanks unmöglich machen. In einigen Armeen sind solche Vorrichtungen bereits eingeführt. Desgleichen wurden während der letzten Zeit bedeutende Fortschritte zur Beseitigung des Lärms bei der Bewegung erreicht, insbesondere bei leichten Tanks. Die entscheidende Rolle spielte dabei die französische Neueinführung von Gummiraupen-Vorrichtungen. Letztere ermöglichen auch in weitgehendem Maße selbständige Fortbewegung der Tankkolonnen, ohne daß die Wege geschädigt werden, während man vor dieser Modernisierung, um nicht die Wege in kurzer Zeit vollständig unbrauchbar werden zu lassen, die Tanks auf großen Lastkraftwagen an Ort und Stelle bringen mußte, was die Manövrierung der Tankgeschwader natürlich äußerst beeinträchtigte. Eine ganze Reihe von anderen technischen Schwierigkeiten ist jedoch noch nicht überwunden. Dadurch sind die Armeen gezwungen, mehrere Tanktypen beizubehalten, je nach den speziellen Aufgaben, die dieser Waffengattung zufallen.

Die Tanks, die in den verschiedenen Armeen in Verwendung sind, oder auch erst noch geprüft werden, lassen sich in vier Haupttypen einteilen: ganz leichte, leichte, mittlere und schwere Tanks.

Der ganz leichte Tank wiegt unter 10 Tonnen, ist bewaffnet mit einem Maschinengewehr oder einer ganz leichten Kanone und wird von einem Menschen gelenkt, der auch gleichzeitig schießt.

Der leichte Tank kann bis zu 15 Tonnen wiegen und ist mit einem schweren Maschinengewehr oder einer Kanone von größerem Kaliber bewaffnet. Seine Besatzung besteht aus 2—3 Mann.

Der mittlere Tank wiegt bis zu 60 Tonnen und ist mit einigen (gewöhnlich 2) Kanonen und mit 4—6 leichten und schweren Maschinengewehren ausgerüstet. Seine Besatzung geht bis zu 18 Mann.

Der schwere Tank wiegt über 60 Tonnen (der deutsche schwere Tank im Weltkrieg hat 150 Tonnen gewogen, die jetzigen amerikanischen schweren Tanks wiegen 100 Tonnen), ist mit vier oder gar noch mehr Kanonen und 6—10 Maschinengewehren von verschiedenem Kaliber bewaffnet. Die Besatzung kann aus 25 und mehr Mann bestehen.

Die Stärke der Panzerung der Tanks beträgt im Durchschnitt 22 mm. Die Geschwindigkeit der verschiedenen Systeme ist verschieden. Ueberall wird eine Steigerung angestrebt. Bis jetzt beträgt die Höchstgeschwindigkeit auf Wegen 40—50 km pro Stunde, auf kupiertem Gelände 10—20 km.

Der ganz leichte Tank, der Einmanntank, ist dazu bestimmt, die Infanterie in die vorderste Kampflinie zu begleiten und spielt die gleiche Rolle wie die Begleitungsartillerie. Die leichten Tanks sind vorwiegend für selbständige Operationen bestimmt, die auf Plötzlichkeit und Schnelligkeit berechnet sind. Die mittleren und schweren Tanks dienen zur Durchbrechung der feindlichen Front.

Soweit bekannt, ist in letzter Zeit in England und Frankreich das Interesse für den ganz leichten Einmanntank stark gestiegen. Während der Herbstmanöver der englischen Armee im Jahre 1925 wurde dieser Typus in sehr großer Anzahl verwendet, wobei die Resultate befriedigend ausfielen. Bei der großen Beweglichkeit und Geschwindigkeit dieses Typus auf beliebigem Gelände dürfte er weitgehendste Anwendung finden sowohl beim Infanteriekampf wie bei Rekognoszierungen und besonders bei Verfolgungen. Die Ausmaße und das Gewicht dieses Tanks werden allen Anzeichen nach bedeutend verkleinert, das Gewicht dürfte auf 2—3 Tonnen reduziert werden.

Wir bringen hier Daten über einige der interessantesten modernen Tanktypen:

Leichte Tanks: Französischer Tank „Reno" mit Vorrichtung von Regreß und mit Gummiraupen. Bei verhältnismäßig kleiner Geschwindigkeit auf kupiertem Gelände (12 km)

hat er den Vorzug, daß er bei der Bewegung viel weniger Lärm als die Tanks der anderen Systeme hervorruft, und außerdem auch bessere Vorrichtungen zur Ueberwindung von Terrainhindernissen aufweist. Die Wege bleiben sogar bei Massenbewegungen dieses Tanktypus brauchbar.

Englischer Tank: „Medium Mark C". Gewicht 20 Tonnen, eine Kanone und drei Maschinengewehre, Besatzung drei Mann, Höchstgeschwindigkeit ca. 12 km pro Stunde. Der Tank ist imstande, Gräben von 2,7 m Breite, vertikale Hindernisse von 1,2 m Höhe und Abhänge von 45° zu überwinden. Gesamtlänge des Tanks 8 m, Breite 2,72 m, Höhe 3 m.

Der englische Tank „Medium Mark D" ist der neueste Typus. Gewicht 9,9 Tonnen, die Ausrüstung besteht aus einer 57-mm-Kanone, die in einem drehbaren Turm untergebracht ist, und aus drei leichten Maschinengewehren. Außerdem können noch seitlich zwei schwere Maschinengewehre angebracht werden. Die Besatzung besteht aus 5—6 Mann, Stärke des Motors 150 PS., Maximalgeschwindigkeit 40 km pro Stunde. Mittlere Geschwindigkeit auf kupiertem Gelände 15 bis 20 km. Der Tank ist imstande, Gräben von 1,82 m Breite, vertikale Hindernisse von 0,91 m Höhe und Abhänge von 45° zu überwinden, Bäume mit einem Durchmesser von 0,40 m umzulegen und Wasserstrecken von 80 cm Tiefe zu passieren. Die Panzerung beträgt im vorderen Teil 14 mm, so daß der Tank vor 13-mm-Kanonen vollständig geschützt ist. Gesamtlänge 5,16 m, Breite 2,75 m, Höhe 2,55 m und Aktionsradius 200 km.

Schwere Tanks: Der französische Durchbruchtank, der sogenannte Typus „C 2", gilt als der vollkommenste und modernste Typ des französischen schweren Tank. Sein Gewicht erreicht 68 Tonnen. Die Bewaffnung besteht aus einer Kanone (Kaliber 75 mm oder 155 mm) und aus vier Maschinengewehren; die Zahl der letzteren kann verdoppelt werden. Die Besatzung besteht aus zehn Mann. Auf dem Tank befinden sich zwei Motoren zu je 150 PS. Die Stärke der Panzerung ist vorn 45 mm, seitlich 22 mm, wodurch der Tank vollständig auch vor den vervollkommnetsten Tankabwehrwaffen kleinen Kalibers geschützt ist. Die Länge des Tanks beträgt 10,2 m, die Breite ungefähr 3 m und die Höhe etwas mehr als 4 m. Höchstgeschwindigkeit 8 km pro Stunde. Der Tank ist imstande, einen Graben von 4,5 m Breite, vertikale Hindernisse von 1,5 m Höhe

und Abhänge von 45° zu überwinden. Außerdem kann er, hermetisch verschlossen, Wasserhindernisse von 1,5 Tiefe passieren.

Gleichzeitig mit der Vermehrung der Tankabteilungen und der Vervollkommnung der verschiedenen Systeme sind auch spezielle Typen zu Hilfszwecken konstruiert worden; so z. B. Verbindungstanks (für drahtlose Telegraphie und sogar für Telephon), Tanks für Kommandobestand, Versorgungstanks, die zur schnellen Herbeischaffung von Munition in die Kampfzone bestimmt sind.

Außer den Tanks, die zur Verwendung auf beliebigem wegelosen Gelände bestimmt sind, gibt es in allen modernen Armeen eine große Anzahl Panzerautos, die hauptsächlich für Gegenden vorgesehen sind, wo es gute Chausseen und Landwege gibt. Panzermaschinen dieser Art sind gedacht für Rekognoszierungen und für den Verbindungsdienst zwischen operierenden Abteilungen. In einigen Fällen sind sie ein sicheres Mittel für plötzliche Ueberfälle auf den Feind, wo er am empfindlichsten ist. Auch bei Verfolgungen können sie eine ganz bedeutende Rolle spielen. Die heutigen Panzerautos sind ihren Systemen und ihrer Konstruktion nach sehr verschieden. Das bekannte französische Panzerauto, das zur gemeinsamen Verwendung mit der Kavallerie bestimmt ist, weist folgende Merkmale auf: Gesamtgewicht 7 Tonnen, Höchstgeschwindigkeit auf ebenen Wegen 45 km pro Stunde, Durchschnittsgeschwindigkeit 25 km, Stärke der Panzerung 8 mm, dadurch vollständig geschützt vor Schrapnell- und Infanteriefeuer. In einem drehbaren Turm ist eine 37-mm-Kanone angebracht. Außerdem ist das Panzerauto mit einem bzw. zwei Maschinengewehren ausgerüstet. Das Panzerauto kann sich gleich frei vorwärts wie rückwärts bewegen. Sein Aktionsradius beträgt 200 km. Das französische Panzerauto ist nur auf Fahrwegen verwendbar, ist daher bereits heute nicht mehr das letzte Wort auf diesem Gebiet. Die neuesten Systeme werden mit Vorrichtungen versehen, die ein schnelles Uebergehen von Rädern auf Raupen ermöglichten, wodurch freie Bewegung auch auf weglosem Gelände und auch eine leichtere Ueberwindung der Hindernisse ermöglicht wird. Außerdem können sie schwerer ausgerüstet werden und haben eine größere Geschwindigkeit.

Ueberhaupt muß festgestellt werden, daß der Motorisierungsprozeß der Landstreitkräfte in vollem Gange ist. Die Artillerie aller Typen und Kaliber ist bestrebt, die Pferdekraft durch mechanische Zugkraft zu ersetzen. Die Kavallerie wird im Westen mehr und mehr durch einen gemischten Typus von beweglichen Waffengattungen ersetzt, dabei spielt die Automobilkraft ausschlaggebende Rolle. Es werden im Westen in großer Anzahl durch und durch motorisierte Abteilungen und Kolonnen in Gestalt von Autodivisionen gebildet. Die weitere Motorisierung hängt davon ab, wie man die Frage der Brennstoffversorgung in Kriegszeiten wird lösen können. An den letzten großen Manövern der europäischen Armeen, insbesondere in Frankreich und England, beteiligten sich so zahlreiche motorisierte Truppenteile und wurde der Autotransport in solchen Ausmaßen angewandt, daß es keinen Zweifel mehr darüber geben kann, daß eine der Hauptaufgaben dieser Manöver das Studium und das Nachprüfen der Bedingungen der neuen Taktik war, die durch den unaufhörlichen Fortschritt der Mechanisierung und Motorisierung bedingt wird.

Auch die Rüstungen in der Luft haben, wie zu erwarten war, während der letzten Zeit in allen Staaten an Quantität und Qualität erheblich zugenommen. Von einer Stabilisierung kann auch auf diesem Gebiete keine Rede sein, denn die Luftrüstungen befinden sich in einer Uebergangsperiode, und es gibt keine einzige Armee, die von sich behaupten würde, daß sie eine mehr oder weniger bestimmte Grenze in dieser Hinsicht erreicht habe. Auch hier sind die Gründe dafür in dem unaufhörlichen Fortschritt der Technik zu suchen, der es nicht gestattet, auf der erreichten Entwicklungsstufe stehen zu bleiben und mit der Verwirklichung eines auf lange Jahre hinaus berechneten Rüstungsprogramms zu beginnen.

Die Luftstreitkräfte haben in den letzten Kämpfen in Marokko, Syrien, Mesopotamien und Indien eine bedeutende Rolle gespielt und haben die auf sie gesetzten Hoffnungen durchaus erfüllt. Spezielle Luftmanöver riesiger Flugzeuggeschwader (Luftdivisionen) sind in sämtlichen Staaten des Westens eine gewöhnliche Erscheinung geworden, ganz abgesehen davon, daß Luftstreitkräfte als ein untrennbarer Bestandteil der Land- und Seestreitkräfte stets an deren Manövern teilnehmen. Hierbei sind die Bemühungen hervorzuheben, die

Luftstreitkräfte auch während der Nacht anzuwenden. Da jeder große Staat, ja sogar viele der kleinen, hinsichtlich der Luftrüstungen eigene Wege gehen, sind die Flugzeugtypen zur Zeit sehr verschieden und zwar nicht nur im allgemeinen, sondern auch auf jedem einzelnen Spezialgebiet des Militär-Flugwesens. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, wollen wir auf die am meisten bezeichnenden Errungenschaften auf jedem Spezialgebiet hinweisen. Wir gehen dabei von der allgemein anerkannten Teilung des Militär-Flugwesens in Beobachtungs-, Zerstörungs-, Bombardierungs- und Sturmflugzeuge aus.

Bei den Auskundschaftungs-(Beobachtungs-)Flugzeugen ist man bestrebt, hohe Geschwindigkeit und bedeutende Flughöhe bei bestimmter Kampfkraft der Flugzeuge zu erreichen, da sie oft sehr weit in das feindliche Hinterland einzudringen haben und ständig damit rechnen müssen, mit gegnerischen Fliegern zusammenzutreffen. Viele Aufgaben des Aufklärungsflugzeuges erheischen einen recht weiten Aktionsradius und die Verschiedenartigkeit der Aufgaben erfordert ihrerseits eine mehrköpfige Besatzung, weshalb diese Apparate als mehrsitzige (für 2 bis 3 Mann) konstruiert werden. Die besten Systeme dieser Flugzeuggattung besitzen heute Motoren bis zu 480 PS, entwickeln eine Stundengeschwindigkeit von 235 km und erreichen Höhen von 6000 m (mitunter sogar bis zu 9000 m). Viele Systeme haben eine sehr große Steigerungsgeschwindigkeit (in 12 bis 15 Minuten können sie eine Höhe von 3000 m erreichen). Die Aufklärungsflugzeuge sind in der Regel mit mehreren Maschinengewehren (bis zu 5 Stück) ausgerüstet sowie mit Radiosendern, Empfangsapparaten, Signallampen, Scheinwerfern, Photoapparaten usw.

Bei den Zerstörungsflugzeugen wird die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf maximale Manövrierfähigkeit bei möglichst starker Feuerwirkung gerichtet. Die Flugzeuge dieses Typus haben meistens kleine Ausmaße und sind vorwiegend einsitzig. Der Pilot steuert die Maschine und beschießt gleichzeitig den Gegner. Während der letzten Zeit ist allerdings eine Tendenz zu bemerken, den Umfang dieser Flugzeuge zu vergrößern, da angesichts der steigenden Manövrierfähigkeit der Flugzeuge, mit denen die Zerstörer zu kämpfen haben, ein Mensch nicht imstande ist, gleichzeitig zu steuern und den Kampf zu führen. Die besten Zerstörer haben bereits heute Motoren bis zu 650 PS

und erreichen eine Stundengeschwindigkeit von 350 km (mitunter sogar bis zu 430 km). Was die maximale Flughöhe anbetrifft, so sind Systeme bekannt, mit denen man bei Versuchen 7500 m erreicht hat.

Die Bombenflugzeuge lenken überall besondere Aufmerksamkeit auf sich, die nach den französischen Erfahrungen in Marokko sich noch mehr erhöhen dürfte. In dieser Hinsicht herrscht zwischen sämtlichen Großmächten eifriger Wettbewerb. Besonders großzügige Versuche auf diesem Gebiet werden in den Vereinigten Staaten vorgenommen, wo man viel Geld hierfür anwendet. Die Bomben- und Torpedoflugzeuge sind stark bewaffnet, da sie Kämpfe mit feindlichen Zerstörern zu erwarten haben. Jedoch ist der Zentralpunkt des Wettbewerbs natürlich die Erreichung maximaler Tragfähigkeit bei erhöhter Geschwindigkeit, bedeutender Flughöhe und maximalem Aktionsradius. Die letzte Errungenschaft auf dem Gebiete des Tages-Bombenflugzeuges ist ein Apparat mit 1000 PS Motorkraft und 190 km Stundengeschwindigkeit. Der Aktionsradius beträgt 800 km, Gewicht der Bomben 1500 kg, die Flughöhe 5000 m. Das Nacht-Bombenflugzeug, das seine Bewaffnung bedeutend einschränken kann zugunsten einer größeren Nutzlast und eines weiteren Aktionsradius, hat seinen vorläufigen Höhepunkt in dem amerikanischen Bombenwerfer „System Barling" erreicht. Die Flugzeuge dieses Typus besitzen Motore von insgesamt 2400 PS und entwickeln eine Geschwindigkeit von 175 km pro Stunde. Ihr Aktionsradius beträgt 1800 km, ihre Flughöhe 5000 m. Das Flugzeug ist imstande, Bomben im Gesamtgewicht von 5000 kg mit sich zu führen (die größten Bomben, die während des Weltkrieges über Paris und London abgeworfen wurden, wogen nicht mehr als 300 kg). Die Amerikaner beschäftigen sich speziell mit Bomben von besonders großer Explosivkraft. Es sind Versuche bekannt, wo man Bomben im Gewicht von 1800 kg verwendet hat, die eine kolossale Zerstörungskraft besitzen (beim explodieren einer solchen Bombe entsteht ein Trichter von 18,5 m Durchmesser und 6 m Tiefe). Heute werden alle Bomben mit Gas gefüllt.

Gehen wir schließlich zu den Sturmflugzeugen über, die die Aufgabe haben, gegnerische Tanks, Infanterie, Artillerie, Munitionslager usw. anzugreifen. Das sind stark gepanzerte

und stark bewaffnete Apparate von großer Manövrierfähigkeit. Die amerikanischen Sturmflugzeuge sind mit einer 3,5 mm starken Stahlpanzerung versehen, mit Maschinengewehr-Batterien (bis zu 30 Stück) ausgerüstet und sind imstande, 140 kg Bomben mit sich zu führen; einige Typen sind mit 37 mm Kanonen ausgerüstet.

Die neuesten Erfindungen und Errungenschaften auf dem Gebiete der Flugtechnik eröffnen neue Horizonte auf dem Gebiete der Luftrüstungen.

Was die Luftschiffe betrifft, so werden zwar von einigen Staaten die Versuche auf diesem Gebiet hartnäckig fortgesetzt, die praktischen Resultate sind jedoch gering und Luftschiffe gibt es in den Armeen nur in Einzelexemplaren.

Die bewaffneten Kräfte der europäischen Staaten

Staaten	Gesamtstärke der Armee		Zahl der Divisionen				Flugzeuge		Tanks	Maschinengew.	
			1914		1925					1925	
	1914	1925	Inf.	Kav.	Inf.	Kav.	1914	1925	1925	leichte	schwere
Frankreich	762 000	740 000	45	10	41	5	132	2000	5800	25000	10000
England	125 000	143 000	6	1	6	1		1200	500	5000	2500
	250 000[1]	150 000[1]									
Italien	313 000	250 000	25	3	30	3 Br.		2000	200	6000	3000
Polen		250 009			30	4 Di.		250	150	6500	2000
						5 Br.					
Sowj.-Union	1 385 000	560 000	70	24	58[2]	6 Di.		1000	150	10000	6000
						8 Br.					
Deutschland	782 000	100 000	50	1	7	3	232	—	—	1150	800

*

Auch die Rüstungen zur See werden fortwährend gesteigert, da das Washingtoner Abkommen trotz der Beschränkungen einen weiten Spielraum für den Wettbewerb der Mächte gelassen hat. Während der letzten Periode wurden die Seestreitkräfte verschiedener Staaten durch Kriegsschiffe aller Kategorien vergrößert, angefangen von den großen

[1]) Territorialarmeen. [2]) Die Hälfte territorial.

Panzerschiffen bis zu den kleinsten Unterseebooten. Jedoch muß man hier bemerken, daß ganz große Schiffe nicht gebaut worden sind, da das Washingtoner Abkommen den Neubau von Schiffen über 35 000 t Wasserverdrängung sowie Schiffsartillerie über 40,6 cm untersagt.

Intensiv wurden überall Kreuzer unter 10 000 t gebaut, die unter den gegenwärtigen Bedingungen als der Typ gelten, der für die zukünftigen Kriegsoperationen am besten geeignet ist. Dasselbe ist auch von den Unterseebooten zu sagen. Während der letzten Zeit ist allerdings eine Tendenz zur Einschränkung dieser Rüstungen zu bemerken, wobei die Initiative von England ausgeht. Es ist anzunehmen, daß der allzubreite Rahmen des Washingtoner Abkommens demnächst bedeutend eingeschränkt werden wird. Einige Staaten gehen mit besonderer Energie daran, eine starke See-Luftflotte zu schaffen, so z. B. vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Uebrigens ist das starke Interesse für Seerüstungen allgemein und die zukünftigen Operationen der Kriegsflotte sind nicht anders denkbar, als in enger Zusammenarbeit mit der Luftflotte im allgemeinen und der See-Luftflotte im besondern.

Einige Daten über die Typen der modernen Kriegsschiffe:

Der neue französische 10 000 t Kreuzer „Duquesne" ist 185 m lang, 19 m breit und hat einen Tiefgang von 6,35 m. Der Kreuzer hat 4 Turbinen (Gesamtleistung 120 000 PS), durch die 4 Schrauben angetrieben werden. Die Geschwindigkeit des Schiffes ist 35 Knoten pro Stunde, der Aktionsradius beträgt 5000 Seemeilen. Die Artillerie des Kreuzers besteht aus 8 Kanonen, Kaliber 203 mm, die auf 4 Türmen angebracht sind, je 2 am vordern und hinteren Teil des Schiffes. Zur Abwehr von Flugzeugen besitzt das Schiff 8 Kanonen Kaliber 75 mm, 8 automatische Kanonen, Kaliber 45 mm und 12 Maschinengewehre. Außerdem gibt es auf dem Schiff noch 2 Minenapparate und 2 Wasserflugzeuge mit zusammenlegbaren Tragflächen. Der Start der Flugzeuge geschieht durch besondere Katapulte. Die Gesamtbesetzung einschließlich des Kommandobestandes besteht aus 600 Mann.

Für den modernsten Typus des schweren Panzerschiffes können die in letzter Zeit erbauten englischen 35 000 t Schiffe „Nelson" und „Rodney" gelten. Die Länge dieser Schiffe be-

trägt 214 m, die Breite 31,2 m und der Tiefgang 9,10 m; Geschwindigkeit — 21 Knoten pro Stunde. Die Artillerie dieser Schiffe ist besonders stark. Sie besteht aus 9 Kanonen, Kaliber 406 mm (das im Washingtoner Abkommen festgesetzte Höchstkaliber), die auf 3 Türmen angebracht sind. Sämtliche Kanonen können zur selben Zeit schießen und Geschosse im Gesamtgewicht von 9072 kg auf eine Distanz von über 27 km schleudern. Die mittlere Artillerie des Schiffes besteht aus 12 Kanonen, Kaliber 152 mm, die auf 6 kleinen Türmen angeordnet sind, je 3 Türme an jedem Bord. Der hintere Teil des Schiffes wird gebildet von einem Deck zum Starten und zur Landung der Flugzeuge, die sich auf dem Schiff in einer bedeutenden Anzahl befinden.

Was die Unterseeboote betrifft, so sind von großem Interesse die neu konstruierten großen U-Boote, richtiger Untersee-Kreuzer. So baut die englische Admiralität U-Boote mit einer Wasserverdrängung von 27800 t auf dem Wasser und 3600 t unter dem Wasser, was nahezu der Wasserverdrängung eines kleinen Kreuzers entspricht. Die Länge solcher Unterseekreuzer beträgt 106 m, die Breite 9 m, die Geschwindigkeit auf dem Wasser 30 Knoten pro Stunde, unter dem Wasser 10 Knoten. Die Besatzung besteht aus ungefähr 100 Mann. Außer zahlreichen Minenapparaten ist ein solches U-Boot noch mit einer starken Artillerie ausgerüstet, die aus 4 in 2 Panzertürmen untergebrachten 137 mm Kanonen besteht. Auch die Vereinigten Staaten besitzen U-Boote dieses Typus.

Die Zusammenarbeit von Luft-Streitkräften und Marine bedingt es, daß spezielle Schiffe gebaut werden. Die Flugzeugmutterschiffe, die es heute in jeder großen Flotte gibt, sind ihrer Größe und Konstruktion nach verschieden. Zu den größten und modernsten gehören die Mutterschiffe der Vereinigten Staaten, „Lexington“ und „Saratoga“. Jedes dieser Schiffe kann 72 Flugzeuge aufnehmen. Die Wasserverdrängung beträgt 33 000 t, die Geschwindigkeit 33 Knoten pro Stunde. Die Mutterschiffe besitzen eine starke Flakartillerie. Nachstehend bringen wir eine Tabelle des gegenwärtigen Flottenbestandes:

	England	USA	Japan	Frankr.	Italien	Rußland	Deutschl.
Linienschiffe	22	18	10	9	7	3	3
Kreuzer	49	31	28	16	13	7	8
Flugzeugmutterschiffe	8	2	2	—	—	—	—
Zerstörer	180	309	101	54	53	80	16
U-Boote	63	118	51	46	43	28	—
Außerdem werden gebaut oder projektiert:							
Linienschiffe	2	—	—	—	—	1	—
Kreuzer	8	9	11	9	5	7	1
Flugzeugmutterschiffe	—	2	2	1	1	—	—
Zerstörer	2	12	23	36	24	26	1
U-Boote	4	15	28	59	20	1	—

Bei den Vorbereitungen für künftige bewaffnete Konflikte wird natürlich überall den chemischen Kampfmitteln große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Rüstungen auf diesem Gebiete lassen sich nicht berechnen, da sie geheim durchgeführt werden. Außerdem wird dadurch, daß es verhältnismäßig leicht ist, bei Kriegsausbruch die chemische Industrie auf Kriegsproduktion umzustellen, jeder Vergleich auf diesem Gebiet illusorisch gemacht. Aus den intensiven Vorbereitungen zum Kampf gegen die chemischen Waffen des Gegners, die in allen Staaten und von allen Armeen betrieben werden, ist leicht zu ersehen, wie hoch diese Gefahr eingeschätzt wird und welches Mißtrauen bei den Staaten in der Frage der Nichtanwendung von Stick-, Giftgasen usw. besteht.

Außer der Vorbereitung zur aktiven Ausnutzung der Chemie und evtl. auch der Bakteriologie zur Vernichtung des Feindes in den künftigen Kriegen wird gegenwärtig darauf hingearbeitet, die Chemie zur Schwächung des Effektes der modernen Feuerwaffen zu verwenden. Bei sämtlichen großen und kleinen Manövern der Land-, See- und Luftstreitkräfte werden immer mehr Gas- und Rauchvorhänge angewandt. Mit Recht sieht man darin eins der wirksamsten Mittel zur Sicherung der Manövrierfreiheit in Zonen, die dem vernichtenden Feuer des Gegners ausgesetzt sind.

Abschließend muß gesagt werden, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Technik und bei der Rolle, die sie bei den Rüstungen spielt, ein Vergleich der materiellen Bewaffnung der verschiedenen Staaten unmöglich ist, ohne daß genau berechnet wird, in welchem Zustand sich die Industrie der ein-

zelnen Länder befindet und wie weit sie dazu vorbereitet ist, bei Kriegsausbruch mobilisiert zu werden. Eingehend durchdachte Vorbereitung zur Mobilmachung der Industrie ist das wichtigste Element der allgemeinen Rüstungen und der Wettbewerb der verschiedenen Staaten ist darum in dieser Hinsicht durchaus nicht schwächer, als der von uns oben dargelegte Wettbewerb auf anderen Gebieten der Rüstungen.

Demographische Notizen

Die Erdteile

Wie aus der untenstehenden Tabelle ersichtlich ist, lebt mehr als die Hälfte aller Menschen in Asien. Diese Zahl läßt die Bedeutung der Völker Asiens ahnen, die diesen in naher Zukunft zufallen wird.)

	Fläche [1]) in 1000 qkm	Einwohnerzahl in 1000 1913	1924	Fläche in %	Einwohnerzahl 1924 in %
Europa	9 607	467,8	454,7	7,3	24,5
Nord- und Mittelamerika	22 321	133,5	151,9	17,0	8,2
Südamerika	19 083	56,5	65,8	14,5	3,5
Asien	41 984	987,3	1032,8	31,9	55,8
Afrika	29 916	133,6	139,3	22,8	7,5
Ozeanien	8 568	7,6	8,6	6,5	0,5
Insgesamt	131 479	1786,3	1853,1	100,0	100,0

Die Verteilung der Wasserfläche der Erde ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Ozeane und Meere

	Fläche in 1000 qkm
Stiller Ozean	166 000
Atlantischer Ozean	82 000
Indischer Ozean	73 000
Alle Meere und Buchten	40 000
Insgesamt	361 000
Mittelländisches Meer	2 963
Ostsee	431
Schwarzes Meer	412

Menschenrassen

In dieser Tabelle ist besonders bemerkenswert die große Zahl der Neger, die im allgemeinen für eine bedeutungslose Rasse gehalten werden. Ihre wahre Bedeutung wird sich erst dann zeigen, wenn sie ähnlich den Völkern Asiens beginnen wird, sich gegen die koloniale Ausbeutung zur Wehr zu setzen.

	Millionen	Prozent der Bevölkerung der Erde
Weiße Rasse	920	50,5
Mongolische Rasse	600	33,0
Neger	160	9,0
Malayo-Polynes. Rasse	60	3,3
Amerikanische Rasse (Indianer)	40	2,2

Der Rest fällt auf verschiedene kleinere Stämme, z. B. Kaukasusvölker, Drawiden, Buschmänner, Hottentotten usw.

[1]) 11 000 000 qkm arktische Gebiete sind nicht miteingerechnet.

Die wichtigsten Sprachen*)

	Wird gesprochen von Millionen
Chinesische Sprache	435
Indische Sprache	230
Englische Sprache	163
Spanisch-portugiesisch	115
Russisch-ukrainisch	105
Deutsch	91
Französisch	45
Italienisch	41

Religionen

	Millionen	Prozent der Erdbevölkerung
Christen	650	35,7
Buddhisten (Konfutseaner, Taoisten)	570	31,3
Mohammedaner	250	13,7
Brahmanen	235	12,9
Heiden	90	4,9
Juden	14	0,75

Flächeninhalt, Bevölkerung und bebautes Gebiet der wichtigsten Länder.

In dieser Tabelle fällt auf, wie schwach die Erde in Wirklichkeit bevölkert ist und welch kleiner Teil der produktiven Fläche bebaut wird. Man kann sagen, daß Südamerika, Afrika, Australien und der nördliche Teil Asiens, ein großer Teil Nordamerikas heute noch kaum bebaut sind. Die Landwirtschaft der tropischen Gebiete steht erst jetzt im Anfang ihrer Entwicklung.

Staaten	Fläche in 1000 qkm	Mill. Einwohner	Auf 1 qkm kommen Einw.	Produkt. Fläche in 1000 qkm	Produkt. Fläche in % der Gesamtfläche	Bebaute Fläche in 1000 qkm	Bebaute Fläche in % der prod. Fläche
Europa							
Albanien	45,0	0,82	18,2	—	—	—	—
Belgien	30,4	7,7	254	25,9	88	12,3	—
Bulgarien	103,1	5,0	49	—	—	32,7	—
Danzig	1,9	0,38	203	—	—	—	—
Dänemark [1]	43,0	3,4	79	40,6	94	26,2	69
Deutsches Reich	472,0	62,6	133	446,9	94	202,3	45
Estland	47,5	1,1	23	—	—	10,2	—
Finnland	388,5	3,5	9	—	—	21,2	—
Frankreich	551,0	39,3	71	498,8	94	229,7	44
Griechenland	140,1	6,4	46	—	—	—	—
Großbritannien [2]	244,2	45,1	185	} 263,7	—	62,4	30
Irland	68,9	3,2	46		92	15,3	—
Italien	310 1	39,7	128	264,0	—	132,4	49

*) Jede dieser Sprachen hat verschiedene voneinander stark abweichende Mundarten.

[1]) Ohne Faroer 1399 qkm, 21352 Einw.; Island 104785 qkm, 97758 Einw. [2]) Mit Nordirland. Dagegen Gibraltar 5 qkm, 17327 Einw.; Malta 303 qkm, 224680 Einw. nicht mit einbegriffen.

Staaten	Fläche in 1000 qkm	Mill. Einwohner	Auf 1 qkm kommen Einw.	Produkt. Fläche		Bebaute Fläche	
				in 1000 qkm	in % der Gesamtfläche	in 1000 qkm	in % der prod. Fläche
Europa							
Jugoslawien	249,0	12,5	50	—	—	59,2	—
Lettland	65,8	1,9	29	64,4	98	16,8	29
Litauen	56,2	2,2	39	—	—	25,9	—
Luxemburg	2,6	0,26	101	2,5	96	1,1	45
Niederlande	34,2	7,3	213	29,3	90	9,2	32
Norwegen	323,8	2,7	8,5	95,0	29	6,6	7
Oesterreich	83,8	6,5	78	71,6	90	18,7	24
Polen	388,3	28,9	74	322,3	92	183,0	53
Portugal	91,9	6,0	66	69,9	79	—	33
Rumänien	294,9	16,8	57	248,8	84	117,3	51
Schweiz	41,3	3,9	95	32,0	78	5,1	32
Schweden	448,5	6,0	13,5	287,4	70	38,1	14
Sowjetunion (in Europa)	4211,2	95,9	23	—	—	—	—
Spanien	505,2	21,8	43	456,0	90	160,3	37
Tschechoslowakei	140,3	13,6	97	134,2	96	59,1	45
Ungarn	93,0	8,2	88	—	—	54,8	—
Amerika							
Argentinien	2952,6	9,6	3,2	2176,5	74	213,4	10,0
Bolivien	1834,2	3,2	1,7	—	—	—	—
Brasilien	8511,2	30,6	3,6	—	—	50,9	—
Chile	751,5	3,9	5,2	—	—	19,3	—
Kolumbien	1195,9	5,9	4,9	—	—	—	—
Costarica	54,0	0,5	9,4	—	—	—	—
Ecuador	307,2	2,0	—	—	—	—	—
Guatemala	109,7	2,5	22,4	—	—	—	—
Honduras	119,8	0,7	5,6	—	—	—	—
Mexiko	1969,2	14,2	7,2	—	—	—	—
Paraguay	450,0	0,75	1,7	—	—	—	—
Peru	1382,8	5,0	3,6	—	—	—	—
Salvador	34,1	1,6	46,3	—	—	—	—
Uruguay	186,9	1,6	8,6	—	—	—	—
Venezuela	1020,4	2,4	2,3	—	—	—	—
Vereinigte Staaten	7839,4	112,1	14,3[1])	3556,4	46	1382,0	39,0
Alaska	1530,4	0,05	0,04	—	—	—	—
Hawai	16,7	0,25	15	—	—	—	—
Portoriko	8,9	1,4	156	—	—	—	—
Vereinigte Staaten insgesamt	9395,0	113,5	—	—	—	—	—
Unter dem Protektorat der Verein. Staaten							
San Domingo	50,1	0,9	18	—	—	—	—
Haiti	26,4	2,0	77	—	—	—	—
Kuba	118,8	3,4	28	—	—	—	—
Nicaragua	127,9	0,7	4,6	—	—	—	—
Panama [2])	88,5	0,45	5,0	—	—	—	—
Brit. Dominions und Besitz	10378,0	11,7	—	—	—	—	—
davon Kanada	9659,7	9,2	1,0	—	—	275,6	—
Französischer Besitz	91,2	5,2	—	—	—	—	—
Niederländischer Besitz	151,0	0,17	—	—	—	—	—

[1]) Die Bevölkerungsdichte ist in den einzelnen Staaten sehr verschieden. In den nordatlantischen Staaten kommen 68, in den westlichen 2,9 Einw. auf 1 qkm. [2]) Ohne Kanalzone (= 1370 qkm mit 22858 Einw.), die unmittelbar unter der Verwaltung der Ver. Staaten steht.

Staaten	Fläche in 1000 qkm	Mill. Einwohner	Auf 1 qkm kommen Einw.	Produkt. Fläche in 1000 qkm	Produkt. Fläche in % der Gesamtfläche	Bebaute Fläche in 1000 qkm	Bebaute Fläche in % der prod. Fläche
Asien							
Sowjetunion in Asien .	17 019,4	41,8	2,5	—	—	—	—
davon Sibirien	10 785,4	—	—	—	—	—	—
Britischer Besitz . . .	5 088,8	329,3	—	—	—	—	—
davon Indien	4 667,4	318,9	68	1924,6 [7]	68 [7]	1221,9 [7]	63
Niederländischer Besitz	1 900,2	49,4	26	—	—	—	—
Französischer Besitz .	711,3	20,3	28	—	—	—	—
Philippinen (Besitz der Vereinigt. Staaten) .	297,9	11,3	38	—	—	—	—
Arabien [6]	860	3,4	—	—	—	—	—
Afghanistan	635,0	9,0	14	—	—	—	—
China	11 080,0	445,0	40	—	—	—	—
Japan	388	59,1	142	299,5	77	71,9	23
Japanischer Besitz . .	296	23,3	—	—	—	—	—
Nepal	140	5,6 [3]	—	—	—	—	—
Persien	1 626	9,0	—	—	—	—	—
Siam	518,4	9,6	19	—	—	—	—
Türkei [4]	873,5	10,5	—	—	—	—	—
Britisches Mandatsgebiet [8]	364,8	4,1	—	—	—	—	—
Französisches Mandatsgebiet [5]	130,1	2,1	16	—	—	—	—
Afrika							
Französischer Besitz .	10 629,0	35,7	—	—	—	—	—
Britischer Besitz . . .	10 029,5	50,6	—	—	—	—	—
Aegypten	1 000,0	13,9	13,9	—	—	34,0	—
Belgischer Kongo . . .	2 415,0	17,5	7,2	—	—	—	—
Portugiesischer Besitz .	2 405,7	7,7	—	—	—	—	—
Italienischer Besitz . .	2 019,0	1,6	—	—	—	—	—
Spanischer Besitz . . .	365,0	0,6	—	—	—	—	—
Abessinien	900,0	10,0	—	—	—	—	—
Liberia	100,0	1,5	—	—	—	—	—
Australien							
Britischer Besitz . . .	8 525,0	8,2	—	—	—	94,9	—
Besitz anderer Länder	43,0	0,43	—	—	—	—	—

Staaten mit starken nationalen Minderheiten

Die meisten kapitalistischen Staaten Europas kämpfen mit der Frage der nationalen Minderheiten und können mit diesem Problem nicht fertig werden. Eine entscheidende politische Bedeutung hat diese Frage in Polen, in der Tschechoslowakei, in Belgien und Rumänien, wo 47, 42, 41 bzw. 23 Prozent der Bevölkerung den nationalen Minderheiten angehören.

[3]) 1911. [4]) Europäische Türkei miteingerechnet. [5]) Syrien und Libanon. [6]) Unabhängige Staaten. [7]) Nur britische Provinzen, ohne „selbständige Staaten". [8]) Irak, Palestina, Transjordanien.

Die Verteilung der Bevölkerung nach der Sprache[1])

	Polen	Tschecho-slowaken	Rumänen	Deutsche	Russen und Ukrain.	Ungarn	Juden	Andere Nationalitäten	Nationalitäten insgesamt
				Millionen					
Polen	18,8	—	—	1,1	4,9	—	2,1	0,3	8,4
Tschechoslowakei	0,08	8,8	—	3,1	0,5	0,75	0,2	0,17	4,8
Rumänien	—	—	10,8	0,8	1,0	2,4	0,7	1,7	6,6
				Prozent					
Polen	69,2	—	—	3,9	18,2	—	7,8	0,9	30,8
Tschechoslowakei	0,57	65,5	—	22,4	3,5	5,6	1,4	1,0	34,5
Rumänien	—	—	62,3	4,5	5,8	13,8	4,0	9,7	37,8

Belgien

	Bevölkerung Absolute Zahl	%
Flamen	4 000 000	52,3
Wallonen	3 200 000	41,2
Deutsche	100 000	1,3
Andere Nationalitäten	400 000	5,2

Die Zahl der Bevölkerung unter Kolonialherrschaft

In dieser Tabelle haben wir nur die koloniale Bevölkerung im engeren Sinne zusammengefaßt. Der überwiegende Teil der Bevölkerung Chinas, der südamerikanischen Staaten und der anderen Halbkolonien lebt aber ebenso unter dem Druck der imperialistischen Mächte, wie die Einwohner der eigentlichen Kolonien. In Wirklichkeit leben mehr als 1 Milliarde Menschen, mehr als die Hälfte der ganzen Erdbevölkerung, unter kolonialen Verhältnissen. Die fremde, herrschende Schicht ist zahlenmäßig in den meisten Kolonien sehr schwach. Die Zahl der Engländer in Britisch-Indien z. B. beträgt nur 115 000.

	in Millionen
Britische Kolonien	389[2])
Französische Kolonien	57
Niederländische Kolonien	49
Japanische Kolonien	22
Kolonien der Vereinigten Staaten	18[3])
Belgische Kolonien	8,5
Portugiesische Kolonien	8,5
Italienische Kolonien	1,5
Spanische Kolonien	0,7
	554,2

[1]) Auf Grund amtlicher Statistiken zusammengestellt, die aber im Sinne der herrschenden Nation stark gefärbt sind.

[2]) Die Bevölkerung der Dominions — mit Ausnahme der farbigen Bevölkerung der Südafrikanischen Union — nicht miteinberechnet.

[3]) Die 10 Millionen Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten nicht miteinberechnet, obzwar die Lage ihres größten Teiles sich von der der Kolonialvölker nicht viel unterscheidet.

Ausländer in China — Chinesen und Japaner im Auslande

Die untenstehenden drei Tabellen zeigen folgendes:

1. Die Zahl der Ausländer in China ist verschwindend klein; insgesamt ¼ Million. Die Begründung der imperialistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen das 450 Millionen Menschen zählende chinesische Volk mit dem Interesse der 250 000 Ausländer ist eine unverschämte Heuchelei.

2. Die Zahl der Chinesen im Auslande ist sehr bedeutend, etwa 9 Millionen.

3. Die Zahl der Japaner im Auslande ist dagegen ohne größeren Belang.

Ausländer in China[1])

	Tausende
Amerikaner	8,2
Engländer	9,3
Franzosen	2,5
Deutsche	1,3
Japaner	144,4
Portugiesen	3,5
Russen	68,2
Andere	3,4
Insgesamt	240,8

Chinesen im Auslande (in 1000[2]))

Formosa	2259	Peru	43
Java	1826	Sibirien	37
Siam	1500	Australien	35
Ost-Indien	1024	Hawai	27
Singapore	1000	Brasilien	20
Hongkong	314	Japan	18
Annam	197	Kanada	12
Vereinigte Staaten	150	Korea	11
Burma	135	Südafrika	5
Cuba	90	Mexiko	3
Philippinen	84	Europa	2
Macao	75		8867

[1]) 1921, seither sind aber keine wichtigen Aenderungen eingetreten. Aus China Year Book 1923.
[2]) China Year Book 1923.

Japaner im Auslande (in 1000[1])

	Insgesamt	Davon in Asien
1918	494	192
1919	584	260
1920	581	263
1921	631	316
1922	590	253

Länder mit großer städtischer Bevölkerung

Von den großen Industrieländern ist die Entwicklung der Städte in Großbritannien am meisten fortgeschritten. In Australien lebt aber ein größerer Teil der Bevölkerung in Großstädten als in England, und in Argentinien ein größerer als in Deutschland. Frankreich ist in dieser Hinsicht noch ziemlich rückständig. Die Angaben für China sind nicht ganz verläßlich.

Länder	Zahl der Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern		Einwohnerzahl dieser Städte in 1000		v. H. der Gesamtbevölkerung	
	1920	1910	1920	1910	1920	1910
Australien	5	5	2 286	1 658	42,1	37,2
England und Wales .	45	42	14 674	13 953	38,7	38,7
Schottland	4	4	1 781	1 433	36,5	30,1
Oesterreich	2	2	1 999	2 183	31,1	32,8
Argentinien	5	3	2 392	1 597	27,5	20,3
Vereinigte Staaten .	68	50	27 430	20 328	25,9	22,1
Deutschland	43	40	15 415	14 040	25,8	24,0
Niederlande	4	4	1 646	1 374	24,0	23,5
Frankreich	15	15	5 991	5 840	15,3	14,1
Italien	16	14	5 085	4 134	13,1	11,4
Japan	35	30	8 329	7 164	2,6	2,3
Indien	16	10	6 754	5 536	11,9	11,2
China	15	15	8 719	7 341	2,0	2,4

Geburten- und Sterbeziffer

Die Geburtenziffern zeigen im allgemeinen einen Rückgang gegenüber den Vorkriegsjahren, ebenso die Sterbeziffern. Dieser letztere Umstand ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß infolge des Geburtenrückganges die Kindersterblichkeit abgenommen hat.

[1]) Financial and Economic Annual of Japan.

Geburten- und Sterbeziffer

Länder	Auf je 1000 Einwohner: Lebendgeborene, Jahresdurch. 1876—80	Lebendgeborene, Jahresdurch. 1906—10	Lebendgeborene 1923	Lebendgeborene 1924	Gestorbene[1]), Jahresdurch. 1876—80	Gestorbene[1]), Jahresdurch. 1906—10	Gestorbene[1]) 1923	Gestorbene[1]) 1924
Belgien	32,0	24,6	20,4	19,9	21,8	15,9	13,0	12,8
Dänemark	32,1	28,3	22,5	—	19,4	13,7	11,3	—
Deutsches Reich	39,2	31,6	20,9	20,4	26,1	17,5	13,9	12,2
England u. Wales	35,4	26,3	19,7	18,8	20,8	14,7	11,6	12,2
Finnland	36,9	31,0	23,7	—	22,7	17,4	13,8	—
Frankreich	25,3	19,9	19,4	19,2	22,4	19,2	17,0	17,3
Japan	25,8	32,6	34,2[4])	—	19,1	20,8	22,3[4])	—
Italien	37,8	32,6	29,1	—	29,5	21,2	16,5	—
Niederlande	36,4	29,5	26,0	24,9	22,9	14,3	9,9	9,6
Norwegen	31,7	26,3	23,0	21,7	16,6	13,9	11,5	11,1
Oesterreich[3])	38,7	33,7	22,3	—	30,5	22,3	15,3	—
Schweden	30,3	25,5	18,8	18,1	18,3	14,3	11,4	12,0
Schweiz	31,5	26,0	19,4	18,7	23,1	16,0	11,8	12,4
Spanien	36,7	33,5	30,4	29,3	31,5[2])	24,3	21,2	19,7
Ungarn[3])	44,1[2])	36,7	28,4	26,2	36,9	25,0	19,2	20,0
Ver. Staaten	—	—	22,7[4])	22,5	—	14,7[5])	11,9[4])	11,9

Menschenverluste im Weltkriege

Die Gesamtzahl der Toten aller Heere dürfte schätzungsweise 10 Millionen betragen haben, die Zahl der Verwundeten wird vermutlich zwischen 20 und 30 Millionen liegen. Im Verhältnis zur Bevölkerung haben Serbien und Frankreich die größten Verluste.

Land	Tote	Verwundete
Rußland	1 700 000	4 950 000
Deutschland	1 824 051	4 247 105
Frankreich (weiße Truppen)	1 358 872	2 560 000
Frankreich (farbige Truppen)	67 000	140 000
Oesterreich-Ungarn	1 200 000	3 200 000
England (ohne Kolonien)	743 702	1 693 262
England (Kolonien)	202 321	428 644
Italien	496 921	949 576
Belgien	115 000	—
Rumänien	320 000	—
Serbien	690 000	—
Ver. Staaten von Nordamerika	55 618	254 994
Bulgarien	105 000	—
Türkei	250 000	—

Ein- und Auswanderung

Die Auswanderung aus den europäischen Ländern ist in den Nachkriegsjahren infolge Einwanderungsbeschränkungen und der Schwierigkeit der Geldbeschaffung kleiner als vor dem Kriege. 1921 trat ein neuer Aufschwung in der Auswanderung ein. 1924 und 1925 ist aber

[1]) Totgeborene nicht miteinberechnet. [2]) 1881/85. [3]) Für die Vorkriegsjahre altes Gebiet. [4]) 1922. [5]) 1910.

wieder ein Rückgang bemerkbar, während vor dem Kriege der größte Teil der Einwanderer nach den Vereinigten Staaten aus Mittel- und Osteuropa kamen, kommt jetzt das Hauptkontingent aus West- und Nordeuropa. Die Auswanderung aus Mittel- und Osteuropa geht jetzt nach Südamerika, aus Mitteleuropa auch nach Frankreich.

Ueberseeische Ein- und Auswanderung

	Auswanderung[1]) aus in Tausenden					Einwanderung[2]) nach in Tausenden				
	1913	1922	1923	1924	1925	1913	1922	1923	1924	1925
Belgien	22	0,9	2,3	2,9	2,5	—	2,3	1,6	1,4	4,5
Dänemark	9	4,1	7,6	2,9	4,6	—	—	—	—	—
Deutschland	26	36,5	115,4	58,6	62,6	—	—	—	—	32,6
Finnland	9,4[3])	5.7	13,8	9,6	2,6	—	—	—	—	—
Frankreich	5	50,3	60,0	98,6	54,4	—	181,5	262,9	223,5	178,3
Großbritannien	389	174,1	256,3	155,4	140,6	—	68,0	57,6	64,1	56,3
Italien	560	121,4	177,9	130,8	104,4	—	54,6	39,7	60,7	60,4
Jugoslawien	—	6,1	9,4	16,7	—	—	—	—	—	—
Niederlande	2,3	2,2	5,6	3,4	3,0	—	—	—	—	—
Norwegen	9,9	—	18,3	8,5	7,1	—	—	—	—	—
Oesterreich	—	10,6	15,5	2,7	4,6	—	—	—	—	—
Polen	—	38,7	55,4	22,5	—	—	11,1	6,7	—	—
Portugal	78	29,0	15,5	—	—	—	20,5	15,5	—	—
Rumänien	—	16,8	12,7	3,0	—	—	—	—	—	—
Schweiz	6	5,8	8,0	4,1	4.3	—	—	—	—	—
Schweden	20,3	7,4	22,3	6,8	8,6	—	—	—	—	—
Spanien	206	64,1	93,2	86,9	55,5	—	51,1	32,1	36,5	37,9
Tschechoslowakei	—	20.4	15,8	6,6	7,4	—	—	1,5	8,7	2,5
Ungarn	—	1,7	1,9	0,7	—	—	1,0	0,2	0,3	—
Verein. Staaten	308	102,1	65,6	86,8	76,2	1198	281,4	487,1	136,3	171,5
Kanada	—	—	—	—	—	402	46,7	117,0	108,1	67,2
Argentinien	—	66,0	46,8	46,1	—	145	129,3	159,1	159,9	—
Brasilien	—	—	—	—	—	194	—	—	—	—
Südafrika	—	11,7	12,1	8,5	4,5	—	13,4	12,0	7,7	5,4
Japan	—	7,6	6,4	7,3	1,7	—	14,4	10,8	12,3	14,8
Australien	—	54,1	55,3	59,3	17,0[4])	64	92,1	92,9	103,7	56,9[4])
Neuseeland	—	2,2	2,5	2,3	1,9	14	13,8	11,7	14,3	15,7

Kontinentale Ein- und Auswanderung

	Auswanderung[5]) in Tausenden				Einwanderung[6]) in Tausenden			
	1922	1923	1924	1925	1922	1923	1924	1925
Frankreich	50,3	60,0	48,6	54,4	181,5	262,9	223,5	178,3
Italien	123,0	170,2	201,6	159,7	55,6	79,5	107,4	122,2
Polen	29,5	72,0	26,1	—	—	—	—	—
Tschechoslowak.	18,5	16,3	19,1	14,5	10,4	4,3	—	4,9
Rumänien	12,3	7,9	7,4	—	13,6	12,2	8,9	—
Indien	—	78,9	148,9	154,8	—	—	—	—
Verein.Staaten	6,8	5,0	4,4	—	99,8	264,0	218,7	118,9

[1]) Im Falle der außereuropäischen Staaten größtenteils Rückwanderungen nach den Herkunftsländern. [2]) Im Falle der europäischen Länder Rückwanderungen aus den Ueberseeländern. [3]) 1911. [4]) Neue Zählungsmethode. [5]) Im Falle Frankreichs und der Vereinigten Staaten Rückwanderung nach den Heimatsländern. [6]) Im Falle Italiens, Rumäniens, der Tschechoslowakei Rückwanderung.

Die Bevölkerungszunahme Frankreichs durch die Einwanderung

In Frankreich sind ca. 2,5—3 Millionen ausländische Arbeiter beschäftigt. Ein bedeutender Teil dieser Arbeiter ist in den Nachkriegsjahren eingewandert. Statistisch ist nur ein Teil der Einwanderung erfaßt.

Jahr	Einwanderung	Rückwanderung nach dem Heimatlande
1920	129,8	12,2
1921	24,5	62,5
1922	181,5	50,3
1923	262,9	60,0
1924	223,5	48,6
1925	178,3	54,4

Auswanderung vor und nach dem Kriege in Tausenden

	5 Vorkriegsjahre 1909—13	5 Nachkriegsjahre 1920—24
Deutschland	19	239
Großbritannien	1685	1069
Italien	2030	835
Portugal	305	136
Spanien	940	457

Die Auswanderung aus den österreichisch-ungarischen bezw. aus den russischen Nachfolgestaaten ist in noch stärkerem Maße zurückgegangen.

Die Erwerbstätigen nach Berufsabteilungen in einigen Ländern

Die Berufsstatistik der meisten Länder ist schon veraltet. In diese Tabelle haben wir nur die neueren Angaben aufgenommen. (Die Ergebnisse früherer Zählungsjahre siehe in den vorhergehenden Jahrgängen des Jahrbuches.) Auf Grund der neuen Ziffern ist ein verhältnismäßiger Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung feststellbar, der sich aber in der Dekade 1910—1920 nicht besonders rasch vollzog.

	Zählungsjahr	Landwirtschaft	Industrie Bergbau Verkehr Fischerei	Handel	Freie Berufe Öffentliche Dienste	Häusliche Dienste	Sonstige Erwerbstätige	Erwerbstätige insgesamt
		in 1000						
England u. Wales.	1921	1164	9719	2275	1336	2047	637	17178
Schottland	1921	183	1004	289	143	200	330	2149
Dänemark.......	1921	461	462	147	90	181	25	1366
Norwegen	1920	336	460	119	51	97	8	1071
Schweiz.........	1920	486	918	217	98	25	—	1744
Niederlande	1920	623	1240	359	233	221	47	2723
Brit. Indien	1921	104943	18788	8049	3075	2532	6986	144373

II.

DIE SOWJETUNION

Deklaration zur Gründung des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken

Auf dem 1. Kongreß des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken in Moskau, Ende Dezember 1922, unterzeichneten die Delegierten der Mitgliedsstaaten des neugebildeten Bundes, und zwar der Russischen, Ukrainischen, Transkaukasischen und Weißrussischen Sowjetrepublik, einen Bundesvertrag, den sie mit folgender Deklaration einleiteten:

Seit der Bildung der Sowjetrepubliken zerfallen die Staaten der Welt in zwei feindliche Lager: in das Lager des Kapitalismus und in das Lager des Sozialismus.

Dort im Lager des Kapitalismus herrschen nationale Feindseligkeit und Ungleichheit, koloniales Sklaventum, Chauvinismus, nationaler Haß und Pogrome, imperialistische Grausamkeit.

Hier im Lager des Sozialismus — gegenseitiges Vertrauen und Friede, nationale Freiheit und Gleichheit, friedliches Zusammenleben und brüderliches Zusammenarbeiten der Völker. Die Versuche der kapitalistischen Welt, die Nationalitätenfrage auf lange Jahrzehnte durch Verhinderung der freien Entwicklung der Völker, durch das System der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen zu regeln, erwiesen sich als unfruchtbar. Im Gegenteil: der Knoten der nationalen Widersprüche hat sich immer mehr verwickelt und bedroht selbst die Existenz des Kapitalismus. Die Bourgeoisie erwies sich als unfähig, das Zusammenarbeiten der Völker herbeizuführen.

Nur im Lager der Sowjetrepubliken, nur unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur, um die sich die Mehrheit der Bevölkerung schart, war es möglich, den nationalen Haß im Keime zu ersticken, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, und den Grundstein eines friedlichen Zusammenwirkens der Völker zu legen. Nur dank dieser Verhältnisse gelang es den Sowjetrepubliken, den Angriff der Imperialisten der ganzen Welt, sowohl der inneren, wie der äußeren, abzuwehren, nur dank dieser Verhältnisse gelang es,

dem Bürgerkrieg ein erfolgreiches Ende zu setzen, ihre Existenz zu sichern und zum friedlichen Wirtschaftsaufbau zu schreiten. Aber die Jahre des Krieges gingen nicht ohne Folgen vorüber. Die verwüsteten Felder, die stilliegenden Fabriken, die zerstörten Produktivkräfte und die erschöpften Wirtschaftsquellen — die Erbschaft des Krieges — machten die isolierten Anstrengungen der einzelnen Republiken im wirtschaftlichen Aufbau unzureichend. Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft ist bei einer abgesonderten Existenz der Republiken unmöglich.

Andererseits macht die Unsicherheit der internationalen Lage und die Gefahr neuer Angriffe die Schaffung einer Einheitsfront der Sowjetrepubliken gegenüber der kapitalistischen Umgebung unvermeidlich.

Schließlich drängt der seiner Klassennatur nach internationale Ausbau der Sowjetmacht die werktätigen Massen der Sowjetrepubliken auf den Weg der Vereinigung in eine sozialistische Familie.

Alle diese Umstände fordern imperativ die Vereinigung der Sowjetrepubliken in einen Bundesstaat, der die äußere Sicherheit, das innere wirtschaftliche Gedeihen und die Freiheit der nationalen Entwicklung der Völker garantieren kann.

Der Wille der Völker der Sowjetrepubliken, die auf ihren unlängst abgehaltenen Kongressen einmütig den Beschluß über die Bildung eines Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken faßten, ist die feste Bürgschaft dafür, daß dieser Bund eine freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker ist, daß jeder Republik das freie Recht des Austritts aus dem Bundesstaate vorbehalten bleibt, daß der Zutritt zum Bunde allen sozialistischen Sowjetrepubliken, sowohl den bereits existierenden wie den künftig entstehenden, offen bleibt, daß der neue Bundesstaat eine würdige Krönung des schon im Oktober 1917 begonnenen Baus des Zusammenlebens und brüderlichen Zusammenarbeitens der Völker sein wird, daß er eine feste Stütze gegen den Weltkapitalismus bilden und einen neuen entschiedenen Schritt auf dem Wege der Vereinigung der Werktätigen aller Länder in eine Sozialistische Sowjetrepublik darstellen wird.

Indem wir all dies vor der ganzen Welt erklären und die Unerschütterlichkeit der Grundlagen der Sowjetmacht, die in

den Verfassungen der uns beauftragenden Sozialistischen Sowjetrepubliken ihren Ausdruck finden, feierlich betonen, beschließen wir Delegierten dieser Republiken auf Grund unserer Vollmacht, den Vertrag über die Bildung eines Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu unterzeichnen.

Fläche und Bevölkerung der USSR nach Republiken und autonomen Gebieten

Gebiet	Fläche in 1000 qkm	Bevölkg. in 1000	davon ländlich in 1000	davon städt. in 1000	Bevölk. pro qkm
USSR (insges.)	21 877,9	139 869	118 149	21 719	6,4
Republiken:					
A. RSFSR	20 279,0	96 561	81 320	15 241	4,8
davon:					
1. Europ. Gebiete	4 866,2	70 336	58 914	11 421	14,5
2. Auton. Krimrepbk.	25,3	579	323	255	22,9
3. Nordkaukasus	340,5	8 395	6 888	1 506	24,7
4. Sibirien	4 813,0	8 497	7 535	961	1.8
5. Jakutische ASSR	4 365,0	285	274	11	0,07
6. Kosaken ASSR	2 995,0	5 970	5 394	576	2,0
7. Auton. Kirgisengebiet	246,0	831	765	667	3,4
8. Fernöstl. Provinzen	2 628,0	1 666	1 224	442	0,6
B. Weißrußland	109,8	4 204	3 525	679	38,3
C. Ukraine	461,1	27 964	24 165	3 799	60,6
D. Transkaukasien	193,0	5 421	4 270	115	28,1
E. Turkmenische SSR	473,0	914	805	109	1,9
F. Usbekische SSR	322,0	4 803	4 062	741	14,9

Ethnographische Zusammensetzung der USSR nach der Statistik von 1920

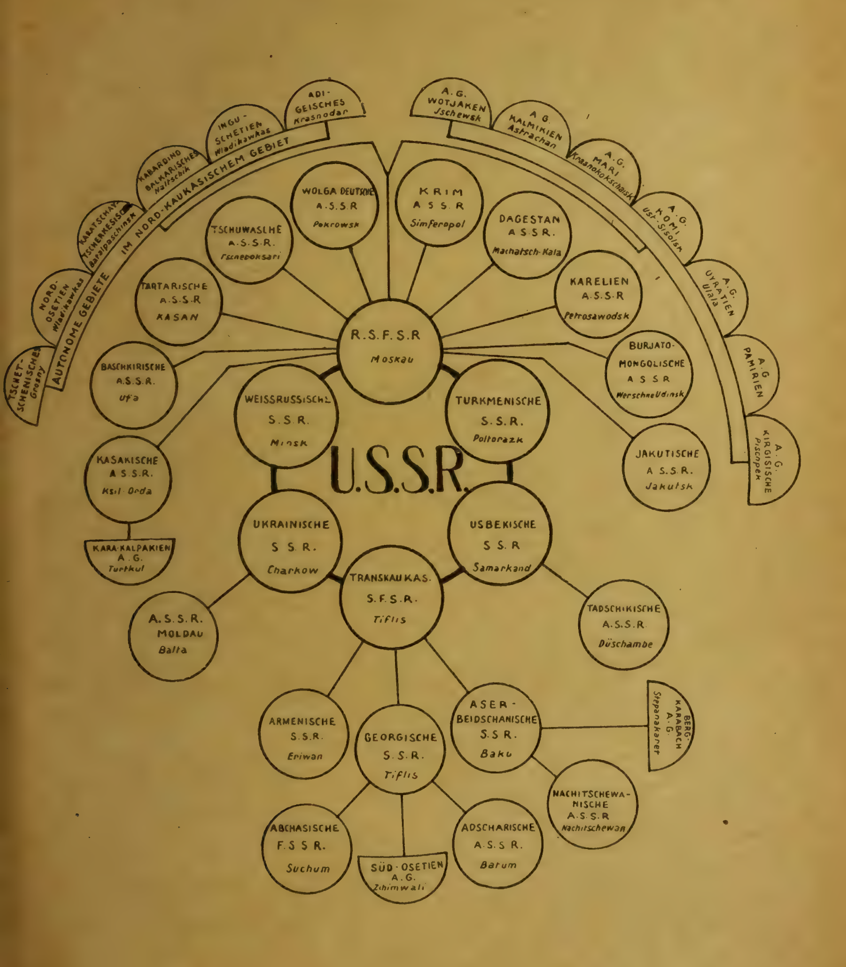
Nationalität	Insgesamt USSR	davon RSFSR	davon Ukraine	Transkaukasische SFSR: Georgien	Transkaukasische SFSR: Armenien	Transkaukasische SFSR: Aserbeidschan	Usbekische u. Turkmenische SSR*)
	in Tausend						
1. Großrussen	71 345	67 337	3 515	117	23	114	239
2. Ukrainer	23 844	4 465	19 298	12	6	5	57
3. Weißrussen	2 234	1 893	336	0,5	0,2	4	—
4. Polen	529	305	204	9	3	3	5

*) Gebiet des früheren Turkestan.

Anmerkung: Die Zahlen stimmen mit dem heutigen Stande nicht mehr überein, da sie nicht die Gebiete mit umfassen, die 1920 noch nicht der Sowjetmacht unterstanden (Kaukasus und Teile der Ukraine und Sibiriens). Die Angaben sind daher nur annähernd. Für die RSFSR sind die Ziffern annähernd genau. Bezüglich der Verteilung auf die einzelnen Gebiete des zaristischen Rußland siehe Jahrbuch, 2. Jahrgang, S. 294.

Fortsetzung

Nationalität	Insgesamt USSR	davon RSFSR	Ukraine	Transkaukasische SFSR Georgien	Armenien	Aserbeidschan	Usbekische u. Turkmenische SSR*)
	in Tausend						
5. Andere Slawen	64	11	52	0,6	—	0,2	—
6. Litauer	45	40	2	2	0,9	0,5	—
7. Letten	170	167	3	0,3	0,2	0,2	—
8. Rom. Völker (Rumänen)	277	12	263	2	0,4	0,4	—
9. Deutsche	1 242	834	388	11	0,5	8	1
10. Andere germanische Stämme	10	7	3	0,3	—	0,5	—
11. Juden	2 728	653	1 772	14	2	10	5
12. Georgier	1 638	7	0,7	1 591	15	18	—
13. Griechen	266	100	93	50	22	1	—
14. Armenier	1 368	156	5	246	556	404	0,5
15. Perser, Tadschiken	498	12	0,4	4	1	153	328
16. Kurden	105	—	—	4	97	4	—
17. Ossetinen	219	132	0,3	87	0,3	0,3	—
18. Zigeuner	10	—	9	—	0,2	—	1
19. Andere Indo-Europäer	42	—	—	0,3	—	41	0,4
20. Kabardinen	117	117	—	—	—	—	—
21. Tscherkessen	59	56	0,1	0,2	0,1	—	—
22. Abchasier	79	0,5	—	72	—	—	—
23. Tschetschentzen	267	263	—	3	0,2	—	—
24. Lesgier	735	584	—	4	0,3	146	0,2
25. Finnen	118	118	0,2	—	—	—	—
26. Wotjaken	476	476	0,3	—	—	—	—
27. Karelier, Tschuden	476	476	0,3	—	—	—	—
28. Esten	120	116	0,8	0,8	0,1	—	—
29. Syrjänen	199	199	—	—	—	—	0,2
30. Permjaken	144	144	—	—	—	—	1,7
31. Mordwinen	1 169	1 167	0,6	—	0,3	0,6	0,2
32. Mari	469	466	—	—	—	—	3
33. Andere finnische Stämme	54	54	0,3	—	—	—	—
34. Tataren	6 390	4 685	40	81	376	1 183	26
35. Baschkiren, Meschtscherjaken	1 777	1 774	2	0,2	—	—	0,5
36. Tschuwaschen	1 063	1 062	0,5	0,2	—	—	—
37. Karatschajewer, Nogiaren	150	126	10	0,2	—	—	—
38. Türken, Karapachen	159	2	—	57	98	1	—
39. Kirgisen	5 577	2 774	—	—	—	—	2 803
40. Sarten	2 264	3	—	0,2	—	—	2 261
41. Usbeken	434	1,1	—	—	—	—	433
42. Jakuten	344	344	—	—	—	—	—
43. Andere Turk-Tataren	1 411	708	—	—	—	—	703
44. Kalmüken	129	124	—	—	—	—	5
45. Burjaten	214	129	—	—	—	—	—
46. Andere mongolisch-burjat. Stämme	1	1	—	—	—	—	—
47. Chinesen, Japaner, Koreaner	45	—	—	—	—	—	45
48. Turkmenen	302	11	—	—	7	—	284
49. Sonstige	102	92	1	2	3	—	0,9
	130 528	92 204	26 002	2 372	1 213	2 097	7 204


U.S.S.R.
R.S.F.S.R Moskau
Weissrussische S.S.R. Minsk
Turkmenische S.S.R. Poltorazk
Ukrainische S.S.R. Charkow
Usbekische S.S.R Samarkand
Transkaukas. S.F.S.R. Tiflis
Wolga Deutsche A.S.S.R Pokrowsk
Krim A.S.S.R Simferopol
Tschuwasische A.S.S.R.
Dagestan A.S.S.R. Machatsch-Kala
Tartarische A.S.S.R Kasan
Karelien A.S.S.R Petrosawodsk
Baschkirische A.S.S.R. Ufa
Burjato-Mongolische A.S.S.R Werschne Udinsk
Kasakische A.S.S.R. Ksil Orda
Jakutische A.S.S.R. Jakutsk
Kara-Kalpakien A.G. Turtkul
A.S.S.R. Moldau Balta
Tadschikische A.S.S.R. Düschambe
Armenische S.S.R. Eriwan
Georgische S.S.R. Tiflis
Aserbeidschanische S.S.R. Baku
Berg-Karabach A.G. Stepanakert
Nachitschewanische A.S.S.R Nachitschewan
Abchasische F.S.S.R. Suchum
Süd-Osetien A.G. Zchimwali
Adscharische A.S.S.R. Batum
Autonome Gebiete im Nord-Kaukasischem Gebiet
Tschetschenisches Grosny
Nord-Osetien Wladikawkas
Inguschetien Wladikawkas
Adigeisches Krasnodar
A.G. Wotjaken Jschewsk
A.G. Kalmikien Astrachan
A.G. Mari Krasnokokschaisk
A.G. Komi Ust-Sisolsk
A.G. Pamirien
A.G. Kirgisische Pischpek

Die neue Verfassung der RSFSR

N. KRYLENKO

Der vom XII. Allrussischen Sowjetkongreß endgültig bestätigte abgeänderte Text der Verfassung der RSFSR, der als Text vom Jahre 1925 bezeichnet wird, spiegelt vollkommen jene Etappe der ökonomischen und politischen Entwicklung der Sowjetrepublik wider. Wie der Text der ersten Sowjetverfassung vom Jahre 1918 faktisch die erste Etappe unserer proletarischen Revolution fixierte und der Sowjetmacht im Zentrum und in der Provinz eine technische Ausgestaltung gab, so fixiert der neue Text der Verfassung die politischen und ökonomischen Grundzüge der gegenwärtigen Periode des friedlichen Aufbaus. Im Gegensatz zu den Behauptungen der bürgerlichen Juristen, die versichern, daß der Staat nach der Verfassung gebaut wird, d. h. nach dem letzten Wort ihrer politischen Weisheit, erklären wir offen, daß die Verfassung sich nach dem Staat richtet und nicht der Staat nach der Verfassung. Die Verfassung fixiert nur in einer deutlichen und klaren Formel den Uebergangsmoment des staatlichen Aufbaues in einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt. Ein Vergleich beider Texte der Verfassung der RSFSR bestätigt dies und ermöglicht die Feststellung der für den gegenwärtigen Augenblick charakteristischen Merkmale. Selbstverständlich sind beide Texte auf den bereits auf dem III. Allrussischen Sowjetkongreß 1918 in der Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes verkündeten Grundsätzen aufgebaut, in der die RSFSR als Sowjetrepublik und freier Bund nationaler Republiken proklamiert wurde. Die neue Verfassung geht, wie dies im ersten Artikel des neuen Textes der Verfassung betont wird, nicht nur von den grundlegenden Leitsätzen dieser Deklaration aus, sondern auch von den Grundsätzen der Verfassung des Jahres 1918, die in dem zweiten Abschnitt der Verfassung enthalten waren. Das sind die Artikel 9 bis 23 des früheren Textes. Wenn man den Text der entsprechenden Artikel in der Verfassung vom Jahre 1925, und zwar den der Artikel 1—15 mit dem genannten Abschnitt des früheren Textes vergleicht, dann werden die Eigentümlichkeiten des ersten Textes augenfällig hervortreten. Beginnen wir mit der Gegenüberstellung der ersten Artikel (d. h. Artikel 1 des neuen und Artikel 9 des alten Textes). Beide Artikel definieren in gleicher Weise den Uebergangscharakter der proklamierten Ordnung und als Endziel die Errichtung einer neuen Ordnung, in der es weder eine Klassenteilung noch eine Staatsmacht geben wird. Aber während die vom Allrussischen Sowjetkongreß im Juli 1918 beschlossene Verfassung von der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft spricht, stellt der Artikel 1 des neuen Textes fest, daß die Verfassung den Zweck habe, die Diktatur des Proletariats zu gewährleisten. Was drückt diese Abänderung aus? Es ist durchaus begreiflich, daß man in den ersten Monaten der proletarischen Revolution die proletarische Klasse als Staatsmacht organisieren und diese Macht konstituieren muß, d. h. die Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der dem Proletariat sich unmittelbar anschließenden ärmsten Bauernschaft. Jetzt, im neunten

Jahre der proletarischen Revolution, darf man nicht von jenen ursprünglichen Momenten ausgehen, denn die proletarische Klasse ist bereits als Staatsmacht organisiert, es mußte etwas anderes berücksichtigt werden, nämlich: bei der sich immer mehr erweiternden Basis der Sowjetmacht und der Heranziehung breiter Massen der Bauernschaft zur Sowjetmacht ist es notwendig, die Führung des Proletariats an der Spitze der Bauernschaft zu garantieren, denn nur diese Führung wird die Niederhaltung der Bourgeoisie völlig sichern können. Je tiefgehender die Umgestaltung ist, die die Sowjetrepublik durchführt, desto mehr treten zwei Aufgaben in den Vordergrund: Heranziehung immer neuer Massen der Werktätigen zum sozialistischen Aufbau und Sicherung der Leitung des sozialistischen Aufbaues durch das Proletariat. Die neue Fassung des Artikels 1 enthält außerdem noch einen anderen Gedanken: sie spricht von der Verwirklichung des Kommunismus als Endziel, die frühere Fassung sprach von der Aufrichtung des Sozialismus.

Wir können mit vollem Recht vom sozialistischen Aufbau schon in der gegenwärtigen Zeit sprechen, wo die Kommandohöhen, die im Artikel 15 des neuen Textes der Verfassung erwähnt sind, sich in den Händen der als Staatsmacht organisierten proletarischen Klasse befinden. Aber nur unter dem Kommunismus wird es keinen Platz sowohl für die Gewaltanwendung als auch für die Staatsmacht selbst geben. Weiter definiert Artikel 2 des neuen Textes (Artikel 10 des alten) unvergleichlich genauer, was die russische Republik darstellt, und zwar: statt der früheren abstrakten und keine konkreten Merkmale bietenden Definition als freie sozialistische Gesellschaft aller Werktätigen Rußlands definiert der neue Text die russische Republik als sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern, der auf der Grundlage der Föderation der nationalen Sowjetrepubliken aufgebaut wird, und statt des Hinweises, daß die Macht der gesamten arbeitenden Bevölkerung des Landes, die in Sowjets vereinigt ist, gehört, besagt der neue Text, im Einklang mit der tatsächlichen Struktur der Macht, daß die gesamte Macht innerhalb der RSFSR bei den Sowjets der Arbeiter-, Bauern-, Kosaken- und Rotarmistendeputierten liegt. Die neue Formulierung besitzt gegenüber der alten alle Vorzüge und kennzeichnet in fünf Zeilen das Wesen des Sowjetstaates und alle seine grundlegenden und konkreten Merkmale: 1. es ist ein sozialistischer Staat, denn dieser Staat hat zur Grundlage die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; 2. es ist ein Staat der Arbeiter und Bauern, denn diese Klassen haben die Macht; 3. es ist eine Vereinigung, d. h. ein Bund nationaler Republiken und 4. der unmittelbare Träger der Macht in diesem Staate sind die Sowjets, die aus den Elementen errichtet werden, aus denen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sich zusammensetzt. Nach der Definierung des Wesens des Sowjetstaates wird im neuen Text analog dem früheren festgelegt, welche Organe die Träger der höchsten Macht sind, aber in diesem Artikel gibt es einen neuen Teil, entsprechend Artikel 5 der Bundesverfassung, der festlegt, daß die oberste Macht der RSFSR sich selbst beschränkt durch Uebergabe derjenigen ihrer Vollmachten an die Union, die im Artikel 1 der Unionsverfassung vorgesehen sind.

Der neue Text der Verfassung spricht von der Uebergabe der Vollmachten an die Union laut Beschluß des obersten Organes der RSFSR, des XII. Allrussischen Sowjetkongresses, wodurch die Freiwilligkeit des Beschlusses der Völker der RSFSR über den Eintritt in die Union und die Selbstbeschränkung der obersten Organe der RSFSR aus diesem Grunde unterstrichen wird, spricht aber nicht von dem Recht des Austritts aus der Sowjetunion, da dieses Recht unbestreitbar aus dem Vertrag über die Bildung der Union hervorgeht.

Die prinzipiellen Aenderungen, die weiterhin in den allgemeinen Grundsätzen des Textes der neuen Verfassung hervorzuheben sind, sind dreierlei Art.

Erstens ist die Basis der proletarischen Demokratie erweitert. In den Artikeln 5, 6 und 7 wird von der Gewährung technischer und materieller Mittel an die Presse, des Versammlungsrechts und von Versammlungsräumen, der Freiheit der Organisation für die Arbeiterklasse und die Bauernschaft, und nicht nur für die ärmste Bauernschaft, gesprochen. Artikel 8, in dem von der Sicherung des Zutritts zur Bildung die Rede ist, ist die ursprüngliche Formel noch mehr erweitert, und der neue Text spricht von der Sicherung des Zutritts zur Bildung für alle Werktätigen. Noch wichtiger ist in diesem Sinne Artikel 14 des neuen Textes, der dem Artikel 23 des alten entspricht, in dem von der Entziehung der Rechte von Personen und Gruppen, die diese gegen die Interessen der sozialistischen Revolution ausüben, die Rede ist: statt der früheren Formel: „Geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse im ganzen", lautet der neue Text: „Geleitet von den Interessen der Werktätigen".

Zweitens unterstreicht Artikel 13 des neuen Textes, der dem Artikel 22 des alten Textes entspricht, viel schärfer die Unzulässigkeit der Unterdrückung der nationalen Minderheiten oder der Einschränkung ihrer Gleichberechtigung, indem darin jegliche nationale Unterdrückung als mit den Grundsätzen der Republik unvereinbar erklärt wird; damit wird zugleich, was der alte Text nicht enthielt, das Recht der einzelnen Nationalitäten, auf Beschluß ihrer Sowjetkongresse, mit Bestätigung der obersten Organe der RSFSR autonome sozialistische Sowjetrepubliken zu bilden, festgelegt.

Drittens schließlich legt der neue Text die Grundsätze der Vergesellschaftung der Produktions- und Transportmittel fest, die die ökonomische Basis der proletarischen Republik bilden.

Das sind die wichtigsten Aenderungen, die in den allgemeinen Grundsätzen des früheren Textes der Verfassung vorgenommen wurden und die der grundlegenden Aufgabe der gegenwärtigen Periode entsprechen, die in genialer Weise von Lenin bereits 1920 vorausgesagt wurde:

„Je größer der Schwung, je größer die Weite der historischen Aktionen, je größer die Zahl der Menschen, die an diesen Aktionen teilnehmen und je tiefgehender die Umgestaltung, die wir durchführen wollen, desto mehr muß das Interesse und das bewußte Verhalten gesteigert werden, desto mehr müssen immer neue Millionen und aber Millionen von Menschen von dieser Notwendigkeit überzeugt werden."

Das ist der Sinn der Belebung der Sowjets und der neuen Formulierungen der Verfassung.

Die nationale Politik der Sowjetunion

M. PAWLOWITSCH

Die nationale Politik der Sowjetunion unterscheidet sich grundlegend von der nationalen Politik der kapitalistischen Staaten. In letzteren gibt es immer eine herrschende Nation, die die andern ökonomisch ausbeutet und kulturell unterdrückt. So war es auch im zaristischen Rußland, wo insbesondere die rund 30 Millionen zählende fremdstämmige Bevölkerung der asiatischen Randgebiete tatsächlich als Kolonie behandelt, ökonomisch ausgebeutet und kulturell unterdrückt wurde. Im Gegensatz hierzu ist die nationale Politik der Sowjetunion darauf eingestellt, alle auf dem Gebiete des Sowjetbundes lebenden Nationen wirtschaftlich und kulturell in gleicher Weise zu heben und jede Nation, sei sie klein oder groß, gleichwertig zu behandeln.

Gleich nach Eroberung der Macht, am 2. Dezember 1917, wurde eine besondere Deklaration der Rechte der Völker Rußlands durch den Rat der Volkskommissare verkündet:

1. Die Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker Rußlands einschließlich des Rechtes der Loslösung und Bildung selbständiger Staaten.
3. Die Abschaffung aller nationalen und national-religiösen Vorrechte und Einschränkungen.
4. Die freie Entfaltung der nationalen Minderheiten und ethnographischen Gruppen, die das Territorium Rußlands bevölkern.

Die „Deklaration der Rechte des werktätigen Volkes" besagt folgendes: „Die russische Sowjetrepublik wird konstituiert auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation von nationalen Sowjetrepubliken."

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze wurde vorerst ein spezielles Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten errichtet. Dieses Volkskommissariat wurde aber, nachdem die Konstituierung der auf dem Gebiete der Sowjetunion lebenden Völkerschaften zu nationalen Körperschaften vollzogen war, wieder aufgelöst, wobei seine Funktionen an diese Nationalrepubliken übertragen wurden. (Siehe die Karte der Verteilung des gesamten Gebietes der Sowjetunion.)

An Stelle des Volkskommissariats für nationale Angelegenheiten ist der Rat der Nationalitäten getreten, der einen Teil des höchsten Organs der Union der Sowjetrepubliken, des Zentral-Exekutiv-Komitees, darstellt. Das Zentral-Exekutiv-Komitee der USSR besteht aus dem Bundessowjet und dem Sowjet der Nationalitäten. Der Bundessowjet wird durch den Sowjetkongreß der Union aus den Vertretern der Bundesrepubliken proportionell der Bevölkerung gebildet. Zum Unterschied vom Bundessowjet wird der Rat der Nationalitäten folgendermaßen gebildet:

Die föderativen und autonomen Sowjetrepubliken und die autonomen Provinzen wählen auf ihren Sowjetkongressen Vertreter in den Sowjet der Nationalitäten; die föderativen und autonomen Republiken wählen je fünf Vertreter, die autonomen Provinzen je einen Vertreter. Diese Vertreter bilden in ihrer Gesamtheit den Sowjet der Nationalitäten, der als Ganzes vom Sowjetkongreß der Union bestätigt wird. Gegenwärtig besteht der Sowjet der Nationalitäten aus 131 Mitgliedern und 53 Kandidaten. Der Bundessowjet und der Sowjet der Nationalitäten halten ihre Sitzungen nach ihrem eigenen Ermessen entweder getrennt oder gemeinsam ab. Die Abstimmung aller Fragen, die sie erörtern (im Falle einer gemeinsamen Sitzung) muß immer getrennt vor sich gehen. Dies geschieht, um zu verhindern, daß irgendein Gesetz zur Annahme gelangt, das die Rechte und Interessen irgendeiner Nationalität schmälern oder verletzen könnte.

Die wichtigsten Fortschritte auf dem Gebiete der nationalen Politik der Sowjetunion in den letzten Jahren waren folgende:

Den Bestrebungen der Nationalitäten Mittelasiens entgegenkommend und die Notwendigkeit einer Aufteilung des Territoriums nach dem Prinzip der Selbstbestimmung der Nationalitäten als Grundlage nehmend, sanktionierte das Zentral-Exekutiv-Komitee der USSR in einer Verordnung vom 27. Oktober 1925 endgültig die Bildung folgender Republiken und autonomer Gebiete: erstens der Turkmenischen SSR, zweitens der Usbekischen SSR, drittens der autonomen Tadschikischen SSR, viertens des autonomen Kara-Kirgisischen Gebiets und fünftens der Kirgisischen autonomen SSR.

Der Abgrenzung ist in erster Linie das national-politische Prinzip zugrundegelegt, d. h. das Vorherrschen der einen oder

anderen Nationalität, die in kompakter Masse ein bestimmtes Territorium bewohnt. Gewiß wurden bei der Festsetzung der Grenzen Motive wirtschaftlicher Natur, wie das Vorhandensein eines Bewässerungssystems, Verbindungswege usw., mit einem Worte wirtschaftliche Rücksichten in Betracht gezogen; die Grundlage der Abgrenzung bildete jedoch das nationalpolitische Prinzip, und nur in einzelnen Fällen wurden Abweichungen zugunsten des wirtschaftlichen Prinzips gemacht. Auf diese Weise erhielt eine ganze Reihe von Völkerschaften — die Usbeken, die Kirgisen, die Kara-Kirgisen, die Tadschiken, die Turkmenen — die vorher im Rahmen eines einzigen Staates gelebt hatten, die Möglichkeit, ihr Recht auf Selbstbestimmung innerhalb der klaren Grenzen der neuen Staatsgebilde zu verwirklichen.

In dem gleichen Jahr 1925 wurde durch eine Verordnung des Präsidiums des Zentral-Exekutiv-Komitees der Union das „Komitee zur Unterstützung der kleinen Völker des Nordens" gebildet. In der Epoche des Zarismus degenerierten die „kleinen Völker des Nordens" (die Lamuten, Tschuktschen, Tungusen, Jukagiren, Kamtschadalen usw.) und starben in solchem Maße aus, daß einst vielköpfige Stämme jetzt einige hundert Menschen zählen. Die barbarische Politik des Zarismus in bezug auf die rückständigen Völkerschaften unserer nördlichen Grenzgebiete hatte ernste wirtschaftliche Folgen. Die unbegrenzten Reichtümer der nördlichen Grenzgebiete, die während der jahrhundertelangen Herrschaft der Zaren, Gutsbesitzer und Kapitalisten endlose Tundren und Eiswüsten darstellten, können nur mit Hilfe der im Laufe von Jahrhunderten im Kampfe mit der ungewöhnlich rauhen Natur dieser Gebiete gestählten Völkerschaften zum Leben erweckt werden. Das „Komitee zur Unterstützung der kleinen Völker des Nordens" hat Maßnahmen getroffen, die zur Wiedergeburt der nördlichen Völkerschaften und zur Anteilnahme derselben an den kulturellen Errungenschaften der Menschheit führen werden.

Ein wichtiger Akt der Nationalitätenpolitik der Sowjetmacht bildet die Organisation eines „Komitees zur Heranziehung der werktätigen Juden zur Landwirtschaft" beim Präsidium des Sowjets der Nationalitäten. Diesem Komitee ist es beschieden, in der Geschichte der armen

jüdischen Bevölkerung, die sich unter dem alten Regime nur mit Handel und Kleinhandwerk beschäftigen konnte, eine ungeheure Rolle zu spielen. Nunmehr sind der armen jüdischen Bevölkerung große Landstriche eingeräumt, wo teils auf Kosten des Staates, in der Hauptsache aber aus Mitteln, die von der zahlreichen jüdischen Bevölkerung Amerikas und anderer Länder stammen, im Laufe der nächsten Jahre Zehntausende jüdischer Familien, die nach Beschäftigung mit Ackerbau streben, angesiedelt werden.

Endlich muß bei der Besprechung der nationalen Politik der Sowjetmacht unbedingt auch die Verlagstätigkeit derselben in den Sprachen der verschiedenen Nationalitäten erwähnt werden. Die lokalen Verlagsstellen werden darin von der Volkszentrale für die Völker der USSR unterstützt, die Bücher in 40 Sprachen herausgibt (in usbekischer, tatarischer, kirgisischer, jakutischer, tadschikischer, ossetinischer Sprache usw.).

DIE POLITIK

Die Außenpolitik der Sowjetunion

POLITIKUS

Die Beharrlichkeit und die Energie, welche die Sowjetunion bei der Ueberwindung der Hungersnot des Jahres 1921 und ihrer Nachwirkungen an den Tag legte, ebenso wie das Erscheinen — zum erstenmal nach langjähriger Unterbrechung — von russischem Getreide auf dem internationalen Markte, das und vieles andere hat trotz der leidenschaftlichen Parteipolemik im Herbst 1923 auf die Gemüter des bürgerlichen Europa den stärksten Eindruck gemacht. Das bürgerliche Europa, welches bis dahin sich auf de facto-Beziehungen mit dem revolutionären Staat der Sowjetrepubliken beschränkte, ohne sich mit ihm politisch vertraut zu machen, begriff jetzt, daß seine Hoffnungen auf einen mehr oder weniger nahe bevorstehenden Sturz der verhaßten Sowjetordnung jeder Grundlage entbehrten, daß im Gegenteil offenbar die Sowjetunion sich anschickt, nicht nur zu leben, sondern auch stark zu werden. In den Köpfen seiner Staatsmänner entstand der kühne Gedanke der Notwendigkeit, mit der bereits drei Jahre währenden Maskerade Schluß zu machen und endlich die hartnäckige Tatsache der Existenz der Sowjetmacht, und zwar im Ernst und auf lange Dauer, anzuerkennen. Der erste, der es wagte, diesen Gedanken auszusprechen, war kein anderer als Mussolini, ein Mann, der bekanntlich über den in den parlamentarisch-demokratischen Staaten gültigen Konventionalitäten steht, der sich einbildet, mit den russischen Bolschewiken sozusagen „verwandt" zu sein, weil auch er sich über die parlamentarischen Einrichtungen stellte und zugleich damit in der Außenpolitik nach Effekten hascht als Mittel zur moralischen Stärkung seiner Schwarzhemden-Macht. Außerdem hat er eine realistische Auffassung von den Aufgaben einer jeden italienischen Regierung. Italien, dem es an eigenen Brennstoffen mangelt und in beträchtlichem Maße sogar an Brot, befindet sich in völliger Abhängigkeit von England und

Amerika, von denen es mit diesen Produkten versorgt wird; es ist für Italien vorteilhafter, noch andere Versorgungsquellen in Reserve zu haben, und als solche erscheint in erster Linie die sowohl an Naphtha wie an Getreide reiche Sowjetunion. Deshalb erklärte er bereits Ende November 1923 dem italienischen Parlament offen, daß es „für die italienische Wirtschaft und für die Wohlfahrt des italienischen Volkes notwendig ist, die russischen Republiken de jure anzuerkennen". Da schon im September zwischen Italien und der Sowjetunion Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages begonnen hatten, so wurde infolge der neuen Deklaration der erste Artikel, der im Vertrag vorgesehen war, dahin abgeändert, daß darin eine Erklärung eingefügt wurde, wonach beide vertragschließenden Mächte sich gegenseitig anerkennen.

Diese neue Wendung in den italienisch-russischen Verhandlungen blieb dem scharfen Auge der europäischen Diplomaten nicht verborgen, und in England, wo neue Parlamentswahlen in Aussicht standen, wurde die Frage der Anerkennung in die Wahlplattform zu den Wahlen im Dezember 1923 nicht nur der Arbeiterpartei, sondern auch der Liberalen aufgenommen. Als Ergebnis der Wahlen wurde bekanntlich ein Kabinett der Labour Party mit Macdonald an der Spitze gebildet. Seitdem ist in der englischen Presse eine detaillierte Mitteilung veröffentlicht und von niemandem bestritten worden, daß Macdonald sofort mit Mussolini Verhandlungen aufgenommen und ihm vorgeschlagen hat, mit der Anerkennung solange zu warten, bis diese Frage in England entschieden wird, damit die Anerkennung von beiden Mächten gleichzeitig erfolgen könne. Macdonald schlug auch vor, daß beide Regierungen, wenn sie auch die Anerkennung aussprechen, dennoch keinen Botschafter ernennen, sondern sich auf die Ernennung von Geschäftsträgern beschränken sollten. Es war klar, daß Macdonald mit der Anerkennung gar keine Eile hatte und, die Konkurrenz Italiens fürchtend, den Gang der italienisch-russischen Verhandlungen in Rom hindern wollte. Bezeichnend ist auch sein Vorschlag, sich auf die Ernennung von Geschäftsträgern zu beschränken, die bekanntlich keine solche Privilegien wie Botschafter und Gesandte genießen, da sie nicht beim Staatsoberhaupt, sondern nur beim Außenministerium beglaubigt sind. Offenbar war Mussolini auf dieses Geschäft eingegangen und begann absicht-

lich, die Verhandlungen zu verschleppen. Die englischen Arbeiter drückten jedoch Macdonald an die Wand und zwangen ihn, am 2. Februar 1924 die Sowjetregierung zu benachrichtigen, daß England sie de jure anerkenne. Mussolini hatte das Nachsehen, da er zweifellos den Wunsch hatte, bei der Anerkennung der Sowjetunion der erste zu sein. Die italienische Anerkennung kam dadurch sechs Tage später, dafür aber revanchierte sich Mussolini, indem er nicht einen Geschäftsträger, sondern einen Botschafter zum Vertreter ernannte.

Diese beiden Beispiele hatten die Anerkennung der anderen kleineren Staaten zur Folge. Norwegen, Oesterreich, Griechenland, Schweden, Dänemark und andere beeilten sich, in den nächsten Monaten die Sowjetunion mit ihrer Anerkennung zu beglücken. In kürzester Zeit blieb von allen Staaten, die bis dahin mit der Sowjetunion in tatsächlichen Beziehungen standen, nur die Tschechoslowakei übrig; aber auch diese entschuldigte sich mit dem Hinweis auf die Opposition der Nationaldemokraten, der Partei Kramarsch'. Es darf jedoch füglich bezweifelt werden, ob dies der einzige Grund war, weshalb die Tschechoslowakei dem Beispiel der anderen nicht gefolgt ist. Hier spielte zweifellos auch die Solidarität mit dem poincaristischen Frankreich eine große Rolle. Wir sagen: mit dem poincaristischen Frankreich, weil die neue französische Regierung des Linksblocks unter der Ministerpräsidentenschaft Herriots im Oktober 1924 dennoch eine entschiedene Geste gemacht und die Sowjetunion anerkannt hat. Für den Lenker der Außenpolitik der Tschechoslowakei, Herrn Benesch, war jedoch nicht das Frankreich des Linksblocks, sondern das rechtsnationalistische allein maßgebend, trotz seines „Sozialismus" und des Liberalismus des Präsidenten Masaryk.

Es gab indessen noch einen Grund, der die Tschechoslowakei zur Zurückhaltung veranlaßte und zugleich mit ihr eine Reihe anderer Staaten, wie Holland, Belgien, Ungarn und andere, die bislang nicht einmal de facto mit der Sowjetunion Beziehungen unterhielten und die auch jetzt dem Beispiel der Großmächte nicht folgten (obgleich zwei davon — Ungarn und Holland — gewisse Versuche in der Richtung der Schaffung normaler Beziehungen mit uns machten). Dieser Grund war eine gewisse Verlegenheit im inneren Zustand der USSR infolge des Todes des großen Führers und der teilweisen Mißernte, von der

gewisse Gebiete der Union betroffen wurden. Zweifellos haben diese beiden Ereignisse die Hoffnungen des bürgerlichen Europa wieder etwas aufleben lassen, was sich darin zeigte, daß ein Teil der Staaten der USSR 1924 noch nicht anerkannt wurde. Nicht vollendet wurde jedoch noch eine andere, noch wichtigere Sache: die endgültige Regelung der englisch-russischen Beziehungen im Verfolg des Aktes der Anerkennung. Es handelt sich darum, daß die Macdonald-Regierung, als sie die Sowjetregierung über die Anerkennung benachrichtigte, sie, wie es sich für eine Arbeiterregierung, die die kapitalistischen Interessen hütet, ziemt, zugleich erklärte, daß es notwendig sei, sich über die alten zaristischen und Kriegsschulden, sowie die Ansprüche der englischen Besitzer von Unternehmungen, die von der Sowjetmacht nationalisiert wurden, zu verständigen. Ohne eine Regelung dieser, für das englische Proletariat so wichtigen Frage konnte es, nach der Meinung Macdonalds, keine wirkliche Freundschaft zwischen den beiden Staaten geben. Dementsprechend entsandte Moskau eine große Kommission nach London, die acht Monate hindurch sich mit der Regelung dieser Frage zusammen mit den Vertretern der Regierung und der Gläubiger beschäftigte. Die Sowjetmacht konnte natürlich ihre eigenen gesetzgebenden Akte nicht annullieren und irgendwelche Verantwortlichkeit für die Schulden des alten russischen Zarismus und Imperialismus anerkennen; ebensowenig konnte sie den englischen Kapitalisten, die in der Vergangenheit das russische Volk ausbeuteten, irgendwelche Rechte zugestehen. Die Sowjetmacht war jedoch bereit, den Wucherern der einen wie der anderen Sorte etwas zu bezahlen, wenn dies zur raschen Wiederherstellung der durch den imperialistischen und den Bürgerkrieg, sowie die Blockade zerrütteten Volkswirtschaft der USSR verhelfen könnte. Dazu brauchte sie Kredite, sowohl Waren- wie Geldkredite, die eine schnelle technische Neuausrüstung der Sowjetindustrie ermöglichen und der Bauernwirtschaft in kürzester Zeit auf die Beine helfen, und damit die Möglichkeiten schaffen würden, eine praktische Verständigung mit den alten Gläubigern zustandezubringen. Die Verhandlungen mit der Macdonald-Regierung über diese Fragen waren außerordentlich schwierig, da Macdonald die Interessen der englischen Kapitalisten starr vertrat und das Parlament fürchtete, dem er entgegen allen englischen Gepflogenheiten versprochen

hatte, den mit der USSR geschlossenen Vertrag noch vor dessen Unterzeichnung zur Bestätigung vorzulegen. Nur dank dem aktiven Eingreifen der Arbeitermassen und der einflußreichsten Mitglieder der Arbeiterfraktion gelang es der Sowjetdelegation, die Verhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen und die Unterschrift Macdonalds zu erlangen. Bekanntlich hat es Macdonald nicht verstanden, den Vertrag weder im Parlament, noch bei den nachfolgenden Wahlen zu verteidigen: seine konservativen Gegner haben, seine Dummheit und Unehrlichkeit ausnützend, gegen ihn den von ihm selbst zurechtgemachten gefälschten Sinowjew-Brief geschleudert und haben ihn geschlagen. Als seine Gegner dann Anfang Dezember 1924 wieder an die Regierung kamen, war ihre erste Tat die Annulierung des bereits unterzeichneten Vertrages mit der Sowjetregierung. Bis auf den heutigen Tag stehen die englisch-russischen Beziehungen immer noch auf demselben Punkt, auf den sie die Konservativen im Dezember 1924 gestellt hatten.

Die gleichen Umstände, das heißt die Verlangsamung des Tempos des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der USSR, die Mißernte und die Komplikationen, die durch Lenins Tod hervorgerufen wurden, wirkten auch auf die russisch-deutschen Beziehungen zurück, die für immer durch den Rapallo-Vertrag geregelt zu sein schienen. Am 3. Mai erfolgte der berühmte Einbruch der Berliner Polizei in das Gebäude der Handelsvertretung, der zur Abreise des Sowjetbotschafters, Genossen Krestinski, aus Berlin und zu sehr langwierigen Verhandlungen führte, die erst Ende Juli nach unglaublichen diplomatischen Anstrengungen von beiden Seiten ihr Ende fanden. Die deutsche Regierung konnte sich nicht nur nicht entschließen, diese schamlose Verletzung der diplomatischen Rechte der Vertreter der sowjetistischen Handelsvertretung durch eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen und durch Leistung einer in solchen Fällen üblichen Entschuldigung zu liquidieren, sondern sie hatte noch den traurigen Mut, diesen Vorfall zu benutzen, um die Frage der Exterritorialität des Gebäudes der Handelsvertretung und des Grades der diplomatischen Immunität ihrer Leiter aufzurollen. Letzten Endes wurde eine befriedigende Lösung dieser Frage erzielt, im großen Ganzen der frühere Stand wieder hergestellt; aber dies geschah erst nach sehr empfindlichen Repressalien wirtschaftlicher Natur von seiten der Sowjet-

regierung und infolge der wirklich unmöglichen Lage, in die die deutsche Regierung dank dem Unfug und dem ungesetzlichen Vorgehen der Polizei hineingeraten war.

Dasselbe Jahr 1924 war jedoch durch eine große Verschiebung in den Beziehungen der Sowjetunion zum Fernen Osten gekennzeichnet, wo bis dahin die Verhandlungen mit Japan und die Versuche solcher mit China ergebnislos geendet hatten. Im Mai gelang es dem neu ernannten diplomatischen Vertreter der Sowjetunion in Peking, Genossen Karachan, die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung glänzend durchzuführen und einen Vertrag abzuschließen, der die Beziehungen zwischen beiden Republiken auf der Grundlage vollkommener Gleichheit und des völligen Verzichts der Sowjetmacht auf die vom Zarismus ererbten Privilegien in China wiederherstellte. Dieser Vertrag erwies sich in seiner Auswirkung viel bedeutsamer, als man anfänglich angenommen hatte. Zum ersten Male wurde China als souveräner und allen anderen Mächten gleichberechtigter Staat anerkannt, und das entzündete, gleich einem elektrischen Funken, das lange unter der Oberfläche glimmende nationale Selbstbewußtsein der breitesten Schichten des chinesischen Volkes. Das chinesische Volk wurde sich seiner halbsklavischen Lage gegenüber den imperialistischen Mächten bewußt, und zugleich damit begriff es das, was bereits von vielen anderen Völkern des Ostens begriffen wurde, nämlich, daß es in der Sowjetunion einen Freund und einen Stützpunkt im Kampfe um seine nationale und ökonomische Befreiung vom fremdländischen Joch gewonnen hatte. Hier wiederholte sich in großem Maßstabe, was drei Jahre vorher in Persien geschehen war, wo das persische Volk als Ergebnis des Abschlusses des Vertrages mit Sowjetrußland das Joch Englands abschüttelte. Der Tag des Abschlusses des Vertrages Chinas mit der Sowjetunion — der 31. Mai 1924 — ist als Beginn der gegenwärtigen Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes zu betrachten.

Entweder durch die Tatsache des Auftretens der Sowjetunion in China oder weil die Isoliertheit nach dem Erdbeben und der Washingtoner Konferenz besonders scharf empfunden zu werden begann, wurde Japan veranlaßt, im Verlaufe des Jahres 1924 ebenfalls Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, nachdem es diese während der vorhergegangenen drei Jahre mehrmals abgebrochen hatte. Die Verhandlungen

wurden gleichfalls in Peking vom Genossen Karachan geführt und endeten im Januar 1925 mit dem Abschluß eines Vertrages, der die normalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder herstellte. Der Vertrag enthielt gewisse wirtschaftliche Bestimmungen, die Japan die Möglichkeit der Ausbeutung von Naphtha und Kohle im nördlichen Sachalin, das es bisher besetzt gehalten hatte und jetzt zu räumen verpflichtet war, zusichern. Japan kam dank diesem Vertrage aus seiner Isoliertheit heraus und sicherte sich den Rücken für den Fall möglicher zukünftiger Komplikationen im Stillen Ozean. Die Sowjetunion ihrerseits hat dadurch die letzten Reste ihres Gebietes im Fernen Osten von fremder Okkupation befreit und ihre Küsten am Stillen Ozean sichergestellt.

Es ist interessant, festzustellen, daß nach der Räumung des nördlichen Sachalin nur noch ein Gebiet übrig blieb, welches der Sowjetunion als dem Rechtsnachfolger des russischen Imperiums gehörte und bis auf den heutigen Tag noch von fremden Erpressern besetzt gehalten wird. Dieses Gebiet ist Bessarabien, das sich die Rumänen durch Betrug und Vergewaltigung in den Revolutionsjahren angeeignet hatten und das der berüchtigte Botschafterrat, ohne irgendwie dazu berechtigt zu sein, Rumänien zusprach. Diese Entscheidung hat allerdings noch keine Rechtskraft erlangt, weil sie bisher nur von England und Frankreich ratifiziert wurde, während zur Vollgültigkeit noch die Unterschrift einer dritten Macht erforderlich ist, die aber weder Italien noch Japan, beide Teilnehmer an diesem merkwürdigen Beschluß, leisten wollen. Die rasche innere Festigung der Sowjetunion ist auch Rumänien nicht entgangen, das, um seine Beute zitternd, der Sowjetregierung nunmehr eine Konferenz in Wien zwecks Erörterung dieser so umstrittenen Frage vorschlug. Die Sowjetunion lehnte die Einladung zu dieser Konferenz nicht ab, die dann am 27. März 1924 begann, aber nach wenigen Tagen ein vorzeitiges Ende fand. Die Vertreter der Sowjetunion erklärten, daß sie nicht auf dem Boden historischer Rechte ständen, daß sie aber die Besetzung des bessarabischen Gebietes durch die Rumänen als einen nicht zu rechtfertigenden räuberischen Akt betrachten. Deshalb schlugen sie vor, die Frage der Zugehörigkeit Bessarabiens dem bessarabischen Volk selbst zu übergeben in Form einer Volks-

abstimmung, deren freie Durchführung durch die Entfernung aller rumänischen Truppen aus diesem Gebiet gesichert werden müßte. Darauf sind die Rumänen nicht eingegangen, und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Bessarabien steht noch heute unter dem Joche der rumänischen Bojaren, Beamten und Soldateska und ist unzweifelhaft ein Gefahrenpunkt in der internationalen Politik.

Das waren die wichtigsten Momente in der internationalen Lage der Sowjetunion 1924. Wie schon oben erwähnt, waren die Errungenschaften dieses Jahres das Ergebnis des merklichen ökonomischen Fortschritts der Sowjetunion im vorhergegangenen Jahre, die jedoch bis zu einem gewissen Grade dadurch abgeschwächt wurden, daß das Jahr 1924 selbst nicht in allen Beziehungen günstig war. Das neue Jahr 1925 eröffnete bald günstigere Perspektiven: Eine gute Ernte stand bevor, und die Sowjetindustrie begann, unerwartet für alle, rasch die Vorkriegszahlen der Produktion zu erreichen. Im Außenhandel machte sich ebenfalls ein starker Ruck bemerkbar, der in einer Verdoppelung der Höhe der Ein- und Ausfuhr seinen Ausdruck fand; dies alles blieb auch auf die außenpolitische Lage der Sowjetunion nicht ohne Einfluß. Das beste Symptom für diese Befestigung war eine grundlegende Aenderung im Verhalten der Duodezstaaten gegenüber der Sowjetunion, jener winzigen Republiken, die die Rolle eines Barometers spielen, nach dem man die Stellung der stärkeren Haifische der kapitalistischen Welt gegenüber der Sowjetunion beurteilen kann. Es ist vollkommen klar, daß ohne Beteiligung dieser kleinen Staaten, die wie ein Gürtel die Westgrenze Sowjetrußlands von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer umschließen, kein Angriff auf die Sowjetunion möglich ist. Sie bilden das Eingangstor zum Territorium der Sowjetrepubliken, das dem Gegner erst den Zutritt ermöglicht. Andererseits sind diese Republiken so schwach, daß sie nur mit fremder Unterstützung existieren können: entweder müssen sie sich nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch auf größere Mächte stützen, oder sie müssen eine Annäherung an die Sowjetunion und seinen Wirtschaftsmarkt suchen. Und da die kleinen Staaten sich stets durch große Empfindlichkeit gegenüber einem Temperaturwechsel auszeichnen, so kann man, sie beobachtend, immer Schlüsse ziehen, wie und woher der atmosphärische Druck kommt. In

dieser Beziehung bot das Jahr 1925 geradezu erstaunliche Beispiele. Estland z. B., durch den kommunistischen Versuch der Machteroberung am 1. Dezember 1924 äußerst erschreckt, suchte zu Beginn des folgenden Jahres hartnäckig Schutz bei England, indem es diesem Reval als Flottenstation anbot und sogar bereit war, ihm die strategisch wichtigen Inseln Dago und Oesel als Gegenleistung für den Schutz gegen „bolschewistische Gefahr" abzutreten. Der estländische Außenminister Pusta war ferner eifrig bemüht, eine Annäherung an Polen zu suchen und redete den anderen baltischen Republiken zu, mit Polen ein gemeinsames Schutz- und Trutzbündnis gegen die Sowjetunion zu schließen. Das südlicher gelegene Lettland bot sich allen Großmächten nicht so demonstrativ an, aber suchte — zwar mit größerer Geschicklichkeit, jedoch nicht weniger hartnäckig — eine Annäherung an Polen, indem es die estnische Idee eines gemeinsamen Bündnisses, das sämtliche Randstaaten, von Finnland bis Rumänien, in eine große Koalition zusammenschließen sollte, unterstützte. Das Verhältnis Polens selbst zur Sowjetunion war äußerst zugespitzt: polnische Banden und selbst reguläre Truppen machten häufig systematisch Ueberfälle auf das Sowjetgebiet und provozierten Gegenaktionen durch Inbrandstecken von Grenzblockhäusern, durch Entführen von Grenzposten und nicht selten durch deren Ermordung. Seine Spione zogen ein weites Netz über die ganze westliche Hälfte der Sowjetunion, und die Mehrzahl der weißgardistischen Verschwörer auf dem sowjetrussischen Territorium selbst stand unter tatkräftigem Schutz des polnischen Generalstabes und der polnischen Ochrana. Für alle Zeiten wird der berühmte Zwischenfall an der Grenze im Gedächtnis bleiben, wo zwei Personen, die zum Austausch gegen polnische Spione bestimmt waren, in treuloser Weise bestialisch von Agenten der polnischen Polizei unmittelbar an der Austauschstelle ermordet wurden. Durch Militärverträge mit Rumänien und Frankreich verbunden, bildete Polen für die Sowjetunion zweifellos eine Gefahr in dem Sinne, daß es die Rolle des Brandstifters spielte, durch den der Friede im ganzen Osten Europas vernichtet werden konnte. Polen setzte seine Rüstungen fieberhaft fort, trotz des kläglichen Zustandes seiner Finanzen, und war der Hauptrãdelsführer an allen Intriguen, die den Zweck verfolgten, sämtliche Randstaaten in einer Koalition gegen die Sowjetunion zu vereinigen.

Mit der Veränderung der Wirtschaftslage der Sowjetunion im Jahre 1925 erfuhr ihr gegenüber auch das Verhalten aller dieser Randstaaten eine scharfe Aenderung. Sie überzeugten sich von der Vergeblichkeit ihrer Hoffnungen, diese oder jene Großmacht für sich gewinnen zu können: keine einzige Großmacht hatte Lust, sich gegenwärtig in einen Kampf mit Sowjetrußland einzulassen und den kostspieligen Unterhalt der kleinen Parasiten zu übernehmen, um sie eventuell später auszunutzen. England z. B., sonst stets auf Flottenbasen und strategische Seestützpunkte erpicht, lehnte es ab, von dem liebenswürdigen Vorschlag Estlands Gebrauch zu machen, weil es wohl verstand, daß, ehe die internationale Lage es ihm gestatten würde, irgendwelche Aktionen gegen die Sowjetunion zu unternehmen, es den ganzen estnischen Staat zu seinem Kostgänger machen müßte. Lettland, das dieselben Träume hatte, fand ebenfalls nirgends große Gegenliebe. Polen seinerseits begann merklich die finanzielle Stütze Frankreichs zu verlieren, das selbst in einen kläglichen Finanzzustand geriet, während seine Industrie vergeblich irgendwo in der Welt Absatz suchte, wo keine Konkurrenz weder Deutschlands, noch der Tschechoslowakei, noch Englands vorhanden wäre. Und Finnland, das noch vor zwei Jahren Polen in seiner provokatorischen Taktik der Grenzüberfälle und territorialer Ansprüche unterstützte, ist, wie die anderen auch, zahm geworden, da es sah, daß niemand ihm was anhaben will und daß die Sowjetunion gern mit ihm Geschäfte machen würde. Finnland entschied sich für das Los eines bescheidenen Staates, der sich um der schönen Augen irgendeiner großen oder kleinen Macht willen nicht in ein Abenteuer hineinziehen lassen will, und auf alle Zudringlichkeiten der baltischen Nachbarn erklärte es bescheiden aber entschieden, daß es nicht zum Baltikum, sondern eher zu Skandinavien gehöre. Andererseits hat das außerordentliche Wachstum der Sowjetindustrie in Verbindung mit der guten Ernte allen kleinen Republiken die Augen geöffnet über die Möglichkeiten des Sowjetmarktes, sowohl was die Aufnahmefähigkeit ihrer Produktion, als auch was die Richtung des immer wachsenden russischen Transitverkehrs durch ihr Gebiet betrifft. Infolge psychologischer wie wirtschaftlicher Faktoren kamen die erwähnten Staaten fast gleichzeitig zu dem Schluß: es besteht keine Aussicht, sich mit Gewinn den Großmächten zu ver-

kaufen, dagegen liegt ein großer realer und naheliegender Vorteil in einer Verbindung mit dem Sowjetmarkt. Dazu ist es aber notwendig, auch in die politischen Beziehungen Beruhigung hineinzutragen. Pusta wurde von seinem Posten gejagt; Lettland benutzte den Tod seines Außenministers und riß jäh das Steuer nach der Seite der Sowjetrepubliken um und entsandte sogleich eine handelsindustrielle Delegation nach Moskau; Polen aber hat, die Durchreise des Genossen Tschitscherin durch Warschau zur Kur ins Ausland benutzend, mit ungewöhnlicher Begeisterung seine Freundschaft für die Sowjets vordemonstriert. Vorher schon hatte es anläßlich eines Grenzzwischenfalls seine Schuld zugegeben, indem es den Betroffenen eine Entschädigung auszahlen ließ und sein Einverständnis zur friedlichen Regelung ähnlicher Zwischenfälle durch gemischte Kommissionen erklärte. In Verbindung mit dem Besuch des Genossen Tschitscherin in Warschau begann es jetzt laut von der Notwendigkeit des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Sowjetrußland zu sprechen und deutete sogar die Möglichkeit gewisser Aenderungen des Rigaer Vertrages vom Jahre 1921 an, den es Sowjetrußland im Augenblick des akutesten Stadiums des Kampfes mit den letzten Truppen der Konterrevolution Wrangels aufzuzwingen verstanden hatte. Zweifellos haben die Verhandlungen über den Garantiepakt und die in Locarno abgeschlossenen Verträge, infolge deren Frankreich von Polen abgeschnitten wurde und letzteres in bedeutendem Maße in der Luft hängen blieb, zu dem Erwachen Polens beigetragen. Als Ergebnis dieser ganzen Verschiebung wandten die Randstaaten mit alleiniger Ausnahme Rumäniens das Gesicht der bisher verhaßten Sowjetunion zu, und sie bilden jetzt für die bürgerlichen Gegner der letzteren nicht eine Brücke, sondern eine Barriere.

Die Locarno-Verträge hatten unzweifelhaft eine gewisse Entfremdung zwischen der Sowjetunion und Deutschland geschaffen. Es ist den beiderseitigen Anstrengungen gelungen, diese erst durch einen Handelsvertrag zu überbrücken, der der deutschen Industrie beträchtliche Privilegien für das Eindringen auf den Sowjetmarkt und weiter nach Osten durch das sowjetrussische Territorium gewährt und somit der Anziehungskraft, die England auf Deutschland ausübt, entgegenwirkt. Davon abgesehen, wird die Tatsache, daß Polen sich der ungeheuren Wichtigkeit seiner Interessen am russischen Markte bewußt

wird, mit der Zeit zwischen Sowjetrußland und Deutschland eine Barriere schaffen für den Fall, wenn es Deutschland, von England mitgeschleppt, irgendwann wirklich einfallen sollte, sich mit England gegen Sowjetrußland zu verbinden.

Die durch den Locarnopakt geschaffene zeitweilige Entfremdung zwischen Deutschland und der Sowjetunion war überhaupt von kurzer Dauer. Die Völkerbundstagung in Genf, März 1926, überzeugte die Deutschen davon, wie wenig sie auf den „Locarnogeist" bauen können. Die Enttäuschung über Genf führte zu dem Abschluß der seit länger als einem Jahr geführten Besprechungen über Abschluß eines Neutralitätsvertrages. Im „Berliner Vertrag" vom April 1926 sichern sich Deutschland und die Sowjetunion die gegenseitige Neutralität im Falle eines „trotz friedfertigen Verhaltens" erfolgten Angriffes dritter Mächte zu. Im anschließenden Notenwechsel verspricht Deutschland — wenn auch elastisch umschrieben — im Völkerbund der Entstehung einer sowjetfeindlichen Mächtegruppierung entgegenzuarbeiten. Der Abschluß des Berliner Vertrages hat die außenpolitische Lage der Sowjetunion unzweifelhaft gestärkt.

Nicht weniger wichtig ist der Stimmungsumschwung, der sich seit Locarno in Frankreich bemerkbar macht. Auch Frankreich hat, ebenso wie sein polnischer Verbündeter, den kürzeren gezogen und hält es für notwendig, sich vor der zu schweren Hand des englisch-amerikanischen Kapitals durch eine wirtschaftliche und politische Annäherung an die Sowjetunion zu retten. Die finanziellen Fragen der zaristischen Schulden, sowie die Rückgabe der in Biserta zurückgehaltenen sowjetrussischen Schwarzmeerflotte werden zweifellos in naher Zukunft geregelt werden. Die weltpolitische Konstellation gebietet gegenwärtig Frankreich ebenso wie Polen eine Annäherung an die Sowjetunion als der einzigen Kraft in Europa, die ihnen helfen kann, den ihnen feindlichen Kräften Widerstand zu leisten.

Unter diesen Kräften nimmt England den ersten Platz ein; es ist auch der Hauptgegner Sowjetrußlands, nicht nur als ältestes kapitalistisches Land, sondern auch als stärkste Kolonialmacht, die ihre Kräfte aus der Ausbeutung der Ostvölker zieht. Für England ist die Sowjetunion lediglich das verkleidete zaristische Imperium, nur mit dem Unterschied, daß

sie ihm noch gefährlicher erscheint als letzteres, insofern die grundlegenden Losungen der Revolution eine zerstörendere Wirkung auf seine imperialistische Basis im Osten ausüben als die alte zaristische Armee. Die englische Diplomatie hat im Verlauf des Jahres 1924/25 mehr als einmal den Versuch unternommen, unter den großen und kleinen Mächten eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion zustandezubringen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß auch die Locarno-Verhandlungen und -Verträge dieselben Ziele verfolgten: Deutschland in den Bann des englischen Einflusses hineinzuziehen und in Europa Verhältnisse zu schaffen, die England die Hände für den Kampf im Osten freimachen sollen. Aber England dürfte kaum bei den anderen Mächten eine nennenswerte Unterstützung finden, und außerdem wird es zweifellos auf den aktiven Widerstand des englischen Proletariats stoßen, das einen der ergebensten Bundesgenossen Sowjetrußlands bildet. Die Zukunft wird zeigen, wie weit England mit seinen Plänen kommt. Ohne Zweifel wird vieles von dem Verhalten der Vereinigten Staaten von Amerika diesen Plänen gegenüber abhängen, ohne deren Zustimmung und Mithilfe England nicht mehr imstande ist, eine Politik großen Stils zu betreiben. Aber sogar die Vereinigten Staaten von Amerika, die länger als alle anderen der Idee der Wiederherstellung von friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion unzugänglich geblieben sind, beginnen in letzter Zeit eine gewisse Geneigtheit zu zeigen, ihre Stellungnahme zu revidieren: die großen Bestellungen, die die Sowjetunion zur Versorgung ihrer Fabriken mit Rohstoffen und Maschinen macht, erzeugten in den amerikanischen Industriekreisen den merklichen Wunsch, sich der Sowjetunion zu nähern und den ihnen gebührenden Platz auf dem Sowjetmarkt einzunehmen. Es ist möglich, daß in nächster Zeit auch die amerikanische Diplomatie trotz ihres Doktrinarismus und größter Ignoranz sich dennoch vom Flecke rührt und jedenfalls es ablehnen wird, ihre angelsächsische Kusine bei irgendwelchen aktiven Aktionen gegen Sowjetrußland zu unterstützen.

Im großen und ganzen waren die beiden letzten Jahre durch große Erfolge der Sowjetunion auf dem Gebiete der Außenpolitik gekennzeichnet, und deren fernere Entwicklung wird nach Maßgabe des weiteren Wachstums der wirtschaftlichen Kräfte innerhalb des Landes fortschreiten.

Übersicht der außenpolitischen Ereignisse

1924

Januar

31. Protest der Sowjetregierung gegen die willkürliche Einfahrt amerikanischer Kriegsschiffe in Sowjethäfen.

Februar

1. De jure-Anerkennung der Sowjetunion durch England.

7. Unterzeichnung des russisch-italienischen Vertrages. De jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch Italien.

13. De jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch Norwegen.

20. Protest des bevollmächtigten Vertreters der Sowjetunion in China gegen die Tätigkeit der Weißgardisten in der Mandschurei.

25. Zwischen der Sowjetunion und Oesterreich werden die diplomatischen und konsularischen Beziehungen vollkommen wiederhergestellt.
Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in China macht die chinesische Regierung darauf aufmerksam, daß in der Angelegenheit der Ostchinesischen Eisenbahn keine Beschlüsse ohne Zustimmung der Sowjetregierung erfolgen können.

März

7. Protest der Sowjetunion an die Regierungen der Länder, die dem Völkerbund angehören, gegen eine eventuelle Lösung der Memelfrage ohne Teilnahme der Sowjetregierung.

8. De jure-Anerkennung der Sowjetunion durch Griechenland.

15. De jure-Anerkennung der Sowjetunion durch Schweden. Unterzeichnung eines russisch-schwedischen Handelsvertrags.
Protest der Sowjetregierung gegen die Anerkennung der Annexion Bessarabiens durch Rumänien im französischen Parlament.

27. Eröffnung der sowjetrussisch-rumänischen Konferenz in Wien.

April

2. Die sowjetrussisch-rumänische Konferenz in Wien ist ergebnislos abgebrochen worden. Die rumänische Delegation hat den sowjetistischen Vorschlag über eine Volksabstimmung in Bessarabien abgelehnt.

14. Eröffnung der englisch-russischen Konferenz.

24. Unterzeichnung der Eisenbahnkonvention zwischen der Sowjetunion und Polen.

Mai

3. Die deutsche Polizei nimmt eine Haussuchung in den Räumen der Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin vor und verhaftet einige Angestellte der Handelsvertretung. Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion, Krestinski, legt energischen Protest ein.

10. Die Sowjetregierung legt bei der polnischen Regierung Protest gegen die Verletzung der Rechte der nationalen Minderheiten in Polen ein.

31. In Peking wird ein Abkommen über Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China und über die Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn unterzeichnet.

Juni

18. De jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch Dänemark.
Unterzeichnung einer Post- und Telegraphenkonvention zwischen Finnland und der Sowjetunion.

Juli

2. Mitteilung des Volkskommissariats für Auswärtiges über die Liquidierung der Grenzstreitigkeiten mit Finnland.

Juli

3. Unterzeichnung des russisch-persischen Handelsvertrages in Teheran.

18. In Moskau wird die Konsularkonvention zwischen der Sowjetunion und Polen unterzeichnet.

29. Der russisch-deutsche Konflikt infolge der Haussuchung in der Berliner Handelsvertretung ist liquidiert.

August

8. Unterzeichnung des englisch-russischen Vertrags.

September

5. Als Antwort auf den polnischen Protest anläßlich der in der Sitzung der englisch-russischen Konferenz vom Genossen Rakowski abgegebenen Deklaration über Ostgalizien erklärt die Sowjetregierung, daß sie stets die Festlegung eines Regimes in Ostgalizien ohne Beteiligung und ohne Befragung der Bevölkerung selbst als ungültig betrachten werde.

Oktober

3. Unterzeichnung einer Telegraphenkonvention zwischen der Sowjetregierung und der Mongolei.

15. Note der Sowjetregierung an Polen mit der Forderung des ungehinderten Flößens von russischem Holz auf dem Njemen.

24. Das englische Außenministerium überreicht dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in London, Genossen Rakowski, eine Note, worin die Sowjetregierung der kommunistischen Propaganda in England beschuldigt wird, und als Beweis dafür wurde der Note die Kopie eines angeblich vom Genossen Sinowjew als Vorsitzenden des „Präsidiums des EKKI" unterzeichneten und an das ZK der Kommunistischen Partei Englands gerichteten Briefes beigefügt.

25. Genosse Rakowski protestiert bei der englischen Regierung gegen die Benutzung gefälschter Dokumente.

27. Die Sowjetregierung fordert von der englischen Regierung, daß die Schuldigen an der Abfassung und Benutzung des gefälschten Sinowjew-Briefes zur Verantwortung gezogen werden, und daß entsprechende Entschuldigung geleistet wird. Zur Klärung der Echtheit des Briefes wird vorgeschlagen, die Sache einem unparteiischen Schiedsgericht zur Untersuchung zu übertragen.

28. De jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich.

November

6. Die Sowjetregierung läßt allen auswärtigen Staaten durch die bevollmächtigten Vertretungen der Sowjetunion eine Notifikation zugehen betreffend die Rechte der Sowjetunion auf die Inseln im nördlichen Eismeer, die nördlich Sibiriens liegen.

7. Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in Mexiko, Genosse Pestkowski, überreicht dem Präsidenten Obregon sein Beglaubigungsschreiben.

15. In Moskau beginnt die russisch-deutsche Konferenz über den Abschluß eines Handelsvertrages.

21. Die englische Regierung erklärt die russische Note vom 27. Oktober für unannehmbar und beharrt auf der Echtheit des Briefes. Gleichzeitig erklärt die englische Regierung, daß sie es ablehnt, den unterzeichneten englisch-russischen Vertrag zu ratifizieren.

28. Note des Genossen Rakowski an das englische Außenministerium: Die Sowjetregierung spricht ihr Bedauern über die Ablehnung der unterzeichneten Verträge aus und schlägt erneut ein Schiedsgericht vor zur Entscheidung über die Frage der Echtheit des „Sinowjew-Briefes".

Dezember

17. Unter dem Druck der Auslandsmächte wird die albanische Regierung gezwungen, den bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion zu ersuchen, Albanien zu verlassen.

25. Die englische Regierung lehnt irgendwelche ergänzenden Erklärungen über den sogenannten „Sinowjew-Brief" ab.

1925

Januar

2. Genosse Rakowski stellt in einer an Chamberlain gerichteten Note fest, daß die englische Regierung dadurch, daß sie abgelehnt hat, die Klärung der Frage über den Ursprung des gefälschten „Sinowjew-Briefes" einem unparteiischen Schiedsgericht zu übertragen, bestätigt, daß sie nicht imstande ist, die mit diesem Brief verknüpften Beschuldigungen zu beweisen.

20. In Peking wird der russisch-japanische Vertrag unterzeichnet.

März

29. An der russisch-polnischen Grenze werden die zum Austausch bestimmten polnischen Revolutionäre Baginski und Wieczerkiewicz von einem Angehörigen der begleitenden Polizeimannschaft erschossen.

April

2. Die Sowjetregierung protestiert gegen die Ermordung der zum Austausch bestimmten Genossen Baginski und Wieczerkiewicz.

4. Japan übergibt das nördliche Sachalin an die Sowjetunion.

Juni

16. Im Namen des Außenkommissariats der Sowjetunion wird den Vertretern der auswärtigen Regierungen in Moskau der Eintritt der Republiken Turkmenistan und Usbekistan in die Sowjetunion notifiziert.

28. Polnische Truppenteile machen im Rayon Lepeschicha-Schilicha einen Ueberfall auf einen sowjetrussischen Grenzposten.

Juli

4. Protest des Genossen Tschitscherin an die polnische Regierung wegen des Ueberfalls des polnischen Militärs auf den sowjetrussischen Grenzposten.

13. In Peking sind sowjetrussische Flieger eingetroffen.

August

3. In Moskau wird ein Abkommen über die Lösung der Grenzkonflikte zwischen der Sowjetunion und der Polnischen Republik unterzeichnet.

26. In Peking begann die Arbeit der russisch-chinesischen Konferenz.

September

16. In Wien werden russische Weißgardisten, die ein Attentat auf den sowjetrussischen bevollmächtigten Vertreter, Genossen Bersin, planten, verhaftet.

Oktober

12. In Moskau wird der deutsch-russische Vertrag unterzeichnet.

30. Genosse Krassin wird zum bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Großbritannien ernannt. — Genosse Rakowski wird zum bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Frankreich ernannt.

Dezember

14. Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen der Sowjetunion und Norwegen.

17. Unterzeichnung des Freundschafts- und Neutralitätsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Türkei in Paris durch Tschitscherin und Ruschdy-Bey.

1926

Januar

12. Besuch der Delegation polnischer linksstehender Parlamentarier in Moskau unter Führung des Abgeordneten Bryl.

20. Vorstoß Tschang-Tso-Lins gegen die Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn. Verhaftung des Direktors der Eisenbahn, Iwanow. Protestnote der Sowjetunion an die Pekinger Regierung

25. Abkommen zwischen Tschang-Tso-Lin und dem Generalkonsul der Sowjetunion in Mukden. Tschang-Tso-Lin verspricht die Erfüllung der Bedingungen der Sowjetunion.

Januar

26. Note des Volkskommissars des Aeußeren, Tschitscherin, an den Generalsekretär des Völkerbundes, in der die Sowjetunion ihr Einverständnis erklärt, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, wenn diese nicht in der Schweiz stattfindet.

Februar

5. Politischer Ueberfall auf Kuriere der Sowjetunion. Kurier Nette getötet. Protestnote der Gesandtschaft der Sowjetunion in Riga.

10. Die Sowjetunion erklärt ihre Bereitschaft zur Teilnahme an vorbereitender Abrüstungskonferenz, wenn nicht in der Schweiz verhandelt wird.

25. Beginn der Wirtschaftskonferenz zwischen der Sowjetunion und Frankreich in Paris. Als Vorsitzende sind Rakowski und De Monzie gewählt worden.

März

26. Beschluß der deutschen Regierung, Garantie für die deutschen Industrielieferungen im Gesamtbetrage von 300 Millionen Reichsmark an die USSR zu übernehmen.

April

12. Note Tschitscherins an den Völkerbund mit scharfer Absage, an Weltwirtschaftskonferenz und vorbereitender Abrüstungskonferenz teilzunehmen, weil diese in der Schweiz stattfinden.

24. Freundschafts- und Neutralitätsvertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland in Berlin von Stresemann und Krestinski unterzeichnet. Rede Litwinows auf der Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion über den Vertrag.

Die Rote Armee nach ihrer Reorganisation

P. P. UNSCHLICHT

In den Jahren 1923/24 wurde eine radikale Reorganisation der Roten Armee durchgeführt. Ihre Notwendigkeit ergab sich aus jenen Bedingungen, die sich durch den Uebergang vom Bürgerkrieg zum friedlichen Aufbau für die Rote Armee entwickelt hatten.

Vor allem bezweckte die Reorganisation die Verminderung der Roten Armee und die Regelung der Rekrutierung und des Personalbestandes. Heute ist die Stärke der Armee auf 562 000 Mann reduziert. Im Vergleich zu den Armeen der bürgerlichen Länder ist diese Ziffer verschwindend klein. Die Rote Armee hat fast nur ein Drittel der Stärke der zaristischen Armee (1 350 000 Mann), während gleichzeitig die Siegerstaaten und die neutralen Länder Westeuropas ihre Armeen um 1 192 000 Mann vergrößert haben. Die älteren Jahrgänge sind aus der Roten Armee entlassen, die jetzt durchweg aus den jungen Jahrgängen 1902 und 1903 besteht.

Einer radikalen Reorganisation wurde auch der Apparat des Kriegsressorts unterzogen. Das geschah auf der Grundlage der Trennung der Verwaltungsfunktionen in Friedenszeiten von den rein militärischen Funktionen. Im Zusammenhang damit ist der bisher einheitliche Stab in die Hauptverwaltung und in den Stab der Roten Arbeiter- und Bauernarmee aufgeteilt worden (der Stab entspricht dem Generalstab in den anderen Ländern). Die Versorgungsfunktionen sind in der Versorgungsverwaltung vereinigt. Abgetrennt sind die Politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee, die Verwaltung der Luftstreitkräfte, die Verwaltung der Seestreitkräfte und die Verwaltung der militärischen Lehranstalten.

Ein wichtiges Moment in der Reorganisation war die Auffrischung des alten Offizierbestandes der Armee. In den Jahren des Bürgerkrieges ist ein Stab von Kommandanten aus Arbeitern und Bauern entstanden, der auf den Schlachtfeldern eine strenge Schule durchgemacht und mit Taten seine Fähigkeit zu siegen bewiesen hat. Andererseits sind in der Akademie und anderen militärischen Lehranstalten neue Kräfte herangewachsen, die man jetzt zu praktischen Arbeiten in der Armee heranziehen konnte. So hat sich die soziale Zusammensetzung des Kommandobestandes der „Roten Armee" sehr stark geändert: der vorletzte Jahrgang der militärischen Lehranstalten setzte sich aus 33 Prozent Arbeitern, 52 Prozent Bauern und 15 Prozent anderen Elementen zusammen, der letzte Jahrgang aus 37,6 Prozent Arbeitern, 53,1 Prozent Bauern und 9,3 Prozent anderen Elementen.

Dies hat die Verwirklichung einer höchst wichtigen Maßnahme ermöglicht, nämlich die Durchführung der „ungeteilten Kommandogewalt". Der Sieg der Roten Armee ist zum großen Teil der aufopfernden Arbeit der Kommissare in den einzelnen Truppenteilen zuzuschreiben. Viele von ihnen, die die nötige Erfahrung gesammelt und durch Absolvierung besonderer Kurse vervollständigt hatten, konnten Kommandeure werden. Der ganze Kommandobestand ist heute durch und durch sowjettreu und verdient volles Vertrauen in politischer Hinsicht. Dadurch war es möglich, dem Kommandeur die volle Kommando- und wirtschaftlich-administrative Gewalt zu übertragen und den Kommissaren die politische Führung zu überlassen

Das nächste wichtige Resultat der Reorganisation war die Ordnung der Heeresverwaltung, in der die Ueberbleibsel des

Bürokratismus der zaristischen Intendanten sowie die Reste des Kriegskommunismus endgültig liquidiert werden mußten. Die Reorganisation drückte sich hier hauptsächlich in der Dezentralisation der Versorgungsfunktionen aus, in der Ueberlassung größerer Initiative an die einzelnen Truppenteile, im besonderen an die Regimentswirtschaften. Andererseits sind Maßnahmen getroffen zur Auffrischung und Befestigung des Apparates, zur engeren Verbindung mit den Lokalbehörden, zur Regelung der Rechnungslegung usw.

Der Uebergang der „Roten Armee" zum friedlichen Aufbau hat die Aufmerksamkeit zwangsläufig auf die Verbesserung der Kriegstechnik gelenkt. Diese Frage ist eng mit der Entfaltung und Stärkung der Staatsindustrie verknüpft. Der Aufschwung der Wirtschaft, der sich in der letzten Zeit deutlich gezeigt hat, eröffnet auch in bezug auf die Entwicklung der militärischen Technik günstige Perspektiven.

Die Bedeutung aller dieser Maßnahmen hängt aufs engste mit der Ausbildung und Erziehung der Truppen zusammen. Die Rote Armee ist in eine Periode des Lernens übergegangen. Sie besitzt jetzt neue Reglements, die mit den Erfahrungen des imperialistischen und des Bürgerkrieges übereinstimmen. Die letzten Manöver haben gezeigt, daß die Ausbildung der Rotarmisten einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht hat.

Die Demobilisierungsperiode hatte die Disziplin beeinflußt, weshalb eine Kampagne zu deren Festigung unternommen wurde. Die allgemeine Erhöhung des politischen Niveaus, die Festigung der Armee durch Parteikräfte und Arbeiterkaders hat es ermöglicht, die Disziplin auf die nötige Höhe zu bringen. Die Disziplin der Roten Armee basiert auf der bewußten Pflichterfüllung seitens der Kommandeure und der Rotarmisten.

Auf dieser Grundlage durchgeführt, hat die Reorganisation ermöglicht, die wichtigste Reform durchzuführen, die mit dem Uebergang der Roten Armee zum friedlichen Aufbau verbunden ist, d. h. zur Grundlage des letzteren das Territorialsystem zu machen. Heute ist ein bedeutender Teil der Divisionen der Roten Arbeiter- und Bauernarmee territorial aufgebaut. *Ihre Ausbildung wird ohne Störung der Berufstätigkeit der Werktätigen durchgeführt.* Dank dem Vorhandensein eines ständigen Kaders rekrutieren sich die Territorialdivisionen durch Teilmobilisierungen auf einen

oder höchstens zwei Monate im Jahre. Auf dem Gebiete des Territorialsystems besitzt die Rote Armee bereits bestimmte Erfahrungen, die die Lebensfähigkeit dieses Systems bestätigen.

Dieser Uebergang der Roten Armee zum Territorialsystem eröffnet neue Perspektiven für den militärischen Aufbau des Landes. Die Entwicklung des Militärsports, die vielen Zellen der Militärwissenschaftlichen Gesellschaft und des „Aviochim" (Gesellschaft zur Förderung des Flugwesens und der praktischen Chemie), die Arbeit unter der Bevölkerung zwischen den Einberufungszeiten, dies alles bringt uns dicht heran an die Verwirklichung der allgemeinen militärischen Ausbildung der Werktätigen.

Unsere Rote Armee ist von den Arbeiter- und Bauernmassen nicht getrennt. Im Gegenteil, sie ist ein gewaltiges Mittel zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit dem Bauerntum. Die Bauernjugend geht aus der Roten Armee fester in kultureller und bewußter in politischer Hinsicht hervor. Das Analphabetentum, das zur Zeit der Einberufung 20 Prozent ausmacht, wird während der Dienstzeit vollkommen liquidiert. Im Jahre 1924 wurde 33 421 Analphabeten und 33 717 Halbanalphabeten das Lesen und Schreiben beigebracht. Im ersten Halbjahr 1925 waren die entsprechenden Ziffern 23 520 und 20 506. Außerdem wird in den Reihen der Roten Armee umfassende politische Aufklärungsarbeit geleistet. Im Jahre 1924 wurden aus den „Rotarmistenecken" 10 Millionen Bücher entliehen. Die Zahl der Klubs erreicht 780, die der Lenin-Ecken 4500. Durch die territorialen Truppenteile wird dieselbe kulturpolitische Arbeit unter den am weitesten zurückgebliebenen Massen durchgeführt.

Eins der wichtigsten Momente in dieser Hinsicht ist die Formierung nationaler Truppenteile. Um die früher unterdrückten Nationalitäten in den militärischen Aufbau hineinzuziehen, organisiert die Sowjetmacht nationale Truppenteile, die in der Muttersprache ausgebildet werden.

Das neue, vom Zentral-Exekutivkomitee der USSR angenommene Gesetz bestimmt genau die Grundlagen der Wehrpflicht. Die aktive Dienstpflicht dauert fünf Jahre, in Wirklichkeit beträgt sie bei der Flotte vier Jahre, in Spezialtruppenteilen drei Jahre, in den Infanteriekaders zwei Jahre (auch diese letzte Frist wird faktisch abgekürzt).

Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß ein großer Teil des einberufenen Kontingents die Ausbildung in den territorialen Truppenteilen und auf nichtmilitärischem Wege durchmacht, ohne dem Beruf entzogen zu werden. Auch werden in weitgehendstem Maße Familienverhältnisse berücksichtigt. Nirgends gehen folglich die Erleichterungen der Militärlasten so weit wie in der USSR. Auf 10 000 Einwohner kommen in der USSR 41 Soldaten, in Rumänien und Polen etwa 100, in Frankreich 200. Die Ausgaben für Militärzwecke betragen in der USSR 3 Rubel pro Kopf der Bevölkerung, in den baltischen Ländern bis zu 7 Rubel, in Polen bis zu 11 Rubel und in Frankreich ebenfalls bis zu 11 Rubel.

Nirgends finden wir eine derartige Verschmelzung der Armee mit den werktätigen Massen wie in der Sowjetunion. Die Rote Armee ist eine wirkliche Arbeiter- und Bauernarmee. In sozialer Hinsicht setzt sie sich aus 17,8 Prozent Arbeitern und 73 Prozent Bauern zusammen. Die Zahl der Deserteure beträgt in der Roten Armee nur 0,1 Prozent. Die nicht werktätigen Elemente werden in die Rote Armee nicht zugelassen. Sie müssen eine spezielle Steuer entrichten und werden im Kriegsfalle zu besonderen Hilfskommandos herangezogen.

Die Rote Armee erfüllt das Vermächtnis Lenins. Sie verwirklicht den Kampf für die Interessen der Werktätigen. Der Aufbau des Militärwesens der Union ist von den Grundsätzen des Leninismus durchdrungen. Nach ihnen werden die Truppenbefehlshaber der Roten Arbeiter- und Bauernarmee erzogen, nach ihnen baut sich die politische Aufklärungsarbeit auf, die sich zum Ziele setzt, aus jedem Rotarmisten einen Leninisten zu machen. Die Rote Armee verkörpert jenen Drang zur friedlichen Arbeit, von dem die werktätigen Massen der Union erfüllt sind. Ihre enge Verbindung mit der Bevölkerung des Landes ist keine Schwäche, sondern der Ausdruck ihrer gewaltigen Kampfkraft. Die Rote Armee ist bereit, einen Ueberfall der Kapitalisten mit der Waffe in der Hand abzuwehren.

Die Werktätigen der Union verfolgen aufmerksam die letzten Veränderungen in der Politik der kapitalistischen Länder. Sie erkennen sehr wohl, welche Folgen ihnen aus den „Friedensgarantien" drohen, die sich gegen die Union der Sowjetrepubliken richten. Sollten die Kapitalisten es unternehmen, ihren wahnsinnigen Vorsatz auszuführen, sollten sie nochmals versuchen, die Sowjetunion zu erdrosseln, so werden sie auf

den wuchtigen Widerstand der Roten Armee und der bewaffneten Massen aller Werktätigen der Union stoßen, die sich jetzt vor allem nach friedlicher Arbeit sehnen, aber zu jeder Zeit bereit sind, den Kampf aufzunehmen und die Oktober-Errungenschaften zu verteidigen.

Zivil- und Strafrecht in der USSR

D. KURSKI

Die ersten Sowjetgesetzbücher sind: der Kodex der RSFSR über Ehe-, Familien- und Vormundschaftsrecht und der Arbeitskodex, die 1918 erschienen sind. Der Kodex über Ehe-, Familien- und Vormundschaftsrecht legte die bürgerliche Registrierung der Ehe-, Geburts- und Todesfälle fest, nahm den kirchlichen Zeremonien jede Rechtswirksamkeit, legte den Rechten und Pflichten der Eltern die wirkliche Herkunft und nicht die „gesetzliche Ehe" zugrunde und legte das Recht auf Scheidung auf Wunsch eines der Gatten fest; so vollzog das Gesetz auf dem ganzen Gebiet des Familienrechts eine grundlegende Umwälzung. Eine ebensolche Umwälzung des Arbeitsrechts bewirkte der Arbeitskodex, der den achtstündigen Arbeitstag, die zweiundvierzigstündige wöchentliche Rauhepause einführte und Bestimmungen über den Arbeiterschutz traf.

Der erbitterte Kampf gegen die Intervention und die innere Konterrevolution der nachfolgenden Periode des Kriegskommunismus rückte bis 1921 jede planmäßige gesetzgeberische Arbeit insbesondere im Straf- und Zivilrecht in den Hintergrund. Seit Beginn des Jahres 1922, nach der Einführung der NEP, erscheint eine Reihe neuer Gesetzbücher der RSFSR, die später von den anderen Sowjetrepubliken rezipiert wurden. So wurden im Jahre 1922 in Kraft gesetzt: eine Gerichtsordnung, ein Straf- und Zivilgesetzbuch und ein Agrargesetzbuch; ferner wurde der Arbeitskodex umgearbeitet.

Im Jahre 1923 erschien eine Straf- und eine Zivilprozeßordnung.

Die Gerichtsordnung setzte an Stelle des früheren Doppelsystems von Revolutionstribunalen und Volksgerichten folgendes einheitliches Gerichtssystem: Volksgericht — Gouvernementsgericht — Oberstes Gericht, bei denen ständige, von den Exekutivkomitees der Sowjets gewählte Richter und Vertreter der breiten Massen der Werktätigen, sogenannte Volksbeisitzer, zusammenwirken. Die unterste Instanz bilden die Volksgerichte, bestehend aus einem Richter und zwei wechselnden Beisitzern. Das Volksgericht ist zuständig für Strafprozesse, mit Ausnahme der Prozesse wegen der wichtigsten Staats- (konterrevolutionären) Verbrechen und alle Zivilprozesse um Streit-

objekte bis zum Werte von 1000 Rubel. Die Berufungsinstanz für das Volksgericht ist das Gouvernementsgericht, das seinerseits das Gericht erster Instanz für Prozesse wegen konterrevolutionärer Verbrechen und einige Kategorien von Amtsverbrechen bildet; die weitere Berufungsinstanz ist das Oberste Gericht. Die Volksgerichte setzen sich zu über 50 Prozent und die Gouvernementsgerichte zu 75 Prozent aus Mitgliedern der KP der USSR zusammen. Dem Strafgesetzbuch von 1922 liegen einzelne Dekrete, die strafrechtliche Normen enthielten, und die Spruchpraxis der Revolutionstribunale und Volksgerichte zugrunde.

Im Jahre 1925 wurde die neue Fassung des Strafgesetzbuchs bestätigt. Das Strafgesetz bezweckt den Schutz des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern und seiner Rechtsordnung vor gemeingefährlichen Handlungen (Verbrechen) durch gerichtliche Besserungsmaßnahmen (Landesverweis, Verlust der Freiheit, Zwangsarbeit ohne Inhaftierung, Verlust der politischen und gewisser bürgerlichen Rechte, Konfiskation des Eigentums, Geldstrafen, Dienstentlassung, öffentliche Rüge, Verwarnung, Verpflichtung, den Schaden wieder gut zu machen) oder durch medizinische Maßnahmen (Zwangsheilung, Unterbringung in Heilanstalten) oder endlich durch heilpädagogische Maßnahmen gegenüber Minderjährigen (Ueberweisung in Fürsorgeerziehung an einzelne Personen oder Anstalten, Unterbringung in Heil-Erziehungs-Anstalten) gegen die die Rechtsordnung gefährdenden Personen. Zur Bekämpfung der schwersten Arten von Verbrechen, die die Grundlagen der Sowjetmacht und der Sowjetordnung bedrohen, wird als außerordentliche Verteidigungsmaßnahme des Staates der Werktätigen bis auf Widerruf durch das Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjetunion die Erschießung angewendet. Die Verbrechen werden in Verbrechen gegen die Grundlagen der Sowjetordnung und andere Verbrechen eingeteilt: für Verbrechen der ersten Kategorie ist eine Grenze festgelegt, unter die herunterzugehen das Gericht nicht das Recht hat, für alle sonstigen Verbrechen bestimmt das Strafgesetz lediglich das höchste Strafmaß. Bedingte Verurteilung und Freilassung nach Verbüßung der Hälfte der festgesetzten Freiheitsstrafe ist zulässig. Das Strafgesetz hat insgesamt über 200 Paragraphen, die Anwendung der Gesetze auf analoge Fälle ist jedoch zulässig. Staats- und militärische Verbrechen werden jetzt durch staatsrechtliche Bestimmungen normiert.

Das Zivilgesetz schützt die privatrechtlichen Beziehungen, soweit sie die Hebung der Produktivkräfte des Landes fördern und der Befestigung und Entwicklung der sozialistischen Grundsätze auf dem Gebiete der Volkswirtschaft nicht zuwiderlaufen, d. h. es normiert das Privatrecht als soziale Funktion. Im Außenhandel treten juristische und physische Personen lediglich durch die Vermittlung des Staates

auf. Folgende Sachen können nicht Gegenstände privatrechtlicher Vereinbarungen sein: Grund und Boden (nur Nutzungsrecht ist zulässig), die nationalisierten Industrieunternehmungen, die Eisenbahn, die nationalisierten Schiffe, die nationalisierten und munizipalisierten Gebäude (nur Pacht zulässig) und einige Gegenstände, z. B. Waffen, Explosivstoffe u. a. m. An den dem Privatverkehr nicht entzogenen Vermögensobjekten sind sowohl dingliche als obligatorische Rechte zugelassen. Sie können auch vererbt werden.

Das Arbeitsgesetz vom Jahre 1922 ist eine Umarbeitung des ersten von 1918; es verstärkt den Schutz der Rechte des Arbeiters wegen der Zulassung von Privatkapital.

Das Agrargesetz von 1922 bildet die rechtliche Grundlage der bäuerlichen Wirtschaft. Das Land wird den Bauern, die selbst arbeiten, zur dauernden Benutzung überlassen. Träger des Nutzungsrechtes ist der „Hof", d. h. eine familiäre Vereinigung von Personen, die gemeinsam Boden bewirtschaften. Die Höfe werden zu sowohl administrativen wie wirtschaftlichen Gemeinschaften (landwirtschaftlichen Kommunen und Artels) vereinigt. Lohnarbeit wird nur zugelassen, wenn sich der sie Verwendende zur Einhaltung der Arbeitsordnung verpflichtet.

Die Zivil- und Strafprozeßordnung vom Jahre 1923 ist auf dem Grundsatz des Vorherrschens des mündlichen Verfahrens aufgebaut. In Zivil- und Strafprozessen ist keine Berufung, sondern nur Aufhebung des Urteils zulässig. Mit der Bildung der Union der Sowjetrepubliken ist das Recht der Gesetzgebung für die Grundlinien des Zivil- und Strafrechts auf diese übergegangen.

Gegenwärtig sind die Grundlagen des Strafgesetzes der Union fertiggestellt, als Material hierzu dienten die geltenden Strafgesetze. Diese Grundlagen werden ihrerseits eine Umarbeitung sowohl des allgemeinen Teiles und einiger Abschnitte des besonderen Teiles der geltenden Strafgesetze der Bundesrepubliken erforderlich machen. In der RSFSR ist ein derartiger umgearbeiteter Strafkodex von der II. Tagung des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees im Oktober 1925 bestätigt worden; darin sind die von der Union festgesetzten sozialen Schutzbestimmungen bereits enthalten.

Kommunalwesen

Die Sowjetrepubliken haben vom zaristischen Rußland Städte übernommen, in denen neben den verhältnismäßig gut eingerichteten zentralen Stadtteilen die Peripherie und die Arbeiterviertel außerordentlich vernachlässigt waren. Die Jahre des imperialistischen und des Bürgerkrieges haben auch die vor dem Kriege in verhältnismäßig guter Ver-

fassung befindlichen Teile der Städte schwer geschädigt. Nach der Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik wandte sich die Sowjetmacht der Hebung der Kommunalwirtschaft als wesentlichem Faktor zur Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern zu. Zunächst galt es, den Kommunalbesitz, der infolge seiner Verstreutheit durch Krieg und Inflation mehr gelitten hatte, als irgendein anderer Zweig, nach Möglichkeit wiederherzustellen. Dieser Wiederaufbau und Sammlungsprozeß ist größtenteils beendet, so daß sich die USSR der Anpassung der Kommunalwirtschaft an die neuen Anforderungen zuwenden kann.

Eine der brennendsten Fragen, die bis heute noch nicht gelöst ist, ist die Wohnungsfrage. Neben der Zerstörung von Gebäuden durch Kriegsoperationen hat der Verfall durch das jahrelange Fehlen von Reparaturen große Teile der Gebäude schwer geschädigt. Der Charakter eines großen Teiles der munizipalisierten und nationalisierten Gebäude, insbesondere in den Großstädten, mit ihrer nicht für Werktätige bestimmten Einrichtung, die große Instandhaltungskosten verursachten, sowie die Lage dieser Gebäude abseits der Fabrikviertel behinderten eine umfassende Ausnutzung der vorhandenen Wohnfläche. Man mußte daher das Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der kleineren, an der Peripherie gelegenen Gebäude richten und Maßnahmen zur Verteilung der Wohnfläche unter die Werktätigen treffen.

Die Munizipalisierung und Nationalisierung betraf nur etwa 13 Prozent der Wohnhäuser, größtenteils Steinbauten, während die kleineren Gebäude entweder gar nicht munizipalisiert wurden oder den Eigentümern (meist Werktätigen) wieder zurückgegeben wurden. Der Munizipalisierungsprozeß kann gegenwärtig als beendet gelten. Die Sowjetmacht richtet ihre Aufmerksamkeit auf Neubauten, für die sie sowohl Ortsbehörden, staatliche Institutionen und Betriebe, als auch Privatunternehmer heranzieht. Von den zur Förderung des Wohnungsbaues getroffenen Maßnahmen sind zu erwähnen: Gründung einer zentralen Kommunalbank zur Gewährung langfristiger Kredite für alle Arten des Wohnungsbaues, Bildung eines Hilfskomitees zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen, Vergünstigungen für Bauunternehmungen und Wohnungsbaugesellschaften (steuer- und gebührenfrei), Einräumung des Rechtes auf freie Ausnutzung der Wohnfläche in den auf privater Grundlage gebauten Häusern und Festsetzung von 40—60 jährigen Besitzfristen für die Häuser.

Das Ergebnis dieser Maßnahmen ist eine rasche Entfaltung des Wohnungsbaues in einer ganzen Reihe von Städten und Industriezentren (Iwanowo-Wosnessensk, Nishnij-Nowgorod u. a.) und die Errichtung von Arbeitersiedlungen bei Betrieben und Fabriken, ja das Entstehen ganzer neuer Stadtviertel. Die Entwicklung der Baugenossenschaften, der Privatbanken, sowie auch des Staatshaushalts und der Staatsindustrie sind eine sichere Gewähr dafür, daß die Wohnungsnot in

Kürze wesentlich gemildert werden wird. Allerdings wirkt dem eine überaus schnelle Zunahme der städtischen Bevölkung infolge des Wachstums der Industrie entgegen. Daher erfordert die Beseitigung der Wohnungsnot in der USSR eine außerordentliche Anpassung aller Kräfte.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe war für die Sowjetmacht die Wiederherstellung und Erweiterung der Gemeindebetriebe, wie Wasserleitungen, Kanalisation, Elektrizitätsversorgung, Straßenbahnen usw. Das größte Hemmnis war hier das Fehlen normaler Beziehungen zu den Hauptlieferanten des Bedarfs dieser Betriebe in den westlichen Staaten. In der ersten Zeit konnte sich die Sowjetindustrie diesen Bedürfnissen nicht anpassen. Bis 1926 konnte aber die Wiederherstellung der wichtigsten Kommunalbetriebe, ja sogar eine Entwicklung über den Vorkriegsstand hinaus erreicht werden. So ist die Zahl der Elektrizitätswerke von 300 (ohne Moskau und Leningrad) mit einer Gesamtleistung von 150 000 KW auf 475 mit 475 000 KW gestiegen. Aehnlich steht es mit der Wasserversorgung. Eine Anzahl von Städten (Moskau, Leningrad, Swerdlowsk, Iwanowo-Wosnessensk u. a.) haben das Wasserleitungsnetz auf die Außenbezirke ausgedehnt. 1923/25 wurden die Wasserleitungsanlagen in 32 Städten mit einem Gesamtaufwand von 20 Millionen Rubel erweitert oder umgebaut. Für die nächste Zeit sind Neuanlagen von Wasserleitungen in 16 Städten in Aussicht genommen. Ebenso wurde das Straßenbahnnetz in fast allen Städten erweitert; in einigen Städten sind neue Straßenbahnen im Bau (Baku, Begorodsk, Starka Russa). Gemeinsam ist allen diesen Neubauten die Ausdehnung der kommunalen Einrichtungen auf die Außenbezirke, Arbeiterviertel und Vorstädte.

Zur weiteren erfolgreichen Entwicklung der kommunalen Einrichtungen und Finanzierung dieser Unternehmungen wurden Maßnahmen zur Vertrustung, Kreditgewährung usw. getroffen. Hauptaufgabe der Staatsgewalt ist hierbei die Versorgung dieser Betriebe mit Kapital. Bezüglich des neuen Planes der Schaffung von Freiflächen, Pflasterung usw. bleibt noch viel zu tun, weil die meisten russischen Städte schon in der Vorkriegszeit in dieser Richtung viel zu wünschen übrig ließen und bisher dafür noch wenig Geld übrig war. In vielen Städten sind jedoch bereits neue Baupläne ausgearbeitet, nach denen nunmehr vorgegangen wird. Die Pflasterung wird mit großer Intensität betrieben, ebenso die Bepflanzung der Straßen und Parks mit Bäumen.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Bekämpfung der Feuersgefahr, da große Städte wiederholt von Feuersbrünsten heimgesucht wurden. Die Zahl der Brände ist aber trotz des Verfalles der Gebäude auf die der Vorkriegszeit zurückgegangen. Auf dem Lande sind auf diesem Gebiet noch keine Erfolge zu verzeichnen, da dort auch vor dem Kriege keine Feuerwehreinrichtungen bestanden. Man geht jedoch

an die Schaffung freiwilliger Feuerwehrkolonnen, die Versorgung der Dörfer mit Löschgerät sowie die Einführung von feuersicheren Bauweisen.

Ein Ueberblick über den Stand des Kommunalwesens der USSR zeigt, daß in der Zeit von 1922—1926 die Folgen von Krieg und Intervention größtenteils beseitigt sind und nunmehr die Möglichkeit zur Schaffung neuer Werte auch auf diesem Gebiete gegeben ist.

DIE WIRTSCHAFT

Das Problem der Industrialisierung

A. RYKOW

Seit dem Uebergang zur Neuen Oekonomischen Politik sind 5 Jahre vergangen, während deren, trotz aller Schwierigkeiten, Stockungen, Ungleichmäßigkeiten und sogar Krisen, ein stetiger wirtschaftlicher Aufschwung unseres Landes vor sich gegangen ist. Auf dieser aufsteigenden Linie haben wir die größten Schwierigkeiten überwinden, die ernstesten Krisenerscheinungen liquidieren müssen, von denen die eigenartigsten und lehrreichsten die Stockungen vom Herbst 1923 waren. Die Bedeutung der Krise von 1923 in der Geschichte der ökonomischen Entwicklung unseres Landes wird manchmal ungenügend eingeschätzt. Diese Krise hat uns die ganze Unrichtigkeit unserer beschränkt-industriellen Orientierung in der Wirtschaftspolitik vor Augen geführt, die dem Mangel an Verständnis für die gegenseitige Abhängigkeit der industriellen und der landwirtschaftlichen Entwicklung entsprang. Die grundlegende Lehre der Krise von 1923, als der Transmissionsapparat des Warenumlaufs zwischen Stadt und Land äußerst schlecht funktionierte und die Industrie (trotz der gewaltigen Reserve noch nicht in Gang gesetzter Fabriken und Werke) eine Absatzkrise durchmachte, bestand darin, daß die Entwicklung der Industrie mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbunden werden muß. Die grundlegende Direktive der Partei besagte damals, daß es notwendig sei, durch Herabsetzung der Industriepreise den bäuerlichen Verbraucher zu gewinnen und dadurch einen engeren Zusammenschluß zwischen Industrie und Landwirtschaft herbeizuführen. Die Verwirklichung dieser Direktive hatte einen schnellen Aufstieg sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft zur Folge auf der Grundlage eines fortwährend zunehmenden Warenaustausches zwischen Stadt und

Land und einer verstärkten wirtschaftlichen Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Heute erreicht die Industrie 95 Prozent des Vorkriegsstandes, die Landwirtschaft 91 Prozent. Im Laufe der letzten Jahre — vom Ausgangspunkt der Nep über die Krise von 1923 hinweg bis zur heutigen Lage — war das Entwicklungstempo der Industrie schneller als dasjenige der Landwirtschaft. Als Ergebnis des Wiederherstellungsprozesses haben wir in unserer wirtschaftlichen Situation Erscheinungen zu verzeichnen, die denjenigen aus der Anfangszeit der Nep diametral entgegengesetzt sind. Damals hatte das Land ununterbochene Verpflegungsschwierigkeiten und Heizmaterialkrisen zu überwinden. Heute dagegen haben wir starken Warenhunger nach Industrieerzeugnissen zu verzeichnen, trotz des schnellen Entwicklungstempos der industriellen Produktion (im vorigen Jahre nahm die Industrie um 64 Prozent zu, im laufenden Jahre steigt ihre Produktion wiederum um etwa 35 bis 40 Prozent).

Was ist nun die grundlegende Ursache des Warenhungers? Die Ursachen dieser Erscheinung sind zu suchen in dem ungenügenden spezifischen Gewicht der Industrie innerhalb des Gesamtsystems der Volkswirtschaft. Es wäre naiv, zu glauben, man könnte in zwei oder drei Jahren den agrarischen Charakter unseres Landes radikal umändern. Es handelt sich ja eben um eine radikale Veränderung des ökonomischen Charakters unseres Landes, um einen langwierigen, auf Jahre hinaus berechneten Prozeß der Umwandlung unseres Landes aus einem agrarisch-industriellen in ein industriell-agrarisches.

Vor dem Kriege verhielt sich die landwirtschaftliche Produktion zu der industriellen ungefähr wie 13 : 7. Der allgemeine Ausdruck dieser überwiegenden Rolle der rückständigen landwirtschaftlichen Produktion war der Umstand, daß im zaristischen Rußland am billigsten Brot und am teuersten Kattun war. Betrug der Durchschnittspreis für Weizen in Europa und Amerika 1 Rubel 33 Kopeken, so machte er in Rußland 1 Rubel 5 Kopeken aus. Ein Arschin Kattun kostete in Europa im Durchschnitt 8,6 Kopeken, in Rußland 13 Kopeken.

Trotzdem die Industrie in den letzten drei Jahren einen großen Sprung nach vorwärts gemacht hat, ist, wie gesagt, ein

starker Warenhunger zu verzeichnen. Welches sind seine nächstliegenden Ursachen? Sie sind enthalten in der raschen Zunahme zahlungsfähiger Nachfrage sowohl in der Stadt als auch auf dem flachen Lande, einer Nachfrage, die das Angebot an Industriewaren überholt. Die Oktoberrevolution hat radikale Veränderungen in der Struktur des Bauernbudgets verursacht. Es sind daraus gänzlich verschwunden die mit dem Kauf oder der Pacht von Grund und Boden verbundenen Ausgaben. In Wegfall gekommen ist auch eine Reihe steuerlicher Abgaben der Bauernschaft, die sich aus dem Wesen der adlig-gutsherrlichen Ordnung ergaben. Infolgedessen wird mit dem Aufstieg der Landwirtschaft und den damit verbundenen wachsenden Einnahmen der Bauernschaft bei dieser ein Teil der früher entzogenen Mittel frei und folglich steigt die Nachfrage der Bauern nach Industriewaren. Im Zusammenhang damit lassen sich bei manchen Genossen mitunter folgende Gedankengänge feststellen: da es im Dorfe Ressourcen genug gibt, so ist zur forcierten Durchführung der Industrialisierung und folglich auch zur Beseitigung der Disproportionalität die Entziehung der Mittel der Bauernschaft bis zur Höchstgrenze zu steigern. Eine solche Auffassung ist grundfalsch. Das Wesen der Sowjetmacht ist darauf begründet, daß die ungeheure Masse der Bauernschaft hinsichtlich ihrer Steuern und Abgaben in einem anderen Verhältnis zum Sowjetstaat steht, als es im zaristischen Rußland der Fall war. Ein solcher Weg zur Industrialisierung, der hauptsächlich über die maximale steuerliche Belastung der Bauernwirtschaft führt, kommt für uns absolut nicht in Frage. Denn es ist klar: wenn wir diese Methode anwenden, dann hört nicht nur das Wachstum der Landwirtschaft auf, sondern geht auch der politische Block der Arbeiter und Bauern in die Brüche und wir verlieren die Bauernschaft als einen Verteidiger der Oktoberrevolution und der Diktatur der Arbeiterklasse.

Es bleiben jetzt der Bauernschaft, bei entsprechender Zunahme der auf den Markt geworfenen Produktion, weit mehr Mittel zur Verfügung als früher. Fügt man dem noch hinzu, daß wir es bis heute noch nicht gelernt haben, in befriedigender Weise unser Kreditgenossenschaftswesen und unsere Sparkassen zu organisieren, um die kleinen Ersparnisse der Bauern heranzuziehen, so wird es durchaus klar, warum die Kaufkraft

der Bauernschaft und ihre Nachfrage nach Industrieerzeugnissen in so schnellem Wachstum begriffen ist.

Andererseits hat mit der allgemeinen Verbesserung der materiellen Lage und den wachsenden Einnahmen der gesamten städtischen Bevölkerung die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen auch seitens der Stadt stark zugenommen.

„Unter solchen Verhältnissen" — lesen wir in der diesbezüglichen Resolution unserer Parteizentrale — „ist die Entwicklung der Industrie und die Industrialisierung des Landes überhaupt jene Aufgabe, deren erfolgreiche Lösung entscheidend ist für das weitere Wachstum der Gesamtwirtschaft als Ganzes auf dem Wege zum Siege des Sozialismus." Der Kurs auf die Industrialisierung ist keineswegs fix und fertig vom Himmel gefallen, sondern hat sich vielmehr aus dem Abschluß des ersten Stadiums der Nep ergeben, dessen Durchführung im Einklang mit den Hinweisen erfolgte, die seiner Zeit Genosse Lenin in seinen Reden hervorgehoben hat.

Man hört die Meinung: Wozu solle man jetzt weit und breit von der Industrialisierung als Grundlage des sozialistischen Aufbaues reden, wenn das bereits seit Marx und Engels bekannt sei. Wir hätten, so sagte man, hier nichts Neues erfunden, sondern wiederholten nur bereits Gelerntes, schon längst vor der Oktoberrevolution Gesagtes. Gewiß war in dieser Hinsicht vieles bereits früher gesagt worden. Aber man hatte ja auch über die Machtergreifung des Proletariats durch den bewaffneten Aufstand bereits lange vor der Oktoberrevolution gesprochen. Kann man denn hieraus den Schluß ziehen, daß wir, als wir am Vorabend des Oktobers wiederum davon zu sprechen begannen, nur das von Marx und Engels Gesagte kopierten und Gelerntes repetierten. Das Neue war hier die Oktoberrevolution selbst. Früher sprach man davon sozusagen als von etwas, was vorausgesehen wird, im Oktober dagegen als von etwas, was vor seiner unmittelbaren Verwirklichung auf den Barrikaden stand. Genau so verhält es sich jetzt auch mit der Frage der Industrialisierung. Gewiß, wenn wir jetzt von Industrialisierung sprechen, so nicht im Gegensatz zu Marx und Engels, sondern im Einklang mit den Lehren von Marx und Engels. Was aber früher nur eine

Zukunftsprognose war, das steht jetzt vor uns als die aktuellste praktische Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftlichen Errungenschaften gestatten uns jetzt, die Frage der Industrialisierung praktisch auf die Tagesordnung zu setzen. Mußten wir in den ersten Perioden der Nep mit der Landwirtschaft und der Kleinindustrie beginnen und mit allen Mitteln die Entwicklung dieses Teiles der Volkswirtschaft fördern, so gilt es jetzt, sich mit allen Kräften der Industrie zuzuwenden, ohne allerdings zu vergessen, daß die Entwicklung der Industrie mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbunden werden muß.

Wenn die Industrialisierung des Landes bei ihrer Verwirklichung bereits jetzt auf eine Reihe spezifischer Hindernisse stößt, so ist sie in ihrem weiteren Verlauf mit noch viel mehr Schwierigkeiten verbunden. Die allgemeine Möglichkeit der Industrialisierung wurde durch den Oktober geschaffen, der die unproduktiven Klassen (Bourgeoisie und Adel) expropriierte, die Schulden annullierte und die Einnahmen aus der Industrie, dem Innen- und Außenhandel sowie dem gesamten Kreditsystem in den Händen des proletarischen Staates zusammenfaßte. Die Beseitigung dieser sozial-klassenmäßigen Hindernisse aus dem Wege der ökonomischen Entwicklung schaffte die Möglichkeit „einer solchen Akkumulation im Lande, die das für den sozialistischen Aufbau notwendige Entwicklungstempo gewährleistet", wie es von unserer Zentrale formuliert wurde. Mit dem Satze, der diese allgemeine Möglichkeit der Industrialisierung formuliert, ist auch die Frage bejahend beantwortet, die am Vorabend des XIV. Parteitages so heftige Diskussionen hervorrief, nämlich, ob es möglich sei, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen. Damals wurde die Frage vom allgemein politischen Standpunkt aus diskutiert — in der Resolution der Zentrale wird sie unter dem Gesichtspunkt der Industrialisierung des Landes behandelt. Die allgemeine Möglichkeit der Industrialisierung ist durch die gewaltigen Umschichtungen gegeben, die nach der Oktoberrevolution in der Oekonomik des Landes vor sich gegangen sind. Gewiß, man kann jede Möglichkeit verschlafen, genau so, wie man wahrscheinlich auch die Oktoberrevolution hätte verschlafen können. Die Möglichkeit der Industrialisierung muß eben realisiert werden.

Voraussetzungen der praktischen Verwirklichung der Industrialisierung sind: 1. Ausmaße und Tempo der Akkumulation; 2. Verstärkung der Planmäßigkeit und Verbesserung der Wirtschaftsmethoden und 3. Bildung genügender Reserven, die eine möglichst stockungslose Entwicklung gewährleisten und eine notwendige Voraussetzung für die Vorbeugung (resp. Liquidierung bereits vorhandener) wirtschaftlicher Schwierigkeiten sind. Die wichtigste dieser drei Voraussetzungen ist die Vergrößerung der Außmaße und des Tempos der Akkumulation. Bereits im laufenden Jahr hat die Industrie mehrere 100 Millionen für Kapitalausgaben erübrigen können, trotzdem in den letzten zwei Jahren die Fabrikpreise sehr stark herabgesetzt worden sind. Die verhältnismäßig sehr hohen Kleinhandelspreise für Industrieprodukte stammen heute nicht von hohen Fabrik- und Großhandelspreisen, sondern von übermäßig hohen Zuschlägen auf diese beim Detailverkauf, die auf jeden Fall herabgesetzt werden müssen. Verbesserung der Technik, Verringerung der Selbstkosten, Erhöhung der Arbeitsproduktivität, das sind die entscheidenden Momente, die sowohl eine Herabsetzung der Preise als auch eine gleichzeitige Beschleunigung der Akkumulation und folglich auch die Entfaltung der Industrie möglich machen. Darum ist jeder Schritt vorwärts, den wir in dieser Richtung machen, eine Gewähr für die Beschleunigung des Prozesses, der unser Land in ein industriell-agrarisches verwandeln wird. Besondere Bedeutung fällt dabei der Entwicklung des Maschinenbaus und der Elektrifizierung (Energiewirtschaft) zu, da diese beiden Industriezweige bestimmend sind für die Hebung der Technik und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesamtwirtschaft. Und dabei ist gerade auf dem Gebiete des Maschinenbaues unsere Abhängigkeit vom Auslande am stärksten. Eine entschiedene Hebung der Technik ist zur wichtigsten allgemein-staatlichen Tagesaufgabe geworden.

Mit der Frage der Verstärkung und Beschleunigung der Akkumulation ist die Aufrichtung eines strengen Sparsamkeitsregimes verbunden, ein schonungsloser Kampf gegen alle überflüssigen Ausgaben.

Ich habe bereits in einer ganzen Reihe von Berichten eine Menge Tatsachen angeführt, die von Unwirtschaftlichkeit, Nachlässigkeit und überflüssigen Ausgaben auf mehr als einem

Gebiet unserer staatlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit zeugen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf allen Gebieten unserer Arbeit respektable Mittel „für nichts" verausgabt werden. Zweifellos haben diese überflüssigen, unproduktiven Ausgaben auch bei der Verschärfung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, insofern die wachsende Nachfrage der Stadtbevölkerung nach Industrieprodukten dadurch forciert, ein bedeutender Teil der auf den Markt geworfenen Industrieprodukte verschlungen wurde und Mittel verausgabt wurden, die für die Entwicklung der Industrie hätten herangezogen werden können und müssen. Speziell erreichen bis jetzt die Unkosten des kommerziellen Apparates sowohl im Handel als auch in den Genossenschaften mitunter ungeheuerliche Ausmaße. Im laufenden Jahr kam das besonders anschaulich zum Ausdruck bei unseren Getreidebeschaffungsorganen und im Detailhandel im Dorfe.

Aufs engste verbunden ist mit der Frage der Akkumulation die Frage des Planwirtschaftsprinzips. Die Wirtschaftler spüren sehr wohl „an der eigenen Haut" die ganze Bedeutung dieser Frage. Im laufenden Jahr sind genügend Mißgriffe begangen worden, um die Bedeutung des Planwirtschaftsprinzips von neuem auf die Tagesordnung zu setzen. Die Vorzüge unserer Ordnung können wir damit beweisen, daß wir die bedeutenden, aus zahlreichen Quellen in die Hände des proletarischen Staates zusammenströmenden Mittel unvergleichlich wirtschaftlicher und zweckmäßiger verausgaben, als es in einem beliebigen kapitalistischen Staat der Fall ist. Ein von uns investierter Rubel muß weit größere Resultate zeitigen als ein in einem beliebigen kapitalistschen Lande angelegter Rubel.

Wenn in kapitalistischen Ländern die produktive Anwendung von Mitteln durch den Kampf einzelner kapitalistischer Gruppen vor sich geht, was eine Vergeudung der akkumulierten Mittel mit sich zieht, so muß in einer organisierten, auf gemeinsamem Plan beruhenden Wirtschaft die Verausgabung von Mitteln einen kolossalen Produktiveffekt ergeben.

Neben der Stärkung des Planwirtschaftsprinzips und einer entsprechenden Disziplin bei der Verausgabung von Mitteln muß die Bildung von Reserven sichergestellt werden, da bis jetzt die kleinste im Plan enthaltene Unstimmigkeit, der kleinste Bruch eines der schwächsten Glieder in der Kette der Wirt-

schaftsmaßnahmen die ganze Kette in Mitleidenschaft zog und der ganzen Wirtschaftslage einen Stempel der Gespanntheit aufdrückte. Der geringste Durchbruch an irgendeinem Einzelabschnitt der Wirtschaftsfront wirkte sich sofort auf der ganzen Front aus und rief mitunter einen chaotischen Rückzug vor den entstandenen Schwierigkeiten hervor. Die uns gestellte Aufgabe, Bedingungen für eine planmäßige, stockungsfreie Entwicklung der Wirtschaft zu schaffen, erheischt gebieterisch die Bildung ausreichender Reserven, sowohl in Geld als auch in Form von Waren.

---

1. Landwirtschaft

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der USSR in den letzten Jahren

SMIRNOW

Seit 1922 ist die Landwirtschaft der USSR in ständigem Aufschwung, den man nur ganz begreifen kann, wenn man die Größe des Verfalls und der Zerrüttung von Kriegsbeginn bis 1922 berücksichtigt. Vergleicht man z. B. die Anbaufläche des Gebietes der Sowjetunion mit der Anbaufläche von 1922, so ergibt sich folgendes prozentuales Verhältnis:

Verhältnis der Anbaufläche 1922 zu der von 1913
(1913 = 100):

Gesamte Anbaufläche	64,2
Darunter:	
Getreide	58,5
Flachs	62,5
Hanf	73,1

Aehnlich war der Rückgang der Viehzucht im Vergleich zum Jahre 1916.

Viehstand von 1922 im Verhältnis zu 1916
(1916 = 100):

Pferde	64,4
Rinder	69,7
Schafe	65,6
Schweine	44,4

Mit dem Jahre 1922 beginnt der Wiederaufbau der Landwirtschaft, über den die folgenden Zahlen Aufschluß geben:

Entwicklung der Anbaufläche der USSR seit 1922
(1922 = 100):

Jahr	Gesamtanbaufläche	Getreide	Flachs	Darunter Hanf	Sonnenblumen	Kartoffeln
1922	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1923	119,5	120,6	105,6	117,6	103,1	112,8
1924	130,2	129,6	129,8	143,3	121,0	126,9
1925	139,2	136,4	163,4	170,4	144,1	137,8

Die Anbaufläche der USSR ist demnach in vier Jahren um 39,2 Prozent gestiegen. Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß die Steigerung bei den intensiven Kulturen der Industriepflanzen am stärksten ist. So ist die Anbaufläche für Flachs um 63,4, für Hanf um 70,4 und für Sonnenblumen um 44,1 Prozent gestiegen. Im Zusammenhang mit diesem raschen Wachstum läßt sich auch die steigende Bedeutung der Industriepflanzen in der Landwirtschaft erkennen.

Prozentuale Verteilung der Anbauflächen der einzelnen Kulturen:

Jahr	Getreide	Flachs	Hanf	Sonnenblumen	Kartoffeln	Heu
1916	89,1	1,5	0,6	1,3	2,8	1,8
1923	84,8	1,2	0,8	2,6	4,9	1,1
1925	82,2	1,6	0,9	3,1	5,1	1,8

Diese Ziffern zeigen, daß die Bedeutung des Getreidebaus, der nach wie vor weitaus an erster Stelle steht, im Rückgang begriffen ist, während die hochwertigen Kulturen wie Flachs, Hanf und Sonnenblumen im Steigen begriffen sind. Ebenso wächst die Heugewinnung als Voraussetzung für die Entwicklung der Viehzucht. Das Anwachsen der Kulturen von Industriepflanzen beweist auch das organisatorische Fortschreiten der Landwirtschaft, die langsam intensiver und rationeller wird. Ein ähnliches Bild gibt die Entwicklung der Viehzucht.

Viehstand der USSR 1922 bis 1925
(1922 = 100):

Jahr	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1922	100,0	100,0	100,0	100,0
1923	99,5	110,2	105,2	106,8
1924	108,7	130,2	126,9	195,8
1925	114,9	137,9	140,6	189,7

Der Pferdebestand ist demnach innerhalb von 4 Jahren um 14,9, der der Rinder um 37,9, an Schafen um 40,6, an Schweinen sogar um 89,7 Prozent gestiegen. Die rasche Entwicklung der Landwirtschaft kommt am klarsten in der Steigerung der Gesamteinnahmen der Landwirtschaft zum Ausdruck.

Die volkswirtschaftlichen Einnahmen aus der Land- und Forstwirtschaft in Mill. Vorkriegsrubeln:

	1914/15	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Getreide	3533	2514	2376	2160	3172
Technische Kulturen ..	1063	577	682	959	1366
Garten-, Obst-, Weinbau	764	444	565	647	636
Produkte der Vieh- und Geflügelzucht	2389	1320	1537	1965	1984
Rohfutter	1820	1569	1635	1604	1808
Sonstige landw. Zweige..	267	160	190	205	230
Insgesamt:	9836	6584	6985	7540	9196
Forstwirtschaft	845	500	580	620	680
Zusammen	10 681	7084	7565	8160	9876

Nehmen wir die Einnahmen der Landwirtschaft für 1914/15 mit 100 an, so stellt sich die Veränderung der Einnahmen folgendermaßen dar:

	1914/15	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Getreide	100,0	71,2	67,3	61,1	89,8
Technische Kulturen	100,0	54,3	64,1	90,2	128,5
Garten-, Obst-, Weinbau	100,0	58,1	74,0	84,7	83,3
Produkte der Vieh- und Geflügelzucht	100,0	55,3	64,3	82,3	83,0
Rohfutter	100,0	86,2	89,8	88,1	99,3
Sonstige landwirt. Zweige	100,0	59,9	71,2	76,7	86,1
Insgesamt	100,0	66,9	71,0	76,7	93,5
Forstwirtschaft	100,0	59,2	68,6	73,4	80,5
Zusammen	100,0	66,3	70,8	76,4	92,5

Daraus geht hervor, daß die Einnahmen aus der Land- und Forstwirtschaft 1922/23 im Vergleich zur Vorkriegszeit um 33,7 Prozent gesunken waren. Besonders wichtig war das Sinken der Einnahmen aus den technischen Kulturen, Vieh- und Geflügelzucht und den speziellen Zweigen der Landwirtschaft, wie Gemüsezucht, Weinbau usw. Aber seither sind die Einnahmen aus Land- und Forstwirtschaft rasch gestiegen, wofür die folgenden Vergleichsziffern bezeichnend sind:

Steigerung der Einnahmen aus der Land- und Forstwirtschaft seit 1922/23.

(1922/23 = 100):

Getreide	100,0	94,5	85,9	126,2
Technische Kulturen	100,0	118,2	166,2	236,8
Garten-, Obst-, Weinbau usw. ..	100,0	127,3	145,7	143,3
Prod. der Vieh- u. Geflügelzucht	100,0	116,4	148,9	150,3
Rohfutter	100,0	104,2	102,2	115,2
Sonstige landwirtsch. Zweige ..	100,0	118,7	128,1	143,7
Insgesamt	100,0	106,1	114,5	139,7
Forstwirtschaft	100,0	116,0	124,0	136,0
Zusammen	100,0	106,8	115,2	139,4

Besonders stark sind also die Einnahmen aus den technischen Kulturen, der Vieh- und Geflügelzucht, Gartenbau usw. gestiegen. Die Einnahmen aus den technischen Kulturen stiegen um 136,8, aus der Viehzucht um 50,3, aus Garten-, Weinbau usw. um 43,3 Prozent, während die gesamten Einnahmen um 39,4 Prozent stiegen.

Der Aufstieg der Landwirtschaft vollzieht sich unter den Bedingungen einer zwar regulierten und planmäßigen, aber immerhin einer Warenwirtschaft und mußte deshalb Differenzierungserscheinungen auf dem Dorfe zur Folge haben. Die Oktoberrevolution, die Agrarrevolution, die Konfiszierung des feudalen Grundbesitzes und die allgemeine Neuaufteilung des Bodens hatte die soziale Differenzierung des Dorfes mit einemmal ausgeglichen. Sie veränderte gleichzeitig die Lage der besitzlosen, pauperisierten, als auch der höchststehenden halbkapitalistischen Schichten der Bauernschaft. Die Entwicklung der Wirtschaft unter der Neuen Oekonomischen Politik ermöglichte von neuem die Differenzierung des Dorfes, wenn sich auch diese in ziemlich engen Grenzen vollzieht. Ein Bild dieser sozialen Differenzierung auf dem Dorfe geben folgende Ziffern:

Anzahl des Arbeitsviehes der Bauernwirtschaften:

Gebiet	keines	1	2	3	4 u. mehr
In 9 Gouvernements der nördlichen Zuschußgebiete ... 1922	33,3	61,4	5,0	0,3	—
1924	33,4	61,6	4,8	0,2	—
In 4 nicht von der Mißernte 1921 betroffenen Gouvern. der Überschußzone 1922	38,3	55,2	6,2	0,3	—
1924	35,3	56,8	7,3	0,5	0,1
In 4 von der Mißernte 1921 betr. Gouvern. der Überschußzone.............. 1922	37,0	54,2	7,5	1,0	0,3
1924	35,7	52,6	10,1	1,3	0,3

Die obigen Angaben beweisen, daß gegenwärtig auf dem Dorfe die Wirtschaften ohne Vieh oder die mit Arbeitsvieh schlecht versorgten Wirtschaften überwiegen. In der Periode 1922/24 macht sich eine geringe und nicht für alle Gebiete gleichmäßige Differenzierung geltend. Es bilden sich wirtschaftlich stärkere Gruppen mit drei oder mehr Stück Arbeitsvieh. Es ist daher das Wachstum der Landwirtschaft in der Sowjetunion mit den Anfängen eines Differenzierungsprozesses auf dem Dorfe verbunden.

Die Ursachen des raschen Aufschwunges der Landwirtschaft liegen einerseits im zielbewußten Streben der Bauernschaft zur Hebung ihrer Wirtschaft, andererseits in den Anstrengungen und Maßnahmen der Sowjetregierung. Nach dem Ende des Bürgerkrieges 1921 mußten die werktätigen Massen an den Wiederaufbau der Wirtschaft gehen, dem sich als wesentlichstes Hindernis das vom alten Regime übernommene Fehlen einer rationellen Bodenbewirtschaftung entgegenstellte. Die Sowjetregierung hat energische Maßnahmen zur Aenderung dieser Verhältnisse ergriffen. Die folgenden Zahlen zeigen die Veränderung in den Wirtschaftsmethoden der RSFSR:

Verteilung des Bodens nach Wirtschaftsmethoden in 1000 Deßjatinen:

	1922/23	1923/24	1924/25	Zus.
Landzuteilung an Dörfer und Siedlungen	7727	9566	10 412	27 705
In % zu 1922/23	100,0	124,0	134,7	—
Zusammenlegung von Parzellen	466	1520	642	2 628
In % zu 1922/23	100,0	326,4	138,0	—
Uebergang auf Einzelhöfe	1026	747	636	2 409
In % zu 1922/23	100,0	72,8	62,0	—
Eintragung in den Boden-Kataster	1959	6480	14 002	22 441
In % zu 1922/23	100,0	159,4	209,4	—
Landeinrichtungsarbeiten insgesamt inkl. der hier nicht angeführten	12 853	20 485	26 932	60 270
In % zu 1922/23	100,0	159,4	209,4	—
In % zur gesamten in der RSFSR bewirtschafteten Fläche	5,4	8,6	11,2	25,5

Daraus ist zu ersehen, daß fast alle Landeinrichtungsarbeiten an Umfang zugenommen haben. Am raschesten die einfachste Form der Landeinrichtung, die Eintragung in den Kataster. Aber auch die Ausscheidung von Boden für Einzelsiedlungen und die Zusammenlegung der schmalen Parzellen geht vorwärts. Ebenso wächst die Fläche, auf der die Landeinrichtungsarbeiten vollzogen sind im Verhältnis zur Gesamtfläche. Ein anderes wesentliches Hindernis für die Entwicklung der Landwirtschaft der Union war, daß unter den 22 Millionen in der Sowjetunion bestehenden Bauernwirtschaften eine große Zahl wenig leistungsfähig und mit Produktionsmitteln und mit Saatgut schlecht versorgt ist. Die Sowjetmacht tut alles mögliche, um diesen kleinen Wirtschaften zu helfen. Die Versorgung mit Saatgut in Form von Saatdarlehen gestaltete sich folgendermaßen:

Jahr	Saatdarlehen in 1000 Pud
1922	49 629
1923	9 317
1924	26 994
1925	38 290

Der Umfang der Saatdarlehen an die ärmste Bauernschaft ist somit sehr beträchtlich. Besonders bedeutend war er 1922 nach dem Hungerjahr 1921, wobei hervorzuheben ist, daß die Regierung einen großen Teil dieser Darlehen nicht zurückfordert. In der Periode von 1921/24 wurde die Laufzeit von 78,6 Millionen Pud Saatdarlehen verlängert.

Ein drittes Hindernis für die Entwicklung der Landwirtschaft war die wirtschaftliche Zersplitterung und ungenügende Organisierung der Millionen von Bauern. Die Sowjetmacht stellt sich die Ueberführung der isolierten Bauernwirtschaften in höhere kollektive Wirtschaftsformen zur Aufgabe und macht alle Anstrengungen, um die zersplitterten Massen in Genossenschaften und Produktionsgemeinschaften zusammenzufassen und dabei Produktion und Absatz besser zu organisieren. Der Aufschwung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der RSFSR kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck:

Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften:

	1922	1923 1. Okt.	1924 1. Okt.
Eigentliche Produktionsgenossenschaften, Kommunen und sonstige Artels	12 600	9 201	10 122
Hilfs-Produktionsgenossenschaften, Maschinen-, Meliorations- usw. Genossensch.	1 710	1 526	3 516
Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften (Milch-, Oel-, Kartoffel- und sonstige Genossenschaften)	3 500	3 541	4 336
Gemischte und landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften	4 750	8 369	13 369
Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften	22 560	22 637	31 343

Im Laufe des Jahres 1925 ist das Netz der Genossenschaften um 20 Prozent gewachsen. Am 1. Oktober 1925 betrug die Zahl aller landwirtschaftlichen Genossenschaften 38 000. Gegenwärtig sind in der Sowjetunion an 5 Millionen bäuerliche Wirtschaften genossenschaftlich organisiert. Das sind ungefähr 25 Prozent der Gesamtzahl.

Zur Durchführung der Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft erhöht die Sowjetunion die Zahl der Agronomen, die

am 1. Januar 1923 1510, am 1. Januar 1925 dagegen bereits 2116 betrug.

Eine unerläßliche Voraussetzung für alle Arbeiten zur Hebung der Landwirtschaft ist die Gewährung von Krediten sowohl für die Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion als auch zur Organisierung des Absatzes. Deshalb hat die Sowjetregierung seit Anfang 1924 ein leistungsfähiges Netz land-

Anbaufläche, Ertrag und Ausfuhr wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse

	Jahre	Anbaufläche in 1000 Deßjatinen	Ertrag in 1000 Pud	Ausfuhr in 1000 Pud	Einfuhr in 1000 Pud
Baumwolle	1913/14	641,8	14 606,5	—	12 022,0[2])
	1923/24	195,0	2 612,0	—	4 885,8
	1924/25	461,5	6 365.9	—	5 980,1
	1925/26	593,2	10 500,0	—	4 908,0
Flachs	1908/12	1 018,7	26 600	17 300	—
	1913	812,0	22 384	—	—
	1923/24	487,6	9 500	2 170	—
	1924/25	650,9	11 600	2 230	—
	1925/26	970,3	15 894	4 000	—
Hanf	1913 USSR	584,0	25 000	—	—
	f. 29 Gouvern.	501,6	21 800	4 000	—
	1923/24 f. 29 Gouvernements	323,0	10 082	300	—
	1924/25 f. 29 Gouvernements	385,2	12 812	530	—
	1925/26 f. USSR	747,4	19 000	—	—
	1925/26 f. 29 Gouvernements	641,2	15 205	800	—
Ölsorten	1913	2 605	101 064	10 287	—
	1923/24	3 156	141 500	4 985	—
	1924/25	3 853	142 456	13 074	—
	1925/26	4 591	207 180	15 000	—
Tabak	1913	27,0	1 838	103	—
	1923/24	20,2	1 560	164	—
	1924/25	18,5	1 500	—	—
	1925/26	36,6	2 450	450	—
Machorka (Rippentabak)	1913	30,1	4 626	—	—
	1923/24	24,2	3 000	—	—
	1924/25	30,8	2 800	—	—
	1925/26	32,0	6 100	150	—
Zuckerrüben			Ertrag in 1000 Scheffel		
	1913	569	55 186	—	—
	1923/24	240	14 412	—	—
	1924/25	297	16 530	—	—
	1925/26	431	38 600	—	—

wirtschaftlicher Kreditinstitute geschaffen, deren Entwicklung in folgenden Ziffern zum Ausdruck kommt:

Grundkapital der landwirtschaftlichen Kreditinstitute in Mill. Rubeln:

	Landwirtsch. Zentralbank	Landwirtsch. Banken d. Sowj.-Republiken	Gesellschaften f. landw. Kredit	Lokale Kredit-genossensch.
1. Okt. 1924	15,0	2,3	30,9	20,0
1. Aug. 1925	47,7	13,0	42,4	37,1[1]

Wir müssen uns darauf beschränken, ausschließlich die wichtigsten Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft anzuführen. Die zahlreichen anderen Maßnahmen, wie die Versorgung mit totem Inventar, Maßnahmen auf dem Gebiete der kulturellen Aufklärung können hier nicht behandelt werden; aber schon aus dem Gesagten läßt sich der Schluß ziehen, daß die Maßnahmen der Sowjetmacht in Verbindung mit dem bewußten Willen der Bevölkerung zur Hebung ihrer Wirtschaft mächtige Faktoren für den Aufschwung der Landwirtschaft sind, und so groß auch der Verfall der Landwirtschaft durch den imperialistischen und Bürgerkrieg, besonders durch die Interventionen, gewesen sein mag, so bedeutsam ist auch der Neuaufschwung infolge der Bemühungen der Sowjetmacht und der gesamten Bevölkerung. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in der nächsten Zeit das bisherige rasche Tempo beibehalten wird.

---

[1]) Am 1. Mai 1925.

Der Viehstand in der Sowjet-Union[1]) (in 1000 Stück)
(Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes)

Gebiet	Jahr	Pferde	Rinder Insgesamt	Rinder Darunter Kühe	Schafe	Ziegen	Schweine
1	2	3	4	5	6	7	8
Zuschußgebiete	1916	4 676	9 344	5 301	11 246	56	4 118
	1922	4 573	9 684	5 960	13 944	127	3 613
	1923	4 739	10 035	5 992	14 940	146	3 335
	1924	4 972	10 764	6 416	16 351	157	4 424
	1925[3])	5 368	11 471	6 909	18 690	127	4 938
Überschußgebiete	1916	11 379	17 671	7 859	36 850	1 181	6 077
	1922	5 546	9 367	6 038	15 885	480	1 115
	1923	6 087	12 084	6 371	18 919	726	1 901
	1924	6 968	15 134	7 024	25 385	1 011	5 215
	1925[3])	7 357	15 818	7 603	28 503	1 215	4 575
Süd-Osten[2])	1916	2 364	4 968	1 494	8 204	463	1 890
	1922	1 113	2 865	1 134	3 841	221	360
	1923	1 111	3 065	1 153	3 566	301	567
	1924	1 137	3 367	1 202	3 666	289	1 090
	1925[3])	1 267	3 714	1 317	4 344	406	947
Kirgisen-Republik (alte Grenzen)	1916	3 546	5 284	1 773	11 551	1 280	491
	1922	1 342	2 123	935	3 278	240	108
	1923	1 336	2 377	938	3 483	326	91
	1924	1 624	3 348	1 224	4 092	422	180
	1925[3])	1 695	3 725	1 287	4 329	461	208
Sibirien	1916	3 786	5 098	2 504	5 612	103	2 017
	1922	3 483	3 475	1 911	6 500	100	720
	1923	2 983	3 613	1 891	5 980	54	861
	1924	3 296	4 608	2 248	7 885	93	1 479
	1925[3])	3 376	5 130	2 388	8 237	110	1 883
Ukraine	1916	5 557	7 919	3 195	6 447	51	4 681
	1922	4 110	7 531	3 555	9 013	36	2 647
	1923	3 801	7 431	3 774	8 315	44	2 388
	1924	3 927	8 419	3 747	9 215	56	4 374
	1925[3])	4 115	8 442	3 904	9 628	120	3 687
USSR	1916	31 307	50 284	22 126	79 911	3 134	19 274
	1922	20 166	35 045	19 534	52 460	1 204	8 561
	1923	20 058	38 604	20 108	55 203	1 596	9 143
	1924	21 924	45 635	21 861	66 593	2 029	16 762
	1925[3])	23 178	48 311	23 407	73 733	2 439	16 238
USSR in % 1916 = 100	1916	100	100	100	100	100	100
	1922	64,4	69,7	88,3	65,6	38,4	44,4
	1923	64,1	76,8	90,9	69,1	50,9	47,4
	1924	70,0	90,8	98,8	83,3	64,7	87,0
	1925	74,0	96,1	105,8	92,3	77,8	84,2
1922 = 100	1922	100	100	100	100	100	100
	1923	99,5	110,2	102,9	105,2	132,6	106,8
	1924	108,7	130,2	111,9	126,9	168,6	195,8
	1925[3])	114,9	137,9	119,8	140,6	202,6	189,7

[1]) In der USSR ohne Turkestan, Transkaukasien, Ferner Osten, Mongolische Burjaten und Jakutische Autonome Sowjet-Republik. [2]) Grenzen vom 1. Januar 1924. [3]) Die Angaben für 1925 sind provisorisch.



Getreideproduktionsgebiete der USSR

Anbaufläche in der USSR (in 1000 Deßjatinen) 1913 bis 1925[1])
(Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes)

Gebiet	Jahr	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Buchweizen	Hirse	Mais	Hülsenfrüchte	Kartoffeln	Flachs	Hanf	Sonnenblumen	Insgesamt[3])
Zuschußgebiete	1913	5 840	209	3 150	762	332	73	—	208	1 031	759	122	—	12 485
	1916	4 962	172	2 806	843	383	69	—	185	919	844	140	—	12 048
	1923	5 045	233	2 246	731	452	215	—	254	1 209	430	75	1	11 491
	1924	5 255	323	2 532	730	490	139	—	241	1 244	542	76	—	12 354
	1925[2])	5 409	316	2 681	692	568	146	—	292	1 415	802	104	—	13 447
Überschußgebiete	1913	13 199	8 568	8 220	1 773	927	1 717	29	677	1 020	292	329	484	37 469
	1916	12 232	8 321	8 486	1 332	771	1 790	16	528	869	311	273	488	36 200
	1923	11 166	3 439	4 637	709	772	3 103	42	513	1 308	249	270	573	27 540
	1924	11 682	4 337	5 538	704	908	2 893	36	600	1 547	319	358	659	30 381
	1925[2])	12 175	4 755	5 441	559	989	3 285	74	579	1 514	337	428	903	32 157
Süd-Osten	1913	757	5 233	600	2 310	10	570	524	10	128	72	14	3 420	10 575
	1916	459	4 135	325	2 022	5	355	325	3	40	25	12	421	8 460
	1923	507	2 702	87	892	5	237	599	8	79	25	12	482	6 013
	1924	379	2 926	74	848	3	218	608	4	72	36	15	627	6 251
	1925[2])	508	3 684	62	978	2	214	383	5	84	43	21	748	7 676
Kirgisenrepublik (alte Grenzen)	1913	379	2 921	613	109	5	448	2	6	57	18	15	14	4 637
	1916	148	2 578	521	147	4	339	—	2	19	18	5	23	3 839
	1923	156	1 003	189	104	2	305	—	4	24	13	8	40	1 908
	1924	228	1 159	160	69	2	290	2	4	32	12	9	51	2 087
	1925[2])	216	1 331	177	73	2	357	3	2	36	14	9	55	2 351
Sibirien	1913	691	1 918	1 093	154	26	84	—	15	76	36	37	8	4 140
	1916	673	2 808	1 358	229	32	65	—	12	76	54	44	21	5 430
	1923	891	1 546	805	138	163	569	—	31	86	76	64	34	4 455
	1924	1 107	1 963	925	110	127	273	—	41	104	91	61	32	4 919
	1925[2])	1 047	2 417	993	119	67	135	1	30	111	81	55	33	5 187

Ukraine	1913	3 948	8 247	2 125	5 026	581	530	474	298	676	78	107	71	22 260
	1916	3 792	5 894	1 872	4 706	739	493	627	140	511	60	77	157	20 222
	1923	5 265	3 524	1 283	3 168	843	846	885	142	736	69	108	680	18 772
	1924	5 398	4 712	1 222	3 260	807	638	782	212	873	60	133	737	20 406
	1925[2])	5 309	4 896	1 036	2 471	769	966	1 448	177	1 045	57	160	789	20 905
USSR	1913	24 814	27 096	15 801	10 134	1 881	3 422	1 028	1 213	2 987	1 305	623	918	91 465
	1916	22 265	23 908	15 367	9 278	1 933	3 111	968	871	2 433	1 313	551	1 110	86 199
	1913	23 031	12 447	9 246	5 742	2 236	5 276	1 527	951	3 442	862	353	1 810	70 179
	1924	24 049	15 420	10 449	5 722	2 237	4 451	1 430	1 109	3 872	1 060	653	2 107	76 407
	1925[2])	24 664	17 397	10 392	4 891	2 397	5 103	2 364	1 085	4 206	1 334	776	2 529	81 724
USSR % 1913 = 100	1913	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	1916	90	88	97	92	103	91	94	72	81	101	89	121	94
	1923	93	46	59	57	119	154	149	78	113	66	86	197	77
	1924	97	57	66	57	124	130	139	91	130	81	105	230	84
	1925[2])	99	64	66	48	127	149	230	90	141	102	125	276	89

1) In der USSR ohne Turkestan, Transkaukasien, Ferner Osten, Mongolisch-Burjätische Autonome Sowjet-Republik.
2) Die Angaben für 1925 sind provisorisch.
3) Zusammen mit den hier nicht besonders angeführten Kulturarten.

Ernteertrag 1925
(nach den Angaben des Statistischen Zentralamts in 1000 Pud)

	Roggen		Weizen		Gerste	Hafer	Buch-weizen	Hirse	Mais	Sonstig. Korn-früchte	Zu-samm.
	Winter-saat	Sommer-saat	Winter-saat	Sommer-saat							
1. RSFSR	794 192		732 194		163 485	485 157	43 951	157 481	97 518	46 471	2 520 449
Davon											
Zuschußgebiet	201 694	1 383	3 407	7 468	27 125	119 908	10 716	4 526	5	11 829	388 061
Überschußgebiet	480 992	1 268	27 947	206 870	31 578	267 352	28 382	121 825	5 987	25 436	1 197 637
Krim	955	—	20 417	80	10 046	4 144	—	143	2 954	—	38 739
Nordkaukasus	31 597	398	170 711	94 318	90 828	5 827	88	12 944	88 610	378	495 699
Kasakstan	4 653		61 980		6 098	8 952	34	13 077	2 408	2 327	99 529
Sibirien	49 989	10 693	362	147 635	6 789	73 094	2 348	4 146	14	1 824	296 894
2. Weißrußland	50 646	750	1 350	4 240	9 952	25 021	4 795	1 211	—	3 439	101 404
3. Ukraine	358 423	—	133 855	117 055	149 721	75 110	32 625	57 117	135 122	14 578	1 073 606
4. Transkaukasien	—	—	29 606	5 503	20 343	—	—	—	32 694	6 517	94 663
5. Mittelasiatische Republiken	—	—	31 166		5 196	—	—	2 205	11 800	18 383	68 750
USSR.	1 204 011		1 054 969		348 697	585 288	81 371	218 014	277 134	89 388	3 858 872

2. Industrie

Die Industrie der USSR

F. DZERSHINSKI

Die nationalisierte Sowjetindustrie bildet ein Hauptmittel zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft der USSR. Nur ihre Entwicklung kann unser Land von der Gefahr des Kapitalismus befreien, die Produktivkräfte der Landwirtschaft heben und die Voraussetzungen für ein rasches Wachstum des kulturellen und Lebensniveaus der arbeitenden Massen schaffen.

Ueber den Ausbau der Industrie auf einer vervollkommneten technischen Basis, über die Industrialisierung und die Entwicklung der Produktion von Pruduktionsmitteln führt der Weg der USSR zum Sozialismus, „als der Weg eines Landes unter der Diktatur des Proletariats, das alles zur Errichtung einer vollkommen sozialistischen Gesellschaft Erforderliche besitzt" (Lenin). Im Kampf um den Sieg der sozialistischen Ordnung in der USSR bildet die maximale Förderung des Aufschwungs der Industrie, von deren Entwicklung das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft überhaupt und das spezifische Gewicht der ihr innewohnenden sozialistischen Elemente abhängt, die unabänderlich wichtigste Aufgabe der Partei sowie der Arbeiter- und Bauernregierung.

Das Charakteristikum der staatlichen Industrie vom Jahre 1923 bis heute bildet die außerordentliche Intensität ihres Wachstums. In ausnahmslos sämtlichen Industriezweigen, in den verschiedenen Rayons der USSR und in den Betrieben sämtlicher Kategorien läßt sich eine unaufhaltsame Tendenz zum Wiederaufbau der stillstehenden Fabriken, eine beträchtliche Ausdehnung der Arbeit auf den in Betrieb befindlichen Werken und eine allgemeine Hebung sämtlicher Elemente des industriellen Lebens beobachten. Das Wachstum der Industrie in diesen Jahren läßt sich am besten an der Bewegung der Produktion verfolgen.

Die Bruttoproduktion der staatlichen Großindustrie:

Jahr	in 1000 Vorkriegsrbl.	in % zum Vorjahre
1922/23	1 182 500*)	145 *)
1923/24	1 689 627	130 *)
1924/25	2 773 874	164
1925/26	3 853 200	139

*) Annähernde Zahlen.

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, ist die Produktion der Industrie im abgelaufenen Wirtschaftsjahr, im Vergleich mit dem vorhergehenden Jahr 1923/24 um 64 Prozent gestiegen und hat damit die kühnsten Annahmen, die man noch vor einem Jahr gehegt hatte, weit überflügelt. Für das laufende Wirtschaftsjahr (1925/26) ist die Produktion der staatlichen Industrie planmäßig bereits auf 3853 Millionen Rubel veranschlagt; d. h. sie soll eine weitere Steigerung um 40 Prozent im Vergleich mit der Produktion des Vorjahres ergeben und somit dicht bis an die Vorkriegsnormen heranrücken.

Das stürmische Wachstum unserer Industrie ist das Resultat tief eingreifender innerer Werdeprozesse in unserer Volkswirtschaft und mächtiger, wenngleich noch verborgener und ungenügend ausgenutzter Produktivkräfte. Aber gleichzeitig ist es auch das Resultat jener planmäßigen und richtigen Politik, die die Partei und die gesamte Arbeiterklasse bei ihrer hartnäckigen Arbeit an der Festigung der sozialistischen Elemente der Volkswirtschaft durchführt. Diese Politik wird durch die vor der gesamten staatlichen Industrie stehenden Ziele bedingt. Sie ist grundverschieden von den Zielen der kapitalistischen Industriepolitik, die auf Profit, auf der Erzielung von Gewinnen durch Ausbeutung der Arbeiter und Bauern beruht. Die Sowjetindustrie ist keine autonome, keine für sich selbst existierende Kategorie, in der die Besitzer einander ablösen, während das Ziel das gleiche bleibt, — die Ausbeutung der Bevölkerung. In den Händen der Arbeiterklasse bildet die Industrie ein Werkzeug zur Beherrschung der Naturkräfte, zur Beherrschung der der Bourgeoisie zur Verfügung stehenden Wissenschaften und Kenntnisse, zur Ausnutzung dieser Naturkräfte im Interesse der schaffenden Bevölkerung. Deshalb ist beispielsweise nur unter den Bedingungen der Sowjetökonomik eine Politik der Preisherabsetzungen in einer Periode, wo in beinahe sämtlichen Industriezweigen die Nachfrage das Angebot übersteigt, möglich. Bürgerlichen Ländern mag eine derartige Politik geradezu unglaubhaft erscheinen, da sie den ehernen kapitalistischen Gesetzen von Angebot und Nachfrage widerspricht.

Die Errungenschaften auf dem Gebiet der Industrie stellen eine gigantische Eroberung unserer Arbeiterklasse dar. Unsere Feinde wurden nicht müde, den unausbleiblichen Zusammen-

bruch aller ökonomischen Maßnahmen der Sowjetrepublik vorauszusagen und wurden stets in ihren Hoffnungen betrogen.

Mit eigenen Kräften, ohne Kapitalisten, gegen die Kapitalisten führt die Arbeiterklasse die nationalisierte Industrie an die Grenze des Produktionsniveaus der kapitalistischen Industrie in der Vorkriegszeit. Der Aufschwung der Industrie ist der beste Beweis dafür, daß sich in unserer Volkswirtschaft die sozialistischen Elemente festigen, daß sie unseren erfolgreichen Vormarsch zum Sozialismus gewährleisten.

Was das Wachstum der privaten Industrie in diesen Jahren anbetrifft, so ist hervorzuheben, daß das spezifische Gewicht der staatlichen Industrie nicht nur nicht sinkt, sondern unaufhaltsam im Steigen begriffen ist. So betrug 1923/24 der Anteil der gesamten Haus-, Klein- und Privatindustrie, einschließlich der verpachteten Betriebe, 23,7 Prozent, 1924/25 war er auf 20,7 Prozent gefallen. Demnach wächst die sozialistische Industrie rascher als die privatkapitalistische.

Ganz unbedeutend ist auch die Rolle der Konzessionsindustrie. Ihr spezifisches Gewicht in der gesamten Industrieproduktion beträgt nur 0,17 Prozent. Die einzig beachtenswerte Gruppe in der Konzessionsindustrie bilden holzverarbeitende Betriebe, deren Produktion im Vergleich mit der staatlichen holzverarbeitenden Industrie 4,6 Prozent ausmacht.

Indes darf hieraus keineswegs geschlossen werden, daß unsere Industrie nicht an der Heranziehung von Auslandskapital in der Form von Konzessionsübertragungen interessiert wäre. Unsere unerschöpflichen Naturreichtümer mit eigenen Kräften auszubeuten, dazu benötigte unsere Volkswirtschaft eine viel längere Frist als bei einem Zustrom von ausländischen Kapitalisten.

Somit ist es für uns zweckmäßig, solche Wirtschaftsgebiete, zu deren Bearbeitung unser Land noch auf lange Jahre hinaus nicht imstande sein wird, in Konzession zu geben, natürlich unter der Voraussetzung wirklich annehmbarer Bedingungen. Zugegeben, daß das Auslandskapital zu uns kommt, um einen höheren Gewinn als bei sich zu Hause herauszuschlagen, darf man trotzdem nicht übersehen, daß auch unsere Interessen darauf hinauslaufen, einen realen Nutzen aus unseren Konzessionen zu erzielen. Nur unter der Bedingung einer derartigen gegenseitigen Interessiertheit sind Konzessionen möglich. Es ist an-

zunehmen, daß die Festigung sowohl der Wirtschaft als auch der internationalen Stellung der Sowjetunion das Problem der Heranziehung ausländischer Kapitalien für unsere Industrie in breiterem Maßstabe, als es bisher der Fall gewesen, aufrollen wird.

Trotz ihrer bedeutsamen Errungenschaften ist die Staatsindustrie gleichwohl noch nicht in der Lage, die Bedürfnisse des Dorfes und des Proletariats vollauf zu befriedigen.

Die Produktion pro Kopf der Bevölkerung bleibt in einer ganzen Reihe wichtigster Industriezweige hinter den dürftigen Vorkriegsnormen zurück.

Nimmt man die Produktion pro Kopf der Bevölkerung im ehemaligen russischen Reich und in der jetzigen USSR, so ergibt sich:

Die Industrieprodukte pro Kopf der Bevölkerung:

Industriezweig	Vor dem Kriege	1924—25	1925—26 programmgemäß	Produktion pro Kopf 1925—26 in % zur Vorkriegsnorm
Roheisen	72 Pfund	22,4 Pfund	43 Pfund	60
Baumwollgewebe .	21 Meter	12,7 Meter	17,5 Meter	84
Leder	0,33 Paar	0,22 Paar	0,27 Paar	78
Streichhölzer . . .	25 Schachteln	21,3 Schacht.	25 Schacht.	100
Glas	8 Pfund	2,7 Pfund	4,6 Pfund	57
Petroleum	14 Pfund	10 Pfund	11 Pfund	80

Die ungenügende industrielle Produktion schafft eine Disproportion im volkswirtschaftlichen Leben des Landes. Wenngleich das Entwicklungstempo der Landwirtschaft das der Industrie nicht übersteigt, bringt doch die Befreiung der Bauern von den Steuer- und Pachtlasten durch die Revolution eine außerordentlich zahlungskräftige Nachfrage nach den Erzeugnissen der Industrie, die zurzeit noch ausschließlich auf ihre Vorkriegsbasis und Vorkriegsausrüstung angewiesen ist, mit sich. Die bäuerliche Bevölkerung auf dem Territorium der USSR hat 1924/25 weniger Steuern bezahlt als vor dem Kriege. Außerdem kommt für den Bauern die Pacht auf die Ländereien der Gutsbesitzer, die nach minimaler Berechnung gegen 400 Millionen Tscherwonezrubel betrug, in Wegfall. Somit liegt auf der Hand, daß, wenn unsere Industrie und Landwirtschaft ihr Vorkriegsniveau einholen, der Bauernschaft aber die Einnahmen, die einst parasitär vom Zarismus und von den Gutsbesitzern aufgesogen wurden, nunmehr als materieller Wert verbleiben, die Produktion unserer

Industrie diesen materiellen Mitteln nicht entspricht. Früher wurde ein beträchtlicher Teil dieser kolossalen bäuerlichen Zahlungen im Auslande verschleudert, desgleichen wurden große Summen für Luxusartikel aufgewendet. Die sich nunmehr so mächtig geltend machenden Bedürfnisse der breiten bäuerlichen Massen blieben damals einfach unbefriedigt. Die Disproportion zwischen der Zahlungsfähigkeit der Landwirtschaft und der Leistungsfähigkeit der Industrie bedingt einen Warenhunger, der seinerseits zu einem schroffen Auseinanderfallen von Groß- und Kleinhandelspreisen für Industrieartikel führt.

Das Wesen unserer auf eine Reihe von Jahren berechneten Wirtschaftspolitik ist demnach die Ueberwindung dieser Disproportion vermittels einer Steigerung der Industrie auf das Bedürfnisniveau der gesamten Volkswirtschaft und in erster Linie der Landwirtschaft. Der XIV. Kongreß unserer Partei hat die Notwendigkeit einer zielsicheren, konsequenten und energischen Beibehaltung des eingeschlagenen Kurses auf die Industrialisierung des Landes, auf ein im Vergleich mit dem Aufstiegstempo der Landwirtschaft rascheres Entwicklungstempo der Industrie, auf einen weiteren maximalen Ausbau unserer Industrie betont.

Wenn allerdings in den vorhergehenden Jahren und sogar noch 1925/26 der Ausbau der Industrie auf der Basis der Ausnützung des vorhandenen Grundkapitals vor sich ging und vor sich geht, so sind uns nunmehr alle weiteren technischen Möglichkeiten zur Erweiterung unserer Produktion ohne Errichtung neuer Fabriken verwehrt. Schon 1925/26 befinden sich durchschnittlich 85 bis 90 Prozent des Produktionsapparates im Produktionsprozeß; die Ausnützung der Produktionskapazität beträgt 75 bis 80 Prozent. Die unbedeutenden, zurzeit noch in einzelnen Industriezweigen vorhandenen Reserven bestehen größtenteils aus in technischer Beziehung wenig wertvollen Betrieben, resp. aus weitab von den Rohstoffquellen liegenden Unternehmen. Ihre Einbeziehung in die Produktion erscheint wenig zweckmäßig, so daß der Aufwand für ihre Instandsetzung und Wiederbelebung unrentabel ist. Ohne Neuausrüstung unserer Fabriken, ohne ein umfangreiches Bauprogramm ist sowohl die Neuorganisierung einer ganzen Reihe von Produk-

tionszweigen, die für die Entwicklung des Landes unbedingt erforderlich sind (Flugzeug-, chemische, Maschinen- und Automobilindustrie usw.), unmöglich, als auch eine entsprechende Ausnützung der noch nicht erfaßten natürlichen Reichtümer der Union, sowie eine rationelle Neuverteilung der industriellen Produktion unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Bundesrepubliken unserer Union, deren Entwicklung das zaristische Regime gehemmt hat.

Der weitere Aufschwung unserer Industrie hängt demnach mit dem Problem der Vergrößerung des technischen Produktionsapparates zusammen, von seiner Rekonstruktion auf einer neuen, technisch höher stehenden Basis mittels Ausnützung sämtlicher Errungenschaften, die der internationalen Bourgeoisie zur Verfügung stehen und die unter unserem Sowjetsystem und unter der Arbeiterdiktatur den Aufbau des Sozialismus gewährleisten.

Das Einsetzen der neuen Bauära ist freilich im Vergleich mit den Ansprüchen, die schon das Jahr 1925/26 stellt, recht bescheiden. Die Produktionsprogramme dieses Jahres sehen die Errichtung von 117 neuen Fabriken, Betrieben und Schächten mit einem Gesamtaufwand von 443 Millionen Rubel vor, von denen 1925/26 nur 110 Millionen Rubel ausgegeben werden sollen. Der Bau der 1925/26 in Angriff genommenen Betriebe soll zum Teil noch im laufenden Jahre zum Abschluß gebracht werden, ein anderer Teil des Bauprogramms erstreckt sich auf fünf Jahre. Das Bauprogramm für 1925/26 enthält bei einem Kapitalaufwand von insgesamt 822,5 Millionen Rubel: Neubauten, durchgreifende Renovierungsarbeiten, Neuausrüstung, Rekonstruktion der Ausrüstung, Rationalisierung der Heiz- und sonstigen Anlagen, ferner den Bau von Arbeiterwohnungen. Er übertrifft damit den Kapitalaufwand der vorhergehenden Jahre um mehr als das Doppelte (1924/25 waren es annähernd 400 Millionen Rubel).

Das stärkste Entwicklungstempo entfällt im Jahre 1925/26 auf die Produktionsgruppe der Produktionsmittel. Während auf die Produktionszweige für Gegenstände des Verbrauchs eine Zunahme von 46 Prozent entfällt, nimmt die Produktionsgruppe der Produktionsmittel um 55 Prozent zu. Diese Erscheinung ist gesetzmäßig und findet ihre Erklärung in erster Linie darin, daß das Wachstum der Fertigindustrie das der Schwerindustrie in den vorhergehenden Jahren überholt hat, daß sie die vorhandene

Ausrüstung zu beinahe 100 Prozent bereits ausnützt und erheblich geringere Reserven an Grundkapital besitzt. Andererseits stellt der sich seinem Abschlusse nähernde Prozeß des Wiederaufbaus der Industrie gerade an die Gruppe der Produktionszweige für Produktionsmittel und Produktionswerkzeuge immer höhere Anforderungen (Erneuerung der abgenützten Ausrüstung, Schaffung neuer Produktionsmittel). Im Zusammenhang damit kommt gegenwärtig der Hebung der Metallindustrie, deren Zustand und Niveau bestimmend ist für das Niveau, die Dynamik und die Entwicklungstendenz sämtlicher übrigen Produktionszweige, besondere Bedeutung zu.

Das oben angeführte Programm für durchgreifende Reparaturen und Neubauten wird seinem Umfange nach nur ganz minimal den Anforderungen der Volkswirtschaft gerecht. Nichtsdestoweniger erfordert doch die Durchführung selbst dieses beschränkten Programms eine starke Anspannung aller Mittel, sowohl der Industrie selbst als auch der gesamten Volkswirtschaft überhaupt. Obgleich sich die allgemeine Finanzlage sämtlicher Industriezweige gefestigt hat und stabiler geworden ist, entsprechen die Finanzressourcen der Industrie immer noch nicht den Anforderungen der projektierten Produktionserweiterung. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit hat die Struktur des Industriekapitals beträchtliche Veränderungen erfahren: das Verhältnis zwischen fixem und Zirkulationskapital hat sich auf Kosten des letzteren verschlechtert. Außerdem hatte die Industrie ständig Mittel aus anderen Wirtschaftszweigen und von außen her, die ihre eigenen Mittel um das Zweieinhalbfache überstiegen, zu ihrem Umlaufkapital herangezogen. Infolge der noch ungenügenden Entwicklung des Kreditwesens im Lande bringt die Industrie gegenwärtig die größere Hälfte des Zirkulationskapitals aus eigenen Ressourcen auf.

Zur Deckung des Kapitalbedürfnisses wird in erster Linie die innere Akkumulation der Industrie (Gewinn und Amortisation) verwandt, die nach den fiskalischen Abzügen 434,5 Millionen Rubel beträgt. Die Investierung derartig bedeutender Mittel als fixes Kapital bringt natürlich eine Anspannung der Umlaufmittel mit sich. Diese erfordert einen hohen Grad von Manövrierfähigkeit mit den Geldmitteln seitens des Bankapparates der Industrie.

Die andere Quelle für die Finanzierung des industriellen

Bauwesens bilden das Staatsbudget und ferner Anleihemittel. Mit jedem Jahr erhält der Staat durch die Industrie höhere Steuerbeträge (indirekte Steuern, Akzisen, Zölle aller Art usw.). Die Einnahmen des Fiskus aus der Industrie betrugen:

		Prozent von den Gesamteinnahmen
1923/24	411 Mill. Rubel	18
1924/25	805 „ „	26
1925/26	1341 „ „	32

Vergleicht man die Einnahmeziffern des Fiskus mit der Dotation der Industrie aus dem Staatsbudget, so stellt sich heraus, daß die Industrie bis zum Jahre 1925/26 dem Staate mehr gegeben hat, als sie von ihm empfing.

Im laufenden Jahre freilich übersteigt die Durchführung des Bauprogramms die Kräfte der Industrie. Deshalb erfordert die gegenwärtige Periode vom Staatsbudget eine gewisse Umgruppierung der vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen, um sie zur Förderung des notwendigen Entwicklungstempos der Industrie heranzuziehen. Die Summe, die der Industrie auf Kosten des Budgets und der Anleihen zufließen soll (Wirtschaftliche Aufbauanleihe, Anleihe der Kommunalbank usw.) beziffert sich auf 350 bis 400 Millionen Rubel.

Somit schreiten wir ausschließlich mit eigenen Mitteln, ohne eine Kopeke fremder Unterstützung, auf dem Gebiet der erweiterten Reproduktion unaufhaltsam vorwärts. Das ist zugleich eine erschöpfende Antwort bezüglich unserer Einstellung zu den Auslandsanleihen. Wir können und werden die vor uns stehenden Aufgaben des Aufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft mit den vorhandenen eigenen Mitteln bewältigen. Natürlich bedeutet die Aufnahme von Auslandsanleihen für uns eine beträchtliche Beschleunigung des Aufbautempos: wir würden damit in zwei bis drei Jahren erreichen, was unter den heutigen Verhältnissen nur in fünf bis zehn Jahren denkbar ist.

In der allerletzten Zeit hat sich, nunmehr offenbar endgültig, die Gewährung eines deutschen 300-Millionen-Mark-Kredits in Warenform entschieden, der ausschließlich die Ausfuhr von Ausrüstungsgegenständen und Maschinen deutscher Produktion mit Ziel von zwei bis vier Jahren vorsieht. Diese Anleihe wäre der erste große langfristige Kredit, den die Sowjetunion erhielte. Er bezeichnet gewissermaßen einen positiven Umschwung in den Wechselbeziehungen zwischen der Sowjetwirtschaft und

der kapitalistischen Welt. Zweifellos werden dieser ersten Kreditgewährung weitere ähnliche Operationen mit längeren oder kürzeren Terminen folgen, und letzten Endes werden sich auch die Länder, die sich zurzeit noch ganz ablehnend einstellen, gezwungen sehen, sich an der neuen Kreditpolitik Sowjetrußland gegenüber zu beteiligen.

Aber selbst wenn in Zukunft die Frage der Anleihengewährung keine befriedigende Lösung erfährt, hat unsere Union doch in den abgelaufenen Jahren anschaulich gezeigt und bewiesen, daß sie imstande ist, auch im eigenen Lande die erforderlichen Mittel flüssig zu machen. Mit der Hebung des allgemeinen Wohlstandes und der wachsenden Produktivität der Landwirtschaft steigt die innere Akkumulation und zugleich damit gewinnen unsere Innenanleihen immer größere Bedeutung.

Auf dem Wendepunkt, an dem die Industrie nunmehr steht, wo die Frage der Organisierung neuer Industrieunternehmen entschieden wird, wird zugleich das Problem der Rolle der Elektrifizierung im Gesamtsystem unserer Wirtschaft hochaktuell. W. I. Lenin erblickte noch in den Jahren des industriellen Verfalls in der Durchführung des Elektrifizierungsplanes das Siegespfand des Sozialismus. Er betonte, daß bei dem heutigen Stande der Technik der Neuaufbau der Produktivkräfte nur auf der Basis der Elektrifizierung denkbar sei. Unter seiner Anleitung erfolgte 1920 durch den IX. Rätekongreß die Ausarbeitung und Bestätigung eines umfassenden Planes zur Elektrifizierung des Landes, der die Errichtung von 30 neuen Rayon-Ueberlandzentralen mit hoher Leistungsfähigkeit und die Erweiterung und Zusammenfassung der bestehenden Elektrizitätswerke an 55 Punkten vorsieht. Diese Werke sollen die gesamte Kraftwirtschaft in Uebereinstimmung mit dem Gesamtplan zur Rekonstruktion der Industrie rationalisieren. Von diesem Plan wird die „Staatskommission zur Elektrifizierung Rußlands" bis zum Oktober 1926 das „Dringlichkeitsprogramm" durchgeführt haben. Fertiggestellt und in Betrieb sind bereits die Stationen Schatura, Kaschira, „Roter Oktober" und Kiselow. Ihrer Fertigstellung nähern sich die Stationen Wolchowstroi, Nis hnij-Nowgorod und Schterow. Ihre Gesamtleistungsfähigkeit wird gegen 216 000 Kilowatt betragen. Im Bau befinden sich eine ganze Reihe weiterer Stationen: Charkow, Saratow, Tscheljabinsk, Semo-Awtschal usw. Die Intensität der Elektri-

fizierungsarbeiten in den verschiedenen Gegenden der Union ist demnach befriedigend hoch. Immerhin ist die Gesamtleistungsfähigkeit dieses Bausystems noch verhältnismäßig geringfügig und bleibt weit hinter dem Westen zurück, was unsere wirtschaftliche Rückständigkeit charakterisiert. Die außerordentliche Beschränktheit der staatlichen Mittel begrenzt die mögliche Investierung in dieses so außerordentlich wichtige Unternehmen auf 117 Millionen Rubel binnen drei Jahren. Vergleicht man unsere Arbeit auf dem Gebiet der Elektrifizierung jedoch mit der Vorkriegsperiode, so ist festzustellen, daß wir hinsichtlich der Stromversorgung das Vorkriegsniveau beinahe um das Vierfache überschritten haben. Mit dem laufenden Wirtschaftsjahr wird sich das Durchführungstempo des Elektrifizierungsplanes beschleunigen und die Finanzierung der Bauarbeiten heben. Die Elektrifizierung des Landes schafft die technische Basis, auf der die USSR die Probleme ihres umfassenden Wirtschaftsaufbaues lösen wird.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die Periode, in die die Industrie und die gesamte Volkswirtschaft nunmehr eintritt, ist nicht leicht. Die Periode enthält eine Reihe komplizierter und schwieriger Situationen. Aber an der Ueberwindung all dieser Schwierigkeiten besteht kein Zweifel. Unsere Partei, die aufs engste mit unseren Arbeitermassen wie mit den Arbeitermassen Westeuropas verbunden ist und deren Unterstützung hinter sich hat, wird alle jene großen Schwierigkeiten, die uns bevorstehen, überwinden und den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande erfolgreich weiterführen.

Zahl der arbeitenden Industriebetriebe und der Arbeiter in der staatlichen Großindustrie

Periode	Zahl der Betriebe	Durchschnittszahl der Arbeiter	Verhältnis der Arbeiterzahl zu 1921/22
1921–22	—	1 030 944	100
1922—23	2 945	1 240 462	120,3
1923—24	3 251	1 431 333	138,8
1924—25	3 399	1 679 471	162,8
Januar 1926	3 315	1 977 118	191,7

Zahl der geleisteten Arbeitstage in der staatlichen Großindustrie der USSR*)

Periode	Zahl der geleisteten Arbeitstage in der staatl. Großindustrie der USSR*) (in 1 000)	Im Verhältnis zu 1922/23
1922—23	282 326	100
1923—24	334 841	118,6
1924—25	404 196	143,0

Durchschnittswert der Produktion eines Arbeiters pro Tag in den staatlichen großindustriellen Betrieben in Vorkriegsrubeln

Periode	Durchschnittswert der Produktion eines Arbeiters pro Trag in den staatl. großindustriellen Betrieben in Vorkriegsrubeln	Im Verhältnis zu 1922/23
1922—23	3,47	100
1923—24	4,06	117,0
1924—25	5,68	163,7
Januar 1926	6,11	176,8

Wert der Produktion der dem Zensus unterliegenden Industrie

Periode	Wert der Produktion in Millionen Rubel	In Prozent zum vorhergehenden Jahr	In Prozent zu 1913
1913	5 297,5	—	100,0
1921	1 161,7	—	21,93
1922	1 526,6	131,41	28,82
1922—23	1 939,1	127,02	36,6
1923—24	2 505,1	129,19	47,3
1924 - 25	3 879,7	154,87	73,3
1925—26*)	5 275	136	90

*) Voranschlag.

Produktion in den Hauptzweigen der staatlichen Industrie

Industriezweig	Rechnungseinheit	Produkt	Jahr 1921/22	1922/23	1923/24	1924/25
Steinkohlenbergbau	1000 Tonnen	Steinkohle und Anthrazit	9 784	11 475	15 237	15 511
Torfgewinnung .	"	Torf	2 120	2 180	2 627	2 337
Petroleumindustrie .	"	Rohöl	4 561	5 166	5 942	6 946
"	"	Benzin	—	74	165	311
"	"	Petroleum	526	533	727	1 025
Erzbergbau . . .	"	Eisenerz	178	427	914	2 098
"	"	Kupferkies	13	62	100	171
"	"	Manganerz	40	222	427	616
Salzbergbau . . .	"	Salz	788	1 027	1 156	1 244
Hüttenindustrie . .	"	Roheisen	171	300	661	1 304
"	"	Martinstahl	318	615	993	1 865
"	"	Schienen	259	474	690	1 335
Lokomotiv- u. Waggonbau	Stück	Lokomotiven	115	101	179	183
	"	Waggons	585	358	351	990
Landwirtsch. Masch.	"	Mähmaschinen	4 791	11 624	13 440	45 603
"	"	Dreschmaschinen	9 788	25 940	—	32 915
"	"	Reuter	3 044	11 638	23 851	56 514
"	1000 Stück	Sicheln u. Sensen	1 788	1 323	1 121	2 955
"	"	Pflüge	128	207	146	541
Baumwolle	Tonnen	Garn	50 859	74 394	101 893	186 113
"	1000 Meter	Rohgewebe	355 888	621 294	878 953	1 596 992
"	"	Fertigwaren	302 481	581 427	835 504	1 490 350
Wolle	Tonnen	Garn	10 407	14 564	19 306	27 639
"	1000 Quadratmeter	Rohware	17 237	23 989	32 522	52 580
"		Fertigware	22 934	21 871	29 142	49 241
Leinen	Tonnen	Garn	16 000	29 409	39 038	50 020
"	1000□Meter	Fertiggewebe	36 553	78 775	114 057	144 351
Steine und Erde .	Tonnen	Portlandzement	74 368	192 086	350 153	662 640
"	"	Glas u. Glaswaren	25 670	70 858	98 122	164 467
"	"	darunt. böhmische Glaswaren	3 004	12 709	9 827	10 527
"	"	Marmor u. Fayence	4 780	12 063	18 573	27 824
Chemische . . .	"	Säuren	46 670	73 234	132 977	164 828
"	"	Kaustische Soda	10 624	19 979	29 541	35 740
"	"	Calcium-Soda	31 123	55 123	78 154	98 440
"	"	Superphosphat	4 295	6 778	26 653	53 559
Gummi	1000 Paar	Galoschen	4 152	9 971	6 170	15 726
"	Stück	Reifen	421	492	355	894
Zündholz	1000 Kisten	Zündhölzer	899	1 425	1 883	3 149
Fette	Tonnen	Seife	6 464	20 270	41 187	72 923
"	Million. St.	Zigaretten	6 568	12 508	12 862	24 859
Machorka Rippentabak	Tonnen	Machorka	11 963	13 999	21 207	28 882
Lebensmittel .	Doppelzent.	Gesalzene Butter	117 174	544 865	842 817	1 099 883
"	"	Pflanzenfett	138 022	216 601	174 586	283 111
Spiritus	Hektoliter	Rohspiritus	—	100 324	75 529	269 627
Zuckerproduktion .	1000 Tonnen	Rohzucker auf weißen Zucker umgerechnet	51	209	377	455
Zuckerraffinerie . .	"	Raffiniert. Zucker	8	50	130	292
Papier	"	Papier	35	76	118	211
"	"	Pappe	3	9	12	20
Leder	1000 Stück	Großhäute	3 331	4 978	5 061	6 691
"	"	Kleinhäute	2 893	3 336	4 235	5 734
Schuhe	1000 Paar	Schuhe u. Stiefel	2 989	3 720	4 057	5 950
Sägewerke	1000Kubikm.	Schnittholz	1 885	2 995	3 829	4 656

Die Preispolitik der Industrie

S. KWIRING

Die fünf Jahre Neue Oekonomische Politik haben der sozialistischen Sowjetindustrie, die heute bereits wieder annähernd 90 Prozent ihrer Vorkriegsnorm produziert, große Erfolge eingebracht.

Diese Erfolge, die auf der allgemeinen Gesundung der Wirtschaft des Landes und in erster Linie der Landwirtschaft beruhen, sind ein klarer Beweis dafür, daß der Uebergang zur Neuen Oekonomischen Politik, den die Kommunistische Partei unter der Leitung ihres großen revolutionären Führers vollzog, unbedingt richtig war.

Dabei darf man freilich nicht vergessen, daß die Neue Oekonomische Politik einen im Rahmen der staatlichen Regulierung freien Kampf zwischen den Wirtschaftssystemen, aus denen sich die Volkswirtschaft der Sowjetunion zusammensetzt, bedeutet. In unserem wirtschaftlichen Uebergangssystem zum Sozialismus arbeiten das sozialistische und das kapitalistische System nebeneinander und kämpfen gegeneinander. Das kapitalistische System in unserer Wirtschaft ist nicht homogen: man braucht nur auf die kleinbäuerliche Warenwirtschaft hinzuweisen, die unter den Bedingungen der Sowjetmacht ein viel größeres Interesse besitzt, ein Bündnis mit der sozialistischen Industrie zu schließen und über das Genossenschaftswesen in den sozialistischen Sektor einzugehen, als sich dem Privatkapital gegen den sozialistischen Wirtschaftssektor anzuschließen. Der Kampf gegen das Privatkapital wird hierdurch erleichtert, gleichzeitig aber macht diese Situation eine Preispolitik der staatlichen sozialistischen Industrie und des staatlichen sozialistischen Handels erforderlich, die das Bündnis mit der kleinbäuerlichen Warenwirtschaft sichert.

Die ganze Welt verfolgt diesen Kampf: die einen in der Hoffnung auf eine Restauration des Kapitalismus, die anderen in dem festen Vertrauen auf den unausbleiblichen Sieg des Sozialismus.

Auf dem Gebiete der Industrie ist dieser Wettkampf endgültig entschieden. Weder die Konzessionen noch das Privatkapital spielen in der Industrie der Sowjetunion eine erhebliche Rolle. Von einer Konkurrenz zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Industrie kann nur in vereinzelten Produktionszweigen, wie beispielsweise in der Lederindustrie, die Rede sein, aber auch hier ist das Uebergewicht der staatlichen Industrie durchaus gesichert. Dabei festigt sich die Lage der sozialistischen Industrie mit jedem Jahr.

Aber der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Prinzip spielt sich nicht nur auf dem Produktionsgebiete ab, sondern vor allem auf dem Gebiete der Warenzirkulation, wo sich die Verbindung der Industrie mit der Bauernwirtschaft vollzieht. Zu

Beginn der Neuen Oekonomischen Politik faßte das Privatkapital im Handel Fuß und bemächtigte sich mit einem Male beinahe des gesamten Kleinhandelsnetzes. In den ersten Jahren der NEP, als sich die nationalisierte Industrie den Marktverhältnissen anpaßte, bestand die Gefahr, daß das Privatkapital den Großhandel in seine Hände bekommen und damit eine unübersteigbare Mauer zwischen der Staatsindustrie und der Bauernwirtschaft aufrichten werde.

Eine Monopolstellung des Privatkapitals im Handel hätte eine politische Bedrohung des Bündnisses zwischen der Arbeiterschaft und den Bauern bedeutet.

Für die Sowjetmacht entstand die Aufgabe, dem Privatkapital, an Stelle eines Vermittlungsmonopols zwischen der Industrie und der Bauernschaft, eine Hilfsrolle im Handel anzuweisen, soweit seine Funktionen noch nicht von dem langsam erstarkenden Genossenschaftswesen und dem Staatshandel übernommen werden konnten.

Diese Aufgabe machte die Schaffung eines Netzes staatlicher Syndikate erforderlich, die die Handelsagenten der staatlichen Trusts bilden; in den Syndikaten konzentriert sich die Handelstätigkeit der lokalen Trusts, gleichzeitig fungieren sie als Groß- und Kleinhandelsagenten der lokalen Staatsindustrie und bauen das Genossenschaftswesen aus.

Heute kann man bereits sagen, daß das Privatkapital aus dem Großhandel verdrängt ist; während es im Kleinhandel immerhin noch 45 Prozent des Warenumlaufs in Händen hat.

Die folgende Tabelle zeigt das Prozentverhältnis im Warenumlauf des Landes zwischen dem staatlichen und dem genossenschaftlichen sowie dem privaten Handel in den Jahren der Neuen Oekonomischen Politik.

	Staatlich	Genossenschaftl.	Privat	Zusammen
1923/24	30,7	27,7	41,6	100
1924/25	39,5	34,2	26,3	100
1925/26, I. Halbjahr ..	40,7	35,3	24,0	100

In absoluten Ziffern hat sich der Umsatz der staatlichen Syndikate folgendermaßen entwickelt: 1923/24 422 Mill. Rubel; 1924/25 834 Millionen Rubel; der Umsatz der Genossenschaften ist von 2650 Mill. Rubel 1923/24 auf 4750 Mill. Rubel 1924/25 gestiegen.

Diesem Wachstum entspricht auch die rasche Zunahme der Börsenoperationen.

Die Verkaufsumsätze der Moskauer Warenbörse und der 70 Provinzbörsen hatten betragen

	1923/24	3017 Mill. Rubel
	1924/25	6405 Mill. Rubel
in den ersten 5 Monaten	1925/26	3707 Mill. Rubel

Interessant ist die Verteilung dieser Abschlüsse nach Kontrahentengruppen (in Prozent zum Gesamtumsatz):

	Staatsorgane		Genossenschaft.		Privat		Gemischte Gesellschaft.		Zusammen	
	Verkäufe	Käufe	Verkäufe	Käufe	Verkäufe	Käufe	Verkäufe	Käufe	Verkäufe	Käufe
1923/24	83,1	85,4	6,8	23,3	7,6	15,4	2,5	2,9	100	100
1924/25	86,8	57,8	6,6	30,4	4,6	8,9	2,1	2,9	100	100

Sowohl bei den Verkäufen als auch den Käufen geht der Anteil des Privatkapitals ständig zurück. Zwar werden kleinere Abschlüsse außerhalb der Börsen getätigt, dies beeinflußt jedoch die Lage nicht wesentlich.

Der Großhandel befindet sich in der Hauptsache in den Händen des staatlichen Handels und der Genossenschaften. Im Kleinhandel ist dagegen, wie bereits gesagt, die Position des Privatkapitals immer noch verhältnismäßig stark.

Diese Lage kommt auch in den Preisen für Industriewaren zum Ausdruck. Die Großhandelspreise fügen sich im Großen und Ganzen in die Preispolitik der Sowjetmacht ein; im Kleinhandel wird die Durchführung dieser Preispolitik durch den Warenmangel erheblich erschwert.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft fordert, daß in dem Verhältnis zwischen den Industrie- und den landwirtschaftlichen Preisen keine beträchtliche Spannung entsteht.

In den ersten Jahren der NEP ergab sich infolge einer verfehlten Preispolitik die sogen. „Schere", d. h. eine ungeheuerliche Spannung zwischen den Preisen für Industrie- und landwirtschaftlichen Produkten. Während der Industrieindex im Oktober 1923 2,7mal so hoch wie der Vorkriegsindex war, betrug der landwirtschaftliche Index 0,9 gegenüber dem Vorkriegsindex (= 1).

Seit dem Oktober 1923 hat die Partei die Verengerung dieser „Schere" durch die Herabsetzung der Industriepreise energisch in Angriff genommen. Die Annäherung zwischen Industrie- und landwirtschaftlichem Index kann man als abgeschlossen betrachten; die Lösung dieser Aufgabe erfolgte jedoch nicht nur vermittels Herabsetzung der Industriepreise, sondern auch durch eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Preise.

So betrug am 1. Februar 1926 der landwirtschaftliche Großhandelsindex im Vergleich zum Jahre 1913 1,8, der Industrieindex 2; die Kleinhandelsindexe dementsprechend 2,13 und 2,48.

Dieses Verhältnis ist als beinahe normal anzusehen; die Schwierigkeit besteht nur darin, daß sowohl die Industrie- als die Land-

wirtschaftspreise mehr als doppelt so hoch sind wie die Vorkriegspreise, und zweitens, daß die Differenz zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen zu hoch ist*).

Im Sowjetstaate ist der Markt nicht der universelle Preisregulator. Die Preispolitik der Sowjetmacht arbeitet vielmehr im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor mit obligatorischen Festpreisen.

Die Regierungspolitik der Preissenkung für Industriewaren hat in den beiden Jahren seit September 1924 beträchtliche Resultate gezeitigt, namentlich bei den Werkpreisen der staatlichen Syndikate und Trusts. In diesen beiden Jahren ist der Index um 30 Prozent zurückgegangen. Die Einzelindexe für die wichtigsten Gebrauchswaren sind noch weiter zurückgegangen; die Werkpreise in der Textilgruppe beispielsweise um 40 Prozent, für Lederwaren um 47 Prozent.

Besondere Bedeutung gewinnt dieser Preisrückgang, wenn wir in Betracht ziehen, daß er sich in der Periode eines außerordentlichen Warenmangels vollzog. Für jeden Kapitalisten ist der Warenhunger das sicherste Mittel zur legalen Ausplünderung des Konsumenten. Im Sowjetstaate stehen dagegen über den Interessen der einzelnen Industriezweige die Gesamtinteressen des Landes und vor allem der breiten Verbrauchermassen. Der Profit hat hinter diese Interessen zurückzutreten. Darin liegt der große Vorzug des Sowjetsystems vor dem kapitalistischen. Die breiten Massen sind dem Kapital nicht schonungslos ausgeliefert. Die Sowjetmacht führt eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Volksmassen und die sozialistische Industrie und der Handel sind die Kanäle dieser Politik. Das Privatkapital leistet dieser Politik allerdings noch Widerstand und ist in erster Linie für die Höhe der Kleinhandelspreise verantwortlich. Binnen zwei Jahren sind die Großhandelspreise, wie gesagt, um 30 Prozent zurückgegangen, die Kleinhandelspreise im Privathandel dagegen nur um 10 Prozent, d. h., daß der private Kleinhandel den Warenhunger zu unverhältnismäßigen Profiten ausnützt. Namentlich Manufakturwaren verkauft der private Händler zuweilen doppelt so teuer wie die Genossenschaft und der Laden des Syndikats. Wir besitzen daher faktisch zwei Kleinhandelsindexe, den privaten und den genossenschaftlichen.

Zur Veranschaulichung des Gesagten führen wir nachstehend den Moskauer Preisindex für Industriewaren im privaten und im genossenschaftlichen Detailhandel an. (1913 = 1.)

	Im genossenschaftl. Handel	Im Privathandel
1. August 1925	1,90	2,29
1. September 1925	1,91	2,31
1. Oktober 1925	1,91	2,46

*) Im Februar 1926 betrugen die Großhandelsindexe (1913 gleich 1) in den Vereinigten Staaten 1,56, in England 1,6, in der USSR 1,8. Der Index der Sowjetunion steht somit annähernd auf dem Niveau Englands und der Vereinigten Staaten.

1. November 1925	1,92	2,49
1. Dezember 1925	1,94	2,53
1. Januar 1926	1,94	2,42
1. Februar 1926	1,94	2,41
1. März 1926	1,95	2,44

(Nach den Angaben des Konjunkturinstituts des Volkskommissariats für Finanzen.)

Aus der Tabelle geht anschaulich hervor, daß die Preise des Privathandels nicht nur höher sind als die genossenschaftlichen, sondern auch rascher wachsen, daß die Genossenschaft erheblich billiger verkauft als das Privatkapital und daß die Arbeitermassen, die vorwiegend bei der Genossenschaft kaufen, durch die Preissenkungspolitik beträchtliche Vorteile genießen.

Die Aufgabe der Preissenkung ist jedoch noch in keiner Weise abgeschlossen, und ihrer endgültigen Lösung steht der Warenhunger im Wege.

Die Ueberwindung des Warenhungers ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sowjetmacht. Theoretisch sind hierzu zwei Wege denkbar. Der eine Weg ist die Erdrosselung der forcierten Entwicklung der Industrie, in erster Linie der Schwerindustrie, da der Industrieneubau zu einer gesteigerten Nachfrage nach Industriewaren führt; Erweiterung der Landwirtschaft und ihre Verschmelzung mit dem kapitalistischen System in und außerhalb der Union zwecks Kompensierung des Warenmangels durch den Import.

Der XIV. Parteikongreß hat erklärt, daß dieser Weg zwar theoretisch möglich, aber nicht unser Weg sei, da er nicht zur Entfaltung der sozialistischen Wirtschaft führe, sondern ein Dawes-Programm für die Sowjetunion darstelle.

Eine sozialistische Wirtschaft kann nicht von kapitalistischen Staaten abhängig sein. Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, sich von der Weltwirtschaft zu isolieren (unser Export und Import wachsen im Gegenteil von Jahr zu Jahr), aber sie muß eine selbständige Wirtschaftseinheit sein, deren Außenhandel im Einklang mit den Interessen des sozialistischen Aufbaus steht.

Das ist zugleich der Grund, weshalb sich die Sowjetunion nicht damit zufrieden geben kann, ein agrarisches Land zu bleiben.

Der Sozialismus kann sich nur in einem industriell entwickelten Lande entfalten. Nicht in der Verbindung der Sowjetlandwirtschaft mit der kapitalistischen Wirtschaft des Auslandes, sondern in ihrer Verschmelzung mit der wachsenden staatlichen Industrie liegt der Weg zum Sozialismus.

Deshalb muß auch der Warenmangel durch eine Erweiterung der Produktion überwunden werden, natürlich im Rahmen der realen Hilfsquellen des Landes. — Das Mißverhältnis zwischen den einzelnen

Teilen der Volkswirtschaft wird sich in dem Maße, wie sich die Industrie der Sowjetmacht festigt, beheben.

Der Aufbau des Sozialismus ist, wie wir gesehen haben, auch mit beträchtlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Warenumlaufes verbunden; die Sowjetmacht wird jedoch auch mit ihnen fertig werden.

Der Kapitalismus hat seine Herrschaft über den Feudalismus erst in einem langwierigen hartnäckigen Kampf gefestigt. Dem Sozialismus steht noch ein Dornenweg des Kampfes mit dem Kapitalismus bevor. Der Feind ist stark, die Schwierigkeiten groß, aber der Sieg der Arbeiterklasse und des Sozialismus steht außer Frage. — Die Erfahrung der russischen Revolution hat gezeigt, daß der Sozialismus nicht eine Illusion lebensfremder Träumer ist, sondern das Morgen der gesamten Menschheit.

Index der Preise der Industrieerzeugnisse der Staatsindustrie der USSR

Industriegruppe	Index der Preise am:				
	1. 10. 1923	1. 10. 1924		1. 10. 1925	
	1913 = 100	1913 = 100	1923 = 100	1913 = 100	1923 = 100
Bergbau	218,4	155,6	71,26	151,3	69,27
Steine und Erden	291,2	235,7	80,95	223,8	76,86
Metall	226,1	191,0	84,50	167,4	74,06
Elektroindustrie	275,4	238,8	86,70	221,3	80,33
Chemische	235,0	181 1	77,03	169,6	72,14
Textil	353,0	226,6	63 13	213,9	59,59
Leder	315,7	181,6	57,51	172,0	54,49
Papier	258,5	204,9	79,27	189,8	73,45
Lebens- und Genußmittel	256,0	232,9	90,97	223,5	87,32
Gesamtindustrie	280,6	208,3	74,22	195,4	69,63

Trusts und Syndikate der Sowjetunion

Der Prozeß der Vertrustung und Syndizierung der Industrie ging von dem Bestreben aus, aus den getrennten Unternehmungen Kombinationen zu schaffen, um durch Vereinigung ein Maximum der ökonomischen und organisatorischen Leistung zu erzielen, die innerlich zueinander gehörenden Betriebe miteinander zu verbinden, im Interesse der höchstmöglichen Steigerung der Produktion und zum Zwecke der Regelung der Handelsoperationen der verschiedenen Betriebe eines und desselben Betriebszweiges. Dieser Prozeß begann im Sommer 1922 durch die Schaffung der ersten Trusts „Leinenverwaltung" (Lnoprawlenie) und „Nördl. Holztrust" (Seweroles). Der Verwaltung nach sind zu unterscheiden: die Trusts, die unmittelbar oder durch die sog. Prombüros dem Obersten Volkswirtschaftsrat (OVWR) unterstehen, ferner die den Wirtschaftsräten der Bundesrepubliken und die den örtlichen Volkswirtschaftsräten untergeordnet sind.

Trusts

Trotz der erheblichen Zahl der Trusts ist die russische Industrie lange nicht so zersplittert, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte.

Die Zahl der in der USSR dem OVWR unterstehenden Trusts, die von Bedeutung für die ganze Sowjetunion sind, beläuft sich insgesamt auf 71. Sie verteilen sich auf die einzelnen Industriezweige folgendermaßen:

Bergbau	10
Metallverarbeitung	18
Elektrotechnik	5
Holzindustrie	7
Chemische Industrie	5
Nahrungsmittelindustrie	3
Textilindustrie	22
Papierindustrie	1
Summe	71

Weit größer ist die Zahl der Trusts der Bundesrepubliken und die der örtlichen Trusts; in der RSFSR bestehen zum Beispiel 40 von den Bundesrepublik geleitete Trusts und 284 örtliche Trusts; in der Ukraine sind gegen 90—100 Trusts vorhanden usw. Insgesamt dürften etwa 500 Trusts in der USSR vorhanden sein; die Zahl der in ihnen vereinigten Betriebe beträgt ungefähr 4200—4500 Unternehmungen. Ein einzelner Trust umfaßt 5—250 Betriebe. Im Dezember 1924 betrug die Zahl der in den Trusts beschäftigten Arbeiter 1 414 000 gegen 819 000 am Beginn des Jahres 1923. Diese Zahlen sind aber heute bereits längst überholt. Ungefähr 85—90 Prozent aller industriellen Arbeiter sind in den Staatstrusts beschäftigt.

Untersucht man aber die Zusammensetzung des Verwaltungspersonals nach der Beschäftigung der Mitglieder vor 1914, so findet man, daß der Verwaltungsapparat der Trusts zu einem großen Teil aus Arbeitern besteht. Die Anzahl der Arbeiter beträgt in den Verwaltungen der Trusts 28 Prozent oder mehr als ein Viertel der Verwaltungskörperschaft[1]). Von den anderen Berufsarten nehmen in den Verwaltungen einen bedeutenden Platz ein die Personen, die früher in der Industrie als Ingenieure, Techniker und Verwaltungsbeamte angestellt waren. Was die Vertreter der früher herrschenden Klasse, Fabrikanten und Kaufleute, betrifft, so sind sie im Verwaltungsapparat der Trusts mit kaum 3 Prozent vertreten.

---

[1]) In den Betrieben selbst besteht gegenwärtig die Verwaltung fast ausschließlich aus „Roten Direktoren", d. h. aus früheren Arbeitern und Kommunisten.

Syndikate

Im Unterschied zu den Trusts als Produktionsorganisationen erfüllen die Syndikate Handels- und Verkaufsfunktionen.

Als eines der ersten Syndikate wurde im März 1922 das Textilsyndikat gegründet, dessen Aufgabe bestand: 1. in der Regelung der Handelstätigkeit der Trusts; 2. in der Zusammenfassung der Beschaffungstätigkeit beim Einkauf von Rohstoffen, Heizmaterial und Hilfsmaterialien und 3. in der Regelung der finanziellen Operationen. In diesem Textilsyndikat waren im Juli 1925: 20 Baumwolltrusts, 9 Wolltrusts, 8 Leinentrusts, 3 Hanftrusts und 8 verschiedene Textiltrusts (für Seide, Trikotage usw.) vereinigt.

Die Zahl der in der USSR im Juni 1925 bestehenden Syndikate beläuft sich auf 20, von denen als die wichtigsten folgende hervorgehoben werden sollen: Naphthasyndikat, Salzsyndikat, „Prodasilikat" (Industrie der Steine und Erden), „Selmasch" (landw. Maschinen), Textilsyndikat, Ledersyndikat, Tabaksyndikat, Zündholzsyndikat, „Uralmet" (metallurgische Industrie des Ural), „Torgugol" (Kohlenhandel), Konservensyndikat. Der von 12 Syndikaten im Jahre 1924/25 getätigte Verkauf beträgt 851 Millionen Rubel. Der Verkauf für das erste Quartal 1925/26 beläuft sich auf 341 Millionen Rubel.

Die Mittel, mit denen die Syndikate operieren, fließen aus vier Quellen zusammen: 1. den Aktienbeiträgen der Syndikatteilnehmer; 2. Kapitalien, die der Oberste Volkswirtschaftsrat den Syndikaten bei deren Gründung zur Verfügung gestellt hat; 3. Kredite auf lagernde Produkte des Syndikats und 4. Anleihen von Kreditanstalten.

Eine wichtige Rolle in der Arbeit der Syndikate nimmt die Preisregelung der Produktion ein. Einige Syndikate, wie z. B. das für landwirtschaftliche Maschinen („Selmasch"), haben an der Beschaffung von Rohstoffen teilgenommen. Dieses Syndikat hat auch an der Ausarbeitung der Standardtypen der landwirtschaftlichen Maschinen teilgenommen, sowie an der Aufstellung des Sortiments der einzelnen Maschinenteile. Die Syndikate bilden eine Schule für die Handelstätigkeit der Staatsorgane und einen mächtigen Apparat der staatlichen Regelung des Handelsverkehrs.

Das wirtschaftliche Wesen der Trusts und Syndikate unterscheidet sich von jenen in kapitalistischen Ländern aufs schärfste. Gemeinsam ist nur die Organisationsform. Während die Trusts und Syndikate in den kapitalistischen Ländern Organe des Kapitals bilden zur stärkeren Ausbeutung der arbeitenden Massen, sind sie in Rußland Organe des Sowjetstaates: ihre Profite fallen der Allgemeinheit zu.

Die Elektrifizierung der USSR

Seit der Oktober-Revolution bis Oktober 1924 wurden neue Kraftwerke erbaut und die Leistung bestehender Werke erhöht um eine Gesamtleistungsfähigkeit von 98 000 KW. 1925 wurden neue Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 47 000 KW fertig gebaut, während die Gesamtleistung der 1926 zu errichtenden Werke, deren Bau 1925 bereits begonnen wurde, 261 400 KW betragen soll. Insgesamt werden sich 1926 Kraftwerke mit einer Leistung von 513 700 KW im Bau befinden, davon 197 000 als Fortsetzung bereits begonnener Bauten und 315 000 KW neue Bauten. Ende 1926 wird die USSR neue, nach der Oktober-Revolution errichtete Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 400 000 KW besitzen.

Es ist interessant, diese Ziffern mit dem Bestande an Elektrizitätswerken Rußlands vor der Revolution zu vergleichen. 1917 gab es öffentliche Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von annähernd 400 000 KW, Ende 1926 sollen es 800 000 KW sein. Dabei ist nicht nur die Verdoppelung bemerkenswert, sondern auch die Verteilung auf die einzelnen Arten:

Kraftwerke	Ende 1917 vorhandene	Von 1917—26 neugebaute
Rayon-Kraftwerke	20 000	60 000
Städtische Kraftwerke ..	373 000	132 000
Werke auf dem Lande....	9 000	14 000

Daraus geht hervor, daß bei einer allgemeinen Verdoppelung die Leistung der Rayonstationen um das Dreifache, die der städtischen um ein Drittel und die der Werke auf dem Lande um das Zweieinhalbfache gestiegen ist.

1917 entfiel die Hauptleistung der Kraftwerke auf die städtischen, vorwiegend mit Naphtha und Kohle, also mit teuren Brennstoffen gespeisten Werke, während nach der Oktober-Revolution in der Hauptsache Rayonstationen erbaut werden, die dem allgemeinen Elektrifizierungsplan entsprechen und die natürlichen Energiequellen in der Nähe der Kraftwerke und damit die großen natürlichen Reichtümer des Landes ausnutzen. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen Elektrifizierung unter der Sowjetmacht und unter dem Zarismus.

Die wichtigsten Kraftwerke, deren Bau zu Ende geführt ist oder deren Vollendung unmittelbar bevorsteht, sind: 1. das Wasserkraftwerk am Wolchow-Fluß (in der Nähe Leningrads) — 56 000 KW, 2. das Schatura-Werk (Torfanlage bei Moskau) — 48 000 KW, 3. das Kraftwerk Nischnij-Nowgorod (Torfanlage) — 20 000 KW, 4. das Sterow-Kraftwerk (Donezbecken), das mit Anthrazitstaub geheizt wird, die erste Staubfeuerung in Rußland, und eine ganze Reihe von örtlichen

Kraftwerken, wie Samo-Awtschalsk (Georgien), das Swerdlowsche Werk (im Ural), die Jaroslawsche, die Taschsenter Station und andere.

Von großen Plänen ist noch das Dnjepr-Kraftwerk zu erwähnen, das nach seiner Vollendung mit einer Kraftleistung von 656 000 PS das größte Kraftwerk Europas sein wird. Die Vorarbeiten für dieses Werk reichen zwei Jahre zurück, und die Beschlußfassung über die technische Durchführung steht unmittelbar bevor.

Die Durchführung der Elektrifizierung hat aber das Bestehen einer starken Elektroindustrie in der Sowjet-Union zur Voraussetzung. Die Wiederherstellung der Elektroindustrie begann erst 1922 durch die Zusammenfassung isolierter Betriebe zum elektrotechnischen Trust, der 1922-25 die fast tote Elektroindustrie nahezu an das Vorkriegsniveau brachte und zahlreiche neue Werke schuf. Die Entwicklung der Industrie wird am besten am Werte der Erzeugnisse festgestellt:

Wert in Vorkriegsrubeln:

1920	5 300 000
1922	17 440 000
1922/23	29 000 000
1923/24	38 000 000
1924/25	74 000 000

Der Plan für 1925/26 sieht 126 Millionen Rubel vor. Es zeigt sich hier nicht nur eine beständige Zunahme im Vergleich zur Periode des niedrigsten Standes der Industrie, sondern auch zur Vorkriegszeit. So hatte z. B. 1913 die Gesamtproduktion der russischen Elektroindustrie einen Wert von 68 Millionen Rubel, eine Zahl, die bereits 1925 überschritten wurde.

Die Elektroindustrie der Sowjet-Union hat auch technische Fortschritte zu verzeichnen, z. B. wird im Gegensatz zur Vorkriegszeit jetzt ein größerer Teil der Materialien zum Generatorenbau im Inlande hergestellt.

Auch die Glühlampenfabrikation hat große Fortschritte gemacht. Während 1913 in russischen Fabriken drei Millionen Lampen angefertigt und 13 Millionen eingeführt wurden, stieg die Produktion 1923/24 auf 6½ Millionen, während die Einfuhr auf vier Millionen zurückging. 1924/25 wurden zehn Millionen Glühlampen erzeugt und drei Millionen eingeführt. 1925/26 soll die Produktion bis auf 16 Millionen gesteigert werden.

Die Ergebnisse der Elektrifizierung und Fortschritte der Elektroindustrie geben allen Werktätigen der USSR die Gewißheit, daß ungeachtet der großen Schwierigkeiten die Losung Lenins: „Der Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung!" verwirklicht werden wird!

Das Konzessionswesen

MINKIN

Das Konzessionswesen der Union der Sowjetrepubliken ist auf dem Gedanken aufgebaut, daß die Union so große Reichtümer an Naturschätzen besitzt und potentiell einen so riesigen Absatzmarkt darstellt, daß trotz des raschen Aufbaus der Wirtschaft die Ausnutzung dieser Naturschätze bzw. die Befriedigung dieses Bedarfs mit den eigenen Kräften des Landes nur in ferner Zeit möglich wäre. Daher erscheint es zweckmäßig, ausländischen Kapitalisten die Möglichkeit zu geben, an der Ausnutzung der Naturschätze bzw. an der Befriedigung des Bedarfs zeitweilig teilzunehmen.

Diese Teilnahme erfolgt in Form eines Konzessionsvertrages, der den Kapitalisten die Möglichkeit der Produktion innerhalb der Grenzen der USSR, unter den im Konzessionsvertrag festgelegten Bedingungen gestattet.

Die Erfolge der Konzessionspolitik sind bis heute sehr gering. Es wurden bisher nicht mehr als 35 Millionen Rubel ausländisches Kapital in das Land gelenkt; bei voller Entwicklung der bereits gewährten Konzessionen würde ihre gesamte Kapitalanlage nicht mehr als 100 Millionen Rubel betragen. Dies sind gegenüber den kolossalen Ziffern der inländischen Kapitalakkumulation verschwindende Größen.

In den letzten fünf Jahren sind beim Hauptkonzessionskomitee ungefähr 1500 Konzessionsanträge eingelaufen, der größte Teil aus Deutschland: 32,7 Prozent, England 11,5 Prozent, Vereinigte Staaten 10,2 Prozent, Frankreich 8,6 Prozent; der Rest verteilte sich auf die übrigen Staaten der Welt. Dieser großen Zahl der Konzessionsanträge gegenüber wurden bis 1. Oktober 1925 durch den Rat der Volkskommissare nicht mehr als 110 Konzessionsverträge bestätigt, von denen aber bisher bereits 22 ihre Tätigkeit eingestellt haben, zum Teil, weil die Laufzeit der Konzession bereits vorüber ist, oder weil die Konzessionäre ihre Arbeit nicht aufgenommen hatten. Daher gibt es in diesem Moment nicht mehr als 88 tätige Konzessionäre. Dieselben verteilen sich der Nationalität nach in folgender Weise:

Deutschland	26
England	14
Vereinigte Staaten	9
Frankreich	3
Schweden	3
Dänemark	3

Der Rest verteilt sich auf viele andere Staaten. Nach der Art der Betätigung verteilen sie sich folgendermaßen:

Handelskonzessionen	22
Industrielle Konzessionen	21
Bergbau	12
Transport	11

Landwirtschaft	10
Forstwirtschaft	6
Andere	6

Die wichtigsten Konzessionen sind die folgenden:

Lena Goldfield: Diese große englische Konzession befaßt sich mit Goldproduktion im Lena-Gebiet, mit der Ausbeutung von Eisen- und Kupferbergwerken im Ural, im Altai und in anderen Gebieten. Der Konzessionär ist verpflichtet, große metallurgische Werke zur Gewinnung von Kupfer im Ural und anderen Metallen im Altai-Gebiet zu errichten, mit einem Gesamtaufwand von 22 Millionen Rubel. Ihre volle Entwicklung wird sie erst in 5 Jahren erreichen. Die Konzession wird für den Staat eine Einnahme von 2 Millionen Rubel jährlich ergeben; ihre Laufzeit beträgt 30 bzw. 50 Jahre.

Die Manganerz-Konzession von Harriman: Laufzeit 20 Jahre. Es ist ein Jahreskontingent der Produktion und des Exports von Manganerzen aus dem Kaukasus festgesetzt. Die Regierung erhält eine Abgabe pro Tonne des ausgeführten Manganerzes. Die Gesamtsumme der Abgabe ist für die Laufzeit der Konzession auf rund 130 Millionen Rubel festgelegt.

Für Deutschland von besonderem Interesse ist die große Mologa-Holzkonzession der Gruppe des früheren Reichskanzlers Wirth. Die Konzessionäre erhielten eine Waldfläche von ungefähr 1 000 000 ha zur Ausnutzung. Die Konzession hat große Sägewerke aufgestellt und ist verpflichtet, eine Eisenbahnlinie zu erbauen und Fabriken zur chemischen Holzverarbeitung einzurichten.

Was die Zukunft der Konzessionspolitik anbelangt, so wird einerseits das Bedürfnis nach ausländischen Konzessionären mit der raschen Entwicklung unserer Volkswirtschaft geringer werden; andererseits wird aber nach den Erfolgen der bisherigen Konzessionsunternehmungen die Bereitwilligkeit der ausländischen Kapitalisten, Konzessionen in der Union zu erwerben, größer werden. Beide Entwicklungslinien führen dahin, daß wir bei den Konzessionsverhandlungen immer günstigere Bedingungen erzielen können.

---

3. Güterverteilung

Die Genossenschaften in der USSR

L. CHINTSCHUK

Der Genossenschaftsbewegung in der Sowjet-Union kommt eine außerordentliche Bedeutung zu. Denn während in kapitalistischen Staaten die Genossenschaften Organisationen sind, die die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Bauern nur bis zu einem gewissen Grade zu erleichtern versuchen und nur in

geringem Maße den Befreiungskampf des Proletariats fördern können, so sind unter der Sowjetmacht in der Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die Möglichkeiten der Entwicklung der Genossenschaften besonders groß, da sie die beste Form der Umstellung der bäuerlichen Wirtschaft auf sozialistische Grundlage bieten und gleichzeitig die zuverlässigste Organisation für die Verbindung der wirtschaftlichen Interessen von Stadt und Land sind.

Um so größer wird die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Sowjet-Union dadurch, daß sie neben der genossenschaftlichen Zusammenfassung von Millionen Arbeitern auch noch vor der Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisierung von 20 Millionen Bauernwirtschaften steht.

Die Genossenschaften sind auf der Grundlage des freiwilligen Anschlusses aufgebaut, genießen aber allseitige Unterstützung durch die WKP und die Organe der Sowjetmacht. Kein Partei-, Sowjet- oder Gewerkschaftskongreß geht vorüber, der sich nicht mit den Genossenschaften und den Mitteln zu ihrer Förderung beschäftigt. Dies hat den Grund darin, daß die Gewerkschaften sowohl wie Partei und Staat erkannt haben, daß die Genossenschaften eine entscheidende Rolle bei der gemeinsamen Aufgabe des sozialistischen Aufbaus übernehmen.

Natürlich sind die Genossenschaften der USSR von der Lösung ihrer sozialistischen Aufgabe noch weit entfernt. Sie machen das Stadium ihrer organisatorischen Festigung und Entwicklung durch, in dem aber schon deutlich die Grundlagen des sozialistischen genossenschaftlichen Aufbaus zu erkennen sind. Alle Arten der Genossenschaften haben in ihrem Wirkungskreis unzweifelhafte Erfolge, was ihren Aufbau, ihre Verbindungen mit der Bevölkerung und ihre zahlenmäßige Stärke betrifft, zu verzeichnen. Ein Vergleich dieses Wachstums mit dem allgemeinen Erstarken des Sozialismus auf den „Kommandohöhen" der Wirtschaft zeugt davon, daß die Genossenschaften ihre Rolle als Bahnbrecher des Sozialismus zu erfüllen imstande sind. In demselben Maße, in dem die Genossenschaften ihre Arbeit verbessern und an Bedeutung zunehmen, wird auch ihre Rolle in der Wirtschaft des Landes mit jedem Jahr und jedem Monat in immer rascherem Tempo steigen. Gegenwärtig entfallen über 30 Prozent des gesamten Umsatzes des Landes auf die Genossenschaften. Nach den einzelnen Arbeitszweigen unterscheidet man folgende Arten der Genossenschaften:

a) Konsumgenossenschaften,
b) bäuerliche und Kreditgenossenschaften,
c) Handwerker-Produktivgenossenschaften,
d) Wohnungs-Genossenschaften.

Außerdem bestehen in der USSR Genossenschaftsbanken für alle Arten von Genossenschaften (Allrussische Genossenschaftsbank und Ukraine-Bank, Genossenschaftliche Verlags- und Versicherungs-Gesellschaft usw.).

a) Konsumgenossenschaften

Die Konsumgenossenschaften sind folgendermaßen aufgebaut: Alle Dorf-, städtischen und Arbeiterkonsumvereine werden zu Rayon-Genossenschaftsverbänden zusammengefaßt und diese wiederum zu Gebiets- oder Republikzentralen, die dem Zentrosojus angeschlossen sind, der die Zentralorganisation der Konsumgenossenschaften der USSR bildet. Beim Zentrosojus bestehen zwei selbständige Sektionen: die Zerab-Sektion und die Transpo-Sektion, die die Transportarbeiter-(Eisenbahner-) Konsumvereine zusammenfaßt. Der Zentrosojus ist die einheitliche Vertretung der Arbeiter- und Bauerngenossenschaften, während die beiden Sektionen die Sonderinteressen der Arbeitergenossenschaften vertreten. Der große Umfang der genossenschaftlichen Organisationen macht das Bestehen einer Transportgenossenschaft „Protanz" und einer Rückversicherungsgesellschaft notwendig.

Nach dem Dekret vom 20. 5. 24 über das Genossenschaftswesen sind alle Werktätigen berechtigt, sich in den untersten genossenschaftlichen Organisationen zu organisieren, die das Recht haben, sich zu Verbänden zusammenzuschließen.

Seit 1922 (der Aufhebung des Verteilungsmonopols der Konsumgenossenschaften) haben sich die Konsumgenossenschaften folgendermaßen entwickelt:

Datum	Zahl der Konsumvereine und Verkaufsstellen				Zahl der Genossenschafter (in Tausenden	
	Städtische u. Arbeiter		Ländliche			
	Vereine	Verkaufsstellen	Vereine	Verkaufsstellen	Städtische Arbeiter	Ländliche Arbeiter
1. 10. 1923	1 897	3 216	16 105	21 420	2 599	2 297
1. 4. 1924	1 708	4 315	17 609	23 375	2 706	3 202
1. 10. 1924	1 560	7 010	20 086	27 078	3 027	3 523
1. 4. 1925	1 577	11 127	22 244	32 558	3 502	4 552

Außerdem gab es in 39 Transport-Konsumgenossenschaften zum 1. April 1925 609 000 Genossenschafter; die Gesamtzahl der Genossenschafter in den Konsumvereinen betrug somit zum 1. April 1925 rund 9 Millionen gegen 7 121 000 Genossenschafter am 1. Oktober 1924. Nach den vorläufigen Schätzungen für den 1. Oktober 1925 hat die Zahl der Genossenschafter in den Konsumvereinen 10 Millionen erreicht.

Insgesamt sind 80 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in den Städten und auf dem Lande bis zu 30 Prozent aller Wirtschaften genossenschaftlich organisiert.

Das Kapital aller Konsumvereine betrug am 1. April 1925 über 20 Millionen Rubel. Der Durchschnittsanteil eines Mitgliedes ist allerdings nur etwa 2,20 Rubel, aber die Daten für April—Oktober 1925 und die folgenden Monate zeigen eine Steigerung, aus der geschlossen werden kann, daß in 1 bis 1½ Jahren der volle Anteil von 5 Rubel erreicht sein wird.

Die Umsätze der unteren Genossenschaften betrugen im Wirtschaftsjahr 1923/24 über 1 Milliarde Rubel, 1924/25 1 800 000 000 bis 2 Milliarden Rubel, d. h. sie haben sich fast verdoppelt. Für 1925/26 wird mit einem Umsatz von etwa 3½ Milliarden gerechnet. Eine wichtige Rolle spielen die Umsätze der Verbände, deren es am 1. April 1925 insgesamt 257 (10 Verbände der Bundesrepubliken, 22 der autonomen und nationalen Gebiete, 13 Gouvernementsverbände und 212 Rayonverbände) gab. Der Umsatz dieser Verbände betrug 1923/24 540 Millionen Rubel. Alle Organisationen der Konsumgenossenschaften haben zusammen 272 000 Arbeiter und Angestellte. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften der USSR stieg von 10 Prozent 1922/23 auf 23 Prozent 1923/24 und auf mehr als 30 Prozent 1924/25 des gesamten Warenverkehrs. In den wichtigsten Verbrauchsartikeln setzten die Konsumvereine 1924/25 sogar mehr als 50 Prozent um. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaft im Innenhandel steigt immer weiter, da sie die Hauptträger des Einzelhandels werden. Die planmäßige Versorgung durch die Staatsindustrie ermöglicht die Steigerung ihres Einflusses.

Die Konsumgenossenschaften der nationalen und Bundesrepubliken sind zu Zentralen zusammengeschlossen. Ihrer Stärkung und Ausdehnung wird gegenwärtig große Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Zentrosojus, der jetzt gleichzeitig die Zentrale der Konsumgenossenschaften der USSR und der RSFSR ist, ist der

ideologische Mittelpunkt, die Groß-Einkaufsgesellschaft und die leitende Instanz für den Außenhandel der Konsumgenossenschaften zugleich.

Die Bilanz des Zentrosojus ohne Zerab- und Transpo-Sektion betrug am 1. Oktober 1924: 114 153 000 Rubel und am 1. April 1925: 114 594 000 Rubel, wobei sich die Struktur der Bilanz gebessert hat. Das Eigenkapital betrug:

im Jahre 1917	3 429 000	Rubel
„ „ 1921	8 688 000	„
am 1. Oktober 1924	32 015 000	„
„ 1. April 1925	35 525 000	„

Die Umsätze des Zentrosojus sind seit 1923/24 außerordentlich rasch gestiegen.

Nach der Einführung der NEP wurde der Zentrosujus neben dem Außenhandelskommissariat zum Außenhandel zugelassen. Er führte 1923/24 für 42 279 000 Rubel aus und für 13 053 000 Rubel ein. Nach dem Plan für 1925/26 soll die Ausfuhr 58 Millionen Rubel, die Einfuhr rund 100 Millionen Rubel erreichen. Beim Zentrosojus besteht eine Abteilung für genossenschaftliche Propaganda, und das Genossenschaftswesen bildet den Gegenstand besonderer Studien in den allgemeinen Schulen und Lehranstalten (Genossenschaftsschulen). Der Zentrosojus unterhält das Leningrader Genossenschaftsinstitut und die höheren praktischen Genossenschaftskurse in Moskau, die verantwortliche Genossenschaftsfunktionäre heranbilden. Der Verlag des Zentrosojus gibt eine Monatsschrift („Die Konsumgenossenschaft"), eine Tageszeitung („Genossenschaftsweg") und eine populäre Wochenzeitschrift („Smytschka") heraus. Die Gesamtzahl der Angestellten der Hauptverwaltung des Zentrosojus in Moskau war am 1. Oktober 1925 2400. Die zusammenfassende Bilanz der Konsumgenossenschaften der USSR am 1. Oktober 1924 ergibt folgende Zahlen:

Bilanzsumme	871 000 000	Rubel
Betriebskapital	778 000 000	„
eigenes Vermögen	248 000 000	„

b) Landwirtschaftliche Genossenschaften

Nach 1921 beginnt in Sowjetrußland ein rasches Anwachsen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihrer Zusammenfassung in Verbänden. Gegenwärtig (zum 1. Juli 1925) bestehen über 50 000 Einzelgenossenschaften und über 400 Verbände.

Insgesamt waren am 1. Juli 1925 ohne die Ukraine 3 900 000 Wirtschaften (darunter im Selskosojus zusammengefaßt 3 600 000), am gleichen Tage in der ganzen USSR 5 000 000 Bauernwirtschaften, das sind 25 Prozent genossenschaftlich organisiert.

Die ursprünglichen landwirtschaftlichen Genossenschaften verteilen sich nach ihren Arten folgendermaßen (nach den Angaben über 25 000 Genossenschaften am 1. Oktober 1924):

Landwirtschaftliche Genossenschaften	23,2 %
Landwirtschaftliche Genossenschaften m. Kreditfunktionen	21,2 %
Kollektive (Landwirtschaftl. Produktivgenossenschaften)	19,7 %
Butter-Artels	12,2 %
Kredit-Genossenschaften	7,5 %
Heimindustrie und gewerbliche Artels	5,9 %

Besonders große Verbreitung gewannen in letzter Zeit die Kollektive. Ihre Zahl wächst so rasch, daß bei weitem noch nicht alle den Verbänden angeschlossen sind, und viele von ihnen als „wilde Genossenschaften" anzusprechen sind. Am 1. Juli 1925 bestanden 20 700 Kollektive (darunter in der RSFSR 15 000), für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 1. Juli 1925 stieg die Zahl um 25 Prozent. Am 1. Juli 1925 umfaßten die Kollektive über 1 Million Personen auf einer Fläche von 2,8 Millionen Deßjatinen. Darunter gab es am 1. Juli 1925: 11 Prozent Kommunen, 57 Prozent Artels und 30 Prozent sonstige. Die soziale Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft war folgende:

arme Elemente	70 %
Mittelbauern	25—28 %
wohlhabende Bauern	2— 5 %

Der Vorteil der Kollektive gegenüber den gewöhnlichen Bauernwirtschaften ist ihre landwirtschaftliche Produktionsorganisation: das Vielfeldersystem wird angewendet in 65 Prozent der Kommunen, 56 Prozent der Artels und 40 Prozent der Genossenschaften. Ebenso bedeutend sind die Erfolge der Kollektive im Warenverkehr: von 70 Millionen Pud Bruttoernte waren etwa 40 Millionen Pud Getreideüberschüsse für den Warenverkehr.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind zu Bezirksverbänden zusammengefaßt; außerdem sind diejenigen, die daneben Kreditfunktionen ausüben, mit den landwirtschaftlichen Banken verbunden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der Sowjet-Union (mit Ausnahme der Ukraine) ist im

Selskosojus zusammengefaßt, wobei die einzelnen Arbeitszweige der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Zentralen usw. zusammengefaßt sind: 1. Wsekoless (Forstgenossenschaft), 2. Koopstrachsojus (genossenschaftliche Versicherung), 3. Maslozentr (Molkereigenossenschaften und Butterartels), 4. Plodowinsojus (Weinbaugenossenschaften, Gärtnereigenossenschaften, Gemüsebau usw.), 5. Sojuskartoffel (Kartoffelbauergenossenschaften), 6. Zentralgenossenschaft „Genossenschaftsverlag" (Herausgabe von Literatur über Fragen, die mit der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften aller Art verbunden sind).

Die Arbeit aller Zentralen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wird von dem beim Selskosojus bestehenden „Zentralrat der landwirtschaftlichen Genossenschaften" in Einklang gebracht.

Die Bilanz der Zentralen der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist folgende:

	1. 1. 1924	1. 7. 1924	1. 10. 1924	1. 1. 1925	1. 7. 1925
Selskosojus	26 777 000	36 521 000	51 569 000	49 191 000	63 717 000
Lnozentr. (Flachszentr.)	7 955 000	7 642 000	8 159 000	12 035 000	13 513 000
Sojuskartoffel	2 302 000	2 785 000	1 489 000	2 942 000	2 647 000
Maslozentrale	—	—	15 596 000	17 995 000	28 739 000
Plodowinsojus	—	—	—	8 686 000	5 829 000
Gesamtsumme der Bilanzen all. Zentralen	37 034 000	46 948 000	76 813 000	90 849 000	114 445 000

Die Bilanz des gesamten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens beträgt:

am 1. 1. 1924 . . . . 258 690 000 Rubel
„ 1. 10. 1924 . . . . 471 000 000 „
„ 1. 7. 1925 . . . . 747 000 000 „ *)

Der Umsatz der landwirtschaftlichen Genossenschaften (ohne die Ukraine) betrug:

1923 . . . . 172 000 000 Rubel
1924 . . . . 619 000 000 „
1925 (1. Halbjahr) . . . . 548 000 000 „

Der Umsatz der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Außenhandel war:

*) darunter die Zentralen — 114 Millionen Rubel, die Verbände — 233 Millionen Rubel und die Vereine erster Stufe — 410 Millionen Rubel.

	Einfuhr	Ausfuhr
1924	2 300 000	12 500 000
1925 (1. Halbjahr)	4 600 000	4 000 000*)

Der Selskosojus hatte am 1. Oktober 1925 1050 Angestellte.

Die allgemeine Lage der landwirtschaftlichen Genossenschaften bessert sich mit jedem Quartal. Ihre Zukunft ist außerordentlich aussichtsreich, da alle Voraussetzungen für eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Sowjet-Union gegeben sind. Neben Versorgung und Absatz leisten die landwirtschaftlichen Genossenschaften noch großzügige Arbeit auf dem Gebiete der Kreditgewährung für die Landwirtschaft (im Wirtschaftsjahr 1925/26 sind rund 500 Millionen Rubel für den landwirtschaftlichen Kredit vorgesehen).

Der Selskosojus gibt eine spezielle Zeitschrift „Bote der landwirtschaftlichen Kooperation" heraus, die den Fragen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gewidmet ist.

c) Heimarbeiter-(Kustar-)Genossenschaften

Die Heimarbeiter-Kooperation ist eine der jüngsten Arten unseres Genossenschaftswesens. Nichtsdestoweniger hat auch diese Genossenschaftsart bereits nicht geringe Errungenschaften in der Vergangenheit zu verzeichnen und große Aussichten für die Zukunft.

Die Heimarbeiter-Genossenschaften werden durch den Wsekopromsojus (Allrussischer Verband der gewerblichen Genossenschaften), der am 4. Mai 1922 gebildet wurde, zusammengefaßt.

Am 1. Mai 1925 erfaßte der Wsekopromsojus 133 Genossenschaftsverbände mit 3354 Artels und mit 101 725 Mitgliedern. Die wichtigsten Arbeitszweige, in deren Bereich der Wsekopromsojus und seine Mitglieder die Arbeit führen, sind folgende: Handschuhmacher, Schuhmacher, Kürschner, Spitzen, Metallbearbeitung, Spielzeug und viele andere. Die genossenschaftliche Organisierung des Handwerks ist eine ebenso schwere wie notwendige Aufgabe. Dieser Aufgabe wird die Heimarbeitergenossenschaft mit jedem Jahre immer mehr gerecht. Darüber sprechen folgende Zahlen eine genügend beredte Sprache:

*) Um diese Zahlen richtig einzuschätzen, muß man im Auge behalten, daß die wichtigsten und hauptsächlichsten Exportoperationen gerade in der zweiten Jahreshälfte durchgeführt werden.

a) Die Bilanz des Wsekopromsojus betrug:

am 1. 1. 1923	505 000	Rubel
„ 1. 1. 1924	2 613 000	„
„ 1. 10. 1924	6 488 000	„
„ 1. 4. 1925	7 618 000	„

b) Die Umsätze des Wsekopromsojus betrugen:

im Jahre 1922	436 000	Rubel
„ „ 1923	3 927 000	„
„ „ 1924	6 508 000	„
erste 3 Monate 1925	2 700 000	„

c) Die Ausfuhr nach dem Auslande belief sich im Jahre 1923/24 auf 789 Millionen Rubel.

Der Wsekopromsojus leistet eine großartige organisatorische Arbeit und schult die örtlichen Genossenschaften. Für die leitenden Funktionäre gibt der Wsekopromsojus eine Monatsschrift „Bote der gewerblichen Genossenschaften" heraus und für die Bedürfnisse der Handwerker ein Wochenblatt „Kustar und Artel".

Der Warenhunger in der Sowjet-Union, der für das Wirtschaftsjahr 1924/25 charakteristisch ist, schafft alle Voraussetzungen für das Erstarken der Heimarbeiter-Genossenschaften. Die zweite Hälfte des Jahres 1924/25 ist gekennzeichnet durch eine Steigerung der Umsätze und eine allgemeine Befestigung der einzelnen Organisationen sowie des Wsekopromsojus selbst.

d) Wohnungs- und Wohnungsbau-Genossenschaften

Die Wohnungs- und Wohnungsbau-Genossenschaften sind die jüngste Genossenschaftsorganisation in der Sowjet-Union, die infolge der schwierigen Wohnungsverhältnisse ein weites Tätigkeitsfeld haben. Der gesunde Instinkt der diesen Genossenschaften beitretenden Arbeiter ist eine feste Grundlage für sie. Die großzügige Hilfe des Staates, der beträchtliche Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt, bietet ein solides Fundament für das Wachstum und die Erstarkung dieser Genossenschaften.

Am 1. Oktober 1925 zählte man in der ganzen Sowjet-Union etwa 30 000 Mietergenossenschaften, die ungefähr 12 Prozent der nationalisierten und munizipalisierten Besitzungen oder etwa 20—25 Prozent des gesamten staatlichen Wohnungsfonds innehatten.

Die Zahl der Baugenossenschaften betrug am 1. Oktober 1925 in der gesamten Sowjet-Union 1100 (davon in Moskau 420). Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder, die auf eine Baugenossenschaft entfällt, betrug (nach Angaben von 230 Fragebogen) 135 Personen oder 13½mal soviel wie die gesetzlich festgelegte Mindestzahl für Baugenossenschaften. Die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Baugenossenschaften ist einheitlich: es sind durchweg Arbeiter und Angestellte.

Die Baugenossenschaftsverbände leisten eine große Arbeit bei der organisatorischen und technischen Leitung der örtlichen Baugenossenschaften. Diese Arbeit ist im Maßstabe der RSFSR durch den Zentroshilsojus zusammengefaßt. Die Leitung der Arbeit der Zentralen der einzelnen Republiken erfolgt durch das Allrussische Organisationsbüro der Wohnungsgenossenschaften.

Der Zentrosojus organisiert Ausstellungen, gibt entsprechende Literatur heraus usw. Der Zentroshilsojus und das Allrussische Orgbüro geben eine zweiwöchentliche Zeitschrift „Die Wohnungs-Kooperation" heraus.

e) Sonstige genossenschaftliche Vereinigungen

1. Wsekopromrybaksojus. Der Allrussische gewerblich-genossenschaftliche Verband der Fischer besteht seit Januar 1924 zur Förderung der Entwicklung der ihm angeschlossenen Fischerei-Produktivgenossenschaften. Am 1. Mai 1925 zählte er 24 Verbände, die 559 Produktivgenossenschaften und Artels mit einer Gesamtzahl von 53 485 Mitgliedern hatten. Seine Bilanz stieg von 107 910 Rubel am 1. Oktober 1924 auf 1 131 000 Rubel am 1. Mai 1925. Durch seine Verbände wurden 1924 2 500 000 Pud Fische und im Frühjahr über 3 Millionen Pud geliefert.

2. Wsekochotsojus. Der Allrussische Genossenschaftsverband der Jäger ist die einzige Jägervereinigung der Welt auf genossenschaftlicher Grundlage. Die Bedeutung des Genossenschaftswesens auf diesem Gebiete ist außerordentlich groß, da der Wsekochotsojus hauptsächlich mit der Jägerbevölkerung der Bezirke und Gebiete der nationalen Minderheiten zu tun hat. Durch Einbeziehung der nomadisierenden und wandernden Jägerbevölkerung in die Genossenschaften bilden die Genossenschaften der Jäger den einzigen Weg, den rückständigen Jägermassen die Ideen des Kommunismus näherzubringen. Der

Wsekochotsojus umfaßte am 1. Juli 1925 zwei Gauverbände, 35 Gouvernementsverbände, 5 Verbände autonomer Gebiete und 23 Kreisverbände (insgesamt 775 Jägervereinigungen). Der Verband bestrebt die kulturelle Ausnutzung des Wildbestandes, organisert Jagdausstellungen und Kongresse, instruiert die örtlichen Vereine usw.

f) Genossenschaftsbanken

Die 1923 errichtete Zentralbank für Konsumgenossenschaften (Wsekobank) wurde 1923 im Einvernehmen mit den anderen Genossenschaftszentralen in eine Bank für alle Arten des Genossenschaftswesens, die Allrussische Genossenschaftsbank, umgewandelt.

Bei der Errichtung der Genossenschaftsbank hatte sie 455 Teilhaber; am 1. Oktober 1925 gab es bereits 1084 und am 1. Oktober 1925 waren es gar 7425 Teilhaber. Das Genossenschaftskapital der Genossenschaftsbank betrug am 1. Oktober 1925 15 Millionen Rubel. 60 Prozent der Stammanteile gehören den Konsumgenossenschaften; 40 Prozent den übrigen Genossenschaftsarten.

Die Kredite, die von der Genossenschaftsbank den Genossenschaftsorganisationen zur Verfügung gestellt wurden, betrugen:

in neun Monaten des Jahres 1923	65 000 000 Rubel
Oktober 1923 bis September 1924	248 000 000 „
Wirtschaftsjahr 1924/25	350 000 000 „

Die Kredite der Genossenschaftsbank kommen hauptsächlich den mittleren und unteren Genossenschaften zugute: so entfielen im Oktober 1924 von den Darlehen der Bank auf die Genossenschaftszentralen 10 Prozent, die Verbände 60 Prozent und auf die Genossenschaften 30 Prozent.

Zur Förderung des Genossenschaftswesens bei seiner Tätigkeit im Auslande sind von der Genossenschaftsbank und den Genossenschaftszentralen zwei ausländische Filialen gegründet worden, die den Landesgesetzen entsprechend unter besonderem Namen eingetragen sind: die eine Filiale wurde in London eröffnet (Moskauer Volksbank Ltd. London), die andere in Riga (Genossenschafts-Transitbank Riga). Diese Banken leisten im Auslande eine große Arbeit für den Außenhandel der russischen Genossenschaften (die Umsätze aller Genossenschaften im Außenhandel im Jahre 1923/24 beliefen sich auf mehr als 70 Millionen Rubel).

g) Koordinierung der verschiedenen Arten der genossenschaftlichen Tätigkeit

Die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Arten der Genossenschaften erfolgt durch den Zentralrat der Genossenschaften. Zu den Funktionen des Rates gehört auch die Bearbeitung aller Fragen, die die Richtung der genossenschaftlichen Tätigkeit betreffen. Dem Zentralrat gehören Vertreter der zentralen genossenschaftlichen Organisationen, die in Moskau ihren Sitz haben, an. In den Gouvernements bestehen Gouvernements-Genossenschaftsräte, deren Tätigkeit größtenteils sehr wertvolle Ergebnisse gezeitigt hat.

h) Die genossenschaftlichen Organisationen der Bundesrepubliken

Die Bundesrepubliken, die der Sowjet-Union angehören, besitzen ziemlich mächtige genossenschaftliche Organisationen. Zu ihnen gehören Wukospilka, Silska Hospodar, Ukrainbank, Knigospilka (in der Ukraine), Aikoop (Armenien), Asserittifak (Aserbeidschan), Zekawschiri (Georgien), Belkoopsojus (Weißrußland) und andere.

Besonders beträchtlich sind, was den Umfang ihrer Tätigkeit anbetrifft, die ukrainischen genossenschaftlichen Organisationen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Gesamtumsatz der ukrainischen Konsumgenossenschaften, an deren Spitze die Wukospilka steht, im Wirtschaftsjahr 1923/24 sich auf 360 Millionen Rubel belief, bei einem Eigenkapital von 15½ Millionen Rubel am 1. Januar 1924.

„Silski Hospodar" ist die Zentrale der ukrainischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die 5000 landwirtschaftliche Kooperative umfaßt. Die Umsätze der landwirtschaftlichen Kooperativen im Wirtschaftsjahr betrugen 1923/24 5 Prozent des gesamten Umsatzes der Sowjetrepublik der Ukraine, im Jahre 1924/25 sind sie beträchtlich gestiegen. „Selski Hospodar" und die ihm angeschlossenen Verbände führen eine großzügige Arbeit auf dem Gebiet der Getreideausfuhr (die Aufkäufe im Jahre 1923/24 beliefen sich auf 25 Millionen Pud), Vergebung von Zuckerrübenplantagen (im Jahre 1924 120 000 Deßjatinen) u. a. m. „Selski Hospodar" besitzt eine Reihe gepachteter Zuckerfabriken, deren Produktion von Jahr zu Jahr eine Zunahme aufweist.

Der Innenhandel der Sowjetunion

Mit Einführung der NEP entstand in der Sowjet-Union der Markt wieder als die einzig mögliche Form des Austausches innerhalb eines so rückständigen volkswirtschaftlichen Organismus, wie es die Sowjet-Union mit ihrer zersplitterten extensiven Landwirtschaft trotz der konzentrierten Großindustrie ist. Einen Ueberblick über die Entwicklung des Marktes können wir infolge der Mangelhaftigkeit früherer Daten nur für die letzten drei Jahre geben. Aber auch diese Angaben genügen zur Charakteristik des ausnehmend intensiven und raschen Wachstums des Warenumlaufs und der Entwicklung des inneren Marktes, die der Warenmenge nach der Vorkriegszeit immer näher kommt.

Das Anwachsen der Warenmenge

Nach den Kontrollziffern des Gosplan (Staatliche Planwirtschaftskommission) hat sich die Warenmenge folgendermaßen entwickelt:

Jahr	In Millionen Rubel nach den Vorkriegspreisen:			1913 = 100		
	Landwirtschaft	Industrie	Insgesamt	Landwirtschaft	Industrie	Insgesamt
1913	4 408	7 011	11 509	100,0	100,0	100,0
1924/25	2 857	4 450	7 307	63,7	63,3	63,5
1925/26	3 639	5 510	9 149	81 1	78,6	79,2

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die Gesamtwarenmenge von 7307 Millionen Rubel 1924/25 auf 9149 Millionen Rubel oder um 25 Prozent für das Jahr 1925/26 wachsen soll. Und zwar soll die Warenmenge in der Landwirtschaft um 27 Prozent, in der Industrie um nur 24 Prozent steigen. Die Landwirtschaft entwickelt sich unter den neuen revolutionären Bedingungen außerordentlich rasch und in dem Maße, wie die alte, entwicklungsfeindliche Dorfgemeinde („Obschtschina") zerfällt und die Warenwirtschaft eindringt. In der Industrie verzögert sich dieser Prozeß dadurch, daß die Neuorganisierung der Staatsindustrie in Trusts und Syndikate in zahlreichen Fällen den früheren Warenumlauf zwischen den einzelnen Privatunternehmungen überhaupt aufhebt und durch eine planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Brennstoffe unter diesen nunmehr zu einem einheitlichen Trust zusammengeschlossenen Unternehmungen ersetzt; vom Warenaustausch gehen wir hier

über zu jener höchsten Form der Naturalverteilung, die bereits einen Teil des sozialistischen Systems darstellt.

Die Entwicklung der Warenzirkulation

Eine genauere Vorstellung über die Veränderung der Warenzirkulation erhalten wir aus den folgenden Angaben über die Gesamtwarenzirkulation, einschließlich des bäuerlichen Markthandels in den Jahren 1922/23 und 1923/24.

Der Gesamtwarenverkehr in der Union 1922/23 und 1923/24:

(in Millionen Tscherwonezrubel)

Jahr	Verkehr ohne Markthandel	Verkehr des Markthandels	Gesamtverkehr
1922/23	7 719,0	1 100	8 819,0
1923/24	13 832,5	2 100	15 832 5

Der erste Teil dieser Zirkulation verteilt sich unter den Hauptkontrahenten folgendermaßen:

	Staat	Genossenschaften	Privat	Insgesamt
Operationsjahr 1922/23	3 203 5	1 123,3	3 392,2	7 719,0
In % zum Gesamtumlauf	41,5	14,6	43,9	100,0
Operationsjahr 1923/24	6 021,3	2 845,5	4 965,7	13 832,5
In % zum Gesamtumlauf	43,5	20,6	35 9	100,0

Diese beiden Tabellen beweisen, wie sehr in der Periode 1922/23 bis 1923/24 der Gesamtumlauf und darunter der Anteil des staatlichen und genossenschaftlichen Handels auf Kosten des privaten gestiegen ist. Besonders bedeutsam ist das Wachstum des genossenschaftlichen Handels.

Die Umsätze von 70 Provinz-Warenbörsen und der Moskauer Warenbörse für 1923/24 und für die ersten 3 Quartale 1924/25 sind in der Tabelle auf Seite 98 veranschaulicht.

Diese Tabelle zeigt besonders deutlich die Bewegung und Zusammensetzung des Warenumlaufes der Sowjet-Union. Wir sehen zunächst, wie sich darin der Saisoncharakter des Warenumlaufes widerspiegelt, der für ein so ausgesprochenes Agrarland wie die Sowjet-Union charakteristisch ist, ferner in welchem Maße der Privathandel von dem staatlichen Handel in den Hintergrund gedrängt wird. Drittens sehen wir die natür-

liche Tendenz unserer Zirkulation, die darauf hinausgeht, daß die Verkäufe immer mehr in die Hände der Staatsorgane, namentlich der staatlichen Syndikate, übergehen (abgesehen natürlich von Getreide und Rohstoffen), während sich die Genossenschaften immer mehr zu Großabnehmern für Industrieprodukte bei den Staatsorganen entwickeln. Viertens geht aus der Tabelle hervor, welche überragende Rolle die staatlichen und kooperativen Organisationen als Käufer spielen, was wir schon bei den summarischen Angaben über die Handelsumsätze 1922/23 und 1923/24 beobachten konnten.

	Verkäufe					Käufe					
	Staatl. Organe	Gem. A.-G.	Genossenschaften	Private	Insgesamt	Staatl. Organe	Gem. A.-G.	Genossenschaften	Private	Insgesamt	% der Zunahme
1. Quartal 1923—24 . .	439,7	14,1	43,8	59,7	557,3	366,1	16,0	64,6	110,6	557,3	100,9
in % . . .	78,9	2,6	7,9	10,6	100,0	65,7	2,9	11,6	19,8	100,0	
2. Quartal 1923—24 . .	639,7	18,0	41,9	64,6	764,2	435,5	27,5	142,6	158,6	764,2	137,2
in % . . .	83,7	2,2	5,5	8,6	100,0	57,0	3,6	18,7	20,7	100,0	
3. Quartal 1923—24 . .	605,3	21,3	37,3	48,4	712,3	400,7	17,8	185,2	108,6	712,3	127,8
in % . . .	85,0	3,0	5,2	6,8	100,0	56,3	2,5	26,0	15,2	100,0	
4. Quartal 1923—24 . .	821,0	24,4	82,0	55,0	982,4	558,7	25,8	310,4	87,5	982,4	176,3
in % . . .	83,7	2,5	8,4	5,4	100,0	56,9	2,5	31,6	9,0	100,0	
Insgesamt für 1923—24 . .	2505,7	77,8	205,0	227,7	3016,2	1761,0	87,1	702,8	465,3	3016,2	—
in % . . .	83,0	2,6	6,8	7,6	100,0	58 4	2,6	23,6	15,4	100,0	
1. Quartal 1924—25 . .	1137,5	32,8	116,6	61,0	1347,9	789,8	49,4	416,3	92,4	1347,9	241,9
in % . . .	84,4	2,4	8,7	4,5	100,0	58,6	3,7	30,9	6,8	100,0	
2. Quartal 1924—25 . .	1136,6	32,4	101,3	62,0	1332,3	842,5	31 8	345 7	112,3	1332,3	239,1
in % . . .	85,3	2,4	7,6	4,7	100,0	63,2	2,4	26,0	8,4	100,0	
3. Quartal 1924—25 . .	1304,4	27,1	85,7	68,6	1485,8	864,1	35,3	421,0	162,4	1482,8	266,7
in % . . .	87,8	1,8	5,8	4,6	100,0	58,1	2,4	28,5	11,0	100,0	

Die Formen des Handels*)

Was die Formen des Handels anbelangt, so läßt sich hier ein allmählicher Uebergang von den Formen des kleinen, primitiven Markthandels — angefangen vom geldlosen Tauschverkehr — zu höher entwickelten und schließlich börsenmäßigen

*) Ueber die Rolle der Genossenschaften siehe Artikel „Genossenschaften".

Formen beobachten. Zu den Schichten, die erst jetzt den entscheidenden Schritt zur Warenwirtschaft vollziehen, gehören fast alle halbnomadischen, nur zum Teil ackerbautreibenden Stämme in den östlichen und südöstlichen Grenzgebieten und Republiken, sowie die zahlreichen und noch nicht genossenschaftlich zusammengefaßten Hausgewerbetreibenden im Wolgagebiet, im zentralen Industrierayon, im Ural, in Sibirien usw. Hierher gehören auch alle asiatischen Republiken (Aserbeidschan, Turkmenistan, Usbekistan, die Kosaken- und die mongolische Burjäten-Republik, alle mit ihrem riesigen asiatischen Hinterland).

Es ist daher ganz falsch, in der Entwicklung der Märkte und Messen einen Beweis für die schwache Entwicklung des inneren Warenumlaufes und eine reaktionäre Einstellung gegenüber den sozialistischen Keimen sehen zu wollen. Im Gegenteil, das Anwachsen der Messen und Märkte gehört mit zu den Erfolgen der Sowjet-Union auf dem Gebiete des Innenhandels. Es ist ein Anzeichen des Fortschritts der Völkermassen des Ostens mit Hilfe der Sowjetmacht. Wir konstatieren daher mit Befriedigung das Wachstum unserer wichtigsten Messen, Nishnij Nowgorod und Baku, von Jahr zu Jahr um 100 Prozent (die Umsätze auf der Nishnij Nowgoroder Messe 1925 betrugen 150 Millionen Rubel gegenüber 200 Millionen in der Vorkriegszeit). Die Ergebnisse der Messen sind nicht nach ihrem Gesamtumsatz, sondern in der Hauptsache nach ihrem Umsatz mit dem Osten, mit der Industrie und dem Hausgewerbe zu bewerten. In dem Maße, wie diese Umsätze steigen, konstatieren wir eine mehr oder minder befriedigende Einbeziehung der Kleinproduzenten in die Warenzirkulation.

Die Preisregulierung und der Kampf gegen die „Schere"

Da im Handel der Sowjet-Union das staatlich-genossenschaftliche Kapital überwiegt, sind die Preise bei weitem nicht nur das Resultat der freien Entwicklung auf dem Markte, der Schwankungen zwischen Nachfrage und Angebot. Aus seinen politischen und wirtschaftlichen Interessen heraus, die die enge Verbindung zwischen Stadt und Land bedingen, mischt sich der Staat in diesen elementaren Prozeß der Preisbildung ein, um die zu tief gesunkenen Preise für landwirtschaftliche Waren zu heben und die übermäßig hohen Industriepreise zu senken, wenn

es sein muß selbst unter Verlusten für einzelne Zweige des staatlichen und genossenschaftlichen Kapitals, die dann entweder aus den Gewinnen anderer Industriezweige oder aus den Einnahmen der staatlichen Einfuhr an Industriewaren gedeckt werden.

Wege der Einwirkung sind Kredit, Steuern usw. oder Erhöhung resp. Verminderung des Angebots oder der Nachfrage auf bestimmte Waren durch staatliche und genossenschaftliche Organisationen. In Ausnahmefällen, als beispielsweise die Schere 1923 besonders stark sich auswirkte oder während des Getreideaufkaufs nach der schwachen Ernte 1924, mußte der Staat mangels anderer rein ökonomischer Einwirkungsmittel zu administrativen Mitteln greifen (zwangsweise Senkung der Industriepreise, Höchstpreise für Getreide und Rohstoffe).

Diese Regulierungstätigkeit des Staates kommt in der Bewegung der landwirtschaftlichen und Industriepreise sehr anschaulich zum Ausdruck. Die Veränderungen in der Schere lassen sich aus folgender Tabelle ersehen:

Die „Schere"

(Verhältnis des Gruppenindex zum Gesamtindex = 100)

	Nach dem Gesamtindex der „Gosplan"			Nach dem Kleinhandelsindex des „Konjunkturinstituts"		
	Landwirtschaft	Industrie	Scherenöffnung *)	Landwirtschaft	Industrie	Scherenöffnung *)
1. Okt. 1923	57	176	3,10	54	164	3,01
1. Okt. 1924	83	121	1,46	84	118	1,41
1. Okt. 1925	90	112	1,24	91	109	1,19

Die Tabelle zeigt, wie sich die „Schere" von Jahr zu Jahr weiter schließt. Die Gefahr einer neuen Oeffnung der Schere ist im Zusammenhang mit dem zu erwartenden großen Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse, dem trotz der bedeutsamen Entfaltung der Industrie und des verstärkten Warenimports aus dem Auslande nicht genügend industrielle Waren gegenüberstehen, vorhanden. Der gesteigerten Regulierungstätigkeit des Staates aber wird es gelingen, die Schere in zulässigen Grenzen zu halten.

An Hand der beiden folgenden Tabellen läßt sich der Einfluß der Preisregulierung auf die Preisbewegung beobachten.

*) Verhältnis des Index für Industriewaren zum Index für landwirtschaftliche Waren.

Die erste Tabelle zeigt das Steigen der Preise für landwirtschaftliche Waren, die zweite die Preissenkung für Industriewaren. Wenn an dem Steigen der ersteren die elementaren Einflüsse der Mißernte in erheblichem Maße beteiligt waren, so ist das Sinken der letzteren beinahe ausschließlich dem bewußten Willen des Staates zuzuschreiben, was schon daraus hervorgeht, daß der Hunger nach industriellen Waren während des ganzen letzten Wirtschaftsjahres angedauert hat.

Bewegung der durchschnittlichen Großhandelspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im europäischen Teile der Sowjetunion:

(Preise für 1 Pud in Kopeken)

	Roggen	Weizen	Hafer	Rindfleisch
1. Oktober 1923 . .	58,0	81,0	50,0	329,0
1. Oktober 1924 . .	84,4	128,0	99,1	572,6
1. September 1925 .	109,8	156,0	111,0	700,6
In % zum 1. Oktober 1923	+ 89,3	+ 92,6	+ 122,0	+ 112,0

Preisbewegung für Industriewaren

(Durchschnittspreise in den Gouvernementsstädten in Kop.)

Gattung	Preis im	Maß	1. Okt. 1923	1. Okt. 1924	1. Okt. 1924 weniger als 1. Okt. 1923 %	1. Sept. 1925	1. Sept. 1925 weniger als 1. Okt. 1924 %	1. Sept. 1925 weniger als 1. Okt. 1923 %
Kattun . .	Großhandel	Meter	76	43,6	42,6	38,9	10,8	48,8
" . .	Kleinhandel	"	84	53,9	35,8	51,8	3,9	38,3
Salz . . .	Großhandel	Pud	140	71	49,3	65,6	7,8	53,1
"	Kleinhandel	"	200	124	32,0	110,0	11,3	45,0
Staubzucker	Großhandel	"	1402	1002	28,5	993	0,9	29,2
" .	Kleinhandel	"	1800	1204	33,1	1072	11,0	40,4
Petroleum .	Großhandel	"	215	163	24,2	163	—	24,2
" .	Kleinhandel	"	308	216	29,9	197	8,8	36,0
Nägel . . .	Großhandel	"	957	564	41,1	471	16,5	50,8
" . . .	Kleinhandel	"	1200	800	33,3	672	16,0	44,0

Die künftige Preispolitik

In erster Linie ist eine Senkung des allgemeinen, immer noch hohen Preisniveaus anzustreben, um die Kaufkraft des Rubels zu heben (vgl. die Tabelle der Indexbewegung), ferner eine weitere Annäherung der industriellen und landwirtschaftlichen Preise, um auch die jetzige „Schere" zu schließen. Außerdem aber müssen die Preise in immer steigendem Maße in den Händen des Sowjetstaates zum Hebel der planmäßigen

Regulierung nicht nur des Handels, sondern — über den Handel hinaus — der Produktion überhaupt werden. Die Preise, an deren Zustandekommen der Staat durch Kredite, Steuern, Frachten, Ein- und Ausfuhr usw. mitwirkt, sind ihrerseits zu einem der wichtigsten Regulierhebel der gesamten Wirtschaft geworden, indem sie die Entwicklung eines Wirtschaftszweiges fördern und des anderen bremsen. Die planmäßige Regulierung der Preise gehört in der Uebergangsepoche zu den wichtigsten Elementen der planmäßigen Regulierung der Volkswirtschaft überhaupt. Das geht aus der gesamten Erfahrung der Sowjetmacht hervor.

Alles das beweist, daß der Innenhandel zusammen mit Außenhandel, Industrie, Verkehr, Kredit und anderen Zweigen der Volkswirtschaft immer mehr in die Gesamtentwicklung der Sowjet-Planwirtschaft miteinbezogen wird. Da gerade der Handel die Brücke zur Landwirtschaft bildet, zieht die Sowjetunion eben durch die planmäßige Regulierung des Handels die Landwirtschaft an sich heran und schließt sie in die sozialistische Wirtschaft ein.

Der Außenhandel der USSR

M. SKOBELEW

Der Außenhandel der USSR ist seit dem Sieg der Revolution auf dem System des Außenhandelsmonopols aufgebaut. Das Außenhandelsmonopol dient einerseits der Wirtschaft der Union selbst, indem es nur jene Waren hineinläßt, die entweder zum Ausbau des sachlichen Produktionsapparates nötig sind, oder solche Fertigwaren, die in der USSR überhaupt nicht oder nur in ungenügender Menge produziert werden können. Das Außenhandelsmonopol ist ein Schutzwall, um zu verhindern, daß die Wirtschaft der Union im Wege des Außenhandels durch das anarchische System der kapitalistischen Weltwirtschaft gestört wird. Zugleich bildet das Außenhandelsmonopol einen wichtigen Faktor unserer Außenpolitik. Mit manchen Staaten, die uns de jure bisher nicht anerkannt haben, basieren unsere Beziehungen auf speziellen Handelsabkommen. Bei der gegenwärtigen Enge des Absatzmarktes für die Industrie der kapitalistischen Ländern gewinnt der Markt der USSR eine besondere Bedeutung und zwingt die kapitalistischen Staaten nach der

Reihe, sich mit der Tatsache des Bestehens des Außenhandelsmonopols abzufinden und Handelsverträge auf dieser Grundlage abzuschließen.

Das System des Außenhandelsmonopols hat sich in den letzten Jahren vollkommen bewährt, und der Außenhandel hat sich auf der Basis der sich rasch erneuernden Wirtschaft der Union ununterbrochen erweitert. Sowohl die Menge der ausgeführten, als die der eingeführten Waren stieg von Jahr zu Jahr; immer neue Länder wurden in den Warenverkehr einbezogen. Es gibt heute überhaupt kaum mehr ein Land, das nicht direkte oder indirekte Handelsbeziehungen mit der USSR unterhielte. Der rasche Aufbau der Landwirtschaft wird es dieser ermöglichen, in naher Zukunft im Vergleich mit der Vorkriegszeit gewaltige Warenüberschüsse für den Export zu schaffen. Die Industrialisierung unserer Wirtschaft gemäß den Beschlüssen des 14. Parteikongresses erfordert für die erste Zeit die Einfuhr eines Riesenquantums von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen für die Industrie und das Transportwesen. Die weitere Ausdehnung und Vertiefung der Verbindung unserer Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft, d. h. ein möglichst rasches Entwicklungstempo unseres Außenhandels ist für die Durchführung der vom 14. Parteikongreß festgelegten Linie der Umwandlung unseres Landes aus einem agrarisch-industriellen in ein industriell-agrarisches Land von ausschlaggebender Bedeutung.

Das System des Außenhandelsmonopols und seine organisatorischen Formen

Das System des Außenhandelsmonopols ist in der Form verwirklicht, daß sowohl Einkäufe wie Verkäufe einheitlich im allgemeinen im Auslande getätigt werden. Dieses System ermöglicht theoretisch der Union, die internationalen Zwischenhandelsgewinne auszuschalten und die Konjunktur an Ort und Stelle am besten auszunutzen. Der Außenhandel wird getätigt durch die Handelsvertretungen im Auslande sowie durch eine beschränkte Zahl von großen Wirtschaftsorganisationen (Genossenschaftszentrale und einige Trusts) unter der Kontrolle der Handelsvertretungen.

Im Wirtschaftsjahr 1924/25 wurden 46 Prozent des gesamten Exports und 68 Prozent des gesamten Imports durch die Handelsvertretungen realisiert, gegenüber 58 resp. 60 Prozent in 1923/24.

Die folgende Tabelle für 1924/25 zeigt, daß der Anteil der Privatorganisationen am Außenhandel minimal ist.

Der Anteil in Prozent betrug:

	im Export	im Import
Staatliche Organisationen	79 %	93,0 %
Genossenschaften	13 %	3,8 %
Gemischte Gesellschaften	6 %	1,4 %
Ausländische Firmen	1 %	1,4 %
Private Unternehmungen u. Personen d. USSR	1 %	0,4 %
	100 %	100 %

Eine organisatorische Aenderung wurde November 1925 beschlossen. Es sind Aktiengesellschaften in Bildung begriffen, denen die Beschaffung gewisser Exportwaren auf dem inneren Markte und die Ausfuhr derselben obliegen wird. Desgleichen wird zwecks Heranziehung jener Staats- und Wirtschaftsorgane, die die einzelnen Wirtschaftszweige ziemlich vollständig erfassen, die Schaffung von Aktiengesellschaften zur Mitwirkung bei dem Import der betreffenden Waren beschlossen. Sowohl die Import- als auch die Export-Aktiengesellschaften fungieren beim Außenhandelskommissariat und tätigen ihre Auslandsoperationen über die speziellen Abteilungen der Handelsvertretungen. Die Aktien dieser Gesellschaften werden ausschließlich von den interessierten staatlichen Wirtschaftsorganisationen übernommen.

Um den Innenhandel und den Außenhandel besser in Einklang zu bringen, wurden am 18. November 1925 die Volkskommissariate für Außenhandel bzw. Innenhandel in einem einheitlichen Kommissariat für Handel zusammengelegt.

Diese neue organisatorische Form ändert aber gar nichts an dem Prinzip des Außenhandelsmonopols, an der Tatsache, daß die gesamte Nachfrage und das Gesamtangebot der USSR auf dem Weltmarkte als ein einheitliches gehandhabt wird. Trotz der Mannigfaltigkeit der im Außenhandel tätigen Wirtschaftsorgane ist die Regulierung des gesamten Außenhandels, daher auch die Operationen der einzelnen Handelsorgane, ohne Ausnahme bei dem Volkskommissariat für Handel konzentriert.

Der Außenhandel der USSR wird auf Grund der von der Staatsplan-Kommission ausgearbeiteten und von der Regierung bestätigten jährlichen Export- und Importpläne, die einen Teil der wirtschaftlichen Gesamtpläne bilden, getätigt. Auf Grund dieses Planes nimmt das Handelskommissariat die Verteilung

der Kontingente und Ein- und Ausfuhrbewilligungen unter den einzelnen wirtschaftlichen Organisationen vor und trifft Vorsorge, daß nur die planmäßig vorgesehenen Warensorten und Warenkontingente zur Ein- und Ausfuhr kommen, wodurch die Einhaltung der von der Regierung vorgesehenen Handelsbilanz gewährleistet wird. Hierdurch wird die Koordinierung des Außenhandels mit der Wirtschaftsentwicklung des Inlandes gesichert, die Einfuhr der Entwicklung des Exportes angepaßt. Dieses System ermöglicht es, den Außenhandel rasch und sicher an neue, nicht vorgesehene Erscheinungen anzupassen. So wurden beispielsweise, als sich 1925 die Verminderung der Getreideernte infolge der häufigen Regenfälle, d. h. die Verminderung der für den Export freien Ueberschüsse herausstellte, sowohl der Importplan als die Produktionsprogramme der einzelnen Zweige der Wirtschaft dementsprechend umgestellt.

Das Außenhandelsmonopol ist eine der für die internationale Bourgeoisie unangenehmsten Einrichtungen unserer Politik. Neben der Bezahlung der zaristischen Schulden bildet die Aufhebung oder mindestens Abschwächung des Außenhandelsmonopols eine der Hauptforderungen, die die bürgerlichen Regierungen bei den Verhandlungen mit uns offen oder versteckt aufstellen. Aber wir können und werden nicht auf das Außenhandelsmonopol, das eine der Grundlagen für die Festigung und Entwicklung der Wirtschaft der Union innerhalb der kapitalistischen Umwelt bildet, verzichten. In sämtlichen von uns abgeschlossenen Handelsverträgen waren die Regierungen der kapitalistischen Länder gezwungen, unser Außenhandelsmonopol anzuerkennen, ebenso unsere Handelsvertretungen als Organe unserer Staatswirtschaft zugleich mit unseren Gesandtschaften als Organe unserer Politik.

Die Gestaltung unseres Außenhandels

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Ueberblick über die Gestaltung unseres Außenhandels nach Ländern in den letzten Jahren im Vergleich mit 1913 (s. Tabelle S. 406):

An dieser Tafel lassen sich einige interessante Verschiebungen der Richtung unseres Außenhandels feststellen.

Deutschland, das vor dem Kriege etwa ein Drittel unseres Exports aufgenommen hat, steht 1922/23, im ersten Jahr des wiederaufgenommenen Sowjetexportes, mit 32,4 Prozent an erster Stelle. Im folgenden Jahr steigt der Wert unseres Exports

Der Export nach Ländern (in Mill. Rubeln):

Länder	1913 *)		1922—23		1923—24		1924—25	
	Wert	% der Beteiligung	Wert	% der Beteiligung	Wert	% der Beteiligung	Wert	% der Beteiligung
1. Deutschland .	453,6	29,8	68,2	32,4	93,0	17,8	87,0	15,4
2. England . . .	267,8	17,6	46,3	22,0	112,5	21,6	185,4	32,6
3. Holland . . .	177,4	11,6	11,4	5,4	30,2	5,9	20,5	3,5
4. Frankreich .	100,9	6,6	0,5	0,2	14,7	2,9	22,1	3,6
5. Italien . . .	73,8	4,8	5,4	2,5	24,4	4,3	15,4	2,6
6. Belgien . . .	64,6	4,2	2,7	1,2	13,3	2,6	19,2	3,4
7. Finnland . . .	52,3	3,4	8,3	3,9	13,2	2,5	2,5	0,4
8. Dänemark . .	36,4	2,3	2,9	1,4	15,1	2,9	13,7	1,4
9. Türkei . . .	35,8	2,3	8,3	3,9	33,6	6,4	9,7	1,7
10. U.S.A.	15,2	0,9	0,9	0,4	8,4	1,7	21,2	3,5
11. Schweden . .	11,4	0,7	1,3	0,6	3,5	0,6	0,9	0,2
12. Aegypten . .	8,7	0,5	—	—	2,8	0,5	6,2	1,1
13. Norwegen . .	6,7	0,4	1,1	0,5	3,2	0,6	1,8	0,5
14. Lettland . . .	—	—	30,4	14,5	52,2	10,2	62,7	11,0
15. Estland . . .	—	—	13,6	6,4	20,7	3,9	14,0	2,5
16. Polen	—	—	5,0	2,3	4,1	0,9	3,8	0,7
17. Sonst. Staaten	215,5	14,9	5,3	2,4	77,7	14,8	79,5	14,0
Zusammen:	1520,1	100	210,6	100	522,6	100	567,6	100
% zu 1913 . . .	100		13,8		34,3		37,3	

nach Deutschland von 68,3 Millionen Rubel auf 93 Millionen Rubel, sein Anteil jedoch an unserem Gesamtexport sinkt von 32,4 Prozent auf 17,8 Prozent. Die Steigerung unseres Exports um mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahre ist namentlich auf den Eintritt neuer Länder in unsere Handelssphäre zurückzuführen, beispielsweise Frankreichs und der unter der Rubrik „Sonstige" laufenden Staaten, wie Tschechoslowakei, Oesterreich und einzelne östliche Länder. Verlangsamt wurde die Entwicklung unseres Exports nach Deutschland durch den Polizeiüberfall auf unsere Berliner Handelsvertretung im Mai 1924, der unsere Handelsbeziehungen mit Deutschland auf lange Monate hinaus störte.

England, dessen Anteil an unserem Export 1913 17,6 Prozent betrug, zeigt seither einen stetig steigenden Anteil: im Jahre 1924/25 32,6 Prozent des gesamten Exports. Hingegen ist der Anteil Frankreichs, der 1913 6,6 Prozent betrug, infolge einer Verspätung der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen stark gefallen und beträgt 1924/25 nur 3,5 Prozent des gesamten Exports. Im Gegensatz hierzu ist der Anteil der Ver-

*) Für 1913 in Vorkriegspreisen, für die folgenden Jahre in derzeitigen Preisen.

einigten Staaten, der 1913 knapp 1 Prozent betrug, bis 1924/25 auf 3,5 Prozent gestiegen.

Der Import nach Ländern (in Mill. Rubeln):

Länder	1913 *) Wert	1913 *) % der Beteiligung	1922—23 Wert	1922—23 % der Beteiligung	1923—24 Wert	1923—24 % der Beteiligung	1924—25 Wert	1924—25 % der Beteiligung
1. Deutschland .	652,2	47,4	73,2	31,9	105,2	22,9	101,6	14,1
2. England . . .	173,0	12,6	46,8	20,4	96,3	21,9	107,8	15,0
3. U.S.A.	79,1	5,7	48,1	20,9	89,9	20,4	188,2	26,2
4. Frankreich .	56,9	4,3	2,4	1,0	4,1	0,9	9,0	1,2
5. Finnland . . .	50,9	3,7	8,7	3,7	13,1	3,2	18,6	2,5
6. Holland . . .	21,4	1,5	2,6	1,2	4,8	1,0	33,9	4,7
7. Türkei	18,4	1,5	0,9	0,4	1,1	0,2	2,5	0,3
8. Schweden . .	16,9	1,3	8,9	3,8	22,1	5,0	15,5	2,1
9. Italien	16,8	1,2	0,9	0,4	2,0	0,4	5,2	0,7
10. Dänemark . .	12,9	0,8	0,01	—	0,4	0,09	1,7	0,2
11 Norwegen . .	9,8	0,7	3,7	1,6	7,4	1,6	5,2	0,7
12. Belgien . . .	8,9	0,6	0,9	0,4	0,7	0,1	3,3	0,4
13. Aegypten . .	5,9	0,4	—	—	—	—	—	—
14. Lettland . . .	—	—	10,1	4,3	4,4	0,9	2,8	0,4
15 Polen	—	—	10,1	4,3	6,4	1,4	10,3	1,4
16. Estland . . .	—	—	6,0	2,8	7,3	1,5	4,2	0,6
17. Sonst. Länder	250,9	18,3	6,7	2,9	74,2	18,6	210,4	29,5
Zusammen:	1374,0	100	230,0	100	439,4	100	720,2	100
% zu 1913 . . .	100		169		31,9		52,4	

In unserem Import stand Deutschland vor dem Kriege gleichfalls an erster Stelle; 1913 betrug sein Anteil 47 Prozent. Ebenso stand es 1922/23 mit 31,9 Prozent an erster Stelle. In den folgenden Jahren ist sein Anteil dagegen stark gesunken und betrug für 1922/23 22,9 Prozent, für 1924/25 14,1 Prozent. Schuld tragen hieran die gleichen Ursachen wie im Export, namentlich, daß uns Deutschland in Anbetracht der finanziellen Lage seiner Industrie bisher keine entsprechenden Kredite gewährt hat. Die im April 1926 erfolgte Uebernahme einer Reichs- bzw. Ländergarantie für Sowjetaufträge wird zweifellos eine Steigerung unseres Imports aus Deutschland im kommenden Jahr zur Folge haben.

Der Import aus England betrug 1913 12,6 Prozent, stieg infolge der Kredite, die wir auf dem englischen Markt erhielten, 1923/24 auf 22 Prozent, fiel dann aber infolge der veränderten Haltung der zur Macht gelangten konservativen Regierung 1924/25 wieder auf 15 Prozent. Stark gestiegen ist der Anteil Amerikas an unserem Import, von 5,7 Prozent auf 26,2 Prozent

*) Für 1913 in Vorkriegspreisen, für die folgenden Jahre in derzeitigen Preisen.

1924/25. Unser Import aus Amerika ist gegenwärtig auf mehr als das Doppelte des Jahres 1913 gestiegen. Dies erklärt sich durch den vermehrten Import von Baumwolle und landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren.

Verteilung des Exports nach Warenarten

Folgende Tabelle zeigt die Verteilung unseres Exports nach Warenarten. Es zeigt sich, daß sowohl vor dem Kriege, als auch jetzt die Ausfuhr von Lebensmitteln die größere Hälfte unseres Exports bildet:

In Millionen Rubel:

	1913 *)		1923—24		1924—25	
	Wert *)	% zum Ges.-Exp.	Wert	% zum Ges.-Exp.	Wert	% zum Ges.-Exp.
1. Lebensmittel und Tiere	874,1	57,5	275,2	52,5	170,9	30,2
2. Rohstoffe und Halbfabrikate .	561,0	36,8	237,9	45,7	380,0	67,0
3. Fertigwaren	84,9	5,7	9,5	1,8	16,7	2,8
Zusammen:	1520,0	100	522,6	100	567,6	100

Das zaristische Rußland führte nach dem Prinzip aus: „Nicht satt essen, sondern ausführen" und beutete die Bauernwirtschaft rücksichtslos aus. Die revolutionäre Macht der Arbeiter und Bauern lehnt dieses Prinzip entschieden ab: zugleich mit der raschen Verbesserung der Ernährungsweise der Arbeiter steigt der persönliche Bedarf der Bauern und hat die Vorkriegsnorm bereits überschritten.

Das unten angeführte Prozentverhältnis zum Jahr 1913 zwischen landwirtschaftlicher Produktion (d. h. dessen, was die Bauernwirtschaft hervorbringt) und landwirtschaftlicher Warenmenge (d. h. der Ueberschüsse, die die Bauernschaft nach Befriedigung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den Markt bringt) zeugt davon, daß der Bauer nach dem Kriege einen größeren Anteil seiner Produktion verbraucht als vor dem Kriege; während er beispielsweise 1925/26 89 Prozent seiner Produktion von 1913 erzeugte, brachte er nur 81 Prozent des Quantums von 1913 auf den Markt.

1913 = 100

	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Landwirtschaftliche Produktion	68 %	70 %	71 %	89 %
Landwirtschaftliche Warenmenge	56 %	59 %	64 %	81 %

*) Für 1913 in Vorkriegspreisen, für die folgenden Jahre in derzeitigen Preisen.

Die zaristische Regierung der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie mußte sich infolge ihrer Ausplünderungspolitik und der schwachen Kaufkraft des Bauern künstlich Auslandsmärkte für Manufaktur, Zucker u. dgl. suchen, indem sie den Export forcierte; so hieß es unter dem Zarismus, in England füttere man die Schweine mit russischem Zucker, während ihn der russische Bauer nicht einmal jeden Feiertag zu Gesicht bekomme. Die Politik der Sowjetregierung, die auf eine Stärkung der Bauernwirtschaft hinausläuft, steigert die Kaufkraft und erweitert die Aufnahmefähigkeit des bäuerlichen Marktes, was natürlich in der ersten Zeit die Exportüberschüsse einzelner Industriewaren vermindert.

Perspektiven

Die intensive Entwicklung der Industrie hemmt natürlich das Wachstum der Exportüberschüsse für industrielle Rohstoffe. Aber das Resultat dieser gesunden Wirtschaftspolitik ist die Festigung der bäuerlichen Wirtschaft, die Rationalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, die binnen drei, vier Jahren der landwirtschaftlichen Produktion, d. h. zugleich dem Export, einen kolossalen Aufschwung bis weit über die Vorkriegsnorm geben werden.

Wie bereits gesagt, ist die Steigerung des Imports abhängig von der Erweiterung des Exports. 1924/25 überstieg der Import den Export um über 150 Millionen Rubel. Auf Kosten der aktiven Bilanz des Vorjahres und einzelner Auslandskredite waren wir 1924/25 zu einer passiven Bilanz gezwungen, erstens weil wir angesichts der schlechten Ernte 1924 Getreide einführen mußten, zweitens weil wir gegen Ende des Jahres, als der gute Ernteausfall 1925 sicher stand, große Warenkontingente zur Versorgung unserer Industrie einführen mußten, um die industrielle Produktion zugleich mit der erheblich gesteigerten landwirtschaftlichen Produktion zu erweitern.

Im Zusammenhang mit der gesteigerten Aufnahmefähigkeit des bäuerlichen Marktes macht sich im Lande ein akuter Mangel an Industriewaren geltend. Die gesamte, beinahe voll beschäftigte nationalisierte Industrie ist nicht in der Lage, die erforderliche industrielle Produktion zu liefern und steht nunmehr vor der ungeheuren Aufgabe: erstens die alten Betriebe neu auszurüsten, zweitens neue Fabriken und Betriebe zu bauen und den Transport zu erweitern.

Die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft erheischt die Umwandlung des Rätelandes aus einem agrarisch-industriellen in ein industriell-agrarisches Land; der Beschluß des XIV. Kongresses unserer Partei fordert: „Der wirtschaftliche Aufbau hat unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß die USSR aus einem Lande, das Maschinen und Ausrüstungsgegenstände einführt, zu einem Lande, das Maschinen und Ausrüstungsgegenstände produziert, wird", ferner „Kurs zu halten auf die Industrialisierung des Landes und die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln". Das sind die leitenden Grundsätze des XIV. Kongresses.

Das heißt, daß wir letzten Endes nur das mehr werden einführen müssen, was infolge der natürlichen Bedingungen des Landes bei uns nicht produziert werden kann.

Zurzeit besteht die erdrückende Mehrheit dessen, was wir einführen, aus Waren, von deren Import wir uns befreien können, indem wir die bereits bestehende Produktion erweitern, resp. indem wir ihre Produktion auf Grund der im Lande vorhandenen natürlichen Reichtümer in Gang bringen. Zurzeit führen wir noch alljährlich für Hunderte Millionen Rubel Waren, wie Baumwolle, Wolle, Gespinst, Leder, Holzmasse, Papier usw. ein, die uns unsere Land- und Forstwirtschaft bei entsprechender Mechanisierung und Versorgung mit Inventar liefern kann und muß; desgleichen führen wir für Dutzende von Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen ein und ebenso Ausrüstungsgegenstände für die Industrie und den Transport.

Alles das könnte unsere Metallindustrie, gestützt auf das Erz und die Kohle unserer Montanindustrie, selbst produzieren, unter der Voraussetzung einer umfassenden Entwicklung dieser Industriezweige mit Hilfe der Einfuhr großer Ausrüstungskontingente. Eine Erweiterung des diesbezüglichen Imports auf Kosten der übrigen Importgruppen ist nur in sehr beschränktem Maße möglich. Die Erweiterung des Gesamtrahmens für den Import ist aber von dem Umfang des Exports abhängig. Die Steigerung des letzteren hängt aber wiederum aufs engste mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion zusammen, die ihrerseits die Einfuhr technischer Ausrüstung benötigt.

Der natürliche Ausweg aus dieser Situation wäre der Ankauf dieser Ausrüstung aus industriell entwickelten Ländern unter Gewährung langfristiger Kredite, deren Bezahlung bereits

in die Periode des machtvollen Aufschwunges unseres Exports fiele, der beinahe die einzige Quelle der Zahlungsressourcen für unsere Auslandsverpflichtungen darstellt. Für die Arbeiter der USSR bedeutete die Gewährung derartiger Kredite die Möglichkeit, die einheimische Industrie binnen kürzester Zeit zu entwickeln.

Die internationale Bourgeoisie, die anfangs vergeblich versucht hatte, die Diktatur des Proletariats mit Hilfe militärischer Interventionen zu stürzen, und dann ebenso vergeblich auf unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch als den Ausgangspunkt für die Zersetzung der Sowjetmacht hoffte, prophezeit jetzt unsere Unfähigkeit, unsere Volkswirtschaft ohne ihre Hilfe weiterzuentwickeln, und dementsprechend stellt sie sich auch in der Frage der Kreditpolitik ein.

Das westeuropäische Proletariat hat bei der Einstellung der militärischen Interventionen eine immense Rolle gespielt; sein Druck auf die bürgerlichen Regierungen seiner Länder hat den russischen Arbeitern die Ueberwindung der wirtschaftlichen Zerrüttung erleichtert; nunmehr muß das internationale Proletariat sein Hauptaugenmerk auf die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Länder der USSR gegenüber lenken und die Regierungen in die Richtung einer die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes fördernde Wirtschaftspolitik drängen.

---

4. Verkehrswesen

Das Verkehrswesen in der USSR

CHALATOW

I. Der Eisenbahnverkehr

Der Verkehr als Ganzes genommen ist eine Funktion der gesamten Volkswirtschaft und spiegelt alle ihre Veränderungen wider.

Zwischen dem Wachstum der verschiedenen Industriezweige und des Transportes herrscht die engste Verbindung. In dem Maße des Gesamtaufschwunges der Wirtschaftskonjunktur wächst der Güterverkehr, dessen Entwicklung der sicherste Anzeiger für die Bewegung sämtlicher volkswirtschaftlicher Elemente ist.

Die durch die Jahre des imperialistischen und des Bürgerkrieges sowie die Interventionen erschütterte Volkswirtschaft der Sowjetunion, die anschließend daran auch noch durch die schweren Brennstoff- und Ernährungskrisen in Mitleidenschaft gezogen wurde, schloß 1925 ihren Wiederaufbau ab und trat in die Aera einer intensiven Weiterentwicklung der Pruduktivkräfte ein.

Der Gesamtzustand unserer Eisenbahnen und die Arbeit der Sowjetmacht an ihrem Wiederaufbau wird durch eine Reihe von grundlegenden Faktoren bestimmt.

Bevor wir uns mit einigen von ihnen befassen, schicken wir voraus, daß die Länge des Eisenbahnnetzes im zaristischen Rußland etwa 66 000 Kilometer betrug. Dieses Netz wurde von annähernd 20 000 Lokomotiven, 500 000 Waggons und 815 000 Angestellten in Betrieb gehalten. Der Gesamtgüterverkehr auf diesem Netz belief sich auf etwa acht Milliarden Pud.

Die Gesamtzunahme des Güterverkehrs

Verglichen mit dem Jahre 1913 ergibt sich folgendes Bild für den Güterverkehr:

	Transportiert wurden	1913 = 100
1921/22	2437 Millionen Pud	25 %
1924/25	5000 „ „	65 %

Veränderungen in der Zusammensetzung des Güterverkehrs

Unter dem Einfluß der Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur des Landes verändert sich auch die Zusammensetzung des Güterverkehrs.

Die folgende Tabelle gibt davon ein klares Bild (in Prozent):

	1913	1924/25
Getreide	12,7	17,5
Steinkohlen	21,4	14,2
Naphtha	3,3	5,3
Brennholz	5,7	10,7
Holzmaterial	9,1	8,4
Sonstiges	47,8	43,9
	100,0%	100,0%

Die Steigerung der Getreidefrachten ist auf die Zunahme der Anbauflächen, auf den Wiederaufbau und die Rationalisierung der Landwirtschaft sowie auf die gute Ernte des letzten Jahres zurückzuführen.

Das Eisenbahnnetz

Die gesamte in Betrieb befindliche Länge des Eisenbahnnetzes in der USSR betrug Anfang 1925 74 429 Kilometer, die sich folgendermaßen auf die Bundesrepubliken verteilten:

	Ausdehnung in km	% zur Gesamtlänge
RSFSR	53 619	72,0
Ukrainische Sowjetrepublik	13 189	17,7
Transkaukas. „	2 200	2,9
Weißrussische „	2 131	2,8
Usbekische „	1 787	2,4
Turkmenische „	1 503	2,2

Demnach entfallen drei Viertel des gesamten Eisenbahnnetzes auf die RSFSR.

Ausnützung

Die Qualität der geleisteten Arbeit, namentlich die Ausnützung der Strecken durch den Güterverkehr, ist von gewaltiger Bedeutung. Wir heben folgende grundlegenden Faktoren hervor:

	1913	1924/25	% zu 1913
Durchschnittliche Tagesleistung einer Lokomotive in Werst	111,6	113,4	102,0
Durchschnittl. Achsenzahl eines Güterzuges	80,0	90,3	113,0
Durchschnitts-Belastung eines Güterwaggons in Pud	654	735	113,9

Führpark

	1913	1924
Lokomotiven	20 030	20 331
Güterwagen	475 486	429 635
Personenwagen	30 858	29 547

Der Hauptmangel unserer Güterwagen ist ihre schwache Konstruktion und demzufolge eine geringe Ladefähigkeit (750 Pud). Die Auffüllung des Parks mit Wagen leistungsfähigerer Konstruktion ist in Angriff genommen. Zurzeit sind bereits annähernd 15 000 derartiger Waggons vorhanden; ihre Zahl soll in den nächsten Jahren auf 37 000 gebracht werden.

Am 1. Oktober 1925, d. h. zur Zeit der Getreidetransporte, war außer den in Betrieb befindlichen 350 000 Waggons eine Reserve von 40 000 Waggons vorhanden, die die ungestörte Abwicklung der Getreidetransporte garantierte.

Für 1925/26 ist der Bau von 1700 zweiachsigen und 1325 vierachsigen Waggons vorgesehen; dazu kommen noch 200 Kühlwagen.

Die großen Reparaturarbeiten, die im Zusammenhang mit dem raschen Wachstum des Transportwesens im Jahre 1925/26 bevorstehen, werden im Vergleich mit dem Jahre 1913 eine Arbeitsbelastung der Reparaturwerkstätten für Güterwaggons mit 100 Prozent für Lokomotiven mit 85 Prozent und für Personenwagen mit 130 Prozent mit sich bringen.

Beraubungen und Verluste

Die bessere Ausnutzung der Transportmittel geht Hand in Hand mit einer sehr beträchtlich höheren Sicherheit der Frachtgüter während des Transportes.

Die Verluste und Beraubungen sind stark zurückgegangen; ihr Koeffizient betrug für das Wirtschaftsjahr 1924/25 annähernd 0,31 Pud pro Million zurückgelegter Pud-Werst des Frachtgutes, gegenüber 8,83 Pud 1922/23.

Somit läßt sich auch auf diesem Gebiete eine sehr beträchtliche Verbesserung verzeichnen, da Verluste und Beraubungen auf ein verhältnismäßig geringfügiges Maß zurückgegangen sind.

Arbeit

a) Arbeitskräfte

Gegenwärtig sind an dem gesamten Eisenbahnnetz ca. 800 000 Personen, annähernd ebensoviel wie in der Vorkriegszeit, beschäftigt. Die etatmäßige Zahl der Arbeitskräfte wird in der nächsten Zeit um ca. 60 — 70 000 erhöht werden.

Gleichzeitig erwächst dem Transportwesen die Aufgabe, einen Plan für die Vorbereitung neuer Kaders von Arbeitskräften aufzustellen.

b) Arbeitslohn

Der Arbeitslohn hatte 1924 ca. 70 Prozent des Vorkriegslohnes erreicht, gegen Ende 1925 ungefähr 90 Prozent; 52 Prozent der gesamten Ausgaben entfielen auf Löhne.

Eisenbahnfinanzen

Im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und dem Wachstum des Transportes sind natürlich auch die Transporteinnahmen gestiegen, und dementsprechend vermindern sich allmählich die Staatssubventionen.

Schon 1923/24 betrug die Staatssubvention nur 9 Prozent von 668,5 Millionen Rubel Gesamteinnahmen.

Im Etat 1924/25 wurden bereits keine Subventionen eingestellt.

Sämtliche Hauptmomente für die Qualität der geleisteten Arbeit weisen eine allmähliche, ständige Besserung auf, und wenn sich auch ihr Tempo in der letzten Zeit einigermaßen verringert hat, so ist das durchaus normal, da das Transportwesen gegenwärtig die ersten Etappen des Wiederaufbaus mit seinen ersten raschen und großen positiven Resultaten hinter sich hat.

Der Vergleich mit dem Jahre 1913 bestätigt, daß bei der Mehrzahl der Leistungsexponenten die Resultate der Vorkriegszeit bereits überschritten sind.

Das Grundkapital der Eisenbahnen

In dem Maße, wie sich die Produktion der Industrie und der Landwirtschaft dem Vorkriegsniveau nähert, wird auch der Transport intensiver, da die Hauptmasse der Warenüberschüsse Transport erfordert.

Das Transportwesen steht demnach vor der Aufgabe, seinen technischen Apparat, sein Grundkapital mit den Anforderungen der rasch wachsenden Oekonomik des Landes in Einklang zu bringen.

Nach den Angaben des Volkskommissariats für Verkehrswesen beziffert sich die Gesamtsumme des Eisenbahngrundkapitals auf 5,2 Milliarden Vorkriegsrubel nach den Preisen von 1913. Die Instandhaltung eines derartigen Eigentums erfordert große Mittel. Dabei wurde der Zustand des Eisenbahnnetzes schon in der Vorkriegszeit den Bedürfnissen des Landes nicht mehr gerecht.

Wir geben dafür folgendes Beispiel an:

Die Kosten der Instandsetzung des staatlichen Eisenbahnnetzes nach dem russisch-japanischen Krieg (35 000 Kilometer) betrugen annähernd eine Milliarde Rubel; dabei ist das Eisenbahnnetz heute beinahe zweimal so umfangreich. Nach dem provisorischen Minimalprogramm des Volkskommissariats für Verkehrswesen wird die Höhe dieser Ausgaben für fünf Jahre auf ca. eine Milliarde Rubel festgelegt.

Indes macht die Zunahme des Güterverkehrs, die schon jetzt alle Annahmen weit übertrifft, eine erhebliche Erhöhung der für die Instandhaltung des Grundkapitals ursprünglich projektierten Summe erforderlich.

Eisenbahnneubauten

Das vorhandene Eisenbahnnetz ist für die Volkswirtschaft der USSR unzureichend, und das Bedürfnis nach dem Bau neuer Eisenbahnstrecken zur Belebung ökonomisch reicher, jedoch bisher vom Verkehr abgeschnittener Gebiete ist namentlich jetzt, in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs des Landes, deutlich wahrnehmbar.

Die schwere finanzielle Situation des Landes macht es unmöglich, die Mittel für einen Eisenbahnneubau im erforderlichen Umfang bereitzustellen, und zwingt dazu, sich auf den Ausbau der Linien, die bereits vor dem Kriege oder in den ersten Kriegsjahren in Angriff genommen waren, zu beschränken. Seit Sommer 1924 wurden über 4000 km neue Eisenbahnlinien gebaut.

Elektrifizierung der Eisenbahnen

Abgesehen von den oben angeführten Arbeiten auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus ist auch noch der Plan für die Elektrifizierung der Eisenbahnlinien in den nächsten fünf Jahren hervorzuheben.

In dem Jahrfünft 1926—30 ist die Elektrifizierung der Eisenbahnknotenpunkte Moskau—Leningrad vorgesehen, ferner des durch das

Gebirge von Suram führenden Teils der Transkaukasischen Eisenbahn (Baku—Tiflis) und ihrer Zweigstrecke nach Mineralnije Wody.

Die neue Eisenbahn an der Küste der Krim, die Sewastopol mit Jalta und Aluschta verbinden soll, soll gleichfalls elektrifiziert werden.

Der gesamte Elektrifizierungskredit für das Jahrfünft wird auf 115 Millionen Rubel veranschlagt.

II. Die Binnenschiffahrt

Wasserstraßen

Die Länge der Wasserstraßen beträgt 266 000 km, von denen 89 000 km schiffbar, die restlichen 177 000 km nur flößbar sind.

Die Länge der künstlichen Wasserstraßen beträgt 3900 km, d. h. 4,5 Prozent der Gesamtlänge der Wasserstraßen.

Die staatliche Dampfschiffahrt

Das Rekordjahr der Flußtransporte ist das Jahr 1913, wo der Güterverkehr 46 Millionen Tonnen, d. i. 35 Prozent des Eisenbahnfrachtverkehrs, betrug.

Im imperialistischen Krieg sanken die Flußtransporte auf 25 Millionen Tonnen (1917), um sich in den kommenden Jahren folgendermaßen zu entwickeln:

1918	8,1 Millionen Tonnen
1919	7,9 " "
1920	11,7 " "
1923	19,8 " "
1924	19,5 " "

Der Produktionsplan 1925 sieht eine Steigerung der Flußfrachten um 20 Prozent vor.

Trotzdem bleibt das Entwicklungstempo der Flußschiffahrt hinter der Entwicklung der Gesamtwirtschaft des Landes und besonders des Eisenbahnverkehrs zurück.

Die Binnenschiffahrt wird durch staatliche Dampfschiffahrtsgesellschaften durchgeführt, die auf rein kommerzieller Basis arbeiten, mit Ausnahme der mittelasiatischen Dampfschiffahrt, die zurzeit noch im Staatsbudget figuriert.

Zusammensetzung der Binnenflotte

Anfang 1925 bestand die staatliche Binnenflotte der USSR aus 2229 mit Maschinenkraft betriebenen und 3728 sonstigen Schiffen, mit einer Gesamtladefähigkeit von 3 Millionen Tonnen (gegenüber 4882 mit Maschinenkraft betriebenen und 22 512 sonstigen Schiffen 1913).

Ihrem technischen Zustand nach verteilt sich die Dampferflotte, die zu über 60 Prozent der mittleren Größe angehört, folgendermaßen:

I. Klasse	20 %
II. und III. Klasse	36 %
Sonstige	44 %

Insgesamt macht die in Betrieb befindliche Gruppe der Dampferflotte 55 Prozent des Gesamtbestandes aus, die Reservegruppe, d. h. der Teil, der geringfügige Reparaturen erfordert, 18 Prozent und die sogenannte „arbeitslose" Gruppe, die umfassende Reparaturen benötigt, 27 Prozent.

Der Zustand der Holzschiffe, die nicht Dampfschiffe sind, ist im großen und ganzen als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Trotz des im allgemeinen befriedigenden Zustandes der gesamten Binnenflotte ist der Neubau, namentlich von Spezialtypen, beispielsweise für den Getreidetransport, erforderlich.

Der Produktionsplan für das Jahrfünft 1925—1930 sieht ab 1928 über 50 Millionen Rubel für den Neubau von Schiffen vor, von denen auf die Dampferflotte 14,8 Millionen, auf die anderen 41,5 Millionen Rubel entfallen. Außerdem sind in dieser Periode für eine durchgreifende Reparatur der Dampferflotte 22,4 Millionen, der übrigen Flotte 1,4 Millionen Rubel angesetzt.

Tarife

Zur Bewertung der bestehenden Tarife im Vergleich mit den Vorkriegstarifen zieht man am besten das Verhältnis zwischen den Flußschiffahrtstarifen und den Marktpreisen der Waren heran.

	Prozent des Tarifs im Verhältnis zum Preis der Waren	
	1913	1925
Roggen	12	5
Salz	21	15
Holz	5	4,4
Naphtha	9	8
Fische	3	2,4

Aus diesen Angaben geht hervor, daß heute die Flußtarife für die wichtigsten Massenfrachten einen geringeren Prozentsatz vom Marktpreise ausmachen als in der Vorkriegszeit.

In den abgelaufenen acht Jahren unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus fiel dem Sowjetverkehrswesen eine wichtige Aufgabe zu: die Befriedigung der Anforderungen der anderen Wirtschaftszweige und die Schaffung von entsprechenden Arbeitsbedingungen für seine Existenz.

Diese Aufgabe war besonders schwierig, da gerade der Transport mehr als jeder andere Zweig der Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren gelitten hat. Die Folgen des Weltkriegs für das Verkehrswesen sind allgemein bekannt; sie waren so schwer, daß sie in erster Linie den Eisenbahnverkehr fast vollständig lahm legten.

Heute jedoch ist das Transportwesen in der USSR soweit wieder aufgebaut, daß es den Ansprüchen, die das stürmische Wachstum der Volkswirtschaft des Landes an den Transport stellt, vollauf genügt.

Post, Telegraph, Telephon und Radio in der Sowjetunion

MUSATOW

Im Vergleich zu den kapitalistischen Staaten entspricht der Zustand des Postwesens der Sowjetunion weder der Bevölkerungszahl noch der Ausdehnung des Landes.

Der portopflichtige Postverkehr entwickelte sich wie folgt (in Millionen Stück):

Jahr	Insgesamt	Darunter Briefe	Darunter periodische Druckschriften
1913	967	423	358
1923/24	432	172	222
1924/25	935	293	558

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, übersteigt nur der Versand der periodischen Druckschriften den Vorkriegsstand, doch läßt das Tempo der Entwicklung in den letzten beiden Jahren darauf schließen, daß dieser Stand auch auf den übrigen Gebieten des postalischen Verkehrs in ein, zwei Jahren eingeholt sein wird. Die Veränderungen im Postverkehr sind jedoch nicht rein quantitativer Natur. Auch seine Zusammensetzung hat sich verändert. Zusammengeschmolzen ist vor allem die Geschäftskorrespondenz trotz des sich immer günstiger gestaltenden Geschäftsganges, da die Planmäßigkeit des staatlichen Wirtschaftsaufbaues vor allem sämtliche Erscheinungen des Konkurrenzkampfes, wie Geschäftsreisende, Prospekte, Reklamen usw. auf ein Mindestmaß reduziert hat. Fast überhaupt verschwunden ist die Gratulationskorrespondenz zu den religiösen Feiertagen, den Namenstagen usw., was mit der Liquidierung der bürgerlichen Sitten und Gebräuche und dem Entstehen neuer Lebensformen zusammenhängt.

Dafür ist die Korrespondenz, die mit dem sozialistischen Aufbau des Staates zusammenhängt, in einem steten Ansteigen begriffen. Ins Gewicht fällt vor allem die Korrespondenz der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten. Auch die Bauernschaft beginnt zu schreiben. Es gab eine Zeit, wo der Postverkehr des Dorfes noch keine zehn Prozent des gesamten Postverkehrs ausmachte, während er heute bereits 20 Prozent übersteigt.

Am intensivsten ist die Steigerung auf dem Gebiet des Zeitungsversandes auf das Dorf, die für das Gesamtgebiet der Union die Vorkriegsnorm bereits um mehr als 50 Prozent übersteigt. Dieses Anwachsen des Zeitungsversandes erklärt sich außer durch die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Bauernschaft auch durch die beträchtliche Ausdehnung des Postnetzes. Die Zahl der an die Post angeschlossenen Orte hat sich folgendermaßen geändert:

1913 betrug die Zahl der unmittelbar mit Post versorgten Orte etwas weniger als drei Prozent aller Orte überhaupt; 1923: 2,8 Prozent, 1924: 6,4 Prozent, Januar 1925: 10,8 Prozent, Oktober 1925: 29,4 Prozent. Binnen zwei Jahren haben 60 000 Dörfer und Siedlungen unmittelbare Postverbindungen erhalten, und die Folge davon ist, daß sich der Postverkehr auf dem Dorfe rascher entwickelt als in der Stadt.

T e l e g r a p h : Die Sowjetunion verfügt über ein Telegraphennetz von über 136 000 Kilometer (1913: 124 708 km). Dieses Netz ist in einem langsamen, aber ständigen Wachsen begriffen, das namentlich der Verbindung mit den entferntesten Grenzgebieten: Sibirien, Turkestan, dem Fernen Osten und dem nördlichen Teil des europäischen Rußland zugute kommt. Die beförderten Telegramme machten 1923/24 53 Prozent, 1924/25 78 Prozent der 1913 beförderten Telegramme aus. Der Telegrammverkehr entwickelt sich langsamer als der Postverkehr und bleibt auch weiter als dieser hinter der Vorkriegsnorm zurück, da ein erheblicher Teil der Telegraphentätigkeit auf das sich entwickelnde Telephonnetz auf dem Lande sowie auf das Radio entfällt.

Dagegen trägt die Telegrammannahme in den Sprachen sämtlicher Völker der Union sowie die Einführung eines Telegrammkodex zur Steigerung auch des Telegrammverkehrs bei, zumal die riesigen Zerstörungen am Telegraphennetz durch den Bürgerkrieg heute bereits überwunden sind. Die Schnelligkeit der Telegrammbeförderung entspricht wieder der der Vorkriegszeit, und das Volkskommissariat für Post und Telegraph wird bereits im kommenden Jahre mit der Liquidierung der technischen Rückständigkeit beginnen, die teils ein Erbe des Zarismus darstellt, teils aber auch eine Folge des Raubbaues im Telegraphenwesen ist. Die Umstellung einzelner Linien auf Kabelführung (Krim, Charkow usw.) ist in Angriff genommen, ebenso die Mitbenutzung der Telephonleitungen zum Telegraphieren; abgeschlossen ist die Versorgung der Stationen mit Klopfapparaten (neu aufgestellt wurden 3000 Apparate usw.). Alle diese Maßnahmen berechtigen zu der Behauptung, daß der Telegraph heute qualitativ besser arbeitet als vor dem Kriege.

R a d i o : Das Radiowesen hat sich in der Hauptsache erst nach der Revolution entwickelt. 1913 gab es 12 Sendestationen, 1925 43 Sende- und 331 Empfangsstationen. Die unerhörte Zerrüttung namentlich der russischen Elektroindustrie, die überdies vor der Revolution in vieler Hinsicht vom Auslande abhängig gewesen ist, brachte es mit sich, daß das Radionetz technisch heute noch bei weitem nicht vollkommen ist. Aber selbst während der völligen Blockade hat das Nischnij-Nowgoroder Radiolaboratorium „Lenin" seine Tätigkeit fortgesetzt, und das Radionetz hat ununterbrochen gearbeitet. Das Laboratorium errichtete sogar neue Radiostationen, die in technischer Hinsicht den Stationen des Auslandes nichts nachgeben, wie die Telephonröhrensender „Komintern" in Moskau. Die technischen Erfahrungen des

Radiolaboratoriums finden bereits mit Erfolg in der planmäßigen Ausgestaltung unseres Radionetzes und der Herstellung von Amateurapparaten Anwendung. 1925 wurde das Gebiet des sibirischen Stromes Ob dem Radioverkehr erschlossen, 1926 wird der Lenafluß folgen. Das Amateurwesen in der Union hat im Jahre 1925 einen mächtigen Aufschwung genommen. Die Zahl der Radioamateure beträgt bereits mehrere Hunderttausend. Dem Radio steht in der Union das intensivste Wachstum von allen Posteinrichtungen bevor.

Telephon: Wie alle übrigen Arten der postalischen Verbindung ist auch das Telephon in der Union im Vergleich zu den europäischen Staaten außerordentlich schwach entwickelt; es sind aber bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Telephonteilnehmer betrug: Anfang 1923: 94 000, Anfang 1924: 105 000, Anfang 1925: 132 000, Ende 1925: 156 000, d. h. binnen zwei Jahren ist die Teilnehmerzahl um 66 Prozent gestiegen. Noch intensiver ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Ferngespräche. Seit 1923/24 hat sich das Netz der wichtigsten Telephonverbindungen zwischen den einzelnen Städten um 34 Prozent verdichtet. Anfang 1926 werden etwa 30 000 Kilometer derartiger Leitungen im Betrieb sein gegen 15 244 im Jahre 1913. Für das Jahr 1926 ist die Errichtung einer telephonischen Städteverbindung zwischen Leningrad—Tiflis mit 2833 km sowie einiger anderer kleinerer Linien geplant.

Sehr gute Fortschritte macht die Entwicklung des Telephonnetzes auf dem Dorfe; 1923/24 war die Länge dieser Leitungen über 40 000 km, 1924/25 51 000 km. Die Telephonwirtschaft weist heute bereits alle Anzeichen eines großen Aufschwunges auf.

Finanzielle Lage: Auch die Finanzen des Postwesens haben sich erheblich gebessert.

Das Budget des Volkskommissariats für Post und Telegraphenwesen hat sich folgendermaßen entwickelt (in 1000 Rubel):

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Anmerkungen
1913[1])	89 073	59 659[2])	[1]) Berechnet für das Territorium der Sowjetunion.
1923/24	45 715	44 732[2])	[2]) 1913 und 1923/24 war das Telephon noch nicht im Budget des Volkskommissariats enthalten.
1925/26[3])	153 700	148 700	[3]) Annähernd.

Noch 1922/23 betrug das Gesamtdefizit 16 Prozent, Anfang 1923/24 war es auf 7,6 Prozent gesunken, während die Ausgaben um 45,3 Prozent gestiegen waren. Schon gegen Ende 1923/24 hielten sich Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht, und seit 1924/25 weist das Budget, wie die Tabelle zeigt, einen gewissen Ueberschuß auf, der bisher größtenteils für die Erweiterung des Postverkehrs bestimmt wurde. Für das Wirtschaftsjahr 1925/26 soll dieser Ueberschuß insgesamt drei Prozent betragen, an Stelle von über 30 Prozent unter dem Zarismus. Her-

vorzuheben ist, daß die Besserung der Finanzlage auf postalischem Gebiet begleitet war von einer Aufbesserung der Entlohnung der unteren Angestellten. Die Entlohnung der Postarbeiter in Tscherwonezrubeln ist heute erheblich höher als vor dem Kriege (dem Realwert nach um über 55 Prozent) bei einer Verkürzung des Arbeitstages um die Hälfte. Die Post- und Telegraphentarife sind trotz des Sinkens der Kaufkraft des Rubels in Tscherwonezberechnung nominell fast ebenso hoch wie vor dem Kriege.

5. Finanzen

Finanzen und Finanzpolitik der USSR

M. BRONSKI

I.

Die Hauptaufgabe, die die Sowjetmacht in den letzten zwei bis drei Jahren auf dem Gebiet der Staatsfinanzen zu lösen hatte, war die Gesundung der Geldzirkulation. Man war sich allgemein durchaus darüber im klaren, daß vor einer entschlossenen und unwiderruflichen Liquidierung der nichtstabilen und sich ständig entwertenden Sowjetvaluta, des sinkenden Sowjetpapiergeldes, alle Pläne und Projekte zur Gesundung und Entwicklung der Produktivität des gesamten Landes hinfällig seien. Im November 1922 formulierte Genosse Lenin auf dem Kongreß der Komintern jene zentrale Aufgabe der inneren und äußeren Sowjetpolitik, indem er sagte: „Gelingt es uns, auf längere Zeit und in der Folge auf immer den Rubel zu stabilisieren, so haben wir gewonnen. . . . Dann können wir unsere Wirtschaft fest fundieren, fest dirigieren. . . .“ (Ges. Werke. XVII. Bd. II. S. 91/92.)

Der ursprüngliche Plan zur Gesundung unserer Valuta beruhte auf der Stabilisierung des Sowjetgeldzeichens auf einem bestimmten Niveau durch Verminderung der staatlichen Ausgaben sowie Einschränkung der Verwendung des Papiergeldes zur Deckung des Budgetdefizits. Die Praxis zeigte indes einen anderen Weg zur Stabilisierung der Valuta: die Orientierung nicht nach dem Sowjetpapiergeld, sondern nach dem Tscherwonez, der neuen, von der Staatsbank im Oktober 1922 herausgegebenen Banknote. Der Tscherwonez hat sich im Laufe des Jahres 1923 das völlige Vertrauen des Landes erworben, und zwar sowohl dank seiner Deckungsnorm in Gold

und ausländischer Valuta, als auch der begrenzten Emission auf Grund von Wechsel- und Warensicherheit, und schließlich dadurch, daß es mit Hilfe finanzpolitischer Maßnahmen gelang, eine bestimmte Parität zwischen Tscherwonez, Gold und ausländischer Valuta zu erhalten. Im Frühjahr 1924 erfolgten weitere Schritte zum Uebergang auf eine feste Valuta: die Emission von staatlichen Schatzscheinen in Goldwährung, die die Staatsbank sowie die übrigen Banken ihrem Nennwert nach in Tscherwonzen einlösen (10 Rubel Schatzscheine gleich 1 Tscherwonez).

Innerhalb einer begrenzten Frist mußte der Aufkauf des Sowjetpapiergeldes zu einem fixierten Preise erfolgen, und im Sommer 1924 war die gesamte technische Seite der Geldreform abgeschlossen. Das Sowjetpapiergeld war aus dem Verkehr gezogen, die Inverkehrsetzung von silberner und kupferner Scheidemünze, die nicht ohne gewisse Schwankungen die Kanäle der Geldzirkulation auffüllte, war erfolgt und die neue Valuta wurde zur Grundlage der Geldzirkulation. Damit war der Gesundungsprozeß des Geldverkehrs natürlich noch nicht abgeschlossen. Es waren vielmehr damit erst die Voraussetzungen für eine feste Valuta gegeben. Die weitere Sorge der Regierung bestand darin, das ausgegebene neue Geld auf seinem Werte zu halten und es nicht den Weg der alten entwerteten Valuta gehen zu lassen. Damit war eine weitere Ausnützung der Emission von Geld, das nur in einer bestimmten Höhe für den Warenumlauf erforderlich ist, als eine Quelle zur Deckung des staatlichen Budgetdefizits ausgeschlossen. Der Kampf gegen das staatliche Budgetdefizit stand somit im engsten Zusammenhang mit dem Kampf um die feste Valuta, und die Sowjetregierung unternahm noch im Jahre 1923 eine Reihe einschneidender Maßnahmen zur Ausbalancierung des Budgets; so wurde das Defizit einerseits durch Verminderung des Ausgabenteils, andererseits durch Steigerung der Einnahmen und Neuordnung der Einnahmequellen, die die Basis für den Einnahmeteil des Budgets abzugeben vermögen, auf ein Minimum reduziert. Daneben wurde ein neuer Steuerapparat geschaffen, die Steuerquellen wurden festgelegt, der Uebergang von der Naturalsteuer zur Geldsteuer vorbereitet, die Zentralisierung der Steuern angebahnt und der lokalen „Steuerproduktion“ usw. ein Ende gemacht. Es war dies eine riesige Aufgabe, die die angespannte Arbeit von drei Jahren erforderlich machte,

und heute, nach zwei Jahren des Bestehens der festen Valuta, kann man sich nur mit Mühe in jene schweren Bedingungen zurückversetzen, wo ein Budget kombiniert werden mußte, in dem ein erheblicher Teil der Einnahmen in Naturalform (Landwirtschaftssteuer) hereinkam, während der andere in sinkender Valuta einlaufende Teil der Einnahmen vom Augenblick der Erhebung bis zur Verwendung beträchtlich an Wert verlor; und schließlich wurde die Aufstellung eines staatlichen Ausgabenbudgets noch dadurch erschwert, daß die nationalisierten staatlichen Unternehmen in Industrie und Transport mit großen Defiziten arbeiteten. Unter derartigen Bedingungen ein ausgeglichenes Budget aufzustellen, war eine gigantische Aufgabe, die nur durch eine außerordentliche Anspannung aller durch die Kommunistische Partei geleiteten und zusammengeschlossenen gesellschaftlichen Kräfte, sowie durch Hinzuziehung der parteilosen Organisationen der Gewerkschaften und der breitesten Arbeiter- und Bauernschichten durchführbar war. Diese Arbeit war 1925 abgeschlossen, und ihr Abschluß trug in hohem Maße zur Entwicklung der Wirtschaft bei, während andererseits das Wachstum der Produktivkräfte in gleichem Maße auf die Gesundung des Geldumlaufes rückwirkte, dem wiederum das gefestigte Staatsbudget als Stütze diente.

Bevor wir uns einer detaillierten Darlegung des Ausgaben- und Einnahmenteiles unseres Budgets, die das Wachstum unserer Wirtschaft anschaulich widerspiegeln, zuwenden, müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die nächstfolgende, höchst wichtige Erscheinung auf dem Gebiete der Staatsfinanzen lenken, die gegenwärtig im Brennpunkt des Interesses der Finanzpolitik steht. Es ist das das Problem der Entwicklung des staatlichen Kreditwesens, als eines der wichtigsten Hebel des Wirtschaftsaufbaus, dessen Aufgabe die möglichst ökonomische Ausnützung der nationalen Akkumulation, die Konzentrierung des akkumulierten Vermögens im Reservoir der staatlichen Kreditinstitute ist, von wo aus der Staat diese akkumulierten Ressourcen planmäßig entsprechend den Interessen der gesamten Volkswirtschaft verteilen kann. Die Durchführung einer Planmäßigkeit in diesem anarchischsten Teil der Wirtschaft, der sich nur mit so viel Mühe der Regulierung unterwerfen läßt, ist gegenwärtig nach Abschluß der Geld- und Budgetreform die wichtigste Aufgabe der staatlichen Finanzpolitik, da eine krisenlose, planmäßige Entwicklung aller

einzelnen Wirtschaftszweige nur auf Grund einer geregelten und planmäßigen Verteilung der akkumulierten Ressourcen der nationalen Wirtschaft möglich ist. Die auf diesem Gebiete noch zu überwindenden Schwierigkeiten sind beträchtlich. Der Druck auf unsere Kreditinstitute, die die Verteilung der bereits vorhandenen nationalen Akkumulation regulieren, resp. die künftige Akkumulation antizipieren, ist von allen Seiten sehr erheblich. Dieser Druck erfolgt sowohl seitens der Produktion, vor allem der Industrie, die sich, entsprechend der steigenden Nachfrage, in die Breite und Tiefe auszudehnen trachtet, als auch seitens der privatkapitalistischen Elemente, die einen nicht unerheblichen Teil der nationalen Akkumulation in Händen haben, und endlich seitens der Weltwirtschaft, der sich in den intervalutarischen Beziehungen geltend macht.

Die nächste Aufgabe auf dem Gebiete der Finanzpolitik ist die Festigung und Erweiterung des staatlichen Kreditapparates und seine Befreiung von dem Druck der anarchischen Elemente unserer und zum Teil der Weltwirtschaft. Das wird uns in erheblichem Maße der Notwendigkeit entheben, uns auf drückende Bedingungen einer Auslandsanleihe einzulassen, und wird uns ermöglichen, solange mit eigenen Mitteln bei Steigerung der Produktivkräfte des Landes auszukommen, bis die Bedingungen der ausländischen Kapitalisten unseren Vorschlägen entsprechen und uns vor allen wirtschaftlichen und politischen Zugeständnissen sichern.

II. Das Staatsbudget

1. Gesamtcharakteristik des Einnahmenteils

Das außerordentlich intensive Anwachsen der staatlichen Einnahmen in der auf die Geldreform folgenden Periode ist der charakteristischste Zug des gegenwärtigen Budgets der USSR.

Die Einnahmen, die 1923/24 2298 Millionen Rubel betragen hatten (einschließlich der Valutaeinnahmen und Abzüge), betrugen nach vorläufigen Angaben 1924/25 2849,3 Millionen Rubel, während sie sich für 1925/26 nach der Berechnung des Volkskommissariats für Finanzen auf 3796,5 Millionen Rubel beziffern (laut dem noch nicht vom Zentralen Exekutivkomitee bestätigten Exposé des Volkskommissariats für Finanzen). Binnen zwei Jahren ist demnach das Budget um 63 Prozent

gegenüber den Eingängen des Jahres 1923/24 gestiegen. Das Projekt des Volkskommissariats für Finanzen ergibt für 1925/26 eine Steigerung um 32 Prozent.

Nominell hat das Budget die Vorkriegsnorm überschritten; die Einnahmen auf dem heutigen Territorium der USSR. betrugen 1913 nur 3140,1 Millionen Rubel. Zieht man jedoch die gesunkene Kaufkraft des Goldrubels in Betracht, so bleibt das Staatsbudget immer noch hinter der Vorkriegsnorm zurück:

	1913	1923/24	1924/25	1925/26
Staatseinnahmen in Mill. Vorkriegsrubel	3 140	1 350,2	1 590,0	2 020,4
In % zu 1913	100	43,0	50,6	64,6

Nimmt man nicht nur das staatliche, sondern auch das lokale Budget, so steigt zwar das Prozentverhältnis zwischen dem heutigen und dem Budget der letzten Jahre, ohne jedoch das Vorkriegsbudget einzuholen:

	1913	1923/24	1924/25	1925/26
Staatliches und lokales Budget in Mill. Vorkriegsrubel .	3 740	1 652	1 977	2 577
In % zu 1913	100	44	52	69

Dieses Wachstum des Staatsbudgets lief parallel mit einer qualitativen Verbesserung seines Einnahmeteils. Die Rolle der außerordentlichen Ressourcen ist von Jahr zu Jahr gefallen: 1923/24 betrugen sie 25 Prozent des gesamten Budgets, 1924/25 9 Prozent und 1925/26 4 Prozent. Das Budget stieg demnach auf Grund der normalen Einnahmen bei gleichzeitigem relativem und absolutem Rückgang der außerordentlichen Einnahmen. Unter den letzteren hat die Emission von Papiergeld bereits im Budget des Vorjahres zu fungieren aufgehört, während die Einnahmen aus dem Münzregal, die im Vorjahre noch etwa 3 Prozent des Budgets ausmachten, im neuen Jahre weniger als 1 Prozent betragen.

Zugleich mit der steigenden Rolle der normalen Einnahmen im Budget, die 1925/26 96 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen, verschiebt sich im neuen Budget auch das Verhältnis zwischen den steuerlichen und den nichtsteuerlichen Einnahmen. 1924/25 war dieses Verhältnis etwa folgendes: die steuerlichen Einnahmen betrugen 50,2 Prozent der normalen Einnahmen, die nichtsteuerlichen 49,8 Prozent. Im neuen Budget entfallen auf die Steuern nur 46,5 Prozent, auf die nichtsteuerlichen Ein-

nahmen 53,5 Prozent. Das Vorkriegsbudget hatte vor allem auf den Steuern basiert, die 1913 58,1 Prozent der normalen Einnahmen ausgemacht hatten.

Besonders hervorzuheben ist, daß sich die Zunahme des Budgets in den letzten drei Jahren nicht durch eine steigende Belastung der Volkswirtschaft vollzieht, sondern ganz auf dem systematischen Wachstum der Volkswirtschaft beruht, was sich aus einem Vergleich zwischen dem Nationaleinkommen (nach der Berechnung der Staatsplankommission) und dem Budget ersehen läßt: 1923/24 betrug das Budget 20,2 Prozent des Nationaleinkommens, d. h. ebensoviel wie vor dem Kriege; 1924/25 nur mehr 18,2 Prozent. Die Zunahme des Budgets 1924/25 und 1925/26 ist demnach ausschließlich eine Folge des steigenden Wachstums der Volkswirtschaft, was schon daraus hervorgeht, daß weder die Steuersätze, noch die Tarife und Taxen für die staatlichen Dienstleistungen erhöht worden sind; im Gegenteil: die Steuerbelastung der Landwirtschaft und des Hausgewerbes sowie eine Reihe von Akzisensätzen haben eine Reduzierung erfahren.

Eine sehr wesentliche Aenderung tritt auch in der Verteilung der Gesamtsumme der Budgeteinnahmen zwischen den Budgets der Union und der Bundesrepubliken in Erscheinung: die letzteren wachsen erheblich rascher als die Gesamtsumme des Budgets, und zwar auf Kosten der Budgeteinnahmen der Union, was ein Beweis für das gesunde Wachstum der Bundesrepubliken ist. Die Abtrennung der Budgets der einzelnen Republiken vom Gesamtbudget wurde zum erstenmal 1923/24 durchgeführt, wobei die Einnahmen der Republiken mit nur 8 Prozent der gesamten Einnahmensumme festgelegt wurden, während zu den Unionseinnahmen 92 Prozent geschlagen wurden. 1925/26 war der Anteil der Republiken auf 21,3 Prozent gestiegen, wobei sich der Anteil der einzelnen Republiken folgendermaßen entwickelt hat (in Millionen Rubel):

	Union	RSFSR [1]	UkSSR [2]	WSSR [3]	Trans-SFSR [4]	UsSSR [5]	TSSR [6]	Zusammen
1923—24	2 114,3	146,4	30,1	4,2	3,1	—	—	2 298,1
1924—25	2 325,2	380,5	106,8	17,2	27,6	15,0	3,3	2 875,6
1925—26	2 973,9	561,5	165,2	23,5	43,3	18,7	10,4	3 796,5

[1]) Zentralrußland und Sibirien. [2]) Ukraine. [3]) Weißrußland.
[4]) Transkaukasien. [5]) Usbekistan [6]) Turkmenistan

Wie aus diesen Ziffern ersichtlich, erweitert sich die finanzielle Basis der Bundesrepubliken von Jahr zu Jahr.

2. Steuern

Die steuerlichen Einnahmen weisen im Budgetentwurf 1925/26 eine Zunahme um 378,4 Millionen Rubel oder um 28,7 Prozent gegenüber dem Budget 1924/25 auf. Unter den drei Steuergruppen jedoch — direkte, indirekte und Zölle — ergeben nur die indirekten Steuern eine bedeutende Zunahme (75 Prozent), ferner die Zölle (40 Prozent); zum erstenmal sind dagegen die direkten Steuern um 12 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist das Resultat einer beträchtlichen Reduzierung der direkten Besteuerung des Dorfes, worin die politische Gesamtlinie der Sowjetregierung der Bauernschaft, namentlich der armen und mittleren, gegenüber zum Ausdruck kommt. Die Senkung der Landwirtschaftssteuer beträgt im laufenden Jahr 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr (von 335,9 Millionen Rubel auf 236,1 Millionen Rubel).

Vergleicht man die heutige direkte Besteuerung des Dorfes mit der der Vorkriegszeit und rechnet man hierzu noch die Zahlungen für Pachten und an die Bauernbank, so stellt sich die gegenwärtige Belastung des Dorfes um vieles niedriger dar: sie beträgt 1925/26 insgesamt nur etwa 140 Millionen Vorkriegsrubel, während die Bauernschaft 1912 in den 50 europäischen Gouvernements allein an direkten Steuern 142 Millionen Rubel bezahlte, wozu noch 376 Millionen Rubel für Pacht und Landbanken kamen. Insgesamt zahlte demnach die Bauernschaft 1912 an direkten Steuern und mit dem Boden zusammenhängenden Abgaben 518 Millionen Rubel (ohne Kaukasus und Asiatisches Rußland, jedoch einschließlich der von der USSR abgetrennten westlichen Gouvernements). Bedenkt man, daß die Bauernschaft der USSR 1922/23 (nach der Berechnung A. L. Wainsteins) 364 Millionen Vorkriegsrubel an direkten Steuern zahlt, so gewinnt man ein klares Bild von der Verschiebung in der Steuerpolitik der Sowjetregierung.

Dagegen sind die städtischen direkten Steuern, die Gewerbe- und Einkommensteuern, gegenüber dem vorjährigen Budget etwas gestiegen. Die Gewerbesteuer ergab 1924/25 184 Millionen Rubel, die Einkommensteuer 100 Millionen Rubel. Zusammen 284 Millionen Rubel bei einem gleichzeitigen Ertrag von 335,9 Millionen Rubel aus der landwirtschaftlichen Ein-

heitssteuer. Für 1925/26 ist eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Prozent auf 210,4 Millionen Rubel und der Einkommensteuer um 34 Prozent auf 126,2 Millionen Rubel vorgesehen. Insgesamt ergeben die direkten städtischen Steuern 327,6 Millionen Rubel, die landwirtschaftliche Einheitssteuer dagegen 236,1 Millionen Rubel.

In der direkten Besteuerung macht sich somit eine Reduzierung der Steuerbelastung der Bauernschaft geltend, ohne daß die steuerliche Belastung der Arbeiter stiege. Ein anderer charakteristischer Zug des Steuersystems der Sowjetunion ist die Steigerung der indirekten Steuern. Bisher hatten die indirekten Steuern zurückgestanden, namentlich wenn man die lokalen Steuern und die Zuschläge zu den staatlichen Steuern in Betracht zieht; erst im neuen Jahr geht das Uebergewicht auf die indirekten Steuern über, wobei diese Verschiebung jedoch ausschließlich auf Kosten des steigenden Bedarfs an akzisepflichtigen Produkten erfolgen soll: die Steuer- und Zollsätze werden nicht nur nicht erhöht, sondern für eine Reihe steuerpflichtiger Waren sogar herabgesetzt (Tee, Streichhölzer, Tabakfabrikate, Zucker, Salz, Wein, Bier, Spiritus und Naphthaprodukte).

In den kapitalistischen Ländern wird eine steigende indirekte Besteuerung stets als eine Abwälzung der Steuerlasten auf die schaffenden Massen betrachtet. Unter unseren Bedingungen dagegen, wo die Akkumulation unter den bürgerlichen Elementen durch die gesamte ökonomische Politik des Staates erschwert wird, wandeln die indirekten Steuern ihren Charakter. Außerdem waltet bei uns auch in der indirekten Besteuerung das Klassenprinzip vor, indem vorzüglich nicht unmittelbare Bedarfsartikel höher besteuert werden.

3. Die nichtsteuerlichen Einnahmen

Die ständig steigende Rolle der nichtsteuerlichen Einnahmen im Budget ist ein Beweis für die Gesundung des staatlichen Wirtschaftslebens und erklärt sich ganz natürlich daraus, daß der Staat der USSR Eigentümer der gesamten großen und mittleren Industrie und der Transportmittel ist, deren Wert sich auf 11—12 Milliarden Rubel beziffert, und überdies des Bodens, der Bodenschätze und der Forsten. Hervorzuheben ist jedoch, daß zurzeit noch die Reineinnahme des Budgets aus den

nichtsteuerlichen Positionen verhältnismäßig gering ist, was aus folgenden Ziffern hervorgeht:

1923/24	201	Mill. Rbl.
1924/25	307,0	„ „
1925/26	538,1	„ „

Diese von Jahr zu Jahr steigenden Ziffern sind ein Beweis für die Erfolge der Sowjetregierung bei der Organisierung der staatlichen Wirtschaft. Nach dem Budgetentwurf für 1925/26 sind die wichtigsten Einnahmepositionen (in Millionen Rubel) die folgenden:

	1925/26 Budgetentwurf	1924/25 bestätigtes Budget
Transportwesen	50,0	3,0
Post und Telegraph	25,0	1,4
Gewinne d. staatlichen Industrie u. Handelsunternehmungen .	165,4	93,2
Bankgewinne	51,0	20,1
Aus Forsten	140,5	97,5
Aus Bodenschätzen	38,8	8,0
Aus sonstigen Vermögen und Unternehmen	25,8	21,6

Die Ziffer der Reineinnahme aus dem Transport ist im Vergleich mit der angenommenen Bruttoeinnahme von 1250 Millionen Rubel außerordentlich bescheiden. Vergleicht man indes die drei letzten Jahre, so lassen sich doch beträchtliche Erfolge konstatieren, zumal 1924/25 der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben nur 3 Millionen Rubel betrug, während das Jahr 1923/24 ein Defizit von 52,4 Millionen Rubel und 1922/23 von 157,3 Millionen Rubel ergab.

Die Einnahmen aus der staatlichen Industrie und dem Handel stellen nicht den gesamten Gewinn der Unternehmen dar, sondern nur den im Einvernehmen mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Volkskommissariat für Finanzen an den Fiskus abzuführenden Teil des Reingewinns, der gewöhnlich weniger als die Hälfte des Reingewinns beträgt, zumal ein erheblicher Teil des Reingewinns zur Kapitalserhöhung der Unternehmen dient, während 10—15 Prozent in den Fonds zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten des Unternehmens fließen. So betrugen die Einnahmen des Fiskus aus 80 Unternehmen, die 1923 einen Reingewinn von 151,6 Millionen Rubel erzielten, nur 63,9 Millionen Rubel.

Die bedeutendste Einnahmenquelle für das Budget der USSR sind die Einnahmen aus den Forsten. Die Gesamteinnahme sowohl aus den staatlichen als privaten Forsten in der UdSSR läßt sich für die Vorkriegszeit auf 200—250 Millionen Rubel beziffern. 1922/23 betrug sie annähernd 25 Millionen Rubel, 1923/24 56 Millionen Rubel, 1924/25 97,5 Millionen Rubel und von 1925/26 erwartet man 140,5 Millionen Rubel. Die gewaltige Ausdehnung der Forsten der USSR, die allmähliche Verbesserung der in den ersten Revolutionsjahren zerrütteten Forstwirtschaft, die Entwicklung des Holzexports und namentlich der angesichts der Wiederbelebung der Bautätigkeit im Lande steigende innere Bedarf lassen mit einer raschen künftigen Zunahme dieses Budgetpostens rechnen.

4. Der Ausgabenteil des Budgets

Die Hauptkategorien der staatlichen Ausgaben weisen im Budget ihrem spezifischen Gewicht nach in den letzten drei Jahren folgende Veränderungen auf (in Prozent):

	1923/24	1924/25	1925/26 projektiert
Administrative Ressorts	5,7	3,9	4,1
Administrativ-wirtschaftliche Ressorts	6,6	4,5	4,0
Landesverteidigung	18,7	16,2	16,5
Kulturelle und soziale Ausgaben	5,1	5,7	6,3
Subventionierung der lokalen Budgets	5,5	9,4	8,5
Volkskommissariate f. Verkehrswesen, Post und Telegraph	35,4	34,7	36,7
Zuwendungen zur Hebung der Volkswirtschaft	17,1	15,7	15,0
Fiskusoperationen	5,0	6,0	5,6
Reservefonds	0,9	3,9	3,3
Zusammen:	100,0	100,0	100,0

Der Anteil der Ausgaben für die Landesverteidigung ist im Vergleich mit dem Budget von 1913 sehr gering: 16,5 Prozent 1925/26 gegenüber 28,2 Prozent 1913. Vergleichen wir die absoluten Ausgaben für Verteidigung des ehemaligen russischen Reiches 1913 und der Union 1925/26 (die letzteren auf Vorkriegsrubel umgerechnet), so erhalten wir für 1925/26 348,5 Millionen Rubel gegenüber 953,2 Millionen Rubel 1913, d. h. um zwei Drittel weniger.

Die kulturell-sozialen Ausgaben, einschließlich der Ausgaben für Arbeitslose, betragen 237,6 Millionen Rubel gegen 165,5 Millionen Rubel 1924/25. Da jedoch ein großer Teil dieser Aus-

gaben auf das lokale Budget entfällt, ist es interessant, die Gesamtziffern anzuführen:

	1923/24	1924/25	1925/26
Staatsbudget	117,7	165,5	237,6
Lokales Budget	231 3	330,9	472,7
Zusammen	349,0	496,4	710,3

Wie hieraus ersichtlich, steigen die Ausgaben für kulturell-soziale Bedürfnisse viel rascher als das ganze Budget.

Die außerordentlichen Ausgaben des staatlichen Budgets, zu denen die Ausgaben zur Wiederherstellung und Entwicklung der verschiedenen Volkswirtschaftszweige gehören, verleihen dem Budget der USSR seine charakteristische Besonderheit und unterscheiden es schroff von den Budgets der kapitalistischen Länder. Indem der Staat jenen volkswirtschaftlichen Zweigen und Unternehmen, die am stärksten unter Kapitalnot leiden, alljährlich Hunderte von Millionen zufließen läßt, erfüllt er vermittels des Budgets die Funktionen der Akkumulation und Verteilung der Kapitalien, die in den kapitalistischen Ländern elementar über Krisen und Arbeitslosigkeit — entsprechend den Interessen des Kapitals und seines Profites — vor sich geht.

Die Ausgaben des Budgets für die Volkswirtschaft weisen 1925/26 ein gewisses relatives Sinken auf. Dieser Rückgang jedoch wird durch die Auflegung einer nicht im Budget enthaltenen wirtschaftlichen Aufbauanleihe über 300 Millionen Rubel kompensiert. Addiert man diese 300 Millionen zu den 480 Millionen der Budgetposition, so beträgt die staatliche Unterstützung der Volkswirtschaft im neuen Jahr 780 Millionen Rubel an Stelle der 413 im Vorjahre zugewiesenen Millionen Rubel, was eine Zunahme um 53 Prozent bedeutet.

Die Zuweisungen für die Volkswirtschaft nach dem Budgetvoranschlag für 1925/26 und der Wirtschaftlichen Aufbauanleihe verteilen sich folgendermaßen:

	Budget	Aufbauanleihe	Zusammen
Landwirtschaft	175,4	10,0	185,4
Industrie	108,2	190,3	298,5
Transport, Post, Telegraph	—	48,0	48,0
Elektrifizierung	74,0	—	74,0
Kommunale Betriebe	70,0	24,0	94,0
Bauwesen	5,4	10,4	15,8
Genossenschaftswesen	35,0	12,0	47,0
Sonstiges	12,1	5,3	17,4
Zusammen:	480,1	300,0	780,1

Außer den 185,4 Millionen Rubel aus den außerordentlichen Zuwendungen der Wirtschaftlichen Aufbauanleihe sind für die Bedürfnisse der Landwirtschaft weitere 42 Millionen Rubel aus dem Budget des Volkskommissariats für Landwirtschaft sowie 50 Millionen Rubel aus den lokalen Budgets vorgesehen, insgesamt also 277 Millionen Rubel, während die Landwirtschaftssteuer der Landwirtschaft insgesamt nur 236 Millionen Rubel entzieht, von denen überdies 100 Millionen nicht dem staatlichen Budget zufließen, sondern den Kreisbudgets zur Verfügung stehen.

5. Das lokale Budget

Eine bedeutsame Neuerung in der Budgetpolitik des Sowjetstaates ist die gesteigerte Rolle und Bedeutung des lokalen Budgets in der Struktur des gesamten Staatsbudgets. Das lokale Budget ist ein Mittel zur Erweiterung und Festigung der Basis des staatlichen Budgets, indem es neue Produktionsquellen eröffnet und die lokalen Ressourcen, die den lokalen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen zugute kommen, stärkt.

Das lokale Budget weist in den letzten drei Jahren die Tendenz zum allmählichen Steigen auf.

Verglichen mit dem lokalen Vorkriegsbudget, das sich (in den heutigen Grenzen der USSR) auf 600 Millionen Rubel bezifferte, beläuft sich das lokale Budget 1925/26 auf 697,6 Millionen Vorkriegsrubel, d. h. es übersteigt das Vorkriegsbudget um 16 Prozent. Indes läßt sich unser lokales Budget nicht exakt mit dem Vorkriegsbudget vergleichen, da in ihm zahlreiche Ausgaben enthalten sind, die in der Vorkriegszeit dem Staatsbudget zur Last fielen.

1924/25 wies das lokale Budget eine verhältnismäßig stärkere Zunahme als das Staatsbudget auf.

Die Einnahmen des lokalen Budgets verteilen sich folgendermaßen (in Millionen Rubel und Prozent):

	1923—24		1924—25		1925—26	
	Rubel	%	Rubel	%	Rubel	%
Nichtsteuerliche Einnahmen . . .	262,2	40,3	356,9	37,8	469,2	40,7
Steuereinnahmen	288,7	44,4	381,9	40,7	500,3	43,6
Subventionen und Dotationen . .	25,3	3,9	49,4	5,2	75,6	6,5
Sonstige	73,8	11,4	151,6	16,3	106,0	9,2
Zusammen	650,0	100,0	939,8	100,0	1151,1	100,0

Die Hauptausgabengruppen des lokalen Budgets weisen folgende Entwicklung auf (in Millionen Rubel):

	1923/24	1924/25	1925/26
Administration und Justizwesen	120,7	197,7	213,3
Kulturell-soziale	321,3	327,9	469,7
Kommunal-wirtschaftliche	174,7	192,9	239,4
Landwirtschaftliche	18,8	28,6	50,7
Wegebau	7,3	11,3	29,8
Sonstige	76,9	142,3	100,8

Wie hieraus ersichtlich, beginnt sich das Tempo des Anwachsens der am weitesten zurückgebliebenen Positionen aus der Gruppe der produktiv-wirtschaftlichen Ausgaben, der Ausgaben für Landwirtschaft und Wegebau, zu beschleunigen.

Unter der Gruppe der kulturell-sozialen Ausgaben weisen die Ausgaben für Volksbildung und Gesundheitsschutz die stärkste Zunahme auf.

III. Geldzirkulation und Kreditwesen

Anfangs kursierten Tscherwonez und altes Sowjetpapiergeld nebeneinander. Aber die Schaffung des wertbeständigen Tscherwonez beschleunigte die Entwertung des alten Papiergeldes; darunter litten vor allem die Bauern, da das wertbeständige Geld vor allem in den Städten kursierte. Dieser Zustand wurde durch die Geldreform beendet, deren erster Akt das Dekret vom 5. Februar 1924 war, betr. die Emission von Staatskassennoten in Goldrubelwährung, die an die Stelle der sich entwertenden Sowjetgeldzeichen traten. Da sämtliche Kassen des Finanzressorts und der Kreditinstitutionen die Staatskassennoten ohne weiteres in Banknoten und umgekehrt wechseln (auf der Basis 1 Tscherwonez = 10 Goldrubel), ist das Land von der parallelen zur Einheitsvaluta übergegangen. Der Kleingeldverkehr vollzieht sich in Metallgeld, in Silber- und Kupfermünze. Staatspapiergeld wurde nach der Geldreform nur minimal zur Deckung des Budgetdefizits verwandt; ein großer Teil wurde im Austausch gegen ausländische Valuta und Banknoten emittiert, wodurch das Bedürfnis der Zirkulation an Geldzeichen befriedigt wurde und die erforderliche Gliederung der Geldmasse in kleine und große Stücke erhalten blieb. Ein gewisser Teil der Emission an Staatsnoten diente namentlich in den ersten Monaten nach der Geldreform zum Aufkauf der aus

dem Verkehr zu ziehenden Geldzeichen, der Sowjetgeldzeichen und der Transportzertifikate.

Nach der Geldreform läßt sich eine intensive Zunahme der Geldmasse beobachten: am 1. Januar 1924 hatte sie 321,9 Millionen Rubel betragen, am 1. Oktober 1924 627,2 Millionen, am 1. Januar 1925 724,7 Millionen, am 1. Oktober 1925 1142,9 Millionen und am 1. Januar 1926 1269,3 Millionen Rubel. Die Hauptursache hiervon war das allgemeine Wachstum der Volkswirtschaft, die Steigerung der Produktion und des Warenumlaufs, wodurch die Zirkulation eine größere Geldmasse benötigte.

Eine andere, in der gleichen Richtung wirkende Ursache war die Verdrängung des Natural-Tauschverkehrs in den ländlichen Gegenden, der sich dort in der Periode der parallelen Währung eingebürgert hatte, durch den Geldverkehr, wodurch sich das Zirkulationsgebiet des Papiergeldes allmählich ausdehnte.

Trotz des beträchtlichen Anwachsens der Geldmasse ist sie heute noch erheblich niedriger als vor dem Kriege, selbst wenn man die gesunkene Kaufkraft des Rubels nicht in Abzug bringt. Die Geldmasse, die 1914 2404 Millionen Rubel betragen hatte, betrug Anfang 1926 1269 Millionen Rubel, d. i. etwas mehr als die Hälfte. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen gegenwärtig 9,13 Rubel gegen 13,51 Rubel 1914, wobei nicht zu vergessen ist, daß der Realwert dieser 9,13 Rubel gegenwärtig etwa 5 Vorkriegsrubeln entspricht, d. h. um 40 Prozent niedriger ist.

Die Preisbewegung bis Sommer 1925 ist als normal anzusehen. Das zeitweilige Steigen der Preisindexe in dieser Periode findet seine volle Erklärung in gewissen Erscheinungen der Volkswirtschaft, namentlich in dem zeitweiligen Steigen der Getreidepreise nach der Mißernte 1924.

Die Kaufkraft des Tscherwonez:

	Großhandelsindex d. Staatsplankommission	Kleinhandelsindex für die Union	Index d. Moskauer Konjunkturinstituts
am 1. Oktober 1924	6,10 Rbl.	4,85 Rbl.	4,55 Rbl.
am 1. Oktober 1925	5,75 Rbl.	4,65 Rbl.	4,41 Rbl.

Am 1. September 1925 standen die Indexe annähernd auf der gleichen Höhe wie im Herbst 1924, sowie auf dem gleichen Niveau wie zur Zeit der Geldreform. Mit dem Herbst 1925 jedoch erfährt die Lage eine Veränderung. Seit September be-

ginnen die Indexe, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich, zu steigen:

	Großhandelsindex der Staatsplankommission	Kleinhandelsindex des Konjunkturinstituts
1. 9. 1925	1.73	2.08
1. 10. 1925	1.74	2.15
1. 11. 1925	1.75	2.17
1. 12. 1925	1.79	2.24
1. 1. 1926	1.83	2.26

Diese Preissteigerung betrifft gleichermaßen landwirtschaftliche wie Industrieprodukte.

Die Situation zu Beginn des Jahres 1926 wird durch einen empfindlichen Mangel an Industriewaren auf dem Markte charakterisiert, der ein scharfes Auseinandergehen der Klein- und Großhandelspreise zur Folge hat, was die Stabilität der Kaufkraft des Rubels bedroht. Dazu kommt eine Stockung in der Getreidebeschaffung wie im Getreideexport, während gleichzeitig das Importbedürfnis zur Liquidierung des Warenhungers und zur Erweiterung der Produktion steigt. Die Folge davon sind ernste valutarische Schwierigkeiten, was die Sowjetregierung veranlaßt hat, entsprechende Maßnahmen zu treffen, und zwar sowohl hinsichtlich der Reduzierung des Import-Exportplans in Uebereinstimmung mit dem Entwicklungstempo der Gesamtwirtschaft als auch einer teilweisen Beschränkung des industriellen Bauprogramms.

Was den Auslandskurs des Tscherwonez anbelangt, so ist hier eine absolute Stabilität festzustellen, die den — formell nicht in Gold einwechselbaren — Tscherwonez zu einem wirklichen Vertreter des Goldes im internationalen Geldverkehr macht. Daraus erklärt sich auch, wieso es dem Tscherwonez trotz der nicht selten ungünstigen Atmosphäre, mit der er in Westeuropa zu rechnen hat, gelingt, sich allmählich in die offizielle Notierung der Auslandsbörsen Eingang zu verschaffen. Unsere Valuta ist im Verhältnis zum Dollar seit Abschluß der Valutareform absolut stabil geblieben: 1 Dollar = 1 Rubel 94,5 Kopeken, und die Schwankungen halten sich innerhalb der bei Goldvaluten normalen Grenzen. Die Bewertung der übrigen Valuten entspricht ihrer Bewertung in Gold auf dem Weltmarkte. Diese Stabilität wird in erheblichem Maße durch die großen Metall- und Valutafonds der Staatsbank gewährleistet, die am 1. 10. 24 239 Millionen Rubel betrugen, am 1. 1. 25 253,6 Millionen und am 1. 10. 25 263,4 Millionen. Obgleich der Anteil der Metall-

und Valutadeckung in dem die Banknotenemission deckenden Gesamtfonds 1924/25 von 46 auf 35 Prozent gesunken ist, steht sie dennoch erheblich über der vom Emissionsgesetz geforderten Norm (25 Prozent); der Rückgang der Deckung erklärt sich durch die schlechte Ernte 1924, die eine Passivität der Handelsbilanz des abgelaufenen Jahres zur Folge hatte.

Der Staatskredit

Das Wiedererstehen des staatlichen Kreditwesens fällt in den Mai 1922, wo es mit der Auflage der zweiten Getreideanleihe seinen Ausgang nahm. Der Erfolg dieser Operation war Anlaß, sie in den folgenden Jahren in größerem Umfange zu wiederholen (die erste Getreideanleihe war auf 10 Millionen Pud, die zweite auf 100 Millionen Pud aufgelegt). Bezeichnend für diese beiden Operationen war ihr primitiver Charakter; da sie in Naturaleinheiten und überdies in geringem Umfange und auf eine sehr kurze Frist begeben waren, bildeten sie nur eine Vorwegnahme der Landwirtschaftssteuer und zugleich einen Prüfstein für die weiteren Kreditoperationen. Das Außergewöhnliche der Lage, in der die Wiedererstehung unseres staatlichen Kreditwesens erfolgte, führte zur zwangsmäßigen Placierung eines erheblichen Teiles der Getreideanleihen auf die folgende erste und zweite Gewinnanleihe. Im Laufe der Zeit entstanden indes die zur Entwicklung normaler Formen des staatlichen Kreditwesens erforderlichen Voraussetzungen; hierher gehören: das allmähliche Auftauchen sowohl dauernd freier Ersparnisse, als zeitweilig verwendungsloser Mittel; die Senkung des Zinssatzes für Kapital im Zusammenhang mit der allgemeinen Erholung der Volkswirtschaft; die Organisation des Kredit- und Börsenapparates. Die im Frühjahr 1924 aufgelegte Bauernanleihe, die wie die Getreideanleihen dem Inhaber die Möglichkeit gab, die Landwirtschaftssteuer mit der Anleiheobligation zu begleichen, enthält bereits die Elemente der langfristigen Kreditgewährung: die 8 prozentige Goldanleihe ist auf Placierung von Reservekapital wirtschaftlicher Unternehmen berechnet.

Das Hauptmoment in der Entwicklung des staatlichen Kredits im Laufe des letzten Jahres war der Verzicht auf die zwangsweise Placierung der Anleihe und im Zusammenhang damit die Ausgleichung der Emissionsbedingungen der Anleihen an die reale Situation des bereits sich festigenden Geldmarktes.

Die Gesamtsumme der Staatsschuld einschließlich der Zahlungsverpflichtungen hat sich folgendermaßen entwickelt:

1. Oktober 1923	120,5 Mill. Rbl.
1. Oktober 1924	243,9 Mill. Rbl.
1. Oktober 1925	364,7 Mill. Rbl.
1. Juli 1926	589,6 Mill. Rbl.

Die Einnahmen aus den Kreditoperationen machten 1923/24 195,8 Millionen Rubel oder 9,3 Prozent der Gesamteinnahmen des Budgets aus; 1924/25 122,2 Millionen Rubel oder 4,6 Prozent der Gesamteinnahmen; für 1925/26 sollen sie 100 Millionen Rubel oder 2,6 Prozent betragen.

Mit der Reduzierung der Budgetdefizite auf ein Minimum hat der Staatskredit eine große volkswirtschaftliche Bedeutung als Konzentrator der Mittel für die langfristige Finanzierung verschiedener Volkswirtschaftszweige erlangt. Dieses Ziel verfolgt namentlich die 1925/26 über 300 Millionen Rubel aufgelegte Wirtschaftliche Aufbauanleihe. Die Anleihe fungiert nicht im Einnahmebudget, da der Wert der Obligationen dem Fiskus von den Unternehmungen, unter denen die Obligationen verteilt werden, erst nach drei Jahren bezahlt wird und der Fiskus erst binnen fünf Jahren den vollen Wert bezahlt erhält. Die Anleiheobligationen werden somit als Darlehen auf 3—5 Jahre ausgegeben. Die Obligationsinhaber werden sie ihrerseits in Bankdepot geben. Die reale Quelle für die Anleihe sind mindestens während der ersten Zeit die Passiven der Banken.

Die gebesserte Lage unseres Staatskredits kommt deutlich in den steigenden Anleihekursen zum Ausdruck. Der Kurs der I. Gewinnanleihe ist vom 1. Oktober 1924 bis zum 1. Oktober 1925 von 48 auf 73 Prozent des Nominalwertes gestiegen, der II. Gewinnanleihe von 26 auf 88 Prozent, der Bauernanleihe von 84 auf 98 Prozent.

Das Kreditsystem

1923 war das System der Kreditinstitutionen im allgemeinen bereits gefestigt. Eine Ausnahme bildete nur das System des landwirtschaftlichen Kredits, das sich erst 1924 entwickelte. Das Gesamtnetz der operativen Kreditinstitutionen (Leitungen, Kontors, Niederlassungen, Agenturen) ohne das lokale Netz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Sparkassen bezifferte sich am 1. Oktober 1923 auf 516 Einheiten; am 1. Oktober 1924 auf 950 Einheiten und am 1. Oktober 1925 auf 1207 Einheiten.

Mit Ausnahme der Gesellschaften für gegenseitigen Kredit, die Organisationen des Privatkapitals sind, und des lokalen Netzes der Kreditgenossenschaften sind alle übrigen Kreditinstitutionen staatlich, da der Kredit in der USSR in erster Linie nicht nur ein Mittel zur Erleichterung des Warenumlaufes, sondern vor allem ein Mittel zu seiner Regulierung sein soll. Hieraus resultiert auch der zweite charakteristische Zug unseres Kreditsystems: seine Planmäßigkeit. Eine besondere, aus den Vertretern der Banken bestehende Kommission (Bankenkomitee) legt für jedes Jahresquartal die Pläne für die Banktätigkeit fest, in denen die aktiven und passiven Bankoperationen in ihren Hauptzügen enthalten sind; die Pläne unterliegen der Bestätigung des Rates für Arbeit und Verteidigung. Diese Kreditpläne haben allerdings nicht die Bedeutung von Budgetplänen, sondern spielen nur eine orientierende Rolle, indem sie die Tätigkeit der Banken mit den Plänen der Produktionsorganisationen und einzelner Handelsorganisationen in Einklang bringen und die rationelle Verteilung der Tätigkeit unter den einzelnen Kreditinstitutionen fördern.

An der Spitze des Kreditsystems der USSR steht die Staatsbank, die einzige Emissionsbank des Landes und der Kassierer des Fiskus. Bei der gegebenen Sachlage sichern ihr diese beiden Funktionen eine dominierende Rolle in der Kreditsphäre. Ihr Stamm- und Reservekapital beträgt zurzeit annähernd 125 Millionen Rubel, die Depositen und laufenden Konten des Volkskommissariats für Finanzen bezifferten sich am 1. Oktober 1925 (ohne die speziellen Mittel zur Kreditgewährung auf Kosten des Volkskommissariats für Finanzen und des Umtauschfonds für Banknoten) auf 321 Millionen Rubel, die sonstigen Einlagen auf 360 Millionen Rubel. Am gleichen Tage betrug die Gesamtsumme der Diskont- und Darlehenoperationen 1237 Millionen Rubel, wovon erheblich mehr als die Hälfte, 776 Millionen, auf Wechseldiskontierungen, die für eine Emissionsbank am entsprechendsten sind, entfallen. Etwa ein Siebentel der von der Staatsbank gewährten Kredite geht über andere Banken, der ganze übrige Teil gelangt unmittelbar durch die Staatsbank an die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft.

Nach der Staatsbank sind die wichtigsten Banken: die Handels- und Industriebank, die in erster Linie mit der staatlichen Industrie und dem staatlichen Handel arbeitet

(ihre Depositen betrugen am 1. Oktober 1925 223 Millionen Rubel, die Diskont- und Darlehensoperationen 350 Millionen Rubel); die Außenhandelsbank, von deren Mitteln über 80 Prozent in Export- und Importkrediten investiert sind (ihre Depositen betrugen am 1. September 1925 37 Millionen Rubel, die Kredit- und Darlehnsoperationen 84 Millionen); ferner Banken mit einer enger begrenzten Tätigkeitssphäre: die Elektrobank, der die Kreditgewährung für die Elektrifizierung des Landes obliegt, und die Zentralbank für Kommunalwirtschaft und Wohnungsbau, die an der Spitze des Netzes der Kommunalbanken steht, deren Zahl gegenwärtig 28 beträgt; ihre Aufgabe ist einerseits die Finanzierung der Kommunalwirtschaft und des Wohnungsbaus, andererseits die Kreditgewährung für die lokale Industrie und den lokalen Handel. Die größte unter ihnen ist die Moskauer Stadtbank mit ihren 82 Filialen.

Das System des landwirtschaftlichen Kredits besteht aus der Landwirtschaftlichen Zentralbank, den Landwirtschaftsbanken der einzelnen Bundesrepubliken, den Gebietsbanken und den Gesellschaften für landwirtschaftlichen Kredit und schließlich aus dem dichten Netz der landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren Zahl (als Korrespondenten der Landwirtschaftsbanken) etwa 8000 beträgt. In den Bilanzen der lokalen Kreditgenossenschaften treten die Depositen der Bevölkerung in minimalem Umfange auf; den Hauptposten in ihren Ressourcen bilden die Anleihen in Kreditinstitutionen, während die Heranziehung freier Mittel sowie der Ersparnisse der Bevölkerung noch die zu lösende Hauptaufgabe bildet.

Größere Erfolge haben in der letzten Zeit andere Sammelstellen der kleinen Ersparnisse aufzuweisen, die staatlichen Arbeitssparkassen. Am 1. September 1925 umfaßte ihr Netz bereits 9056 Niederlassungen in der gesamten USSR; trotz ihrer von Monat zu Monat steigenden Zunahme betrugen die Depositen nur 29 Millionen Rubel, deren Hauptkontingent auf Städte und Fabrikgegenden entfällt. Immerhin eröffnet dieses Gebiet große Aussichten zur Ueberwindung des traditionellen Konservatismus der ländlichen Bevölkerung in der Geldaufbewahrung, und es ist anzunehmen, daß der zunehmende Wohlstand der Bauernschaft hierfür einen günstigen Boden schaffen wird.

DIE NEUE KULTUR

Volksbildungswesen in der USSR

In den ersten Jahren des Sowjetaufbaues konnte man, ungeachtet der unsäglich schwierigen Lage infolge des Krieges, dank dem alle Hindernisse überwindenden Enthusiasmus der werktätigen Bevölkerung im Volksbildungswesen beträchtliche Fortschritte erzielen, besonders was die Ausdehnung des Netzes der Bildungseinrichtungen betrifft. In der gleichen Periode wurden auch die Grundprinzipien des Sowjetsystems im Volksbildungswesen festgesetzt.

Diese Errungenschaften konnten allerdings wegen der fehlenden Mittel nicht genügend gesichert werden, denn der Wissensdurst der werktätigen Massen und der zu seiner Befriedigung notwendige Apparat überstieg zunächst die Leistungsfähigkeit des durch den Krieg erschöpften Landes. Im Lehrjahr 1921/22, in der Periode des Uebergangs zur NEP, mußte die Zahl der Bildungsanstalten sehr stark eingeschränkt werden. Erst von 1923 an erstarkt wieder die Offensive an der „dritten Front", wie man in der USSR die Volksbildungsarbeit nennt. (Die erste Front war die Kriegsfront, die zweite die Wirtschaftsfront.)

Am 1. Januar 1925 bestanden folgende Bildungsanstalten:

Republiken	Volksschulen	Zahl der Kinder	Anstalten für Berufsausbildung	Zahl der Schüler	Anstalten für politische Aufklärung
RSFSR	71 699	6 710 416	2 916	465 450	56 705
Ukrainische SSR . . .	16 319	1 870 551	940	128 336	22 329
Weißrussische SSR . .	4 175	351 077	69	11 619	2 567
Transkaukasische SFSR	4 468	494 704	214	39 816	3 951
In der gesamten USSR	96 661	9 426 748	4 139	645 215	85 552

Da die ländliche Bevölkerung der USSR kulturell bei weitem rückständiger ist als die städtische, stehen die Maßnahmen für

die kulturelle Aufklärung des Dorfes gegenwärtig an erster Stelle.

Besondere Aufmerksamkeit widmet man auch dem Bildungswesen unter den nationalen Minderheiten. Der Unterricht wird in der Sprache der betreffenden Nation geführt; die Zahl der Schulen, Bibliotheken, technischen und anderen Bildungsanstalten wächst mit jedem Jahr, und zwar durch Neueinrichtung oder, wo geschlossen wohnende nationale Minderheiten vorhanden sind, durch Uebersetzung der in diesen Bezirken gebräuchlichen russischen Lehrmittel und Lehrbücher in die Sprache dieser Nationalitäten.

Der Grundzug des gegenwärtigen Volksbildungswesens ist seine Planmäßigkeit. Die Vergrößerung der Zahl der Bildungsanstalten geht nicht mehr so sprunghaft vor sich wie in den ersten Jahren der Revolution, sondern nach einem bestimmten Plan unter strenger Berücksichtigung der vorhandenen Mittel und der wirtschaftlichen und kulturellen Anforderungen sowohl des betreffenden Rayons, wie des ganzen Landes.

Die Einheits-Arbeitsschule umfaßt in der Russischen und Transkaukasischen Föderation einen neunjährigen Lehrgang, in der Ukrainischen und Weißrussischen SSR einen siebenjährigen Lehrgang. Die allgemeine Volksschule in der Union umfaßt nur vier Jahre. Die Vermehrung der Grundschulen (Schulen der I. Stufe) zeigen folgende Zahlen (für die USSR ohne die Ukraine):

Lehrjahr	Zahl der Schulen	Zahl der Schüler
1921—22	58 041	4 295 926
1922—23	64 078	4 657 890
1923—24	70 411	5 214 222
1924—25	71 567	5 821 872

Trotz der bedeutenden Vermehrung der Schulen konnten aber zum 1. Januar 1925 nur 59,5 Prozent der schulpflichtigen Kinder des Anfangsunterrichts teilhaftig werden. Eines der wichtigsten Probleme, die der Sowjetregierung auf dem Gebiete des Volksbildungswesens erwachsen, ist deshalb die Einführung des allgemeinen vierjährigen Elementarunterrichts. Nach dem von der Regierung bestätigten Plan soll die Zahl der Schulen in der Weise vermehrt werden, daß im Schuljahr 1927/28 der allgemeine Grundunterricht für die freiwillig die Schule besuchenden Kinder gesichert wird und für das Schuljahr 1933/34 die allgemeine Schulpflicht eingeführt werden kann. Das sind für das ganze Gebiet der

USSR die äußersten Fristen; in einer ganzen Anzahl von Gouvernements dürfte die Einführung der allgemeinen Schulpflicht bedeutend früher möglich sein.

Nachdem der Bestand der Schulen nunmehr materiell gesichert ist, verlegen die Organe des Volksbildungswesens der USSR gegenwärtig den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Fragen des Lehrplans und der Methoden. In den Schulen wurden neue Lehrpläne (vom wissenschaftlichen Beirat beim Volkskommissariat für Volksaufklärung ausgearbeitet) eingeführt. Sie sind auf Grund von Studien über die menschliche Arbeit verfaßt und sehen eine aktive Beteiligung der Lernenden am sozialen Leben ihres Rayons und der Arbeit in der Produktion vor. In den Elementarschulen wird nach dem Komplexsystem unterrichtet, das an Stelle einzelner Unterrichtsfächer eine Reihe zentraler Themen wählt, um die sich dann der Unterricht in der Muttersprache, Mathematik, Naturwissenschaften, Zeichnen usw. gruppiert. In den Schulen höheren Typs wird in bedeutendem Maße das Laboratoriensystem angewandt (Dalton-Plan).

Einige schon in den ersten Revolutionsjahren gelöste Probleme, wie Abschaffung des Religionsunterrichts, Koedukation, Abschaffung der Strafen, Prüfungen und Zensuren brauchen an dieser Stelle nicht mehr erwähnt zu werden.

Die Erziehung im vorschulpflichtigen Alter

Allmählich festigt sich in der USSR auch das Netz der Anstalten für Kinder des vorschulpflichtigen Alters (von 3 bis 8 Jahren). Im zaristischen Rußland hat es solche Anstalten fast gar nicht gegeben, während man in der USSR am 1. Januar 1925 1146 Kindergärten und Heime zählte, die 60 000 Kinder betreuten. Außerdem werden im Sommer mit Hilfe der Hörer der Lehrerbildungsanstalten Saisonvorschulen auf dem Lande organisiert; so wurden beispielsweise im Sommer 1925 in den Dörfern der RSFSR gegen tausend Kinderspielplätze geschaffen, auf denen 50 000 Kinder beschäftigt wurden.

Der Kampf gegen die Verwahrlosung der Kinder

Krieg und Hungersnot haben die Gefahr der Verwahrlosung der Kinder erheblich gesteigert. Allein in der RSFSR zählt man gegen 250 000 unbeaufsichtigte Kinder und Jugendliche. Dem

Kampf gegen die mangelnde Beaufsichtigung wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Am 1. Januar 1925 bestanden 4071 Kinderhäuser, in denen 333 380 Kinder lebten. Von diesen besuchen alle — soweit sie im schulpflichtigen Alter stehen — die Schule. Bei der Organisierung der Erziehungsarbeit in den Kinderhäusern wird das Hauptaugenmerk auf den Arbeitsunterricht gerichtet, um die Zöglinge der Kinderhäuser planmäßig zur Arbeit zu erziehen. Zu diesem Zweck werden spezielle Werkstätten, Gemüsegärten, Landwirtschaften usw. für Kinder geschaffen. Im Kampf gegen die mangelnde Aufsicht der Kinder hat die Gesellschaft der „Kinderfreunde", der Hunderttausende Arbeiter angehören, große Dienste geleistet. Außerdem bestehen beim ZEK der USSR sowie bei den örtlichen Vollzugskomitees Lenin-Fonds, deren Zinsen ausschließlich der Kinderhilfe zugute kommen.

Die höheren Schulen

Die höheren Lehranstalten und Berufsschulen wurden in den letzten Jahren den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen ihrer Rayons und des Staates angepaßt. Die bestehenden höheren Schulen wurden genau untersucht, einige von ihnen geschlossen, andere vereinigt und einige neu errichtet. Im Endergebnis bestanden zum 1. Januar 1925 in der USSR 171 höhere Lehranstalten (Universitäten und Institute) mit 170 811 Studierenden. Durch die klassenmäßige Auswahl und durch die Arbeiterfakultäten ist die Zahl der Studenten proletarischer Herkunft gewachsen. Ihrer sozialen Herkunft nach gliederte sich die Studentenschaft am Ende des Studienjahres 1924/25 folgendermaßen: Arbeiter 22,4 Prozent, Bauern 26 Prozent, Angestellte 38 Prozent, Intellektuelle 10,1 Prozent, Nichtarbeiter 2,4 Prozent, andere 1 Prozent. Demgegenüber muß hier bemerkt werden, daß Arbeiter- und Bauernkinder im zaristischen Rußland nur ganz vereinzelt in höhere Lehranstalten kommen konnten. Die höheren Lehranstalten gehen allmählich zu neuen Unterrichtsmethoden über. Als rationellste, den Bedürfnissen der heutigen höheren Schule entsprechende Methode ist das seminaristische Gruppen-Laboratorien-System anerkannt worden, das die reinen Vorlesungen allmählich zu verdrängen beginnt. Die höheren Schulen haben die Aufgabe, eine enge Verbindung der theoretischen Betätigung und der praktischen Uebungen der Studentenschaft mit ihrer Stellung im Produk-

tionsprozeß zu bewirken. Hierbei wird der Sommerpraxis der Studenten in den verschiedenen Betrieben, Unternehmen und Institutionen besondere Aufmerksamkeit zugewandt.

Arbeiterfakultäten gab es zum 1. Januar 1925 in der USSR 113 mit 42 220 Studierenden. In der RSFSR setzten sich diese zu 66,7 Prozent aus Arbeitern und 24,6 Prozent aus Bauern zusammen.

Mittlere und höhere Fachschulen gab es am 1. Januar 1925 in der USSR: 873 Techniken mit 157 685 Schülern, 2017 Berufsschulen und Kurse mit 196 674 Schülern, 773 Schulen für jugendliche Arbeiter mit 68 762 Schülern und 196 Musterlehrwerkstätten mit 12 946 Schülern.

Die Liquidierung des Analphabetentums

Auf dem Gebiet der politischen Bildungsarbeit unter der erwachsenen Bevölkerung steht in der Tätigkeit des Volkskommissariats für Volksaufklärung an erster Stelle die Liquidierung des Analphabetentums und der Unterricht auf dem Lande. Ueber den Gang der Kampagne der Liquidierung des Analphabetentums geben folgende Ziffern Aufschluß:

Jahr	Zahl der Liquidationsstellen der Schulen für Halbanalphabeten	Zahl der Schüler
1922/23	2 828	92 868
1923/24	14 803	478 277
1924/25	42 004	1 126 185

Die Liquidierung des Analphabetentums in der Roten Armee und bei den Gewerkschaftsmitgliedern ist im großen und ganzen als beendet anzusehen; der schwierigste Teil dieser Kulturarbeit, die Liquidierung des Analphabetentums auf dem Lande, ist jedoch noch nicht erheblich fortgeschritten. Einen aktiven Anteil an dem Kampfe gegen das Analphabetentum nehmen die Arbeiter durch die Gesellschaft „Weg mit dem Analphabetentum", die gegenwärtig gegen anderthalb Millionen Mitglieder hat.

Die politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande

Der Mittelpunkt der politischen Aufklärungsarbeit auf dem Lande sind die „Lesehütten", die den städtischen Klubs entsprechen. Die Zahl der „Lesehütten" hat sich in den letzten Jahren bedeutend vermehrt. Am 1. Januar 1923 zählte man in der USSR 4511 Lesehütten, im Jahre 1924 stieg ihre Zahl auf 10 161 und 1925 auf 19 065. Ganz besondere Fortschritte sind

auch in der Versorgung des Dorfes mit billigen und entsprechenden Büchern und Zeitungen zu verzeichnen. Nach den letzten Daten kommt auf je acht Bauernhöfe eine Zeitung.

Die Ausgaben für die Volksbildung

Die in den staatlichen und örtlichen Voranschlägen für Volksbildung ausgeworfenen Summen sind dauernd im Ansteigen. Im Jahre 1923/24 betrugen sie 223 133 000 Rubel. Für 1924/25 sind 347 157 000 Rubel, für 1925/26 462 208 000 Rubel ausgeworfen. Da die Maßnahmen der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Volksbildung vornehmlich auf die Förderung aller Arten der Massenschulung gerichtet sind, so wachsen demgemäß insbesondere die Ausgaben für das Volksbildungswesen auf dem Lande.

Kirche und Staat

EM. JAROSLAWSKI

Wie in allen Ländern war die kirchliche Organisation auch in Rußland das stärkste Instrument der Klassenherrschaft. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1905) besaß die orthodoxe Kirche 2 611 000 Deßjatinen Grund und Boden, so daß auf jeden Mönch und jede Nonne 40 Deßjatinen entfielen.

Dieser Grundbesitz verteilte sich wie folgt:

36	Klöster mit bis zu	50	Deßjatinen	
57	" " " "	100	"	
133	" " " "	200	"	
135	" " " "	500	"	
94	" " " "	1 000	"	
59	" " " "	3 000	"	
12	" " " "	5 000	"	
7	" " " "	10 000	"	
6	"	10—66 000	"	(Siowjetzk-Klöster)

Außerdem gehörten den Kirchen und Klöstern in Petersburg 260 Grundstücke mit Wohnhäusern. Das Alexander-Newski-Kloster in Petersburg besaß 30 Häuser mit 40 Läden in der Stadt selbst, 8000 Deßjatinen Ackerland und 4000 Deßjatinen Wiesen. 1903 besaßen die Pfarrkirchen in Moskau 908 Häuser, die Klöster 146 Häuser. Eine offizielle Gesamtaufstellung der Kirchenschätze existierte nicht, aber allein die Bankkonten des „Allerheiligsten Synod" betrugen 60 Millionen Goldrubel, und zusammen mit den Mitteln der Bistümer war sein Budget mindestens 100 Millionen Goldrubel im Jahr. Nicht mit-

einbegriffen sind hierbei die Naturaleinnahmen jedes Geistlichen, sowie die Gebühren für kirchliche Handlungen.

Es ist daher begreiflich, daß die Geistlichkeit eine gewaltige materielle und ökonomische Macht repräsentierte, die unter der Leibeigenschaft an der Aufrechterhaltung der feudalen Beziehungen und unter dem Kapitalismus an den reaktionären und konservativen Verhältnissen interessiert war.

Die Verfassung des russischen Kaiserreichs bezeichnete den Zaren als das kirchliche Oberhaupt. Der erste Artikel der Verfassung lautete:

„Der Herrscher aller Reußen ist selbstherrschender und unumschränkter Monarch und Gott selbst befiehlt freiwillige Unterordnung unter seine Regierungsgewalt."

Katharina II. erklärte, „für den Bischof müsse der Wille des Monarchen über den Gesetzen des Evangeliums stehen . . . ."

Die Geistlichkeit gehörte somit zu den treuesten Dienern der zaristischen Selbstherrschaft und blieb es auch bis zu deren Sturz.

In der Revolution spielte die Geistlichkeit eine ausgesprochen reaktionäre Rolle. So veröffentlichte die Geistlichkeit nach den Januartagen 1905 einen Aufruf, der den Arbeitern vorwarf, von Japan bestochen zu sein. Die Rolle des Geistlichen Gapon, der am 9. Januar 1905 die Arbeitermassen Petersburgs vor das Winterpalais führte, ist heute völlig aufgeklärt. Gapon war einer der Provokateure, mit denen die Regierung einen „Polizeisozialismus" zu schaffen suchte, der aber von seiner Arbeit über die von der Ochrana vorgezeichneten Grenzen hinausgerissen wurde. In den geistlichen Seminarien und Akademien bestanden spezielle Lehrstühle für den Kampf gegen den Sozialismus. In der Periode des imperialistischen Krieges nahm die Geistlichkeit den aktivsten Anteil an der chauvinistischen Verhetzung in der Armee und im Lande, wobei zwischen den russischen Popen, den katholischen Priestern, den jüdischen Rabbinern und den muselmanischen Mullahs in dieser Beziehung Einmütigkeit herrschte.

Nach der Februarrevolution änderte sich die Lage der Geistlichkeit nur sehr wenig. Zwar erging ein Toleranzedikt, nach dem sämtliche bisherigen Beschränkungen den nicht orthodoxen religiösen Gesellschaften gegenüber in Wegfall kamen, aber die Trennung der Kirche vom Staate erfolgte nicht, die Kirche wurde weiter vom Staate erhalten. Oberhaupt der Kirchenverwaltung wurde ein russischer Großgrundbesitzer, Fürst Lwow.

Nicht nur die bürgerlichen Parteien, wie die Kadetten usw., intrigierten zusammen mit der Geistlichkeit, sondern auch die sogen. Sozialrevolutionäre in der Person Awksentjews, Rudnews usw. Einzig und allein die Bolschewiki standen der Geistlichkeit ebenso feindlich gegenüber wie den Kapitalisten und Gutsbesitzern. Die gerade zur

Zeit der Oktoberrevolution tagende Kirchenversammlung tat deshalb die Bolschewiki in den Bann, und Patriarch Tichon erklärte ihnen den Krieg. Die Geistlichkeit nahm auf der Seite der Weißen aktiv am Bürgerkrieg Anteil und begnügte sich nicht nur mit Bannflüchen gegen die Bolschewiki und die Sowjetmacht, sondern kämpfte vielerorts mit der Waffe in der Hand gegen sie und organisierte sogenannte „Jesus"- und „Gottesmutter-Regimenter". In der Koltschak-Armee spielte die muselmanische Geistlichkeit eine ähnliche Rolle.

Im Januar 1918 erging das Dekret über die Trennung der Kirche von Staat und Schule, entsprechend dem § 13 des Programms der RKP, der lautet:

> „Hinsichtlich der Religion begnügt sich die RKP nicht mit der bereits dekretierten Trennung der Kirche von Staat und Schule, d. h. mit Maßnahmen, die auch auf dem Programm der bürgerlichen Demokratie stehen, ohne daß sie infolge der zahlreichen faktischen Zusammenhänge zwischen Kapital und religiöser Propaganda irgend wo in der Welt rigoros bis zu Ende durchgeführt worden wären.
>
> Die RKP ist der Ueberzeugung, daß nur die Verwirklichung der Planmäßigkeit und Bewußtheit im gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Massen das völlige Absterben der religiösen Vorurteile nach sich ziehen wird. Die Partei beabsichtigt die völlige Beseitigung aller Zusammenhänge zwischen den Ausbeuterklassen und der Organisation der religiösen Propaganda; sie organisiert eine umfassende wissenschaftlich aufklärende und antireligiöse Propoganda, wodurch sie faktisch zur Befreiung der schaffenden Massen von den religiösen Vorurteilen beiträgt. Hierbei muß sorgfältig vermieden werden, die Gefühle der Gläubigen zu kränken, was nur zu einer Verstärkung des religiösen Fanatismus führt."

Demnach sind auf dem Territorium der Republik lokale Verordnungen, durch die die Freiheit des Gewissens beschränkt oder aber Privilegien für Angehörige eines bestimmten Glaubensbekenntnisses geschaffen würden, unzulässig (§ 2 des Dekrets).

Jeder Staatsbürger kann sich zu einer beliebigen Religion oder auch zu keiner bekennen; alle früheren damit zusammenhängenden Rechtsbeschränkungen sind aufgehoben.

Aus allen offiziellen Akten ist jeder Hinweis auf die religiöse Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit eines Staatsbürgers zu entfernen (§ 3).

Die Tätigkeit der staatlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen und gesellschaftlichen Institutionen vollzieht sich ohne jegliche religiösen Gebräuche und Zeremonien (§ 4).

Die freie Ausübung der religiösen Gebräuche wird gewährleistet, sofern sie keine Störung der öffentlichen Ordnung mit sich bringt und nicht von Anschlägen auf die Rechte der Staatsbürger der Sowjet-

union begleitet ist. Die lokalen Behörden sind befugt, in solchen Fällen alle Maßnahmen der öffentlichen Ordnung und Ruhe zu treffen (§ 5).

Niemand kann sich unter Berufung auf seine religiösen Anschauungen seinen staatsbürgerlichen Pflichten entziehen.

Ausnahmen hiervon sind nur auf Grund einer Entscheidung des Volksgerichtes in jedem einzelnen Falle zulässig und unter der Bedingung, daß die eine staatsbürgerliche Pflicht durch eine andere ersetzt wird (§ 6).

Der religiöse Eid ist abgeschafft. Nötigenfalls wird eine feierliche Erklärung abgegeben (§ 7).

Die Zivilstandsakten werden ausschließlich von den Zivilbehörden und zwar von den Registrierungsabteilungen für Eheschließungen und Geburten geführt (§ 8).

Die Schule ist von der Kirche getrennt.

Die Propagierung religiöser Glaubensbekenntnisse ist an sämtlichen staatlichen und öffentlichen sowie privaten Unterrichtsanstalten, wo Gegenstände der Allgemeinbildung gelehrt werden, untersagt.

Die Staatsbürger können privaterweise religiösen Unterricht geben und nehmen.

Alle kirchlichen und religiösen Gesellschaften unterliegen den allgemeinen Bestimmungen über private Gesellschaften und Verbände und genießen keinerlei Vergünstigungen und Subsidien weder seitens des Staates noch der lokalen autonomen und Selbstverwaltungsorgane (§ 10).

Die Zwangseintreibung von Umlagen zugunsten der kirchlichen und religiösen Gesellschaften sowie Zwangs- und Strafmaßnahmen dieser Gesellschaften gegen ihre Mitglieder sind unzulässig (§ 11).

Die kirchlichen und religösen Gesellschaften besitzen keinerlei Eigentumsrecht, desgleichen besitzen sie nicht die Rechte einer juristischen Person (§ 12).

Aller Besitz der kirchlichen und religiösen Gesellschaften in Rußland wird als Volkseigentum erklärt.

Für den Gottesdienst bestimmte Baulichkeiten und Gegenstände werden auf Grund besonderer Verfügungen der lokalen oder der zentralen Behörden den entsprechenden religiösen Gesellschaften zur unentgeltlichen Benutzung überlassen (§ 13).

In den acht Jahren des Bestehens der Sowjetmacht hat sich die Einstellung der Kirche dem Staate gegenüber natürlich wesentlich geändert. Die KPR leistete in dieser Periode eine umfassende antireligiöse Propagandaarbeit und kämpfte rücksichtslos gegen die Ueberbleibsel der religiösen Stimmungen nicht nur innerhalb, sondern auch außer-

halb der Partei. Desgleichen entstand eine riesige antireligiöse Literatur. Die wichtigsten atheistischen Werke sind ins russische übersetzt worden. Die „Gesellschaft der kämpfenden Materialisten" übersetzt die Schriften der Materialisten des 18. Jahrhunderts, wie Jean Meslier, Holbach und andere. Die gesamte atheistische Pamphletliteratur wird in der Union übersetzt und findet weite Verbreitung. Besonderen Erfolg haben die Schriften von Paul Lafargue. In Moskau besteht ein spezieller Verlag „Besboshnik" (Atheist), der auch in Leningrad und anderen Städten Niederlassungen hat. Die freiwillige Gesellschaft „Bund der Gottlosen" besitzt über eine Million Mitglieder und Zellen nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Dorfe. Das Hauptorgan des „Bundes der Gottlosen" ist der „Besboschnik", der wöchentlich in einer Auflage von über 200 000 Exemplaren erscheint und hauptsächlich in ländlichen Gegenden Verbreitung findet. Bauern, Arbeiter und Rotarmisten stellen nicht nur die Mehrzahl der Abonnenten und Leser, sondern auch der Korrespondenten. Außerdem erscheint unter dem gleichen Titel eine illustrierte Halbmonatsschrift, und das Moskauer Komitee der RKP gibt eine reich illustrierte Zeitschrift „Der Gottlose an der Werkbank" heraus. Demnächst wird auch eine türkische antireligiöse Zeitschrift erscheinen: „Religion und Wissenschaft". Auch die kommunistische Tagespresse widmet der antireligiösen Propaganda breiten Raum.

Es existieren bereits völlig atheistische Dörfer, wie Werchne-Poltschajewo, im Gouvernement Woronesch, wo der religiöse Kultus überhaupt abgeschafft ist. Dieser Umstand ist um so bemerkenswerter, als das Proletariat an und für sich antireligiöser eingestellt ist als die Bauernschaft. Von größter Bedeutung für die atheistische Propaganda sind die Abteilungen der jungen Leninisten, der Pioniere und Jungkommunisten. Der nächsten Generation entstehen hier Millionen, die entweder der Religion direkt feindlich gegenüberstehen oder doch vom tiefsten Skeptizismus ihr gegenüber erfüllt sind. Die Klubs und Lesehütten haben stets eine „Atheistische Ecke" mit antireligiösen Plakaten und antireligiöser Literatur. Ein allerdings noch recht unvollständiges Repertoir antireligiöser Stücke ist im Entstehen begriffen.

Eine wichtige Rolle auf diesem Gebiete ist dem antireligiösen Film vorbehalten, wie „Wassilij Grjasnow", „Kreuz und Mauser" u. a. mehr. Dazu kommen Versuche einer antireligiösen Massenpropaganda auf der Straße in Gestalt von antireligiösen Karnevalsumzügen zu Weihnachten und Ostern; sie waren allerdings mangelhaft organisiert, so daß man zunächst von ihnen wieder Abstand nahm. An den antireligiösen Disputen nehmen Tausende von Arbeitern und Bauern als Zuhörer teil. Den anwesenden Vertretern der Geistlichkeit ist volle Redefreiheit zugesichert. Vielerorts beschließen die ehemaligen Gläubigen selbst die Schließung der Kirchen, Synagogen und Moscheen. Eine große Anzahl gottesdienstlicher Gebäude ist auf Beschluß der

ehemaligen Gläubigen, namentlich in den Arbeitervierteln, in Klubs und Lesehallen umgewandelt worden.

Diese Welle der antireligiösen Stimmungen unter der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, der Zusammenbruch der konterrevolutionären Pläne, der Untergang der weißgardistischen Armeen, alles das mußte sich auch in der Einstellung der kirchlichen Organisation dem Staate gegenüber widerspiegeln. In der Geistlichkeit machte sich ein Streben nach Anpassung an die neue Staatsordnung, an die neuen Klassenverhältnisse geltend. Besonders trugen hierzu die Hungerjahre bei, in denen die Regierung zur Linderung der Not der hungernden Bevölkerung die Kirchenschätze konfiszierte. Ein großer Teil der Geistlichkeit stand diesem Akt feindlich gegenüber, weil er die Kirche ihrer materiellen Basis, ihrer materiellen Schätze beraubte und sie dadurch ihres Glanzes entkleidete, der noch immer auf die naiven Massen der Gläubigen wirkte. Ein Teil der Geistlichkeit allerdings vertrat die Ansicht, daß sich die Kirche dieser Forderung des Staates nicht widersetzen dürfe, und aus dieser Opposition entstand eine Reformgruppe unter den Geistlichen. Faktisch bedeutet das eine Spaltung der orthodoxen Kirche, in der sich ein sozusagen „linker", nach Erneuerung trachtender Flügel in Gestalt der „Lebendigen Kirche" bildete. Ihr stellte sich die alte, starre Richtung entgegen, die mit dem Patriarchen Tichon an der Spitze den Widerstand der Geistlichkeit gegen die Konfiskation der Kirchenschätze vertrat. Der langwierige Kampf ging damit aus, daß der Patriarch Tichon in einer Reihe von Aufrufen seine Schuld vor dem Volke eingestand und zur Anerkennung der Sowjetmacht aufforderte. Der innere Kampf zwischen diesen beiden Gruppen ist indes auch heute noch nicht zum Abschluß gelangt. Ein Teil der Geistlichkeit, die allen Boden unter den Füßen verloren hat, verzichtet auf ihren geistlichen Beruf und tritt in die Reihen der Weltlichen ein. Mit dem Heranwachsen einer NEP-Bourgeoisie, mit der Stärkung des Kleinbürgertums und des Privathandels durch die NEP, hob sich auch der materielle Wohlstand eines Teiles der Geistlichkeit und natürlich des reaktionärsten, in den Massen jedoch macht die immer kritischere Einstellung der Religion und der Geistlichkeit gegenüber unentwegt Fortschritte. Dagegen ist die Bedeutung einiger Sektiererorganisationen auf Kosten des Zerfalls der orthodoxen Kirche gestiegen, doch machen sich auch in diesen Organisationen, namentlich unter der heranwachsenden Generation, Differenzierungserscheinungen geltend. Die Jugend versucht den religiösen Einfluß ihrer Väter abzuschütteln, und in der Sektiererwelt geht ein erbitterter Kampf um die Jugend zwischen den Sektierern einerseits und den Atheisten andererseits vor sich. Die religiösen Organisationen genießen das Recht, den religiösen Fragen gewidmete Zeitschriften herauszugeben. Im ganzen Lande gibt es einige Dutzend religiöser Zeitschriften verschiedener Richtung, darunter Zeitschriften der muselmanischen Geistlichkeit, der Adventisten, der Evan-

gelisten, der Baptisten, der Menoniten u. a. m. Gegen die Versuche der Sektiererorganisationen, genossenschaftliche Organisationen usw. unter religiöser Flagge zu gründen, hat die Sowjetmacht allerdings energisch Front gemacht, da dies eine ökonomische Festigung des religiösen Fanatismus bedeuten würde.

Vergleichen wir die Gesetzgebung der Sowjetunion über die Trennung von Kirche und Staat mit der entsprechenden Gesetzgebung der bürgerlichen Länder, so zeigt sich, wie die Sowjetunion mit viel größerer Konsequenz das einst von der revolutionären Bourgeoisie proklamierte Prinzip der Gewissensfreiheit durchführt, als es in irgendeinem anderen Lande der Fall ist, da auch in beinahe sämtlichen demokratischen Ländern die kirchlichen Organisationen nur formal vom Staate getrennt sind, während sie in Wirklichkeit von ihm als Werkzeug der kapitalistischen Herrschaft unterstützt werden. Andererseits ist hervorzuheben, daß die antireligiöse Propaganda in keinem Lande so riesige Erfolge zu verzeichnen hat wie in der Sowjetunion.

Verlagswesen und Presse in der USSR 1924—1925

P. BLJACHIN

Vor der Oktoberrevolution und namentlich vor dem imperialistischen Krieg diente die Presse vorwiegend der herrschenden Klasse, der Intelligenz und dem Kleinbürgertum und — in sehr geringem Umfange — schließlich noch der Arbeiteraristokratie. Erst mit der Festigung der Sowjetmacht begann die allmähliche Entwicklung einer allseitigen und für die Massen berechneten Arbeiter- und Bauernpresse. Die Pressefreiheit für das Volk war damit praktisch verwirklicht.

Das Wachstum der Presse in der Sowjetunion: In den ersten Jahren der Sowjetmacht standen der Entwicklung des Verlagswesens überhaupt und namentlich der Presse in erster Linie technische Hindernisse im Wege. Dagegen sind die letzten 2—3 Jahre durch ein derart stürmisches Anwachsen der Presse gekennzeichnet, daß heute bereits die Vorkriegsnorm bei weitem überschritten ist. 1913 gab es in Rußland 800 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 2 500 000. Am 1. August 1925 erschienen in russischer Sprache 595 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 7 300 000. Diese Ziffern beweisen, daß die Sowjetzeitungen schon jetzt, obgleich sich die Zahl der Blätter verringert hat, dreimal soviel Leser besitzen wie die russischen Zeitungen vor dem Kriege. Zieht man noch den Umstand in Betracht, daß in Hunderten und Tausenden von Klubs in der Stadt

und auf dem Lande aus den Zeitungen laut vorgelesen wird, dann verschiebt sich das Bild noch mehr zugunsten der Sowjetpresse. Die Zeitung ist zum Eigentum der breiten schaffenden Massen geworden. Eine genauere Betrachtung dieser Ziffern wird diese These nur bestätigen. Ihrem Typ nach verteilen sich die Sowjetzeitungen folgendermaßen:

Typ der Zeitung	Titelzahl	Auflage	proz. Wachstum der Aufl.
1. Arbeiter-Massenzeitungen	54	1 037 148	28,7
2. Zeitungen für politisch Geschulte	15	842 369	62,5
3. Gewerkschaftszeitungen	18	705 980	69,8
4. Bauernzeitungen	143	1 677 930	214,5
5. Jungkommunisten-Zeitungen	59	466 583	91,2
6. Genossenschaftszeitungen	16	70 322	
7. Militär-Zeitungen	19	100 450	25,9
8. Sonstige Zeitungen	103	1 488 078	69,5

Im großen ganzen ist die überwiegende Mehrzahl aller in der Sowjetunion erscheinenden Zeitungen auf die breiten schaffenden Massen eingestellt und dringt bis in die entferntesten Gegenden des Landes. Die Zahl und Auflage der Zeitungen steigt von Jahr zu Jahr. So ist beispielsweise 1925 die Zahl der Zeitungen gegen das Vorjahr um 15 Prozent, die Auflagehöhe um 50—60 Prozent gestiegen.

Die Zeitungen der nationalen Minderheiten: Das vorrevolutionäre Rußland kannte überhaupt keine Zeitungen in der Sprache der nationalen Minderheiten. Jetzt dagegen beobachten wir trotz der immensen Schwierigkeiten, die die kulturelle und technische Rückständigkeit der vielsprachigen Randbevölkerung, das Fehlen einer ausreichenden nationalen Intelligenz usw. der Gründung derartiger Zeitungen in den Weg stellen, ein ungeahntes Anwachsen dieser Presse.

Ende 1925 erschienen in den nationalen Republiken Zeitungen in 32 Sprachen, deren Wachstum man an folgender Tabelle ermessen kann:

	1924		1925	
Typ	Zahl	Auflage	Zahl	Auflage
Für politisch Geschulte	15	64 555	18	199 244
Bauern	31	61 840	74	293 403
Arbeiter	15	49 817	15	52 696
Gemischt	41	56 059	20	56 050
Sonstige	12	25 265	39	71 344
Insgesamt	114	257 536	166	672 737

Die Presse der einstmals unterdrückten Völkerschaften ist also unter der Sowjetmacht in einer raschen Entwicklung begriffen, was gleichzeitig eine entsprechende kulturelle Entwicklung der Bevölkerung bedeutet.

Wandzeitungen: Eine zweifellos sehr bedeutsame Er-

scheinung auf dem Gebiet der Sowjetpresse ist die rasche Entwicklung der sogenannten Wandzeitungen in den Betrieben und auf dem Dorfe. Sie sind zum größten Teil mit der Hand oder bestenfalls mit der Maschine geschrieben. Zur Aufgabe der Wandzeitungen gehört die Vertretung der Interessen des entsprechenden Betriebes resp. Dorfes. Absolut frei und selbstverständlich in jeder Beziehung unzensuriert beleuchten sie das Leben der Arbeiter und Bauern, besprechen offen alle Mängel, kritisieren die Handlungen der Verwaltung und der lokalen Behörden, verzeichnen Mißstände und Erfolge im Betrieb, machen Vorschläge usw. Längst hat man angefangen, auf die Stimme der Wandzeitungen zu hören; ihr Einfluß auf die kommunistischen Zellen, die Betriebsräte und die Betriebsverwaltung, auf die Dorfbehörden und die breiten Schichten der Arbeiter und Bauern ist beträchtlich und ihre Bedeutung steigt von Jahr zu Jahr. Geschrieben werden sie von den Arbeitern des Betriebes oder den Bauern (besonders aktiv ist die bäuerliche Jugend), d. h. also von den sogenannten Arbeiter- und Dorfkorrespondenten.

Mit welcher Geschwindigkeit sich das Netz der Wandzeitungen entwickelt, beweist ihr Wachstum in den letzten beiden Jahren. Während 1924 3000 Wandzeitungen bestanden, beträgt ihre Zahl 1925 bereits 27 000, was eine Zunahme um 900 Prozent bedeutet.

Die Arbeiter- und Dorfkorrespondenten-Bewegung: Um die Interessen ihrer Leser zu studieren und die Presse den breiten Massen der Schaffenden näher zu bringen, haben unsere Zeitungen, namentlich die Arbeiter-, Bauern- und jungkommunistischen Zeitungen, durch die Arbeiter- und Dorfkorrespondenten (russ. Rabkor und Selkor) eine lebendige Verbindung mit ihrem Leserkreis hergestellt. Die gesteigerte politische und öffentliche Aktivität infolge des kolossalen kulturellen Aufschwungs der proletarischen Massen und ihr Wissensdrang sicherten den Erfolg der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten-Bewegung von unten her. So erfaßt sie bereits breite Schichten der Bevölkerung und dehnt sich unentwegt weiter aus.

1924 gab es auf dem ganzen Territorium 43 200 Dorfkorrespondenten, 1925 74 298. Die Gesamtzahl der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten betrug 1925 mindestens 190 000 und (am 1. August) zusammen mit den Militär-, Partei- und sonstigen Korrespondenten 216 804.

Die Zahl der Briefe und Notizen der Arbeiter- und Landkorrespondenten ist nicht nur aus der Stadt und dem Dorfe, sondern auch aus den entferntesten Weilern und den entlegensten Winkeln von Monat zu Monat im Steigen begriffen.

Zeitschriften: Auch das Zeitschriftenwesen entwickelt sich in Zentralrußland wie auch in den nationalen Republiken beständig. So gab es beispielsweise nach den Angaben der Zentralen Bücher-

kammer am 1. Oktober 1924 insgesamt 763 Zeitschriften in russischer Sprache, während am 1. Oktober 1925 bereits 908 registriert waren.

Zahlenmäßig stehen die wissenschaftlichen und populär-wissenschaftlichen Zeitschriften mit 22 Prozent an erster Stelle, an zweiter die sozial-ökonomischen und politischen mit 19—20 Prozent, anschließend die Partei-, Jugend- und jungkommunistischen Zeitschriften. (Die Kommunistische Jugend gibt allein 27 Zeitschriften heraus.)

Zeitschriften der nationalen Minderheiten gibt es gegenwärtig 80, die in 16 verschiedenen Sprachen erscheinen.

Verlagswesen: Durch den allmählich steigenden Wohlstand der Massen hat sich die Aufnahmefähigkeit des Büchermarktes derart gesteigert, daß die gesamte Verlagsproduktion des Jahres 1924 restlos vergriffen ist.

Dieser unerhörte Konsum an Büchern bildete natürlich eine starke Anregung für die rasche Entwicklung des Verlagswesens. Wiederum nach den Angaben der Zentralen Bücherkammer gab es am 1. Oktober 1924 in der Sowjetunion 1892 Verlage in russischer Sprache, am 1. Oktober 1925 2707. Allerdings darf man hierbei nicht vergessen, daß mindestens drei Viertel dieser Verlage unbedeutend sind und nur etwa 100—150 große Verlage auf dem Büchermarkte eine beherrschende Rolle spielen.

Die Entwicklung des Verlagswesens zeigt eine durchaus normale und gesunde Tendenz zur Konzentrierung der wichtigsten Zweige des Verlagswesens in den Händen einzelner weniger großer Verlage. So haben beispielsweise nach den letzten Angaben die 15 größten Verlage nicht weniger als 80—90 Prozent der gesamten Buchproduktion in der Sowjetunion auf den Markt gebracht, darunter der Zentrale Staatsverlag ca. 40—50 Prozent.

Privatverlage bestehen im ganzen 137. Auch sie machen die annähernd gleiche Entwicklung durch wie die übrigen Hauptverlagsgruppen. (Staats-, Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- usw. Verlage.)

In den letzten beiden Jahren ist auch die Zahl der nationalen Verlage beträchtlich gestiegen. 1923 gab es deren 12, 1924 22, 1925 28. Ihre Buchproduktion erscheint in 32 Sprachen. Die beiden größten Verlage unter ihnen sind der Ukrainische Verlag und der Zentralverlag der Völker der USSR in Moskau.

Buchproduktion: Auch hier ist die Entwicklung in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht überraschend. Das Wachstum läßt sich an folgender Tabelle verfolgen:

a) Am 1. Oktober 1924 waren in russischer Sprache erschienen:

Zahl der Neuerscheinungen	12 546
„ „ Druckbogen	83 976
„ „ Exemplare	99 435 867

b) Am 1. Oktober 1925 waren erschienen:

Zahl der Neuerscheinungen	19 916
„ „ Druckbogen	117 671
„ „ Exemplare	202 762 912

Danach ergibt sich für das Jahr 1925 eine Steigerung an Druckexemplaren um 106 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Produktion 1925 hat die Vorkriegsnorm beträchtlich überschritten. Gleichzeitig läßt sich ein Steigen der durchschnittlichen Auflagehöhe und eine Verringerung seines Umfanges feststellen, was auf eine unter den Verhältnissen in der Sowjetunion durchaus gesunde Tendenz hinweist: das Buch wird den breiten Arbeiter- und Bauernmassen in steigendem Maße zugänglich. (Der durchschnittliche Umfang eines Buches betrug 1924 6,72 Druckbogen, 1925 5,9 Druckbogen, er ist somit um 10 Prozent zurückgegangen.)

Die durchschnittliche Auflage eines Buches betrug in runden Zahlen 1924 8000 Exemplare, 1925 10 250. (Eine Steigerung um 28 Prozent.) Die Auflage der für die breiten Schichten der Arbeiter und Bauern bestimmten Massenliteratur ist von durchschnittlich 10 000—15 000 auf 30 000—40 000 gestiegen. In den letzten Monaten mehren sich Auflageziffern von 100 000 und 200 000. Einzelne Broschüren, wie beispielsweise die Broschüre: „Ueber die Naturalsteuer" von Lenin und einige andere sind in einer Million und mehr Exemplaren erschienen.

Das Wachstum der nichtrussischen Buchproduktion in den nationalen Republiken läßt sich an Hand der folgenden Tabelle beurteilen:

	Zahl der Verlage	Zahl der Neuerscheinungen	Zahl der Druckbogen	Zahl der Exemplare	Zahl der Druckseiten
1923	12	1511	8 961	8 312 035	57 431 756
1924	22	2379	11 733	16 561 751	100 892 111
1925[1])	28	3034	11 795	25 403 460	152 043 840

Aus den angeführten Ziffern läßt sich ersehen, daß die nationalen Verlage, was das Tempo der Entwicklung anbetrifft, die russischen Verlage überholt haben, was sich daraus erklärt, daß die Kultur und infolgedessen auch die Literatur der nationalen Minderheiten unter dem Zarismus künstlich unterdrückt wurden und erst unter der Sowjetmacht die Möglichkeit zu freier Entfaltung erhielten.

Das Verhältnis der nationalen Literatur zur russischen Gesamtproduktion ist folgendes:

	Neuerscheinungen:	Druckseiten:
1922	11 % der Gesamtproduktion	10 % der Gesamtproduktion
1923	13 % „ „	11 % „ „
1924	15,4% „ „	14 % „ „
1925	24 % „ „	14,3% „ „

[1]) Neun Monate.

Das Wachstum der Buchproduktion ist in den verschiedenen nationalen Republiken nicht gleichmäßig. An der Spitze marschieren die kultiviertesten Nationalitäten, die Ukrainer und Tataren, ihnen folgen die Völkerschaften des Nordkaukasus, ferner Turkmenen, Baschkiren usw.

Unter den einzelnen Literaturgattungen in russischer Sprache ist vor allem die „Lenin-Literatur" hervorzuheben (Lenins Werke, Schriften über Lenin und zur Propaganda des Leninismus).

In den letzten beiden Jahren haben die zentralen und Provinzverlage an Lenin-Literatur herausgegeben:

	1924	1925
Zahl der Veröffentlichungen	606	369
Zahl der Exemplare	17 177 550	17 887 350
Druckseiten	116 854 677	149 752 915

In der gesamten Buchproduktion des Landes machte die Lenin-Literatur 1925 2,3 Prozent der Veröffentlichungen, 10,8 Prozent der Buchexemplare und 17,5 Prozent der Druckseiten aus. Eine derart gewaltige Literatur eines einzigen Autors und über ihn hat es in der Geschichte der russischen Literatur bisher überhaupt noch nicht gegeben.

Die größte Zahl der Neuausgaben davon entfällt auf Arbeiten Lenins (46,1 Prozent), an zweiter Stelle stehen Arbeiten über Lenin (34,1 Prozent) und an dritter Arbeiten über den Leninismus (19,8 Prozent).

Dem kulturellen Niveau der Leser nach verteilt sich die Lenin-Literatur folgendermaßen:

	I. Gruppe primitive Leser	II. Gruppe Durchschnittsleser	III. Gruppe geschulte Leser
1924	24 %	43 %	33 %
1925	26,8 %	43 %	30,2 %

Aus den angeführten Ziffern geht hervor, daß die Hauptmasse der Lenin-Literatur für den durchschnittlichen bäuerlichen und Arbeiterleser bestimmt ist.

Außerordentlich interessant ist auch die Steigerung der für die breiten Schichten der Bauernschaft herausgegebenen Buchproduktion. Charakteristisch für diese Literatur ist ihr geringer Umfang (im Durchschnitt zwei bis drei Bogen), ihr billiger Preis (4 bis 5 Kopeken für den Druckbogen), populäre Darstellung und riesige Auflagehöhe (für gewöhnlich 50- bis 100 000).

Im Wirtschaftsjahr 1923/24 erschienen insgesamt an Bauernliteratur 570 Neuerscheinungen mit 27 033 425 Druckseiten, 1924/25 1412 Neuerscheinungen mit 117 604 873 Druckseiten.

Dem Inhalt nach verteilt sich die bäuerliche Literatur wie folgt:

Gesellschaftlich-politische Literatur	40	%
Landwirtschaftliche Literatur	30	%
Populär-wissenschaftliche Literatur	12	%
Künstlerische Literatur	14	%
Sonstige Literatur	4	%

Somit steht die politische Literatur an erster Stelle, was eine entsprechende Entwicklung des Klassenbewußtseins und der politischen Aktivität der bäuerlichen Massen voraussetzt.

Zum Schlusse wenden wir uns der schönen Literatur zu. 1925 sind auf diesem Gebiete erschienen 1846 Neuerscheinungen, wovon etwa ein Drittel auf die Produktion privater Verlage entfällt.

Ein charakteristischer Zug auf dem Gebiet der schönen Literatur ist das immer stärkere Hervortreten des Sowjetschriftstellers (und nicht des ausländischen Autors wie vor dem Jahre 1925). Und in der Tat: während 1923/24 84 Prozent der gesamten Produktion des wichtigsten belletristischen Verlages („Erde und Fabrik") und 78 Prozent des zweitwichtigsten Verlages auf diesem Gebiete („Priboi" = „Brandung") dem ausländischen Autor gewidmet waren, haben wir 1924/25 bereits ein ganz anderes Bild vor uns. „Priboi" widmet dem russischen Sowjetautor etwa 80 Prozent seiner Gesamtproduktion, „Erde und Fabrik" 55 Prozent. Dieser Umschwung beweist in erster Linie, daß sich die Leistung des russischen Autors qualitativ beträchtlich gehoben und sich eine beträchtliche Popularität gesichert hat.

Bezeichnend für das Heranwachsen der literarischen Kräfte in der Sowjetunion ist auch das quantitative Wachstum der Schriftsteller-Organisationen. Im Laufe des Jahres 1925 sind alle diese Organisationen um mehr als das Dreifache angewachsen; die Mitgliederzahl der „Assoziation der proletarischen Schriftsteller der Union" um mehr als das Vierfache; sie ist demnach die stärkste Organisation auf diesem Gebiete.

Im ganzen gab es auf dem Gebiete der RSFSR am 1. Oktober 1925 11 Schriftstellerorganisationen mit einer Gesamtmitgliederzahl von gegen 4700 Personen.

Die nationalen Republiken besitzen ihrerseits eine Reihe analoger Organisationen. Wir nennen nur die wichtigsten:

1. Vereinigung der ländlichen Schriftsteller der Ukraine (150 bis 200 Mitglieder).
2. Gart (Proletarische Schriftsteller der Ukraine, 50 bis 60 Mitglieder).
3. Molodnjak (Weißrussische Sowjetrepublik, 150 bis 200 Mitglieder).

Die Gesamtzahl der in der Union organisierten Schriftsteller beläuft sich auf rund 5000.

Hervorzuheben ist, daß die Mehrzahl der Mitglieder der proletarischen und bäuerlichen Schriftstellerorganisationen (mit Ausnahme

der „Schmiede") den jungen, in der Schule des Bürgerkrieges gestählten Nachwuchs umfaßt; dagegen gehören dem Allrussischen Schriftstellerverband sowohl in Moskau als in Leningrad überwiegend die intellektuellen vorrevolutionären Schriftsteller an.

Das letzte Literaturjahr stand unter dem Zeichen des literarischen Studiums und des Suchens nach neuen Wegen.

Wie die gesamte Presse durchdrungen ist von der Tendenz der Annäherung an die schaffenden Massen, so läßt sich auch auf dem Gebiet des künstlerisch-literarischen Schöpfertums ein Aufstieg immer neuer literarischer Kräfte aus dem Volke selbst beobachten.

Die Kunst in der USSR

seit der Revolution

P. NOWIZKI

Acht Jahre proletarische Diktatur haben auf die russische Kunst in höchstem Maße umwälzend eingewirkt. Wir haben die Periode des Zerfalls der alten Formen und Gegenstände in der bürgerlichen Kunst und der Kunst der kleinbürgerlichen Intelligenz durchlebt und treten jetzt in die Periode der Entstehung und des raschen Aufblühens neuer Formen und Sujets ein. Die Periode des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus wurde von einer elementaren Zersetzung der früheren künstlerischen Werte begleitet. Die emigrierten Künstler, die ihr Schicksal mit dem Los der weißgardistischen Gegenrevolution verbunden haben, haben ihre wirklich schöpferische Kraft eingebüßt und gehen ihrer vollkommenen künstlerischen Degeneration entgegen. Die anderen, die ihre Tage in der inneren Emigration beschließen, haben sich vor dem Leben durch reines Aesthetentum und durch einen apolitischen Snobismus verschanzt und sich der Lösung ausschließlicher Formaufgaben zugewandt. Die künstlerische Hilf- und Tatenlosigkeit der einen sowie der anderen haben sie außerhalb der heutigen aktiven Kunst gestellt.

Die Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Union, das Anwachsen des materiellen Wohlstandes der Werktätigen und der friedliche Wirtschaftsaufbau haben einen beispiellosen Aufschwung der politischen und kulturellen Aktivität der breiten Arbeiter- und Bauernmassen hervorgerufen, tiefgehendes Interesse für Kulturfragen und einen nie dagewesenen Wunsch nach Wissenschaft und Kunst zur Folge gehabt. Gerade dieser kulturelle Aufschwung neuer Kunstkonsumenten aus den Arbeiter- und Bauernmassen hat die Kunst zum Aufblühen gebracht. Der charakteristischste Zug dieses Aufblühens ist nicht darin zu suchen, daß die besten Vertreter

der kleinbürgerlichen Intelligenz alle Brücken zum bürgerlich-egoistischen Individualismus hinter sich abgebrochen und sich in den Dienst des Proletariats gestellt haben, sondern in dem Entstehen neuer Arbeiter- und Bauernkünstler aus den Tiefen der werktätigen Massen.

Dieser Prozeß hat sich besonders deutlich in der schönen Literatur gezeigt. Hier können wir zwei Erscheinungen von allergrößtem Maßstabe feststellen. Einerseits haben wir hier eine Gruppe von Schriftstellern, die, aus der intelligenzlerischen Bohème hervorgegangen und mit den letzten technischen Errungenschaften der westeuropäischen Literatur aufs engste verbunden, sich sofort der Oktober-Revolution angeschlossen haben. Das sind die jetzigen Konstruktivsten. Die bedeutendsten Vertreter dieser Gruppe sind: Wladimir Majakowski, Nikolai Assejew, S. Tretjakow, O. Brick. Ihnen haben sich einige kommunistische Theoretiker angeschlossen, die auf der ganzen Linie den Kampf gegen die alten Formen und Genres der Kunst des Adels und des Bürgertums aufgenommen haben. (B. Arwatow u. a.) Organisatorisch schlossen sie sich in die „linke Front der Kunst", die sogenannte „Lef" zusammen. Sie beschränken sich nicht allein auf Literatur, sondern beeinflussen auch alle anderen Gebiete der Kunst, besonders die angewandte Graphik (Plakate, Bücher, Photo-Montage, Zeichnungen für den Industriegebrauch).

Andererseits sehen wir verschiedene Gruppen proletarischer Schriftsteller. Als erste trat die Gruppe „Kusneza" (Die Schmiede") hervor, deren Dichter die Elementarkraft der Revolution besangen und abstrakte kosmische Themen benutzten. Dies war die Lyrik der Fabriken und Werkstätten aus der ersten Revolutionszeit. Hier finden wir die Namen: Kirillow, M. Gerassimow, J. Filiptschenko, Alexandrowski, W. Kasin. An die Stelle des Pathos der allgemeinen Themen trat dann die literarische Durcharbeitung der konkreten Fragen der neuen Lebensformen und des revolutionären Aufbaus. Die Lyrik wurde von dem erhabenen Revolutionsepos abgelöst. Ihm wandten sich auch die Dichter der „Schmiede" zu. Das wichtigste Werk dieser Gruppe ist der große Roman „Zement" von Fedor Gladkow[1]). Bewußt und programmatisch das revolutionäre Epos aufzubauen, damit begannen die Dichter, die sich zu der Gruppe „Oktober" zusammengeschlossen hatten. Das sind die talentvollsten Vertreter der proletarischen Dichtkunst. An erster Stelle unter ihnen steht Alexander Besymenski, der Verfasser einer Reihe bedeutender Dichtungen („Komsomolia"[2]), „Das Städtchen", „In der Einöde") und Alexander Scharow. Sie leiten auch die Literatur der Kommunistischen Jugend. Die Zeitschrift des Zentralkomitees des Leninistischen Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands "Die Junge Garde" ist ein literarisches

[1]) Verlag für Literatur und Politik Berlin SW 48.
[2]) Komsomol = Kommunistischer Jugendverband.

Banner, um das sich Hunderte von jungen proletarischen Dichtern scharen. Zur „Oktobergruppe" gehören die bekanntesten Schriftsteller, die sich vor dem Oktober entwickelt hatten: A. Sserafimowitsch (Verfasser des „Eisernen Stromes"[1]) und Demjan Bjedny[2]), der der satirischen Fabel und der politischen Satire einen Platz in der revolutionären Poesie gesichert hat.

Die Epoche, die unsere Literatur jetzt durchlebt, hat auch aus der Mitte der werktätigen Intelligenz eine Reihe außergewöhnlicher Talente hervorgebracht. Die hervorragenden Vertreter dieser Gruppe, die ihr Talent der Schaffung revolutionärer Epen großen Maßstabes gewidmet haben, sind: I. Babel, Verfasser der berühmten Erzählungen „Die Reiterarmee". L. Sseifulina, die Schöpferin der revolutionären Sittennovelle (die bedeutendste unter ihnen ist „Wirineja") und Leonid Leonow, der Autor des großen Romanes „Barsuki" („Die Dachse"), der den revolutionären Umwälzungen im Dorfe gewidmet ist.

Der wichtigste und entscheidendste Faktor unserer Epoche bleibt jedoch das unaufhaltsame Anwachsen des künstlerischen S c h ö p f e r t u m s i n d e n T i e f e n der Arbeiter- und Bauernmassen. Die Armee der Dorf- und Arbeiterkorrespondenten, die eine eigene Sprache noch nicht gefunden hat, die noch lernt, mit literarischen Formeln umzugehen, stellt jenes Milieu dar, das Hunderte von zukünftigen Künstlern des Wortes erzieht und aus dem geniale Dichter, würdig einer genialen Epoche, hervorgehen werden.

Die Dramaturgie ist hinter der Lyrik und dem Epos der Revolution zurückgeblieben. Aber auch hier können wir im neunten Revolutionsjahre eine Reihe allerwichtigster Errungenschaften verzeichnen. Die revolutionäre Tragödie haben wir zwar nicht geschaffen, dafür schaffen wir aber die Sittenkomödie. Einige wertvolle Versuche zeugen davon (die Komödien N. Erdmanns, „Das Gift" von Lunatscharski, die Stücke von Bil-Belozerkowski usw.).

Die Theaterkunst gedeiht voller und schöner als alle anderen Künste. Dies ist auch verständlich: Das Theater hat viel Gemeinsames mit der revolutionären Demonstration und dem Volksfest. Wir haben nicht nur die hohe Meisterschaft und Kultur der akademischen Theater bewahrt (jedenfalls haben die Theater während der Revolutionsepoche keinen Niedergang zu verzeichnen gehabt, sondern haben vielmehr im Repertoire und in ihrem Können manches hinzu gewonnen), wir haben auch die hohe Kunst des revolutionären Theaters geschaffen, haben die Theatertechnik, sowie die Organisation des Schauspiels derart entwickelt, die theatralische Form mit der Produktion, den Lebensformen und dem politischen Kampf derart verbunden, daß wir den bürgerlichen europäischen und amerikanischen Theatern um Jahrzehnte voraus sind. Das Theater W. E. Meyerhold und das Theater der

[1]) Neuer Deutscher Verlag Berlin.
[2]) „Die Hauptstraße", Verlag für Literatur und Politik Berlin SW 48.

Revolution sind in dieser Hinsicht vorbildlich. Außerdem hat sich das Massen-Liebhabertheater und das Gewerkschaftstheater entwickelt, die erfolgreich mit den Berufstheatern konkurrieren. Das Klubtheater hat sogar eigene Formen ausgearbeitet („Die blaue Bluse", das Theater als lebende Zeitung).

Die darstellende Kunst macht den Prozeß des Zerfalls und der Renaissance, den die schöne Literatur und das Theater bereits hinter sich haben, viel langsamer durch. Die russische Malerei stand nach wie vor unter dem Einfluß des französischen Impressionismus und des europäischen Kubo-Futurismus. Aus der tiefen Krisis ist sie bis jetzt nicht herausgekommen, trotz aller Bemühungen, den naturalistischen Illusionismus wieder ins Leben zu rufen („Assoziation der Künstler der Revolutionären Rußlands" — AKRR — mit ihrem um 40 Jahre zu spät kommenden Epigonentum der „Peredwishniki"[1]). Diese Versuche haben die Krise nur vertieft.

Nichtsdestoweniger haben wir aber auch hier auf allen den Gebieten der darstellenden Kunst, die einen angewandten Charakter haben, die größten Errungenschaften zu verzeichnen. Je näher dem Leben, desto bedeutender, stärker und notwendiger ist die Kunst der Zeichnung. Und während der Revolution hat sie eine nie dagewesene Höhe und Meisterschaft erreicht. Dasselbe gilt auch für die Graphik überhaupt. Die Arbeiten von L. Bruni, N. Tyrsa, P. Minuritsch, W. Lebedew (Zeichnung), von W. Faworski, Krawtschenko, N. Kuprejanow (Gravüre), von S. Tschehonin (Porzellan), von L. Popowa und A. Rodtschenko (Photomontage, Zeichnung im Dienste der Produktion) haben diese Art der darstellenden Kunst auf eine bisher unerreichte Höhe gebracht. Endlich darf man, obwohl wir mit der Baukunst erst beginnen, nicht die glänzenden Errungenschaften der russischen Meister auf dem Gebiet der Architektur unerwähnt lassen (die Brüder Wesnini, A. Lawinski, L. Lissikin u. a.). Auch die Plakatkunst (Moor, Majakowski, Leni u. a.) und die Kunst im Dienste der Produktion (L. Popowa, W. Stepanowa u. a.) seien hier erwähnt.

Noch langsamer als die darstellende Kunst durchlebt diesen Prozeß die Musik. Die neue revolutionäre Musik macht die ersten schüchternen Schritte. Sie steckt noch vollkommen in den Kinderschuhen. Die große Begabung eines S. Feinberg, N. Roslawez, N. Mjaskowski, A. Alexandrow, A. Krein ist in den Gewitterstürmen des Oktober aufgewachsen und erstarkt. Das Wichtigste ist, daß die Quelle der hohen musikalischen Schöpfung nicht nur nicht versiegt ist, sondern daß Lehranstalten und Assoziationen organisiert worden sind, die die heute erreichte Höhe des Könnens weiter entwickeln. In dieser Hinsicht müssen erwähnt werden: Die Leningrader Akademische Philharmonie, drei staatliche Streichquartette und das Museum alter Streichinstrumente. Zum erstenmal wurde die Arbeit der Staatlichen Akademischen

[1]) Kunstrichtung Ende des vorigen Jahrhunderts.

Kapelle frei und gewaltig entwickelt. Es wurde eine Reihe von wissenschaftlichen Musikforschungsinstituten und Kunstgesellschaften gegründet, unter denen an erster Stelle die Gesellschaft für zeitgenössische Musik an der Kunstwissenschaftlichen Akademie zu nennen ist. Endlich wurden zum erstenmal ernste Forschungen auf dem Gebiet der Musiktheorie angestellt. Es wurde ein Institut für Musikwissenschaft in Moskau gegründet, das eine Reihe von Spezialgelehrten zum Studium der Probleme der musikalischen Erziehung, der Instrumentenkunde und der materiellen Musikkultur herangezogen hat.

Man kann sagen, daß die wissenschaftliche Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Kunstwissenschaften erst in der Epoche der proletarischen Diktatur organisiert worden ist. Die naturwissenschaftliche Erforschung der Kunst mit den Methoden der exakten Naturwissenschaft, der Aufbau einer Soziologie der Kunst auf den Grundlagen des dialektischen Materialismus — diese Fragen sind die grundlegenden Forschungsthemata der wissenschaftlichen Arbeit einer Reihe neu entstandener kunstwissenschaftlicher Institute: der Staatlichen Akademie der Kunstwissenschaften (Moskau), des Staatlichen Institutes für Musikwissenschaft (Moskau), des Staatlichen Institutes für Kunstkultur (Leningrad) und des Staatlichen Instituts für Kunstgeschichte (Leningrad). Das letztgenannte Institut ist zwar vor der Revolution entstanden, doch berechtigt die in ihm durchgeführte Reform, es als eine neue Anstalt zu bezeichnen.

Die nächsten Jahre werden zeigen, wie weit in Sowjet-Rußland die wirkliche Kunstwissenschaft fortgeschritten ist.

Die großen Vereine in der USSR

A. LEBSIN

Die Entstehung der großen Vereine (freiwillige Gesellschaften) geht erst auf die Jahre 1922/24 zurück, da in den Zeiten des Bürgerkrieges die Bedingungen für das Entstehen und das Wirken von Vereinen nicht gegeben waren. Aber mit der Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern setzte eine stürmische Entwicklung dieser Gesellschaften ein, die heute bereits Millionen Werktätiger umfassen.

Die Vereine entstanden in Augenblicken, in denen der Bestand der Sowjetmacht in irgend einer Frage gefährdet schien und es galt, die Bereitschaft der werktätigen Massen zur aktiven Unterstützung der Partei und der Sowjetmacht zu beweisen. So entstand auf die provozierende Note Lord Curzons die „Gesellschaft der Freunde der Luftflotte", die in der Folgezeit mit der „Gesellschaft Dobrochim" (Gesellschaft der Freunde der Ausnutzung der Chemie im Frieden und im Kriege) zur Gesellschaft Aviachim verschmolzen wurde. Auf den

weißen Terror der internationalen Bourgeoisie antworteten die werktätigen Massen durch die Gründung einer machtvollen Sektion der internationalen „Roten Hilfe" (Mopr). Den Kampf um das fluchwürdige Erbe des Zarismus, den Analphabetismus, unterstützte wirkungsvoll die Gesellschaft „Nieder mit dem Analphabetismus".

Schließlich entstanden zur Festigung des Bündnisses zwischen Stadt und Land, auf einen Aufruf der Partei hin, unter der arbeitenden Bevölkerung der Städte die Arbeiter-Chefgesellschaften für Dörfer. In ähnlicher Weise entstanden alle Vereine.

In diese Vereine sind sowohl Fabrikarbeiter wie Angestellte, Rotarmisten usw. mit Begeisterung eingetreten und haben ihre Arbeit mit allen Kräften unterstützt. Dies zeigt das rasche Wachstum der Gesellschaften; so z. B. hatte die Rote Hilfe, die am 30. November 1922 von einigen wenigen Initiatoren gegründet war, im Januar 1925 bereits 4½ Millionen Mitglieder. Die Gesellschaft der Freunde der freiwilligen Luftflotte (Aviachim) stieg von 16 000 Mitgliedern im März 1923 auf 3 Millionen im April 1925. Nach unvollständigen Berechnungen gehören allen Vereinen über 12 Millionen Mitglieder an, die in 100 000 Zellen organisiert sind, die sich auf die einzelnen Vereine folgendermaßen verteilen:

Verein	Zahl der Mitglieder	Zahl der Zellen
MOPR	4 500 000	32 000
Aviachim	3 000 000	30 370
Nieder m. dem Analphabetentum	1 400 000	23 811 (in 48 Gouv.)
Arbeiter-Chefgesellschaften üb.	1 000 000	—
„Kinderfreunde" über	1 000 000	3 370 (in 19 Gouv.)
„Bund der Gottlosen" ca. . . .	300 000	ca. 3 000
„Liga für wissenschaftliche Organisation d. Arbeit" (NOT) ca.	25 000	ca. 800
„Radiofreunde" ca.	200 000	ca. 1 000

In der USSR gibt es kaum einen Betrieb, einen Rayon oder eine Abteilung der Roten Armee, in der keine Vereinszellen bestünden. In der letzten Zeit mehren sich auch die Zellen unter der unorganisierten Bevölkerung, den Hausgewerbetreibenden, Hausfrauen usw.

In allen Vereinen bilden Arbeiter und Bauern die weitaus stärkste Gruppe, z. B. in der Mopr 40 Prozent Arbeiter, 20—25 Prozent Bauern, 5—10 Prozent Rotarmisten und Studenten und etwa 30 Prozent Angestellte. Der Parteizugehörigkeit nach sind: 12 Prozent Mitglieder der KP, 4 Prozent Mitglieder des Jugendverbandes und 84 Prozent Parteilose. Jeder Arbeiter gehört im Durchschnitt zwei bis drei Vereinen an, besonders Aktive sogar bis zu sechs Vereinen, was eben

durch die niedrigen Mitgliedsbeiträge erleichtert wird. Trotz der kleinen Mitgliedsbeiträge sind die Gesellschaften in der Lage, große Geldmittel anzusammeln, so die Mopr allein 4½ Millionen Rubel, alle Vereine zusammen über 13 Millionen. Mit der wachsenden Mitgliederzahl sind die Mitgliedsbeiträge gesunken und betragen heute z. B. bei Aviachim für Angestellte: 60, für Bauern: 30, Studenten: 10 Kopeken pro Jahr. Im allgemeinen ist der Vereinsbeitrag weniger als ½ Prozent des Monatsverdienstes. Seit ihrem Bestand haben die Vereine große Arbeit geleistet. Die Mopr unterstützt die politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern durch Ueberweisung von vier bis zehn Rubeln für die Gefangenen und vier bis zwanzig Rubeln für die Familien. Sie hat ingesamt bis jetzt 2 488 000 Rubel aufgewendet, und zwar:

1923	174 000
1924	946 000
1925 (8 Monate)	1 368 000

Außerdem unterstützt die Mopr die nach der Sowjetunion kommenden Emigranten, und zwar 1924 und in den ersten sechs Monaten 1925: 2747, denen sie Kleidung, Verpflegung und Lebensmöglichkeiten bietet. Das wichtigste ist die moralische Unterstützung der Kämpfer der Revolution, die die verhältnismäßig geringe materielle Unterstützung als Symbol der internationalen Solidarität wertvoll macht.

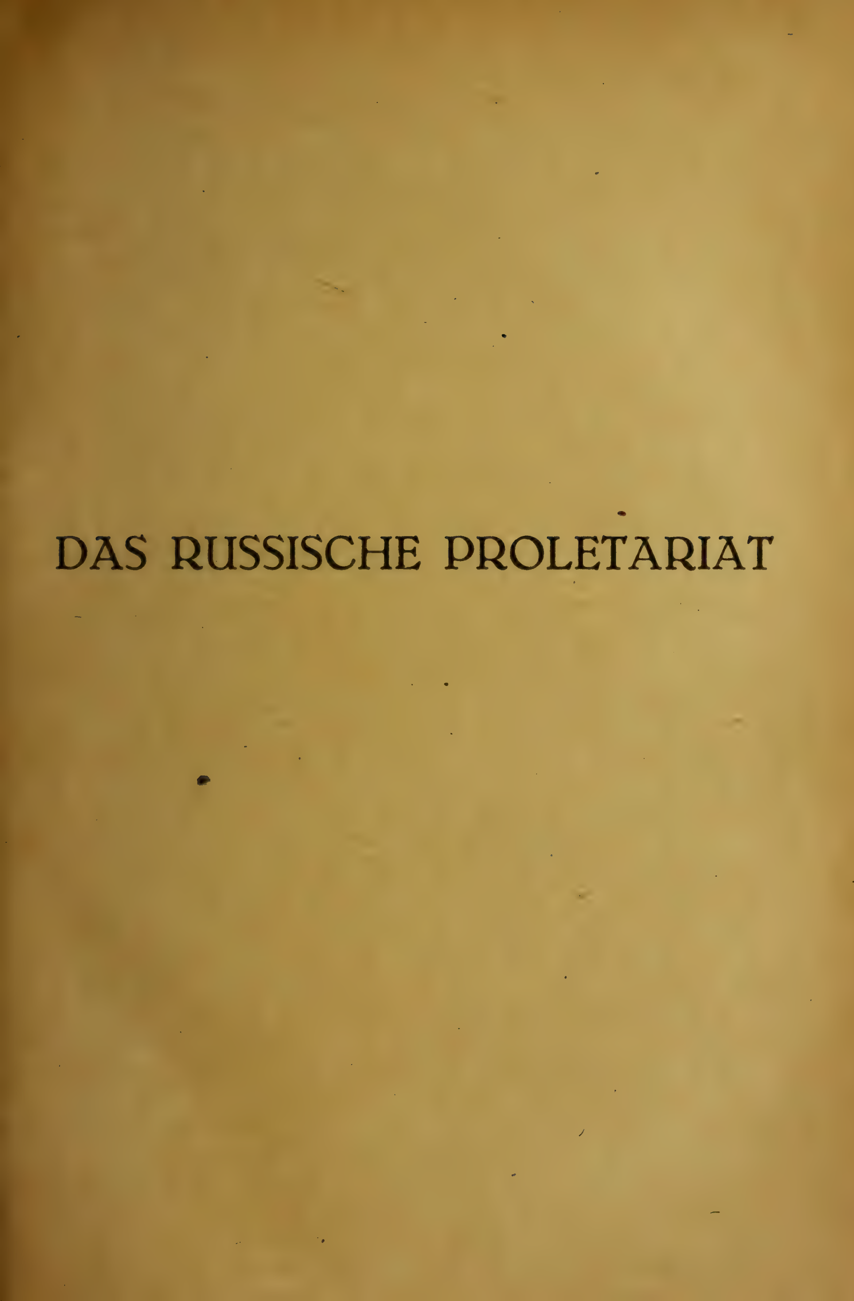
Die Gesellschaft Aviachim hat bisher 140 Flugzeuge erbaut und der Luftflotte übergeben; im Bau sind weitere 49 Apparate. Außerdem hat sie 30 Flugplätze errichtet, die Flugzeugindustrie unterstützt und die Versuche bei der Konstruktion von in der USSR gebauten Motoren wirkungsvoll gefördert. Sie hat auch den Ueberlandflug Moskau—China—Japan organisiert, der nicht nur den hohen technischen Stand des Sowjetflugwesens bewies, sondern auch von politischer Bedeutung war. Außerdem verbreitet die Gesellschaft die chemischen Kenntnisse unter der Bauernschaft, vor allem in Fragen der Schädlingsbekämpfung und künstlicher Düngung, und in den Städten durch Verbreitung der Kenntnisse für die Verteidigung des Landes im Falle eines modernen Gaskrieges. Auf sportlichem Gebiete hat die Aviachim den Segelflug organisiert. Gegenwärtig bestehen 1125 Flugsportzirkel, von denen einige bereits bei internationalen Wettbewerben Preise errungen haben.

Die Gesellschaft „Nieder mit dem Analphabetismus" unterhält ein Drittel von den 32 352 in der RSFSR bestehenden Liquidationsstellen für das Analphabetentum. Außerdem hat sie bei der Registrierung der Analphabeten und der Versorgung der Liquidationsstellen mit Geldmitteln und freiwilligen Lehrkräften, ferner bei der Organisierung des Einzel- und Gruppenunterrichtes zur Liquidierung des Analphabetentums viel getan. In 18 Gouvernements wurden 1924 auf diese Weise 61 573 Personen unterrichtet.

Die Gesellschaft der Radiofreunde hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens 8 von den 19 in Betrieb befindlichen großen Radiostationen erbaut, ferner Lautsprecheranlagen aufgestellt und Kurse für über 1500 Personen veranstaltet.

Besonders vielseitige Arbeit leisten die Arbeiter-Chefgesellschaften für Dörfer, die große Verdienste um die Hebung des kulturellen Niveaus der Bauernschaft haben. Sie bestehen vorwiegend aus Arbeitern.

Mit dem Steigen des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeiter- und Bauernschaft steigt auch die Bedeutung der Vereine. Am wichtigsten sind ihre Zellen, Zirkel usw., in denen die Werktätigen zur gesellschaftlichen Arbeit und zur Teilnahme am aktiven Aufbau des Sozialismus herangezogen werden.



DAS RUSSISCHE PROLETARIAT

Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaues

I. STALIN

Ich denke, daß der Unglaube an den Sieg des sozialistischen Aufbaues der grundlegende Fehler der neuen Opposition ist. Dieser Fehler ist nach meiner Ueberzeugung deshalb der grundlegende, weil alle übrigen Fehler der neuen Opposition aus ihm entspringen. Die Fehler der neuen Opposition in der Frage der NEP, des Staatskapitalismus, der Natur unserer sozialistischen Wirtschaft, der Rolle der Genossenschaften unter der Diktatur des Proletariats, der Methoden des Kampfes mit dem Kulakentum, der Rolle und des spezifischen Gewichtes des Mittelbauerntums — alle diese Fehler stammen aus dem Hauptfehler der Opposition, aus dem Unglauben an die Möglichkeit des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft durch die eigenen Kräfte unseres Landes. Was ist dieser Unglaube an den Sieg des sozialistischen Aufbaues in unserem Lande?

Das ist vor allem das Fehlen des Glaubens daran, daß die ausschlaggebenden Massen des Bauerntums, infolge bestimmter Umstände der Entwicklung unseres Landes, in die Sache des sozialistischen Aufbaues einbezogen werden können.

Das ist zweitens das Fehlen des Glaubens daran, daß das Proletariat unseres Landes, welches die Kommandohöhen der Volkswirtschaft beherrscht, *fähig ist*, die ausschlaggebenden Massen des Bauerntums in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen.

Von diesen Behauptungen geht stillschweigend die Opposition in ihren Ansichten über die Wege unserer Entwicklung aus — gleichgültig, ob sie das bewußt oder unbewußt tut.

Kann man die ausschlaggebende Masse des Bauerntums der Sowjetrepubliken in den sozialistischen Aufbau einbeziehen?

In der Broschüre „Die Grundlagen des Leninismus" sind darüber zwei Behauptungen enthalten.

Erstens: Man soll nicht das Bauerntum der Sowjetunion mit dem Bauerntum Westeuropas verwechseln. Das Bauerntum, das durch die Schule dreier Revolutionen hindurchgegangen ist, das gegen den Zarismus und die Bourgeoisie zusammen mit dem Proletariat und unter der Führung des Proletariats kämpfte, das Land und Frieden aus der Hand der proletarischen Revolution erhalten hatte und deshalb zur Reserve des Proletariats wurde — dieses Bauerntum unterscheidet sich von jenem, das während der bürgerlichen Revolution unter der Führung der liberalen Bourgeoisie kämpfte, aus ihrer Hand das Land erhielt und deshalb zur Reserve der Bourgeoisie wurde. Es erübrigt sich wohl zu beweisen, daß das Bauerntum des Sowjetstaates, das die politische Freundschaft und politische Zusammenarbeit mit dem Proletariat schätzen gelernt hat, und das dieser Freundschaft und Zusammenarbeit seine Freiheit verdankt, ein besonders dankbares Material für die ökonomische Zusammenarbeit mit dem Proletariat sein muß.

Zweitens: Man soll nicht die Landwirtschaft Rußlands mit der Landwirtschaft Europas verwechseln. Dort vollzieht sich die Entwicklung in der Landwirtschaft nach der gewöhnlichen Linie des Kapitalismus unter den Verhältnissen einer scharfen Differenzierung des Bauerntums, mit Großgrundbesitz und privatkapitalistischen Latifundien auf dem einen Pol, und dem Pauperismus, der Verelendung und der Lohnsklaverei auf dem anderen. Infolgedessen ist dort der Zerfall und die Zersetzung eine ganz natürliche Erscheinung. Anders liegen die Verhältnisse in Rußland. Die Entwicklung der Landwirtschaft kann bei uns in dieser Richtung allein schon deshalb nicht stattfinden, weil sie durch die Existenz der Sowjetmacht und die Nationalisierung der wichtigsten Produktionsmittel verhindert wird. In Rußland muß die Entwicklung der Landwirtschaft einen anderen Weg gehen, und zwar den Weg der genossenschaftlichen Organisierung der Millionen kleinen und mittleren Bauern, den Weg der Entwicklung der Genossenschaften im Dorfe, die die Volksmassen umfassen und die vom Staat durch Gewährung von günstigen Krediten unterstützt werden. Lenin hat in seinen Artikeln über die Genossenschaften ganz richtig

gezeigt, daß „die Entwicklung der Landwirtschaft bei uns einen neuen Weg einschlagen soll, den Weg der Heranziehung der Mehrheit des Bauerntums zum sozialistischen Aufbau durch die Genossenschaften, den Weg des allmählichen Eindringens der Grundsätze des Kollektivismus zuerst in das Gebiet des Warenabsatzes und dann in das Gebiet der landwirtschaftlichen Warenproduktion". „ . . . Es ist wohl überflüssig, zu beweisen, daß die überwiegende Mehrheit des Bauerntums diesen neuen Weg der Entwicklung gern einschlagen wird und den Weg der privatkapitalistischen Latifundien und der Lohnsklaverei, den Weg der Verelendung und des Verfalls verwerfen wird".

Sind diese Behauptungen richtig?

Ich denke, beide Behauptungen sind richtig und unbestreitbar für die ganze Periode unseres Aufbaues unter den Bedingungen der NEP.

Sie sind nur der Ausdruck gewisser Thesen Lenins über die Smytschka (Verknüpfung) des Proletariats und des Bauerntums, über das Einbeziehen der Bauernwirtschaften in das System der sozialistischen Entwicklung des Landes, darüber, daß das Proletariat sich mit den ausschlaggebenden Massen des Bauerntums zusammen zum Sozialismus fortbewegen muß, darüber, daß die genossenschaftliche Organisierung der Millionenmassen des Bauerntums der Hauptweg des sozialistischen Aufbaues im Dorfe ist, daß beim Wachsen unserer sozialistischen Industrie

> „das einfache Wachsen der Genossenschaften für uns gleichbedeutend ist mit dem Wachstum des Sozialismus". (Siehe Lenin, 18. Bd., II. Teil, S. 144.)

In der Tat, auf welchem Wege kann und muß sich die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft in unserem Lande vollziehen?

Die Bauernwirtschaft ist keine kapitalistische Wirtschaft. Die Bauernwirtschaft ist, wenn wir die überwiegende Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften berücksichtigen, eine warenproduzierende Kleinwirtschaft. Und was ist eine bäuerliche warenproduzierende Kleinwirtschaft? Das ist eine Wirtschaft, die auf dem Scheidewege zwischen Kapitalismus und Sozialismus steht. Sie kann sich ebensowohl in der Richtung des Kapitalismus entwickeln, wie das jetzt in den kapitalistischen Ländern geschieht, als auch in der Richtung des Sozialis-

mus, wie das bei uns, in unserem Lande unter der Diktatur des Proletariat geschehen soll.

Woher rührt dieses Schwanken, diese Unselbständigkeit der bäuerlichen Wirtschaft her? Womit ist sie zu erklären?

Sie ist durch die Zersplitterung der Bauernwirtschaften, durch ihre Unorganisiertheit, ihre Abhängigkeit von der Stadt, von der Industrie, vom Kreditsystem, vom Charakter der Macht im Lande, schließlich durch den allgemein bekannten Umstand zu erklären, daß das Dorf sowohl in materieller als auch in kultureller Beziehung der Stadt folgt und folgen soll.

Die kapitalistische Entwicklung der Bauernwirtschaft bedeutet eine Entwicklung durch die tiefgehendste Differenzierung des Bauerntums hindurch, mit großen Latifundien auf dem einen Pol und mit Massenverarmung auf dem anderen Pol. Diese Entwicklung ist in den kapitalistischen Ländern unvermeidlich, weil das Land, die Bauernwirtschaft, von der Stadt, von der Industrie, vom konzentrierten Kredit der Stadt, vom Charakter der Macht abhängt, und in der Stadt herrscht die Bourgeoisie, die kapitalistische Industrie, das kapitalistische Kreditsystem, die kapitalistische Staatsmacht.

Ist dieser Entwicklungsweg der Bauernwirtschaften hierzulande, wo die Stadt ein völlig anderes Aussehen hat, wo die Industrie sich in den Händen des Proletariats befindet, wo das Transportwesen, das Kreditsystem, die Staatsgewalt usw. in den Händen des Proletariats konzentriert sind, wo die Nationalisierung des Bodens für das Land ein allgemeines Gesetz ist, notwendig? Natürlich ist er nicht notwendig. Im Gegenteil. Eben weil die Stadt ein Führer des Dorfes ist und bei uns in der Stadt das Proletariat herrscht, das die ausschlaggebenden Höhen der Volkswirtschaft in seiner Hand hält — eben darum müssen die Bauernwirtschaften einen anderen Entwicklungsweg einschlagen, sie müssen den Weg des sozialistischen Aufbaues einschlagen.

Was ist das für ein Weg?

Das ist der Weg der genossenschaftlichen Massenorganisation von Millionen Bauernwirtschaften in allen Zweigen der Genossenschaft; der Weg der Vereinigung der zersplitterten Bauernwirtschaften rings um die sozialistische Industrie, der Weg der Grundsteinlegung des Kollektivismus unter dem Bauerntum — anfangs in der Richtung des Absatzes der

landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Versorgung der Bauernwirtschaften mit den Erzeugnissen der Stadt, und späterhin in der Richtung der landwirtschaftlichen Produktion.

Und je weiter, desto unvermeidlicher ist dieser Weg unter der Diktatur des Proletariats, denn die genossenschaftliche Organisierung in der Richtung der Wirtschaftsversorgung und schließlich die genossenschaftliche Organisierung in der Richtung des Kredits und der Produktion (landwirtschaftliche Genossenschaften) ist der einzige Weg zur Hebung des Wohlstandes des Dorfes, das einzige Mittel zur Rettung breiter Bauernmassen vor Armut und Ruin.

Man sagt, daß das Bauerntum bei uns seiner Lage nach nicht sozialistisch ist, daß es infolgedessen einer sozialistischen Entwicklung unfähig sei. Es ist natürlich wahr, daß das Bauerntum seiner Lage nach nicht sozialistisch ist. Aber das ist kein Beweisgrund gegen die Entwicklung der Bauernwirtschaften in der Richtung des Sozialismus, sobald es erwiesen ist, daß das Dorf der Stadt folgt, denn in der Stadt herrscht die sozialistische Industrie. Während der Oktoberrevolution war das Bauerntum seiner Lage nach nicht sozialistisch, und es wollte keineswegs den Sozialismus im Lande einführen. Es strebte damals hauptsächlich nach der Liquidierung der Macht der Gutsbesitzer und der Beendigung des Krieges, nach dem Friedensschluß. Nichtsdestoweniger folgte es damals dem sozialistischen Proletariat. Warum? Weil der Sturz der Bourgeoisie und die Machtergreifung durch das sozialistische Proletariat damals der einzige Ausweg aus dem imperialistischen Kriege, der einzige Weg zum Friedensabschluß war. Weil es damals keinen anderen Ausweg aus dem imperialistischen Kriege gab und geben konnte. Weil es damals unserer Partei gelungen war, die Form der Verbindung und der Unterordnung der spezifischen Interessen des Bauerntums (Sturz der Gutsbesitzer, Frieden) unter die allgemeinen Interessen des Landes (Diktatur des Proletariats), die dem Bauerntum annehmbar und vorteilhaft war, herauszufühlen und zu ermitteln. Und das Bauerntum ist damals trotz seiner nichtsozialistischen Stellung dem sozialistischen Proletariat gefolgt.

Das Gleiche muß man über den sozialistischen Aufbau in unserem Lande, über die Einbeziehung des Bauerntums in die

Bahn dieses Aufbaues sagen. Das Bauerntum ist seiner Lage nach unsozialistisch. Aber es muß und wird unbedingt den Weg der sozialistischen Entwicklung betreten, denn für das Bauerntum gibt es keine anderen Mittel und Wege zur Rettung vor Armut und Ruin als die Smytschka (das Bündnis) mit dem Proletariat, als die Smytschka mit der sozialistischen Industrie, als die Einbeziehung der Bauernwirtschaft in den Strom der allgemeinen sozialistischen Entwicklung, durch die genossenschaftliche Massenorganisierung des Bauerntums.

Warum gerade durch die genossenschaftliche Organisierung des Bauerntums?

> Weil wir in der genossenschaftlichen Massenorganisierung „jenen Grad der Vereinigung des Privatinteresses, des kommerziellen Privatinteresses, mit der Prüfung und Kontrolle durch den Staat, den Grad seiner Unterordnung unter die allgemeinen Interessen gefunden haben" (Lenin),

der für das Bauerntum annehmbar und vorteilhaft ist und dem Proletariat die Möglichkeit sichert, die Hauptmassen des Bauerntums in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Eben weil es für das Bauerntum vorteilhaft ist, seinen Warenabsatz und die Versorgung seiner Wirtschaft mit Maschinen durch die Genossenschaft zu organisieren, eben darum muß und wird es den Weg der genossenschaftlichen Massenorganisierung betreten.

Was bedeutet aber die genossenschaftliche Massenorganisierung der Bauernwirtschaften bei der Herrschaft der sozialistischen Industrie?

Sie bedeutet die Abkehr der kleinen bäuerlichen Warenwirtschaft vom alten, kapitalistischen Weg, der mit dem Massenruin des Bauerntums schwanger geht, und den Uebergang auf den neuen Weg der Entwicklung, auf den Weg des sozialistischen Aufbaues.

Darum ist der Kampf für den neuen Entwicklungsweg der Bauernwirtschaft, der Kampf für die Einbeziehung der Hauptmasse des Bauerntums in den Aufbau des Sozialismus die nächste Aufgabe unserer Partei.

Der 14. Parteitag der KP der Sowjetunion hat richtig gehandelt, indem er beschloß, daß

> „der Hauptweg des Aufbaues des Sozialismus auf dem Lande darin besteht, daß bei der zunehmenden wirtschaftlichen

Führung seitens der sozialistischen staatlichen Industrie, der staatlichen Kreditinstitutionen und anderer, in den Händen des Proletariats befindlicher wirtschaftlicher Kommandohöhen die Hauptmasse des Bauerntums in die genossenschaftliche Organisation einzubeziehen und dieser Organisation eine sozialistische Entwicklung zu sichern sei, wobei deren kapitalistische Elemente ausgenutzt, überwunden und verdrängt werden müssen."
(Siehe Resolution des Parteitages zum Rechenschaftsbericht des ZK.)

Der größte Fehler der neuen Opposition besteht darin, daß sie an diesen neuen Entwicklungsweg des Bauerntums nicht glaubt, die ganze Unvermeidlichkeit dieses Weges unter der proletarischen Diktatur nicht sieht oder nicht begreift. Und sie begreift es deshalb nicht, weil sie nicht an den Sieg des sozialistischen Aufbaues in unserem Lande, weil sie nicht an die Fähigkeit unseres Proletariats, das Bauerntum dem Sozialismus entgegenzuführen, glaubt.

Daher das Verkennen des doppelten Charakters der NEP, das Uebertreiben der negativen Seiten der NEP, und die Auffassung von der NEP als eines Rückzuges in erster Linie.

Daher die Ueberschätzung der Rolle der kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft und die Unterschätzung der Rolle der Hebel unserer sozialistischen Entwicklung (sozialistische Industrie, Kreditsystem, Genossenschaft, Herrschaft des Proletariats usw.).

Daher das Nichtbegreifen der sozialistischen Natur unserer staatlichen Industrie und die Zweifel an der Richtigkeit des Leninschen Genossenschaftsplanes.

Daher die Uebertreibung bezüglich der Differenzierung auf dem Lande, die Panik vor dem Großbauer, die Unterschätzung der Rolle des Mittelbauern, die Versuche, die Parteipolitik der Sicherung eines festen Bündnisses mit dem Mittelbauer zu sprengen, und daher überhaupt das Schwanken von einem Extrem zum anderen in der Frage der Parteipolitik auf dem Lande.

Daher das Nichtbegreifen der ungeheuren Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Heranziehung von Millionen Arbeiter- und Bauernmassen zum Aufbau der Industrie und Land-

wirtschaft, zur Belebung der Genossenschaften und der Sowjets, zur Verwaltung des Landes, zur Bekämpfung des Bürokratismus, zum Kampf für die Verbesserung und Umgestaltung unseres Staatsapparates, der eine neue Entwicklungsstufe bezeichnet und ohne den kein sozialistischer Aufbau denkbar ist.

Daher die Hoffnungslosigkeit und Kopflosigkeit gegenüber den Schwierigkeiten unseres Aufbaues, die Zweifel an der Möglichkeit der Industrialisierung unseres Landes, das pessimistische Geschwätz über die Entartung unserer Partei usw.

Im anderen Lager, bei den Bourgeois, ist alles mehr oder minder in Ordnung; bei uns aber, beim Proletariat, mehr oder minder schlecht; wenn im Westen nicht rechtzeitig die Revolution kommt, so ist unsere Sache verloren — diesen Ton schlägt im allgemeinen die neue Opposition an. Meiner Ansicht nach ist dies ein liquidatorischer Ton, der jedoch aus irgendeinem Grunde von der Opposition (wahrscheinlich spaßeshalber) für „Internationalismus" ausgegeben wird.

Die NEP ist Kapitalismus, sagt die Opposition. Die NEP ist in erster Linie ein Rückzug, sagt Genosse Sinowjew. All dies ist natürlich falsch. In Wirklichkeit ist die NEP eine Politik der Partei, die den Kampf sozialistischer und kapitalistischer Elemente zuläßt und auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen Elemente berechnet ist. In Wirklichkeit hat die NEP bloß mit einem Rückzug angefangen. Sie zielt aber darauf ab, im Verlauf des Rückzuges eine Umgruppierung der Kräfte vorzunehmen und mit dem Vormarsch zu beginnen. In Wirklichkeit haben wir den Vormarsch schon seit einigen Jahren begonnen und führen ihn mit Erfolg durch, indem wir unsere Industrie und den Sowjethandel entwickeln und das Privatkapital in die Enge treiben.

Welches ist aber der Sinn der These: Die NEP ist Kapitalismus, die NEP ist in erster Linie ein Rückzug? Worauf begründet sich diese These?

Sie geht von der falschen Voraussetzung aus, daß bei uns gegenwärtig eine einfache Restaurierung des Kapitalismus, eine einfache „Rückkehr" zum Kapitalismus stattfindet. Diese Voraussetzung allein kann die Zweifel der Opposition über die sozialistische Natur unserer Industrie erklären. Diese Voraussetzung allein kann die Panik der Opposition vor dem Groß-

bauern erklären. Diese Voraussetzung allein kann die Uebereilung erklären, mit der sich die Opposition an die falschen Ziffern über die Differenzierung des Bauerntums klammerte. Diese Voraussetzung allein kann die absonderliche Vergeßlichkeit der Opposition in bezug auf die Tatsache erklären, daß der Mittelbauer bei uns der Mittelpunkt der Landwirtschaft ist. Diese Voraussetzung allein kann die Unterschätzung der spezifischen Bedeutung des Mittelbauern und die Zweifel betreffs des Genossenschaftsplanes Lenins erklären. Diese Voraussetzung allein „begründet" den Unglauben der neuen Opposition gegenüber dem neuen Entwicklungsweg des Dorfes, gegenüber dem Weg der Einbeziehung des Dorfes in den sozialistischen Aufbau.

In Wirklichkeit findet bei uns jetzt nicht der einseitige Prozeß der Restaurierung des Kapitalismus, sondern der doppelseitige Prozeß der Entwicklung des Kapitalismus und der Entwicklung des Sozialismus statt, der widerspruchsvolle Prozeß des Kampfes der sozialistischen Elemente gegen die kapitalistischen Elemente, der Prozeß der Ueberwindung der kapitalistischen Elemente durch die sozialistischen Elemente. Dies ist sowohl für die Stadt, wo die Staatsindustrie die Grundlage des Sozialismus ist, als auch für das Dorf, wo die genossenschaftlichen Massenorganisationen den wichtigsten Anhaltspunkt der sozialistischen Entwicklung bilden und sich mit der sozialistischen Industrie verknüpfen, gleich unbestreitbar.

Die einfache Restaurierung des Kapitalismus wäre schon deswegen unmöglich, weil bei uns die Macht eine proletarische ist, weil die Großindustrie sich in den Händen des Proletariats befindet, weil Verkehrs- und Kreditwesen dem proletarischen Staat zur Verfügung stehen.

Die Differenzierung kann nicht den früheren Umfang erreichen, der Mittelbauer bildet nach wie vor die Hauptmasse der Bauernschaft, der Großbauer aber kann nicht mehr zur früheren Macht gelangen, sei es auch nur aus dem Grunde, weil der Boden bei uns nationalisiert ist, weil er aus dem Warenumlauf gezogen ist, während unsere Handels-, Kredit-, Steuer- und Genossenschaftspolitik darauf gerichtet ist, die ausbeuterischen Bestrebungen des Großbauerntums zu beschränken, den Wohlstand breitester Bauernmassen zu heben

und die Extreme auf dem Lande auszugleichen. Ich spreche schon nicht davon, daß der Kampf gegen das Großbauerntum sich bei uns nicht nur in der ehemaligen Richtung bewegt — in der Richtung der Organisation des armen Bauerntums gegen das Großbauerntum —, sondern auch in einer neuen Richtung, in der Richtung der Festigung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der Dorfarmut mit den Mittelschichten des Bauerntums gegen den Großbauern. Die Tatsache, daß die Opposition den Sinn und die Bedeutung des Kampfes gegen das Großbauerntum in dieser zweiten Richtung nicht begreift, diese Tatsache beweist stets aufs neue, daß die Opposition sich auf den alten Weg der Entwicklung des Dorfes, auf den Weg seiner kapitalistischen Entwicklung verirrt, wo der Großbauer und der pauperisierte Bauer die Grundelemente des Dorfes bildeten, während der Mittelbauer „zerwaschen" wurde.

Die Genossenschaft ist eine Spielart des staatlichen Kapitalismus, sagt die Opposition, indem sie sich auf Lenins Schrift „Ueber die Naturalsteuern" beruft; deshalb glaubt sie nicht an die Möglichkeit, die Genossenschaft als wichtigsten Anhaltspunkt für die sozialistische Entwicklung ausnützen zu können. Die Opposition begeht auch hier einen äußerst groben Fehler. Diese Auffassung der Genossenschaft genügte im Jahre 1921, als die Broschüre „Ueber die Naturalsteuer" geschrieben wurde, als wir noch keine entwickelte sozialistische Industrie besaßen, wo Lenin sich den Staatskapitalismus als mögliche Grundform unserer Wirtschaft dachte und die Genossenschaften in Verbindung mit dem Staatskapitalismus in Betracht zog. Aber diese Auffassung genügt jetzt bereits nicht mehr und ist von der Geschichte überholt worden, denn seither haben sich die Zeiten geändert, die sozialistische Industrie hat sich bei uns entwickelt, der Staatskapitalismus hat nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre, Wurzel gefaßt, und die Genossenschaften umfassen jetzt bereits mehr als zehn Millionen Mitglieder und beginnen sich mit der sozialistischen Industrie zusammenzuschließen.

Wodurch sonst aber kann man die Tatsache erklären, daß bereits zwei Jahre nach dem Erscheinen der Schrift „Ueber die Naturalsteuer", also im Jahre 1923, Lenin die Genossenschaften mit anderen Augen zu betrachten begann und meinte,

„die Genossenschaften unter unseren Verhältnissen sich oft völlig mit dem Sozialismus decken?"

(Siehe Bd. 18, II. Teil, S. 144.)

Wodurch ist es sonst zu erklären, wenn nicht dadurch, daß die sozialistische Industrie während dieser zwei Jahre sich bereits entwickelt, der Staatskapitalismus dagegen nicht in genügendem Maße Wurzel gefaßt hat und Lenin dementsprechend die Genossenschaften bereits nicht mehr in Verbindung mit dem Staatskapitalismus, sondern in Verbindung mit der sozialistischen Industrie in Betracht zu ziehen begann?

Die Entwicklungsverhältnisse der Genossenschaften haben sich geändert. Es mußten sich nun auch die Ansichten über das Genossenschaftsproblem ändern.

Hier ist z. B. ein bemerkenswerter Satz aus Lenins Broschüre „Ueber die Genossenschaften" (1923), der Licht in diese Frage bringt:

„Unter dem Staatskapitalismus*) unterscheiden sich die Genossenschaftsunternehmen von den staatskapitalistischen erstens als Privatunternehmen und zweitens als Kollektivunternehmen. In der Ordnung, die bei uns besteht*), unterscheiden sich die Genossenschaftsunternehmen von den privatkapitalistischen als Kollektivunternehmen, doch sie unterscheiden sich nicht*) von den sozialistischen Unternehmen, wenn sie auf der Grundlage des Staatseigentums, das heißt des Eigentums der Arbeiterklasse an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln, stehen."

(Bd. 18, II. Teil, S. 143 u. 144.)

In diesem kleinen Zitat sind zwei große Fragen gelöst. Erstens die Frage, daß „die bei uns herrschende Ordnung" kein Staatskapitalismus ist. Zweitens die Frage, daß die Genossenschaftsunternehmen in Verbindung mit „unserer Ordnung" „sich nicht" von sozialistischen Unternehmen „unterscheiden".

Ich denke, man könnte sich schwerlich deutlicher ausdrücken. Und hier noch ein Satz aus derselben Broschüre von Lenin:

*) Von mir hervorgehoben. J. St.

„Das bloße Wachsen der Genossenschaften ist für uns gleichbedeutend (mit der oben erwähnten „kleinen“ Ausnahme) mit dem Wachstum des Sozialismus, und damit sind wir genötigt, die gründliche Aenderung unserer ganzen Auffassung über den Sozialismus zuzugeben.“

(Siehe ebendaselbst, S. 144.)

Es ist klar, daß wir es in der Broschüre „Ueber die Genossenschaften“ mit einer neuen Einschätzung der Genossenschaften zu tun haben, was die neue Opposition nicht zugeben will und was sie sorgfältig verschweigt, ungeachtet der Tatsachen, ungeachtet der augenfälligen Wahrheit, ungeachtet des Leninismus.

Die Genossenschaft in Verbindung mit dem Staatskapitalismus ist das Eine, die Genossenschaft in Verbindung mit der sozialistischen Industrie das Andere.

Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß zwischen der Broschüre „Ueber die Naturalsteuer“ und dem Artikel „Ueber die Genossenschaften“ ein Abgrund liegt. Das ist natürlich falsch. Es genügt z. B., sich auf folgenden Satz in der Schrift „Ueber die Naturalsteuer“ zu berufen, um sogleich das unzerreißbare Band zwischen der „Naturalsteuer“ und der Schrift „Ueber die Genossenschaften“ in der Frage der Beurteilung der Genossenschaften zu entdecken. Der Satz lautet:

„Der Uebergang von den Konzessionen zum Sozialismus ist der Uebergang von einer Form der Großproduktion zu einer anderen Form der Großproduktion. Der Uebergang von der Kooperation der kleinen Unternehmer zum Sozialismus ist der Uebergang von der Kleinproduktion zur Großproduktion, das heißt ein viel komplizierterer Uebergang, der aber im Falle des Erfolges imstande ist, breitere Bevölkerungsmassen zu erfassen, die tieferen und widerstandsfähigeren Wurzeln der alten *vorsozialistischen**), sogar vorkapitalistischen Beziehungen, die sich viel hartnäckiger gegen alles „Neue“ sträuben, auszureißen.“

(Bd. 18, II. Teil, S. 220.)

Aus diesem Zitat ist ersichtlich, daß Lenin bereits zur Zeit der „Naturalsteuer“, als es bei uns noch keine entwickelte sozialistische Industrie gab, die Verwandlung der Genossen-

*) Von mir hervorgehoben. J. St.

schaften im Falle des Erfolges in ein mächtiges Kampfmittel gegen die „vorsozialistischen" und folglich auch gegen die kapitalistischen Beziehungen für möglich hielt. Ich denke, daß es dieser Gedanke war, der ihm in der Folge zum Ausgangspunkt seiner Schrift „Ueber die Genossenschaften" diente.

Was aber folgt aus alledem?

Es folgt daraus, daß die neue Opposition an die Genossenschaftsfrage nicht in marxistischer, sondern in metaphysischer Weise herantritt. Sie betrachtet die Genossenschaften nicht als historische Erscheinung, die in Verbindung mit anderen Erscheinungen genommen wird, z. B. in Verbindung mit dem Staatskapitalismus (im Jahre 1921) oder mit der sozialistischen Industrie (im Jahre 1923), sondern als etwas Feststehendes und ein für allemal Gegebenes, als „Ding an sich".

Daher die Irrtümer der Opposition in der Genossenschaftsfrage, daher ihr Unglauben gegenüber der Entwicklung des Dorfes zum Sozialismus durch die Genossenschaften, daher die Abschwenkung der Opposition zum alten Weg, dem Weg der kapitalistischen Entwicklung des Dorfes.

So ist im allgemeinen die Stellung der neuen Opposition in den praktischen Fragen des sozialistischen Aufbaues.

Daraus gibt es nur eine Schlußfolgerung: Die Linie der Opposition — insofern sie überhaupt eine Linie hat — das Schwanken und Pendeln der Opposition, ihr Unglaube und ihre Kopflosigkeit gegenüber den Schwierigkeiten führen zur Kapitulation vor den kapitalistischen Elementen unserer Wirtschaft. Denn wenn die NEP in erster Linie ein Rückzug ist, wenn die sozialistische Natur der staatlichen Industrie angezweifelt wird, wenn der Großbauer beinahe allmächtig ist, wenn auf die Genossenschaften wenig Hoffnung zu setzen ist, wenn die Rolle des Mittelbauern immer mehr und mehr zusammenschrumpft, wenn der neue Entwicklungsweg des Landes unzweifelhaft ist, wenn die Partei fast entartet ist und die Revolution im Westen noch nicht so nahe bevorsteht — was bleibt also nach alledem im Arsenal der Opposition übrig, worauf rechnet sie im Kampfe gegen die kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft? Man kann doch nicht bloß mit der „Philosophie der Epoche" bewaffnet in den Kampf gehen.

Es ist klar, daß das Arsenal der neuen Opposition nicht beneidenswert ist, wenn man es überhaupt noch ein Arsenal nennen kann. Dieses Arsenal eignet sich für keinen Kampf. Noch weniger eignet es sich für den Sieg.

Es ist klar, daß die Partei mit einem derartigen Arsenal „im Handumdrehen" sich selbst vernichten würde, wenn sie sich in ein Handgemenge einließe — sie müßte einfach vor den kapitalistischen Elementen unserer Wirtschaft kapitulieren.

Darum hat der XIV. Parteitag vollkommen richtig gehandelt, als er beschloß, daß

> „der Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion die nächste Aufgabe der Partei ist";

daß eine Hauptbedingung für die Lösung dieser Aufgabe darin besteht,

> „den Unglauben an den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande und die Versuche, unsere Unternehmen, die Unternehmen von „konsequent-sozialistischem Typus" (Lenin) sind, als staatskapitalistische Unternehmen hinzustellen, zu bekämpfen"; daß „derartige ideologische Strömungen geeignet sind, das Wachstum der sozialistischen Elemente der Wirtschaft zu hemmen und den Kampf gegen sie von seiten des Privatkapitals zu erleichtern, weil sie das bewußte Verhalten der Massen gegenüber dem Aufbau des Sozialismus überhaupt und der sozialistischen Industrie im besonderen unmöglich machen"; daß „der Parteitag aus diesem Grunde eine umfangreiche Bildungsarbeit zwecks Ueberwindung dieser Entstellungen des Leninismus für notwendig hält". (Siehe die Resolution zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPSU.)

Die historische Bedeutung des XIV. Parteitages der KPSU besteht darin, daß er es verstanden hat, den Irrtümern der neuen Opposition bis auf die Wurzeln nachzugehen, ihren Unglauben und ihr Nörgeln zu beseitigen, und den Weg des weiteren Kampfes für den Sozialismus klar und deutlich vorzuzeichnen; er gab der Partei die Perspektive des Sieges und rüstete damit zugleich das Proletariat mit dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg des sozialistischen Aufbaues.

Die Dynamik des Wachstums der Partei und ihre soziale Zusammensetzung

Vor der Oktoberrevolution betrug die Zahl der Mitglieder der KP der Sowjetunion (Bolschewiki) insgesamt einige Zehntausend (nach den Angaben des 6. Kongresses betrug die Mitgliederzahl 40 000).

Seit Bestehen der Sowjetherrschaft erweiterte sich die Partei zu einem machtvollen Kampffaktor, erreichte im Jahre 1923, d. i. um die Zeit des 12. Parteikongresses, einschließlich der Kandidaten nahezu die Zahl von 400 000 Mitgliedern. Von diesem Zeitpunkte ab geht das Wachstum der Partei mit besonders gigantischen Schritten vorwärts; die Mitgliederzahl hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt und betrug am 1. April 1926 1 045 006 Kommunisten (einschließlich der Kandidaten).

Die Dynamik des Wachstums der Partei seit dem Jahre 1924 können wir an folgender Tabelle verfolgen:

Die Zunahme des Bestandes der Parteimitglieder und Kandidaten im Jahre 1924 und 1925

Datum	Mitglieder der KP der USSR (B)	Kandidaten
1. Januar 1924	328 520	117 569
1. Juli „	336 412	310 849
1. Januar 1925	401 481	339 636
1. Juli „	502 313	413 097

Wir sehen somit, daß allein im Jahre 1924 die Partei um 66 Prozent gewachsen ist. Das Wachstum der Partei geht allerdings in diesem Jahre, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, in der Hauptsache auf Rechnung des Zustromes der Kandidaten vor sich. Diese gesteigerte Zunahme der Zahl der Kandidaten, die vorwiegend auf den Eintritt des sogenannten Leninschen Aufgebotes im Jahre 1924 in die Partei zurückzuführen ist, hat in der darauffolgenden Zeit erheblich nachgelassen.

Die Zunahme der Zahl der Parteimitglieder beginnt allmählich die Zunahme der Zahl der Kandidaten zu übertreffen.

Es ist von Interesse, die größere Zunahme der Zahl der Parteimitglieder in den Industrierayons im Vergleich mit den Agrarrayons festzustellen. So erhöhte sich im Jahre 1924 die Zahl der Kommunisten in den Industriezentren um 100,2 Prozent, während sie in den Agrargouvernements in diesem Zeitabschnitt nur um 39,3 Prozent gewachsen ist. In der letzten Zeit werden im Hinblick auf die geringe Zahl der Parteimitglieder in den Agrar- und insbesondere den bäuerlichen Rayons eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die auf die Steigerung des Zustromes von Parteimitgliedern in diesen Rayons abzielen.

Die Daten über das Wachstum der Organisationen in den nationalen Republiken und Gebieten zeigen, daß das Tempo ihres Wachstums im Jahre 1924 beispielsweise das gleiche war, wie das der Agrarrayons (44,9 Prozent).

Was die Verteilung der Parteimitglieder nach den einzelnen Republiken, Rayons und Gebieten betrifft, so erhält man ein allgemeines Bild aus der hier folgenden Tabelle.

Wie aus ihr zu ersehen ist, findet ein bestimmter Ausgleich in der Zunahme der Partei statt; wenn diese im Jahre 1924 fast ausschließlich auf Kosten des Kandidatenbestandes erfolgte, so haben wir im Jahre 1925 schon ein Hinausgehen des Wachstums der Zahl der Parteimitglieder über die Zunahme der Zahl der Kandidaten. Am 1. November 1925 zählte schließlich unsere Partei in ihren Reihen 1 025 403 Personen, die sich rayonweise folgendermaßen verteilten:

Der zahlenmäßige Bestand der KP der Sowjetunion (B) zum 1. November 1925 (rayonweise Angaben)

Bezeichnung der Organisation Republik und Rayons	Kommunist	davon Frauen	Darunter Mitgl. d. KP (B)	davon Frauen	Kandidaten	davon Frauen
Bestand in der KP der Sowjetunion (B) zum 1. November 1925	989 065	120 964	569 669	56 363	419 396	64 601
Außerdem:						
a) in militärischen Organisationen, die nicht in allen zivilen politischen Organisationen enthalten sind	35 159		20 694		14 465	
b) in ausländischen Missionen und Vertretungen	1 179		1 139		40	
	1 025 403					
Bestand in den Organisationen der RSFSR	749 687	98 856	434 041	46 675	315 646	52 181
Ukraine	143 207	16 217	80 016	7 089	63 191	9 128
Weißrußland	15 075	1 554	8 912	786	6 163	768
Transkauk. SFSR	51 848	2 598	31 659	1 200	20 189	1 398
Usbekistan	22 737	1 394	11 998	497	10 739	897
Turkmenistan	6 511	345	3 043	116	3 468	229
davon in den Organisationen der Zentr. Industr.-Gouvernements	220 691	38 077	136 189	20 031	84 502	18 046
Darunter im Gouv. Moskau	123 205	22 487	82 841	13 489	40 364	8 998
den Zentr. Agrar. Gouv.	138 740	14 285	78 672	5 942	60 068	8 343
Nordwestlicher Verein	112 443	18 427	66 733	9 701	45 710	8 726
Davon:						
Leningrad	94 072	16 523	56 434	8 860	37 638	7 663
Uralgebiet	59 419	8 070	33 403	3 407	26 016	4 663
Sibirien	60 695	4 752	36 329	1 900	24 371	2 852
Gebiet des Fernen Ostens	21 467	1 737	12 281	482	9 186	1 255
Kasakstan	30 984	1 942	15 097	620	15 887	1 322
Kirgisien*)	4 282	168	1 700	28	2 582	140
Sonst. autonome Republiken und Gebiete	41 133	4 452	21 219	1 923	19 914	2 529
Nordkauk. Gebiet	59 833	6 946	32 433	2 641	27 410	4 305
in der transkaukasischen Föderation waren in den Organisationen						
Georgiens	21 349	1 168	13 769	625	7 580	543
Armeniens	6 800	272	3 500	88	3 300	184
Aserbeidshans	23 699	1 158	14 390	487	9 309	671
Darunter in Baku	17 326	886	11 040	427	6 286	459

*) Angaben zum 1. Oktober 1925.

Von Interesse sind die Angaben über die soziale Zusammensetzung der Partei im Jahre 1925, die wir nur bis zum Juli 1925 besitzen.

Kommunisten (Mitglieder und Kandidaten)

Datum	Insgesamt	Nach der sozialen Stellung							
		Arbeiter		Bauern		Angestellte		Sonstige	
		Absolute Zahl	in %	Absolute Zahl	in %	Absolute Zahl	in %	Absolute Zahl	in %
1. 1. 1925	741 117	429 007	57,6	187 690	25,3	110 160	14,9	14 260	1,9
1. 7. 1925	911 791	534 453	58,9	216 962	23,8	143 876	15,9	16 500	1,8

Aus der angeführten Tabelle ersieht man das Wachstum der Zahl der kommunistischen Arbeiter und eine gewisse Zunahme der Gruppe der Angestellten.

Wir führen nun Daten über das Alter und die Dauer der Parteizugehörigkeit der Kommunisten an.

Am 1. Januar 1925 in Prozent

18 Jahre und jünger	19—23 J.	24—29 J.	30—39 J.	40 J. und darüber
0,1	9,9	34,4	38,2	17,4

Bestand an Kandidaten für die Parteimitgliedschaft nach dem Alter am 1. Januar 1925 in Prozent

18 Jahre und jünger	19—23 J.	24—29 J.	30—39 J.	40 J. und darüber
0,9	22,7	34,6	29,1	12,7

Bestand aller Kommunisten nach dem Alter in Prozent

18 Jahre und jünger	19—23 J.	24—29 J.	30—39 J.	40 J. und darüber
0,4	15,7	29,2	39,4	15,3

Vergleichende Angaben über die Dauer der Parteizugehörigkeit der Parteimitglieder

Jahr des Eintritts	Parteimitglieder			
	nach der Zählung von 1922		Zu Beginn 1925	
	Absolute Zahl	in %	Absolute Zahl	in %
Vor 1915	2 517	0,7	2 018	0,5
1915—16	7 914	2,1	6 231	1,7
1917	35 154	9,3	28 247	7,5
1918	63 643	16,8	48 011	12,6
1919	107 840	28,4	80 177	21,1
1920	121 789	32,1	92 471	24,4
1921	40 419	10,6	30 002	7,9
1922	—	—	10 869	2,9
1923	—	—	13 820	3,6
1924	—	—	67 694	17,8
Ohne Angabe	7 037	—	21 941	—
Insgesamt	386 313	100,0	401 481	100,0

Gruppierung der Parteimitglieder nach der Dauer der Parteizugehörigkeit

Insgesamt Mitglieder	Darunter traten der Partei bei				
	vor 1917	1917—18	1919—21	1922—24	ohne Angab.
401 481	8.249 2,2%	76.258 18,9 %	202.650 50,5 %	92.383 23,0 %	21.941 5,4 %

Gleichzeitig mit der zahlenmäßigen Zunahme der Parteimitgliedschaft kann man ein erhebliches Anwachsen der Zahl der Zellen konstatieren, das allerdings erheblich geringer ist als die Zunahme der Zahl der Kommunisten.

Vergleichende Daten über die Zahl der Zellen und der Kommunisten

Datum	Zahl der Zellen	In ihnen		
		Mitglieder	Kandidaten	Zusammen
1. Januar 1924	25 710	328 520	117 569	446 089
1. Januar 1925	26 892	401 481	339 636	741 117
Zunahme (+)				
in abs. Ziffern ...	+ 1 182	+ 72 961	+ 222 067	+ 295 028
in Prozenten	+ 4,6	+ 22,2	+ 188,9	+ 66,1

Im Jahre 1924 nahm die Zahl der Zellen um 4,6 Prozent, die der Mitglieder um 22,2 Prozent, die der Kandidaten um 188,9 Prozent, die der Mitglieder und Kandidaten zusammen um 66,1 Prozent zu.

Vergleichende Daten über die zahlenmäßige Stärke der Zellen

Datum	Auf eine Zelle entfielen im Durchschnitt		
	Parteimitglieder	Kandidaten	Zusammen
1. Januar 1924	13	5	18
1. „ 1925	15	13	28

Die zahlenmäßige Stärke der Zellen für 1924 vergrößerte sich von 18 auf 28 Personen, d. i. um 55,6 Prozent und zwar hauptsächlich auf Rechnung der Kandidaten.

Vergleichende Daten über die Zahl der Betriebszellen und der Kommunisten in ihnen

Datum	Die Zahl der Betriebszellen	In ihnen		
		Parteimitglieder	Kandidaten	Zusammen
1. Januar 1924	3445	59 133	15 512	74 645
1. Januar 1925	4788	110 031	137 052	247 083
Zunahme in absolut.				
Zahl	+ 1343	+ 50 898	+ 121 540	+ 172 438
in Prozenten	+ 39,0	+ 86,1	+ 783,5	+ 231,0

Die Gruppierung der kommunistischen Zellen nach Typen am 1. Januar 1925

	Industrie-Unternehmungen u. Genossenschaft.		Transport	Landwirtschaftl.		Militärische	Sowjet-Anstalt.	Zivile Lehranstalt.	Sonstige
	Staatl.	Private		bäuerliche	Sowj. Wirtschaft. Kollekt. u. Kommunen				
Absol. Zahl 26 892	4680	108	1933	12970	909	1280	4043	564	405
Zahl in %	17,5	0,4	7,2	48,2	3,4	4,7	15,0	2,1	1,5

Wir führen gesondert Daten über die Zahl der Betriebszellen und die Zahl der in ihnen vorhandenen Kommunisten an. Diese Daten zeigen, daß die Partei den Beschluß des 13. Kongresses über die Steigerung der Zahl der Arbeiter in der Partei bis auf 50 Prozent des allgemeinen Bestandes der Organisationen fast erfüllt hat.

Zum 1. Juli 1925 wird die Zahl und der Bestand der Zellen durch folgende Tabelle charakterisiert:

Die Zahl und der zahlenmäßige Bestand der Zellen am 1. Juli 1925 nach Typen der Zellen (in Prozenten gegenüber dem Bestande der ganzen Partei)

Zellentypen	Allgemeine Zahl der Zellen in %	Diese zählten		
		Mitglieder	Kandidaten	Insgesamt Kommunist.
I. Arbeiterzellen	17,4	31,2	39,3	34,8
Darunter:				
1. Industrieunternehmen: (Handwerk, Fabriken, Gruben)				
a) staatliche und genossenschaftliche	15,5	29,4	37,0	32,8
b) private Unternehmen	0,4	0,3	0,5	0,4
2. Sonstige Arbeiterzellen	1,5	1,5	1,8	1,6
II. Transport. Zellen	7,4	14,2	15,7	14,9
III. Landzellen	52,6	21,7	23,1	22,3
a) bäuerliche	49,6	20,7	22,3	21,4
b) sowjet-wirtschaftliche	1,1	0,3	0,3	0,3
c) kollektiv-wirtschaftliche u. kommunale	1,9	0,7	0,5	0,6
IV. Militärische Zellen	4,1	4,9	3,7	4,4
V. Aemter-, Sowjet-, Partei-, Gewerkschafts- und andere Zellen	16,0	21,6	13,5	18,0
VI. Zellen der Lehranstalten (Arbeiterfakultäten, Hochschulen usw.)	1,7	5,5	3,6	4,6
VII. Sonstige Zellen	0,8	0,9	1,1	1,0

Zum Schlusse führen wir die letzten Daten über den zahlenmäßigen Bestand der Partei am 1. April 1926 an. Um diese Zeit zählte die Partei 30 880 Zellen und 1981 Kandidatengruppen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 1 045 006 Kommunisten, darunter 625 019 Mitgliedern und 419 987 Kandidaten.

Wenn man hierzu noch die Organisation des formell parteilosen Kommunistischen Jugendbundes rechnet, die zum 1. Januar 1926 in ihren Reihen gegen 1 770 000 Mitglieder vereinigte, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie groß zurzeit schon die kommunistische Schicht in der USSR ist.

Innerparteiliche Fragen

Die innerparteilichen Fragen nehmen im Leben der Partei den wichtigsten Platz ein.

Hunderttausende neuer Mitglieder werden vollberechtigte, aktive Teilnehmer an der Parteiarbeit. Diese haben oft eine große Sowjeterfahrung, kennen aber meist die Geschichte der Partei überaus wenig und haben auch noch nicht ihre Arbeitsmethoden erfaßt. Diese neuen Kaders müssen, nachdem sie mit der Theorie gründlich vertraut gemacht worden sind, durch Einfügung in die parteiliche Tagespraxis erst richtig bearbeitet werden.

Fragen der Befestigung und Erweiterung der innerparteilichen Demokratie sind: die Frage der Gewinnung der Befähigten für leitende Funktionen in Gewerkschaften, Genossenschaften usw., die Frage der Herstellung der notwendigen ideellen Verbindungen zwischen „den älteren" Grundkaders der KP der Sowjetunion (B), die noch in der Illegalität erzogen wurden, und der „Jugend", die sich in die Partei nach dem Oktober ergoß, und endlich die Herstellung einer engen Verbindung mit dem Kommunistischen Jugendbund, der das vorbereitende Laboratorium für neue Hunderttausende von Parteimitgliedern bildet.

All das sind Aufgaben von kolossaler Wichtigkeit und zuweilen von großer Schwierigkeit, da man mit einer gewaltigen weiteren Zunahme der Partei rechnen muß. Die Gewähr einer richtigen Parteipolitik bietet die eherne „leninistische" Einheit.

Das bedeutet nicht etwa, daß bei der Diskussion über die eine oder andere Frage keine Schattierungen, keine abweichenden Meinungen vorkommen dürfen; aber es ist notwendig, daß die Partei nach der Annahme des einen oder anderen Beschlusses einig und geschlossen handelt. Eiserne Disziplin war stets die Achse der Parteipolitik. Im gegenwärtigen Augenblick ist diese Disziplin unter den unerhört komplizierten Verhältnissen von doppelter Bedeutung. Inzwischen muß die Partei sich unter den Bedingungen wachsender Klassengegensätze entwickeln und wirken. Die kapitalistische Welt nutzt bei ihren wütenden Angriffen jede in der Partei sich bildende

Spalte, jeglichen Mißerfolg der Partei in ihren auswärtigen Beziehungen aus.

Die Partei wächst unter den Bedingungen der NEP, die nicht allein eine Befestigung der Sowjetwirtschaft mit sich bringt und eine Aktivisierung der Massen ermöglicht, sondern auch den kleinbürgerlichen und kapitalistischen Elementen die Möglichkeit gibt, sich wieder aufzurichten.

All das drückt auf die Parteipolitik, indem es die Partei und ihre zentralen Organe zwingt, einen jeden ihrer Schritte abzuwägen, die allgemeine Lage im Lande und in den internationalen Beziehungen in Betracht zu ziehen, und von jedem Parteimitglied die strengste Verantwortlichkeit für sein Verhalten zu fordern. Die Partei kann in ihren zentralen Institutionen unter solchen Bedingungen keinen Augenblick lang das Steuer der Parteileitung locker lassen, kann keinerlei Zerklüftung und keinen unnötigen Diskussionseifer zulassen, wenn Entschlüsse und Handeln erforderlich sind.

Das ist der Grund, weshalb unter solchen Verhältnissen eine fraktionelle Absonderung einzelner Gruppen von Parteimitgliedern absolut unzulässig erscheint, eine Gruppierung innerhalb der Partei entsprechend dem auf Initiative Iljitschs auf dem 10. Parteikongreß angenommenen besonderen Beschluß verboten ist.

Weiter verweisen wir auf die wichtigsten Parteibeschlüsse über Fragen innerparteilichen Charakters, die in den letzten drei Jahren auf den Parteikongressen und Konferenzen angenommen wurden.

Innerparteiliche Fragen ebenso wie Fragen der Beziehungen zwischen Partei- und Sowjetorganisationen wurden, wenn sie auch nicht immer als einzelne Punkte auf der Tagesordnung aller letzten Konferenzen und Kongresse standen, immerhin in mehr oder weniger großem Umfange in den Kongreßresolutionen behandelt.

Der 13. Parteikongreß (vom 23.—31. Mai 1924) hat voll und ganz die Resolutionen der 13. Parteikonferenz „über den Parteiaufbau" und über die „Ergebnisse der Diskussion über die kleinbürgerliche Abweichung" bestätigt und beschlossen, diese Resolutionen in die Resolutionen des 13. Kongresses der KP der Sowjetunion (B) einzufügen. In der Resolution über die laufenden Aufgaben des Parteiaufbaues, die nach dem Bericht des Genossen Molotow über parteiorganisatorische Fragen angenommen wurde, konstatierte der Kongreß auf Grund der Analyse des wirtschaftlichen Aufschwunges des Landes „die unvermeidliche Wiederaufrichtung der verschiedenen ausschlaggebenden sozialen Schichten, und namentlich das Aufhören der Deklassierung und die Wiederaufrichtung des Industrieproletariats einerseits sowie die soziale Festigung der bürgerlichen (in erster Linie kleinbürgerlichen) Schichten des Landes anderseits. Nunmehr muß die Partei die unzweifelhafte Zunahme der politischen Aktivität aller ausschlaggebenden Klassenschichten im Lande konstatieren".

Die Resolution beschäftigt sich mit dem Anwachsen und der Wiederaufrichtung des Proletariats in den wichtigsten Industriezweigen sowie mit der verbesserten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und stellt eine bedeutende Erhöhung des Kulturniveaus der Arbeitermasse fest.

Der Kongreß vermerkte auch die kolossale Bedeutung der von der Partei gemäß dem Beschlusse der 13. Parteikonferenz durchgeführten Werbung von in Betrieben tätigen Arbeitern, die die vorgesehene Ziffer von 100 000 Mann wesentlich überschritt und um die Zeit des Kongresses schon ein Resultat von über 200 000 gezeitigt hatte. Die Kampagne des Leninschen Aufgebots, die eine solche erhebliche Vergrößerung der Partei mit sich brachte, hat gezeigt, „daß zurzeit in erster Linie diejenigen Arbeiter der Partei beitreten, die mit der Parteiarbeit der letzten Jahre, mit ihren Zielen und Kampfaufgaben besser vertraut sind und im letzten Jahre der Partei selbst auch schon nahegestanden haben". (Stenographischer Bericht des 13. Kongresses, Seite 641.)

Eine andere Resolution beschäftigt sich eingehend mit den Veränderungen in den Methoden der Parteiarbeit, die durch die allgemeine Steigerung der politischen Aktivität bedingt sind, und insbesondere mit den Fragen, die die Arbeit mit dem Leninschen Aufgebot betreffen. Die Resolution weist darauf hin, daß „die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie unter den derzeitigen Verhältnissen eine um so größere Bedeutung hat, als die neuen zahlreichen proletarischen Kaders der Partei möglichst schnell zu aktiven Teilnehmern an der Ausarbeitung einer kollektiven Parteimeinung werden müssen".

In einer besonderen Resolution behandelte der Kongreß die Frage der Agitproparbeit der Partei und konstatierte, daß „die für die Hebung des Einflusses der Partei unter den Arbeiter- und Bauernmassen günstigen Bedingungen, die dank dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung der USSR und dem Massenzustrom von in Betrieben stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen in die Reihen der Partei eingetreten sind, eine entschiedene Umstellung der Agitproparbeit der Partei in der Richtung einer Erweiterung und Vertiefung ihrer Massenformen sowohl innerhalb der Partei, als auch unter den parteilosen Arbeitern und Bauern erfordern".

Die 14. Parteikonferenz erörterte die Frage, wie die zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus auf die Geschicke des Sozialismus in unserem Lande zurückwirken müsse. Nachdem zwei Gruppen von Gegensätzen erörtert wurden, von inneren, zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, und äußeren, zwischen der den Sozialismus aufbauenden USSR und den kapitalistischen Staaten, verurteilte die Konferenz die vom Genossen Trotzki aufgestellte These, daß „ohne direkte staatliche Unterstützung des europäischen

Proletariats die Arbeiterklasse Rußlands nicht imstande sein wird, sich an der Macht zu erhalten und ihre zeitweilige Herrschaft in eine dauerhafte sozialistische Diktatur zu verwandeln; daran könne man keinen Augenblick lang zweifeln" (L. Trotzki „Unsere Revolution" S. 278), ebenso weiter: daß „ein wahrer Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft in Rußland lediglich nach dem Siege des Proletariats in den wichtigsten Ländern Europas möglich sein wird." (L. Trotzki, Gesammelte Werke, Bd. 3, I. Teil, S. 92/93.) Die Konferenz wies in ihrer Resolution darauf hin, daß bei uns mit der Diktatur des Proletariats alle Voraussetzungen für den Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft vorhanden seien, und daß wir die sich uns entgegenstellenden Schwierigkeiten aus eigenen Kräften beseitigen müssen.

Der 14. Kongreß der KP der Sowjetunion (B) (18. bis 31. Dezember 1925)

tagte im Zeichen des Kampfes mit der neuen Opposition, die den Versuch machte, dem von der erdrückenden Mehrheit des Kongresses unterstützten ZK ihre eigene Linie in einer Reihe von wichtigen Fragen der von der Partei zu befolgenden Politik und des innerparteilichen Aufbaues entgegenzustellen. Der Kongreß mußte jene überaus bedeutenden Erfolge konstatieren, die im Zeitabschnitt zwischen dem 13. und 14. Kongreß in der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft und in der Stärkung ihrer sozialistischen Elemente erreicht wurden. Der Parteitag wies auf eine Reihe von Fehlern und Mängeln auf einzelnen Gebieten unserer Wirtschaft hin und legte in seinen Resolutionen ein deutliches Programm des politischen und wirtschaftlichen Aufbaues für die nächste Periode fest. In der Resolution zum Bericht des Zentralkomitees „billigt der 14. Kongreß der KP der Sowjetunion (B) rückhaltlos die politische und organisatorische Linie des ZK, die der Partei, der Arbeiterklasse und dem ganzen Lande einen allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft und eine Festigung der Positionen des Sozialismus außerhalb wie innerhalb des Landes gesichert hat". Auf dem Gebiete des innerparteilichen Aufbaues unserer Partei verurteilte der Kongreß die Fehler der neuen Opposition in der Frage der Regulierung des Parteibestandes, der Organisation der Parteileitung und die von der Opposition für die Leitung des Kommunistischen Jugendbundes aufgestellten falschen Leitsätze. Der Kongreß spricht in seiner Resolution von der Notwendigkeit einer Politik, „die auf die Hebung der qualitativen Zusammensetzung der Parteiorganisationen, auf die gesteigerte Hineinziehung von Arbeitern in die Partei und auf die dauernde Hebung des spezifischen Gewichts des proletarischen Parteikerns gerichtet ist, und weist darauf hin, daß er in Bestätigung der Notwendigkeit einer strengen Durchführung der festgesetzten einschränkenden Maßnahmen bezüglich der

Aufnahme von nichtproletarischen Elementen in die Partei, die Politik ablehnt, die zu einer übermäßigen Aufblähung der Parteireihen und zu einer Anfüllung derselben mit halbproletarischen Elementen führt, die nicht die Schule der Gewerkschaften und der proletarischen Organisationen überhaupt durchgemacht haben. Der Kongreß verurteilt solche Versuche, als Versuche, die mit dem Leninismus nichts gemein haben und die richtigen Wechselbeziehungen zwischen der Partei (der Avantgarde der Klasse) und der Klasse und eine kommunistische Leitung unmöglich machen".

In einem speziellen Schreiben an alle Mitglieder der Leningrader Organisation wandte sich der Kongreß an die Leningrader Kommunisten mit dem Aufruf, allen Versuchen einer Untergrabung der Parteieinheit, die gegen den Willen der für das Vertrauen gegenüber dem Zentralkomitee stimmenden Leningrader Konferenz von der Leningrader Delegation auf dem Kongreß in Gemeinschaft mit einigen Mitgliedern des ZK, die nicht der Leningrader Organisation angehören, gemacht wurden, indem sie zum ersten Male in der Geschichte der Partei einen Korreferenten zum politischen Bericht des ZK unter Gegenüberstellung ihrer eigenen Linie in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik aufstellten, ein Ende zu machen.

Im Schlußteil seines Schreibens an die Mitglieder der Leningrader Organisation erklärt der 14. Kongreß, daß es eine Verleumdung der Partei bedeute, wenn behauptet werde, daß die Partei die Bedeutung der Leningrader Organisation herabsetzen wolle. Der 14. Kongreß zweifle nicht daran, daß die Leningrader Organisation, die sich stets in den ersten Reihen der Partei befunden habe, imstande sein werde, die von der Leningrader Delegation begangenen Fehler zu korrigieren." Die bald nach dem Kongreß tagende Außerordentliche Leningrader Gouvernementskonferenz schloß sich denn auch tatsächlich nach einer in Leningrad über die Beschlüsse des 14. Kongresses durchgeführten Aufklärungsarbeit voll und ganz den Beschlüssen des Kongresses bezüglich aller auf ihm erörterten Grundfragen an und verurteilte in entschiedener Weise das auf die Untergrabung der Parteieinheit gerichtete Verhalten der Leningrader Delegation auf dem Kongresse.

Der Kongreß bezeichnete die Beurteilung des Charakters unserer Staatsindustrie und der Bedeutung der NEP, wie sie von der Opposition gegeben wurde, als falsch, und wies darauf hin, daß unser Land, das Land der Diktatur des Proletariats, alles Notwendige besitze für den Aufbau einer vollsozialistischen Gesellschaft und daß der mangelnde Glauben an die Möglichkeit eines erfolgreichen Aufbaues des Sozialismus in einem Lande auch bei verlangsamtem Gange der Weltrevolution entschieden zu verurteilen sei. In der Bauernfrage verurteilte der Kongreß die

Unterschätzung der Rolle des Mittelbauern und die Ueberschätzung der Kulaken-Gefahr (Kulak = reicher Bauer). „Der Kongreß ist der Meinung, daß eine der notwendigen Bedingungen für die Lösung dieser Aufgaben (d. i. der vom Kongreß dem ZK auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik gegebenen Direktiven) der Kampf gegen die Zweifel am Aufbau des Sozialismus in unserem Lande sowie gegen die Versuche, unsere Unternehmungen, die als Unternehmungen ‚konsequent sozialistischen Typs' (Lenin) anzusehen sind, als Unternehmungen von staatskapitalistischem Charakter darzustellen ist." Des weiteren „verurteilt der Kongreß in entschiedener Weise die Abweichung, die in der Unterschätzung der Differenzierung des Dorfes besteht und nicht die Gefahren sieht, die mit dem Wachstum des Kulakentums und der verschiedenen Formen der kapitalistischen Ausbeutung verbunden sind, auch nicht den Wunsch besitzt, die ganze Notwendigkeit einer Abwehr des Kulakentums und der Eindämmung seiner ausbeuterischen Bestrebungen zu begreifen, und ebenso wenig die Verpflichtung für die Partei des Proletariats erkennt, die Dorfarmen und Landarbeiter gegen die Kulaken und im Kampfe gegen diese zu organisieren und zusammenzuschließen. Gleichzeitig aber verurteilt der Kongreß mit derselben Entschiedenheit die Versuche, die wichtigste Frage der kommunistischen Politik im Dorfe zu vertuschen, nämlich die Frage *des Kampfes um den Mittelbauern, als zentrale Figur des Dorfes, und die Frage der Genossenschaften als der grundlegenden Organisationsform für die Entwicklung des Dorfes zum Sozialismus*."

Auf dem 14. Kongreß wurde die Bezeichnung KPR (B) umgewandelt in die Bezeichnung Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki).

In der Frage der Veränderung des Parteistatuts beauftragt der 14. Parteikongreß, indem er die eingebrachten Veränderungen und Korrekturen zum Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) bestätigt, das neu gewählte ZK mit der endgültigen Redigierung desselben, wie auch mit der Herausgabe ergänzender Erläuterungen und Instruktionen auf der Grundlage des Statuts.

Der Kongreß bestätigte des weiteren die Milderung der formellen Bedingungen für den Eintritt von Arbeitern und Bauern in die Partei, weist aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit größerer Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen bei der individuellen Aufnahme von Kandidaten und Parteimitgliedern hin.

Internationale Fragen

Die Analyse der internationalen Lage und die aus derselben zu ziehenden politischen Schlußfolgerungen bildeten in den Berichten des ZK aller letzten Kongresse unserer Partei stets einen Gegenstand von

Erörterungen. In unserer Uebersicht werden wir nur bei den hauptsächlichsten Beschlüssen verweilen, die nach diesen Berichten von der 14. Parteikonferenz und dem 14. Parteikongreß angenommen wurden.

Die 14. Parteikonferenz mußte bei der Erörterung der internationalen Fragen einerseits eine gewisse zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus und anderseits den gleichzeitigen Aufschwung der Wirtschaft und der politischen Macht der USSR konstatieren. Die Konferenz warnte vor einer unrichtigen Einschätzung dieser Stabilisierung des Kapitalismus, indem sie darauf hinwies, daß jene Ebbe der revolutionären Welle, die zur Zeit der Konferenz in der revolutionären Bewegung der Welt zu bemerken war, unvermeidlich einer neuen Flut Platz machen werde.

Diese Schwankungen bestätigen den schon von Lenin aufgestellten Satz, daß die Revolution sich gewöhnlich nicht auf geradem Wege in aufsteigender Linie entwickelt, sondern zickzackförmig in wechselndem Angriff und Rückzug, mit Siegen und teilweisen Niederlagen, die im Gange der Entwicklung die bewegenden Grundkräfte der Revolution stählen und sie für einen endgültigen Sieg vorbereiten.

Bei der Erörterung der Ergebnisse der ihr vorangegangenen Tagung des Erweiterten Plenums des Exekutivkomitees der Komintern bestätigte die Konferenz, daß die wichtigste Aufgabe unserer Kommunistischen Bruderparteien zur Zeit die Gewerkschaftsarbeit und die Entfaltung einer Kampagne für die Gewerkschaftseinheit bilde. Alle Kommunisten müssen den Gewerkschaften angehören und dort eine geduldige, systematische Tätigkeit für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und für die Schaffung einer Einheitsfront gegen das Kapital entfalten.

Der 14. Kongreß der KP der Sowjetunion (B) billigte, nachdem er den Bericht des Zentralkomitees gehört hatte, voll und ganz die politische und organisatorische Linie des ZK und konstatierte, daß die Sowjetunion „dank ihrer Außenpolitik eine Reihe neuer Anerkennungen seitens der kapitalistischen Staaten erreicht, mit ihnen eine Reihe neuer Handelsverträge und Konzessionen abgeschlossen, ihren Außenhandel vergrößert und ihre internationale Stellung gefestigt hat". Der Kongreß führt auch jene neuen Bedingungen außenpolitischer Natur an, unter denen die Partei ihre Tätigkeit im Jahre 1926 beginnt. Die Resolution stellt „die Festigung und Erweiterung der ‚Atempause' fest, die sich in eine ganze Periode verwandelt hat. Diese Atempause ist die Zeit des sogenannten friedlichen Zusammenlebens der USSR mit den kapitalistischen Staaten, die noch immer anhält, obwohl die Gegensätze zwischen diesen beiden Lagern nicht geringer, sondern immer stärker werden. Sie sichert sowohl die Möglichkeit des inneren Aufbaues wie auch, vorwiegend dank der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande, gewisse Vorteile für die

Beschleunigung dieses Aufbaues in der USSR". Innerhalb der kapitalistischen Länder stellt die Resolution „eine teilweise Stabilisierung des Kapitalismus und eine relative Festigung der politischen Macht der Bourgeoisie in Europa" fest; ferner „die ungeheuer gesteigerte Bedeutung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die mit ihrer Finanzhegemonie in der Welt Hand in Hand geht"; außerdem „das allmähliche Sinken der Bedeutung des britischen Imperiums als Weltmacht; die Gegensätze zwischen den Besiegten und den Siegern im imperialistischen Kriege, die Gegensätze im Lager der Sieger selbst, die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa; die Bedrohung des ganzen Systems des Imperialismus durch die erwachenden Kolonial- und halbkolonialen Völker (China, Indien, Syrien, Marokko), deren Bewegung, die stellenweise zu nationalen Befreiungskriegen geführt hat, ungeheure, bis dahin nie gekannte Ausmaße angenommen hat; endlich den in neuen Formen sich vollziehenden Aufschwung der Arbeiterbewegung in Europa und ihre enge Verbindung mit dem Proletariat der USSR (Kampf für die Gewerkschaftseinheit, Arbeiterdelegationen nach der USSR usw.)".

Die Resolution weist darauf hin, daß gegen die Blocks der kapitalistischen Staaten unter der Hegemonie Englands und Amerikas, deren Bildung von einer immensen Steigerung der Rüstungen begleitet ist und die deshalb die ungeheure Gefahr neuer Kriege, darunter auch die Gefahr einer Intervention in sich schließen, sich eine Annäherung des Proletariats der führenden Länder an das Proletariat der USSR herausbildet, vor allem unter der Losung eines Kampfes um den Frieden, eines Kampfes gegen neue imperialistische Kriege und bewaffnete Angriffe gegen die USSR. — In Würdigung dieser Dinge beauftragt der Kongreß das ZK, sich in seiner Politik durch folgende Grundsätze leiten zu lassen:

„a) in jedweder Weise das Bündnis des Proletariats der USSR, als die Basis der Weltrevolution mit dem westeuropäischen Proletariat und den unterdrückten Völkerschaften zu festigen und den Kurs auf die Entwicklung und den Sieg der proletarischen Weltrevolution zu richten;

b) eine Friedenspolitik zu führen, die im Mittelpunkte der gesamten Außenpolitik der Regierung stehen und ihre wichtigsten Handlungen bestimmen muß;

c) den wirtschaftlichen Aufbau unter dem Gesichtspunkt zu leiten, daß die USSR sich aus einem Lande, das bisher noch Maschinen und Ausrüstungsgegenstände einführt, in ein Land verwandelt, das selbst Maschinen und Ausrüstungsgegenstände produziert, damit die USSR angesichts der kapitalistischen Einkreisung sich nicht in ein wirtschaftliches Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft verwandelt, sondern eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, die sich sozialistisch aufbaut und dank ihrem wirtschaftlichen Wachstum fähig

ist, als machtvolles Mittel zur Revolutionierung der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völkerschaften der Kolonien und Halbkolonien zu dienen;

d) nach Möglichkeit wirtschaftliche Reserven anzuhäufen, die das Land vor allen Zufällen sowohl auf dem Innen- wie Außenmarkte bewahren sollen;

e) alle Maßnahmen zu treffen zur Hebung der Wehrfähigkeit des Landes und zur Hebung der Schlagkraft der Roten Armee und der Roten See- und Luftflotte."

Nach dem Bericht über die Tätigkeit der Delegation der KP der Sowjetunion (B) im Exekutivkomitee der Komintern beschloß der 14. Kongreß:

„1. im großen und ganzen die Tätigkeit der Delegation der KP der Sowjetunion (B) im EKKI zu billigen;

2. zu konstatieren, daß die Delegation der KP der SU (B) dazu beigetragen hat, die gefährlichen Abweichungen in einer Reihe von Bruderparteien (in der tschechoslowakischen, deutschen, polnischen usw.) unter den Bedingungen einer teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus im Westen zu überwinden;

3. die Delegation der KP der SU (B) zu beauftragen, auch weiterhin diesen Kampf sowohl gegen die rechten wie auch gegen die ultralinken Abweichungen von der richtigen marxistischen Linie fortzusetzen;

4. die Delegation zu beauftragen, ihren Kampf für die Gewerkschaften und ihre Einheit, sowie für die Eroberung der breiten Massen der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter zu steigern;

5. die Delegation der KP der SU (B) zu beauftragen, eine Stärkung des Apparates der Kommunistischen Internationale anzustreben und dabei die Linie eines steigenden Einflusses der ausländischen Parteien in der Leitung der Kommunistischen Internationale innezuhalten."

Wirtschaftsfragen

Die Lösung von Fragen der Wirtschaftspolitik der USSR unter den Bedingungen der NEP rückte in den letzten Jahren in stetig zunehmendem Maße in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei. Sie bildete eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Festigung der inneren wie der äußeren Stellung der Sowjetunion und den Ausgangspunkt eines weiteren sozialistischen Aufbaues im Lande. Die Partei räumt diesen Fragen einen wichtigen Platz in ihren Kongressen und Konferenzen sowie in den Sitzungen ihrer Zentralinstanzen ein.

Nach zwei Richtungen hin versucht die Partei diese Fragen zu lösen: *erstens in der Richtung einer Stärkung unserer sozialistischen Staatsindustrie*: in der Steigerung der Produktivität der Arbeit, der Industrialisierung des

Landes, der Wiederherstellung und Erweiterung des Grundkapitals, mit einem Worte in der Richtung alles dessen, was zur Hebung des technischen Niveaus der Produktion und einer besseren Ausnützung der vorhandenen Produktionskräfte beiträgt; und zweitens in der Richtung der Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft und, als eine der notwendigen Forderungen hieraus, in der Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Bündnisses.

Wir wollen uns hier nicht mit der ganzen komplizierten Verflechtung der Fragen beschäftigen, die die Partei in dieser Zeit in ihrer laufenden Arbeit berühren mußte, und werden nur die wichtigsten, auf den letzten Kongressen und Konferenzen angenommenen Beschlüsse zusammenfassen.

Die 13. Parteikonferenz, die im Januar 1924 tagte, versammelte sich nach der Diskussion über innerparteiliche Fragen und Fragen der Wirtschaftspolitik. Nach Anhörung des Berichtes des Genossen Rykow über die Aufgaben der Wirtschaftspolitik und der Ausführungen der Vertreter der Opposition (Pjatakow, Preobraschenski u. a.) betonte die Konferenz in einer einstimmig angenommenen Resolution, daß „bei der Lösung der laufenden Fragen der Wirtschaftspolitik die Partei von ihrer für die gegebene historische Periode grundlegenden Aufgabe einer tatsächlichen Verwirklichung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft, einer Vereinigung von Stadt und Land, von nationalisierter Industrie und bäuerlicher Wirtschaft" ausgehen müsse, und weist auf den Umstand hin, den schon der 12. Parteikongreß in seiner Resolution über die Organisation der Industrie betont hat, „daß dem Tempo der Entwicklung unserer Staatsindustrie objektive Grenzen gezogen seien, die durch den Stand der bäuerlichen Wirtschaft bestimmt werden, und daß eine sorgfältige Anpassung der ganzen Wirtschaftspolitik an das Entwicklungsniveau der bäuerlichen Wirtschaft die wichtigste Aufgabe bildet, deren unrichtige Lösung unvermeidlich verderbliche Folgen nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet nach sich ziehen muß." (Bulletin der 13. Konferenz der KP der SU (B), S. 204). Bei der Charakterisierung der wirtschaftlichen Krise am Ende des Jahres 1923 weist die Konferenz darauf hin, daß „diese Krise gekennzeichnet wird durch den Abstand zwischen den unverhältnismäßig hohen Preisen für Industrieprodukte und den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte. Die auf der Grundlage des städtischen, viel kaufkräftigeren Marktes emporgewachsene Industrie konnte im Augenblicke der Realisierung der Ernte ihre Waren bei dem weniger zahlungsfähigen Massenverbraucher, der Bauernschaft, nicht absetzen. Indem sie die Erfolge in der Wiederaufrichtung der Industrie und des Transportes, wie der Landwirtschaft feststellt, die in der Zeit der neuen

ökonomischen Politik erreicht wurden, weist die Konferenz darauf hin, daß „die jetzige Krise (Ende 1923) keineswegs verglichen werden kann mit jenen Waren- und Getreidekrisen, die das Land in den Jahren 1919—21 heimgesucht haben. Die Krise ist das Resultat der Disharmonie zwischen diesen einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft und in erster Linie das Resultat des Unvermögens unserer Staatsindustrie und unseres Handels, sich einen Weg zum bäuerlichen Massenmarkt zu bahnen." (Bulletin, S. 206.)

In dem der Landwirtschaft gewidmeten Paragraphen weist die Konferenz auf die Wege, die zu einer Förderung der bäuerlichen Wirtschaft führen, hin und bemerkt, daß hier ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung der rückständigen Völkerschaften in einzelnen Grenzgebieten und Republiken gerichtet werden müsse, und weist weiter darauf hin, daß „eine möglichst weitgehende Förderung der bäuerlichen Wirtschaft nicht nur im allgemeinen Interesse der Sowjetmacht, sondern auch im Interesse einer schnelleren Entwicklung der Industrie selbst erforderlich ist."

Indem sie die Erfolge der Staatsindustrie feststellt, weist die Konferenz darauf hin, daß „die gegenwärtige Krise auch auf diesem Gebiet eine Reihe ungesunder Erscheinungen aufgedeckt hat." Die unrichtige Anwendung der Direktive des 12. Kongresses über die Notwendigkeit eines Hinstrebens zur Rentabilität durch eine Reihe von Wirtschaftsorganen führte zu einem außerordentlichen Ansteigen der Preise bis zu einer Höhe, wo die Waren angesichts der geringen Kaufkraft des Bauernmarktes unverkauft blieben, was viele Unternehmungen vor die Gefahr einer Einschränkung der Produktion stellte. Daraus die Schlußfolgerung, daß „es im weiteren notwendig ist, in erheblich größerem Maße die Preispolitik mit dem überaus wichtigen bäuerlichen Markte in Einklang zu bringen und das Entwicklungstempo der Industrie strenger als bisher der allgemeinen Entwicklung der Aufnahmefähigkeit des bäuerlichen Marktes anzupassen". Besondere Aufmerksamkeit wird in der Resolution der Konferenz den Fragen des Arbeitslohnes sowie der Heranziehung neuer Organisatoren aus der Mitte der Arbeiter, die den Posten von Leitern der Staatsindustrie einnehmen könnten, sowie den Fragen der Heranziehung breiter Arbeitermassen zur Erörterung der laufenden Fragen des Wirtschaftslebens zugewandt.

Zur Frage des Außenhandels bemerkte die Konferenz, daß „das Monopol des Außenhandels als, vornehmlich in der Periode der NEP, wichtigstes Element der Wirtschaftspolitik der Partei auch weiter beibehalten werden muß." Ein besonderer Platz ist in der Resolution auch der Frage des Innenhandels und der Genossenschaften eingeräumt, die während der Krise gezeigt haben, daß sie noch nicht auf der Höhe der ihnen gestellten Aufgaben stehen. Bezüglich der Frage des

Privatkapitals weist die Konferenz darauf hin, daß „das Staatskapital sich nicht zur Aufgabe stellen kann, eine unverzügliche Herstellung unmittelbarer Verbindungen mit der ganzen Hundertmillionenmasse der zerstreuten bäuerlichen Produzenten zu erreichen, doch sind auch auf diesem Gebiete dem Anwachsen des Privatkapitals Grenzen zu ziehen durch eine Hebung der wirtschaftlichen Rolle der Genossenschaften sowie des staatlichen Handels und der Anpassung derselben an die Bedürfnisse und die Bedingungen des ländlichen Warenumsatzes." Weiter weist die Resolution darauf hin, daß „eine der wichtigsten Bedingungen für die Stärkung unserer Positionen gegenüber dem Privatkapital die Preispolitik ist."

Auf dem Gebiete der Finanzpolitik wird betont, daß „schon die Einführung der Tscherwonezvaluta die Rechnungslegung und folglich auch die planmäßige Leitung der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit wie auch der einzelnen Unternehmungen wesentlich erleichtert hat." (Von 350 Millionen des Gesamtbetrages des Geldumlaufes zu Beginn 1924 betrug der Tscherwonezumlauf gegen 270 Millionen, d. i. ungefähr $^4/_5$.) „Doch nur die Vollendung der Geldreform" d. i. der endgültige Uebergang zu einer festen Valuta, „wird auf Grund einer stabilen Geldeinheit gestatten, reale Finanzpläne für Industrie und Handel auszuarbeiten, eine richtige Kalkulation durchzuführen und eine wirkliche Rechnungslegung zu organisieren. (Bulletin, S. 212/13.)

In der Resolution der Konferenz wird weiter von der Notwendigkeit der Steigerung des Prinzips der Planmäßigkeit gesprochen, zu welchem Zwecke „der Staatlichen Planwirtschaftskommission (Gosplan) wirklich jener Platz eingeräumt werden muß, auf den in der Resolution des 12. Parteikongresses hingewiesen wird."

Der 13. Parteitag (Mai/Juni 1924), der erste Kongreß nach dem Tode des Genossen Lenin, beriet die Frage des Innenhandels und der Kooperation. Genosse Kamenew als Referent betonte, daß „der Handel zur Zeit als das wichtigste Kettenglied anzusehen ist, das es auf der gegebenen Entwicklungsstufe unserer Wirtschaft in der Richtung zum Sozialismus zu erfassen gilt." (Stenogr. Bericht des 13. Kongresses, S. 381.) Die Herbstkrise des Jahres 1923 zeigte die dringende Notwendigkeit, dieser Frage spezielle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Kongreß wies darauf hin, daß „die Politik der Preissenkung und die Eroberung des bäuerlichen Millionenmarktes durch die Staatsindustrie, die von der Partei durchgeführt wird, sich durchaus rechtfertigt. Dieser Politik muß eine sorgfältige und möglichst genaue Berechnung der Bedürfnisse des Marktes und eine planmäßig vorbereitete Befriedigung derselben zugrunde gelegt werden. Allein durch eine solche Politik ist die systematische Verwirklichung der Aufgabe einer Verdrängung des privaten Handelsapparates und des Ersatzes

desselben durch den staatlichen Handel und die Genossenschaften möglich." Der Kongreß billigte die Schaffung eines besonderen Volkskommissariats für den Innenhandel.

In der Resolution über das Genossenschaftswesen weist der Kongreß darauf hin, daß „die ganze Bedeutung der Aufgabe des Genossenschaftsaufbaues auch aus dem Grunde begriffen und anerkannt werden muß, weil es auf dem Gebiete der Wirtschaft vollständig klar ist, daß unser weiteres Vorrücken zur sozialistischen Wirtschaft von zwei parallelen Momenten bestimmt werden wird: durch die Erfolge der staatlichen Großindustrie einerseits und durch die Erfolge des Genossenschaftswesens andererseits". Indem der Parteitag die Bedeutung der Genossenschaften für die Zusammenarbeit der Staatsindustrie mit der Landwirtschaft betont und die Verschiedenheit der Aufgaben der Genossenschaften in der Periode der NEP und in der Periode des Kriegskommunismus, wie auch ihre wichtigsten Mängel in Stadt und Land feststellt, weist der Kongreß auf eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung des Genossenschaftswesens hin. Hierher gehören in erster Linie die Durchführung einer Dezentralisation mit Ueberlassung eines Maximums an Selbständigkeit an die niederen Genossenschaftsorgane, die Beschleunigung des Uebergangs zur freiwilligen Mitgliedschaft, die Vereinfachung des Apparates und die Verringerung der Unkosten in den Genossenschaften und eine Reihe anderer Maßnahmen.

Die 14. Parteikonferenz, die darauf hinwies, daß wir „in der Diktatur des Proletariats, wie es sich erweist, alle notwendigen Handhaben besitzen, um eine vollkommene, sozialistische Gesellschaft aufzubauen, indem wir alle und jegliche inneren Schwierigkeiten überwinden, und zwar aus eigener Kraft überwinden können und müssen" — (aus dem Bericht des Genossen Stalin „Zu den Ergebnissen der Arbeiten der 14. Konferenz der KPR (B)") — erörterte die Frage „des Lebensnervs unserer Industrie — der Metallurgie". In einer speziellen Resolution über die Metallindustrie nach dem Referat des Genossen Dzershinski betonte die Konferenz die Bedeutung der Metallindustrie für das Wachstum der ganzen Industrie und der Volkswirtschaft und wies auf eine Reihe von Maßnahmen zu deren beschleunigter Hebung hin.

Das Referat des Genossen Kamenew über den Wirtschaftsaufbau wurde von der Tagesordnung abgesetzt und es wurde vom Kongreß beschlossen: „die Fragen des Wirtschaftsaufbaues auf Grundlage der in der Resolution nach dem Bericht des ZK angenommenen Thesen durchzuarbeiten und der ordentlichen Parteikonferenz zur Erörterung vorzulegen." (Stenogr. Bericht des 14. Kongresses, S. 717.)

Der 14. Kongreß gab in der Resolution zum politischen Bericht des ZK allgemeine Hinweise für die Lösung der wichtigsten Fragen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und zwar verwies die Resolution auf die Notwendigkeit, der USSR die wirtschaftliche Selbständig-

keit zu sichern, die sie vor einer Umwandlung in ein Anhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft bewahrt, zu welchem Zwecke der Kurs auf die Industrialisierung des Landes, auf die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln und die Bildung von Reserven für ein wirtschaftliches Manövrieren zu richten sei. Gleichzeitig wurden die Abweichungen einiger Parteimitglieder in der Beurteilung des Staatskapitalismus und die Irrtümer unterstrichen, die im Sommer 1925 bei der Feststellung der Kontrollziffern für 1925/26 begangen wurden, sowie die Frage der Tendenzen des Wachstums einzelner sozialer Gruppen im Dorfe einer gründlichen Diskussion unterzogen.

Das Aprilplenum (1926) des ZK der KP der SU (B) erläuterte einerseits die Beschlüsse des 14. Parteikongresses über die Industrialisierung und nahm anderseits eine Reihe von Beschlüssen an, die eine Antwort auf die Fragen der laufenden Wirtschaftspolitik gaben.

In seinem Berichte über die Ergebnisse des Aprilplenums bemerkt Genosse Rykow richtig, daß „das, was früher lediglich eine Prognose für die Zukunft bildete, jetzt als aktuelle, praktische Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik dasteht. Die wirtschaftlichen Fortschritte ermöglichen es jetzt, die Frage der Industrialisierung praktisch auf die Tagesordnung zu setzen; wenn man in der ersten Periode der NEP mit der Landwirtschaft und der Kleinindustrie beginnen und dabei die Entwicklung dieses Teiles der Volkswirtschaft allseitig unterstützen mußte, so ist jetzt das Schwergewicht auf die Industrie zu legen, allerdings unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer Anpassung der Entwicklung derselben an die Entwicklung der Landwirtschaft."

Als wichtigste Voraussetzungen für die Verwirklichung der Industrialisierung bezeichnet die Resolution des Plenums des ZK Steigerung des Ausmaßes und des Tempos der Akkumulation, die die Steigerung der Planmäßigkeit, die Verbesserung der Wirtschaftsmethoden und die Bildung genügender Manövrierreserven. Die wichtigste dieser Voraussetzungen sei die Steigerung des Ausmaßes und des Tempos der Akkumulation. Die Resolution bemerkt, daß „die Industrie das aus der bürgerlichen Epoche übernommene Grundkapital fast vollkommen ausgenützt hat und für die fernere Entwicklung der Notwendigkeit gegenübersteht, die Neuausrüstung der Unternehmen und den Aufbau neuer Fabrikanlagen vorzunehmen, was seinerseits voll und ganz *von dem Ausmaß jenes neuangelegten Kapitals abhängt, das für den Zweck der Erweiterung der Industrie angelegt werden kann*".

Als praktische Aufgabe auf dem Wirtschaftsgebiete für die nächste Zeitperiode bezeichnet das Plenum des ZK es als notwendig, „eine Uebereinstimmung der Menge des im Lande zirkulierenden Geldes mit der umgesetzten Warenmenge zu erreichen." „Auf dem Gebiet der Warenzirkulation ist es notwendig, eine bedeutende Senkung der

Kleinhandelspreise zu erreichen. Unter Berücksichtigung des Abstandes der Kleinhandelspreise von den Großhandelspreisen „gewinnt die Frage der Organisierung des Marktes und der Kampf um die Senkung der Kleinhandelspreise eine außerordentliche Wichtigkeit." In der Frage des Arbeitslohnes ist das Plenum der Meinung, daß „die von der Partei angewandten Maßnahmen darauf gerichtet sind, daß das erreichte Niveau des Arbeitslohnes real gesichert wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen entsprechend dem allgemeinen Anwachsen der Produktivkräfte und der Entwicklung der Industrie und dem Anwachsen der Produktivität der Arbeit ist es notwendig, eine weitere Hebung des Arbeitslohnes zu gewährleisten." Des weiteren wandte das Plenum seine spezielle Aufmerksamkeit der Frage der Kapitalaufwendungen der Industrie, der Bildung einer speziellen Reserve im Staatsbudget und der Bildung einer Reserve für den Außenhandel zu.

Ueber die Arbeit im Dorfe

Die Fragen der Arbeit im Dorfe waren in der einen oder anderen Form Gegenstand der Erörterung auf allen letzten Kongressen und Konferenzen der Partei.

Der 13. Kongreß wies, nachdem er das Referat des Genossen Kalinin über die Arbeit im Dorfe und das Korreferat der Genossin Krupskaja über die Kulturarbeit im Dorfe entgegengenommen hatte, in seiner Resolution über die Arbeit im Dorfe darauf hin, daß „die Politik der NEP in der Hauptsache sich auch im Dorfe gerechtfertigt hat: Die Produktivität der Landwirtschaft und der Wohlstand der breiten Bauernmassen ist, wenn auch in langsamem, so doch in ununterbrochenem Vorwärtsschreiten begriffen." Der Kongreß wies auf die Eigenartigkeit der im Dorfe sich vollziehenden Differenzierung hin, die darin besteht, daß nicht der Boden, sondern in der Mehrzahl der Fälle das Vieh und das Inventar, in ein Mittel der Akkumulation verwandelt wird, das zur Ausbeutung der Dorfarmut dient. Gleichzeitig betont der Kongreß die Steigerung der Kollektivformen der Arbeit im Dorfe. Die Resolution weist darauf hin, daß „in der wirtschaftlichen Entwicklung des Dorfes zwei Entwicklungslinien zu verzeichnen sind: die eine ist die kapitalistische, wo an einem Pole sich das Kapital, am andern die Lohnarbeit, die Armut, ansammelt. Die zweite Entwicklungslinie führt über die verständlicheren, leichteren und der Bauernschaft zugänglicheren Methoden der Kooperation zum Sozialismus. Das Bestehen der Sowjetherrschaft, die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, die Konzentrierung des Kredits in den Händen des Arbeiter- und Bauernstaates, die staatliche Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft, erleichtern die Entwicklung der Landwirtschaft gerade in der zweiten Richtung." Die

Resolution weist darauf hin, daß „die gegenwärtige Lage des Dorfes mit ungewöhnlicher Klarheit die Richtigkeit des von Lenin (in seinem letzten Artikel „über das Genossenschaftswesen") bezeichneten Weges dartut, und fordert die Konzentrierung der Hauptaufmerksamkeit der Partei auf die Kooperierung der Kleinproduzenten, die bei dem Aufbau des Sozialismus eine gigantische Rolle zu spielen hat." Die Resolution beschäftigt sich speziell mit den Methoden der Sicherung einer Beteiligung der Dorfarmut an den Genossenschaften und mit der Tätigkeit der Bauernkomitees für gegenseitige Hilfe. Der Kongreß behandelt die Frage der Entwicklung der Bodenbearbeitung sowie der Arbeiten des Allr. Verb. der Land- und Forstarbeiter und der Methoden, mit denen der Aufschwung in der gesellschaftlichen Aktivität der Dorfintelligenz ausgenützt werden kann.

Die 14. Parteikonferenz wandte in ihrer Arbeit gleichfalls ihre besondere Aufmerksamkeit der Politik der Partei im Dorfe zu. Die Konferenz betonte die Unrichtigkeit der Schlußfolgerung, daß angesichts der im Dorfe sich vollziehenden Differenzierung die Hauptaufgabe der Partei darin bestehe, den Klassenkampf im Dorfe zu entfachen. Die Konferenz wies darauf hin, daß die Hauptaufgabe der Zusammenschluß der Mittelbauern mit dem Proletariat sei, damit die Arbeiterklasse sich „mit der Hauptmasse des Bauerntums zusammenschließen, das materielle und kulturelle Niveau derselben gehoben werden und die Arbeiterklasse zusammen mit dieser Hauptmasse den Weg zum Sozialismus beschreiten kann. Die Hauptsache besteht darin, daß der Sozialismus im Verein mit der Bauernschaft, unbedingt im Verein mit der Bauernschaft und unbedingt unter der Leitung der Arbeiterklasse aufgebaut wird, denn die Leitung der Arbeiterklasse bildet die Hauptgarantie dafür, daß der Aufbau sich auch in der Richtung des Sozialismus vollziehen wird. Das ist jetzt die Hauptaufgabe der Partei." (I. Stalin „über die Ergebnisse der Arbeiten der 14. Konferenz der KPR.) Im Zusammenhange mit dieser Aufgabe muß die Partei durch die Kredit-, Landwirtschafts-, Konsum- und gewerblichen Genossenschaften die Hineinziehung der bäuerlichen Wirtschaft in das allgemeine System der Sowjetwirtschaft zu erreichen suchen, und auf dieser Grundlage die bäuerliche Wirtschaft und die Hebung des Wohlstandes der Mehrzahl der Bauern fördern. Diese Methode ist jener entgegengesetzt, vermittels der der Kapitalismus sich bemühte, die bäuerliche Wirtschaft in das System der kapitalistischen Entwicklung einzufügen.

Das zweite, was die Partei unter den neuen Bedingungen erreichen muß, ist die unbedingte Liquidierung der alten Methoden der Verwaltung und Leitung im Dorfe. Notwendig ist die Verwirklichung einer wahren Sowjetdemokratie, die Verwandlung der Sowjets in wirklich gewählte Organe. Es ist notwendig, diesen Weg zu beschreiten, um der Partei eine bedeutende aktive Anhängerschaft aus der partei-

losen Bauernschaft zu schaffen; zur Verwirklichung dieser Aufgaben ist ein Umbau der Parteileitungen im Dorfe erforderlich sowie hartnäckige Kämpfe gegen bürokratische Auswüchse der Verwaltung. Die Konferenz faßte Beschlüsse über die Erweiterung des Pachtrechts und des Rechtes zur Beschäftigung von Lohnarbeitern sowie über die Unterstützung des Heimgewerbes, Beschlüsse, die auf die Hebung der Produktivkräfte des Dorfes abzielen.

Der 14. Parteikongreß billigte in der Resolution zum Bericht des Zentralkomitees voll und ganz den Beschluß der 14. Parteikonferenz zur Bauernfrage. „Der Kongreß konstatiert, daß nur diese Wendung in der Parteipolitik, die aus dem veränderten Verhältnis zwischen den Klassen resultiert, die Lage im Dorfe in grundlegender Weise gebessert hat, die Autorität des Proletariats und seiner Partei unter der Bauernschaft gehoben und eine solide Grundlage für eine breitangelegte organisatorische Arbeit zur Heranziehung der Bauernschaft zum sozialistischen Aufbau geschaffen hat." Der Kongreß billigte voll und ganz die Beschlüsse des Oktoberplenums des ZK (1925) über die Arbeit unter der Dorfarmut. Indem er speziell die Beschlüsse des ZK über die materielle Förderung der Dorfarmut und über die Organisation von Gruppen der Dorfarmut billigte, betonte der Kongreß, daß hier auch keine Rede sein könne von einer Rückkehr zu den Armenkomitees, ebensowenig von einer Rückkehr zum System des Druckes aus der Periode des Kriegskommunismus, zur Praxis der „Entkulakisierung" usw. Es handelt sich um die Organisierung der Dorfarmut, die mit Hilfe der Partei und der Staatsgewalt in ihrem Kampfe an der wirtschaftlichen und politischen Front (Kommunalwirtschaften, Artels, Genossenschaften, Bauernkomitees, Sowjets) die Reste ihrer Psychologie des Dahinvegetierens überwinden muß, den Weg einer organisierten Klassenabwehr gegen den Kulak betreten und sich in eine verläßliche Stütze der proletarischen Politik in ihrem Kampfe für die Zusammenschließung des Mittelbauern um das Proletariat verwandeln muß. (Stenogr. Bericht des 14. Kongresses S. 961/62.) Der Kongreß betonte noch einmal die Notwendigkeit des Kampfes für den Mittelbauern als der zentralen Figur der Landwirtschaft.

Unter den anderen Fragen, die auf dem 13. Kongreß erörtert wurden, ist die Resolution über die Herausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrichs Engels hervorzuheben, die nach der Mitteilung des Gen. Rjasanow über die neu entdeckten Manuskripte von Marx angenommen wurde, und in der der Kongreß das Zentralkomitee beauftragt, nach Vereinbarung mit dem Exekutivkomitee der Komintern alle Maßnahmen zu treffen für eine beschleunigte Herausgabe einer vollständigen Sammlung der Werke von Marx und Engels in russischer und in anderen Sprachen.

Der Kongreß nahm eine Resolution über die Arbeit des

Lenin-Institutsan, das um die Zeit der Kongreßtagung eröffnet wurde; indem er die vom Institut geleisteten Vorarbeiten billigt, „bezeichnet der 13. Kongreß als die erste und wichtigste Arbeit eine durchaus wissenschaftliche und sorgfältige Ausgabe sämtlicher Werke Lenins und die Einrichtung einer Lenin-Bibliothek für breitere Arbeitermassen aus den ausgewählten Werken Lenins in den Sprachen aller die USSR bewohnenden Völkerschaften."

Der 14. Parteikongreß behandelte auch die Frage der Gewerkschaftstätigkeit. Indem sie den Aufstieg des Proletariats der Sowjetunion sowohl in qualitativer wie in quantitativer Beziehung, der mit einer Steigerung seiner Aktivität Hand in Hand geht, betont, weist die Resolution darauf hin, daß „unsere Gewerkschaften mehr als je eine Schule des Aufbaues, der Initiative, der Aktivität, des Zusammenschlusses der Arbeiterkräfte, einer durchgehenden Organisierung derselben, und ebenso eine Schule zur Heranziehung immer breiterer Massen der Werktätigen zum Aufbau des Sozialismus, eine Schule zur Hebung der Kultur, des Kampfes gegen bürokratische Auswüchse, mit einem Worte — eine wirkliche Schule des Kommunismus darstellen müssen." Der Kongreß stellte die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in den drei letzten Jahren fest, verweilte eingehend bei den einzelnen Zweigen der Gewerkschaftsarbeit und wies darauf hin, daß „die Resolution des 11. Parteikongresses über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften, die gleich im Anfange der NEP gefaßt wurde, durch das Leben auf jedem Schritte bestätigt worden sei. Der 14. Kongreß der KP der SU (B) geht bei der Bezeichnung der Gewerkschaftsaufgaben für die Zeit des ersten Jahrfünfts der NEP vollkommen von den allgemeinen Einschätzungen und Prinzipien aus, die der Resolution des 11. Kongresses zugrunde liegen. Indem er eine ganze Reihe von wunden Stellen in den Gewerkschaften, wie Veruntreuungen, schwache Rechenschaftslegung usw. feststellt, wies der Kongreß auf die Notwendigkeit eines entschiedenen Kampfes gegen dieselben hin. Des weiteren behandelt der Kongreß eingehend die Fragen der Heranziehung der befähigten Arbeiter, Fragen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Verbände, der Produktionskonferenzen, die Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsorganen, die Tarifarbeit der Gewerkschaften, die Kulturarbeit und die Tätigkeit im Dorfe, die Tätigkeit unter den werktätigen Frauen und der Jugend und die Wechselbeziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Der Kongreß weist darauf hin, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben lediglich unter der Leitung der KP der SU (B) als der Avantgarde und Leiterin der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit, erfüllen können. Die Aufgabe der Partei in ihrer Gesamtheit, wie der einzelnen Parteiorgane ist, eine richtige, systematische Leitung der Gewerkschaften zu gewährleisten, indem sie sie durch die entsprechenden kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen verwirklicht. Die Resolution warnt jedoch

vor einer kleinlichen Einmischung der Parteiorgane in die alltägliche Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen.

Der 14. Kongreß nahm auch den Bericht des Genossen Bucharin über die Arbeit im Kommunistischen Jugendverband entgegen.

Die vom Kongreß angenommene Resolution wurde den Arbeiten des letzten Kongresses des Kommunistischen Jugendverbandes zugrunde gelegt.

Der Leninistisch-Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion

Die Gewinnung der gesamten Arbeiterjugend für den Verband und ihre kommunistische Erziehung war und ist das Kernproblem der Arbeit des Jugendverbandes. Nur unter der Voraussetzung des Vorhandenseins starker proletarischer Kaders konnte der Verband seine Arbeit auf dem Dorfe entwickeln und Hunderttausende bäuerlicher Jugendlicher in seine Reihen ziehen.

Die praktische Arbeit des Verbandes zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend hat sich in folgender Richtung entwickelt:

a) Steigerung der Zahl der im Produktionsprozeß beschäftigten Jugendlichen, entsprechend dem Wachstum der Industrie, vermittels Einführung diesbezüglicher Gesetze über die Arbeit der Jugendlichen, insbesondere über einer bestimmten Zahl von Jungarbeitern in der Produktion:

b) Hebung ihrer materiellen Lage;

c) möglichst vollständige Durchführung der Gesetzgebung zum Schutze der Jungarbeit;

d) möglichst umfassende berufliche Schulung der Arbeiterjugend durch Fabrikschulen, berufstechnische Schulen, Abendschulen und -kurse;

e) Hebung des allgemeinen kulturellen Niveaus der Arbeiterjugend.

Inwieweit diese Aufgaben erfüllt wurden, läßt sich aus folgenden Ziffern ersehen:

Anfang 1923 waren in der Großindustrie der USSR insgesamt etwa 100 000 jugendliche Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren fest beschäftigt. Anfang 1926 beträgt ihre Zahl gegen 200 000. Erheblich gestiegen ist gleichzeitig auch der Arbeitslohn der Jungarbeiter. Dazu kommt die Einführung eines festen Lohnsystems für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge. Der Arbeitslohn steigt in dem Maße der Arbeitsqualifikation des Lehrlings, und zwar nach dem Schema, daß der Jungarbeiter bei Abschluß der Lehre den Lohn des erwachsenen Arbeiters der betreffenden Qualifikation erhält.

Jedes Frühjahr findet unter unmittelbarer Beteiligung des Verbandes eine ärztliche Einzeluntersuchung der Jungarbeiter statt.

Kranke und gesundheitlich schwache Jugendliche werden in die Kurorte und Erholungsheime geschickt und zu leichteren Arbeiten überführt. Die Entsendung in Erholungsheime und Kurorte geschieht auf Kosten der Organe für Gesundheitsschutz und Sozialversicherung. Außerdem bestehen speziell für die Arbeiterjugend bestimmte Erholungsheime und Sanatorien.

Der vier- und sechsstündige Arbeitstag für die Jugendlichen, der Urlaubsmonat im Jahr, das Verbot der Nachtarbeit und besonders schädlicher Arbeiten usw. sind entsprechend der Sowjetgesetzgebung restlos durchgeführt.

In den Fabrikschulen, die die Grundform der Berufsschulung der Jungarbeiter darstellen, befanden sich 1923 50 000 Schüler, Anfang 1926 bereits 80 760. Im Transportwesen steigt diese Ziffer auf 72 Prozent. Ein gewisser Teil der übrigen Jugendlichen wird von anderen Arten der Berufsschulung erfaßt. In der Produktion beschäftigte Jugendliche, die nicht in eine Schulgattung eingegliedert sind (Fabriksschulen, kollektives und individuelles Unterrichtswesen), bilden eine geringfügige Minderheit.

In den Schulen für berufstechnische Bildung, die ohne unmittelbare Verbindung mit der Produktion einen qualifizierten Arbeiterstamm heranziehen, befinden sich annähernd 30 000 Schüler.

Außerdem wurde ein neuer Schultyp zur Heranbildung von Personal für den Sowjet- und Handelsapparat aus der Arbeiterjugend, die Kontor- und Handelsschulen geschaffen, die in der letzten Zeit immer größere Ausdehnung erlangt haben.

Zur Hebung der beruflichen Qualifikation und des allgemeinen Entwicklungsniveaus der Arbeiterjugend wurde ein sich immer weiter ausdehnendes Netz von berufstechnischen Abendkursen geschaffen, wo der Arbeiterjugend, ohne daß sie aus ihrer Arbeit im Produktionsprozeß herausgerissen wird, technische und allgemeine Kenntnisse vermittelt werden. Im letzten Jahr wurden auf Initiative des Jugendverbandes auch spezielle Abendschulen für die Arbeiterjugend geschaffen.

In den höheren Unterrichtsanstalten, den Arbeiterfakultäten usw. studieren ca. 100 000 jugendliche Arbeiter, aus denen neue Kaders roter Spezialisten als Leiter der sozialistischen Industrie, des Transportwesens und der sonstigen Zweige der Volkswirtschaft hervorgehen.

An dieser gesamten, hier nur in großen Zügen angeführten Arbeit ist der Jugendverband aufs engste beteiligt, zum Teil vollzieht sie sich auch unmittelbar unter seiner Leitung.

Die Arbeit des Jugendverbandes und die Durchführung seiner Linie auf den Gebieten der Arbeit und der Bildung der Arbeiterjugend verläuft durch ein System von Vertretungen des Jugendverbandes in den zahlreichen staatlichen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Die steigende Beteiligung des Jugendverbandes an der Arbeit der Gewerkschaftsverbände geht aus folgenden Ziffern hervor:

Mitte 1924 standen etwa 10 000 jugendliche Arbeiter in der aktiven Gewerkschaftsarbeit. Anfang 1926 war diese Zahl auf 80 000 gestiegen.

Die Entwicklung des Verbandes

In der abgelaufenen Periode ist der Jugendverband quantitativ gewaltig angewachsen, wodurch die Frage der richtigen Leitung der wachsenden politischen Aktivität der Arbeiter- und Bauernjugend in der Richtung zum Kommunismus und der Sowjetmacht praktisch gelöst wurde.

	Mitglieder	Kandidaten	Industrie-arbeiter	Land-arbeiter	Bauern	Sonstige
1. 10. 23	284 544	19 400	—	—	—	—
1. 1. 24	406 660	94 040	154 938	10 116	164 697	76 859
1. 1. 25	1 020 456	120 250	369 560	67 627	450 675	123 594
1. 1. 26	1 640 107	129 412	590 582	126 129	753 817	169 579

Die Entwicklung der Zellen verlief wie folgt:

	Zellen insgesamt	Fabriken u Transport.	Dorf	Sonstige
1. 1. 23	16 496	2078	12 157	1 980
1. 1. 24	23 921	4832	14 065	5 024
1. 1. 25	39 797	6680	21 772	6 165
1. 1. 26	57 137	7972	41 915	7 250

Zur Charakteristik dieser Entwicklung darf nicht übersehen werden, daß der Kommunistische Jugendverband gegen 60 verschiedene Nationalitäten umfaßt, von denen wir nur die Hauptgruppen anführen:

Am 1. Januar 1926	Russen	65%	Ukrainer	12,1%
	Armenier	1,9%	Juden	4%
	Tataren	1,7%	Türken	1,7%
	Georgier	1,8%	Weißrussen	1,6%
	Kirgisen	1,5%	Usbeken	1,2% usw.

Die arbeitende Jugend aller das Territorium der USSR bevölkernden Nationalitäten, mit Ausnahme ganz vereinzelter kleiner Volksstämme im äußersten Norden, steht mehr oder weniger unter dem Einfluß des Verbandes.

Die Zellen des Kommunistischen Jugendverbandes erstrecken sich vom Pamir bis nach Kamtschatka und an die Ufer des Nördlichen Eismeeres. In allen Betrieben, wo Arbeiterjugend vorhanden ist, bestehen Zellen des Jugendverbandes.

Von je 1000 Angehörigen der Arbeiterjugend sind 500 Mitglieder des Verbandes; von je 1000 Angehörigen der Bauernjugend sind 35 Mitglieder des Verbandes.

Die Zunahme der Mitgliederzahl des Jugendverbandes beweist mit größter Anschaulichkeit den steigenden Einfluß des Verbandes auf

die Massen der Arbeiter- und Bauernjugend und ist die beste Bestätigung der kolossalen Arbeit, die der Verband auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend und der Befriedigung ihrer politischen und kulturellen Ansprüche geleistet hat.

Der Kommunistische Jugendverband ist die einzige politische Massenorganisation der Arbeiter- und Bauernjugend in der USSR.

Der Kommunistische Jugendverband auf dem Dorfe

Die Frage der Arbeit auf dem Dorfe wurde nachdrücklich vom Verband auf dem VI. Allrussischen Kongreß im Juli 1924 aufgeworfen. Mit diesem Zeitpunkt setzt eine mächtige praktische Arbeit zur Ausdehnung des Einflusses des Verbandes auf die Massen der bäuerlichen Jugend und zur richtigen Leitung ihrer steigenden politischen Aktivität ein.

Der Verband nimmt unmittelbaren praktischen Anteil an dem Sowjet-, Wirtschafts- und kulturellen Aufbau des Dorfes. Die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes bilden das aktivste gesellschaftliche Element auf dem Dorfe, sie sind die Plänkler der Partei beim sozialistischen Umbau des Dorfes und stehen in engster Verbindung mit den breiten Schichten der Bauernschaft.

Der Kommunistische Jugendverband ist die stärkste Stütze und der wichtigste Helfer der Kommunistischen Partei auf dem Dorfe.

Der Jugendverband umschließt in seinen Reihen die Arbeiter- und die Bauernjugend und erzieht die letztere im Geiste des Vertrauens zu der Führung der Arbeiterklasse. Damit bildet der Verband ein lebendiges Beispiel für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft unter der Führung des Proletariats.

Die Linie und die Aufgaben der Partei sind zugleich auch die Aufgaben des Jugendverbandes.

Wie groß der Einfluß und die Bedeutung des Jugendverbandes auf dem Dorfe ist, läßt sich aus der von ihm geleisteten praktischen Arbeit ersehen.

Die Zellen des Verbandes entfalten auf dem Dorfe eine umfangreiche soziale Arbeit auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, der genossenschaftlichen Erfassung der Bauernwirtschaft, der Einführung neuer Methoden in die Landwirtschaft. Dazu kommt eine ausgedehnte agronomische und kulturelle Aufklärungsarbeit.

Von den Mitgliedern der Dorfsowjets sind 4 Prozent Jungkommunisten. Häufig sind Mitglieder des Jugendverbandes Sekretäre der Dorfsowjets. Außerdem arbeiten ganze Gruppen von Jungkommunisten in den Sektionen der Dorfsowjets.

Die Initiative und unmittelbare Leitung einer ganzen Reihe von Wohlfahrtsmaßnahmen im Dorfe (Reparatur der Schulgebäude, Wege, Brücken, Anlage öffentlicher Brunnen usw.) liegt häufig in der Hand der Zellen des Verbandes.

Der Verband hat über 5000 landwirtschaftliche Zirkel organisiert, deren Mitgliedschaft sich nicht nur aus Jungkommunisten und

Bauernjugend, sondern auch aus erwachsenen Bauern zusammensetzt. Die Zirkel leisten eine umfangreiche landwirtschaftliche Musterarbeit. In zahlreichen Fällen sind ganze Dörfer infolge der gutorganisierten Arbeit der Zirkel von ihren alten Wirtschaftsmethoden abgekommen und zu technisch höherstehenden und ertragreicheren Wirtschaftsformen übergegangen.

Ueber die Hälfte der Dorfklubleiter (Lesestuben) sind Jungkommunisten; sie leiten das Bibliothekswesen, die Auskunftsstelle und die sonstige kulturelle Aufklärungsarbeit auf dem Dorfe, wobei ihnen die Lehrerschaft, die Agronomen und die ländliche Intelligenz überhaupt aktiv zur Seite stehen.

Infolge dieser gesellschaftlichen und kulturellen Arbeit im Interesse der ärmsten und der mittleren Bauernschaft, d. h. der breitesten Massen der schaffenden Bauern, genießen die Zellen des Jugendverbandes großen Einfluß auf dem Dorfe. In zahlreichen Fällen wählen die Bauern die Vertreter des Jugendverbandes in den Dorfsowjet, in die Genossenschaftsleitung, in das Komitee für gegenseitige Hilfe und in die sonstigen öffentlichen Organisationen.

Auf Initiative des Verbandes wurde vor zwei Jahren ein neuer Typ der Sowjetschule auf dem Dorfe geschaffen, die Schule der Bauernjugend, die sich die Aufgabe stellt, aus der bäuerlichen Jugend Kultur-Landwirte, öffentliche und genossenschaftliche Arbeiter für das Dorf heranzuziehen.

Die Schule der Bauernjugend gewinnt auf dem Dorfe immer weitere Verbreitung. Zur Zeit bestehen bereits über 350 Schulen mit annähernd 35 000 Schülern.

Die politische Aufklärungsarbeit

Das Hauptaugenmerk des Verbandes bei dieser Arbeit liegt in der politischen Durchbildung der Verbandsmitglieder. Von großer Bedeutung war die Ausarbeitung eines einheitlichen Systems für die politische Bildung der Verbandsmitglieder, wozu unter Berücksichtigung des politischen Niveaus der Lernenden die erforderlichen Lehrbücher und Lehrmittel geschaffen wurden.

1923/24 nahmen an den politischen Unterrichtskursen 192 000 städtische Jungkommunisten teil. Auf dem Dorfe fehlte eine systematische Arbeit noch gänzlich.

1925/26 nehmen an dem politischen Unterricht in den Zellen und Klubs des Verbandes über 700 000 Jungkommunisten teil, d. h. etwa 90 Prozent der städtischen Mitglieder des Verbandes.

Auf dem Dorfe werden die Schulen für politische Aufklärung von 317 000 Verbandsmitgliedern, gleich 35 Prozent der Gesamtzahl der Jungkommunisten auf dem Dorfe besucht, der Rest verteilt sich auf die Zirkel für politische Bildung mit einem speziellen Programm (Unterhaltung, Vorlesen usw.).

Für den politischen Unterricht wurden allein im Jahre 1925 vom Verlag des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes,

der „Jungen Garde", über sechs Millionen Lehrbücher herausgegeben, d. h. das Vierzigfache der vorjährigen Auflage.

Abgesehen von dem politischen Unterricht leistet der Verband eine ausgedehnte kulturelle Aufklärungsarbeit, die sich in den Jugendsektionen bei den Arbeiterklubs, in den jungkommunistischen Klubs in der Stadt und in den Lesestuben auf dem Dorfe konzentriert.

Eine genaue Zahl der verschiedenen kulturellen Aufklärungszirkel und Organisationen bei den Jugendsektionen und Lesestuben, deren Zahl einige Tausend beträgt, sowie die Zahl der von ihnen erfaßten kommunistischen und parteilosen Arbeiter- und Bauernjugend läßt sich nicht angeben. Die Gesamtzahl der Teilnehmer beziffert sich ebenfalls auf einige Millionen.

In den letzten Jahren widmet der Verband der körperlichen Erziehung der Jungkommunisten sowie der parteilosen Arbeiter- und Bauernjugend steigende Aufmerksamkeit. Durch seine Vertreter in den Räten für Körperkultur bei den zentralen und lokalen Organen der Staatsmacht beteiligt sich der Verband unmittelbar an der Gesamtleitung des körperlichen Erziehungswesens.

Gegenwärtig bestehen 6370 Zirkel für Körperkultur, von denen die Mehrzahl bei den Fabriken, ein erheblich kleinerer Teil in Dörfern arbeitet. Die Gesamtzahl der von der Körperkulturbewegung Erfaßten beträgt zweieinhalb Millionen. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer in den Körperkulturzirkeln besteht aus Jugendlichen, unter denen die Jungkommunisten einen beträchtlichen Kern bilden. Mit jedem Jahre erfassen die Zirkel für Körperkultur weitere Kreise der Arbeiter- und Bauernjugend.

Der Funktionärkader des Verbandes

Eine so mächtige Organisation wie der Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, der überdies so verschiedenartige und komplizierte Aufgaben obliegen, kann natürlich nur unter der Voraussetzung entsprechend starker und vorgebildeter Führerkaders erfolgreich arbeiten.

Der Verband hat sich denn auch von jeher aufs eingehendste mit der Auswahl und Heranbildung dieser Kaders befaßt und die Gesamtzahl der in den leitenden Organen des Verbandes, sowie in den öffentlichen und staatlichen Organisationen tätigen aktiven Arbeiter beträgt mehrere Hunderttausend. Mit jedem Jahr traten Tausende Jungkommunisten, die in den Reihen des Jugendverbandes die Schule der praktischen öffentlichen Arbeit durchgemacht haben, in die Partei-, Gewerkschafts- und Staatsarbeit ein.

Bei den Komitees und lokalen Organisationen des Verbandes arbeiten verschiedene Funktionärkurse und Kollegien. Ihre Aufgabe ist die Hebung des Gesamtniveaus der Verbandsfunktionäre, die Bearbeitung von Fragen aus der Praxis der Verbandsarbeit und die Steigerung der praktischen Qualifikation.

Die soziale Zusammensetzung des führenden Kaders des Verbands läßt sich aus folgenden Angaben ersehen:

a) In den Gouvernementskomitees des Verbandes befanden sich Anfang 1925 49,2% Arbeiter, 29,6% Bauern, 21,2% Sonstige, 89,5% Mitglieder und Kandidaten der KP der Sowjetunion. Die Neuwahlen in die Gouvernementskomitees Ende 1925 und Anfang 1926 haben die Gruppe der Arbeiter und der Bauern auf Kosten der „Sonstigen" stark anwachsen lassen,

b) unter den Funktionären der Kreis- und Bezirkskomitees befanden sich: 45,8% Arbeiter, 2,3% Tagelöhner, 32,7% Bauern, 19,2% Sonstige, 66,7% Mitglieder und Kandidaten der KP der Sowjetunion;

c) unter den Funktionären der Fabrikzellen-Büros: 85,5% Arbeiter, 3,6% Bauern, 10% Sonstige, 36,7% Mitglieder und Kandidaten der KP,

d) unter den Funktionären der Dorfzellen-Büros: 7,7% Arbeiter, 9,1% Tagelöhner, 76,3% Bauern, 9,9% Sonstige, 9,1% Mitglieder und Kandidaten der KP.

In den führenden Hauptorganen des Verbandes befindet sich, wie wir sehen, ein ausreichendes Kontingent an Arbeiterjugend, sowie an Mitgliedern und Kandidaten der Partei, wodurch die politische Linie der Partei in der praktischen Arbeit des Verbandes gewährleistet wird.

In der letzten Zeit wurde eine beträchtliche Zahl Funktionäre und aktive Parteimitglieder zur Festigung der bäuerlichen Organisationen des Verbandes aufs Dorf abkommandiert. So wurden beispielsweise allein im Sommer 1925 unter der Führung des Zentralkomitees 2000 aktive Arbeiter des Verbandes aufs Dorf entsandt.

Der Verband und die Partei

Der Kommunistische Jugendverband ist eine Kampforganisation für die kommunistische Erziehung der Arbeiter- und Bauernjugend, und arbeitet unmittelbar unter der Leitung der Kommunistischen Partei. Daneben ist der Verband der engste politische Mitarbeiter der Partei und zugleich ihre Reserve, da er den besten Teil seiner Mitglieder für die Parteiarbeit vorbereitet.

Die ständige Parteiführung, sowie das Verständnis und die Durchführung der Parteilinie im Jugendverband spielen eine entscheidende Rolle in der normalen Gesamtentwicklung des Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion.

Diese Tatsache kommt auch in der erheblichen Zunahme der Parteikaders im Jugendverband zum Ausdruck.

So betrug die Zahl der Parteimitglieder im Jugendverband am 1. Oktober 1922 19 947, am 1. Januar 1926 bereits 144 329.

Die Leitung des Jugendverbandes durch die Partei geschieht praktisch durch sein Parteikader und durch die unmittelbare Beteiligung der Parteikomitees an der Arbeit der Verbandkomitees (durch Entgegennahme von Berichten, Diskussion einzelner praktischer Fragen der Verbandsarbeit, Leitung der Schulen und Zirkel für politische Bildung des Jugendverbandes durch Parteimitglieder usw.).

Auf diesem Gebiete sind große Erfolge zu verzeichnen: die gesamte Arbeit des Verbandes, die Arbeit sämtlicher lokalen Organisationen verläuft unter der unmittelbaren Leitung der Parteiorganisation.

Die Verbandskongresse und ihre wichtigsten Beschlüsse

Im Juli 1924 fand der VI. Kongreß des Jugendverbandes statt. Die wichtigsten Entscheidungen der Tagung waren:

a) Der Kongreß sprach sich entschieden gegen die Versuche der Parteiopposition aus, die Parteijugend in einen Gegensatz zu der alten bolschewistischen Garde der Partei zu stellen und sprach dem Auftreten des Zentralkomitees des Jugendverbandes gegen die Trotzkistische Opposition seine volle Billigung aus; gleichzeitig verurteilte der Kongreß die „Neutralitätstheorie" des Verbandes bei der Diskussion der wichtigsten Fragen des Parteilebens.

„Die Erziehung der Mitglieder des Verbandes unter der Führung der Partei und ihrer alten bolschewistischen Garde im Sinne des unversöhnlichen Kampfes gegen alle kleinbürgerlichen Einflüsse, Tendenzen und Abweichungen vom Leninismus, im Geiste der Erfahrung und Traditionen der Partei und des schonungslosen Kampfes der Bolschewiki gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung bilden die Hauptaufgaben des Verbandes, die seine gesamte Arbeit bestimmen." (Aus der Resolution des VI. Kongresses.)

b) Der Kongreß präzisierte die Linie der Arbeit des Verbandes auf dem Dorfe und betonte die Notwendigkeit der Erfassung der steigenden politischen Aktivität der bäuerlichen Jugend vermittels Heranziehung der ländlichen proletarischen und der armen und des besten Teiles der mittleren Bauernjugend in die Reihen des Verbandes.

Die Entfaltung der Arbeit der Dorfzellen in der Richtung der Befriedigung der kulturellen Probleme der Bauernjugend, die Ausdehnung der Arbeit des Verbandes in den öffentlichen Organisationen des Dorfes, die Arbeit im Genossenschaftswesen und die Einführung höherer, landwirtschaftlicher Betriebsformen durch die Steigerung der genossenschaftlichen und agrikulturellen Propaganda (genossenschaftliche Zusammenfassung der Bauernwirtschaften durch die Jungkommunisten, Einrichtung von landwirtschaftlichen Zirkeln und Schulen der Bauernjugend) werden als Aufgaben des Verbandes hervorgehoben.

Der Kongreß stellte die Losung auf: „Der Verband wendet das Gesicht dem Dorfe zu."

c) Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Verbandes durch die verstärkte Einbeziehung der bäuerlichen Jugend behandelte der Kongreß die Frage der praktischen Durchführung der proletarischen Leitung des Verbandes vermittels der Heranziehung der gesamten Arbeiterjugend in den Verband als praktische Losung; ferner die Verstärkung der leitenden Rolle der Partei und die Steigerung der Mitgliederzahl der Partei im Verband, sowie die engere Annäherung der Verbandsorganisationen an die Parteiorganisationen und die Gewährleistung der ständigen Leitung der Verbandsarbeit durch die letzteren.

d) Die weiteren Aufgaben der kommunistischen Kinderbewegung, die organisatorischen Formen, ihre Leitung und die Wechsel-

beziehungen zwischen den Organisationen der jungen Pioniere und dem Verband.

e) Eine Reihe praktischer Fragen der Arbeit des Verbandes auf dem Gebiete der Arbeit und der Bildung der Arbeiterjugend.

f) Weitere praktische Maßnahmen zur politischen Bildungs- und kulturellen Aufklärungsarbeit des Verbandes.

Der VI. Kongreß verfügte die Umbenennung des Verbandes in „Leninistisch-Kommunistischer Jugendverband der Sowjetunion".

Im März 1926 fand der VII. Kongreß des Verbandes statt.

Die Hauptfragen auf dem Kongreß waren:

1. Die Stärkung der Positionen des Leninismus im Kommunistischen Jugendverband, Kampf um die bolschewistische Linie in der Bewegung, Arbeit des Verbandes unter der Leitung der KP der USSR.

2. Weitere Festigung des Verbandes und der proletarischen Führung in ihm, Festigung der proletarischen Basis des Verbandes und Fortführung der intensiven Arbeit unter der bäuerlichen Jugend.

3. Einstellung der Massenarbeit auf die politische und kulturelle Erziehung der Jugend, Befriedigung der wachsenden Ansprüche der Jugend.

4. Wahrung der Errungenschaften des Jugendverbandes auf dem Gebiete der Bildung der Arbeiterjugend; Verbesserung der wirtschaftlichen Arbeit des Verbandes, entsprechend dem wirtschaftlichen Aufschwung der USSR.

5. Festigung der Kommunistischen Kinderbewegung.

6. Festigung und Erweiterung des Einflusses der Kommunistischen Jugendinternationale in den Ländern des Westens und Ostens und der Verbindung des Leninistisch-Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion mit der Kommunistischen Jugendinternationale.

Auf den Beschlüssen des VII. Kongresses beruht der Ausbau der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes in der gegenwärtigen Periode.

Die Zentrale Kontrollkommission der KP der Sowjetunion und die Arbeiter- und Bauerninspektion

W. MILJUTIN

Die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) und die Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) wurden 1923 auf Initiative des Gen. Lenin und im Einklang mit den Aufgaben, die er der Partei und der Sowjetmacht hinsichtlich der Festigung unserer Parteiorganisation und des Sowjetapparates im Interesse eines weiteren sozialistischen Aufbaus stellte, reorganisiert.

Nach dem XIV. Parteikongreß (1925) besteht die Zentrale Kontrollkommission aus 163 Personen, von denen 69 unmittelbar beim ZKK und den anderen Zentralinstanzen, 43 in den lokalen Kontrollkomissionen und Arbeiter- und Bauerninspektionen arbeiten, während 40 Mitglieder des ZKK im Betriebe stehen und 11 auf dem Dorfe arbeiten.

Die Arbeit der ZKK und ABI entwickelt sich nach zwei Hauptlinien: der Kontrolle der Parteiorganisationen und der Verbesserung und Rationalisierung des Staatsapparates.

Die ZKK stellt sich keine anderen Aufgaben, als diejenigen, die die Partei als ganze hat. Aber die Eigenart der der ZKK der KP der Sowjetunion obliegenden Aufgaben bringt es mit sich, daß die ZKK bei ihrer Unterstützung der Partei hinsichtlich der Festigung der Einheit und der Autorität der KP der Sowjetunion vermittels Bekämpfung von Uebertretungen des Parteiprogramms, des Parteistatuts und der Parteiethik durch Mitglieder der Partei, gleichzeitig über die Durchführung der Parteilinie durch die Sowjetorgane wacht und Maßnahmen zur Verbesserung des Partei- und Sowjetapparates trifft.

Die Arbeit der ZKK innerhalb der Partei gilt in erster Linie der Erhaltung der Parteieinheit und dem Kampf gegen die Verseuchung durch klassenfremde Elemente. Nach dem auf dem XIV. Parteitag erstatteten Bericht wurden von Juli 1924 bis Juli 1925 46 605 Parteimitglieder und Kandidaten in der gesamten USSR zur Parteiverantwortung gezogen, demnach 5,1 Prozent des gesamten Parteibestandes. 1923 wurden 44 043 Personen, oder nach dem damaligen Stande der Partei 10,4 Prozent zur Verantwortung gezogen. Charakteristisch ist, daß im Produktionsapparat stehende Arbeiter und Bauern am seltensten, Angestellte dagegen am häufigsten zur Verantwortung gezogen werden mußten.

1925 wurden 230 000 Parteimitglieder von der ZKK geprüft, von denen 5763, also 2,7 Prozent der Geprüften, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

„Die Partei-Kontrollkommissionen", erklärte Gen. Kuibyschew, der Vorsitzende der ZKK, in seinem Bericht auf dem XIV. Parteikongreß, „gewinnen immer mehr den Charakter von genossenschaftlichen Organisationen, deren Hauptarbeitsmethode nicht so sehr in der Bestrafung, als in der Erziehung und Korrektur der Parteimitglieder besteht, die sich Verfehlungen haben zu Schulden kommen lassen."

Die Arbeit der ZKK verläuft in dieser Richtung und sie hat bewiesen, daß die ZKK eine wirksame Waffe zum Kampf gegen die desorganisierenden oder anderweitig die Existenz und die Tätigkeit der Partei schädigenden Elemente ist. Aber abgesehen davon bearbeitet die ZKK auch Fragen unserer Politik und wacht namentlich über die Wechselbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft

und über die Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern und Bauern. Auf den Plenarsitzungen der ZKK werden die Hauptprobleme, die mit dieser Kardinalfrage zusammenhängen, behandelt.

Um sich mit der Lage auf dem Dorfe vertraut zu machen, wurden Mitglieder der ZKK im Laufe des vergangenen Jahres aufs Land kommandiert und studierten dort das Leben und die Arbeit auf dem Dorfe. Das von ihnen gesammelte Material ist außerordentlich wertvoll für die Beurteilung der Arbeit der Parteiorganisationen auf dem Lande, der Dorfsowjets und der Kreisexekutivkomitees.

Die zweite Aufgabe der ZKK und der ABI betrifft die Verbesserung unseres Sowjetapparates. Daß unser Apparat außerordentlich viele bürokratische Elemente enthält, wußten wir natürlich, aber es liegt auf der Hand, daß die Schaffung eines mustergültigen Arbeiter- und Bauernstaatsapparates außerordentlich schwierig ist. Namentlich in den Jahren des Bürgerkrieges. In der ersten Zeit herrschte zweifellos eine Zersplitterung der Arbeit, sowohl hinsichtlich der Untersuchungsobjekte als auch der Bearbeitungsmethoden dieses Materials und der Durchführung der Beschlüsse. Die Hauptprobleme waren: *erstens das Problem der Entwicklung der Landwirtschaft und der Kultur auf dem Dorfe, zweitens die Entwicklung der Produktivkräfte der Industrie und des Transportes und drittens die Festigung der Verbindungsglieder zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.* Auf dem Gebiete der Landwirtschaft wurden behandelt: Fragen des Genossenschaftswesens, des inneren Marktes, der sozialen Schichtung des Dorfes, der Arbeiterorganisation auf dem Dorfe, sowie die Frage der Zulassung der Bauernschaft in die Hoch-, Mittel- und Spezialschulen. Auf dem Gebiete der Industrie standen die Probleme der Metallwirtschaft, der qualitativen Produktionsverbesserung in der Kohlenindustrie und die Hauptfragen der Forstwirtschaft zur Diskussion. Auf finanziellem Gebiet wurden die landwirtschaftliche Einheitssteuer, das landwirtschaftliche Kreditwesen und die außerbudgetären Mittel einem Studium unterzogen. Auf dem Gebiete des Handels und des Genossenschaftswesens wurden die Konsumgenossenschaften untersucht usw. Eine Reihe dieser Arbeiten hatte unmittelbar die Rationalisierung des Betriebs zur Aufgabe; hervorzuheben sind namentlich die Aufgaben zur Rationalisierung der Buchführung und der Rechnungsablegung, sowie zur Rationalisierung der Geschäftsführung des unteren Sowjetapparates.

Eine gewaltige Arbeit hat die ABI auf dem Kontroll- und Revisionsgebiet geleistet. Eine Reihe einzelner Betriebe und Institutionen wurden kontrolliert und die Beseitigung von Mängeln und Mißständen hatte für den Staat erhebliche Ersparnisse zur Folge.

Nach dem XIV. Parteikongreß wurden die Aufgaben der ABI nach den Beschlüssen des Kongresses einer Reorganisation unterworfen, wonach die ABI heute in drei Hauptabteilungen zerfällt: die Kontrollabteilung, Untersuchungsabteilung für landwirtschaftliche und kulturelle Probleme und die Rationalisierungsabteilung. Der Arbeitsplan wurde auf Grund der Beschlüsse des XIV. Parteikongresses festgelegt, die die weitere Bekämpfung des Bürokratismus, die Arbeit auf dem Gebiete der Rationalisierung des Apparates und die Kontrolle über die Tätigkeit der Staatsapparate betonen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Kongreß der Arbeit auf dem Gebiete der Rationalisierung des Staatsapparates.

Somit verfolgen die ZKK und ABI gemeinschaftliche Wege hinsichtlich der Durchführung der Parteibeschlüsse als der Vervollkommnung des Sowjetapparates. Ihre Arbeit ist außerordentlich schwierig und die Erreichung wesentlicher Resultate erfordert eine lange Zeit.

Das Lenin-Institut

Zum 25 jährigen Jubiläum der Gründung der RKP, das mit der schweren Erkrankung des Gen. Lenin zusammenfiel, beschloß die Moskauer Konferenz der RKP am 31. März 1923 einmütig die Gründung eines Lenin-Institutes.

Da die Tätigkeit des Institutes von Bedeutung für die gesamte Union ist, wurde es am 28. September 1923 dem Zentralkomitee der Partei unterstellt. Die offizielle Eröffnung des Institutes erfolgte auf dem XIII. Parteikongreß am 31. April 1924. Die Aufgabe des Institutes besteht in dem möglichst vollständigen und allseitigen Studium des Lebens und der Tätigkeit W. I. Lenins und seiner Rolle nicht nur in der russischen, sondern auch in der internationalen Arbeiterbewegung. Laut der Resolution des XIII. Kongresses der RKP soll das Lenin-Institut die Hauptbasis für das Studium und die Verbreitung des Leninismus unter den breiten Massen bilden.

Zu diesem Zweck sammelt das Institut das gesammte Material, das sich auf das Leben, sowie auf die Tätigkeit Wladimir Iljitschs sowohl in der russischen, als in der internationalen Arbeiterbewegung bezieht.

Analog dem Marx-Engels-Institut stellt das Lenin-Institut eine wissenschaftliche Forschungsinstitution dar, die sich mit der Sammlung und Bearbeitung, dem Studium und der Herausgabe des umfangreichen literarischen Erbes, das Lenin der Partei und der Arbeiterklasse hinterlassen hat, befaßt.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben zerfällt das Institut in folgende Hauptabteilungen: Archiv, Bibliothek, Museum und Wissenschaftliche Verlagsabteilung.

Die wichtigste Abteilung, die die Grundlage für die gesamte Tätigkeit des Instituts abgibt, ist das Archiv Wladimir Iljitschs: Manuskripte, Briefe, Konzepte, Artikel, Thesen usw.

Eine planmäßige wissenschaftliche Forschungsarbeit des Instituts wird erst möglich sein, wenn sich das Archiv W. I. Lenins in vollster Ordnung befindet und das gesamte dort befindliche Material sorgfältig untersucht und studiert ist.

Die Gesamtzahl der im Archiv aufbewahrten Dokumente beträgt 21 000, abgesehen von dem Material, das Lenin in der Sowjetperiode bearbeitet hat.

Die tägliche Arbeit des Archivs besteht zurzeit in der Hauptsache in der Zusammenstellung eines Inventarkataloges der vorhandenen Manuskripte und Materialien, eines Kartothekkatalogs u. dgl. Dazu kommt die Ermittlung und Sammlung von Dokumenten.

In der Zeit vom 31. Mai 1924 bis zum 1. Dezember 1925 gelangten 3304 Dokumente von 97 Einzelpersonen und 50 Institutionen zur Abgabe.

Das Archiv Wladimir Iljitschs, des Führers und Organisators der RKP ist an und für sich von größtem Interesse. Neben zahlreichen an verschiedene Parteigenossen gerichteten Briefen Lenins, findet sich hier eine Reihe von Manuskripten zu umfangreichen Arbeiten, die von größter Bedeutung sind. Viele von ihnen sind unter illegalen Bedingungen geschrieben und sind schon deshalb von Wichtigkeit. Besonders hervorzuheben ist ein „Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei", den Wladimir Iljitsch im Gefängnis mit Milch zwischen die Zeilen eines Buches geschrieben hat; die Schrift wurde dann durch Wärme sichtbar gemacht.

Von den im Archiv vorhandenen Originalmanuskripten sind hervorzuheben: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", auf 354 Blättern, „Die Agrarfrage in der ersten russischen Revolution", 25 Hefte mit 526 Seiten enggeschriebenem Text, neun Hefte mit philosophischen Aufzeichnungen: Notizen über die Philosophie Hegels, Feuerbachs, Aristoteles usw.; ferner elf Hefte über Imperialismus und imperialistischen Krieg usw.

Daneben besitzt das Archiv die verschiedensten Manuskripte und Materialien W. I. Lenins, die die gesamten Etappen der Entwicklung unserer Partei und der revolutionären Arbeiterbewegung, angefangen von den 90 er Jahren des vorigen Jahrhunderts und bis zum Jahre 1924 widerspiegeln.

Desgleichen befindet sich im Institut ein Teil der persönlichen Bibliothek W. I. Lenins, sowie Bücher mit Anmerkungen von seiner Hand. Insgesamt 722 Exemplare.

Noch nicht abgeschlossen ist der Teil des Archivs, der die Arbeit Lenins in der Sowjetepoche behandelt. Annähernd läßt sich feststellen, daß gegen 14 000 Manuskripte Lenins, sowie Papiere mit Anmerkungen von seiner Hand und sonstige Dokumente aus dieser Periode vorhanden sind; dazu kommen noch etwa 10 000 an Lenin adressierte Briefe und vom ihm bearbeitetes Material. Alles das zusammen gibt ein getreues Bild von der Arbeit Wladimir Iljitschs in der Arbeiter- und Bauernregierung, angefangen vom Oktober 1917 bis zum Jahre 1924. Das Archiv zeigt, daß es keinen einzigen Wirtschaftszweig, keine einzige bedeutsamere Maßnahme der leitenden Organe der Sowjetmacht und der Partei gab, für die Lenin nicht Anweisungen, Ratschläge usw. gegeben hätte.

Besonders kommt das in den Resolutionsentwürfen, den Thesen und Anträgen zu den verschiedensten Fragen des Sowjetaufbaus, sowie in den Briefen Wladimir Iljitschs an einzelne verantwortliche Sowjetarbeiter zum Ausdruck.

Ferner macht sich die Bibliothek des Instituts eine erschöpfende Sammlung sämtlicher Ausgaben der Schriften Lenins zur Aufgabe, aller periodischen Veröffentlichungen, in denen er Artikel geschrieben hat, sowie aller Kommentare zu seiner Lehre.

Die Bibliothek setzt sich aus Büchern zusammen, die dem Institut von einzelnen Genossen geschenkt wurden, ferner aus den Büchern der Bibliothek beim ehemaligen Zentralkomitee der Partei in Genf; dazu kommt vor allem noch die Erwerbung einer seltenen Sammlung von illegalen Ausgaben aus dem Besitz eines ehemaligen Agenten der Ochrana, sowie der Bibliotheken Kornilows und Dimitrowskis.

Die Bibliothek ist unaufhörlich auf der Suche nach Büchern aus der vorrevolutionären Periode. Außerdem erhält die Bibliothek laut Verfügung der Regierung ein Exemplar von allen in der USSR erscheinenden und bei der zentralen Bücherkammer einlaufenden Bücher. Die Gesamtzahl ihrer Bücher betrug am 1. November 1925 85 000.

Die Abteilung Lenin-Literatur zeichnet sich durch hervorragende Vollständigkeit aus. In russischer Sprache sind in der Bibliothek Schriften von Lenin unter 355 Titeln in 659 legalen Ausgaben und unter 19 Titeln in 24 illegalen Ausgaben vorhanden. Russische Werke über Lenin besitzt die Bibliothek unter 605 Titeln in 759 Ausgaben. Ausländische Literatur ist in 18 westlichen und 22 östlichen Sprachen, insgesamt in 40 Sprachen vorhanden. Die Schriften Lenins in ausländischen Sprachen umfassen 222 Titel in 236 Ausgaben; die Schriften über Lenin 220 Titel in 225 Ausgaben. Die Bibliothek sammelt auch Ausschnitte aus der periodischen Presse. Aus den Jahren 1924 und 1925 sind annähernd 8000 Ausschnitte aus 445 russischen Zeitungen und Zeitschriften vorhanden; dazu kommt eine große Zahl von Ausschnitten aus der Auslandspresse.

Das Museum des Instituts, das sich zurzeit im Revolutionsmuseum der USSR befindet, wurde am 21. Januar 1925, am 1. Jahrestag des Todes Wladimir Iljitschs, für den Besuch geöffnet.

Das Ausstellungsmaterial des Museums umfaßt: Aufnahmen Wladimir Iljitschs aus der Zeit von 1873 bis 1923; künstlerische Erzeugnisse, die Lenin darstellen; Werke Lenins und über Lenin.

Die Zahl der Ausstellungsobjekte ist von anfänglich 300 auf über 1000 gestiegen. Das gesamte Ausstellungsmaterial ist chronologisch geordnet in vier Gruppen eingeteilt:

Die erste Gruppe gibt ein Bild von dem Leben und der Arbeit Lenins in der Zeit von 1870—1900.

Die zweite Abteilung umfaßt die Arbeit Wladimir Iljitschs von 1900—1917.

Die dritte Abteilung widerspiegelt die Tätigkeit Lenins von 1918 bis 1923.

Die vierte Abteilung umfaßt die Trauer um Lenin.

Von Januar bis Juli 1925 haben 1334 Exkursionen mit 30 850 Personen das Museum des Instituts besucht.

Die Resultate der Arbeit des Lenin-Archivs werden in den Lenin-Sammelbüchern veröffentlicht; Ende 1925 waren vier Sammelbücher mit folgendem Inhalt erschienen:

Nr. 1. Aus der Epoche der „Iskra" und „Sarja". — Briefe an M. Gorki.

Nr. 2. Material zum Programm der RSDAP. — Briefe an Schljapnikow und A. Kollontai (1914—1917).

Nr. 3. Artikel für die „Arbeiter-Zeitung". — Der Briefwechsel der „Iskra" und „Sarja". — Das Agrarprogramm u. a. m.

Nr. 4. Briefe an Potressow. — Der Entwurf zu einer Rede über die Agrarfrage in der II. Staatsduma, sowie Material über die Februar- und Oktoberrevolution.

Das in Vorbereitung befindliche fünfte „Lenin-Sammelbuch" ist der Revolution des Jahres 1905 gewidmet. Außerdem bereitet das Institut die Herausgabe einer Reihe bibliographischer Sammelbücher sowohl der russischen, als der ausländischen Literatur vor.

Die wichtigste literarische Aufgabe des Instituts ist gegenwärtig die Druckvorbereitung der zweiten Ausgabe der Werke Lenins und gleichzeitig damit auch der dritten, verbilligten Ausgabe. Der Umfang der Ausgabe ist auf ca. 28 Bände berechnet. Die Auflagehöhe der drei Ausgaben zusammen beträgt 125 000 Exemplare[1]).

---

[1]) Die deutsche, vom Lenin-Institut autorisierte Ausgabe der „Gesammelten Werke Lenins" erscheint im Verlag für Literatur und Politik. Berlin SW. 48.

Die Veröffentlichung des literarischen Nachlasses Lenins gehört gegenwärtig zu den wichtigsten Zweigen der Tätigkeit des Instituts.

Die Gesamtleitung der Tätigkeit des Instituts obliegt dem Institutsrat, der sich zurzeit folgendermaßen zusammensetzt: A. Bubnow, N. Bucharin, K. Woroschilow, A. Knukidse, G. Sinowjew, M. Kalinin, L. Kamenew, S. Kanatschikow, N. Krupskaja, W. Kuibischew, M. Ljadow, W. Molotow, M. Olminski, A. Rykow, G. Sokolnikow, I. Stalin, M. Tomski, N. Uglanow, M. Uljanowa, E. Jaroslawski. Direktor des Instituts und Vorsitzender des Rates ist L. Kamenew.

Die Arbeit der KP der USSR unter den Frauen

Die Arbeit der KP der USSR unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die den Spezialabteilungen für Frauenarbeit der Parteikomitees obliegt, hat im Zusammenhang mit dem allgemeinen Aufschwung des Landes eine gewaltige Ausdehnung genommen. Mit der wachsenden Heranziehung der Arbeiterinnen zur Mitarbeit in den Sowjets, Genossenschaften, Gewerkschaften und deren leitenden Organen ist auch die Zahl der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in den Reihen der KP ständig im Wachsen begriffen.

Die Arbeit unter den Arbeiterinnen

Mit der wachsenden Entwicklung der Industrie steigt auch der Anteil der Frauen an der Produktion. Nach den Angaben des Allrussischen Zentral-Gewerkschaftsrates betrug die Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen: im April 1924 1 519 720 und am 1. April 1925 1 752 725.

Das Zentral-Exekutivkomitee der USSR hat beim Volkskommissariat für Arbeit und den Arbeitsabteilungen der Gouvernements eine ständige Kommission zum Studium und zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Frauen in der Produktion eingesetzt. Das Ziel der Arbeit dieser Kommission in den ersten zwei Jahren war vorwiegend die berufliche Schulung und Qualifizierung der arbeitenden Frauen.

Das Ergebnis dieser Bemühungen zeigen die Ziffern des Besuchs der Betriebsschulen, Zirkel und Kurse zur Berufsausbildung: 1924 bildeten die Mädchen in den Betriebsschulen 17 Prozent aller Lernenden, 1925 25,3 Prozent. Im Textilarbeiterverband betrug der Prozentsatz sogar 35 Prozent. Unter den Hörern der Fachkurse dieses Verbandes sind 19,3 Prozent Mädchen. In den Betriebsschulen des Chemiearbeiterverbandes sind 23,6 Prozent Mädchen, in den Fach-

zirkeln 45 Prozent und in den Fachkursen 28 Prozent der die Schule Besuchenden. Die Schulung und Qualifizierung der arbeitenden Frauen war ein Hauptmittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Frauen.

Auch der Entsklavung der Frau im Alltagsleben wird große Aufmerksamkeit zugewendet. Vor allem den Einrichtungen zum Schutze der Mütter und Säuglinge. Am 1. Oktober 1925 bestanden in der USSR 778 Fabrik- und Rayonskrippen, 521 ärztliche Beratungsstellen für Kinder, 276 Beratungsstellen für Frauen, 103 Häuser für Mütter und Kinder. Zusammen mit den anderen Einrichtungen, wie Rechtsberatungsstellen, Kinderheimen bestanden 2676 Institutionen zum Schutze der Mütter und Säuglinge.

Die politische Aufklärungsarbeit unter den Frauen geschieht in erster Linie durch die von der Partei ins Leben gerufenen Delegiertenversammlungen der parteilosen Arbeiterinnen. 1923/24 nahmen an diesen Versammlungen, die jährlich einmal gewählt werden, 51 244 Arbeiterinnen teil, die von 664 092 Arbeiterinnen gewählt waren. 1924/25 waren es bereits von 700 080 Wählerinnen 67 298 delegierte Arbeiterinnen.

Die Delegiertenversammlungen treten zweimal im Monat zu Einführungskursen über politische und soziale Grundfragen zusammen. Außerdem werden die Delegierten zur Mitarbeit in Sowjets und genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und anderen Stellen herangezogen (1923/24: 25 510, 1924/25: 41 410). Das Ergebnis der Arbeit der weiblichen Delegierten war z. B. im Textilrayon des Moskauer Gouvernements, daß 30 Prozent der Delegierten in die Partei eintraten, in Moskau und Leningrad sogar 40 Prozent.

Eine andere Form der Tätigkeit unter den Arbeiterinnen, die in letzter Zeit an Verbreitung gewinnt, sind die Zirkel für politische Grundschulung in den Betrieben, von denen 1925 über 1000 mit 33 726 Teilnehmerinnen bestanden. Diese politische Erziehungsarbeit unter den Frauen kommt in einer gesteigerten Aktivität im staatlichen und sozialen Leben zum Ausdruck. Der Prozentsatz der Frauen in den städtischen Sowjets wächst ständig; er betrug in den Gouvernementsstädten 1920: 3, 1921: 7, 1922: 11, 1923: 14, 1924: 21 Prozent.

Die gleiche Steigerung zeigt sich auch in der Gewerkschaftsarbeit. Der Prozentsatz der weiblichen verantwortlichen und bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre betrug am 1. Januar 1925 im Allrussischen Gewerkschaftsrat 13,75 Prozent, in den Verbandszentralen 15,1 Prozent, in den Gouvernementsabteilungen der Verbände 5,5 Prozent, in den Rayonsabteilungen 6,8 Prozent, in Betriebsräten und Kommissionen ist der Prozentsatz der Frauen: Betriebsräte 13,4 Prozent, Kulturkommissionen 19 Prozent, Arbeiterschutzkommissionen 20,4 Prozent, Produktionskommissionen 6,9 Prozent, Revisionskommissionen 8,4 Prozent usw.

Auch unter den Frauen der Arbeiter ist die Tätigkeit gestiegen. Die Arbeiterinnenabteilungen versuchen die Arbeiterhausfrauen vielfach

zu beeinflussen, was besonders auch durch die Delegiertenversammlungen gelingt.

Im Zusammenhang mit der Gesamteinstellung der Partei auf Verstärkung der Arbeit auf dem Lande wurde auch der politischen Aufklärung der Bäuerinnen große Aufmerksamkeit geschenkt, der Weg zur politischen Erziehung waren ebenfalls die Delegiertenversammlungen. Die Zahl der delegierten Bäuerinnen betrug 1923/24: 12 511, 1924/25: 246 702. An den Delegiertenwahlen Herbst 1923 beteiligten sich 4 612 438, im Herbst 1924: 7 830 508 Bäuerinnen.

Große Aufmerksamkeit schenkten ferner die Arbeiterinnenabteilungen der Liquidierung des Analphabetentums unter den Bäuerinnen. Innerhalb eines Jahres wurden 300 000 Bäuerinnen im Lesen und Schreiben unterrichtet. In 15 Gouvernements bestehen Schulen zur Vorbereitung ungenügend geschulter Bäuerinnen für die Arbeiterfakultäten.

Ein deutliches Anzeichen für die wachsende Aktivität der Bäuerinnen ist ihre steigende Beteiligung an den Sowjets. In der RSFSR sind etwa 60 000 Bäuerinnen Mitglieder der Dorfsowjets. 1922 hatte der Anteil der Bäuerinnen in den Dorfsowjets der RSFSR nur 1 Prozent betragen, 1923: 2,2 Prozent, 1924/25: 8,6 Prozent. Unter den Mitgliedern der Bezirks-Exekutivkomitees befinden sich 1200 Bäuerinnen oder 6,8 Prozent, gegenüber 0,5 Prozent im Vorjahre; unter den Mitgliedern der Kreis-Exekutivkomitees 316 Frauen oder 1 Prozent, gegenüber 2,4 Prozent im Vorjahre, in den Gouvernements-Exekutivkomitees 47 oder 6,2 Prozent, gegenüber 3,1 Prozent im Vorjahre.

Den ländlichen Konsumgenossenschaften gehören 877 796 Bäuerinnen an.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Arbeit unter den Tagelöhnerinnen auf dem Lande, von denen annähernd 20 000 dem Verband angehören.

Große Erfolge hat die Arbeit auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingsschutzes auf dem Dorfe zu verzeichnen. Im Sommer 1925 bestanden in den Dörfern der USSR 2614 Kinderkrippen und außerdem 372 Mütterberatungsstellen.

Die Arbeit unter den schaffenden Frauen des Ostens

Die feudal-patriarchalischen Verhältnisse und die rückständigen Formen des Lebens im Sowjetosten erfordern ein besonderes Eingehen auf die Lebensbedingungen der schaffenden Frauen in diesen Ländern. Von großer Wichtigkeit ist im Osten die Arbeit auf juridischem Gebiet. In den letzten Jahren sind in den östlichen Sowjetrepubliken eine Reihe Gesetze über die Rechte der Frauen auf Arbeit,

Boden, Wasser, Bildung erlassen worden; außerdem Gesetze über die Abschaffung der Kinder- und der Vielehe.

Große Bedeutung für die Heranziehung der Frauen im Osten zur selbständigen Arbeit haben die Hausgewerbeartels, deren es ungefähr 150 gibt. Abgesehen von den in der Gesamtpartei üblichen Methoden zur Arbeit unter den Frauen kommt im Osten noch die Organisation von Frauenklubs dazu.

Dem Klub in Baku gehören etwa 1000 Türkinnen an. Die Klubs leisten eine umfangreiche kulturell aufklärende Arbeit und gewöhnen die Frauen an selbständige Arbeit. Gegenwärtig bestehen auch für die Bäuerinnen bereits 116 derartige Klubs.

Als Resultat dieser Arbeit haben wir im ganzen Osten ein allgemeines Steigen der Aktivität der Frauenmassen und eine wachsende Zahl von Frauen in der öffentlichen Arbeit zu verzeichnen.

Presse

Zurzeit erscheinen vier zentrale Zeitschriften für die Frauen, 10 lokale Zeitschriften und zwei ständige Zeitungen in den nationalen Sprachen.

Die Auflage der zentralen Frauenzeitschriften ist:

„Die Kommunistin", Zentralorgan der Frauenabteilung des ZK der KP der USSR	
„Die Arbeiterin"	68 000
„Die Bäuerin"	32 000
„Die Landarbeiterin"	13 500

Die zentralen Zeitschriften haben 1760 Arbeiter- und Bauernkorrespondentinnen, die lokalen Zeitschriften 1493.

In den letzten anderthalb Jahren (1924/25) wurden für die Arbeiterinnen und Bäuerinnen 64 Broschüren mit einer Auflage von 2 051 000 Exemplaren herausgegeben; für die Parteiarbeiterinnen unter den Frauen 20 Instruktionsbroschüren mit einer Auflage von 409 000 Exemplaren.

Außerdem sind in den Ostrepubliken der Union 23 Broschüren in einer Auflage von etwa 50 000 Exemplaren und in acht Sprachen erschienen.

Parteieintritt

Das Resultat dieser ganzen Arbeit unter den Frauen war ein unbestreitbares Wachstum der Zahl der Frauen in den Reihen unserer Partei.

Während sich am 1. Januar 1924: 27 350 Frauen (d. i. 8,5 Prozent der Gesamtmitgliederzahl) unter den Parteimitgliedern und 11 131 Frauen unter den Kandidaten (9,4 Prozent) befanden, die Gesamtzahl der Frauen in der Partei demnach 38 501 oder 8,6 Prozent

betrug, zählten wir am 1. Juli 1925 unter den Parteimitgliedern 47 565 Frauen (9,5 Prozent), unter den Kandidaten 61 166 (14,9 Prozent), unter der Gesamtzahl der Kommunisten 108 692 (11,7 Prozent).

Interessant ist die Zunahme nach sozialen Gruppen: der Anteil der Arbeiterinnen unter den Kommunisten betrug am 1. Januar 1924: 43,2 Prozent, am 1. Januar 1925: 61,6 Prozent, am 1. Juli 1925: 61,0 Prozent. Der Anteil der Bäuerinnen unter den Kommunisten betrug am 1. Januar 1924: 5 529 (15,4 Prozent), am 1. Januar 1925: 8032 (10,3 Prozent), am 1. Juli 1925: 12 825 (11,8 Prozent).

Der Anteil der Angestellten unter den Kommunisten war am 1. Januar 1924: 41,4 Prozent, am 1. Januar 1925: 27,9 Prozent und am 1. Juli 1925: 27,2 Prozent. Somit ist ein erhebliches Steigen des Prozentsatzes der Arbeiterinnen unter den Kommunistinnen zu verzeichnen, eine minimale Zunahme unter den Bäuerinnen und ein gewisser Rückgang des Prozentsatzes unter den Angestellten.

Die Kommunistische Partei der USSR ist sich im klaren darüber, daß der Aufbau des Sozialismus ohne aktive Anteilnahme der breiten Massen der schaffenden Frauen undenkbar ist.

Kinderbewegung in der USSR

E. TEREMIAKIA

Die kommunistische Kinderbewegung in der USSR reicht erst vier Jahre zurück. Nach der Gründung einzelner Kindergruppen unter dem Namen „Junge Pioniere“, „Jung Spartakus“ usw. beschloß der kommunistische Jugendverband im Mai 1922 die Schaffung von Kinderorganisationen unter seiner Leitung. In Moskau organisierte man die Pionierkolonnen im Anschluß an Fabriken und Betriebe, während man in der Ukraine hauptsächlich Pioniergruppen in Schulen, Kinderhäusern usw. aufbaute. Die Erfahrungen der Arbeit der Pioniergruppen führte dazu, das planmäßige Hineinziehen der Kinder in den Klassenkampf zur Grundlage der Erziehungsarbeit in den Pioniergruppen zu machen, indem die Kinder an den praktischen Beispielen des Kampfes der Arbeiterklasse und durch die Teilnahme an der sozialen und politischen Arbeit der Partei und des kommunistischen Jugendverbandes geschult werden. Der Erfolg dieser Art der Arbeit zeigt sich darin, daß die Pioniere ihren Einfluß gegenwärtig auf 10 000 Schulen in der USSR ausdehnen, wo „Vorposten“ zur Bearbeitung der den Pionieren noch nicht angeschlossenen Kinder errichtet werden. Außerdem arbeiten die Pioniere an der Heranziehung der Schüler zur Teilnahme am sozialen Leben, beim Aufbau neuer Schulen usw. Ferner leisten sie praktische Arbeit in Kindergärten, Kinderbibliotheken, bei

der Erfassung der unbeaufsichtigten Kinder, die durch Klubs dem Einfluß der Straße entzogen werden sollen. Eine wichtige Rolle spielt auch die kulturelle Beeinflussung der Familien durch die Jungpioniere. Die Richtigkeit der Arbeitsmethode zeigt das Wachtum der Pionierorganisationen.

Dezember	1922	4 000	Pioniere
März	1923	10 000	„
Januar	1924	161 349	„
Juli	1924	200 000	„
Oktober	1924	760 000	„
Januar	1925	1 000 032	„
Juli	1925	1 460 663	„

Außerdem erfassen die Pioniere Kinder im Alter von 7—11 Jahren als „Oktober-Organisation".

Besonders wichtig ist die Pionierbewegung auf dem Dorfe:

Im Juli 1924 zählte man auf dem Lande	30 000	Pioniere
„ Okt. 1924 „ „ „ „ „	250 000	„
„ Apr. 1925 „ „ „ „ „	344 000	„
„ Juli 1925 „ „ „ „ „	638 647	„

Die jungen Pioniere leisten ein Gelöbnis der Treue zur Arbeiterklasse und dem Vermächtnis Lenins, zur Kommunistischen Partei und zum Jugendverbande, zur Solidarität mit den Arbeiterkindern der ganzen Welt, ferner versprechen sie die Organisierung der Kinder ihrer Umgebung und den Willen, Wissen zu werben zum Kampfe für die Macht der Arbeiterklasse. Neben diesem Gelöbnis nehmen sie eine Anzahl von Regeln des äußeren Verhaltens auf sich, die die jungen Pioniere zu Trägern des kulturellen Aufstiegs der breiten Massen des russischen Volkes machen sollen.

Die KP der USSR wendet der Pionierbewegung die größte Aufmerksamkeit zu, weil sie in ihr die Möglichkeit einer Erziehung der Kinder durch ihre eigene Tätigkeit sieht, wenn auch bis heute die Pionierbewegung noch in den Anfängen steckt und die Schwierigkeiten, die sich der Arbeit entgegenstellen, noch keineswegs überwunden sind. Nichtsdestoweniger beweist das Anwachsen der Pionierbewegung, daß sie unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes in der Lage sein wird, die großen Hoffnungen, die auf sie gesetzt werden, zu erfüllen.

GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG UND DIE LAGE DES PROLETARIATS

Die Gewerkschaftsbewegung in der USSR

MELNITSCHANSKI *)

Die Gewerkschaften der USSR haben sich erst nach der Oktoberrevolution endgültig gefestigt und zu einem der einflußreichsten Faktoren im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes entwickelt. Dies wird bestätigt sowohl durch das Bild des Wachstums der Mitgliederzahl der Verbände, als auch durch die Tatsache, daß es kein Gebiet im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes gibt, auf dem die Stimme der Gewerkschaften nicht gehört würde, wo sie nicht ihren Einfluß als gewaltige Organisationen der Arbeiterklasse ausübten.

Das Anwachsen der Mitgliederzahl der Gewerkschaften der USSR wird durch folgende Zahlen illustriert:

Ende	1905	ca.	100 000	Mitglieder
„	1906	„	200 000	„
„	1907	„	245 000	„
„	1908	„	103 000	„
Mitte	1917	„	1 475 000	„
Januar	1918	„	2 639 000	„
„	1919	„	3 422 000	„
„	1920	„	5 222 000	„
„	1921	„	7 524 000	„
„	1922*)	„	4 546 000	„
„	1923	„	5 551 000	„
„	1924	„	6 430 000	„
April	1925	„	6 950 000	„
Oktober	1925	„	7 732 000	„

Das Sinken der Mitgliederzahl im Jahre 1922 erfolgte nicht infolge eines Niederganges der Bewegung, sondern infolge der Umstellung beim Uebergang von der Periode des Kriegskommunismus zur Neuen Oekonomischen Politik. Während des Kriegskommunismus unterschieden sich die Handwerker und die Heimarbeiter — die ehemaligen kleinen Unternehmer, die für den Staat und nicht für den Markt arbeiteten — nicht von den Lohnarbeitern und waren alle Mitglieder der Gewerkschaften.

*) Nach Uebergang zum freiwilligen Beitritt.

Nach dem Uebergang zur NEP und der Wiederherstellung des freien Marktes wurden sie wieder zu Unternehmern, die ihre Produkte an den Markt lieferten, und sie wurden deshalb aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

Die Organisationsformen der Gewerkschaften der USSR

Die Gewerkschaftsbewegung der Sowjetrepubliken, die jüngeren Datums ist und erst viele Jahrzehnte nach dem Bestehen der Gewerkschaftsbewegung in anderen Ländern entstanden ist, war in der Lage, deren Fehler und Mängel zu berücksichtigen und eine vollkommenere Organisationsform zu schaffen. Sie ist auf Industrieverbänden aufgebaut. Alle Arbeiter und Angestellte eines Wirtschafts- oder Industriezweiges gehören einem Verbande an.

Die Mitglieder der Gewerkschaften eines Betriebes bilden die Grundorganisation der Gewerkschaften (des Industrieverbandes); sie treten mindestens einmal im Monat zur Betriebsversammlung zusammen. Diese Versammlung der Arbeiter und Angestellten jedes Betriebes wählt alle sechs Monate als leitendes gewerkschaftliches Organ das Betriebskomitee.

Die Aufgaben des Betriebskomitees sind: Leitung der Gewerkschaftsarbeit, Arbeit im Betriebe, Kontrolle und Aufnahme der Mitglieder, Kassierung, Leitung und Vorbereitung der Betriebsversammlungen, Leitung der Kulturarbeit, Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber der Leitung des Betriebes, die Teilnahme an der Ausarbeitung der Kollektivverträge und Kontrolle über ihre Durchführung, die Leitung der Arbeitervertretung in der Tarif- und Schiedskommission. Das Betriebskomitee vertritt die Verbandsmitglieder des Betriebes gegenüber dem Vorstand des Verbandes und ist seine Organisationszelle im Betriebe; es ist der Betriebsversammlung und dem Verbandsvorstand verantwortlich. Die Sitzungen des Betriebskomitees finden in der Regel einmal wöchentlich statt. In der ganzen USSR zählt man 58 726 Betriebskomitees.

In größeren Unternehmen bestehen Delegiertenkörper zur besseren Vertretung der Verbandsmitglieder. Die Delegierten werden in den Werkstattversammlungen auf sechs Monate gewählt, und zwar proportionell zur Zahl der Arbeiter in jeder Werkstatt — ca. ein Delegierter auf 5 bis 25 Mitglieder. Die

Delegierten versammeln sich mindestens alle zwei Wochen zur Behandlung der laufenden Verbandsangelegenheiten und der aktuellen Fragen; sie berichten ihren Wählern über alle Maßnahmen der Gewerkschaft. Die Delegierten sind Organisatoren und Agitatoren und arbeiten unter der Leitung des Betriebskomitees.

Im Gegensatz zu anderen Ländern wird in der USSR die Gewerkschaftsarbeit direkt im Betriebe erledigt. Der Betrieb ist gesetzlich verpflichtet, dem Betriebsrat einen besonderen Raum zur Verfügung zu stellen. Die großen Betriebe stellen auch dem Arbeiterklub Räume zur Verfügung, kleinere Betriebe überlassen einen Raum für eine „Rote Ecke" — den Typus eines kleineren Klubs.

Die Betriebs- und Delegiertenversammlungen, Betriebskomitee- oder Kommissionssitzungen finden alle in den Räumen des Betriebes statt, was die Kontrolle durch die Mitglieder und ihr Heranziehen in großer Zahl zur Gewerkschaftsarbeit ermöglicht. Wahlrecht für die Betriebskomitees und Werkstattdelegierten haben auch Unorganisierte, die in dem Betriebe arbeiten, wählbar sind aber nur in dem Betriebe arbeitende Gewerkschaftsmitglieder. Ueberhaupt stellen sich die Gewerkschaften der USSR die Aufgabe, auch die Interessen der in einem Betriebe arbeitenden Nichtmitglieder wahrzunehmen.

Die territoriale Zusammenfassung der Gewerkschaften ist die gleiche wie die territoriale Einteilung der Republik in Gouvernements, Kreise und Bezirke. Alle Betriebe eines Industriezweiges in einem Kreise werden zur Kreisabteilung des Industrieverbandes zusammengefaßt, dessen Vorstand alljährlich durch eine Konferenz der von den Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben gewählten Delegierten gewählt wird. In allen Gewerkschaften der USSR gibt es insgesamt 5558 Kreisabteilungen.

Die Kreisabteilungen und die in der Gouvernementsstadt gelegenen Betriebe des betreffenden Produktionszweiges sind im Gouvernement-Industrieverband zusammengefaßt, dessen Vorstand jährlich durch einen Kongreß von direkt gewählten Delegierten bestimmt wird. Der Gouvernement-Kongreß des Industrieverbandes ist das höchste leitende Organ der Gewerkschaft für das betreffende Gouvernement.

Die nächste höhere Stufe bildet die Vereinigung aller Gouvernementabteilungen eines Industrieverbandes im Republikmaßstabe, deren Zentralvorstand auf einem Kongreß von Delegierten des Gouvernementkongresses gewählt werden.

Das höchste Organ eines Industrieverbandes aller Republiken, Gouvernements und Kreise ist der Allgemeine Kongreß des Industrieverbandes, der alle Organisationen des betreffenden Produktionszweiges in der USSR umfaßt. Der Unions-Kongreß eines Industrieverbandes findet entweder einmal im Jahre oder einmal in zwei Jahren statt. Diese Kongresse wählen das leitende Organ, das Zentralkomitee des Industrieverbandes.

Es gibt in der USSR 23 Industrieverbände. Sie hatten, wie oben schon erwähnt, am 1. Oktober 1925 7 732 129 Mitglieder, die sich auf die einzelnen Gewerkschaftsverbände (Industrieverbände) folgendermaßen verteilen:

Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften:

Gewerkschaften	1. Okt. 1924	1. April 1925	1. Okt. 1925
I. Land- u. Forstwirtsch.:	379 351	497 636	704 390
II. Industrie:			
Papier	30 355	32 418	36 255
Bergbau	321 574	282 283	312 898
Holz	139 413	175 045	155 782
Leder	101 062	109 506	108 938
Metall	571 590	618 482	682 407
Graphische	85 837	94 148	98 271
Lebensmittel	300 222	341 749	368 214
Zucker	103 181	129 747	84 918
Bau	348 300	316 644	554 950
Textil	556 772	624 137	681 185
Chemische	170 142	180 662	195 312
Bekleidung	61 504	65 079	64 225
Zusammen:	2 789 952	2 969 884	3 343 355
III. Verkehr:			
Binnenschiffahrt	131 091	139 412	139 702
Eisenbahn	810 075	805 588	849 756
Städt. Verkehr	158 008	164 919	166 967
Transport	100 390	102 006	104 602
Zusammen:	1 199 564	1 211 925	1 261 027
IV. Verschiedene:			
Künstler	71 048	75 720	75 040
Gesundheitsarbeiter	352 891	382 615	406 011
Bildungsarbeiter	543 211	585 021	606 922
Sowietarbeiter	798 991	894 467	960 583
Gemeindearbeiter	184 176	198 083	215 781
Volksspeisung	111 286	135 133	159 020
Zusammen:	2 061 603	2 271 039	2 423 357
Insgesamt:	6 430 470	6 950 484	7 732 129

Das prozentuale Wachstum von Oktober 1924 bis Oktober 1925 beträgt 11,2 Prozent. Die Arbeit aller Industrieverbände wird territorial durch-intergewerkschaftliche Vereinigungen geleitet; alle Gewerkschaften eines Kreises werden zur einheitlichen Regelung der Arbeit zu Kreiskartellen zusammengefaßt, die jährlich ein gewerkschaftliches Kreisbüro wählen. Es bestehen 544 solcher Büros. In kleinen Kreisen, die wenig Mitglieder zählen, wird statt eines Büros ein Organisator bestimmt (Gewerkschaftsbevollmächtigte).

Die Organisationen aller Kreise, Gouvernements und die Gouvernementsabteilungen eines Gouvernements haben als leitendes Organ den Gouvernementsrat der Gewerkschaften über sich, der auf dem jährlich stattfindenden Kongreß der Vertreter aller gewerkschaftlichen Organisationen gewählt wird. Es bestehen 74 Gouvernementsräte. In den autonomen Gebieten und in den nationalen Republiken gibt es gewerkschaftliche Landesorgane, nationale Zentral-Gewerkschaftsräte.

Das höchste leitende Organ der Gewerkschaften der USSR ist der Gewerkschaftskongreß der USSR, der alle Industrieverbände der USSR umfaßt. Der Unionskongreß findet einmal in zwei Jahren statt. Die Delegierten zum Kongreß werden auf den Gouvernementskongressen der Gewerkschaften gewählt. Der Kongreß wählt den Zentralrat der Gewerkschaften der USSR (WZSPS), welcher zwischen zwei Kongressen das höchste leitende Organ der gewerkschaftlichen Bewegung der USSR ist.

In der Gewerkschaftsbewegung der USSR herrscht der Grundsatz des demokratischen Zentralismus; alle Beschlüsse des Unionkongresses und des Zentralrates der Gewerkschaften sind für alle Gewerkschaften bindend.

Die Finanzlage der Gewerkschaften

Mit dem Wachstum und dem Erstarken der Gewerkschaften besserte sich auch ihre finanzielle Lage. Die Mitglieder der Gewerkschaften zahlen monatlich 2 Prozent ihres Lohnes als Beitrag. Vom Beitrag entfallen 5 bis 25 Prozent (je nach Stärke der Gewerkschaft) auf das Zentralkomitee, das seinerseits

wieder an den Allrussischen Zentralrat 10 bis 15 Prozent abführt. (Nur einige der stärksten Verbände, nämlich Metallarbeiter, Textilarbeiter, Eisenbahner und Bergarbeiter zahlen 15 Prozent.)

In der ersten Hälfte des Jahres 1924 wurden an alle Zentralkomitees der Gewerkschaften von seiten der lokalen Organisationen 2 698 118 Rubel abgeführt; in der zweiten Hälfte 1924: 4 302 060 Rubel; in der ersten Hälfte 1925: 4 492 392 Rubel.

Die Ausgaben der Zentralkomitees verteilen sich folgendermaßen: für Gehälter des Personals und Kanzleiausgaben in der ersten Hälfte 1924: 800 209 Rubel; in der ersten Hälfte 1925: 875 474 Rubel; für Organisation in der ersten Hälfte 1924: 366 891 Rubel; in der ersten Hälfte 1925: 582 109 Rubel. Ueberweisungen an den Arbeitslosenfonds und die kulturelle Aufklärungsarbeit: erste Hälfte 1924: 246 228 Rubel; erste Hälfte 1925: 756 572 Rubel; Subsidien an Lokalorganisationen in der ersten Hälfte 1924: 36 523 Rubel; erste Hälfte 1925: 199 034 Rbl. Ueberweisungen an den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften von den Zentralkomitees betrugen in der ersten Hälfte 1924: 245 677 Rubel; in der ersten Hälfte 1925: 570 985 Rubel.

Nach der Statistik der Eingänge in die lokalen Organisationen in 652 Gouvernementsabteilungen für das ganze Jahr 1924 erhielten diese Mitgliedsbeiträge in Höhe von 17 349 725 Rubel, in der ersten Hälfte 1925 erhielten 1888 Gouvernementsabteilungen 21 015 751 Rubel.

Die Mitgliedsbeiträge werden überall individuell einkassiert, die Gewerkschaftszugehörigkeit ist freiwillig. 1924 bekamen die Gewerkschaften noch Zuschüsse von der Sowjetregierung, in letzter Zeit erhalten sie sich und ihre Fonds ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen.

Die Aufgaben der Gewerkschaften zum Schutze der Arbeiterschaft

Die Lage der Gewerkschaften der USSR und ihre Aufgaben unterscheiden sich in vielem von den Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern, weil die Arbeiterklasse in der USSR die herrschende Klasse und im Besitze der politischen Macht und der Produktionsmittel ist. Darum ist die ganze Arbeit der Gewerkschaften zugleich mit dem Bestreben um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, mit der Sorge um die Stärkung und Entwicklung der Produktion selbst verbunden.

Die Stärkung und die Entwicklung der Industrie der USSR bedeutet vom Standpunkt der Arbeiter die unmittelbare Hebung ihrer materiellen Lage, die Verbesserung ihrer Arbeits- und Existenzbedingungen usw.

Die Gewerkschaften nehmen aktiven Anteil an der Arbeit der gesetzgebenden Organe der Sowjetmacht. Kein Gesetz, das in irgendeiner Beziehung zur Lage der Arbeiterschaft steht, wird beraten und angenommen ohne vorherige Verständigung und Durcharbeitung mit den Gewerkschaften. In den wichtigsten Organen der Sowjetregierung sind die Gewerkschaften durch ihre Führer vertreten.

In der Hauptsache jedoch richten die Gewerkschaften ihr Augenmerk auf den Schutz der Interessen der Arbeiter und Angestellten und die Besserung ihrer täglichen wirtschaftlichen Lage. Die Gewerkschaften verfolgen die Entwicklung der Industrie, sie berücksichtigen deren allgemeine Lage vom Standpunkt der Interessen der gesamten Arbeiterklasse, und sie bemühen sich in den einzelnen Zweigen um die Erhöhung des Lohnes der von ihnen vertretenen Arbeiter und Angestellten und um die Besserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Hauptmittel bei der Ausübung dieser Funktionen sind Kollektivverträge über Arbeitsbedingungen und Löhne.

Anfang 1925 bestanden für 5 151 400 Gewerkschaftsmitglieder Kollektivverträge, das sind 85,7 Prozent aller Lohnarbeiter zu dieser Zeit, und zwar in den einzelnen Gewerkschaften: für Textil- und Papierarbeiter 99,2 Prozent, Eisenbahner und Verkehrsarbeiter 98,6 Prozent, Bergarbeiter 97,8 Prozent, Chemiker 96,1 Prozent, Metallarbeiter 94,8 Prozent, Landarbeiter 72,7 Prozent erfaßt.

Die abgeschlossenen Kollektivverträge verteilen sich auf:

1. 101 Unionsverträge, die 1 611 500 (31,3 Prozent) Arbeiter umfassen;
2. 23 233 Gouvernements- und Gebietsverträge, die 2 625 700 (50,9 Prozent) Arbeiter umfassen;
3. 21 194 Kreis- und Rayonverträge mit 584 900 (11,4 Prozent) Arbeitern, außerdem Einzel-Arbeitsverträge: 306 460 mit 329 300 (6,4 Prozent) Arbeitern.

Die Löhne, die in der Zeit des Bürgerkrieges und des wirtschaftlichen Zerfalls sehr gesunken waren, steigen jetzt mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft fortwährend und haben jetzt für

das ganze Gebiet der Union im Durchschnitt 97 Prozent der Vorkriegslöhne erreicht.

In einzelnen Zweigen überschreiten sie das Vorkriegsniveau: bei den Textilarbeitern betragen sie 120 Prozent, bei den Chemiearbeitern 115,7 Prozent, bei den Papierarbeitern 123 Prozent, bei den Druckern 109 Prozent. Im letzten Jahre (1. Oktober 1924 bis 1. Oktober 1925) sind die Löhne in der Metallindustrie um 27 Prozent gestiegen und bei dem Neuabschluß der Kollektivverträge am 1. Oktober 1925 setzten die Metallarbeiter noch eine neunprozentige Steigerung ihrer Löhne durch; die Bergarbeiter erzielten während des Jahres eine Erhöhung von 16 Prozent und am 1. Oktober 1925 noch eine von 8 Prozent; die Chemiearbeiter erhielten eine Steigerung von 25 Prozent, die Textilarbeiter 16 Prozent usw.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Streiks

Die Gewerkschaften verwerfen den Streik als Kampfmittel nicht, und eine ganze Anzahl von ihnen besitzt Streikfonds. Die Sowjetgesetzgebung kennt kein gesetzliches Streikverbot oder Bestimmungen über die Streikhaftung von Arbeitern und Angestellten bzw. deren Organisationen. Die Gewerkschaften sind aber der Auffassung, daß der Streik als Kampfmittel in staatlichen Betrieben nur im äußersten Falle, wenn alle friedlichen Mittel zur Regelung eines Konfliktes erschöpft sind, angewandt werden darf, da es in der USSR genügend Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung von Konflikten gibt. (Siehe Artikel über Arbeitskonflikte.)

Arbeiterschutz und Sozialversicherung

Die Frage des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Arbeiter und Angestellten nehmen in der Tätigkeit der Gewerkschaften einen wichtigen Platz ein. Die USSR ist eines der wenigen Länder, wo der achtstündige Arbeitstag für die erwachsenen Werktätigen verwirklicht ist. Jugendliche bis zu 16 Jahren arbeiten 4 Stunden, von 16—18 Jahren 6 Stunden. In den gesundheitsschädlichen Produktionszweigen besteht der Sechsstundentag. Die USSR ist das einzige Land in der Welt, in dem im Krankheitsfalle dem Arbeiter auf die Dauer von zwei Monaten seine Stelle gesichert ist, der Kranke während der ganzen Krankheitszeit seinen Unterhalt aus der Versicherungs-

kasse erhält, alle Arbeiter und Angestellten alljährlich zwei Wochen bezahlten Urlaub erhalten (in den gesundheitsschädlichen Produktionszweigen beträgt er einen Monat). Die USSR ist das einzige Land, wo die Arbeiterinnen im Falle der Schwangerschaft einen viermonatigen Urlaub mit Beibehaltung des Lohnes erhalten.

Fast alle Lohnarbeiter und Angestellten (sogar die Hausangestellten) sind ausschließlich auf Kosten des Arbeitgebers versichert. Die örtlichen Versicherungsorgane, die Versicherungskassen genannt werden, werden auf Konferenzen von Delegierten der Arbeiter und Angestellten gewählt und arbeiten unter der Leitung der Gewerkschaften. Das gesamte Budget der sozialen Versicherung für das Jahr 1925 betrug 600 000 000 Rubel.

Die Versicherung der Arbeiter und Angestellten umfaßt: Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidenversicherung, Tod von Familienmitgliedern (bei Frauen auch die Schwangerschaft).

Gegenwärtig beziehen 480 000 Arbeitsinvaliden und 400 000 Arbeitslose Unterstützung. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, unter den Arbeitslosen gibt es keine qualifizierten Arbeiter, von den Mitgliedern der Gewerkschaft waren im April 1925 14 Prozent Arbeitslose, am 1. Oktober nur 9 Prozent. Die Erholungsheime, Sanatorien und Kurorte, die Spitäler werden größtenteils auf Kosten der Sozialversicherung unterhalten. In den Erholungsheimen, Sanatorien und Kurorten finden Arbeiter und Angestellte unentgeltliche Aufnahme. In den Sommermonaten 1924 wurden 66 000 Arbeiter und Angestellte in Sanatorien und Kurorten untergebracht. In den Sommermonaten 1925 schickte man in Sanatorien und Kurorte nicht weniger als 130 000 Arbeiter und Angestellte. In Erholungsheimen verbrachten 1924 240 000 Arbeiter den Sommer, 1925 300 000.

Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften

Neben der Tätigkeit zum Schutze der Interessen der Arbeiter leisten die Gewerkschaften auch eine große Kulturarbeit. Den Mittelpunkt dieser Kultur- und Bildungsarbeit bilden die Klubs.

Am 1. Januar 1925 zählte man in den Gewerkschaften 3417 Klubs, die 900 250 Mitglieder hatten. Es bestanden 7995 Rote Ecken, die Zahl der Bibliotheken betrug 6803 mit 10 282 147 Büchern; am 1. September 1925 waren von den Ge-

werkschaften 4500 Zirkel für Körperkultur mit 350 000 Teilnehmern organisiert.

In den Klubs bestehen Zirkel zum Studium des Marxismus und Leninismus, der Gewerkschaftsbewegung und zur politischen Aufklärung. Es gibt Musikzirkel, Kunstzirkel, Radio- und Amateurphotographenzirkel und viele andere. Im Jahre 1923 entfielen auf je 100 Klubs 377 Zirkel, im Dezember 1924 804 Zirkel.

Von je 100 Klubmitgliedern gehören 80 Zirkeln an. Die Anzahl der allgemeinen politischen Zirkel vergrößerte sich 1923—1925 beträchtlich. 1923 entfielen auf 100 Klubs 59 politische Zirkel, Anfang 1925 195. Von diesen 195 Zirkeln waren 157 Zirkel zur politischen Aufklärung, 26 Lenin- und 12 Marx-Zirkel. Am 1. Januar 1925 nahmen von je 1000 Gewerkschaftsmitgliedern 124 an den Zirkeln teil.

Von der Gesamtzahl der Klubmitglieder sind 179 000 Mitglieder der Kommunistischen Partei der USSR resp. der Kommunistischen Jugend, d. h. 19,9 Prozent. Die Gewerkschaften erfassen also durch ihre Kulturarbeit große Massen von Parteilosen. Bei den Klubs bestehen auch Jugendsektionen, die 88 000 Mitglieder umfassen, 53 Prozent der Klubs haben auch Pioniergruppen gebildet mit 138 000 Teilnehmern. Ein großer Prozentsatz der Arbeiterinnen beteiligt sich an der Kulturarbeit — die Zahl der Frauen beträgt in den Gewerkschaften 26 Prozent und in den Klubs 30 Prozent. Die Entfaltung der Kulturarbeit wird durch den Mangel an geeigneten Räumen behindert, sämtliche Klubsäle fassen an einem Abend nur 876 600 Besucher, im Durchschnitt jeder Saal 278 Menschen.

Wie stark der Zustrom zu den Klubs ist, ersieht man aus folgenden Daten: allein im Dezember 1924 wurden 10 574 000 Einzelbesucher der Klubveranstaltungen registriert (Konzerte, Theater, Vorlesungen, Vorträge, Kino), 34,6 Prozent der Klubs haben ihre eigene Einrichtung (in Moskau 50,9 Prozent, in Leningrad 48,1 Prozent).

Die Mittel zur Kulturarbeit stammen aus den Ueberweisungen aus Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaften, weiter aus obligatorischen Zuwendungen der Unternehmer, deren Festsetzung im Verhältnis zur Lohnsumme von den Gewerkschaften bei Abschluß von Kollektivverträgen angestrebt wird (gleich, ob es sich um staatliche oder private Unternehmen handelt). Diese Zuwendungen spielen die Hauptrolle bei der Schaffung

von Fonds für Kulturarbeit; so liefen im Jahre 1924 in 840 Gouvernementsabteilungen 9 560 657 Rubel von Unternehmern als Zuwendungen auf Grund der Kollektivverträge ein, während die Ueberweisungen aus Mitgliederbeiträgen 1 133 467 Rubel betrugen.

Von diesen Mitteln wurden 5 678 203 Rubel nur für die Klubarbeit verwendet.

Infolge des Mangels an geeigneten Räumlichkeiten für Klubs ist es gegenwärtig nicht möglich, die Kulturarbeit breiter zu entfalten, und die Gewerkschaften haben schon begonnen, Fonds zum Bau neuer Klubräume zu schaffen.

Die Presse und die Verlagstätigkeit

Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften gibt zehn Zeitungen und Zeitschriften heraus, die Zentralkomitees der Gewerkschaften 45, die Republik- und Gouvernementsräte und -abteilungen der Gewerkschaften 50.

Von den Zeitungen sind 6 Tagesblätter (unter ihnen „Trud", das offizielle Organ des Allrussischen Rates der Gewerkschaften), 4 erscheinen zweimal wöchentlich, 8 wöchentlich. Von den Zeitschriften sind 16 Wochenblätter, 30 erscheinen alle zwei Wochen und 32 monatlich. Die Auflage der Zeitungen betrug am 1. November 1925 981 275 Exemplare und der Zeitschriften 907 600 Exemplare; zusammen 1 888 875 Exemplare. Wenn man die Mitgliederzahl der Gewerkschaften vom 1. April 1925 — 6 950 484 — nimmt, so kommt ein Abonnent der Gewerkschaftspresse auf je 3,7 Gewerkschaftsmitglieder. Das Abonnement ist freiwillig. Wenn man die große Verbreitung der Sowjet- und Parteipresse unter den Gewerkschaftsmitgliedern berücksichtigt, so sieht man, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder keine Zeitungen liest.

1923 haben die Gewerkschaften etwa 300 Bücher herausgegeben, 1924 794, und zwar der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften allein 124 Bücher in einer Auflage von 1 041 100 Exemplaren. 1925 hat sich die Verlagstätigkeit bedeutend vergrößert.

Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei

Charakteristisch für die gewerkschaftliche Bewegung in der USSR im Unterschied zur Bewegung in anderen Ländern ist

die besondere Aktivität, die die Gewerkschaften im politischen Leben des Landes entfalten und ihr Verhältnis zur Kommunistischen Partei.

Die Gewerkschaftsbewegung der USSR entstand erst nach der Bildung und der Befestigung der politischen Arbeiterpartei. Noch mehr, der wirtschaftliche Kampf wurde häufig infolge der Initiative und unter der Leitung der politischen Partei der Arbeiterklasse geführt, und selbst die Gewerkschaften wurden unter ihrer Leitung organisiert. Der wirtschaftliche Kampf war bis zur Oktoberrevolution eng mit dem politischen verknüpft; infolgedessen wuchs unter den Arbeitern der USSR die Autorität der politischen Partei des Proletariats gleichzeitig mit den Siegen, die die Arbeiterklasse unter ihrer Führung erfocht.

Schon Mitte 1917 entzogen sich die Arbeiter und ihre Gewerkschaften dem Einfluß der Sozialdemokraten-Menschewisten. Die Gewerkschaften nahmen aktiven Anteil an der Oktoberrevolution, indem sie die Bolschewisten unterstützten. Während der folgenden Jahre — der Periode des Bürgerkrieges, des Hungers und der Kälte — kämpften die Gewerkschaften unter der Leitung der Kommunistischen Partei gegen die Weißgardisten und die Interventionen des ausländischen Kapitals an allen Fronten und trugen zur Bewältigung der Lebensmittel- und Brennstoffkrisen bei. Und bis zum heutigen Tage unterstützen die Gewerkschaften alle Maßnahmen der Kommunistischen Partei, die den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens des Landes und die Hebung der Lage der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bezwecken.

Die gegenseitigen Beziehungen tragen keinen formellen Charakter (in den Gewerkschaften gibt es keine offiziellen Parteivertreter, sondern die von der Partei empfohlenen Mitglieder werden in leitende Körperschaften der Gewerkschaften gewählt) und werden täglich durch die lebendigen Interessen der Arbeiterklasse enger verknüpft.

Die Gewerkschaften als solche gehören der Partei nicht an, wie es z. B. in der englischen Arbeiterpartei der Fall ist, sondern jedes Mitglied wird individuell in die Partei aufgenommen.

Der Kampf der Arbeiterklasse der USSR hat bewiesen, daß diese Form der Beziehungen der Gewerkschaften zur revolutionären politischen Partei der Arbeiterklasse am besten den Sieg des Proletariats sichert.

Arbeitslohn und Produktivität der Arbeit in der USSR

E. GRANOWSKI

Die Gestaltung des Arbeitslohnes und der Arbeitsproduktivität zeigt im System der NEP prinzipielle Unterschiede sowohl gegenüber dem Kriegskommunismus als auch gegenüber dem Kapitalismus.

Im System der NEP muß die Anwendung der Arbeitskraft in der Industrie in derselben Form wie in der kapitalistischen Produktion erfolgen, d. h. der einzelne Arbeiter wird für die Arbeit „gemietet" und hat sie innerhalb einer bestimmten Zeit und unter bestimmten Bedingungen auszuführen, wofür er „entlohnt" wird. Trotzdem bleibt in den Beziehungen zwischen Arbeiter und Staatsbetrieb unter der Diktatur des Proletariats nur die frühere Form bestehen, ihrem Wesen nach sind sie vom kapitalistischen Betrieb grundverschieden. Dieser Unterschied erklärt sich vor allem durch die ganz verschiedenen Zwecke der Produktion. Der Produktionszweck der nationalisierten Industrie im Land der Räte ist nicht die Erzielung von Profit als Selbstzweck, wie in der kapitalistischen Produktion, sondern die immer steigende Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung des Landes, sowie die endgültige Umgestaltung des Lebens der Hundertmillionen-Bevölkerung nach neuen sozialistischen Prinzipien.

In den kapitalistischen Staaten ist die Arbeiterklasse gezwungen, einen unversöhnlichen Kampf um höhere Löhne, Verkürzung des Arbeitstages und bessere Arbeitsbedingungen zu führen, der trotzdem nur zeitweilige Verbesserungen zu erzielen vermag, da die Kapitalisten genügend Machtmittel zur immer intensiveren Ausbeutung der Arbeiter in der Hand haben. Ganz anders steht es in der USSR. Hier stehen die Interessen der staatlichen Industrie völlig im Einklang sowohl mit den allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats, als den unmittelbaren Interessen des Arbeiters. Die steigende Pro-

duktivität der Arbeit ist die unmittelbare Quelle für das Steigen des Arbeitslohnes.

Aus dem Gesagten geht der grundlegende Unterschied in der Einstellung der Arbeiterklasse zu den Fragen der Produktivität der Arbeit in den kapitalistischen Ländern und der USSR klar hervor. Der wirtschaftliche Aufbau und die Methoden zur Steigerung der Produktivität sind hier durch die Unterstützung aller an der Produktion Beteiligten sichergestellt.

Die Uebereinstimmung zwischen den Interessen der staatlichen Industrie und den allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats verändert auch die in der kapitalistischen Gesellschaft wirksamen Gesetze der Festlegung und Regulierung des Lohnniveaus.

Die elementaren Gesetze des Klassenkampfes, die den Arbeitslohn, d. h. den Preis der Arbeitskraft, in den kapitalistischen Ländern regulieren und ihn nicht unter das Existenzminimum des Arbeiters und seiner Familie sinken lassen, sind im Rahmen der Sowjetwirtschaft insofern nicht ausschlaggebend, als hier eben die andere Tendenz des immer steigenden Niveaus der Arbeiterklasse herrscht.

Dadurch werden Streiks zur Aufrechterhaltung oder Steigerung des Lohnniveaus überflüssig.

Ebensowenig wird das Lohnniveau von Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte beeinflußt: die staatlichen *Betriebe der USSR können keine Senkung der Arbeitslöhne auf Grund einer bestehenden Arbeitslosigkeit anstreben.* Dieser Grundsatz wird durch das Steigen des Arbeitslohnes selbst in der Periode der größten Arbeitslosigkeit bestätigt.

Die Festlegung des Lohnniveaus in der Sowjetwirtschaft geschieht in erster Linie auf Grund des gegenwärtigen Standes der Produktivität der Arbeit, der materiellen Möglichkeiten der einzelnen Wirtschaftseinheiten und der Gesamtlage der Industrie. *Die steigende Produktivität der Arbeit bildet die Grundlage für die materielle und geistige Wohlfahrt der Arbeiterklasse in der Epoche der Diktatur des Proletariats.* Andere Quellen für die Hebung

ihres Lohnes, außer der Steigerung der Arbeitsproduktivität besitzt die Arbeiterklasse nicht. Eine Erhöhung des Arbeitslohnes im Wege einer Preissteigerung für industrielle Waren ohne eine entsprechende Hebung der Produktivität der Arbeit bedeutete nur ein „Ausnützen der Konjunktur" und letzten Endes ein Absägen des Astes, auf dem das Proletariat als die Klasse, die im Sowjetstaate die Diktatur ausübt, sitzt. Die unausbleibliche Folge einer derartigen Politik wäre ein Sinken der Kaufkraft der Bauernschaft, der Hauptmasse der Bevölkerung, ein Rückgang der Produktion und letzten Endes die Gefahr eines Bruches in dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Alles das zusammen würde die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft aufhalten und zu einer Schwächung der ökonomischen und politischen Positionen der Oktoberrevolution führen.

Die Tendenz des Staates, der Arbeiterklasse möglichst gute Existenzbedingungen zu schaffen, findet ihre natürliche Grenze nicht nur in dem erreichten Stand der Produktivität der Arbeit, sondern auch in der Notwendigkeit einer Mehrproduktion zur Lösung einer Reihe anderer nicht minder wichtiger Aufgaben, die mit dem sozialistischen Aufbau zusammenhängen. Das von den Arbeitern in den staatlichen Betrieben geschaffene Mehrprodukt gerät nicht in die Hände einer fremden Klasse, sondern der Arbeiterstaat verwendet es zur Schaffung der materiellen Basis für die Erweiterung der Produktion, für die Verbilligung der industriellen Produktion zwecks Festigung des Bündnisses mit der Bauernschaft; für die Umstellung der Industrie auf eine höhere technische Stufe, die eine Weiterentwicklung des Arbeitslohnes garantiert; für die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse usw.

Die oben angeführten charakteristischsten Merkmale der Gestaltung des Lohnniveaus unter den Bedingungen der Neuen ökonomischen Politik sind auch für die Lohnpolitik maßgebend. Gegenwärtig lassen sich bereits an Hand kombinierter statistischer Angaben für die Gesamtindustrie manche Resultate der mehr als vierjährigen NEP-Periode anführen.

Die Gegenüberstellung des Reallohnes und der Produktivität der Arbeit eines einzelnen Arbeiters im Jahresdurchschnitt ergibt folgendes Bild:

	Jahresdurchschnittslohn eines Arbeiters: (Geld und Naturallohn)			Jahresproduktion eines Arbeiters		
	In Vorkriegs-rubel	1920/21 = 100	%-Zunahme pro Jahr	In Vorkriegs-rubel	1920/21 = 100	%-Zunahme pro Jahr
1920/21	96	100	—	662,1	100	—
1921/22	123	127	27	1 201	181	81
1922/23	154	158	26	1 342,4	202	11,5
1923/24	203	215	32	1 486,8	224	10,7
1924/25[1]	248,0[2]	260	21	2 130	320	43

Aus den aufgeführten Angaben geht die Tendenz eines ununterbrochenen und intensiven Anwachsens des Arbeitslohnes und der Arbeitsproduktivität hervor. Seit 1920/21 ist der Arbeitslohn um 260 Prozent gestiegen; die Bruttoproduktion dagegen um 320 Prozent. Die Analyse dieser Jahresangaben zeigt, daß sich in der Dynamik des Lohnes und der Produktivität der Arbeit während der abgelaufenen Periode folgende Etappen unterscheiden lassen:

1. Ein verhältnismäßig rasches Wachsen des Arbeitslohnes geht Hand in Hand mit einem noch rascheren Wachsen der Produktivität der Arbeit, so daß die Produktion 1920/21, verglichen mit dem Vorjahre um 1,81 steigt, der Lohn um 1,27.

2. Ein fortgesetztes Steigen des Arbeitslohnes bei allmählich zurückbleibender Produktivität der Arbeit, so daß 1922/24 die Produktivität des einzelnen Arbeiters, verglichen mit der vorhergehenden Periode um 22,2 Prozent, der Lohn dagegen um 58 Prozent steigt.

3. Ein fortgesetztes, wenngleich verlangsamtes Steigen des Lohnes, bei rascherem Steigen der Produktivität der Arbeit seit 1924.

Vergleichen wir kurz, welche Wege die Steigerung des Arbeitslohnes in der angeführten Periode eingeschlagen hat.

In erster Linie richtete man den Kurs auf eine Umwandlung des Naturallohnes in Geldlohn und eine steigende Differenzierung der Entlohnung. Diese Tendenz war unvermeidlich, um

[1]) Lohn laut Angaben des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften; Bruttoproduktion laut Angaben der Staatsplankommission.

[2]) Mehr als 500 heutige Rubel.

unter den Bedingungen der NEP zunächst mindestens das Lohnniveau des qualifizierten Arbeiters zu heben und im Interesse der Bedürfnisse der Industrie einen Anreiz zur Hebung der Qualifikation der Arbeitskraft zu schaffen. Die Lohnspanne zwischen Tagelöhner und hochqualifiziertem Arbeiter hat sich um über das zweifache erweitert. Diese Maßnahme brachte bereits an und für sich eine Steigerung des Durchschnittslohnes mit sich. Die weitere Steigerung erfolgt durch Hinaufsetzung des Lohnsatzes der I. Kategorie und Umstellung der festgesetzten Normen.

Zur ersten Kategorie gehören die ganz unqualifizierten Arbeiter, die leichtere körperliche Arbeit verrichten. Die Arbeiter verteilen sich entsprechend ihrer Qualifikation auf die neun Kategorien des Tarifnetzes. Jede der übrigen acht Kategorien steht in einem festen Koeffizientenverhältnis zur ersten Kategorie. Folglich werden durch den Satz der ersten Kategorie die Sätze sämtlicher Kategorien bestimmt.

In den ersten beiden Jahren der NEP konnte die für den Markt arbeitende Leichtindustrie die Rentabilitätsstufe erreichen und stand somit unter günstigeren Bedingungen als die Schwerindustrie. Schon im ersten Quartal 1922/23 erhielten die Lebensmittelarbeiter 95,9 Prozent des Vorkriegslohnes, die Drucker 73 Prozent, die in der Holzbranche Beschäftigten 74 Prozent, die Arbeiter der chemischen Industrie 68,5 Prozent. Einzelne Betriebe der Leichtindustrie hatten das Vorkriegsniveau bereits erreicht.

Die Schwerindustrie kam beinahe überhaupt nicht mit dem Markte in Berührung, war im Grunde völlig von den staatlichen Aufträgen abhängig und bedurfte zu ihrer Instandsetzung großer staatlicher Aufwendungen. Es ist daher ganz natürlich, wenn bei der schwierigen finanziellen Lage der Bundesrepubliken das Lohnniveau in der Schwerindustrie beträchtlich niedriger war als in der Leichtindustrie. So erhielten die Bergarbeiter nur 37,8 Prozent des Vorkriegslohnes, die Metallarbeiter 39,6 Prozent, und die Löhne im Transportgewerbe waren noch niedriger. Die Notwendigkeit, Mittel zur Besserung der finanziellen Lage der Schwerindustrie flüssig zu machen und zugleich damit auch die Löhne zu erhöhen, zwang zu einer Umgruppierung der staatlichen Mittel, zu einer

Unterbrechung der Lohnsteigerung in der Leichtindustrie und zu einer Angleichung der Löhne der Schwerindustrie an die der Leichtindustrie. Allerdings wurde für einzelne Zweige der Leichtindustrie, in denen das Lohnniveau noch niedrig war, ein langsames Weitersteigen der Löhne zugelassen. Die schwere Absatzkrise 1923 und das Sinken der Preise für die industrielle Produktion blieb ohne Rückwirkung auf das Niveau des Reallohnes.

Im September 1924 betrug der monatliche Durchschnittslohn für die Gesamtindustrie in Moskauer Konventionsrubel*) 24,50 Rubel, d. h. 80,3 Prozent der Vorkriegsnorm. Die einzelnen Industriezweige waren hieran folgendermaßen beteiligt:

Metallindustrie	61,8 %
Textilindustrie	99,0 %
Chemische Industrie	103,3 %
Lederindustrie	112,8 %
Graphische Industrie	111,4 %
Lebensmittelindustrie	135,0 %
Bergbau	58,8 %
Papierindustrie	110,3 %
Holzverarbeitungsindustrie	101,1 %

Somit hat in der Periode vom ersten Quartal 1922/23 bis September 1924 ein beträchtliches Steigen des Lohnes in sämtlichen Industriezweigen stattgefunden, in erster Linie jedoch in der Schwerindustrie. Die holzverarbeitende und die Textilindustrie holten das Lohnniveau der Vorkriegszeit ein; die chemische und graphische, die Leder- und Papierindustrie haben es bereits überschritten, während die Metall- und Holzindustrie, in denen vor dem Kriege die höchsten Löhne gezahlt wurden, immer noch beträchtlich hinter dem Vorkriegsniveau zurückbleiben. Das absolute Lohnniveau war im großen und ganzen nicht niedriger als in der Leichtindustrie.

*) Moskauer Konventionsrubel nennt man ein Zehntel des Wertes des Budgetsatzes der Staatsplankommission in einem bestimmten Rayon. Die Besonderheit dieser Einheit für die Beurteilung des Arbeitslohnes besteht darin, daß der Moskauer Konventionsrubel allerorts die gleiche Kaufkraft besitzt. Nach Moskauer Konventionsrubeln kann man somit den Reallohn verschiedener Perioden, verschiedener Industriezweige und verschiedener Rayons miteinander vergleichen.

Wie stand es nun mit dem Entwicklungstempo der Produktivität der Arbeit. Die Hebung des Arbeitslohnes hatte eine beträchtliche Steigerung der Produktivität der Arbeit zur Folge. Dennoch besaß der Arbeitslohn in der Zeit vom ersten Quartal 1922/23 bis gegen Ende 1924 einen erheblichen Vorsprung vor der Arbeitsproduktivität. Die Bewegung des realen Tageslohnes und der Tagesproduktion pro Arbeiter hat sich, nach Vorkriegspreisen berechnet, für die Gesamtindustrie folgendermaßen entwickelt (1. Halbjahr 1922/23 = 100):

	1922/23		1923/24	
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
Produktivität	100	103	116	130
Lohn	100	119,7	149	162,5

Diese Differenz zwischen der Entwicklung des Arbeitslohnes und der Produktivität der Arbeit war in den ersten Jahren der Neuen Oekonomischen Politik unvermeidlich, um die dringlichsten Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu befriedigen und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine künftige intensive Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu schaffen. Ein dauerndes Mißverhältnis zwischen der Entwicklung des Lohnes und der Produktivität der Arbeit jedoch stellte das Tempo der sozialistischen Akkumulation in Frage, und machte die rechtzeitige Erneuerung der abgenutzten Ausrüstung unmöglich. Außerdem führte es zu Währungsschwierigkeiten und schloß eine Senkung der Preise für die industriellen und landwirtschaftlichen Produkte aus. Die unausbleibliche Folge davon war, daß der Reallohn sank, die Lohnverschuldung stieg und letzten Endes die Erfüllung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus unmöglich wurde. Deshalb gab im August 1924 das Plenum des ZK der KPR die Losung aus: Steigerung der Produktivität der Arbeit, Erweiterung der Produktion, Verbilligung der Industrieprodukte.

Die Losung: Hebung der Produktivität der Arbeit, fand bei den breiten schaffenden Massen lebhaften Widerhall und bei den Gewerkschaften aktive Unterstützung.

Die gesamte Industriearbeiterschaft der USSR war durchdrungen von dem Willen, zur Verwirklichung dieser Losung beizutragen.

Eine große Rolle bei der Steigerung der Produktivität der Arbeit haben die Produktionskonferenzen gespielt, an denen die breiten Arbeitermassen teilnahmen und die der Betriebsleitung behilflich waren, bestehende Mängel abzuschaffen und neue organisatorisch-technische Verbesserungen einzuführen.

Die Hebung der Produktivität der Arbeit erfolgte nach zwei Richtungen: einerseits durch Verdichtung der Arbeitszeit, durch Intensivierung der Arbeit, wo diese ungenügend war, andererseits durch Rationalisierung der Produktion, Spezialisierung der Betriebe und möglichste Ausnützung der vorhandenen Ausrüstung.

Im ersten Quartal 1924/25 trat im Entwicklungsverhältnis zwischen Arbeitslohn und Produktivität der Arbeit ein Umschwung ein. Das Steigen der Produktivität der Arbeit begann das Steigen des Lohnes, verglichen mit dem vierten Quartal 1923/24, zu überholen. Nach den Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates betrug die Steigerung der Produktivität im ersten Quartal 15,3 Prozent, im zweiten Quartal 16,2 Proz., im dritten Quartal 4,7 Prozent; wogegen sie im vierten Quartal um 2,7 Prozent zurückging. Insgesamt hat die Arbeitsleistung 1924/25 um 43 Prozent zugenommen.

Zu diesen Resultaten haben namentlich auch umfangreiche Instandsetzungsarbeiten beigetragen, die in zahlreichen Fällen von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind. So erfolgte beispielsweise die Konzentrierung und teilweise Mechanisierung des Bergbaus, die Einführung vervollkommneter Bohrmethoden in der Naphthaindustrie, die Standardisierung der Produktion in einer Reihe von Produktionszweigen usw. usw.

Die Verlangsamung des Entwicklungstempos der Arbeitsproduktivität im zweiten Halbjahr 1924/25 erklärt sich in erster Linie durch die Neueinbeziehung von Hunderttausenden nichtqualifizierter Arbeiter in die Produktion und die vorerst unvermeidliche Inbetriebnahme technisch rückständiger und bisher stillgelegter Betriebe.

Der Monatslohn hat sich 1924/25 folgendermaßen entwickelt: im ersten Quartal 1924/25 stieg der Lohn um 4,6 Prozent, im zweiten und dritten Quartal bleiben Nominal- und Reallohn auf annähernd dem gleichen Niveau, das vierte Quartal weist ein plötzliches Ansteigen der gesamten In-

dustrielöhne um 23 Prozent auf, und zwar ist die Zunahme in der Roh- und Brennstoffgewinnung (33,5 Prozent) größer als in der verarbeitenden Industrie (21,5 Prozent).

Die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters ist im Jahresdurchschnitt um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahre, der Arbeitslohn um 29 Prozent gestiegen (verglichen mit dem direkten Barlohn 1923/24, der 194 Rubel betragen hatte). Die Kampagne zur Hebung der Produktivität der Arbeit zeitigte ansehnliche Resultate. Die Industrie erhielt durch sie ohne jede Unterstützung von außen die zur Erweiterung der Produktion (um 64 Prozent gegenüber dem Vorjahre) sowie zu Reparaturen und Neuausrüstungen erforderlichen Mittel (500 Mill. Rubel).

Gegen Ende des Wirtschaftsjahres 1924/25 hatte die Gesamtindustrie durchschnittlich wieder das Lohnniveau der Vorkriegszeit erreicht. In der Leichtindustrie stand es über dem Vorkriegsniveau: so betrug es im September 1924/25 beispielweise in der Textilindustrie 120 Pozent, in der Lederindustrie 125 Prozent, in der chemischen Industrie 137,4 Proz., in der Lebensmittelindustrie 146,2 Prozent, in der Holzbearbeitungsindustrie 110,3 Prozent, in der poligraphischen Industrie 111,2 Prozent, in der Papierindustrie 134,2 Prozent. Unter dem Vorkriegsniveau bleibt dagegen die Schwerindustrie: Metallindustrie 83 Prozent, Bergbau 72 Prozent.

Abgesehen vom Arbeitslohn, der dem Arbeiter unmittelbar abhängig von seiner Arbeitsleistung ausgehändigt wird, hat die Industrie noch anderweitige Ergänzungsausgaben zur Erhaltung der Arbeitskraft zu tragen, sogen. „Spesen und Zuschläge zum Arbeitslohn". Diese Ausgaben entstehen auf Grund der Anwendung des Arbeitsgesetzkodex, sowie der materiellen Verpflichtungen, die die Wirtschaftsorgane beim Abschluß der Kollektivverträge übernehmen. Eine aufmerksame Betrachtung dieser Ausgaben führt zu dem Schluß, daß sie überwiegend die materielle Lage eines jeden einzelnen Arbeiters, sowie der gesamten Arbeiterklasse verbessern und somit unmittelbar einen Zuschlag zum Grundlohn bilden. In der gesamten verarbeitenden Industrie setzten sich diese Ausgaben in den Jahren 1913 und 1924/25 folgendermaßen zusammen:

	in % des Lohnes 1. Halbjahr 1924/25	1913	Koeffizient der Zunahme
1. Freie Wohnung	5,2	1,83	2,9
2. Kantinen	—	0,49	—
3. Arbeiterversicherungszuschläge	17,30	2,01	8,6
4. Zuschläge für kulturelle Aufklärung und Berufsbildung	3,20	0,35	9,0
5. Unterhalt von Krippen, Sanatorien, Kurortbetten, Erholungsheimen	0,60	0,06	10,8
6. Unterhalt d. Betriebsräte	1,40	—	—
7. Rückzahlungsfreie Stipendien, Unterstützungen usw.	0,90	—	—
8. Vergütung der Fahrt zum Arbeitsort und zurück in Einzelfällen	0,40	—	—
9. Berufskleidung, Seife und Schutzmittel	2,00	—	—
10. Sonstige Ausgaben	0,50	0,08	6,2
Insgesamt	31,5	4,82	7,0
Insgesamt ohne Punkt 9	29,5	4,82	6,2

Die Zuschlagsausgaben sind somit, verglichen mit der Vorkriegszeit um das Siebenfache gestiegen resp. um das 6,5-fache, wenn man Punkt 9, der eher zu den Produktionskosten gehört, abzieht.

Addiert man zum Lohn die Zuschläge sowie die übrigen Ausgaben der Industrie zum Unterhalt der Arbeitskraft, so sehen wir, daß Ende 1924/25 die Vorkriegsnorm der Löhne um beinahe 25 Prozent überschritten war.

Abgesehen von diesen Ergänzungsausgaben zum Unterhalt der Arbeitskraft führen die einzelnen Trusts einen gewissen Prozentsatz ihres Gewinns in den sogen. Fonds zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter ab. So wurden diesen Fonds beispielsweise in der Textilindustrie 1923/24

14,9 Mill. Rubel zugeführt, 1924/25 13,6 Mill.; im Bergbau und in der chemischen Industrie 1923/24 173 000, 1924/25 888 000 Rubel; in der Papierindustrie 1923/24 495 000 Rubel usw.

Der Fonds für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter ist in erster Linie für den Wohnungsbau und für kulturelle Aufklärung bestimmt.

Bei der Festlegung der Programmziffern für den Arbeitslohn 1925/26 mußte von folgenden Prinzipien ausgegangen werden:

1. Große Vorsicht bei Lohnerhöhungen, um in der Industrie selbst die Mittel zur Erweiterung und zum Wiederaufbau der Industrie, und namentlich der Schwerindustrie, flüssig zu machen.

2. Das Steigen der Produktivität wird sich aus den bereits angeführten Ursachen noch eine Zeitlang verzögern; die von der Industrie in Angriff genommene Erbauung neuer Fabriken und technische Verbesserung wird erst in den folgenden Jahren zur Geltung kommen.

3. Hebung des Arbeitslohnes in den Industriezweigen, wo er beträchtlich hinter dem Vorkriegsniveau zurückbleibt, wie in der Metall- und Zuckerindustrie und im Bergbau.

4. Hebung der Löhne in einzelnen Trusts anderer Industriezweige, wo sie absolut niedrig geblieben sind und der Qualifikation der Arbeiter nicht entsprechen (einzelne Trusts der Papier-, der chemischen und der Industrie der Steine und Erden).

5. Für die übrigen Industriezweige eine gewisse Erhöhung des Arbeitslohnes durch Steigerung der Produktivität, sowie gewisse Veränderungen in den Produktionsbedingungen, die es den Arbeitern ermöglichen, ihren Lohn ohne mechanische Steigerung der Lohnsätze zu erhöhen.

In dem Industrieplan für 1925/26 ist das spezifische Gewicht des Lohnes in der Gesamtindustrie um 17,5 Prozent gestiegen. Die Durchschnittsziffer des unmittelbaren Lohnes beträgt für das ganze Jahr 1925/26 109,2 der Vorkriegsnorm. Unter diesen Bedingungen haben nur die Metallindustrie und der Bergbau das Vorkriegsniveau nicht ganz eingeholt. Die übrigen Produktionszweige übersteigen die Vorkriegsnorm be-

trächtlich; insgesamt bilden die Löhne mit 500 Mill. Rubel einen der größten Posten im Budget der Industrie.

Die Erhöhung des Arbeitslohnes über das Niveau der Vorkriegszeit bei achtstündiger Arbeitszeit spricht von sehr bedeutsamen Errungenschaften, die trotz der kolossalen Schwierigkeiten, die der Sowjetstaat überwinden mußte, nur durch den Oktoberumsturz möglich waren.

Dennoch können uns diese Resultate nicht befriedigen. Denn immerhin bleibt das gegenwärtige Lohnniveau hinter den Löhnen in hochkapitalistischen Ländern zurück. Die wichtigste Aufgabe des Sowjetstaates ist die Schaffung von Bedingungen, die eine Hebung des Lohnniveaus in der USSR über das bestehende Niveau in den kapitalistischen Ländern hinaus ermöglichen.

Alle objektiven Möglichkeiten hierzu sind vorhanden, da die wirtschaftliche Basis des proletarischen Staates eine höhere Produktivität der Arbeit und größere Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivkräfte zuläßt, als es unter dem Kapitalismus der Fall ist.

Die künftige Lohnpolitik der USSR muß einen Ausgleich der Durchschnittslöhne in sämtlichen Industriezweigen, sowie ein richtiges Verhältnis zwischen den Löhnen der einzelnen Arbeiterkategorien anstreben.

In dem Maße, als das Lohnniveau der Vorkriegszeit überschritten wird, gewinnt der Sowjetstaat die Möglichkeit, neue Arbeitsverhältnisse zu schaffen, wobei er die oben angeführten Prinzipien auf das immer steigende Lohnniveau anwendet.

Monats-Reallöhne in der Großindustrie
in Moskauer Index-Rubel

	Monats-Reallohn in Moskauer Indexrubel	Index des Monats-Reallohnes 1922/23 = 100	Prozent des Vorkriegslohnes
1922—23	15,0	100	43,3
1933—24	20,1	134,0	65,9
1924—25	24,13	160,8	79,1
September 1925	29,14	194,3	95,5
Juni 1926[1])	30,5	203,4	100,4

[1]) Vorläufige Zahlen.

Gesundheitswesen in der USSR

DR. S. GOLDENBERG

Epidemien, Infektionskrankheiten:

Die Bekämpfung der epidemischen Infektionskrankheiten ist aufs engste mit der wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtstruktur des Landes verknüpft. Die kulturelle und hygienische Rückständigkeit müssen berücksichtigt werden, will man die vorliegenden statistischen Daten über den gegenwärtigen sanitären Zustand der Bevölkerung objektiv analysieren.

Für die letzten zwei Jahre kann ein Rückgang der Seuchen verzeichnet werden, die während des imperialistischen Krieges und der Jahre der Blockade und des Hungers sich im Lande ausgebreitet hatten. Die nachstehende Aufstellung zeigt die auffallende Abnahme wichtiger Infektionskrankheiten:

	1924 Januar-Juni	1925 Januar-Juni
Flecktyphus	80 465	41 553
Rückfallfieber	26 968	7 442
Typhuskrankheiten	23 036	19 016
Ruhr	45 741	39 016

In den letzten Jahren hat die Malaria bedrohliche und hartnäckige Formen angenommen, doch ist es den energischen Vorbeugungsmaßnahmen, wie Bau von Wasserversorgungsanlagen, gelungen, die Epidemie wesentlich einzudämmen. Die Zahl der Erkrankungen sank von 2 354 000 im ersten Halbjahr 1924 auf 1 513 000 im ersten Halbjahr 1925.

Die grassierenden Epidemien hatten die Sterblichkeit in der Union im Jahre 1920 auf 36,5 (im früheren Rußland war die Sterblichkeit stets über 30 auf je 1000 der Bevölkerung) hochschnellen lassen, aber bereits im Jahre 1921 gelang es, diese Ziffer auf 26,5 herunterzudrücken, und im Jahre 1923 schließlich hat die Sterblichkeit die in Rußland bisher nie dagewesene niedrige Ziffer von 22,7 pro Mille erreicht.

Die Geburtenziffer erfuhr eine Zunahme von 31,4 im Jahre 1920, über 34,9 im Jahre 1922 auf 42,5 im Jahre 1923 und beträgt nun mehr also das Doppelte der deutschen Geburtenziffer (1923: 21,0 auf 1000). Ungeachtet der noch immer hohen Sterblichkeit beziffert sich der Geburtenüberschuß auf die für Europa sehr stattliche Zahl 19,8 (gegen 7,1 in Deutschland).

Schutz von Mutter und Kind:

In der Vorkriegszeit waren hohe Geburten- und Sterbeziffern kennzeichnend für Rußland. In dieser Beziehung behauptete Rußland den ersten Rang in Europa. Vom Jahre 1923 an beginnt die Kindersterb-

lichkeit jäh zu sinken. Die nachstehende Tabelle enthält die statistischen Daten der Kindersterblichkeit in einigen zentralen Gouvernements in den Jahren 1913 und 1923.

Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr:

Gouvernement	1913	1923
Moskau	26,3 %	13,7 %
Wladimir	24,3 %	17,5 %
Twer	36,9 %	14,8 %
Jaroslaw	29,6 %	16,3 %
Tscherepowez	20,8 %	18,6 %
Nishnij-Nowgorod	32,2 %	17,3 %
Uljanowsk (Simbirsk)	32,3 %	17,6 %

Die Kindersterblichkeit ist somit in den Zentralgouvernements fast um die Hälfte gesunken. Von hundert Fabrikarbeiterkindern starben noch im Jahre 1917 etwa 35, im Jahre 1923 nur noch 17. Bei diesem Sinken der Kindersterblichkeit spielen viele soziale Faktoren, u. a. der wirtschaftliche Aufstieg des flachen Landes, die Hebung des Kulturniveaus der Massen eine wichtige Rolle. Aber der hervorragendste Anteil fällt doch den Fürsorgemaßnahmen zum Schutze von Mutter und Säugling zu.

Die Zeit zwischen der zweiten im Jahre 1923 und der dritten im Jahre 1925 stattgefundenen Konferenz für Mutter- und Säuglingsschutz kann betrachtet werden als die Periode der Stärkung und des Wachstums der Tätigkeit auf diesem Gebiete.

Aus der nachstehenden Tabelle der Entwicklung der Einrichtungen für Mutter- und Kinderschutz ist ersichtlich, daß hier die Krippen und Beratungsstellen den ersten Platz einnehmen. Es gibt keinen einzigen großen Industriebetrieb in der ganzen Union, der nicht seine Krippe hat.

Zahl der Anstalten zum Schutze von Mutter und Kind:

	in der RSFSR								USSR
	1917	1918	1919	1. 1. 22	1. 1. 23	1. 1 24	1. 1. 25	1. 10. 25	1. 10. 26
Fabrik- und Bezirkskrippen	14	78	126	914	447	503	536	584	778
Ständige Berufskrippen	—	—	—	—	—	—	—	5	5
Haus der Mutter und des Kindes	0	10	17	237	110	91	80	96	103
Haus des Kindes	7	92	12	765	491	362	313	287	433
Beratungsstellen für Kinder	6	39	58	179	137	165	362	372	521
Beratungsstellen für Schwangere	—	—	—	29	28	95	169	208	275
Ausstellungen u. dgl.	7	29	46	384	131	45	52	52	48
Beratungsstellen auf dem Lande	—	—	—	—	—	7	117	120	372
Rechtsberatungsstellen	—	—	—	—	—	30	130	130	130
Insgesamt:	34	248	368	2508	1344	1298	1759	1854	2675

Außerdem gab es Sommerkrippen auf dem Lande:

	in der RSFSR	in der UkSSR
1921	—	46
1922	125	123
1923	209	266
1924	524	426
1925	1853	768

Die Gründung von zahlreichen Krippen und Beratungsstellen verfolgt nicht nur die Wahrung der Interessen des Kindes, sondern auch die der Mutter und hat die Aufgabe, die Mutter dazu zu erziehen, die Beratungsstelle regelmäßig und nicht nur bei Erkrankung des Kindes aufzusuchen.

Zur Heranbildung von qualifizierten Mitarbeitern für den Mutter- und Kinderschutz hat das Gesundheitskommissariat ein wissenschaftliches Institut für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Moskau begründet.

Die juristische Grundlage der Mutter- und Säuglingsfürsorge ist im Arbeitskodex festgelegt.

Aufschwung der Fürsorge auf dem Lande:

Der 12. Allrussische Rätekongreß im Mai 1925 beschloß, zur Besserung der sanitären Verhältnisse auf dem Lande die Zahl der Bezirkskrankenhäuser zu vergrößern, das Lokalbudget für Gesundheitswesen zu konsolidieren, die staatlichen Zuschüsse zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen der Aerzte und des gesamten medizinischen Personals zu verbessern, Fortbildungsreisen für Aerzte und medizinische Mitarbeiter zu veranstalten, die geburtshilfliche Fürsorge auf dem Lande auszudehnen, sowie das Sanitätswesen und die hygienische Volksbelehrung auf dem Lande großzügiger zu gestalten. Zugleich wurde das Gesundheitskommissariat beauftragt, Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung der Aerzteschaft auf Stadt und Land zu ergreifen.

Diese Fragen beschäftigten den Ersten Allrussischen Kongreß der Bezirksärzte (8. Dezember 1925), an dem 1032 Personen, darunter 949 Ortsdelegierte (532 Aerzte) teilnahmen.

Es wurde eine wesentliche Besserung der Gesundheitsfürsorgeverhältnisse auf dem Lande festgestellt, die nicht nur in der Zunahme der Bettenzahl in den alten Heilanstalten zum Ausdruck kommt, sondern auch in der Ausgestaltung der Medizinalbezirke, in der Gründung neuer Ambulatorien, in der Organisierung der Hausbehandlung, der ersten Hilfe usw. Die Anzahl der Medizinalbezirke hat sich um 12 Prozent erhöht, die der Bezirkskrankenhäuser um 8 Prozent, die der Betten in den Kreisheilanstalten um 9 Prozent. Die Zahl der Feldscherstellen (Heilgehilfen) reduzierte sich um 5 Prozent zugunsten der ärztlichen Stellen.

Zahnärztliche Hilfe existierte noch im Jahre 1914 überhaupt nicht auf dem Lande. Heutzutage dagegen verfügt das flache Land über 1183 zahnärztliche Ambulatorien mit 1506 Operationsstühlen und 1679 Zahnärzten.

Organisatorisch sind die Medizinalbezirke mit den Landbezirken (Wolost) verbunden. Auf jeden Bezirk entfallen mindestens zwei Aerzte nebst Hilfspersonal. Die Medizinalbezirke sorgen nicht nur für die unentgeltliche ärztliche Behandlung der Kranken, sondern entfalten auch eine umfangreiche prophylaktische Tätigkeit hauptsächlich hinsichtlich der eventuell im Bezirke besonders stark auftretenden Infektionskrankheiten.

Zwecks besserer Versorgung des Landes mit Aerzten besteht eine Verordnung, daß die Studenten der medizinischen Fakultäten nach Abschluß ihrer Studien auf das Land zu versetzen sind.

Der XII. Rätekongreß hat zwei Millionen Rubel zur Errichtung von Bauernsanatorien in den Kurorten bewilligt; 1926 besuchten über 6000 Bauern die Kurorte der Union.

Die letzten zwei Jahre sind charakteristisch durch die Ausdehnung der Gesundheitsfürsorge auf das flache Land, ohne daß dadurch die Fürsorge für die städtische Bevölkerung beeinträchtigt worden wäre.

Allerorts in der Union richtet sich die Tätigkeit mit besonderer Energie auf die Bekämpfung der sozialen Krankheiten. Zur Illustration sei hier eine Tabelle der Tuberkulosesterblichkeit in Moskau gegeben.

Tuberkulosesterblichkeit auf 10 000 Einwohner:

	1910	1920	1922	1923
Moskau	27,5	39,7	26,1	17,6

Aehnlich bewegen sich die Tuberkulosesterblichkeitskurven in anderen Städten der Union.

Je mehr die Gesundheitsfürsorge in der Union ausgebaut wird, desto segensreicher zeigt sich die Wirkung, die sie auf die erstarkende Gesundheit der Bevölkerung, namentlich der heranwachsenden Generation, ausübt. (Körperkultur, Erhebungen über den gesundheitlichen Zustand der Jugendlichen.)

Die Ergebnisse der Gesundheitsfürsorge können bei der verhältnismäßig kurzen Zeit noch nicht ziffernmäßig voll dargestellt werden. Hier galt es, von Grund auf neu zu ebnen, ein Neuland zu bestellen, Wege des sozialistischen Aufbaues zu gehen, um das versumpfte, verseuchte und gesundheitlich verwahrloste Land der Gesundung entgegenzuführen. Die erzielten Erfolge rechtfertigen die seit der Oktoberrevolution eingeschlagene Linie der Gesundheitsfürsorge: Konzentrierung aller Probleme des Gesundheitswesens in einem selbständigen Volkskommissariat: dem N a r k o m s d r a w.

Die Sozialversicherung in der USSR

D. BOKANYI

I. Grundlagen

Die Sozialversicherung in der USSR hat in der kurzen Zeit ihrer Entwicklung nicht nur alle europäischen Arbeiterversicherungen der Vorkriegszeit überflügelt, sondern steht heute ihren Grundsätzen nach an der Spitze der besten europäischen Versicherungen der Nachkriegszeit. In ihr sind die Forderungen, die von Sozialpolitikern und den Arbeiterorganisationen in den letzten 40 Jahren gefordert wurden, verwirklicht: Versicherungszwang, Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Arbeitslosigkeits- und Mutterschaftsversicherung, unentgeltliche Familienversicherung, Sterbe-, Witwen- und Waisenversicherung; Tragung sämtlicher Versicherungskosten durch den Unternehmer; Zentralisierung aller Versicherungszweige und Selbstverwaltung der Versicherung durch die Arbeiter.

Das „Gesetzbuch der Arbeit" vom 15. November 1922 (XVII. Kapitel: „Ueber die Sozialversicherung"), Art. 175, 176 und 178 formuliert die Grundprinzipien folgendermaßen:

„Art. 175: Die Sozialversicherung erstreckt sich auf alle Arbeiter und Angestellten, ohne Rücksicht darauf, ob diese in staatlichen, öffentlichen, genossenschaftlichen, konzessionierten, Pacht-, gemischtwirtschaftlichen oder Privatunternehmungen, Anstalten oder Betrieben, oder bei Privatpersonen beschäftigt sind und ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit und Dauer ihrer Beschäftigung und die Art ihrer Löhne."

„Art. 176: Die Sozialversicherung umfaßt: a) Leistung von Krankenhilfe; b) Gewährung von Unterstützungen bei vorübergehendem Verlust der Arbeitsfähigkeit (Krankheit, Verletzung, Quarantäne, Schwangerschaft, Wochenbett, Pflege eines kranken Familienmitgliedes); c) Gewährung von Zusatzunterstützungen (für das Stillen von Kindern, Gegenstände, die zur Pflege notwendig sind, Bestattung); d) Gewährung von Arbeitslosenunterstützung; e) Invalidenunterstützung; f) Gewährung von Unterstützung an die Familien der Arbeiter bzw. Angestellten im Falle des Todes oder des spurlosen Verschwindens ihres Versorgers."

„Art. 178: Die Versicherungsbeiträge werden von den Unternehmungen, Anstalten, Betrieben oder Einzelpersonen, welche Arbeiter bzw. Angestellte beschäftigen, aufgebracht; sie dürfen nicht dem Versicherten auferlegt und von seinem Lohne abgezogen werden."

II. Versicherungsleistungen

A. Krankenversicherung:

Die Versicherten haben bei allen Erkrankungen (Krankheit, Unfall, Invalidität, Geburt) Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Hilfe, Heilmittel, Spitalpflege, Ambulatorien und Heilbehandlung jeder Art. Die nichtarbeitenden Familienmitglieder erhalten ebenfalls ärztliche Hilfe, Heilmittel und Pflege in Heilanstalten.

B. Unterstützung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit:

„Art. 180: Unterstützung für vorübergehende Arbeitsunfähigkeit wird vom Tage des Verlustes der Arbeitsfähigkeit bis zum Tage ihrer Wiederherstellung oder der Feststellung des Vorliegens der Invalidität gewährt. Die Unterstützungssumme ist der faktisch verdiente Arbeitslohn. (Bei Krankheit, Unfall, Geburt.)

C. Ergänzende Unterstützungen:

Bei Geburt bekommen die versicherten Frauen 50 Prozent des monatlichen ortsüblichen Arbeitslohnes für Kinderausstattung und monatlich (während neun Monaten) ein Viertel derselben Summe als Stillprämie. Das Sterbegeld beträgt einen Monatslohn; für Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

D. Invalidenrente (ohne Arbeitsinvaliden):

Für die Berechnung der aus den allgemeinen Ursachen Invaliden ist der Durchschnittslohn der letzten drei Monate die Grundlage. 1. Hilflose Vollinvaliden erhalten zwei Drittel des durchschnittlichen Arbeitslohnes (Vollrente). 2. Gänzlich Arbeitsunfähige erhalten zwei Drittel der vollen Rente. 3. Teilweise Arbeitsunfähige die Hälfte der vollen Rente.

E. Hinterbliebenenrente:

1. Familien mit drei oder mehr Köpfen erhalten zwei Drittel der Vollrente. 2. Familien mit zwei Köpfen bekommen die Hälfte der Vollrente. 3. Einzelne Hinterbliebene bekommen ein Drittel der vollen Rente.

F. Die Invalidenrente (bei Betriebsunfall und Berufskrankheit):

1. Bei völlig Hilflosen 100 Prozent. 2. Bei völlig Erwerbsunfähigen 75 Prozent. 3. Bei mehr als 50 prozentiger Arbeitsunfähigkeit 50 Prozent des faktischen Arbeitslohnes. Die Teilinvaliden erhalten 10 bis 30 Prozent des faktischen Arbeitslohnes.

G. Renten für Hinterbliebene der Arbeitsinvaliden:

Familien mit drei oder mehr Mitgliedern bekommen drei Viertel, mit zwei Mitgliedern die Hälfte, Einzelhinterbliebene ein Drittel des faktischen Arbeitslohnes des Verstorbenen.

H. Arbeitslosenunterstützung (durch 5 bis 9 Monate):

I. Gruppe: 30 Prozent des ortsüblichen Arbeitslohnes; II. Gruppe: zwei Drittel von der ersten Gruppe. Alle Rentenempfänger und Arbeitslose erhalten unentgeltliche ärztliche Hilfe und Krankenunterstützung für sich und ihre Familien.

III. Die Ausgaben vom Oktober 1924 bis Oktober 1925 für Sozialversicherung (in Millionen Rubel):

Krankenunterstützung	110,5
Invalidenunterstützung	96,3
Witwen- und Waisenunterstützung	20,1
Ergänzende Unterstützung für Versicherte:	
Arbeitslosenunterstützung	28,9
a) Kinderausstattung	2,16
b) Stillprämien	3,74
c) Sterbegeld	0,94
Für nichtversicherte Familienmitglieder:	
a) Kinderausstattung	11,26
b) Stillprämien	20,5
c) Sterbegeld	4,9
Für Konzerte usw.	19,4
Arzt, Arznei, Spitalbehandlung usw.	124,3
zusammen:	443,0

IV. Organisation und Führung:

Träger der gesamten Sozialversicherung ist die einheitliche Bezirkseinheitskasse, mit in der Regel 5 bis 10 000 Mitgliedern, die wieder zu Gebiets- oder Gouvernements-Versicherungskassen zusammengefaßt werden. Die Hauptfunktionen dieser Kassen bestehen in folgendem: a) Leitung der Bezirksversicherungskassen; b) Ausgleichsversicherungsfonds der Bezirkskassen; c) Organisierung und Erhaltung von Invalidenheimen, Erholungsheimen, Heilstätten und dergl. für ein ganzes Gebiet, bzw. Gouvernement; d) Auszahlung der Invalidenrenten. Die leitenden Ausschüsse dieser Kassen werden von den Gewerkschaften auf ihren Tagungen gewählt.

Die Oberleitung aller Versicherungskassen der Republik hat das Landesversicherungsamt des Arbeitskommissariats der betreffenden Republik.

Die Oberaufsicht für die USSR führt das Zentralversicherungsamt beim Arbeitskommissariat der USSR.

Sowohl beim Zentralversicherungsamt als auch bei den Landesversicherungsämtern bestehen Räte für soziale Versicherung, die aus je vier Vertretern der Gewerkschaften und vier Vertretern der Regierung unter dem Vorsitz eines Mitglieds des Kollegiums des Arbeitskommissariats, das von den Gewerkschaften für diesen Posten vorgeschlagen wird, bestehen.

DIE UNABHÄNGIGEN UND AUTONOMEN REPUBLIKEN


NÖRDL. EISMEER
KARISCHES MEER
Kohlenlager
Eisenbahn
EUROPÄISCHES RUSSLAND
POLARKREIS
Ob
Jenissei
Lena
Tunguska
Jakutsk
Jenisseisk
Omsk
Tomsk
BAIKAL SEE
Kiachta
Irkutsk
Nikolajewsk
SACHALIN
Amur
TURKESTAN
MONGOLEI
MANDSCHUREI
Wladiwostok

Sibirien

Ukrainische SSR

Die UkSSR umfaßt ein Gebiet von 408 052 Quadratwerst mit 20,6 Millionen Einwohnern, die national folgendermaßen zusammengesetzt sind:

	Städtische Bevölkerung	Ländliche Bevölkerung
Ukrainer	33,7 %	88,1 %
Großrussen	29,4 %	6,9 %
Juden	31,8 %	—
Polen	2,2 %	—

B e s c h ä f t i g u n g : Die Hauptbeschäftigung der Einwohner bildet die Landwirtschaft; die Industrie ist hauptsächlich in den Kreisen Charkow, Donez, Odessa und Jekaterinoslaw konzentriert. Es ist neben dem Uralgebiet das Zentrum der sowjetrussischen Schwerindustrie.

L a n d w i r t s c h a f t : Die anbaufähige Fläche beträgt in der Ukraine 39 Millionen Deßjatinen, von denen 74,5 Prozent Ackerland, 12 Prozent Wälder sind. Im Durchschnitt entfallen auf eine Bauernwirtschaft in der Ukraine nur 10 Deßjatinen.

Die Landwirtschaft hat unter dem Bürgerkrieg schwer gelitten. Das geht aus den Ziffern der Anbaufläche hervor.

Jahr	Saatfläche (in Mill. Deßjatinen)	Prozent der Fläche von 1916
1916	18,8	100,0
1921	16,7	88,0
1922	14,0	74,5
1923	16,0	85,1
1924	17,1	91,0
1925	17,8	94,7

Die Ernteerträge weisen nicht die gleiche aufsteigende Kurve auf, da das Jahr 1924 infolge großer Trockenheit eine Mißernte brachte.

Ernteertrag (in Millionen Pud)

	1923	1924	1925
	847,7	557,2	993,8
Winterroggen	330,6	190,8	327,1
Winterweizen	100,7	65,8	121,8
Sommerweizen	62,4	50,8	106,6
Gerste	133,9	79,9	135,8
Hafer	72,0	46,5	69,7
Buchweizen	35,5	29,6	33,3
Hirse	41,5	32,8	60,1
Mais	61,8	50,0	126,3

Viehstand (in Millionen)

1916	1922	1923	1924	1925
23,4	23,0	21,5	25,4	25,1

Wichtig ist die Entwicklung der Kollektivwirtschaften, die 1920 begann.

Entwicklung der Kollektivwirtschaften

Jahr	Anzahl der Kollektivwirtschaften	Deßjatinen Land	Darauf entfallende Kopfzahl
1921	193	14 460	9 198
1922	1 339	108 336	71 772
1923	3 660	265 489	187 111
1924	4 620	335 270	220 501
1925	5 406	421 549	319 524

Von diesen waren 1925 356 Kommunen, 4856 Verbände (Artels) und 194 Ackerbau-Genossenschaften.

Der Durchschnittsertrag der Kollektivwirtschaften übersteigt den der Einzelwirtschaften um annähernd 30 Prozent.

Bergbau:

Steinkohle

Jahr	Ertrag in Mill. Pud	Anzahl der Arbeitskräfte in 1000	Ertragsanteil der UkSSR in % zum Gesamtertrag der SSSR
1916	1,751,0	235,0	89,7
1921	355.6	118,9	65,1
1922	390,3	96,6	68,7
1922/23	494,5	124,9	69,9
1923/24	741,9	152,5	79,0
1924/25	760,0	—	—

Bedeutende Erzvorkommen.

Industrie: Mit den Jahren 1921/22, nach Beendigung des Bürgerkrieges, beginnt die Gesundung und die ununterbrochene Aufwärtsentwicklung der Industrie.

Gesamtproduktion der Industrie der UkSSR (in Mill. Goldrubel)

1912	1921/22	1923/24	1924/25
1,367	193	568	815

Die Produktion pro Kopf und Jahr stieg von 2400 Pud 1921/22 auf 3960 Pud 1922/23 und 4870 Pud 1923/24; 1924/25 erreichte sie 5630 Pud.

Produktion der Eisenindustrie (in Millionen Pud)

Jahr	Gußeisen	Stahl	Walzerzeugnisse
1913	189,2	166,6	141,0
1920	0,9	2,9	2,6
1922/23	7,1	12,7	11,1
1923/24	22,7	23,7	17,2
1924/25	54,0	53,0	37,0

Metall verarbeitende Industrie
Gesamtproduktion in Mill. Gold-Rbl.

	1912	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25
Maschinenbau	54,7	15,3	28,8	45,0	79,0
Metallwaren	87,9	8,0	13,6	26,8	35,8

Die Maschinenindustrie entwickelt sich also wesentlich schneller als die Metallindustrie.

Die Zuckerindustrie hat trotz des starken Rückganges des Rübenanbaus im Zusammenhang mit der Bodenaufteilung ihre Produktion wieder gehoben. Wert ihrer Produkte 1924/25 91,6 (1912 220) Millionen Rubel.

Finanzen: Das Staatsbudget der UkSSR wächst von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1923/24 betrug es 47,8 Mill. Rubel, 1924/25 71,4 Mill. Rubel und 1925/26 183,2 Mill. Rubel. Im Jahre 1923/24 sind auf Grund der regulären Einnahmen nur 23 Prozent, 1924/25 schon 88 Prozent und 1925/26 91 Prozent des Budgets gedeckt worden.

Die örtlichen Budgets der UkSSR wachsen gleichfalls von Jahr zu Jahr: 1923/24 betrugen sie 129,3 Mill. Rubel, 1924/25 192,3 Mill. Rubel, 1925/26 253,5 Mill. Rubel. (Siehe Artikel „Budget der USSR".)

Verkehr: Die Gesamtlänge der Eisenbahnen in der Ukraine (einschließlich Krim) betrug Ende 1922 12 597 Werst.

Der Wassertransport: Der Dnjepr mit seinen Nebenflüssen wird auf eine Länge von 3949 Werst befahren. Häfen am Schwarzen Meere: Odessa, Nikolajew, Sewastopol.

Bildungswesen: Am 1. Oktober 1925 bestanden 16 413 Volksschulen mit 50 500 Lehrern und 1 874 662 Schülern, 1010 Berufsschulen mit 15 589 Lehrern und 135 325 Schülern, darunter 36 Institute, 145 technischen Lehranstalten und 33 Arbeiterfakultäten. Außerdem bestehen 23 000 politische Bildungsinstitutionen, davon über 10 000 Schulen zur Liquidierung des Analphabetismus, über 2000 „Häuser der Bauern", 41 Sowjet- und Parteischulen, 7 kommunistische Universitäten.

Dazu kamen 1925 3000 Bibliotheken, 6000 Lesehallen und 328 Bibliotheken der nationalen Minderheiten, ferner über 1000 Klubs mit etwa 350 000 Mitgliedern.

Gesundheitswesen: Am 1. Oktober 1925 bestanden 5800 Heilanstalten, 333 Polikliniken, Ambulatorien usw.

Genossenschaften: Am 1. Juli 1925 bestanden 6190 Dorfgenossenschaften mit 994 000 Mitgliedern; 311 Arbeiter- und städtische Genossenschaften mit 603 000 Mitgliedern und einem Gesamtumsatz 1923/24 348 Mill. Goldrubel, 1924/25 603 Mill. Goldrubel. Am 1. Juli 1925 bestanden 5100 Universal-Landwirtschaftsgenossenschaften, 1281 Spezial-Genossenschaften, denen 1 254 000 Mitglieder angeschlossen waren. Außerdem bestehen 9 Heimindustrie (Kustar)-Verbände, die 1058 Heimindustrie-Genossenschaften und Artels mit etwa 35 000 Heimarbeitern und Handwerkern umfassen.

Nationale Politik: Die Ukraine stand bisher in der Hauptsache unter dem Einfluß der russischen Kultur. Die ukrainische Kultur war auf das Dorf verdrängt worden. Die ukrainische Sowjetregierung erkannte die Notwendigkeit, dem Staatsapparat der UkSSR die Möglichkeit zu geben, seine Tätigkeit in einer Sprache auszuüben, die der Mehrheit der Bevölkerung geläufig ist, — nämlich der ukrainischen. Am 13. Mai 1923 wurde das Dekret über die Maßnahmen erlassen, die die Gleichberechtigung der Sprachen gewährleisten. Alle zur Arbeit notwendigen Gesetze wurden ins Ukrainische übersetzt.

Gleichzeitig traf die ukrainische Regierung eine ganze Reihe von Maßnahmen zur konkreten Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten und zur gesetzlichen Regelung der Gleichberechtigung der Sprachen dieser Minderheiten. Die Grundzüge dieser Maßnahmen sind kurz zusammengefaßt folgende:

1. Hinzuziehung der arbeitenden nationalen Minderheiten zu den Sowjet-Kongressen und Exekutiv-Komitees.
2. Die Organisation der nationalen administrativ-territorialen Einheiten: so z. B. wurde die autonome Moldau-Sowjet-Republik abgesondert. Außerdem wurden zum 1. Oktober 1925 (ohne die AMSSR) 371 nationale Dorfsowjets abgesondert, deren größerer Teil in sechs nationalen Rayons vereinigt ist. Nach einzelnen Nationalitäten gegliedert verteilt sich diese Gesamtzahl auf folgende Dorfsowjets: 113 deutsche, 86 russische, 61 polnische, 28 bulgarische, 27 griechische, 33 jüdische, 13 tschechische, 1 weißrussischer und 9 moldauische.
3. Die Organisation nationaler Gerichte. Im Jahre 1924/25 z. B. wurden zwei deutsche, 13 jüdische und vier polnische Gerichte geschaffen.
4. Bedeutende Vermehrung der Schulen und kulturellen Bildungsanstalten der nationalen Minderheiten. Zum 1. Oktober 1925 bestanden in der UkSSR:

Nationalität:	Anzahl der Schulen	Bildungsanstalten
Deutsche	500	330
Jüdische	372	811
Polnische	323	291
Tatarische	—	82
Bulgarische	—	68

5. Der Staatsverlag der UkSSR organisierte den Druck nationaler Literatur für die nationalen Schulen.

Zu den angeführten Maßnahmen trat noch die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse einzelner Völkerschaften hinzu; z. B. sind durch die Regierung der UkSSR Maßnahmen getroffen worden, die jüdische Bevölkerung zu Landarbeiten heranzuziehen. So wurden zu solchen Kolonisationszwecken 48 000 Deßjatinen Land zur Verfügung gestellt. Es übersiedelten 3000 Höfe mit insgesamt 15 000 Seelen.

Transkaukasische SFSR

Die Transkaukasische Sowjetföderation umfaßt das Gebiet der alten kaukasischen Statthalterschaft (ehemal. Gouvernements Baku, Jelisawetpol, Tiflis, Kutais und Eriwan; Bezirke Suchum und Sakatalska und die Gebiete Dagestan, Kars und Batum) mit Ausnahme von:

a) Dagestan (Autonome Republik in der RSFSR),

b) Kars und ein Teil des Gebietes von Batum, der durch Friedensvertrag vom 16. 3. 1921 an die Türkei gefallen ist. Die Gesamtfläche der Transkaukasischen SFSR beträgt 192 485 qkm, die Einwohnerzahl 5 406 200.

Die Verschiedenheit der geographischen Bedingungen hat die ökonomische Entwicklung aufs tiefste beeinflußt. Durch sie hat die Volkswirtschaft dieser Gegend eine außerordentlich komplizierte ökonomische Struktur angenommen. Wir finden hier neben Getreidebau noch halb und ganz nomadisierende Viehhirten; daneben die Zunahme hochwertiger landwirtschaftlicher Kulturen und beobachten eine fortlaufende Entfaltung der Rohstoffgewinnung und der Industrie. Außerdem schafft die Vielstämmigkeit und das Sprachengewirr der Völker Transkaukasiens ein verwickeltes Netz nationaler Beziehungen, in dem sich das ökonomische und staatliche Leben der transkaukasischen SFSR abspielt.

Zur transkaukasischen Sowjetföderation gehören folgende Republiken:

1. Georgische SSR mit den Gebieten:
   a) VSSR Abchasien
   b) ASSR Adscharistan
   c) autonomes Gebiet Süd-Ossetien
2. Armenische SSR
3. SSR Aserbeidschan mit den Gebieten:
   a) ASSR Nachitschewan
   b) autonome Bergrepublik
   c) autonomes Gebiet Karabach

Nationale Zusammensetzung:

	Zahl	Prozent
Georgier (Grusier)	1 702 900	33,4
Armenier	1 352 350	24,1
Aserbeidschaner, Türken	1 350 000	23,1
Russen	252 250	4,6
Ossetier	92 757	1,7
Abchasier	43 220	0,8
Sonstige	662 573	12,3

Unter den letzteren befinden sich Lesghier, Juden, Perser, Kurden usw.

Selbstverständlich siedelten sich die auf dem Gebiet Transkaukasiens seit Jahrhunderten zusammenwirkenden dauernd wirtschaftlich verbundenen Völker vielfach innerhalb der „historischen" Grenzen anderer Völker an. Daher ist keine der transkaukasischen Republiken

in nationaler Beziehung einheitlich, sondern umschließt gleichzeitig mehr oder weniger bedeutende nationale Minderheiten.

Von der Gesamtbevölkerung der transkaukasischen SFSR — 5 406 200 entfallen auf die Landbevölkerung 4 226 700 oder 79,2 Prozent, auf die Stadtbevölkerung 1 179 500 oder 20,8 Prozent.

W i r t s c h a f t:

Die wichtigste Rolle spielt die Landwirtschaft, einschließlich des Garten- und Weinbaues und der technischen Kulturen.

Anbaufläche (in 1000 ha)

	1913*)	1923/24	1924/25
Gesamtanbaufläche	2083	1970	2036
davon:			
Baumwolle	132	18,5	131
Tabak	10,9		9
Wein	84,6		75,4

Die Tee-Ernte betrug 1925 266 000 kg, d. s. fast doppelt soviel als vor dem Kriege.

Eines der wichtigsten Probleme ist die Schaffung von Bewässerungsanlagen und anderen Meliorationen, für die 1924/25 2,6 und 1925/26 8 Millionen Rubel ausgeworfen sind. Nach dem Meliorationsplan sollen bis 1930 300 000—400 000 Deßjatinen Boden anbaufähig gemacht werden.

Der Bodenhunger (es entfällt an Kulturland auf einen Bauernhof in Georgien 2,6; in Armenien 3,2; in Aserbeidschan 6,6 Deßjatinen) hat stärkere Abwanderung der Bevölkerung in die Städte zur Folge.

I n d u s t r i e: Für folgende Industriezweige sind natürliche Voraussetzungen vorhanden: Tabak, Leder, Spiritus, Holz, Textil, Oelmühlen, Seifensiederei, Naphtha, Mangan, Kupfer-, Bimsstein-, Silber-, Bleigruben u. a. m. Wiederaufbau und Weiterentwicklung der Industrie schreiten in beschleunigtem Tempo vorwärts. Die Kupferproduktion hat den Vorkriegsstand bereits erreicht.

Bei dem Aufbau der Volkswirtschaft der transkaukasischen SFSR, besonders hinsichtlich ihrer Industrie, wird der Baumwollindustrie eine ganz besondere Rolle zufallen. Zu ihrer Förderung sind für Grusien, Armenien, Aserbeidschan im Jahre 1925/26 1½ bis 2 Millionen Rubel vorgesehen.

Georgische SSR

T e r r i t o r i u m: 59 100 Quadratwerst. B e v ö l k e r u n g: 2,5 Millionen (einschließlich Abchasien mit 827 Quadratwerst und etwa 128 000 Einwohner und Süd-Ossetien mit 3270 Quadratwerst und etwa 82 000 Einwohner). Hauptstadt Tiflis, Hauptstadt Abchasiens: Suchum, Adscharistans: Batum, Süd-Ossetiens: Zchinwali.

*) Altes Gebiet.

Wirtschaft

80 Prozent der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, die bebaute Fläche beträgt nur 13 Prozent der Gesamtfläche.

Anbaufläche (in 1000 Deßjatinen)

	1913	1920	1925
Getreide	677	477	629
Obstgarten	7,7		8,8
Tabak	15	1	4,4
Baumwolle	11,9		12,5

Besonders wichtig ist der Baumwollbau, der an Ausdehnung immer mehr zunimmt. 1924 betrug die Ernte 123 000 Pud Rohbaumwolle. Die Anbaufläche soll bis 1929/30 43 500 Deßjatinen erreichen, was einem Ertrag von 2 Millionen Pud entspricht.

Die Weiterentwicklung der Landwirtschaft hängt ab von den Kultivierungs-, Bewässerungs- und Meliorationsarbeiten. Die Grenzgebiete am Schwarzen Meer sind den Bodenverhältnissen nach für Baumwolle, Tabak, Tee absolut geeignet. Zurzeit ist bereits mit dem Bau von 14 Kanälen zur Berieselung einer Gesamtfläche von 120 000 Deßjatinen begonnen worden. Die Berieselungsfläche der Vorkriegszeit betrug 77 000 Deßjatinen. Bis Ende des Jahres 1925 waren die Arbeiten für eine Bewässerung von mehr als 21 000 Deßjatinen Land durchgeführt, gleichzeitig soll bis Ende des Jahres 1926 auch die Trockenlegung von 7000 Deßjatinen Sumpfland beendet sein.

Die Seidenzucht Sowjetgeorgiens überschreitet bereits die Vorkriegsausmaße. Im Zeitabschnitt der Jahre 1910—14 ergab die Jahresproduktion im Durchschnitt 125 000 Pud Rohkokons, im Zeitabschnitt 1915 bis 1919 38 000 Pud, 1920 50 000 Pud, 1923 100 000 Pud, 1924 139 000 Pud.

Bergbau: Steinkohlenförderung 1913 4,2 Mill. Pud, 1921/22 und 1922/23 etwa 1,8 Millionen Pud, 1923/24 3,8 Mill. Pud und im Jahre 1924/25 4,6 Mill. Pud. Die Arbeitsmethoden sind rationalisiert und wesentlich verbessert worden. Nach einem Programm des „Gosplan" soll die Produktion durch Ausgestaltung der Nebenbetriebe usw. zu einer Leistung bis zu 12 Mill. Pud gebracht werden.

Mangan: Die Vorkriegsausbeute betrug in den Mangangruben von Tschiaturi 59 Mill. Pud, 1922/23 26 Mill. Pud. Seither steigt sie weiter. Ein Teil der Tschiaturi-Gruben ist durch Konzession an den Harriman-Konzern vergeben.

Industrie: Von allen zum Bestand der transkaukasischen Föderation gehörenden Republiken ist Georgien die am meisten agrarisch übervölkerte, daher ist das Problem der Unterbringung der überzähligen landwirtschaftlichen Bevölkerung besonders akut, ebenso die Industrialisierung der Republik. Neben dem Bergbau spielen noch folgende Industriezweige eine größere Rolle:

Tabakindustrie: 1921/22 bezifferte sich der Wert der Tabakerzeugung auf 3,7 Mill. Goldrubel, 1922/23 auf 4,4 Mill. Goldrubel, 1923/24 auf 2,5 Mill. Goldrubel und im Jahre 1924/25 auf 4,5 Mill. Goldrubel.

Die Lederindustrie entwickelte sich in schnellerem Tempo. Im Jahre 1921/22 beliefen sich ihre Erzeugnise auf 204 000 Rubel, im Jahre 1922/23 auf 267 000 Rubel, im Jahre 1923/24 auf 300 000 Rubel und im Jahre 1924/25 auf 425 000 Rubel. Im Jahre 1921/22 kam auf eine Betriebseinheit im Durchschnitt eine Bruttoproduktion im Werte von 51 000 Rubel, im Jahre 1924/25 von 226 000 Rubel (was einer mehr als vierfachen Steigerung entspricht).

Zur Förderung der georgischen Industrie stellte die transkaukasische SFSR für 1925/26 4 Millionen Rubel in Form langfristiger Kredite zur Verfügung.

Budget: Das Budget der SSRG ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. Im Jahre 1923/24 stellten sich die Einnnahmen des republikanischen Budgets auf 2,2 Mill. Rubel (abgerundet), des föderativen*) auf 10,9 Mill. Rubel, zus. 13,1 Mill. Rubel. Im Jahre 1924/25 auf 7,3 Mill. Rubel bezw. 2,6 Mill. Rubel (ein Teil des föderativen Budgets wurde dem unionistischen zugeführt) und die Budgeteinnahmen der Union auf 16,8 Mill. Rubel (darin sind die Eisenbahneinnahmen nicht einbegriffen), zus. 26,7 Mill. Rubel. Für das Jahr 1925/26 wird das republikanische Budget der SSRG allein mehr als 18 Mill. Rubel betragen. Im Vergleich zu dem des Vorjahres hat das Budget des Jahres 1924/25 beinahe eine Verdoppelung erfahren.

Proportionell dem Anwachsen der Einnahmen des Budgets steigen auch die Ausgaben. Insbesondere sind die sozialkulturellen Bedürfnisse und die Landwirtschaft berücksichtigt.

Genossenschaften: Im Jahre 1921 bestanden 766 genossenschaftliche Vereinigungen mit 328 000 Mitgliedern. Diese Mitgliederzahl existierte jedoch zum größten Teil nur auf dem Papier; tatsächlich überwogen in den Genossenschaften die sowjetfeindlichen Elemente, weshalb man zu einer Reorganisation schreiten mußte. Diese Reorganisation hatte zur Folge, daß im Jahre 1924 nur noch 133 genossenschaftliche Vereinigungen mit 106 000 Mitgliedern verblieben. Zum 1. Januar zählte man 138 Vereinigungen, die bereits über 156 000 Mitglieder umfaßten.

Die Reorganisation hat zur Stärkung der Genossenschaften beigetragen. Die Kapitalsanteile der einzelnen Mitglieder vergrößerten sich: Im Jahre 1920 waren es nur 25 Kopeken pro Mitglied, im Jahre 1921 noch weniger — 11 Kopeken, im Jahre 1926 2 Rubel 30 Kopeken. Das Aktienkapital der ursprünglichen Konsumgenossenschaften betrug ,im Jahre 1921 bei 163 Genossenschaften nur 9700 Rubel, im Jahre 1924, bei einer noch geringeren Anzahl Genossenschaften (133) 190 000 Rubel, im Jahre 1925 329 000 Rubel und im Jahre 1926 365 000 Rubel. Dieselbe Erscheinung beobachten wir auch in der Zentrale der Konsum-Genossenschaften der SSRG — des Zekowschiri: die Aktiven des Zekowschiri machten im Jahre 1921, d. h. im Moment der Bildung der

*) Bis zum Jahre 1924/25 bestand das Budget der SSRG nur aus dem Budget der SSRG selbst und wurde als das republikanische und föderative Budget bezeichnet; nach dessen Aufstellung ein Teil der Einnahmen der gesamten transkaukasischen Föderation zufloß. Vom Jahre 1924/25 an besteht das Budget aus drei Teilen, dem republikanischen, dem föderativen und dem unionistischen. Infolgedessen ist ein Teil der bis dahin auf das republikanische und föderative Budget entfallenden Ausgaben von jetzt ab auf das unionistische Budget übertragen worden.

Sowjetregierung in Georgien, nur 245000 Rubel aus, zum 1. Januar 1924 stiegen sie auf 4,2 Rubel und zum 1. Oktober 1925 bereits auf mehr als 8 Mill. Rubel. Die Umsätze des Zekowschiri betragen im Jahre 1921 524 000 Goldrubel und im Jahre 1925 6 Mill. Goldrubel.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften existierten bis 1921 eigentlich überhaupt nicht. Sie begannen ihren Aufbau erst nach der Bildung der Sowjetregierung. Zum 1. Januar 1921 (am Ende der menschewistischen Periode) bestanden im ganzen 4 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 3400 Mitgliedern, zum 1. Januar 1924 gab es bereits deren 25 mit mehr als 10 000 Mitgliedern und zum 1. Januar 1926 172 mit beinahe 34 000 Mitgliedern. Die Bilanz des Zarmokawschiri (zentrale landwirtschaftliche Genossenschaft) ist von 5400 Rubel im Jahre 1923 auf 4,6 Mill. Rubel am 1. Januar 1926 gestiegen.

Vor der Bildung der Sowjetregierung bestanden keine Kreditgenossenschaften, jetzt gibt es deren 123, denen bis 2 Mill. Rubel zur Verfügung gestellt sind. Das Grundkapital der Zentralen Landwirtschaftsbank beträgt 1½ Mill. Rubel.

Volksbildung: Die hier folgenden Zahlen veranschaulichen den Zustand des Volksbildungswesens der gegenwärtigen SSRG im Vergleich zu den Vorkriegsjahren und der Periode der Menschewisten-Herrschaft: im Jahre 1914/15 zählte man in den Unterrichtsanstalten 110 000 Personen, im Jahre 1919/20 125 000, im Jahre 1920/21 174 000, im Jahre 1921/22 171 000, im Jahre 1924/25 über 211 000. Auch die Teilnehmerzahl an den höheren Lehranstalten Grusiens nimmt zu: die Zahl der Studenten beträgt im Jahre 1914/15 nur 413, im Jahre 1919/20 gegen 4½ Tausend und im Jahre 1924/25 übersteigt sie 8000. Eine analoge Steigerung zeigt sich auch bei den Arbeiterfakultäten: im Jahre 1921/22 wurden diese von 542 Personen besucht und im Jahre 1924/25 schon von mehr als 1600 Personen.

Gesundheitsschutz: Nachstehende Ziffern charakterisieren kurz die Errungenschaften auf diesem Gebiete:

Heilanstalten:	in der Vorrevolutionsperiode	in der menschewistischen Periode	unter der Sowjetregierung
Krankenhäuser	38	45	86
Bettzahl (in 1000) ungef.	2	1	3,7
Medizin. Stationen	36	117	234
Zahnärztl. „	4	3	59

Weißrussische SSR

Territorium und Bevölkerung: Die jetzige weißrussische SSR wurde aus Teilen folgender ehemaliger Gouvernements gebildet: Minsk, Witebsk, Mohilew und Smolensk. Bis zum Beginn des Jahres 1924 bestand die weißrussische SSR nur aus sechs Kreisen des früheren Gouvernements Minsk. Zum Beginn des Jahres 1924 wurden ihr Teile des Gouvernements Smolensk, Witebsk, Mohilew an-

gegliedert, die bis dahin zur RSFSR gehörten. Im Sommer 1924 wurde Weißrußland in Rayons eingeteilt und umfaßt heute ein Territorium von 110 000 qkm mit 4,25 Millionen Einwohnern. Das Territorium zerfällt hinsichtlich seiner administrativen Einteilung in 10 große Bezirke, 100 Rayons und 1240 Dorfsowjets. Die Bevölkerung der weißrussischen SSR bilden die Weißrussen mit über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung, 8 Prozent Juden, während der Rest sich auf Polen, Russen, Letten, Litauer und andere Nationalitäten verteilt. Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung beschäftigt sich mit Landwirtschaft. Von dem 110 000 qkm umfassenden Territorium sind etwa 70 Prozent landwirtschaftliches Nutzland und etwa 30 Prozent Waldbestand.

Landwirtschaft: Die Saatfläche der weißrussischen SSR überstieg im Jahre 1924 mit einem Bestande von 2 334 200 Deßjatinen diejenige des Jahres 1913 um 9,1 Prozent und diejenige des Jahres 1916 um 7,5 Prozent.

In den letzten zwei Jahren hat die Saatfläche um etwa 7—9 Prozent zugenommen. Der Bruttoertrag der Getreideernte im jetzigen Weißrußland ergab für das Halbdezennium 1909/13 227,5 Mill. Pud und im Jahre 1923 222,8 Mill. Pud. Die Zunahme des Bruttoertrages in den darauffolgenden Jahren kann im Durchschnitt mit 15 Prozent beziffert werden.

Gleichzeitig mit der allgemeinen Steigerung des Bruttoertrages und der Saatfläche breitet sich besonders rasch die Fläche der technischen Kulturen aus. So erweiterte sich die Gesamtfläche im Jahre 1925 um 9 Prozent.

Parallel hiermit hebt sich auch der Viehstand: an Pferden zählte man im Jahre 1923: 766 700 Stück, im Jahre 1924: 780 900 Stück. Im Jahre 1925 beträgt der Zuwachs 13 Prozent. An Kühen zählte man im Jahre 1923 1 460 200 Stück, im Jahre 1924 1 546 000 Stück; im Jahre 1925 beläuft sich der Zuwachs auf 18 Prozent. An Schweinen zählte man im Jahre 1923: 1 116 500 Stück, im Jahre 1924 1 860 500 Stück. Im Jahre 1925 steigt die Zahl um 29 Prozent.

Charakteristisch für die Landwirtschaft der weißrussischen SSR ist die außerordentliche Zersplitterung des Bodens. Die Folge davon ist große Landnot. Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche verteilt sich auf über 770 000 Bauerngehöfte, demnach entfallen im Durchschnitt 5—6 Deßjatinen Land auf ein Gehöft.

Die Meliorationsarbeiten sind mit Nachdruck in Angriff genommen. Die im Jahre 1924/25 zur Ausführung gelangten Arbeiten beliefen sich auf 1 Million Rubel und für das Jahr 1925/26 sind Meliorationsarbeiten für 2 Millionen Rubel vorgesehen.

Für die Intensivierung der Landwirtschaft und zur Förderung der Industriezweige, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, werden gegenwärtig von der Regierung der weißrussischen SSR bedeutende Mittel aufgewendet. Das Budget des Volkskommissariats für Landwirtschaft hat sich in den letzten zwei Jahren mehr als verdopppelt. Das Kapital der Landwirtschaftsbank, wie auch der landwirtschaftlichen Kooperation wächst gleichfalls in bedeutendem Maße. Im laufenden Jahre sind für die landwirtschaftliche Kooperation über 1,5 Mill. Rubel assigniert und für die Organisation der Landwirtschaftsbank 4,5 Mill. Rubel.

Industrie: Der landwirtschaftliche Charakter und die beträchtlichen Waldungen der weißrussischen SSR bilden eine günstige Grundlage für die Entwicklung folgender Industrien: 1. der Holzindustrie und den mit ihr in Verbindung stehenden Zweigen und 2. der Industrien zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, unter denen die Lebensmittel- und Lederindustrie die bedeutendsten sind. Die Produktionssteigerung im Jahre 1924/25 beträgt gegenüber der des Vorjahres 50 Prozent, in den einzelnen Industriezweigen beziffert sich diese wie folgt: in der Glasindustrie auf 69 Prozent, Metallindustrie auf 209,4 Prozent, Lebensmittelindustrie auf 47,9 Prozent, Holzbearbeitungsindustrie auf 104,7 Prozent und in der Lederindustrie auf 11 Prozent. Die Zahl der Arbeitskräfte nahm um 15 Prozent zu und beläuft sich jetzt auf 16 900. Laut Produktionsplan für das Jahr 1925/26 soll die Produktion in der Industrie (die Heim- und Landwirtschaftsindustrie mit einbegriffen) im Vergleich zu derjenigen des Vorjahres um 38 Prozent steigen.

Genossenschaftswesen: Die ländliche Konsumorganisation umfaßt gegenwärtig 26 350 Ortschaften. Bis zum Oktober 1924 existierten im ganzen 547 Konsumgenossenschaften und am 1. Juli 1925 zählte man an landwirtschaftlichen Genossenschaften allein schon 566. Die städtischen Genossenschaften umfassen mehr als 90 Prozent der gesamten Arbeiterbevölkerung der Städte, die ländlichen Genossenschaften 30 Prozent der Bauerngehöfte.

Der Durchschnittsumsatz eines Revierverbandes für das Quartal Januar-März 1924 belief sich auf 138 000 Rubel, für das Quartal April-Juni 1925 aber auf 425 000 Rubel, in der gleichen Periode steigerte sich auch entsprechend der Durchschnittsumsatz der Konsumgenossenschaft auf dem Lande von 4 050 auf 13 700 Rubel.

Landwirtschaftliche Genossenschaften gab es bis zum Jahre 1923 fast gar nicht. Am 1. Januar 1924 dagegen bestanden schon 713 Genossenschaften mit 13 000 Mitgliedern, am 1. Januar 1925 919 mit 49 000 Mitgliedern, am 1. März 1925 erreichte die Zahl der Mitglieder schon 71 858.

Die Genossenschaft verfolgt jetzt die Tendenz, ihre Tätigkeit auch auf die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Belieferung der Bevölkerung mit notwendigen Maschinen und veredelten Sämereien auszudehnen.

Von dem Gesamtkapital der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Betrage von 3,5 Mill. Rubel entfielen: auf Anteile 115 000 Rubel, eigenes Kapital etwa 1 Mill. Rubel, Anleihen 2,6 Mill. Rubel und Einlagen 63 000 Rubel.

Wie für die Konsumgenossenschaft, so sind auch für die Landwirtschaftliche Genossenschaft langfristige Kredite von wesentlicher Bedeutung: im Jahre 1924 erhielt die landwirtschaftliche Genossenschaft an langfristigen Krediten 120 000 Rubel, im Jahre 1925 378 000 Rubel, für das Jahr 1926 sind 634 000 Rubel vorgesehen.

Das landwirtschaftliche Kreditsystem liegt in der Hand der weißrussischen Landwirtschaftsbank, zu deren Aktionären verschiedene staatliche Organe gehören.

Schon für das erste Geschäftsjahr wies die Bilanz der weißrussischen Landwirtschaftsbank (am 1. April 1925) 3,9 Millionen Rubel aus.

Volksbildungswesen: In der Vorrevolutionszeit war der Unterricht in der Muttersprache gänzlich untersagt. Auf das ganze Territorium des heutigen Weißrußland entfiel nicht eine einzige höhere Lehranstalt.

Die WSSR widmet dem Volksbildungswesen die größte Aufmerksamkeit. Vom Staatsbudget werden für Volksbildungszwecke über 17 Prozent oder etwa 6,5 Millionen Rubel verausgabt und vom Lokalbudget 40 Prozent oder 10 Mill. Rubel. Im Schuljahre 1924/25 gab es 242 Schulen mit siebenjährigem Lehrkursus, im Jahre 1926 279 Schulen mit 1 096 Lehrern und 68 000 Schülern. Es gibt 109 Schulen mit 4—5 Klassen und 14 000 Schülern.

In ländlichen Ortschaften bilden das Gros der niederen Schulen solche mit einem Vierteljahreskursus. Im Schuljahre 1925/26 gibt es deren 3 815 (1924/25 3 448) mit 284 700 Schülern oder 68 Prozent aller Schulpflichtigen.

In allen Elementarschulen findet der Unterricht in den verschiedenen Muttersprachen statt, d. h. weißrussisch, russisch, jüdisch, polnisch und lettisch.

Die Mittelschulbildung bestreiten die vier Arbeiterfakultäten, 69 Technikums und 29 berufstechnische Schulen. Es bestehen vier höhere Bildungsanstalten (unter dem Zarismus keine einzige), die weißrussische Staatsuniversität in Minsk, die weißrussische Landwirtschaftsakademie in Gorki, das staatliche Veterinärinstitut in Witebsk und die kommunistische Universität in Minsk.

Für Kinder gibt es Kinderinternate (73 mit 5510 Zöglingen) und Kindergärten, die von 1872 Kindern besucht werden.

Außerhalb der regulären Unterrichtsanstalten bestehen folgende Bildungsstätten: 278 Lesehütten, 15 Sowjetparteischulen, 39 Klubs, 38 Bibliotheken, 140 Schulen zur Liquidierung des politischen Analphabetismus Erwachsener, 38 Nachhilfeschulen für Erwachsene, 691 Stationen zur Liquidierung des Analphabetentums, 191 Volkshäuser.

Volksgesundheitsschutz: Die Organisation des Volksgesundheitsschutzes umfaßt in den ländlichen Ortschaften 168 ärztliche Reviere mit 1308 Betten. In den Städten bestehen 33 Heilanstalten mit 2289 Betten. Staats- und Lokalbudget haben für das Jahr 1924/25 für den Volksgesundheitsschutz 4,7 Mill. Rubel angewiesen.

Turkmenische SSR

Territorium und Bevölkerung: Fläche über 400 000 qkm; Bevölkerungszahl über eine Million, davon 80 Prozent Turkmenen, 10 Prozent Usbeken, 6 Prozent Russen und 4 Prozent Perser, Armenier und andere.

Landwirtschaft: Ackerbau und Viehzucht drücken der Landwirtschaft Turkmeniens den Stempel auf. Charakteristisch ist der intensive Feldbau mit überwiegenden Baumwollpflanzungen, strichweisem Weinbau, Seiden- und extensiver Viehzucht.

Die einzelnen Kulturen verteilen sich auf die Saatfläche wie folgt: Nährfrüchte 106 000 Deßjatinen, Futterbau 12 000 Deßjatinen, Oelpflanzenkulturen 5000 Deßjatinen, technische Kulturen 53 000 Deßjatinen, Luzerne 15 000 Deßjatinen. Die Baumwollpflanzungen erstreckten sich im vergangenen Jahr über 46 634 Deßjatinen, der Bebauungsplan für das Jahr 1925 sah eine Fläche von 65 000 Deßjatinen vor, deren Gesamternte mit 2 975 000 Pud veranschlagt war.

Industrie: Von allen heimischen Industriezweigen ist die Naphthaindustrie von ausschlaggebender Bedeutung. Die Ausbeute betrug im Jahre 1924/25 377 000 Pud. Die Gewinnung für 1925/26 ist auf 1 900 000 Pud veranschlagt. Hierzu sind die Vorarbeiten für mehr als 15 Bohrungen erfolgt.

Die Osokeritausbeute betrug vor dem Kriege 32 000 Pud. Im Jahre 1924/25 30 000 Pud, für das Jahr 1925/26 ist eine Ausbeute von 60 000 Pud veranschlagt.

Zur Exploitierung der Osokeritindustrien erfolgte die Gründung des Turkmenceros-Trusts mit einem Grundkapital von 578 000 Rubel.

An Salz wurden im Jahre 1923/24 1 250 000 Pud gewonnen und im Jahre 1924/25 3 000 000 Pud. Alle Salzindustrien sind in dem Trust Turkmensol vereinigt, dessen Grundkapital 257 600 Rubel beträgt.

Seit dem Kriege erfolgte ein ständiger Rückgang der Fischereierträgnisse und fiel im Jahre 1923/24 bis auf 40 000 Pud, hob sich aber im Jahre 1924/25 wieder auf 55 000 Pud.

In Turkmenistan ist eine Glashütte in Betrieb, die 294 Arbeiter beschäftigt.

Der Turkmenmanufaktura-Trust verfügt über zwei bei Moskau gelegene Textilfabriken: die Reutowsche Spinnerei mit 92 000 Spindeln und die Bandweberei. Das Grundkapital des Trusts beträgt 4 200 000 Rubel.

Die Baumwollindustrie auf dem Territorium Turkmenistan repräsentierten vor dem Kriege 19 Baumwollreinigungsfabriken und 5 Oelmühlen mit einer Produktion von 1 168 000 Pud Baumwollflocken bzw. 237 000 Pud Oel. Die Industrie, die einen schweren Rückschlag erlitten hatte, beginnt sich schnell zu erholen und im Jahre 1924/25 konzentriert sie sich auf 4 Baumwollreinigungsfabriken und eine Oelmühle mit einer Oelerzeugung von 486 000 Pud.

Die Volksbildung und öffentliche Gesundheitspflege entwickeln sich günstig.

Usbeksche SSR und Tadshiksche ASSR

Territorium und Bevölkerung: Zum Bestand der Usbekschen SSR gehören die ökonomisch stärksten Rayons der drei ehemaligen mittelasiatischen Republiken Turkestan, Buchara und Choresmsk.

Das Samarkandsche, Taschkentsche und Ferganskschc Gebiet setzen sich aus Teilen der früheren turkestanschen Republik zusammen; die Serawschansche, Kashka-Darjinssche und Ssurchan-Darjinssche ebenso die Tadshiksche ASSR und der Kenimechssche Rayon wurden aus Teilen des früheren Buchara und das Choresmsksche Gebiet aus Teilen der früheren turkestanschen Republik abgesondert.

Die Usbeksche SSR setzt sich aus sieben Gebieten zusammen. Außerdem umfaßt sie auch die Tadshiksche SSR.

Die Usbeksche SSR umfaßt ein Gebiet von 171 000 qkm mit 4,7 Millionen Einwohnern. Ungefähr 75 Prozent der Bevölkerung Usbekistans sind Usbeken. Den Rest der Bewohner bilden Tadshiken, Russen, Kirgisen, Turkmenen usw.

L a n d w i r t s c h a f t: Infolge der klimatischen Verhältnisse ist das Bewässerungssystem von größter Bedeutung für Usbekistan. Von der gesamten Saatfläche entfallen auf künstlich bewässerte Fläche 85 Prozent.

Was für Veränderungen die Bewässerungsflächen in den letzten Jahren unterworfen waren, geht aus nachstehenden Zahlen hervor: im Jahre 1914 betrug das bewässerte Gebiet 1,6 Millionen Deßjatinen, im Jahre 1924 1 Million Deßjatinen, im Jahre 1925 1,2 Millionen Deßjatinen, im Jahre 1926 1,4 Millionen Deßjatinen.

90 Prozent der Fläche der Usbekschen SSR ist landwirtschaftliches Gebiet. Der wesentlichste Zweig der Landwirtschaft ist hier der Ackerbau. Im Jahre 1924/25 stellten seine Erzeugnisse 82,6 Prozent der Gesamtproduktion der Landwirtschaft dar.

An erster Stelle steht die B a u m w o l l k u l t u r. Sie ergab im Jahre 1925 35,1 Prozent der Gesamtproduktion der Landwirtschaft.

Im Jahre 1914 bedeckten die Baumwollkulturen auf dem jetzt zur Usbekschen SSR gehörenden Territorium eine Fläche von 547 000 Deßjatinen, im Jahre 1924 300 000 Deßjatinen, im Jahre 1925 429 216 Deßjatinen im Jahre 1926 jedoch sollen sie auf 560 000 Deßjatinen und im Jahre 1930 auf 900 000 Deßjatinen gebracht werden.

Die B a u m w o l l e r n t e bezifferte sich im Jahre 1914 auf 23,2 Millionen Pud, im Jahre 1917 auf 12,2 Millionen Pud, im Jahre 1920 auf 10,4 Millionen Pud, im Jahre 1924 auf 12,2 Millionen Pud und im Jahre 1925 auf über 25 Millionen Pud.

Im Jahre 1923 deckte die Baumwolle Mittelasiens und des Kaukasus 34 Prozent des Bedarfs der Textilindustrie der Union, im Jahre 1924 52 Prozent, im Jahre 1925 60 Prozent, wovon auf Usbekistan etwa 40 Prozent entfallen. Für das Jahr 1926 rechnet man, den Bedarf der Textilindustrie der Union mit 70 Prozent decken zu können. Usbekistan allein soll daran mit 50 Prozent beteiligt sein.

Die Saatfläche der übrigen Kulturen (exklusive der Baumwolle) umfaßte auf dem jetzigen Usbekistanschen Territorium im Jahre 1914 1 691 000 Deßjatinen, im Jahre 1924 1 025 000 Deßjatinen, im Jahre 1925 1 083 000 Deßjatinen. Für das Jahr 1926 ist eine Erweiterung der Anbaufläche auf 1 145 000 Deßjatinen vorgesehen.

Die V i e h z u c h t ist nächst dem Feldbau der wichtigste Zweig

der Landwirtschaft Usbekistans. Der Stand der Viehzucht ist aus folgender Tabelle zu ersehen (in 1000 Stück):

Viehart	1914	1924	1925	Prozent-verhältnis 1925—1914
Pferde	483	240	250	52
Großvieh	1248	718	612	61
Kamele	78	50	50	64
Schafe	3586	1204	1320	37
Esel	189	185	195	103
Ziegen	597	460	505	84
Schweine	3	11	12	380

Karelische ASSR

Das Territorium der Karelischen Republik (Teile der ehemaligen Gouvernements Archangelsk und Olonetzka) beträgt 144 500 qkm. Der größte Teil dieses Territoriums besteht aus Wald, Sümpfen und unzähligen Seen. Die anbaufähige Fläche einschließlich der Wiesen stellt nur 1,8 Prozent der Gesamtfläche dar.

Die Bevölkerung Kareliens belief sich am 1. Januar 1926 auf 245 000 Seelen.

Landwirtschaft: Die rauhen klimatischen Verhältnisse behindern die Entwicklung der Landwirtschaft. Karelien ist genötigt, aus anderen Gebieten der SSSR mehr als zwei Drittel seines Jahresbedarfes an Getreide einzuführen. Nichtsdestoweniger macht die Landwirtschaft Kareliens seit Liquidierung des Bürgerkrieges rasche Fortschritte, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Jahr	*Saatfläche in 1000 Deßjatinen*	*Anzahl d. Pferde in 1000 Stück*	*Anzahl d. Kühe in 1000 Stück*
1917	40,2	29,2	57,3
1924	43,2	26,0	65,7
1925	46,1	27,8	67,5

Ein wichtiges, die Hebung der Landwirtschaft förderndes Element bildet der Ausbau des Kreditwesens. Es existieren 45 Kreditgenossenschaften, in denen sich am 1. Dezember 1925 10 379 Mitglieder oder ca. 30 Prozent aller Bauern befanden. Die den Bauern überlassenen Kredite beliefen sich am 1. September 1925 auf ca. 750 000 Rubel.

Industrie: Der wichtigste Industriezweig ist die Holzbearbeitungsindustrie. Im Jahre 1924 waren 21 Sägewerke mit 34 Vollgattern im Betrieb. Die Arbeitsleistung der Sägewerke ergab im Jahre 1921: 1,7 Millionen Kubikfuß, im Jahre 1924 erhöhte sie sich auf 11,5 Millionen Kubikfuß und 1925/26 wird sie 20 Millionen Kubikfuß erreichen. Beinahe die ganze Holzindustrie ist in dem Karelischen staatlichen Trust „Karelles" konzentriert.

Die Metallindustrie wird durch die Onega-Metallfabrik repräsentiert, die mehr als 1000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Industriearbeiter, die im Jahre 1921 2769 betrug, stieg im August 1925 auf 6384.

In der Bergwerksindustrie sind gegenwärtig etwa 1500 Arbeiter beschäftigt.

Gegenwärtig befindet sich die erste große elektrische Station im Bau, die durch Wasserkraft von 6000 PS betrieben wird.

Budget: Das Budget hat bereits kein Defizit mehr aufzuweisen. Außerdem ist Karelien in der Lage, sich jährlich mit einer Summe von 850 000 Rubel am Ausgabeetat der Union zu beteiligen. In den letzten drei Jahren sieht das Budget Kareliens folgendermaßen aus:

Jahr	*Einnahmen in Mill. Rubel*	*Ausgaben in Mill. Rubel*
1923/24	4,7	6,7
1924/25	8,5	7,8
1925/26	10,3	10,9

Zur Hebung der Industrie sieht das Budget für 1925/26 einen Beitrag von 4 Millionen Rubel vor.

Volksbildungswesen: In der Vorrevolutionszeit befand sich in Karelien nicht eine einzige Lehranstalt in der Landessprache. Die Karelische Republik hat ein ganzes Netz von Schulen organisiert, in denen der Unterricht in karelischer Sprache erfolgt. Die karelisch-finnische und russische Sprache sind bei den Sowjets und Sowjetbehörden gleichberechtigt. Die Ausgaben für das Volksbildungswesen betragen für das Jahr 1925/26 mehr als 1,6 Millionen Rubel.

Autonome Moldaurepublik

(AMSSR)

Die autonome Moldaurepublik wurde 1924 durch Abtrennung der von Moldauern bewohnten Teile der UkSSR geschaffen. Oberfläche 6786 Quadratwerst, Bevölkerung: 544 000, größtenteils Moldauer und Ukrainer.

Wirtschaft: Haupterwerbszweig ist die Landwirtschaft. Es gibt 108 995 Bauernwirtschaften, davon 36 Prozent ohne, 23 Prozent mit einem, 22 Prozent mit zwei und der Rest mit drei und mehr Arbeitstieren. Die Bauernschaft ist in den letzten Jahren zu intensiverer Wirtschaftsform übergegangen; Wein-, Rüben-, Tabak- und Maisanbau haben an Ausdehnung zugenommen. Gleichzeitig mit der Verwendung von Traktoren ging man zur Mehrfelderwirtschaft über, die heute bereits 80 Prozent des bebauten Bodens erfaßt. Zur Beseitigung der Ueberschwemmungsgefahr wurden Meliorationsarbeiten am Dnjestr eingeleitet. Um der Uebervölkerung zu steuern, wurden der AMSSR 46 000 Deßjatinen Land in einigen Bezirken des früheren Gouvernements Odessa eingeräumt.

Es bestehen 117 landwirtschaftliche Kommunen, Kollektiven und Produktionsgenossenschaften, meist kleineren Umfangs und staatliche

Musterwirtschaften, vor allem für den Wein- und Obstbau, die alle mit elektrischer Kraft versorgt sind.

Industrie besteht nicht. Der einzige nennenswerte Betrieb sind die Eisenbahnwerkstätten in Birsula mit etwa 4000 Arbeitern.

Volksbildung: Es bestehen 368 Schulen, davon rein moldauische 62, ferner ukrainische, gemischt ukrainisch-moldauische, jüdische, bulgarische, deutsche und russische. Dem Mangel an geschulten moldauischen Lehrkräften soll durch die Errichtung eines Pädagogiums in Balta abgeholfen werden.

Tatarische ASSR

Die Tatarische SSR bildete sich aus dem Territorium des ehemaligen Gouvernements Kasan und jener Teile der angrenzenden Rayons, deren Hauptbevölkerungskontingent die Tataren ausmachten.

Das jetzige Territorium nimmt eine Fläche von 58 983 Quadratwerst ein. Einwohnerzahl (1925): 2 900 000, davon 92 Prozent Bauern.

Nationalitäten: Tataren 51,1 Prozent, Russen 40,9 Prozent, Schuwaschen, Mordwinen, Wotjaken, Maren zusammen 8 Prozent.

Landwirtschaft: Die Bauernschaft verfügt über 78,3 Prozent des Gesamtterritoriums.

Saatfläche:

Jahr	*in Mill. Deßjatinen*	*in Prozenten d. Jahres 1913*
1913	2,0	100
1922	1,0	50
1923	1,5	75,2
1924	1,8	87,2
1925	1,9	92,5

Die Getreideernte ergab im Jahre 1923/24 einen Bruttoertrag von 67 Millionen Pud, im Jahre 1924/25: 71 Millionen Pud.

Insgesamt zählte man im Jahre 1925: 402 000 Pferde, was 66,6 Prozent des Bestandes von 1917 und das Dreifache desjenigen des Jahres 1922 ausmacht.

Im Jahre 1925 bezifferte sich der Großviehbestand auf 724 000 Stück (94,5 Prozent des Jahres 1917), der Kleinviehbestand auf 1 700 000 Stück (74,5 Prozent des Jahres 1917).

Die landlosen und landarmen Bauern werden von der Regierung auf Boden aus dem Staatsbesitz angesiedelt, und es werden landwirtschaftliche Siedlungen, Artels, Genossenschaften, Kommunen usw. gegründet. In den letzten zwei Jahren wurden 112 neue Siedlungen für landarme Bauern auf einer Fläche von mehr als 30 000 Deßjatinen geschaffen. Außerdem hat die Regierung der Bauerngenossenschaft 138 000 Deßjatinen Waldungen überlassen.

Im Jahre 1924/25 gab es 23 Veterinärstationen und 65 agronomische Stationen, deren Untersuchungen sich im Jahre 1924/25 über 600 Reviere erstreckten.

Im Jahre 1923/24 wurden den Bauern vom Staate für 107 000 Rubel Gerätschaften verabfolgt und 10 000 Pud assortierte Sämereien, im Jahre 1924/25 Gerätschaften für 717 000 Rubel und 36 000 Pud Sämereien.

Die Landwirtschaftsbank der TSSR kreditierte der Bauernbevölkerung im Jahre 1923/24: 925 000 Rubel, im Jahre 1924/25 mehr als 5 Millionen Rubel.

Industrie: Die Hauptindustrien der TSSR sind Seifen- und Kerzenindustrie, die Leder-, Grob-Textil-, Glas-, Metall- und Holzbearbeitungsfabrikation, sowie auch Bierbrauerei und die Hefefabrikation.

Im Jahre 1923/24 hat die Industrie der TSSR für 36 Millionen Rubel Waren erzeugt und im Jahre 1924/25 für 42 Millionen Rubel. Hand in Hand mit der Produktionssteigerung hebt sich auch die Produktivität der Arbeit. Im Jahre 1923/24 entsprach die tägliche Arbeitsleistung eines Arbeiters im Durchschnitt einer Produktion im Werte von 10 Rubel 42 Kopeken, im Jahre 1924/25 stieg die Durchschnittsleistung des Arbeiters auf 13 Rubel 90 Kopeken. Gleichzeitig ist eine Senkung der Produktionskosten zu beobachten. Beispielsweise kostete im Jahre 1923/24 ein Pud Seife 9 Rubel 50 Kopeken, eine Kiste Glas 110 Rubel, ein Pud Hefe 34 Rubel; im Jahre 1924/25: Seife 7 Rubel 50 Kopeken, Glas 52 Rubel, Hefe 28 Rubel 80 Kopeken.

Der reale Arbeitslohn in der vertrusteten Industrie der TSSR erreicht das Niveau der Vorkriegszeit.

Genossenschaft: Die Konsumgenossenschaft umfaßte im Jahre 1923/24 357 Genossenschaften mit 54 600 Mitgliedern und einem Umsatz von 10,2 Millionen Rubel. Im Jahre 1924/25 umfaßte sie bereits 465 Genossenschaften mit 130 200 Mitgliedern und einem Umsatz von mehr als 35 Millionen Rubel.

Die landwirtschaftliche und Heimindustrie-Genossenschaft zählte im Jahre 1923/24: 700 Genossenschaften mit 42 000 Mitgliedern und einem Umsatz von 8,2 Millionen Rubel, im Jahre 1924/25: 710 Genossenschaften mit mehr als 74 000 Mitgliedern und einem Umsatz von 20,8 Millionen Rubel.

Budget: Die Vermehrung der Staatseinkünfte in den beiden letzten Jahren veranschaulichen nachstehende Zahlen:

im Jahre 1923/24 betragen die Einnahmen 7,5 Millionen Rubel und
im Jahre 1924/25 12,5 Millionen Rubel.

Wie im Jahre 1923/24 die Etatausgaben die Etateinnahmen um 26 Prozent überstiegen, so überstiegen umgekehrt im Jahre 1924/25 die Etateinnahmen die Etatausgaben gleichfalls um 26 Prozent.

Die Ausgaben vergrößerten sich in den letzten drei Jahren wie folgt:

Im Jahre 1923/24: 100 Prozent, im Jahre 1924/25: 141 Prozent, im Jahre 1925/26: 234,9 Prozent. Unter den Ausgaben wurden in erster Linie die Volksbildung und öffentliche Gesundheitspflege berücksichtigt.

Das Lokalbudget der TSSR ist ebenfalls im Steigen begriffen. Seine Einkünfte betrugen im Jahre 1923/24: 5,7 Millionen Rubel, im Jahre 1924/25: 12,8 Millionen Rubel und für das Jahr 1925/26 sind sie auf 14,5 Millionen Rubel veranschlagt.

Volksbildung: Eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Regierung der TSSR ist die Liquidierung der vom Zarismus überkommenen Erbschaft, der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit der tatarischen Massen.

Eine der darauf hinzielenden Maßnahmen ist die Verwirklichung der Prinzipien der nationalen Autonomie. Dazu kommt noch, daß der Stammbevölkerung die Möglichkeit der Entwicklung der Muttersprache zugesichert wird und die Heranziehung der tatarischen Massen in die Verwaltung des Staatsapparates. Im Laufe von drei Jahren sind Tausende von Tataren auf verschiedenen Gebieten zu Sowjetarbeitern herangebildet worden: Lehrern, Buchhaltern, Dorf- und Gemeindesekretären, Steuereinziehern, Post- und Telegraphen-, Versicherungs-, Genossenschafts-, Gerichtsbeamten u. a.

Im Jahre 1926 bedienten sich von 1320 tatarischen Dorfsowjets 1122 bei der Amtsführung der tatarischen Sprache. Im Jahre 1924/25 funktionierten in der Tatarenrepublik 1706 Schulen mit 125 000 Schülern. Darunter sind 847 tatarische, 596 russische, 254 der nationalen Minderheiten und 9 gemischte Schulen.

Mittelschulen gibt es 74, höhere Schulen 6; Technikums verschiedener Art 23, berufstechnische Schulen und berufstechnische Kurse 31. In allen Berufslehranstalten, ausgenommen in den höheren, nehmen 6500 Personen am Unterricht teil. Im Jahre 1924/25 gab es 1164 Schulen zur Liquidierung des Analphabetentums mit 43 000 Absolventen.

Der tatarische Staatsverlag gibt eine große Anzahl von Büchern heraus, vornehmlich in tatarischer Sprache. Von den 16 Zeitungen, die gegenwärtig in der Tatarenrepublik erscheinen, werden acht in tatarischer Sprache, sechs in russischer, eine in schuwaschischer und eine in mordwinischer Sprache redigiert. Die Gesamtauflage dieser Zeitungen erreichte im Jahre 1925 80 000 Exemplare.

Gesundheitsschutz: Die Ergebnisse auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes sind aus den folgenden Ziffern ersichtlich: im Jahre 1923/24 wurden die Krankenhäuser von 59 000 Personen in Anspruch genommen und die Ambulatorien von 1,8 Millionen Personen. Im Jahre 1924/25 frequentierten die Krankenhäuser 56 000 Personen und die Ambulatorien über 2 Millionen. Es wurde die Zwangspockenimpfung eingeführt. Die Tuberkulosestationen behandelten 5000 Patienten, die venerologischen 31 000. In den Sanatorien für Tuberkulose fanden im Jahre 1924/25 in der Tatarenrepublik 1912 Arbeiter und Angestellte Aufnahme, d. h. doppelt soviel als im Vorjahre. Es vergrößert sich das Netz der Kinderkrippen und der Konsultationsstellen für schwangere und stillende Mütter. Eine enorme medizinisch-wissenschaftliche und medizinisch-praktische Arbeit wurde auch im Kampfe mit der Malaria geleistet.

Kosaken (Kirgisische) ASSR

Im Oktober 1920 versammelte sich der erste konstituierende Sowjetkongreß, der die Autonome Sowjet-Sozialistische Republik ausrief, zu der der Ak-Bulaksche Rayon gehörte (des jetzigen Aktjubinschen Gouvernements), das Uralsche und Turgaische Gebiet. Nach Einbeziehung der südlichen Gouvernements (Syr-Darjenskaja und Dshetysuiskoja) wie auch des Eintritts des Kara-Kalpakschen autonomen Gebietes in den Bestand der KSSR, umfaßt die Kosakenrepublik das ungeheure Territorium von 2 500 000 Quadratwerst mit 6 500 000 Einwohnern.

Die Stammbevölkerung der Republik sind Kosaken (Kirgisen), die in einigen Gegenden (im Adajewschen Kreis, im Aktjubinschen Gouvernement u. a.) 90 bis 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Landwirtschaft: In der Landwirtschaft sind 92 Prozent der Gesamtbevölkerung der KSSR tätig. Die Saatfläche betrug:

im Jahre	1916	3,7 Mill. Deßjatinen
	1923	1,7 " "
	1924	1,9 " "
	1925	2,2 " "

Das Ernteerträgnis betrug im Jahre 1925: 40 Pud per Deßjatine, was fast einem vierfachen Ertrag des Jahres 1923 entspricht.

Viehzucht: Im Jahre 1923 war der Bestand 7,2 Millionen Stück, 1924: 9,5 Millionen Stück, 1925: 11 Millionen Stück.

Industrie: Die Industrie der KSSR steckt noch in den Kinderschuhen, ungeachtet der ihr zur Verfügung stehenden natürlichen Hilfsquellen. In den Tiefen ihres Bodens birgt die Republik Milliarden Pud Mineralien verschiedenster Art, wie z. B. 50 Milliarden Pud Salz, mehr als 30 Milliarden Pud Steinkohle, Millionen Pud Zink, Kupfer, Blei usw.

Doch ist in der letzten Zeit ein bedeutender Aufstieg der Industrie zu verzeichnen. Die in der KSSR vorherrschende Industrie ist die Bearbeitungsindustrie, die zur Bergwerksindustrie im Verhältnis von 3 : 1 steht. Nachfolgende Angaben veranschaulichen die Entwicklung der Bergwerksindustrie: im Jahre 1922/23 war der Wert ihrer Produkte gleich 1 100 000 Rubel, im Jahre 1923/24: 1,7 Millionen Rubel und 1924/25: 2,3 Millionen Rubel. Die Entwicklung der Bearbeitungsindustrie geht aus folgenden Zahlen hervor: 1922/23 erzeugte sie für 2,8 Millionen Rubel, 1923/24 für 4,2 Millionen Rubel und 1924/25 für 5,6 Millionen Rubel.

Genossenschaften: Im Jahre 1925 gab es 583 Genossenschaften mit 126 000 Mitgliedern. Das Eigenvermögen und Anleihekapital der Konsumgenossenschaften beträgt 17 Millionen Rubel. Vom Gesamtwarenumsatz der KSSR entfallen auf die Konsumgenossenschaft 16 Prozent. Das Netz der Landgenossenschaften zählt 1580 Genossenschaften mit mehr als 122 000 Mitgliedern. Der Umsatz beträgt 9 Millionen Rubel. Eigenvermögen und Anleihekapital machen 3,8 Mill. Rubel aus.

Budget: Das Staatsbudget der KSSR betrug im Jahre 1923/24

nur 3,5 Millionen Rubel, 1924/25 6,7 Millionen Rubel und 1925/26 10,4 Millionen Rubel.

Das Lokalbudget der KSSR für das Jahr 1925/26 beläuft sich auf 18,9 Millionen Rubel. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Einnahmeetat des Lokalbudgets um 56,7 Prozent und der Ausgabenetat um 48,3 Prozent gestiegen.

Volksbildungswesen: Elementarschulen zählte man im Jahre 1924/25 gegen 3000, die sich wie folgt verteilen: etwas weniger als ein Drittel sind russische, die übrigen zwei Drittel sind kosakische, solche nationaler Minderheiten und gemischte. Schulen II. Stufe gibt es in der KSSR 31 und Schulen mit einem Siebenjahreskursus 32.

Die kommunistische Jugendbewegung, die in der KSSR erst im Jahre 1923 ins Leben gerufen wurde, entwickelt sich außerordentlich rasch, und im Jahre 1924 gibt es schon 150 Gruppen mit insgesamt 14 000 Mitgliedern.

Das Netz der professionellen Bildungsanstalten in der KSSR besteht aus: 4 Instituten (2 pädagogischen und 2 kosakischen Bildungsinstituten), 1 Arbeiterfakultät, 11 pädagogischen Technikums, 5 landwirtschaftlichen Technikums, 2 Forsttechnikums, 1 veterinär-zoologischen Technikum; außerdem gehören dazu landwirtschaftliche Schulen, berufstechnische Schulen u. a., sowie diverse Kurse: Buchhaltungs-, Schreibmaschinen-, juristische u. a.

Bei den untergeordneten Behörden und allen kosakischen und gemischten Amtsbezirken, gleicherweise auch in der Volksgerichtsbarkeit findet die Amtstätigkeit bereits in der kosakischen Sprache statt. Ebenso erfolgt ihre sukzessive Einführung bei den höheren Verwaltungsorganen.

Es sind spezielle Kurse zur Ausbildung der Kosakenbeamten ins Leben gerufen — Kurse für Amtsbezirkssekretäre, für Instruktoren der kosakischen Amtsführung und zahlreiche Beamtenhilfskurse (juristische, Finanzmiliz, polygraphische, Genossenschafts- u. a.). Zu Beginn des Jahres 1925 war in kosakischer Sprache bereits erschienen: das Bodenrecht, die Arbeitsgesetzgebung, der Kriminal- und Zivilkodex u. a.

Gesundheitsschutz: Die Zahl der medizinischen Stationen wurde bedeutend vergrößert. Man zählte gegen Ende des Jahres 1924 in der KSSR 55 medizinische Reviere und 231 Feldscherstationen. Am 1. Januar 1926 bestehen bereits 82 medizinische Reviere. Intensive Förderung des Mutter- und Säuglingsschutzes. Die Typhuserkrankungen und andere Infektionskrankheiten sind stark zurückgegangen.

Burjat=Mongolen ASSR

Territorium und Bevölkerung: Die Burjat-Mongolen ASSR entstand durch die Abtrennung eines Teiles des Territoriums des Irkutsk-Gouvernements und des ehemaligen Transbaikal-Gebietes und aus zwei autonomen Enklaven der Burjat-Mongolen.

Das ganze gegenwärtige Territorium der Burjat-Mongolen ASSR

besteht aus zwei nationalen Hauptgruppen: Burjat-Mongolen und Russen. Es gibt auch einige wenige einheimische Stämme: Tungusen, Sajoten. Die Bevölkerungsziffer der Burjat-Mongolen-Republik beläuft sich auf ca. 455 000. 50,5 Prozent davon sind Burjaten und 49,5 Prozent andersstämmige. Das überwiegende Element der Landbevölkerung sind Burjaten (52,7 Prozent).

Landwirtschaft: Hauptsächlich wird Viehzucht betrieben. Der Bruttoertrag der Produktion der Landwirtschaft betrug 1923 über 12 Millionen Rubel, wovon auf die Viehzucht 52 Prozent entfielen, auf den Ackerbau 45 Prozent und auf andere landwirtschaftliche Hilfszweige 3 Prozent.

Die Saatfläche umfaßte 1916: 219 666 Deßjatinen (100 Prozent), 1923: 151 202 Deßjatinen (68,83 Prozent), 1924: 168 733 Deßjatinen (76,81 Prozent), 1925: 179 959 Deßjatinen (81,75 Prozent). Der Bruttogetreideertrag erreichte 5,2 Millionen Pud im Jahre 1924 und 1925 nach provisorischer Schätzung 6,8 Millionen Pud.

Der Viehstand betrug 1925 1,4 Millionen Stück.

Allen Gewerben voran steht in der BMASSR das Rauchwarengewerbe, es folgen Fischerei, Nuß- und Fuhrgewerbe.

Das in der BMASSR gewonnene Rauchwerk wird auf ca. zwei Millionen Rubel geschätzt.

Handel und Industrie: Der Gesamtproduktionswert der Bearbeitungsindustrie stellte sich: 1923/24 auf 1,2 Millionen Rubel, 1924/25 auf 1,8 Millionen Rubel und für 1925/26 wird er auf 3,7 Mill. Rubel veranschlagt.

Das Grundkapital der in Betrieb befindlichen staatlichen Unternehmungen stieg von 323 000 des Jahres 1923 bis zum Jahr 1925 auf mehr als 1 Million Rubel und der Umsatz von 218 000 des Jahres 1923 auf 341 000 Rubel im Jahre 1925.

Im ganzen bestanden in der BMASSR 1924/25: 819 Handelsunternehmungen, unter denen die 60 staatlichen einen Halbjahresumsatz von 12,7 Millionen Rubel aufzuweisen hatten, die 157 Genossenschaften einen solchen von 3,3 Millionen Rubel und die 622 privaten einen solchen von 1,8 Millionen Rubel.

Demnach beträgt der Gesamtumsatz des Handels 14 bis 15 Mill. Rubel.

Budget: Das Budget der BMASSR veranschaulichen folgende Zahlen: der Einnahmeetat der staatlichen und Lokalbudgets belief sich im Jahre 1923/24 auf 3,4 Millionen Rubel, 1924/25 auf beinahe 4 Mill. Rubel und 1925/26 auf mehr als 5 Millionen Rubel, während sich der Ausgabenetat für dieselben Jahre auf 3 Millionen Rubel bzw. 4,4 Mill. Rubel bzw. 6 Millionen Rubel stellte.

Volksbildungswesen: Zum ersten Male in der Geschichte der Burjat-Mongolen ist zur praktischen Verwirklichung der Organisation einer nationalen Schule und großzügiger Verlagstätigkeit geschritten worden. Im Jahre 1923/24 existierten 438 Schulen, 1924/25 479 und 1925/26 809. Es erfolgte die Errichtung zweier pädagogischer Technikums, eines russischen und eines burjätischen, einer Sowjetparteischule und eines Museums der Geographischen Gesellschaft.

Auch für Gesundheitsschutz wird sehr gesorgt.

Die Wolgadeutsche Sowjetrepublik *)

Territorium: 25 000 qkm, in 14 Kreise eingeteilt. Einwohnerzahl: 700 000. Dichte der Bevölkerung: 28 auf einen qkm. 67 Prozent Deutsche, 17 Prozent Russen, 9 Prozent Ukrainer, 7 Prozent verschiedene Nationen. 9 Kreise von den 14 sind rein deutsch, 1 Kreis rein russisch, die übrigen gemischtsprachig.

Das Gebiet erhielt durch die Proklamierung seiner Selbständigkeit durch den ersten wolgadeutschen Sowjetkongreß am 30. Juni 1918 die Autonomie. Am 6. Januar 1924 wurde die Wolgadeutsche Republik als autonomer Bestandteil der RSFSR in den Verband aufgenommen. Der III. Rätekongreß der Wolgadeutschen arbeitete Ende Januar 1926 die selbständige Verfassung aus. Ein selbständiger Vertreter beim Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee in Moskau wacht über die konstitutionellen Rechte innerhalb der RSFSR. Im allgemeinen entspricht die Verfassung denen der RSFSR und der USSR.

Volksbildung: Das Volkskommissariat für Volksaufklärung hat einen Plan ausgearbeitet, Geldmittel bereit gestellt und ein Netz von Lehranstalten und eine Organisation geschaffen, um das 30 prozentige Analphabetentum bis zum Jahre 1928 zu liquidieren. Mit Hilfe der Moskauer Zentralbehörden wurde der bisher bis zur Revolution nur russisch sprechende und russisch gebildete Lehrkörper ausgetauscht und umgebildet. Die Grundschule und die Schule erster Stufe ist bereits deutsch. Die weitere Verdeutschung der Lehranstalten, entsprechend der zahlenmäßigen Stärke der Deutschen, wird fortgesetzt. Die Amtssprache, die Sprache der Gerichte und der Armee ist deutsch.

Sieben deutschsprachige Tages- und Wochenschriften.

Wirtschaft: Die Vorfahren der heutigen Wolgadeutschen, die deutschen Bauern des 18. Jahrhunderts aus Hessen, aus der Pfalz, aus Baden und den angrenzenden Ländern, machten das Gebiet des mittleren Laufes der Wolga zum fruchtbaren Ackerboden, auf dem 93 Prozent urbar und nur 7 Prozent brach ist. Die Republik ist ausgesprochenes Agrarland. 91 000 Bauernwirtschaften produzieren den Wolgaweizen, außerdem Roggen, Gerste, Mais, Sonnenblumen, Oelbohnen, Tabak. Der Aufschwung der letzten Jahre ermöglichte es, daß 1925 63,8 Prozent der Vorkriegs-Saatfläche erreicht worden ist. In kurzer Zeit werden 100 Prozent derselben überholt sein. Die Entwickelung geht in der Richtung auf die gemischte Viehzucht- und Getreidewirtschaft, mit besonderer Berücksichtigung der Milchwirtschaft.

Industrie: Im allgemeinen schwach. Vor allem getreideverarbeitende Industrie, Mühlen usw. Tabakindustrie, Oelpresserei, ferner landwirtschaftliche Maschinenindustrie, Holzverarbeitung, Leder- und Fleischindustrie, Strohflechterei. Letztere arbeiten zum Teil für den Export.

Genossenschaftswesen: Die Produktionsgenossenschaften haben 40 Prozent der gesamten Bauernbevölkerung, die Konsumgenossenschaften 50 Prozent der Wirtschaften erfaßt.

*) In diesem Abschnitt werden nicht sämtliche unabhängigen und autonomen Republiken beschrieben.

III.

BÜRGERLICHE STAATEN

Abessinien

Absolutes Kaiserreich, unabhängiger Eingeborenenstaat in Nordostafrika. Flächeninhalt 906 000 qkm. Bevölkerung 11 500 000, hamitischer Stamm, altchristliche Religion. Das Land befindet sich noch im Zustande des Feudalismus, Armee gut organisiert. Hauptstadt Addis Abeba. Einziger Erwerbszweig ist Landwirtschaft und Viehzucht. Für den Export sind Kaffee, Elfenbein, Gummi und Häute am wichtigsten. Länge der Eisenbahnen 797 km. Abessinien ist eingekeilt zwischen englischem, italienischem und französischem Kolonialgebiet. England und Italien haben 1926 ein Abkommen über die Aufteilung des Landes in englische und italienische Einflußsphäre abgeschlossen.

Afghanistan

Ausdehnung und Bevölkerung: Fläche ca. 635 000 qkm. Bevölkerung wird auf 9 000 000 geschätzt. Das herrschende Volk sind Afghanen, die aber nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Die Afghanen leben in Clan-Genossenschaften, vorwiegend im Süden und Südosten. Daneben Tadschiken (persischer Abstammung) im ganzen Lande, im Norden Turkmenen und Usbeken, im äußersten Nordosten Mongolen. Ein Drittel der Bevölkerung Nomaden, die Mehrzahl Halbnomaden. Die offizielle Sprache ist persisch. Die weitaus vorherrschende Religion ist der sunnitische Islam.

Regierungsform: Absolute Monarchie mit einem „Emir", 1919 Emanzipation von England.

Heerwesen: Die reguläre Armee soll aus 98 000 Mann einschließlich 18 000 Berittenen mit 396 Geschützen bestehen. Daneben gibt es große lokale Aushebungen von Irregulären.

Wirtschaft: Das Land ist gebirgig und trocken (teilweise Wüste). Stellenweise allerdings ist die Fruchtbarkeit hervorragend und die künstliche Bewässerung ausgedehnt. Meist zwei Ernten jährlich, Getreide und Obst. Zucht von Fettschwanzschafen äußerst ergiebig; deren Wolle und Felle sind ein Hauptausfuhrartikel.

Bergbau: gering. Eisen, Gold, Edelsteine.

Industrie: wenig. Seide, Filz, Teppiche, Produkte aus Kamel- und Ziegenhaar. In Kabul hauptsächlich Erzeugung von Seide, Tuch, Schuhen für die Armee. Diese Regierungswerkstätten sind mit gewerblicher Ausbildung verbunden.

Handel und Verkehr: Hauptbandelsland Indien. Haupteinfuhrartikel sind Textilien, Nahrungsmittel, Erdöl. Transport ausschließlich mit Lasttieren.

Albanien

Fläche: 45 000 qkm; Bevölkerung: 832 000 (1924), davon Nordalbanien 248 000, Mittelalbanien 295 000, Südalbanien 289 000. Religion: Mohammedaner 550 000, Orthodoxe 180 000, Katholiken 90 000, Andere 12 000.

Verfassung: Republik. Parlament mit 52, Senat mit 18 Mitgliedern. Der Präsident wird auf sieben Jahre gewählt und ist zugleich auch Ministerpräsident. Kirche und Staat getrennt.

Wirtschaft

Die Haupterwerbsquellen der Bevölkerung Albaniens sind: Landwirtschaft, Viehzucht und Kleingewerbe.

Landwirtschaft: Die landwirtschaftliche Produktion deckt nicht den Inlandbedarf. Die Wirtschaftsweise ist noch sehr primitiv, die Besitzverhältnisse feudalistisch. Die Bauern leisten einen Naturalpachtzins von 35 Prozent des Ertrages an den Verpächter und 10 Prozent an den Staat.

Die wichtigeren landwirtschaftlichen Kulturen sind Tabak, Getreide, Oliven.

Viehzucht: Die Mehrzahl der Bevölkerung betreibt Viehzucht. Vorwiegend Schaf-, Ziegen- und Geflügelzucht.

Bodenschätze: In Albanien sind verschiedene Erze und Mineralien vorhanden, jedoch werden nur Kohlen (etwa 7000 t jährlich) gefördert. Die Oelfelder nehmen eine Fläche von 400 000 ha ein. Es sind bis jetzt folgende Konzessionen erteilt worden: Anglo Persian Co. 200 000 ha, Italien 71 000 ha, Frankreich 50 000 ha, Amerika 50 000 ha.

Außenhandel (in 1000 Goldfrs.)

	1920	1921	1922	1923
Einfuhr	17 533	18 236	12 100	23 418
Ausfuhr	1 522	2 190	2 962	8 138

Wichtige Einfuhrwaren: Getreide, Kaffee, Zucker und andere Lebensmittel. Wichtige Ausfuhrwaren: Rohfelle, Rohwolle, Eier, Olivenöl.

Staatsfinanzen

Staatsbudget (in 1000 Goldfrs.)

	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25
Einnahmen	18 909	19 747	21 664	17 000
Ausgaben	21 471	19 747	21 664	20 000

Die Staatsschulden Albaniens belaufen sich auf etwa 200 000 Dollar (Anleihen von reichen Albaniern in Amerika) und 50 Millionen Frs. an italienische Banken.

Die Albanische nationale Emissionsbank ist eine Banknotenemissionsanstalt; sie wurde am 2. September 1925 gegründet und verfügt über ein Kapital von 12,5 Millionen Goldfrs., wovon 51 Prozent italienisch, 30 Prozent albanisch, 7,5 Prozent schweizerisch, 7,5 Prozent serbisch und 4 Prozent belgisch sind.

Politik

Politische Parteien mit festen Organisationen bestehen in Albanien nicht. Die politischen Kämpfe gehen in der Regel um die Führung einzelner reicher, politisch geschulter Persönlichkeiten, religiöser oder Stammesführer. Zwei Gruppierungen treten in erster Linie hervor. An der Spitze der einen steht der derzeitige Präsident der Republik und Ministerpräsident Achmed Zogu, der eine feudalistische Richtung vertritt. Führer der zweiten Gruppe ist Fan Noli, in früherer Zeit war es auch Gurakuchi, der 1925 ermordet wurde. Diese Gruppierung vertritt mehr demokratische, reformfreundliche Tendenzen.

Eine Arbeiterbewegung ist weder auf gewerkschaftlichem noch auf politischem Gebiet vorhanden.

Politische Entwicklung: Im Juni 1924 hatte die Gruppe Fan Noli und Gurakuchi durch einen Aufstand die Macht an sich gerissen. Ihr Programm war: Beseitigung des Feudalismus, Verbesserung der Lebenslage der Volksmassen und Demokratisierung des Staates. Zur Durchführung dieser Reformen wurden gleich nach dem Siege Fan Nolis Agrar- und Unterrichtsreformgesetze erlassen. Der Großgrundbesitz wurde zum großen Teil enteignet und unter die landlosen Bauern verteilt, das allgemeine Wahlrecht wurde eingeführt; ferner traf man Maßnahmen zum Schutz der Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Die Regierung Fan Noli und Gurakuchi konnte sich jedoch nur sieben Monate behaupten.

Sie wurde durch einen auf serbischem Gebiete, mit serbischen Geldmitteln und Kriegsmaterial organisierten Putsch gestürzt, der den Führer der feudalen Gruppierung, Achmed Zogu, zum Ministerpräsidenten machte. Dabei stützte sich diese Richtung auf einen Teil der Armee und auf die 6000 Mann starke Polizei. Achmed Zogu verstand den religiösen Fanatismus und die politische Rückständigkeit der mohammedanischen Bevölkerung dazu auszunützen, seine Gegner durch Verhaftung, Ermordung und Verbannung zu erledigen. Er hob die Agrarreform auf, löste alle ihm feindlichen Organisationen auf, verbot die Presse, führte das Zweikammer-System ein und ließ Wahlen durchführen, an denen sich aber nur 10 Prozent der Bevölkerung beteiligten. Die nach diesen Wahlen gewährte allgemeine Amnestie kam in Wirklichkeit einigen weniger bekannten Anhängern Fan Nolis zugute.

Während sich Fan Noli außenpolitisch auf Italien (gegen Jugoslavien und Griechenland) stützte und in diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland trat, war Achmed Zogu zunächst völlig von Jugoslavien abhängig. Später orientierte er sich nach Italien, das ihm eine Anleihe von 50 Millionen Franken zum Bau von Eisenbahn und Landstraßen (strategische Vorbereitungen gegen Jugoslavien) gewährte.

Außerdem erhielt Italien eine Petroleumkonzession für eine Fläche von 71 400 ha und beteiligte sich mit 51 Prozent des Aktienkapitals an der Albanischen Notenbank. In letzter Zeit tritt der Einfluß Englands in den Vordergrund. Die englische Petroleumgesellschaft Anglo Persian Oil Co. erhielt eine Petroleumkonzession für eine Fläche von 200 000 ha. England wäre auch mit der Wiedererrichtung einer Monarchie in Albanien einverstanden.

Argentinien

Flächeninhalt: 2 952 550 qkm. Einwohnerzahl (1. Januar 1924) 9 548 092, Hauptstadt Buenos Aires 1 724 000 Einwohner.

Die Einwanderung (überwiegend italienisch) ist während des Krieges stark zurückgegangen, nach ihm aber wieder gestiegen (1913: 145 000, 1924: 116 000). Zahl der nicht argentinischen Staatsangehörigen (1925): 2 300 000. Sprache: spanisch.

Verfassung: Föderalistische Republik. Präsident und gesetzgebende Versammlung aus Senat und Abgeordnetenhaus. Präsident auf 6 Jahre durch indirekte Wahl gewählt. Parlamentarisches Ministerium. Direkte Wahl der Abgeordneten durch alle über 18 Jahre alten Argentinier. Senat 30 Mitglieder.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Es gibt noch weite unbebaute Gebiete. Genutzte Fläche: etwa 100 Millionen Hektar für Landwirtschaft, 100 Millionen Hektar für Viehzucht, 40 Millionen Hektar Wald. Die Landwirtschaft ist jedoch so extensiv, daß jährlich von der gesamten landwirtschaftlichen Fläche nur etwa 22—24 Millionen Hektar, d. h. etwa 25 Prozent, bebaut werden. Der Großbesitz, teilweise sogar Latifundienbesitz, herrscht vor.

Anbaufläche und Ertrag (in Millionen)

	Weizen		Lein		Mais		Hafer	
	ha	t	ha	t	ha	t	ha	t
1922/23	6,5	5,3	1,6	1,2	3,2	4,5	1,1	0,8
1923/24	7,0	6,7	2,1	1,5	3,4	5,7	1,1	1,8
1924/25	7,2	5,2	2,6	1,1	3,7	4,8	1,1	0,8
1925/26	7,8	5,8	2,5	1,9	4,3	7,1	1,3	1,2

Viehzucht:

Viehstand (in Millionen)

	Rinder	Schafe	Schweine	Pferde
1914	25,9	43,2	2,9[1])	—
1920	27,4	45,3	3,2[2])	9,4[3])
1923	37,0	36,2	1,43	—

[1]) 1917 [2]) 1913 [3]) 1921

Die argentinische Viehzucht erfuhr im Kriege einen gewaltigen Aufschwung, dem nach Kriegsende eine schwere Krise folgte. Durch Massenschlachtungen ist dieser Krise nunmehr Einhalt geboten. Es zeigt sich eine Tendenz, von der Viehzucht zur extensiven Bodenbebauung überzugehen. Dementsprechend bekommt die argentinische Weizen- und Mehlausfuhr eine immer wachsende Bedeutung auf dem Weltmarkt.

Bergbau: ist unbedeutend: Gold, Silber, Kupfer, Kohle. Im Aufschwung ist die Petroleumgewinnung. Produktion in Millionen Barrels: 1913: 0,1, 1920: 1,6, 1923: 3,4, 1925: 6,6. In der Erdölindustrie investiertes Kapital Ende 1922: 100 Millionen Papierpesos.

Industrie: Vor allem Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Für die Ausfuhr am wichtigsten die Gefrierfleisch- und Konserven-Industrie, daneben Quebracho-Extraktion (Gerbstoff). 1913 gab es 48 779 industrielle Unternehmungen, die zusammen 410 000 Arbeiter beschäftigten. Von diesen Unternehmungen waren in fremdem Besitz 31 483, argentinische 15 763, gemischte 1533. Seit dem Jahre 1913 wurde keine neue Industriezählung vorgenommen. Es ist aber sicher, daß sich die Industrie während des Krieges stark entwickelt hat.

Verkehr: Eisenbahnen 1924 etwa 37 000 km, davon staatlich 6600 km. Stark entwickelter Luftverkehr. Telegraphenlinien 1922 etwa 89 000 km.

Außenhandel (in Millionen Dollar)

	Einfuhr	Ausfuhr
1923	853,5	765,0
1924	822,0	1003,0

Finanzen:

Staatsfinanzen (in Millionen Dollar)

	Einnahmen	Ausgaben
1913	152,5	176,0
1922	192,5	276,5
1925	302,0	300,0
1926[1])	340,0	337,0

Staatsschuld (in Millionen Dollar)

	Konsolidiert		Schwebend
	Aeußere	Innere	
1914	710,1	528,6	256,3
1924	687,4	836,2	746,8

Die äußere Verschuldung vermindert sich, die innere nimmt zu. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen. Dementsprechend erfolgte 1925 eine Besserung der Währung.

Politik

An der Regierung ist die „Radikale Partei", die Vertreterin der Bourgeoisie. Da sie jedoch in zwei Fraktionen gespalten ist, hat sie nicht immer die Mehrheit in der Kammer. Rechts von ihr steht die

[1]) Voranschlag.

„Konservative Partei", die Vertreterin des Großgrundbesitzes, welche jedoch über keine feste Organisation verfügt. Eine faschistische Organisation zur Niederhaltung der Arbeiterschaft, welche vorwiegend von den Konservativen beeinflußt wird, auf welche sich aber auch die Regierung stützt, ist die „Patrioten-Liga". Argentinien gehört zu denjenigen Staaten Südamerikas, welche bis jetzt noch eine gewisse Selbständigkeit behauptet haben. Bis vor dem Kriege war der englische Einfluß überwiegend. Gegenwärtig ist der Kampf des englischen und des amerikanischen Einflusses sehr heftig.

Arbeiterbewegung

Es bestehen zwei Gewerkschaftsföderationen, die FORA (Federacion Obrera Regional Argentina) und die USA (Union Syndical Argentina). Erstere ist anarchistisch, der Berliner Internationale angeschlossen, verliert ständig an Mitgliederzahl und dürfte gegenwärtig 5000 bis 10 000 Mitglieder zählen. Die USA ist keiner Internationale angeschlossen. Ihre Anhängerschaft setzt sich aus Anarcho-Syndikalisten, reinen Syndikalisten, Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen. Auf dem Kongreß der USA im April 1924 traten die Kommunisten und Syndikalisten für den Anschluß an die RGI ein, während die Anarcho-Syndikalisten und Sozialdemokraten für Beibehaltung der Autonomie waren. Obwohl die Mehrheit der Delegierten (58 von 110) auf dem Standpunkt der RGI standen, kam es dennoch nicht zum Anschluß an dieselbe, da die anarcho-syndikalistische Zentrale offen mit der Spaltung drohte. Die USA zählt gegenwärtig 30 000 bis 40 000 Mitglieder. Seit dem Kongreß ist der Einfluß der RGI-Anhänger ständig im Wachsen.

Daneben gibt es noch eine Reihe selbständiger Verbände, insbesondere den Transportarbeiter-Verband, der der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossen ist. Im Frühjahr 1926 haben sich eine Reihe von autonomen Verbänden, an der Spitze der Eisenbahnerverband, zu einer selbständigen Landesorganisation zusammengeschlossen und den Anschluß an Amsterdam vollzogen.

Das Genossenschaftswesen ist verhältnismäßig stark entwickelt.

Politische Arbeiterbewegung: Es besteht eine Sozialdemokratische und eine Kommunistische Partei. Die Sozialdemokratische Partei verfügt über eine festere Organisation als die anderen Sozialdemokratischen Parteien Südamerikas. Sie ist als einzige der SAI angeschlossen. Sie gibt einen Mitgliederbestand von 9662 an (wahrscheinlich zu hoch). Bei den letzten Wahlen erhielt sie in Buenos Aires 80 000 Stimmen. Sie verfügt über 13 Kammermandate und eine Reihe von Provinzial- und Gemeindevertretern. Sie steht auf dem äußersten rechten Flügel der SAI. Ihr Einfluß unter der Arbeiterschaft geht zurück, dagegen wächst er unter dem Kleinbürgertum und insbesondere unter den kleinen Farmern, da die Partei in ihrem Programm die Aufteilung des Großgrundbesitzes hat.

Die Kommunistische Partei zählt ungefähr 5000 Mitglieder. Ihr Einfluß wächst, insbesondere in den Gewerkschaften. Die Partei hat mehrere große Kampagnen geführt, insbesondere spielte sie eine führende Rolle bei dem Generalstreik am 1. Mai 1924 gegen das Altersversicherungsgesetz (welches die Aufbringung der Beiträge aus-

schließlich durch die Arbeiter vorsah). Der Streik endete infolge des Verrats der Führung der USA bloß mit einem Teilerfolg. Die Partei nahm auch aktiven Anteil an dem viermonatigen erfolgreichen Seeleutestreik im Sommer 1924. Sie hat mehrere Gemeindevertreter.

Die Partei hat wiederholt innere Krisen durchgemacht, die jedoch ihrer Entwicklung nicht geschadet, sie vielmehr gefördert haben. Vier Intellektuelle, die Haupturheber der wiederholten Parteikrisen, wurden auf dem letzten Parteitag im Mai 1925 ausgeschlossen. Der Parteitag faßte bestimmte Beschlüsse in der Frage der Zentralisierung der Leitung, der Eingliederung der zahlreichen Sprachgruppen in die gemeinsame Arbeit, der Umstellung auf Betriebszellen und des Ausbaus der Fraktionen. Der Kommunistische Jugendverband hat die Umstellung auf Betriebszellen schon fast vollendet.

Belgien

Fläche: 30 438 qkm. Bevölkerung 1924 7 744 259 (Kolonie: Belgisch-Kongo. Flächeninhalt: 2 436 954 qkm. Einwohnerzahl: 17,8 Millionen.) Nationalität: Flamen (holl. Stamm): 4 Millionen; Wallonen (französisch sprechend): 3,5 Millionen. Religion: katholisch.

Berufsgliederung der Bevölkerung (1910): Erwerbstätige: 3,12 Millionen, davon Land- und Forstwirtschaft und Fischerei: 519 560, Bergbau und Industrie: 1 581 076, Handel und Verkehr: 541 444, öffentliche Dienste und freie Berufe: 184 968, persönliche Dienste: 190 934, sonstige: 101 826.

Verfassung: Konstitutionelle Monarchie mit Zweikammersystem bei allgemeinem gleichen Wahlrecht. Letzte Kammerwahl 1925. Allgemeine Wehrpflicht. Friedensheeresstärke 81 000. 1925 wurde die Dienstzeit auf 15 Monate herabgesetzt.

Wirtschaft

Als eines der am meisten industrialisierten Länder des Kontinents leidet Belgien außerordentlich unter der Einengung des europäischen Marktes, die letzten Endes die Ursache der schweren Wirtschaftskrise ist, die in Belgien ihren Ausdruck findet in einer ununterbrochenen Kette sozialer Kämpfe, Streiks und Aussperrungen.

Landwirtschaft: Intensiver Parzellenbetrieb mit höchsten Hektarerträgen in Europa. 75 Prozent der Fläche sind Pachtland.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1922		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	121,5	2 888,9	137,9	3 426,3	137,5	3 432	153,1	3 827,5
Roggen	215,0	4 669,8	225,7	4 962,9	227,9	5 013	230,8	5 307,7
Gerste	232,5	748,6	37,6	919,4	31,5	813	39,5	987,5
Hafer	90,3	2 193,9	263,8	5 277,0	264,7	6 416	263,8	5 067,0
Zuckerrüben	—	—	72,3	18 085,0	81,2	24 890	72,5	21 743,0

Viehstand 1924 (in 1000): Rinder 1627, Pferde 252 (ohne städtische), Schweine 1139. Es wird Getreide ein- und Zucker ausgeführt.

Bergbau und Hüttenindustrie: Bodenschätze: Kohle, Zink und Blei. 1923: 118 Kohlengruben mit 167 000 Arbeitern. Anfang 1926: 32 Hochöfen in Betrieb gegen 56 in 1925.

Berg- und Hüttenproduktion (in 1000 Tonnen)

	Kohle	Roheisen	Stahl	Rohzink	Blei
1913	22 842	2485	2467	204	103
1923	22 922	2188	2298	147	51
1924	23 357	2808	2861	163	53,7
1925	23 380	2544	2412	—	—

Der Streik in der Hüttenindustrie (siehe unten) hat 1925 einen wesentlichen Produktionsausfall zur Folge gehabt, der wegen der Absatzstockungen den Industriellen nicht unwillkommen war.

Industrie: Neben Bergbau und Hüttenindustrie, Textil-, Maschinen-, Glas- (Tafelglas-), chemische und Zuckerindustrie wichtig.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen: 9529 km; Binnenschiffahrtswege: 2000 km; Haupthafen: Antwerpen. Handelsflotte 1924: 247 Dampf- und Motorschiffe mit 556 000 Bruttotonnen Raumgehalt.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Francs)

	1913	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	5050	9098	13 192	17 581	17 805
Ausfuhr	3716	6083	9 692	13 932	14 535

Die Ziffern beziehen sich auf die belgisch-luxemburgische Zollunion.

Finanzen und Geldwesen

Staatshaushalt (in Millionen Francs)

	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Einnahmen	1819	2101	2568	2940	3361	4378
Ausgaben	2763	2310	2593	2945	3905	4893

Die katholisch-sozialdemokratische Koalitionsregierung versucht, durch schärfere Besteuerung und Aufnahme von Anleihen zur Währungsstabilisierung und damit zum Ausgleich des Budgets zu kommen. Die Budgetziffern sind unklar, da sie das gewaltige Defizit des „außerordentlichen Budgets" (1925 1500 Millionen Francs) nicht berücksichtigen.

Staatsschulden Ende 1924: Innere 32, äußere 10 Milliarden Francs. Die Kriegsschulden wurden im Laufe des Jahres 1925 zu sehr günstigen Bedingungen fundiert.

Die Währung wurde in den Sturz der französischen mit hineingezogen. Der Kurs des belgischen Franken konnte sich aber im Laufe des Jahres 1925 von dem des französischen Franken loslösen. Stand: Ende 1925: 100 Franken = 4,53 Dollar (Parität: 19,30 Dollar). Im März 1926 trat ein neuer Valutasturz ein, der Kurs fiel auf 4 Dollar pro 100 Franken, weil die geplante Auslandsanleihe auf Schwierigkeiten stieß.

Politik

Zusammensetzung des Parlaments (2. Kammer)

	Stimmen 1925	Mandate 1925	Mandate 1921
Kathol. Partei	787 379	78	82
Liberale	304 735	22	33
Frontpartei	84 133	6	5
Arbeiterpartei	820 685	79	66
Kommunisten	34 147	2	—

Die katholische Partei vertritt die Großgrundbesitzer und reichen Bauern, die Industrie und Banken, ferner Adel und hohe Geistlichkeit. Durch den Klerus beherrscht die Partei die Bauern, durch die christlichen Gewerkschaften einen beträchtlichen Teil der Arbeiter. Hauptstützen sind die landwirtschaftlichen Vereinigungen und folgende vier große Gruppen:

1. Der Verband der katholischen Vereine, die Kernorganisation der Partei in der reichen Bourgeoisie, der Aristokratie und dem Klerus.
2. Demokratische Liga; sie stützt sich auf die christlichen Gewerkschaften mit 150 000 Anhängern 1926, ferner auch auf die Intelligenz und das Kleinbürgertum; sie ist der Kern der flämischen Bewegung.
3. Landwirtschaftliche Vereinigungen; sie beherrschen wirtschaftlich die ganze Landbevölkerung.
4. Mittelstandsorganisationen, zu denen auch Organisationen des Handels und der Industrie gehören.

Die Gewerkschaften und einzelne Gruppen des Kleinbürgertums bilden eine Opposition, die meist zum Zusammengehen mit der Arbeiterpartei bereit ist. Diese „demokratische Linke" stützte vorwiegend die Regierung Poullet-Vandervelde.

Die Liberale Partei vertritt vor allem die französisch sprechende Bourgeoisie. Die Partei selbst ist reaktionär; eine kleine Linksopposition versucht Brücken zu den Sozialisten zu finden. Die Verwaltung der meisten Städte liegt in ihrer Hand. Sie trug die Hauptverantwortung für die reaktionäre Regierung Theunis, worauf ihre Wahlniederlage zurückzuführen ist. Die Partei ist bemüht, faschistische Organisationen nach italienischem Muster zu schaffen, was Anfang 1926 zu starken Gegenbewegungen der Arbeiterschaft führte.

Die Frontpartei ist die Partei der flämischen Aristokraten. Sie verdankt den Stimmenzuwachs 1925 ihrer rücksichtslosen nationalistischen Propaganda, die besonders unter dem flämischen Kleinbürgertum und der Jugend Widerhall findet.

Die flämische Frage ist nach wie vor ungelöst; ihre Bedeutung wächst durch die Tatsache, daß durch den Geburtenüberschuß der Flamen ihre Zahl im Verhältnis zu den Wallonen dauernd steigt. Katholiken und Arbeiterpartei bemühen sich in gleicher Weise, die wachsende nationale Opposition durch Zugeständnisse für

sich zu gewinnen. Politisch geschieht aber für die Erfüllung der kulturellen Forderungen der Flamen fast nichts.

Innenpolitik. Die Wahlen von 1925 beseitigten die liberal-katholische Koalitionsregierung Theunis, die seit 1921 die Politik Belgiens im Sinne der schwerkapitalistischen Reaktion geführt hatte. Die Liberalen, als Hauptträger dieser Politik, büßten ein Drittel ihrer Sitze ein, aber auch die Katholiken verloren drei Sitze. Die schwere andauernde Finanzkrise und die arbeiterfeindliche Sozialpolitik, daneben aber auch die brutale Haltung den kulturellen Forderungen den Flamen gegenüber waren die Ursachen der Niederlage der Regierung.

Im neuen Parlament war zunächst keine Partei in der Lage, eine tragfähige Regierung zu bilden. Die Arbeiterpartei wollte eine Minderheitsregierung nicht wagen. Vanderveldes Versuche, die katholischen Demokraten (Linke) von ihrer konservativen Führung abzusplittern, mißlangen. So wurde nach zehnwöchiger Regierungskrise eine katholisch-sozialistische Regierung gebildet, der auch zwei den Liberalen nahestehende Minister angehören.

Die neue Regierung mußte auf die Durchführung der sozialistischen Wahlversprechen verzichten. Vor ihr stand als Hauptproblem die Beseitigung der Finanzkrise, für die der Finanzminister Janssen, der Präsident der Nationalbank, ein Vertrauensmann des internationalen Großkapitals, sorgen sollte. Die Uebernahme der Regierung fiel in eine Periode verschärfter sozialer Kämpfe.

Der Finanzplan der Regierung, dessen Kern Massenbesteuerung zum Zwecke der Währungsstabilisierung und Ausgleichung des Budgets ist, wurde vom Parlament genehmigt. Die Auflegung einer inneren Anleihe wurde beschlossen und die Schuldenverhandlungen mit den alliierten Gläubigern abgeschlossen, deren Ergebnis eine neue Anleihe in den Vereinigten Staaten ist. Die von der Arbeiterpartei geforderte Einschränkung der Heeresausgaben wurde in der Weise durchgeführt, daß die Dienstzeit auf 10 Monate herabgesetzt wurde. Aus diesem Grunde nahm der liberale Kriegsminister, General Verbus, und mit ihm eine Reihe anderer hoher Offiziere, ihre Demission (Ende 1925).

In den schweren sozialen Kämpfen (Streik im Maschinenbau und in der Hüttenindustrie) war die Regierung durchaus reaktionär und versuchte, gegen die Stimmung der Arbeitermassen den „Vermittlungsvorschlägen" der Unternehmer Nachdruck zu verleihen. Die Unzufriedenheit mit dieser Politik wirkte sich, wenn auch zunächst noch in geringem Maße, bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen im Herbst 1925 zuungunsten der Arbeiterpartei aus.

Im Frühjahr 1926 ging die Bourgeoisie dazu über, die Versuche der „demokratischen" Regierung, den Franc zu stabilisieren, systematisch zu durchkreuzen. Die Banken verweigerten eine Anleihe, und auf Grund dieser Weigerung der inländischen Kapitalisten konnte auch im Ausland keine Anleihe aufgebracht werden. Seit März 1926 begann ein Sturz des belgischen Franc. Die Regierung mußte zurücktreten und an ihre Stelle trat unter dem Vorsitz des reaktionären Jaspar eine Regierung der „Heiligen Einheit", in der alle Parteien mit Ausnahme der flämischen Nationalisten und der Kommunisten vertreten sind.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

Es bestanden 1925 drei gewerkschaftliche Spitzenorganisationen:

Gewerkschaftskommission (Amsterdamer)	578 000 Mitglieder
Christliche Gewerkschaften	150 000 Mitglieder
„Ritter der Arbeit" (der Profintern angeschlossen)	8 000 Mitglieder

Die freien Gewerkschaften hatten in ihren besten Zeiten 1920/21 über 700 000 Mitglieder, haben aber seither ständig Mitglieder verloren. Neben diesen bestehen noch einige kleinere selbständige Gewerkschaften. Die gelben (liberalen) Gewerkschaften haben keinen Einfluß.

Die stärksten freien Gewerkschaften sind Metallarbeiter, Bau- und Holzarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, Textilarbeiter.

Die „Ritter der Arbeit" haben nur Einfluß unter den Bergarbeitern.

Arbeitskämpfe. Die Inflation und ihre Folgen, die bei der an sich niedrigen Lebenshaltung der belgischen Arbeiterschaft besonders schwer waren, haben zahlreiche Lohnbewegungen hervorgerufen. Die durch die Absatzkrise noch gesteigerte Brutalität der Unternehmer kam zum Ausdruck bei verschiedenen Versuchen, die Löhne zu drücken. Von den Kämpfen war der erbittertste der Streik in der Hüttenindustrie von Charleroi, der am 15. Juni 1925 begann und infolge der Isolierung der Bewegung Anfang März 1926 nach heldenhaftem Kampf zusammenbrach. Eine andere große Bewegung war der Streik im Maschinenbau, der über zehn Wochen währte (Herbst 1925).

In allen diesen Kämpfen zeigt sich der gewerkschaftliche Radikalismus der belgischen Arbeiterschaft, der immer wieder mit der arbeitsgemeinschaftlichen, reformistischen Einstellung ihrer Führer in Konflikt kommt.

Dies hat, besonders im Zusammenhang mit den Kämpfen des letzten Jahres, die Entstehung eines linken Flügels in der belgischen Gewerkschaftsbewegung zur Folge gehabt, dessen treibende Kraft die KPB ist, und der seinen Hauptstützpunkt bei den Bekleidungsarbeitern und Straßenbahnern hat. Erstere entsandten 1925 eine Delegation nach der USSR. Seit Anfang 1925 erscheint eine Zeitschrift für Gewerkschaftseinheit in französischer und flämischer Sprache.

Die Reformisten haben dieser Linksentwicklung dadurch zu begegnen versucht, daß sie auf dem Gewerkschaftskongreß 1924 den Kommunisten das Recht, gewerkschaftliche Funktionen zu bekleiden, absprachen. Durch Ausschlüsse und Maßregelungen versuchen sie, das Erstarken des sich unaufhaltsam entwickelnden linken Flügels aufzuhalten.

Politische Arbeiterbewegung

Die belgische Arbeiterpartei (POB) ist die Zusammenfassung von Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen und kleinen Gruppen von Einzelmitgliedern ohne eine politische Kern-

organisation. 1925 hatte sie 580 000 Mitglieder, von denen aber nur ein Bruchteil am politischen Leben aktiv teilnimmt. Ihre auf die Teilnahme an der Regierung gerichteten politischen Wünsche gingen nach den Wahlen vom April 1925 in Erfüllung (siehe Innenpolitik).

Es besteht eine noch schwache linke Opposition, an deren Spitze bis zu seinem Tode, Ende 1924, der Universitätsprofessor Demblon (Lüttich) stand. Gegen das bedingungslose Zusammengehen mit den großkapitalistischen Koalitionsgenossen wendet sich auch eine zentristische Opposition mit Louis de Brouckère an der Spitze, die bemüht ist, die oppositionellen Strömungen aufzufangen. Dieser linke Flügel ist es auch, der die Arbeiterpartei zur Schaffung von Gegenorganisationen gegen den Faschismus mobilisiert hat, die nach österreichischem Muster als „friedliche" Schutztruppen aufgebaut werden sollen.

Die Kommunistische Partei hat trotz ihrer schwierigen Lage gegenüber der übermächtigen POB gute Fortschritte zu verzeichnen. Bei den Parlamentswahlen erhielt sie 38 000 Stimmen und zwei Mandate und bei den Gemeinde- und Provinzialwahlen (8. 11. 25), vorwiegend durch ihr Eintreten für die Streikenden, weiteren Zuwachs. Auch die Mitgliederzahl und die Auflage der Tageszeitung „Drapeau Rouge" („Rote Fahne") haben sich gehoben. Die Partei ist der Gewinnung der Massen ein größeres Stück näher gekommen, als dies in den Ziffern zum Ausdruck kommt. Der Erfassung der eingewanderten, besonders der italienischen Arbeiter, wendet sie große Aufmerksamkeit zu.

Belgisch-Kongo

Kronkolonie, 1885 von König Leopold II. als Privateigentum erworben; ging dann 1908 in die Herrschaft Belgiens über. Oberfläche 2 436 954 qkm. Eingeborenenbevölkerung 17 800 000, Weiße 1923 = 10 037, davon mehr als die Hälfte Belgier. Im größten Teile des Landes wird die koloniale Ausbeutung in der primitivsten Form betrieben. Hauptprodukte sind: Kautschuk, Kokosnüsse, Palmöl, Kopal, Kakao, Elfenbein, Reis, Baumwolle und Tabak. Baumwolle und Tabak werden von den Eingeborenen gezogen, während die Plantagenkultur zum größten Teil auf Gummi, Kakao und Kaffee beschränkt bleibt. Die Baumwollgewinnung nimmt an Umfang jährlich zu. Sie betrug 1924 6750 t. Die Viehzucht wird durch die Verbreitung der Schlafkrankheit sehr gehemmt; 1922 510 000 Rinder.

Die Gewinnung der reichen Bodenschätze steckt noch im Anfangsstadium. Es sind Vorkommen von Kohle, Eisen, Zinn und Mangan festgestellt, ohne daß sie bisher zur Ausbeutung gekommen wären. Eine Rolle spielt die Gewinnung von Gold, bei der 1923 14 200 Arbeiter beschäftigt waren, ferner die Gewinnung von Diamanten (zu industriellen Zwecken); 1923 310 000 Karat; eine große Bedeutung und Möglichkeit hat der Kupferbergbau (1923 56 479 Tonnen).

Als Hauptverkehrsweg dient der Kongo, der den Mittelpunkt eines 1700 km ausgedehnten Wasserstraßennetzes bildet, das allerdings vielfach durch natürliche Hindernisse unterbrochen ist. Länge der Eisenbahnen 1922: 2047 km.

Finanziell und politisch wird Belgisch-Kongo vollständig durch Belgien beherrscht. Die Verwaltung liegt in den Händen von Gouverneuren, die der belgische König ernennt.

Luxemburg

Oberfläche: 2586 qkm. Bevölkerung: 1922 260 767. Großherzogtum mit allgemeinem Wahlrecht. Seit 1. Mai 1922 auf 50 Jahre mit Belgien verbunden.

Wirtschaft: Die Bedeutung Luxemburgs liegt in seiner gewaltigen Schwerindustrie, der Brücke zwischen der deutschen Kohle und dem lothringischen Erz. Der Kampf um diese Industrie, der im Kriege eine nicht unwesentliche Rolle spielte, ist durch den Sieg der französischen Interessengruppen vorläufig entschieden.

Produktion an Eisen und Stahl (in 1000 Tonnen):

	1913	1921	1922	1923	1924	1925
Eisen	2548	970	1679	1407	2176	2300
Stahl	1182	754	1394	1201	1886	2100

Länge der Eisenbahnen: 538 km.

Die Staatsschuld betrug Ende 1924 427 Millionen Franken.

Politisch wirkt noch die langjährige Abhängigkeit von Deutschland nach. Die politischen Parteien sind nach deutschem Muster straff organisiert. Zusammensetzung der Kammer nach den Wahlen vom 2. März 1925: Katholiken 22, Nationale 8, Liberale 9, Sozialisten 9.

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten zwei Jahren rascher entwickelt.

Bolivien

Flächeninhalt: 1 834 225 qkm. Einwohnerzahl: (Schätzung 1923) 3 200 000. Bevölkerungsverteilung 1900: Ueber 50 Prozent Indianer, 26,7 Prozent Mischlinge und 12,27 Prozent Weiße. Seit 1885 ist Bolivien eine selbständige Republik. Präsident für vier Jahre durch allgemeine direkte Wahl gewählt. Zweikammersystem. Direktes Wahlrecht aller über 21 Jahre alten Bolivianer, die des Lesens und Schreibens kundig sind. Allgemeine Wehrpflicht.

Wirtschaft

Bebaute Bodenfläche ca. 2 Millionen ha. Nur 25 Prozent des ertragsfähigen Landes sind bebaut. Hauptprodukte sind Weizen, Gerste, Kartoffeln, Mais. Als landwirtschaftliches Exportprodukt kommt (außer Kaffee für Südamerika) vor allem Kautschuk (6,7 Millionen £ 1922) in Betracht. Der Bergbau liefert die wichtigsten Exportartikel, vor allem Zinn, daneben Silber, Kupfer, Wismut usw.

Verkehr: Die Gesamtlänge der Eisenbahn betrug 1923 2418 km. Inzwischen sind einige neue Strecken, vor allem der bolivianische Teil der wichtigen Linie, von der Landeshauptstadt La Paz nach Buenos Aires (Panamerikanische Eisenbahn) fertiggestellt worden.

Außenhandel (in 1000 Pfund Sterling)

	Einfuhr	Ausfuhr
1918	2810	4654
1923	4619	7905
1924	4626	8533

Staatsfinanzen (in 1000 Pfund Sterling)

	Einnahmen	Ausgaben
1918	2397	2606
1923	2005	3005
1924	1915	3090
1925	3120	3510

Die Staatsschulden betragen mehr als 11 Millionen Pfund Sterling und sind vorwiegend Auslandsschulden. Das Defizit ist chronisch. Die Einnahmen bestehen überwiegend aus Zöllen.

Politik

Die Gewalt des Präsidenten ist praktisch diktatorisch. Der Versuch, ein liberales Regime einzuführen, führte im Jahre 1925 zum Bürgerkrieg, der mit dem Sieg der Regierungspartei endete. Die Volksbewegung gegen das Regime des neuen Präsidenten Siles, der nur ein Werkzeug des gewesenen Präsidenten Saavadra ist, ist dennoch sehr stark.

Arbeiterbewegung

Es besteht eine Arbeiter-Union in der Hauptstadt La Paz, die sich aus Gewerkschaften, Genossenschaften und Unterstützungskassen zusammensetzt. Im Mai 1923 wurde ein großer Streik der Bergarbeiter blutig niedergeschlagen. Die „Sozialistische Arbeiterpartei" hat einen Vertreter in der gegenwärtigen Kammer. Anfang 1925 bildete sich eine kommunistische Jugendorganisation aus Studenten und Arbeitern. Sie wurde jedoch sofort von der Regierung unterdrückt und die Mehrzahl ihrer Mitglieder verbannt.

Brasilien

Flächeninhalt 8,5 Millionen qkm, Einwohner (1920) 30 600 000; Bundeshauptstadt Rio de Janeiro 1 157 783 Einwohner (1920); starke Einwanderung: 1922 34 821, 1923 86 767, 1924 98 125. Weiße 42 Prozent, Mestizen 34 Prozent, Neger und Mulatten 15 Prozent, Indianer 9 Prozent der Bevölkerung.

Regierungsform und Verfassung: Föderative Republik aus 20 Gliedstaaten, einem Bundesdistrikt, einem Nationalterritorium, weitgehende Autonomie der Staaten und Gemeinden. Präsident auf vier Jahre gewählt; Nationalkongreß (Senat und Abgeordnetenhaus) aus allgemeinen direkten Wahlen.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Brasilien führt jährlich ca. 500 000 Tonnen Getreide ein und dagegen Kolonialprodukte, vor allem Kaffee, aus. 1920 gab es 648 153 landwirtschaftliche Betriebe mit einer durchschnittlichen Größe von 270 ha. Die Hälfte davon Farmen und Kleinbauernwirtschaften mit weniger als 40 ha im Durchschnitt.

Anbaufläche und Erträgnisse

	1909/13		1923		1924		1925
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha
Weizen . . .	124	415	61	1 176	98	1 062	96
Reis	—	448	343	7 284	544	8 119	536
Mais	3058	39 978	3424	39 886	2500	41 082	2550
Kaffee . . .	1804	7 951	2437	8 592	2098	8 741	—
Kakao . . .	—	316	129	697	—	688	—
Rohrzucker	—	2 798	300	7 999	—	8 124	—
Tabak . . .	—	—	78	595	67	591	—
Baumwolle	203	611	795	1 248	636	1 311	—

Eine immer größere Rolle spielt auch der Bohnenbau. Brasilien liefert ca. 4/5 der Welternte in Kaffee, überdies etwa die Hälfte des in Wäldern gewonnenen Kautschuks. In der Kakaoproduktion steht es an zweiter Stelle unter allen Kakao produzierenden Ländern. Im Staate Sao Paulo, dem wichtigsten Kaffee-Exportgebiet, besteht eine staatliche „Kaffeeverteidigung", d. h. die Regierung kauft aus öffentlichen Mitteln zu Zeiten drohenden Preissturzes regelmäßig Kaffee auf, um denselben spekulativ zurückzuhalten. Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gange, an Stelle dieser staatlichen Organisation einen großen Kaffee-Pflanzer-Ring zu setzen.

Viehstand (in 1000 Stück)

	Pferde	Rinder	Schafe	Ziegen	Schweine
1913	7289	30 705	10 549	10 048	18 400
1921	5253	34 271	7 933	5 086	16 168

Seit dem Kriege besteht eine große Fleischexportindustrie.

Bergbau: Geringe Gold- und Diamantenfunde, bedeutender ist der Eisenerz- und Manganerzbau, insbesondere im Staate Minas Geraes. Die Kohlenproduktion ist im Aufschwung.

Industrie: Seit dem Kriege schreitet der Industrialisierungsprozeß schnell vorwärts. Am wichtigsten ist die Textilindustrie, daneben die Fleischindustrie. Zahl der Betriebe (1920) 13 336, der Arbeiter 275 512; verhältnismäßig starke Entwicklung des Großbetriebes: 93 Betriebe von mehr als 500 Arbeitern beschäftigen zusammen ca. 90 000, also fast 30 Prozent der Gesamtarbeiterschaft.

Verkehr: Bahnlänge 30 308 km. Mehr als die Hälfte Bundesbahnen. Ueberseeflotte sehr gering (1922 243 Dampfer); dagegen Küstenschiffahrt ausschließlich in brasilianischen Händen.

Außenhandel

(in 1000 Pfund Sterling)

	1913	1917	1919	1924	1925
Ausfuhr	65 451	63 031	130 085	95 103	102 643
Einfuhr	67 166	44 509	78 177	68 336	85 934

In der Ausfuhr steht an erster Stelle (dem Werte nach) Kaffee (1924 71,8 Millionen Pfund Sterling); es folgen Häute, Kakao, Gefrierfleisch, Kautschuk, Tabak, Baumwolle. Die Haupteinfuhrartikel sind Getreide, Maschinen und Eisenwaren, Kohle und Textilwaren.

Staatsfinanzen

Staatshaushalt (in 1000 Pfund Sterling)

	1913	1917	1919	1924	1925 (Schätzung)
Einnahmen	42 449	26 928	34 680	34 106	34 622
Ausgaben	46 236	42 139	53 882	36 334	35 611

Währungseinheit ist der Milreis = 32 (U. S.) cents. Durch ständigen Notendruck war er 1923 (Durchschnitt) bis auf 10 cents gesunken; Kurs Mai 1926 10 cents. Im Jahre 1924 besuchte eine englische Sachverständigen-Kommission das Land. Nach ihren Anträgen wurden ein radikaler Beamtenabbau und starke Steuererhöhungen durchgeführt. Gleichzeitig setzte die Kommission die Aufhebung der Bestimmungen, welche ausländisches Kapital höher besteuern als inländisches, durch.

Politik

Seit Jahrzehnten wird das Land von der „Republikanischen Partei", der Vertreterin der großen Latifundien- und Plantagenbesitzer beherrscht. Gegen diese kämpfen alle anderen Klassen des Landes, industrielle Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat. Die „Republikanische Partei" und ihr Führer Bernardes stützen sich auf England, während die Opposition bei Amerika Unterstützung findet. Die Geschichte der letzten Jahre besteht aus einer ununterbrochenen Folge



PANAMA
Carácas
VENEZUELA
Georgetown
Paramaribo
Cayenne
GUAYANA
Br.
Nd.
Fr.
Bogota
COLOMBIA
Quito
ECUADOR
Manaos
Para
Amazonenstrom
Madeira
Pernambuco
PERU
BRASILIEN
Lima
Bahia
La Paz
BOLIVIEN
Paraguay
Tacna
Arica
Sucre
Paraná
Rio de Janeiro
Sao Paulo
Santos
PARA-
GUAY
Asun-
cion
GROSSER
REPUBL.
Cordoba
ATLANT.
Mendoza
URU-
GUAY
Valpareiso
Santiago
Rosario
Buenos Aires
Montevideo
ARGEN-
TINIEN
OCEAN
OCEAN
Falkland Ie
(Br.)
E.B.

Südamerika

vergeblicher Aufstände, die stets gleich grausam und mit allen Mitteln des Terrors unterdrückt wurden. Unter dem Belagerungszustand kam auch die Wahl des neuen Präsidenten Washington Luiz (Februar 1926) zustande.

Arbeiterbewegung

Die gesamte Arbeiterbewegung ist sehr schwach entwickelt und steht stark unter anarchistischem Einfluß. Die zentrale Landesorganisation, die Confederation Syndical o cooperativa Braziliana (CSCB), steht unter anarchistischer Führung. Sie stellt ein Gemisch von Gewerkschaften, Hilfskassen und Genossenschaften dar. Die Zahl von 140 000 Mitgliedern, die sie angibt, ist phantastisch. Daneben gibt es noch zwei Gewerkschaftskartelle in Rio de Janeiro, ein Genossenschaftskartell in Soa Paulo („Centro Cosmopoliti") und einige gewerkschaftliche Gruppen, die der RGI nahestehen. Einfluß und Mitgliederzahl all dieser Organisationen sind äußerst schwankend. Derzeit sind sie durch den Regierungsterror aufs schwerste geschädigt. Dagegen erfreuen sich einige wirtschaftsfriedliche Gewerkschaften, vor allem Transportarbeiter-Organisationen, des Schutzes der Regierung.

Politische Arbeiterbewegung: Die Sozialistische Partei wird von kleinbürgerlichen Intellektuellen geführt und hat in den Massen keinen Einfluß. Die Kommunistische Partei (gegründet 1921) ist illegal und aufs schwerste verfolgt. Gleichwohl gewinnt sie gegenüber den Anarchisten an Einfluß, da die Verfolgungen der Arbeiterschaft die Notwendigkeit einer zentralistischen Organisation verdeutlichen. Am stärksten ist die Bewegung in dem industriell verhältnismäßig entwickelten Süden. Die Partei verfügt über ein illegales Organ: „A Classe Operaria" und hat ungefähr 1000 Mitglieder.

Das Britische Reich

Das Britische Reich umfaßt ein Gebiet (s. statistische Tafel weiter unten) mit einer Gesamtfläche von rund 33 Millionen Quadratkilometern (ohne die Mandatsgebiete), d. h. ungefähr ein Viertel des Festlandes der Erdkugel. Seine Bevölkerung beläuft sich auf 454 Millionen, also ein Viertel der Menschheit. Von der Gesamtbevölkerung des Britischen Reichs sind nur 65 Millionen oder 12 v. H. Europäer, die hauptsächlich in Großbritannien (England, Wales, Schottland, Nord-Irland) und in den autonomen Kolonien oder Dominions (Irischer Freistaat, Neufundland, Kanada, Australien, Neuseeland, Süd-Afrika) wohnen. Die übrigen 380 Millionen oder 88 v. H. sind sämtlich — bei aller Mannigfaltigkeit der Regierungsformen — einem unverantwortlichen, von außen her kommenden Machtgebot unterworfen. Das Britische Reich in seiner Gesamtheit stellt einen Wirtschaftskomplex größten Stiles dar, — es schließt in sich weite Gebiete der gemäßigten, subtropischen und tropischen Zone, die die verschiedenartigsten Rohstoffe, Nahrungsmittel und Industriegüter erzeugen, — aber eine Wirtschafts-

einheit bildet es nicht, denn die Dominions und Britisch-Indien streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit mittels eigener Zollpolitik.

Fläche und Bevölkerung des Britischen Reiches

	Fläche in 1000 qkm	Bevölkerungszahl in 1000 (1924)
Europa		
Großbritannien	242,4	43 780
Irischer Freistaat	68,9	3 161
Gibraltar	0,005	17
Malta	0,304	225
In Europa:	311,6	47 183
Asien		
Cypern	9,3	322
Aden, Perim, Sokotra	3,8	68
Indien	4 667,4	318 859
Ceylon	65,6	4 862
Straits Settlements	4,1	937
Malaische Schutzstaaten	61,1	1 123
Malaienstaaten	71,2	1 361
Nord-Borneo, Brunei, Sarawak	196,0	885
Hongkong	1,0	662
Wei-Hai-Wei	0,7	154
In Asien:	5 080,2	329 233



	Fläche in 1000 qkm	Bevölkerungszahl in 1000
Afrika		
Aegypten	1 000,0	13 886
Sudan	2 627,8	5 825
Südafrikan. Gebiete (Südafrikan. Union, Rhodesien, Bechuanaland, Basutoland, Swaziland)	3 125,1	9 826
Ostafrikanische Gebiete (Kenya, Nyasaland, Uganda, Somaliland, Zanzibar)	1 223,9	7 393
Westafrikanische Gebiete (Goldküste, Gambia, Nigeria, Sierra Leone)	1 160,3	21 982
In Afrika:	9 137,1	58 912
Amerika		
Kanada	9 659,7	9 227
Neufundland	108,8	259
Labrador	310,8	259
Britisch-Honduras	22,3	46
Jamaica	10,9	904
Britisch-Guayana	231,7	298
Falkland-Inseln	14,6	4
Trinidad und Tabago	5,1	378
In Amerika:	10 363,9	11 120
Australasien		
Australisches Gemeinwesen	7 704	5 873
Neuseeland	269	1 384
Papua, Fidschi etc.	281	568
In Australasien:	8 254	7 845
Mandatsgebiete		
Früher deutsch: Tanganyika, Südwestafrika, Togo, Kamerun, Neuguinea, Bismarck-Archipel, Samoa mit insgesamt	2 227	5 600
Früher türkisch: Palästina und Irak (Mesopotamien) mit insgesamt:	364	4 100

Statistischer Ueberblick

Das Britische Reich umfaßt demnach:*)

	Fläche in 1000 qkm	Bevölkerungszahl in 1000 (1924)
Europa	311,6	47 183
Asien	5 080,2	329 239
Afrika	9 137,1	58 912
Amerika	10 363,9	11 120
Australien	8 254,0	7 845
Mandatsgebiete	2 591,0	9 646
Insgesamt:	35 737,8	463 945

*) In dieser Zusammenstellung sind die kleineren Kolonien nicht berücksichtigt.

Großbritannien

Wachstum der Bevölkerung Großbritanniens und Irlands von 1891—1921 (in Millionen)

	1891	1901	1911	1921
England	27,5	30,8	34,0	35,7
Wales	1,5	1,7	2,0	2,1
Schottland	4,0	4,5	4,8	4,9
Irland	4,7	4,5	4,4	—
Vereinigtes Königreich	37,7	41,5	45,2	42,7

Gliederung nach Berufsgruppen (lt. Volkszählung 1921)

Tabelle A

Industrie- und Arbeitszweige	Soziale Stellung: Unternehmer u. selbständige Erwerbstätige	Lohn- u. Gehaltsempfänger männl.	Lohn- u. Gehaltsempfänger weibl.
Landwirtschaft	327 312	1 013 970	107 369
Fischerei	24 038	27 227	213
Bergbau	1 620	1 212 004	6 732
Metall	77 627	1 742 818	115 611
Textil	11 019	397 511	701 101
Transport	62 209	1 528 244	74 527
Baugewerbe u. Holzbearbeitung	78 369	713 194	4 981
Persönl. Dienste	114 240	257 187	1 844 574
Handel und Finanz	457 641	1 349 034	1 076 831
Freie Berufe (inkl. Buchhalter)	75 184	264 367	404 952
Insgesamt:	1 229 259	12 842 447	

Im folgenden ist eine annähernde Schätzung der Erwerbstätigen in anderen Industrie- und Arbeitszweigen, die in der obigen Aufstellung nicht inbegriffen sind, versucht.

Tabelle B*)

Industrie- und Arbeitszweige	Soziale Stellung: Unternehmer u. selbständige Erwerbstätige	Lohn- u. Gehaltsempfänger
Bekleidung	100 000	800 000
Papier u. Graphische Gewerbe	11 000	390 000
Chemikalien, Seife	120	249 000
Felle und Leder	500	100 000
Nahrungs- und Genußmittel	100 000	1 000 000
Installation	30 000	165 000
Verschiedenes	40 000	400 000
Insgesamt:	281 620	3 094 000

Staats- und Gemeindedienst: Im Jahre 1924 rund 1 Million Staats- und Gemeindebeamte; im Jahre 1925 etwa 200 000

*) Amtliche Schätzungen für Berufsgruppen, die nicht gesondert gezählt werden.

entlassen; gegenwärtig in den Zentral- und Ortsbehörden beschäftigt etwa 800 000 männliche und weibliche Beamte.

Gesamtblick auf die Berufsgliederung

	Unternehmer und selbständige Erwerbstätige	Lohn- und Gehaltsempfänger
Tabelle A	1 229 577	12 842 447
Tabelle B	281 620	3 094 000
Staatsbeamte	—	800 000
Insgesamt:	1 511 197	16 736 447

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen beträgt demgemäß 18,25 Millionen; hierzu kommen noch Rentiers usw., die ebenfalls zu den Erwerbstätigen gezählt werden.

Nationalitäten und Sprache: Engländer, Schotten und Walliser sind die einzigen Nationalitäten Großbritanniens. Die Landessprache ist englisch, abgesehen von etwa 200 000 Personen, die nur wallisich oder (in Schottland) gälisch sprechen.

Religion: Die offizielle Landeskirche in England: „Church of England" (protestantisch-bischöflich, ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung). Der König ist das Haupt der Kirche. In Schottland ist die Landeskirche die „Church of Scotland" (protestantisch-presbyterianisch). 1914 wurde die „Church of England" in Wales entstaatlicht. Außerdem leben in England und Schottland 2,5 Millionen Katholiken.

Wirtschaft

Fortgang und Erweiterung der Produktion, sowie Aufrechterhaltung des Lebensniveaus hängen hauptsächlich von den Erträgen des Bergbaus, der Metall- und Textilindustrie, sowie von der Schiffahrt ab. Die Landwirtschaft tritt ganz zurück: nur 9 Prozent der Erwerbstätigen leben von der Landwirtschaft. Ein schwunghafter Außenhandel ist für die britische Wirtschaft eine Lebensnotwendigkeit. Die industrielle Ausfuhr muß groß genug sein, um die enorme Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu decken und der Nation die Möglichkeit zu geben, ihre ziemlich hohe Lebenshaltung zu behaupten. Großbritannien ist rund 200 Tage im Jahre auf fremde Nahrungsmittel und Rohstoffeinfuhr angewiesen. In den letzten sechs Jahren — seit 1919 — zeigt jedoch die Ausfuhr der britischen Waren, verglichen mit 1913, eine Abnahme, während die Einfuhr eine starke Steigerung erfährt. Die britischen Absatzmärkte wurden eingeengt, die Menge der produzierten Waren nimmt ab, trotzdem die Produktionsfähigkeit, sowie die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zunehmen. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr ist in stetem Wachsen begriffen, so daß die Zahlungsbilanz hart an dem Punkte angelangt ist, wo ihr die Gefahr droht, passiv zu werden. Der Ueberschuß der Einfuhr wurde bis jetzt gedeckt durch Profite von den im Auslande investierten britischen Kapitalien, Schiffsfrachten, Provisionen und Finanzoperationen. In früheren Jahren blieb immer noch von diesen Einnahmen ein beträchtlicher Teil zur Weiterinvestierung übrig.

Vor dem Kriege war London der Mittelpunkt des Weltgeldmarktes; das Pfund Sterling war Weltwährung. Infolge des Krieges büßte

London die finanzielle Vormachtstellung zugunsten New Yorks ein. Der Sterlingkurs geriet ins Schwanken. In den letzten zwei Jahren machte die britische Finanz große Anstrengungen, den Sterlingkurs zu befestigen. Seit April 1925 hat England wieder eine tatsächliche Goldvaluta mit freier Ausfuhr von Gold seit Ende 1925, was jedoch nur mit finanzieller Hilfe der Federal Reserve Bank und der Morgan-Banken — also mit Hilfe amerikanischer Finanzinstitute gelang.

Die Rückkehr zum Goldstandard brachte wohl den Großbanken vermehrte Einnahmen, verschärfte aber die Absatzkrise der Industrie. Eine Massenarbeitslosigkeit ist seit nunmehr fünf Jahren zu einer ständigen Erscheinung geworden.

	Arbeitslose unter den gesetzlich Versicherten		Arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder
	Anzahl	v. H.	v. H.
Januar 1923	1 493 036	13,1	13,7
Juli 1923	1 324 501	11,5	11,1
Januar 1924	1 371 470	11,9	8,9
Juli 1924	1 135 351	9,9	7,4
Januar 1925	1 319 628	11,5	9,0
April 1925	1 292 131	11,2	9,4
Juli 1925	1 326 910	11,2	11,2
Oktober 1925	1 354 029	11,4	11,3
November 1925	1 313 903	11,0	11,0
Dezember 1925	1 243 087	10,5	11,0
Januar 1926	1 317 535	11,1	10,6
Februar 1926	1 247 823	10,5	10,4

Die Landwirtschaft

Großbritannien war vom letzten Viertel des 18. bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts das Vorbild der kapitalistischen Entwicklung. Die Landwirtschaft verlor während dieses Zeitabschnittes in wachsendem Maße an ökonomischer Bedeutung. Sie umfaßt heute nur 8,5 v. H. aller Erwerbstätigen, obwohl der Ackerbau qualitativ hoch entwickelt ist und in bezug auf Hektarerträge nur von Belgien und Dänemark übertroffen wird. Es werden nur die besten Bodenklassen bebaut, während riesige Flächen mit Wiesen, Weiden, Parks und Jagdrevieren bedeckt sind. Der Ackerbau ist jedoch in hohem Grade ausdehnungsfähig, wie es die Kriegszeit bewiesen hat, als die bebaute Fläche stark ausgedehnt wurde: nachdem aber die Regierungsgarantie für die Getreidepreise aufgehoben wurde, geht die bebaute Fläche wieder ständig zurück.

Anzahl der Besitzungen über 1 Acre in England und Wales
(2,47 Acre = 1 ha)

	1903	1913	1920	1921	1923
1 bis 5 Acres	91 797	92 302	80 737	81 217	77 674
5 „ 50 „	198 874	200 114	194 059	197 126	192 915
50 „ 300 „	126 980	128 718	129 703	128 843	128 204
über 300 „	15 351	14 513	13 492	12 947	12 880
Insgesamt:	433 351	435 677	417 991	420 133	411 673

In Schottland (1923): 1 bis 5 Acres 17 130, 5 bis 50: 33 292, 50 bis 300: 23 203, über 300 Acres 2509, zusammen 76 134.

Der Ackerbau spielt im britischen wirtschaftlichen Leben eine verhältnismäßig kleine Rolle.

Anbaufläche und Ertrag der wichtigsten Getreidearten und Hackfrüchte:

	1913		1920		1923		1924		1925	
	1000 ha	Mill. dz	1000 ha	Mill. dz	1000 ha	Mill. dz	1000 ha	Mill. dz	1000 ha	Mill. dz
Weizen	725	15,4	800	15,5	731	16,1	647	14,3	628	14,4
Gerste	782	14,9	829	14,9	602	11,2	594	11,6	600	11,6
Hafer	1612	29,2	1874	32,0	1334	20,6	1334	22,4	1260	24,0
Kartoffeln	479	77	523	116	310	36,4	303	36,0	320	50,0
Zuckerrüben	1,7	—	1,2	—	6,8	1,1	9	1,8	19	4,6

Viehstand (in 1000 Stück):

	1913	1923	1924
Pferde	1 324	1 607	1 543
Rinder	6 963	7 764	7 794
Schafe	23 931	21 085	22 239
Schweine	2 233	2 993	3 567

Bergbau und Hüttenwesen

Die Schwerindustrie ist einer der wichtigsten Produktionszweige Englands. Sie befindet sich seit Jahren in einer schweren Krise, wie folgende Zahlen zeigen.

(in Millionen Tonnen)

	1913	1922	1923	1924	1925
Kohlenproduktion	287	252	281	267	242
Kohlenausfuhr	77	64	79	62	51
Roheisenproduktion	10,3	4,9	7,6	7,3	6,3
Stahlproduktion	7,7	9,8	8,6	8,2	7,4
Eisen- und Stahlausfuhr	5,0	3,5	4,3	3,9	3,7

Die Zahlen zeigen sehr klar die Wirkung der Ruhrbesetzung, die im Jahre 1923 der englischen Schwerindustrie auf Kosten Deutschlands einen Aufschwung brachte. Seither geht die Ausfuhr zurück.

Im Kohlenbergbau wollten die Kapitalisten durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzungen die Ausfuhr in die Höhe bringen. Mit Rücksicht auf den drohenden Generalstreik wurden Staatssubventionen bis 30. IV. 1926 bewilligt; die Höhe des Zuschusses betrug bis 30. IV. 23 Millionen £. Die Subventionen haben die Lage des Kohlenbergbaus vorübergehend erheblich gebessert.

Industrie

Wichtigste Industriezweige: Maschinenbau, Schiffbau, Metallbearbeitung, Baumwoll- und Wollindustrie. In allen diesen Industriezweigen, die zu einem wesentlichen Teil für den Export arbeiten, herrschte in den letzten Jahren eine scharfe Krise und starke Arbeitslosigkeit, die in der Baumwollspinnerei die Form ständiger

Kurzarbeit annimmt; während des ganzen Jahres 1925 wurden in dem letzteren Industriezweig nicht mehr als 30½ bis 39 Stunden wöchentlich gearbeitet.

Schiffbau:	1913	1922	1923	1924	1925
Vom Stapel gelassener Schiffsraum (in 1000 t)	1932	1031	646	1440	1084
Schiffsraum im Bau	1890[1])	1468[2])	1395	1297[1])	885[2])

Verkehr: Bahnlänge des Vereinigten Königreiches: 39 262 km; Kanäle: 7277 km.

Handelsflotte:

	Anzahl d. Schiffe	1000 Br. Reg. T.
30. Juni 1913	9214	18 696
30. „ 1922	8849	19 296
30. „ 1923	8694	19 281
30. „ 1924	—	18 917
30. „ 1925	—	19 274

Konzentration und Vertrustung

Die Zusammenfassung der britischen Industrie, Handels-, Transport- und Bankbetriebe durch Kartellierung und Vertrustung ist das Werk des letzten Vierteljahrhunderts. Noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts hatten die Mittelbetriebe das Uebergewicht. Erst unter der Wucht der amerikanischen und deutschen Konkurrenz ging Großbritannien zu den großen kombinierten Werken über. Der Vertrustungsprozeß machte insbesondere während der Kriegs- und Nachkriegsjahre sehr bedeutende Fortschritte. Unter dem Einfluß der progressiv wachsenden kombinierten Werke verlor der kleine Fabrikant oder Bankier alle Chancen auf Erfolg. Die größte Entwicklung haben in dieser Beziehung das Bank- und Versicherungswesen, die Schiffahrt und die Eisenbahnen aufzuweisen. Die zahlreichen kleinen Banken, die noch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Großbritannien bestanden, wurden fast gänzlich von den „Big Five" verschlungen. Die „Big Five" sind folgende Banken: Barclays, Lloyds, London and Midland, Westminster und National Provincial. Diese fünf beherrschen tatsächlich den Geldmarkt Großbritanniens.

Außenhandel und Zahlungsbilanz

Gesamt-Außenhandel (Mill. £)

	1913	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	769	1004	1098	1277	1323
Ausfuhr britischer Waren....	526	720	886	801	773
Wiederausfuhr (Transit)	109	104	119	140	154
Gesamtausfuhr	635	824	1005	941	927
Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr (Mill. £)	134	200	94	336	396

Die wachsende Steigerung des Einfuhrüberschusses beunruhigte die Oeffentlichkeit. Das Handelsministerium beeilte sich deshalb,

[1]) Durchschnitt. [2]) Jahresende.

eine revidierte Zahlungsbilanz aufzustellen („Times" 22. 1. 1926). Diese revidierte Tabelle ist wie folgt (in Millionen Pfund):

	1923	1924	1925
Ueberschuß der Einfuhr von Waren und Gold- und Silberbarren	195	324	386
Ueberschuß von Regierungszahlungen nach dem Auslande	25	28	15
	220	352	401
Reineinkommen aus Schiffsfrachten	120	130	115
Fremde Frachtzahlungen in britischen Häfen	13	10	9
Einkommen aus Kapitalinvestierungen im Auslande	200	220	250
Provisionen (Banken und internationaler Handel)	30	40	40
Andere Dienste	10	15	15
Gesamteinnahme zur Deckung der passiven Zahlungsbilanz	373	415	429

Es blieben also zur weiteren Investierung im Jahre 1923: 153 Millionen Pfund, im Jahre 1924: 63 Millionen Pfund, im Jahre 1925: 28 Millionen Pfund.

Kapitalänlage und Kapitalexport

Während fast des ganzen Jahres 1925 bestand ein Verbot für Kapitalanlagen im Auslande (embargo), um die Stabilität der englischen Valuta zu schützen. Das Verbot wurde erst gegen Ende des Jahres aufgehoben, worauf sofort ein starker Kapitalexport einsetzte.

Neue Kapitalanlagen (in Millionen £)

	1912	1913	1922	1923	1924	1925
GesamteNeuinvestition	210,9	196,5	573,7	271,4	209,3	232,2
Hiervon: Inland	45,3	36,0	443,5	133,9	84,6	155,0
Kolonien	72,6	76,1	74,9	92,7	72,3	60,9
Ausland	92,9	84,4	55,2	44,8	52,4	16,3

Valuta: Die englische Valuta steht seit April 1925 auf Goldparität. Der Pfundkurs in New York betrug im Januar:

Parität	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926
4,86	4,77	3,72	3,73	4,22	4,60	4,30	4,78	4,85

Staatshaushaltplan 1925/26 (in 1000 £)

	Ausgabenvoranschlag
Schuldendienst	355 000
Zuschüsse an Kommunen	36 929
Armee	44 500
Flotte	60 000
Luftschiffe	15 513
Staatsdienst, Schulwesen, Sozialpolitik	222 609
Steuer- und Zolldienst	11 391
Post, Telegraph und Telephon	52 958
	799 000

	Einnahmevoranschlag
Zölle	98 500
Verbrauchssteuer	136 500
Automobilsteuer	17 500
Erbschaftssteuer	62 000
Stempel	24 000
Grund- und Haussteuer	1 000
Einkommensteuer	289 000
Zusatzprofitsteuer	4 000
Aktiengesellschaftssteuer	9 000
Post, Telegraph, Telephon	57 000
Verschiedenes	57 000
	826 000

Vorgesehener Ueberschuß: 27 Millionen Pfund. Tatsächliches Defizit 1925/26: 14 Millionen Pfund.

Lebenshaltung der Arbeiterschaft

Die prozentuale Steigerung der Preise über den Stand vom Juli 1914 betrug nach dem Lebenshaltungsindex des Arbeitsministeriums:

	1923	1924	1925
Januar	78	77	80
April	74	73	75
Juli	69	70	73
Oktober	75	76	76
Dezember	77	81	77

Im Laufe der Jahre 1924 und 1925 wurden Lohnänderungen wie folgt vorgenommen:

2 992 000 bzw. 874 000 Arbeiter erhielten Lohnheraufsetzungen, während 487 000 bzw. 854 000 Arbeiter Lohnherabsetzungen erfuhren; das Reinergebnis dieser Lohnänderungen war 1924 eine Zunahme von 549 500, 1925 eine Abnahme von 79 200 £ pro Woche

Politik

Die Labour-Regierung, die Ende Januar 1924 mit J. R. Macdonald als Premierminister ins Amt trat, hatte keine selbständige Mehrheit. In dem Unterhause von 615 Mitgliedern verfügte die Arbeiterfraktion nur über 191 Mandate. Die Regierung war deshalb von Anfang an auf die Hilfe je einer der beiden Oppositionsparteien (256 Konservative und 156 Liberale) angewiesen und konnte nur derartige Gesetzentwürfe durchsetzen, die die Zustimmung je einer der gegnerischen Fraktionen fanden. In der inneren Politik konnten nur kleine Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung vorgenommen werden. Der Etat (April 1924) war vollständig freihändlerisch; er setzte einige Genußmittelzölle herab. Aber die Politiker denken und die Kapitalisten lenken: die Lebensmittelpreise zeigten seit Juni 1924 eine Aufwärtsbewegung. Jedoch ist es bemerkenswert, daß in den letzten

fünf Jahren das Jahr 1924 das einzige war, in dem das Reinergebnis der Lohnänderungen für die Arbeiter günstig war. Die bedeutendsten positiven und negativen Leistungen der Arbeiterregierung liegen jedoch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Darunter sind zu nennen: Die bedingungslose Anerkennung der Sowjetunion, ebenso die Gewinnung der Zustimmung Deutschlands und Frankreichs zum Dawes-Plan, schließlich der Entwurf eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion. Der Handelsvertrag, den die Labour-Regierung unter dem Druck der organisierten Arbeiterklasse entworfen hatte, stieß auf die Opposition der beiden bürgerlichen Fraktionen und führte auch zum Sturze der Arbeiterregierung. Den unmittelbaren Anlaß hierzu gab jedoch das Anfang August 1924 eingeleitete Strafverfahren gegen die kommunistische Wochenschrift „Workers Weekly" wegen eines antimilitaristischen Artikels. Das Strafverfahren gegen den Redakteur der „Workers Weekly", J. R. Campbell, wurde bald eingestellt, worauf die Konservativen am 8. Oktober ein Tadelsvotum gegen die Regierung beantragten. Die Liberalen sekundierten mit einem Zusatzantrag, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission verlangte. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage und blieb mit 304 gegen 158 Stimmen in der Minderheit. Das Parlament wurde aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, die Ende Oktober 1924 stattfanden. Die Wahlkampagne war dadurch bemerkenswert, daß in ihr ein falscher Sinowjew-Brief, der das ganze Land in Aufregung versetzte, eine ausschlaggebende Rolle spielte. Macdonald zeigte sich der Intrige der Konservativen nicht gewachsen und verlieh durch sein Zurückweichen der konservativen Intrige besondere Kraft. Das Wahlergebnis war eine Niederlage der Labour Party; von den 191 Mandaten verlor sie 40, obwohl ihre Stimmenzahl erheblich anwuchs. Es erhielten:

Parteien	Stimmen (Okt. 1924)	Stimmen (Nov. 1923)	Mandate (Okt. 1924)
Labour	5 487 620	(4 326 733)	151 (Verlust 40)
Konserv.	7 385 139	(5 348 896)	402 (Gewinn 145)
Liber.	2 982 563	(4 184 292)	41 (Verlust 95)

Der Führer der Konservativen, Stanley Baldwin, übernahm die Regierung mit Joynson-Hicks als Minister des Innern, Austen Chamberlain als Außenminister, Winston Churchill als Finanzminister und Lord Birkenhead als Minister für Indien. Das Baldwin-Kabinett ist durch diese Postenbesetzungen unzweideutig gekennzeichnet. Seine innere Politik richtet sich in erster Linie gegen die Kommunisten, seine äußere Politik gegen die Sowjetunion, seine Wirtschaftspolitik gegen den Freihandel, seine Sozialpolitik gegen die Erwerbslosen. Der schärfste Ausdruck seiner Anti-Sowjet-Außenpolitik ist der am 16. Oktober 1925 zustandegekommene und am 1. Dezember unterzeichnete Locarno-Pakt, ebenso wie das am 15. Oktober 1925 ein-

geleitete Strafverfahren gegen die zwölf kommunistischen Führer und deren Verurteilung zu sechs bis zwölf Monaten Gefängnis den reaktionären Kurs am klarsten kennzeichnet. Die im August 1925 angenommene Novelle zum Gesetz betr. Arbeitslosenversicherung entzieht 200 000 Erwerbslosen, besonders weiblichen und jugendlichen Arbeitern, die Unterstützung. Die Wiedereinführung der von der Macdonald-Regierung beseitigten Safeguarding of industries Act gewährt Schutzzölle den angeblich von der Konkurrenz bedrohten Industriezweigen. Die Gründung der Organisation for Maintenance of Supplies (OMS) — einer Art technischer Nothilfe, die Förderung der faschistischen Verbindungen und die Vereidigung von Spezialkonstablern (Hilfspolizei) sind gegen die Trade Unions gerichtet.

Von symptomatischer Bedeutung ist auch die rücksichtsvolle Haltung der Gerichtshöfe gegenüber faschistischen Ausschreitungen und Verbrechen.

Entsprechend der Polarisierung der wirtschaftlichen Kräfte zeigt sich im ganzen Lande eine numerische Stärkung der Konservativen und der Labour Party: der Partei der Kapitalistenklasse und der Sammelorganisation der Arbeiterklasse. Dem Verschwinden der selbständigen Mittelschichten entspricht der Zerfall der Liberalen Partei, die — so klein sie auch als Fraktion im Parlamente dasteht — dennoch von inneren Zerwürfnissen zermürbt wird. Die Großkapitalisten, die noch aus Tradition der Liberalen Partei anhingen, treten nach und nach zur Konservativen Partei über, während die kleinbürgerlichen Elemente, die unter dem Drucke der Kartelle und Trusts, der Großbanken und anderer kombinierter Unternehmungen zu leiden haben, ebenso Intellektuelle, die den Niedergang der kapitalistischen Zivilisation am eigenen Leibe verspüren, sich nach und nach der Labour Party anschließen.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung: Obwohl die britische Gewerkschaftswelt noch immer in über 1000 Fachvereinigungen zersplittert ist, zeigten doch ihre Kongresse vom Jahre 1924 in Hull und 1925 in Scarborough einen aufstrebenden revolutionären Geist, und ihre industriellen Kämpfe ein starkes Gefühl der proletarischen Solidarität. Das Jahr 1925 ist besonders durch zwei Ereignisse ausgezeichnet: durch das einmütige Zusammenhalten der Arbeiterklasse am 31. Juli 1925, als es galt, die Lebenshaltung der Bergleute zu stützen, zweitens durch die Bestrebungen nach einer industriellen Allianz. Zu Beginn des Jahres 1925 traten mehrere große Gewerkschaftsverbände mit Forderungen auf Lohnerhöhung hervor. Die Antwort der Unternehmer war überall die Forderung auf eine allgemeine Lohnherabsetzung und Verlängerung der Arbeitszeit, als Mittel zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie.

An der Spitze dieser Lohnbewegungen standen die Eisenbahner, die Metallarbeiter und die Bergleute. Mit Ausnahme des Konflikts in der Kohlenindustrie, der eine temporäre Lösung durch Staatshilfe erhielt, erzielte die ganze Lohnbewegung der Gewerkschaften sowie die Gegenoffensive der Unternehmer keine nennenswerten Aenderungen gegenüber 1924. Bemerkenswert war nur der Verlauf der Kohlenkrise. Auf die Forderung der Bergleute antworteten die Zechenbesitzer mit der Kündigung des Tarifvertrages und der Forderung auf Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit (von 7 auf 8 Stunden täglich). Verweigerten die Bergleute die Annahme dieser Vorschläge, so stand ihnen Aussperrung bevor. Am 3. Juli 1925 beschloß eine Delegiertenkonferenz der Bergleute einstimmig die Ablehnung. Am 9. Juli versuchte die Regierung zu vermitteln, die Bergleute erklärten sich bereit, in Unterhandlungen einzutreten, aber unter der Bedingung, daß die Zechenbesitzer ihre Kündigung zurückzögen. Dies lehnten die Kohlenbarone ab. Am 10. Juli übernahm der Generalrat des Trade Unions-Kongresses die Leitung des Konflikts, mobilisierte die ganze Gewerkschaftswelt zugunsten der bedrohten Bergleute, andererseits traf die Regierung alle nötigen Vorbereitungen, um einem eventuellen Generalstreik mit Waffengewalt und mit Technischer Nothilfe entgegenzutreten. Noch am 30. Juli erklärte Baldwin den Bergleuten, daß sie, ebenso wie die gesamte Arbeiterschaft Großbritanniens, sich Lohnherabsetzungen gefallen lassen müssen. Ein Antrag auf Staatssubsidien, um über die Krise hinwegzuhelfen, wurde von Baldwin rundweg abgelehnt. Die Haltung Baldwins konsolidierte die britischen Gewerkschaften zu einer einheitlichen Masse. Am 31. Juli erschien in der Presse der Mobilisierungsplan der Gewerkschaften, die den Entschluß faßten, jede Beförderung von Kohle von Mitternacht zum 1. August zu unterbinden. Unmittelbar nach Veröffentlichung dieses Manifests klappte Baldwin zusammen und bewilligte Subsidien. Das geschah am Freitag, den 31. Juli 1925. Dieser Freitag wird der „Rote Freitag" genannt zum Unterschied vom „Schwarzen Freitag" vom 15. April 1921, an dem die Niederlage der Bergleute besiegelt wurde durch den Zusammenbruch des Dreibundes der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter.

Die Kohlenkrise war jedoch hierdurch nicht gelöst. Die Regierung setzte unter Leitung Sir Herbert Samuels eine Kommission ein, um die Kohlenindustrie zu untersuchen und Reformmaßregeln vorzuschlagen. Sie tagte vom 25. September 1925 bis Ende Januar 1926, und nahm zahlreiche Gutachten und Aussagen von Fachmännern und Interessenten entgegen. Zwei Tatsachen gingen aus den langen Diskussionen vor der Kommission hervor: Die Zechenbesitzer suchen die Lösung der Kohlenkrise in stärkerem Schutz des Privateigentums und in der Herabdrückung des Lebensniveaus der Bergleute, während die

Bergleute die dauernde Lösung in der Vergesellschaftung der Bergwerke und in einer sozialistischen Reorganisierung der ganzen Transport- und Kraftwirtschaft erblicken.

Die Kommission veröffentlichte ihren Bericht (den sogenannten „Samuel Report") am 10. März 1926, in welchem empfohlen wurde: Rationalisierung des Bergbaus; Lohnherabsetzung von 10 bis 13 Prozent; Verstaatlichung der Bergwerksabgaben. Die Zechenbesitzer lehnten den Report vollständig ab und bestanden auf Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung, die Bergleute aber verwarfen jede Lohnherabsetzung. Zwei Wochen vor Einstellung der Subventionen kündigten die Zechenbesitzer die bestehenden Verträge zum 1. Mai 1926, da die Bergleute die Fortsetzung der alten Arbeitsbedingungen forderten, wurden sie ausgesperrt. Aber schon am 29. April war in London auf Einladung des Generalrats des Trade Unions Kongresses ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß zusammengetreten, um die Bergleute in ihrem Kampfe zu unterstützen, und um dem Generalrat größere Autorität in seinen Unterhandlungen mit Baldwin zu geben. Mit 3,6 Millionen gegen 49 000 Stimmen beschloß der Kongreß: Falls es zwischen Regierung und Generalrat bis um Mitternacht des 3. zum 4. Mai zu keiner für die Bergleute zufriedenstellenden Einigung kommt, soll der Generalstreik proklamiert werden. Aber auch die Regierung war während des April-Monats nicht untätig: Sie traf umfassende Vorbereitungen, um den Streik zu brechen. Bis spät in die Nacht vom 3. zum 4. Mai unterhandelte der Generalrat mit der Regierung, die jedoch unter einem ganz unerheblichen Vorwande die Unterhandlungen abbrach. Am 4. Mai trat die erste Verteidigungslinie der Arbeiter (Eisenbahner, Schriftsetzer, Drucker und Docker, etwa zwei Millionen Personen) in den Streik. Der Eindruck dieser Arbeitsniederlegung war enorm. Polizei, Spezialpolizisten, Artillerie, Kavallerie und Infanterie sowie Technische Nothilfe und die Freiwilligen waren nicht imstande, dem Generalstreik irgendwelchen Abbruch zu tun. Aber aus dem Streik wurde nach und nach ein Klassenkampf um die Staatsmacht; er nahm also einen revolutionären Charakter an, und vor einer Revolution schreckte die große Mehrheit des Generalrats zurück. Schon seit dem 8. Mai stand der Generalrat mit Sir Herbert Samuel in Verbindung, der zwischen den Bergleuten und der Regierung zu vermitteln suchte. Und in dem Maße, als der Generalrat die revolutionäre Welle aufsteigen sah, und als es galt, die zweite Verteidigungslinie (Gas- und Elektrizitätsarbeiter sowie die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten) zum Streik aufzurufen und somit die industriellen Zentren vom Hauptzentrum London zu trennen, brach der Generalrat zusammen. Er klammerte sich an die nebelhaften Vorschläge Sir Herbert Samuels und übte einen heftigen Druck auf die Bergleute aus, die Samuel-Vorschläge anzunehmen. Die Bergleute lehnten jedoch diese Vorschläge ab, worauf der Generalrat am 12. Mai mittags den General-

streik abblies. Die Eisenbahner, das Druckereipersonal und die Docker kehrten nach und nach zur Arbeit zurück, während die Bergleute im Streike verharrten.

Ein anderes wichtiges Ereignis in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung bestand in den Versuchen, eine industrielle Allianz zu gründen, an Stelle der im Jahre 1921 zusammengebrochenen Triple-Allianz. Gegen diesen Allianzplan wurde von den rechtsstehenden Gewerkschaftsführern eingewendet: er würde die beteiligten Gewerkschaftsverbände um ihre Autonomie bringen; ferner: er würde den Generalrat des Trade Unions-Kongresses überflüssig machen; schließlich: er könnte nur funktionieren, wenn die einzelnen Fachverbände vorerst zu Industrieverbänden zusammengeschlossen sein würden. Es wurden in diesem Sinne Amendements (Zusatzanträge) zum Entwurf eingebracht, die aber zum Teil abgelehnt wurden. Die Hauptgegner der industriellen Allianz kamen aus der Leitung des Eisenbahnerverbandes (National Union of Railwaymen).

Der aufsteigende revolutionäre Geist in den Gewerkschaften offenbart sich auch in den Beziehungen breitester Schichten des britischen Proletariats zur Sowjetunion. Am 28. Februar 1925 erschien der Trade Unions-Report über den Besuch der Gewerkschaftsdelegation in der Sowjetunion. Der Bericht hat viel Aufsehen erregt und wurde in den weitesten Kreisen besprochen. Vom 6. bis 8. April 1925 tagte in London die Anglo-Russische Gewerkschafts-Konferenz, um den Gedanken der internationalen Einheitsfront zu fördern. Am 23. Juni erschien eine Gewerkschaftsdeputation beim Premierminister Baldwin und plädierte für die volle Aufnahme der Handelsbeziehungen Großbritanniens mit der Sowjetunion. Am 8. Dezember fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der britischen und der Sowjet-Gewerkschaften statt.

Die Minoritätsbewegung

Die Minderheitsbewegung entsprang aus dem im Jahre 1923 unternommenen Versuche der Kommunisten und ihrer Freunde, die britischen Trade Unions aus ihrer durch die schweren Niederlagen der Jahre 1921 und 1922 verursachten Lethargie zu wecken und die erschlafften Organisationen wieder zu beleben. Tom Mann, Nat Watkins, Georg Hardy, Harry Pollitt, Wal Hanington in England, Horner und Tom Thomas in Wales, J. R. Campbell und Ferguson in Schottland sammelten um sich die jüngeren Kräfte der Gewerkschaftswelt, beriefen Delegiertenkonferenzen und organisierten schließlich im August 1924 die erste Allgemeine Konferenz der Minoritätsbewegung in London, die von 271 Delegierten aus allen Teilen Großbritanniens besucht war. Diese Konferenz legte den Grund für die Zusammenfassung der oppositionellen Minderheiten· innerhalb der

Verbände der Bergleute, der Metall- und Transportarbeiter. Das wachsende Interesse der energischeren Elemente der Trade Unions für diese Bewegung zeigt sich im Wachsen der Zahl der Delegierten, die auf den späteren allgemeinen Konferenzen anwesend waren. Die Minoritätskonferenz vom Januar 1925 wies 613 Delegierte auf; die vom August 1925 683 Delegierte; die vom Märzt 1926 883 Delegierte, die 547 gewerkschaftliche Organisationen mit einer Mitgliedschaft von 800 000 bis 900 000 vertraten. Die leitende Idee dieser Minoritätsbewegung ist, durch die um sich gesammelten Elemente die ganze Trade Unions-Welt vorwärts zu treiben: den Widerstand zu ermutigen gegen alle Versuche der Unternehmer, die Lebenshaltung des Proletariats herabzusetzen; Werkausschüsse zu schaffen und zu stärken; die Sympathien der Trade Unions für die internationale proletarische Einheit zu gewinnen; Verteidigungskorps zu bilden; die Propaganda für das Recht der Soldaten und Matrosen, Aufforderungen zur Unterdrückung von Streiks nicht zu befolgen. Die Mehrzahl der älteren Gewerkschaftsführer wirkt in Wort und Schrift gegen die Minderheitsbewegung.

Genossenschaftsbewegung

Die britische Genossenschaftsbewegung, die sich solange im liberalen Schlepptau befand, nähert sich jetzt mit raschen Schritten einer ausgesprochenen Arbeiterpolitik. Sie stellt zwar besondere parlamentarische Kandidaten auf, aber die gewählten genossenschaftlichen Vertreter gehen mit der Arbeiterfraktion in allen Fragen, die die Arbeiterklasse betreffen, zusammen. Nach dem letzten Jahresbericht zählt die Cooperative Party 1 835 000 Mitglieder. Im Grunde genommen enthält die Cooperative Party zum größten Teile dieselbe Mitgliedschaft wie die Labour Party. Sie stärkt den rechten Flügel in der LP.

Die britische Großeinkaufsgesellschaft (Cooperative Wholesale Society = CWS), die die meisten Konsumvereine mit Waren beliefert, hatte im Jahre 1925 einen Umsatz von 76 Millionen Pfund gegen 71,6 Millionen im Jahre 1924. Seitdem mehrere Deputationen der britischen Genossenschaftsbewegung die Sowjetunion besuchten, wurden zwischen beiden Bewegungen zahlreiche Mißverständnisse beseitigt, wodurch die Handelsbeziehungen zwischen der CWS und dem Centrosojus lebhafter wurden. Der Warenaustausch zwischen beiden Körperschaften belief sich im Jahre 1925 auf über 3,5 Millionen Pfund Sterling. An der Russo-British Grain Export Company (Russisch-britischen Getreide Export Co.) ist die CWS mit 25 Prozent des Anlagekapitals beteiligt. Im Austausch gegen Getreide, Felle, Häute usw. wurden erhebliche Quantitäten von Textilwaren aus den CWS-Fabriken nach der Sowjetunion geschickt, was den Textilarbeitern von Bury and Radcliffe sehr zugute kam. Die CWS-Deputation, die

unlängst aus der Sowjetunion zurückkam, brachte ausgezeichnete Eindrücke von der Tätigkeit des Centrosojus mit. Die Deputation wirkt jetzt propagandistisch für engere Beziehungen mit der Sowjetunion: in der Genossenschaftsinternationale kämpft die englische Vertretung gegen die Mitgliedschaft des Centrosojus.

Die politische Arbeiterbewegung

Die politische Arbeiterbewegung Groß-Britanniens begann im Jahre 1825, nahm dann den Namen „Chartismus" an und kämpfte bis zum Jahre 1855 für sozialdemokratische und agrar-reformistische Ziele. Sodann trat eine Pause von ungefähr einem Vierteljahrhundert ein, während welcher die Arbeiter sich ausschließlich dem Aufbau des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens widmeten und politisch kaum hervortraten. Im Jahre 1867 erhielten die städtischen Arbeiter das Wahlrecht, von 1870 bis 1875 erkämpften sich die Arbeiter ein gutes Gewerkschaftsrecht, 1884 wurde das Wahlrecht auch auf ländliche Arbeiter ausgedehnt, aber ein allgemeines männliches Wahlrecht gab es in England nicht bis zum Jahre 1918. Allgemeine Schulpflicht besteht erst seit 1870. Man darf sagen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ungefähr bis zum Jahre 1900 im allgemeinen der liberalen Partei angehörten.

Um das Jahr 1880 begann sich wieder eine sozialistische Bewegung bemerkbar zu machen. Ihr Erneuerer war Henry M. Hyndman, (geb. in London 1842, gestorben 1921), der im Jahre 1888 mit Karl Marx bekannt wurde, nachdem er kurz vorher den ersten Band des Marxschen „Kapital" in französischer Uebersetzung gelesen hatte. Er schuf eine Organisation, die sich vorerst Demokratische Föderation und seit 1884 „Sozialdemokratische Föderation" (SDF) nannte. Hyndman war als Nationalökonom ziemlich marxistisch, verstand aber wenig von der materialistischen Geschichtsauffassung. Obwohl als Redner hervorragend, hatte er keine glückliche Hand im Organisieren, und die SDF brachte es trotz aller Agitation zu keiner erheblichen Mitgliederzahl. Sie blieb immer eine kleine Körperschaft. Zudem litt sie an Spaltungen. 1903 traten aus ihr einige schottische Organisationen aus und gründeten die „Sozialistische Arbeiterpartei". (Socialist Labour Party = SLP.) Zwei Jahre später traten einige Londoner Zweigvereine aus, die eine eigene Organisation unter dem Namen „Sozialdemokratische Partei Großbritanniens" gründeten. Im Jahre 1907 änderte die SDF ihren Namen und nannte sich Sozialdemokratische Partei, und vier Jahre später wurde aus ihr die Britische Sozialistische Partei (BSP), die sich während des Krieges spaltete: die Minderheit, mit Hyndman an der Spitze, wurde ausgesprochen sozial-imperialistisch, während die große Mehrheit zu Anfang 1918 sich um die bolschewistische Fahne scharte, um sich 1920/21

mit der SLP zu vereinigen und zusammen mit ihr den Kern der Kommunistischen Partei Großbritanniens zu bilden.

Fast gleichzeitig mit der SDF wurde die Fabian Society gegründet. Sie ist die einzige intellektuelle sozialreformerische Organisation Großbritanniens. Sie nannte sich nach ihr angeblich vom römischen Feldherrn Fabius cunctator übernommenen Taktik: lange zu warten und zu zaudern, bis der richtige Zeitpunkt zum Dreinschlagen kommt. Sie ist beim Zaudern geblieben und denkt gar nicht ans Dreinschlagen. Sie entstand 1884 und hat sehr viel zur Verbreitung sozialreformerischer Ideen und Vorschläge getan. Ihre leitenden Köpfe sind Sidney Webb, Frau Webb und der bekannte Dramatiker Bernard Shaw; mehrere Arbeiterführer, wie Macdonald, Snowden usw. sowie der bekannte Romanschriftsteller H. J. Wells gehörten ihr mehrere Jahre an.

Ein Jahrzehnt nach Begründung der SDF, also im Jahre 1893 entstand die Independent Labour Party. Sie wurde von einer Anzahl von Gewerkschaftsführern und Sozialisten gegründet, da es der SDF nicht gelungen war, die Arbeitermassen für den Sozialismus zu gewinnen. Ihr Führer war J. Keir Hardie (geboren 1856, gestorben 1915). Die ILP unterschied sich von Anfang an von der SDF dadurch, daß sie keine Theorien verbreitete, sondern die Unmöglichkeit eines politischen Zusammenwirkens von Arbeitern und Liberalen betonte und auf die Notwendigkeit der Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei hinwies. Das Organ dieser Partei war das Wochenblatt „Labour Leader" (jetzt „New Leader"). Die ILP gewann zwar nicht die Arbeitermassen, wohl aber sehr viele der jüngeren vorgeschrittenen Gewerkschaftsbeamten und sonstige proletarische Vertreter und bereitete den Weg zur Gründung der Labour Party, die im Jahre 1900 vollzogen wurde, und die sich rasch zu einer großen gewerkschaftlichen und sozialistischen Partei entwickelte. Es war der enge Kontakt der ILP mit den Gewerkschaften, der viel dazu beitrug, die Gewerkschaften zum Gedanken der selbständigen Arbeiterpolitik, d. h. zur Klassenkampfpolitik zu erziehen.

Die Labour Party, die in ihrem Gründungsjahre etwa 300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter umfaßte, wuchs ungemein rasch und hat jetzt eine Mitgliedschaft von etwa vier Millionen, und war im Jahre 1924 sogar imstande, die Regierung Großbritanniens zu übernehmen. Ihr erster Sekretär, J. R. Macdonald, der ihr seit 1900 diente, ist jetzt ihr politischer Führer und war 1924 (von Ende Januar bis Ende Oktober) Ministerpräsident der Arbeiterregierung. Er ist wesentlich sozial-liberal, also stark reformistisch und versteht sehr wenig von der ökonomischen Bedeutung und noch weniger von der revolutionären Mission des organisierten Proletariats. Dasselbe gilt von Philipp Snowden, der ebenfalls von der ILP kam und zu

einem der Führer der Labour Party wurde; er ist der eigentliche Finanzfachmann der Partei und war 1924 Finanzminister der Arbeiterregierung.

Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei sind sämtliche sozialistischen Organisationen: die ILP, die Fabian Society und die Ueberreste der alten SDF der Labour Party angeschlossen.

Die ILP., deren Mitgliedschaft etwa 60 000 beträgt, spielt eine sehr bedeutende Rolle in der Labour Party. Die alten Führer der ILP: Macdonald, Snowden, Clynes, Henderson usw. sind auch die Führer der Labour Party. Einen erheblichen Einfluß üben auch die leitenden Fabier auf die Taktik der Labour Party aus. Erst in den letzten Jahren bildete sich ein linker Flügel, der eine schärfere sozialistische Taktik verlangt und gewisse Sympathien mit den Kommunisten offenbart. Seine Organe sind „Sunday Worker", „New Leader" und „Lansbury's Weekly". Andererseits aber konsolidiert sich auch der rechte Flügel unter Leitung Macdonalds immer fester. Die Zersetzung der liberalen Partei hat zur Wirkung, daß eine ganze Anzahl junger liberaler, aber enttäuschter Intellektueller sich der Labour Party anschließt und deren rechten Flügel stärkt. Hinzu kommt, daß der „Daily Herald", die einzige tägliche Zeitung der Labour Party, vollständig vom rechten Flügel beherrscht wird.

Die Gewerkschaften sind das politische Reservoir der Labour Party. Ueber 99 Prozent der Mitgliedschaft der Labour Party sind gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Das Wachstum der Partei entspricht im großen und ganzen dem Wachstum der Gewerkschaften. Die Wahlerfolge der Partei sind, wie bereits angedeutet wurde, sehr erheblich. Folgende Tabelle zeigt sie ziffernmäßig:

Allgemeine Wahlen:	Kandidatenzahl	Eroberte Mandate	Gesamtstimmenzahl
1900	15	2	62 700
1906	50	29	323 200
1910 (Januar)	78	40	505 700
1918	261	57	2 245 000
1922	414	142	4 336 700
1923	427	191	4 348 400
1924 (Oktober)	514	151	5 487 000

Das Ergebnis der Oktoberwahlen 1924 hat die Arbeitermassen arg enttäuscht. Die Labour Party hatte ungeheure Anstrengungen gemacht, um zu den 191 Mandaten, die sie in der Legislaturperiode 1923 hatte, mindestens noch 50 hinzuzugewinnen. Das Ergebnis war ein ganz anderes: Die Partei verlor 40 Mandate. Dann zeigte es sich, daß der Einfluß der Partei im großen und ganzen nicht über den Kreis der Gewerkschaften hinausreicht. Die auf die Arbeiter-

kandidaten entfallene Gesamtstimmenzahl deckt sich ungefähr mit der Zahl der organisierten Arbeiter. Und die von ihnen errungenen Parlamentsmandate sind zum größten Teile auf die hoch-industriellen Bezirke und Bergwerksreviere beschränkt. Richtet man seinen Blick auf einen Sieg des Proletariats mittels parlamentarischer Aktion, so ist es auch wichtig zu wissen, wo die Partei ihre Mandate holt und noch holen kann. In dieser Beziehung dürfte folgende Tabelle von Belang sein:

Wahlkreise	Gesamtzahl der Mandate	Arbeitermandate
Londoner Gemeinden	62	20
Englische städt.-industrielle (boroughs)	193	52
Schottische städt.-industrielle (boroughs)	33	17
Walisische städt.-industrielle (boroughs)	11	5
Englische kleinstädt.-landwirtschaftl. (counties)	230	38
Schottische kleinstädt.-landwirtschaftl. (counties)	38	9
Walisische kleinstädt.-landwirtschaftl. (counties)	24	11

Die städtisch-industriellen und bergbaulichen Wahlkreise besitzen rund 300 Mandate. Hiervon kann die Labour Party ganz gut zwei Drittel erhalten, d. h. 200 Mandate. Die kleinstädtisch-landwirtschaftlichen Wahlkreise haben ebenfalls 300 Mandate zu vergeben, wovon die Labour Party im allergünstigsten Falle 70 bis 80 erlangen kann. Zusammen kann sie also an die 280 Mandate bekommen, außer wenn es ihr gelingt, in den kleinstädtischen Wahlkreisen festen Fuß zu fassen und die Kleinbauern und Landarbeiter für die Arbeiterpolitik zu gewinnen. Will also die Labour Party auf parlamentarischem Wege siegen, so hat sie noch eine ungeheure organisatorische Arbeit zu leisten. Das Unterhaus zählt 615 Mitglieder; die einfache Mehrheit beträgt 308. Um aber ernste soziale Reformen in Angriff zu nehmen, muß die Arbeiterfraktion mindestens 350 Mann zählen, d. h. noch 200 Mandate gewinnen. Diese wahlgeometrischen Erwägungen sowie die Haltung Macdonalds während der Wahlkampagne Oktober 1924, besonders aber seine problematische Haltung dem Sinowjew-Brief gegenüber, haben viel Unzufriedenheit in der LP geweckt und zum Entstehen eines linken Flügels, der eine Klassenkampftaktik verlangt, beigetragen. In den letzten Monaten des Jahres wurden die linksgerichteten Elemente der LP durch die Tätigkeit des „Sunday Worker" einander nähergebracht.

Die Wirkung des entstehenden linken Flügels ist bereits sichtbar. Die ganze Arbeiterbewegung nimmt eine schärfere kritische Haltung gegenüber der Baldwin-Regierung ein. Diesem Umstande ist es zum Teil zuzuschreiben, daß auch die rechtsgerichteten Arbeiterführer sich der angeklagten bzw. verhafteten Kommunisten annehmen.

Es wurden zahlreiche Versammlungen im ganzen Lande zugunsten der Freilassung der Kommunisten abgehalten. Ebenso wurden vor dem Gefängnisse, in dem die Kommunisten einquartiert sind, fast jeden Sonntag Demonstrationen veranstaltet.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens (KPGB)

Die KPGB wurde im Sommer 1920 geboren. Ihren Grundstock bildeten, wie oben angedeutet, die Britische Sozialistische Partei (BSP) und die Socialist Labour Party (SLP). Beide entsprangen der alten SDF und hatten deshalb viel sozialistische Erfahrung. Sie umfaßten alle Elemente, die eine marxistische Bildung besaßen. Die BSP, die schon aus früherer Zeit der Labour Party angehörte, wurde 1918 kommunistisch und ein Jahr später schloß sie sich der III. Internationale an. Schwieriger war der Weg der SLP zum Bolschewismus. Seit ihrer Abspaltung von der SDF im Jahre 1903 stand sie unter dem Einfluß des amerikanischen Sozialisten Daniel de Leon, und sie bildete auch einen Zweigverein der amerikanischen Socialist Labour Party. Sie teilte die Vorzüge und Irrtümer Daniel de Leons: scharfes marxistisches Denken, klare Hervorhebung des Klassenkampfgedankens, aber auch schroffe Opposition gegen die bestehenden Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Theoretisch stand die SLP dem Bolschewismus sehr nahe, aber nicht in der praktischen Haltung gegenüber der allgemeinen Arbeiterbewegung. Sie hatte etwas Sektiererisches an sich.

Neben diesen beiden Organisationen kamen für die Gründung der Kommunistischen Partei noch in Betracht die Workers Socialist Federation (Sozialistischer Arbeiterbund) und ein Walisischer Sozialistenverein. Auch im linken Flügel der ILP regten sich bolschewistische Sympathien. Mit Ausnahme der BSP, deren Haltung auch praktisch dem Bolschewismus entsprach, waren die übrigen hier genannten Organisationen teils gegen den Anschluß an die Labour Party, teils antiparlamentarisch und syndikalistisch.

Im Jahre 1919 fanden zwischen diesen Organisationen Unterhandlungen zwecks Vereinigung zu einer Kommunistischen Partei statt, aber erst um die Mitte 1920 gelang es, eine Konferenz zur Gründung einer Kommunistischen Partei zusammenzubringen. Am 31. Juli und 1. August 1920 tagte in London eine von 190 Delegierten besuchte Gründungskonferenz, auf der die KPGB ins Leben gerufen wurde. Die Konferenz beschloß einstimmig, sich der III. Internationale anzuschließen, hingegen entspann sich eine längere Debatte über den Antrag betreffend Anschluß an die Labour Party. Der Antrag wurde mit 100 : 85 Stimmen angenommen, aber die Opposition gegen den Anschluß war so heftig, daß das Zustandekommen einer kommunistischen Einigung zu scheitern drohte. Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten wurde am 29. und 30. Januar 1921 eine Konferenz in Leeds abgehalten, wo

die Einigung zustande kam und die KPGB auf eine festere Grundlage gestellt wurde. Entsprechend dem Beschluß des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale erklärten sich die britischen Kommunisten für den Eintritt in die Labour Party. Neuen Zufluß erhielt die KPGB vom linken Flügel der ILP, der sich auf der Konferenz der ILP in Southport abspaltete und zum Kommunismus überging. Große Freude hatte die KPGB von diesem Zufluß nicht; die meisten sind in den Schoß der ILP wieder zurückgekehrt; bei den Kommunisten verblieben ist nur Saklatvala.

Entsprechend den Beschlüssen der Konferenzen von 1920 und 1921 wandte sich die KPGB an den Vorstand der Labour Party um Aufnahme. Nach langjährigen Diskussionen entschieden jedoch die Labour-Party-Kongresse vom Jahre 1924 und 1925 gegen die Aufnahme. Als Hauptgrund für Ablehnung des Ansuchens der KPGB wurde angegeben, daß die Labour Party den Sieg der Arbeiterklasse ausschließlich durch konstitutionelle und parlamentarische Mittel erhoffe und demgemäß ihre Taktik einrichte, während die Kommunisten an Gewaltmittel appellieren und die proletarische Diktatur als Regierungsform anstreben.

In den Jahren 1920 bis 1923 machte die KPGB die unvermeidlichen Kinderkrankheiten durch. Die unsicheren, studentischen und abenteuerlichen Elemente schieden nach und nach aus; das Wochenorgan „Communist", das diesen abenteuerlichen, studentischen Charakter widerspiegelt, wurde 1923 in das „Workers Weekly" verwandelt, das einen durchaus proletarischen Charakter trägt und gegenwärtig 65 000 Abonnenten zählt. Die Mitgliederzahl der Partei beträgt jedoch nur ein Zehntel der Abonnentenzahl des Parteiorganes, aber trotz numerischer Schwäche bewegt sich die Partei seit 1923 aufwärts, sie gewinnt an Einfluß in der Arbeiterbewegung und macht sich in allen Krisen Großbritanniens recht bemerkbar. Wenn ihr auch der Zutritt zur Labour Party verschlossen ist, so sind doch die Kommunisten als Gewerkschafter in hervorragendem Maße in der wirtschaftlichen Organisationen und insbesodere in der Minderheitsbewegung, sowie in der Erwerbslosenbewegung (National Unemployed Workers Committee Movement) tätig, wo sie ihren Klassenkampfstandpunkt und ihre kommunistischen Lehren zur Geltung bringen und hierdurch die Massen beeinflussen. Ebenso wirken Kommunisten durch Wort und Schrift für die Herausbildung eines fest organisierten linken Flügels in der Labour Party.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1924 stellte die KPGB acht Kandidaten auf. Die Ergebnisse waren wie folgt:

Wahlkreis	Kandidat	Stimmenzahl	Vergleich mit 1923
Battersea	Saklatvala	15 096	Zunahme 2 755
Dundee	Stewart	8 340	Abnahme 2 000

Wahlkreis	Kandidat	Stimmenzahl	Vergleich mit 1923
Streatham	Wall	3 204	
Bethnal Green	Vaugham	6 024	Zunahme 773
Nottingham	Man	2 605	
Rusholm	Paul	5 328	Zunahme 38
Greenock	Geddes	7 590	Abnahme 3 000
Birmingham	Dunstan	7 158	
	Zusammen:	55 345	

Die verschiedenen Regierungen, mögen sie konservativ-liberale Koalitionen oder nur konservativ oder Labour sein, anerkennen die Bedeutung der KP durch Haussuchungen im Hauptquartier der Partei, durch stete polizeiliche Bewachung ihrer Lokalitäten, sowie durch Verhaftungen ihrer Führer. Eine vom Generalstaatsanwalt der Labour-Regierung erhobene Anklage gegen Campbell, den Redakteur des „Workers Weekly", führte im September/Oktober 1924 zum Sturz der Labour-Regierung. Und ein Jahr später ließ die konservative Regierung — in Erwartung der Kämpfe in der Kohlenindustrie — 12 Führer der KPGB in Anklage versetzen und verhaften. Im November 1925 standen sie vor den Geschworenen, um sich zu verantworten wegen Herausgabe und Vertrieb aufwieglerischer Schriften und Aufreizung der Soldaten und Matrosen zur Meuterei. Fünf der Angeklagten: Inkpin (Parteisekretär), Rust, Gallacher, Hannington und Pollitt wurden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die übrigen 7 Kommunisten: Bell, MacManus, Murphy, Arnot, Cant, Wintringham und Campbell zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Partei hielt ihren von 100 Delegierten besuchten Siebenten Jahreskongreß am 31. Mai 1925 in Glasgow ab. Umfassend waren die Absperrungsmaßregeln, die die Regierung getroffen hatte, um die Einreise ausländischer Delegierter zu verhindern. Dennoch gelang es den deutschen und französischen Delegierten, auf der Konferenz zu erscheinen. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen die laufenden taktischen, politischen, praktischen Fragen: Bolschewisierung der Partei, Einheitsfront, Umstellung auf Betriebszellen, Imperialismus (koloniale und antimilitaristische Agitation). In Voraussicht des Kampfes in der Kohlenindustrie sowie der Möglichkeit der Aufrufung der Massen zum Generalstreik, forderte die Partei die Gewerkschaften auf, für 100prozentige Organisationen und für Bildung von Frontkämpferkorps zu sorgen. „Workers Weekly" und der ihm nahestehende, vom Kommunisten William Paul redigierte „Sunday Worker" wirkten Woche um Woche für die Ermutigung und Erziehung der organisierten Arbeiterklasse zum Generalstreik. Am Vorabend des Kampfes, im April 1926, warnte die Partei die organisierten Arbeiter, den Führern allzu sehr zu vertrauen und empfahl ihnen, stets auf der Hut zu sein. Als der Generalstreik am 4. Mai 1926 vom

Generalrat des Trade Unions-Kongresses ausgerufen und auch die Presse stillgelegt wurde, da war die Partei mit Vervielfältigungsapparaten bereit, Streikbulletins herauszugeben und die streikenden Massen auf dem Laufenden zu halten. Es war das Bemühen der Kommunisten, dem Generalstreik den ihm innewohnenden politischen Charakter zu geben. Als Mitglieder der verschiedenen Streikausschüsse und Gewerkschaftskartelle gaben die Kommunisten die Parole aus: „Nieder mit der Baldwin-Regierung, Bildung von Aktionsausschüssen!" Eine Anzahl von Kommunisten wurde wegen Uebertretung des über das ganze Land verhängten Belagerungszustandes zu Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt. Eines der ersten Opfer des Belagerungszustandes war das kommunistische Parlamentsmitglied Saklatvala, der zu zwei Monaten Haft verurteilt wurde; der stellvertretende Redakteur des „Workers Weekly", T. A. Jackson, erhielt ebenfalls zwei Monate Haft; der stellvertretende Parteisekretär Stewart 100 Pfund Sterling Geldstrafe; zwei Schullehrerinnen, die die kommunistischen Streikbulletins verbreiteten, wurden von der Schulverwaltung gemaßregelt. Andererseits hat die Partei in den Streikmonaten Mai/Juni 1500 neue Mitglieder gewonnen.

Irland

Oberfläche: 68 873 qkm, Bevölkerung (1924): 3 161 000. Sprache: der größte Teil der Bevölkerung spricht englisch. Trotz der englischen Zwangsmaßnahmen sprechen aber (Volkszählung 1911) mehr als 300 000 sowohl irisch als auch englisch und mehrere Tausend ausschließlich irisch.

Religion: Ueberwiegend römisch-katholisch.

Verfassung: Im Januar 1922 wurde Irland innerhalb des britischen Imperialismus ein „Freistaat" mit der Stellung eines Dominions. Die Mitglieder des Freistaatparlaments werden auf die irische Verfassung und den König vereidigt. Irland übernimmt einen Teil der britischen Nationalschuld, Großbritannien hingegen gewährt den irischen Küsten Seeschutz und stellt britische Truppen zur Verfügung.

Wirtschaft

Landwirtschaft:

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz
Weizen . . .	12,9	0,28	13,2	0,28	9,0	0,20
Gerste . . .	61,2	2,3	66,2	1,3	61,8	1,3
Hafer . . .	318,1	5,1	306,1	5,4	298,4	—
Kartoffeln .	158.4	14,7	155,2	14,8	150,2	21,7

1918: 441 663 landwirtschaftliche Besitzungen; darunter 308 394 unter 30 Acre (12 ha). 291 500 waren eigener Besitz und 150 000 Pachtgut.

Viehstand 1924: Rinder 4 194 189, Pferde 388 540, Schafe 3 127 921, Schweine 937 814.

Bergbau: nicht bedeutend. Zahl der im Bergbau Beschäftigten etwa 3000.

Industrie: unentwickelt.

Außenhandel 1924: 49,8 Millionen Pfund Ausfuhr, 65,8 Millionen Einfuhr. — 1925: 42,8 Millionen Ausfuhr, 60,6 Millionen Einfuhr.

	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27
Einnahmen	31,9	26,2	27,0	30,7
Ausgaben	42,8	36,8	27,0	30,7

Politik

Nachdem 1923 die republikanische Bewegung blutig niedergeworfen wurde, trat 1924/25 in dem politischen Leben Windstille ein, die nur von kleineren Ausbrüchen der sozialen und politischen Unzufriedenheit gestört wurde.

Die Wahlen August 1923 ergaben die folgende Mandate- und Stimmenverteilung:

	Stimmenzahl	Mandate
Unionisten (Regierungspartei) ..	411 074	66
Republikaner	292 001	44
Unabhängige	92 859	13
Bauernpartei	129 247	15
Arbeiterpartei	131 623	15

Unionisten (Regierungspartei): britisch-imperialistisch, meist Grundbesitzer und Unternehmer, die von einem Teil der protestantischen Industriearbeiter unterstützt werden.

Republikaner (Sinnfeiner): Träger der traditionellen nationalistischen Bewegung, kleinbürgerlich. Sie wurden in den revolutionären Kämpfen auch von dem Proletariat und der Bauernschaft unterstützt.

Bauernpartei: Vertreterin der Interessen des irischen Bauerntums (national).

Unabhängige: bürgerliche Splitterorganisation, ohne festen Klassencharakter.

Seit den Wahlen haben zahlreiche Absplitterungen von den einzelnen Parteien stattgefunden und sich verschiedene, zwischen den Unionisten und Republikanern stehende Gruppen gebildet.

Die letzten Senatswahlen Herbst 1925 (ein Viertel der Senatsmitglieder wurden neugewählt) zeigten große Interesselosigkeit. Von 1 300 000 Wählern haben nur 305 226, d. h. weniger als 25 Prozent abgestimmt.

In der lange umstrittenen Frage der Grenze mit Ulster (Nordirland) wurde Anfang Dezember 1925 eine vorläufige Einigung erreicht. Die Grenzen zwischen dem irischen Freistaat und Nordirland bleiben unverändert.

Arbeiterbewegung

Die Arbeiterklasse des Irischen Freistaates ist — nach dem Muster der britischen — in eine Labour Party (LP) und in einem Trade-Unions-Kongreß (TUK) organisiert. Diese Organisationen bestehen aus Gewerkschaften, Gewerkschaftskartellen und politischen Lokalvereinen. Die irische LP und der TUK zählten im Jahre 1921 — dem Höhepunkt ihrer Entwicklung — rund 350 000 Mitglieder, außerdem hatte die irische Transport-Union (Transport and General Workers Union) 150 000 Mitglieder. Diesen Höhepunkt erreichte die Bewegung in den stürmischen Jahren 1916 bis 1921, d. h. seit der revolutionären Erhebung Ostern 1916 bis zur Erringung der irischen Selbstverwaltung. Mit der Errichtung des irischen Freistaates setzte jedoch eine Apathie ein, die trotz der Wirtschaftskrise und der sich verschlechternden Arbeitsbedingungen nicht beseitigt werden konnte. In den Jahren 1924 und 1925 zählte der TUK 170 000 und die Transport-Union 80 000 Mitglieder, insgesamt 250 000 organisierte Arbeiter. Ihre Vertretung im Dail (Gesetzgebende Kammer) sank bei den Wahlen 1923 von 17 auf 15. Die Führerschaft der Partei ist opportunistisch.

Die Hauptfrage, die die Labour Party beschäftigt, ist die starke, dauernde Arbeitslosigkeit. In den letzten Monaten des Jahres 1925 war die Zahl der Arbeitslosen im Zunehmen begriffen. Die Arbeitslosigkeit wurde durch eine Reihe von Faktoren verschärft, insbesondere durch die Mißernte. Eine umfassende Erwerbslosenpropaganda wurde nicht unternommen, ebensowenig wurde versucht, die Bauernschaft heranzuziehen.

Die Partei war und ist gegen die Teilung Irlands; sie unterstützte den Antrag der republikanischen Fraktion auf Referendum in dieser Frage.

Der wichtigste gewerbliche Konflikt 1925 war der Kampf gegen die Siemens-Schuckert-Werke, die die Elektrifizierung des Shannons, des Hauptflusses von Irland, zu untertariflichen Löhnen und Arbeitsbedingungen übernommen hatten und, als die irischen Gewerkschaften ablehnten, ausländische Streikbrecher mitbrachten. Der irische TUK nahm sich im November 1925 der Sache an, organisierte einen Boykott gegen die Firma und eine Hilfsaktion für die kämpfenden Arbeiter.

Die Gewerkschaft der irischen Transport- und sonstigen Arbeiter (Irish Transport and General Workers Union) ist die mächtigste Gewerkschaft und auf der Basis der One Big Union organisiert. Die Zahl ihrer Mitglieder beträgt 80 000. Außer Transportarbeitern (Dockarbeiter und zahlreiche Eisenbahner) sind in ihr vor allem Landarbeiter organisiert. Sie erstreckt sich auch auf andere Kategorien, wie Müller, Bäcker usw. Jede Branche ist in einer Sektion organisiert; die Zentrale versucht die alleinige Leitung zu behalten. Eine Zeitlang hatte sie nur äußerlich einen revolutionären Charakter, die Leitung liegt in den Händen der Reaktionäre (Thomas Johnson, Williams O'Brien, Cathal O'Shannon).

Der rücksichtslose Kampf der Führer der TGWU gegen den linken Flügel und vor allem gegen den revolutionären Gewerkschaftsführer Jim Larkin führte zur Spaltung. Die revolutionären Mitglieder gründeten die Workers Union, deren Kampf mit der alten TGWU stellen-

weise sehr erbitterte Formen annahm, da sich die Mitglieder der beiden Gewerkschaften weigerten, nebeneinander zu arbeiten.

Die Kommunistische Partei, welche weder über eine Tradition noch über eine erfahrene Führung verfügte, brach nach dem schweren Aderlaß der Jahre des Bürgerkrieges zusammen. Als Sammelbecken der revolutionären Elemente blieb nur die auf gewerkschaftlichem Gebiet tätige „Irische Arbeiterliga" übrig. Diese beteiligte sich an den Kreiswahlen des Freistaates im Jahre 1924 und brachte in den einzelnen Kreistagen 16 Kandidaten durch. Mit der Liga sympathisieren die linken Elemente der republikanischen Partei, mit denen gemeinsam die Liga die Neuschöpfung einer kommunistischen Partei vorbereitet.

Nord-Irland (Ulster)

Oberfläche 13 600 qkm, Bevölkerung 1923: 1 278 000.

Nordirland schickt 13 Abgeordnete ins Londoner Parlament, außerdem hat es einen Landtag.

Leinen- und Schiffbauindustrie in Belfast (429 000 Einwohner).

Die Wahlen für den Landtag Frühjahr 1925 hatten folgendes Ergebnis (in Klammern die frühere Zusammenstellung): 32 Unionisten (40), 10 Nationalisten (6), 4 Unabhängige Unionisten (0), 3 Labour Party, 2 Republikaner (6), 1 Farmervertreter.

Die Arbeiterbewegung

Die Arbeiterorganisationen Nordirlands stehen noch zum großen Teile unter kapitalistischem und patriotischem Einfluß. Es machen sich jedoch Faktoren bemerkbar, die das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft wecken: 1. die Wirtschaftskrise, die besonders Belfast, den Mittelpunkt des irischen Schiffbaues, in Mitleidenschaft zieht und die Arbeiter zum Nachdenken anregt; 2. die alten traditionellen Zwistigkeiten zwischen der protestantischen Ulster und den übrigen drei katholischen Provinzen Irlands verlieren nach und nach an Bedeutung.

Die Arbeitslosigkeit war in Nordirland umfassender als sogar in Großbritannien, wie folgende Tabelle zeigt:

	Durchschnittliche Arbeitslosigkeit unter den Versicherten	
Jahr	Großbritannien in %	Nordirland in %
1922	14,1	23,4
1923	11,6	18,2
1924	10,2	16,6
1925	11,0	23,9

Unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse besinnen sich die nordirischen Arbeiter auf ihre Interessen. Anfang 1924 wurde auch in Ulster eine Labour Party gegründet, die sich mit den Arbeiterorganisationen des irischen Freistaates in Verbindung setzte.

Das Gewerkschaftskartell von Belfast mit einer Mitgliedschaft von 15 000 ist dem irischen TUK angeschlossen.

Bei den Oktoberwahlen 1924 stellte die nordirische Labour Party einen Kandidaten auf, der jedoch nicht gewählt wurde. Im Frühjahr 1925 wurden drei Kandidaten der Labour Party in den Landtag gewählt.

Kanada

Fläche: 9 659 653 qkm. Bevölkerung 1921: 8 788 483, 1924: 9 226 740. Größte Städte (1921): Montreal 618 506, Toronto 521 983 Einwohner. Einheimische Bevölkerung 1921: 110 596 Indianer und 3 300 Eskimos. Landbevölkerung 1921: 4,4 Millionen, Stadtbevölkerung 1921: 4,4 Millionen.

Einwanderung

1903	384 000	1922	72 887
1915	48 500	1923	137 300
1919	117 300	1924	124 000
1920	147 500	1925	84 907
1921	89 999		

Die verschiedenen, von Großbritannien in Besitz genommenen nordamerikanischen Gebiete wurden 1867 unter dem Namen „Dominium von Kanada“ vereinigt. Die Exekutivgewalt liegt bei dem vom englischen König ernannten Generalgouverneur, dem ein Staatsrat oder Ministerium zur Seite steht, das einer Zweikammervertretung verantwortlich ist, d. h. einem Senat aus 96 Mitgliedern auf Lebenszeit, die vom Generalgouverneur ernannt sind, und dem Unterhaus aus auf fünf Jahre nach einem für jede Provinz verschiedenen Wahlrecht gewählten Mitgliedern. Jede der Provinzen hat außerdem ihre eigenen Gouverneure und Provinzialvertretungen. Der politische Einfluß der Vereinigten Staaten ist im Wachsen begriffen.

Wirtschaft

Die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Netto-Wert) der Produktion 1922*
(in Millionen Dollar)

Landwirtschaft	1149
Forstwirtschaft	266
Fischerei	42
Bergbau	177
Elektrische Kraft	82
Bauten	220
Industrie	1131
Andere	76
Insgesamt:	3143

*) Wert des verbrauchten Materials nicht miteinberechnet.

Landwirtschaft:

Erntefläche und -erträgnisse

	Fläche in 1000 ha				Ertrag in Millionen dz			
	1914	1923	1924	1925	1914	1923	1924	1925
Weizen	4 166	8 857	8 926	8 886	43,9	127,9	71,3	114,9
Roggen	45	586	361	345	0,5	6,8	3,5	3,7
Gerste	605	1 127	1 397	1 650	7,9	16,8	19,3	24,6
Hafer	4 072	5 822	5 864	5 938	48,3	87,0	62,6	80,5
Kartoffeln	193	227	227	221	23,3	25,2	25,7	20,2
Flachs	439	255	517	457	1,8	1,8	2,5	2,4

Viehstand 1924: Rinder 9 460 836, Pferde 3 588 788, Schafe 2 684 743, Schweine 5 069 181.

Bergbau:

Produktion

	1913	1922	1923	1924	1925
Kohle in Mill. t	15	15	17	13	13
Kupfer „ lbs	76	43	87	102	113
Nickel „ „	50	18	62	69	73
Blei „ „	37	93	111	169	254
Gold in 1000 Unzen fein	803	1 263	1 233	1 525	1 730
Silber in Mill. Unzen fein	31,8	18,6	18,6	20,3	19,5

Wasserkräfte: 18 Millionen HP vorhanden; 1924 3,2 Millionen ausgenutzt.

Industrie 1922:

	Zahl der Betriebe	Kapital Mill. Dollar	Beschäftigte	Löhne Mill. Dollar	Wert der Rohmaterialien Mill. Doll.	Wert der Produkte Mill. Doll.
Lebensmittel	9 473	573	112 812	114	595	909
Textilwaren	1 709	268	88 048	76	153	309
Eisen und Stahl	1 040	526	74 588	91	168	332
Holz u. Holzwaren	6 983	761	118 462	132	207	490
Gesamtsumme 1915	15 593	1 959	—	283	792	1 382
Gesamtsumme 1919	22 899	2 933	578 733	579	1 740	2 171
Gesamtsumme 1922	22 184	3 126	462 573	497	1 281	3 440

Auslandskapital (in Millionen Dollar)

	Vor dem Kriege	1923
Vereinigte Staaten	417	2425
England	1860	1890
Andere	140	325
Insgesamt:	2417	4640

Die englische Kapitalausfuhr nach Kanada 1924-25 war ganz gering; dagegen betrugen die sichtbaren neuen Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten 1924 220, 1925 144 Millionen Dollar.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 1923: 64 150 km, der Wasserstraßen 4 320 km.

Außenhandel: (in Millionen Dollar)

	1913/14	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Einfuhr	619	803	893	797	927
Ausfuhr	455	945	1059	1081	1328

Die wichtigsten Einfuhrwaren: Eisen und Stahl, Kohle, Textilrohstoffe und -waren, Zucker, Erdöl. Die wichtigsten Ausfuhrwaren: Landwirtschaftliche Produkte, Holz, Holzstoff, Papier, Metalle. Etwa 40 Prozent der Ausfuhr gehen nach den Vereinigten Staaten und 75 Prozent der importierten Waren kommen aus den Vereinigten Staaten. Der Wert des Handels mit Großbritannien beträgt nur die Hälfte desjenigen mit den Vereinigten Staaten.

Staatsfinanzen: (in Millionen Dollar)

	1913/14	1922/23	1923/24	1924/25
Einnahmen	163	395	397	344
Ausgaben	127	332	325	349

Staatsschulden 31. Dezember 1924: 2 942 Millionen Dollar.

Politik

Die Wahl im Oktober 1925, die im Zeichen des Zolltarifes ausgefochten wurde, brachte einen Umschwung zugunsten der Konservativen Partei, die aber keine Mehrheit erhielt.

Wahlergebnisse

Parteien	Sitze 1921	Sitze 1925
Liberale	120	100
Konservative . .	50	117
Progressive . . .	62	24
Arbeiterpartei .	2	2
Unabhängige . .	—	2

Es besteht keine klare Scheidung zwischen den Parteien, weil der Partikularismus im politischen Leben Kanadas noch eine starke Rolle spielt. Während des Wahlkampfes hatten die Parteien folgende Programme:

Konservative Partei: Für Schutzzölle (vor allem gegen die Vereinigten Staaten), für Selbständigkeit der kanadischen Politik, aber nicht im Gegensatz zu Großbritannien, für Verarbeitung der Rohstoffe (Asbest, Nickel, Holz und auch elektrische Energie) im Lande, gegen die Invasion des amerikanischen Kapitals, für den Schutz der Landwirtschaft vor der Einfuhr aus Agrarstaaten und gegen die Auswanderung von Arbeitskräften nach den Vereinigten Staaten, die die Entwicklung der kanadischen Industrie aufhält.

Liberale Partei: Vorwiegend Vertreterin der französisch-katholischen Provinz Quebec und der Bankinteressen (amerikanisches

Kapital), früher auch Vertreterin der westlichen Provinzen, die aber durch Bildung der Progressiven Partei die Liberalen geschwächt haben. Aeußerlich gibt sich die Partei ein kleinbürgerliches Gepräge und ist freihändlerisch.

Progressive Partei: Für Reduzierung der Industriezölle, besonders auf landwirtschaftliche Maschinen, für Ausgleich mit den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Agrarzölle, gegen Großkapitalisten, insbesondere Großhändler, im Interesse der Farmer, die den Handelsprofit aus dem Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte an sich reißen wollen. Sie fordert staatliche Landwirtschaftskredite, Ausgleichung der Eisenbahntarife und Bau einer Eisenbahnlinie nach der Hudson-Bay, Verstaatlichung der Bodenschätze und Wasserkräfte. Die Partei stützt sich auf die stark entwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Stellung Kanadas zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist im Artikel „Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten" im weltpolitischen Teil behandelt.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

Der Gesamtmitgliederstand der kanadischen Gewerkschaften ist seit 1919 stark zurückgegangen.

Mitgliederzahl der kanadischen Gewerkschaften

1919	378 047
1922	276 621
1923	278 092
1924	260 643

Diese verteilten sich 1924 auf die einzelnen Organisationen folgendermaßen:

Canadian Trades and Labor Congreß (angeschlossen der amerikanischen Arbeiter-Föderation)	117 000
Kanadische Zweigorganisationen amerikanischer Gewerkschaften, die außerhalb der AF of L stehen, wie die Eisenbahner-Brüderschaften, Herrenschneider-Verband usw.	53 000
Canadian Federation of Labor (unabhängige kanadische Gewerkschaften, nationalistisch)	17 000
Confederation of Catholic Workers (1923)	30 000
One Big Union (1922)	16 000
Verschiedene kleine Organisationen	9 000

Der Kanadische Trades- and Labour-Congreß ist eine Vereinigung von 44 sogenannten „Internationalen Verbänden", 28 Gewerkschaftskartellen und 128 Ortsverbänden, die alle der amerikanischen Arbeiterföderation (AF of L) angeschlossen sind. Der TaLC ist der Amsterdamer Internationale angeschlossen, tritt für die Arbeiterpartei ein, besteht jedoch auf unabhängiger parlamentarischer Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen. In letzter Zeit wird die Bewegung für Unabhängigkeit von der AF of L immer stärker; eine Resolution für selbständiges Streikrecht wurde jedoch mit

Zweidrittelmehrheit abgelehnt. In letzter Zeit hat sich ein „linker Flügel" entwickelt, der für einen energischen Kampf gegen richterliche Uebergriffe, sodann für Zusammenfassung aller kanadischen Gewerkschaften und ihre Verschmelzung in Industrieverbände, weiter für Autonomie der Gewerkschaften und schließlich für den Weltkongreß der RGI und der Amsterdamer Internationale eintritt. Er umfaßt gegenwärtig ein Drittel der Mitgliedschaft.

Die Entwicklung des TaLC verlief folgendermaßen:

1917......	81 000	1922......	132 000
1918......	117 000	1923......	121 000
1921......	173 000	1924......	117 000

Davon sind etwa 6000 Mitglieder, die dem TaLC, aber nicht der AF of L angeschlossen sind.

Confederation of Catholic Workers: Diese, aus katholischen Arbeitern bestehende Gewerkschaftsvereinigung ist ausschließlich auf die Provinz Quebec beschränkt. Sie hat keine internationale Verbindung, ist im allgemeinen reaktionär, tritt jedoch für einzelne Arbeitergesetze ein, z. B. Abschaffung der Sonntagsarbeit, Minimallohn für Frauen, Unfallentschädigung usw.

Canadian Federation of Labor: Besteht aus 38 Ortsvereinen und drei Berufsverbänden, alle rein kanadisch und gegen irgendwelchen internationalen Anschluß, stark nationalistisch.

One Big Union: Ist von ihrer urprünglichen Stärke von etwa 40 000 Mitgliedern nach Abspaltung des Holzarbeiterverbandes auf einige tausend Mitglieder gesunken. Ursprünglich war sie für die RGI, hat ihre Stellung aber wegen des Eintretens der KP für die Einheitsfront geändert.

Von den Lohnkämpfen ist besonders der Streik der 12 000 Bergarbeiter in Neuschottland hervorzuheben. Die Tendenz zum Austritt aus den AF of L-Verbänden wurde infolge ihres Verrates während des Streiks verstärkt. Der Streik der Bergarbeiter 1925, der mehrere Monate dauerte und zu brutalen Eingriffen der Polizei führte, hat auch die Arbeiterbevölkerung gegen die in der Provinz herrschende Liberale Partei aufgebracht.

Die Lohnentwicklung in den letzten Jahren wird durch die folgenden offiziellen Angaben charakterisiert:

	Lohnindex	Lebenshaltungsindex
1920	192	190
1921	186	155
1922	177	147
1923	178	142
1924	179	139
1925	175	145

Politische Arbeiterbewegung

Die Kanadische Labor Party besteht seit 1921; sie ist auf Grundlage von Provinzsektionen organisiert, die jetzt in sieben (von neun) Provinzen bestehen. Es besteht nur Kollektivanschluß für Arbeiter- bzw. Farmerorganisationen (politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche). Die Sektionen haben weitgehende Autonomie und

sind in ihrem Aufbau verschieden. In Wirklichkeit sind sie die Zusammenfassung der von früher her bestehenden „Arbeiterparteien", „Unabhängigen Arbeiterparteien" (mit individueller Mitgliedschaft) und anderer politischer Organisationen (Kommunistische Partei, Sozialistische Partei), sowie der Arbeiter- und Farmerorganisationen. Die Kommunistische Partei wird von einzelnen Provinzföderationen bekämpft, obgleich sie sowohl im Landesmaßstabe, wie in mehreren Provinzsektionen Einfluß besitzt und offizielle Vertretung hat. Unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei vollzieht sich eine Verständigung zwischen der Arbeiter- und Farmerbewegung, die sich in der Losung: Schaffung einer Farmer-Labor-Party ausdrückt. In den Provinzialparlamenten hat die LP in den letzten Jahren einen starken Verlust gehabt; die Zahl ihrer Vertreter in Ontario fiel von 11 auf 4, ebenso in Manitoba. In British Columbia hat die LP 3, in Alberta 4, in New Brunswick 2, in Saskatchewan 1, in Nova Scotia 3 Abgeordnete.

Die Sozialistische Partei Kanadas. Mitgliederzahl unbekannt. Sie ist der Labor Party angeschlossen.

Die Kommunistische Partei: Organisiert im Februar 1922 als Workers Party of Canada, änderte auf ihrem Kongreß (April 1924) ihren Namen in Communist Party of Canada um. Mitgliederzahl etwa 4500, organisiert in Sprachsektionen, von denen die größten die finnische (1200) und die ukrainische (880). Wegen Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ist ihre Mitgliedschaft im Jahre 1925 etwas zurückgegangen. Die Partei gibt ein Zentralorgan „The Worker" (wöchentlich) sowie eine Monatsschrift „Labor Herald", beide in englischer Sprache, heraus. Außerdem werden die Organe der Sprachsektionen in finnischer, ukrainischer und jüdischer Sprache herausgegeben. Unter Mitwirkung der Vertreter der Kommunistischen Partei erscheint auch ein Organ des linken Flügels in den Gewerkschaften („The Left Wing"), sowie ein Wochenblatt für die Farmer in ukrainischer Sprache „Farmer-Leben"; insgesamt erreicht die Zirkulation aller dieser Blätter etwa 30- bis 40 000 Exemplare.

Der letzte Parteitag nahm eine außerordentlich wichtige Losung: „Unabhängigkeit Kanadas" an, die einen Kampf sowohl gegen den britischen, wie auch gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten bedeutet.

Südafrikanische Union

Gebildet 1910 durch Zusammenschluß der Selbstverwaltungs-Kolonien Kap der Guten Hoffnung, Natal, Oranje-Freistaat (früher Oranje-Stromkolonie) und Transvaal.

Oberfläche und Bevölkerung 1921

	Fläche 1000 qkm	*(Bevölkerung in Millionen)* Weiße	Farbige	Zusammen
Kap-Provinz	717	0,65	2,13	2,78
Natal	91	0,14	1,29	1,43
Transvaal	285	0,54	1,54	2,08
Oranje-Freistaat	131	0,19	0,44	0,63
Südafrikanische Union	1225	1,52	5,41	6,92

Von der farbigen Bevölkerung waren im Jahre 1921 — 4,7 Millionen Bantus, 165 000 Asiaten und 545 000 andere.

Die größten Städte sind:

	Einwohnerzahl 1921	Darunter Farbige
Johannisburg (Transvaal) ..	288 131	136 295
Capetown (Kap-Kolonie) ...	207 404	94 102
Durban (Natal)	146 310	89 215
Pretoria (Transvaal)	74 052	28 691

Nationalität und Sprache: Englisch und Holländisch sind beide als offizielle Sprachen anerkannt. In den Landbezirken ist das Kap-Holländisch, das „Afrikanisch" die gewohnte Sprache.

Verfassung: Nach der Südafrika-Akte von 1909 liegt die Vollzugsgewalt bei dem von England ernannten Generalgouverneur, dem ein ernanntes Ministerium zur Seite steht. Zweikammersystem: Senat mit 40 und Kammer mit 130 Mitgliedern. Wahlberechtigt nur männliche britische Untertanen mit einem Mindesteinkommen von 50 engl. Pfund jährlich. Nur wenige Tausend Farbige und eine ganz geringe Zahl Eingeborene haben Stimmrecht. Außerdem bestehen in jeder Provinz Parlamente, deren Macht sehr beschränkt ist.

Wirtschaft

Das Land hat zwei Haupteinnahmequellen: Landwirtschaft und Bergbau. Die Industrie begann sich erst während des Krieges weiter zu entwickeln.

Landwirtschaft:

Ernteerträgnisse (in Millionen dz)

	1913/14	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Weizen	1,8	1,8	1,6	1,5	2,3
Mais	7,7	17,9	10,0	18,6	10,4
Rohrzucker	0,8	1,4	1,8	1,5	2,4

Viehstand (1923)

Rinder	9 315 182	Ziegen	8 244 154
Pferde	857 550	Schweine	867 679
Esel	719 956	Strauße	241 102
Schafe	31 223 746		

Die Zahlen zeigen die überwiegende Bedeutung der Viehzucht gegenüber dem Ackerbau. Gegenwärtig ist man bestrebt, die Baumwollproduktion stark zu heben.

Bergbau: In den Bergwerken waren 1923 291 298 Arbeiter beschäftigt, darunter 30 652 weiße, 260 646 farbige. Im Jahre 1925 wurden bedeutende Platinlager entdeckt.

Produktion (in Millionen engl. Pfund)

	1913	1922	1923	1924	1925	Seit der Ausbeutung der Bergschätze bis Ende 1925
Gold	37,3	32,3	41,6	44,0	44,0	879
Diamanten	11,3	2,3	6,0	8	8,2	244
Kohle	2,2	3,4	3,7	3,8	3,9	69

Industrie: Die Industrie zeigt seit Kriegsbeginn eine rasche Entwicklung. 1915 beschäftigte sie: 101 178, 1923: 172 047 Arbeiter (darunter 61 269 weiße). Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie: 37 188, in der Lebensmittelindustrie: 30 388, im Baugewerbe: 28 630, bei den Licht- und Kraftwerken: 12 954.

Verkehr: Länge der Eisenbahnlinien 18684 km.

Außenhandel

(in Millionen engl. Pfund)

	1913	1923	1924	1925
Einfuhr	41,8	54,5	59,6	63,0
Ausfuhr	66,6	76,0	77,9	85,7

Hauptausfuhrartikel (in Millionen engl. Pfund)

	1914	1922	1923	1924
Gold	20,5	31,8	39,0	40,2
Diamanten	5,5	4,4	7,2	7,1
Wolle	4,3	11,0	12,4	15,8
Kohle	1,3	1,1	1,2	1,3
Häute	1,5	2,0	2,5	3,1

Haupteinfuhrartikel: Maschinen, Eisen, Stahl, Textilwaren. Im Jahre 1914 gingen 87,5 Prozent, 1923 50 Prozent der Ausfuhr nach Großbritannien.

Finanzen

Einnahmen und Ausgaben (in Millionen engl. Pfund)

	1913	1922/23	1924/25	1925/26
Einnahmen	15,9	27,2	24,2	26,8
Ausgaben	14,3	34,9	24,3	—

Staatsschuld am 31. Dezember 1925: 222 Millionen engl. Pfund.

Politik

Die politischen Parteien

Die südafrikanische Partei vertritt die Interessen des großen englischen Handels- und Industriekapitals sowie des Großgrundbesitzes. Ihr Führer ist der bekannte General Smuts, der bei dem Streik 1922, als seine Partei an der Macht war, der unter der Bezeichnung „Bergwerkskammer" bekannten Vereinigten Industriellen-Organisation alle Machtmittel des Staates zur Niederwerfung der Arbeiter zur Verfügung stellte. Ein großer Teil der Presse in holländischer Sprache steht unter ihrem Einfluß. Diese imperialistische Partei gibt

sich von Zeit zu Zeit den Anschein, als verteidige sie die Interessen der Eingeborenen, freilich nur, um sie besser ausbeuten zu können.

Die nationalistische (Buren-) Partei forderte anfangs die Trennung von England. 1914 brach ein anti-englischer Aufstand aus, an dem die Partei aktiv beteiligt war. Gegenwärtig ist die Losung des Ausscheidens aus dem britischen Imperium von der Tagesordnung abgesetzt. Unter den Mitgliedern der Partei macht sich eine immer schroffere anti-britische Stimmung geltend, die jedoch noch keine organisatorischen Formen angenommen hat. Zur Zeit ist eine Koalition dieser Partei mit der Arbeiterpartei an der Macht. In ihrer Eigenschaft als Regierungspartei hat sie sogar den Prinzen von Wales nach Südafrika eingeladen und ihm trotz ihres Nationalismus einen begeisterten Empfang bereitet. Die Partei vertritt in erster Linie die Interessen der Agrarier, aber sie besitzt auch unter den holländischen Arbeitern zahlreiche Anhänger. Ihre Politik steht in schroffem Widerspruch zu den Interessen der eingeborenen Bevölkerung.

Die Wahlen von 1924 wurden von dem Nationalisten-Labor-Block unter den Parolen: gegen Smuts, für ein „weißes" Südafrika ausgefochten, und sie brachten den Sieg des Blockes.

Ergebnisse der Unionswahlen (Repräsentantenhaus)

	Zahl der Mandate	
	1923	1924
Südafrikan. Partei	76	49
Nationalisten	45	63
Arbeiterpartei	9	18

Die gegenwärtige Regierung ist seit Juli 1924 an der Macht. Hinter ihr steht der Block der nationalistischen und der Arbeiterpartei. Der wichtigste Teil der Gesetzgebung der gegenwärtigen Regierung umfaßt: erstens eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die eingeborenen landwirtschaftlichen Arbeiter, zweitens den Erlaß eines Gesetzes, das dem Arbeitsminister uneingeschränkte Vollmacht gibt, sich in Konflikte zwischen Arbeit und Kapital einzumischen, drittens, und das ist das Wichtigste, die Vorlage eines Gesetzentwurfes im Parlament, der die Arbeit in den Bergwerken regelt und die Verwendung von Eingeborenen zu bestimmten qualifizierten und halbqualifizierten Arbeiten verbietet. Dieses unter der Bezeichnung „Einschränkungsgesetz über die Verwendung der Eingeborenenarbeit" bekanntgewordene Projekt hat einen Sturm des Unwillens unter den Eingeborenen hervorgerufen. Auch die südafrikanische Partei hat sich energisch gegen dieses Gesetz gewandt, da die Kapitalisten, die sie vertritt, beim Kauf der Arbeitskraft nicht gebundene Hände haben wollen; und die südafrikanische Partei war es, die das Gesetz im Senat zum Sturz brachte. Die Frage der territorialen Separierung der weißen und farbigen Bevölkerung, die im Programm der beiden Parteien bei den letzten Wahlen ein Kampfpunkt gewesen war, hat man als nicht lebensfähig gleichfalls unter den Tisch fallen lassen, und ebenso machte die Regierung keinen Versuch, in die Politik der Bergwerkskammer einzugreifen.

Die Eingeborenen sind politisch außerordentlich rückständig. Sie besitzen keine politischen Parteien, und die revolutionäre Propaganda hat bisher nur eine sehr geringe Zahl erfaßt. Der Afrikanische Nationalkongreß ist die Organisation, die die öffentliche Meinung der Eingeborenenwelt vertritt. Bei seinen Vertretern holt man sich in ganz Südafrika in strittigen Fällen Aufklärung. Während des Aufenthaltes des Prinzen von Wales forderte er seine Anhänger in einem Aufruf zum Boykott auf. Er ist anti-imperialistisch, und viele seiner Mitglieder sind radikal eingestellt. In der letzten Zeit sind Einheitskomitees, bestehend aus Eingeborenen und Europäern, entstanden. Die letzteren arbeiten im Geiste der Bergwerkskammer und korrumpieren das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Eingeborenen stoßen nicht nur auf erbitterten Widerstand der Kapitalisten, sondern auch der weißen Arbeiter. Die gewaltsame Landenteignung der Eingeborenen hat zu einer Bevölkerungsschiebung geführt, zu einem Abwandern der Eingeborenen in die Städte, wo sie die ganzen Arbeitsmärkte überfüllen. Die weißen Arbeiter sehen in den Eingeborenen gefährliche Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkte und eine Bedrohung ihres verhältnismäßig hohen Lohnes. Dadurch werden die Klassenverhältnisse ungeheuer kompliziert.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung

Die weißen Arbeitergewerkschaften. Bei der schweren Niederlage im Jahre 1922 erhielt die Gewerkschaftsbewegung einen Schlag, von dem sie sich nur schrittweise erholt. Die Verbände haben sich reorganisiert, und im März 1925 fand in Johannisburg eine Konferenz statt, um eine die gesamte Gewerkschaftsbewegung umfassende Spitzenorganisation zu schaffen. Auf der Konferenz waren die meisten großen Verbände vertreten, und das Resultat war die Gründung der Association Südafrikanischer Arbeiter. Zu ihrem Generalsekretär wurde der Genosse Andrus gewählt, der bis vor kurzem der Führer der Kommunistischen Partei gewesen war. Kritisch stand die Frage der Aufnahme von Eingeborenen als Mitglieder, und da die Association das Einschränkungsgesetz über die Verwendung der Eingeborenenarbeit nicht anerkannte, trat der schroff gegen die Eingeborenen eingestellte Bergarbeiterverband aus der Association aus. (In Kapstadt und, in sehr beschränktem Maße allerdings, können auch in Transvaal die Eingeborenen schon Mitglieder der weißen Gewerkschaften werden.) Ein großer Teil der Führer der Arbeiterschaft setzt große Hoffnungen auf die Unterstützung der Regierung, eine Illusion, die sich jedoch allmählich verflüchtigt.

Die Negergewerkschaften

Der Verband der Handels- und Industriearbeiter ist ein Neger-Arbeiterverband, der sämtliche Arbeitszweige umfaßt. Er wurde im Jahre 1919 organisiert. Der Verband hat gegenwärtig 30 000 Mitglieder und Abteilungen in allen Industriezentren

der Union. Er strebt nach Anerkennung seitens der weißen Gewerkschaften und nach Zusammenarbeit mit ihnen. Von diesem Geiste waren die ganzen Debatten auf dem Verbandskongresse im April 1925 in Johannisburg getragen. Die Tätigkeit des Verbandes beschränkt sich nicht auf das ökonomische Gebiet, sondern hat eine ganz bestimmte politische Färbung. So organisierte der Verband nach dem Negerpogrom in Bloemfontaine Massenprotestversammlungen.

Die politische Arbeiterbewegung

Die Arbeiterpartei ist in erheblichem Maße ihrer Zusammensetzung nach eine kleinbürgerliche Partei. Sie umfaßt die unteren Schichten der Intelligenz, die Kleinhändler, sowie die besser bezahlten Arbeiter. Die Partei ist im großen und ganzen eine städtische Partei und hat keinerlei Einfluß auf dem Lande. Ein beträchtlicher Teil der weißen Arbeiter ist ihr angeschlossen, jedoch gehören ihr die Gewerkschaften nicht an. Wie die bürgerlichen Parteien ist auch sie gegen die Eingeborenen eingestellt und kämpft für ein weißes Südafrika. Aus innerer Ueberzeugung unterstützt sie alle Maßnahmen, die darauf hinausgehen, die Eingeborenen von der qualifizierten Arbeit auszuschalten. Die Partei spricht sich für die Zusammenarbeit der Klassen aus und hat auf dem letzten Kongreß die Streichung des Programmpunktes über die Sozialisierung der Industrie angenommen. Die Partei hat einen linken Flügel, der Ende 1925 die Führung der Partei an sich riß. Damit beginnt eine andere Epoche der Entwicklung der LP Südafrikas.

Die Kommunistische Partei besitzt drei lokale Organisationen: in Johannisburg, in Kapstadt und in Venoni mit insgesamt etwa 400 Mitgliedern. In Johannisburg sind die Mitglieder vorwiegend Weiße, in Kapstadt finden sich in ihren Reihen zahlreiche Eingeborene und Farbige. Viele weiße Arbeiter, die die allgemeine Parteipolitik billigen, treten nicht in die Partei ein, weil sie die Einstellung der KP zu den Eingeborenen noch nicht begriffen haben. Die Partei ist derzeit legal.

Australien

Oberfläche 7 704 022 qkm. Der Kontinent ist in sechs Staaten eingeteilt: Queensland, Neusüdwales, Viktoria, Tasmanien, Südaustralien, Westaustralien. Der innere Teil des Kontinents leidet stark unter Trockenheit, da die jährliche Regenmenge unter 10 Zoll beträgt.

Bevölkerung 5 873 503.

Ein- und Auswanderung.

	Einwanderung	Auswanderung
1922	92 054	55 490
1923	92 859	55 319
1924	103 700	59 326
1925*)	59 597	17 000

*) Neues Zählungsverfahren.

Ein besonderes Kennzeichen Australiens ist die Zusammenballung der Bevölkerung in den Hauptstädten der verschiedenen Staaten. So zählte Sidney (1923) 981 400, Melbourne 852 850, Brisbane 235 687, Adelaide 278 856, Perth 171 859 Einwohner. Zusammen 2,52 Millionen, also 43 Prozent der Bevölkerung.

Nationalität und Religion: Die Australier gehören zumeist der angelsächsischen Rasse an. Asiaten sind von der Einwanderung rücksichtslos ausgeschlossen. Die eigentlichen Eingeborenen Australiens sind nahezu ausgestorben.

Verfassung: Selbstverwaltung. Jeder Staat hat Senat und Unterhaus; letzteres auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes (auch für Frauen) auf drei Jahre gewählt. Die sechs Staaten sind seit 1901 zum Australischen Bundesstaat mit einem Generalgouverneur und gemeinsamem Parlament zusammengeschlossen.

Wirtschaft

Australien ist ein Agrar- und Rohstoffexportland (Wolle, Fleisch, Getreide, Metalle). Seit der Vereinigung besteht eine Tendenz zum Schutzzoll, der der Entwicklung einer eigenen Industrie dienen soll; der Krieg war diesen Bestrebungen günstig.

Wert der Produktion (in Millionen Pfund)

	1912	1922	1923
Landwirtschaft	45.7	81.9	84.2
Viehzucht	51.6	68.3	91.5
Milchwirtschaft	20.2	44.4	43.5
Forstwirtschaft und Fischerei	6.4	10.1	10.8
Bergbau	25.6	20.0	20.3
Industrie	57.0	120.8	131.8

Landwirtschaft

Ernteerzeugnisse

	1913/14 Mill. dz		1922/23 Mill. dz		1923/24 Mill. dz		1924/25 Mill. dz	
	dz	pro ha	dz	pro ha	dz	pro ha	dz	pro ha
Weizen	28,1	7,5	29,8	7,5	34,0	8,8	43,9	10,0
Gerste	0,9	9,9	1,5	10,7	1,1	10,8	—	—
Hafer	2,8	8,0	2,7	6,6	3,1	7,2	—	—
Mais	2,3	17,3	1,9	14,8	2,1	16,1	—	—

Die bebaute Gesamtfläche betrug 1923/24 ca. 9 Millionen Hektar.

Die Viehzucht ist die Grundlage des australischen Wirtschaftslebens. Ihre Produktion beträgt rund ein Drittel der Gesamtproduktion. Nahezu der ganze Kontinent ist für Schaf- und Rinderzucht geeignet, die Weiden messen in vielen Fällen Tausende von Quadratmeilen. Neben den großen Züchtern (squatters) existiert eine wachsende Klasse kleiner Viehzüchter mit Ländereien von 1000 bis 10 000 Acres.

Viehstand 1923: 2,3 Millionen Pferde, 13,4 Millionen Rinder, 80,1 Millionen Schafe.

Wollproduktion (in Ballen)

1921/22	2 041 136
1922/23	1 918 002
1923/24	1 779 788
1924/25	2 094 880

Bergbau: Die wichtigsten Fundstätten liegen ungefähr 100 Meilen von Sidney. Von Wichtigkeit ist der Gold- und Silberbergbau.

Wert der Bergbauprodukte (in 1000 engl. Pfund)

	1913	1922	1923	1924	1925
Gold	9 377	3 545	3 151	2 849	2 360
Silber	4 717	3 014	3 453	—	—
Kupfer	3 260	844	1 246	—	—
Kohle	4 628	10 486	10 588	—	—

Industrie: Nur gewisse Lebensmittelindustrien besitzen einen Exportüberschuß (Marmeladen, Mehl, Gefrierfleisch und Fleischkonserven, Kondensmilch und ähnliche Produkte). Unter dem Anreiz des Schutzzolls haben eine Anzahl englischer Firmen Fabriken in Australien für den Inlandsmarkt gegründet.

Es gab in Australien 1923 19 173 Unternehmungen mit 412 410 Arbeitern.

Verkehr (Eisenbahnen): Schienenlänge (1923) 38 210 km (davon 4529 Privateisenbahnen).

Außenhandel (in Millionen Pfund)

	1913	1922/23	1923/24	1924/25
Einfuhr	79,7	131,8	140,6	157,1
Ausfuhr	75,1	117,9	119,5	162,1

Die wichtigsten Ausfuhrwaren

	1923/24		1924/25	
	Menge Millionen Pfund (Gew.)	Wert £	Menge Millionen Pfund (Gew.)	Wert £
Wolle	531	56,2	535	63,2
Weizen	3595	14,0	6180	34,4
Butter	65	4,9	145	10,0
Gefrierfleisch	145	2,5	333	5,6

Die wichtigsten Einfuhrartikel sind: Textil- und Metallwaren.

Staatsfinanzen (1924/25)

	Einnahmen	Ausgaben	Staatsschulden
	Millionen Pfund		
Die sechs Staaten	98,0	133,3	606,9
Der Staatenbund	68,9	73,1	430,9
Insgesamt	166,9	206,4	1037,8

1925 hat die australische Regierung eine Anleihe von 75 Millionen Dollar in New York aufgenommen. Der Einfluß des amerikanischen Kapitals wächst auch in Australien.

Politik

Parteien: Die Nationalistische Partei vertritt die Banken, die großen Viehzüchter, Großimporteure und die Großindustrie. Die Farmerpartei — das mittlere Farmertum.

Die Arbeiterpartei verlor in den Nachkriegsjahren zunächst an Einfluß, seit 1924 konnte sie aber neue Erfolge erringen. Sie hat nacheinander fünf von sechs Staatsregierungen erobert (Viktoria ist die einzige Ausnahme). Da die Bourgeoisie die Bildung einer Bundesregierung durch die Arbeiterpartei fürchtete und im Zusammenhang damit eine Radikalisierung der Arbeiterschaft, löste der bürgerliche Ministerpräsident Bruce das Parlament unter dem Eindruck des Seeleutestreiks und des Widerstandes der Staatsregierungen gegen das Gesetz über die Ausweisung unerwünschter Fremder auf. Bei den Neuwahlen wurde die Arbeiterpartei geschlagen, was auf die Einführung der Wahlpflicht, die durch den Schiffahrtsstreik hervorgerufenen Störungen des Wirtschaftslebens und die Einschüchterung der kleinbürgerlichen Schichten durch die steigende Aktivität der Arbeiterschaft zurückzuführen ist.

Zusammensetzung des Bundesparlamentes

<table>
<tr><th></th><th>Nationalist. Partei</th><th>Farmerpartei</th><th>Arbeiterpartei</th></tr>
<tr><td>Wahlen Dez. 1922 ....</td><td>27</td><td>19</td><td>29</td></tr>
<tr><td>Wahlen Nov. 1925 ....</td><td colspan="2">52</td><td>23</td></tr>
</table>

Die Koalition der Nationalisten und Farmer besteht weiter, der Einfluß der letzteren ist aber schwächer geworden.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaften sind für das ganze Land nach Berufen organisiert. Trotz der raschen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung besteht noch keine Gewerkschaftszentrale. 1922 wurde in Sidney eine zentrale Gewerkschaftsorganisation, die „One Big Union“ gegründet, die aber nur etwa ein Viertel aller Organisierten erfaßt. Die Gesamtzahl der Organisierten beträgt ungefähr 700 000.

In den größeren Städten bestehen Gewerkschaftsräte oder Kartelle, die die Aktionen der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade zusammenfassen; sie sind jedoch keine Vollzugsorgane, sondern in erster Linie beratende Körperschaften.

Nach den Angaben des amtlichen statistischen Büros für August 1924 verteilten sich die organisierten Arbeiter nach verschiedenen Industrien folgendermaßen:

Industriegruppe	Mitgliederzahl
Holzarbeiter, Möbelarbeiter usw.	24 465
Maschinenbauer, Metallarbeiter usw.	59 032
Lebensmittel-, Tabakarbeiter usw.	58 663
Bekleidung, Hutmacher, Lederarbeiter usw.	45 842
Papier- und graphische Industrie	16 249
Verschiedene Fabrikarbeiter	38 554
Bauindustrie	46 231
Bergbau und Steinbruch	37 063
Eisenbahn und Straßenbahn	89 405
Sonstige Landtransporte	16 386
Wassertransport usw.	38 006
Landwirtschaft	36 584
Hotel- und Hausangestellte	20 713
Verschiedene	172 550
Insgesamt	699 743

Eine der englischen ähnliche Minderheitsbewegung hat sich in den letzten Jahren entwickelt. Sie tritt für Zusammenfassung der Gewerkschaften und für die Umbildung der Arbeiterpartei in eine Klassenpartei ein. Der Schiffahrtsstreik von 1925 hat zur Verstärkung der Minderheitsbewegung beigetragen.

Politische Arbeiterbewegung

Arbeiterpartei: Die australische Arbeiterpartei ist eine Föderation der sechs Arbeiterparteien der einzelnen Staaten, die jede sich aus Einzelmitgliedern und angeschlossenen Gewerkschaften zusammensetzt. Die Bundeskonferenz stellt die politische Grundlinie für alle Parteien auf; sie hat aber in Wirklichkeit keinen besonderen Einfluß auf die Parteien. Die Konferenz vom Oktober 1924 stellte ein allgemeines Kampfprogramm auf mit der Forderung der Sozialisierung der Industrie, der Produktion, der Verteilung und des Austausches, das erreicht werden sollte durch

a) Ausnützung der verfassungsmäßigen Möglichkeiten des wirtschaftlichen und parlamentarischen Lebens,
b) Organisierung der Arbeiter nach Industrien,
c) Nationalisierung des Bankwesens und der wichtigsten Industrien,
d) Leitung der nationalisierten Industrien durch Körperschaften, in denen die Arbeiter dieser Industrie und die Gesamtheit vertreten sein sollten usw.

Das Programm ist, wie überhaupt die australische Arbeiterbewegung im allgemeinen, ziemlich nationalistisch. Es beharrt auf dem Grundsatz des „weißen Australien" und legt großen Nachdruck auf die nationale Verteidigung, lehnt aber die Verwendung von australischen Truppen in überseeischen Gebieten ab.

In Queensland, wo die Partei die Regierung seit Jahren innehat, hat sie nichts zur Nationalisierung der Industrie getan, hat aber staatliche Unternehmungen geschaffen: in der Holz-, Bergbau-, Oel- und

Schiffahrtsindustrie und im Versicherungswesen. In der Landwirtschaft wurde die Bildung von Genossenschaften gefördert, und diese durch den Staat vor Ausbeutung durch Handels- und Transportunternehmungen geschützt.

Im April 1924 ergaben die Wahlen in Südaustralien und Westaustralien Arbeitermehrheiten, im Mai 1925 folgten Tasmanien und Neusüdwales, während im Oktober 1924 die Stärke der Arbeiterpartei im Parlament von Viktoria von 21 auf 28 Sitze (von 65) stieg. (Bundesparlament s. o.)

Die Folge der Niederlage bei den Wahlen zum Bundesparlament war eine verschärfte Offensive der reformisischen Führer gegen die Kommunisten.

Kommunistische Partei: Trotz der geringen Mitgliederzahl ist die Kommunistische Partei Australiens sehr aktiv und hat starken Einfluß in Gewerkschaften und Ortskartellen. Sie kämpft um ihre Aufnahme in die Arbeiterpartei. Eine Resolution in diesem Sinne wurde zwar von der Labour-Party angenommen, fand aber nicht die zur Durchführung notwendige Zweidrittelmehrheit. Dort, wo die Kommunisten bereits aufgenommen wurden, werden sie in der letzten Zeit wieder ausgeschlossen. Die Partei gibt ein Wochenblatt „Workers Weekly" in Sidney heraus.

Neuseeland

Englisches Dominion. Oberfläche 289 278 qkm, ohne die kleineren Inseln. Bevölkerung (31. März 1924): 1 347 853, davon eingeborene Maori 53 950. Einwanderung: 1923 11 762, 1924 14 314, 1925 15 704. Auswanderung: 1923 2451, 1924 2256, 1925 1948.

Die größten Städte: Wellington (94 340 Einwohner), Auckland (87 792), Christchurch (80 897), Dunedin (60 855).

Verfassung: Gesetzgebender Rat von 39 Mitgliedern, die auf sieben Jahre gewählt sind. Das Repräsentantenhaus besteht aus 80 Mitgliedern, einschließlich 4 Maoris, die alle drei Jahre gewählt werden. Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen.

Wirtschaft

Die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige wird durch die folgenden Zahlen charakterisiert:

Wert der Produktion (Millionen Pfund)

	1900—01	1922—23
Landwirtschaftliche Produkte	4,1	8,4
Viehzucht	11,0	28,4
Milchwirtschaft, Hühner- und Bienenzucht	2,8	25,6
Bergbau	2,7	2,8
Industrie	9,2	28,1
Fischerei	0,086	0,36
Forstwirtschaft	2,1	5,4

Die Landwirtschaft hat große Bedeutung, da zwei Drittel der Oberfläche zum Ackerbau geeignet sind. Gesamte bebaute Fläche 1924 18,5 Millionen Acres, darunter 16,4 Millionen Acres Weiden.

Besitzverteilung (1924)

Fläche in Acres	Zahl der Besitzer	Fläche dieser Besitzer Acres	Prozent der Besitzer	Prozent der in Besitz gen. Fläche
1— 100	41 372	1 392 181	48,0	3,15
101— 1000	37 838	12 534 121	34,9	28,77
1001—50000	6 869	24 594 899	8,0	56,44
über 50000	60	5 071 363	0,07	11,64

Viehstand 1924: 3 563 497 Rinder, 330 430 Pferde, 23 779 776 Schafe, 414 570 Schweine.

Bergbau: Kohlen- und Goldbergbau ist von ziemlicher Bedeutung. Zirka zwei Millionen Tonnen Kohle werden jährlich produziert. Im Bergbau sind 9000 Arbeiter beschäftigt.

Industrie: Die industrielle Produktion sowie die Ausnutzung der Wasserkräfte des Landes ist in Entwicklung begriffen. Die wichtigste Industrie ist die landwirtschaftliche (Fleischkonservierung, Butter- und Käseproduktion). Zahl der in der Industrie Beschäftigten 73 662, davon arbeitet die Hälfte in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern.

Länge der Eisenbahnen: 5075 km, davon 4885 km Staatsbahnen. Zahl der staatlichen Eisenbahnangestellten: 16 353.

Außenhandel (in Millionen Pfund)

	1910	1914	1923	1924	1925
Einfuhr	17.0	21.9	43.4	48.5	52.6
Ausfuhr	22.2	26.3	46.0	52.6	55.2

Wichtigste Ausfuhrwaren: Butter und Käse, Wolle, Gefrierfleisch.

Ausfuhr (in Millionen Pfund)

	1924	1925
Wolle	15.3	17.7
Butter	11.6	10.2
Käse	7.0	5.8
Gefrierfleisch	9.5	10.9

Staatshaushalt:

	1915	1923	1924	1925*)
Einnahmen (Millionen Pfund	12.5	27.6	28.0	28.6
Ausgaben (Millionen Pfund)	12.4	26.3	26.1	27.4

Besteuerung: 1915 — 5 £ 2 sh 9 p, 1924 — 12 £ 6 sh 1 p pro Kopf. Staatsschulden 1924: 228 Millionen Pfund.

Politik

Parteien: Reformpartei, Nationale Partei (bis 1925 Liberale genannt) und Labour Party. Aus den Wahlen November 1925 ist die

*) Jahr endend März 1925.

regierende Reformpartei verstärkt hervorgegangen, dagegen hat die Arbeiterpartei Mandate verloren.

<table>
<tr><th colspan="5">Mandatverteilung</th></tr>
<tr><th></th><th>Reformpartei</th><th>Arbeiterpartei</th><th>Nationalisten</th><th>Unabhängige</th></tr>
<tr><td>1922</td><td>38</td><td>17</td><td>21</td><td>4</td></tr>
<tr><td>1925</td><td>55</td><td>13</td><td colspan="2">12</td></tr>
</table>

Die Arbeiterpartei, die 1916 gegründet wurde, besteht aus Gewerkschaften, örtlichen Kartellen, Ortsgruppen und Gruppen anderer sozialistischer Organisationen. Im April 1923 änderte eine Konferenz das Programm der Partei „die Sozialisierung der Produktion, der Verteilung und des Austausches" und beschloß, sich zum Ziele zu setzen: die 40-Stunden-Arbeitswoche, Besserung der Wohnverhältnisse, gleicher Lohn für beide Geschlechter, Beseitigung des Militärdienstes usw. Zur „unparteiischen" marxistischen Erziehung wurde nach dem Muster der englischen 1924 eine neuseeländische Plebsliga gegründet.

Streiks: Im April 1924 brach ein Eisenbahnerstreik aus, der trotz der Geschlossenheit der zu Industrieverbänden zusammengefaßten Gewerkschaften isoliert blieb und infolgedessen verloren ging. Im Verlaufe der sich anschließenden Auseinandersetzungen entfalteten die Kommunisten eine rege Propaganda.

Kommunistische Partei: Die Parteikonferenz 1924 stellte fest, daß in Neuseeland zur Bildung einer selbständigen kommunistischen Partei keine hinreichende Basis vorhanden ist. Sie wurde daher vorläufig der Australischen Kommunistischen Partei angegliedert. 1925 wurde die Partei von der Regierung verboten.

Indien

Oberfläche 4 693 000 qkm, davon 1 848 600 qkm. Eingeborenenstaaten. Bevölkerung (1921) 318 942 480, davon in den Eingeborenenstaaten 71 939 187. Nach der Bevölkerungszahl ist Hyderabad der größte Eingeborenenstaat mit 12,5 Millionen Einwohnern.

286 Millionen ländliche, 32 Millionen städtische Bevölkerung. 73 Prozent der Bevölkerung lebt in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Die größten Städte (1921): Kalkutta (1 327 547), Bombay (1 175 914), Madras (526 911), Haidarabad (404 187), Rangoon (341 962), Delhi (304 420).

Rasse: Kaukasier („Arier") und Dravidas. In den östlichen Provinzen von Burma: Mongolen. Der größte Teil der Bevölkerung sind Mischlinge.

Religion: Hinduisten 218, Mohammedaner 70, Buddhisten 11, Christen fast 5 Millionen. Außerdem noch viele andere Sekten.

Sprachen: Hindostani 97, Bengali 49 Millionen; zahlreiche andere Sprachen und Dialekte. Des Lesens und Schreibens kundig 7 Prozent (Männer 12,2 Prozent, Frauen 1,7 Prozent).

Gliederung der Bevölkerung nach Berufen (in 1000)

Landwirtschaft	230 652	Oeffentliche Verwaltung	2 644
Bergbau	542	Freie Berufe	5 021
Industrie u. Handwerk	33 167	Persönliche Dienste	4 570
Verkehr	4 331	Andere	15 000
Handel	18 115	Berufslose	3 254
Militär und Polizei	2 182		

Klassengliederung der Bevölkerung. Proletarier im engeren Sinne des Wortes 4,6 Millionen (darunter 1,5 Fabrikarbeiter, mehr als eine Million Transportarbeiter, 1,5 Millionen Plantagenarbeiter). Proletarische Erwerbstätige in der Landwirtschaft etwa 40 Millionen.

Verfassung: Regierungsoberhaupt Vizekönig, der nominell dem britischen Parlament verantwortlich ist. In den meisten Angelegenheiten ist der Vizekönig selbständig. Er regiert mit Hilfe eines Exekutivrates aus acht Mitgliedern, darunter dem Oberbefehlshaber der britisch-indischen Armee und seit der Reform 1919 drei Indern.

Die zentrale Legislatur (Parlament) besteht seit 1919 aus zwei Kammern: Staatsrat 59 Mitglieder (gewählt 33), gesetzgebende Versammlung 144 Mitglieder (gewählt 104), 25 der Ernannten sind Regierungsbeamte. Wahlrecht von Vermögenssteuer (nicht weniger als 16 Rupien) abhängig. Wahlberechtigt sind nur 7,2 Millionen oder 2,2 Prozent der Bevölkerung. Der Vizekönig hat das Vetorecht gegen alle Beschlüsse der Legislatur, ist berechtigt, die beiden Körperschaften aufzulösen und Maßnahmen entgegen dem Willen der „Legislatur" zu ergreifen.

Britisch-Indien ist in 15 Provinzen eingeteilt. Den Provinzgouvernements steht ein Gouverneur mit drei Exekutivmitgliedern und zwei Ministern vor. Eines der beiden Exekutivmitglieder und die beiden Minister sind seit 1919 Inder. Neun Provinzen von den 15 haben eigene „gesetzgebende" Versammlungen, die aber keinen Einspruch bei solchen Angelegenheiten haben, die die englische Machtstellung beeinflussen könnten.

Die einheimischen Fürstentümer verfügen über eine scheinbare Selbständigkeit in bezug auf die innere Politik, haben jedoch keine eigene Armee. De facto führen britische Vertreter unabhängig von den Fürsten die Regierungsgeschäfte.

Im englischen Kabinett werden die indischen Angelegenheiten von einem Staatssekretär und einem aus acht bis zwölf Mitgliedern gebildeten Rat verwaltet.

Wirtschaft

Landwirtschaft: 230 Millionen Menschen, d. h. 73 Prozent der Bevölkerung, leben von Ackerbau. 10 Millionen davon sind Verpächter, die an der landwirtschaftlichen Produktion nicht direkt teilnehmen. Die ackerbautreibende Bevölkerung kann in drei Klassen eingeteilt werden: 1. für den Markt produzierende Großbesitzer,

2. Kleinbauern, die teilweise auf Lohnarbeit angewiesen sind, 3. Landarbeiter (fast 40 Millionen):

Der ganze Boden gehört dem Staat und wird von diesem an Großpächter abgegeben, die ihrerseits wieder das Land, teilweise durch Vermittlung, an die faktischen Landbebauer weiter verpachten. Gleichzeitig verpachtet der Staat den Boden auch direkt an die Landbebauer. Beide Systeme (Semendari und Ryotwari) sind ungefähr gleich stark verbreitet. Großwirtschaftlichen Ackerbau (mit Ausnahme von Plantagen) gibt es nicht. Die außerordentlich starke Parzellierung beeinflußt ungünstig den indischen Ackerbau und erklärt zum Teil den niedrigen Stand der Wirtschaft. Die schweren Steuern, die ungeheure Verschuldung, die Zerstörung des als Nebenbeschäftigung betriebenen Hausgewerbes führten zu einer Pauperisierung der Bauernschaft; infolgedessen erfährt die Zahl der im Tagelohn Arbeitenden eine ständige Steigerung.

Bebaute Fläche 1923/24) 89 Millionen Hektar. Davon:

Brotgetreide (food grains)	69	Millionen Hektar
Andere Nahrungsmittel (food crops)	3,2	" "
Oelsamen	5,7	" "
Zuckerrohr	1,2	" "
Baumwolle	6,2	" "
Jute	0,9	" "
Tabak	0,4	" "

Anbaufläche und Ernteertrag

	Fläche in 1000 ha			Ertrag in 1000 dz		
	Durchschn. 1909/13	1924	1925	Durchschn. 1909/13	1924	1925
Reis	30 756[1])	32 968	32 966	450 934[1])	486 344	475 000
Weizen	11 826	12 618	12 858	95 756	98 150	88 355
Gerste	3 221	2 906	—	31 678	29 841	—
Baumwolle	9 102	10 049	10 645	7 770	11 142	10 104
Zuckerrohr	956	1 025	—	2 404[3])	2 589[3])	2 970[3])
Tee	234	287[2])	—	127	168	—

Auf den Teeplantagen waren 1921 738 000 Lohnarbeiter beschäftigt.

Viehstand (1923): 2 150 000 Pferde, 2 033 000 Esel, 143 174 516 Rinder, 33 537 213 Schafe, 34 261 324 Ziegen, 561 050 Kamele.

Bergbau: Jährlich werden ca. 20 Millionen Tonnen Kohle, 1,8 Millionen Tonnen Salz, 1,5 Millionen Tonnen Eisen und Manganerz, 8 Millionen Barrels Erdöl, 0,5 Millionen Unzen Gold produziert. Indien besitzt sehr bedeutende Eisenerzlager. Am stärksten ist der Kohlenbergbau entwickelt. Die Zahl der Bergarbeiter (1921): 266 743, davon in Kohlenbergwerken 181 594, in Goldgruben 22 186. Unter den Bergarbeitern sind 80 000 Frauen, davon 63 000 im Kohlenbergbau.

[1]) 1913. [2]) 1923. [3]) Rohrzucker.

I n d u s t r i e : Die Zahl der in der modernen Industrie Beschäftigten beträgt 1,5 Millionen. Zahl der Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen: Textilindustrie 773 065 (davon 433 856 in Baumwoll-, 310 511 in der Juteindustrie), Metallindustrie 169 693, Lebensmittelindustrie 109 868, chemische Industrie 109 157. Die Zahl der Handwerker ist mindestens viermal so groß, wie die der Industriearbeiter. Das Handwerk geht überall infolge der Einfuhr von Fertigwaren und durch das Aufblühen der Großindustrie zurück.

Die hervorragendste Industrie des Landes ist die Baumwollindustrie. Sie befindet sich fast ausschließlich im Besitz und unter Leitung indischen Kapitals.

Entwicklung der Baumwollspinnereien

	Zahl der Spinnereien	Zahl der Spindeln	Zahl der Beschäftigten (Tagesdurchschn.)	Baumwollverbrauch Mill. dz
1900	193	4 945 783	161 189	5,1
1913	272	6 596 862	253 786	7,3
1923	333	7 927 938	347 380	7,5
1924	336	8 313 273	356 887	6,7

Aus dem Baumwollverbrauch ist die Depression der Industrie ersichtlich. Auf das Verlangen der indischen Textilindustriellen wurde die Baumwollsteuer „excise Duty" — die zum Ausgleich der Zölle auf Baumwollwaren dem inländischen Baumwollverbrauch auferlegt wurde — aufgehoben, da jetzt von ihm nicht Lancashire, sondern die japanische Textilindustrie einen Vorteil hat.

Die Juteindustrie ist der zweitgrößte Industriezweig Indiens und liegt fast ausschließlich in den Händen des englischen Kapitals.

Zum Schutz der Eisenindustrie wurden Fabrikationsprämien eingeführt. Im allgemeinen wächst die Forderung der indischen Bourgeoisie nach Schutzzöllen.

V e r k e h r : Länge der Eisenbahnlinien 1924 60 800 km. Im Bau 1600 km. Alle Eisenbahnen in Staatsbesitz. Seeschiffsverkehr jährlich mit etwa 8 Millionen Tonnen Raum.

A u ß e n h a n d e l :

(in Millionen Rupien)

	1913	1923/24	1924/25
Einfuhr	1833	2170	2432
Ausfuhr	2412	3488	3848

Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren (nach Wert)

	Prozent der Gesamt-Einfuhr 1909/14 Durchschn.	Prozent der Gesamt-Einfuhr 1924/25		Prozent der Gesamt-Ausfuhr 1909/14 Durchschn.	Prozent der Gesamt-Ausfuhr 1924/25
Baumwollwaren ..	36	33	Jute (roh u. bearb.)	19	21
Eisen und Stahl...	7	8	Baumw. „ „	15	27
Zucker	9	8	Getreide	21	17
Maschinen	4	6	Oelsamen	11	9
Erdöl	3	4	Tee	6	9

Richtung des Außenhandels 1924/25 (in Klammern die Vorkriegsdaten):

Einfuhr aus England 54 (63), englische Kolonien 8 (7), Vereinigte Staaten 6 (3), Java 6 (6), Deutschland 6 (6) Prozent.

Ausfuhr nach England 26 (25), englische Kolonien 13 (16), Japan 14 (8), Vereinigte Staaten 9 (8), Deutschland 7 (10), Frankreich 5 (7) Prozent.

Staatsfinanzen: 1918/23 Budget-Defizit; 1923/24 infolge erhöhter Steuern (Salzsteuer) kleiner Ueberschuß. Für 1925/26 1337 Millionen Rupien Einnahmen, 1304 Millionen Ausgaben veranschlagt.

Politik

Nationale Bewegung

Der Nationalkongreß. Die Schaffung des indischen Nationalkongresses im Jahre 1885 bezeichnet zwar den Beginn der indischen nationalen Bewegung, doch blieb derselbe bis Ende des 19. Jahrhunderts ohne größeren Einfluß auf das politische Leben. Sein Programm war Verwaltungsreform auf gesetzlichem Wege. Trotz der auf der Schwäche der einheimischen Bourgeoisie beruhenden Schwäche des Kongresses waren seine Begründer doch die Pioniere der nationalen Freiheitsbewegung. Die Leistung des Nationalkongresses in seiner ersten Periode bestand daher in der Formulierung ökonomischer Forderungen gegen den Imperialismus und der Ausarbeitung der Grundlagen des Bourgeoisnationalismus. Seine Hauptforderungen waren: 1. Schrittweise Durchführung der Selbstverwaltung, 2. Beseitigung der gegen die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus aufgerichteten Hindernisse.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand im Kongreß ein linker Flügel, welcher die Interessen der Mittelklasse vertrat und als Programm den „integralen Nationalismus" verfocht. Er bekämpfte den Gedanken des stufenweisen Fortschritts und verlangte für Indien bedingungslose und sofortige Selbstverwaltung innerhalb des britischen Reiches. Die Tagung des Nationalkongresses von 1906 in Kalkutta nahm das Programm des linken Flügels an. Doch unter dem wachsenden Druck der revolutionären Tendenzen (vertreten durch Intellektuelle, Studenten usw., die außerhalb des Kongresses standen), zerfiel der Kongreß 1907 in zwei Gruppen, die „Gemäßigten" und die „Extremisten". 1909 wurden einige Reformen in der höheren Verwaltung und in der Gesetzgebung eingeführt. Der liberale John Morley, damals Staatssekretär für Indien, brachte dadurch die Gemäßigten auf die Seite der britischen Regierung und stellte sie den ersten Ausbrüchen des revolutionären Nationalismus (terroristische Gruppen und Versuche einer bewaffneten Erhebung) entgegen.

Unterdrückungsmaßnahmen warfen die terroristische und aufständische Bewegung der Mittelklassen nieder und schwächten dadurch auch den linken Flügel des Kongresses bedeutend. Infolgedessen kam

es zur Wiedervereinigung der Gemäßigten und der Extremisten (1911) im wesentlichen auf der Plattform der ersteren. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges blieb nun die Lage im Kongreß im wesentlichen unverändert, doch wuchs die nationale Bewegung als Ganzes ständig infolge des Wachstums der einheimischen Bourgeoisie und der revolutionären Stimmung der Mittelklassen. Letztere hielten sich außerhalb des Kongresses und bildeten geheime revolutionäre Organisationen im ganzen Lande, während der Kongreß bei seiner gemäßigten Plattform (verfassungsmäßiger Kampf und Selbstverwaltung) verblieb. Unter den einheimischen Truppen wurde revolutionäre Propaganda geführt, und bei Ausbruch des Weltkrieges beschlossen die Revolutionäre, mit Hilfe der einheimischen Armee einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. 1915 war die Lage für die englische Regierung geradezu kritisch.

Der Nationalkongreß als Exponent der Bourgeoisie unterstützte die Aufstandsbewegung nicht, nützte aber die schwierige Lage des britischen Imperialismus aus, um die Selbstverwaltung als Bedingung für die Unterstützung Englands im Kriege zu stellen. 1916 forderte der Nationalkongreß einstimmig Selbstverwaltung innerhalb des britischen Reiches und finanzielle Selbständigkeit. Die Regierung versprach, diesen Forderungen sofort nach Kriegsende näherzutreten. Sie erreichte die Neutralität der Bourgeoisie und konzentrierte nun alle Kräfte gegen die Revolutionäre, die sie gewaltsam unterdrückte.

1919 spaltete sich der Kongreß abermals in der Frage der Stellung zu den von der Regierung als Erfüllung ihrer Versprechungen eingeführten Reformen, und der rechte großbürgerliche Flügel, der die Reformen als einen großen Schritt in der Richtung seines Programms behandelte, trat aus und organisierte eine selbständige Partei, die „Liberale Vereinigung". Der linke Flügel wuchs infolge der Massenbewegung der Nachkriegsjahre gewaltig an, lehnte die Reformen als ungenügend ab und bekam den Kongreß vollständig in seine Hand. Der Kongreß wurde nunmehr eine politische Partei mit einer mächtigen Organisation eingeschriebener Mitgliedschaft und hatte Ortsgruppen fast in jedem Dorfe, welche Delegierte zu den jährlichen Kongressen wählten. Eine von diesen Kongressen gewählte Exekutive war das höchste Organ der Partei und faktisch der gesamten nationalen Bewegung. 1919 bis 1922 lautete das Programm des Kongresses: „Nichtzusammenarbeit" mit der britischen Regierung, d. h. Boykott der gesetzgebenden Körperschaften (die durch die Reformgesetzgebung eingeführt waren), der Gerichtshöfe, der britischen Waren und Schulen. (Näheres siehe Jahrbuch 1923/24.)

Politische Parteien

Der Zusammenbruch der „Nichtzusammenarbeits"-Bewegung 1922 bedeutete praktisch auch den Zerfall des Nationalkongresses. Durch

die Einstellung des Boykotts wurden die Lokalorganisationen demoralisiert und zersetzt. Bestimmte politische Richtungen bildeten sich innerhalb der durch den Kongreß organisierten nationalen Bewegung, entsprechend der Klassenbestrebungen innerhalb der Boykottbewegung. Der Nationalkongreß bestand nunmehr als das gemeinsame Forum für diese verschiedenen Parteien, die sich noch als Teile des Kongresses bezeichneten. Die folgenden sind die wichtigsten:

Die Liberale Vereinigung. Sie entstand 1920 als Vertreterin der Großbourgeoisie (Banken und Handel, die eng mit dem britischen Kapitalismus verbunden sind) und des fortschrittlichen Teils der Landaristokratie. Hauptführer sind: Srinivash Sastri, C. Y. Chintamany, B. N. Basu, T. B. Sapru, B. N. Sarma. Die Partei spaltete sich vom Nationalkongreß in der Frage der Boykottpolitik und besetzte, da der Nationalkongreß an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften nicht teilnahm, in diesen alle Sitze. Sie trat in die Regierung ein. Ihr Programm war die Erreichung der Dominionsverfassung für Indien schrittweise, auf legalem Wege. Sie begrüßte die Reform von 1919 und stellte sich in den revolutionären Jahren — 1920 bis 1922 — auf die Seite der britischen Regierung. Ihre Führer halfen als Minister dem britischen Imperialismus „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten.

Bei dem Zusammenbruch der Boykottbewegung organisierten sich die Gegner des Boykotts innerhalb des Nationalkongresses als Swaraj-Partei und nahmen 1923 an den Wahlen teil. Die durch ihr Zusammengehen mit der britischen Regierung kompromittierten Liberalen mußten die Mehrheit der Sitze an die Swarajisten abgeben; dennoch entnimmt die Regierung die Minister weiterhin ihren Reihen.

1924 setzte die Regierung ein Komitee zur Beratung der Fortsetzung der Reformarbeit ein, welches u. a. auch die gewesenen liberalen Minister befragte. Alle verlangten eine größere Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Gesetzgebung. Die Ablehnung dieser Wünsche durch die Regierung zwang die Liberalen mehrmals, gemeinsame Sache mit den anderen nationalen Gruppen im Parlament gegen die Regierung zu machen. Doch kam diese Einigung im wesentlichen nicht durch eine Linksschwenkung der Liberalen, sondern durch eine schrittweise Rechtsentwicklung der beiden anderen nationalen Parteien im Parlament zustande.

Die Unabhängige Nationale Partei. Praktisch genommen ist sie der linke Flügel der Liberalen Vereinigung und vertritt die Industriebourgeoisie und die reichen Handwerker. Ihre Forderungen sind nicht radikaler als die der Liberalen, doch vertreten sie sie mit mehr Nachdruck als diese. Sie sind die Wortführer jenes Teiles der indischen Bourgeoisie, der sich von der englischen Finanz einigermaßen unabhängig gemacht hat. Sie verlangen größere politische Rechte und mehr Anteil an der Ausbeutung der Werktätigen, unter-

schätzen aber durchaus nicht die Gefahr einer Revolution. Sie sind eine gegenrevolutionäre radikale Bourgeoisiepartei.

Zu Beginn der gegenwärtigen Parlamentssession bildeten die Unabhängigen einen Block mit den Swarajisten, nahmen aber niemals an der Obstruktion der Swarajisten vorbehaltslos teil. Sie bezweckten mit dem Block vielmehr das Aufgeben der intransigenten Taktik durch die Swarajisten. Die Unabhängigen sind im Parlament schwach und haben im Lande fast keine Organisation, doch können sie als mittlere Gruppe abwechselnd als linker Flügel der Liberalen oder als rechter der Swarajisten auftreten und so das Zünglein an der Wage ausmachen. Ihre wichtigsten Führer sind: Malavya, Jinnah, Chakvaverty, Pal und Ranga-Chaniar.

Die Swarajisten. Seit dem Zusammenbruch der durch Gandhi geführten Nichtzusammenarbeits-Bewegung 1922/23 sind die Swarajisten die führende Gruppe der nationalen Bewegung. Sie entstanden als Oppositionsgruppe gegen das rein negative Boykott-Programm. Ihr verstorbener Führer, C. R. Das, formulierte auf dem Nationalkongreß in Gaya 1922 die Forderung auf Einstellung des Boykotts gegen die gesetzgebenden Körperschaften, blieb in der Minderheit, worauf es zur Spaltung kam. Die Minderheit organisierte die Swaraj-Partei mit dem Programm, in die gesetzgebenden Körperschaften einzutreten und sie durch parlamentarische Obstruktion lahmzulegen. Eine besonders zur Diskussion dieser Frage einberufene Sitzung des Nationalkongresses, September 1923, gestattete ihren Mitgliedern die Teilnahme an den darauffolgenden Wahlen. Ein Wendepunkt in der Geschichte des Nationalkongresses! Das Programm der Nichtzusammenarbeit, das unvermeidlich zu blutigen Massenerhebungen führte trotz der pazifistischen Lehren Gandhis und seiner Gruppe, wurde zugunsten parlamentarischer Aktionen verlassen. Unter Führung der Bourgeoisie wurde die nationale Bewegung aus einer revolutionären Massenbewegung in eine reformistische parlamentarische Bewegung umgebogen.

Die Swarajisten stützen sich auf die städtischen Mittelklassen; ihr Programm ist grundsätzlich bürgerlich-national. Die bei der Gründung der Partei festgelegten Hauptpunkte sind: 1. Selbstverwaltung innerhalb des britischen Reichs als Endziel; 2. sofortige Erweiterung der Verfassungsreform; 3. vollständige provinziale Selbstverwaltung und größere Verantwortlichkeit der Zentralverwaltung gegenüber der gesetzgebenden Gewalt. (Sie verlangen nicht einmal eine Erweiterung des Wahlrechts, das gegenwärtig nur 2,2 Prozent der Bevölkerung besitzen.) Diese Forderungen wollte die Swaraj-Partei bei ihrem Eintritt in die gesetzgebenden Körperschaften der Regierung als Ultimatum stellen und im Falle der Ablehnung sollten ihre Vertreter das gegenwärtige System durch parlamentarische Obstruktion — Verweigerung des Budgets, Ablehnung aller Regierungsvorschläge usw. —

lahmlegen. Dieses Programm zog einerseits das Kleinbürgertum, das aus der Stagnation nach dem Zusammenbruch der Boykott-Bewegung herauskommen wollte, andererseits den agressiven Teil der Bourgeoisie, der die zahme Loyalität der Liberalen ablehnte, an, erstere durch seine radikale Phraseologie, letztere durch seinen grundsätzlich bürgerlichen Charakter. Nichtsdestoweniger errangen die Swarajisten bei den Wahlen keinen glänzenden Sieg. Bloß in einer Provinz erhielten sie die absolute Mehrheit; in Bengalen, ihrem Zentrum, waren sie eine starke Minderheit und erreichten nur zusammen mit den Unabhängigen die Mehrheit. In der entscheidenden all-indischen gesetzgebenden Körperschaft war die swarajistische Minderheit restlos von den Unabhängigen abhängig und mußte deren Unterstützung zur Erlangung einer Majorität durch beträchtliche Konzessionen erkaufen.

Die Regierung lehnte es selbstverständlich ab, auch die gemäßigten nationalen Forderungen (Beratungen über die Möglichkeit weiterer Verfassungsreformen auf einer gemeinsamen Konferenz der Regierung und der Volksvertreter), welche die nationale Majorität annahm, anzuerkennen. Auch die Liberalen hatten für diese Forderungen gestimmt. Die indische Regierung ist in keiner Beziehung der gesetzgebenden Versammlung mit ihrer gewählten Mehrheit verantwortlich, welche über die wichtigsten Teile des Budgets (z. B. Militär, das mehr als 50 Prozent der Gesamteinnahmen verbraucht) nicht zu bestimmen hat. Der britische Vizekönig hat das Veto-Recht gegenüber Parlamentsbeschlüssen. Bei dieser Sachlage war die Ablehnung des Budgets durch das Parlament nach Ablehnung der Parlamentsforderungen durch die Regierung bloß ein machtloser Protest. Ebenso die Ablehnung einer Reihe anderer Regierungsvorschläge. Die Verwaltung arbeitete so ruhig wie nur je ungeachtet der parlamentarischen Siege der Swarajisten.

In Bengalen und den Zentralprovinzen war die swarajistische Politik wirksamer, weil dort die Minister ihre Gehälter vom Parlament bewilligt erhalten. Diese Parlamente sind zu 70 Prozent gewählt. In beiden lehnten die Swarajisten die Ministergehälter ab und zwangen die Minister dadurch zum Rücktritt. Aufgefordert, selbst das Ministerium zu bilden, lehnten sie ab und beide Provinzen wurden anderthalb Jahre durch die Gouverneure ohne Ministerium regiert. Die Parlamente wurden immer wieder vertagt. Schließlich trennten sich in Bengalen die Unabhängigen von den Swarajisten und votierten die Ministergehälter. In den Zentralprovinzen kam es gar zu einer Spaltung innerhalb der Swarajisten. Die Tendenz zum Ministerialismus wuchs in der Partei; einer der Führer nahm eine Stelle im Gouverneurs-Rat an. Die Partei verurteilte dies offiziell, doch war es der Beginn einer Spaltung. Ein Parteiführer nach dem anderen trat unter Ablehnung der rein-negativen Politik der Partei zurück. Die Plattform des rechten Flügels innerhalb und außerhalb der Partei ist, die

nach ihrer Meinung bankrotte Politik der parlamentarischen Obstruktion aufzugeben und an ihre Stelle die „repressive Kooperation" zu setzen, d. h. die Anteilnahme bzw. den Eintritt in die Regierung, unter der Bedingung eines vernünftigen Verhaltens derselben, während der Parteiführer Das vor seinem Tode (Juni 1925) eine „ehrenhafte Mitarbeit" verlangte. Die Bedingungen zu einer solchen „ehrenhaften Mitarbeit" wurden von der Regierung immer wieder abgelehnt. Lord Birkenhead, Staatssekretär für Indien, und Reading, der frühere Vizekönig, erklärten, daß die einzige Bedingung für irgendein Zugeständnis in der Verfassungsfrage die vollständige Kapitulation der Swarajisten sei. Unter dem Druck des Zusammenbruchs der Obstruktionspolitik verlangten die Bourgeoiselemente in der Partei ein praktisches Programm. Andererseits waren die kleinbürgerlichen Massen infolge der Niederlage unzufrieden. Der Nationalkongreß in Cawnpore, Dezember 1925, bot ein Bild erbitterten inneren Kampfes. Der Sieg des rechten Flügels würde die Auflösung der Partei bedeuten, da durch die ständige Rechtsentwicklung die Partei ohnehin dem Programm der beiden rein großbürgerlichen Parteien, der Liberalen und der Unabhängigen, schon sehr nahe steht. Der einzige noch bestehende Unterschied liegt in der Taktik und auch dieser Unterschied wäre beseitigt, wenn die Partei sich auf den Boden der Mitarbeit auf Grundlage der Reform von 1919 stellt. Die Bourgeois-Elemente in der Partei wären überdies zu schwach, eine solche Politik selbständig durchzuführen, die kleinbürgerlichen Elemente aber, welche das soziale Fundament der Partei bilden, würden nicht mitmachen. Die gegenwärtige Führung versucht, diese Katastrophe der Partei durch eine Schaukelpolitik aufzuhalten. Sie bekämpft die rechten Abweichungen in demagogischer Weise, ist aber viel zu eng mit der Bourgeoisie verbunden, als daß sie das Parteiprogramm im revolutionären Sinne abändern würde. So weiß die Partei gegenwärtig weder ein noch aus.

Als Wahlmache haben die swarajistischen Mitglieder die Sitzungen der gesetzgebenden Körperschaften als Protest gegen die Verweigerung von Reformen durch die Regierung verlassen, ohne aber auf ihre Parlamentssitze zu verzichten. Eine Bewegung ist im Gange, einen nationalistischen Block gegen die Swarajisten zu bilden, und dieser Block ist bis zu einem gewissen Grade schon Tatsache. Die Swarajisten müssen sich entweder zu einer Volkspartei ohne Rücksicht auf den engen Kreis der Wählerschaft entwickeln, oder sie müssen im Prozeß der Bildung dieses Bürgerblocks verschwinden.

Andere Parteien. Außer diesen drei Parteien gibt es eine Anzahl Organisationen von lokaler Bedeutung. Außerdem tendiert die Grundbesitzer-Vereinigung, die bis jetzt ihre Forderungen durch die verschiedenen Parteien, vor allem die Liberalen, vertreten ließ, zur Bildung einer selbständigen Konservativen Partei. Ent-

sprechend ihrer sozialen Lage dürfte diese Partei die reaktionärste von allen sein. Die Drahtzieher dieser Bewegung sind die Maharadschas von Darbhanga und Burdwan, zwei der größten Großgrundbesitzer des Landes.

Die Sikh-Liga vertritt die Interessen der Sikhs (eine religiöse Gemeinschaft im nördlichen Pendschab). Während der Boykott-Bewegung stand sie dem Nationalkongreß sehr nahe, hat aber jetzt wieder bloß lokalen Charakter. Die anti-brahmanische Partei arbeitet in Südindien, vor allem in der Provinz Madras, wo es 50 Millionen sogenannte „Unberührbare" gibt. Die Partei vertritt diese Gruppe gegen die nach ihrer Behauptung ausschließlich von Politikern brahmanischer Abkunft geführte nationale Bewegung. (Denn die Brahmanen-Kaste hat nach der Tradition die unterste Kaste als „unberührbar" gebrandmarkt.) Tatsächlich hat die Partei Regierungsunterstützung und ist von oben als einheimische Opposition gegen die nationale Bewegung aufgezogen. Sie ist unbedingt regierungstreu und erklärt, daß die Beseitigung der britischen Regierung diese Millionen von Unberührbaren der Unterdrückung der obersten Kasten der Hindus ausliefern würde. Seit 1919 wurden fast alle Minister der Regierung von Madras dieser Partei entnommen.

Ein besonderes Kennzeichen der gegenwärtigen Lage ist die wachsende Bewegung für eine selbständige mohammedanische Partei, an deren Spitze die reaktionärsten Elemente des indischen Islam stehen. Die Bewegung ist ein Zeichen der Zersetzung des Bourgeois-Nationalismus. Durch Vergebung lokaler Aemter und sonstige Protektionsmaßnahmen trachtet die Regierung, die oberen und mittleren Klassen nach religiösen Gesichtspunkten zu spalten. Die reaktionären Elemente, unterstützt durch Polizeiprovokationen, fachen die auf Unwissenheit und religiösen Vorurteilen beruhenden Leidenschaften der Massen an. Diese Hetze hat im Frühling 1926 wiederum zu schweren Unruhen und blutigen Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern geführt. Die geplante mohammedanische Partei wird offensichtlich von der Regierung gewünscht, um die Mohammedaner von der nationalen Bewegung zu trennen.

Arbeiterbewegung

Der allindische Gewerkschaftskongreß (Trade Union Congreß, TUC) wurde 1920 auf Betreiben der englischen Labour Party gegründet. Er ist nach englischem Vorbild aufgebaut, umfaßt nahezu 100 Verbände mit ungefähr 500 000 Mitgliedern. Die wichtigsten sind: Allindischer Eisenbahnverband (mit sieben Unterverbänden), Postangestelltenverband, Arbeiter-Union Jemshedpur (Eisen- und Stahlwerke Tata), Baumwollarbeiterverband Ahmedabad, Arbeiter-Union Cawnpore, Straßenbahnerverbände Kalkutta und Madras, Seeleute-

verbände Bombay, Colombo und Kalkutta, einige Verbände in den Jutefabriken um Kalkutta usw.

Die offizielle Politik und die Führung des TUC sind reformistisch, die Führer nicht einmal Sozialdemokraten. Die Besten unter ihnen sind menschenfreundliche Wohlfahrtspfleger, durchtränkt mit liberaler Ideologie. Der gegenwärtige Vorsitzende ist der Rechtsanwalt Giri, der Sekretär der Wohlfahrtspfleger N. M. Joshi. In der Exekutive ist kein einziger Proletarier, und nur einmal, 1925, wurde ein solcher, der Eisenbahner Thengti, zum Vorsitzenden der Jahreskonferenz gewählt. Er sprach vom proletarischen Klassenstandpunkt aus über den naturnotwendigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit und erschreckte damit sichtlich seine Zuhörerschaft, die seine voreilige Wahl bedauerte und ihn durch den englischen Missionar C. F. Andrews ersetzte. Der TUC hat keine internationalen Verbindungen und lehnte 1924 den Antrag Joshis auf Anschluß an Amsterdam ab.

Die Haltung des TUC gibt jedoch kein richtiges Bild von der Arbeiterbewegung. Er weiß vielmehr selbst, daß er deren Forderungen und Geist nicht vertritt. Die Bewegung ist bedeutend mächtiger und revolutionärer, selbst in vielen derjenigen Verbände, welche dem TUC formell angeschlossen sind.

Nach dem Zusammenbruch der Boykott-Bewegung folgte eine kurze Periode der Depression, doch schon Anfang 1924 begann eine neue Aufwärtsbewegung. Unabhängig von den Nationalisten und trotz des Widerstandes der bürgerlichen Arbeiterführer brachen Streiks aus und die Gewerkschaften wuchsen. Der größte Arbeitskonflikt 1924 war der Generalstreik in den beiden großen Zentren der Baumwollindustrie Ahmedabad und Bombay. In Ahmedabad streikten mehr als 40 000 Arbeiter zwei Monate, in Bombay fast 150 000 Arbeiter zehn Wochen gegen den Versuch einer Lohnherabsetzung. Sie wurden geschlagen, weil die bürgerlichen Führer sich systematisch einer Verbindung der beiden Streiks widersetzten. In den letzten vier Wochen wurde dann der Streik in Bombay von Führern aus der Arbeiterschaft, die zur Verhinderung des Verrats der bürgerlichen Führer gewählt waren, geführt. Die Eisenbahner wollten einen Unterstützungsstreik führen, wurden aber von den Führern daran gehindert.

1925 wurde die Bewegung noch stärker und unabhängiger. Sieben Eisenbahnerverbände bildeten einen allindischen Verband mit etwa 200 000 Mitgliedern. Zwei Monate lang streikten 52 000 Eisenbahner auf der Nordwest-Linie, unterstützt durch große Massendemonstrationen. Zum erstenmal streikten hier englische und indische Arbeiter gemeinsam. In Bombay wurden 165 000 Textilarbeiter zum Zweck der Lohnherabsetzung ausgesperrt. Der Kampf wurde durch ein von den Arbeitern gewähltes Streikkomitee geführt, von außen, insbesondere durch die Textilarbeiter der USSR, unterstützt und endete nach mehr als zehn Wochen Kampf siegreich. Die Textilarbeiter von

Bombay waren immer schlecht organisiert, da die Fabriken in einheimischen Händen sind und die bürgerlichen Arbeiterführer deshalb die Kapitalisten schonten. Nach dem Streik hat sich aber ein kräftiger Verband unter proletarischer Führung entwickelt.

Die Gewerkschaften sind halblegal. Das jüngst angenommene Gewerkschaftsgesetz gibt den Arbeiterorganisationen unter folgenden Bedingungen Legalität: Gesetzmäßige Anmeldung, Vorlegung der Listen und Rechnungsbücher an die Behörden, Ausschaltung politischer Zwecke, Ausschließung derjenigen, die nicht in der betreffenden Industrie beschäftigt sind, von dem Recht, zu Gewerkschaftsangestellten gewählt zu werden. Die Arbeiter haben kein Wahlrecht zum Parlament. Statt dessen ernennt die Regierung einige Mitglieder für die Landesversammlung und die provinzialen Versammlungen als Arbeitervertreter. Der TUC verlangte in seiner letzten Sitzung die Schaffung einer besonderen Arbeiter-Kurie für die Parlamentswahlen.

Politische Arbeiterparteien

Es gibt keine Sozialdemokratie. Zugleich mit der Gründung des TUC begann 1920 die Bewegung für Gründung der Labour Party. Doch hat sie seitdem, trotz wachsender Unterstützung durch die britische Labour Party, wenig Fortschritte gemacht. 1925 waren Vertreter der britischen Labour Party in Indien, um die Möglichkeiten einer unter englischem Einfluß stehenden Labour Party-Gründung zu prüfen. Doch fanden sie nur bei einigen Intellektuellen Entgegenkommen. Die objektiven Bedingungen für eine solche Gründung fehlen in Indien, da die junge Arbeiterklasse hier aus nationalen und Klassenerwägungen eine revolutionäre Politik machen muß.

Die Kommunistische Partei wurde 1921 im Auslande von einer kleinen Gruppe gegründet. In den ersten zwei Jahren ihres Bestehens konnte sie nur durch eine im Auslande erscheinende Zeitung und sonstige Literatur eine ideologische Propaganda führen. Diese Propaganda hatte einen großen Einfluß auf die nationale Bewegung, da sie den revolutionären Kleinbürgern die Augen über die Grundlagen der Kompromißpolitik der Führer öffnete. Die wirklichen Schwierigkeiten begannen aber erst mit dem Versuch der Schaffung einer Organisation. Jeder Versuch wurde durch behördliche Unterdrückung vereitelt. Die Partei blieb dezentralisiert, bestand aus Gruppen und Einzelpersonen im ganzen Lande, ohne einheitliche politische Linie und zentrale Leitung. Trotzdem wuchs ihr Einfluß innerhalb des Nationalismus und der Arbeiterschaft. 1924 versuchte man die Einberufung einer Landeskonferenz. Die Organisatoren derselben wurden jedoch sofort verhaftet und die Konferenz verhindert. Von Zeit zu Zeit gibt es Massenverhaftungen, auch bei dem geringsten Verdacht kommunistischer Agitation oder Verbindung mit ausländischen

Kommunisten. Die Verhafteten werden nicht einmal abgeurteilt, sondern einfach als „bolschewistische Agenten" im Gefängnis gehalten.

Alle Unterdrückungen konnten jedoch das Wachstum des politischen Einflusses der kommunistischen Bewegung nicht hemmen. Die Regierung behandelte die Kommunisten als ihren Hauptfeind und versuchte alles, um die Bewegung im Anfangsstadium zu unterdrücken. Das Ergebnis war der berühmte Prozeß der „bolschewistischen Verschwörer", der unter der englischen Labour-Regierung stattfand. Acht Kommunisten, von denen man nur sechs hatte verhaften können, waren wegen versuchter Bildung einer Arbeiter- und Bauernpartei mit dem Ziel des gewaltsamen Sturzes der Regierung angeklagt. Als Beweis wurde ihre Korrespondenz mit den im Ausland lebenden Kommunisten vorgebracht. Vier wurden verurteilt, jeder zu vier Jahren schweren Kerkers. Der Prozeß verfolgte den Nebenzweck, die Nationalisten abzuschrecken.

Sofort nach dem Prozeß wurde am Ort desselben, in Cawnpore, eine Kommunistische Partei organisiert, eine offensichtliche Polizeiprovokation, da das Gericht kommunstische Organisationen als Verschwörung erklärt hatte. Die illegalen kommunistischen Gruppen warnten die Arbeiter mit dem Ergebnis, daß die Partei nach anderthalb Jahren legaler Existenz 73 Mitglieder hatte. Ende 1925 berief die Polizeipartei eine kommunistische Landeskonferenz ein. Der Verlauf war überraschend. Die Konferenz wies fast 7000 Teilnehmer auf und wurde durch mächtige Arbeiter- und Bauerndemonstrationen begrüßt. Alle illegalen kommunistischen Gruppen nahmen an der Konferenz teil und benutzten sie zur Legalisierung der KP. Die Provokateure wurden ausgeschlossen. Die neugeschaffene Partei ist natürlich in einer schwierigen Lage. Vielleicht ist sie verboten, bevor diese Zeilen erscheinen. Jedenfalls aber ist es gelungen, eine einheitliche Partei zu schaffen, die weiterarbeiten wird, auch wenn man sie in die Illegalität treibt. Die Mitgliederzahl ist zwischen acht- und zehntausend. Die Partei stützt sich einerseits auf den revolutionären Flügel der Nationalisten, andererseits auf die Gewerkschaften.

Die Mitglieder des Zentralkomitees sind teils Mitglieder der Exekutive des Nationalkongresses, teils der Exekutive des TUC. Die fünf Provinzsekretäre sind sämtlich Gewerkschaftsangestellte.

M. N. Roy.

Nepal

Formell unabhängiges Königreich nördlich von Indien im Himalaya; in Wirklichkeit eine englische Kolonie. Ausdehnung: 140 000 Quadratkilometer; Bevölkerung ungefähr 5,6 Millionen. Herrschendes Volk sind die Gurkhas. Wirtschaft unentwickelt, keine Arbeiterbewegung.

Föderierte Malayische Staaten

In den föderierten Malayischen Staaten (71 516 qkm) sind vier Staaten vereinigt:

Perak	20 280 qkm
Selangor	8 206 qkm
Negri Sembilan	6 630 qkm
Pahang	36 400 qkm

An der Spitze jedes Staates steht nach der Form ein Sultan; in Wirklichkeit werden sie aber ungefähr seit 50 Jahren von der englischen Bourgeoisie beherrscht. Die Föderation wurde 1895 gebildet.

Bevölkerung: 1911: 1, 1921: 1,3, 1924: 1,4 Millionen. Nach der Volkszählung 1921: 500 000 Malayen, 500 000 Chinesen, 300 000 Inder, 5686 Europäer.

Die Zahl der Lohnarbeiter kann auf 400 000 geschätzt werden; davon ist die Hälfte in der Landwirtschaft, die Hälfte in anderen Wirtschaftszweigen, hauptsächlich im Bergbau, beschäftigt.

Landwirtschaft: Nur 13,8 Prozent des Landes ist im Privatbesitz, das restliche Land gehört dem Staate. Bebaute Fläche (1924) in 1000 ha:

Reis	75
Kokospalmen	86
Kautschuk	492
Andere	78
Insgesamt	731

1924 wurden 142 264 t Kautschuk produziert. Die Verteilung der Kautschukproduktion nach Größe der Plantagen war folgende:

Ueber 40 ha	95 854 t
10 bis 40 ha	9 420 t
Kleinbesitz	36 990 t

Bergbau: Das wichtigste ist der Zinnbergbau; in den Zinnbergwerken waren 1924 114 278 Arbeiter beschäftigt. Außer Zinn wird noch Wolfram, Gold, Kohle (1924: 372 795 t) gewonnen.

In den letzten fünf Jahren wurden 150 Millionen Goldmark in neuen Unternehmungen investiert.

Länge der Eisenbahnen: 1900 km.

Außenhandel:

	Millionen Dollar [1])		1000 Tonnen	
	Einfuhr	Ausfuhr	Zinn-Ausfuhr [2])	Kautschuk-Ausfuhr
1913	86,4	148,7	50,1	23,7
1923	89,1	197,1	37,7	101,3
1924	97,4	212,9	44,0	93,5

[1]) 1 Dollar = ca. 2 Goldmark.
[2]) Reduziert auf Metall-Basis. 85 Prozent des Zinns wurde aber in Form von Zinnerz ausgeführt.

Britisch-Ostafrika

Britisch-Ostafrika umfaßt die folgenden Gebiete:

	Oberfläche (in 1000 qkm)	Bevölkerung
Kenya, Kolonie und Protektorat	551	2 360 000
Uganda, Protektorat	287	3 127 000
Tanganjika-Territorium[1])	949	4 122 000
Zanzibar, Protektorat[2])	2,6	197 000
Insgesamt:	1790	9 806 000

Von der Bevölkerung sind 66 166 Asiaten, Araber und Hindus und 13 657 Europäer.

Das überwiegende afrikanische Element spielt nicht die geringste Rolle bei der Regierung der Kolonien. Um die einheimische Bevölkerung zur Arbeitsleistung für die weißen Ausbeuter zu zwingen, wird der Boden durch schwere Steuern enteignet, und wo dies alles nicht ausreicht, wird Zwangsarbeit, die der Sklavenarbeit gleichkommt, angewandt.

Das Kolonialamt ist bestrebt, aus diesen Gebieten eine einzige Kolonie zu bilden. Es besteht für Kenya, Uganda und Tanganjika der gleiche Zolltarif.

K e n y a : Die besten Teile des Bodens schon in europäischem Besitz. Wichtigste Produkte: Reis, Kokosnüsse, Baumwolle, Erdnüsse, Rohrzucker; im Hochland Kaffee, Mais, Weizen, Sisal. Länge des Eisenbahnnetzes: 2160 km (davon 808 km noch zum Teil im Bau).

U g a n d a : Das wichtigste Produkt ist die Baumwolle. Die Baumwollproduktion nahm in den letzten Jahren bedeutend zu. Eisenbahnwesen unentwickelt.

Z a n z i b a r : Der Boden in Händen arabischer Gutsbesitzer. Der größte Teil des Weltbedarfs an Gewürznelken wird durch die Produktion von Zanzibar gedeckt. Drei Millionen Gewürznelkenbäume auf 19 000 ha und 2,5 Millionen Kokospalmen auf 22 000 ha sind die wichtigsten Bestandteile der Landwirtschaft des Landes.

T a n g a n j i k a : Tropische Land- und Forstwirtschaft. Eisenbahnnetz 1824 km.

Arabien

Die ganze arabische Halbinsel hat etwa 2 237 000 qkm und schätzungsweise 5 bis 6 Millionen Einwohner. Der größte Teil der Fläche ist Wüste und Steppe. Staatenbildung nur wenig ausgeprägt.

[1]) Ehemals Deutsch-Ost-Afrika, jetzt britisches Mandatsgebiet.
[2]) Besteht aus den Inseln Zanzibar und Pemba.

Nomadische, halbnomadische und angesiedelte Stämme; meistens nur ihren eigenen Scheichs untertan. Die Zahl der „Beduinen", d. h. nomadischen Araber, ungefähr 1,5 Millionen. In den Oasen von Zentralarabien und den fruchtbaren Küstenländern gibt es Staaten:

I. Britisch Arabien: Aden mit der Insel Sokrata, Kuria-Muria-Inseln, Bahrein-Inseln.

II. Unabhängiges Arabien: größtenteils allerdings nur formell unabhängig, tatsächlich meist unter britischem Einfluß; 1. Königreich Hedschas, 2. Emirat Nedschd und Hasa, 3. Emirat Dschebel Schamar, 4. Prinzipat Assir, 5. Imadat Yemen, 6. Sultanat Oman, 7. Sultanat Kuweit, 8. Emirat Kerak oder Transjordanien.

Britische Gebiete

Aden: Sehr wichtige Kohlenstation und starke Festung an der Hauptstraße des Seeverkehrs nach Indien. Bis 1921 gehörte Aden (mit der Insel Perim, die an der engsten Stelle des Roten Meeres liegt und daher eine wichtige Position ist) administrativ zu Britisch-Indien. Einwohnerzahl 1911: 46 000. Ausfuhr: Kaffee.

Insel Sokotra (administrativ zu Aden): 12 000 Bewohner.

Kuria Muria (administrativ zu Aden): Vom Sultan von Maskat (Oman) an England zu Kabelzwecken abgetreten.

Hadramut (südarabisches britisches Protektorat): Teils formell, teils tatsächlich unter britischer Kontrolle. Bewohner: etwa 500 000.

Bahrein-Inseln: Im Persischen Golf, 110 000 Einwohner, die städtische Bevölkerung Araber und Neger. Berühmt durch die Perlenfischerei, Datteln, Segeltuch, Matten.

Unabhängiges Arabien

Yemen: An der südlichen Küste des Roten Meeres. An Fruchtbarkeit der weitaus wertvollste Teil der ganzen Halbinsel. Ausdehnung etwa 174 000 qkm. Bevölkerung: etwa 1 Million. Produkte des tropischen Ackerbaus, Hauptartikel: Kaffee, Häute. Häfen: Mocha und Hodeida (je etwa 40 000 Einwohner). Yemen ist ein noch unabhängiger Staat.

Fürstentum Asir: Nördlich von Yemen. Fläche wegen loser Staatenbildung nicht bestimmbar. Einwohnerzahl nach englischen Schätzungen 1 Million.

Königreich Hedschas: An dem nördlichen Küstengebiet des Roten Meeres. Ausdehnung etwa 232 000 qkm, Bevölkerung auf 750 000 geschätzt. Grenzen unbestimmt. Politisch wichtig, weil die wichtigsten „Heiligen Stätten" des Islam auf seinem Gebiet liegen, was den Engländern die Möglichkeit geboten hat, eine antitürkische, auf Sicherung ihrer eigenen Herrschaft in Aegypten, Mesopotamien und Palästina hinzielende Politik der Abspaltung eines rein arabischen Kalifats zu betreiben.



Vorder-Asien

Die Staaten des Inneren und am Persischen Golf: Emirat Nedschd und El Hasa. Fläche nicht bestimmbar, Bewohnerzahl auf 250 000 geschätzt.

Emirat Dschebel Schammar: Bewohnerzahl auf 250 000 geschätzt.

Sultanat Kuweit: An der Nordwestecke des Persischen Golfes. Bevölkerung etwa 50 000. Der Sultan erhält britische Subsidien, ein britische politischer Agent residiert bei ihm. Kuweit ist als Endpunkt der Bagdadbahn berühmt.

Sultanat Oman: Am Eingang des Persischen Golfes. Nominell unabhängiger Staat. Unabhängigkeit von England und Frankreich garantiert. Bevölkerung auf 500 000 geschätzt. Meist Araber, aber mit starkem Einschlag von Negern, besonders an der Küste. Dieses fremde Rassenelement erklärt sich aus den intensiven Wechselbeziehungen zwischen Oman und Ostafrika (Sansibar). Das Land gerät mehr und mehr unter rein britischen Einfluß. Ein britischer Konsul und politischer Agent residiert in Maskat.

Politische Lage

Mit Beendigung des Weltkrieges sah der englische Imperialismus den Zeitpunkt gekommen, seine Herrschaft in Arabien als Sicherung seiner Machtstellung in Indien aufzurichten. Durch die Haschim-Dynastie wollte die britische Bourgeoisie dieses Ziel erreichen. Hussein wurde König von Hedschas und sein Sohn Feisal Emir von Irak, der andere Sohn, Abdallah, Emir von Transjordanien. Sobald Hussein seine Stellung befestigt glaubte, versuchte er sich politisch von den Engländern selbständig zu machen, wobei er verjagt und durch seinen dritten Sohn Ali ersetzt wurde. Auf diesem Wege kam ganz Arabien, mit Ausnahme des in der Mitte gelegenen Gebietes Nedschd, das von Abdul Azir Ibn Saud, dem König der Wahabiten, beherrscht wurde, unter englischen Einfluß. Die Wahabiten sind Nomaden, eine kriegerische, fanatische Sekte, die „Puritaner" des Mohammedanertums.

Während des Krieges unterstützte zwar England Ibn Saud, versuchte aber nach dem Kriege ihn zu verdrängen, um den Nedschd zu beherrschen, durch den zwei strategisch wichtige Eisenbahnlinien geplant sind. Ibn Saud verteidigte sich und unternahm mehrere Angriffe in Transjordanien und im Irak. Er erzielte aber einen entscheidenden Erfolg erst durch seinen Angriff auf Hedschas, den er nach einjährigem Kampf Ende 1925 eroberte. Der Sultan Ali floh zu seinem Bruder Feisal. Ibn Saud beherrscht nach seinem Siege ganz Nord- und Mittelarabien, weshalb auch England eine Einigung mit ihm anstrebte. Nach dem abgeschlossenen Vertrage verpflichtet sich Ibn Saud, die englischen Mandatsgebiete nicht anzugreifen und erhält dafür eine Geldunterstützung. Er anerkennt die englische Oberherrschaft über Akaba (dadurch wird die Verbindung Ibn Sauds mit Transjordanien erschwert). England verpflichtet sich aber zum freien Durchzug der Karawanen nach Syrien.

Trotz dieses Abkommens ist der Sieg Ibn Sauds kein englischer Erfolg, da er bedeutend schwerer zu lenken ist als die Haschim-Dynastie und er in Nedschd eine breitere geographische und in den Wahabiten eine stärkere militärisch-politische Basis hat.

Palästina

Oberfläche des Mandatgebietes: 23 000 qkm. Bevölkerung (Oktober 1922): Mohammedaner 590 890, Juden 83 794 (März 1926: 140 000), Christen 73 024, Drusen 7028, Sonstige 2456, insgesamt 757 182.

Jüdische Einwanderung in den letzten Jahren:

1921	1922	1923	1924	1925
8517	7844	7421	12 856	34 724

V ö l k e r r e c h t l i c h e r S t a t u s u n d R e g i e r u n g : Zu 87 Prozent arabisch, wurde Palästina ein sogenanntes „Mandatland", vom Völkerbund der englischen Regierung überlassen, um dieses Land in ein „nationales Heim" für das jüdische Volk zu verwandeln. Die jüdisch-zionistischen Organisationen bekamen Vollmacht, „mit der Verwaltung in wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten zusammenzuwirken und zu gerechten und vorteilhaften Bedingungen öffentliche Unternehmungen, Aemter und nützliche Einrichtungen zu errichten und zu leiten, soweit dies nicht durch die Verwaltung selbst geschieht."

Die Regierungsgeschäfte bestreitet eine Zivilverwaltung unter der Leitung eines englischen Oberkommissars.

Wirtschaft

L a n d w i r t s c h a f t : Palästina ist vorwiegend ein Ackerbau treibendes Land. 501 000 ha bebaut; kultivierbar, aber unbebaut sind 308 000 ha. Der jüdische Bodenbesitz war bis Ende 1924 auf eine Million Dunam (etwa 100 000 ha) angewachsen (ein Dunam = 917 Quadratmeter).

Landverteilung bei den Arabern: 120 arabische Großgrundbesitzer-Familien besitzen 75 Prozent des Grund und Bodens, während die Fellachen, 56 Prozent der arabischen Bevölkerung, nur 25 Prozent des Bodens besitzen.

Vorwiegend werden angebaut: Weizen, Gerste, Durra, Olivenöl, Linsen, Obst, Gemüse.

Ernteerträge (1000 dz):

	1919—23 Durchschnitt	1924	1925
Weizen	774	923	1018
Gerste	376	323	403
Tabak	5,3	18,4	7,4

Viehstand (1922): 108 300 Rinder, 262 000 Schafe, 483 000 Ziegen, 32 689 Esel, 19 000 Kamele.

Industrie: Am stärksten hat sich in den letzten Jahren die Bauindustrie entwickelt. Die Textilindustrie ist auch im Wachsen begriffen. Juli 1925 sind 42 Betriebe in der Textilindustrie mit einem Gesamtkapital von über 100 000 Pfund gegen 12 Betriebe mit einem Kapital von 26 000 Pfund im Jahre 1923 gezählt worden. Die englische Regierung bekämpft die industrielle Entwicklung.

Der Kleinbetrieb ist vorherrschend; die Zahl der Großbetriebe (über 100 Arbeiter) ist sehr gering.

Verkehr: Eisenbahnnetz 880 km. Wichtigste Seehäfen: Jaffa und Haifa.

Außenhandel (in Millionen ägyptischer Pfund; 1 ägypt. Pfund = 1 engl. Pfund 6 d):

	1922	1923	1924
Einfuhr	5,6	4,9	5,5
Ausfuhr	1,5	1,8	2,1

Der Export geht hauptsächlich nach Aegypten, Syrien und Großbritannien.

Politik

Die Arbeit der jüdischen zionistischen Weltorganisation in Palästina einerseits und andererseits die Macht des englischen Imperialismus in diesem arabischen Lande stützt sich auf die Balfour-Deklaration (1917), in der es u. a. heißt:

„Die Regierung seiner Majestät betrachtet die Errichtung eines Nationalheimes für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen."

Die gewaltsame jüdische Kolonisierung in Palästina und die Entwicklung der jüdisch-englischen Industrie schaffen einen ewigen Gegensatz zwischen der einheimischen Bevölkerung und den jüdischen Einwanderern. Der Gegensatz zwischen dem arabischen und jüdischen Kapital, zwischen dem ausgebeuteten und von der Scholle vertriebenen arabischen Fellachen und den jüdischen Kolonisten, zwischen dem besserbezahlten jüdischen Arbeiter und dem mehr ausgebeuteten arabischen Arbeiter, beherrscht das politische Bild Palästinas. Die englische Regierung nützt geschickt diese Gegensätze aus, indem sie einerseits als Förderer der jüdischen nationalen Bestrebungen, andererseits als Beschützerin der unterdrückten arabischen Bevölkerung auftritt und die Juden und Araber gegeneinander aufhetzt. Die Ersetzung des Militärgeouverneurs Hebert Samuel durch Lord Plumer bedeutete keinen Systemwechsel, sondern galt der erhöhten militärischen Bedeutung, die England diesem Lande beimaß. Lord Plumer bemüht sich um Schaffung einer jüdischen und einer arabischen Legion unter Leitung englischer Offiziere. Die nächsten Pläne des englischen Imperialismus sind: Ausbau direkter Linien Haifa—Bagdad, Haifa—Mossul, die Umwandlung Palästinas in eine englische Handelskolonie für Petroleum und Baumwolle mit dem Irak als Hinterland.

Arbeiterbewegung

Die Lage der arabischen und jüdischen Arbeiter ist nicht die gleiche. Während der arabische Arbeiter für 10 bis 15 Piaster (2 bis 3 Schilling) 11 bis 12 Stunden arbeitet, bekommt der jüdische Einwanderer 30 Piaster für 8 Stunden. Im allgemeinen werden die Existenzbedingungen der einheimischen Bevölkerung immer schlechter. Vor dem Kriege kamen durchschnittlich auf den Kopf 1,5 Pfund Brot, heute nur noch 0,9 Pfund. Das Wachsen der Industrie und die Konzentration des Kapitals werden von einer Zuspitzung der Klassengegensätze begleitet, die sich in dem steten Wachsen der Arbeiterkämpfe äußert. So zählte man im Jahre 1919 nur einen Streik mit 40 Streikenden und 560 verlorenen Arbeitstagen. Im Jahre 1921 9 Streiks, 233 Streikende und 3775 verlorene Arbeitstage, 1923 27 Streiks, 634, 6044; 1925 (in den ersten fünf Monaten): 30, 1334, 18 873. Infolge der andauernden Krise leidet auch der jüdische Arbeiter sehr stark. Die jüdische Delegiertenversammlung Januar 1926 (eine Art Volksvertretung) entwarf ein Bild schrecklichen Elends der jüdischen Bevölkerung in Palästina.

Gewerkschaftsbewegung

Die Sozialdemokraten bildeten eine „Gilde für öffentliche und Bauarbeiten". Sie ist eine „Vereinigung gleichberechtigter Mitglieder", die durch Vermittlung eines aus ihrer Mitte hervorgegangenen Komitees allerlei Arbeiten (Bauten, öffentliche Arbeiten, Anfertigung von Baumaterialien usw.) übernehmen und ausführen. Der Gewinn sollte gleichmäßig unter den Mitgliedern bzw. unter diejenigen, die die betreffende Arbeit ausführen, verteilt werden. Die Gilde umfaßt Chausseearbeiter aller Art, Maurer, Bau-, Holz- und Metallarbeiter. Jeder Arbeiter, der der Allgemeinen Arbeiterorganisation, „Histadrut", beitrat, wurde automatisch Mitglied der Baugilde. Dieser von der palästinischen Sozialdemokratie unternommene Gilden-Versuch scheiterte an den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft. Auf dem 2. Kongreß der Allgemeinen Baugewerkschaft Palästinas (1924) traten die kommunistischen Bauarbeiter für die Umwandlung der Gilde in eine Gewerkschaft ein.

Die Interessen sowohl der arabischen wie der jüdischen Arbeiter vertritt lediglich die Kommunistische Partei Palästinas, die bestrebt ist, den Kampf gemeinsam gegen das jüdische und arabische Kapital und den englischen Imperialismus zu führen. Aus diesen Gründen unterliegt auch die kommunistische Bewegung einer sehr starken Verfolgung seitens der Regierung und der Zionisten. Zu den Wahlen in die jüdische Delegiertenversammlung, die im Januar 1926 in Jerusalem tagte, gingen die Kommunisten unter der Parole: „Arabische und jüdische arbeitende Massen gemeinsam zum Kampf gegen den britischen Imperialismus". Sie erhielten über 1000 Stimmen, und ihr mutiges Verhalten in der Delegiertenversammlung gewann ihr Sympathien unter der Arbeiterschaft.

Transjordanien (Kerak)

Oberfläche etwa 23 000 qkm, ein großer Teil Wüste. Bevölkerung schätzungsweise 200 000, Araber, mit Ausnahme von 10 000 Tscherkessen. Nominell selbständiges Emirat unter Emir Abdallah, einem der Söhne Hussein's, des gewesenen Königs von Hedschas (dieses siehe unter „Arabien"), praktisch britisches Protektorat. Der seit 1923 vorgesehene Vertrag zwischen Großbritannien und Transjordanien ist noch nicht geschlossen worden, eine Verfassung nicht ausgearbeitet. Eine lange Strecke der Hedschasbahn läuft durch Transjordanien, die britische Flugverbindung von Aegypten nach Bagdad durchschneidet es. Landungsplatz in Amman, der Hauptstadt des Landes.

Mesopotamien (Irak)

Oberfläche: 371 000 qkm (Mossulgebiet mit einbegriffen). Bevölkerung (1920): 2 849 282. Nördliche Grenze noch nicht festgesetzt. Der Völkerbundsrat hat zwar das Mossulgebiet dem Irak zugesprochen (Bedingungen: Englisches Mandat über Irak, Autonomie für die Kurden), die türkische Regierung lehnte die Entscheidung des Völkerbundes ab, sie hat aber 1926 mit England doch ein Abkommen geschlossen. Das Mossulgebiet ist gegenwärtig von englischem Militär stark besetzt.

Rasseverhältnisse: Weitaus überwiegend Araber; im Norden (ein Teil des Wilajets Mossul, in Südkurdistan) auch Kurden; daneben auch fremde Mischungen (Türken u. a.).

Religion: Mohammedanisch, der kleinere Teil sunnitischer, der größere schiitischer Richtung (die in Persien Staatsreligion ist).

Regierungsform: Britisches Mandatgebiet, mit einem von den Engländern gelenkten König (Feissal) an der Spitze. Senat mit 20 ernannten, Unterhaus mit 85 unter dem Druck der englischen Besatzungstruppen gewählten Mitgliedern.

Wirtschaft

Das besiedelte und kultivierte Land bildet zwei lange Streifen am Euphrat und Tigris. Der Ackerbau ist in ganz Mesopotamien an künstliche Bewässerung gebunden; in den höher gelegenen Gegenden überwiegt Gerste, in tieferen Reis. Getreide, Baumwolle, Datteln, Erdnüsse sind die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte.

Baumwollproduktion in Ballen (von 400 lb.):

1920	60
1921	60
1922	300
1923	1100
1924	2400

Die Erdölschätze des Landes haben große wirtschaftliche Bedeutung, Oelvorkommen werden bereits ausgebeutet bei Gazara, nahe Mossul, und bei Mandali, nordöstlich von Bagdad.

Länge der Eisenbahnen: 1193 km. Wichtigster Seehafen: Basra.

Einfuhr 1924/25: 12,7 Millionen, Ausfuhr: 9,4 Millionen Pfund. Zwei Drittel der eingeführten Waren kommt aus England und Indien. 17 Prozent aus Persien. Baumwolle, Teppiche sind die wichtigsten Ausfuhrwaren.

Politik

Das politische Leben wird von der Regelung des Verhältnisses zu England und von dem Kampf gegen die Fremdherrschaft beherrscht. Der erste Vertrag zwischen England und Irak wurde Oktober 1922 abgeschlossen. Er bedeutete die vollständige Abhängigkeit des Landes von England und war auf 20 Jahre geplant. Dieser Vertrag wurde nicht ratifiziert; im April 1923 wurde ein zweiter abgeschlossen, wonach die Mandatsdauer auf vier Jahre nach Ratifikation des Friedensvertrages mit der Türkei herabgesetzt wurde.

Am 27. März 1924 wurde die verfassunggebende Nationalversammlung, die 100 Mitglieder zählte, eröffnet. Die sich durch Monate hinziehenden Verhandlungen fanden erst ihren Abschluß durch die Drohung Macdonalds, daß, falls der Vertrag nicht vor dem 11. Juni angenommen sei, England ihn zurückziehen und das Mandat ohne jeden Vertrag und ohne Beschränkung ausüben werde. So versammelten am späten Abend des 10. Juni der Ministerpräsident und der Vorsitzende der Versammlung ohne vorherige Anzeige diejenigen Abgeordneten, die sie leicht erreichen konnten. Von den 100 Abgeordneten kamen *neunundsechzig* zusammen, von denen *siebenunddreißig* für die Ratifizierung, 24 gegen sie stimmten. Bald danach, nach Annahme des Verfassungsgesetzes, wurde die Nationalversammlung aufgelöst. Das erste mesopotamische Parlament trat dann am 1. November 1925 zusammen. Von seinen 85 Abgeordneten gehören 52 der Fortschrittspartei an, die die Regierung unterstützt, die übrigen der Nationalen Partei, die die Opposition bildet. Im Januar 1926 hatte dieses Parlament wiederum um eine Veränderung der Dauer des britischen Mandates in Mesopotamien zu beraten. Mit größter Beschleunigung wurde das neue Gesetz durchgepeitscht. *Keine Diskussion wurde gestattet.* Die Oppositionspartei verließ zum Zeichen des Protestes gegen diesen parlamentarischen Vorgang den Saal und beteiligte sich nicht an der Abstimmung. So wurde das englische Mandat über Irak, das nach dem ersten Vertrage im Jahre 1922 nur für 20 Jahre bestimmt war, im Jahre 1926 auf 25 Jahre ausgedehnt. In dem neuen Vertrage ist vorgesehen, daß mit der Zulassung Iraks zum Völkerbunde das Mandat erlischt, eine Bestimmung, die sich bereits im ersten englisch-mesopatamischen Vertrage befunden hat, und daß die Bestimmungen des Mandates alle vier Jahre einer Prüfung unterzogen werden sollen. (Frankfurter Zeitung 14. Februar 1926.)

Die englischen Imperialisten denken aber gar nicht daran, den Irak zu verlassen. Der Irak liegt im Zentrum des Nahen Ostens, sein Besitz sichert den Weg nach Indien, erleichtert die Beherrschung Arabiens und Persiens und ermöglicht die Flankierung der Türkei. Mesopotamien ist eine wichtige Basis der englischen Bourgeoisie für die Durchführung ihrer Pläne gegen die Sowjetunion. Und militärisch ist der Besitz Mesopotamiens nur durch den Besitz Mossuls gesichert.

Daher kämpft die englische Bourgeoisie um Mossul mit allen Mitteln. Das Vorkommen von Erdöl steigert ihren Eifer noch mehr.

Aegypten

Oberfläche: 1 000 000 qkm. Bevölkerung 1923: 13 886 000. Größte Städte: Kairo (1917) 790 939, Alexandria 444 617, Port Said 91 090. Staatssprache: Arabisch. Staatsreligion: Islam.

Seit der Okkupation 1882 ist die Regierungsgewalt in Aegypten faktisch in der Hand des englischen Kapitals, als dessen bevollmächtigter Vertreter der Oberkommissar der ägyptischen Regierung in sämtlichen wichtigen Fragen „Direktiven" gibt. Im Februar 1922 wurde Aegypten durch eine Deklaration der britischen Regierung zum „unabhängigen und souveränen Staat" erklärt. Die englischen Truppen aber stehen bis zum heutigen Tage in Aegypten, und der englische Oberkommissar diktiert wie bisher der ägyptischen Regierung den Willen des englischen Kapitals.

Verfassung: Erbliches Königreich mit einer dem Parlament verantwortlichen Regierung. Das Parlament besteht aus dem Senat und der Deputiertenkammer. Zwei Fünftel der Senatoren werden vom König ernannt, die übrigen auf Grund eines beschränkten Wahlrechts gewählt. Die Deputiertenkammer in indirekter Wahl durch Wahlmänner gewählt. Auf 50 000 Wähler entfällt ein Senator, auf 30 000 ein Deputierter.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Nur das Nilland, das durch die jährlichen Ueberschwemmungen bewässert wird, ist unmittelbar zur Landwirtschaft geeignet, die anderen Gebiete müssen erst durch künstliche Bewässerungsanlagen, die jetzt mehr und mehr geschaffen werden, in kulturfähigen Zustand gebracht werden.

62 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Der überwiegende Teil der ländlichen Bevölkerung sind Zwerg- und Kleinbesitzer sowie landwirtschaftliche Arbeiter.

Verteilung des Bodens (1924)

(1 Feddan = 1038 acre = 0,42 ha.)

Größe des Besitzes in Feddan	Ausländer		Eingeborene		Gesamtfläche		Gesamtzahl der Besitzer	
	Fläche in 1000 Feddan	Zahl der Besitzer	Fläche in 1000 Feddan	Zahl der Besitzer	1000 Feddan	Prozent	Besitzer	Prozent
Bis 1	1,1	2 069	528	1 297 146	529	9,5	1 299 215	65,9
1—5	4,6	1 740	1 083	516 342	1 088	19,4	518 082	26,3
5—10	4 2	584	552	80 986	556	9,9	81 570	4,1
10—20	8,2	576	523	38 733	531	9,5	39 309	2,0
20—30	7,2	292	283	11 804	290	5,2	12 096	0,6
30—50	14,7	380	348	9 034	363	6,5	9 414	0,5
über 50	523,8	1 212	1 717	11 367	2 241	40,0	12 679	0,6
Insgesamt	563,8	6 953	5 034	1 965 412	5 598	100,0	1 972 365	100,0

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz	Fläche 1000 ha	Ertrag Mill. dz
Weizen	548	10,3	622	11,1	573	9,3	558	10,0
Gerste	155	2,6	162	2,6	151	2,3	148	2,4
Mais	708	15,0	755	17,0	759	17,2	–	–
Reis	94	3,4	75	2,2	103	3,0	–	—
Baumwolle . . .	724	3,4	720	2,9	751	3,2	808	3,5

Bergbau: Haupterzeugnisse: Phosphate (1923) 25 370, Manganerz 153 402 t, Petroleum (1924) 1 122 000, (1925) 1 054 000 Barrels.

Industrie: Hinsichtlich der Industrieartikel ist Aegypten infolge der jahrelang geübten englischen Handelspolitik auf die Einfuhr angewiesen.

Verkehr: Eisenbahnnetz (1924) 3574 km staatliche und 1363 km private Landwirtschaftsbahnen. Der größte Teil der Bahnen im Nildelta.

Verkehr durch den Suezkanal siehe im Allgemeinen Teil (Wirtschaftsstatistische Tabellen).

Außenhandel:

Ein- und Ausfuhr (in Millionen ägyptischer Pfund)

	1918	1921	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	51,1	55,5	43,3	45,3	50,7	60
Ausfuhr	45,3	36,3	48,7	58,4	65,7	63

Hauptausfuhrartikel: Rohbaumwolle und andere Agrarprodukte (Wert der ausgeführten Baumwolle 1924 56,5 Millionen).

Haupteinfuhrartikel: Baumwollerzeugnisse, Getreide usw. Eine überragende Rolle im Außenhandel spielt England.

Staatshaushalt (in Millionen Pfund)

	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Einnahmen	36,6	46,4	41,8	35,8	36,3	34,4
Ausgaben	28,9	62,0	37,7	28,2	31,5	34,3

Staatsschulden (1924): 92,4 Millionen engl. Pfund.

Politik

Politische Parteien

Ittagid: Eine reaktionäre Partei, die sich um den Hof gruppiert und den gesamten Verwaltungsapparat für ihre Ziele ausnutzt. Heute hat diese Partei ihren Kredit selbst bei der britischen

Regierung eingebüßt, die eine Zeitlang ihre Hoffnungen auf sie gesetzt hatte.

Die Liberalen-Konstitutionalisten: Die Partei besteht vor allem aus Großgrundbesitzern, Würdenträgern und angesehenen Vertretern der freien Berufe, außerdem aus dem nicht der „Wafd" angeschlossenen Teil der liberalen mohammedanischen Geistlichkeit. Die liberalen Konstitutionalisten treten für eine Verständigung mit England ein und ihrethalben sind sie zu allen möglichen Zugeständnissen bereit. Ein erheblicher Teil der Partei ist in der letzten Zeit zu einer Annäherung an Zaglul geneigt.

Watani: Die Partei der Watanisten vertritt überwiegend das städtische Kleinbürgertum, Angestellte und Angehörige freier Berufe. In ihrer Einstellung England gegenüber stehen die Watani-Nationalisten weiter links als Wafd. Bis vor kurzem hat die Partei noch den Einfluß Zagluls erbittert bekämpft und betrachtete Verhandlungen mit den Engländern vor dem Abzug der britischen Truppen aus Aegypten als ausgeschlossen. Im Zusammenhang mit der politischen Krisis, die seit der Ermordung des Generals Lee Stack andauert, macht sich bei den Watanisten die Tendenz einer Annäherung an Wafd geltend. Der heftige Radikalimus auf dem Gebiete der äußeren Politik macht die Watanisten freilich noch nicht zu Radikalen auf dem Gebiet der ägyptischen Innenpolitik. Weder Wafd, noch die Watanisten sind Republikaner. Auch in der Arbeiter- und Agrarfrage haben die Watanisten kein exaktes Programm, das einigermaßen den Interessen der breiten schaffenden Massen entspräche, aufzuweisen.

Wafd: Die stärkste und bestorganisierte Partei ist die Wafd (nationale Delegation). Die soziale Zusammensetzung der Partei ist außerordentlich bunt: von den Großgrundbesitzern bis zu den ärmsten Fellachen und Arbeitern. Ihr Führer ist der greise Saad Zaglul Pascha. Die Partei sucht die völlige nationale Unabhängigkeit Aegyptens, womöglich mit friedlichen Mitteln, zu erreichen; sie ist zu einem Abkommen mit dem britischen Imperialismus bereit, doch nur innerhalb bestimmter Grenzen. Sie fordert die Rückziehung der britischen Truppen aus Aegypten, ist aber mit einem beliebigen militärischen Abkommen einverstanden, sofern es eine Neubesetzung Aegyptens unter irgendeinem wohlwollenden Vorwand ausschließt. Außerdem fordert sie die Anerkennung des Sudans als ägyptisches Gebiet.

Die ägyptischen Grundbesitzer befürchten von der Konkurrenz der Sudanbaumwolle eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Interessen und wollen die Baumwollgebiete resp. die zur Baumwollkultur geeigneten Gebiete im Sudan selbst in Beschlag nehmen, statt sie dem englischen Baumwollsyndikat abzutreten. Dazu kommt, daß das übervölkerte Aegypten mit Leichtigkeit die zur Entwicklung der Baumwollkultur erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen vermag.

Auf innerpolitischem Gebiet und namentlich hinsichtlich der Arbeiter- und der Agrarfrage besitzt Wafd keinerlei bestimmtes Programm und Zaglul hat während seiner Regierungszeit von Januar

bis November 1924 die Arbeiterbewegung und die ägyptische Kommunistische Partei nicht minder verfolgt als die früheren Regierungen.

Die Wahlen Januar 1924 haben der Zaglul-Partei einen großen Sieg gebracht. Die Mandate im Parlament verteilten sich folgenderweise: Zaglulisten 176, Liberale 21, Nationalisten 2, Unabhängige 15, Zaglul hat die Regierung übernommen, er versuchte mit England eine Einigung herbeizuführen, er verhandelte in London mit Macdonald; der Versuch ist aber an der Sudanfrage gescheitert. Die Wellen der nationalen Bewegung schlugen inzwischen immer höher, und nach dem Scheitern eines Abkommens mit England wurde der englische Kommandierende General Lee Stack im November 1924 ermordet. Die Ermordung Lee Stacks gab der britischen Regierung den erwünschten Anlaß, die ägyptischen Truppen und Beamten aus dem Sudan zu entfernen und das reiche Territorium, das immense Entwicklungsmöglichkeiten für die Baumwollkultur birgt, gänzlich zu besetzen.

Die Regierung Zaglul wurde auf englisches Verlangen entfernt und eine Regierung Ziwar-Paschas eingesetzt. Ziwar wurde in der ersten Zeit von der Partei Ittagid und den Liberalen Konstitutionalisten unterstützt. Die neue Regierung hat Neuwahlen ausgeschrieben. Infolge des Wahlterrors ist die Mandatezahl der Wafd zurückgegangen, das neue Parlament hat aber im März 1925 trotzdem Zaglul mit großer Stimmenmehrheit als Kammerpräsident gewählt, worauf es gleich aufgelöst wurde. Die Basis der Willkürherrschaft wurde aber immer schwächer. Die Koalition zwischen Ittagid und Liberalen Konstitutionalisten ging im September 1925 in die Brüche, da die Hofpartei ein autokratisches Regime anstrebte. Die Liberalen Konstitutionalisten beriefen ihre Vertreter aus der Regierung zurück. Am 21. November 1925 versammelten sich 170 Deputierte und 66 Senatoren in Kairo, erklärten die Auflösung des Parlamentes für verfassungswidrig und wählten Zaglul Pascha wieder zum Präsidenten der Kammer. Die Unterdrückungsmaßnahmen haben die nationale Bewegung gestärkt und die Entwicklung hat gezeigt, daß die Bewegung sich immer mehr dem revolutionären Weg nähert. Die Regierung Ziwar wagte nicht, die geplante Einschränkung des Wahlrechts durchzuführen und sah sich Mitte Februar gezwungen, mit der nationalen Opposition eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß das alte Wahlgesetz bleibt und Neuwahlen durchgeführt werden, an denen sich die oppositionellen Parteien beteiligen. Die Neuwahlen Ende Mai 1926 haben der Zaglul-Partei eine überwältigende Mehrheit, der Ziwar-Regierung eine volle Niederlage gebracht.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung: 1922 wurde in Alexandria der Gewerkschaftsbund gegründet, dem die am meisten klassenbewußten Arbeiterelemente angehörten und der sich als Führer der Streikbewegung die Sympathien der breitesten Arbeitermassen eroberte. Die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes zog 1923 Verfolgungen seitens der Regierung nach sich, die Mitglieder ihres

Zentralkomitees wurden verhaftet und erst nach Verkündigung der ägyptischen Konstitution und Aufhebung des Belagerungszustandes, der seit Beginn des Krieges geherrscht hatte, in Freiheit gesetzt. Am Vorabend der Wahlen, im September 1923 legte die Regierung dem ersten ägyptischen Parlament eine Reihe von Ergänzungsbestimmungen zum Strafgesetzbuch vor, die sich gegen die Arbeiterbewegung und die Propaganda „zerstörerischer Ideen" richteten. Streik in Betrieben von öffentlicher Wichtigkeit sollen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten geahndet werden, die „Erregung von Haß oder Verachtung gegen die bestehende Ordnung" resp. die Propaganda der gewaltsamen Aenderung der Grundlagen der Gesellschaftsordnung mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, Anschläge gegen die „Freiheit der Arbeit" mit Gefängnis bis zu einem Jahr. Als die nationalistische Zaglul-Regierung Anfang 1924 an die Macht kam, hat sie dieses Zuchthausgesetz in vollstem Umfange angewandt. Im Zusammenhang mit einer Reihe von Streiks in Alexandria und Umgebung im Februar/März 1924, bei denen die Arbeiter Privatbetriebe besetzten, um die Arbeitsaufnahme durch Streikbrecher zu verhindern, wurde der Gewerkschaftsbund aufgelöst, damit hörte sein legales Bestehen auf. Um die Arbeiterbewegung in ein der Regierung genehmes Fahrwasser zu lenken, begann die Regierung eigene Gewerkschaften und eine von ihren Agenten geleitete eigene Konföderation der Arbeit zu gründen. Nach dem Sturze Zagluls schlug die neue Regierung die gleiche Taktik der Arbeiterbewegung gegenüber ein und ermunterte die wohlgesinnten Gewerkschaften durch Unterstützungen aus der königlichen Kasse. Für den Oktober 1925 war ein Gewerkschaftskongreß geplant, auf dessen Programm Fragen standen, wie Legalisierung der Gewerkschaften, Wohnungsfrage, ärztliche Hilfe für die Arbeiter, Regulierung des Arbeitstages und Lohnes und dergleichen mehr. An dem Kongreß sollten 668 Delegierte von 105 großen und 22 kleinen Verbänden mit insgesamt 70 000 Mitgliedern teilnehmen. Dieser Kongreß kam jedoch nicht zustande. Offenbar beginnt die Regierung sogar, die von ihren eigenen Agenten geleiteten Gewerkschaften zu fürchten, in die infolge des Fehlens anderweitiger legaler Organisationsmöglichkeiten auch die klassenbewußten ägyptischen Arbeiter eintreten.

Die Kommunistische Partei: 1921 entstanden, nannte sie sich anfangs Sozialistische Partei, bis sie nach dem 4. Kongreß der Komintern 1923, auf dem sie vertreten war und dessen Bedingungen sie annahm, ihren Namen in Kommunistische Partei Aegyptens abänderte. Trotz des Belagerungszustandes arbeitete die Partei offen, wobei sie im Zusammenhang mit der Streikbewegung und ihren Anstrengungen, vom bürgerlich-nationalistischen und Regierungseinfluß unabhängige Gewerkschaftsverbände zu gründen, den Verfolgungen der Regierung ausgesetzt war. Anfang 1924 zählte die Partei über 1000 Mitglieder und hatte eine führende Position in dem von ihr geschaffenen Gewerkschaftsbund inne. Ihr Einfluß konzentrierte sich namentlich auf Kairo und Alexandrien. Die nationalistische Regierung Zagluls verfolgte die Partei ebenso wütend wie ihre Vorgänger. Das Zentralkomitee der Partei und die Leitung der Gewerkschaften wurden verhaftet, die Parteiräume versiegelt. Eine Reihe führender Genossen wurde vor

Gericht gestellt und im Herbst 1924 zu dreijähriger Zwangsarbeit verurteilt. Nach diesen Verhaftungen war die Partei gezwungen, eine illegale Tätigkeit auszuüben. Ende Mai 1925 traf sie ein neuer Schlag, von dem sie sich zurzeit noch nicht wieder erholt hat.

Bulgarien

Oberfläche: 103 146 qkm (vor dem Weltkriege 114 425 qkm).

Bevölkerung: (1925) 5 033 900. Davon (1920) 3 880 596 ländliche, 966 375 städtische Bevölkerung.

Nationalitäten: (1920): Bulgaren 4 036 056, Türken 520 339, Zigeuner 98 451, Rumänien 57 312, Griechen 42 074, Juden 22 099, Armenier 11 509, andere 59 131.

Religion: Orthodoxe 4 061 829, Mohammedaner 690 734, Israeliten 43 232, Katholiken 34 072, Armenier-Gregorianer 10 848, Protestanten 5617, andere 639.

Berufsgliederung (1910)

Landwirtschaft	Industrie u. Kleingewerbe	Handel u. Banken	Verkehr	Staatsangestellte	Pensionierte u. Rentenempfänger	Bergbau	Andere
3 265 542	430 818	198 225	87 078	64 557	40 421	4 749	246 133

Verfassung: Konstitutionelle Monarchie. Narodno Sobranje (Parlament): 226 Mitglieder, auf vier Jahre gewählt. Allgemeines gleiches Wahlrecht aller Männer über 21 Jahren. Wahlpflicht. Bis 1923 Proportionalwahlsystem. Nach dem neuen Wahlgesetz eine Kombination eines proportionalen und eines Pluralsystems.

Die erweiterte Narodno Sobranje mit der doppelten Abgeordnetenzahl wird nur bei Verfassungs- und Gebietsveränderungen sowie bei Uebertragung der Regierung eines anderen Staates an den Zaren einberufen.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Bulgarien ist vorwiegend Agrarland. Verteilung nach Kulturen 1922:

Ackerland, Weinberge, Gemüse, Obst und Rosengärten	3 653 325 ha	= 35,42 %
Wiesen und Weiden	1 446 967 ha	= 13,01 %
Wald	2 882 159 ha	= 28 %
Unproduktiv	2 332 149 ha	= 22,57 %

Von der gesamten genutzten Fläche von 7 982 451 ha sind 4 630 083 ha Privateigentum und 3 352 368 ha öffentliches, Staats-, Vereins-, Gemeinde-, Kirchen- usw. Eigentum.

Besitzverteilung (1908)

	Gesamtfläche in 100 ha	Zahl der Eigentümer in 1000	Parzellen in 1000
bis 5 ha	220	88	140
von 5 „ 10 „	423	57	171
„ 10 „ 30 „	2 702	164	1 055
„ 30 „ 50 „	4 342	109	1 497
„ 50 „ 100 „	12 334	172	3 352
„ 100 „ 200 „	13 825	102	2 610
„ 200 „ 500 „	7 674	28	899
„ 500 „ 2000 „	2 545	2	135
„ 2000 „ 5000 „	810	0,272	19
über 5000 „	1 114	0,099	9

Seit 1908 hat sich die Bodenverteilung wesentlich verändert. Der Großgrundbesitz hat zahlenmäßig und der Größe nach stark ab- und der bäuerliche Mittel- und Kleinbesitz zugenommen. Ein Teil des Großgrundbesitzes (gerade die größten Besitzungen) liegt in der Süd-Dobrudscha, die nach dem Krieg an Rumänien fiel. Ein anderer Teil wurde von der in den Jahren 1920 und 1921 durchgeführten teilweisen Agrarreform der Bauernregierung Stambulinski betroffen. Durch die Reform wurden von 717 Gütern von mehr als 30 ha mit einer Gesamtfläche von 40 650 ha enteignet und unter 74 596 landarme (57 471) und landlose (17 125) Bauernfamilien zu niedrigen Preisen, unter Gewährung von Zahlungserleichterungen verteilt. Die weitere Durchführung der Agrarreform wurde von der Regierung Zankoff sabotiert.

Landwirtschaftliche Produktion: Die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion Bulgariens bildet die Getreide- und Tabakproduktion.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	Anbaufläche in 1000 ha				Ertrag in 1000 t			
	1912	1923	1924	1925	1912	1923	1924	1925
Weizen	1 168	932,1	996,4	1 026,7	1 218	986	771	1 351
Mais	643	552,0	592,8	619,6	723	682	693	718
Gerste	250	220,0	212,4	220,2	271	241	173	319
Roggen	214	141,9	167,4	183,2	214	174	112	226
Hafer	176	149,8	151,0	143,1	126	133	107	148

Die durch den Krieg schwer getroffene Bauernwirtschaft hat sich also von Jahr zu Jahr erholt und nähert sich dem Vorkriegsstande. Diese Angaben sind mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen. Nach den ausgeführten Ueberschüssen scheint die Getreideproduktion bis Ende 1922 und teilweise auch bis Mitte 1923 gestiegen zu sein, während seither eine bedeutende Verschlechterung eingetreten ist. (Mit Ausnahme von Mais und Bohnen.) Infolge des Staatsstreiches, der zwei Aufstände, der unausgesetzten Verfolgungen, Morde, Massenverhaftungen und infolge der allgemeinen Unsicherheit überhaupt für Arbeiter und Bauern blieb die wirkliche Anbaufläche sowohl für Mais als auch für alle anderen Getreidearten hinter den offiziellen Angaben zurück.

Die Tabakproduktion nahm nach Kriegsende an Stelle des durch die Reblaus vielerorts vernichteten Weinbaus und nach Angliederung der beiden für den Tabakbau besonders günstigen Kreise Petritsch und Newrokop schnell zu und wurde neben der Getreideproduktion die zweite Bereicherungsquelle für die bulgarische Bourgeoisie.

Anbaufläche für Tabak in ha						Ertrag in 1000 Tonnen					
1912	1921	1922	1923	1924	1925	1912	1921	1922	1923	1924	1925
8 891	23 437	33 630	153,6	47 000	51 000	5	16	26	38	43,7	40,8

Seit 1922 überragt der Wert der Tabakausfuhr die Ausfuhr aller anderen Erzeugnisse:

Ausfuhr (in Millionen Lewa)

	1921	1922	1923	1924
Tabak	569	1169	1065	1828
Mais	165	327	503	1002
Weizen	488	886	530	824

Die Ausdehnung der Tabakproduktion in Bulgarien wurde vor allem durch die zeitweilige Ausschaltung der zwei wichtigsten europäischen Tabakproduzenten, Griechenland und Türkei, vom Markte begünstigt. Seit aber Griechenland (seit Ende 1924) seine Tabakproduktion wieder gehoben hat, wird Bulgarien wieder verdrängt. Die Folge war in der zweiten Hälfte 1924 eine schwere Katastrophe der bulgarischen Tabakproduktion. Die Hälfte der Ernte 1924 und fast die ganze Ernte 1925 blieben unverkauft und unausgeführt. Die unverkauften Vorräte beliefen sich Ende 1925 auf mehr als 45 000 000 kg.

Außer Getreide und Tabak haben noch Bohnen und Zuckerrübenkulturen, Weinberge und Rosengärten, ferner der Anbau von Reis und Futterpflanzen größere Bedeutung in der landwirtschaftlichen Produktion.

Viehstand (1920): Pferde 398 000, Rinder 1 877 000, Schafe 8 922 000, Schweine 1 089 000.

Forstwirtschaft:

Wälder (1924)

Staatliche Forste einschl. unbewaldeter Flächen und Weideflächen	788 103 ha
Gemeindebesitz	1 500 819 ha
Kloster-, Kirchen- und Schulenbesitz	56 210 ha
Privatbesitz	541 027 ha
Insgesamt:	2 886 159 ha

Bergbau

Produktion in 1000 t

	1912	1922	1923	1924	1925
Steinkohle	312	1021	1064	1215	1220
Kupfererz	20	24	24	26	—
Bleierz	5	3	4	8	—

Der größte Teil der Kohlenbergwerke ist Staatsbesitz.

Industrie: Die Industrie Bulgariens ist schwach entwickelt. Hauptgründe hierfür sind Mangel an Kapital und die starke ausländische Konkurrenz. Im Jahre 1921 waren 1544 industrielle und gewerbliche Unternehmen registriert, in der Hauptsache kleinere mit wenig mehr als zehn Arbeitern. Dem Kapital, der Zahl der Arbeitskräfte und der maschinellen Einrichtung nach sind folgende Industriezweige von Bedeutung: Textil, Mühlen, Tabak, Zucker und Sägemühlen.

Gewerbliche Unternehmen (1921)

Industriezweige	Zahl der Unternehmen	Zahl der Arbeiter	Betriebskapital in 1000 Gold-Lewa	Rohmaterialienverbrauch in 1000 Gold-Lewa	Jahreserzeugnis in 1000 Gold-Lewa
Lebensmittel	749	7 567	81 552	88 658	17 059
Tabak	167	19 996	8 700	33 317	47 677
Bergbau	28	9 637	3 646	2 257	13 733
Metall	90	4 531	21 455	2 832	5 557
Textil	107	4 482	23 838	8 651	15 468
Ziegeleien	117	4 074	20 581	817	5 504
Holz	112	1 707	10 233	2 696	4 492
Leder	59	847	4 817	4 669	5 641
Graphische	27	1 343	7 328	1 848	5 449
Papier	12	515	1 554	345	768
Elektrizitätswerke	14	194	13 120	31	1 155
	1 482	54 893	196 824	146 121	122 503

Im Jahre 1925 ist eine Steigerung der Produktion in der Textil-, Leder-, Holzbearbeitungs-Industrie und der verschiedenen Baumaterialien (Zement, Ziegeln u. ä.) zu verzeichnen. Die Produktion der Lebensmittelindustrie ist um 15 Prozent zurückgegangen, die Arbeiten bei den Manipulationen mit Rohtabak (Sortieren, Lagern, Reinigen u. a. des Rohtabaks) sind um 70 Prozent gegen 1924 zurückgegangen. Gleichzeitig haben alle Zuckerfabriken wegen Ueberproduktion die Arbeit eingestellt. Die übrigen Industriezweige weisen im allgemeinen eine Abnahme der Produktion von ca. 5 Prozent auf.

Außenhandel

Menge in 1000 kg

	1912	1923	1924
Ausfuhr	757 056	337 420	390 428
Einfuhr	573 246	313 754	387 243

Wert in 1000 Lewa

	1912*)	1923	1924	1925
Ausfuhr	156 407	3 537 135	4 902 226	5 642 463
Einfuhr	213 100	5 120 660	5 577 311	7 291 402
Bilanz	— 56 693	— 1 583 525	— 675 085	— 1 648 939

Die wichtigsten Ausfuhrwaren: Getreide, Tabak, Rosenöl. Die wichtigsten Einfuhrwaren: Textilwaren, Metalle, Maschinen.

*) Gold-Lewa.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 1923: 2614 km. Häfen am Schwarzen Meer: Warna, Burgas.

Finanzen und Geldwesen

Staatshaushalt (in 1000 Lewa)

	1911/12	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26	1926/27
Einnahmen	203 840	4 453 717	5 365 522	6 604 250	6 858 000	7 529 500
Ausgaben	202 844	4 512 019	5 470 645	6 899 860	6 858 000	7 529 500
	+ 996	— 58 309	— 105 123	— 295 610	—	—

Staatsschulden (30. Juni 1925)

Ausländische konsolidierte Schulden	2 830,5 franz. Gold-Frcs.
Ausländische nicht konsolidierte Schulden	369,7 franz. Gold-Frcs.
Inländische konsolidierte Schulden	242,9 Papier-Lewa
Inländische nicht konsolidierte Schulden	4 617,2 Papier-Lewa

Währung. Für 1 Dollar wurden bezahlt:

Parität	Ende 1922	Ende 1923	Ende 1924	Ende 1925
5,—	128,—	100,—	138,—	138 Lewa.

Politik

Politische Parteien

1. Liberale Partei (Radoslawoff-Partei, genannt nach ihrem früheren Führer Radoslawoff). Soziale Zusammensetzung: Großgrundbesitzer, Hausbesitzer, Mühlenindustrie, höhere Staatsbeamte und Offiziere, ein Teil der Getreideexporteure und politische Abenteurer. Ultranationalistisch und reaktionär. Außenpolitisch deutsch orientiert und während des Krieges regierende Partei. Führer: Körtscheff, Stateff und Smiloff.

2. Nationalliberale Partei (Stambuloff-Partei): Unterscheidet sich von den Liberalen nur personell. 1915 bis 1918 in der Regierung, 1920 bis 1925 mit den Liberalen vereinigt, 1925 wieder abgespalten. Führer: Dobri Petkoff, Apostoloff.

3. Demokratische Vereinigung: Diese setzt sich aus folgenden Parteien zusammen: Volkspartei (Gescheff), Fortschrittspartei (Daneff), Rechtsdemokraten (Liaptscheff), Rechtsradikale (Todoroff, Fadenhecht); soziale Zusammensetzung: Bankiers, Großindustrielle, Getreide- und Tabakexporteure unter Führung von Mitgliedern der geheimen Militärliga und Universitätsprofessoren. Gegenwärtig Regierungspartei. Führer: Zankoff, Buroff, Liaptscheff.

4. Demokratische Partei: Sie ist der linke Flügel der ehemaligen Demokratischen Partei und setzt sich aus dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum der Intelligenz und der Beamtenschaft zusammen. Sie strebt eine Koalition aller legalen Parteien an. Führer: Malinoff und Muschanoff.

5. **Radikale Partei:** Linker Flügel der ehemaligen Radikalen, die aus der Demokratischen Vereinigung ausgeschieden sind. Führer: Kosturkoff.

6. **Bauernbund:** Gegründet 1900, war 1914 gegen den Eintritt Bulgariens in den Krieg, weshalb die Führer des Bauernbundes verhaftet wurden. Nach dem Zusammenbruch 1918 und den darauffolgenden Militäraufstand trat er Herbst 1918 in die Koalitionsregierung ein. Seit 1921 reine Bauernregierung mit Stambulijski an der Spitze, die eine bäuerliche Politik gegen die Parteien der Bourgeoisie führte. Bei den Wahlen im April 1923 erhielt der Bauernbund 54 Prozent aller Stimmen (KPB 24 Prozent), alle anderen Parteien 22 Prozent. Trotz ihres großen Masseneinflusses wurde die Bauernregierung am 9. Juni 1923 durch einen Militärputsch der Bourgeoisie gestürzt. Unter dem Druck blutiger Verfolgungen durch die Zankoff-Regierung zerfiel der Bauernbund in drei Richtungen:

1. Rechter Flügel (Dragieff), der 1925 aus der Partei austrat und einer Koalition mit dem rechten Flügel der Bourgeoisie zustrebt. (Siehe unten.)

2. Die mittlere Richtung (Turlakoff, Tomoff, Omartschewski), für eine Koalition mit dem linken Flügel der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum. Diese Richtung hat nach dem Staatsstreich die Führung der Partei an sich gerissen, ohne aber die Bauernmassen entscheidend beeinflussen zu können.

3. Der linke Flügel, der unter den Bauernmassen großen Anhang hat und für die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern eintritt. Die Organisation des linken Flügels ist illegal und ebenso verfolgt wie die KPB.

7. **Bauernbund** (rechter Flügel, Dragieff). Seit 1925 selbständig. Für Koalition mit der Bourgeoisie.

8. **Handwerkerpartei.**

9. **Sozialdemokratische Partei.**

10. **Kommunistische Partei.**

Wahlergebnisse

	Mai 1924²)	Nov. 1923¹)	April 1923¹)
Regierung (Demokratische Vereinigung)	389 747		
Demokraten / Radikale	54 511	486 078	186 000
Sozialdemokraten	46 916		27 000
Bauernbund			557 000
Kommunisten / Losungen (Bauernbund, Kommunisten, Losungen zusammen)	248 200	215 378	210 000
Nationalliberale	52 667	128 890	59 000
Volkseinheit	13 390	8 193	—
Dragieff (rechter Bauernbund)	3 670	—	—

¹) Parlamentswahlen. ²) Kreiswahlen.

Innenpolitik

Die Innenpolitik Bulgariens wird in den Jahren 1924/25 ausschließlich beherrscht von dem Angriff der bulgarischen Großbourgeoisie auf die Kommunistische und die Bauernpartei, der mit dem Umsturz vom 9. Juni 1923 begann. Die grausame Unterdrückung der beiden Aufstände, die Provokationen, Massenverhaftungen und Ermordungen im Herbst 1923 haben sich als völlig ungenügend erwiesen zur Vernichtung dieser beiden Parteien, deren Einfluß und Organisation sich auf 80 Prozent der bulgarischen Bevölkerung erstreckte. Die Regierung hat, um diese Vernichtung zu erreichen, die Ausnahmegesetze mit der größten Brutalität angewandt, die legalen politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter und linken Bauern vernichtet und ihre gesamte legale Presse verboten. Sie hat auch die unabhängige Arbeiterpartei aufgelöst und mit Hilfe eines zweiten Gesetzes zum Schutze des Staates, das noch schärfer ist als das erste, mit Hilfe der reorganisierten Armee, Polizei und des Spitzelsystems die systematische Ausrottung aller noch am Leben gebliebenen Führer der Kommunisten und linken Bauern begonnen.

Den Höhepunkt erreichten diese Verfolgungen und Morde nach dem Attentat auf die Kathedrale in Sofia (16. April 1925), das von einigen Heeresangehörigen, die mit dem Kommunismus und der linksbäuerlichen Bewegung sympathisierten, als Protest gegen das Zankoff-Regime ausgeführt wurde. Das Attentat war ein günstiger Anlaß zur Verhängung des Kriegszustandes sowie dazu, den Terror nicht nur gegen die linken Organisationen der Arbeiter und Bauern, sondern gegen die Massen überhaupt zu richten.

Zehntausende wurden verhaftet, mehrere hundert ohne Gerichtsverfahren erschossen, in allen Städten wurden Kriegsgerichte eingesetzt, die mehr als 3000 Urteile fällten, darunter 300 Todesurteile. Auf diese Weise gelang es zwar der bulgarischen Großbourgeoisie, die Organisationen der Kommunisten und der linken Bauernpartei zu vernichten; sie untergrub aber gleichzeitig ihre eigene Basis. Denn alle ihre Losungen, wie: Demokratie, Parlamentarismus, Verfassungsmäßigkeit usw., wurden endgültig kompromittiert, der der Regierung bislang folgende Mittelstand wurde abgestoßen und verstärkte die Oppositionsparteien. Auch im eigentlichen Lager der Demokratischen Vereinigung entstand Unzufriedenheit, vor allem unter den Tabakexporteuren, deren wirtschaftliche Lage sich wesentlich verschlechtert hat. Das Ergebnis war der vom Militärkonvent Ende 1925 erzwungene Rücktritt des unerwünscht gewordenen Kabinetts Zankoff. Die neue Regierung wurde ebenfalls von der Demokratischen Vereinigung unter Vorsitz von Liaptscheff gebildet.

Liaptscheff übernahm die Regierung, indem er sich von neuem für Demokratisierung erklärte und eine Teilamnestie gewährte, die 500 Gefangene befreite, weiteren 500 eine Milderung ihrer Strafe gewährte und einem Teil der Emigranten die Rückkehr ermöglichte. Gleichzeitig aber fällte das Kriegsgericht in Schuman (6. 2. 1926) 6 Todesurteile und 96 Gefängnisurteile, die beweisen, daß die Regierung Liaptscheff mit der Teilamnestie nur dem Auslande gegenüber den

Eindruck zu erwecken suchte, als sei die Zeit des Terrors vorüber. Innenpolitisch versucht die Regierung, eine weitere Spaltung der Bauernpartei herbeizuführen.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

Zahl der gewerkschaftlich Organisierten 1921

kommunistisch	29 300
sozialdemokratisch	300
neutral	5 600

Die kommunistischen Gewerkschaften wurden 1924 aufgelöst; es blieben nur die sozialdemokratischen und neutralen Gewerkschaften; die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaften ist nicht festzustellen. 1925 wurde die Losung der Bildung eines allgemeinen Gewerkschaftsbundes auf neutraler Grundlage vorgeschlagen, jedoch von den Sozialdemokraten sabotiert.

Genossenschaften

Auch die Genossenschaftsbewegung wurde schwer verfolgt und die unter kommunistischer Führung stehenden Genossenschaften aufgelöst.

Politische Arbeiterbewegung

Sozialdemokratische Partei: Durch ihre Teilnahme am Militärputsch und an der ersten Zankoff-Regierung hat sich die Sozialdemokratie vollkommen kompromittiert. Sie hat sich 1925, um einen weiteren Rückgang ihrer an sich geringen Mitgliederzahl aufzuhalten, aus der Regierung zurückgezogen und tritt seither für eine Koalition der Radikalen, Demokraten, Bauern und Sozialdemokratischen Partei ein.

Ein Teil der Führer, mit dem ehemaligen Minister Kasakoff an der Spitze, spaltete sich von der Partei ab, da sie weiter die Unterstützung der Zankoff-Regierung wollten. Sie geben ein eigenes Organ heraus, das die gegenwärtige Linie der Sozialdemokratischen Partei scharf angreift. Die Rückwirkung der Spaltung auf die Wählerschaft war, daß die Stimmen der Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen zurückgingen.

Kommunistische Partei: Nach dem Septemberaufstand 1923 stellte sich die Kommunistische Partei als nächstes Ziel ihres Kampfes den Sturz der reaktionären Regierung und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Wegen des Fehlens jeder legalen Arbeitsmöglichkeit richtete die Kommunistische Partei ihre Bemühungen auf Schaffung, Festigung und Aktivisierung einer illegalen Organisation. Dies gelang ihr trotz des Terrors. 1924 hatte sie in allen Städten Gruppen mit zusammen 4000 Mitgliedern und gab illegales Propagandamaterial heraus. Mit dem linken Flügel des Bauernbundes arbeitete sie zusammen.

Die Aktivität der Massen ist aber infolge der blutigen Unterdrückungen und Attentate vernichtet, ihre Organisationen zerschlagen worden. Im Juni 1925 gab es keine Gruppe mehr, die nicht vom

Terror in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Trotzdem haben die Organisationen ihren moralischen Einfluß bewahrt und die Einheitsfront mit dem Bauernbund gefestigt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 ging die KPB an die Reorganisierung der Reste ihrer Organisationen und stellte sich als nächste Aufgabe die Wiederaufrichtung und Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung und die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Bei der Reorganisierung traten drei Richtungen hervor: eine rechte, die die Liquidierung der Kommunistischen Partei erstrebte, eine unbedeutende Gruppe um T. Lukanoff, G. Popoff und Sider Todoroff, die mit einer Unterstützung der Ende 1923 aus der Partei ausgetretenen Gruppe Gelzaroffs rechnen. Eine mittlere Richtung auf der Linie des EKKI mit Kolaroff und Dimitroff und eine zahlenmäßig schwache linke, die die Taktik auf unmittelbare Machtergreifung empfiehlt.

Bei den letzten Gemeindewahlen stellten die Kommunisten keine besondere Liste auf, sondern stimmten für eine gemeinsame Liste von Arbeiter- und Bauernvertretern, die trotz aller Fälschungen und Gewaltakte der Regierung 130 000 Stimmen auf sich vereinigte.

Chile

Flächeninhalt 750 900 qkm, 23 Provinzen (82 Departementos) und das Territorium Magallanes. Einwohnerzahl (1922) 3 819 096, überwiegend Weiße. Sprache spanisch. Hauptstadt Santiago de Chile (1922) 520 730.

Regierungsform und Verfassung: Demokratische Republik. Verfassungsänderung 1925; seitdem Präsident auf sechs Jahre (früher fünf Jahre) gewählt, Exekutivgewalt ausschließlich in der Hand des Präsidenten. Gesetzgebung durch den Nationalkongreß (2 Kammern). Direkte Wahl, wahlberechtigt jeder des Lesens und Schreibens Kundige, vom 21. Jahre an.

Wirtschaft

Landwirtschaft

Anbaufläche und Erträge:

	Weizen		Gerste		Kartoffeln		Wein	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 hl
1923	620	7641	62	1137	29	2661	68	2146
1924	566	6767	50	951	29	2826	68	1511
1925	608	7508	51	1145	28	3099	69	—

Anbaufähige Fläche ungefähr 17 Millionen Hektar.

Viehstand 1922 (in 1000). Pferde 329, Esel 33, Maultiere 43, Rinder 1995, Schafe 4569, Ziegen 525, Schweine 264.

Betriebsgrößen

Größenklassen	Zahl der Betriebe
0—5 ha	38 640
5—20 ha	24 819
20—200 ha	24 523
200—5000 ha	6 616
über 5000 ha	473
insgesamt	95 071

Es besteht ein scharfer Gegensatz zwischen der Masse der zu wenig Boden besitzenden Kleinbauern und den wenigen Besitzern ungeheurer Latifundien. 502 Grundbesitzer haben Betriebe von je über 1 Million Pesos Wert inne und besitzen insgesamt 22 Prozent (dem Werte nach) des gesamten privaten Bodenbesitzes.

Der Bergbau gibt Chile eine Weltmarktbedeutung für die Produktion von Salpeter und Kupfer. Salpeter (in Millionen Tonnen) 1918—1.6, 1920—2.6, 1922—1.1, 1924—2.4, 1925—2.6. Ausfuhr 1922—1.3, 1923—2.3, 1925—1.7. Kupfer (in 1000 Tonnen) 1913—43, 1923—182, 1924—187. Chile steht in der Weltproduktion mit Kupfer an zweiter Stelle. Kohlenproduktion 1924—1.5 Millionen Tonnen. Daneben ist noch Gold, Silber, Kobalt, Borax und Schwefel von Bedeutung. Zahl der Bergarbeiter ca. 130 000, davon ca. 60 000 in den Salpeter-Bergwerken.

Industrie: Gesamtzahl der Arbeiter (1922) 80 000. Hauptzweige: Lebensmittel, Rohhäute, Textil. Die Durchschnittslöhne sind äußerst niedrig.

Verkehr: Eisenbahnlänge 8553 km, davon staatlich 4566 km.

Außenhandel (in 1000 Pfund Sterling)

	1913	1917	1919	1923	1924
Ausfuhr	29 342	53 421	22 609	40 290	45 109
Einfuhr	24 713	26 630	30 324	24 698	27 244

Mehr als die Hälfte der Gesamtausfuhr entfällt auf Salpeter, dann folgt Kupfer, und in weitem Abstand Wolle und Fleisch. In der Einfuhr stehen an erster Stelle Textilien, Maschinen und Eisenwaren. Das Land deckt seinen Lebensmittelbedarf selbst. Sowohl der Ausfuhr als der Einfuhr nach stehen seit dem Kriege die Vereinigten Staaten an erster Stelle und haben Großbritannien an die zweite Stelle gedrängt.

Staatshaushalt: Die Staatsfinanzen befinden sich seit drei Jahren in einem Zustand der Auflösung. 1925 (Voranschlag) betrugen die Einnahmen 151 Millionen Goldpesos und 314 Millionen Papierpesos, die Ausgaben 82 Millionen Goldpesos und 472 Millionen Papierpesos. Eine ordnungsmäßige Budgetierung hat aufgehört. Die äußere Schuld betrug bereits Ende 1923 437 Millionen Goldpesos, die innere 150 Millionen Goldpesos und 231 Millionen Papierpesos. Sie ist seitdem noch angewachsen. Der Notenumlauf betrug Mitte Oktober 1925 293 Millionen Goldpesos. Starke Inflation, Ende 1925 ca. 35 Prozent Entwertung gegenüber Parikurs. (Pari: 1 Peso = $ 0.195.)

Politik

Das politische Leben Chiles ist durch den Gegensatz zwischen der „Konservativen Partei" (Großgrundbesitz, Bergbau, Offiziere) und der „Liberalen Partei" (Bank- und Handelsbourgeoisie) bestimmt. Es bestehen noch zwei kleinbürgerliche Gruppen, die „Radikale Partei" und die „Demokratische Partei". Die „Konservative Partei" ist der Exponent des englischen Einflusses, während sich die „Liberale Partei" immer mehr zu einem Vertreter der amerikanischen Interessen entwickelt. Ursprünglich stellte die „Liberale Partei" das Programm einer selbständigen Entwicklung des chilenischen Kapitalismus auf, welches der Präsident Alessandri durchzuführen versuchte. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes (Sturz der Salpeter-Preise) und der Katastrophe der Staatsfinanzen wuchs die Unzufriedenheit im Lande und ermöglichte einen Putsch der „Konservativen Partei" mit Unterstützung Englands (September 1924). Alessandri floh und an seine Stelle trat eine Militärdiktatur, deren leitender Kopf General Altamirano war. Gegen diese Militärdiktatur erhob sich erneut die „Liberale Partei", indem sie einerseits durch das Versprechen weitgehender sozialpolitischer Gesetzgebung die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum an sich zu ketten verstand, andererseits ihr Programm eines autonomen chilenischen Kapitalismus liquidierte und sich völlig an Amerika auslieferte. Ein erneuter Putsch im Januar 1925 brachte abermals Alessandri, unterstützt von allen fortschrittlichen Elementen, zur Herrschaft. Sein Regime entpuppte sich jedoch schnell als die schlimmste Kapitalsdiktatur. Die Arbeiterorganisationen versuchten einen Kampf zur Einlösung der gegebenen sozialpolitischen Versprechungen zu organisieren; dabei stießen sie auf erbitterten Widerstand der Regierung, die die Arbeiterschaft provozierte und dann (vor allem in den nördlichen Bergwerksdistrikten) blutig niederschlug. Dann führte Alessandri eine Verfassungsänderung durch, die dem Präsidenten faktisch diktatorische Vollmachten gibt. Im Herbst 1925 wurden die Präsidentenwahlen durchgeführt und unter dem Regierungsterror Figueroa, ein Anhänger Alessandris, zum Präsidenten gewählt.

Arbeiterbewegung

Die stärkste Gewerkschaftsorganisation ist „La Federacion Obrera" (Arbeiterverband), die auf ihrem Kongreß Ende 1923 12 000 zahlende Mitglieder zählte. Die Federacion, der RGI angeschlossen, hat auf ihrem letzten Kongreß einen Vorstoß einer kleinen rechten Gruppe auf Austritt aus der RGI und Eintritt in den IGB einstimmig zurückgewiesen und einen der Führer der Reformisten ausgeschlossen. Neben der Federacion besteht noch eine kleine einflußlose anarchistisch gerichtete Gruppe, die IWW und einige selbständige Verbände, so bei den Buchdruckern und den Eisenbahnern von Santiago. Im Frühjahr 1926 hat sich ein bisher autonomer Beamtenverband der Amsterdamer Internationale angeschlossen.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei des Landes, da die alte Sozialistische Partei geschlossen in die Komintern eintrat. Sie besitzt einen Masseneinfluß unter der Arbeiterschaft und hat in den revolutionären Kämpfen des Jahres 1925 auch große Massen von Kleinbauern und Intellektuellen geführt. Gegenwärtig sind die meisten ihrer Zeitungen verboten. Ein großer Teil der Führer sitzt im Kerker oder ist deportiert, die Organisation leidet unter den schwersten Verfolgungen. Obwohl noch einzelne Reformisten sich in den Reihen der KPCh befinden, hat der Reformismus unter der chilenischen Arbeiterschaft keinerlei Boden. Der Versuch, eine zentralistische Gruppe zu gründen, scheiterte vollkommen.

China

Flächeninhalt: 11 138 900 qkm einschließlich Nebenländer.
Einwohnerzahl: 447 Millionen.

	Fläche in 1000 qkm	Einwohner in Millionen
Nordchina (6 Provinzen im Flußgebiet des Hoang-ho)	1430	123
Mittelchina (7 Provinzen im Flußgebiet des Yangtse)	1484	206
Südchina (5 Provinzen im Flußgebiet des Hsi-kiang)	1133	84
Eigentliches China zusammen	4047	413
Sonstige Gebiete:		
Mandschurei (3 Provinzen)	942	14
Mongolei	3541	16
Tibet	1200	3
Chinesisch Turkestan	1426	ca. 1,2

Die chinesische Statistik ist infolge einer mangelnden staatlichen Organisation vollständig unverläßlich. Die angegebenen Zahlen sind Näherungswerte.

Verfassung republikanisch, tatsächlich aber Diktatur einzelner Generäle, ohne einheitliche zentrale Regierung.

*

Seit mehr als 100 Jahren dringt das europäische Kapital in China ein. Ursprünglich nur als Handelskapital tätig und durch die Einfuhr europäischer Waren die bäuerliche Hausindustrie vernichtend, hat es in den letzten Jahrzehnten, insbesondere seit dem Weltkriege sich als Industriekapital in China festgesetzt. Gleichzeitig entwickelte sich ein nationaler chinesischer Kapitalismus — einerseits hervorwachsend aus dem im Lande bereits bestehenden Handelskapital, das sich mit dem

europäischen Handels- und Bankkapital verbündete, — andererseits ein selbständiges chinesisches Industriekapital, vor allem in der Textilindustrie, das in einem scharfen Gegensatz zu dem in China tätigen europäischen Industriekapital steht.

In zahlreichen Kriegen haben die imperialistischen Mächte (vor allem England, Amerika und Japan, vor dem Weltkriege auch Rußland) es verstanden, China zu „durchdringen". Das gesamte Bankwesen, ein großer Teil der Staatseinnahmen, die staatlichen Monopole, die Schiffahrt und wichtige Teile von Bergbau und Industrie sind in Händen der Ausländer. Ueberdies haben sich diese eine große Anzahl von Konzessionen und Privilegien angeeignet, die sich in folgende Gruppen gliedern lassen:

a) Exterritorialität und Konsulargerichtsbarkeit. Ausländische Bürger sind der chinesischen Gerichtsbarkeit entzogen und dürfen nur von ihren eigenen Konsulargerichten zur Verantwortung gezogen werden. Sie sind dadurch tatsächlich unbeschränkte Herren des Landes, da vor ihren Konsuln ein Chinese niemals Recht erlangen kann. Konsulargerichtsbarkeit und Exterritorialität wirken sowohl gegen die chinesischen Volksmassen als auch gegen die in der Entwicklung begriffene chinesische Bourgeoisie.

b) Konzessionen und Settlements. Rayons, Städte und Stadtteile, die von den ausländischen Mächten im Staate eingerichtet sind. Vielfach ist Chinesen überhaupt das Betreten dieser Territorien verboten.

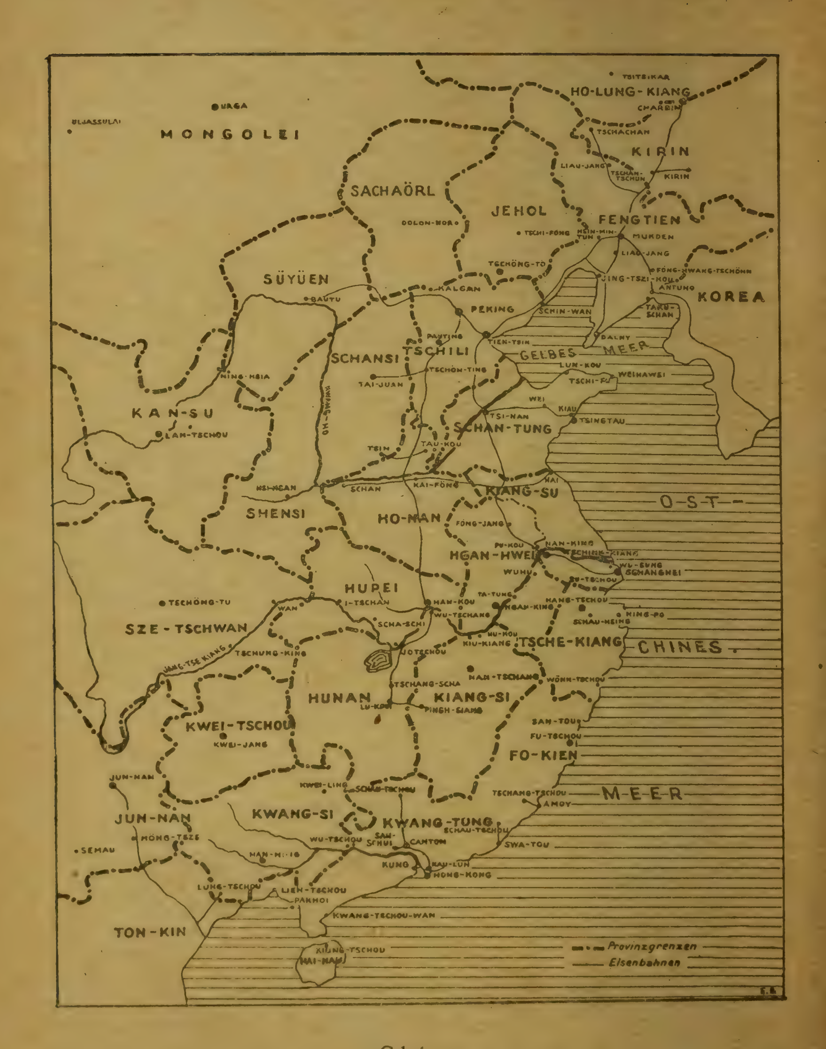
c) Verpachtete Territorien. Unter den Deckmantel langfristiger Pachtungen, in der Regel auf 99 Jahre, wurden chinesische Gebiete, und zwar in erster Linie Seehäfen und Festungen, annektiert. Sie dienen nach außen hin auch als Marinestützpunkte der betreffenden Mächte. Ausländische Garnisonen befinden sich außerdem noch in den meisten Konzessionen und Settlements, ja sogar in rein chinesischen Gebieten, wo es das Interesse der kapitalistischen Gruppe erforderte.

d) Die Einflußsphären. Vor dem Weltkriege wurde China in folgende Einflußsphären zerlegt:

England: Süd- und Zentralchina.
Rußland: Mongolei und Mandschurei.
Japan: Nordchina und Provinz Fukien.

e) Die „Zollautonomie". Durch einseitige Zoll- und Tarifbegünstigungen hat das internationale Kapital die Macht, eine Erhöhung der Zölle in seinem Interesse zu verhindern. Damit wird zwar auf der einen Seite eine umfangreiche Einnahmequelle geschaffen, auf der andern Seite aber die Industrie Chinas unterdrückt, indem ausländische Produkte durch Zölle, die niedriger sind als die inländischen Produktionssteuern, bevorzugt werden. Dazu kommt noch die ungleichartige Behandlung bei den Binnenzöllen (Likin): diese betragen für chinesische Waren beim Transport von einer Provinz in die andere 10 bis 20 Prozent, für ausländische nur 2½ Prozent. Auf diese Weise wird die chinesische Industrie konkurrenzunfähig gemacht.

Die durch das Eindringen der ausländischen Waren hervorgerufene Vernichtung des ländlichen Hausgewerbes, und Verelendung der Hand-


MONGOLEI
HO-LUNG-KIANG
CHARBIN
TSCHACHAN
KIRIN
SACHAÖRL
JEHOL
FENGTIEN
MUKDEN
SÜYÜEN
KALGAN
PEKING
KOREA
SCHIN-WAN
DALNY
TIEN-TSIN
SCHANSI
TSCHILI
GELBES MEER
WEIHAWEI
TAI-JUAN
KAN-SU
TSI-NAN
TSINGTAU
SCHAN-TUNG
KAI-FÖNG
KIANG-SU
O-S-T-
SHENSI
HO-NAN
NAN-KING
HGAN-HWEI
SCHANGHAI
HUPEI
HAN-KOU
HANG-TSCHOU
SZE-TSCHWAN
TSCHE-KIANG
CHINES.
HUNAN
KIANG-SI
KWEI-TSCHOU
FU-TSCHOU
FO-KIEN
M-E-E-R
AMOY
JUN-NAN
KWANG-SI
KWANG-TUNG
SWA-TOU
CANTON
HONG-KONG
TON-KIN
KIUNG-TSCHOU
HAI-NAN
Provinzgrenzen
Eisenbahnen

China

werker, sowie die Behinderung der industriellen Entwicklung, führten einerseits zu einer ungeheuren Massenverelendung, die darin zum Ausdruck kommt, daß sich Millionen dem Vagabunden- und Räubertum anschließen. Vagabunden- und Räubertum anderseits aber zu unvermeidlich anwachsenden Konflikten zwischen den aufstrebenden Klassen Chinas und den imperialistischen Mächten führen.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Nur 13 Prozent des Bodens sind bebaut. Die Bevölkerung drängt sich in den Tälern der großen Flüsse zusammen, weil dort ein hochentwickeltes Bewässerungssystem eine äußerst intensive Kultur ermöglicht. Die Landwirtschaft (selbst der Getreidebau) trägt überwiegend den Charakter einer Gartenkultur. Die Viehzucht ist geringfügig. In vielen Landesteilen ist ein Besitz von mehr als 5 ha bereits ausgesprochener Großgrundbesitz. In der Mandschurei dagegen z. B. besteht ein Großgrundbesitz und Großbauerntum mit extensiver Bodenbebauung. Die Schätzungen über die Stärke der landwirtschaftlichen Bevölkerung schwanken zwischen 60 und 80 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Landwirtschaftliche Produktion

(Nach der Statistik des Finanzministeriums 1917. Schätzungen im Durchschnitt der letzten 10 Jahre.)

Reis	24,0	Millionen Tonnen
Weizen	26,0	„ „
Bohnen	2,5	„ „
Baumwolle	0,5	„ „*)

Von besonderer Bedeutung sind noch Tee und Seide.

Von agrarischen Produkten führt China Baumwolle und Reis ein. Letzteren wahrscheinlich darum, weil infolge der Binnenzölle in den großen Städten indischer und japanischer Reis billiger ist als chinesischer.

Betriebsgrößen

(Nach der Statistik des Finanzministeriums.)

	Tausend
Unter ⅔ ha	17 805
⅔ bis 2 ha	13 097
2 bis 3⅓ ha	9 971
3⅓ bis 6 ha	5 197
über 6 ha	2 935

Eigentumsverhältnisse

(Nach der Statistik des Landwirtschaftsministeriums 1917)

	Tausend
Eigentümer	24 587
Pächter	13 825
Halbpächter	10 494

*) Annuaire Int. de Stat. Agricole für 1924/25.

Agrarfrage. Die landwirtschaftliche Bevölkerung Chinas zerfällt in folgende Gruppen: Großgrundbesitzer (die jedoch, mit Ausnahme der Mandschurei, ihren Boden fast durchweg verpachten), mittlere Grundbesitzer, Bauern, die Boden verpachten, Bauern mit Lohnarbeitern, Bauern, die genügend Land besitzen, um davon zu leben und es allein bearbeiten, Bauern, die Land zupachten, Pächter mit Lohnarbeitern, alleinstehende Pächter, Lohnarbeiter.

Von diesen Gruppen ist der mittlere Grundbesitz (größtenteils städtische Händler und Beamte), das Großbauerntum, das Kleinbauerntum und das Kleinpächtertum die wichtigsten. Die Zahl der Großgrundbesitzer und die Zahl der zupachtenden Bauern ist gering. Die Zahl der Landarbeiter ist sehr hoch. Zusammen mit den Pächtern bilden sie etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Es vollzieht sich eine sehr starke Landflucht der Bauern. Die Ursachen hierfür sind:

1. Die Vernichtung des ländlichen Hausgewerbes durch die Konkurrenz der Industrie, vor allem der europäischen;

2. die Steuer- und Zollerpressungen der Militärmachthaber, die von Jahr zu Jahr wachsen. Ueberdies wird die Bauernschaft infolge des Versagens der staatlichen Verwaltung immer wieder von Ueberschwemmungen und Dürren betroffen.

Bergbau:

Bergbauproduktion
(in 1000 Tonnen)

	Kohle	Eisen	Antimon
1917	17 205	890	15
1920	20 381	1 365	9
1922	19 954	1 153	12

Daneben spielen Zinn, Kupfer, Blei, Gold und Silber eine erhebliche Rolle im chinesischen Bergbau.

Seit dem Kriege schreitet der Industrialisierungsprozeß Chinas schnell vorwärts. Es stehen ihm jedoch durch die Zollkonventionen, durch die willkürliche Besteuerung seitens der Militärmachthaber große Hindernisse im Wege.

Textilindustrie

	1920	1922	1924
Fabriken	63	109	150
Spindeln	1 400 000	2 900 000	3 300 000

Baumwollverbrauch in China
(Juli 1924 bis Juli 1925 in 1000 Ballen.)

Chinesische	1030
Indische	254
Amerikanische	55

Die folgende, von der Kommunistischen Partei Chinas zusammengestellte Statistik ist zweifellos unvollständig, veranschaulicht aber die Entwicklung einzelner Industrien.

Zahl der Arbeiter
(in 1000)

Textilarbeiter	302
Metallarbeiter	16
Chemiearbeiter	119
Nahrungsmittelarbeiter	151
Uebrige Fabrikarbeiter	58
Eisenbahner	71
Seeleute	150
Hafen- und Transportarbeiter	150
Wegebauarbeiter	530
Städtische Arbeiter	12

Die Gesamtzahl der Arbeiter schätzt diese Statistik auf 1 900 000, die Gesamtzahl der Handwerker auf über 10 Millionen. Ein sehr großer Teil von Bergbauindustrie und Verkehr, insbesondere von Textilindustrie, Eisenbahnen und Kohlenbergbau ist in ausländischer, vor allem in englischer und japanischer Hand.

Verkehr: Eisenbahnnetz 1920: Staatlich 6420 km, Privatbahnen 773 km, konzessionierte 3780 km, zusammen 10 973 km. Telegraphenlinie 90 000 km.

Schiffsbewegung in chinesischen Häfen

	1921		1923		1924	
	Zahl	Tonnen (in 1000)	Zahl	Tonnen (in 1000)	Zahl	Tonnen (in 1000)
Dampfer	125	103 319	122	127 279	136	137 563
Segler	89	25 299	260	4 025	50	3 870
zusammen	214	128 618	382	131 304	186	141 433

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in 1000 Pfund Sterling)

	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Einfuhr	204 882	258 847	179 101	177 197	160 634	189 926
Ausfuhr	199 756	185 929	118 142	122 792	130 976	143 989

Der chinesische Außenhandel befindet sich zum großen Teil in den Händen der Ausländer. Die wichtigsten Ausfuhrwaren sind: Seide, Rohbaumwolle, Tee, Sojabohnen und Kohlen.

Staatshaushalt: 1913 betrugen die Einnahmen 333 Millionen, die Ausgaben 642 Millionen Dollar. Infolge des Bürgerkriegs sah sich die Zentralregierung genötigt, die Ausgaben für 1924 auf bloß 197 Millionen Dollar zu veranschlagen. Es ist jedoch ausgeschlossen, daß diese Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden könnten, so daß sich die Staatsfinanzen in einem Zustande der Auflösung befinden.

Zollwesen. Die Zölle sind auf Grund von Verträgen mit den imperialistischen Mächten auf 5% des Wertes begrenzt. Die tatsächlichen Zölle sind teilweise noch niedriger. Ueberdies sind die Zölle durchwegs für Staatsanleihen verpfändet.

Ertrag der Seezölle (in 1000 Haikwan Taels)

	1921	1922	1924	1925
Haikwan Taels	48 600	45 462	69 550	69 865

Außerdem gibt es zahllose Binnenzölle (Likin), die von den Militärmachthabern willkürlich eingeführt werden, und ein schweres Hemmnis für die Entwicklung des Warenverkehrs sind.

Steuern: Es gibt nur eine ganz unbedeutende Einkommensteuer. Der allergrößte Teil des Steueraufkommens entstammt der Grundsteuer und belastet die Bauernschaft.

Banken: Drei große englische Banken, drei japanische, eine amerikanische, eine französische und eine belgische beherrschen das gesamte kapitalistische Wirtschaftsleben Chinas. Außer ihnen gibt es noch acht große gemischte chinesisch-europäische Banken. Die rein chinesischen Kleinbanken sind völlig von den englischen Banken abhängig. Es gibt 24 Notenbanken. Das Recht der Notenausgabe wird von den Militärmachthabern nach Willkür verliehen.

Geldwesen: Es gibt zwar eine formelle Rechnungseinheit, das Haikwan Tael, jedoch keine im ganzen Lande kursierende Münzeinheit. Die chinesische Bourgeoisie versucht die Rechnung nach chinesischen Dollars allein durchzuführen. Es herrscht eine Inflation von Kupfergeld; in manchen Provinzen eine Inflation von Banknoten.

Die politische und militärische Lage

Der Krieg zwischen den Militärgruppen von Tschili und Mukden im Herbst 1924 endete infolge des Uebertritts des Generals Feng-Yu-Hsiang mit einer Niederlage der ersten Gruppe und brachte den alten chinesischen Politiker und Führer der japanfreundlichen Anfu-Gruppe, General Tuan-She-Sui an die Macht. Der Krieg zwischen Tschang-Tso-Lin und Wu-Pei-Fu war eine Folge der Konkurrenz zwischen den beiden Militärsatrapen und wurde — in der Geschichte Chinas zum ersten Male — von der chinesischen Oeffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Tschang-Tso-Lins Krieg gegen Wu-Pei-Fu und Tsao-Kun besaß die Sympathie der chinesischen Massen, in denen der Wunsch wach wurde, sich um jeden Preis von den verhaßten Tschilileuten zu befreien. Daraus erklärt sich, daß Sun-Yat-Sen mit Tschang-Tso-Lin gegen Tschili zusammenging, und daß die Generale Feng-Yu-Hsiang, Sun-Jo und Hu-Tsin-I ihren Uebergang zur Mukdengruppe mit dem Wunsche, dem Volke zu dienen, begründeten, was sie äußerlich durch die Umbenennung ihrer Armeen in „Volksarmeen" manifestierten.

Indes bedeutete die Niederlage Wu-Pei-Fus noch nicht die Liquidierung aller Uebel in China, denn an seine Stelle trat der ihm ebenbürtige Militarist Tschang-Tso-Lin, der sich im Grunde von jenem nur dadurch unterscheidet, daß er nicht ein Gefolgsmann des englischen oder amerikanischen Imperialismus, sondern des japanischen ist.

Es liegt auf der Hand, daß die Politik Tschang-Tso-Lins ganz andere Ziele verfolgte, als die Kuo Min Tang-Partei, trotz des mit ihr abgeschlossenen Abkommens. Das Ziel Tschangs war, mit der Unterstützung Japans Diktator von China zu werden, wozu er jede Gelegenheit ausnutzte. Um von Tschang-Tso-Lin nicht erdrückt zu werden, sah sich Feng-Yu-Hsiang, nachdem er den Umsturz in Peking am 23. Oktober 1924 vollzog, gezwungen, sich in der steigenden Welle der nationalen Bewegung einen Rückhalt gegen Mukden zu suchen. Somit war keiner der Generale in der Lage, unmittelbar die Macht zu ergreifen. Als Puffer zwischen den neuen Rivalen stand Tuan-She-Sui, der den Posten eines provisorischen Präsidenten (Provisorischer Exekutiv-Chef) bekleidete. Die Politik Tuans bestand in einem geschickten Manövrieren zwischen den Volksarmeen und Mukden und in der Bewertung der realen Kräfte eines jeden Rivalen in jedem bestimmten Augenblick.

Die Kuo Min Tang betrachtete als die erste Pflicht der neuen Regierung, die Einführung einer allnationalen Konferenz zwecks Entwaffnung der Militaristen, Reorganisierung der Finanzen usw., und sandte zur Durchführung dieses Projektes Sun-Yat-Sen nach Peking. Tuan-She-Sui gelang es, durch verschiedene Intrigen an Stelle der allnationalen Konferenz eine sogenannte Reorganisationskonferenz einzuberufen, zu deren Mitgliedern er die bekanntesten bürokratischen und militärischen Persönlichkeiten ernannte. Trotz Einspruchs der Kuo Ming Tang fand diese Konferenz statt, löste sich jedoch nach fast dreimonatiger Dauer im 14. April 1925 ohne einen Erfolg erzielt zu haben, auf.

Um ihre internationale Lage zu festigen, schloß die Regierung Tuan mit Frankreich den Goldfrancsvertrag. Dieser Abschluß des dreijährigen Streites über die Auszahlung des französischen Kontributionsanteils in Goldfrancs bedeutete nach Feststellung selbst des chinesischen Generalstaatsanwalts für die Staatskasse einen Verlust von 80 Millionen Dollar. Durch den Abschluß dieses Vertrages trachtete Tuan danach, die Einberufung der Zollkonferenz zu beschleunigen, die sich infolge der Weigerung Frankreichs, den Washingtoner Vertrag zu ratifizieren, verzögerte. Die Einberufung der Zollkonferenz hatte das politische Gewicht der Regierung Tuan erhöht und den Druck der militärischen Gruppen auf sie abgeschwächt.

Am 1. Januar 1925 hatte sich die militärische Lage in China ungefähr folgendermaßen gestaltet:

a) Die Mukden-Klique mit Tschang-Tso-Lin hatte besetzt: die Mandschurei, Jehol, den nördlichen Teil der Provinz Tschili und den nördlichen Teil des Nanking-Gebietes.

b) Die drei Volksarmeen: I. Feng-Yu-Hsiang, II. Jo-Wei-Tsun, III. Sun-Jo beherrschten den nördlichen Teil Chinas und die Provinz Honan.

c) Die Gruppe Anfu mit General Lu-Yuen-Tschang hatte die Provinz Kiangsu mit den Städten Schanghai und Nanking.

d) Die Provinzen des Yangtse-Flusses waren von den Resten der Tschili-Gruppe besetzt.

e) Die Provinz Kwangtung befand sich in der Hand der Kantoner Kuo Min Tang-Regierung.

Die erste Hälfte des Jahres 1925 wird charakterisiert durch die unblutige Offensive Tschang-Tso-Lins, der seine offenen oder potentiellen Gegner aus dem Küstengebiet verdrängt. Das Resultat dieser Offensive war die Besetzung der Provinz Schantung und des südwestlichen Teils der Provinz Tschili sowie der diese Gebiete durchschneidenden Strecken der Eisenbahnlinien Peking—Hankou und Tientsin—Pukou.

Das Vordringen Tschang-Tso-Lins zwang die Volksarmeen zu Verteidigungsmaßnahmen. Abgesehen von militärischen Vorbereitungen traten die Volksarmeen in eine engere Verbindung mit der national revolutionären Bewegung und nahmen den Kontakt mit der Kuo Min Tang auf, deren Mitglieder sie zur politischen Arbeit unter ihren Soldaten aufforderten. Auf diese Weise bildeten die Volksarmeen ein Gegengewicht gegen die reaktionäre Mukden-Klique und verbanden ihr Schicksal mit dem der nationalen Bewegung in China.

Nach der vernichtenden Niederlage Wu-Pei-Fus hatte die Tschiligruppe ihr organisatorisches Zentrum verloren und zerfiel. Daraus erklärt sich, daß es Tschang-Tso-Lin verhältnismäßig leicht gelang, die Tschili-Generale aus Schantung und in der Folgezeit auch aus Nganhui zu verdrängen. Unter den Tschili-Generalen setzten nunmehr große Zwistigkeiten über die Frage der Subordination ein. Wu-Pei-Fu selbst mußte mit den Resten seines Heeres in die Stadt Yochow (Provinz Hunan) in die Verbannung gehen, um dort bessere Zeiten abzuwarten.

Die nationale Befreiungsbewegung

Die nationale Befreiungsbewegung machte in der Zeit 1924 bis 1925 einen einschneidenden Differenzierungsprozeß durch, was natürlich der Bewegung selbst an Geschlossenheit und Zielbewußtsein zugute kommen mußte.

Der Zusammenbruch aller Illusionen über den Versailler Frieden und die Washingtoner Konferenz, die die Hoffnungen der nationalen und die Washingtoner Konferenz, zerstörte die Hoffnungen der nationalen Bewegung sowie der Führer der Kuo Min Tang-Partei, die diese auf die einzelnen Kapitalistengruppen gesetzt hatten. Auf dem ersten die Partei unter dem Einfluß Sun-Yat-Sens, ihre Taktik schroff zu

ändern, und an Stelle der beschränkten militärischen Kombinationen und Bündnisse mit „fortschrittlichen Mächten" die Verbindung mit den Massen zu suchen und eine machtvolle nationale Bewegung zu schaffen. Desgleichen erklärte die Partei, daß von ausländischen Staaten einzig und allein die Sowjetunion als Verbündeter in Frage komme, keine von den kapitalistischen Mächten. Die Kuo Min Tang ist ihrer Zusammensetzung nach nicht gleichmäßig, sie ist vielmehr eine Partei verschiedener chinesischer Volksschichten, und jener Kurswechsel stellt den Stimmungsausdruck der sozialen Kräfte dar, die die Klassengrundlage der Partei bilden, d. h. der Arbeiterschaft, der radikalen Intelligenz, des Kleinbürgertums und der Kaufmannschaft, soweit sie nicht mit dem ausländischen Kapital und dem in China herrschenden imperialistischen Apparat verbunden ist.

Die Elemente dagegen, die in der Kuo Min Tang die große Industrie und Handelsbourgeoisie vertreten, die mit dem ausländischen Kapital verbunden und an dessen Profiten interessiert sind, standen diesem Umschwung in der Parteipolitik ablehnend gegenüber und schickten sich an, der Verwirklichung des neuen Kurses Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Tendenzen verstärkten sich noch nach der Niederlage Wu-Pei-Fus im Herbst 1924. Die rechten Elemente vertraten die Auffassung, daß die Kuo Min Tang, die zum Sieg der Anti-Tschiligruppe beigetragen hatte, nunmehr nach einem Burgfrieden mit Tschang-Tso-Lin und Tuan-She-Sui trachten und mit ihm verhandeln müsse. Die Gesamtorganisation sprach sich dagegen aus und brachte dies auch in rücksichtslos entlarvenden Manifesten anläßlich der Reorganisations-Konferenz und des Goldfrancs-Vertrages zum Ausdruck. Die Spaltungstendenzen innerhalb der Kuo Min Tang machten sich nach dem Tode Sun-Yat-Sens, am 12. März 1925, noch stärker geltend. Ohne aus der Partei auszutreten, gründeten die Rechten in Gestalt des Kuo Min Tang-Klubs eine Art organisatorisches Zentrum. Charakteristisch ist, daß dieser Klub in Peking entstand, im Zentrum der politischen Intrigen, wo der politische Kleinhandel, den die rechten Kuo Min Tang-Leute der Parteipolitik zugrunde legen wollen, seinen Platz hat.

Die Kuo Min Tang ist in der letzten Zeit erheblich gewachsen und erstarkt. Der Eintritt der Mitglieder der chinesischen Kommunistischen Partei in die Kuo Min Tang hat dazu beigetragen, ihren Mitgliederbestand zu revolutionieren und die erfolgreiche Verwirklichung des ersten Kongresses zu garantieren.

Die wichtigste territoriale Basis für die Kuo Min Tang ist die Provinz Kwangtung. Im Mai 1925 befreite die Kantoner National-Regierung, die von linken Kuo Min Tang-Leuten geleitet wurde, die Provinz von den letzten Banden des Generals Chen-Shui-Min. Damit war der Kampf gegen die von Hongkong unterstützten chinesischen Konterrevolutionäre, die sich nach dem von dem Komprador der

Hongkong-Schanghai-Bank organisierten Angriff der Kaufmanns-Freiwilligen (der „Papier-Tiger") im Herbst 1924 in der Provinz Kwangtung eingenistet hatten, vorläufig abgeschlossen. Der Abschluß dieses Kampfes gab der Kantoner Regierung die Möglichkeit, an die Verstärkung und Zentralisierung ihrer Armee heranzutreten. Zur Heranziehung von der Revolution ergebenen Offizieren und militärpolitischen Arbeitern wurde die Kriegsakademie Wampoo und dortselbst die Armee Wampoo organisiert.

Nach dem Tode Sun-Yat-Sens versuchte der General Fang-She-Liau, der Generalgouverneur von Yuennan, mit Hilfe des Generals Yang-Schi-Min, die Kantoner Regierung zu stürzen, was jedoch mißlang. Nach der Niederwerfung des Aufstandes nahm die Kantoner Regierung die Entwaffnung sämtlicher auf ihrem Gebiete selbständiger Generale in Angriff und liquidierte auf diese Weise die Gefahr einer Generalsrevolte. Hierauf begann die Regierung, die Finanz- und Steuerverhältnisse sowie den administrativen Apparat in Ordnung zu bringen. In erster Linie brachte diese Tätigkeit eine Erleichterung in der Lage der 30 Millionen starken Bauernschaft von Kwangtung mit sich, was den politischen Einfluß der Kuo Min Tang-Partei verstärkte.

Die Einstellung der Volksarmeen im Norden gestattete der Kuo Min Tang, auch dort eine beträchtliche und planmäßige Arbeit zu entfalten. Ein Hauptmangel der Partei war bisher gewesen, daß sie ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf den Süden konzentrierte und auf die Ereignisse außerhalb der Provinz Kwangtung verhältnismäßig wenig einwirkte. Die Tätigkeit der Kuo Min Tang im Norden steigerte ihre Rolle im politischen Gesamtleben des Landes und machte sie allmählich zu einem politischen Faktor ersten Ranges.

Die national-revolutionäre Bewegung machte sich in der Periode 1924 bis 1925 im ganzen Lande bemerkbar. Eine Reihe Aktionen der Studentenschaft gegen die Missionäre und gegen die Christen, Proteste gegen die Korruptionswahlen Tsao Kuns, die Einstellung zur Vernichtung Wu-Pei-Fus, die Bewegung gegen den Goldfrancsvertrag usw. bewiesen, daß die national-revolutionäre Bewegung immer mehr an Macht und Umfang gewann. Einen starken Schwung erhielt die Bewegung nach dem Schanghaier Blutbad vom 30. Mai.

Die Arbeiterbewegung

Charakteristisch für die Arbeiterbewegung in China 1925 ist ihre erhebliche Intensivierung und ihr organisatorisches Wachstum. Ueber China flutete eine förmliche Streikwelle, wie der Streik der chinesischen Angestellten und Arbeiter in Schamin — einer ausländischen Konzession in Kanton, — der Streik der 14 000 Seidenweber in Schanghai 1924 und der Streik in den japanischen Baumwollfabriken in Schanghai und Tsingtau im Februar und April 1925, der über 40 000

Arbeiter erfaßte, usw. Die von den Arbeitern bei diesen Streiks aufgestellten Forderungen trugen überwiegend wirtschaftlichen Charakter. Höherer Lohn, bessere Behandlung und Anerkennung der Arbeiterorganisationen — waren das Leitmotiv aller ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hatte in dieser Periode einen schweren Druck sowohl seitens der Unternehmer, als der reaktionären Militaristen auszuhalten. Besonders anschaulich waren in dieser Beziehung die Streiks in Tsingtau und Schanghai, wo die japanischen Unternehmer, um den Streik niederzuwerfen, zur offenen und frechen Provokation griffen. Charakteristisch für die Streikbewegung war, daß an ihr nicht nur die Massen des organisierten und fortschrittlichen Proletariats teilnahmen, wie die Eisenbahner und Seeleute, die 1922 den Grundstein zu einer umfassenden Arbeiterbewegung in China gelegt hatten, sondern auch die rückständigen Massen der chinesischen Arbeiter, wie die Textilarbeiter, wo der Prozentsatz der Frauen und Jugendlichen außerordentlich hoch ist (60 bis 70 Prozent). Die Streiks brachen gewöhnlich elementar aus und führten in der Regel zur Schaffung gewerkschaftlicher Organisationen in den streikenden Betrieben. Die Forderungen der Arbeiter enthielten als ständigen Punkt die Anerkennung der Gewerkschaften, und gerade dieser Forderung setzten die Unternehmer den erbittertsten Widerstand entgegen. Am 1. Mai 1925 wurde in Kanton der II. allchinesische Gewerkschaftskongreß einberufen, der bereits weitergehende politische Fragen aufwarf und die Kampfaufgaben der Arbeiterbewegung formulierte. Die Gewerkschaftsbewegung in China ist eng verbunden mit der kommunistischen Bewegung, und die größten Gewerkschaftsorganisationen sowie die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen sind der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen.

Unbestreitbar bildet die moderne chinesische Arbeiterbewegung einen Hauptbestandteil der nationalen Befreiungsbewegung des Landes. Die Textilarbeiterstreiks 1925 haben bewiesen, daß die chinesische Arbeiterbewegung in erster Linie gegen das von dem ausländischen Kapital in China geschaffenen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem gerichtet ist. Daraus erklärt sich, daß die Imperialisten und die mit ihnen eng zusammenhängenden Militaristen in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eine direkte Bedrohung ihrer Herrschaft erblicken. Den besten Beweis hierfür bilden die Ereignisse im Sommer 1925.

Die Ereignisse im Sommer 1925

Anlaß zu der Bewegung, die ganz China im Juni 1925 erfaßte, bildete die Beschießung der Protestdemonstration der Studenten und Arbeiter gegen die Ermordung streikender Arbeiter in den japanischen Baumwollfabriken in Schanghai und Tsingtau. Die Demonstration fand am 30. Mai in Schanghai statt und wurde plötzlich von der englischen Polizei beschossen. Die gesamte chinesische Bevölkerung

Schanghais legte unverzüglich zum Zeichen des Protestes gegen die Willkürherrschaft der Imperialisten in China ihre Arbeit nieder. Die allgemeine Losung in den ersten Tagen nach den Ereignissen war „Fort mit den Imperialisten aus China", „Nieder mit den ungleichen Verträgen" usw. In Schanghai streikten sowohl die Fabrik- als auch die Handelsunternehmungen ausnahmslos. Die Kaufmannschaft und die Bourgeoisie brachte gemeinsam mit der Studentenschaft und den Arbeitern ihren Unwillen stürmisch zum Ausdruck. Die Protestdemonstrationen waren von Meetings begleitet, wo Redner der Arbeiter und der Studenten den Sinn der Ereignisse erklärten und die gesamtnationalen und antiimperialistischen Forderungen formulierten. Die Ereignisse in Schanghai fanden auch in den Provinzstädten mächtigen Widerhall, beispielsweise in Hankou, wo die Imperialisten am 11. Juni mit Unterstützung des Generals Siao-Jao-Nan gleichfalls ein Blutbad anrichteten, ferner in Kiukiang, in Nanking und Peking, sowie in einer Reihe anderer Städte. In der letzten Dekade des Juni schlossen sich auch Hongkong und Kanton an, die bisher mit der Niederwerfung des konterrevolutionären Aufstandes des Yuennaner Generals Jang-Schi-Min beschäftigt gewesen waren. Die Arbeiter von Hongkong und die chinesische Bevölkerung von Schamin erklärten zum Zeichen ihrer Solidarität mit den Schanghaier Arbeitern gleichfalls den Streik und die Beschießung einer Demonstration in Schamin durch die Imperialisten am 31. Juni fachte die Bewegung im Süden noch mehr an.

Die Gewalt der Bewegung war derart, daß selbst Tschang-Tso-Lin gezwungen war, seine Solidarität mit der nationalen Bewegung demonstrativ kundzutun. Gleichzeitig freilich nahm er keinen Anstand, die günstige Gelegenheit auszunutzen und dirigierte seine Truppen unter dem Vorwande des Schutzes der chinesischen Bürger nach Schanghai. Die Volksarmee unter Feng-Yu-Hsiang stellte sich offen und demonstrativ auf die Seite der Bewegung. Feng brachte in seinen Deklarationen seine Sympathie für die Bewegung zum Ausdruck und stellte auch die Aufklärungsarbeit unter den Soldaten seiner Armee auf sie ein.

Die Regierung Tuan benutzte die Ereignisse, um die ausländischen Mächte einzuschüchtern. Aber es lag auf der Hand, daß die Noten Tuans über die Regulierung der Verträge als Kompensation für den angerichteten Schaden usw. nur ein Versuch waren, die Imperialisten in der Rolle eines Verteidigers des chinesischen Volkes zu düpieren. Tuan wurde den europäischen Mächten gegenüber erheblich nachgiebiger, als sich herausstellte, daß die Zollkonferenz, durch die er seine eigene finanzpolitische Lage zu festigen hoffte, stattfinden würde.

Die einmütige Stimmung der chinesischen Bevölkerung von Schanghai währte nicht lange. Am 16. Juni schieden die Kaufleute aus dem Streik aus, allerdings nachdem sie sich verpflichtet hatten, die streikenden Arbeiter materiell zu unterstützen. Das Echo in den anderen Städten, auch Hongkong und Kanton nicht ausgenommen, wurde gleichfalls matter. Die Arbeiterorganisationen der Kuo Min Tang und der

Kommunistischen Partei waren zu schwach, um alle großen Zentren zu erfassen und in den Kampf der Schanghaier Arbeiter hineinzuziehen.

Die Bewegung begann, sich zu zersetzen. Die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogene große Industrie- und Handelsbourgeoisie forderte immer lauter den Streikabbruch. Im Juli beschloß der Generalrat der Schanghaier Gewerkschaften, zur Erleichterung der materiellen Lage der Arbeiter die Arbeitsaufnahme in den chinesischen Betrieben. Die Maßnahme brachte die Spaltung in der Schanghaier Bewegung für eine gewisse Zeit zum Stehen und ermöglichte den Arbeitern der ausländischen Unternehmungen, den Kampf weiterzuführen. In den letzten Julitagen jedoch begann die Zahl der ökonomischen Streiks in den chinesischen Betrieben zu steigen. Diese Tatsache trug dazu bei, daß die chinesische Handels- und Industriebourgeoisie entschieden gegen den Streik aufzutreten und aus der Bewegung auszuscheiden begann.

Die Zersetzung innerhalb der Bewegung ermöglichte Tschang-Tso-Lin, der anfangs sogar gezwungen gewesen war, Agitatoren in seinen eigenen Truppen zuzulassen, die Maske abzuwerfen und gegen die Bewegung aufzutreten. Mitte Juli unternahm er den ersten Versuch, die Arbeiterorganisationen in Schanghai zu unterdrücken. Der Anschlag wurde jedoch von den Arbeitern mit Erfolg zurückgewiesen. In den unter seiner Kontrolle stehenden Städten — Nanking, Tsingtau, Tsi-Nan — ließen seine Generale einige Dutzend Arbeiter und Kommunisten erschießen; unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Bolschewiki begann er sich immer offenkundiger Feng-Yu-Hsiang zu widersetzen und gegen die nationale Bewegung und die streikenden Arbeiter aufzutreten. Im August ließ sein General Li-Ching-Lin streikende Arbeiter in einer japanischen Fabrik in Tientsin, die als erste den Versuch gemacht hatten, sich den Genossen in Schanghai anzuschließen, erschießen. Hierauf vernichtete der gleiche General die Arbeiterorganisationen der Stadt. Im September überfiel Li-Ching-Lin die Arbeiter in dem Bergbaugebiet Tang-Schan, die mit wirtschaftlichen Forderungen in den Streik getreten waren.

Somit trat Tschang-Tso-Lin offen im Zeichen der Reaktion auf. Seine Taktik erklärt sich aus zwei Ursachen: 1. dem Wunsche, die nationale Bewegung, die seinem Streben nach der Diktatur in China im Wege stand, zu vernichten, und 2. dem Wunsche, die Unterstützung nicht nur der japanischen, sondern auch der englischen Imperialisten, gegen die sich die Bewegung in erster Linie richtete, zu erwerben.

Die Zersetzung der Bewegung, die verhältnismäßige Isoliertheit und lange Dauer des Streiks zwang den Schanghaier Gewerkschaftsrat Mitte August einen Ausweg zu suchen, um die Bewegung nicht einer absoluten Niederlage, sei es aus Erschöpfung oder infolge der Zersetzung, preiszugeben. Der Ausweg bestand darin, daß man den Streik der 145 000 Arbeiter von der Höhe der Forderungen im nationalen Maßstabe (Abschaffung der Exterritorialität, Aufhebung der ungerechten

Verträge usw.) auf das Niveau lokaler Forderungen reduzierte, um den Ausländern Gelegenheit zu Zugeständnissen zu geben und die Bewegung wenigstens mit einem Teilsiege abzuschließen. Anfang September wurde ein Abkommen mit den japanischen Unternehmern unterzeichnet, in deren Betrieben die Arbeit auch wieder aufgenommen wurde, nachdem die Arbeiter die Zusicherung einer Lohnerhöhung, der Lohnzahlung für die Streikzeit, der Anerkennung der Gewerkschaften, einer besseren Behandlung usw. erhalten hatten. Dagegen ging der Streik in den englischen Betrieben infolge des Starrsinns der Unternehmer weiter (eine Ausnahme bildete nur das Elektrizitätswerk), und erst nach der zweiten Niederwerfung der Schanghaier Arbeiterorganisationen durch Tschang-Tso-Lin, Ende September, sahen sich die Arbeiter gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne ihre Forderungen durchgesetzt zu haben.

Die Arbeiterbewegung in Schanghai machte im Verlauf der Bewegung, das heißt in der Zeit vom 30. Mai bis zum 1. Oktober, eine mächtige Entwicklung durch. Der nie dagewesene Schwung der Bewegung sammelte um den Schanghaier Gewerkschaftsrat 97 Organisationen mit 187 489 Mitgliedern. Der Schanghaier Gewerkschaftsrat spielte in der ganzen Bewegung eine führende Rolle und war die dominierende Macht in dem sogenannten Schanghaier Vereinigungskomitee, das sämtliche Bevölkerungsschichten der Stadt vereinigte. Im Schanghaier Gewerkschaftsrat hatte die chinesische Kommunistische Partei starken Einfluß. Die Schanghaier kommunistische Organisation vergrößerte sich während der Ereignisse um das Dreifache und hatte schließlich über 1000 Mitglieder. Die praktische Schule des Kampfes, die die Schanghaier Arbeiter in dieser Zeit durchgemacht hatten, kam mit einemmal nach dem zweiten Angriff Tschang-Tso-Lins zur Geltung, als die Arbeiterorganisationen in die Illegalität gingen, ohne ihre Verbindungen und organisatorischen Errungenschaften einzubüßen. Alle Hauptlosungen der nationalen Bewegung wurden von den Arbeiterorganisationen unter Mitwirkung der Kommunistischen Partei formuliert. Die vier Kampfmonate der Schanghaier Arbeiter sind vorbildlich für die Kämpfe, die dem chinesischen Proletariat in Zukunft bevorstehen.

Wie bereits gesagt, erfaßte die Bewegung ganz China, allerdings ungleichmäßig stark. Der Grund hierfür liegt in der mangelnden Organisiertheit der nationalrevolutionären Kräfte und der Verschiedenartigkeit der Bedingungen in den einzelnen Gebieten. Immerhin aber fanden die Schanghaier Ereignisse in der einen oder andern Form in ganz China ihren Widerhall. Die Boykottbewegung gegen englische und japanische Waren in den Städten des Yangtse-Tals, die wirtschaftlichen Streiks in Nord- und Mittelchina und schließlich die Ereignisse im Süden, — alles das war eine unmittelbare Auswirkung der Schanghaier Ereignisse.

Die Schanghaier Ereignisse riefen die Arbeiterbewegung auch in den Gebieten ins Leben, wo sie bisher überhaupt nicht bestanden hat. So sehen wir ein kolossales Anwachsen der Arbeiterorganisationen außerhalb der Hauptstädte.

Die Lage im Süden und namentlich in Hongkong war während der ganzen Zeit sehr zugespitzt gewesen. In Hongkong hatte der Streik am 17. Juni begonnen und seither war die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden. Trotz aller Drohungen der Engländer und der Bemühungen der chinesischen Bourgeoisie in der Stadt beharrten die Arbeiter auf ihren Forderungen. Die Lage verschärfte sich dadurch, daß keine Partei auf Zugeständnisse eingehen konnte: für die Engländer hätte ein Nachgeben den Zusammenbruch ihres Prestiges bedeutet, für die Arbeiter eine vernichtende Niederlage. Der Ausgang des Streiks hing ab von der Lage im Mutterlande, das heißt in der Provinz Kwangtung. Die Interventionsdrohungen machten auf die Kantonregierung, die die Streikenden in jeder Weise unterstützte, keinen Eindruck. Der Versuch der Engländer, Kanton ein zweitesmal durch die Banden des Generals Chen-Shui-Min niederwerfen zu lassen, endigte mit einem Mißerfolg. Obgleich die Verhandlungen, die der Hongkonger chinesische Kaufmannsbund mit dem Streikkomitee in Kanton führte, für die Arbeiter annehmbare Bedingungen zuwegebrachten, weigerten sich die Engländer in der Hoffnung auf unvorhergesehene Ereignisse, sie anzunehmen.

Die militärische und politische Lage Ende 1925

Die Ereignisse im Sommer 1925 taten der inneren Verwirrung in China keinen Einhalt und ließen die Gefahr eines Krieges zwischen Tschang-Tso-Lin und Feng-Yu-Hsiang weiterbestehen.

In dem Drang der Ereignisse brachte Tschang-Tso-Lin die Provinzen Nganhui und Kiangsu in seine Hand. Die Volksarmeen konnten dieser Expansion keinen Widerstand entgegensetzen, weil sie, um im Falle eines Krieges Manövrierfähigkeit zu besitzen, ihr Territorium auf Kosten der westlichen Provinzen vergrößerten: Schensi, das von der III. Volksarmee besetzt wurde (General Sun-Jo) und die Provinz Kan-Su, die in die Hände der I. Volksarmee überging (General Feng-Yu-Hsiang). Diese Gebietsverteilung wurde in den entsprechenden Befehlen Tuan-She-Suis fixiert, die mechanisch den eben geschaffenen „Status quo" widerspiegelten.

Das reaktionäre Vorgehen Tschang-Tso-Lins gegen die nationale Bewegung, und umgekehrt die enge Verbindung der Volksarmeen mit der nationalen Bewegung verbanden das Schicksal des unvermeidlichen Krieges mit dem Schicksal der nationalrevolutionären Bewegung. Die chinesische öffentliche Meinung, die im August und Oktober den Krieg mit Spannung erwartete, bewertete jeden Erfolg

Tschang-Tso-Lins nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer Niederlage der Volksarmeen, sondern auch der nationalrevolutionären Bewegung.

Das unerwartete Auftreten eines Generals der Tschiligruppe, die nach der Niederlage 1924 von der Bildfläche des politischen Lebens Chinas verschwunden war — Sun-Tchuang-Fang —, im Oktober 1925 gegen Tschang-Tso-Lin, wodurch dieser gezwungen war, die Provinzen Kiang-Su und Nanghui zu räumen, wurde von der chinesischen Oeffentlichkeit außerordentlich günstig aufgenommen. Zuerst nahm man an, daß die Tschiligruppe als Ganzes gegen Tschang-Tso-Lin vorgehen werde, im November stellte sich jedoch heraus, daß Sun-Tschuan-Fang auf eigene Faust den Kontakt mit den Volksarmeen aufgenommen hatte. Die übrigen Generale der Tschiligruppe machten ihre Truppen, nur soweit sie konnten, kampfbereit. Die Volksarmeen traten ursprünglich nicht offen auf, sondern warteten eine Klärung der Lage ab.

Aus Furcht vor einem Angriff im Rücken seitens der I. Volksarmee zog sich Tschang-Tso-Lin fast kampflos nach Tientsin zurück. Am 24. Dezember wurde Tientsin von den Volksarmeen, nachdem sie den Widerstand der Truppen des Gouverneurs von Tschili gebrochen hatten, besetzt. Tschang-Tso-Lin setzte den Rückzug nach der Mandschurei fort.

Der Rückzug Tschang-Tso-Lins führte zu Zwiespältigkeiten unter seinen Generalen, bei denen sich die in solchen Fällen in China übliche Tendenz, ihren militärischen Patron zu verlassen, um den eigenen Posten zu retten, geltend machte. Sein bisheriger Anhänger, der General Kuo-Sung-Lin, wandte sich gegen ihn, und die Lage Tschang-Tso-Lins wurde selbst in seiner Zitadelle, in der Mandschurei, bedroht. Mit Hilfe von japanischen Truppen gelang es jedoch Tschang-Tso-Lin am 25. Dezember, Kuo-Sung-Lin zu schlagen und seine Herrschaft in der Mandschurei zu sichern.

Damit Tschang-Tso-Lin seine Macht außerhalb der Mandschurei wieder erweitern kann, war die Konzentrierung seiner Kräfte im Süden notwendig. Zu diesem Zwecke provozierte er Mitte Januar einen Konflikt mit der Sowjetunion wegen der Ostchinesischen Eisenbahn, um der Sowjetunion seine feste Hand zu zeigen. Die Bahndirektion verweigerte die Truppenbeförderung auf der Bahn laut Vertrag ohne Bezahlung. Tschang-Tso-Lin ließ den Direktor der Bahn, Ivanow, und mehrere Beamte verhaften. Auf den energischen Protest der Sowjetunion wurden die Verhafteten freigelassen und ein Vergleich in dem Sinne getroffen, daß die Kosten der Truppentransporte von dem an China entfallenden Teil der Einnahmen abgezogen werden.

Die angeführten Ereignisse haben die Rolle der Zollkonferenz in den Hintergrund gedrängt. Die Konferenz wurde am 26. Oktober

1925 unter Beteiligung von Vertretern Chinas und sämtlicher Staaten, die seinerzeit das Washingtoner Abkommen unterzeichnet hatten, in Peking eröffnet. Der Konferenz ging eine neue Welle der antiimperialistischen Meinung in China voran. Diese Bewegung kristallisierte sich um die Forderung der Zollautonomie für China. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte selbst Tuan-She-Sui diese Forderungen als seinen eigenen und unerläßlichen Wunsch deklarieren. Die imperialistischen Mächte dagegen ließen sich nur darauf ein, eine Erhöhung der Zollsätze zu diskutieren. Letzten Endes willigte die Regierung in der Hoffnung gewisser Zugeständnisse, die ihrer eigenen Macht zugutekämen, ein, sich mit den Imperialisten an einen Tisch zu setzen.

Die Arbeiten der Konferenz machten jedoch keine Fortschritte, da die Mächte angesichts der Ereignisse die praktische Tätigkeit bis zu dem Moment hinauszögerten, wo die Situaton in China geklärt ist. Wie dem auch sei, die Konferenz bedeutet unter den heutigen Verhältnissen keine Beruhigung der chinesischen Oeffentlichkeit mehr, deren Interesse sich auf den sich entwickelnden Kampf zwischen den mukdenfeindlichen Truppen und Tschang-Tso-Lin konzentriert.

Die politische und militärische Lage Anfang 1926

a) Die Zentralregierung in Peking ist macht- und bedeutungslos. Die eigentlichen Beherrscher des Landes sind die folgenden Gruppen:

b) Die Kuo Min-Regierung (Volksregierung, gebildet von der Kuo Min Tang) in Kanton. Die ganze Provinz Kwangtung untersteht ihr. Ihr Machtbereich erstreckt sich auf die westlich liegende Kwangsi-Provinz. In den von Kwantung nördlich liegenden Provinzen besitzt sie Sympathien. Die Kuo Min-Regierung ist aktiv antiimperialistisch und ihrem sozialen Charakter nach eine Arbeiter- und Bauernregierung.

c) Die nationalrevolutionäre Gruppe des Generals Feng-Yu-Hsiang. Ihre Basis ist die Innenmongolei (Jehol, Sachaörl, Chue-Yuean). Ihre Volksarmeen halten die Provinzen: Tschili (mit den Städten Peking und Tientsin), Honan, Schensi und Kansu besetzt; sie besitzt Anhängerschaft in den Provinzen Schantung, Schansi und Sinkiang. Der Klassencharakter dieser Gruppe ist noch ungeklärt. Bürgerliche und Arbeiter- und Bauerninteressen ringen um die Hegemonie. Sie unterstützt die Arbeiterbewegung und die nationalrevolutionäre Bewegung.

d) Die japanfreundlich und auch mit England in Verbindung stehende Mititärgruppe Tschang-Tso-Lins. Ihre Herrschaft erstreckt sich auf die Mandschurei; eine Resttruppe befindet sich noch in der Provinz Schantung. Ihr Klassencharakter ist rein kapitalistisch; die Arbeiterbewegung wird mit Gewalt unterdrückt.

e) Die bürgerliche Herrschaft Sun-Tschuan-Fangs. Zu dieser gehören die fünf Yangtse-Provinzen: Tschekiang, Kiangsu, Nganhui, Kiangsi und Fukien. Die Arbeiterorganisationen sind zur Illegalität gezwungen. Der Klassencharakter dieser Gruppe ist kapitalistisch; sie liebäugelt jedoch mit der nationalrevolutionären Bewegung.

f) Die Gruppe Wu-Pei-Fu befindet sich in Hankow. Dem Namen nach unterstehen ihm die Provinzen: Hupe, Hunan, Szechuan und Kuichow; in Wirklichkeit sind sie nur lose miteinander verbunden. Die Gouverneure von Hupe und Hunan treiben nur Lokalpolitik, um ihre Macht zu festigen; in Kuichow und Szechuan streiten mehrere Generale gegeneinander. Der Klassencharakter der Gruppe ist kapitalistisch, der Arbeiter- und Bauernbewegung feindlich.

g) Provinzen, die zu keiner Gruppe gehören: Yuennan und Sinkiang. Gouverneur von Yuennan herrscht absolut, wie Tschang-Tso-Lin in der Mandschurei.

h) Die Urga-Volksregierung in der Mongolei. Sie beherrscht die ganze Mongolei. Sie kämpft gegen das Fürstentum.

j) Die Delai-Lama-Regierung in Lhassa. Sie beherrscht ganz Tibet seit der Vertreibung des Tashi-Lamas aus Shigatse. Ihre Herrschaft ist religiös-politisch. Sie untersteht englischem Einfluß. Mit der chinesischen Zentralregierung steht sie nur formell in Verbindung.

Die Ereignisse in den ersten Monaten 1926

Das Erstarken der nationalrevolutionären Bewegung unter Führung Feng-Yu-Hsiangs und der Arbeiter- und Bauernbewegung von Kanton nötigten Tschang-Tso-Lin und Wu-Pei-Fu zu einem vorübergehenden Bündnis gegen Feng. Zu diesem Bündnis wurden sie von ihren imperialistischen Herren, Japan bzw. England gezwungen, die einen vollen Sieg der nationalrevolutionären Bewegung, eine Ausdehnung der Macht Fengs und der Kanton-Regierung über ganz China befürchteten.

Dem gemeinsamen Angriff der von Japan und England unterstützten Armeen Tschangs und Wus konnten die schlecht bewaffneten und schlecht organisierten II., III. und IV. Volksarmeen nicht Stand halten. Sie wurden geschlagen und lösten sich entweder auf oder gingen zum Feind über. Einzelne Teile schlossen sich der I. Volksarmee an. Diese selbst leistete den Angriffen der Armeen Tschangs erfolgreichen Widerstand, zog sich Schritt für Schritt erst nach Tientsin, dann nach Peking und schließlich nach einer wochenlangen Verteidigung der Hauptstadt, in vollster Ordnung nach der Innenmongolei, der ursprünglichen Basis Fengs, zurück. Hier hält sie sich in sehr starken Stellungen kampfbereit. Feng selbst legte den Oberbefehl nieder und begab sich auf eine Studienreise nach Moskau.

Die innen- und außenpolitischen Differenzen zwischen den Siegern Tschang und Wu-Pei-Fu äußerten sich in der eigenartigen Form, daß keiner von ihnen die Hauptstadt Peking und damit formell die Zentralregierung, aus Furcht vor den anderen in Besitz zu nehmen den Mut hatte. Es gibt gegenwärtig nur eine Scheinregierung in Peking; die wirkliche Macht der reaktionären Kräfte liegt bei drei sich befehdenden Generälen: Tschang in der Mandschurei; Wu in Mittelchina und Sun-Tschung-Fang im Schanghai-Gebiet. Die Zurückdrängung der Volksarmeen auf die Mongolei, außerhalb der „großen Mauer" bedeutet zweifellos eine Schlappe für die nationalrevolutionäre Bewegung. Als Gegenpunkt dehnt sich aber der Machtbereich der Kanton-Regierung stetig nordwärts aus. Die Generäle Wu und Sun sind ständig von revolutionären Bewegungen im eigenen Gebiet beunruhigt, wodurch ihre Schlagkraft gegen Norden sehr vermindert wird.

Die Bauernschaft und die nächsten Aufgaben der Kuo Min Tang

Die nationale Befreiungsbewegung in China wird durch Einbeziehung der bäuerlichen Organisationen wahrscheinlich eine Verstärkung erfahren. Wenngleich die letzten Ereignisse die Bauernmassen nur in sehr geringem Maße unmittelbar in den Kampf einbezogen haben, so trugen sie doch bedeutsam zu deren Revolutionierung bei. Die schwere wirtschaftliche Lage der Bauernschaft in China gab von jeher einen günstigen Boden für zahlreiche geheime Bauerngesellschaften ab, die als Gesellschaften für gegenseitige Hilfe eine Rolle spielten und in erregten Zeiten zum Zentrum der revolutionären Bauernorganisationen wurden. Zur Zeit machen diese Geheimgesellschaften Organisationen Platz, die den Forderungen der heutigen politischen Situation besser entsprechen. Unter dem Banner der Kuo Min Tang und unter starker Beteiligung der Kommunisten sind gegen 200 000 Bauern in der Provinz Kwangtung organisiert worden, die heute schon eine mächtige Rolle im politischen Leben der Provinz spielen und eine der wichtigsten Stützen der Kantoner Regierung bei ihrem Kampf gegen die Konterrevolution bilden. Auch in den Provinzen Mittelchinas läßt sich gegenwärtig das Wirken derartiger Organisationen beobachten: „Rote Lanzen", „Schwarze Lanzen" usw. Verschiedene Anzeichen sprechen auch für eine Bewegung der Bauernschaft in der Mandschurei. Alle diese Bewegungen stehen zunächst unter der Losung des Kampfes gegen die Grundbesitzer. Der Kuo Min Tang, als der führenden Partei in der nationalen Befreiungsbewegung, obliegt es, diese Kräfte zu sammeln und zu starken Abteilungen der nationalen Revolution zu organisieren.

Die Absonderung der Industrie- und Handelsbourgeoisie von der nationalrevolutionären Bewegung erschwert den Kampf. Der Konflikt zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Kuo Min Tang beweist, daß die Bourgeoisie mit der nationalrevolutionären Bewegung nicht Schritt halten kann und immer mehr zu einem Kom-

promiß mit den Feudalen, Militaristen und dem fremden Imperialismus neigt. Demzufolge werden die revolutionären Elemente der nationalen Befreiungsbewegung, wie das Kleinbürgertum, die Intelligenz, zu einem engeren Bündnis mit der Arbeiterbewegung gezwungen sein.

Mit all diesen Problemen beschäftigte sich der 2. Reichskongreß der Kuo Min Tang, der vom 2.—18. Januar 1926 in Kanton tagte. Der Kongreß verurteilte die Tätigkeit der rechten Elemente, die im November 1925 in Peking eine Sondertagung abgehalten hatten und schloß zwei ihrer Führer, Tsáo Lu und Shie Tschi, aus der Partei aus. Die Vollzugsorgane der Partei in Shanghai und Peking wurden aufgelöst und die Leitung der Partei in der Hand des Zentralkomitees, dessen Sitz in Kanton ist, konzentriert. Fernerhin wurde eine erhöhte Propagnadatätigkeit beschlossen, um das kulturelle und politische Niveau der Parteimitgliedschaft zu heben. Nach dem Organisationsbericht zählte die Partei zur Zeit des 2. Reichskongresses ungefähr 400 000 Mitglieder, wovon 87 000 in den ausländischen Parteiorgniasationen (Korea, Niederl. Indien, malaiische Inseln usw.) organisiert sind.

*

Die Arbeiterbewegung ihrerseits ist heute bereits im Begriff, den Prozeß der Kräftekonzentration abzuschließen und ist, wie die letzten Ereignisse bewiesen haben, imstande, als selbständige, ja mehr als das, als führende Macht in die Arena der nationalen Befreiungsbewegung einzutreten. Diese Entwicklung bringt es mit sich, daß sich die Aufgaben der chinesischen Kommunistischen Partei, deren Mitgliederbestand von 1200 im März auf 3000 im Juli 1925 gestiegen ist (gegenwärtig zählt die Partei 4000—5000, und der Jugendverband 2000—3000 Mitglieder), außerordentlich komplizieren und ausdehnen, da ihr nunmehr nicht nur die Leitung der Arbeiterbewegung, sondern der gesamten national-revolutionären Bewegung zufällt, in deren vordersten Reihen das chinesische Proletariat marschiert.

In den letzten Monaten trat ein gewisser relativer Stillstand in der revolutionären Bewegung ein. Es wäre aber vollkommen verfehlt, diesen Zustand als von langer Dauer zu betrachten. Die Millionenmassen der chinesischen Bauern und Arbeiter, der Studenten und Kaufleute sind in Bewegung geraten, sind aus der Erstarrung erwacht. Sie werden niemals mehr in die alte Unbequemlichkeit verfallen. Die nationalrevolutionäre Bewegung wird siegen. Die große Frage ist, ob als Ergebnis ein bürgerlich-kapitalistisches China (oder ein Staatenbund kapitalistischen Charakters) entstehen wird; oder ob die nationalrevolutionäre Bewegung unmittelbar in eine soziale Revolution unter der Hegemonie des Proletariats übergehen und zu einem China der Arbeiter und Bauern führen wird.

Columbien

Flächeninhalt: 1 195 900 qkm, Einwohnerzahl (1918): 5 855 490, mehr als 55 Prozent Mischlinge aus Weißen und Indianern, 10 Prozent Weiße, 18 Prozent Indianer, 14 Prozent Neger und Mulatten, Sprache spanisch, Religion römisch-katholisch. Föderative Republik, Präsident unmittelbar vom Volk gewählt. Zweikammersystem, Volksvertretung aus direkten allgemeinen Wahlen. Friedensheeresstärke 6000 Mann.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Infolge äußerst dünner Bevölkerung große Landstriche unbebaut.

Anbaufläche und Ernteertrag (1909/13):

	Zucker	Mais	Reis	Kaffe	Kakao	Tabak	Baumwolle
Anbaufläche (1000 ha)	83	168	6	46	14	6	4
Ertrag (1000 dz) . .	125	1660	128	668	36	64	12

Nachkriegsstatistik nur für Kaffee (in 1000 dz): 1921: 1058, 1923: 1329, 1924: 1105.

Viehstand (1913 in 1000): Pferde 526, Esel 138, Maultiere 200, Rinder 9427*), Ziegen 163, Schweine 711.

Landwirtschaftliche Hauptausfuhrartikel sind Kaffee, Felle und Bananen, daneben Baumwolle und Kautschuk.

Bergbau und Industrie: Das Land ist reich an Bodenprodukten, der Bergbau ist jedoch wenig entwickelt. Am stärksten ist die Ausbeute in Gold, Silber, Platin, Kupfer. In neuester Zeit entwickelt sich eine Petroleumindustrie. Es gibt ca. 120 Fabriken. Hauptausfuhrartikel sind Gold, Silber und Platin.

Verkehr: Länge der Eisenbahnlinien 1787 km. Eisenbahnen, Schiffahrt und Industrie sind vorwiegend in englischen Händen. In den letzten Jahren wächst jedoch der amerikanische Einfluß.

Außenhandel (in 1000 Pesos):

	1913	1919	1920	1924
Ausfuhr	34 315	79 029	70 371	70 615
Einfuhr	28 535	48 487	101 397	52 347

Staatshaushalt (in 1000 Pesos):

	1923	1924	1925
Einnahmen	43 535	38 285	34 442
Ausgaben	35 804	42 965	38 151

Staatsschulden (1924): äußere Schulden 20,5, innere Schulden 16,7 Millionen Pesos. Die Währung ist stabil. Ein Peso = 1 Dollar. Die Schaffung einer Staatsbank (1922) geschah mit amerikanischer Unterstützung.

Politik

Columbien befindet sich restlos unter der politischen Kontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika. An der Herrschaft ist die Konser-

*) 1922.

vative Katholische Partei (Großgrundbesitz), welche bis jetzt die Liberale Partei (Bank- und Handelsbourgeoisie) erfolgreich niedergehalten hat.

Arbeiterbewegung

Der Columbianische Gewerkschaftsverband gehört der panamerikanischen Föderation an, zählt aber zu jenen Verbänden, die sich tatsächlich in Opposition gegen die AF. of L. befinden. Es besteht eine sozialistische Partei mit einem verhältnismäßig starken Anhang. Im Jahre 1924 wurde die Kommunistische Partei gegründet, die jedoch noch heute eine kleine illegale Gruppe darstellt.

Dänemark

Oberfläche 43 017 qkm. Bevölkerung (1924) 3 386 274 (davon in den Städten 1 467 588). Eigentliches Dänemark: Halbinsel Jütland, Inseln Seeland und Fünen; Kolonien: Färoer, Grönland; Personalunion mit Island.

Nationalität: dänisch, in Nordschleswig teilweise deutsch.

Religion: protestantisch.

Verfassung: Konstitutionelle Monarchie mit zwei Kammern, Folketing (direkte Wahl), Landsting (indirekte Wahl).

Berufsgliederung (1921)

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
Landwirtschaft	197 000	16 000	262 000
Industrie u. Gewerbe	87 000	29 000	251 000
Handel u. Verkehr	72 000	93 000	62 000
Dienstboten			180 000
Oeffentliche Dienste u. freie Berufe		96 000 (Angestellte u. Arbeiter zusammen)	

Unter den „Selbständigen" gibt es zahlreiche halbproletarische Existenzen, insbesondere in der Landwirtschaft.

Wirtschaft

Dänemark ist vor allem Agrarland, dessen größte Bedeutung in der Viehzucht liegt.

Landwirtschaft

Besitzverteilung (1919)

Größenklassen ha	Fläche ha		Zahl der Güter	
	Insgesamt	% der Gesamtfl.	Insgesamt	% aller Güter
0,55 bis 3,3	82 000	2,5	44 000	21,3
3,3 „ 15	721 000	21,8	91 000	44,1
15 „ 60	1 879 000	56,7	66 000	32
60 „ 120	332 000	10	4 000	2
120 „ 240	153 000	4,6	916	0,4
über 240	147 000	4,4	419	0,2

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	54	1 957	83	2 400	60	1 597	80	2 653
Roggen	245	4 096	232	3 500	188	2 648	215	3 492
Gerste	241	6 125	272	7 400	302	7 442	301	7 963
Hafer	428	8 212	453	9 160	462	9 174	4·5	9 556
Kartoffeln	61	11 036	83	12 400	72	7 359	75	13 109
Zuckerrüben . .	22	9 292	32	8 250	39	9 526	38	12 090

Die Vergrößerung der Anbauflächen nach dem Kriege ist zum Teil eine Folge des Hinzukommens von Nordschleswig 1919.

Viehstand (in 1000)

	Pferde	Rinder	Schweine	Schafe
1914	567	2462	2406	514
1922	575	2525	1899	441
1924	548	2667	2868	302

Wichtig auch die Geflügelzucht (20 000 000 Stück Geflügel) wegen des Eierexportes (1924: 8 Prozent der Gesamtausfuhr). Fischerei: In der Küstenfischerei waren 1923 3200 Segler und 7300 Ruderboote, in der Hochseefischerei etwa 2000 Motorfahrzeuge mit einem Gesamtpersonenstand von 19 000 beschäftigt.

Industrie und Gewerbe

Zahl und Größe der Betriebe (1914)

Zahl der Arbeiter je Betrieb	Ohne fremde Arbeitskraft	1—5	6—20	21—100	üb 100	Gesamtzahl der Betriebe
Zahl der Betriebe . .	42 115	34 014	4779	1322	264	82 494

In allen Betrieben waren 350 000 Personen, davon 233 000 Arbeiter beschäftigt. Die wichtigste Industrie ist die Lebensmittelindustrie (63 000 Arbeiter), vor allem Butter-, Milch-, Margarine- und Konservenindustrie, ferner Bau-, Bekleidungs- und Metallindustrie.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen: ca. 5000 km, davon 2400 staatlich; privat sind nur Lokal- und Kleinbahnen. Großes Autobusnetz.

Handelsflotte 1924: 1835 Fahrzeuge mit zusammen 639 800 Registertonnen Schiffsraum, davon 623 Dampfer mit 452 400 und 816 Motorschiffe mit 134 200 Registertonnen.

Außenhandel (in Millionen Kronen):

	1913	1919	1921	1923	1924	1925
Einfuhr	855	2605	1697	2030	2360	2095
Ausfuhr	721	740	1564	1684	2151	1966
Einfuhrüberschuß	134	1875	133	345	209	129

Eingeführt werden hauptsächlich Textilien, Metallwaren, Kohle, Getreide und Viehfutter. Ausgeführt werden Butter, Eier und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, Margarine und Vieh.

Haupthandelsländer sind Deutschland, Großbritannien, Schweden, Norwegen.

Staatshaushalt:

Das Finanzjahr 1923/24 schloß (in Mill. Kr.) mit Einnahmen von 389 und Ausgaben von 402 ab, davon 49 für Heer und Flotte. Die Ausgaben für die Landesverteidigung sinken jährlich infolge der Abrüstung. Das Budget für 1925 setzt die Ausgaben mit 361 Mill. Kr. fest.

Kurs der Krone in Dollar (Parität 100 Kronen = 26,80 Dollar). November 1923 16,64, Dezember 1924 17,49, Juni 1925 18,37; Oktober 1925 24,00, Dezember 1925 24,86. Das plötzliche Ansteigen der Krone infolge der Deflationspolitik mit dem Ziele der Erreichung der Friedensparität hat eine gewaltige Arbeitslosigkeit und Industriekrise zur Folge. In der ersten Januarwoche 1926 hatte Dänemark 85 000 Arbeitslose, d. i. ca. 25 Prozent der Gesamtarbeiterschaft, die größte jemals erlebte Arbeitslosigkeit.

Politik

Durch das Wahlergebnis von 1924 wurde die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung mit Unterstützung der Radikalen (Ministerium Stauning) möglich. Der Sieg der linken Gruppen war bedingt durch die allgemeine Mißstimmung über die Korruption und Mißwirtschaft der konservativ-reaktionären Regierung, die infolgedessen in den Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise nicht imstande gewesen wäre, die notwendigen Machtmittel zur Durchführung der von der Unternehmerschaft geforderten Abbaumaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die Zusammensetzung des Parlaments

	Stimmen 1924	Mandate 1924	Mandate 1921
Hoejre (Konservative, Großkapital, Offiziere, Gutsbesitzer)	242 955	28	27
Venstre (Groß- und Mittelbauern)	362 682	45	52
Radikale (Intelligenz, Kleinbürgertum, Handel, Kleinbauern, Kleinindustrie)	166 476	20	18
Deutsche (in Nordschleswig)	7 715	1	1
Kleinhändler und Handwerker	24 839	—	3
Sozialdemokraten	469 949	55	48
Kommunisten	6 219	—	—

Die Hauptprogrammpunkte der Regierung Stauning waren Deflation und Abrüstung. Die Deflation mußte durch Verschärfung der Wirtschaftskrise die Lebenshaltung der Arbeiter bedrohen und wesentlich verschlechtern. In der Abrüstungsfrage war die Regierung abhängig von der bürgerlichen Mehrheit im Oberhaus (Landsting) und beschränkte sich daher nur auf die Abrüstung zu Lande, während unter dem Drucke der Radikalen (der zweiten Koalitionspartei) die Seerüstungen aufrechterhalten und die Luftrüstungen verstärkt wurden.

In den großen Arbeitskämpfen im Frühjahr 1925 büßte die Regierung von ihrer Popularität vieles ein, wie sich bei den Gemeindewahlen in Kopenhagen im Frühjahr 1925 zeigte. Da aber die Stauning-Regierung keine Versuche macht, die Interessen der Bourgeoisie zu gefährden, läßt diese sie weiter an der Regierung.

Die Abrüstung diente sogar insofern noch zur Stärkung der Reaktion, als die Schützengilden, das sind reaktionäre Bauernorganisationen, der Wehrmacht eingereiht wurden.

Presse. Konservative: „Berlingske Tidende", „National Tidende" in Kopenhagen. Venstre: „Kjobenhavn", Kopenhagen. Radikale: „Politiken", Kopenhagen, „Fyns Venstreblad", Odense. Sozialdemokraten: „Socialdemokraten", Kopenhagen; Kommunisten: „Arbejder Bladet", Kopenhagen (Wochenblatt).

Arbeiterbewegung

Trotz seiner vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur hat Dänemark eine alte zentralisierte Arbeiterbewegunng mit Organisationen, die den weitaus größten Teil der industriellen Arbeiterschaft erfassen.

Gewerkschaften

Mitgliederzahl:	
1899	85 592
1913	152 787
1918	315 597
1923	293 572
1924	298 895

52 Verbände mit 233 116 Mitgliedern sind der gewerkschaftlichen Landeszentrale angeschlossen, 29 Verbände mit 65 779 Mitgliedern sind selbständig. Es gibt nur Verbände auf dem Boden des Klassenkampfes. Der Achtstundentag ist in den Tarifverträgen festgelegt.

Der dänische Massenstreik. Im Frühjahr 1925 gab es in Dänemark die größte gewerkschaftliche Massenbewegung. Sie umfaßte auf ihrem Höhepunkt 150 000 Arbeiter. Ausgangspunkt war ein gemeinsamer Vorstoß der straff organisierten Unternehmerverbände, die alle gleichzeitig zum Februar 1925 die Tarifverträge kündigten. Die Erneuerungsverhandlungen wurden im letzten Augenblick durch die Ablehnung der bereits vereinbarten Bedingungen durch die Eisenindustriellen gesprengt. Es kam zu einer Aussperrung in der Eisenindustrie und Sympathiestreiks in den anderen Gewerkschaften. Die Landesleitung der Gewerkschaften war im Verein mit der Regierung bemüht, den Generalstreik zu verhindern und einen Vergleich mit den Unternehmern zustandezubringen, wogegen sich in erster Linie der radikale Hilfsarbeiterverband wendete.

Ein Gewerkschaftskongreß Anfang Mai versuchte dem Vermittlungsvorschlag der Regierung zum Durchbruch zu verhelfen, was aber von dem Hilfsarbeiter- und Metallarbeiterverband abgelehnt wurde. Deshalb wurde die Aussperrung auch in anderen Branchen aufrechterhalten. Die reformistische Gewerkschaftsführung versuchte schließlich den Widerstand der radikaleren Gewerkschaften im Einvernehmen mit dem Unternehmerverband dadurch zu brechen, daß sie die

kompromißbereiten Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßte, dem Hilfsarbeiterverband die finanzielle Unterstützung entzog und die Regierung bei der Vorbereitung eines Gesetzes über das zwangsweise Schiedsverfahren unterstützte, das Zwangsmaßnahmen gegen Streikende ermöglichte.

Das selbständige Vorgehen des Hilfsarbeiterverbandes, der durch einen Streik in den Seehäfen den gesamten dänischen Export lahmlegte, ermöglichte jedoch noch vor Eingreifen der Regierung den Abschluß eines für die Arbeiterschaft günstigen Kompromisses unter folgenden Bedingungen: Lohnzulage in allen Branchen entsprechend der Teuerung, höhere Lohnzulage für den Hilfsarbeiterverband, zweijährige Dauer der Verträge (bei sinkenden Preisen).

Linksbewegung in den Gewerkschaften. Die reaktionäre Haltung der Gewerkschaftszentrale im Massenstreik hat ein Erstarken der linken Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft zur Folge gehabt, insbesondere war dies der Fall in dem 80 000 Mann starken Hilfsarbeiterverband, der Arbeiter aus sämtlichen Industriegruppen umfaßt. Dieser Verband erklärte auf dem Gewerkschaftskongreß Anfang Mai 1925 unter Führung seines Vorsitzenden Lyngsie seinen Austritt aus der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, der aber statutenmäßig erst im Juli 1926 wirksam wird. Neben dem Hilfsarbeiterverband hat das Kopenhagener Gewerkschaftskartell und einige andere Organisationen gegen die Taktik der Landeszentrale und die Politik der sozialdemokratischen Regierung Stellung genommen. Unter dem Druck der Linksbewegung wurde eine Rußland-Delegation entsandt.

Der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften ist gering, er ist aber infolge der konsequenten Agitation, die die Partei während des Massenkampfes im Frühjahr 1925 betrieb, gewachsen.

Politische Arbeiterbewegung

Sozialdemokratie: Die dänische Sozialdemokratie mit ihrer 50 jährigen Parteitradition beherrschte bis zum Massenstreik 1925 die Gewerkschaften und damit die gesamte Arbeiterbewegung unbeschränkt. Ende 1925 hatte sie 146 000 Mitglieder, davon 5700 in Kopenhagen. Die Parteimitgliedschaft nimmt an Politik und Leben der Partei keinen Anteil, die Aktivität liegt bei den parlamentarischen Funktionären. Ihre Politik als Regierungspartei siehe oben.

Kommunistische Partei: Die Kommunistische Partei hat ihre großen inneren Schwierigkeiten noch nicht überwunden. Die Parteispaltung in Schweden (Höglund-Krise) hat auch in Dänemark zu tiefgehenden Diskussionen geführt. Durch die Zusammenfassung der skandinavischen Parteien in der skandinavischen Föderation ist ein wichtiger Schritt zur Ueberwindung der aus der Kleinheit der Partei sich ergebenden Schwierigkeiten getan worden, der seine Wirkungen auch bei dem erfolgreichen Auftreten der Kommunisten im großen Arbeitskampf zeigte. Bei den Wahlen konnte die Partei 6219 Stimmen auf sich vereinigen, das sind 1,2 Prozent der Stimmenzahl der Sozialdemokraten.

Der Parteitag im Januar 1926 faßte nochmals Beschlüsse zur Liquidierung der Parteikrise, schuf eine Parteiführung, in der alle

Richtungen mit Ausnahme der Richtung des Genossen Thögersen, welcher sich Disziplinbrüche hatte zuschulden kommen lassen, vertreten sind, und legte fest, daß die Umstellung der Partei auf Betriebszellen ernsthaft in Angriff genommen werden muß. Seit dem Parteitag ist die Parteimitgliederzahl und die Abonnentenzahl des Parteiorgans im Wachsen.

Deutsches Reich

Oberfläche und Bevölkerung:

	Oberfläche qkm	Bevölkerung	Bevölkerung pro qkm
Früherer Umfang	540 857	67 790 000 [1]	125
Jetziger Umfang	472 037	63 309 098 [2]	134
Besetztes Gebiet [3]	25 902	4 208 758 [4]	162

16,4 Millionen, d. h. 26,2 Prozent der Gesamtbevölkerung, wohnen in 45 Großstädten (Städte über 100 000 Einwohner).

Ueberseeische Auswanderung: 1913: 25 843, 1923: 115 416, 1924: 58 328, 1925: 62 563.

Nationalität und Sprache: fast ausschließlich deutsch.

Religion: 65,2 Prozent evangelisch, 33 Prozent römisch-katholisch, 0,9 Prozent israelitisch, 0,8 Prozent andere (i. Jahre 1910).

Verfassung: Das Deutsche Reich besteht aus 18 Freistaaten (auch „Volksstaaten" bzw. „Freien Hansestädten"; vor der Revolution 26 Bundesstaaten) und zwar:

	qkm	Bevölkerung
Preußen	293 077	38 181 043
Bayern	75 984	7 399 609
Sachsen	14 993	4 973 519
Württemberg	19 507	2 594 283
Baden	15 071	2 327 036
Thüringen	11 754	1 628 533
Hessen	7 691	1 358 719
Hamburg	415	1 128 769
Mecklenburg-Schwerin	13 127	687 399
Oldenburg	6 429	553 539
Braunschweig	3 672	508 317
Anhalt	2 299	351 506

---

[1]) Mitte 1914.
[2]) 16. Juni 1925. Einschließlich Saargebiet (ohne Saargebiet 62,54 Millionen).
[3]) Die erste Räumungszone von 6544 qkm mit einer Bevölkerung von 2,5 Millionen nicht mehr eingerechnet.
[4]) Volkszählung 1919.

	qkm	Bevölkerung
Bremen	256	333 368
Lippe	1 215	166 038
Lübeck	298	127 560
Mecklenburg-Strelitz	2 929	112 048
Waldeck	1 055	59 153
Schaumburg-Lippe	340	48 659
Saargebiet*)	1 922	773 000
davon preußisch	1 486	656 000
davon bayerisch	436	94 000

Nach der sogenannten „Weimarer" Verfassung (11. August 1919) ist Deutschland eine Republik, „in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht". Die oberste Spitze bildet der Reichspräsident, der alle sieben Jahre durch eine Volksabstimmung gewählt werden soll (letzte Wahl April 1925). Der Reichpräsident ernennt und entläßt die Reichsbeamten und die Offiziere und hat den Oberbefehl über die Reichswehr. Er kann bei Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder einzelner Teile durch Verhängung des Ausnahmezustandes wichtige Gesetze außer Kraft setzen (Presse- und Versammlungsfreiheit usw.). Der Reichskanzler ist für das ganze Kabinett allein dem Reichstage verantwortlich und bedarf seines Vertrauens. Das Wahlrecht (Verhältniswahl) ist allgemein, gleich, direkt und geheim für alle Deutschen beiderlei Geschlechts über 20 Jahre. Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt (letzte Reichstagswahlen Dezember 1924). Gesetzesvorlagen können von der Reichsregierung und aus der Mitte des Reichstages eingebracht werden. Der Reichspräsident kann für angenommene Gesetze Volksentscheid anordnen. Einspruchsrecht gegen vom Reichstag beschlossene Gesetze hat der Reichsrat, eine Körperschaft aus Vertretern der Landesregierungen. Jeder Freistaat hat neben der Landesregierung (auch Landesdirektorium bzw. Senat) einen Landtag (in den Freien Städten einer Bürgerschaft). „Reichsrecht bricht Landesrecht."

Im ganzen gibt es in Deutschland 109 amtierende Minister und 2126 immune Parlamentarier.

Berufsgliederung und Klassenschichtung der Bevölkerung

Die Zahlen der folgenden Tabelle sind errechnet aus den Daten der Volkszählung 1919 und der Betriebszählung 1907, unter der Voraussetzung, daß das Tempo der Industrialisierung und der Kapitalkonzentration der Zeit zwischen den beiden Betriebszählungen (1895 und 1907) sich seitdem fortgesetzt hat. Ferner ist die im Kriege und in der Nachkriegszeit stattgefundene Bürokratisierung und Vermehrung der

*) Bis 1935 besetzt; dann Volksabstimmung.

Beamten und Angestellten in Betracht gezogen. Ohne Anspruch auf Genauigkeit sind auf diese Weise folgende Zahlen errechnet, die die Klassenschichtung der hauptberuflich tätigen und berufslosen Selbständigen veranschaulichen:

	Selbständige	Halbproletarier	Angestellte	Arbeiter
Landwirtschaft	1 180 750	1 275 500	196 500	7 172 000
Industrie	550 000	1 200 000	1 020 000	11 800 000
Handel	500 000	1 000 000	1 000 000	2 500 000
Persönl. Dienste	—	—	—	330 000
Freie Berufe	500 000	—	1 000 000	950 000
Ohne Beruf	1 700 000	—	—	—
Zusammen	4 430 750	3 475 500	3 216 500	22 760 000

Nach einer amtlichen Veröffentlichung waren 1925 22,3 Millionen Lohnsteuerkarten ausgestellt.

Es ergibt sich, daß die Arbeiterschaft — auch ohne Angestellte und halbproletarische Elemente — doppelt so zahlreich ist, wie alle anderen Schichten zusammengenommen*).

Wirtschaft

Nach der Markstabilisierung Herbst 1923 setzte eine sehr scharfe Krise ein, die bis in das Frühjahr hinein dauerte, dann abflaute, im Sommer sich wieder erneuerte, um im Herbst wieder abzuflauen. Nach dem Abschluß des Dawes-Abkommens wurde der Weg für den Zustrom des Auslandskapitals frei. Durch Anleihen und Warenkredite strömten einige Milliarden Mark neues Kapital nach Deutschland, wodurch der Mangel an Zirkulationskapital — die Hauptursache der Stabilisierungskrise — behoben wurde. Bürgerliche und sozialdemokratische Volkswirtschaftler verkündeten einen neuen Aufstieg des deutschen Kapitalismus. Tatsächlich wurde der Versuch gemacht, den ganzen, während der Inflationsperiode stark erweiterten Produktionsapparat der deutschen Industrie stärker in Betrieb zu nehmen.

Dies führte nach einigen Monaten zu einer neuen gewaltigen Krise diesmal nicht einer Krise wegen Mangels an Kapital, sondern

*) Diese Tabelle, die wir dem ersten Jahrgang des Jahrbuches unverändert entnehmen, wurde einer nicht unberechtigten Kritik unterzogen. In der Tabelle sind nämlich die arbeitenden Familienmitglieder aller Bauern ohne Rücksicht auf ihr Vermögen zu den Arbeitern gerechnet. Dies ist insofern unrichtig, als die arbeitenden Familienmitglieder der wohlhabenden Bauern ideologisch nicht zu den Arbeitern, sondern eben zur Bauernschaft gehören. Freilich ist es schwer, diesen Unterschied statistisch zu erfassen. Würde man die arbeitenden Familienmitglieder der Groß- und Mittelbauern zu den Selbständigen rechnen, so würde sich die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft ungefähr auf die Hälfte vermindern. An den großen Umrissen der Berufsgliederung in Deutschland würde aber dies wenig ändern, da in der ersten Kolonne nur die Selbständigen angeführt sind.

einer Absatzkrise. Für die vermehrte industrielle Produktion fand sich weder im Inland, noch im Ausland Absatz. Im Inland wegen geringer Kaufkraft der breiten Massen: niedrige Löhne der Arbeiterschaft, hohe Steuern der Kleinbauern, Verschwinden der Rentner usw. Im Ausland wegen ungenügender Konkurrenzfähigkeit: keine volle Ausnutzung der Produktionskapazität, hoher Zinsfuß, hohe Steuern (Dawes-Lasten), Unmöglichkeit des Kapitalexportes wegen eigenem Kapitalmangel usw.

Die Krise hat anfangs 1926 offenbar ihren Höhepunkt erreicht. Die Kapitalisten nennen es „Reinigungskrise"; sie wollen dieselbe einerseits durch Stillegung und Vernichtung der überflüssigen Produktionsmittel, andererseits durch Konzentration und Rationalisierung der Produktion, d. h. Herabsetzung der Produktionskosten, überwinden. Hierdurch ist aber das Problem des Absatzes nicht gelöst.

Folgende Tabellen über Arbeitslosigkeit, Konkurse und Verbrauch kennzeichnen den Gang der Wirtschaft.

Arbeitslosigkeit

	Arbeitslose (Haupt-unterst.-Empfänger [1])	Prozentsatz der gewerksch. organ. Arbeitslosen	Prozentsatz der gewerksch. organ. Kurzarbeiter
Januar 1923 . .	165 248	4,4	—
Juli 1923 . . .	186 000 [2]	3,5	14,5
Januar 1924 . .	1 439 780 [2]	26,4	23,4
Juli 1924 . . .	526 188	12,5	28,2
Januar 1925 . .	593 024	8,1	5,5
Juli „ . .	197 248	3,7	5,8
November 1925 .	673 315	10,7	16,0
Dezember „ .	1 497 516	19,4	19,8
Januar 1926 . .	2 030 792	22,6	22,6
Februar „ . .	2 056 807	22,0	21,6
März „ . .	1 942 011	21,4	21,7
April „ . .	1 781 509	18,6	19,1

Konkurse und Geschäftsaufsichten

	Konkurse			Geschäftsaufsichten	
	1924	1925	1926	1925	1926
1. Quartal	140	2 210	5 961	805	4 607
2. „	1 034	2 140	3 261	902	2 071
3. „	2 845	2 402	—	1 213	—
4. „	1 691	4 057	—	2 988	—
Insgesamt	5 710	10 809	—	5 908	—

[1] Nach dem Stande am 1. des folgenden Monats.
[2] Arbeitslose in den besetzten Gebieten nicht miteinberechnet.

Verbrauch von einigen Rohstoffen und Lebensmitteln in Deutschland

Die Verbrauchszahlen pro Kopf der Bevölkerung zeigen zwar seit der Markstabilisierung eine steigende Tendenz, bleiben aber im allgemeinen noch immer hinter der Vorkriegszeit zurück, was die verschlechterte Lebenshaltung der arbeitenden Massen beweist.

	Gesamt-Verbrauch				Kg pro Kopf der Bevölkerung			
	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925
Industrielle Rohstoffe								
Steinkohle . . Mill. t	166	80	116	118	2470	1295	1872	1894
Braunkohle . „	94	120	126	142	1400	1948	2035	2288
Kohle überhaupt[1]) „	179	105	137	141	2666	1697	2206	2255
Eisenerze . . . „	40,0	5,8	—	19,3	579	94	200	309
Roheisen . . . . „	18,6	4,9	7,7	10	277	80	124	160
Kalirohsalze Mill. t	10,3	10,4	7,4	—	153	168	118	—
Baumwolle . . 1000 t	486	187	271	384	7,23	2,99	4,30	5,9
Jute . . . . „	154	89	110	—	2,29	1,42	1,74	2,1
Lebensmittel								
Roggen . . . . . Mill. t	10,3	5,7[2])	6,6[3])	5,4[6])	153	90	106	87[7])
Weizen und Spelz . „	6,5	2,9[2])	3,6[3])	4,2[6])	96	47	57	68[8])
Kartoffeln . . „	47,2	35,3[2])	27,3[3])	38,4[6])	700	560	433	614
Reis . . . . 1000 t	167	107	213	—	2,49	1,71	3,38	5,28
Fleisch[4]) . . Mill. dz	31,0	18,3	26,5	29,4	51,0	30,0	42,6	47,1
Heringe[5]) 1000 Faß	1294	1104	1219	—	2,89	2,64	2,90	—
Zucker . . . . . 1000 t	1287	1199[2])	826[3])	1554[6])	19	19,5	13,3	24,8
Südfrüchte . . „	299	44	301	379	4,44	0,70	4,77	6,06
Kaffee . . . . . . „	164	38	55	91	2,44	0,61	0,87	1,45
Tee . . . . „	4,3	2,5	4,1	4,2	0,06	0,04	0,06	0,067

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahren gehoben, aber die bebaute Fläche und die Hektarerträge bleiben noch immer — selbst im guten Erntejahre 1925 — stark hinter der Vorkriegszeit zurück. Die Landwirtschaft leidet an Kapitalmangel und teurem Kredit; nach der Ernte 1925 auch durch die niedrigen Preise des Roggens und der Kartoffeln, die um die Jahreswende 1926 unter dem Friedenspreise stehen, obwohl im Herbst 1925 wieder Agrarzölle eingeführt wurden.

Anbaufläche (in Millionen Hektar)

	1913	1922	1923	1924	1925
Gesamtanbaufläche	29,1	27,9	28,1	28,1	28,5
davon Getreide[7]) und Hülsenfrüchte	11,3	10,1	10,1	9,9	10,5

[1]) Braunkohle, Koks und Briketts auf Steinkohle umgerechnet. [2]) 1922/23. [3]) 1923/24. [4]) Fleisch und tierische Fette. [5]) Gesalzene. [6]) 1924/25. [7]) 1925/26 128 kg. Futtergetreide nicht miteinberechnet. [8]) 1925/26 83 kg.

Ernteerträgnisse

	Erntefläche 1000 ha			Gesamt-Ernte Millionen t			Hektarertrag in dz		
	1913	1924	1925	1913	1924	1925	1913	1924	1925
Weizen . .	1677	1466	1552	4,0	2,4	3,2	24,1	16,6	20,7
Roggen . .	5259	4260	4709	10,1	5,7	8,1	19,4	13,5	17,1
Gerste . . .	1481	1447	1435	3,0	2,4	2,6	22,0	16,6	17,9
Hafer	3924	3525	3452	8,6	5,7	5,6	22,0	16,0	16,2
Kartoff. . .	2802	2761	2809	44,0	36,4	41,7	157,1	131,9	148,5
Zuckerrüben . .	467	394	403	13,9	10,3	10,3	304,4	260,3	256,2

Versorgung mit Düngemitteln (in 1000 Tonnen)

	1913/14	1922	1923	1924
Kali (rein)	557	886	473	446
Stickstoff (rein)	210	349	205	278
Phosphorsäure (rein)	535	353	137	335

Viehstand (in Millionen)

	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe	Ziegen	Federvieh
1. 12. 1913	3,8	18,6	22,6	5,0	3,2	71,9
1. 12. 1921	3,7	16,8	15,9	5,9	4,3	—
1. 12. 1922	3,7	16,3	14,7	5,7	4,1	65,2
1. 10. 1923	—	16,7	17,3	6,1	4,7	—
1. 12. 1924	3,8	17,3	16,8	5,7	4,4	71,4
1. 12. 1925	3,9	17,2	16,2	4,7	—	71,3

Bergbau

Kohlenproduktion (in Millionen Tonnen)

	1913	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Steinkohle	140,7	107,5	113,9	119,2	62,0	118,8	132,7
Braunkohle	87,2	111,9	123,0	137,2	118,0	124,4	139,8

Kaliförderung und -Absatz (in Millionen Doppelzentner)

	1913	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Kalisalze	116,1	113,9	92,4	150,3	112,1	79,8	120,4
Reinkali[1])	11,1	9,2	9,2	13,0	12,8	10,1	15,4
Absatz an Reinkali:*)							
Inland	—	6,9	7,7	9,6	5,4	5,0	7,7
Ausland	—	2,3	1,5	3,4	3,5	3,4	4,6

Eisen- und Stahlproduktion (in Millionen Tonnen)

	1913	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Eisen	10,9	5,3	6,0	7,5	9,2	4,9	7,8	10,2
Stahl	11,7	6,1	7,5	9,2	11,2	6,3	9,8	12,2

Eisen und Stahl zusammen haben fast die Vorkriegshöhe erreicht; aber in den letzten Monaten 1925 ist ein starker Rückgang eingetreten.

*) K_2O.

Industrie

Für die Industrie Deutschlands ist die Umbildung der monopolistischen Organisationen bezeichnend. Eine große Reihe von „Inflationskonzernen", planlose Zusammenfassung von Betrieben verschiedenster Art, sind zusammengebrochen. Das größte Aufsehen erregte der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns, von dem nach der Sanierung durch die Großbanken nichts übrig blieb. An ihre Stelle traten zum Teil Kartelle: Kohle, Eisen und Eisenfabrikate jeder Art usw., andererseits Trusts: völlige Verschmelzung der Großunternehmungen des gleichen Industriezweiges: „Interessengemeinschaft der Farbenfabriken", die die ganze deutsche chemische Industrie umfaßt, „Vereinigte Stahlwerke A. G., Düsseldorf", die die größten rheinisch-westfälischen Eisenwerke vereinigt usw. Innerhalb der Trusts wird eine Spezialisierung der Produktion der einzelnen Werke und die Stillegung der überflüssigen durchgeführt.

Daten über die industrielle Produktion sind nur ganz vereinzelt vorhanden.

Textilindustrie

	1913	1922	1923	1924	1925
Zahl der Spindeln	11 186	9500	9382	9464	—
Baumwollverbrauch in 1000 t .	486	260	187	271	384

Zuckerproduktion (Rohzucker in 100 t)

1913/14	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
2 241	1 483	1 128	1 579	1 584

Schiffbau

Vom Stapel gelaufene Schiffe (1000 Br.-Reg.-To.)

1913	1922	1923	1924	1925
466	526	346	175	406

Die industrielle Entwicklung der einzelnen Gebiete Deutschlands

Umstehende Tabelle, zusammengestellt aus den entsprechenden Spezialkarten des Reichsarbeitsblattes, gibt ein Bild über die Verteilung der Großindustrie nach den einzelnen Landesteilen Deutschlands. Es muß betont werden, daß es sich überall nur um Betriebe handelt, die mindestens zehn Arbeiter beschäftigen oder motorische Kraft verwenden, daß also Landwirtschaft und Kleinindustrie nicht miteinbegriffen sind. Da aber anzunehmen ist, daß sich Landwirtschaft und Kleinindustrie auf dem ganzen Gebiet Deutschlands ziemlich gleichmäßig verteilen, so gibt die Tabelle einen Ueberblick über die Industrialisierung Deutschlands in geographischer Beziehung.

Wichtige Länder und Gebiete	Industrie[1])		Steinkohlenbergwerke, Koksanstalten und Brikettfabriken		Braunkohlenbergwerke, Brikettfabriken		Salzbergwerke		Erzbergwerke[4])		Eisen- und Stahl-[4]), Walz- und Hammerwerke	
	Zahl der Arbeiter in 1000	Betriebe	Zahl der Arbeiter in 1000	Betriebe	Zahl der Arbeiter in 1 000	Betriebe	Zahl der Arbeiter	Betriebe	Zahl der Arbeiter	Betriebe	Zahl der Arbeiter	Betriebe
Preußen	3 636	170 794	753	349	135	387	24 163	203	55 704	483	240 012	598
Groß-Berlin	501	23 999	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Provinz Schlesien	442	19 030	207	81	10	36	—	—	10 789	55	40 000	118
Sachsen	340	14 356	0,2	1	61	139	12 111	93	11 325	13	4 549	5
Westfalen	464	21 538	380	178	0,02	1	—	—	8 268	83	80 081	180
Rheinprovinz	873	34 684	162	77	25	48	166	1	11 745	137	101 055	257
Bayern	676	42 964	1	21	12	44	71	1	3 188	225	3 854	16
Freistaat Sachsen	786	35 443	36	25	16	67	—	—	644	27	10 796	9
Württemberg	306	15 792	—	—	—	—	567	2	93	2	1 390	8
Baden	276	14 779	0,1	2	—	—	—	—	437	5	—	—
Thüringen	208	9 920	0,08	2	12	42	6 365	46	481	17	373	3
Hamburg	113	6 996	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsches Reich 1921	6 385[2])	321 119	791	399	183	577	35 755	278	62 691[3])	799	259 172	639
Deutsches Reich 1913	6 509	321 401	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Industrielle Betriebe, die mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, ohne Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Handel, Verkehr, Gast- und Schankwirtschaften, Teile des Baugewerbes. [2]) Die Zahl der in der Industrie beschäftigten weiblichen Arbeiter 1921 1 626 930, 1913 1 681 445. [3]) Die Hälfte dieser Arbeiter in Eisenerzbergwerken. [4]) Einschließlich der abgetretenen Teile von Oberschlesien, ausschließlich Saargebiet.

V e r k e h r

Länge der Eisenbahnen 1922 55 351 km, Lokomotiven und Triebwagen 31 368, Personenwagen 69 454, Güterwagen 684 956. Gesamtpersonalbestand 1913 692 000, Januar 1926 689 531.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Dawes-Planes wurde aus der Reichsbahn, die sich im Staatsbesitz befand, ein Privatunternehmen, die Reichsbahn-A.-G., gebildet.

Güterverkehr auf Eisenbahnen und Wasserstraßen (in Millionen t)

	1913	1922	1923	1924	1925
Bahn	501	406	246	271	371
Wasserweg	121	—	33	100	116

Ungefähr die Hälfte der auf dem Wasserwege und etwa 40 Prozent mit der Bahn beförderten Güter sind Stein- und Braunkohle.

Handelsflotte

	1914	1920	1923	1924	1925
		(Mitte des Jahres)			
Schiffe	2388	1138	1845	2003	2028
Schiffsraum (in 1000 B.-R.-T.)	5635	673	2590	2954	3074

Seeverkehr in 19 deutschen Seehäfen

	Seeschiffe			
	angekommen		abgegangen	
	Zahl	1000 Netto-Reg.-T.	Zahl	1000 Netto-Reg.-T.
1913	59 479	31 437	60 375	31 226
1922	39 355	25 859	41 051	25 548
1923	40 584	30 749	43 514	31 265
1924	44 515	29 692	47 443	29 677
1925	48 371	33 193	50 714	33 516

Von den ankommenden Schiffen waren 90,5, von den abgehenden 72 Prozent 1925 ganz oder zum Teil beladen.

L u f t v e r k e h r. Jahresflugstrecke 1923 718 000, 1924 1 583 000, 1925 4 950 000 Kilometer.

A u ß e n h a n d e l

Nach der Stabilisierung, als Folge des starken Zuflusses an Auslandskrediten, wurde der Außenhandel passiv. Erst seit Dezember 1925 gab es wieder eine aktive Handelsbilanz. Die passive Handelsbilanz gab Deutschland die Möglichkeit, die während der Inflationszeit vollkommen geleerten Lager mit ausländischen Rohstoffen aufzufüllen; aber auch viele Fertigwaren wurden eingeführt.

Ein- und Ausfuhr (in Milliarden Mark)

	Werte errechnet unter Zugrundelegung der Einheitswerte von 1913			Gegenwartswert		
	Ausfuhr	Einfuhr	Differenz	Ausfuhr	Einfuhr	Einfuhrüberschuß
1913	10,2	11,2	—1	10,2	11,2	—1
1922	6,2	6,3	—0,1	—	—	—
1923	5,4	4,8	+0,6	6,1	6,2	—0,1
1924	5,2	6,95	—1,75	6,6	9,3	—2,7
1925	6,6	9,7	—3,1	8,8	13,1	—4,3

Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen

	Einfuhr				Ausfuhr			
	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925
	Millionen Mark (Gegenwartswerte)							
Lebende Tiere	290	41	92	122	7	3	14	15
Lebensmittel und Getränke	2808	1186	2678	4032	1070	132	422	517
Rohstoffe und halbfertige Waren	6280	4094	4607	6273	2274	766	910	1640
Fertige Waren	1392	828	1757	2005	6746	5201	5188	6626
Gold und Silber	436	11	182	718	101	14	33	40
	in Prozent							
Lebende Tiere	2,6	0,7	1,0	—	0,1	0,0	0,2	—
Lebensmittel und Getränke	25,1	19,3	28,7	30	10,5	2,2	6,4	5,8
Rohstoffe und halbfertige Waren	56,0	66,4	49,4	48	22,3	12,6	13,9	18,5
Fertige Waren	12,4	13,4	18,9	15	66,1	85,0	79,0	75,3
Gold und Silber	3,9	0,2	2,0	5,4	1,0	0,2	0,5	0,4

Finanzen

Einnahmen und Ausgaben des Reiches (in Millionen Reichsmark)

Rechnungsjahr [1]	Einnahmen	Ausgaben	Fehlbetrag (—) Überschuß (+)	Einnahmen	Ausgaben	Fehlbetrag (—) Überschuß (+)
	umgerechnet üb. Lebenshaltungsindex			umgerechnet über Dollarmeßziffer		
1920—21	4 224	11 266	— 7 042	3 275	9 329	— 6 054
1921—22	5 336	11 964	— 6 628	2 976	6 651	— 3 675
1922—23	3 581	9 965	— 6 384	1 508	3 951	— 2 443
1923—24	3 172	14 963	— 11 791	2 620 [2]	8 979	— 6 359
1924—25 [3]	7 786	6 896	+ 890	—	—	—
1925—26 [3]	7 178	7 641	— 463	—	—	—

1) Rechnungsjahr endet mit März. 2) Von dieser Einnahme fallen 1935 Millionen auf die vier letzten Monate des Rechnungsjahres, also in die Stabilisierungszeit. 3) in Reichsmark.

Einnahmen und Ausgaben der Länder nach den Haushaltsplänen 1924 (in Millionen Reichsmark)[1]

	Einnahmen	Ausgaben
Länder zusammen	4778	4735
davon:		
Preußen	2761	2761
Bayern	562	562
Sachsen	461	461

Reichsschuld (in Millionen Reichsmark)

31. Januar 1924	2889
31. Juli 1924	2354
31. Januar 1925	2888
31. Juli 1925	2633
30. November 1925	2420
31. Januar 1926	2339[2]

Die deutsche Valuta

Die deutsche Valuta blieb nach der Stabilisierung Herbst 1923 — mit Ausnahme einiger Wochen im Frühjahr 1925 — ganz stabil und wird im Auslande entsprechend der Goldparität notiert.

Geldumlauf (in Millionen Reichsmark)

	Insgesamt	Davon Reichsbanknoten	Gold- u. Devisenbestände b. d. Reichsbank
1913	6070		
1923 Oktober	300		
„ Dezember	2274	497	467
1924 Januar	2278	483	467
„ Juli	3300	1211	474
1925 Januar	4209	1901	1112
„ Juli	4891	2523	1472
„ Dezember	5181[3]	2944	1611
1926 April	5034	3077	1883

[1] Ein Teil der Ausgaben der Länder wird aus Reichsmitteln gedeckt.
[2] Davon Auslandsschuld 927.
[3] Davon Reichsbanknoten 2944, Rentenbankscheine 1476, Privatbanknoten 179, Münzen 582 Millionen.

Kapitalbedarf und Aktienindex

	Kapitalbedarf der Aktiengesellschaften*) Millionen RM.			Aktienindex 1913 = 100		
	1924	1925	1926	1924	1925	1926
Januar	13,7	78,1	72,6	35,8	36,7	24,0
Februar	5,1	40,3	34,3	38,6	36,3	26,4
März	39,6	155,4	36,0	31,0	35,0	28,0
April	16,1	43,5	54,8	23,3	33,0	30,5
Mai	20,4	60,3	—	20,2	30,7	—
Juni	49,5	48,4	—	17,5	27,1	—
Juli	21,7	68,0	—	18,5	26,4	—
August	25,0	42,2	—	24,1	24,3	—
September	14,4	44,7	—	25,3	25,7	—
Oktober	35,6	108,1	—	24,8	24,5	—
November	11,2	65,3	—	26,3	22,4	—
Dezember	20,2	558,9	—	30,8	21,6	—
Insgesamt:	272,5	1332,2	—	—	—	—

Politik

Paul Froelich

In Deutschland wird besonders entschieden die Auffassung vom Primat der Außenpolitik über die Innenpolitik vertreten. Auch für Deutschland ist diese Auffassung falsch. Sie ist, soweit die Sozialdemokratie sie verficht, eine Ausflucht, durch die diese Partei sich der Verantwortung für ihre arbeiterfeindliche Politik zu entziehen sucht. In Wirklichkeit entscheiden auch hier die Interessen der herrschenden Klassen die Außenpolitik, und die innenpolitischen Motive, die Machtverhältnisse der Klassen und die innerpolitischen Ziele spielen dabei die wichtigste Rolle. Nur insofern wirken außenpolitische Momente auf die innere Politik Deutschlands stärker ein als in anderen Ländern, als Deutschland durch seine weltpolitische und weltwirtschaftliche Schwäche und durch die Interessen der herrschenden Klassen gegenüber dem vordringenden Proletariat in die Stellung einer Halbkolonie hineingezwungen wurde.

Wie der Friedensvertrag von Versailles für die kapitalistischen Mächte Deutschlands das Mittel wurde, die akute Gefahr der proletarischen Revolution im Jahre 1919 zu überwinden, so war im Jahre 1923 die Unterwerfung im Ruhrkrieg die wichtigste Voraussetzung für den Oktobersieg der Reaktion über die ausgeplünderten Volksmassen.

Der Dawes-Pakt erst konnte dem herrschenden Großkapital eine gewisse Stabilisierung seiner Macht im Innern schaffen, und Locarno hat den Zweck, den äußeren Druck auf ein Mindestmaß zu beschränken, den Kampf gegen das Proletariat international durch die

*) Neugründungen und Kapitalserhöhungen nach dem Ausgabekurs. Monatsdurchschnitt 1913 = 60 Millionen.

militärisch-diplomatische Rüstung gegen Sowjetrußland zu organisieren und so die Machtstellung des Großkapitals zu versteifen. Die entscheidenden außenpolitischen Schritte dienten vornehmlich machtpolitischen Zwecken im Innern.

Der Oktobersieg über das deutsche Proletariat brachte die politische Macht und die Regierungsmaschine offen und unmittelbar in die Hände des Großkapitals als Frucht planmäßiger konterrevolutionärer, arbeiterfeindlicher Politik seit dem November 1918. Nach dem Oktober 1923 setzte sich eine neue Machtverteilung in den oberen Schichten der Wirtschaft durch. Die unter dem Einfluß der Inflation errungene Unabhängigkeit der Großindustrie gegenüber dem Leihkapital wurde aufgehoben. Das Ergebnis dieses Prozesses war die Dreieinigkeit von Agrar-, Schwerindustrie- und Bankkapital, der gegenwärtigen Herren Deutschlands.

Vom Oktober 1923 an datiert die Periode der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus. Sie hat sich durchgesetzt mit schweren Schlägen gegen Arbeiterklasse und Mittelschichten. Sie hat die Errungenschaften der Novemberumwälzung soweit vernichtet, als sie der herrschenden Klasse im Wege standen. Aber die Stabilisierung ist nur eine Tendenz geblieben, wirklich stabile Verhältnisse, d. h. eine so überwältigende Machtstellung der herrschenden Klasse, daß sie auf längere Sicht vor tiefen Erschütterungen gefeit ist, wurden nicht hergestellt. Das beweist die gegenwärtige wirtschaftliche Zerrüttung, die Gesamtlage mit ihrer schier ausweglosen Perspektive für die deutsche Bourgeoisie und das wachsende Kraftbewußtsein des Proletariats.

Um die einzelnen Entwicklungsphasen in der Periode vom Oktober 1923 bis Ende 1925 plastischer hervortreten zu lassen, bringen wir zunächst eine chronologische Zusammenstellung der wichtigsten politischen Tatsachen nach verschiedenen Gebieten.

Die politische Orientierung der Wähler

Die wichtigsten Wahlziffern bringen wir an anderer Stelle. Hier sollen nur die Tendenzen in der Orientierung der Wählermassen in unserer Berichtsperiode festgestellt werden:

11. Januar 1924. Gemeindewahlen in Sachsen: Die Bürgerlichen erringen die Mehrheit (53 Prozent). Die Sozialdemokraten haben gegenüber allen bisherigen Wahlen einen sehr großen Verlust. Die Kommunisten erhöhen ihre Stimmenzahl von 267 000 bei den Landtagswahlen im November 1922 auf 378 000, also um 42 Prozent; sie erreichen 16,5 Prozent der Gesamtzahl der Stimmen.

10. Februar 1924. Landtagswahl in Thüringen: Die Mehrheit geht auf die bürgerlichen Parteien über. Die Stimmen der SPD sinken um 75 000 auf 190 000. Die der KPD steigen um 87 000

auf 160 000. Die Stimmen der bürgerlichen Parteien steigen um 140 000. Alles gegenüber 1921. Die Völkischen haben einen großen Erfolg.

4. Mai 1924. Reichstagswahl: Die Stimmenzahl der SPD stürzt gegenüber den Wahlen am 6. Juni 1920 von 11 150 000 Stimmen (SPD und USP) auf 6 210 000 Stimmen (21,2 Prozent). Die der KPD steigt um 3 Millionen auf 3 712 000 Stimmen (12,7 Prozent). Starke Verluste der Volkspartei und Demokraten. Große Gewinne der Deutschnationalen und Völkischen. Gesamtverlust der Arbeiterparteien 1 800 000; Gesamtgewinn der bürgerlichen Parteien 2 800 000 Stimmen. Anteil der Arbeiterparteien sinkt von 41,7 auf 34 Prozent. In Sachsen und Thüringen sind die KPD-Stimmen gegenüber den Landtagswahlen etwas getallen.

7. Dezember 1924. Reichstagswahl: KPD verliert 900 000, SPD gewinnt 1 800 000 Stimmen. Die Mittelparteien haben kleine Erfolge. Deutschnationale halten sich, die Völkischen verlieren 1 300 000 — zwei Drittel ihrer Stimmen.

29. März 1925. 1. Präsidentenwahl: KPD verliert 838 000 Stimmen und erhält jetzt 1 871 000 Stimmen. SPD geringer absoluter Verlust, Steigen von 26 auf 29 Prozent. Verlust der Rechten (Jarres) 1 Million Stimmen.

26. April 1925. 2. Präsidentenwahl: Rechte (Hindenburg) gewinnt 3 Millionen und erhält 14 640 000 Stimmen (48,3 Prozent). Der Weimarer Block gewinnt 500 000 und erhält 13 750 000 Stimmen. KPD steigt um 60 000 auf 1 870 000 (6,3 Prozent) Stimmen. Fast die Hälfte der deutschen Wähler für die Reaktion.

24. Mai 1925. Landtagswahl Oldenburg: KPD geht von 12 000 Stimmen im Juni 1923 auf 3 600 Stimmen, SPD von 48 000 auf 39 000 Stimmen zurück. Der Rechtsblock verliert gegenüber Präsidentenwahl 40 Prozent der Stimmen.

25. Oktober 1925. Stadtverordnetenwahl Berlin — KPD erreicht wieder die Höhe der Reichstagswahl vom Dezember 1924 mit 347 000 Stimmen. SPD verliert 13,6 Prozent ihrer Stimmen. Große Verluste der bürgerlichen, namentlich der Rechtsparteien. Arbeitermehrheit. KPD 44. SPD 73, bürgerliche Parteien 108 Mandate.

29. November 1925. Provinziallandtagswahlen Preußen: Rückgang der Gesammtstimmenzahl gegen Reichstagswahl 40 Prozent. KPD hält ihre Stimmenzahl. Größter Verlust bei den Deutschnationalen.

6. Juni 1926 Landtagswahl Mecklenburg-Schwerin: Landtagsauflösung, da Völkische Landbundpolitik nicht mehr decken können. Neuwahl bringt Sturz dntl.-bürgerlicher Mehrheit und Möglichkeit Weimraer Koalition, großen Erfolg der SPD., schwere Niederlage der Deutschnationalen und Völkischen; KPD. gegenüber letzter Reichstagswahl Stimmenzahl ziemlich gehalten

Regierungen und Regierungskrisen

Reich

11. August 1923. Sturz der Cuno-Regierung (DVP, Zentrum, Demokraten). Regierung Stresemann-Hilferding (Große Koalition).
6. Oktober 1923. II. Regierung Stresemann (Große Koalition ohne Hilferding, aber 3 SPD-Minister).
23. November 1923. Sturz der Regierung Stresemann.
1. Dezember 1923. I. Regierung Marx (DVP, Zentrum, Demokraten, Bayerische VP).
3. Juni 1924. II. Regierung Marx.
20. Oktober 1924. Regierungskrise, deshalb Reichstagsauflösung.
16. Dezember 1924. Regierung Marx tritt zurück.
26. Januar 1925. I. Luther-Regierung (von Demokraten bis Deutschnationalen).
26. Oktober 1925. Deutschnationale Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben treten aus Regierung aus.
5. Dezember 1925. Regierung Luther tritt zurück.
19. Januar 1926. II. Luther-Regierung (bürgerl. Parteien ohne Deutschnationale und Völkische).
12. Mai 1926. Sturz Luthers wegen Flaggenverordnung, Marx führt Luther-Kabinett ohne Luther weiter.

Preußen

seit 17. November 1921 Regierung Braun (Große Koalition).
23. Januar bis 8. Mai 1925 Regierungskrise, dann II. Regierung Braun (Weimarer Koalition).

Bayern

24. Juni 1924 Regierung Heldt (Bayerische Volkspartei, Deutschnationale und Bauernbund).

Sachsen

10. bis 29. Oktober 1923 Regierung Zeigner (SPD, KPD).
30. Oktober 1923 Regierung Fellisch (nur SPD-Minister mit bürgerlicher Unterstützung).
4. Januar 1924 Regierung Heldt (Große Koalition ohne linke SPD).

Thüringen

16. Oktober bis 12. November 1923 Sozialdemokratisch-kommunistische Regierung.
12. November 1923 Sozialdemokratische Minderheitsregierung.
21. Februar 1924 Regierung Leutheuser (Deutschnationale, Landbund, DVP mit Demokraten und völkischer Unterstützung).

Württemberg

seit 3. Juni 1924 Regierung Bazille (Deutschnationale, DVP und Zentum; vorher Weimarer Koalition).

Braunschweig

seit 24. Dezember 1924 Bürgerliches Beamtenkabinett (vorher Große Koalition).

Mecklenburg-Schwerin

seit 18. März 1924 Regierung Brandenstein (Deutschnationale und DVP; vorher Große Koalition).

Hamburg

seit 18. März 1925 Große Koalition (vorher SPD und Demokraten).

Hessen

seit Februar 1919 Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und Demokraten).

Oldenburg

17. April 1923 Beamtenkabinett (rechts).

Baden

seit 2. Dezember 1925 Regierung von SPD und Zentrum (Demokraten ausgetreten).

Bremen

seit 1. Februar 1925 Bürgerblock-Regierung (Deutschnationale, DVP und Demokraten).

Mecklenburg-Strelitz

seit 1925 Demokratisch-sozialdemokratische Regierung (vorher Deutschnationale zusammen mit Demokraten).

Daten zur Klassenherrschaft

26. September 1923. Ausnahmezustand in Bayern. Kahr Generalstaatskommissar.
27. September 1923. Militärischer Ausnahmezustand im Reich.
9. Oktober 1923. I. Ermächtigungsgesetz. — Aufhebung der parlamentarisch-verfassungsmäßigen Garantien.
18. Oktober 1923. Einmarsch der Reichswehr in Sachsen.
24. Oktober 1923. Hamburger Aufstand.
29. Oktober 1923. Absetzung der Regierung Zeigner durch militär. Reichskommissar.
8. November 1923. Faschistenputsch in Bayern.

9. November 1923. Seeckt Diktator.
8. Dezember 1923. II. Ermächtigungsgesetz; Verbot der KPD.
1. März 1924. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, Weiterbestehen unter Zivilgewalt; Aufhebung des Verbots der KPD außer in Bayern.
13. März 1924. Auflösung des Reichstages, weil er Aufhebung der Notverordnungen beschlossen hatte.
29. August 1924. Annahme des Dawes-Vertrages im Reichstag.
20. Oktober 1924. Auflösung der Reichstages wegen Regierungskrise.
27. Oktober 1924. Aufhebung des Ausnahmezustandes; in Preußen bleiben Versammlungen unter freiem Himmel verboten; in Bayern bleibt Ausnahmezustand.
8. Februar 1925. Sicherheitspakt-Angebot an den Völkerbund.
14. Februar 1925. Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes und des Verbotes der KPD in Bayern. Kleiner Belagerungszustand bleibt.
2. April 1925. 3 Todesurteile und 80 Jahre Zuchthaus im Tscheka-Prozeß.
26. April 1925. Hindenburg Reichspräsident.
10. August 1925. Amnestievorlage angenommen.
31. August 1925. Ehrhardt und Bauer amnestiert.
5. Oktober 1925. Locarno.
27. November 1925. Locarno-Gesetze angenommen.
12. Dezember 1925. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, aber Schikanierung der KPD geht weiter (vielfach Versammlungsverbote).
1. Januar 1924 bis August 1925. Justiz gegen revolutionäre Arbeiter.

In diesen 20 Monaten 6349 Verurteilte. 1114 Jahre Festungshaft, 1108 Jahre Zuchthaus, 2450 Jahre Gefängnis. Freiheitsstrafen im ganzen 4672 Jahre und 267 000,— M. Geldstrafe. (Unvollständige Statistik).

Die Amnestie kommt 502 Verurteilten zugute und erläßt 330 Jahre Freiheitsstrafe.

Die ganze Periode ist gekennzeichnet durch die Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse. Der erste entscheidende Schlag wurde geführt mit der Verhängung des Belagerungszustandes im September 1923, der die gesamte Vollzugsgewalt in die Hände des Generals Seeckt legte. Urheber dieser Maßregel, wie des folgenden Einmarsches der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und des gewaltsamen Sturzes der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen in diesen beiden Ländern war der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert. Die Maßregeln wurden durchgeführt unter Mitwirkung der Regierung Stresemann und ihres Innenministers, des Sozialdemokraten Sollmann und unter lautem Beifall der sozialdemokratischen Partei-

leitung. Diese Partei folgte getreu ihrem am 4. August 1914 erkorenen Beruf, den bürgerlichen Staat vor dem Proletariat zu retten.

Die Diktatur des Generals Seeckt war faktisch die Diktatur der Schwerindustrie. Das zeigte sich zunächst in ihrem Verhalten zum bayerischen Faschismus. Der Schwerindustrie war der Faschismus als Partisanengruppe gegen die Arbeiterklasse willkommen, aber als politischen Machtfaktor wollte sie diese bewaffneten Organisationen des Kleinbürgertums nicht dulden. Mußten auch dem bayerischen Partikularismus Zugeständnisse gemacht werden, so billigte doch das Großkapital die Auflösung Deutschlands nicht. Aus diesen Gründen wurden die Truppen Ludendorffs und Hitlers und die bayerischen Regierungstruppen in eine Sackgasse hineinmanövriert.

Den Charakter der Diktatur offenbarte sofort das Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923 und seine Anwendung. Die wichtigsten Forderungen der Schwerindustrie wurden erfüllt: Die Demobilmachungsvorschriften von 1918 wurden aufgehoben und damit den Arbeitern und im besonderen auch den Kriegsopfern wichtige Sicherungen geraubt. Eine Arbeitslosenversicherung wurde eingeführt, bestimmt, den Arbeitern die Lasten der wirtschaftlichen Zerrüttung aufzubürden. Die Arbeitslosenunterstützung wurde herabgesetzt. Die Arbeitslosen wurden einer Pflichtarbeit, d. h. offener Sklavenarbeit unterworfen. Das Schlichtungswesen bei wirtschaftlichen Kämpfen wurde neugeordnet, so daß die Entscheidung ganz in die Hände der reaktionären Bürokratie und der Regierung gelegt wurde. Als Hilfsorgan der Schwerindustrie im Ruhrgebiet erwies sich vor allen anderen der sozialdemokratische Schlichter Mehlich.

Bei der Zustimmung zum ersten Ermächtigungsgesetz hatten die Sozialdemokraten noch gewisse scheinheilige Bedingungen gestellt. Nach der skizzierten Praxis war über die Bedeutung dieses Gesetzes kein Zweifel mehr. Im November waren überdies die Sozialdemokraten mit Hohn und Schmach aus der Regierung hinausgeworfen worden. Und dennoch sprach diese Partei am 1. Dezember der kapitalistischen Regierung ihr Vertrauen aus, und am 8. Dezember stimmte sie einem neuen Ermächtigungsgesetz zu, das vor der Diktatur jede Schranke niederlegte, die Verfassungsgarantien aufhob, den Reichstag außer Kraft setzte. Auf Grund dieses zweiten Ermächtigungsgesetzes wurde der Achtstundentag aufgehoben. Außer Kraft gesetzt wurden die Notstandsunterstützungen für Invaliden und Altersrentner, das Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge und das Gesetz über die Wöchnerinnenfürsorge. Die Sätze für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene wurden herabgesetzt, ein großer Teil der Kriegskrüppel wurde zwangsweise mit einem lächerlichen Betrag endgültig „abgefunden". Das ganze war ein Raubzug gegen sieben Millionen Unterstützungsempfänger. Es wurde bestimmt, daß diese siechen Menschen mit ihren Angehörigen Zwangsarbeitsanstalten überwiesen werden können. Die Reichseisenbahn wurde

in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. In der Verwaltung wurde ein rigoroser Beamtenabbau durchgeführt, der allein in den Reichsbehörden in der Zeit vom 1. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 400000 Beamte, Angestellte und Arbeiter, mehr als ein Viertel des Bestandes, auf die Straße warf. Die Brutalität all dieser Maßregeln unterstreicht die Tatsache, daß zu gleicher Zeit der Ruhrindustrie 715 Millionen Mark aus Reichsmitteln Schadenersatz gezahlt wurden. Eine große Zahl von Steuern auf das Kapital wurden durch diktatorische Verfügungen entweder außer Kraft gesetzt oder ermäßigt.

Diese Schläge der diktatorischen Gewalt werden begleitet von der Offensive des Unternehmertums gegen die unter Arbeitslosigkeit, Hungerlöhnen und Belagerungszustand schwer leidende Arbeiterklasse. Vom Beginn des Jahres 1924 bis in den Sommer hinein zieht sich eine Kette von Aussperrungen, gegen die die Arbeiter mit beispiellosem Opferwillen und doch ohne Aussicht auf Erfolg ankämpfen bis zur vollkommenen Erschöpfung. In diesen Kämpfen wird der Achtstundentag praktisch zertrümmert. Die Gewerkschaftsleitungen sabotieren die meisten dieser Kämpfe nicht mehr versteckt, sondern offen. Und wie die Kaisersozialisten während des Krieges die Militärdiktatur zur Niederknüppelung der Opposition benutzten, so benutzte jetzt wiederum die Sozialdemokratie, und besonders die Gewerkschaften, die Diktatur zum Kampf gegen den Kommunismus. In vielen Gewerkschaften wurden die Vollmachten der Gewerkschaftsvorstände gegen oppositionelle Mitglieder erweitert. Der Zentralverband der Angestellten beschließt, daß kein Kommunist Verbandsfunktionär sein kann. Vom Afabund wird der Beschluß sanktioniert. Massenausschlüsse von Kommunisten werden vorgenommen. Gewerkschaftsführer proklamieren die Parole: Lieber kleine, aber zuverlässige Gewerkschaften!

Eine reinliche Scheidung vollzieht sich in dieser Periode der offenen Diktatur. Die ganze bürgerliche Welt mit ihren Hilfstruppen steht gegen das Proletariat und gegen alle Ausgeplünderten. Die Kommunistische Partei aber ist unter Ausnahmerecht gestellt, ihre Organisationen sind verboten, ihre Presse unterdrückt, ihre Mitglieder verfolgt, flüchtig, ins Kellerloch getrieben. Tausende füllen die Kerker. Eine Justiz wird geübt, deren ausdrücklicher Zweck nach einer Ministerialverfügung die Zerstörung und Lahmlegung der revolutionären Organisationen ist. Dennoch und obwohl die KPD nach ihrer Oktoberniederlage von einer schweren Krise erschüttert ist, erringt sie in den Maiwahlen 1924 einen Erfolg, der alle Erwartungen übertrifft und beweist, daß sie allen Verfolgungen zu trotzen versteht.

Die Bourgeoisie hat in dieser Periode ebenso klug als brutal gehandelt. Als durch die Diktatur die Grundlage für die legale Herrschaft des großen Kapitals geschaffen worden war, wurde diese offene schrankenlose Diktatur aufgehoben. Die Bourgeoisie hängte die notwendigsten demokratischen Bekleidungsstücke wieder um. Für die

Sicherung ihrer Macht blieb die eine Frage offen, an der alle Bemühungen scheitern konnten: die Stabilisierung der Währung. Der erste Stabilisierungsversuch zu Beginn der Diktaturperiode war ein Notbehelf, — schlimmer, eine Fiktion. Die von der Diktatur geschaffene Rentenbank hatte ein Geld geschaffen, die Rentenmark, das auf einer schemenhaften Hypothek auf den Grundbesitz beruhte. Die Wertbeständigkeit dieses Geldes konnte keinen Stoß ertragen. Es mußte eine solide Grundlage geschaffen werden. Diese Grundlage schuf der Dawes-Pakt. Seine Voraussetzung war die Stabilisierung der sozialen Verhältnisse. Durch die Bändigung der Arbeiterklasse war sie geschaffen. Weitere Voraussetzung war die Sicherung der Ententemächte vor militärischer Abenteurerpolitik. Das war der entscheidende Grund für die Aufhebung der offenen Militärdiktatur und die Liquidation der schwarzen Reichswehr, wie die Zurückdrängung der bewaffneten Faschistenverbände.

Der Dawes-Pakt erleichterte zunächst der Bourgeoisie die Situation erheblich, indem die Reparationszahlungen festgelegt und die erste Rate durch eine Anleihe aufgebracht wurde. Die Industrie erhielt Auslandskredite. Aber die Tributpflicht, die teilweise Aufhebung der Finanzhoheit, die Entstaatlichung der Eisenbahn, die Ueberfremdung der Wirtschaft, die unerhört hohen Zinssätze, die nur scheinbare Gleichberechtigung in der internationalen Konkurrenz (26 prozentige Besteuerung deutscher Waren in Großbritannien trotz der Meistbegünstigungsklausel), die Kolonisierung Deutschlands also, halten die deutsche Wirtschaft unter ständigem Druck und geben dem deutschen Kapital den Vorwand zu immer schärferer Bedrückung der Arbeiterklasse. Weder in rein wirtschaftlicher, noch in sozialer Hinsicht ist so auf längere Zeit eine relative Stabilisierung zu erreichen. Dieser Zustand bedingt zunächst die häufigen Regierungskrisen. Eine solche führte nach Abschluß des Dawes-Paktes zur Auflösung des Reichstages.

Die Neuwahlen im Dezember 1924 brachten eine Schwächung der „Flügelparteien", damit rein parlamentarisch eine günstigere Position für die Große Koalition. Die Bourgeoisie fühlte sich indessen stark genug zur Bildung einer Rechtsregierung, in der die Deutschnationalen die wichtigsten Aemter übernahmen. Das Programm dieser Regierung Luther war die Fortführung der politischen Restauration und eine Wirtschaftspolitik zugunsten der Schwerindustrie und des Agrarkapitals. Der erste Stoß richtete sich gegen die Sozialdemokratie. Die Korruption dieser Partei, auf die bisher die Kommunisten ohne Widerhall hingewiesen hatten, wurde zum Anlaß einer Offensive (Barmat-Affäre). Sozialdemokraten wurden in großer Zahl aus den Verwaltungsstellen geworfen. Seit einem Jahrzehnt hatte auch die sozialdemokratische Presse wieder gerichtliche Verfolgung zu erdulden. Die Sozialdemokratie versuchte, die Schläge zu parieren, indem sie in den Ebert-Prozessen und später im Dolchstoßprozeß ihre Zuverlässigkeit für

die Bourgeoisie nachwies. Dies Bemühen führte nur zur grellsten Bloßstellung vor der Arbeiterklasse, vor der jetzt die Führer der SPD selbst ihren Verrat und ihre konterrevolutionären Verbrechen offen bekannten. Bei der Bourgeoisie hatten diese schmachvollen Prozesse nur den einen Erfolg, daß die Große Koalition in Preußen erhalten blieb. Wieder in die Reichsregierung aufgenommen zu werden, erreichte die SPD nicht.

In der Wirtschaftspolitik setzte die Rechtsregierung vor allem ihr Steuer- und Zollprogramm durch. Die „Reform" brachte: Ermäßigung der Einkommensteuer unter Aufrechterhaltung der Lohnsteuer, Aufhebung der Kapitalertragssteuer. Herabsetzung der Kapitalverkehrssteuer, Verdoppelung der Biersteuer, Erhöhung der Tabakzölle. Also: erhebliche Entlastung des Kapitals, gewaltige Erhöhung der Konsumsteuern.

Obwohl dieses unverhüllte Klassenprogramm im wesentlichen bereits Anfang 1925 vorlag, erzielte die Reaktion noch einen großen Sieg bei den Präsidentenwahlen. Der Kandidat der Deutschnationalen, Hindenburg, erzielte im zweiten Wahlgang 14,5 Millionen gleich 48 Prozent aller Stimmen und wurde damit gewählt. Die reaktionäre Welle im Volke erreichte damit ihren Höhepunkt. Aber die Enttäuschung der Massen setzte ein nach Annahme der Steuer- und Zollvorlagen, und nachdem die dem Kleinbürgertum versprochene Aufwertung sich als vollendeter Betrug erwies.

Die Arbeiterklasse gewann wieder Selbstbewußtsein. Der Gewerkschaftskongreß, der Ende August 1925 in Breslau zusammentrat, zeigte noch eine ganz reformistische Zusammensetzung (nur drei Kommunisten). Seine Tendenz war, die Arbeiter durch die Propaganda einer utopischen Wirtschaftsdemokratie über das offenbare Scheitern der reformistischen Praxis hinwegzutäuschen. Auch der Parteitag der SPD brachte einen vorläufigen Sieg der Rechten. Aber unter dem Einfluß der Rußlanddelegationen verstärkte sich die Kampfstimmung in der Arbeiterschaft. Die im Herbst ausgebrochene Wirtschaftskrise wirkte in derselben Richtung. Die Skandale der Klassenjustiz stellten das herrschende System bloß.

Gegen Ende des Jahres 1925 kommt unter Führung der KPD eine große Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung in Gang. Das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser, dem sich unter dem Drucke der Massen auch die SPD anschließen mußte, bedeutete einen gewaltigen Erfolg für die KPD und war gleichzeitig ein deutlicher Beweis für den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse und ihr gesteigertes Selbstbewußtsein. Das Volksbegehren (9.—17 März 1926) brachte 12½ Millionen Stimmen auf, also wesentlich mehr als die SPD und KPD zusammen jemals aufzubringen imstande waren.

Im Mai 1926 führte diese immer stärker werdende Bewegung, die Arbeitermassen wie breite Mittelschichten gleicherweise ergriff, eine Regierungskrise und den Sturz des Reichskanzlers Luther herbei. Den auf den 20. Juni angesetzten Volksentscheid suchte die Bourgeoisie mit allen Mitteln, die Rechtsparteien mit offenem, ideologischem und wirtschaftlichem Terror zu sabotieren. Mit dem Aufwerfen der Flaggenfrage, mit einem Privatbrief Hindenburgs für „Recht und Moral", mit dem Vertrösten auf doch noch stattfindende parlamentarische Regelung, und zuletzt mit der offenen Drohung, den Volksentscheid nicht durchzuführen, und mit der Ankündigung einer „zweiten Revolution" suchte man besonders Mittelschichten zu verwirren, deren soziale Gärung sich in einer ganzen Reihe kleinbürgerlichen, oppositionellen Bewegungen kund tut.

Durch diese Mittel, vor allem den brutalsten Terror, gelang es denn auch der Bourgeoisie, den formellen Erfolg des Volksentscheids zu verhindern. Mit Hilfe der Klassenjustiz gab die Reichsregierung dem Enteignungsentwurf verfassungsändernden Charakter. Statt der dazu notwendigen knapp 20 Millionen stimmten aber nur 14,4 Millionen mit Ja (neben je ½ Million mit Nein und Ungültig). Die Haltung der gesamten bürgerlichen Presse zu dieser formellen Niederlage zeigt aber keinerlei Jubelstimmung; die großen Risse in fast sämtlichen Parteien — für die Fürstenenteignung stimmten 4—5 Millionen Wähler sämtlicher bürgerlicher Parteien — haben der Bourgeoisie einen großen Schreck eingejagt. Allgemein wird die Kampagne als ein großer Erfolg der KPD angesehen, der es gelungen ist, große Volksschichten in zwei größeren Kampagnen aufzurütteln, ganz nahe an die sozialdemokratischen Arbeiter und auch an solche Mittelschichten heranzukommen, die bisher dem Kommunismus absolut feindlich gegenüberstanden.

Zusammensetzung der Reichs- und Landesparlamente

	Wahl-tag	Proletar. Parteien			Bürgerliche Parteien						
		KPD	SPD	Zus.	Zus.	Fasch.	Dntle. Vp.[1])	DVP	Zentr.	Dem.	Versch.
Reichstag	7.12.24	40[2])	131	175	317	15	110	51	88[12])	32	21
Landtage											
Preußen	7.12.24	42[3])	116	159	292	11	109	45	81	27	19[15])
Bayern	6. 4.24	7[4])	24	32	97	17	14	(R)	46[13])	6	14
Sachsen	5.11.22	9	41[10])	50	46	—	19	19	—	8	—
Württemberg	4. 5.24	9[5])	13	23	57	3	25	3	17	9	—
Baden	25.10.25	4	16	20	52	—	9	7	28	6	2
Thüringen	20. 2.24	10[6])	17	30	42	7	35	(O)	—	(O)	—
Hessen-Darmst.	7.12.24	4	26	30	40	1	14	8	11	6	—
Meckl.-Schwer.	6. 6.26	3	20	23	27	5	12	4	—	3	3
Braunschweig	7.12.24	2	19	21	27	1	10	9	—	2	5
Oldenburg	24. 5.25	—	9	9	31	1	15	(R)	10	5	—
Anhalt	9.11.24	2	15	17	19	1	7	5	—	3	3
Lippe-Detmold	18. 1.25	1	8	9	12	1	5	3	—	1	2
Meckl.-Strelitz	8. 7.23	8[7])	8	15	20	3	9	2	—	5	1
Waldeck	19. 5.25	—	3	3	13	—	10	—	—	1	2
Schaumb.-Lippe	3. 5.25	—	7	7	8	—	4	3	—	1	—
Bürgerschaften											
Hamburg	26.10.24	21[8])	53	77	83	4	28	23	2	21	5
Bremen	7.12.24	9	46	55	65	4	13	23	2	15	8
Lübeck	10. 2.24	10	28	38	42	6	7	15	—	6	8
Landesrat											
Saargebiet	27. 1.24	5	6	11	19	—	—	4	14	—	1
Zusammen		185[9])	606	804	1309	80	455	224[11])	299[14])	157	95[16])
					804						
Zusammen:					2113 immune Abgeordnete						
Ferner: Preuß. Staatsrat	Anf. 1926	5	24	29	52	—	33	(R)	17	2	—

Außerdem Reichsrat (66 Mitglieder) und Vorläufiger Reichswirtschaftsrat (326 Mitglieder). Neben diesen Reichs- und Landesparlamentariern gibt es noch ein Heer nichtimmuner Parlamentarier in den zwischen Landes- und Gemeindevertretungen eingeschobenen Wahlkörperschaften (in Preußen in 12 Provinzial- und 421 Kreislandtagen).

In den 63 500 politisch selbständigen Gemeinden Deutschlands (im ganzen gibt es etwa 180 000 Ortschaften) befinden sich schätzungsweise ¾ Millionen Gemeindevertreter; eine Statistik nach Par-

1) Einschließlich Landbünde. 2) Ferner vier „KPD-Linke". 3), 4) und 5) Ferner je ein aus der KPD ausgeschlossener Wilder. 6) Ferner drei „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft". 7) Darunter ein Hospitant (Kleinlandwirt). 8) Ferner drei aus der KPD ausgeschlossene Wilde. 9) Ferner 13 frühere Kommunisten. 10) Darunter 23 Rechte (ASPS) und 18 Linke. 11) Zuzüglich bayerische, thüringische und oldenburgische Abgeordnete. 12) Darunter 19 Bayerische Volkspartei und zwei wilde Zentrumsabgeordnete. 13) Bayerische Volkspartei. 14) Darunter 65 Bayerische Volkspartei. 15) Darunter elf Wirtschaftspartei, sechs Hannoveraner, zwei Polen. 16) Darunter elf Bayerischer Bauernbund. — (R) Rechtsblock und (O) Ordnungsblock bei Deutschnationaler Volkspartei mitenthalten.

teien ist nicht vorhanden. Die Schwäche der Arbeiterbewegung in dieser Hinsicht zeigt die Tatsache, daß die SPD Anfang 1925 nur 37 450 Gemeindevertreter in 8047 Gemeinden besaß (d. h. etwa 5 Prozent aller Vertreter und in 12 Prozent aller Gemeinden).

Reichswahlen 1924 und 1925

4. 5. und 7. 12. 1924 = Reichstagswahlen
29. 3. und 26. 4. 1925 = Reichspräsidenten-Wahlen

Parteien	Stimmen (in 1000) 4. 5. 24	7. 12. 24	29. 3. 25	26. 4. 25	in Prozent 4. 5. 24	7. 12. 24	29. 3. 25	26. 4. 25	Mandate 4. 5. 24	7. 12. 24[1]
A. Arbeiterparteien										
KPD	3693	2709	1871	1931	12,6	9,0	6,9	6,3	62	40[4])
SPD	6009	7881	7802	[2])	20,5	26,0	29,1	[2])	100	131
USPD. (Th. Liebkn.)	235	99	—	—	0,8	0,3	—	—	—	—
B. Bürgerl. Parteien										
Faschisten (Völk., Nationalsoz., Dsoz.)	2322	1069	285	} 14655 Hdbg.	7,8	3,5	1,0	} 48,3	36	15
Deutschnat. Volkspartei	5696	6205	} 10416 Jarres		19,5	20,5	} 38,8		} 105	} 110
Landlisten u. Natlib. (zu Dntln.)	575	500			2,0	1,6				
Deutsche Volkspart.	2694	3049			9,2	10,1			45	51
Demokraten	1655	1920	1568	} 13751 Marx	5,7	6,3	5,7	} 45,3	28	32
Zentrum	3914	4119	3887		13,4	13,6	14,5		65	69
Bayr. Volkspartei	946	1134	1007	[3])	3,2	3,8	3,7	[3])	16	19
Bayr. Bauernbund (Wirtschaftspartei)	693	1005	—	[2])	2,4	3,3	—	[2])	10	17 }
Verschied. Bürgerl.	822	600	—	—	2,8	2,0	—	—	5	4 }
Zusammen	29281	30290	26866	30351	100,0	100,0	100,0	100,0	472	492
C. Gesamtstimmen										
Arbeiterparteien	9964	10689	9673	—	34,0	35,3	36,0	—	162	176
Bürgerliche	19317	19601	17193	—	66,0	64,7	64,0	—	310	317

Die bürgerlichen Parteien

1. Deutschnationale Volkspartei: Die monarchistische Partei der „nationalen Opposition"; außenpolitisch schwankend (bei Dawes-Gesetzen halb und halb, aber gegen Locarno); innerpolitisch gegen „Novemberverbrecher", für starke Staatsautorität; vertritt vor allem Interessen des Großgrundbesitzes, hat auch Großindustriellenflügel (Hugenberg, Reichert); führt: Bauern aller Schichten, alte kaiserliche Beamte und Offiziere, nationalistische Kleinbürger; Haupteinfluß auf die „Vaterländischen Wehrverbände". — Wichtigste Parteizeitungen: „Deutsche Tageszeitung", „Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung". — Vorsitzender: Graf Westarp. Parteiführer: Hergt, Herm. Dietrich, Schiele; ferner alle Landbundführer (Graf Kalckreuth). Gelbe Arbeiterführer: Behrens, Anna Behm, Lambach. — Massenpartei; bei letzten

1) Stand v. 15. 6. 1926. 2) Zum Marx-Block. 3) Zum Hindenburg-Block.
4) Ferner 4 aus der KPD Ausgeschlossene.

Reichstagswahlen 6,2 Millionen Stimmen (gleich 20,5 Prozent aller Stimmen).

2. Deutsche Volkspartei (erst „Stinnes-Partei", jetzt „Stresemann-Partei): für „nationale Realpolitik", auch monarchistisch, aber „auf Boden der Tatsachen"; Partei der Schwerindustrie (Sorge, Kalle, Hugo) und eines Teiles der Fertigindustrie (v. Raumer); schwacher agrarischer Flügel (Hepp, Westermann), Banken (Rießer), Großhandel (Keinath), höhere Beamte (Jarres; Reichskanzler Luther nahestehend). — Wichtigste Zeitungen: „Kölnische Zeitung", „Tägliche Rundschau", „Deutsche Allgemeine Zeitung". — Parteiführer: Stresemann, Scholz. Gewerkschaftsführer: Winnefeld (christliche Bergarbeiter), Otto Thiel (Angestellte, bei christlicher Spitze). — Bei letzter Reichstagswahl: 3 Millionen Stimmen (10,1 Prozent).

3. Zentrum („Christliche Volkspartei", katholisch): größtenteils republikanisch (aus Opportunismus), zum Teil auch noch monarchistisch; außenpolitisch für „Erfüllungspolitik", innenpolitisch für „soziale Versöhnung". — Partei aller Volksschichten. Geführt vom Klerus, mit entscheidendem Einfluß von katholischen Schwerindustriellen im Rheinland (Klöckner, Thyssen, ten Hompel, Lammers), Schlesien und Süddeutschland; starker Einfluß katholischer Großgrundbesitzer und Großbauern, vor allem im Rheinland (Freiherr v. Kerckerinck, v. Crone, Herold). Führt katholische Kleinbürger und Arbeiter, letztere durch Beherrschung der Christlichen Gewerkschaften (DGB ⅔ katholisch). — Wichtigste Zeitungen: „Germania", „Kölnische Volkszeitung", „Tremonia", „Der Deutsche" (Zentral-Tagesorgan christlicher Gewerkschaften). — Parteiführer: Marx, v. Guérard, Porsch, Brauns; ferner zahlreiche Gewerkschaftsführer (Stegerwald, Joos, Imbusch), Genossenschaftsführer (Schlack); linker Flügel (sozial, entschieden republikanisch, stark antikapitalistisch) geführt von Wirth und zahlreichen geistlichen Arbeiter-Präses. — Weitverzweigte Massenpartei; bei letzter Reichstagswahl 4,1 Millionen Stimmen (13,6 Prozent).

4. Bayerische Volkspartei (der nach dem Kriege abgespaltene Teil des Zentrums): monarchistisch, föderalistisch, außenpolitisch in Agitation gegen „Erfüllungspolitik", faktisch aber mit Zentrum; Haupteinfluß: Klerus. Partei der bayerischen Groß- und Mittelbauern; führt katholische Kleinbürger und Arbeiter. — Wichtigste Tagesblätter: „Bayerischer Kurier", „Regensburger Anzeiger". — Parteiführer: Held, Heim, Leicht, Emminger, Speck. — Bei letzter Reichstagswahl in Bayern 1,1 Millionen Stimmen (= ⅓ aller bayerischen Stimmen).

5. Deutsche Demokratische Partei: Partei der bürgerlichen Demokratie, republikanisch. Für „Erfüllungspolitik", innenpolitisch für „sozialen Ausgleich". — Geführt vom Bankkapital

(Raschig, Wieland), Teil der Fertigindustrie (Herm. Fischer, Köln, Fischbeck, H. v. Richthofen), Großhandel (vor allem jüdischer Teil); Intelligenz, Kleinbürger. — Wichtigste Tageszeitungen: „Vossische Zeitung", „Berliner Tageblatt", „Frankfurter Zeitung". — Parteiführer: Koch, Haas, Gothein, Hellpach, Geßler. Gewerkschaftsführer: Erkelenz (Hirsch-Dunckersche). — Bei letzter Reichstagswahl 1,9 Millionen Stimmen (6,3 Prozent).

6. F a s c h i s t e n : a) „Deutschvölkische Freiheitsbewegung": Norddeutsche Gruppe; antisemitisch, „arisch", für Revanchekrieg, zeitweise „nationalbolschewistisch". In Agitation schroff gegen vielfachen „Umfall" der Deutschnationalen, faktisch meist mit diesen zusammengehend. — Von Teilen der Schwerindustrie und Großagrariern geförderte Bewegung der städtischen Kleinbürger. Seit Währungsstabilisierung fast ganz zusammengebrochen. — Parteizeitung: „Deutsches Tageblatt". — Parteiführer: v. Graefe-Goldebee, Graf Reventlow, Wulle, Henning.

b) „Nationalsozialistische Arbeiterpartei": hauptsächlich in Bayern. Führer: Hitler. Seit dessen Freilassung scharfer Gegensatz zur norddeutschen Gruppe; Spaltung jetzt fast im ganzen Reiche durchgeführt.

Von beiden Gruppen anerkannter Führer: Ludendorff.

Bei letzter Reichstagswahl: beide Gruppen zusammen: 0,9 Millionen Stimmen (3 Prozent).

c) „Deutschsoziale Partei" (Knüppel-Kunze): jetzt mit der ersten Gruppe verschmolzen.

7. K l e i n e P a r t e i e n : Ferner bestehen noch folgende kleinere Parteien: a) Im Reichstage vertreten: „Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund" (Führer: Eisenberger, Fehr, Loeffler; linker Flügel: Gandorfer. — Partei der Klein- und Mittelbauern. — Letzte Reichstagswahl: knapp 300 000 Stimmen); „Wirtschaftliche Vereinigung" (Partei des gewerblichen Mittelstandes, Handwerker. — Führer: Brecht, Nolte, Strauß, Drewitz. — Letzte Reichstagswahl: 700 000 Stimmen); „Deutsch-Hannoveranische Partei" (Welfenpartei, föderalistisch. — Führer: Graf Bernsdorff, v. Wangenheim; 261 000 Stimmen). — b) Nicht im Reichstage vertreten: „Christlich-soziale Volksgemeinschaft" und „Christlich-soziale Partei" (katholische Arbeiter im Rheinland und Bayern), verschiedene „Aufwertungs"-Parteien usw.

D i e b ü r g e r l i c h e n M i t t e l p a r t e i e n (Demokraten und Deutsche Volkspartei) haben eine allgemeine Entwicklung nach rechts durchgemacht. Rechte Absplitterungen gingen zu den Nachbarparteien über. Bildung der „Liberalen Vereinigung" (rechte Demokraten und D. V.-Parteiler) und der „Nationalliberalen Reichspartei" (rechte D. V.-Parteiler und Deutschnationale). — Auch im Zentrum, dessen

Anhängerschaft sozial außerordentlich differenziert ist (Arbeitermassen, Kleinbürgertum bis zu den Großkapitalisten und Magnaten), hat die großkapitalistisch-reaktionäre Richtung gesiegt. Das hat eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition unter Führung des ehemaligen Reichskanzlers Wirth erzeugt, die aber ihrer unklaren politischen Haltung wegen trotz großer Sympathien unter den Zentrumsanhängern keinen starken Einfluß ausüben kann.

Die Deutschnationalen haben durch ihre plumpe und dennoch geschickte Demagogie große Massen für sich gewinnen können. Ihr politischer Kredit ist indessen wieder weit herabgedrückt worden durch ihre verlogene Haltung in der auswärtigen Politik und dadurch, daß sie ihre Versprechungen an das Kleinbürgertum nicht erfüllten (vor allem Aufwertungsschwindel).

Die Völkischen nahmen bis zu den Reichstagswahlen im Mai 1924 einen großen Aufschwung. Ihre Glanzperiode war kurz. Jetzt bilden sie nur einen in Zersetzung und Verwesung übergegangenen Haufen.

Die Presse

Zahl der deutschen Tageszeitungen nach politischen Richtungen:

	Anz. der Ztg.	Proz. der Ztg	Prozent der am 7. 12. 1924 erh. Stimmen
KPD	39	1,2	9
SPD	162	5	26
Demokraten	154	4,7	6,3
Zentrum und Bayerische Volkspartei	392	12	17,3
Wirtschaftspartei und Bauernbund	17	0,5	3,3
Deutsche Volkspartei	65	2,6	10,1
Deutschnationale Volkspartei	439	13,5	22,2
Völkisch	12	0,3	
zus.	1270	39,8	
Parteilos	1682	51,6	
Amtlich und regierungsfreundlich	144	4,4	
Sonstige bürgerliche	114	3,5	
Kleinere Gruppen	37	0,5	2,8
	3252	100,0	100,0

Ueber die Hälfte aller Zeitungen ist „parteilos", d. h. steht weitgehend im Dienste der Deutschnationalen.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung

August Enderle

Die außerordentlich starke Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in eine Reihe verschiedener politischer Richtungen besteht in Deutschland nach wie vor. Die bedeutendste, und an Mitgliederzahl allein weit stärker als alle anderen Richtungen zusammen, ist die freigewerkschaftliche (sozialistische). Jede Richtung ist gegliedert in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften, die jeweils in

Spitzenorganisationen zusammengefaßt sind. Es bestehen in Deutschland:

A. Freie Gewerkschaften (sozialistisch)

1. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB).
2. Allgemeiner Freier Angestelltenbund (Afabund).
3. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB).

B. Deutscher Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften, polit. Zentrumspartei)

1. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
2. Gesamtverband der deutschen Angestelltengewerkschaften.
3. Gesamtverband deutscher Beamtengewerkschaften.

C. Gewerkschaftsring (deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände) [Hirsch-Duncker, bürgerlich-demokratisch]

1. Verband Deutscher Gewerkvereine.
2. Gewerkschaftsbund der Angestellten (AdA).
3. Ring Deutscher Beamtenverbände.

D. Sogenannte Neutrale Gewerkschaften

Deutscher Beamtenbund (DBB), der in sich eine Anzahl Beamtengewerkschaften vereinigt, unter politisch neutraler Flagge segelt und mit seinen etwa 650 000 Mitgliedern die stärkste deutsche Beamtenorganisation darstellt.

E. Revolutionäre Gewerkschaften

Der RGI angeschlossen (Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Verband der Buchbinder, Berlin).

F. Selbständige Verbände

Richtung Weyer, Schumacher Deutscher Industrieverband [Weyer], ehemals „Union d. H. u. K."). Oppositioneller Bekleidungsarbeiterverband (Schumacher). Freier Eisenbahner-Verband (FEV): der unter Führung Schmiedtkes stehende kleine Rest des FEV, der den Anschluß an den freigewerkschaftlichen Eisenbahner-Einheitsverband nicht mitmachte.

G. Syndikalisten

Freie Arbeiter-Union (FAUD.), kleine im ganzen Reich zerstreute Gruppen, vollkommen bedeutungslos, und Allgemeine Arbeiter-Union (AAU) der KAP.

H. Gelbe und Faschisten

Nationalverband deutscher Berufsverbände (gelb). Reichsbund deutschvölkischer Kampfgewerkschaften (faschistisch).

Mitgliederstand der Gewerkschaften

a) Arbeiter-Gewerkschaften

Jahr D-Jahres-durchschnitt 31. Dez.	ADGB			Christliche			Hirsch-Duncker		
	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände	Ortsgruppen	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände	Ortsgruppen	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände	Ortsgruppen
D 1891	277	62	—	—	—	—	—	—	—
„ 1900	680	58	—	—	—	—	—	—	—
„ 1914	2075	48	11 385	ca. 360	—	—	—	—	—
„ 1920	7890	52	27 271	—	—	—	—	—	—
„ 1922	7895[1])	49	—	1 033	19	—	226	25	1 869
„ 1923	7063	44	25 855	937	18	—	658	22	—
„ 1924	4564	41	16 499	605	18	6 817	—	—	—
E 1924	3975	41	16 499	612	18	6 817	—	—	—

Jahr Am 31. Dez.	Revolutionäre Gew., der RGI angeschlossen		Selbständige Gew. Weyer-Schumacher-Richtung		Gelbe u. faschistische Gewerkschaften	
	Mitgliederzahl in 1000	Verbände	Mitgliederzahl in 1000	Verbände	Mitgliederzahl in 1000	Verbände
1920	ca. 100	1	—	—	—	—
1922	ca. 120	3	—	—	—	—
1923	ca. 100	4	—	—	—	—
1924	ca. 120	12	—	—	—	—
1925	26	2	ca. 10	3	ca. 30	—

b) Angestellten-Gewerkschaften

Jahr D-Jahres-durchschnitt Am 31. Dez.	AfA (freigew.)		Christliche (G. d. A.)		Hirsch-Duncker	
	Mitgliederzahl in 1000	Verbände	Mitgliederzahl in 1000	Verbände	Mitgliederzahl in 1000	Verbände
1921	640	15	250	ca. 20	300	1
1922	690	17	220	ca. 20	300	1
1923	600	17	180	ca. 20	250	1
1924	543	18	160	ca. 20	220	1

c) Beamten-Gewerkschaften

Jahr D-Jahres-durchschnitt	ADB (freigew.)		GDB (christl. orientiert)		DBB (neutral)		Keiner Spitzenorganisation angeschlossen	
	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände	Mitgl.-zahl in 1000	Verbände
D 1922	ca. 160	12	ca. 60	—	1000	ca. 40	—	—
D 1923	ca. 360	15	ca. 70	—	450	ca. 35	ca. 250	ca. 8
D 1924	—	—	—	—	650	ca. 35	ca. 70	ca. 5

[1]) Bis 1920 waren auch die freigewerkschaftlichen Angestellten und Beamten im ADGB, früher Generalkommission der deutschen Gewerkschaften. 1920 wurden die Angestellten im AfA-Bund, 1922 die Beamten im ADB besonders zusammengefaßt.

Die Freien Gewerkschaften sind dem Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Sie stehen in der Spitze vollkommen, in den Orts- und Bezirksorganisationen zum weitaus größten Teil unter Führung von Sozialdemokraten. In den freien Gewerkschaften sind aber nicht nur fast sämtliche sozialdemokratischen, sondern auch der größte Teil der kommunistischen und mit den Kommunisten sympathisierenden Proletarier organisiert.

Die weitaus größte und wichtigste Spitzengruppe ist der ADGB. Die Stärke und Entwicklung der einzelnen Verbände:

ADGB-Verbände

	31. Dez. 1923	31. Dezember 1924		Mai 1925
	insgesamt	insgesamt	dav. weibl.	insgesamt
Baugewerksbund	420 095	319 376	485	351 871
Bekleidungsarbeiter	108 807	87 640	47 308	87 775
Bergarbeiter	299 811	190 224	304	
Buchbinder	54 494	53 943	36 443	55 500
Eisenbahner	287 879	167 691	1 390	
Fabrikarbeiter	522 253	325 700	83 078	362 118
Gemeinde- und Staatsarbeiter	211 465	179 546	28 300	196 502
Glasarbeiter	30 116	36 604	9 122	
Graphische Hilfsarbeiter	32 968	33 125	22 339	
Holzarbeiter	377 025	284 742	25 223	307 987
Hotel-, Restaurant und Café	37 175	22 413	5 936	
Landarbeiter	101 503	179 656	40 415	
Lebensmittel und Getränke	69 459	65 235	4 206	66 147
Lederarbeiter	46 634	40 170	8 210	
Lithographen	19 491	19 252	27	
Maschinisten	64 995	40 046	66	50 150
Metallarbeiter	1 291 761	710 934	59 959	781 862
Porzellanarbeiter	72 464	50 545	21 055	51 777
Schuhmacher	100 983	85 372	37 275	87 779
Tabakarbeiter	81 934	66 722	50 762	66 738
Textilarbeiter	608 158	326 342	204 200	329 311
Verkehrsbund	408 240	258 775	26 070	290 353
Zimmerer	93 336	80 264	—	86 027

Ortsausschüsse des ADGB

1913 803, 1922 1403, 1924 1011. Sie vereinen in sich 10 771 örtliche Zweigvereine.

Die Presse der Gewerkschaften hat sich, nachdem sie in der schlimmsten Inflationsperiode fast vollkommen zusammengebrochen war, seit der Geldstabilisierung (Anfang 1924) wieder stark entwickelt. Ende 1925 erschienen wieder in fast allen Verbänden regelmäßig die wöchentlichen Verbandszeitungen. Nur die Organe kleinerer Verbände erscheinen vierzehntägig. Auch der Umfang der Zeitungen hat fast überall wieder den Stand von 1922 erreicht. Der ADGB gibt seit Mitte 1924 neben der wöchentlich erscheinenden „Gewerkschaftszeitung" eine theoretische Monatszeitschrift „Die Arbeit" heraus. Außerdem erscheint monatlich ein von dem Gewerkschaftstheoretiker Carl Zwing in Jena herausgegebenes offiziöses theoretisches Organ, das „Gewerk-

schaftsarchiv", das vollkommen auf dem Boden der freien Gewerkschaften steht. Ebenso haben der AfA-Bund und der ADB ihre Spitzenorgane. Das Spitzenorgan des christlichen Gewerkschaftsbundes, das „Zentralblatt", erscheint vierzehntägig. Im Gegensatz zu früher sind eine Anzahl Gewerkschaften dazu übergegangen, das Verbandsorgan nicht mehr obligatorisch, sondern nur noch auf besondere Bestellung an ihre Mitglieder zu liefern. Die ADGB-Betriebsrätezeitung wurde endgültig eingestellt. Die Betriebsräteschrift des Metallarbeiterverbandes erscheint noch. Andererseits erscheinen nur mehr als wöchentliche oder monatliche Ausgaben Organe der ADGB-Ortskartelle, in denen fast durchweg die reaktionärste Politik vertreten wird.

Entwicklung, Politik und Taktik der freien Gewerkschaften

Wie die Statistik der Gewerkschaften ausweist, hat die durch die Inflation und konterrevolutionäre Politik verursachte Massenflucht aus den Gewerkschaften in den meisten Verbänden auch 1924 angehalten. Erst gegen Ende 1924 trat ein Stillstand in der Rückwärtsbewegung ein. Die Lage war 1924 so katastrophal, daß die Gewerkschaften erst gegen Mitte 1925 wagten, wieder ihre Mitgliederziffern zu veröffentlichen. Allgemein kann festgestellt werden, daß die Gewerkschaftsleitungen gar keine besonderen Anstrengungen machten, um die Massenflucht durch Verteidigungskämpfe gegen die Offensive der Unternehmer aufzuhalten. Im Gegenteil: sie wollten ganz offensichtlich den Arbeitszeitkämpfen ausweichen, die sich notwendig machten, als der gesetzliche Achtstundentag mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes beseitigt wurde. Fast alle derartigen Arbeitszeitkämpfe (achtwöchiger Riesenstreik der rheinischen Metallarbeiter, Chemiearbeiterstreik in Ludwigshafen und viele andere) wurden als „wilde" Streiks geführt, was die Gewerkschaftsleitungen veranlaßte, unzählige Ausschlüsse von oppositionellen Mitgliedern gerade im Frühjahr 1924 zu vollziehen. Die Massenausschlüsse wurden noch vermehrt anläßlich der Betriebsratswahlen 1924, bei denen fast überall gesonderte Oppositionslisten gegen die freigewerkschaftlichen sozialdemokratischen Listen aufgestellt wurden. Die von ganz rechten Gewerkschaftsführern offen ausgesprochene Taktik ging dahin, die Gewerkschaften oppositionsrein zu machen, wenn sie dabei auch an Mitgliedern auf die Hälfte und darunter zusammenschmolzen. (Ganz besonders toll trieb es die Leitung des Textilarbeiterverbandes, die systematisch jeden sich irgendwie bemerkbar machenden Kommunisten ausschloß.) Auf dem Textilarbeiterverbandstag (März 1924) wurde von den 117 gewählten oppositionellen Delegierten über die Hälfte aus dem Verband ausgeschlossen und dann dem Vorstand durch Statutenänderung die Ermächtigung erteilt, jedes oppositionelle Mitglied ohne Angabe von Gründen und ohne ihm die Möglichkeit der Verteidigung zu geben,

auszuschließen. Der „Erfolg" dieser Politik tritt darin kraß in Erscheinung, daß gerade dieser Verband mehr als die Hälfte seiner Mitglieder verlor.

Die zerstörende Ausschlußpolitik wurde auch im Baugewerksbund mit demselben Ergebnis großer Mitgliederverluste fortgesetzt.

Der Zentralverband der Angestellten ging auf seinem Verbandstag sogar soweit, daß er einen Beschluß faßte, wonach kein Mitglied, das der KPD angehört oder mit den Zielen und Bestrebungen dieser Partei sympathisiert, einen Funktionärposten im ZdA bekleiden darf. Dementsprechend wurden alle kommunistischen Funktionäre und Verbandsdelegierten ihrer Funktion enthoben und zu einem großen Teil ausgeschlossen. Ausgeschlossen bzw. grundsätzlich nicht aufgenommen in den ZdA werden auch alle technischen Angestellten, die in einem kommunistischen Zeitungsbetrieb oder Parteibüro beschäftigt sind. Der ZdA hat daher heute kaum noch ein Drittel der Mitglieder von 1921/22. Das stört die Führer dieses Verbandes offensichtlich nicht im geringsten, ihr oberstes Prinzip ist: „Ruhe". Außerdem können sie jedem Kampf ausweichen mit dem Hinweis auf das schlechte Organisationsverhältnis. Andererseits muß jedoch auch festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl anderer Verbände keine oder fast keine Ausschlüsse von Oppositionellen durchführte. Durchweg stehen diese Verbände (Zimmerer, Buchdrucker, Schuhmacher, Gemeindearbeiter u. a.) in bezug auf Mitgliederbewegung weit günstiger da als die anderen.

Die offen konterrevolutionäre Politik des ADGB in der schlimmsten Krisenzeit 1923/24 hatte bei den kommunistischen revolutionären Massen und bis zu einem gewissen Grade auch bei der ganzen KPD ein Abweichen von der Gewerkschaftspolitik der Komintern zur Folge. In diese Zeit fielen auch als Gegenmaßnahmen gegen die ADGB-Spaltungspolitik die zahlreichen Neugründungen sogenannter selbständiger Verbände. Der V. Weltkongreß brachte eine Wendung, und unter der Massenparole: Hinein in die freien Gewerkschaften kam zunächst die Massenflucht aus den Gewerkschaften gegen Ende 1924 zum Stehen. Seit Anfang 1925 hat in fast allen Verbänden wieder ein Steigen der Mitgliedsziffern eingesetzt. Zum Teil ist das in der Statistik „ADGB-Verbände" unter Rubrik „Mai 1925" ersichtlich. Soweit örtliche Gewerkschaftsberichte vorliegen, hält die Mitgliederzunahme, wenn auch in sehr langsamem Tempo, allgemein bis Ende 1925 an.

Dementsprechend bauen auch alle Gewerkschaften ihren durch die Krise vollkommen zerrütteten Organisationsapparat wieder auf, wobei allgemein die Tendenz verfolgt wird, das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedermasse immer mehr auszuschalten und die Entscheidung bei der Wahl der Verbandsinstanzen, Verbands- oder Gewerk-

schaftskongreßdelegierten sowie bei Wirtschaftskämpfen usw. in die Hand kleiner Funktionärzirkel zu legen.

Die Verbandsbeiträge waren 1924 infolge der ungemein niedrigen Löhne weit geringer als 1913. Es entfiel durchschnittlich auf ein Mitglied der ADGB-Gewerkschaften 1913: 29,91 M., 1924: 19,27 M. Im Laufe des Jahres 1925 wurden die Beiträge so erhöht, daß sie am Schluß des Jahres die Höhe von 1913 allgemein überschritten haben dürften. Allmählich wurden auch die Unterstützungen (Kranken-, Erwerbslosen-, Umzugsunterstützung usw.), die in der Inflationszeit aufgehoben wurden, wieder eingeführt, bzw. (bei Streiks, Maßregelungen usw.) wieder erhöht bis etwa zu den Vorkriegssätzen.

Die Lohnpolitik und Streiktaktik des ADGB war 1924/25 sehr vorsichtig. Es wurde möglichst vielen Kämpfen ausgewichen. Die übergroße Anzahl der Bewegungen wurde, meist durch Anruf der Gewerkschaften, vor den staatlichen Schlichtungsinstanzen erledigt. Allgemein ist festzustellen, daß die Löhne von Mitte 1924 an bis Mitte 1925 ziemlich stark anstiegen und nominell etwa den Stand von 1913 erreicht, bzw. da und dort ein wenig überschritten haben. Diese Lohnsteigerung ist zweifellos nicht so sehr der Tätigkeit der Gewerkschaften (obwohl sie nicht unterschätzt werden darf), als der Tatsache zuzuschreiben, daß eine Lohnerhöhung selbst vom kapitalistischen Standpunkt eine unerläßliche Notwendigkeit war, um die Arbeiter produktionsfähig zu erhalten. Allgemein trat eine Vergrößerung der Lohnspanne zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern ein.

Ueber die Arbeitszeit berichtet der ADGB vom Jahre 1924, daß für 178 634 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 785 983 Stunden pro Woche, dagegen für 3 792 430 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 13 769 942 Stunden pro Woche eingetreten ist. Wenn man in Betracht zieht, daß der ADGB nur einen Teil der Gesamtarbeiterschaft erfaßt hat, dann ist leicht zu ermessen, welche gewaltige Arbeitszeitverlängerung in Deutschland allgemein eingetreten ist. Der ADGB berichtet für das Jahr 1925 eine teilweise Verkürzung der Arbeitszeit. Diesen Angaben kann jedoch kein großer Wert beigemessen werden, weil nur ein Teil von Proletariern, die tariflich arbeiten, erfaßt wurde, und die eingetretene Arbeitszeitverkürzung weniger dem Erfolg eines Kampfes, als mangelnder Beschäftigung zuzuschreiben ist.

Streiks und Aussperrungen

	1921	1922	1923	1924*)	1925
Zahl der Streiks u. Aussperrungen	5 223	5 361	2 209	2 012	1 766
„ der betroffenen Betriebe....	60 526	57 607	31 611	29 218	25 214
„ der Streikend. u. Ausgesperrt.	2 844 226	3 194 177	2 617 956	2 087 017	1 128 077
„ der verlor. Arbeitstag. (i. Mill.)	30,1	29,2	15,2	36,0	16,9

*) Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 1924: Zahl 30 196, Beteiligte 16 226 080.

1925 verstärkte sich bei den Gewerkschaften die Tendenz, möglichst alle Arbeitsstreitigkeiten nicht durch Streik, sondern durch staatliche Schlichtungsinstanzen zu erledigen.

Von insgesamt 97 Millionen Mark Einnahmen wurden von den ADGB-Verbänden 1924 an Streikunterstützung 14 Millionen Mark ausgegeben. Politische Streiks fanden weder 1924 noch 1925 statt, mit Ausnahme des 1. Mai 1925, der in verhältnismäßig starkem Maße durch Arbeitsruhe gefeiert wurde, jedoch keine nennenswerten Aussperrungen zur Folge hatte. Der 1. Mai 1924 fiel auf einen Sonntag.

T a r i f v e r t r ä g e waren abgeschlossen:

	Anzahl	für Betriebe	mit beschäftigten Personen
Ende 1913	10 885	143 088	1 398 597
Am 1. Januar 1925	7 099	785 945	11 904 159

P o l i t i k u n d T a k t i k d e r G e w e r k s c h a f t e n

Trotz des klar zutage liegenden Mißerfolges der vom ADGB betriebenen Politik und Taktik (starker Rückgang des Einflusses, Verlust des Achtstundentages und Massenmitgliederverlust bei gleichzeitiger Steigerung der Macht der Unternehmer), setzt der ADGB seine reformistische Politik fort. Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß (31. August bis 5. September 1925) wurden nicht nur alle Anträge, die eine systematische Klassenkampftaktik verlangten, abgelehnt, sondern es wurde sogar eine Beratung über die gegenüber der Kapitalsoffensive und herannahenden Wirtschaftskrise zu ergreifenden Kampfmaßnahmen abgelehnt. Statt dessen wurde ausführlich über W i r t s c h a f t s - d e m o k r a t i e beraten und dementsprechend Beschlüsse gefaßt. Unter Wirtschaftsdemokratie verstehen die Gewerkschaftsführer die gleichberechtigte Beteiligung der Arbeiterorgane an der Leitung der Wirtschaft, Beeinflussung der Produktion usw. durch Schaffung paritätischer Wirtschaftskammern, örtlich, bezirklich und in der Spitze durch den Reichswirtschaftsrat. A u s d r ü c k l i c h w i r d d i e Z u s a m m e n a r b e i t m i t d e m K a p i t a l betont und damit der Klassenkampf verneint. Der Einfluß auf die Wirtschaft soll auch verstärkt werden durch systematische Förderung der wirtschaftlichen Unternehmungen wie Soziale Bauhütten, Genossenschaften, Arbeiterbanken usw., in denen mit den Gewerkschaftsgeldern und Spareinlagen der Arbeiter unter Führung der Gewerkschaften Konkurrenzunternehmungen gegen das Privatkapital errichtet bzw. systematisch erweitert werden sollen. Die Propagierung des Kampfes für Wirtschaftsdemokratie wird seit dem Breslauer Gewerkschaftskongreß in allen Gewerk-

schaften in breitester Form betrieben, wobei ganz offen die Auffassung vertreten wird, daß die Arbeiterklasse die Macht nicht durch „Gewaltpolitik" und Revolution, sondern nur durch allmähliches, schrittweises Eindringen in die Wirtschaft erringen könne. Daraus folgernd sehen die ADGB-Führer die Aufgabe der Gewerkschaften vor allem in einer Förderung der jetzigen kapitalistischen Wirtschaft, in einer Steigerung der Produktion und Durchführung von Arbeitskämpfen nur insoweit, als sie die Wirtschaft nicht schädigen. Wohin diese Politik in der Praxis führt, das zeigt der ADGB dadurch, daß er, gleich den Unternehmern, zur „Ueberwindung" der Wirtschaftskrise für die Entlassung von Arbeitern eintritt, soweit dies durch die Rationalisierung der Industrie notwendig wäre. (Siehe „Gewerkschaftszeitung" Nr. 52, Jahrgang 1925.)

Die Frage: Berufs- oder Industrieorganisation, die schon den Gewerkschaftskongreß 1922 stark beschäftigte, hatte sich in den letzten Monaten vor dem Breslauer Kongreß zu scharfen Gegensätzen im ADGB selbst ausgewachsen.

Da zahlenmäßig die Anhänger des Industrieverbandes unter Führung des Metallarbeiterverbandes in der Mehrheit waren, drohte die Minderheit unter Führung des Holzarbeiterverbandes mit der Spaltung des ADGB. Diese Drohung hatte zur Folge, daß auf dem Kongreß gegen den geschlossenen Widerstand des Metallarbeiterverbandes ein Kompromißbeschluß gefaßt wurde, der im wesentlichen alles beim alten läßt.

In der Frage: Stellung der freien Gewerkschaften zu den proletarischen Parteien bestand formell nur noch der 1919 gefaßte und 1922 erneut bestätigte Beschluß der parteipolitischen Neutralität. Dieser Beschluß wurde vom ADGB-Vorstand in Verhandlungsleitungen faktisch nie eingehalten und anläßlich der beiden Reichstagswahlen 1924 und Reichspräsidentenwahl 1925 offen durchbrochen, indem die Gewerkschaftsinstanzen in offiziellen Aufrufen für die SPD-Kandidaten, unter schärfstem Kampf gegen die KPD, eintraten. Der Neutralitätsbeschluß wurde zwar in Breslau nicht formell aufgehoben, aber der ADGB-Vorsitzende Leipart erklärte unter demonstrativem Beifall ganz offiziell, daß die Gewerkschaften sich mit der SPD verbunden fühlen, diese als ihre politische Vertretung betrachten und demgemäß den schärfsten Kampf gegen die KPD führen.

Dieser Einstellung entspricht auch der verbissene Kampf des ADGB gegen die Gewerkschaftseinheit, und zwar national wie international. Im IGB sind die deutschen Gewerkschaftsvertreter das Zentrum des Kampfes gegen die Gewerkschaftseinheit. Konsequent stemmen sich die ADGB-Führer innerhalb Deutschlands auch gegen die Verschmelzung der selbständigen revolutionären Verbände mit den freien Gewerkschaften.

Die Opposition in den Gewerkschaften

Die fast durchweg unter Führung der Kommunisten stehende Opposition in den Gewerkschaften wurde von der Gewerkschaftskrise noch weit stärker betroffen als die Gewerkschaften selbst. Bis 1920 war die USP die Führerin einer breiten Gewerkschaftsopposition gegen die rechtssozialdemokratischen Führer. Diese Opposition bestand jedoch weniger in Prinzipienfestigkeit als Wortradikalismus und Futterkrippenkampf. Nach der USP-Spaltung entwickelte sich die Opposition unter kommunistischer Führung zu einer politisch und zahlenmäßig so starken Macht, daß sie bis 1923 auf dem besten Wege war, die Mehrheit in den ADGB-Gewerkschaften zu erobern. Durch die im Herbst 1923 einsetzende Massenflucht aus den Gewerkschaften verlor die Opposition nicht nur die mit ihr sympathisierende Masse der Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch einen großen Teil ihres Kernes selbst, was einen fast vollkommenen Zusammenbruch der Opposition zur Folge hatte.

Die Reformisten konnten daher fast kampflos viele ihnen früher verlorengegangene Positionen in den Gewerkschaften zurückgewinnen. Verbandstage und Gewerkschaftskongreß wiesen verschwindend wenig oppositionelle Delegierte auf. Während auf dem 11. Kongreß in Leipzig von 691 Delegierten 90 der revolutionären Opposition angehörten — ihr Einfluß in der Mitgliedermasse war prozentual viel stärker —, kamen auf dem 12. Kongreß in Breslau auf 311 Delegierte nur 3 Oppositionelle. Aber auch hier ist der tiefste Punkt schon überschritten. Das fast vollkommene Fehlen einer zusammengefaßten Opposition und die ungehemmte Herrschaft der Reformisten war für die Massen eine sehr harte Lehre, deren Auswirken in einem langsamen, aber stetigen Wiederanwachsen der Opposition zum Ausdruck kommt. Durch die sehr stark wachsende Sympathie mit Sowjetrußland auch in den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen einerseits und der durch die Wirtschaftskrise geförderten Erkenntnis der Ausweglosigkeit der reformistischen Taktik andererseits, beginnt die sich jetzt entwickelnde Opposition einen ganz neuen Charakter anzunehmen. Der reformistische Block bröckelt weniger von außen ab, als daß er durch innere Risse, Gegensätze und außerordentlich große Passivität seiner proletarischen Anhänger geschwächt wird.

Der entscheidende Fehler der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftskrise war, daß sie sich von der antigewerkschaftlichen Massenstimmung mitreißen, beeinflussen ließ, statt sich der Austrittsbewegung entgegenzustellen, auch unter der Gefahr vorübergehender Unpopularität bei den Massen. Zwar hat die KPD offiziell nie und nirgends die Parole: heraus aus den Gewerkschaften und Gründung neuer Verbände herausgegeben, aber sie hat die Beteiligung oft hervorragender KPD-Mitglieder an diesen Neugründungen geduldet und sich dadurch mitschuldig gemacht. Der weitere

Fehler bestand darin, daß die Partei bei Betriebsräte- und sonstigen Wahlen die Aufstellung eigener Oppositionslisten außerhalb der Gewerkschaften begünstigte, ja oft verlangte. Dadurch wurde das Schwergewicht der kommunistischen Arbeit nicht in die Gewerkschaften, sondern außerhalb konzentriert. Hier aber mußte die revolutionäre Kraft wirkungslos verpuffen.

Es ging nicht nur der Einfluß in den Gewerkschaften verloren, sondern auch die Betriebsrätebewegung, die zur Zeit, als fast alle revolutionären Betriebsräte Mitglieder der Gewerkschaften waren, sehr stark war, brach zusammen, obwohl im Frühjahr 1924 mehr kommunistische Betriebsräte gewählt wurden als 1925. Die gehörten meist nicht den Gewerkschaften an und blieben aus diesem Grund zum großen Teil wert- und einflußlos.

Der V. Weltkongreß und die nachfolgenden KPD-Konferenzen und Zentralausschußtagungen konnten daher nur Beschlüsse und Aufrufe fassen mit der Losung: Hinein in die freien Gewerkschaften. Diese Losung, die verbunden war mit der Parole: Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, löste bei einem Teil der KPD-Mitgliedermassen und auch bis in die höchsten Parteispitzen schärfsten Widerstand aus, der durch das Eingreifen der Exekutive der KI nach dem 10. Parteitag beseitigt wurde.

Erst die Beseitigung dieser Leitung durch den Ekkibrief brachte eine vollkommene Durchführung der Gewerkschaftsarbeit im Sinne des 5. Weltkongresses, nachdem schon die unter Druck der Exekutive gefaßten Beschlüsse auf dem Mai-Zentralausschuß und dem 10. Parteitag eine kleine Besserung in der Gewerkschaftsarbeit gebracht hatten.

Diese Besserung kam zum Ausdruck in dem systematischen Kampf der KPD für die Verschmelzung der selbständigen Verbände mit den freien Gewerkschaften. Trotz des systematischen Widerstandes der ADGB-Führer einerseits und der ultra„linken" Weyer-Schumacher-Gruppe andererseits gelang es, mit Ausnahme des ausgeschlossenen Bauarbeiterverbandes und des selbständigen Buchbinderverbandes Berlin, fast alle Mitglieder der selbständigen Verbände in die freien Gewerkschaften zu überführen und die Verbände zu liquidieren, wobei es den Bergarbeitern (Union) und Eisenbahnern (das Gros der FEV) gelang, sehr gute Uebertrittsbedingungen (Aufnahme sämtlicher Mitglieder unter Anrechnung der bisherigen Beiträge) zu erzwingen. Im Zusammenhang mit der langsam wieder steigenden Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften hat diese Taktik schon nennenswerte Erfolge aufzuweisen, indem im Bergarbeiterverband bei den Wahlen November 1925 35 Prozent der Ortsleitungen von der Opposition besetzt wurden, nachdem sie früher fast gar keinen Einfluß im alten Verband hatte. Abgesehen von einigen Stellen (Verdoppelung der oppositionellen DMV-Delegierten in Berlin, Chemnitz, einigen Orten im Rheinland usw.) läßt sich bei

Abschluß dieses Berichts eine gewisse zahlenmäßige und mehr noch ideologische Stärkung des kommunistischen Einflusses bei den allgemeinen Ortsverwaltungswahlen im Januar und Februar 1926 feststellen.

Die deutsche Arbeiterdelegation nach Rußland war zusammengesetzt aus 30 Sozialdemokraten, 16 Kommunisten und 12 Parteilosen. Wenn die Delegation bei dieser Zusammensetzung einen einheitlichen Bericht herausbrachte und eine einheitliche Stellung für Sowjetrußland einnahm, und die Delegierten bei ihrer Rückkehr in vielen Hunderten von Arbeiterversammlungen begeisterte Zustimmung fanden, so zeigt dies schon, daß in der Masse des deutschen, auch des nichtkommunistischen, Proletariats ein starker Umschwung eingetreten ist. Sozialdemokratischen Führern der Lehrergewerkschaft, die an der Lehrerdelegation nach Rußland teilnahmen, mußten der „Vorwärts" und die SPD-Presse die Spalten für objektive Rußlandberichte öffnen.

Die Auswirkungen der Arbeiter-, Lehrer- und Jungarbeiterdelegation stellen mit ihren mehr als 1000 Versammlungen vor etwa 600 000 Proletariern eine Einheitsfrontbewegung von gewaltiger Kraft dar. Ihre Auswirkungen zeigen sich in den Gewerkschaften so stark, daß selbst in unteren Funktionärkörpern und Funktionärsitzungen der SPD-Gewerkschafter scharfe Gegensätze entstanden sind und um Für oder Wider die Sowjetunion gestritten wird.

So ist trotz der Verbissenheit und zur Schau getragenen Arroganz, mit der die oberste ADGB-Bürokratie gegen die Einheitsfront und gegen Sowjetrußland kämpft, die Einheit auf dem Marsche, und die Position ihrer Gegner wird von Tag zu Tag schwächer.

Aus den anderen Gewerkschaften

sind keine besonders wichtigen Vorgänge zu berichten. Die Christlichen Gewerkschaften feierten im Oktober 1924 das 25 jährige Jubiläum ihres Bestehens. Wie bei der Gründung, so wurde auch hier der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung auffällig stark betont, was jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen konnte, daß die protestantischen Arbeitervereine und Mitglieder gegenüber den Katholiken vollkommen einflußlos sind. Die so stark betonte Interkonfessionalität ist in Wirklichkeit weniger eine Frage der Religion, als der Ausschaltung des Klerus aus der Führung der christlichen Gewerkschaften. Um so fester sind diese faktisch verbunden mit der Zentrumspartei.

Die alten Differenzen zwischen der reaktionären Richtung Stegerwald, dessen Ziel eine enge Verbindung mit den kon-

servativen Parteien ist, und der demokratisch radikalen Richtung, die unter Führung von I m b u s c h die Mehrheit der christlichen Arbeiter hinter sich hat, dauern nach wie vor an, ohne jedoch krisenhaften Charakter anzunehmen.

Die ausgesprochen g e l b e n und f a s c h i s t i s c h e n G e w e r k s c h a f t e n haben insofern eine Veränderung durchgemacht, als der Einfluß und die zahlenmäßige Stärke der rein faschistischen „Kampf"-Gewerkschaften unter Führung von H i t l e r ganz zusammenschmolz, dafür jedoch die gelben Verbände, die offen und unmittelbar vom Unternehmertum finanziell ausgehalten und geführt werden, an Mitgliederzahl und Einfluß zugenommen haben. D i e G e f a h r d e r g e l b e n - f a s c h i s t i s c h e n G e w e r k s c h a f t e n l i e g t w e n i g e r i n e i n e r i d e o l o g i s c h e n M a s s e n v e r f ü h r u n g, a l s i n d e r s y s t e m a t i s c h e n S c h ä d i g u n g, D r a n g s a l i e r u n g u n d D e n u n z i a t i o n a l l e r n i c h t g e l b e n A r b e i t e r. Es häufen sich die gelben Arbeitsnachweise, durch die die Unternehmer immer mehr alle ihre Arbeiter beziehen, wobei jeder nicht gelbe Arbeiter von der Vermittlung ausgeschlossen bzw. auf ihn ein Druck zum Eintritt in die gelben Verbände ausgeübt wird.

Im Januar 1926 erfolgte der Zusammenschluß aller gelben Verbände und Verbändchen im „Reichsausschuß werksgemeinschaftlicher Verbände", nachdem der „Nationalverband deutscher Berufsverbände" durch die offene Kompromittierung seines Führers, des deutschnationalen Reichtagsabgeordneten Geißler, zerfiel.

Gleichzeitig stehen die überall stark anwachsenden Pinkertons-Gesellschaften unter Führung ehemaliger monarchistisch gesinnter Offiziere in Verbindung mit den gelben Verbänden. Systematisch werden von diesen Elementen die Wächter- und Portierstellen und, soweit es Ganz- oder Halbintellektuelle sind, die Technikerposten in den Fabriken besetzt. Ein fein ausgebautes System von offener oder verkappter Werkspolizei und Technischer Nothilfe für den Fall des Streiks ist so in fast allen Betrieben und ganz besonders bei der Eisenbahn entstanden. D a s ist die gelbe Gefahr, nicht die Möglichkeit des Entstehens einer faschistischen Massenbewegung wie in Italien.

*

G e n o s s e n s c h a f t e n

Ende 1924 gab es in Deutschland 52 326 Genossenschaften (Kredit-, Rohstoff-, Bau-, Produktiv- und Konsumgenossenschaften), darunter 2408 Konsumvereine der Arbeiter. Die freien Vereine sind zusammengefaßt im Z e n t r a l v e r b a n d d e u t s c h e r K o n s u m v e r e i n e :

	1913/14	1924	1925
Angeschlossene Vereine ..	1 094	1 185	1 033
Mitglieder	1 717 519	3 514 548	3 365 000
Beschäftigte	26 234	43 106	37 318
Verkaufsstellen	—	8 288	—
Anteil an Mitgliederzahl:			
Lohn- und Gehaltsempf.			
in gewerbl. Betr.	—	78,7%	66,5%
[illegible] Berufe und Beamte	—	3,3%	9,5%
Umsatz (in Mill. Mk.)	493	559	702
pro Mitglied (Mk.)	287	159	208
Geschäftsguthaben	33,8	—	26,1
pro Mitglied (Mk.)	19,6	—	7,7
Spareinlagen (in Mill. Mk.)	80,2	49,5	82,7
davon durch Aufwertung	—	—	43,1
pro Mitglied (Mk.)	—	—	25,0

Die politische Arbeiterbewegung

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Die Sozialdemokratie hat die Reaktion bei all ihren Schlägen gegen die Arbeiterklasse vom Oktober 1923 bis zum Dawes-Pakt und dem Locarnovertrag gefördert. Seit Ende 1925 scheint auch ein ständig wachsender Teil der sozialdemokratischen Arbeitermassen die Illusionen über die Notwendigkeit des kapitalistischen Wiederaufbaus und die Segnungen der Demokratie zu verlieren. Das führte zu einem tiefen Riß in Sachsen, wo die Führung in den Händen der Linken blieb. Die Mehrheit der sächsischen Parlamentsfraktion brach offen die Disziplin. Sie blieb gegen den Beschluß des Landesparteitages in der Regierung der Großen Koalition. Im sächsischen Parlament gab es praktisch zwei sozialdemokratische Fraktionen, von denen die größere offen alle reaktionären Anschläge mitmachte, auch dort, wo sie direkt gegen Sozialdemokraten gerichtet waren (Abbau sozialdemokratischer Beamten). Die Rechte erhielt die volle Unterstützung des Parteivorstandes. Auf dem Parteitag in Heidelberg (September 1925) wurde ein Kompromiß geschlossen, das in Wirklichkeit eine Vergewaltigung der sächsischen Linken bedeutete. Seit Anfang 1926 spitzte sich der Konflikt jedoch erneut scharf zu. Die 23 rechten Landtagsabgeordneten gingen scheinbar auf einige Konzessionen ein, die der Parteivorstand zwecks Liquidierung der Krise und Landtagsauflösung von ihnen verlangen mußte. Sie brachen aber Ende März wiederum ihre Versprechungen und stimmten im Landtage zum zehnten Male gegen den Auflösungsantrag — diesmal von ihren linken Parteigenossen im Einverständnis mit dem Parteivorstande gestellt —, so daß parlamentarisch der Zustand von Mitte 1925 wiederhergestellt ist. Außerparlamentarisch verschärfte sich der Konflikt, indem die Rechten — unter Verzicht auf ihre Rechte auf Anrufung eines Schiedsgerichts — eine

neue sächsische Partei, die „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens (ASPS)" gründeten; ihr erster Parteitag fand am 6. Juni 1926 in Dresden statt. Mit aller Entschiedenheit wehren sie sich gegen den Vorwurf der Parteispaltung; sie wollen nur „die sächsische Sozialdemokratie wieder der Gesamtheit zuführen." Dazu bereiten sie auch organisatorisch — unterstützt von der Bourgeoisie — die Landtagsneuwahlen für Ende 1926 vor. Eine ähnliche Krise innerhalb der Partei zeigte sich in Baden in ihren Anfängen, wo Ende März 1926 starke Gegensätze zwischen den Parteiorganisationen und der Landtagsfraktion wegen der fortgesetzten Konzessionen an die katholische Zentrumspartei in Kulturfragen offen ausgebrochen waren.

In der Gesamtpartei haben die Rechten das Heft unbestritten in den Händen. Seit dem Herbst 1925 sind sie jedoch unter dem Einfluß der Radikalisierung der Arbeiterschaft und infolge Ausschaltung der SPD aus der Reichsregierung in wachsender Bedrängnis; im Frühjahr 1926 zwang der Druck der Arbeitermassen die SPD-Führer zur Teilnahme an der von der KPD geführten Kampagne für die Enteignung der Fürsten.

Bei der letzten Reichstagswahl erhielt die SPD knapp 7,9 Millionen Stimmen (26 Prozent aller Stimmen). Siehe Tabelle S. 742.

Die SPD hatte im April 1925 nach eigenen Angaben 844 000 Mitglieder, d. i. ein Verlust von 100 000 gegenüber dem Vorjahre. Schätzungsweise waren von der Gesamtmitgliederzahl 60 Prozent Arbeiter und 40 Prozent Kleinbürger. Die Partei hat ca. 50 000 Mitglieder, die in Arbeiterorganisationen oder als politische Beamte im Staatsapparat angestellt, also aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß herausgezogen sind. Der Parteiapparat ist wieder ziemlich stabil. Die Partei besitzt jetzt 171 Tagesorgane, davon 26 Kopfblätter, das sind 4,5 Prozent aller deutschen Tageszeitungen. Gesamtauflage der SPD-Presse: 1 089 000. 163 Druckereien. Zentralorgan: „Vorwärts"-Berlin; andere wichtige Blätter: „Leipziger Volkszeitung", „Hamburger Echo", „Volkswacht"-Breslau, „Münchener Post", „Rheinische Zeitung"-Köln (Sollmann).*)

2. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Unter Führung von Theodor Liebknecht ist der nach dem Nürnberger Vereinigungsparteitage und nach dem Ausschluß der Ledebour-Gruppe übrig gebliebene Rest der USP immer weiter zusammengeschrumpft. Die Gruppe besitzt jetzt keine Parlamentsmandate mehr, ist aber noch in verschiedenen Gemeinden vertreten. Wochenorgan: „Klassenkampf"-Berlin.

3. Sozialistischer Bund. Der alte Ledebour bildete nach seinem Hinauswurf aus der übriggebliebenen USP (heraus-

*) Ueber Apparat, Methoden, Wesen, gegenwärtige Lage und politische Gruppierungen in der SPD siehe „Die Sozialdemokratischen Parteien", herausgegeben von Eugen Varga, Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg, 1926.

geworfen wegen seiner Haltung zum Ruhrkrieg, die mit derjenigen der KPD übereinstimmte) diesen Bund zusammen mit einigen Intellektuellen und stützt sich auf eine Gruppe Arbeiter im Zwickauer Gebiete (Südwest-Sachsen). Kleines Wochenorgan. — Der Bund forderte bei den letzten Parlamentswahlen zur Wahl der kommunistischen Listen auf.

4. Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP). Die Partei spielte bei sämtlichen Kämpfen der Arbeiterschaft in den letzten zwei Jahren nicht die geringste Rolle. Bis zum Herbst 1925 war sie zusammengeschmolzen bis auf ganz wenige Grüppchen von Kleinbürgern und Arbeitern in gehobener Stellung. Die Ideologie und die Parolen der Partei decken sich heute ziemlich mit denjenigen der Syndikalisten und Anarchisten. Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise Anfang 1926 ist vereinzelt wieder etwas Leben in die Partei gekommen, ohne daß sie jemals wieder Aussicht auf die Gewinnung größerer Arbeitermassen besitzt. — Anfang Juni 1926 brachte ein Parteitag eine erneute Verschärfung der Gegensätze zwischen der Berliner und der Essener Richtung innerhalb der Partei.

Die noch weiter „links" stehenden Gruppen wie die Rüllesche „Allgemeine Arbeiter-Union-Einheitsorganisation (AAUE)", die „Anarcho-Kommunisten" u. a. sind ohne jede Bedeutung. Die Syndikalisten spielen politisch ebenfalls keine Rolle.

Die Kommunistische Partei

P. R. Dietrich

Die innere Entwicklung der KPD in den Jahren 1924 und 1925 stand unter dem Eindruck der schweren Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Oktober 1923 und ihren Folgen.

Diese Niederlage, eine Folge der teils feigen, teils verräterischen Politik der SPD- und Gewerkschaftsführer, hatte die KPD nicht zu verhindern vermocht. Sie verstand es infolge falscher Einschätzung der Situation und opportunistischer Anwendung der Einheitsfronttaktik durch das damalige ZK unter Führung Brandlers nicht, die Frage der Macht richtig zu stellen und die proletarischen Massen zum Kampf zu organisieren und zu führen. Die sofort während der Illegalität (Ende 1923 bis Anfang 1924) einsetzende Debatte in der Partei drehte sich ausschließlich um die Fehler der Vergangenheit. Die kleine Rechte des ZK schob die Schuld im wesentlichen auf die objektiven Umstände. Sie verlor jeden Anhang in der Partei. Die Mittelgruppe, die Mehrheit des damaligen ZK, kritisierte eine Reihe taktischer Fehler Brandlers. Im Laufe der fast fünf Monate währenden Auseinandersetzung eroberten die damaligen Wortführer der linken Fraktion mit Unterstützung der linksgestimmten kommunistischen Arbeiter der Industriegebiete Berlin, Wasserkante und

Ruhrgebiet die Führung der Partei. Der 9. Parteitag, der im April in Frankfurt illegal zusammentrat, brachte eine Dreiviertelmajorität der Linken, die Rechte war überhaupt nicht (gewählt) vertreten. Es wurde eine fast ganz linke Zentrale, unter Hinzunahme einiger Vertreter der Mittelgruppe, gewählt. Die entscheidenden Resolutionen zu der politischen Lage und den Aufgaben der Partei wurden einstimmig gefaßt. In den folgenden Monaten gelang es der Zentrale, die Mittelgruppe vollends zu liquidieren und einzelne noch opponierende Bezirke, wie Halle-Merseburg und Erzgebirge-Vogtland, zur Mitarbeit auf der Grundlage der Frankfurter Beschlüsse zu bringen.

Doch schon die Diskussion und noch mehr der Frankfurter Parteitag hatte die Schwächen und Fehler der neuen Führung gezeigt. Obwohl sie richtig auf den grundsätzlich opportunistischen Charakter der Politik Brandlers hinwies, vermochte sie es nicht, die wirklichen Wurzeln dieses Opportunismus konkret zu begreifen und praktisch die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Die Ablehnung der Politik Brandlers blieb praktisch in einer Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik stecken, die Ablehnung ging in der Tat weiter, als in den offiziellen Thesen ausgesprochen wurde. Die ultralinken Elemente, die schon in Frankfurt auftraten, wurden nicht bekämpft, sondern ihre Fehler zugedeckt und entschuldigt. Die Thesen des Frankfurter Parteitags selbst kamen erst nach einem heftigen Kampf der Vertretung des EKKI gegen den ursprünglichen Entwurf zustande. Aber auch in den endgültigen Beschlüssen sind eine Reihe von Fragen nicht richtig gestellt und gelöst, z. B. die Gewerkschaftsfrage. Obgleich die Flucht aus den Gewerkschaften verurteilt wird, ist nichts vom Wiedereintritt und der Pflicht zur gewerkschaftlichen Organisation gesagt, dagegen wird die Frage der Zusammenfassung der Unorganisierten aufgerollt und in einer Weise beantwortet, die die Splittergründungen zuließ. Schon auf dem Frankfurter Parteitag ist es zu einem Konflikt zwischen der Führung der Linken und der Exekutive gekommen. Genosse Sinowjew hat damals einen Brief an den Frankfurter Parteitag gerichtet, in dem er die Rolle und die Möglichkeiten der neuen linken Führung analysierte und zwei Perspektiven feststellte: entweder eine Ueberwindung der fraktionellen Spaltung unter der Führung der Linken, Selbstkritik der eigenen Fehler, Heranziehung aller Kräfte zur Mitarbeit und Bildung eines wirklich bolschewistischen Kurses — oder fraktionelle Führung der Partei, organisatorische Maßregelungen, Konflikt mit der Exekutive und Isolierung der Partei von den Massen.

Die linke Führung hat, wie die spätere Entwicklung bewiesen hat, den zweiten Weg beschritten.

Die Zeit bis zum 5. Weltkongreß, der im Juli 1924 stattfand, stellte im allgemeinen eine aufsteigende Entwicklung der Partei dar. Der

konsequente Kampf gegen den Dawes-Plan war die erste große Aktion, die die Partei nach dem Oktober 1923 mit Geschlossenheit und Kraft, wenn auch einem recht abstrakten Programm der „Vollsozialisierung" durchführte. Der große Wahlerfolg im Mai gab ihr das Selbstbewußtsein wieder zurück.

Von der Arbeit des 5. Weltkongresses gewannen die Beschlüsse in der Gewerkschaftsfrage die größte Bedeutung für die Partei und bestimmten die innerparteiliche Entwicklung des folgenden Halbjahres. Die Parole der gewerkschaftlichen Einheit war auf dem Kongreß zuerst auf heftigen Widerstand der deutschen Delegation gestoßen. Die Partei selbst verstand nach Rückkehr der Delegation diese Parole verhältnismäßig rascher. Die Schwierigkeiten ergaben sich vor allem aus der Forderung, daß jedes Mitglied der Partei freigewerkschaftlich organisiert sein muß, die der Zentralausschuß, der sofort nach dem 5. Weltkongreß zusammentrat, unter Stellung einer Frist zum Beschluß erhob. Der halbe Beschluß des Frankfurter Parteitags hatte zur Folge gehabt, daß wohl gewerkschaftlich organisierte Genossen in den Gewerkschaften blieben, die anderen aber nicht eintraten, sondern mehr und mehr zur Gründung besonderer Industrieverbände drängten. In der Tat gab es eine Reihe von Splitterorganisationen, die teils Ausgeschlossene, teils mehr oder minder syndikalistische Elemente (Union) umfaßten. Die Lösung der Gewerkschaftsfrage, vor allem die Liquidierung der Splitterorganisationen machte der Partei große Schwierigkeiten. Sie wurde vom Zentralkomitee mit strengen organisatorischen Methoden durchgesetzt. Es erfolgte eine Reihe von Ausschlüssen aus der Partei. Gegen Ende des Jahres konnte diese Arbeit als durchgeführt bezeichnet werden, ohne daß freilich die Gewerkschaftsarbeit mit der nötigen Schwungkraft und Geschicklichkeit geschah.

Der Erfolg der Maiwahlen hatte nicht nur das Selbstbewußtsein der Partei gestärkt, sondern auch das Beharren des ausschlaggebenden Teils der linken Führung (der Gruppe Ruth Fischer-Maslow-Scholem) bei ihrem taktischen System. Der Erfolg wurde irrtümlicherweise der Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik zugeschoben. Auf dem Oktober-Zentralausschuß (1924) hatte die Partei ihre Stellung zur Regierungskrise und zum Problem der Aufbringung der Dawes-Lasten zu beziehen. Diese Vorbereitung auf einen sehr wichtigen Kampfabschnitt geschah unzulänglich. Die Gefahr einer Rechtsregierung wurde als Bagatelle behandelt. Ein Kampf gegen die Auswirkungen des Dawes-Planes unter der Losung „Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie" wurde abgelehnt unter der irrigen Begründung, dies sei opportunistisch und bedeute ein Betreten des Bodens des Dawes-Planes. Es traten Theorien auf, der bloße Kampf für den Achtstundentag und Lohnerhöhungen werde den Dawes-Plan sprengen. Die Folge dieser Einstellung war, daß die Partei bei den Kämpfen gegen die

Steuer- und Finanzpolitik der Luther-Regierung, die das erste Halbjahr 1925 ausfüllten, nicht die Führung gewann.

Die Dezemberwahlen (1924) brachten der Partei eine Niederlage, einen Rückgang von fast einer Million Stimmen. Die führende Gruppe hat versucht, rein objektive Umstände dafür haftbar zu machen. In der Tat aber fühlte die ganze Partei die Notwendigkeit einer Aenderung der Taktik. Der Zentralausschuß, der im Januar 1925 zusammentrat, sollte nach den Worten Ruth Fischers, die das einleitende Referat hielt, einen Wendepunkt in der Taktik der Partei bedeuten: den Uebergang von den Methoden der akut revolutionären Situation, an denen man noch das Jahr 1924 festgehalten, zu den Methoden der Uebergangsetappe zwischen zwei Revolutionen. Die Kleinarbeit in Betrieben und Gewerkschaften wurde in den Mittelpunkt gestellt, doch bloß abstrakt und technisch. Die politische Linie, das Verhältnis zu den SPD-Arbeitern, die Stellung zur Steuerfrage usw. blieb die gleiche. *Der Januar-Zentralausschuß hat die Wendung, die er bringen sollte, nicht gebracht.*

Dies wurde der Partei bei der ersten Reichspräsidentenwahl im März rasch klar. Der Wahlapparat unter Anteilnahme des mächtig erstarkenden Roten Frontkämpferbundes funktionierte sehr gut, doch der Widerhall in den Massen wurde immer geringer. Der Stimmenverlust erhöhte sich auf ca. 1,7 Millionen seit Mai 1924. In die zweite Reichspräsidentenwahl im April 1925 ging die Partei noch mit der Taktik der ersten, weil Unentschlossenheit und zum Teil die vorgerückte Situation eine Aenderung im letzten Moment verhinderten. Die Notwendigkeit der Aenderung der politischen Linie, also vor allem des Verhältnisses zur SPD, war der führenden Gruppe des ZK auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive in Moskau (März/April 1925) klargemacht worden.

Der *Mai-Zentralausschuß* hatte die Aufgabe, diese Aenderung des politischen Kurses zu vollziehen. Aus der Präsidentenwahl wurde die Lehre gezogen: die Partei hätte der SPD die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten unter gewissen Bedingungen vorschlagen müssen. Bei den taktischen Schlüssen für die nächste Zeit aber wurden wiederum Fehler gemacht, indem die Grenze zwischen der SPD als einer bürgerlichen Partei und den bürgerlichen „schwarz-rot-goldenen" Parteien (Demokraten und Zentrum) verwischt und eine abstrakte Entlarvungspolitik dem sogenannten „Volksblock" gegenüber proklamiert wurde. Es begann in der Partei eine Periode des „Offenen-Briefe-schreibens", ohne daß sich jedoch das Verhältnis zwischen KPD- und SPD-Arbeitern im Betrieb und in den Gewerkschaften wesentlich geändert hätte. Diese Fehler verschafften den ultralinken Ideologen (Gruppe Scholem-Katz), die auf dem Zentralausschuß das erstemal in offene Opposition traten (gegen die vom EKKI gezogenen Lehren der

Hindenburg-Wahl), einen unnötig starken Anhang unter den ehrlich linksgestimmten Arbeitern in der Partei. Der Kampf gegen diese Opposition wurde zu sehr organisatorisch, zu wenig mit den Mitteln der Ueberzeugung geführt. Das innere Leben der Partei erstarrte, die Führung beschäftigte sich mit abstraktem Theoretisieren unmöglicher Manöver, während praktisch nichts geschah. Die Folge war ein rasches Sinken des Einflusses der KPD in den Massen.

Im Sommer 1925 war die Krise der Partei offenbar. Die Exekutive hatte seit Frankfurt wiederholt, zuletzt immer dringender, gemahnt, ihre Ratschläge zu befolgen. Auf dem 10. Parteitag, der im Juli 1925 in Berlin zusammentrat, war die letzte Gelegenheit für die führende Gruppe, die Fraktion aufzulösen und die Beziehungen der Partei zur Exekutive der Komintern sowie ihr Verhältnis zu den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen energisch zu ändern. Die führende Gruppe Ruth Fischer-Maslow hatte diese Kursänderung auf der Erweiterten Exekutive im April zugesagt. Sie fand aber auf dem Parteitag selbst nicht die Kraft, sondern versuchte ein zweideutiges Spiel. Es kam zu einem offenen Konflikt mit der Exekutive. Der Parteitag selbst war in den Massen der Partei nicht vorbereitet. Seine Debatten waren nicht der Ausdruck der Stimmung der Mitgliedschaft, seine Beschlüsse enthielten zum Teil schwere Fehler, so die Thesen über die Geschichte der Partei aus der Feder von Maslow, in denen der Kampf gegen den 3. Kongreß und seine Beschlüsse wieder aufgenommen wurde.

Nach dem Parteitag war es klar, daß die Linke sich unter der Führung der Gruppe Maslow-Fischer in eine Sackgasse verrannt hatte. Die zweite Perspektive, die Sinowjew in dem Brief an den Frankfurter Parteitag aufgezeigt hatte, war eingetreten. Die führende Gruppe Maslow-Fischer hatte nicht nur das Verhältnis der Partei zu den Massen gestört, sondern auch sich selbst isoliert von den linken Arbeitern, die ihr gegen Brandler gefolgt waren.

In diesem Moment erschien der Offene Brief der Exekutive an die Mitglieder der KPD. Er behandelte mit rücksichtsloser Schärfe die Lage der Partei und innerhalb der Partei, und wies vor allem auf folgende Punkte hin: 1. Das zweideutige Verhältnis der Gruppe Maslow-Fischer zur Exekutive, das Auftreten direkt antimoskowitischer Tendenzen und antileninistischer Theorien; 2. die Sabotage und Unfähigkeit in der Gewerkschaftsarbeit, ein Ausdruck und eine Folge des falschen Verhältnisses zu den Massen der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, des Pessimismus und des mangelnden Vertrauens der Führung auf die Massen; 3. die innere Parteilinie: organisatorische Diktatur einer Fraktion innerhalb der Partei, Mangel an Kontrolle von unten, Fehlen des Lebens innerhalb der Partei; 4. der politische Opportunismus, in den die führende Gruppe nach Aufgabe ihrer starren apolitischen Haltung verfällt.

Der Brief zog aus der inneren Entwicklung der Partei den Schluß, daß nicht die Linke, wohl aber eine Gruppe linker Führer bankrott sei. Der Kampf der linken Arbeiter gegen die opportunistischen Abweichungen Brandlers war richtig. Aber gerade im Sinne dieser guten Tradition sei heute die Auflösung der Linken als Fraktion, die rücksichtlose Selbstkritik und die Zusammenfassung aller Genossen notwendig, die auf der Linie der Komintern zu arbeiten gewillt sind. Des weiteren wurden ausführlich die organisatorischen Aufgaben der Partei aufgezeigt, vor allem die Reform des innerparteilichen Kurses, die unbedingte Organisation auf Grundlage der Betriebszellen und die Fraktionsarbeit in allen proletarischen Massenorganisationen. Politisch wurde auf die sich anbahnende Umgruppierung in der deutschen Arbeiterschaft hingewiesen und die Herausbildung eines linken Flügels nach dem Vorbild der englischen Arbeiterbewegung als die Hauptaufgabe der nächsten Periode bezeichnet.

Die Wirkung des EKKI-Briefes war, obwohl er die Partei bis in ihre Tiefen aufwühlte und zuerst in verschiedenen Teilen des Reiches auf Opposition stieß, eine befreiende. Die heftige Diskussion und die gleichzeitige organisatorische Umstellung der Partei auf die Basis der Betriebszellen brachte neues Leben in die Organisationen. Die Opposition der Berliner Bezirksleitung wurde rasch mit Hilfe der Arbeiter aus den Betrieben überwunden. Die Parteikonferenz am 1. November 1925 konnte schon die Diskussion abschließen und die neuen Aufgaben der Partei festlegen. Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg, der knapp danach stattfand, zog die Konsequenz auch für Berlin und wählte eine neue Bezirksleitung.

In den folgenden Monaten hat die Partei ihre Arbeit im Sinne des EKKI-Briefes durchgeführt. Die Wahlen in die Berliner Stadtverordnetenversammlung brachten einen ersten großen Erfolg auf dieser Linie und gaben der Partei Gelegenheit, die Frage der proletarischen Einheitsfront vor den Massen aufzurollen. Im Kampf gegen den Locarno-Vertrag führte die Partei eine auch den sozialdemokratischen Arbeitern weit besser verständliche Sprache als ein Jahr vorher im Kampf gegen den Dawes-Plan. Auch die Stellung zur Regierungskrise war gut und erfolgreicher als im Jahre zuvor. Nicht zuletzt durch die klare Haltung unserer Partei angespornt, errangen die SPD-Arbeiter in der Frage der Großen Koalition einen Erfolg über ihre verbürgerlichten Führer. Im Januar 1926 erzwang die Partei dann die Verwirklichung der Einheitsfront in der Frage des Volksentscheids zur Enteignung der früher regierenden Fürsten. Unter dem Druck der Massen war die Führung der SPD und des ADGB gezwungen, sich der Aktion anzuschließen, obwohl sie bis in den letzten Moment sabotiert hatte. In dieser Aktion gegen den Vorstoß der Hindenburg-Reaktion, die zu einer der mächtigsten

Volksbewegung seit dem November 1918 wurde, hat die KPD die unbestrittene Führung. Sie geht dazu über, die Einheitsfront nun von unten organisatorisch zu verankern durch Schaffung von Einheitskomitees aus Vertretern aller Arbeiterparteien und -organisationen. Sie rollt in allen Arbeiterorganisationen die Frage der Eroberung der Landbevölkerung für ein Bündnis mit dem städtischen Proletariat auf und stellt hartnäckig auch die materiellen Klassenfragen des Proletariats auf die Tagesordnung (Erwerbslosenfrage). Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands weist auf kommende schwere Klassenkämpfe hin. Die Durchführung des Volksentscheids gegen die Fürsten wird ein gutes Sprungbrett für die Partei werden und ihr zugleich ermöglichen, weiter zu sehen. In der ungeheuren Wirtschaftskrise, die seit Dezember 1925 herrscht, vertritt die Partei ein Wirtschaftsprogramm, dessen Hauptpunkte lauten: Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte und Gewerkschaften, Staatsbeteiligung als Bedingung für staatliche Kreditgewährung, entschädigungslose Enteignung und Nationalisierung aller stillgelegten Betriebe.

Die Partei hat in den Jahren 1923 bis 1925 schwere Fehler gemacht, aber sie hat auch ungeheuer gelernt, und sie befindet sich heute, obwohl die Bildung eines wirklich bolschewistischen Führerkaders noch in den Anfängen steckt, auf einer ständig aufwärtssteigenden Kurve.

Das Plenum des EKKI im März 1926 brachte die Abrechnung sowohl mit der Ruth Fischer-Gruppe, als auch mit den Ultralinken, die den Versuch unternahmen, die Fraktionsbildung international auszudehnen. Die Beschlüsse des Plenums lauteten im Sinne einer Stärkung der gegenwärtigen Führung der KPD, der Förderung der Liquidierung der Fraktionen und der Zuwendung zu den praktischen Aufgaben.

Im Verlaufe der Diskussion über die Beschlüses des Plenums der VI. Erweiterten Exekutive zerfiel die ultralinke Oppositionsgruppe in eine Reihe von Splittergruppen unter Führung von Korsch-Schwarz einerseits, Urbahns und Weber andererseits. Korsch und Schwarz begannen bewußt auf die Spaltung der Partei hinzuarbeiten und organisierten zu diesem Zweck zunächst noch gemeinsam mit Katz, den Fraktionskampf in der Partei. Katz wie auch Korsch gaben eigene Mitteilungsblätter heraus, in denen sie die Politik der Partei und der Komintern aufs schärfste angriffen und die führenden Genossen verleumdeten und beschimpften. Korsch und Schwarz wurden wegen ihrer partei- und kominternfeindlichen Haltung aufgefordert, ihr Reichstagsmandat niederzulegen. Da sie sich weigerten, gleichzeitig aber ihre Zersetzungsarbeit fortsetzten, wurden beide aus der Partei ausgeschlossen. Das Präsidium der Komintern bestätigte den Ausschluß. Urbahns versuchte eine Sammlung der früheren Ruth Fischer-Gruppe

auf der Plattform der von ihnen auf der Erweiterten Exekutive vorgelegten Resolution. Der Einfluß der Urbahns-Ruth Fischer-Gruppe in Berlin ist bis auf zwei Bezirke völlig zurückgedrängt worden. Die Weber-Gruppe, die sich als „Weddinger Opposition" bezeichnet, verkörpert am entschiedensten die noch in der Parteimitgliedschaft teilweise vorhandenen KAP-istischen Strömungen. Organisatorisch hat die Weber-Gruppe nur noch im 3. Berliner Bezirk eine knappe Mehrheit. Außerdem stützte sie sich auf die Leipziger Organisation und auf die Pfalz.

Die Diskussion, die in der gesamten Partei auf breitester Grundlage durchgeführt wurde, führte zu einer starken Konsolidierung der Gesamtpartei auf der Linie der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive.

Mit der inneren Festigung und ideologischen Durcharbeitung der Partei stärkte sich auch der politische Einfluß der Partei auf die Arbeiterschaft. In Verfolg der von der Partei eingeleiteten Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gelang es der Partei, eine breite Massenbewegung auszulösen, die der Partei die Möglichkeit schafft, ihr Fundament zu verbreitern und zu festigen, damit die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der bevorstehenden großen Aufgaben.

Organisatorisches. Seit der Veröffentlichung des Offenen Briefes und der Durchführung des neuen Kurses ist eine ständige Zunahme der Mitgliedschaft der KPD zu verzeichnen. Am 1. Januar 1926 betrug die Zahl der abrechnenden Mitglieder bereits wieder 160 000. Die Partei verfügt über 45 Reichstagsmandate und 165 Mandate in den Landtagen einschließlich der kommunistischen Abgeordneten in den drei Freistädten Hamburg, Lübeck und Bremen.

Die Parteipresse umfaßt 26 Tageszeitungen, dazu 12 Kopfblätter. Parteiorgane wissenschaftlicher und informativer Natur: „Die Internationale", „Kommunistischer Pressedienst", „Kommunistischer Gewerkschafter", „Kommunistin", „Kommune".

Der „Kommunistische Gewerkschafter" und „Kommunistin" erscheinen als Beilage in der gesamten Parteipresse.

Als illustrierte Zeitung wird der „Rote Stern" der gesamten Parteipresse beigegeben.

Ecuador

Oberfläche 307 273 qkm, Bevölkerung zirka 2 Millionen, überwiegend Indianer, ungefähr, 400 000 Mischlinge, sehr wenig Europäer. Republik. Zweikammersystem. Das Wahlrecht ist an die Kenntnis des Lesens und Schreibens gebunden.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Das Hauptprodukt ist Kakao. Produktion (in 1000 dz) 1921 — 28, 1922 — 27, 1923 — 30, 1924 — 27. Daneben Kaffee (1923) — 32 0000 dz, Rohrzucker (1924) — 190 000 dz, Reis (1909/13) — 183 000 dz, Tabak und Kautschuk.

Bergbau: Hauptprodukt ist Petroleum (1925) — 150 000 Barrels; daneben Gold. Die Kohlen-, Kupfer- und Silberlager sind noch fast gänzlich unaufgeschlossen.

Industrie: Einige Mühlen, Zuckerfabriken und Schokoladefabriken. Hauptprodukt: Panamahüte (Heimindustrie) zirka 580 000 Stück jährlich.

Außenhandel (in 1000 Pfund Sterling)

	1921	1922	1923	1924
Ausfuhr	3397	4611	4570	3063
Einfuhr	2349	3372	3946	2600

Hauptausfuhrartikel Kakao (mehr als 80 Prozent der Gesamtausfuhr), Kaffee, Hüte und Kautschuk. Haupteinfuhrartikel Textilien, Eisenwaren, Weizenmehl und Maschinen. Haupthandelsländer Vereinigte Staaten und Großbritannien.

Staatshaushalt: Defizit (in 1000 Pfund Sterling) 1919 — 331, 1922 — 468, 1923 —831, 1924 — 636.

Politik

1925 fand ein militärischer Putsch statt, durch welchen der Präsident Cordova gestürzt wurde, und an seine Stelle ein Militärrat mit dem General Gomez de la Torre an die Spitze trat. Die neue Regierung ist von den Vereinigten Staaten abhängig. Der englische Einfluß ist nunmehr zurückgedrängt.

Arbeiterbewegung

Es bestehen zwei Gewerkschaftszentralen, die Confederacion Obrera Ecuadoriano in der Hauptstadt Quito und die Federacion del Trabajo in Guayaquil. Erstere ist an Amsterdam angeschlossen. Im September 1925 wurde aus Arbeitern und Studenten eine kommunistische Gruppe gegründet, welche um Aufnahme in die Komintern angesucht hat.

Estland

Oberfläche 46 147 qkm. Einwohner (1925) 1 113 634 (davon zirka 270 000 in Städten). Hauptstadt Reval mit 120 000 Einwohnern. Nationalität: 85 Prozent Esten, 5 Prozent Deutsche, 8—9 Prozent Russen, geringe Zahl Schweden, Juden usw. Die Mehrzahl der Bevölkerung

(80 Prozent) ist lutherisch, der Rest mit geringen Ausnahmen orthodox. Von der Bevölkerung leben 652 513, das sind 59 Prozent, in der Landwirtschaft, 174 106, das sind 15,7 Prozent, in der Industrie und 280 440, das sind 25,3 Prozent, in anderen Berufen (Persönliche Dienste 5,6 Prozent, Handel 4,2, Verkehr 3,3 usw.).

Klassenschichtung der Bevölkerung

Klasse	Zahl	%	davon Prozent in Landwirtsch.	Industrie	Handel	Verkehr	Sonstige
Unternehmer m. fremden Arbeitskräften	121 171	11,5	87,2	8,0	4,3	0,5	—
Kleinbesitzer	510 278	49,0	82,8	12,0	3,8	1,4	—
Lohnarbeiter	344 103	33,0	36,1	25,5	3,3	6,6	28,3
Freie Berufe	69 000	6,5	—	—	—	—	—

Fast 90 Prozent der Bevölkerung sind proletarische und halbproletarische Elemente.

Republik mit allgemeinem Wahlrecht. Einkammersystem. Kein Staatspräsident. Der jeweilige Ministerpräsident führt den Titel „Staatsältester". Die Verfassung sieht Referendum und das Recht der gesetzgeberischen Initiative des Volkes vor.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Bis zum Jahre 1919 war der Boden fast völlig in den Händen einiger Großgrundbesitzer. Die aus nationalistischen Gründen durchgeführte Agrarreform (1919) zerschlug den Großgrundbesitz im Wege der Parzellierung. 1919 wurden von 990 250 ha Saatfläche nur 546 250 ha bearbeitet, 1923 800 000 ha. 1924 wurde in einer Novelle zum Agrargesetz einzelnen das Recht des Ankaufes der Parzellen zuerkannt, was den Beginn einer neuen Konzentration des Grund und Bodens in den Händen der estnischen Barone und die Liquidierung der Agrarreform, laut welcher dem armen Bauerntum das Recht zugesprochen wurde, seine Parzelle in „ewiger Pacht" zu behalten, bedeutet.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche in 1000 ha	Ertrag in 1000 dz	Fläche in 1000 ha	Ertrag in 1000 dz	Fläche in 1000 ha	Ertrag in 1000 dz
Roggen	164,3	1 663,7	159,5	1 384,7	156,5	1 783,1
Weizen	22,7	200,6	17,9	147,7	12,1	148,0
Gerste	126,2	892,1	124,3	1 206,0	117,2	1 190,2
Hafer	152,8	1 152,7	166,1	1 404,6	145,4	1 375,3
Kartoffeln	72,3	6 823,7	67,2	6 754,1	65,6	6 113,0

Viehstand (in 1000)

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1913:	164 545	478 480	518 439	274 549
1923:	209 815	512 625	665 930	338 366
1924:	207 023	509 508	607 030	284 530

Bergbau: Oelschiefer (in 1000 kg) 1922 — 138 924, 1924 — 231 192, erste fünf Monate 1925 — 77 209; außerdem werden nur Brennstoffe für den eigenen Bedarf gewonnen, wie Torf.

Industrie: Die estnische Industrie leidet stark unter dem Verlust ihres natürlichen Absatzmarktes, des großen Hinterlandes Rußland. Ende 1923 gab es in Estland 1656 Betriebe mit insgesamt 43 355 Arbeitern.

Die wichtigsten Industrieunternehmungen 1923

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
Textil- und Bekleidungsindustrie	272	10 389
Papier- und graphische Industrie	128	4 039
Holzindustrie	194	4 228
Lederindustrie	153	1 474
Chemische Industrie	111	4 592
Nahrungsmittelindustrie	434	3 804
Eisenbahnwesen	1	2 320
Diverse Unternehmungen	113	3 860

Betriebe mit weniger als fünf Arbeitern waren 994, fünf bis zehn Arbeitern 554, 50 bis 100 Arbeitern 43, 100 bis 500 Arbeitern 49, 500 bis 1000 Arbeitern 9, mehr als 1000 Arbeiter 7. Die Jahre 1924 und 1925 sind durch eine anwachsende Stagnation gekennzeichnet. Im allgemeinen arbeiteten in Estland von 50 000 Industriearbeitern im Jahre 1924 25 135, 1925 25 696. Charakteristisch ist eine Rückentwicklung zum Kleinbetrieb.

Verkehr: Bahnlänge 1400 km, Handelsflotte 66 Dampfer, 402 Segler mit 52 153 Tonnen.

Außenhandel: *in Millionen estn. Mark*

	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	5589	9332	8050	9655
Ausfuhr	4812	5712	7866	9665

Ausgeführt werden hauptsächlich Flachs, Kartoffeln, Holz, Papier, Zement. Eingeführt: Metallwaren, Kohle, Chemikalien, Maschinen (insbesondere im Jahre 1923) usw.

Staatshaushalt:

	Einnahmen	Ausgaben
	in Millionen estn. Mark	
1923	7 410	7 780
1924	6 993	7 218
1925	7 527	7 713

Sehr groß ist das Defizit der Kommunalverwaltung. Die Verschuldung Estlands gegenüber dem Ausland betrug am 1. Januar 1925 — 8,52 Milliarden estn. Mark.

Notenumlauf:

am Ende des Jahres	in Millionen estn. Mark
1923	3442
1924	3564
1925	3458

Stand des Dollars 1923 (Monatsdurchschnitt) = 345 estn. Mark, 1924 = 389, Anfang Juni 1926 = 382.

Politik

Wahlergebnisse 1925 (in Klammern 1923): Hausbesitzer 2 (2), Bauernpartei 23 (23), Christliche Volkspartei 5 (8), Deutsch-Balten 2 (3), Estnische Volkspartei 8 (8), Neusiedler 14 (4), Arbeitspartei 12 (13), Russen 3 (4), Sozialdemokratie 24 (30), Revolutionäre Linke 6 (10). Politisch lassen sich die Parteien in vier Gruppen einteilen:

1. Die bürgerlich-reaktionäre Gruppe mit der Bauernpartei (Bauernbund) an der Spitze. Die Bauernpartei vertritt nicht nur die Interessen der Großbauern, sondern vielmehr die Interessen der estländischen Großbourgeoisie, der Industrie und des Großhandels. Führer der Partei sind u. a. der ehemalige Staatsälteste Pegts, General Laidoner und eine Reihe von Universitätsprofessoren. Hand in Hand mit der Bauernpartei arbeitet die Christliche Partei. Sie vertritt die protestantischen Kreise Estlands und ist Vorkämpferin des Klerikalismus im Staate.

Zu dieser Gruppe neigen auch die beiden nationalen Parteien: Deutsche, deren Führer aus Finanzkreisen stammen und Russen. Hierher gehört auch die sogenannte Wirtschaftliche Partei.

2. Die bürgerliche liberale Gruppe, bestehend aus der Volkspartei. Diese stützt sich auf die bürgerliche Intelligenz und einen geringen Teil des Bauerntums. Sie ist Vorkämpferin des estnischen Nationalismus, Führer ist der Redakteur und Ultra-Nationalist Tenisson.

3. Die kleinbürgerliche Gruppe, bestehend aus der Arbeitspartei (Trudowiki) und den Sozialdemokraten (Menschewiki); die letzteren stützen sich zum Teil auf das ländliche Proletariat.

4. Die proletarische Gruppe umfaßt die zwei revolutionären Parteien, und zwar die Arbeiterpartei Estlands (Ende 1924 aufgelöst) und die Kommunistische Partei.

Die Innenpolitik Estlands ist vor allem durch den Kampf der Regierung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Die fortwährende Industriekrise in Estland, die große Arbeitslosigkeit und die elenden Lebensbedingungen führten zum Ver-

zweiflungsausbruch der Arbeiterschaft im Dezember 1924. Von April 1924 bis September stieg die Teuerung um 100 bis 120 Prozent. Alle wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter wurden blutig niedergeschlagen. Diese Lage führte zum Aufstand Ende 1924. Nach dem Arbeiteraufstand nahm der seit dem Bestehen des unabhängigen Estlands wütende weiße Terror noch an Bestialität zu. Nach der Hinmordung einer Reihe hervorragender Führer des Proletariats und nach Verurteilung einer Masse von Arbeitern zu langjährigem Kerker wurde das Gesetz zum Schutze der Staatsordnung angenommen, welches der Regierung das Recht gibt, alle Parteien, deren Programm sich gegen die bestehende Ordnung richtet, aufzulösen, wenn auch kein offizieller Beweis der obenerwähnten Ziele erbracht ist. Der Innenminister hat das Recht, nach seinem Gutdünken Wahllisten zu annullieren. Auf diese Weise wurde die Arbeiterklasse Estlands ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt. Die Kerntruppe des weißen Terrors bildet das Offizierskorps, das im Klassenkriege entstanden ist. Daneben bestehen noch die Jägergruppen und eine reaktionäre Pfadfinder-(Skout)-Bewegung, die gegen das Proletariat ankämpft. Die Wirtschaftspolitik der herrschenden Bauernpartei entspringt ihrer Angst vor dem Erstarken der Großindustrie.

Außenpolitik. Aehnlich der der anderen baltischen Staaten wird die Außenpolitik Estlands vom Außenministerium irgendeiner Großmacht diktiert. Um Estland entbrannte der Kampf zwischen Frankreich und England, der mit dem Siege Englands endigte. Die sowjetfeindliche Politik Estlands wird zwar im Interesse Englands, aber entgegen den vitalsten wirtschaftlichen Interessen des Landes durchgeführt.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung

Estland besaß eine starke und revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Da alle revolutionären Arbeiterparteien illegal waren, konzentrierten sich die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß im November 1922 beschloß den Anschluß an die RGI. Der von diesem Kongreß gewählte Gewerkschaftsrat führte die Reorganisierung der Gewerkschaften nach Industriezweigen durch. Bis zum Januarfeldzug der Regierung gegen die Gewerkschaften (1924) zählte der Gewerkschaftsbund 13 Einzelverbände, die insgesamt 27 000 Mitglieder hatten. Auf einzelne Verbände entfielen: Metallarbeiter 5000, Eisenbahner 4000, Chemische Arbeiter 1000, Lebensmittelarbeiter 1500, Bauarbeiter 2500, Textilarbeiter 2700, Landarbeiter und Holzfäller 7000. In den Gewerkschaften hatten die Kommunisten entscheidenden Einfluß; so erhielt bei den Wahlen die Liste der Einheitsfront in Reval 17 000 Stimmen. Das veranlaßte die Repressalien der Regierung. Nach dem Aufstand wurden alle Gewerkschaften aufgelöst, und bis Anfang 1926 konnten sie eine legale Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Politische Arbeiterbewegung

In Estland bestehen vier Parteien, die sich auf proletarische und halbproletarische Elemente stützen:

Die Arbeitspartei (Trudowiki) setzt sich teils aus ehemaligen russischen Trudowiki, teils aus ehemaligen Revisionisten und Sozial-Revolutionären zusammen. Sie bedient sich einer demokratischen Phraseologie, in Wirklichkeit unterstützt sie den reaktionären Kurs. Sie stützt sich auf einige kleinbürgerliche und zum Teil halbproletarische Schichten in der Stadt und auf dem Lande. Unter den Arbeitern hat sie keinen Anhang.

Die Sozialdemokratie. Sie nahm, zusammen mit den bürgerlichen Parteien, an dem Aufbau des bürgerlichen Estland teil, indem sie die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat tatkräftig unterstützte. Infolge dieser Politik verlor sie das Vertrauen der Arbeitermassen und im Jahre 1920 war sie gezwungen, die Koalition zu verlassen. Aber im Jahre 1924, nach der Niederringung des Arbeiteraufstandes, bildete sie wieder die große Koalition. Sie billigte und unterstützte alle Terrormaßnahmen der Regierung und verteidigte sie vor dem Auslande. Während der Wahlen 1923 verlor sie im Verhältnis zu 1919 von 150 000 Stimmen 90 000. Ihr Zentralorgan erscheint einmal wöchentlich mit einer Auflage von 1000.

Die unbedeutende Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei vereinigte sich 1925 mit der Sozialdemokratie zu der „Vereinigten Estnischen Sozialistischen Partei". Die arbeiterfeindliche Politik dieser Partei führte aber im Frühling 1926 unter dem Druck der Arbeitermassen zur Spaltung und Schaffung einer „linken" Arbeiterpartei, die fälschlich von der Polizei als ein kommunistisches Werk bezeichnet wird.

Die Arbeitspartei (Trudowiki) setzt sich teils aus ehe- überwiegenden Mehrheit der USP und ging auf den revolutionären Klassenstandpunkt über. Sie hatte starken Einfluß unter der Industriearbeiterschaft. Nach dem Aufstande wurde sie aufgelöst.

Die Kommunistische Partei war immer illegal und erkaufte ihre Arbeit mit blutigen Opfern. Trotz der Verluste im Jahre 1924 arbeitet die Partei weiter und hat Einfluß in allen Arbeiterbezirken und unter der Dorfarmut. Vor dem 5. Kongreß der KI zählte sie über 2300 Mitglieder. Bis Ende 1924 erschienen legal die mit dem Kommunismus sympathisierenden Zeitungen: „Too" (Gewerkschaftsorgan), „Talina Tooline" („Revaler Arbeiter", Organ der Einheitsfront) und „Noor Tooline" („Junger Arbeiter"). Die Auflage schwankte zwischen 4000 und 10 000. Gegenwärtig erscheinen illegal die Zeitschriften: „Kommunist" und „Der junge Proletarier".

Finnland

Oberfläche 387 565 qkm. Bevölkerung 3 404 593 (1921). 16 Prozent der Bevölkerung wohnen in Städten.

Nationalitäten: Finnen 88,7 Prozent, Schweden 11 Prozent. Seit 1908 autonomer Teil des russischen Reiches, seit 1917 selbständige Republik. Reichstag auf Grundlage des allgemeinen, direkten Wahlrechts.

Gliederung der Bevölkerung (1920)

	Landwirtsch. u. landwirtsch. Industrien	Industrie	Handel u. Transport	Staatsbeamte u. freie Berufe	Diener Sonstige
Anzahl	2 020 021	249 751	210 418	101 857	121 344
Prozent	65,1	14,8	6,8	3,3	3,9

Davon proletarische und halbproletarische Existenzen 76,4 Prozent.

Wirtschaft

Landwirtschaft

Klassenschichtung und Besitzverhältnisse: Gesamtzahl der Erwerbstätigen: 547 000. Proletarische Elemente (Landarbeiter und Halbpächter): 300 000 (darunter 62 849 Besitzer unter 0,5 ha). Kleinpächter (0,5 bis 3 ha): 96 000; Kleinbauern (Besitzer 5 bis 10 ha): 98 000; Mittelbauern (10 bis 50 ha): 50 000; Großbauern (über 50 ha): 3000.

Vom gesamten Grundbesitz gehört dem Staate ein Drittel, 12,5 Millionen Hektar, meistens Wald. Die kultivierte Bodenfläche macht nur 7,8 Prozent des gesamten Bodens aus.

Die Kleinbauern bewirtschaften größtenteils Pachtland, auf das sie durch das Bodenreform-Gesetz ein Ankaufsrecht haben. Die Entwicklung geht dahin, daß die Viehzucht den Ackerbau nach und nach überholt. Im Jahre 1925 vergrößerte sich bedeutend der Butterexport.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1909—13		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	3.3	37	15	187	15	215	15	203
Roggen	238	2662	234	2392	228	2860	230	2985
Gerste	112	1046	111	848	110	1230	110	1236
Hafer	404	3592	431	3818	425	4922	430	5254
Kartoffeln	73	4549	67	4623	47	6341	48	5972

Industrie: 1923 bestanden 3293 größere Betriebe mit 143 000 Arbeitern und einer Gesamtproduktion von 9 Milliarden finnische Mark.

Hauptindustriezweige

	Zahl d. Unternehmungen	Zahl der Arbeiter	Wert d. Produktion in Mill. Mark
Holzindustrie	739	48 579	2378
Papierindustrie	183	16 991	1605
Textilindustrie	285	20 247	1012
Eisen u. Maschinen ..	522	22 173	669
Lederindustrie	134	5 232	431

Außenhandel (in finn. Mark)

	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	3940	4573	4627	5491
Ausfuhr	4436	4366	4880	5549

Für den Export arbeiten hauptsächlich die Papier- und Holzindustrie. Neben der Ausfuhr von Schnittholz stieg enorm die Ausfuhr von unbearbeitetem Holz stark (1924 1 804 000 cbm, 1925 2 675 000 cbm), was eine gewaltige Verheerung der Waldungen zur Folge hatte. Diese Tatsache beunruhigt die finnischen Kapitalisten, weil sie darin eine Gefahr für die finnische Holz- und Papierindustrie erblicken.

Verkehr. Länge der Eisenbahnen 1922: 4391 km. In den finnischen Häfen liefen ein: 1924 4343 Schiffe mit 2 Millionen Tonnengehalt; 1925 4920 Schiffe mit 2½ Millionen Tonnengehalt.

Finanzen und Geldwesen

Einnahmen und Ausgaben (in Mill. finn. Mark)

	1921	1923	1924	1925	1926
Einnahmen	2887	2466	2911	3360	3426
Ausgaben	2698	2618	2936	3360	3426
davon Heer und Flotte	355	—	344	700[1])	700[1])

Die finnische Mark ist seit Ende 1923 mit geringen Schwankungen stabil bei dem Stand von 39,70 Mark für einen Dollar (Parität 5,18).

Staatsschuld (in Millionen finn. Mark):

	1918	1921	Ende 1923	August 1925
Ausländische	240.5	826.9	1477.79	1744.45
Inländische	—	1051	937.36	770.80
Insgesamt	240.5	1877.9	2415.15	2515.25

Politik

Ergebnis der Reichstagswahlen April 1924 und der Wahlen zum Wahlmännerkollegium des Präsidenten, März 1925

	Block der soz. Arbeiter u. kl. Landwirte	Sozialdemokr.	Bund der Landwirte	Schwed. Partei	Koalitions-Partei	Fortschr. Partei
1925[2])	41 114	162 817	123 738	78 732	140 920	70 848
Wahlmänner	16	79	69	36	67	33
1924[2])	92 766	253 581	174 276	105 723	167 701	82 580

[1]) Auf Grund des neuen Wehrgesetzes sind die Rüstungsausgaben auf 700 Millionen Mark jährlich für 10 Jahre festgesetzt. [2]) Stimmenzahl.

An der Wahl beteiligte sich weniger als die Hälfte der Wähler. Der starke Stimmenrückgang des Blocks der sozialistischen Arbeiter und kleinen Landwirte ist auf die ungeheuren Verfolgungen seitens der Regierung des weißen Terrors zurückzuführen, ferner darauf, daß die Massen der Wahl des Präsidenten keine große Bedeutung beimaßen.

Nationale Finnische Koalitionspartei. Gegründet im Jahre 1918, halb monarchistisch, halb faschistisch, 1918 mit der schwedischen Volkspartei Hauptträger der deutschen monarchistischen Politik in Finnland, zusammengesetzt aus Beamten, Großbauern, Kapitalisten und Klerus. Verfügt über landwirtschaftliche Organisationen, wie die Genossenschaft „Walio" (Milch- und Butterexport), Genossenschaft „Chankia" (landwirtschaftliche Werkzeuge und Saatgut), Kreditgenossenschaften usw. Einer der Führer der Partei, Gebhardt, gründete den „Zentralverband der Kleinen Landwirte", der mit Hilfe von Regierungsgeldern arbeitet.

Bund der Landwirte: Gegründet 1906, neben der Sozialdemokratie die größte parlamentarische Partei. Sie umfaßt die Mittelbauern und den größeren Teil der kleinen Landwirte. Die reaktionäre Führung der Partei liegt in den Händen einiger konterrevolutionärer Großbauern und Intellektueller. Trotz ihrer angeblich parlamentarischen Ideologie neigt sie mehr zur Finnischen Koalitionspartei als zur Fortschrittspartei.

Fortschrittspartei: Kleinbürgerliche Partei, 1918 gebildet aus den nationalen Parteien, Jung- und Altfinnen.

Schwedische Volkspartei: Partei der schwedischen Großbourgeoisie.

Eine linke Opposition entstand in den Reihen des Bundes der Landwirte. Auf der Bauernkonferenz im März 1925 verlangte sie die Einberufung eines allgemeinen Bauernkongresses, und der Bund der Landwirte sah sich gezwungen, unter dem Druck der Massen die Forderung zu erfüllen. Es gelang ihm jedoch, auf dem von 600 Delegierten beschickten Bauernkongreß reaktionäre Resolutionen durchzupeitschen. Die Vertreter der unzufriedenen Bauernmassen stellten eine ganze Reihe wirtschaftlicher Forderungen und verlangten die Bildung einer wirklichen Bauernpartei im Zeichen der Einheitsfront mit den Arbeitern. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie versuchten diese Bewegung als eine kommunistische Mache hinzustellen, um ihre Unterdrückung zu „rechtfertigen".

Eine gewisse Bedeutung besitzt auch der „Verband der Kleinen Landwirte", der unter der Führung der Sozialdemokratie steht. Auf dem Kongreß des Verbandes (November 1925) zeigte sich auch der Einfluß der linken Opposition. In demselben Monat fand auch der Parteitag des „Verbandes der Landwirtschaftlichen Arbeiter" statt, der ausschließlich unter dem Einfluß der linken Opposition steht. Der Verband zählt 1000 Mitglieder und arbeitet unter den schwierigsten Verhältnissen des bürgerlichen Terrors und Denunziationen seitens der Sozialdemokratie. Der starke Anhang der Arbeiterpartei unter der Bauernschaft erklärt sich aus der großen Anzahl proletarischer Ele-

mente auf dem Lande. Die Einheitsfrontbewegung der Arbeiter und Bauern verbreitet sich merklich, in allen letzten politischen Wahlen gingen die kleinen Landwirte mit den Arbeitern zusammen.

Faschismus: Die siegreiche Konterrevolution in Finnland versuchte, die Arbeiterschaft mit allen Mitteln auszurotten. Das System des weißen Terrors wird weiterhin angewendet, wenn auch in etwas gemilderten Formen. Die Macht der Bourgeoisie stützt sich auf die faschistischen Schutzkorps, bewaffnete und militärisch ausgebildete Freiwilligenorganisationen mit einem Stand von 100 000 Mitgliedern (davon 30 000 aktiv). Die Regierung führt ihre arbeiterfeindliche Politik mit Hilfe der Sozialdemokratie. In neuester Zeit geht der Kampf gegen die revolutionäre Proletarierjugend durch Massenverhaftungen und Tendenzprozesse. Es sind aber im Lager der Bourgeoisie Anzeichen innerer Zerwürfnisse vorhanden, so in der Frage des politischen Einflusses in den Schutzkorpsorganisationen und im Heere. Die Meinungsverschiedenheiten führten sogar hier und da zu Offiziersputschen.

Außenpolitik: Die bürgerlichen Regierungen führen keine selbständige Außenpolitik; sie unterordnen dieselbe den Interessen irgendeiner Großmacht, insbesondere Englands. England stellt für die Finnen ein Flottenbauprogramm her. Außerdem sichert es sich den Einfluß als Hauptkäufer der finnischen Holzindustrie. Die Grundtendenz der Außenpolitik ist sowjetfeindlich. Im Frühjahr 1925 schien die Regierung eine schwedische Orientierung zu verfolgen, doch trotz gegenseitiger Besuche des schwedischen Königs und des finnischen Präsidenten blieben die Beziehungen nach wie vor gespannt.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

Landesverband der Gewerkschaften

	1915	1918	1923	1924	Juli 1925
Verbände	23	—	22	22	19
Mitgliederzahl	30 150	150 000	49 057	46 643	46 167

Das Unterdrückungssystem der weißgardistischen Regierung wendet sich besonders gegen die Gewerkschaften, die das stärkste Bollwerk der revolutionären Arbeiterbewegung in Finnland bilden. Der Einfluß der Sozialdemokratie, ungeachtet der ihr von allen reaktionären Regierungen erwiesenen Hilfe, ist in den Gewerkschaften sehr klein. Das erklärt die wüste Kampagne der Sozialdemokratie gegen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Die Zahl der Gewerkschaftsverbände wurde auf dem Vereinigungskongreß im Jahre 1923 organisatorisch auf 13 festgesetzt, doch ließ sich dieser Beschluß in der Praxis nicht durchführen. In allen grundlegenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung setzten die Arbeiter Finnlands ihre Klassenstellung durch. Sie wandten sich gegen die Amsterdamer Internationale und

erklärten sich für den Anschluß an die RGI., wenn auch derselbe mit Rücksicht auf die damalige Lage nicht vollzogen wurde. Auch nach dem Kongreß 1923 blieben die Arbeiter Finnlands ihrer Klassenstellung treu; so nahmen sie in der Frage der internationalen Einheitsbewegung den Standpunkt des englisch-russischen Einheitskomitees ein, wandten sich scharf gegen die Entsendung eines Delegierten auf die Konferenz des Arbeitsamtes des Völkerbundes; der von den Sozialdemokraten nach Finnland eingeladene Oudegeest mußte auf seinen Besuch infolge der gegnerischen Haltung der finnischen Arbeiter verzichten. In der letzten Zeit begann die Aktivität der Massen und zugleich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu wachsen. Das veranlaßte die Sozialdemokratie, einen neuen Angriff gegen die Gewerkschaftseinheit zu unternehmen. Angesichts des Reichskongresses der finnischen Gewerkschaften fand am 30. Dezember 1925 eine Zusammenkunft von Sozialdemokraten statt, in der beschlossen wurde, dem Gewerkschaftskongresse einige ultimative Forderungen zu stellen, so unter anderem Anschluß an die Amsterdamer Internationale, Ausschluß der mit den Kommunisten sympathisierenden Mitglieder aus der Leitung. Der im Mai 1926 abgehaltene Gewerkschaftskongreß hat jedoch mit großer Mehrheit den Anschluß an das anglo-russische Einheitskomitee beschlossen.

Politische Arbeiterbewegung

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands: Gegründet 1918. 1919 50000 Mitglieder, nach der Bildung der Sozialistischen Arbeiterpartei 30 000. Anfang 1925 nur noch 18 000 Mitglieder.

Nach der Zertrümmerung der Sozialistischen Arbeiterpartei im Jahre 1923 besitzen die links orientierten Arbeiter Finnlands keine organisierte legale Partei. Ungeachtet dessen findet die politische Tätigkeit der Arbeiter und kleinen Bauern ihren Ausdruck in zahlreichen Komitees auf dem Lande und in den Städten, Bauernkomitees, Betriebskomitees usw., die von einem gewählten Komitee mit dem Sitz in Helsingfors geleitet werden.

Der Sozialistische Jugendverband, der im Jahre 1923 von der weißgardistischen Regierung zertrümmert wurde, richtete seine Organisation wieder auf und entfaltete eine rege Tätigkeit. Die Regierung erblickte in diesem Verband eine legale Organisation der illegalen KP. Finnlands und begann letztens, die „Liquidierung" dieser Organisation.

Der Arbeiter-Sportklub, gegründet nach dem Bürgerkriege, umfaßt 30 000 Mitglieder, Sozialdemokraten und links orientierte Arbeiter, steht auf dem Standpunkte des Klassenkampfes.

Kommunistische Partei. Gegründet August 1918. Organisatorisch aufgebaut auf den Betriebs-, Dorf- und Soldatenzellen.

Die Partei besitzt auch Fraktionen in den legalen Organisationen. Der Einfluß der KP. ist verhältnismäßig groß. 1925 fand der Parteitag der KPF. statt. Er beurteilte die Lage in Finnland als eine teilweise Stabilisierung des Kapitalismus, stellte jedoch die Zuspitzung der Klassengegensätze, verursacht durch die großen Steuerlasten und Arbeitslosigkeit, Teuerung und Unterdrückungsmaßregeln seitens der Regierung, fest. Der Parteitag verurteilte die rechten und linken Abweichungen, verlangte eine richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik, ferner eine intensive Gewerkschaftsarbeit.

Frankreich

Oberfläche: 550 974 qkm (vor dem Versailler Frieden 536 464 qkm).

Bevölkerung

1911	39 604 992
1921 [1]	39 209 766 [2]
1924	39 310 000

Französische Kolonien

	Oberfläche in 1000 qkm	Bevölkerung in 1000
Algerien	4365 [3]	5 806
Tunis	125	2 094
Marokko	415	5 400
Westafrika einschl. Togo (Mandat)	4852	13 742
Aequatorialafrika und Kamerun	2687	5 846
Madagaskar	582	3 486
Syrien und Libanon (Mandat)	150	3 000
Indische Niederlassungen	0,5	272
Indochina	701	20 068
Amerikanische Kolonien	91	522
Ozeanische Kolonien, Somali und Reunion	63,7	400
Insgesamt:	14 032,2	60 636

Nationalität überwiegend französisch, in Elsaß-Lothringen deutsch. Religion katholisch (Trennung von Kirche und Staat). Republik mit Zweikammernsystem und allgemeinem Wahlrecht. Allgemeine Wehrpflicht.

---

[1] Seit 1921 einschließlich Elsaß-Lothringen. [2] Für 1921 kommen noch 192 970 Soldaten, Seeleute der Kriegs- und Handelsmarine, die zur Zeit der Zählung außerhalb des Landes waren, hinzu.

[3] Davon Nordalgerien 207 900 qkm.

Berufsgliederung 1911

Erwerbszweig	Lohn- u. Gehaltsempfänger männl. in 1000	Lohn- u. Gehaltsempfänger weibl. in 1000	Lohn- u. Gehaltsempfänger Zusammen	Unternehmer[1] männl. in 1000	Unternehmer[1] weibl. in 1000	Unternehmer[1] Zusammen	Erwerbstätige insgesamt in 1000
Landwirtschaft	2 406	891	3 297	2 872	2 346	5 218	8 507
Industrie und Verkehr ...	3 898	1 498	5 396	1 052	1 037	2 089	7 486
Handel..................	610	325	935	608	509	1 117	2 053
Öffentliche Angestellte...	492	183	675	—	—	—	675
Häusliche Dienste........	158	771	929	—	—	—	929
Freie Berufe	273	120	393	122	33	155	548
Seefahrt und Fischer.....	—	—	—	—	—	—	103
Heer und Flotte	—	—	—	—	—	—	618
Zusammen:	7 837	3 788	11 625	4 654	3 925	8 579	20 919

Klassengliederung

Erwerbstätige ohne Ausländer rund[2])	20 000 000
Bourgeoisie, Grundbesitzer, Großbauern	1 500 000
Mittelschichten (Beamte, Bauern, Angestellte)	4 500 000
Proletarische Elemente (Lohnarbeiter, niedere Angestellte, Pächter, Zwergbauern, Handwerker usw.)	14 000 000

Von der Gesamtzahl von 14 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern sind etwa 8 Millionen Industriearbeiter.

Wirtschaft

Die gegenwärtige Lage der französischen Wirtschaft

Der Krieg und die Nachkriegsereignisse haben den Charakter der französischen Wirtschaft grundlegend geändert. Folgende Verschiebungen sind am wichtigsten: 1. die territoriale Vergrößerung der Industriegebiete, vor allem durch die Erwerbung der Metall- und Textilgebiete von Elsaß-Lothringen. 2. Die Vergrößerung und Verbesserung der technischen Ausrüstung (vor allem durch die Einführung der modernsten Maschinen beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete). 3. Schaffung und rapide Erweiterung neuer Industrien (Chemie, Luftschiffahrt, Automobile usw.). 4. Beschleunigte Konzentration der Produktion und des Bankwesens. Auch in der Landwirtschaft haben sich grundlegende Aenderungen vollzogen, vor allem: ständige Verminderung der Anbaufläche, trotz Eindringens der kapitalistischen Produktionsmethoden und der Aktiengesellschaften in die Landwirtschaft. Der Mangel an ländlichen Arbeitskräften und die Landflucht haben sich in den letzten 10 Jahren in „anormaler" Weise verschärft.

[1]) Mit fremder Arbeitskraft und ein Teil der alleinarbeitenden Selbständigen.
[2]) In den letzten vier Jahren (1922—1925) sind nach Frankreich ungefähr 1 Million ausländische Arbeiter eingewandert, so daß jetzt die Zahl der fremden Arbeiter in Frankreich zweiundeinhalb Millionen übertrifft.

Infolge der Inflation und der dadurch ermöglichten niedrigen Löhne vermochte die Exportindustrie auf dem Weltmarkt ihre ausländischen Konkurrenten zu schlagen. Doch ist dies ein vorübergehender Vorteil. Der französische Kapitalismus ist nicht nur für die Rohstoffe der Textilindustrie sowie für das Petroleum vom Auslande abhängig, wie seine europäischen Konkurrenten. Er hängt zum Teil auch für Kohle und insbesondere in der Beschaffung der menschlichen Arbeitskraft vom Auslande ab. Endlich wird er mit der zu erwartenden Stabilisierung des Franken in der Beschaffung eines Teiles der Geldmittel vom angelsächsischen Kapital abhängig werden.

Landwirtschaft

Klassengliederung in der Landwirtschaft[1])

Lohnarbeiter (landwirtschaftliche)	3 300 000
Besitzlose Halbpächter	217 000
Besitzlose Pächter	870 000
Zwergbauern unter 1 ha	2 100 000
Kleinbauern 1—10 ha	2 500 000
Mittelbauern 10—40 ha	800 000
Großbauern 40—100 ha	100 000
Großgrundbesitzer über 100 ha	30 000

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Bebaute Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Bebaute Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Bebaute Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Bebaute Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	6 542	86 919	5 527	79 055	5 512	76 525	5 566	89 561
Roggen	1 176	12 715	879	9 377	889	10 222	880	11 371
Gerste	760	10 438	706	10 232	714	10 462	717	10 655
Hafer	3 979	51 826	3 458	54 790	3 495	44 349	3 501	47 946
Mais	458	3 431	308	3 012	342	4 579	331	5 164
Zuckerrüben	249	59 393	148	32 225	204	57 782	195	47 990
Kartoffeln	1 548	135 860	1 434	95 340	1 463	113 503	1 455	146 546
Wein	1 617	44 337[2])	1 590	57 164[2])	1 459	67 949[2])	1 444	62 767[2])

Viehzucht

Viehstand (in Tausend)

	1913	1922	1923	1924
Pferde	3 291	2 978	2 845	2 829
Rinder	14 807	13 576	13 745	14 025
Schafe	16 213	9 782	9 925	10 172
Schweine	7 048	5 196	5 406	5 802
Ziegen	1 453	1 368	1 352	1 377

---

1) Nach den amtlichen Angaben der Agrarstatistik 1892 und 1911 errechnet.
2) Tausend Hektoliter.

Seit dem Kriege ist die Vieh-Einfuhr nach Frankreich bedeutend gewachsen. (Im Jahresdurchschnitt etwa 1 Million Schafe, hauptsächlich aus Algier, überdies Schweine usw.)

Bergbau. Zahl der beschäftigten Arbeiter 1920 325 000, 1921 340 000, 1925 wahrscheinlich mehr als 500 000, davon 310 000 im Kohlenbergbau.

Produktion

	Kohle Mill. t	Eisenerz Mill. t	Kali 1000 t	Steinsalz 1000 t
1913	41	22	350	—
1918	31	2	592 *)	615
1923	39	23	1577	1145
1924	45	29	1664	1289
1925	48	36	1926	—

Wasserkräfte 1913 900 000 PS, 1925 2,8 Millionen PS ausgebeutet. Noch immer erst ein Viertel der Vorräte.

Industrie

Eisen- und Stahlproduktion (in 1000 Tonnen)

	Gußeisen	Stahl
1910	4038	—
1913	5207	4687
1923	5300	4977
1924	7700	6912
1925	8500	7500

Zahl der Hochöfen im Feuer 1. November 1924 135, 1. November 1925 143. Die Aluminium-Produktion ist stark im Wachsen begriffen.

Die metallverarbeitende Industrie einschließlich der Automobil- und Elektrizitäts-Industrie beschäftigte vor dem Kriege etwa 600 000 Arbeiter. Heute beschäftigt der Verband der Metallindustriellen allein ungefähr 800 000 Arbeiter. Die Automobil-Industrie produzierte 1913 45 000 Wagen, 1924 170 000, 1925 340 000. Nach dem Kriege hat sich die chemische Industrie bedeutend entwickelt, so daß die Einfuhr von Schwefelsäure und Nitraten fast überflüssig geworden ist. Seit 1920 verwendet Frankreich das Haber-Verfahren auf Grund einer Vereinbarung mit den badischen Anilin- und Sodawerken vom 11. November 1919. Die Erzeugung von Farbstoffen und künstlichen Erden sowie von Kunstseide ist bedeutend gewachsen.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie beschäftigt etwa 3 Millionen Arbeiter. Die Produktion der Leinenindustrie sinkt seit dem Kriege ständig. Desgleichen die Seidenindustrie, welche

*) 1919.

gezwungen ist, 95 Prozent ihrer Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen. Das Zentrum der Weberei ist Lyon (175 000 Arbeiter), das Zentrum der Bandweberei Saint-Etienne (80 000 Arbeiter).

Verkehr: Länge der Eisenbahnlinien 53 600 km, schiffbare Wasserstraßen 11 936 km.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Warengruppen (in 1000 Tonnen)

	Einfuhr				Ausfuhr			
	Nahrungsmittel	Rohstoffe	Fertigfabrikate	Zusammen	Nahrungsmittel	Rohstoffe	Fertigfabrikate	Zusammen
1923	5 690	47 702	1 472	54 864	1 313	20 487	3 069	24 869
1924	5 687	49 429	1 475	56 591	1 634	24 102	3 614	29 350
1925	5 118	41 072	1 235	47 426	1 387	24 608	4 190	30 185

Wert in Millionen Franken

	Einfuhr				Ausfuhr			
	Nahrungsmittel	Rohstoffe	Fertigfabrikate	Zusammen	Nahrungsmittel	Rohstoffe	Fertigfabrikate	Zusammen
1923	7 479	20 782	4 354	32 615	3 189	9 349	19 232	31 770
1924	8 938	25 898	5 092	39 928	4 032	10 489	24 883	39 404
1925	9 116	29 462	5 042	43 980	3 626	12 563	26 976	43 165

Der französische Außenhandel hat in den letzten Jahren infolge des Anwachsens der Ausfuhr von Fertigfabrikaten und der Einfuhr von Industrierohstoffen stark zugenommen: Die Handelsbilanz war 1925 bis August aktiv, von da an passiv.

Finanzen

Staatseinnahmen und -ausgaben (in Millionen Franken)

	Ausgaben						Einnahmen
	Verwaltung	Heer u. Flotte	Sonderausgaben	Ausgaben auf Reparationsrechnung	Schuldendienst	Insgesamt	Insgesamt
1913	1 904	1 807	6	—	1 355	5 072	5 091
1919	9 297	18 185	3 387	15 481	7 903	54 253	10 176
1923	5 896	6 540	—	16 455	12 810	41 701	23 495
1924	8 502	5 992	—	14 628	12 765	41 887	27 574
1925*)	9 544	4 691	—	327	18 574	33 136	33 151

*) Vorläufige Zahlen.

Staatsschulden (März 1926)

Innere Schulden

(Millionen Papierfranken)

I. Ewige und langfristige Schulden	Mill. Fr.	II. Kurzfristige Schulden	Mill. Fr.
3% „ewige" Rente	19 750	Obligationen der Nationalverteidigung (5-, 6- u. 10 jährige Serien)	9 900
3% rückzahlbare Rente	2 800	Bons d. Schatzamtes zu 3 u. 5 Jahren	4 300
3½% „ „	10	Bons d. Schatzamt. zu 3, 6 u. 10 Jahr.	12 800
5% Anleihe 1915—16	19 000	Bons d. Schatzamtes zu 10 Jahren	4 800
4% „ 1917	9 000	Kurzfristige Verschreibungen des Crédit National	4 500
4% „ 1918	20 500	Zusammen:	36 300
5% „ 1920	15 700	III. Schwebende Schuld	
6% „ 1920	23 000	Gewöhnliche Schatzbons	2 490
4% „ 1925	6 000	Nationalverteidigungsbons (1 Jahr, 6, 3 und 1 Monat)	45 500
Dauernder (zinsloser) Vorschuß der Bank von Frankreich	200	Neue Vorschüsse der Bank von Frankreich	35 500
Laufende Staatsverpflichtungen (kapitalisiert)	13 000	Verschiedenes (kleine Verbindlichkeit des Schatzamtes)	9 000
Rentenscheine d. Kriegsbeschädigt.	10 000	Zusammen:	92 400
Langfristige Verschreibungen des Crédit National	17 500		
Zusammen:	156 460	Alle Verbindlichkeiten insgesamt:	285 160

Aeußere Schulden

(Millionen Goldfranken)

I. Politische Schulden	Mill. Goldfr.	II. „Handelsschulden"*)	Mill. Goldfr.
An das Schatzamt der Vereinigten Staaten	15 200	An die Vereinigten Staaten	3 570
An das Schatzamt Großbritannien	16 200	An Großbritannien	1 270
		An sonstige Länder	288
	31 400		5 128

Die Gesamtschulden betragen nach dem Kursstand des Frank Anfang April 1926 84 Milliarden Goldfrank, gegenüber 32,5 Milliarden Anfang 1914.

Im Mai 1926 wurde eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich über die Fundierung der Schulden getroffen. Die Handelsschulden wurden mit den politischen zusammengeworfen und ein Zahlungsplan auf 62 Jahre vereinbart, wobei — auf den heutigen Wert diskontiert — Frankreich 53 Prozent von seiner Schuld erlassen wurde. (Siehe unter Interalliierte Schulden im weltpolitischen Teil.)

*) Entstanden überwiegend durch Ueberlassung von in Frankreich befindlichem Heeresgut aller Art an die französische Regierung nach Kriegsende.

Währung. Die Frankentwertung wird aus folgenden Zahlen ersichtlich. Für 100 Frank wurden bezahlt in Dollar:

Parität	Jahresdurchschnitt 1920	1921	1922	1923	1924	1925	April 1925	Aug. 1925	Dez. 1925	Mitte April 1926	Mitte Mai 1926
19,3	7,0	7,5	8,2	6,1	5,2	4,8	5,2	4,7	3,7	3,3	3,00

Politik

Die französische Politik ist seit dem Siege des Linksblocks Mai 1924 durch den Widerspruch zwischen der ökonomischen Herrschaft der Großbourgeoisie und der parlamentarischen Mehrheit des Kleinbürgertums beherrscht. Dieser Widerspruch ist um so schwerer, als sich in den letzten Jahren in Frankreich eine sehr starke Konzentration vollzogen hatte. Bei der Liquidierung der Kriegsschäden wurden der Großbourgeoisie Riesensummen in den Schoß geworfen; die Kleinbürger und Bauern gingen fast leer aus. Beim Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete wurden gewaltige Profite gemacht. Die Inflation proletarisierte große Schichten früherer Rentner, Kleinbürger und Beamten, bereicherte die industrielle Großbourgeoisie. Diese Entwicklung erzeugte große Unzufriedenheit bei den kleinbürgerlichen Wählermassen. Die Wahlen von 1924 ergaben für die Parteien des Linksblocks — Kleinbürgertum und unter kleinbürgerlicher Führung stehender Teil der Arbeiterschaft — eine klare parlamentarische Mehrheit und damit die Regierungsmacht. Das Ministerium Herriot übernahm die Regierung, mit Unterstützung der SFIO., die sich aber unmittelbar nicht an der Regierung beteiligte.

Der Linksblock siegte mit der Plattform:

Keine weitere Inflation!

Keine neuen indirekten Steuern, insbesondere Abschaffung der Umsatzsteuer!

Sanierung der Finanzen durch eine Kapitalabgabe!

Aber die Regierung des Linksblocks war trotz ihrer parlamentarischen Mehrheit unfähig, dieses Finanzprogramm auch nur zum geringsten Teil durchzuführen. Sie scheiterte an der realen ökonomischen Uebermacht der Großbourgeoisie, die sich mit einer parlamentarischen Mehrheit innerhalb des Kapitalismus nicht überwinden läßt.

Das Hauptproblem, mit welchem die rasch wechselnden Regierungen des Linksblocks vergeblich kämpften, war die Finanz- und Valutafrage. Um die Valuta stabilisieren zu können, mußte das Budget ausgeglichen und eine weitere Vermehrung des Banknotenumlaufs vermieden werden. Die Versuche des Linksblocks, sein prinzipielles Programm, die Kapitalabgabe, durchzuführen, scheiterten am Widerstande des Senats, wo die Großbourgeoisie die Mehrheit hat,

an dem geheimen Widerstande des rechten, der Großbourgeoisie am nächsten stehenden Flügels des Linksblocks und am Widerstande der Großbourgeoisie selbst, die bei jedem Versuch einer Verwirklichung des Programms des Linksblocks durch Verkauf von Banknoten gegen ausländische Valuten einen Kurssturz hervorrief (was zugleich dem wirtschaftlichen Interesse der französischen Exportindustrie diente), durch Auf-den-Markt-Werfen der kurzfristigen Bons die Staatskasse in Verlegenheit brachte und die Regierung zur weiteren Emission von Papiergeld im Wege von neuen Anleihen bei der Bank von Frankreich zwang, durch Alarmierung der öffentlichen Meinung durch die von ihr in weitem Maße beherrschte Presse.

So wurde das Ministerium Herriot gestürzt, als der Gouverneur der Notenbank den Rechten verriet, daß die Herriot-Regierung im geheimen den Banknotenumlauf um einige Milliarden erhöhte, daß die Ausweise der Bank gefälscht seien.

In rascher Folge wechselten nunmehr die Regierungen und Finanzminister. Caillaux, der Finanzminister der Regierung Painlevé, fiel infolge einer direkten Intervention von Finally, dem Herrn der Banque de Paris et des Pays-Bas, und das Kabinett Painlevé selbst fiel bald darauf an Steuerfragen. Sein zweiter Finanzminister Loucheur vermochte die Finanzprobleme ebensowenig zu lösen wie Caillaux. Die nunmehr folgende Regierung Briand rutschte immer mehr nach rechts. Das Ministerium Briand ist, obwohl es sich noch dem Scheine nach auf den Linksblock stützt, tatsächlich eine Regierung der Großbourgeoisie.

Diese Tatsache manifestiert sich am deutlichsten in der Durchführung der Finanzreform. Nicht nur wurde kein einziger der Programmpunkte des Linksblocks verwirklicht, sondern die Ausgleichung des Budgets wurde auf gerade entgegengesetzter Grundlage vollzogen. Das Linkskartell hatte Abschaffung der Umsatzsteuer als Programm verkündet; der Ausgleich geschah durch Erhöhung der Umsatzsteuer. Schritt für Schritt wußte die Großbourgeoisie so geschickt zu manövrieren, daß trotz formellen Bestehens einer Majorität des Linksblocks tatsächlich ihr Finanzprogramm verwirklicht wurde.*) In der äußeren Politik (Marokkokrieg, Syrien) stützte sich Briand ohnehin offen auf die Rechtsparteien, d. h. auf die imperialistische Großbourgeoisie.

Aber auch Briand vermochte das Finanzproblem nicht zu lösen. Er verbrauchte bis zu seinem Mitte Juni erfolgten Sturze vier Finanzminister, während die Valuta mit geringen Unterbrechungen weiter ent-

*) Man darf an die französischen parlamentarischen Parteien nicht das Maß der englischen oder deutschen anlegen. Im französischen Parlament gibt es keinen Fraktionszwang bei den Abstimmungen! Mit Ausnahme der Kommunisten haben bei den wichtigsten Abstimmungen über das Finanzgesetz fast alle Fraktionen in drei Gruppen gespalten gestimmt: für, gegen und Stimmenthaltung. Das Fehlen der Fraktionsdisziplin ermöglicht natürlich den Großbanken und Großindustriellen, die Abgeordneten individuell zu korrumpieren.

wertete. Die Bourgeoisie arbeitet bewußt auf eine rechte Regierung, auf eine bürgerliche Diktatur hin.

In der schwierigsten Lage befand und befindet sich die sozialistische Partei. Sie hatte sich am entschiedensten für die Kapitalabgabe und gegen die Umsatzsteuer festgelegt. Aber als reformistische, bürgerliche Partei konnte sie natürlich nicht auf den Vorschlag der KPF eingehen, die Arbeiterschaft für diese Forderungen zu mobilisieren. Während die Führer sich darüber herumstritten, ob sie Ministerposten annehmen sollten oder nicht, wurden sie von Briand — der der Unterstützung der Rechten sicher war — einfach wie tote Hunde behandelt; nicht das notdürftigste Feigenblatt zur Verdeckung ihres Verrates — die Einführung des staatlichen Zucker- und Petroleummonopols — wurde ihnen belassen.

Der Kampf zwischen der parlamentarischen Mehrheit des Kleinbürgertums und der realen ökonomischen Macht der Großbourgeoisie außerhalb des Parlaments endete in der Finanzfrage mit dem vollen Sieg der letzteren. Das Linkskartell mußte Inflation machen, mußte der Kapitalabgabe entsagen, die Umsatzsteuer verdoppeln. Es hat objektiv Bankrott gemacht — was aber bei den eigenartigen Parteiverhältnissen in Frankreich durchaus nicht mit einer Niederlage bei den nächsten Wahlen gleichbedeutend ist.

Die politischen Parteien

A. Der Block der Großbourgeoisie. Dieser Block ist seiner klassenmäßigen Zusammensetzung nach nicht einheitlich. Er umfaßt nicht ausschließlich die Großbourgeoisie, aber auch nicht alle Elemente derselben. Ein Teil des Kleinbürgertums in Industrie, Handel, Beamtentum und der Landwirtschaft gehört hierher, ebenso ein Teil der politisch rückständigen Arbeiterschaft. Auch die wirtschaftlichen Interessen, die die verschiedenen im Block sich befindenden Parteien vertreten, sind widersprechend. Das zeigt die große Zahl der Gruppen und Grüppchen inner- und außerhalb des Parlaments, aber als Kampfblock gegen das Linkskartell, als antiparlamentarischer Block im unerbittlichen Kampfe um die reaktionäre Umgestaltung der Regierung und des Staatsapparats ist der Block einheitlich. Träger dieser Politik ist das Zentrum des Blocks, das sich zusammensetzt aus den hervorragendsten Vertretern der Großindustrie, der Hochfinanz, des Großhandels und der Großgrundbesitzer. Diese führende Gruppe ist im Bergbau, im Hüttenkomitee, in der Textilindustrie, in den großen Eisenbahngesellschaften, Banken, in der Bank von Frankreich, in der Zentrale der landwirtschaftlichen Vereinigungen, in Versicherungsgesellschaften usw. vertreten. Dieselben Leute sind auch im Parlament oder lassen sich dort durch ihre Werkzeuge vertreten. Die wichtigsten unter diesen zahlreichen Gruppen, Parteien und Fraktionen sind:

1. Royalisten. Zentralorgan: „L'Action Française". Führer: Charles Maurras, Leon Daudet. Sie setzen sich in erster Linie zusammen aus dem verarmten Adel und Offizieren und der katholischen „liberalen" Jugend und werden von einigen Großgrundbesitzern, einigen Textilsyndikaten und selbst vom Hüttenkomitee unterstützt. Die Royalisten haben eine disziplinierte Organisation und militärische Gruppen „Les Camelots du Roy". Sie bekämpfen die republikanische Regierung und den Parlamentarismus und verlangen Diktatur durch den König, gestützt auf die Generalstände (Etats Généraux). Bei den Wahlen vom 11. Mai 1924 erhielten die Royalisten etwa 350 000 Stimmen. Derzeit bemühen sie sich vor allem um die Organisierung der Landarbeiter und des Proletariats in den verschiedenen faschistischen Organisationen.

2. L'Action Liberale et Populaire (Demokratische Volkspartei). Dies sind die Katholiken, die sich mit der Republik versöhnt haben, die man im allgemeinen Liberale nennt. In der vorletzten Kammer hatten sie 69 Abgeordnete, die der republikanisch-demokratischen Vereinigung angeschlossen waren. In der gegenwärtigen Kammer haben sie nur 14 Abgeordnete, was aber nicht einen großen Stimmenverlust bedeutet. Ihre Führer sind Balanant, Champerier de Ribes, Paul Simon usw. Die Partei arbeitet stark unter der Bauernschaft. Ihre Propaganda führt sie durch die katholische soziale Studiengesellschaft, die allgemeine Kommission für soziale Wochen und soziale Sekretariate aus. Sie leitet die christlichen Gewerkschaften und hat besonderen Einfluß im Zentralverband der Landwirte-Vereine Frankreichs. Die Partei ist mit der katholischen Föderation von Castelnau verbunden.

3. Die Republikanische Föderation. Sie wurde vor 20 Jahren zum Kampf gegen den Radikalismus gegründet und ist vor allem die Partei der Großgrundbesitzer und der mit den Bergwerken, Eisenbahngesellschaften und Versicherungsgesellschaften in Verbindung stehenden Gruppen. In der früheren Kammer hatte sie 250 Abgeordnete. Sie verfügt über mehr als 300 Zeitungen. Vorsitzender der Partei ist August Isaac (Lyon). In der gegenwärtigen Kammer bildet diese Gruppe die Mehrheit der republikanisch-demokratischen Union, die 104 Abgeordnete zählt. Führer: de Warren, de Wendel, de Maunicault, Oberstleutnant Plichon usw.

4. Die National-Republikanische Liga (Millerand). Sie wurde nach dem erzwungenen Rücktritt Millerands von der Präsidentschaft gegründet und umfaßt die Republikanische Föderation und die Demokratisch-Republikanische Partei (linker industrieller Flügel des alten Nationalblocks); ebenso wie die Liga von Castelnau und die patriotische Liga sind diese Gründungen für die Mobilisierung der Großbourgeoisie gegen das Kleinbürgertum charakteristisch. Alle diese Vereinigungen sind untereinander verbunden.

5. Demokratisch-Republikanische Partei. Diese Partei steht unter dem Kommando des Hüttenkomitees, obwohl ein großer Teil einflußreicher Führer des Hüttenkomitees der Republikanischen Föderation angehört. Das Zentralkomitee dieser Partei besteht aus 250 Mitgliedern, zum größten Teil ehemalige Minister, Senatoren usw. Führer sind André François Poncet, Maginot, Flondin usw. Viele Abgeordnete dieser Partei gehören der republikanisch-demokratischen Linken (Kammerfraktion 40 Mitglieder) an, andere gehören zur Republikanischen Union (104 Mitglieder) und einige zur Gruppe der Linksrepublikaner (38 Mitglieder). In der früheren Kammer hatte die Partei 170 bis 180 Abgeordnete, außerdem hat sie 90 Senatoren. Gegenwärtig hat sie etwa 100 Abgeordnete.

Unter gewissen Vorbehalten kann man sagen, daß diese Partei die Interessen der verarbeitenden Industrie, des Großhandels und einzelner großer Banken vertritt. Politisch laviert sie zwischen den konservativ Rechten und den mit den Radikalen kokettierenden Linken der Bourgeoisie. Die Partei tritt für die republikanisch-nationale Konzentration, d. h. für einen Block ohne Sozialisten und Royalisten ein. Während des Jahres 1925 nahm die Partei aktiv an der ideologischen und praktischen Vorbereitung des Kampfes gegen das Linkskartell teil und erklärte sich offen für Aenderung bzw. Abschaffung des parlamentarischen Systems.

B. Das Linkskartell. Gegen die Koalition der Parteien der Großbourgeoisie, d. h. gegen den „Bloc National" bildete sich Anfang 1924 eine Koalition der kleinbürgerlichen Parteien, das „Linkskartell". Die Mehrheit der Teilnehmer an diesem „Linkskartell" hatte es als ein bloßes vorübergehendes Wahlbündnis gedacht. Nach den Wahlen vom 11. Mai 1924 wurde das „Linkskartell" jedoch eine politisch-parlamentarische Regierungsgruppierung auf längere Sicht. Drei Fraktionen und politische Parteien sind die Hauptbestandteile des Kartells:

1. Radikale und radikal-sozialistische Partei, 139 Abgeordnete, Vorsitzender Herriot.
2. Republikanisch-sozialistische Partei (einschließlich der nationalen Sozialisten), 43 Abgeordnete, Vorsitzender Painlevé.
3. Die Sozialdemokratische Partei (SFIO), 104 Abgeordnete.

Am 11. Mai 1924 erhielt das Linkskartell ungefähr 3,5 Millionen Stimmen gegen ungefähr 3,2 Millionen des „Bloc National". Bei den Gemeinde- und Kreiswahlen im Mai 1925 errangen die Parteien des Linkskartells und vor allem die Sozialisten große Wahlerfolge. Letztere eroberten die wichtigsten Stadtverwaltungen.

Dieser Wahlerfolg erklärt sich daraus, daß die breiten städtischen Massen sowie die kleinen Kaufleute und die Industriellen, die Bauern, die Angestellten und Beamten erbittert waren über die steigende Notlage, die Entwertung des Frank, die wachsenden Steuern und an die Fähigkeit des Kartells glaubten, die kleinen Leute gegen das Großkapital verteidigen zu können. In dem Maße aber, in dem die Volksmassen nach links gehen, entwickeln sich die parlamentarischen Führer des Kartells nach rechts. Sie verzichten vollständig darauf, eine Politik im Interesse der breiten Volksmassen zu führen und vertreten statt dessen tatsächlich die Interessen der Großbourgeoisie. Dies zeigt sich in der Außenpolitik (Krieg in Marokko und Syrien), in der Finanzpolitik (Inflation, Erhöhung der indirekten Steuern usw.), in der Verfolgung der Arbeiterbewegung usw. Infolgedessen verläßt ein Teil der radikalisierten Volksmassen das Kartell, während andererseits der rechte Flügel des Kartells, die Industriellen, Bankiers und verwandte Schichten, vom Kartell zum Bloc National übergeht. Ueberdies bildet sich in jeder der Kartell-Parteien ein rechter und ein linker Flügel. Die Spaltung innerhalb der Parteien geht soweit, daß sie in allen entscheidenden Fragen, vor allem in den Finanzfragen, nicht mehr einheitlich abzustimmen vermögen. Im Senat, der formell eine Kartell-Mehrheit hat, hat sich auf Grund des Ueberganges von zahlreichen Kartell-Senatoren zur Politik der Großbourgeoisie ein faktisches Uebergewicht des Bloc National ergeben. Im folgenden einiges über die einzelnen Parteien.

1. Radikale und Radikal-sozialistische Partei (Herriot). Dies ist die größte Kartell-Partei. Sie verfügt über eine mächtige Organisation im Lande und beherrscht zahlreiche Verbände, Gruppen und Vereinigungen, z. B. die „Ligues Franc-Maçonniques", die Liga der Republik, die Liga der Menschenrechte, die Liga der Gedankenfreiheit usw. Die Partei verfügt über zahlreiche Präfekten, Unterpräfekten und sonstige Beamte, so daß sie jederzeit in der Lage ist, den Regierungsapparat zu besetzen. 1919 hatte die Partei 86 Abgeordnete, gegenwärtig 140. Ihre bekanntesten Führer sind: Milhaud, Daladier, Chautemps, Herriot, Malvy, Delbos, Franklin-Bouillon. Im Senat sind die Parteimitglieder in der „Demokratischen, radikalen und radikal-sozialistischen Linken" (157 Mitglieder) zusammengefaßt.

Die Partei vertritt vor allem die Kleinindustrie, die Kleinkaufmannschaft und das Mittelbauerntum. Doch gibt es in ihr auch zahlreiche großbürgerliche Elemente, vor allem aus Bankkreisen. Ueberdies spielen die Beamten und Intellektuellen eine große Rolle. Die Führer des rechten Flügels sind: Caillaux, Montigny, Franklin-Bouillon. Den linken Flügel, zu dem auch die Jugendorganisation gehört, führt Herriot. Die Gegensätze zwischen beiden Flügeln traten

vor allem hervor in der Stellung zur SFIO, in den Finanzfragen, in der Frage der „Unterstützung" der Kommunisten bei der Nachwahl im zweiten Pariser Bezirk.

2. Die Republikanisch-sozialistische Partei. Sie ist eher eine parlamentarische Clique als eine politische Partei. Sie entstand aus den intellektuellen Renegaten der sozialistischen Bewegung unter der Führung von Briand, Viviani usw. Der gegenwärtige Führer ist Painlevé. Die nationalen Sozialisten (Aubriot, Bronnet, Admiral Jaurés usw.), die 1919 aus der SFIO. austraten, haben sich dieser Partei gleichfalls angeschlossen. Die Partei besitzt im nationalen Maßstab keinen Anhang und keine Organisation. Wirklichen Halt hat sie nur im unteren Seine-Gebiet und in einigen Pariser Bezirken. Sie vertritt die Interessen einiger Gruppen von Beamten und Angestellten und einer kleinen Schicht politisch korrumpierter Arbeiter. Seit dem Kriege hat die Partei die Unterstützung einiger industrieller Firmen. Gleichzeitig macht sie lebhafte Anstrengungen, die Führung der CGT (s. unten) zu beeinflussen, vor allem vermittels der „Republikanischen Liga". Painlevé hat sich wiederholt für „vernünftige, gemäßigte und positiv-konstruktive Gewerkschaftsarbeit" ausgesprochen. Die Partei hat 43 Abgeordnete, darunter Briand und Painlevé. Im Senat ist sie mit den Radikalsozialisten in einer Gruppe vereinigt.

3. Ueber die Sozialdemokraten siehe Arbeiterbewegung.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung

Die CGTU (Confédération Générale de Travail Unitaire). Seit ihrer Gründung hat sich die CGTU immer mehr in der Richtung einer revolutionären Massenorganisation entwickelt, die Reste des französischen Syndikalismus und des Sektierertums zurückgedrängt, ihre Organisation und ihre Arbeitsmethoden verbessert. Der außerordentliche Kongreß in Bourges (November 1923) bezeichnet einen bedeutenden Schritt in dieser Richtung. Auf diesem Kongreß erwies sich, daß der Einfluß der Anarcho-Syndikalisten, die nach ihrer Niederlage in St.-Etienne (1922) eine Fraktion organisiert hatten, bedeutend zurückgegangen war, obgleich alle Gewerkschafter, die mit Frossard aus der KPF ausgetreten waren (Totti, Cazals usw.), sich mit ihnen verbündeten. Folgende Frage wurde mehrere Tage lang diskutiert: Darf eine politische Partei sich mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen? Die Anarcho-Syndikalisten behaupteten, daß dieses Gebiet dem „Syndikalismus" vorbehalten sei, als dessen Alleininhaber sie sich betrachten. In der Erkenntnis ihrer Unfähigkeit, ihren Einfluß in der CGTU wiederzugewinnen, trat ein großer Teil der Anarcho-Syndika-

listen nach dem Kongreß aus und gründete die „Union Fédérative des Syndicats autonomes de France“ (UFSAF — Näheres siehe unten).

Die Industrieverbände, die bisher in der CGTU oppositionell waren (Post, Unterricht usw.), schließen sich der Mehrheit an.

Nach dem Ausschluß von Monatte und Rosmer aus der KPF versuchten diese, eine neue Opposition in der CGTU zu schaffen. Bis vor kurzem hatte diese Gruppe den Buchdruckerverband in der Hand. Bei den letzten Wahlen der Verbandsleitung (Dezember 1925) wurde sie jedoch geschlagen, und die Leitung kam in die Hände der Mehrheit.

Der Pariser Kongreß (August 1925) der CGTU ist der erste, auf dem die gewerkschaftlichen Richtungskämpfe einen sehr kleinen Raum eingenommen haben. Neben der ideologischen Klärung findet eine Aufwärtsentwicklung auf organisatorischem Gebiet und in der Massenarbeit statt. In den Jahren 1923—25 haben sich mehrere Berufsverbände zu Industrieverbänden zusammengeschlossen. Einzelne Zahlstellen, wie der Metallarbeiterverband in Paris, haben sich auf Grundlage der Betriebssektionen an Stelle der bisherigen Wohnorganisation umorganisiert. Auf dem Pariser Kongreß wurde das Vertretungssystem im Sinne der proportionellen Vertretung geändert. Bis dahin hatte jede Zahlstelle eine Stimme, gleichgültig, ob sie 25 oder 10 000 Mitglieder zählte.

Auf dem gleichen Kongreß hat man auf Antrag des Gewerkschaftskartells des Departements der Rhone (Lyon) die Grundsätze einer Reorganisation der CGTU beschlossen. In Zukunft sollen bestehen:

1. Vertikale Organisationen, genannt Industrieverbände, die alle Zahlstellen einer Industrie innerhalb eines Bezirks umfassen.

2. Horizontale Organisationen, genannt Bezirke, die alle Zahlstellen aller Industrien eines Bezirks umfassen. Beide Organisationsformen gelten in nationalem Maßstab.

Im Bezirksmaßstab haben wir 1. die bezirklichen Industrieverbände, die alle Betriebssektionen und Lokalsektionen einer Industrie umfassen. 2. die Lokalkartelle, die alle Lokalsektionen und Betriebssektionen aller Industrien eines Ortes umfassen.

Zweifellos bestehen viele Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieser Organisationsform, aber die Tatsache selbst, daß die Frage zur Diskussion gestellt wurde, beweist das Vorhandensein eines Willens zur Durchführung.

Die CGTU hat gegenwärtig ungefähr 500 000 Mitglieder, weitaus überwiegend Betriebsarbeiter und in sehr geringer Zahl Beamte und Angestellte. Seit März/April 1926 nimmt die Mitgliederzahl langsam zu.

Die CGT (Confédération Générale de Travail). Dies ist die reformistische Organisation, die die Reste der alten CGT nach der Spaltung im Dezember 1921 behalten hat. Nachdem sie jahrelang ein wenig bedeutendes Dasein geführt hatte, gab ihr der Aufschwung der demokratisch-pazifistischen Bewegung im Jahre 1924 bis zu einem ge-

wissen Grade neues Leben. Ihre Verbände wurden offiziell durch die Regierung als Vertretung der Arbeiterinteressen anerkannt, und ihre Führer spielten und spielen noch eine gewisse Rolle in den offiziellen Körperschaften für die Klassenzusammenarbeit (Wirtschaftlicher Rat usw.). Jouhaux ist gegenwärtig Vertreter Frankreichs beim Völkerbund, und er wird bei jeder Regierungskrise vom Präsidenten der Republik gehört. Für viele Angestellte der von den Radikalen und Sozialisten gewonnenen Gemeinden und für viele Staatsbeamte war ihre Mitgliedschaft in der CGT eine sehr gute Empfehlung.

Dies erklärt einerseits das Anwachsen der Mitgliederzahl der CGT in den letzten zwei Jahren bis auf 500 000 (1925 trat die Lehrergewerkschaft, ein äußerst rechter Verband, mit 70 000 Mitgliedern der CGT bei), und andererseits die soziale Zusammensetzung der CGT, deren Mitgliederzahl unter den Betriebsarbeitern geringer, unter den Angestellten, Beamten und ähnlichen Gruppen aber größer ist als die der CGTU.

Mit dem Zusammenbruch der Politik des Linksblocks beginnen die Schwierigkeiten und die Unzufriedenheit in der CGT. Die wachsende Unruhe der Beamten, die Drohung mit dem Poststreik, die kurzen Proteststreiks der Angestellten der Finanzämter und der Postbeamten sind Anzeichen der Schwierigkeiten, die die reformistischen Führer haben, um ihre Mitgliedschaft von Kämpfen, die der Regierung Schwierigkeiten bereiten könnten, zurückzuhalten.

Dies zeigte sich auf den letzten beiden Zusammenkünften des CCN (Comite Confédéral National). Diese bestehen aus den Vorsitzenden der Departements-Organisationen und der Berufsverbände. Die beiden Sitzungen (Januar und April 1926) waren der Schauplatz lebhafter Diskussionen. Sie drehten sich nicht um die Ablehnung der Einheitsfront im Tageskampf durch die Führer der CGT, sondern um ihre Haltung zu verschiedenen aktuellen politischen Fragen (Frank-Stabilisierung, Zusammenarbeit mit der Regierung und der SFIO usw.). Dies erklärt sich aber aus der Zusammensetzung des CCN. In den Massen findet die Frage der Einheitsfront weit mehr Beachtung. Der 1. Mai 1926 wurde an sehr vielen Orten von den beiden Gewerkschaftsrichtungen gemeinsam organisiert. Unter der Leitung des Lokalkartells von Chatellerault wurde ein Organ der Anhänger der internationalen Gewerkschaftseinheit unter dem Namen „Unité" gegründet.

Andere Organisationen

1. UFSAF (Union Fédérative des Syndicats autonomes de France). Der Name dieser Organisation ist größer als die Zahl der Mitglieder. Ueber die Gründung s. oben. Anfangs gehörten ihr eine Reihe von Zahlstellen unter anarcho-syndikalistischer Führung an. Heute ist davon etwa so viel übrig wie von der anarchistischen Internationale in Berlin.

2. Es gibt eine Anzahl selbständiger Verbände, die aus irgendwelchen doktrinären Gründen keiner der beiden Landesorganisationen angehören, aber auf dem Boden des Klassenkampfes stehen (Seeleute von Le Havre, Maurer von Lyon, Musiker von Paris usw.).

3. Der Verband der Staatsbeamten gehört keiner der beiden zentralen Organisationen an, doch gibt er seinen Mitgliedern die Angehörigkeit bei einer der beiden frei. Einer seiner Verbände, die Lehrer, gehört als Ganzes zur CGT. Die Führer dieses Verbandes sind Reformisten, doch gibt es eine sehr starke Opposition unter der Führung von Piquemal, die auf dem Boden der Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit steht. Der Staatsbeamtenverband als Ganzes hat 150 000 bis 200 000 Mitglieder.

Katholische Verbände

Ihre Hauptstärke liegt bei den Angestellten. Sie geben 100 000 bis 125 000 Mitglieder an, was wahrscheinlich übertrieben ist.

Korporationen

Von Royalisten gegründet und geführt. Ihre Mitgliedschaft ist nicht rein proletarisch, sondern gemischt. Die stärkste Korporation ist die der Landarbeiter. Augenblicklich vollzieht sich ein Prozeß der Auflösung der Korporationen in den „Fasci", die bereits einen großen Teil der Mitgliedschaft der Korporationen gewonnen haben.

Unabhängiger Angestelltenverband

Sitz in Bordeaux. Der Führer dieses Verbandes (Portalier) ist ein Reaktionär. Der Verband hat hauptsächlich im Süden Anhängerschaft. Die Zahl seiner Mitglieder ist unbekannt.

Das Problem der Gewerkschaftseinheit

Im Laufe der letzten zwei Jahre hat die Idee der Gewerkschaftseinheit unter den Mitgliedern beider Landesverbände und auch unter den Unorganisierten große Fortschritte gemacht. Es gibt zahlreiche Beispiele, daß bei getrennten Kundgebungen beider Verbände nur wenige Arbeiter anwesend waren, während gemeinsame Kundgebungen unter starker Beteiligung stattfanden. Das zeigt, daß die Frage der Gewerkschaftseinheit aus einer Frage der gewerkschaftlichen Organisationen zu einer Frage der Massen geworden ist.

Auf jedem Kongreß, bei jedem größeren Streik und bei jeder sonstigen Gelegenheit hat die CGTU und ihre Verbände der CGT entweder die Einheitsfront in einer Aktion oder die gemeinsame Arbeit für die Gewerkschaftseinheit vorgeschlagen. Die CGT hat immer abgelehnt. Lokale Verbände der CGT haben manchmal zugesagt und an gemeinsamen Aktionen mitgewirkt, bis es den Führern gelungen war, die Einheitsfront zu zerschlagen. Genaue Zahlen über die Zahl

der Vorschläge und über die Fälle der Verwirklichung der Einheitsfront, die gleichfalls sehr zahlreich sind, kann man nicht geben. Am wichtigsten sind folgende Vorgänge:

1. Die CGTU hat vor dem Kongreß der beiden Landesverbände (August 1925) eine Kampagne für die Gewerkschaftseinheit organisiert, eine Broschüre über diese Parole herausgegeben und 81 Konferenzen im Lande organisiert. Auf Verlangen der CGTU beschloß hierauf der Kongreß der CGT mit 2762 gegen 1500 Stimmen bei 30 Enthaltungen, eine Delegation des gleichzeitig tagenden Kongresses der CGTU anzuhören. Trotz einer sehr demagogischen Rede von Jouhaux erhielten die Vorschläge der CGTU auf dem Kongreß 365 Stimmen von 118 Verbänden gegen 3936 Stimmen von 1627 Verbänden bei 72 Enthaltungen von 23 Verbänden.

2. Trotz eines entgegengesetzten Beschlusses des Kongresses der CGT nahmen 56 Delegierte der CGT und der autonomen Verbände, die mehr als 200 Organisationen vertraten, an der Konferenz für die gewerkschaftliche Einheit am 31. August und 1. September 1925 teil.

3. Ueber die Gründung der Zeitschrift „Unité" siehe oben.

4. Trotz gegenteiligen Beschlusses der Führung der CGT wurden an zahlreichen Orten gemeinsame Maidemonstrationen der CGT und der CGTU veranstaltet.

Die Streikbewegung

Die zwei letzten Jahre sind durch eine lebhafte Bewegung der Arbeiterschaft gekennzeichnet, die sich in einer großen Anzahl von kleinen Streiks äußerte. Die Zahl der großen Streiks ist jedoch nicht sehr groß.

Beamte. Ende 1923 und Anfang 1924 bestand unter den Staatsbeamten eine lebhafte Bewegung für die Forderung eines Grundlohnes von 1800 Frcs. jährlich. Diese Bewegung trug sehr viel zum Wahlsieg des Linksblocks bei. Nach dem Sieg des Blocks wurden die Hoffnungen der Angestellten nicht erfüllt. Doch gelang es den verschiedenen Regierungen, durch Versprechungen, durch eine Abschlagszahlung von 500 Frcs. und durch die Hilfe der Führer der Beamtenorganisationen, den Streik zu vermeiden. Nunmehr aber (Mai 1926) scheint die Geduld der Angestellten erschöpft, wie aus den Demonstrationsstreiks der Finanzbeamten und der Postbeamten und den Streikdrohungen der Postbeamten, Telegraphisten und Telephonisten für Juni, der Streikdrohung der Eisenbahner in Elsaß-Lothringen usw. hervorgeht.

Bergarbeiter. 1924 und 1925 gab es Bewegungen bei Ablauf jedes der vielen provisorischen Tarifverträge, die die Führung immer wieder zur Vermeidung des Streiks im letzten Augenblick abgeschlossen hat. Jedes solches Provisorium bedeutete einen Stillstand oder einen

Rückzug, während die Situation für einen Angriff günstig war. Ein Streikbeschluß für den 27. Juli 1925 bestand im Kohlenbergbau, doch kam es nochmals vor dem Ausbruch zu einem provisorischen Abkommen. Einige reformistische Ortsgruppen führten gleichwohl einen 24stündigen Proteststreik und mißbilligten das Verhalten ihrer Führer.

Streik in Douarnenez. Der Streik der Lebensmittelarbeiter dieses Ortes (Winter 1924/25) ist nicht durch die Zahl der Streikenden (2000 bis 3000 Arbeiter) bedeutsam, sondern durch ihr außerordentliches Elend, ihre unerträglich niedrigen Löhne, ihre prächtige Haltung (die Mehrzahl Frauen) und die faschistischen Angriffe gegen den Streik.

Bankbeamte. Juli/August 1925 streikten mehr als 50 000 Bankbeamte unter folgenden Umständen: spontaner Streikausbruch, die große Mehrzahl der Streikenden war unorganisiert, die Einheitsfront wurde im Kampfe spontan gebildet. Die Leitung des Streikes lag in den Händen der Reformisten, die gegen die Einheitsfront waren und solange mit den Unternehmern und der Regierung zusammenarbeiteten (70 Konferenzen mit dem Minister), bis der Streik zusammenbrach.

Streik vom 12. Oktober 1925. Dies war ein politischer Streik gegen den Marokko-Krieg, für die Räumung des Rif und den sofortigen Frieden. Trotz ungünstiger Situation umfaßte dieser 24stündige Demonstrationsstreik 1 Million Arbeiter, davon ein großer Teil in Paris.

Die ersten Monate des Jahres 1926 sind durch eine Welle von Streiks und Lohnbewegungen charakterisiert, die durch die Inflation und die Teuerung entstanden. Für diese Bewegung ist der Ausbruch vieler kleiner Streiks ohne Anerkennung durch die Gewerkschaften charakteristisch. Die Mehrzahl der Teilnehmer sind Unorganisierte. Der größte Teil der Streiks in den Kleinbetrieben endigte mit Lohnerhöhungen bis 25 Prozent. Die Mehrzahl der Streiks in den Großbetrieben endigte mit moralischen Niederlagen und mit ungenügenden Lohnerhöhungen. Das Mittel der Aussperrung wenden die Unternehmer der Großbetriebe erst an, wenn ein Teil der Arbeiterschaft bereits im Streik steht. Die gewerkschaftlichen Organisationen erkennen jetzt die Notwendigkeit, diese spontane Bewegung zu organisieren. Am 1. Mai gab es Streiks im ganzen Baugewerbe, am 1. April in der ganzen Metallindustrie von Paris. Der Bauarbeiterstreik umfaßte 90 Prozent, der Metallarbeiterstreik 60 Prozent der betreffenden Arbeitergruppen. Seit diesen Streiks wächst die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in den beiden Branchen schnell.

Politische Arbeiterbewegung

Die Sozialistische Partei, welche zur Zeit der Frühjahrswahlen 1924 etwa 50 000 Mitglieder zählte, wuchs bis zum Marseiller Kongreß der Zweiten Internationale auf 108 000 Mitglieder. Es

ist dies eine Folge der starken demokratisch-pazifistischen Welle, die nach dem Wahlsieg des Linksblocks durch das Land ging und als deren energischste Vertreterin die Sozialistische Partei den Massen erschien. Dieser Zuwachs kam größtenteils aus dem radikalen Lager. Der Prozentsatz der kleinbürgerlichen Mitgliedschaft innerhalb der Partei ist dadurch stark gewachsen. Das Zentralorgan der Partei „Le Populaire" erscheint bloß 14tägig. Daneben hat die Partei vier täglich erscheinende Provinzblätter, davon eines in Tunis.

Die Mitgliedschaft der Partei zerfällt faktisch in zwei ganz verschiedenartige Gruppen. Die Organisationen von Haute Vienne, Haut-Rhin, Nord, Saône et Loire, Tarn und Pas de Calais sind überwiegend proletarischen Charakters, obwohl im Funktionärkörper auch dort das Kleinbürgertum überwiegt. In den übrigen Organisationen überwiegt auch in der Mitgliedschaft das Kleinbürgertum. Diese sozialen Gegensätze kreuzen sich mit den Gegensätzen, die aus der geschichtlichen Entwicklung (Kampf zwischen Guesdismus und Jaurèsismus) hervorgehen. In der Partei treten drei politische Richtungen in Erscheinung.

1. Die Rechte (Renaudel, Thomas, Boncour, Auriol). Diese Gruppe war jederzeit konsequente Anhängerin einer Koalition mit dem linken Flügel des Bürgertums.

2. Die alte Guesdistische Linke (Bracke, Longuet, sowie mit Leon Blum), welche im allgemeinen gegen die Koalition, aber für eine Unterstützung einer linksbürgerlichen Regierung ist.

3. Die neue Linke (Maurin), welche Gegner jeder Zusammenarbeit mit dem linken Flügel des Bürgertums, teilweise auch Anhänger der gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten sind.

Unter dem Druck von rechts und links wird die heute noch führende Mittelgruppe in ihrer Stärke immer mehr beeinträchtigt. Die Rechte hat in zahlreichen Departements gemeinsam mit den Radikalen „Kartellkomitees" gegründet und betreibt in diesen eine von der Partei unabhängige Politik, gegen die die Führung nichts unternimmt. Sie haben sich ein Organ in der Wochenschrift „La Vie Socialisté" geschaffen und erklären offen, daß sie die Partei spalten werden, wenn diese mit den Kommunisten zusammengeht. Die Linke hat sich Anfang 1926 im „Comité d'Action Socialiste Révolutionaire" zusammengeschlossen und benützt als ihr Organ die Wochenschrift „L'Etincelle".

Der Kampf der Richtungen seit den Wahlen vom 11. Mai 1924 nahm folgenden Verlauf: Angesichts der Kartellmehrheit siegte zunächst die Politik des Zentrums (Unterstützung der Regierung ohne Teilnahme) auf dem Parteitag in Grenoble über die sehr schwache Linke und über die Rechte, die kaum ein Viertel der Mandate hatte. Die Partei befolgte ein volles Jahr die Politik der bedingungslosen Unterstützung der Regierung Herriot. Als aber nach dem Sturz von Herriot die Regierung Painlevé eine langsame Rechtsentwicklung ein-

leitete, entstand eine Krise in der Partei. Die Partei mußte gegen den Marokko-Krieg Stellung nehmen und auf dem Kongreß von Japy (August 1925) die Regierungsfrage erneut diskutieren. Die Rechte verlangte den Sturz von Painlevé und die Bildung einer Koalitionsregierung, wurde aber durch eine von Blum bis zur äußersten Linken reichende Mehrheit niedergestimmt. Als die Regierung Painlevé eine gewisse Linksschwenkung vornahm, verlangte die Rechte der Sozialistischen Partei auf der Tagung des Nationalrates der Partei, November 1925, erneut die Unterstützung der Regierung. Diesmal ging Blum mit den Rechten, und nur mit verhältnismäßig geringer Mehrheit wurden ihre Vorschläge abgelehnt. Auf dem letzten außerordentlichen Parteitag (Bellevilloise Januar 1926) stellte die Rechte erneut den Antrag auf Regierungsbeteiligung, und diesmal erhielt sie, trotz der Gegnerschaft von Blum, 1300 Stimmen gegen 1600 der Gegner der Regierungsbeteiligung. Auf dem Parteitag in Clermont-Ferrand (Mai 1926) rollte die Rechte die Frage der Regierungsbeteiligung zum fünften Male auf. Diesmal trat aber auch die äußerste Linke mit einer eigenen Resolution auf, während sie bisher stets im Gefolge der Mittelgruppe erschien. Die Rechten haben 683, die Mittelgruppe 2249, die Linken 166 Stimmen auf ihre Resolution vereinigt. Die Krise der Partei verschärft sich zusehends. Gleichzeitig beginnt die Linke immer häufiger, im lokalen Maßstabe die kommunistischen Einheitsfront-Vorschläge anzunehmen.

Auch in der parlamentarischen Politik konnte die Partei seit dem Sturz der Regierung Herriot keine einheitliche Plattform finden. In allen entscheidenden Fragen (Steuerfragen, Kriegskredite, Vertrauensvoten für die Regierung usw.) stimmt die Partei regelmäßig zu einem Teil für, zum anderen gegen die Regierung, während sich ein Teil der Abgeordneten der Stimme enthält. Da die Partei das ganze Schwergewicht ihrer Aktion in das Parlament verlegt, die Gewerkschaften nur äußerst geringe Fühlung mit der Partei haben, die in den Arbeitermassen überhaupt kaum verwurzelt ist, so bedeutet dies praktisch, daß man seit Sommer 1925 von einer Politik der Partei als Ganzes nicht mehr sprechen kann.

Die Kommunistische Partei. Gegen den großbürgerlichen „Bloc National" und den kleinbürgerlichen „Linksblock" beginnt sich ein Arbeiter- und Bauernblock unter Führung der KPF zu bilden. So jung diese Partei ist, hat sie doch eine inhaltsreiche Vergangenheit. Wiederholt stand sie in kritischen Situationen, die ihre Existenz bedrohten. Sie mußte zahlreiche Hindernisse überwinden, beging nicht wenige Fehler, gleichzeitig aber gewann sie eine Menge von Erfahrungen, und heute beginnt die KPF eine große, vielleicht die größte Rolle in den politischen und sozialen Kämpfen Frankreichs zu spielen.

Die Kämpfe um die Klärung innerhalb der Partei, die mit dem Ausschluß Frossards einen vorläufigen Abschluß gefunden hatten,

lebten infolge der Niederlagen einiger wichtiger kommunistischer Parteien im Jahre 1923, sowie infolge der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wieder auf. Diese Schwierigkeiten ausnutzend, begann der damals einflußreichste Führer des ZK, Souvarine, eine Desorganisationsarbeit in reformistischem Sinne, die schließlich seinen Ausschluß nötig machte.

Nach dem Ausschluß von Frossard erfolgte ein starker Zustrom von Mitgliedern aus syndikalistischen und selbst anarcho-syndikalistischen Kreisen. Die Partei war zunächst nicht in der Lage, diese Elemente zu assimilieren. Teilweise kamen sie in die Partei, ohne sich klar zu sein, daß sie die Vorurteile des revolutionären Syndikalismus noch nicht überwunden hatten, und sie versuchten sogar, diese Vorurteile an Stelle und sogar gegen die kommunistischen Grundsätze zu propagieren. Die Partei hat diese Elemente lange geduldet und einen großen Teil von ihnen assimiliert. Einige wenige nur mußte man ausschließen, als sie begannen die Parteidisziplin systematisch zu brechen.

Bis Mitte 1924 hatte die KPF denselben Organisationsaufbau wie die SFIO, die Wohnorganisation.

Das zweite Halbjahr 1924 war vollständig der Propaganda des Gedankens des Betriebszellenaufbaus gewidmet. Eine starke Begeisterung für diesen Gedanken entstand in den Arbeitermassen. Zahlreiche Betriebszellen wurden gegründet. Das proletarische Element erhielt überall das Uebergewicht in der Partei. Der Kongreß von Clichy (Januar 1925) verzeichnete bereits große Fortschritte der Reorganisation und der Mitgliederbewegung. Von 240 Delegierten waren 225 Arbeiter und 15 Intellektuelle.

Ein Teil der Neueingetretenen konnte aus Mangel einer alten führenden Garde in der Partei nicht sogleich voll erfaßt werden und seine Assimilation war schwierig. Man muß weiter sagen, daß die Wiederbelebung der Rechten viele Verluste verursacht hat. Im Sommer 1925 waren die Schwankungen im Mitgliederbestand bedrohlich, doch vermochte man dieser Entwicklung Halt zu gebieten. Im Winter 1925/26 zeigt sich bereits wieder ein Wachsen des Mitgliederbestandes.

Die KPF verfügt bereits über eine gewisse Erfahrung für die Parteiarbeit auf der Grundlage der Betriebszellen. Am 1. September 1925 waren 83 000 Mitglieder (darunter 70 000 regelmäßig zahlende Mitglieder) registriert. Der sozialen Lage nach sind 65 Prozent der Parteimitglieder industrielle Arbeiter einschließlich Eisenbahner. Der Rest besteht aus Beamten, Angestellten, Handwerkern, Kleinbauern usw. Die Mitgliederzahl der Frauen ist äußerst niedrig.

Im Laufe des Jahres 1925 hat die KPF mehrere politische Kampagnen geführt, die gezeitigt haben, daß die Partei die Sympathie der

Arbeitermassen besitzt. Die Kampagnen gegen den Krieg in Marokko und Syrien sowie die allgemeine Haltung der Partei gegenüber diesen Kriegen haben die KPF ideologisch gefestigt und ihren Masseneinfluß erweitert. In enger Zusammenarbeit mit der CGTU konnte die KPF im Laufe von drei Monaten ungefähr zwei Millionen Arbeiter um die Gebietskongresse der Arbeiter und Bauern sammeln. Zu erwähnen ist weiter die Organisierung des 24stündigen Generalstreiks zum Protest gegen den Marokkokrieg am 12. Oktober 1925. Die Partei hat eine unermüdliche Kampagne gegen die allgemeine Politik des Linkskartells und insbesondere gegen seine Finanzpolitik geführt. Gleichzeitig hat sie unaufhörlich den Verrat der SFIO und der CGT vor den Arbeitermassen bloßgestellt. Hierbei hat die KPF nicht unterlassen, die Gefahren des von der Großbourgeoisie organisierten Faschismus klarzulegen und die Massen ihnen gegenüber zur Wachsamkeit und Kampfbereitschaft aufzurufen. Die Partei führt immer energischer Kampagnen zugunsten der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Sie erweist sich als die entschlossenste Verteidigerin der Interessen der Kleinbauern und des städtischen Mittelstandes. Durch dies alles gewinnt die Partei, in dem Maße, als das Fiasko des „Linksblocks" und die Versuche der Großbourgeoisie, die Regierung wieder in die Hand zu nehmen, offenbar werden, neue Positionen und wird zu dem wirklichen Repräsentanten und geistigen Führer eines Arbeiter- und Bauernblocks, der in den kommenden Ereignissen eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt sind indessen die inneren Gefahren in der Partei noch nicht erledigt. Die 6. Tagung der Erweiterten Exekutive hat die Partei insbesondere auf die Gefährlichkeit der rechten Fraktion hingewiesen. Die Partei hatte sich vorher selbst zweimal, auf der Konferenz von Ivry (Oktober 1925) und auf der Konferenz vom 1. und 2. Dezember, mit dieser Gefahr beschäftigt. Auf der letzten Konferenz hat die Partei einige Fehler auf dem Gebiet der Organisationsmethoden in der Frage der Anwendung des demokratischen Zentralismus, in der Einschätzung der allgemeinen politischen Lage, in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften usw. berichtigt. Andererseits kann die Partei, die diese Fehler aus eigenen Kräften überwunden hat, die Desorganisationsarbeit der Rechten nicht untätig mit ansehen.

Die Rechte der KPF besteht aus folgenden Elementen:

1. Aus halbkommunistischen Elementen, die sich noch nicht von allen sozialdemokratischen Anschauungen, z. B. in der Frage des Parteiaufbaus, der Kolonialfrage, der nationalen Frage, der Einheitsfront usw. losgemacht haben.

2. Aus solchen Elementen, die noch Anschauungen des revolutionären Syndikalismus vertreten, d. h. den revolutionären Syndikalismus

für eine mit dem Leninismus gleichberechtigte, ja, ihm sogar überlegene Theorie ansehen. Diese Elemente verkennen vollständig die Rolle der Kommunistischen Partei.

3. Aus Elementen, die mit einzelnen Handlungen und einzelnen Fehlern der Parteiführung unzufrieden sind.

Die halbsozialdemokratischen Elemente besaßen ihr Organ in dem von Souvarine herausgegebenen Blatt „Bulletin Communiste", das nach der Erweiterten Exekutive sein Erscheinen einstellte. Die syndikalistischen Elemente haben ihren Mittelpunkt in dem Kreis, der an der von Rosmer und Monatte herausgegebenen „Revolution Proletarienne" mitarbeitet. Beide Gruppen sind einig in ihrem Kampf gegen die Betriebszellenorganisation, in ihrer Sabotage der Mitgliederwerbung, in ihren Angriffen gegen die Beschlüsse der Weltkongresse und der französischen Parteikongresse. Die Partei ist entschlossen, mit Unterstützung der Komintern die rechten Gefahren schnell und energisch zu beseitigen, indem sie den ehrlichen Parteimitgliedern, die der Rechten anhängen, die Verfehltheit der Auffassungen der Rechten und ihre Rolle als Instrumente in der Hand skrupelloser Karrieremacher, die seit langem aus der Partei ausgeschlossen sind, zeigt.

Durch die politische Lage ist die KPF gegenwärtig vor außerordentlich große Aufgaben gestellt. Sie muß die arbeitenden Massen in den Kampf zwischen Großbourgeoisie und Kleinbürgertum eingreifen lassen, so daß das Resultat dieses Kampfes ein Sieg der Arbeiterklasse ist. Man kann hoffen, daß sie diesen Aufgaben gewachsen sein wird.

Französische Kolonien

Die französischen Kolonien mit ihrem Gebiet von fast zwölf Millionen qkm, und mit einer Bevölkerung von mehr als 60 Millionen bilden eine mächtige Reserve für den französischen Imperialismus. Sie liefern Arbeitskraft und Soldaten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der Handel mit den Kolonien betrug 1913: 11,6, 1924: 11,4, 1925: 12,3 Prozent des französischen Außenhandels. Die nordafrikanischen Gebiete bilden bereits mit dem Mutterlande eine geschlossene Wirtschaftseinheit.

Handelsverkehr mit den Kolonien (1925)

	Einfuhr nach Frankreich	Ausfuhr aus Frankreich
	Millionen Frank	
Nordafrika	2203	4308
Andere Kolonien	2377	2147



Das französische Kolonialreich in Afrika

Nordafrika

Algerien

Oberfläche: 4 365 000 qkm; davon Nordalgerien 20 7900 qkm, Bevölkerung (1921): 5 806 090. Darunter etwa 600 000 Europäer. (400 000 Franzosen).

Kolonie unter Generalgouverneur mit rein konsultativem Gouvernementsrat. Alle Eingeborenen über 25 Jahre, die im Krieg gedient haben, Grundbesitzer oder Pächter, des Schreibens kundig oder im Besitze einer französischen Auszeichnung sind, haben französische Bürgerrechte und wählen in das französische Parlament.

Wirtschaft

An der Küste sehr fruchtbar, modern bewirtschafteter Boden in geringer Ausdehnung, Besitzer Europäer. Sonst ist Nordalgier gebirgig und nur zur Viehzucht geeignet.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	1149	10 280	1281	9 905	1413	4669	1473	10 970
Gerste	1370	11 518	1178	10 215	1278	4072	1342	10 447
Hafer	212	2 469	243	2 794	252	1326	264	2 339

Jährlich werden etwa 8 Millionen hl Wein, 250 000 dz Olivenöl und 150 000 dz Tabak produziert. Obstbau bedeutend, Mandarinen exportierenden Länder. Die Zahl der Dattelpalmen wird auf 6 Millionen geschätzt.

4 Millionen ha Waldbestand. Neben Spanien das wichtigste Kork produzierende Land.

Viehstand: (1923): 195 000 Pferde, 174 000 Maulesel, 269 000 Esel, 1 022 000 Rinder, 8 991 000 Schafe, 3 768 000 Ziegen.

Bergbau: Phosphatproduktion 1924: 2,4 Millionen Tonnen. Ausfuhr 1924: Eisenerz 1 600 000, Bleierz 22 000, Zinkerz 60 000 Tonnen.

Verkehr: Länge der Eisenbahnlinien 3968 km.

Außenhandel:

(in Millionen Franken)

	1913	1923	1924
Einfuhr	565	2545	2794
Ausfuhr	500	1852	1990

Haupteinfuhrartikel: Zucker, Petroleum, Papier, Bekleidungswaren. Hauptausfuhrartikel: Schafe, Rohseide, Eier, Weizen, Tabak, Wein. 1923: 945 600, 1924: 822 600 dz Wolle ausgeführt.

Finanzen. Weitgehende Budgetgemeinschaft mit Frankreich. Kriegsausgaben figurieren im französischen Budget.

Einnahmen und Ausgaben.

(in Millionen Franken)

	1922	1923	1924	1925
Einnahmen	604,7	478,8	595,5	519,8
Ausgaben	604,4	478,6	595,3	519,8

Tunesien

Oberfläche: 125 130 qkm. Bevölkerung (1921) 2 093 939, darunter 60 000 Franzosen und 100 000 Italiener.

Formell selbständiges Sultanat; in Wirklichkeit steht das Land unter der Herrschaft des vom französischen Außenminister ernannten Ministerresidenten und eines ernannten Ministeriums aus acht Franzosen und drei Eingeborenen.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Das günstige Acker- und Weideland ist meist in den Händen europäischer Ansiedler.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	615	2220	650	2700	448	1410	610	2700
Gerste	556	2050	451	2500	280	550	505	1520
Wein	18	300 *)	27	781 *)	28	839 *)	25	904 *)

Bau von Südfrüchten (Zitronen, Orangen usw.), ferner Korkeichen im Norden. 15 Millionen Olivenbäume, 2,2 Millionen Dattelpalmen; 1 Millionen ha. Waldgebiet.

Viehstand 1924: 71 497 Pferde, 122 425 Esel, 31 524 Maulesel, 382 845 Rinder, 1 378 835 Schafe, 797 246 Ziegen, 112 697 Kamele, 13 916 Schweine.

Bergbau: Produktion 1925 (in Klammer 1924): Phosphat 2 691 000 (2 862 000), Eisenerz 723 000 (771 000), Bleierz 36 863 (39 923), Zinkerz 18 656 (19 997) Tonnen.

Industrie: Vor allem die einheimischen Industrien: Spinnerei und Wollweberei (Teppiche), Sattlerei, Töpferei.

Verkehr: Eisenbahnlinien 2500 km.

Außenhandel

(in Millionen Franken)

	1913	1922	1923	1924
Einfuhr	144	856	817	928
Ausfuhr	179	445	554	582

Hauptverkehrsland: Frankreich.

Finanzen: Staatsausgaben 1924 254 Millionen Franken. Staatsschulden Ende 1923 480 Millionen Frank.

Politik und Arbeiterbewegung

In Algier und Tunis ist das politische Leben recht wenig entwickelt. In Tunesien besteht eine Nationale Partei, die von der Regierung stark verfolgt wird. In Algerien ist die nationale Bewegung schwächer.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind schwach. Es sind Organisationen, die mit der CGT oder mit der

*) 1000 hl.

CGTU in Verbindung stehen, und unabhängige Gewerkschaften. In den ersten sind meistens weiße Arbeiter, in den letzten Eingeborene organisiert. Von den letzten ist die bedeutendste die CGT von Tunesien, die auf dem Standpunkte des Klassenkampfes steht und etwa 6000 Mitglieder zählt.

Die Sozialdemokraten haben kleinere Organisationen mit ausschließlich weißen Mitgliedern. Die Kommunistische Partei ist in Algerien legal, in Tunis und Marokko infolge der starken Verfolgungen hauptsächlich zu illegaler Arbeit gezwungen. Die kommunistischen Organisationen sind klein, ihr Einfluß in der Bevölkerung aber nicht unbedeutend. Die KP-Mitgliedschaft setzt sich aus weißen sowie eingeborenen Arbeitern zusammen.

Marokko

Oberfläche der französischen Zone 415 000 qkm. Bevölkerung schätzungsweise 5 400 000, nicht einheimische 73 200, darunter 20 857 Franzosen, 8536 Spanier, 7363 Italiener (spanische Zone siehe bei Spanien).

Protektorat unter einer Nationaldynastie. Regierender Sultan absolutistisch, aber verpflichtet, den „Rat" des französischen Generalresidenten zu befolgen.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Zum größten Teil sehr primitiv bei guten Bodenverhältnissen.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1909/13		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen ..	628	5077	910	5457	996	7 800	1030	5737
Gerste ..	797	6998	1134	7701	1263	11 600	1360	8560

2,2 Millionen Olivenbäume (Olivenölproduktion 1925 70 000 dz), 2,9 Millionen Feigenbäume. Bedeutender Obstbau. Große Möglichkeiten der Baumwollproduktion; 1,5 Millionen ha Waldgebiet.

Viehstand (1922): 8 214 585 Schafe, 2 646 005 Ziegen, 1 840 209 Rinder, 536 268 Esel, 240 409 Pferde und Maultiere, 113 693 Kamele.

Wollausfuhr: 1923 5883, 1924 7929, 1925 6833 Tonnen.

Bergbau: Reiche Mineralschätze: Kupfer, Eisenerz, Blei, Antimon, Schwefel. Vorläufig hat aber nur die Phosphatproduktion eine Bedeutung. 1924 430 000 Tonnen Phosphat produziert.

Verkehr: Eisenbahnlinien 1344 km.

Außenhandel:

(in Millionen Franken)

	1913	1923	1924
Einfuhr	181	779	925
Ausfuhr........	40	272	622

Haupthandelsländer: Frankreich, Algerien, Großbritannien, Spanien.

Haupteinfuhrartikel: Baumwollwaren, Zucker, Maschinen, Stahlwaren.

Hauptausfuhrartikel: Lebensmittel, Südfrüchte, Getreide, Schafwolle.

Finanzen. Staatsausgaben 1923 300 Millionen Franken. Staatsschuld 1922 706 Millionen Franken.

Politik

Das Eindringen des Kapitalismus zerstört die alten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Kolonisationspolitik nimmt den Eingeborenen den Boden. Diese wirtschaftliche und soziale Umwälzung ist die Quelle der Unzufriedenheit, die zum Aufstand der Rifeinwohner und zu dem blutigen Kolonialkrieg geführt hat, der seit Anfang 1925 ununterbrochen andauert. Das Rifgebiet (28 000 qkm) hat ungefähr 800 000 Einwohner, die durch die spanische Verwaltung nur wenig oder gar nicht erfaßt wurden. Die Rifleute und ihr Führer, Abd el Krim, sind von der französischen Regierung jahrelang gegenüber den Spaniern unterstützt worden, um dadurch auf die spanische Regierung einen Druck auszuüben und ihr Einflußgebiet nach Norden auszubreiten. Abd el Krim hat gegen die spanischen Truppen bedeutende Erfolge erreicht und wurde allmählich auch für Frankreich gefährlich. Infolgedessen schlossen die französische und spanische Regierung ein Abkommen und unternahmen im Sommer 1925 eine gemeinsame Offensive gegen den Rif. Die Truppen Abd el Krims wurden zurückgedrängt, aber nicht besiegt. April 1926 gingen die Regierung von Paris und Madrid auf Friedensverhandlungen ein, bereiteten aber inzwischen eine neue Offensive vor, die im Frühjahr 1926 zur Unterwerfung Abd el Krims führte. Doch ist der Widerstand der Rifstämme noch immer nicht endgültig gebrochen.

Französisch-Westafrika

umfaßt folgende Kolonien:

Name	Fläche 1000 Quadratkilometer	Bevölkerung (1924)	Davon Weiße
Senegal	192	1 266 000	2751
Guinea	242	2 026 000	1885
Elfenbeinküste	315	1 302 000	1053
Dahomey	107	975 000	824
Franz.-Sudan	1672	2 562 000	1255
Haute-Volta	320	3 015 000	331
Mauretanien	670	285 000	199
Niger-Territorium	1282	1 149 000	269
Zusammen	4800	12 580 000	8567

Das Gebiet ist nur zum kleineren Teil der französischen Macht tatsächlich unterworfen. Die Sahara mit einer Oberfläche von etwa 2,4 Millionen Quadratkilometer ist zum größten Teil unkultiviert und

unbesiedelt. Zentralverwaltung unter einem Generalgouverneur. Eingeborene Bevölkerung: Neger.

Wirtschaft: Die Küstengebiete werden auf koloniale Produkte ausgebeutet, von planmäßiger Produktion kann nur in kleinen Teilen die Rede sein, das Landesinnere ist wirtschaftlich unerschlossen und zum großen Teile auch zur Ausnutzung nicht geeignet. Für die Produktion von Pflanzenölen und den Baumwollbau sind große Möglichkeiten vorhanden.

Außenhandel (in Millionen Franken):

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1923	1924	1925	1923	1924	1925
Senegal	323	478	698	280	386	579
Guinea	58	107	103	35	49	53
Elfenbeinküste	56	77	103	63	112	115
Dahomey	63	83	111	56	100	126
Sudan	31	52	—	4	5	—
Haute Volta	12	5	—	8	12	—
	543	802	—	446	664	—

Hauptausfuhrartikel: Erdnüsse, Mandeln, Palmenöl, Gummi arabicum, Häute.

Andere afrikanische Besitzungen

Französisch-Aequatorial-Afrika

Küstengebiet zwischen ehemals Deutsch-Kamerun und Belgisch-Kongo. Gebietsteile:

	Fläche 1000 qkm	Bevölkerung
Gabun	275	388 778
Mittelkongo	240	581 143
Ubangi-Schari	493	604 644
Tsad	1248	1 271 371
	2256	2 845 936

Das Land ist wirtschaftlich noch sehr wenig erschlossen. Hauptausfuhrwaren: wilder Kautschuk, Palmenöl.

Kamerun

Ehemals deutsche Kolonie, zum größeren Teil französisches Völkerbundsmandat; 431 320 qkm mit 3 Millionen Einwohnern. Hauptprodukte: Palmenöl, Kaffee, Tabak, Elfenbein. Das Innere des Landes ist noch wenig erschlossen.

Togo

Ehemals deutsche Kolonie, Mandat des Völkerbundes, geteilt zwischen England und Frankreich. Französisches Gebiet 52 000 qkm,

Bevölkerung 672 887. Ackerbau und Viehzucht wird von den Eingeborenen auf weiten Strecken betrieben. Ausfuhrwaren: Kautschuk, Kokosnüsse, Palmenöl, Kapok, Baumwolle, ferner Eisenerz.

Somaliland

An der Ostküste Afrikas und der Grenze Abessiniens gelegen, 22 000 qkm mit 64 794 Einwohnern, meist Somalis. Hauptausfuhrartikel: Kaffee, Elfenbein, Häute und Leder, ferner Durchfuhr aus Abessinien.

Madagaskar

Protektorat unter Generalgouverneur. Oberfläche der Insel 582 180 qkm mit 3 485 959 Einwohnern, davon 19 359 Europäer. (Zu Madagaskar gehörige kleinere Inseln: Komorenarchipel und Mayotte mit 2169 qkm und 112 000 Einwohnern.) Ohne selbständige parlamentarische Vertretung oder Verwaltung, unter starker Heranziehung Eingeborener zu subalternen Beamtenstellen.

W i r t s c h a f t : Stark entwickelte Landwirtschaft.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1914		1923		1924	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Mais	59	1252	82	1 215	80	1 000
Reis	410	6456	520	10 400	520	11 000
Zuckerrohr	5,7	401	13,3	—	14	3 500

Ferner Kaffee, Baumwolle, Kakao, Vanille, Tabak. Ausgedehnte Gummiplantagen und Seidenraupenzucht. Viehstand (1923): 7 366 516 Rinder, 3372 Pferde, 110 114 Schafe, 313 999 Schweine. Viehzucht wird vor allem von den Eingeborenen betrieben. Im Anschluß an die Landwirtschaft bestehen zahlreiche industrielle Betriebe, wie Fleisch-Konservierungsanstalten, Zuckerfabriken, Reiswerke, Seidenfabriken, Strohhutfabriken usw.

B e r g b a u : Gold, Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Antimon, Manganerz, Nickel, Schwefel und vor allem Graphit werden in ansehnlichen Mengen gewonnen. Die Kolonie ist wirtschaftlich eine der wichtigsten für Frankreich.

A u ß e n h a n d e l :

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge 1000 to	Wert Millionen Frank	Menge 1000 to	Wert Millionen Frank
1913	56	47	123	56
1923	83	210	234	192
1924	90	259	302	388

Hauptausfuhrwaren neben Gold in Barren: Vieh, Häute, Reis.

Réunion

2500 qkm mit (1921) 173 190 Einwohnern, vorwiegend Europäern. Selbstverwaltungskolonie mit Vertretung im Pariser Parlament durch einen Senator und zwei Deputierte. Ausgedehnte Plantagenwirtschaft. Zuckerrohr, Kaffee, Manioka. Ferner auch sehr ausgedehnte Wälder. Ausfuhrartikel: Rum, Zucker.

Im indischen Ozean liegen noch die wirtschaftlich bedeutungslosen Inseln St. Paul und Amsterdaminseln, ferner Kerguelen.

Asiatische Besitzungen

Indochina

Zusammengesetzt aus folgenden Kolonien und Protektoraten:

	Oberfläche 1000 qkm	Bevölkerung
a) Kolonien: Cochinchina	56	3 978 899
b) Protektorate: Annam	150	5 731 189
Kambodscha	175	2 449 771
Tonking	105	6 850 453
c) Sonstige Gebiete: Loas	214	850 000
Kwang-Tschau-Wang	0,8	207 449
Insgesamt	700,8	20 067 761

Zwei Drittel der Bevölkerung Annamiten. Europäische Bevölkerung 1922: 17 447.

Zentralverwaltung durch einen Generalgouverneur, dessen Herrschaft praktisch unbeschränkt ist.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Reis ist das wichtigste Produkt. Mit Reis bebaut: 1900 1 200 000, 1920 1 900 000 ha. Der Reisertrag ist die Grundlage für die landwirtschaftliche Besteuerung, infolgedessen wird ein großer Teil des Ertrages verheimlicht. Auf Grund ausgedehnter Untersuchungen wurde festgestellt, daß der Jahresverbrauch von Rohreis pro Kopf der Bevölkerung auf 167 kg geschätzt werden kann. Die Rohreisproduktion wird für 1923 auf Grund von Verbrauchsschätzungen und der Ausfuhrdaten auf 73 Millionen dz geschätzt, das ist bedeutend mehr als die hier folgenden Angaben des römischen Agrarinstituts:

Reisproduktion

	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Durchschn. 1909—13	3460	53 880
1924	4760	57 750
1925	5072	57 620

Kautschuk

1922	32 291 ha	8 121 850 Bäume
1924	34 775 ha	8 441 450 Bäume

Mit Zuckerrohr waren 1922 6721, 1925 8000 ha bebaut.

Außerdem verschiedene subtropische und tropische landwirtschaftliche Produkte: Mais, Tabak, Kokos, Pfeffer, Bananen, Bambus, Kaffee, Tee. — Die Baumwollproduktion und Seidenraupenzucht sind besonders hervorzuheben.

Bergbau: Reichliche Bergbauschätze. Produktion (in Tonnen):

	1923	1924
Kohle	1 056 921	1 235 880
Zink und Blei	30 528	42 482
Zinn.	677	852

Kohlenausfuhr nach China, Hong-Kong und Japan.

Industrie: Erste Ansätze der industriellen Entwicklung (Textilindustrie).

Verkehr: Eisenbahnen 1923 2059 km.

Außenhandel

(in Millionen Franken)

	1922	1923	1924
Einfuhr	839	1094	1389
Ausfuhr	1112	1155	1772

Reis ist die wichtigste Ausfuhrware.

Finanzen: Es gibt ein Gesamtbudget für Indochina, außerdem haben die einzelnen Staaten ihre eigenen Budgets.

Ausgaben des Gesamtbudgets: 1922 59, 1923 60, 1924 62, 1925 65 Millionen Piaster (1 Piaster = 1 sh).

Politik

Politisches Leben unentwickelt. In den letzten Jahren hat die Herausbildung einer nationalrevolutionären Bewegung unter dem Einfluß der chinesischen Revolution große Fortschritte gemacht. Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung und Kommunistischen Partei sind vorhanden.

Vorderindische Besitzungen

Meist nur einzelne Niederlassungen, Reste des ehemals sehr großen französischen Besitzes in Vorderindien. Wichtigster Ort Pondichéry. Gesamtfläche 508 qkm, 272 427 Einwohner. Die Kolonien haben vor allem als Stapelplätze und Industriezentren Bedeutung. Produkte: Reis, Zucker, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Baumwoll- und Jutespinnerei.

Australische Besitzungen

Neukaledonien: Ursprünglich Sträflingskolonie. Oberfläche: 19 823 qkm, 50 608 Einwohner (1921), davon 14 172 freie Europäer und 5671 in Gefangenschaft, der Rest Melanesier. Landwirtschaft und Viehzucht wird auf der Hälfte der Gesamtfläche betrieben, der Rest ist gebirgig und zur Kultur nicht geeignet. Haupterzeugnisse: Kaffee,

Kopra, Baumwolle, Mais, Bananen, Tabak, Granatäpfel. Viehstand 200 000 Rinder und 25 000 Schafe. Ausgedehnter Bergbau und Hüttenindustrie (Chrom-, Mangan-, Nickelerz). Als Ausfuhrartikel kommen neben den genannten noch Gummi und Guano in Betracht. Zu Neukaledonien gehören noch folgende kleine Inseln: Pins, Loyalty, Chesterfield (Huon) und der Wallis-Archipel.

Neue Hebriden: Kolonien unter gemeinsamer Verwaltung mit England.

Amerikanische Besitzungen

Guadeloupe: Kolonie mit teilweiser Selbstverwaltung. Gesamtfläche einschließlich der fünf zugehörigen kleinen Inseln 1780 qkm. Bevölkerung 229 839. Hauptausfuhrartikel: Zucker, Rum, Kakao, Vanille, ferner Bananen, Tabak.

Guayana: Kolonie mit beschränkter Selbstverwaltung und Vertretung im französischen Parlament. Oberfläche 88 240 qkm mit 44 202 Einwohnern ohne Militär und Sträflinge. Wichtige Produkte der Landwirtschaft sind: Reis, Mais, Kakao, Kaffee, Indigo, Tabak, alles in geringem Umfange. Ausgedehnte Wälder mit wertvollen Hölzern. Wichtigste Einnahmequelle: Goldgruben, ferner Silber, Eisen, Phosphate.

Martinique: Kolonie mit beschränkter Selbstverwaltung und Vertretung im französischen Parlament. 987 qkm mit 244 439 Einwohnern. Haupterzeugnisse: Zucker, Rum, Kakao, Kaffee, Gummi, Baumwolle. Gut entwickelte landwirtschaftliche Industrie.

St. Pierre und Miquelon: Zwei Inselgruppen mit Gesamtfläche von 242 qkm und 3918 Einwohnern. Ohne wirtschaftliche Bedeutung.

Syrien

Oberfläche ungefähr 160 000 qkm, Bevölkerung auf 3 000 000 geschätzt. Städte Aleppo (140 000 Einwohner) und Damaskus (170 000). Von der angesiedelten Bevölkerung befassen sich 65 bis 70 Prozent mit Landwirtschaft, 15 bis 18 Prozent mit städtischem Gewerbe und zehn Prozent mit Handel. Ein Viertel der Bevölkerung sind nomadisierende Beduinen.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Syrien ist hauptsächlich ein Ackerbau- und Viehzuchtland. Nur etwa zehn Prozent der Gesamtfläche sind aber bisher bebaut. Weizenernte 1924: 1 810 000 dz; dazu Gerste, Durra, Mais, Tabak, Hanf, Zuckerrohr in beschränktem Maße, sehr viel Oliven, Orangen, Wein. Bedeutende Weizenausfuhr in Zukunft möglich.

60 Prozent des gesamten Bodens sind in den Händen der Großgrundbesitzer. Sehr verbreitet ist Naturalpacht. Die arabischen Fellachen sind gezwungen, dem Bodenbesitzer ein Sechstel bis die

Hälfte der Ernte abzugeben. Es gibt in Syrien gegen 700 000 landlose Kleinpächter und Bauern.

Bergbau: Syrien ist dem Anschein nach nicht besonders mineralreich, allerdings aber auch noch ganz ungenügend erforscht. Eisen wurde von alters her im Libanon gewonnen; ziemlich reiche Braunkohlenvorkommen im Süd-Libanon. Spuren von Petroleum an verschiedenen Stellen, aber bisher erfolglose Ausbeutungsversuche.

Die Industrie trägt überwiegend den Charakter des Hausgewerbes. Nur in Damaskus, Aleppo und Beirut finden sich vereinzelte kleine Fabriken und Betriebe bis zu 300 Arbeitern. Im großen und ganzen beschäftigen von den 100 bis 120 Industrieunternehmungen in Syrien 80 Prozent nicht mehr als durchschnittlich 20 bis 30 Arbeiter. Die ganze größere Industrie ist fast ausschließlich in den Händen des europäischen und überwiegend des französischen Kapitals.

Verkehr: Länge der Eisenbahnlinien 1664 km. Im Norden des Landes wird ein Teil der Bagdadbahn von einer französischen Gesellschaft betrieben. Wichtige Linien sind noch: Aleppo—Damaskus sowie Beirut—Damaskus. Nebem dem Eisenbahnverkehr entwickelt sich ein lebhafter Kraftwagenverkehr, insbesondere im Norden des Landes. — Haupthäfen: Beirut und Alexandrette.

Außenhandel (in Millionen Frank)

	Einfuhr	Ausfuhr
1922	526	114
1923	560	247
1924	797	340

Hauptausfuhrwaren: Rohseide, Schafe, Rindvieh, Wolle, Früchte, Tabak.

Finanzen: Staatsausgaben 1924 3,1 Millionen syrische Pfund (ein Pfund = 20 Franks).

Politik

Die französische Politik in Syrien bestand in der Zerstückelung in kleinere Gebiete, um die einzelnen Gebiete gegeneinander, und insbesondere die katholische Bevölkerung gegen die Mohammedaner ausspielen zu können. Sie stützte sich vor allem auf die katholischen Maroniten im Libanon. Es wurden folgende Staaten gebildet: Großlibanon (etwa 700 000 Einwohner), Aleppo, Damaskus (die beiden letzten wurden vom General Sarrail vereinigt), das Territorium der Alawiten (etwa 400 000 Einwohner) und, angrenzend an Transjordanien, im Hauran der Dschebel-Drus (etwa 100 000 Einwohner mit einer primitiven, patriarchalischen Naturalwirtschaft).

Alle Gesellschaftsschichten des Landes, mit Ausnahme einzelner Gruppen korrumpierter feudaler Grundbesitzer sind mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage unzufrieden. Diese Unzufriedenheit ist während der Herrschaft des Generals Sarrail, der von der französischen Kartellregierung an Stelle des Generals Weygand als Oberkommissar eingesetzt wurde, nur noch gewachsen und hat in der zweiten Hälfte 1925 zu einem großen Aufstand geführt.

Die anfangs isolierte Bewegung des Dschebel-Drus ist binnen einem Vierteljahr zu einer nationalen Erhebung geworden. Außer dem Dschebel-Drus sind Damaskus, Homs, Aleppo und Hasbay (im Libanon) die wichtigsten Zentren des Aufstandes. Wenngleich gegenwärtig sämtliche Parteiströmungen der arabischen Bevölkerung einmütig die Forderung nach der Unabhängigkeit Syriens erheben, gibt doch jede soziale Gruppe dieser Losung ihren eigenen Klasseninhalt. Die großen Grundbesitzer und Händler betrachten den bewaffneten Kampf als das äußerste Druckmittel gegen die Franzosen, um sie zu etwa folgenden Zugeständnissen zu zwingen:

1. Anerkennung der äußerlich unabhängigen, in Wirklichkeit aber den französischen Behörden untergeordneten nationalen Regierung;

2. finanzielle Unterstützung durch das französische Kapital zum wirtschaftlichen Aufbau Syriens;

3. Beteiligung der nationalen Regierung, d. h. der syrischen Großbourgeoisie an der Ausbeutung der in französischen Händen sich befindlichen Konzessionen. Diese Gruppe hat eine vorläufige revolutionäre Regierung in Chaima mit den Großgrundbesitzern Nassib-Bey-Bakri und Ramadan-Pascha-Ibn-Schalasch an der Spitze (nach der Beschießung Damaskus am 18. Oktober 1925) gebildet.

Die breiten werktätigen Massen Syriens, die Arbeiter, Handwerker, die kleinen Händler und selbst die Bauern, haben dagegen die völlige und tatsächliche Unabhängigkeit des Landes im Auge. Die Interessen dieser Schichten vertreten die linken Nationalisten unter Führung von Schachbandar und Tali. Schachbandar gelang es, sich nach dem ersten Angriff der Drusen auf Damaskus (25. August 1925) nach dem Dschebel-Drus in Sicherheit zu bringen, wo er zusammen mit dem Führer der Drusen, Al Atrasch, eine provisorische revolutionäre Regierung proklamierte.

Die Lage wurde durch die Beschießung der von den Aufständischen besetzten Stadtteile Damaskus' noch verschärft. Infolge dieser Ereignisse war die französische Regierung gezwungen, den General Sarrail zurückzuberufen, an dessen Stelle der Senator de Jouvenel kam. Seine Aufgabe ist, den Aufstand niederzuwerfen.

Die Sache wird dadurch kompliziert, daß die Engländer sowie die Türken durch die Unterstützung der Nationalisten ihre Positionen in der arabischen Welt, und insbesondere die im Mossul-Kampf, befestigen wollen. De Jouvenel hat daher in London und in Angora persönlich Verhandlungen geführt und den Türken zwecks Isolierung der Aufständischen weitgehende Konzessionen versprochen. Im Frühjahr 1926 wurde ein Generalangriff der französischen Truppen gegen die Aufständischen eingeleitet, der Erfolge aufweisen konnte. Mitte 1926 war aber der Aufstand noch nicht unterdrückt.

Die revolutionären Ereignisse heben auch das Klassenbewußtsein der syrischen Arbeiterschaft. Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung und einer Kommunistischen Partei sind vorhanden. Die Kommunisten werden am schwersten verfolgt. Das Parteiorgan „Insamie" („Humanité") wurde verboten. Eine Anzahl Kommunisten ist eingekerkert.

Griechenland

Oberfläche 140 135 qkm. Bevölkerung 6 435 000.

Provinzen:

	Ausdehnung in qkm	Bevölkerung in 1000
Alt-Griechenland	66 800	2630
Mazedonien	35 880	1110
Ost-Thrazien	22 230	490
Aegäische Inseln	12 820	660
Epirus	6 730	250
West-Thrazien	6 400	320
Rückwanderer aus Kleinasien		1376

Nationalität vorwiegend griechisch, mazedonische Minderheit. Republik, Zweikammer-System mit allgemeinem Männer-Wahlrecht, auch für Heeresangehörige, die Verfassung war während der Herrschaft Pangalos außer Kraft.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Von der Gesamtfläche Alt-Griechenlands ist nur ein Viertel landwirtschaftlich zu verwerten. Die Landwirtschaft ist primitiv, ein großer Teil der bebaubaren Fläche liegt brach. Die Getreideproduktion deckt den Bedarf nur zur Hälfte. Eine große Rolle spielen Wein- und Olivenbau. In Thessalien und Epirus herrscht Kleinbesitz vor, in Mazedonien, Thrazien und Peloponnes ist es der Großgrundbesitz der dominiert.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	433	3 635	—	2 229	—	3 113
Mais	308	1 267	—	1 805	—	2 005
Roggen	87	—	—	259	—	245
Hafer	72	865	—	589	—	798
Gerste	161	1 546	—	1 343	—	1 768

Ferner Tabak 1925: 611 000 Zentner, getrocknete Trauben 320 000 Pfund, Wein 1 899 400 Hektoliter, Feigen 1 350 000 Zentner, Olivenöl 1925: 574 000 (1924: 1 200 000) Zentner.

Viehstand (in 1000):

Rindvieh 734, Pferde 544, Schafe und Ziegen 922, Schweine 408, Esel und Maultiere 350, Geflügel 5351.

Bergbau. Braunkohlenproduktion 1918: 213 488; 1923 111 000 Tonnen.

Industrie. Gesamtzahl der gewerblichen Unternehmungen 1924: 3500 mit 125 000 Arbeitern.

Einzelne Industrien: (1924)

	Zahl der Unternehmen	Produktion in 1000 Drachmen
Metallindustrie	42	77 560
Holzindustrie	46	157 000
Lebensmittelindustrie	32	3 345 000
Tabakindustrie	20	291 700
Chemische Industrie	—	529 125
Papierindustrie	6	38 000
Oelindustrie	87	1 886 000

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 3192 km.

Handelsflotte

	Zahl der Schiffe	Raumgehalt (Tonnen)
1918	253	600 801
1. Januar 1925	437	832 719
1. Juni 1925	458	891 601

Außenhandel (in 1000 Pfund Sterling)

	1923	1924
Einfuhr	20 321	32 278
Ausfuhr	8 569	14 047

Finanz- und Geldwesen:

Budget (in Millionen Drachmen)

	Einnahmen	Ausgaben
1922/23	4299	5192
1923/24	3941	6925
1924/25	5776	6850
1925/26	7020*)	7020*)

Staatsschulden (in Millionen)

	1923	1924	1925
in Golddrachmen	1627	1631	1631
in Papierdrachmen	6885	7657	7657

Zahl der Aktiengesellschaften 1925: 271 mit einem Kapital von 2,18 Milliarden Drachmen und 1 500 000 englische Pfund. Notenumlauf: 245,4 Millionen Drachmen. Mitte Mai 1926.

Währung: 1 engl. Pfund = 400 Papierdrachmen (Parität 25,22).

Politik

Politische Parteien.

1. Volkspartei: Monarchistische Vertreter der Grundbesitzer und des Industriekapitals, vor allem der Mühlenindustrie. Führer: Metaxas, Rufos.

*) Schätzung.

2. Liberale Partei (Venizelisten): Republikanisch, rechter Flügel der früheren Venizelos-Partei, Vertreter des Bank- und Handelskapitals. Führer: Mihalakopolus. Kafandaris.

3. Liberale demokratische Partei: Hervorgegangen aus dem linken Flügel der Venizelos-Partei. Umfaßt im Kriege reichgewordene kleinasiatische Emigranten und Teile der städtischen Mittelbourgeoisie. Führer: Kondilis.

4. Republikanische Union: Zusammensetzung: städtisches Kleinbürgertum, Emigranten, Bauern aus den neuen Gebieten und Vertreter der fremden Nationalitäten. Kleinbürgerlich-radikale Partei. Führer: Papanastasiu.

5. Kommunistische Partei.

Innerpolitische Lage

Seit Kriegsende ist die innere Lage Griechenlands durch die sich immer mehr verschärfende Krise innerhalb der Bourgeoisie und die Offensive gegen die radikalen Strömungen der Arbeiter und Bauern und fremden Nationalitäten gekennzeichnet.

Im Lager der Bourgeoisie tritt vor allem der Kampf der Großagrarier und des Finanzkapitals um die politische Hegemonie hervor. Politisch ändern sich diese Kämpfe als Kampf zwischen den Royalisten und jener Gruppe von Parteien und Militärorganisationen, die unter der Sammelbenennung Venizelisten bekannt sind. Die Royalisten konnten ihre Macht nach der Niederlage in ihrem Eroberungskrieg gegen die Türkei in Kleinasien 1922 nicht behaupten. Mit Hilfe von Militärrevolten trat an ihre Stelle die Militärorganisation unter Oberst Plastiras und General Gonatas, hinter denen sich die Venizelisten verbargen. Plastiras und Gonatas bildeten eine Regierung unter dem Namen „Revolutions-Kabinett", die in Wirklichkeit eine Diktatur scharf gegen rechts und links war. Royalistenverhaftungen, die Ausweisung des Königs und die Verfolgung der royalistischen Partei kennzeichneten ihre Tätigkeit. Venizelos konnte zurückkehren, scheiterte aber bei dem Versuch, die verschiedenen bürgerlichen Organisationen auf der Plattform des Kampfes gegen links zu vereinigen. Nach seiner Niederlage übernahm 1924 die Republikanische Union unter Papanastasiu die Herrschaft. Sie nahm diplomatische Beziehungen zur USSR auf und setzte zur Gewinnung der Massen soziale Forderungen und radikale Reformen auf Kosten des Großkapitals in ihr Programm. Deswegen wurde die Regierung durch die Venizelisten im Bunde mit den Royalisten gestürzt. Die Venizelisten bildeten das Kabinett Mihalakopolus. Diese von links und rechts gleich angegriffene Regierung war außerordentlich schwach, was sich der Gouverneur von Mazedonien, General Pangalos, zunutze machte. Durch einen Putsch im Juni 1925 riß er zusammen mit dem Flottenchef, Admiral Hadschikiriakos, die Regierung an sich. Sie versprach Agrarreform, Unterstützung der Flüchtlinge, Kredite an das Kleingewerbe usw. und wollte sich auf die Republikanische Union politisch stützen. Später löste die Regierung, gestützt auf die geheimen Militärorganisationen, das Parlament auf, rief im November 1925 die Diktatur aus. Auf Englands Anregung versuchte Pangalos Annähe-

rung an die royalistischen Elemente und kämpfte gegen die linksbürgerlichen Parteien und vor allem gegen die kommunistische Bewegung. Er ließ die Führer der Opposition verhaften und auf die Insel Santorin deportieren und machte die legale Tätigkeit der KP unmöglich. Mit Hilfe des Terrors ließ er sich im April 1926 zum Präsidenten wählen; er erhielt etwa 85 Prozent der abgegebenen Stimmen, da Kommunisten, Republikaner und Venizelisten die Wahl boykottierten und der einzige Gegenkandidat, hinter dem keine politische Partei oder einflußreiche Gruppen standen, nur wenige tausend Stimmen erhielt. Die Wahl Pangalos war eine Mache der Monarchisten und Offiziere.

Vier Tage nach der Wahl kam es zu einem Militäraufstand, an dem sich die Garnisonen von Saloniki, Lerin, Larissa, Seres und anderer mazedonischen Städte beteiligten. Den größten Umfang hatte der Aufstand in Saloniki, wo er erst durch einen kombinierten Angriff griechischer Truppen zu Wasser und zu Lande nach zwölfstündigem Kampfe niedergeworfen werden konnte. Die Forderungen der Aufständischen waren: Rücktritt Pangalos, Bildung einer neuen Regierung, freie Präsidentenwahl, bis zu der der gewesene Präsident Konduriotis im Amt bleiben sollte, Freilassung aller politischen Gefangenen, Pressefreiheit.

Nach der Niederwerfung des Aufstandes verschärfte Pangalos den Terror noch weiter. Ein zweiter Militäraufstand unter Führung Kondylis hat aber Ende August 1926 seine Herrschaft doch gestürzt.

Der außenpolitische Einfluß Englands auf Griechenland war niemals so umfangreich, wie unter der Herrschaft Pangalos. Die verstärkten serbischen Aspirationen auf Saloniki, die Revanchegelüste gegen die Türkei und die Mossulfrage bildeten dazu die Grundlage.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung.

Die wirtschaftliche und politische Krise nach der Niederlage in Kleinasien hatte ein starkes Anwachsen der bestehenden Organisationen und eine revolutionäre Umschichtung in den bestehenden Gewerkschaftsverbänden zur Folge. Alle größeren Verbände, wie Tabakarbeiter (18 000), Textilarbeiter (14 000), Seeleute (10 000), Kohlenarbeiter (8000 Mitglieder) erklärten sich auf ihren Kongressen zum gemeinsamen Kampf im Bunde mit der Kommunistischen Partei bereit. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschafts-Föderation vor der Pangalos-Diktatur war etwa 60 000. Die Diktatur hat die Organisationen zerstört und ihren Apparat durch Verhaftungen und Verurteilungen der Gewerkschaftsführer zerschlagen. Pangalos versuchte die reformistischen Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung zu stärken.

Auf dem Ende März 1926 abgehaltenen Gewerkschaftskongreß versuchten die rechten Gewerkschaftsführer, die Organisation dem IGB. zuzuführen, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder steht jedoch auf der Plattform des anglo-russischen Gewerkschaftskomitees.

Politische Arbeiterbewegung

In Griechenland besteht als einzige Arbeiterpartei die Kommunistische Partei, die 1918 durch Vereinigung der bis dahin bestehenden einzelnen sozialistischen Gruppen entstand. Ende 1920 schloß sie sich dann der Kommunistischen Internationale an. Bis zur Verhängung der Diktatur Pangalos hatte sie legale Betätigungsmöglichkeiten. Sie verstand das politische Leben des Landes auszunutzen und die Massen für ihren Kampf im Interesse der Arbeiterschaft zu gewinnen, insbesondere im Jahre 1925, wo sie nicht nur Industriearbeiter, sondern auch gewerbetreibende Flüchtlinge und die nationalen Minderheiten zu erfassen begann. Am besten entwickelt sind ihre Organisationen in Mazedonien und Thessalien, weniger in Peloponnes. Ueber eine parlamentarische Vertretung verfügt sie nicht.

Bei den letzten Gemeindewahlen im Herbst 1925 schlug sie (unter dem herrschenden Plural-Wahlrecht) alle Parteien in Xanthi, Larissa und zweimal in Saloniki (hier im Bunde mit den Flüchtlingen aus Kleinasien). Ihr schnelles Anwachsen wurde durch die Diktatur Pangalos zunächst beendet. Nach den Wahlen von Saloniki drängte Pangalos die Partei durch Verhaftungen und Verfolgungen in die Illegalität. Nach dem Sturz Pangalos bewegt sich die Partei wieder etwas freier.

Italien

Flächeninhalt und Bevölkerung

	Fläche in 1000 qkm	Bevölkerung in 1000	Bevölkerung per qkm
Italien vor dem Kriege	286,6	37 270,5	130,3
Die neuerworbenen Provinzen	24,5	1 564,6	63,8
Das Mutterland	311,1	38 835,1 *)	124,8
Die Kolonien: Lybien	1 115,0	900,0	0,8
Erythräa	119,0	300,0	2,7
Somalia	357,0	350,0	1,0
Italien samt Kolonien	1 902,1	40 385,1	—

Nationalität: Vor dem Kriege war die Bevölkerung Italiens einheitlich; es hatte nur etwas über 150 000 Einwohner fremder Nationalitäten. Durch den Anschluß der neuen Provinzen erhielt Italien etwa 300 000 Deutsche und 200 000 Slawen. — Die faschistische Regierung führt eine brutale Politik der „Italianisierung" der fremden Nationalitäten. Deutsche und Slawen sind bereits fast ihrer gesamten Presse und Schulen beraubt.

*) Dies ist die Zahl der am 1. Dezember 1921 tatsächlich in Italien anwesenden Bevölkerung. Die italienischen Statistiken pflegen nämlich auch die „zeitlich Ausgewanderten" mitzurechnen. Diese inbegriffen (1 243 000), wäre die Bevölkerungszahl des Mutterlandes am 1. Dezember 1921: 40 078 000, am 1. Dezember 1925 über 42 Millionen.

Berufsstatistik

(Volkszählung vom 10. Juni 1911)

Erwerbstätige im Alter über 10 Jahren

I. Landwirtschaft, Jagd, Fischerei		9 085 597
II. Bergbau und Industrie		4 401 753
Hiervon:		
Verarbeitung von Erzeugnissen der Landwirtschaft, Jagd und Fischerei	1 261 919	
Metallindustrie	518 424	
Baugewerbe, Verarbeitung von Mineralien	930 068	
Textilindustrie	1 357 781	
III. Handel und Verkehr		1 465 819
1. Handel	921 578	
2. Verkehr	544 241	
IV. Oeffentliche Dienste, freie Berufe, Lehrpersonal, Klerus, Rentner, Pensionierte und Haushaltungsangestellte		1 883 497
Gesamtzahl der Erwerbstätigen:		16 836 666

Nicht Erwerbstätige

Im Haushalt tätig, Studierende, Kinder unter 10 Jahren usw.	17 834 711
Gesamtzahl der Bevölkerung	34 671 377

Die Einzelergebnisse der Volkszählung 1921 (38,8 Millionen Einwohner) sind noch nicht bekanntgegeben. Jedenfalls ist seit 1911 eine nicht unerhebliche Veränderung in der Berufsgliederung in der Richtung des relativen Anwachsens der Zahl der in der Industrie, im Handel und Verkehr Tätigen vor sich gegangen auf Kosten der in der Landwirtschaft Tätigen, deren Zahl nicht nur prozentual, sondern auch absolut abnimmt.

Klassengliederung

(Errechnet auf Grund der Teilstatistiken 1911)

(in Millionen)

	Bourgeoisie[1])	Mittelschichten[2])	Proletarier[3])
In der Landwirtschaft	0,5	2,4	6,2[4])
In der Industrie	0,4	0,8	3,1
Im Handel u. Verkehr	0,1	0,5	0,9
Freie Berufe, Staatsbeamte, Rentner usw.	0,5	0,8	0,6
	1,5	4,5	10,8

[1]) Unternehmer, Großkaufleute, Grundbesitzer, Großbauern, Klerus, höhere Beamte, Direktoren u. a.

[2]) Kleingewerbetreibende, kleine Kaufleute, mittlere Beamte, Mittelbauern u. a.

[3]) Lohnempfänger, Privatangestellte, Halbpächter, Kolonen (Bauern, Ansiedler), Dienstboten u. a.

[4])Die Zahl der Proletarier in der Landwirtschaft ist in Wirklichkeit etwas höher als 6,2 Millionen, da in dieser Zahl die Zwergbauern nicht inbegriffen sind. Diese sind zu den Mittelschichten in der Landwirtschaft gerechnet, da es eine Bodenverteilungsstatistik für Italien nicht gibt und die Anzahl der Zwergbauern nicht ermittelt werden konnte.

Seit 1911 ist auch in der Klassengliederung des Landes eine große Verschiebung vor sich gegangen. Das Proletariat ist infolge der starken industriellen Entwicklung heute sowohl zahlenmäßig als auch im Verhältnis zu den anderen Klassen bedeutend größer als vor 15 Jahren. Besonders in der Metallindustrie, in der Textil-, chemischen, Transportindustrie und dem Baugewerbe ist eine starke Zunahme zu verzeichnen. Annähernd können wir heute folgende Zahlen annehmen:

Berufstätige	19—20	Millionen
Davon: Bourgeoisie	1,6	„
Mittelschichten	5,0	„
proletarische Schichten in der Landwirtschaft	7— 8	„
Proletarier in der Industrie, im Handel, Verkehr usw.	5— 6	„

Religion: Rund 97 Prozent der Bevölkerung sind römisch-katholisch. Die Zahl der Konfessionslosen ist 875 000 (Volkszählung 1911), gleich 2,52 Prozent. Die unmittelbare politische Macht der Kirche erlitt in den letzten Jahren eine Schwächung teils dadurch, daß ihr Finanzinstitut (Banco di Roma) infolge einer Sanierung durch die Staatsbanken unter die Kontrolle der Regierung geriet, teils durch die Krise der Popolari-Partei (Katholische Volkspartei) und der katholischen Gewerkschaften. Andererseits gewann sie mittelbar an Macht durch die wichtigen Konzessionen, die sie von der faschistischen Regierung erhielt. (U. a. die Einführung des Religionsunterrichtes in den Schulen, der in Italien seit 1870 nicht mehr obligatorisch war.)

Analphabetismus: Analphabeten waren von der Gesamtbevölkerung zwischen dem 6. und 60. Lebensjahr 1872: 68 Prozent, 1901: 48 Prozent, 1911: 37 Prozent. Heute dürfte es noch 30 Prozent Analphabeten geben. Besonders stark ist der Prozentsatz der Analphabeten in Süditalien und auf den Inseln (über 70 Prozent der Bevölkerung).

In den Jahren 1923 bis 1925 ist eine starke Auswanderung zum Teil vor dem faschistischen Terror besonders nach Frankreich zu beobachten. Es sind in dieser Zeit etwa 800 000 Proletarier nach Frankreich ausgewandert, in überwiegender Mehrzahl industrielle Arbeiter, darunter ein beträchtlicher Teil qualifizierte Arbeitskräfte.

(Anzahl der Ausgewanderten in 1000)

	1909—13 Jahresdurchschnitt	1923	1924	1925
Nach Uebersee	400	171	126	107
Nach Europa u. Mittelmeerländern	270	212	261	213
Zusammen:	670	383	387	320

Verfassung: Konstitutionelles Königreich, jedoch ist die Verfassung seit der Machtergreifung durch die Faschisten so gut wie restlos aufgehoben, insbesondere die Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Gesetzgebende Gewalt: König und Parlament. Königliche Dekrete haben Gesetzeskraft, sofern sie nicht gegen die

Verfassung verstoßen (im Jahre 1924: 2376 Dekrete). Das Parlament besteht aus zwei Häusern: Senat und Deputiertenkammer. Im Senat sitzen die königlichen Prinzen (vom 21. Jahre an) und die vom König auf Lebensdauer ernannten Senatoren (Mindestalter 40 Jahre). Gegenwärtige Zahl der Senatoren rund 400. Die Kammer wird auf fünf Jahre gewählt, kann aber vom König jederzeit aufgelöst werden. — Wahlsystem: 1. bis 1919: Einkanditats-Wahlkreise; 2. 1919: Proporz; 3. 1923: Majorz-Wahlsystem mit Landesliste; die bei den Wahlen relativ stärkste Partei erhielt zwei Drittel aller Mandate (357), ein Drittel (178) wurde unter die übrigen Parteien proportionell verteilt; die jetzige Kammer auf Grund dieses Systems gewählt; 4. 1925: wieder Einkandidats-Wahlkreise (535); Ende 1925 hat die Regierung eine ihren Interessen entsprechende Neueinteilung der alten Einzelwahlkreise vorgenommen.

Wirtschaft

Italien ist vor allem Agrikulturland, da Eisen und Kohle seinem Boden fast ganz fehlen. Das Land zerfällt, wie geographisch so auch wirtschaftlich, in drei große Teile:

a) Norditalien (nördlich von der Luftlinie Spezia-Rimini),
b) Mittelitalien (von dieser Linie südwärts bis zur Mündung des Garigliano und Trigno),
c) Süditalien (der übrige Teil der Halbinsel und die Inseln).

Die erst in den letzten Jahrzehnten entwickelte Industrie entfällt zum größten Teil auf Norditalien. Süditalien mit den Inseln hat noch starke spät-feudalistische Reste, wird aber, besonders in den letzten Jahren, planmäßig für die Industrie erschlossen. Die faschistische Regierung hat bis Anfang 1926 rund drei Milliarden Lire für öffentliche Arbeiten [Straßen, Wasserleitungen, Spitäler usw.] zur Verfügung gestellt.

Landwirtschaft: In Süditalien herrscht der Großgrundbesitz feudalistischen Charakters vor. In Nord- und Mittelitalien gibt es sowohl kapitalistische Großgrundbesitze, als auch Mittel- und Kleinbesitze. Die Aufteilung der Großgrundbesitze unter Bauern in kleine Einfamilien-Halbpachtparzellen (mezzadria) ist verbreitet in der Lombardei, Romagna, Toscana, Umbrien, den Marken und in der Provinz von Bari. Die Bedingungen des Pachtvertrages (patto colonico) wechseln nach Ort und Zeit; der Abschluß dieser Verträge gab früher zu ausgedehnten wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Halbpächtern und Großgrundbesitzern Anlaß, seit 1923 werden die durchweg ungünstigen Bedingungen den Halbpächtern durch die Faschisten aufgedrängt.

Eine Statistik der Verteilung des Bodenbesitzes wurde noch nie veröffentlicht.

Vier Faktoren: die überaus gute Ernte 1925, die Einführung hoher Getreidezölle (für Weizen 7 Goldlire pro dz), die Entwertung der Lira („Flucht in die Sachwerte") und die durch das faschistische Regime gestärkte Position der Bodenbesitzer gegenüber dem landwirtschaftlichen Proletariat haben im letzten Jahre eine gesteigerte Kapitalinvestierung in der Landwirtschaft bewirkt.

Erntestatistik [1])

	Bebaute Fläche in 1000 ha				Ertrag in Millionen dz			
	1909—13	1923	1924	1925	1909—13	1923	1924	1925
Weizen	4 754	4 676	4 566	4 724	49,8	61,2	46,3	65,5
Roggen	123	127	125	126	1,3	1,6	1,6	1,7
Gerste	248	230	232	233	2,2	2,3	1,9	2,8
Hafer	507	495	448	486	5,3	5,8	4,8	6,8
Mais	1 608	1 533	1 540	1 550 [2])	25,4	21,4	26,8	27,0 [2])
Reis	145	121	138	140 [2])	4,7	5,0	5,9	6,2 [2])
Kartoffeln	287	348	348	350 [2])	16,5	17,9	19,6	22,0 [2])
Wein: einf. Kult.	370	—	832	—	—	—	—	—
gemischte Kultur	3 473	—	3 445	—	46,0	53,9	44,7	43,0
Öl: einf. Kultur	581	—	575	—	—	—	—	—
gemischte Kultur	1 750	—	1 708	—	1,8	2,0	2,3	1,6

Die Hektarerträge sind nicht groß, in Norditalien bedeutend höher als im Süden. (Dürre, extensive Bewirtschaftung.) Außerdem sind große Schwankungen im Hektarertrag von einem Jahr zum andern. (Minimum in den letzten 15 Jahren für Weizen 1917: 8,9 dz pro ha, Maximum 1925: 13,9 dz pro ha.) Doch ist in Betracht zu ziehen, daß es in Norditalien oft Doppelkulturen gibt: Getreide wird unter Obstbäume gesät usw.

Viehstand (in Millionen Stück)

	Pferde	Esel	Maultiere	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
1913	0,9	0,9	0,4	6,7	3,0	14,0	3,2
1918	0,9	0,9	0,4	6,2	2,3	12,0	3,1

Bergbau: An Mineralien ist der Boden sehr arm. Der Bergbau ist von ganz geringer Bedeutung. 1920 gab es 281 Bergwerke, 461 Steinbrüche und 60 Torfstiche, die zusammen 143 000 Arbeiter beschäftigten. Ihr Gesamtertrag bleibt unter 1 Milliarde Lire (10 Millionen Pfund Sterling).

Industrie: Die Industrie ist durch den Mangel an Rohstoffen, Holz, Kohle, Petroleum, Eisen und Metallen in ihrer Entwicklung gehemmt. Auf die sukzessive Entwertung der italienischen Valuta und auf die überaus niedrigen Löhne gestützt, hat die Exportindustrie sowie die Elektroindustrie in den Jahren 1924/25 eine rapide Entfaltung erfahren. Infolge der gegen Ende 1925 einsetzenden Rückentwicklung der Konjunktur wird sich der geradezu fieberhaft erweiterte Produktionsapparat kaum aufrechterhalten lassen, so daß für das Jahr 1926 eine Krise der Industrie zu erwarten ist.

Die Nettokapitalerhöhung der Aktiengesellschaften (Erhöhungen und neue Gründungen) betrug 1923: 2,1, 1924: 4,8 und 1925: 8,0 Milliarden Lire.

Die Textilindustrie ist die wichtigste Industrie des Landes.

a) Seidenindustrie: Die Anzahl der mechanischen Webstühle betrug 1924 über 18 000 (nur 4000 mehr als vor dem Krieg), die der Handwebstühle rund 2000, wozu noch weitere 2- bis 3000 Handwebstühle

[1]) 1909—13 innerhalb der alten Grenzen, 1923—25 innerhalb der neuen Grenzen.
[2]) Vorläufige Zahlen.

der Heimindustrie zu rechnen sind. Die große Industrie ist auf die Lombardei konzentriert (16 800 mechanische und 1500 Handwebstühle), insbesondere auf die Provinz Como (12 300 mechanische und 1200 Handwebstühle). Die Kokonproduktion ist in ständigem Steigen begriffen: 1920 41, 1922 44, 1924 61 Millionen Kilogramm. Der Seidenwarenexport machte im Finanzjahr 1924/25 nur etwas weniger als ein Fünftel des Gesamtexportes (3,1 von 16,2 Milliarden Lire) aus. Hauptabnehmer für italienische Seidenprodukte ist Großbritannien; erst in sehr großem Abstand folgen Frankreich, Argentinien, die Schweiz und die USA.

b) Kunstseide: Die italienische Kunstseidenindustrie hat in den letzten Jahren eine fieberhafte Entwicklung genommen. Die Jahresproduktion betrug 1924 rund 8 Millionen Kilogramm, 1925: 12 bis 14 Millionen Kilogramm, und im Laufe des Jahres 1925 ist der Produktionsapparat so erweitert worden, daß bei voller Ausnutzung seiner Kapazität die Jahresproduktion 1926 über 20 Millionen Kilogramm betragen könnte. Der bei weitem größte Abnehmer für die italienische Kunstseide im Finanzjahr 1924/25 war Großbritannien (2 713 000 kg); ihm folgten die USA (791), Oesterreich (457).

c) Die Baumwollindustrie beschäftigt Ende 1925: 280 000 Arbeiter und arbeitet mit 4 753 000 Spindeln, 139 000 mechanischen Webstühlen, 20 bis 25 000 Handwebstühlen und 160 Färbereimaschinen. Die überwiegende Mehrzahl der Betriebe liegt in Norditalien (Lombardei und Piemont), einige wichtigere im Süden (Kampanien). Das Gros des Exports, sowohl an Garn als auch an Geweben, geht nach dem Balkan und dem nahen Osten.

d) Die Wollindustrie hat sich im letzten Jahrzehnt sehr entwickelt; der Export und Import an Wollgeweben gestaltete sich:

	Durchschnitt 1909/13 in 1000 dz	Finanzjahr 1923/24 in 1000 dz	Finanzjahr 1924/25 in 1000 dz
Import	32,0	24,6	17,6
Export	13,5	63,5	87,2

Die Metallindustrie ist nach wie vor durch den Mangel an Eisenerzen gehemmt. Die Produktion an Eisenerzen, die im Jahresdurchschnitt 1909 bis 1913 über 500 000 Tonnen betragen hatte und während des Krieges sogar bis zu 1 Million Tonnen gestiegen war, betrug 1923 bloß 341 000, 1924: 238 000 Tonnen und ist im Jahre 1925 noch weiter gesunken.

Die Automobilindustrie ist der bei weitem bedeutendste Zweig der italienischen Maschinenindustrie; die größte Unternehmung sind die Turiner Fiat-Werke, die von den 41 000 Arbeitern der Automobilindustrie allein 35 000 Arbeiter beschäftigen. Dem Wert der ausgeführten Produkte nach ist die Automobilindustrie heute, nächst der Baumwollindustrie, die zweitgrößte Exportindustrie des Landes; 1925 wurden etwa 70 Prozent der gesamten Fabrikation ausgeführt (667 Mill. Lire von etwa 950 Mill. Lire). Die Entwicklung des Automobilexports ist in den letzten Jahren rapid steigend.

1918	1923	1924	1925
2 938	12 749	18 984	29 041 Wagen

Die Hauptabnehmer waren 1925 England mit Dominions 5860, Schweiz 2165, Australien 1806, Deutschland 1473, Spanien 1459, Brasilien 1329, Argentinien 1119 Wagen.

Die Elektroindustrie hat in den letzten Jahren ebenfalls eine starke Entwicklung erfahren. Die Leistungsfähigkeit der Elektrizitätswerke betrug

1914	1923	1924	1925	
1,4	2,5	2,9	3,2	Millionen HP.

Der Konsum an Strom stieg von 2,4 Milliarden Kilowatt 1914 auf 7,6 Milliarden KW im Jahre 1925. (Davon nur 8,5 Prozent für Beleuchtung!) Die Zahl der Elektrizitätswerke übersteigt 2000, davon sind aber nur etwa 400 größere Betriebe. Bis auf einen verschwindenden Bruchteil arbeiten die Betriebe mit Wasserkraft.

Die Bautätigkeit war in den letzten Jahren bedeutend.

Der Fremdenverkehr zeigt eine steigende Tendenz, sowohl bezgl. der Zahl der Touristen, als auch der im Land gelassenen Geldsumme; im Jahre 1925 wird die Zahl auf 900 000, die verausgabte Summe auf 3,5 Milliarden Lire geschätzt.*)

Die Außenhandelsbilanz 1925 zeigt im Vergleich zu 1924 eine Zunahme der Passivität. Viel wichtiger als diese Tatsache ist jedoch die Ursache der Passivität; an Industrieprodukten hat Italien im Jahre 1925 bedeutend mehr als im Vorjahre exportiert, noch stärker war indes der Import an Maschinen und Bauholz zum Zwecke der Erweiterung des Produktionsapparats.

Außenhandel (in Millionen Lire)

	Import		Export	
	1924	1925	1924	1925
1. Tiere, Lebensmittel u. Tabak	4 838,0	6 555,9	3 762,1	4 611,0
2. Korn, Oelkerne, Oel Fett ..	954,1	1 175,6	394,9	409,2
3. Textilmaterialien u. ihre Produkte	5 424,8	6 586,1	6 649,3	8 358,2
4. Metallische Minerale, Metalle u. ihre Produkte	2 349,0	3 915,9	958,7	1 405,3
5. Steine, Ton, nichtmetallische Minerale	1 920,9	2 223,8	468,7	541,5
6. Holz, Flechtmaterialien und ihre Produkte	756,9	1 120,5	196,1	219,0
7. Chemische Produkte u. Arzneimittel	1 412,2	1 727,7	434,8	569,2
8. Verschiedenes	1 723,8	2 851,4	1 506,3	2 161,2
	19 379,7	26 156,9	14 370,9	18 274,6

Verkehr:

a) Eisenbahnen: Länge des Eisenbahnnetzes:

	Staatsbahnen	Privatbahnen	Zusammen
		Kilometer	
mit Normalspur	15 750	1 850	17 600
mit Schmalspur	750	2 650	3 400
Zusammen:	16 500	4 500	21 000

*) Das Jahr 1926 brachte einen starken Rückfall, hauptsächlich infolge der Entwertung der französischen Währung.

Elektrifiziert sind 1700 km, davon 1100 km Normalspurbahnen. Rollendes Material: etwa 8000 Lokomotiven, 12 000 Personen- und 170 000 Güterwagen.

Bis zum letzten Finanzjahr arbeiteten die Staatsbahnen mit großem Defizit (in Millionen Lire):

1919/20	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24
1042	1321	1432	1032	412

Das Finanzjahr 1924/25 schloß mit einem Ueberschuß von 176 Mill. Lire. Dazu haben beigetragen einerseits die Herabsetzung der Personalausgaben durch Entlassung von etwa 40 000 Eisenbahnern (Ersparnis 1924/25 gegen 1923/24: 354 Mill. Lire), andererseits die Verminderung der Kohlenpreise (Ersparnis 1924/25 zu 1920/21: 735 Mill. Lire).

b) Handelsflotte: Die Tonnage ist seit zwei Jahren gleichbleibend und beträgt rund 3 Millionen Brutto-Registertonnen. Entwicklung des Verkehrs:

	Ausladung	Einladung
	(in 1000 Tonnen)	
1913	23 526	8296
1924	24 148	7542
1925*)	24 000	7500

Beim Vergleich mit 1913 muß in Betracht gezogen werden, daß in den Zahlen der Nachkriegsjahre auch der Verkehr der Julisch-Venezischen Häfen (Triest, Fiume) inbegriffen ist.

c) Luftflotte: Im Frühjahr 1926 werden die ersten Handelsluftlinien eröffnet.

Finanzen

Budget (in Millionen Lire).

Jahr endet am 30. Juni	Einnahmen	Ausgaben	Defizit	Ueberschuß
1920/21	18 820	36 229	17 409	
1921/22	19 701	35 461	15 760	
1922/23	18 804	21 832	3 028	
1923/24	20 581	20 999	418	
1924/25 Voranschlag	20 566	18 490		2 076

Für das Finanzjahr 1924/25 hat das Schatzamt eine Einnahme von 20 566 Mill. Lire und eine Ausgabe von 18 490 Mill. Lire und somit einen Ueberschuß von 2076 Mill. Lire vorgesehen. Die effektiven Ausgaben haben jedoch die vorgesehenen Summen beträchtlich überschritten Immerhin ist für das Finanzjahr 1924/25 mit einem Ueberschuß von 200—300 Millionen Lire zu rechnen.

Staatsschulden

Die Inlandsschulden zeigen eine Abnahme (in Millionen Lire):

	Kapital	Zinsen
30. Juni 1914........	14 839	523
30. „ 1922........	93 043	4 495
30. „ 1923........	94 596	4 953
30. „ 1924........	93 162	4 702
31. Dez. 1925........	91 536	4 239

*) Provisorische Daten.

Die Auslandsschulden: 14,9 Milliarden Goldlire an England und 8,5 Milliarden Goldlire an die USA wurden Ende 1925 und Anfang 1926 in dem Schuldenabkommen von Washington und London geregelt. Von beiden Staaten hat Italien eine starke Reduktion der Schuldenbeträge und sehr günstige Zahlungsbedingungen erhalten. Außerdem hat es von der USA eine neue Anleihe von 100 Mill. Dollar zur Stützung der italienischen Valuta bekommen.

Notenumlauf (in Milliarden Lire)

1913	2,3	1923 Dezember	19,5
1921	21,4	1924 „	19,8
1922	20,3	1925 „	21,0

Valutenkurs

Für 1 Dollar wurden gezahlt:

Parität	5,19	1924: I. Hälfte	22,95
1919: I Hälfte	8,05	„ II. „	23,01
„ II. „	13,07	1925: Januar	24,06
1923: I. „	20,77	„ Juli	27,09
„ II „	22,87	„ Dezember	24,80

Indexzahl des Lebensstandards der Arbeiter

	Goldwert der Papierlire	Großhandelsindex Papier	Gold	Lebenshaltungs-index	Nominal-löhne	Real-löhne
1913/14	100	100	100	100	100	100
1922: I Hälfte	25,70	517	133	503	515	102,4
1923: I. „	25,00	539	134	495	480	96,9
1924: I „	22,58	545	123	517	475	91,1
1925: I „	21,00	622	131	594	513	86,3
„ II. „	20,16	671	135	623	555	87,2

Dieser auf Grund der Daten des bürgerlichen Oekonomen Prof. Mortara errechnete Index der Reallöhne zeigt die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter während des faschistischen Regimes. Dabei ist zu beachten, daß Prof. Mortara nur die offizielle Statistik der Krankenkassen, also der verhältnismäßig bestbezahlten Arbeiter, zur Basis seiner Kalkulation nimmt, die Lage der großen Massen der Arbeiter ist daher noch wesentlich ungünstiger, als aus dieser Tabelle hervorgeht.

Politik

Der Faschismus, der vor und eine Zeitlang auch noch nach der Uebernahme der Regierungsmacht den Charakter einer kleinbürgerlichen Massenbewegung trug, aber sobald er an die Regierung kam, eine unzweideutig kapitalistische Politik trieb, hat nunmehr auch die letzten Reste seines kleinbürgerlichen Charakters verloren und ist — seit 1925 — unverhüllt der Machtapparat des Großkapitals. Mit dem kleinbürgerlichen Charakter hat er gleichzeitig den Charakter einer Massenbewegung eingebüßt: er ist heute Regierungs- und bewaffneter Machtapparat.

Seit diese Entwicklung einen gewissen Grad erreicht hatte (ungefähr Mitte 1924), hat der Faschismus zwei Kampffronten: einerseits führt er seinen Kampf gegen das industrielle und landwirtschaftliche Proletariat und das proletarisierte Kleinbauerntum (Halbpächter, Kolonen usw.), andererseits aber gegen das Kleinbürgertum, sowie auch gegen die unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie und die mit diesen verbundene Intelligenz. Die von den beiden Kampffronten für das Großkapital wichtigere ist ohne Zweifel die erstere; auch sind die Kampfmethoden an den beiden Fronten nicht gleich. Nichtsdestoweniger wird der Kampf auch an der zweiten Front konsequent und energisch geführt. Die ökonomische Basis dieser politischen Entwicklung liegt in dem Differenzierungsprozeß, der innerhalb der italienischen Bourgeoisie erst kurz vor dem imperialistischen Krieg eingesetzt hatte, sich während des Krieges aber verschärfte und unter dem faschistischen Regime ein beispiellos rasches Tempo angenommen hat: es hat sich eine eng verbundene Industrie- und Finanzplutokratie entwickelt, die die ausschließliche Herrschaft über die gesamte italienische Wirtschaft immer mehr in ihre Hand bekommt. Das faschistische Regime ist heute unverhüllt die politische Herrschaft dieser Plutokratie.

Die brutal-offenen imperialistischen Gesten, mit denen Mussolini derzeit die Welt beunruhigt, sind ebenfalls von der in der sozialen Basis des Faschismus vor sich gegangenen Veränderung bedingt. Und das in doppeltem Sinne: einesteils erlaubt ihm diese Veränderung, hemmungslos eine imperialistische Politik im Auftrage des Großkapitals zu führen, anderenteils sollen gerade „glänzende" und „ruhmreiche" Erfolge dieser Politik — der Außen- und Kolonialpolitik — über die inneren Schwierigkeiten, die den Veränderungen in der sozialen Basis des Faschismus entspringen, hinweghelfen oder zumindest hinwegtäuschen.

Der Kampf des Faschismus gegen das Proletariat konzentrierte sich im vergangenen Jahr auf die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei; der Kampf gegen das Kleinbürgertum und die unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie auf das parlamentarisch-„demokratische" oppositionelle Blockgebilde („Aventin") und die Freimaurerorganisationen. — Obwohl dieser zweiseitige Kampf ein zusammenhängendes Ganzes bildet, soll hier der Uebersicht halber nur dieser letztere behandelt werden; für den ersteren siehe „Arbeiterbewegung".

Infolge der immer akzentuierteren großkapitalistischen Politik der faschistischen Regierung sind die enttäuschten kleinbürgerlichen Schichten, die früher der faschistischen Bewegung die Massen geliefert hatten, allmählich zur Opposition übergegangen; ebenso die unteren und sogar auch gewisse mittlere Schichten der Bourgeoisie. Zur Zeit der Ermordung Matteottis (Juni 1924) war dieser Prozeß bereits so gut

wie beendet: Popolari (katholische Volkspartei), Republikaner, Demokraten und Liberale standen bereits in Opposition gegen die faschistische Regierung. Die Ermordung Matteottis hat die Erbitterung des Proletariats und der kleinbürgerlichen Schichten zur Entladung gebracht. Eine sturmartige Bewegung ging durch das Land, die nicht nur das faschistische Regime wegzufegen drohte (die Faschisten wagten sich wochenlang mit ihren Abzeichen nicht auf die Straße), sondern drohte, über die Ziele des oppositionellen Bürgertums und Kleinbürgertums hinauszuwachsen. Die oppositionellen Parteien des Bürgertums und Kleinbürgertums sahen sich genötigt, ihre Opposition gegen den Faschismus zu verschärfen; mit Ausnahme der Liberalen haben sie — aus „moralischen" Gründen — das faschistische Parlament boykottiert („sich auf den Aventin zurückgezogen"), den sogenannten „aventinischen Block" gebildet, in welchem natürlich auch die beiden sozialdemokratischen Parteien — die Maximalisten und die Turatianer — aufgenommen wurden.*)

Und die Sozialdemokratie hat ihre Aufgabe tatsächlich so glänzend gelöst, daß es dem Großkapital bzw. dem in seinen Diensten stehenden Mussolini, der auf diese Weise zu Atem kam, gelang, Anfang 1925 die zerrütteten faschistischen Reihen zu reorganisieren und sie erneut in Kampffront zu stellen. Seitdem dauert die Offensive des Faschismus auf der ganzen Linie — auf der politischen und wirtschaftlichen — mit ständig steigender Energie an.

Der Bankerott des „aventinischen" Blocks wurde für die breiten Massen der vom Faschismus unterdrückten Volksschichten immer offenkundiger. Im Herbst 1925 fiel der Block auch formell auseinander. Als erste ist am 17. September die SPI (Maximalisten) unter dem Druck ihrer Mitgliedschaft aus dem Block ausgetreten. Ihr folgten die Republikaner. Die oppositionellen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien gaben unter dem gegensätzlichen Druck der Massen einerseits, der Faschisten andererseits, die Parole der Bildung eines „konstitutionellen" Blocks heraus. Liberale, Demokraten, Popolari und die PSIU (Turatianer) sollten ihm angehören. Diese letzteren, um einen Teil der Arbeiter einzufangen, ohne deren Eintritt der neue Block von vornherein unmöglich war. Die Maximalisten und die Republikaner gaben die Parole eines „Linkblocks" heraus, der außer diesen beiden Parteien noch die PSIU umfassen sollte und der als ein fester Damm gegen die von der KPI geforderte „klassenkämpferische Einheitsfront" gedacht war. Die Führer der PSIU (Turati, Treves, Modigliani, D'Aragona, Baldesi u. a. m.) hatten ihren Pakt mit den oppositionellen bürgerlichen Parteien hinter den Kulissen schon fertig. Die Großbour-

*) Bei der Bildung des Blocks waren ihm auch die Kommunisten beigetreten, einige Tage später jedoch, als es klar wurde, daß die Absichten der Blockparteien innerhalb des Blocks nicht zu brechen sind, sind die Kommunisten wieder aus ihm ausgetreten.

geoisie fühlte sich jedoch wieder fest im Sattel. Sie brauchte keinen bürgerlich-kleinbürgerlichen Oppositionsblock mehr. Im Gegenteil, ein solcher wäre für die Entfaltung ihres Kampfes gegen das Kleinbürgertum und die unteren Schichten der Bourgeoisie hinderlich gewesen. Mussolini hat daher die bekannte „Attentats"komödie (4. November 1925) benutzt, um den in Bildung begriffenen Block zu sprengen; er hat die PSIU verboten und aufgelöst und gleichzeitig auch die Kampagne gegen die anderen oppositionellen Parteien verschärft. Dies war also der Grund des Verbots der PSIU, und nicht etwa eine „proletarische" Politik dieser Partei, von der sie weiter denn je entfernt ist.

Das Sprengen des „konstitutionellen Blocks" wäre indes nur eine halbe Arbeit gewesen, denn hinter den oppositionellen bürgerlichen Parteien stand noch eine andere Organisation: die Freimaurerlogen. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und den folgenden Jahrzehnten war das Freimaurertum die Organisation der damals noch unentwickelten und folglich „einheitlichen" „Gesamt"bourgeoisie in ihrem Kampf gegen das feudalistische Agrariertum und den mit diesem verbündeten Klerus. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts haben sich die politischen Parteien der italienischen Bourgeoisie herausgebildet. Gleichzeitig damit hat das Freimaurertum zum großen Teil seine frühere politische Bedeutung eingebüßt. Mit der weiteren Entwicklung, der Uebernahme der Macht seitens der Faschisten, hat es eine neue Bedeutung gewonnen: seine „halb"geheimen Organisationen wurden zum politischen Schlupfwinkel des oppositionellen Bürgertums und der mit diesem verbundenen Intelligenz. Mussolini hat daher das „Attentat" zum Vorwand genommen, um auch die Freimaurerorganisationen zu sprengen: er ließ sämtliche Freimaurerlogen militärisch besetzen und brachte das sogenannte „Gesetz gegen die geheimen Organisationen" unter Dach, das sämtliche Organisationen des Landes verpflichtet, laufend ihre Mitglieder- und Funktionärlisten sowie Kassenberichte den politisch-polizeilichen Behörden (Präfektur) vorzulegen. (Dieses Gesetz wirkt sich natürlich auch gegen die Freimaurerlogen aus, seine Spitze ist aber hauptsächlich gegen die Organisationen des Proletariats gerichtet.)

Gegen Ende des Jahres 1925 hat der Faschismus somit auf beiden Fronten einen zwar zweifellos zeitlich begrenzten, aber nichtsdestoweniger unzweideutigen Sieg errungen. Die Marksteine dieses Sieges sind: an der Front gegen das Proletariat das faschistische Gewerkschaftsgesetz (siehe unter „Arbeiterbewegung"), an der Front gegen das Kleinbürgertum und die unteren und mittleren Schichten der Bourgeoisie das Sprengen ihres Blocks und der Freimaurerorganisationen. Die Ausnutzung des Sieges an dieser letzteren Front ist in vollem Gange und kommt sowohl in der ganzen Wirtschafts-, Finanz- und fiskalischen Politik der Regierung, Umarbeitung des Bürger- und Handelskodexes usw., als auch in der der neuen Situation angepaßten

Taktik im weiteren Kampfe gegen diese Schichten und Parteien zum Ausdruck. Die neue Taktik steht im Zeichen der Zerbröckelung und Aufreibung der Reste der gesprengten Blockparteien: Bestechen und „Einreihen" der abgesplitterten Gruppen einerseits, andererseits ein bis zur Ausrottung gesteigerter Terror gegen die vereinzelten Widerspenstigen.

Die Faschistische Partei: Parallel mit der Entwicklung des Faschismus seit Uebernahme der Macht hat auch die Faschistische Partei eine Umwandlung, die in ihrer sozialen Zusammensetzung zum Ausdruck kommt, durchgemacht. Eine Statistik der sozialen Gliederung steht zwar nur für die Mailänder Ortsgruppe zur Verfügung, aber auch diese zeigt, daß das kleinbürgerliche Element, das zur Zeit der Machtübernahme stark überwog, jetzt auf einen unbedeutenden Prozentsatz zurückgegangen ist. (In der Provinz wohl etwas weniger als in Mailand.) Die Mitgliedschaft der Mailänder Ortsgruppe setzt sich wie folgt zusammen (die Namensliste veröffentlicht von „A" bis „M"):

		in %
Industrielle, Großkaufleute, Grundbesitzer	134	18,3
Intellektuelle (Rechtsanwälte, Aerzte usw.) und Privatangestellte in gehobener Stellung (Direktoren usw.)	205	28,0
Staatsbeamte	167	22,7
Kaufleute, Kleingewerbetreibende	52	7,1
Intellektuelle und Privatangestellte in mittlerer Stellung (Lehrpersonal usw.)	67	9,2
Straßenbahner, Chauffeure	18	2,4
Industriearbeiter	39	5,3
Dienstpersonal	26	3,6
Bauern	2	0,3
Ohne nähere Angabe	23	3,1
	733	100,0

Wenn man von der Gruppe der Staatsbeamten, die durch die Aufhebung der Unabsetzbarkeit gefügig gemacht wurden, absieht, ist das Ueberwiegen der der Bourgeoisie angehörigen Elemente geradezu erdrückend. Die Verhältniszahl der Bauern ist in der Provinz natürlich eine viel höhere als in dieser Industriestadt, sie übersteigt jedoch im Durchschnitt, was die Mittel- und Kleinbauern anbelangt, kaum die Verhältniszahl der mittleren Schichten der obigen Liste. Die politische Bedeutung der Mittelschichten in der Bestimmung der Parteilinie und der Regierungspolitik ist noch geringer als ihre rein statistische Verhältniszahl, denn sie ist eigentlich gleich Null. Der Prozeß der Verdrängung des Kleinbürgertums zeigt sich auch in der Führung, wo der extremistische Generalsekretär Farinacci im Kampfe gegen den Vertreter der Großbourgeoisie in der Partei, den Innenminister Federzoni, Ende März 1926 unterlag und als Generalsekretär zurücktreten mußte.

Die Mitgliederzahl der Partei beträgt nach partei-offiziellen Angaben rund dreiviertel Millionen. Man darf indes nicht übersehen, daß

diese Ziffer nichts weiter bedeutet, als daß soviel Mitgliedsbücher verteilt wurden. Die Provinzkongresse der Partei Anfang 1926 waren, wie selbst der „Popolo d'Italia" beklagte, jedes politischen Inhalts bar.

Nach einer offiziösen Mitteilung vom 20. März 1926 hat die Partei 34 vom Parteivorstand offiziell als „faschistisch" anerkannte Tages- und 57 Wochenorgane. In Wirklichkeit ist heute die Gesamtpresse des Landes — mit Ausnahme der Zentralorgane der Kommunistischen, Sozialistischen und Republikanischen Partei und der beiden demokratischen (Nitti) Organe „Mondo" und „Risorgimento" — faschistisch: ein Ergebnis der Offensive gegen die oppositionelle bürgerliche Presse, die unter dem Namen: „Faschistisierung der Presse" in den Jahren 1925-26 im Rahmen des weiter oben angedeuteten Feldzuges gegen das Kleinbürgertum und die oppositionellen Schichten der Bourgeoisie geführt wurde. Für die Auflage der faschistischen Presse liegen keine Daten vor; sie ist jedenfalls eine minimale, was übrigens auch von faschistischer Seite zugegeben wird. Die Aufrechterhaltung der Presse, besonders der zahlreichen Provinzorgane, kostet der Regierung jährlich unzählige Millionen.

Die oppositionellen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien befinden sich seit dem Bankrott des „aventinischen" Blockes in einer ausweglosen Krise, die meisten von ihnen sogar in der letzten Phase ihres Zerfallprozesses. Ein Gradmesser ihres Zerfalls war die verhältnismäßige Leichtigkeit, womit ihre Presse Ende 1925 und Anfang 1926 „faschistisiert" werden konnte. „Faschistisierung" bedeutete, die Zeitungen ihren bisherigen Eigentümern, die immer die Exponenten einer bestimmten Interessengruppe und politischen Gruppierung waren, wegzunehmen und sie — bei gleichzeitiger Entlassung der alten Redaktion — unter die direkte Kontrolle der Faschistenpartei oder besser: der Regierung zu stellen. Dieses Geschick ereilte die ganze oppositionelle bürgerliche Presse.

Die Liberale Partei existiert fast nur noch dem Namen nach. Es ist zwar ein Parteivorstand da, aber keine Partei, auch nicht in der atomisierten Form zahlreicher autonomer Ortsgruppen, wie es früher der Fall war. Es bestehen zwar noch vereinzelte Ortsgruppen, aber sie geben überhaupt kein Zeichen eines politischen Lebens von sich. Selbst das Band zwischen den nicht zahlreichen liberalen Abgeordneten und Senatoren, die früher immerhin geschlossene Fraktionen bildeten, ist so gut wie gänzlich gelöst. Von den führenden liberalen Politikern haben sich Orlando und Salandra (beide sogenannte Rechtsliberale) gänzlich zurückgezogen; auch der linksliberale Giolitti bewahrt ein vollkommenes Stillschweigen, besonders seitdem er durch die Faschisten zum Rücktritt vom Vorsitz des Provinziallandtages zu Cuneo (Dezember 1925), den er seit Jahrzehnten innegehabt hatte, genötigt wurde.

Die demokratischen Parteien und Gruppen befinden sich in ähnlichem Zustande wie die Liberalen. Die „Unione Nazionale", die unter der Führung von Nitti, Amendola und General Bencivenga die verschiedensten demokratischen Gruppen vereinigt hatte, hat im Dezember 1925 ihre Auflösung beschlossen. Eine kleine Gruppe von Politikern schart sich um die beiden Nitti-Organe „Mondo" und „Risorgimento", ohne jedoch eine irgendwie festere Organisation zu bilden. Nitti selbst hält sich seit Jahren im Auslande auf, da sein Leben in Italien mehr als unsicher wäre. Der Führer in Italien war der frühere Minister Abgeordneter Amendola, der im April 1926 an den Folgen eines faschistischen Ueberfalls starb. Die beiden demokratischen Organe „Mondo" und „Risorgimento" wurden besonders in der Schlußphase der „Faschistisierung der Presse" (Ende 1925, Anfang 1926) stark verfolgt.

Die Gruppe der süditalienischen „Sozialen-Demokraten", mit Di Cesaro an der Spitze, hat unter den demokratischen Gruppen verhältnismäßig am längsten eine mehr oder weniger geschlossene Form bewahren können; für Mitte April 1926 hat jedoch auch diese Gruppe eine gemeinsame Konferenz ihres Vorstandes und ihrer Parlamentsfraktion einberufen, um über die Auflösung der Partei und der Fraktion zu beraten.

Die Popolari-Partei (Katholische Volkspartei) ist bei der Schlußphase ihrer Krise, die mit der faschistischen Machtübernahme eingesetzt hatte, angelangt. Diese Partei wurde in den Jahren 1919/21 angesichts der „roten Gefahr" zu einer Massenpartei der nord- und mittelitalienischen kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die sich blind einer dünnen Schicht Großagrarier und dem Klerus auslieferten. Mit der Uebernahme der Macht durch die Faschisten geriet die Partei in eine ausweglose Krise: einerseits war die unmittelbare „rote Gefahr" geschwunden, andererseits traten die Klassengegensätze innerhalb der Partei immer krasser hervor. Bis 1923 gelang es Don Sturzo, die äußere Einheit der Partei aufrechtzuerhalten; mit dem Uebergang der kleinbürgerlich-bäuerlichen Elemente in die Opposition spaltete sich jedoch der rechte Flügel der Partei (Großgrundbesitzer und katholische Hochfinanz, Banco di Roma) ab und bildete eine eigene kleriko-faschistische Partei, das „Centro cattolico" (katholisches Zentrum). Die Abspaltung des rechten Flügels stärkte zwar den oppositionellen Charakter der übriggebliebenen Partei, und nach der Ermordung Matteottis trat in der Krise sogar ein vorübergehender Stillstand ein, aber nur, um mit dem offenkundigen Bankrott des „aventinischen" Blocks um so jäher wieder einzusetzen. Die Abwesenheit Don Sturzos, dessen Verbannung die Regierung vom Vatikan erzwungen hatte (Don Sturzo lebt seit 1924 in London), hat diesen Vorgang beschleunigt. Noch mehr hat ihn der Umstand beschleunigt, daß der Vatikan, der in den Monaten nach der Ermordung Matteottis in der Annahme eines

Kompromisses zwischen Faschismus und Großbourgeoisie einerseits, oppositionellen bürgerlichen Schichten und Kleinbürgertum andererseits, die Popolari-Partei auch trotz der großen Konzessionen, die er von der Regierung bekommen hatte, nicht fallen ließ, sich nach dem Sieg des Faschismus an seiner bürgerlich-kleinbürgerlichen Front rasch umorientierte und seine Hilfe — die organisatorische Stütze der rund 30 000 Pfarrhöfe — der Popolari-Partei — und den popolarischen Gewerkschaften — entzog. Seit dem Bankrott des aventinischen Blocks führt die Popolari-Partei nur noch ein Scheindasein, wenn auch der Wunsch nach ihrer Wiederaufrichtung bei einem Teil ihrer früheren kleinbürgerlichen Mitgliedschaft noch wach ist. Die Parlamentsfraktion der Partei ist auseinandergefallen; mehrere ihrer Mitglieder haben sich mit dem Regime „versöhnt"; andere suchen den Weg der Versöhnung. Die übriggebliebene Fraktionsgruppe ist in verschiedene Richtungen gespalten; eine befürwortet die Auflösung der Fraktion und der Partei, die andere ist für die weitere Opposition, die dritte wünscht das demonstrative Niederlegen ihrer Parlamentsmandate. Das frühere Parteiorgan „Popolo", Rom, ist eingegangen. — Der Vatikan betreibt die Reorganisierung der allkatholischen Organisation „Associazione Cattolica" ohne parteipolitischen Charakter.

Zur Zeit, als der Bankrott des „aventinischen" Blocks offenkundig zu werden begann, hat sich der linke Flügel der Popolari-Partei und der popolarischen Gewerkschaften, hinter dem hauptsächlich die Kleinbauern einiger norditalienischer Provinzen stehen, der Forderung der Kommunisten nach Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit als einer Vorbedingung eines erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus angeschlossen. Der Exponent dieser Richtung, der frühere popolarische Abgeordnete Guido Miglioli, wurde Anfang 1925 aus der Partei ausgeschlossen. Das hat aber seinen Einfluß bei den genannten Schichten eher verstärkt als geschwächt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter seiner Richtung sind in die freien Gewerkschaften eingetreten; die hinter ihm stehenden Kleinbauern haben sich im Herbst 1925 unter seiner Führung der Bauerinternationale angeschlossen.

Die Republikanische Partei, deren Mitgliedschaft sich vorwiegend aus der Arbeiteraristokratie und der kleinbürgerlichen Intelligenz der Provinzen Romagna, Marken und Latium (Rom) rekrutiert, hat politisch verhältnismäßig am wenigsten unter dem Bankrott des aventinischen Blocks gelitten. Als der Bankrott des Blocks offenkundig wurde, hat sie eine oppositionelle Stellung auch gegen die übrigen Blockparteien eingenommen und ist gleich der PSI (Maximalisten) aus dem Block ausgetreten. Ihr Zentralorgan. „La Voce Repubblicana" erscheint infolge der planmäßigen Beschlagnahmungen unter erheblichen Schwierigkeiten.

Die „Bauernpartei" (Partito dei Contadini), eine Winzer-

partei lokalen Charakters (Provinzen Mailand und Alessandria), die immerhin vier Abgeordnete in der Kammer hat, hatte sich nach dem Matteotti-Mord gespalten: zwei ihrer Abgeordneten gingen parallel mit dem abgespaltenen rechten Flügel der Popolari-Partei und waren also faschistenfreundlich, die anderen zwei traten dem aventinischen Block bei. Anfang 1926 hat sich die kleine Gruppe wieder vereinigt, indem auch die zwei oppositionellen Abgeordneten in die Kammer zurückkehrten. Im März 1926 hat sich die Organisation dem faschistischen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die „Sardinische Aktions-Partei" (Partito Sardo di Azione) hat ebenfalls einen lokalen Charakter, ihr Aktionsradius erstreckt sich nur auf die Insel Sardinien. Die Mehrheit der Mitgliedschaft besteht aus Kleinbauern, zum Teil auch aus Arbeitern. Während der Matteotti-Krise war die Partei in der Opposition. Auf ihrem im Herbst 1925 abgehaltenen Parteitag haben einige Delegierte gefordert, der Partei einen „klassenkämpferischen Charakter" zu geben; es kam jedoch zwischen den beiden Flügeln zu einem Kompromiß auf der Linie einer allgemein gehaltenen Opposition gegen den Faschismus.

Arbeiterbewegung

Die Hauptabschnitte der letzten zwei Jahre lassen sich kurz folgendermaßen kennzeichnen:

Sommer-Herbst 1924: Ermordung Matteottis, Lockerung des „legalen" und „illegalen" faschistischen Terrors (des „legalen" Staatsapparates und der „illegalen" faschistischen Formationen), fieberhafte politische und organisatorische Tätigkeit in der Arbeiterschaft (Reorganisierung der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsgruppen), Ablenkung der politischen Tätigkeit der Arbeiter durch die beiden sozialdemokratischen Parteien (die zentristischen Maximalisten und die offen reformistischen Turatianer) mittels des „aventinischen" Blocks, Sabotage der Reorganisationsarbeit seitens der Gewerkschaftsbürokratie durch Nichtanerkennung der wieder errichteten Ortsgruppen, sowie provokatorische Ausschlüsse kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre.

Winter 1924 — Frühjahr 1925: Inflation, weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter, Konjunktur der Industrie, gestärkte Position der Arbeiter im Betrieb, Lohnkämpfe (März: Generalstreik der Metallarbeiter in der Lombardei, der 250 bis 300 000 Arbeiter umfaßt). Abwürgen der Streikbewegung durch die Personal-Union der Gewerkschaftsbürokratie und der Reformisten (der Vorstand der Turati-Partei beauftragt seine in Mailand wohnenden Mitglieder, „den Streik zu überwachen, damit er nicht . . . der gemeinsamen Linie der aventinischen Blockparteien zuwiderlaufe") — gleichzeitig

Sammlung der zerrütteten faschistischen Reihen, Uebergang des Faschismus zum erneuten Angriff.

Sommer-Herbst 1925: Entfaltung der faschistischen Offensive, Bankrott des aventinischen Blocks, starke oppositionelle Strömungen innerhalb der beiden sozialdemokratischen Parteien, politisches und organisatorisches Anwachsen der Kommunistischen Partei — Zerfall des „Aventins", weiteres Zusammengehen der Führer der Turati-Partei mit den bürgerlichen Oppositionsparteien, Anstrengungen der Maximalisten zur Schaffung eines „Links"blocks der Maximalisten, Turatianer und Republikaner als Bollwerk gegen die von den Kommunisten geforderte Einheitsfront der Arbeiter.

Winter 1925 — Frühjahr 1926: Konzentrierter Angriff der Faschisten gegen die freien Gewerkschaften und die Betriebskommissionen (eine Art Betriebsräte), faschistisches Gewerkschaftsgesetz, Drängen der Arbeiter zur Verteidigung der Gewerkschaften — „Reorganisierung" des freien Gewerkschaftsbundes durch die Gewerkschaftsbürokratie im Einvernehmen mit den Turatianern: Auflösung sämtlicher Camere del Lavoro (Ortskartelle), weil meistens kommunistische oder kommunistisch-maximalistische Mehrheit; ihre Ersetzung durch ernannte und vom Hauptvorstand bezahlte „Gewerkschaftssekretariate" (die die Arbeiter „Gewerkschafts-Präfekturen" nennen); Abschaffung der Autonomie der Fachverbände, deren Vorstände aus Kommunisten und Maximalisten bestehen; Verhinderung des Eintritts neuer Arbeitermassen in die Gewerkschaften, was ein wirksames Mittel der Verteidigung der Gewerkschaften wäre — passives Zusehen seitens der Maximalisten, weiteres Anwachsen der Kommunistischen Partei, die nunmehr auch organisatorisch stärker ist als die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen.

Gewerkschaftsbewegung

Die italienische Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1925 stand im Zeichen der faschistischen Offensive gegen die freien Gewerkschaften, die Ende Dezember in der Annahme des faschistischen Gewerkschaftsgesetzes ihr äußeres Ende fand, und der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die — um ihre Positionen innerhalb der Gewerkschaften zu retten — durch eine bewußte Schwächung der Organisation (Auflösungen, Nichtzulassung neuer Mitglieder) jeden Widerstand gegen die faschistische Offensive vereitelte.

Am 2. Oktober 1925 wurde ein Vertrag zwischen den faschistischen Gewerkschaften und dem Unternehmerverband abgeschlossen, nach welchem die Unternehmer nur die faschistischen Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft anerkennen und sich verpflichten, mit den anderen Gewerkschaften — den freien und den christlichen — nicht mehr zu verhandeln. Als weiterer Ausbau dieses Vertrages, und um ihm eine „gesetzliche Kraft" zu geben, wurde Ende Dezember das

faschistische Gewerkschaftsgesetz unter Dach gebracht. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind:

a) Das Gesetz erkennt nur solche Gewerkschaften an, die einen „nationalen Charakter haben" — also nur die faschistischen. Die gesetzlich nicht anerkannten Gewerkschaften bleiben „de facto"-Organisationen.

b) Nur die „gesetzlich anerkannten" Gewerkschaften dürfen Kollektivverträge abschließen und überhaupt im Namen der Arbeiter Verhandlungen führen oder sie sonst vertreten.

c) Die „gesetzlich anerkannten" — also faschistischen — Gewerkschaften schließen Kollektivverträge im Namen der gesamten Arbeiterschaft des Faches und des Territoriums, auf welches sich die Tätigkeit der betreffenden Gewerkschaft erstreckt, ab, ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaft sind oder nicht. Es genügt, wenn 10 Prozent der Arbeiter in der Gewerkschaft organisiert sind.

d) Gleichfalls ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaft sind oder nicht, haben die „gesetzlich anerkannten" Gewerkschaften das Recht, von allen Arbeitern einen Jahresbeitrag von 15 Lire zu erheben; der Beitrag wird gleich bei der Lohnauszahlung abgezogen und vom Unternehmer selbst der Kasse der Gewerkschaft zugeführt.

e) Damit „antinationale Elemente" sich nicht in die faschistischen Gewerkschaften einschleichen können, schreibt das Gesetz vor, daß nur solche Arbeiter in die Gewerkschaft aufgenommen werden dürfen, „deren nationale Gesinnung über jedem Zweifel steht". Die ernannten Gewerkschaftssekretäre haben die Pflicht, jedes Gewerkschaftsmitglied, von dem es sich eventuell erst später herausstellt, daß es dieser Forderung nicht entspricht, sofort aus der Organisation auszuschließen.

Die Confederazione Generale del Lavoro (Allgemeiner Gewerkschaftsbund). Trotz der konzentrierten faschistischen Angriffe gegen die freien Gewerkschaften hatten diese zur Zeit des Abkommens zwischen den faschistischen Gewerkschaften und den Unternehmern immer noch 120 bis 130 000 zahlende Mitglieder, die sich auf die einzelnen Verbände folgendermaßen verteilten:

Holzarbeiter	4 000	Verbandsleitung kommunistisch
Gastwirtsangestellte	1500	
Goldschmiede	1 000— 1 200	
Privatbeamte	2 700	
Straßenbahner	12 000	Verbandsleitung maximalistisch
Eisenbahner	2 000— 3 000	
Eisenbahner d. Lokalbahnen	2 000— 3 000	
Bäckereiarbeiter	4 000	

Metallarbeiter	15 000—20 000	Verbandsleitung reformistisch
Textilarbeiter	15 000	
Bauarbeiter	12 000—14 000	
Buchdrucker	30 000	
Chemische Arbeiter	10 000	
Landwirtschaftl. Arbeiter	9 000	
Staatsbetriebe	1 500	
Hafenarbeiter	4 000— 5 000	

Und die Zahl der Organisierten wäre eine viel größere gewesen, wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer die Anerkennung der im ganzen Land zahlreich reorganisierten gewerkschaftlichen Fachgruppen und Ortskartelle (Camere del Lavoro) nicht statutenwidrig abgelehnt hätten, aus dem einfachen Grunde, weil die Mehrheit der organisierten Arbeiter Kommunisten oder auch Maximalisten waren. (Solche Camere del Lavoro waren z. B. jene von Verona, Biella, Venedig, Padua, Messina usw.) Die Gewerkschaftsbürokratie hat aber nicht nur die wiedererrichteten Organisationen abgelehnt, sie hat ebenso statutenwidrig auch die bereits bestehenden Camere del Lavoro zu unterdrücken getrachtet, weil die Leitungen derselben von der Mitgliedschaft gewählt werden und somit meistens kommunistische und auch maximalistische waren, und sie durch ernannte sog. „Gewerkschaftssekretariate" ersetzt. (So z. B. die Camere del Lavoro von Turin, Bologna, Neapel, Bari, Foggia u. a. m.) — Der faschistische Terror und die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie haben bewirkt, daß die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter so tief gesunken ist (1920 hatte die CFdL rund 2¼ Millionen Mitglieder), dennoch besteht kein Zweifel darüber, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft die freien Gewerkschaften — und nur sie — als ihre Organisationen anerkennt. Anschaulich hat es der Metallarbeiterstreik im Frühjahr 1925 gezeigt: während die Streikparole der faschistischen Metallarbeiter-Korporation in der Lombardei (Mailand) nur von 25 000 Arbeitern befolgt wurde, haben zwei Tage später auf Ruf des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbandes über 250 000 Metallarbeiter der Lombardei die Arbeit eingestellt. Ein anderes Beispiel der Treue der Arbeiter zu ihrer freigewerkschaftlichen Organisation gab der Buchdruckerverband. Als nach der Annahme des faschistischen Gewerkschaftsgesetzes der Generalsekretär des Buchdruckerverbandes, Tommaso Bruno, einer der engsten Mitarbeiter von D'Aragona und Baldesi, sowie die höheren Funktionäre des Verbandes ihre Positionen durch Uebertritt samt „ihrer" Organisation in den faschistischen Gewerkschaftsbund retten wollten (Januar 1926), hat es sich herausgestellt, daß über 90 Prozent der Mitgliedschaft des Verbandes nicht gewillt waren, ihnen zu folgen. Fast die gesamte Verbandsmitgliedschaft ist in der CGdL geblieben und hat dort den freigewerkschaftlichen Buchdruckerverband reorganisiert.

Diese Einstellung der Gesamtmitgliedschaft der freigewerkschaftlichen Organisationen und darüber hinaus der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft hat auch die Liquidierung der CGdL durch D'Aragona, Baldesi und Konsorten vereitelt. Nachdem die Spaltungstreiberei der reformistischen Gewerkschaftsführer mittels der provokatorischen Ausschlüsse kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre an der Einheitsfrontkampagne der Kommunisten abprallte, hat D'Aragona inmitten der faschistischen Offensive gegen die Gewerkschaften in einer Unterredung mit dem Berichterstatter der faschistischen „Epoca" (19. August 1925) wörtlich erklärt: „Bis jetzt haben die Gewerkschaften außerhalb des Staates und auch gegen den Staat ihren Einfluß ausgeübt; nun gilt es, die Gewerkschaften im Rahmen des Staats und zu seiner Disposition funktionieren zu lassen. Wir sind nicht dagegen, daß die Gewerkschaften unter Staatskontrolle gestellt werden." (!) Doch hat diese Erklärung eine solche Empörung bei den Arbeitern hervorgerufen, daß D'Aragona schließlich zum Rücktritt von seinem Posten als Generalsekretär der CGdL gezwungen war. Auf seinen Posten ist Ende 1925 Bruno Buozzi, der bisherige Sekretär des Metallarbeiterverbandes, getreten. Der „linkere" Buozzi tut jedoch nichts anderes, als die Politik D'Aragona's fortzusetzen. Unter seinem Generalsekretariat hat der Hauptvorstand der CGdL das faschistische Gewerkschaftsgesetz nicht etwa mit einer Stärkung der Organisation zwecks Aufnahme des Kampfes zur Verteidigung derselben beantwortet, sondern er hat das faschistische Gewerkschaftsgesetz dazu benutzt, durch eine weitere Schwächung der Organisation die Herrschaft der reformistischen Bürokratie im Gewerkschaftsbund zu verewigen. Im März 1926 wurden nicht nur sämtliche Camere del Lavoro abgeschafft und durch „Gewerkschaftssekretariate" ersetzt, sondern auch die Autonomie der meisten Fachverbände aufgehoben, indem die kleineren Verbände in einen einzigen sog. „gemischten Verband" vereinigt wurden, wo sie derart vom Hauptvorstand kontrolliert werden, daß nicht einmal die Mitgliederaufnahme den einzelnen Verbänden, sondern allein dem Vorstand des „gemischten Verbandes" obliegt.

All diese Sabotageakte der reformistischen Gewerkschaftsführer, die durch die hermetische Schließung der Türen der Organisationen vor den Arbeitern nicht nur die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die faschistischen Angriffe unmöglich machen, sondern die Organisation in ihren Grundlagen erschüttern, dienen einem Ziel: den wachsenden Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften zu brechen und die einzelnen Machtpositionen innerhalb der Organisation zu verteidigen. Einige Abstimmungen während des Jahres 1925 haben die reformistische Gewerkschaftsbürokratie gegen die Kommunisten alarmiert. Im Textilarbeiterverband hat eine Abstimmung im März 1925 folgende Resultate ergeben: Reformisten 45,8 Prozent (gegen 70 Prozent vorher), Maximalisten 23,3 Prozent (gegen 19 Prozent), Kommunisten 30,9 Pro-

zent (gegen 11 Prozent). In der Mailänder Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes ergab die Abstimmung bei der Wahl des Ortsgruppenvorstandes im Juni 1925 folgende Resultate: Reformisten 25 Prozent (gegen 37 Prozent vorher), Maximalisten 36 Prozent (gegen 33 Prozent), Kommunisten 39 Prozent (gegen 30 Prozent).

Der Sieg der Kommunisten bei den Wahlen der internen Betriebskommissionen (eine Art Betriebsräte) war während des Jahres 1925 durchschlagend.

Der Einfluß der Kommunisten ist seit diesen Wahlen sowohl in den Betrieben, als auch in den freigewerkschaftlichen Organisationen noch weiter gestiegen, denn sie sind die einzigen, die die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die faschistischen Angriffe, gegen die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer organisieren. Der Anfang 1926 illegal abgehaltene Parteitag der KPI hat den Kommunisten in den Gewerkschaften und in den Betrieben die doppelte Aufgabe der Bildung von „gewerkschaftlichen Verteidigungskomitees" unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und von „Agitationskomitees" in jedem Betrieb an Stelle der aufgelösten internen Betriebskommissionen zur Mobilisierung der Massen für die Verteidigung der freien Gewerkschaften und gegen die Faschisten und die Unternehmer gestellt.

Was die Gewerkschaftspolitik der Maximalisten anbelangt, so haben diese die Spaltungstreiberei und die Sabotage der Gewerkschaftsführer in Worten immer scharf kritisiert, in der Praxis — Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen — aber eng mit denselben Reformisten gegen die Kommunisten zusammengearbeitet. Unter dem Druck der Parteimitgliedschaft hat der Parteivorstand der PSI (Maximalisten) in seiner Sitzung vom 5. März 1926 zwar für die maximalistischen Gewerkschaftsfraktionen die Parole der Unterstützung des russisch-englischen Gewerkschaftskomitees herausgegeben, aber er hat gleichzeitig — unter der Phrase der „autonomen" Tätigkeit der Partei — auch den Befehl hinzugefügt, daß die maximalistischen Gewerkschaftsfraktionen auch in dieser Frage nicht geschlossen zusammen mit den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen vorgehen dürfen.

Die Confederazione Italiana dei Lavoratori, der Bund der christlichen Gewerkschaftsorganisationen, ist — parallel mit der Krise der Popolari-Partei — im Absterben. Wenn die christlichen Gewerkschaften, die den Klassenkampf ablehnen, selbst in den Jahren der „roten Gefahr" nicht verhindern konnten, daß ihre örtlichen Ortsgruppen, sowohl ihre Bauernsektionen, als auch ihre Arbeiter, wie z. B. die Textilarbeiter, im praktischen Klassenkampf Hand in Hand mit den „Roten" gingen, so haben sie nach der Entwicklung der letzten Jahre jeden Inhalt und Halt unter den Bauern und Arbeitern verloren. Dazu kommt, daß ihnen Ende 1925—Anfang 1926 auch die direkte Unterstützung des Vatikans verloren ging. Die unter dem Patronat des

Vatikans zu neuem Leben elektrisierte allkatholische Organisation, die „Associazione Cattolica", hat im März 1926 beschlossen, die katholischen Gewerkschaften fallen zu lassen, ein „Italienisches katholisches Institut für soziale Tätigkeit" zu errichten, das — wie betont wird — keine Gewerkschaft und somit die direkte Anerkennung der faschistischen Gewerkschaften durch den Vatikan und den Klerus, die ihnen bisher opponiert haben, sein soll.

Die republikanische „Unione Italiana del Lavoro" ist seit 1925 in die CGdL aufgegangen; die anarcho-syndikalistische „Unione Sindacale Italiana" gibt kein Lebenszeichen von sich.

Die faschistischen Gewerkschaften (Confederazione delle Corporazioni Fasciste), die einzig „gesetzlich anerkannten" Gewerkschaften, somit die einzigen, die Lohnverhandlungen führen und Lohnverträge abschließen dürfen, existieren trotz dieser Monopolstellung nur auf dem Papier. Ihre Mitgliederzahl beträgt nach offiziellen Angaben der Faschisten 1¾ Millionen. Die letzte detaillierte offizielle Statistik der Mitgliedschaft ist vom 1. Juni 1925:

Landwirtschaft	694 842
Bergbau	45 565
Metallindustrie	134 070
Chemische Industrie	63 765
Textilindustrie	57 595
Glasindustrie	14 665
Bauindustrie	124 665
Papierindustrie und Buchdruckgewerbe	15 789
Lebensmittelindustrie	31 925
Möbelindustrie	13 320
Transport	100 145
Hotelindustrie	41 650
Fischerei	21 203
Sanitäre	22 475
Kopfarbeiter	40 544
Lehrpersonal	30 335
Theater	32 920
Beamte	185 000
Staatsbetriebe	19 735
Nicht eingeteilt	35 595

Diese Mitgliederzahlen besagen indes nichts. Es werden zwar vielleicht soviel Mitgliedskarten, wie hier angegeben, durch wirtschaftlichen Terror der Unternehmer (Einstellung nur von faschistisch organisierten Arbeitern) und handgreiflichen Terror der Faschisten verteilt, dennoch stehen die Zahlen im wesentlichen nur auf dem Papier. Von einem Gewerkschaftsleben, Beratung der Mitgliedschaft und ähnlichem keine Spur. Höchstens pompöse „Gewerkschaftskongresse" mit Festreden und Paradeaufmärschen mit Fahnen und Musik und obliga-

torischer Anwesenheit der „Organisierten". Alles geschieht über die Köpfe der „Mitgliedschaft" hinweg und wird ihr und der gesamten Arbeiterschaft aufoktroyiert. Immerhin wird dieses Prinzip trotz des Terrors in der Praxis durch den lebendigen Klassenkampf verschiedentlich durchbrochen. Andererseits sehen sich die unteren Funktionäre veranlaßt, um nicht die Arbeiter zu weitgehend zu provozieren, ihren Forderungen gegenüber den Unternehmern Rechnung zu tragen, oder dies wenigstens vorzutäuschen. So kam es auch während des letzten Jahres 1925 zu zahlreichen von den örtlichen faschistischen Gewerkschaftsorganisationen inszenierten Streiks, die aber natürlich durch die zentralen Instanzen oder durch die Regierung selbst abgewürgt wurden.

Nach der Annahme des faschistischen Gewerkschaftsgesetzes hat sich die Organisation der Unternehmer, der „Allgemeine Verband der Industrie" in einen „Allgemeinen faschistischen Verband der Industrie" umgewandelt und ist gleichzeitig dem Bund der faschistischen Berufsverbände (Gewerkschaften) beigetreten. Gegenwärtig — Frühjahr 1926 — wird an der Angliederung der Kleinkaufleute und der Kleingewerbetreibenden an den faschistischen Industriellenverband gearbeitet.

Politische Arbeiterbewegung

Die Kommunistische Partei Italiens hat sich in den Jahren 1924/25 trotz der tatsächlichen Illegalität, in die sie durch das faschistische Regime gedrängt wurde, zur Massenpartei des italienischen Proletariats entwickelt. Ihre Mitgliederzahl, die zur Zeit der Ermordung Matteottis (Juni 1924) 8000 betrug, stieg bis zum Frühjahr 1926 auf über 30 000; die Partei ist somit auch zahlenmäßig stärker, als die beiden sozialdemokratischen Parteien — die Maximalisten und die Turatianer — zusammen. Dabei muß vor Augen gehalten werden, daß diese 30 000 nur die festen Kaders der Partei bilden. Die politische und organisatorische Einflußsphäre der Partei unter den Massen der Arbeiter ist eine weitausgedehnte. Die 130 000 Mitglieder der „Roten Hilfe" und der Umstand, daß bei den Betriebskommissionswahlen im Jahre 1925 die kommunistischen Listen gegenüber den gemeinsamen Listen der Maximalisten und Turatianer in allen ausschlaggebenden Betrieben die Mehrheit erobert hatten, sind beredte Zeugnisse dafür.

Die Vorbedingung für diese erfolgreiche Entwicklung der Partei war die Liquidierung des speziellen italienischen „Radikalismus", der unter dem Namen des „Bordigismus" bekannt ist. Der 5. Weltkongreß der KI, — der auch die Aufnahme der von der SPI bereits vor zwei Jahren abgespaltenen Gruppe der sogenannten „Drittinternationalisten" (Seratti, Maffi, Riboldi) in die Partei beschloß — hat der KPI ein neues Zentralkomitee und Pol-Büro gegeben, deren vor-

nehmste Aufgabe die Bolschewisierung der Partei war. In vollem Einklang mit dem EK der KI hat die KPI durch elastische Ausnützung der konkreten Situationen — der Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie, des Bankrotts des „aventinischen Blocks" und des kontinuierlichen Verrats der sozialdemokratisch-reformistischen Führer — in den vergangenen zwei Jahren die erdrückende Mehrheit der eigenen Parteimitgliedschaft auf die Linie der KI gebracht und sich die Sympathien der Mehrheit des ausschlaggebenden Teils des italienischen Proletariats, nicht zuletzt auch die Sympathien eines großen Teils der maximalistischen und turatianischen Arbeiter, gewonnen.

Der durch eine sechsmonatige offene Parteidiskussion vorbereitete und im Januar 1926 illegal abgehaltene 3. Parteitag hat die Bilanz der Parteitätigkeit der letzten zwei Jahre gezogen. Die Zusammensetzung des Parteitages war eine unter allen Gesichtspunkten höchst zufriedenstellende. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten waren Arbeiter aus den Betrieben und proletarische Bauern. 90 Prozent der Delegierten hat sich für die Linie der KI und des Zentralkomitees ausgesprochen; 10 Prozent der Stimmen entfiel auf die Bordigianische Opposition. Aehnlich war auch das Ergebnis der vorbereitenden Provinzparteitage, wobei besonders beachtet werden muß, daß Bordiga in drei süditalienischen — also nicht industrieproletarischen — Bezirken die Mehrheit hatte, während die Mehrheit der Zentrale in den anderen 62 Provinzen, wo Kongresse stattgefunden haben, eine überwältigende war. Der Parteitag hat gezeigt, daß Bordiga unter den industriellen Arbeitern so gut wie gar keine Anhängerschaft mehr hat. Und die Delegierten des Parteitages haben keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die Partei keine Fraktionsbildung mehr duldet, jeden Versuch einer neuen Fraktionsbildung auch mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen bereit sind.

Der Umbau der Partei auf Zellenorganisationen wurde im Juni 1925 planmäßig in Angriff genommen; im Frühjahr 1926 war die Arbeit so gut wie restlos durchgeführt. Entsprechend der Struktur des Landes und zum Teil auch der sozialen Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft ist die Zahl der Betriebszellen und der in Betriebszellen organisierten Mitglieder im Verhältnis zu den Straßen- und Dorfzellen verhältnismäßig niedrig. Eine möglichst restlose Ueberführung der Betriebsarbeiter aus den Straßenzellen, wo sie heute noch vielfach organisiert sind, in die Zellen der Betriebe wird diese Verhältniszahl schon in der nächsten Zeit günstiger gestalten.

Die soziale Gliederung der Parteimitgliedschaft ist die folgende:

Industrie- und Landarbeiter	19 000
Kleinbauern, Halbpächter, Kolonen	6 000
Handwerker und Kleingewerbetreibende	4 500
Intellektuelle und Privatangestellte	800

Auffallend ist die verhältnismäßig starke Gruppe der Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Die Erklärung hierfür liegt ohne Zweifel in den besonderen Verhältnissen in Italien, in der schwachen Entwicklung der Industrie in Mittel- und Süditalien, im verhältnismäßig leichten und häufigen Uebertritt von der Gruppe der Lohnarbeiter in die Gruppe der selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden.

Das organisatorische Gefüge der Partei konnte und kann durch die faschistischen Verfolgungen, durch die sich von Zeit zu Zeit wiederholenden Massenverhaftungen usw. nicht im geringsten erschüttert werden. Im Gegenteil, das Ergebnis der faschistischen Unterdrückung sind reiche Erfahrungen an illegaler Arbeit. Dem Parteitage sind 66 ebenfalls illegal abgehaltene Provinzparteitage mit 20 bis 50 Teilnehmern vorangegangen, und von den 66 Provinzparteitagen ist nur einer von der Polizei entdeckt worden, während die anderen 65 ihre Beratungen zu Ende führen konnten.

Die legale Parteipresse beschränkt sich auf das in Mailand erscheinende Tagesorgan der Partei, die „Unita". Die Regierung läßt sie — gleich dem „Avanti" und der „Voce Republicana" — „legal" erscheinen. Sie verbietet ihr aber über eine ganze Anzahl von Problemen — die einsetzende Wirtschaftskrise, Gewerkschaften, Lohnkämpfe usw. — zu schreiben und sie beschlagnahmt sie planmäßig monatlich acht- bis zehnmal. Obwohl die materiellen Schäden des Blattes enorm sind, ist aber Mussolinis Plan doch nicht gelungen, denn im Jahre 1925 haben die Arbeiter durch Subskription rund 400 000 Lire zur Unterstützung der „Unita" gesammelt. Die Sammlung im laufenden Jahre bewegt sich im gleichen Tempo. Anfang 1926 hat die Partei beschlossen, das slawische Presseorgan der Partei, „Delo", so bald wie nur möglich wieder herauszubringen.

Ein großes Gewicht legt die Partei — neben der Gewerkschaftsarbeit (siehe dort) — auf die Arbeit unter den Bauern. Schon die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft zeigt, mit welchem Erfolge. Der Ring der sympathisierenden Bauern um die Partei ist ein bedeutender. Sie organisieren sich in den „Associanzioni di difesa dei contadini" („Verteidigungs-Assoziationen der Bauern"), die ganz unter der Führung der Kommunisten stehen.

Die kommunistische Jugendorganisation ist die einzige Jugendorganisation von Bedeutung, während die beiden sozialdemokratischen, die republikanische und die popolarische Jugendorganisationen so gut wie gänzlich verschwunden sind. Der KJV hat seinen Kongreß ebenfalls im Januar 1926 illegal abgehalten und sich ein umfassendes Aktionsprogramm für die nächste Periode gegeben.

Die Sozialistische Partei („Partito Socialista Italiano"; Maximalisten). Seit dem Matteotti-Mord im „aventinischen" Block gänzlich im Schlepptau der oppositionellen bürgerlichen Parteien, ent-

wickelten sich in der maximalistischen Parteimitgliedschaft im Jahre 1925 mit dem immer offenkundiger gewordenen Bankrott des Blocks verschiedene oppositionelle Tendenzen gegen die Politik des Parteivorstandes. In einigen Orten kam es zu offener Verweigerung der Disziplin.

Die Linksentwicklung der Parteimitgliedschaft hat zuerst die oppositionelle Stellung einiger Führer, wie Lazzari und Mancini, gestärkt, ohne jedoch, daß diese Opposition bis heute einen konkreten Inhalt bekommen hätte. Sodann hat die Linksentwicklung der Mitgliedschaft die Mehrheit des Parteivorstandes gegen Nenni und Vella in Opposition gebracht; infolgedessen wurde das Parteisekretariat Vella weggenommen und Vernocchi anvertraut. Der Druck der Parteimitgliedschaft hat den Parteivorstand genötigt, im September 1925 als erster aus dem „aventinischen Block" auszutreten. Schließlich wurde Nenni von der Direktion des „Avanti" abgesetzt und es hat sich gleichzeitig das Band zwischen ihm und Vella gelöst. Nenni forderte die Fusion mit den Turatianern und den Eintritt der Partei in die II. Internationale, wegen des Druckes der Parteimitgliedschaft blieb er aber isoliert. Er erklärte sich „diszipliniert", hat aber gegen Ende März 1926 eine eigene Zeitschrift „Lo Quarto Stato" herausgegeben, in der eine Anzahl Turatianer mitarbeiten. Vella orientiert sich seit Anfang 1926 zur Mehrheit des Parteivorstandes, der sowohl die Fusion mit den Turatianern, als auch den Eintritt in die II. Internationale ablehnt und eine der Hauptstützen des unter der Leitung von Angelika Balabanoff stehenden „Pariser Büros der revolutionären sozialistischen Parteien" (der neuen embryonalen 2¾ Internationale) ist.

Die Politik des Parteivorstandes erschöpft sich in einer heuchlerischen „Intransigenz", mittels derer die Entwicklung der Parteimitgliedschaft zur Kommunistischen Partei verhindert werden soll und auch tatsächlich verlangsamt wird. Unter dem Druck der Mitglieder hat die SPI im März 1926 die Gewerkschaftsorganisationen der Partei beauftragt, innerhalb der Gewerkschaften für den Anschluß an das anglo-russische Komitee Propaganda zu treiben, gleichzeitig aber ihnen den strengen Befehl erteilt, jedes engere Zusammengehen mit den kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen abzulehnen.

Die faschistische Regierung gewährt der SPI eine verhältnismäßig große Bewegungsfreiheit. So kann z. B. nicht nur ihr Parteivorstand ungestört seine Sitzungen abhalten (während das Zentralkomitee und das Pol-Büro der KPI. nur illegal zusammenkommen können), auch die Provinzparteitage der Partei finden vollkommen legal statt. Ebenso soll der für Oktober 1926 einberufene Parteitag der Maximalisten legal stattfinden. Dieser verhältnismäßig großen Bewegungsfreiheit kann es die Partei verdanken, daß ihr organisatorischer Stand sich im letzten Jahre ziemlich konstant auf ungefähr 15 000 hielt. Nachdem aber die

Partei keinen illegalen Apparat hat, ist für das Jahr 1926 infolge des neuen faschistischen Vereinsgesetzes mit einer starken Verminderung ihrer Mitgliederzahl zu rechnen.

Das Zentralorgan der Partei, der „Avanti", kämpft nach wie vor mit großen finanziellen Schwierigkeiten.

Die Unitarische Sozialistische Partei („Partito Socialista Unitario Italiano"; Turati-Partei). Wie in der Mitgliedschaft der SPI, so sind mit dem Bankrott des „Avanti" auch unter den Arbeitern der PSUI starke oppositionelle Tendenzen und eine Linksbewegung zu verzeichnen. Die wichtigsten Ortsgruppen der Partei (Mailand, Turin und Neapel) traten bereits im Sommer 1925 in Opposition gegen ihre Parteileitung, forderten die Vereinigung mit den Maximalisten. Ebenso haben sich die Arbeiter der PSUI der Forderung nach dem Rücktritt D'Aragonas als Generalsekretär der CGdL angeschlossen. Die oppositionelle Strömung unter den Arbeitern der Partei war so groß, daß sie bereits auch im Parteivorstand, trotz des großen persönlichen Einflusses von Turati, Treves, Modigliani, Baldesi und D'Aragona, eine Widerspiegelung fand, als Mussolini am 7. November 1925 die Partei verbot und auflöste, um dadurch den in Bildung begriffenen „konstitionellen" Block, dem die Führer der PSUI sich, entgegen dem Willen der Mehrheit der Parteimitgliedschaft anzuschließen bereit standen, zu vereiteln. Damit war gleichzeitig auch die weitere Entwicklung der Opposition innerhalb der Partei unterbunden.

Ende 1925 gingen die Führer der aufgelösten Partei daran, mittels der Parlamentsfraktion die Partei unter dem Namen „Partito Socialista dei Lavoratori Italiani" (Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter) zu reorganisieren. Anfang 1926 ist dann die Konstituierung der neuen Partei auch erfolgt. Sie besteht aber gegenwärtig nur aus einem Komitee und der „Parlamentsfraktion der der Partei angeschlossenen Abgeordneten". Der Ausbau der Organisation im Lande, womit das Komitee beauftragt wurde, ist nicht einmal recht eingeleitet und wird auch voraussichtlich vorläufig keine nennenswerten Fortschritte machen, da der heutige Zustand den Führern bequem ist. Sie werden sich so lange wie nur möglich mit der Bildung ganz loser Gruppen begnügen, um damit tunlichst einer größeren Abwanderung der Mitglieder der alten Partei in die KPI und SPI vorzubeugen.

Mit dem Verbot der alten Partei wurde gleichzeitig auch ihr Zentralorgan, die in Mailand erschienene „Giustizia", verboten. Dieses Verbot ist zwar einige Wochen später zurückgezogen worden, die Turatianer haben jedoch beschlossen, das Blatt in seiner alten Form nicht weitererscheinen zu lassen. Seit März 1926 erscheint es unter seinem alten Namen „Giustizia" als offizielles Wochenorgan der neuen Partei.

Das Blatt wurde zuerst in Rom herausgegeben, wo auch der neue Parteivorstand sich aufhielt, um Parteiorgan und Parteivor-

stand der Kontrolle der Mailänder Arbeiter gänzlich zu entziehen und sie unter die Aufsicht der ultra-reformistischen Parlamentsfraktion zu stellen. Ende Mai mußte jedoch unter dem Druck der „linken" Elemente der Partei gegen den Willen Turatis beschlossen werden, beide wieder nach Mailand zu verlegen.

Die Anarchisten sind in den letzten Jahren gänzlich aus dem politischen Leben des Landes verschwunden. „Pensiero e Volonta" („Gedanke und Willen"), die Halbmonatsschrift Enrico Malatestas, erscheint zwar nach einer mehrmonatigen Unterbrechung seit März 1926 wieder, ohne jedoch den Anspruch auf die Führung irgendeiner politischen Aktivität zu erheben.

Die italienischen Kolonien

Die italienischen Kolonien haben für das Mutterland nicht die große Bedeutung wie jene Englands oder Frankreichs; sie sind dünn bevölkert und wenig fruchtbar. Das günstigste Feld, die Sizilien so naheliegende Nordküste von Afrika, hat Frankreich in Beschlag genommen.

Die starke Entwicklung der Industrie in den letzten Jahren einerseits, das Einwanderungsverbot der Vereinigten Staaten von Nordamerika andererseits, haben das Kolonialproblem in den Vordergrund gestellt. Eine großangelegte Propaganda im Lande für Kolonien und die mit großer Aufmachung in Szene gesetzte Reise Mussolinis nach Tripolis sind der Auftakt zur Erhebung neuer kolonialer Ansprüche.

Tripolitanien und Cyrenaica (Italienisch-Lybien). Im italienisch-türkischen Krieg von der italienischen Armee okkupiert, später formell für annektiert erklärt, durch den Frieden von Ouchy am 18. Oktober 1912 als italienische Herrschaft etabliert, was dann durch die Großmächte bestätigt wurde. Grenzabkommen mit Frankreich (Tunesien-Sahara) vom 12. September 1919 (auf Grund des interalliierten Abkommens von 1915); von England Djarabaib an der ägyptischen Grenze abgetreten.

Administrativ und militärisch in zwei getrennte Distrikte eingeteilt: Tripolitanien und Cyrenaica; jeder unter einem besonderen Gouverneur. In beiden Teilen haben die Eingeborenen die gleichen Rechte wie die Italiener, und beide Gebiete haben ein von allen Bewohnern gewähltes lokales Parlament. Italienisches Militär und Eingeborenentruppen, von italienischen Offizieren kommandiert.

Areal und Bevölkerung: Gesamtgebiet schätzungsweise 1 150 000 qkm. Die Gesamtbevölkerung wird auf sechs Millionen

lionen geschätzt, davon etwa 30 Prozent Araber, 40 Prozent Neger, 20 Prozent Juden, 10 Prozent Europäer.

W i r t s c h a f t : Küste und Oasen sehr fruchtbar; Palmen, Oliven, Obst, auch Getreide. Viehzucht trotz großer Weiden noch wenig entwickelt.

Vier natürliche Zonen in Tripolitanien: a) Küstenzone mit Palmen, Früchten, Oliven; b) Hochländer; c) Oasenzone; d) vierte Zone mit Palmen, Feigen, Reben, Mandelbäumen.

Die ständige Auflehnung der Eingeborenen macht ständige und teure Militärmaßnahmen notwendig.

E r y t h r e a a m R o t e n M e e r. Fläche etwa 120 000 qkm. Gesamtbevölkerung etwa 450 000 inkl. 3000 Europäer, davon 2600 Italiener (ohne Militär). Religion der Eingeborenen: koptische Christen und Mohammedaner. Sprache tigrenisch (ein abessinischer Dialekt) im Hochland und arabisch an der Küste. Zwei natürliche Regionen und Produktionsgebiete: die tropisch heiße Küste mit Winterregen und das Hochland mit Sommerregen, beide fruchtbar; künstliche Bewässerungsanlagen in der tiefen Zone zwecks intensiven italienischen Farmbetriebes sind in Ausführung. Ueberfluß an Weideland. Viehzuchttreibende Bevölkerung, teilweise halbnomadisch. Verschiedene Goldminen werden erfolgreich betrieben. Petroleum wird neuerdings gefunden; 310 km Eisenbahnen. Italienische Währung, aber auch noch Maria-Theresia-Taler in Umlauf. Neue Silbermünze: „Tallero d'talia".

S o m a l i l a n d („Somalia Italiana"). Bestehend aus 1. Kolonie „Südsomaliland" (ehemals „Benadir" genannt), von 4 Grad 30 Minuten nördlicher Breite bis zum Südufer des Djubaflusses; 2. den Protektoraten nordwärts von der eigentlichen Kolonie, nämlich Sultanat der Mijertins, Territorium Nogal und Sultanat Obbia. Gesamtareal 360 000 qkm. Gesamtbevölkerung schätzungsweise 650 000.

Die Kolonie „Südsomaliland" steht unter einem Zivilgouverneur; italienisches Militär. Produktion: Viehzucht und Ackerbau (seit italienischer Okkupation Umwandlung vieler Viehzüchter in Ackerbauer). Hauptexportartikel: Durrha, Mais, Gummi arabicum, Häute, Butter, tierische Produkte, Eisenbahnbau Makdischu—Baidoa.

J u b a l a n d, ein Gebiet, dessen Grenzen sind: im Norden Abessinien, im Westen der Längengrad 41, im Süden der Indische Ozean und im Osten der Juba-Fluß, der die Grenze zwischen Jubaland und Somaliland bildet, wurde im Vertrag vom 10. März 1925 von England an Italien abgetreten. Chisimaio, der Hafen an der Jubamündung, ist ein wichtiger Verkehrspunkt.

Japan

Oberfläche, Bevölkerung

	Oberfläche in qkm	Bevölkerungszahl 1. 10. 1924
Japan (Insel Hokaido (oder Jesso) Hondo (oder Honschiu), Schikoku, Kiuschiu und 410 kleinere Inseln)	387 962	59 139 000
Kolonien:		
Korea	220 741	18 677 800
Formosa (Tai-Wan)	35 846	3 794 200*)
Pescadores (Bokoto)	123	—
Süd-Sachalin (Karafuto)	36 090	169 300
Insgesamt:	680 762	81 780 300
Kwangtung (Konzessionsgebiet in Süd-Mandschurei)	3 378	687 316
Mandatsgebiete (Karolinen-, Marianen- und Marschallinseln)	2 450	52 222

Die größten Städte 1925: Osaka 2 114 809, Tokio 1 995 303, Kioto 679 976, Nagoya 768 560, Kobe 644 212, Yokohama 405 888 Einwohner.

Verfassung. Konstitutionelle Monarchie seit 1889, Zweikammersystem. Das Herrenhaus besteht aus gewählten und ernannten Mitgliedern; allgemeines Männerwahlrecht für das Repräsentantenhaus.

Wirtschaft

Seit der Krise 1920 ist eine allmähliche Besserung in der Wirtschaftslage eingetreten, was aber bei weitem noch keine gute Konjunktur bedeutet, sondern eine ähnliche Depression, wie sie in Europa herrscht. Die japanische Wirtschaft kann ihren während des Krieges stark erweiterten Produktionsapparat nicht voll ausnützen, die Lage wird noch durch die rasche Zunahme der Bevölkerung und damit des ländlichen Proletariats erschwert. Die Arbeitslosigkeit wurde eine drohende Gefahr für die herrschende Klasse. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird auf eine Million geschätzt. Das Problem der Arbeitslosigkeit bedeutet eine ernsthafte Beunruhigung der Regierung, da die Arbeitslosigkeit nicht nur ein Steigen der Kriminalität und der Selbstmorde, sondern auch ein Anwachsen der revolutionären Stimmung im Lande zur Folge hat.

Landwirtschaft: Nur ein Fünftel der Gesamtfläche ist für Ackerbau geeignet. Japan ist trotz des Ueberwiegens der Landwirtschaft ein Agrareinfuhrland.

*) Davon 2,5 Millionen Chinesen.

Anbaufläche und Ernteertrag

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	479	6 860	483	6 813	465	6 914	468	8 039
Gerste	1334	5 843	1032	15 991	1005	16 325	996	17 435
Reis	3005	90 881	3122	100 264	3117	103 286	3132	111 000
Tee	49	320	44	359	42	358	—	—
Tabak	31	508	36	617	38	563	37	638

Viehzucht: Wegen Mangel an Weiden sehr gering. Viehstand 1913: 1 591 591 Pferde, 1 469 329 Rinder, 667 820 Schweine. Seidenraupenzucht 1923: 260 774 dz Kokons.

Bergbau: Auch hier zeigt sich die natürliche Armut Japans. Der Gesamtwert der Bergbauproduktion betrug 1922 416, 1923 439 Millionen Yen, wobei 251 bzw. 257 Millionen auf Kohlen entfielen. Die Zahl der Arbeiter in Kohlengruben betrug 1922 249 022, in Erzgruben 52 000.

Industrie: Die Entwicklung zeigen die folgenden Daten:

	Zahl der Betriebe mit motorischer Kraft	Zahl der Betriebe ohne motorische Kraft	Gesamtarbeiterzahl	Darunter Frauen
1913	9 403	6 408	916 252	540 656
1919	26 946	17 140	1 611 990	870 797
1922	33 669	12 758	1 691 019	856 705

Der wichtigste Industriezweig ist die Textilindustrie. Nur in den Spinnereien waren 1922 253 000 Arbeiter beschäftigt. Papier- und Porzellanindustrie sind die weiteren bedeutungsvollen Industriezweige.

Verkehr. Länge der Eisenbahnen 1923 14 978 qkm.

Außenhandel:

(Mill. Yen.)

	1913	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	729	1890	1984	2453	2543
Ausfuhr	632	1637	1447	1807	2270

Die wichtigsten Ausfuhrartikel sind Rohseide, Seidenwaren und andere Textilien.

Finanzen:

Staatshaushalt (Mill. Yen.)

	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Einnahmen	1482	1350	1615	1550
Ausgaben	1482	1350	1615	1550

29 Prozent der Ausgaben entfielen auf die Armee und die Flotte, Staatsschulden Ende 1924: 2695 Millionen Yen Inlandsschulden, 1514 Millionen Yen Auslandsschulden.

Der Fall des Yen wurde in der zweiten Hälfte 1925 eingedämmt und das Goldausfuhrverbot aufgehoben.

Politik

Politische Gruppen: Sejukai (Konservative), Sejuchonto (eine Absplitterung der Sejukai), Kenseikai (Fortschrittliche), Vertreter der imperialistischen Großbourgeoisie, Kakushin (Reformklub), ebenfalls Vertreter der Bestrebungen des Bürgertums und zum Teil des Kleinbürgertums. Die Herausbildung fester Parteien vollzieht sich erst jetzt.

Reaktionäre Organisationen: „Verband ehemaliger Soldaten" — eine weitverbreitete Organisation unter der Leitung des Kriegsministeriums. Die Faschisten verfügen über mehrere Organisationen, wie den „Verband des nationalen Geistes", „Konstitutionelle



Das Gebiet des japanischen Imperialismus

Arbeiterpartei" u. a. m., die sämtlich Werkzeuge in der Hand reaktionärer Gruppen sind. „Der kaiserliche Landwirtschaftsverband" — eine Organisation der Agrarier, die mit Sejuchonto und dem rechten Flügel der Sejukai in Verbindung steht. „Der Kaiserliche Seidenzüchterverband" — eine Organisation mit ungefähr 250 000 Mitgliedern, die unter der Führung von Sejukai steht.

Zusammensetzung des Unterhauses: Das Unterhaus wurde 1924 gewählt und hatte Anfang 1926 folgende Zusammensetzung:

Kenseikai	163
Sejuchonto	90
Sejukai	136
Kakushin Klub	26
Unabhängige	41

Innere Politik: Die nach dem Erdbeben 1923 eingetretene Krise in der herrschenden Partei Sejukai war das äußere Anzeichen jenes Druckes, den die Volksmassen auf Grund der allgemeinen Krise auf die herrschenden Kreise ausübten. Die Regierung Kioura, die sich auf die Partei Sejuchonto — eine von Sejukai abgespaltene Gruppe — stützte, vermochte sich nicht nach den Parlamentswahlen im Mai 1924 an dér Macht zu halten. Die Kabinettsbildung wurde dem Führer von Kenseikai, dem Vicomte Kato, übertragen, der unter Heranziehung der Vertreter von Sejukai und der Gruppe „Kakushin Klub" die sogenannte „Koalitionsregierung" bildete.

Die Politik der Regierung Kato war in erster Linie festgelegt durch die Notwendigkeit, gewisse Reformen durchzuführen, um die Unzufriedenheit des durch die Wirtschaft der Monopolisten und des Finanzkapitals ruinierten städtischen und ländlichen Kleinbürgertums zu beschwichtigen. Daraus erklärt sich die Durchführung der langerwarteten Wahlrechtsreform im März 1925, die die Wählerzahl von 3 auf über 11 Millionen erhöhte. Andererseits ließ sich auch die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse nicht ausschließlich durch Repressalien unterdrücken, wenngleich die Gewaltmaßnahmen der Regierung unvermindert ihren Fortgang nahmen.

Die Regierung Kato mußte die Legalisierung der Arbeiterbewegung in Aussicht nehmen; gleichzeitig mit einem Erlaß gegen die illegalen Organisationen arbeitet sie eine Reihe Gesetzentwürfe über die Legalisierung der Gewerkschaften, über Schlichtung bei Streiks u. dgl. aus, die auf das Bestreben der Regierung, sich eine Kontrolle über die Arbeiterbewegung zu sichern, zurückzuführen sind.

Diese Maßnahmen der Regierung Kato, die im Grunde nur eine Reform des politischen Lebens Japans auf bürgerlicher Basis bezwecken, stoßen auf den Widerstand der reaktionären Elemente, die sich an die Ueberreste der feudal-bürokratischen Periode klammern. Die der Regierung angehörige Partei Sejukai, die sich auf diese Elemente stützt, provozierte eine Ministerkrise, um selbst die Macht

zu ergreifen. Aber Kato bildete ein reines Kenseikai-Kabinett, obgleich diese Partei nur über ein Drittel der Stimmen im Parlament verfügt, weil er hoffte, daß Kenseikai, falls ihn Sejukai und Sejuchonto zur Auflösung des Parlaments zwingen sollten, bei den Neuwahlen die Mehrheit erobern würde.

Es ist allerdings möglich, daß sich die Regierung Kato (der Tod von Kato Anfang 1926 hat keinen wesentlichen Einfluß auf die weitere Haltung der Regierung gehabt) angesichts der wachsenden Arbeiterbewegung und ihres Strebens nach politischer Organisation auf ein Kompromiß mit den reaktionären Elementen einlassen wird, was zugleich eine Verschärfung der Gewaltpolitik und eine Aufschiebung der angekündigten Reformen bedeuten würde.

Außenpolitik: Nach dem Erdbeben schien die Bedeutung Japans als imperialistische Weltmacht im ersten Augenblick stark erschüttert. Und in der Tat mußte das Land seine ganze Aufmerksamkeit auf die innere Lage und den Wiederaufbau des Zerstörten konzentrieren. Japan mußte um ausländische Anleihen nachsuchen, die in einer Höhe von 550 Millionen Yen im Februar 1924 in London und New York abgeschlossen wurden. Die scheinbare Schwächung Japans wurde von den Vereinigten Staaten im Juni 1924 noch unterstrichen, als Coolidge das vom Senat angenommene Gesetz über die Sperrung der japanischen Einwanderung bestätigte. Andererseits verschob die Regierung Macdonald den Ausbau der Flottenbasis Singapore, in der Annahme, daß für Indien keine Gefahr bestehe. Indes ließ der japanische Imperialismus schon ein Jahr nach dem Erdbeben erkennen, daß er sich von seinen inneren Sorgen beinahe erholt habe. Der Sieg Tschang Tso-lins im Oktober 1924 stärkte den Einfluß Japans in China beträchtlich und bedeutete für England und die Vereinigten Staaten einen schweren Schlag. Dagegen erfuhr Japans Stellung in China durch die Schanghaier Bewegung und den Kampf gegen Tschang Tso-lin gegen Ende 1925 eine erhebliche Schwächung. Auf der Zollkonferenz in Peking bestand die japanische Regierung auf der vollen Aufrechterhaltung der alten Privilegien. Die riesigen Land- und Marinemanöver im November haben bewiesen, daß sich Japan eifrig für kommende Zusammenstöße rüstet. Die Rüstungsausgaben wurden auch im Jahr 1924 nicht verringert und im August 1925 arbeitete das Marineministerium ein auf fünf Jahre berechnetes Bauprogramm für 40 Kreuzer und andere Schiffe aus, wofür 320 Millionen Yen erforderlich sind. Dieses fortschreitende Wachstum der japanischen Rüstungen hat für England die Flottenbasis von Singapore neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt, und die engliche Regierung hat beschlossen, deren Errichtung in Angriff zu nehmen. Als Gegendemonstration zu den Manövern der amerikanischen Flotte vom Januar bis August 1925 im Stillen Ozean führte die gesamte japanische Flotte eine Reihe von Küstenmanövern aus.

Zu den wichtigsten Faktoren der japanischen Außenpolitik in der letzten Zeit zählen: die Anerkennung der Sowjet-Union, die Tendenz, sich mit der Türkei und Persien zusammenzuschließen, der Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich betreffs Indo-China sowie der japanisch-mexikanische Vertrag. Diese Tatsachen betonen das Streben Japans, seine Isolierung, in der es sich seit der Washingtoner Konferenz und namentlich seit dem Erdbeben befindet, zu durchbrechen.

Arbeiterbewegung

Nach wie vor setzt die japanische Regierung und Bourgeoisie den Versuchen der Organisierung der Arbeiterschaft den größten Widerstand entgegen. Die Regierung versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem sie die Reformisten und ihre Bestrebungen zur Spaltung der japanischen Arbeiterbewegung unterstützt.

Gewerkschaften.

Im Juni 1925 gab es in Japan 406 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 227 677 Mitgliedern. Diese verteilten sich auf die wichtigsten Orte folgendermaßen:

Ort	Zahl der Gewerkschaften	Mitgliederzahl
Tokio	53	26 237
Kioto	35	11 942
Osaka	58	38 287
Kanahawa (Gouv. Jokohama)	14	22 090
Chiogo (Gouv. Kobe)	22	47 164
Chiroschima (Werften in Kure)	15	22 159
Fukuoka (Hüttenindustrie-Rayon)	13	14 821

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter machen noch keine sieben Prozent der Gesamtzahl des japanischen Proletariats aus. Viele Gewerkschaften tragen rein lokalen und zünftlerischen Charakter. In der letzten Zeit hat die Zusammenfassung der Gewerkschaften in örtlichen Verbänden begonnen, in die allerdings bis jetzt bei weitem noch nicht alle Organisationen einbezogen sind.

Die japanischen Gewerkschaften sind noch wenig zentralisiert. Der Arbeiterverband (Sodomei) umfaßte Anfang 1926 ca. 32 000, der Gewerkschaftsrat (Hyogikai), der von den aus dem Arbeiterverband ausgeschlossenen Gewerkschaften gegründet wurde, ca. 31 000 organisierte Arbeiter. Im großen und ganzen ist die Sodomei rechts gerichtet und die Hyogikai links eingestellt, obgleich die Grenzlinien nicht scharf gezogen werden können. Die Organisation der Anarcho-Syndikalisten geht immer mehr zurück und ihre Mitgliederzahl kann gegenwärtig auf höchstens 5000 geschätzt werden. Das Gewerkschaftsbündnis Japans (Nippon Rodo Kumiai Rengo), das vor kurzem gegründet wurde, erhebt An-

spruch darauf, die Stellung einer dritten Partei gegenüber den einander bekämpfenden Parteien, der Sodomei und der Hyogikai, einzunehmen. Sie hat aber nicht mehr als 4000 bis 5000 Mitglieder.

Die wichtigsten selbständigen Organisationen sind die folgenden: Verband der Arbeiter der Staatsbetriebe mit 13 000, die Verbände der Straßenbahner und Transportarbeiter mit 15 000 Mitgliedern. Die beiden stehen der Sodomei nahe.

Verband der Dockarbeiter mit über 40 000 Mitgliedern.

Vier Seeleuteverbände mit insgesamt ungefähr 50 000 Mitgliedern von sehr geringem Klassenbewußtsein.

Arbeitsbedingungen: Nach Angaben der japanischen Fabrikinspektion beträgt der durchschnittliche Arbeitstag in der Textil- und Lebensmittel-Industrie 12 Stunden, in der chemischen und Maschinenbau-Industrie 10 Stunden, bei einstündiger Mittagspause. Der Arbeitslohn ist 1925 um 6 Prozent gesunken, während der Preis der lebensnotwendigen Gegenstände um 10 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der monatlichen Ruhetage beträgt duchschnittlich zwei bis drei, in seltenen Fällen vier. Arbeiter, die sich gewerkschaftlich betätigen, werden beim geringsten Anlaß entlassen.

Streiks: Trotz der steigenden Arbeitslosigkeit und der polizeilichen Repressalien, die jeden Streik begleiten, ist die Zahl der Streiks in der letzten Zeit nicht nur nicht gesunken, sondern in einem ständigen Wachstum begriffen, das überdies die Tendenz zur Organisation aufweist. Die schweren Arbeitsbedingungen und die systematische Lohnsenkung zwingen zur Arbeitsniederlegung. Nach Angabe des sozialen Büros des Innenministeriums wurden für August, September, Oktober 1925 über 200 Streiks und Unruhen registriert, die in erster Linie auf Lohnsenkung und Arbeiterentlassung zurückzuführen sind. Die Polizei wird nicht müde, Streikführer zu verhaften, Streikbrecher zu beschützen und Streikversammlungen auseinanderzujagen.

Genossenschaftsbewegung: In den japanischen Genossenschaften ist in erster Linie die mittlere und begüterte Bauernschaft sowie das städtische Kleinbürgertum organisiert. Die Genossenschaftsbewegung ist 1892 entstanden. Ende 1924 umfaßte sie 14 259 ursprünglich lokale Genossenschaften aller Art mit einem Kapital von 400 Millionen Yen und 2½ Millionen Mitgliedern. Im Lande bestehen 191 Vereinigungen der ursprünglich lokalen Gesellschaften. Der Zentralverband der Genossenschaften arbeitet unmittelbar unter der Leitung des Innenministeriums. Außer der Genossenschafts-Zentralbank erweisen auch die Regierungsbanken den Genossenschaften Unterstützung.

Politische Arbeiterbewegung

Bis zum Jahre 1924 war die illegale japanische kommunistische Partei mit ihren wenigen hundert Mitgliedern die einzige Arbeiterpartei

in Japan. Nach dem Erdbeben benutzte die Regierung die allgemeine Verwirrung und vernichtete die Partei durch Repressalien und Hinrichtungen ohne gerichtliches Verfahren. Anfang 1924 erklärte sich die Partei als aufgelöst. Gleichzeitig wird aber der linke Flügel der Arbeiterbewegung mit jedem Tag stärker und kämpft mit Erfolg gegen die Reformisten und die gelben Führer in der Gewerkschaftsbewegung. Im letzten Jahre ist die Tendenz der Arbeiter, sich politisch zu organisieren, beträchtlich gewachsen; der hemmende Einfluß der syndikalistischen und anarchistischen Elemente ist mehr oder minder überwunden. Gleichzeitig ist allerdings die reformistische Gefahr gestiegen.

Die 1924 gegründete „Gesellschaft zum Studium der Politik", der die Vertreter zahlreicher Verbände angehören, hat unter dem Druck der Linken die Gründung einer Massenarbeiterpartei in Angriff genommen. Im August 1925 fand die erste vorbereitende Konferenz der Arbeiterorganisationen statt, die der Schaffung einer sogenannten proletarischen Partei gewidmet war. Die Konferenz beschloß, gegen Ende des Jahres einen Gründungskongreß der Partei einzuberufen und wählte ein vorbereitendes Komitee. Die „Gesellschaft zum Studium der Politik" arbeitete einen Entwurf für die theoretische Basis und das Statut der Partei aus, die ihr die Sympathie der breiten Arbeiter- und Bauernmassen sichern. Die Gründungskonferenz trat am 3. Dezember 1925 in Tokio zusammen. Die neue Arbeiter- und Bauernpartei wurde aber noch an demselben Tage von der Regierung verboten. Unter Ausschluß der linksstehenden Organisationen wurde dann Anfang März 1926 die reformistische „Proletarische Partei" gegründet.

B a u e r n b e w e g u n g : In Japan gibt es eine sehr große Anzahl bäuerlicher Halbproletarier, die den Gutsbesitzern und reichen Bauern kleine Flecken Boden abpachten und maßlos ausgebeutet werden. Ihre Lage verschlechtert sich von Jahr zu Jahr, da mit der wachsenden Bevölkerung die zur Verpachtung kommende Bodenfläche sinkt. Der Kampf der ärmsten Bauernschaft gegen ihre Ausbeuter hat eine Bewegung der Pächter sowie die Organisierung von Bauernbünden zur Folge gehabt. 1924 wurden 2204 Zusammenstöße zwischen Pächtern und Grundbesitzern registriert, und im gleichen Jahr wurden 1800 Bauernbünde mit insgesamt 150 000 Mitgliedern gezählt. 1922 wurde der Alljapanische Bauernbund Nippon Nomin Kumian gegründet, der gegenwärtig etwa 50 000 Mitglieder besitzt. Der japanische Bauernbund hat von Anfang an erklärt, daß er zusammen mit der Arbeiterklasse kämpfen wolle, und er ist aktiv an der Organisation der Arbeiter- und Bauernpartei beteiligt.

Korea

Oberfläche: 220 740 qkm, Bevölkerung (1924) 18 677 800. Größte Städte (1922): Seoul 271 414 (darunter 73 345 Japaner), Heijo-fu (Pyong-Yang) 86 519 (darunter 19 157 Japaner). Japanische Kolonie; von einem japanischen General-Gouverneur regiert, dem ein beratender, vom Gouverneur ernannter „Zentralrat" zur Seite steht. Zügellose Willkürherrschaft.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Korea ist hauptsächlich ein Landwirtschaft betreibendes Bauernland; die Bauernschaft beträgt 82,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die japanische Regierung bemächtigte sich zuerst der Staatsländereien. Dazu kamen dann einige Privatländereien unter dem Vorwand, daß keine rechtmäßigen Besitzer vorhanden wären. Schließlich wurde die Steuerpresse in Gang gesetzt. Das Resultat ist, daß die koreanische Bauernschaft mit äußerster Beschleunigung zugrunde geht.

Jahr	Großbäuerl. Wirt.	Kleinbäuerl. Wirt.	Halbpacht	Pacht
1914	1,8 %	22 %	41,1 %	35,1 %
1923	3,7 %	19,5 %	35,2 %	41,6 %

So besteht also die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung aus armer Bauernschaft, Halbpächtern und Pächtern, die zusammen 76,8 Prozent der gesamten bäuerlichen Bevölkerung ausmachen. Zur Charakteristik der wirtschaftlichen Lage dieser unterdrückten Mehrheit der koreanischen Bevölkerung genügt es festzustellen, daß der Pachtzins bis zu 60 Prozent der Ernte beträgt.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	188	1768	353	2205	358	2800	358	2860
Gerste	453	5843	861	6807	860	8072	875	8786
Hafer	63	452	116	642	104	423	108	521
Mais	68	631	94	713	93	603	98	724
Reis	1408	21983	1538	27442	1563	23906	1483	26878

Viehstand 1922: 1 607 707 Rinder, 52 954 Pferde, 1 100 721 Schweine.

Bergbau: Das Land ist reich in Gold, Eisenerz, Graphit und Anthrazit. Gesamtwert der Bergbauproduktion 1922: 14,5, 1923: 17,3 Millionen Yen. 1921 befanden sich 73 Prozent des gesamten Bergbaues in japanischen Händen.

Industrie: Schon im Jahre 1919 befanden sich 48 Prozent der in Korea vorhandenen Fabriksbetriebe in japanischem Besitz, und zwar gerade die besten und größten Unternehmungen, die 85 Prozent der Gesamtproduktion produzierten.

Die unterdrückten Arbeiter sind Koreaner; die Großunternehmer Japaner. Im Jahre 1919 gab es in Korea 10 633 koreanische und 37 196 japanische Unternehmungen. In diesen Unternehmungen war die Zahl der koreanischen Arbeiter 41 873, die der japanischen 5362, 1921 betrug die Zahl der in Korea beschäftigten industriellen Arbeiter 49 302. In den letzten Jahren stieg die Zahl der Industriearbeiter kaum mehr. Die Gesamtzahl der Proletarier wird auf 300 000 geschätzt.

Die größte Zahl Arbeiter ist mit Reisreinigung beschäftigt — bis zu 22 Prozent, ferner in der Eisengießerei — 12 Prozent und in der Töpferei — 11 Prozent. Als Industriearbeiter — im wahren Sinne dieses Wortes — kann man nur die Arbeiter der metallurgischen Fabriken (durchschnittlich 400 Arbeiter in einer Fabrik) bezeichnen. In den übrigen Industriezweigen sind die Arbeiter sehr verstreut.

Länge der Eisenbahnlinien 1189 km.

Außenhandel (in Millionen Yen)

	1922	1923	1924
Einfuhr	256	266	310
Ausfuhr	216	262	329

Haupteinfuhrartikel: Baumwollwaren; Hauptausfuhrartikel: Reis, Bohnen.

Politik

Das Regime der wirtschaftlichen Unterdrückung und politischen Rechtlosigkeit hat den größten Haß aller Bevölkerungsschichten — unter ihnen auch der einheimischen Bourgeoisie — gegen die eingewanderten Unterdrücker hervorgerufen. Der größte Teil der politisch interessierten Bevölkerung ist gegen eine Versöhnung mit dem japanischen Imperialismus und für den Kampf gegen die nationale Unterdrückung.

In den letzten Jahren sprachen sich einige japanische Administratoren durch dritte Personen für die Autonomie Koreas aus und bemühten sich, eine allgemeine Meinung in diesem Sinne zu schaffen. Diese Versuche begegneten, mit wenigen Ausnahmen, dem größten Haß. Einzelne Koreaner, die sich zugunsten der Autonomie ausgesprochen hatten, wurden sowohl unter der Intelligenz und noch weit mehr unter den Arbeitern und Bauern als Verräter gebrandmarkt.

Die wichtigsten Träger der revolutionären Ideen in Korea sind die Arbeiter und Bauern. Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen des Generalgouverneurs, trotz aller Bestrebungen der Polizei gibt es zahllose illegale und halblegale revolutionäre Organisationen. Das Regime des Polizeiterrors und der bäuerliche und kleingewerbliche Charakter des Landes machten es unmöglich, in Korea eine große zentralisierte politische Organisation zu schaffen. Ebenso wie die Industrie und die kleinbäuerliche Wirtschaft war auch die revolutionäre Bewegung Koreas bis in die letzte Zeit zerstückelt und dazu noch religiös gefärbt. In einem Dorf oder einer Stadt finden sich oft ein Dutzend selbständiger Organisationen, die oft einander so feindlich gegenüberstehen, daß die japanische Polizei diese Feindseligkeit ausnützt, sich

der Führer der Organisationen bemächtigt und die Arbeit der Organisation im Keime zunichte macht.

Die Pioniere der kommunistischen Bewegung in Korea waren die ehemaligen Flüchtlinge aus der USSR, die an der Oktoberrevolution und den darauffolgenden Bürgerkriegen, an dem Kampf gegen Koltschak und Japan teilgenommen hatten. Anfangs schloß sich den kommunistischen Ideen die radikale Intelligenz und die Jugend an und die kommunistische Bewegung bestand nur aus Diskussionszirkeln. In der letzten Zeit beginnen die kommunistischen Ideen in Arbeiter- und Bauernkreise vorzudringen, wobei elementarstes Streben nach Vereinigung aller kommunistischen Gruppen beobachtet wird. (Der Arbeitslohn der koreanischen Industriearbeiter ist um 50 Prozent niedriger, als der der in Korea beschäftigten japanischen Arbeiter. Der Arbeitstag beträgt für koreanische Arbeiter durchschnittlich 12 bis 13 Stunden.)

Als unmittelbares Resultat dieses Prozesses melden koreanische Zeitungen eine große Aktivität der japanischen Polizei gegen die im April 1925 begründete kommunistische Partei. Ende 1925 wurden in Korea zahlreiche Kommunisten verhaftet. Die Ansicht der japanischen Polizei, daß es ihr gelingen werde, die revolutionäre und kommunistische Bewegung zu ersticken, muß als vollendete Naivität betrachtet werden. Die ganze objektive Lage, die Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern drängen zum revolutionären Kampfe.

Lettland

Oberfläche 65 885 qkm. Bevölkerung etwa 2 Millionen, davon (nach der amtlichen Statistik 1925) Letten 73, Russen 12,5, Juden 5,19, Deutsche 3,85, Polen 2,77, Esten 0,43, Litauer 1,26 Prozent. Religion (1920): evangelisch 57,3, Katholiken 23,5, Orthodoxe 13,3, Juden 5 Prozent.

Verfassung: Republik mit allgemeinem Wahlrecht. Die Verfassung sieht auch Volksbefragung und Volksentscheid vor. Der Sejm (Parlament) besteht aus 100 Abgeordneten und wird auf drei Jahre gewählt. Der Staatspräsident wird vom Sejm auf drei Jahre gewählt. Ihm steht der Oberbefehl über die Wehrmacht sowie das suspensive Vetorecht zu.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Durch die Bodenreform in Lettland sind die Großgüter auf 50 ha reduziert und die Bodenaufteilung zugunsten der bisherigen Kleinpächter und Landlosen durchgeführt worden. Durch die Agrarreform wurden im allgemeinen Zweipferde-Wirtschaften von 22 ha geschaffen. Bis zum 1. Januar 1925 waren 1 233 707 ha Land in 77 088 Wirtschaftseinheiten aufgeteilt; heute bestehen in Lettland über 200 000 Bauernwirtschaften. Mit der Schaffung von Kleinwirtschaften vollzieht sich der Uebergang von dem Getreidebau zur Viehwirtschaft, was zur Entwicklung der Milchwirtschaft führt. 1925 bestanden 548 Molkereien, die 3,8 Millionen kg Butter produ-

zierten. 1925 wurden etwa 1 500 000 kg Fleisch exportiert, im Verhältnis zu 1924 eine Steigerung um 440 Prozent.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse:

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	42.8	446.4	43.1	430.4	48.1	630.6
Roggen	266.5	2735.6	266.1	1993.7	266.6	3292.5
Gerste	178.3	1310.9	179.1	1619.2	176.6	1981.5
Hafer	309.3	2382.2	334.2	2709.8	329.2	3338.8
Kartoffeln	79.5	5784.1	74.8	6757.0	79.1	8447.1
Flachs	56.8	164.5	60.5	249.0	78.1	300.9

Viehstand 1925 (in 1000): Pferde 351, Rinder 915, Schafe 1181, Schweine 497.

Bergbau ist nicht vorhanden.

Industrie: Vor dem Kriege hatte Lettland eine starke Industrie; heute ist es zu einem Agrarlande mit vorwiegend handwerksmäßiger Produktion geworden. 1910 bestanden 782 Betriebe mit insgesamt 93 343 Arbeitern, 1923 2130 Betriebe mit insgesamt 33 961 Arbeitern. Diese Zahlen beweisen eben den Rückgang der Großbetriebe und die Entwicklung der Klein- und Mittel-Industrie. Von 1906 Betrieben im Jahre 1922 hatten 1104 Betriebe eine Belegschaft von nur 1 bis 4 Arbeitern. Aus den Ergebnissen der Industrie-Enquete 1925 entnehmen wir folgende Tabelle:

	Zahl der Unternehmer	Zahl der Arbeiter
Textil-Industrie	361	6581
Papier-Industrie	139	5100
Holz-Industrie	274	9550
Metall-Industrie	278	9120
Mineral-Industrie	102	3455
Animalische Produkte	97	2051
Genuß- und Nahrungsmittel-Industrie	901	8373
Chemische Industrie	88	2447
Verschiedene Industrien	98	1457

Außenhandel

(in Millionen Lats):

	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	107,4	211,9	256,3	280
Ausfuhr	102,0	162,0	170,5	180

Die passive Handelsbilanz ist eine chronische Erscheinung. Die wichtigsten Landeserzeugnisse sind Flachs und Holz. Der Flachshandel ist Staatsmonopol. 1924 wurden über 20 000 Tonnen ausgeführt. Im allgemeinen werden besonders Papier, Schuhwerk, Streichhölzer usw. ausgeführt.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen: 2872 km; Fuhrpark: 6000 Waggons und 335 Lokomotiven. Schiffsverkehr 1924: 3937 ein-

gelaufene Schiffe 1 494 752 Netto-Tonnen (1913: über 3 Millionen Tonnen).

Staatshaushalt: Für das Wirtschaftsjahr 1925/26 betragen die Einnahmen und Ausgaben je 161 Millionen Lats. (1924/25 das gesamte Budget 213 Millionen); Ausgaben des Kriegsministeriums 1925/26: 45 Millionen, 1924/25: 39 Millionen.

Staatsschulden: am 1. April 1925: 65,3 Millionen Lats (darunter an England 32 Millionen, USA 30 Millionen).

Valuta ist stabilisiert.

Notenumlauf:

	Mill. lett. Rubel		Mill. Lats	
	1923	1924	Juni 1925	Januar 1926
Staatsnoten	2 269	2 269	38	38
Noten d. Lett. Bank	23 000	30 727	28	27*)

Politik

Die Sejmwahlen 1925 brachten folgendes Ergebnis (in Klammern 1922): Sozialdemokraten („Linke") 33 Mandate (31), rechte Sozialdemokraten 5 (7), Bauernblock, bestehend aus Bauernbund 16 (17), Katholische Bauernpartei 5 (5), Neuwirte (Blodniek) 3 (3), Letgallische Bauernpartei 2 (1), Letgallische Parteilose 1 (—), = 27 (26), Demokratisches Zentrum, bestehend aus Demokraten 5 (6), Neuwirte (Nonahz) 3 (3), zerstörten Gebieten 1 (—), Letgallische Demokraten 2 (—), Letgallische Arbeiterpartei 2 (4) = 13, Rechte, bestehend aus nationalem Verband 3 (4), Christliche Nationalen 2 (4), Nationale Bauern 1 (—), Ordnungspartei 1 (—) = 7, Minderheiten: Deutsche 4 (6), Russen (3), Juden 4 (5), Polen 2 (1) = 15. Insgesamt 100 Mandate. Die stärkste bürgerliche Partei ist der Bauernbund, der eine stark konservative Richtung vertritt. Als Partei der Großgrundbesitzer widersetzt er sich der Widerherstellung der Vorkriegsindustrie.

Der Nationale Bauernbund (Nationale Bauern) besteht seit 1923, hat nur einen Vertreter im Parlament, stützt sich aber auf die faschistischen Kampforganisationen, die sich auch der Freundschaft des Bauernbundes erfreuen. Zusammen mit dem Nationalen Verband bildet der Nationale Bauernbund den faschistischen Flügel der rechtsbürgerlichen Parteien.

Die Regierung wird von dem Bauernbund, der auf Unterstützung der Sozialdemokraten rechnet, gebildet. Ihre Politik im Innern ist vorwiegend gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gerichtet. Das demokratische Zentrum stützt sich auf den städtischen Mittelstand, sein Parteiorgan ist „Latvijas Westnesis". Der Nationale Verband vertritt die Interessen der Handels- und Industriekreise. Die Wahlen brachten eine Schwächung der Mitte und eine Stärkung der linken und rechten Gruppen. Insbesondere tritt eine Linksschwenkung der Bauernmassen zutage. Die Kommunistische Partei ist illegal und nahm an den Wahlen nicht teil.

*) Scheidemünzen am 1. Januar 1926: 23 Millionen Lats.

Außenpolitik: Die lettische Bourgeoisie, um die Entwicklung ihrer Industrie besorgt, begann in letzter Zeit eine Orientierung nach der Sowjet-Union zu verfolgen, kann sich aber in ihrer Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten und in ihrem Hasse gegen die proletarische Revolution nicht entschließen, eine feste Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union zu betreiben. Auch die „linken" Sozialdemokraten orientieren sich „östlich", hören aber nicht auf, gegen die Sowjet-Union zu hetzen.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung Lettlands ist nicht einheitlich. Die industriellen Gewerkschaften der Stadt Riga sind in dem Rigaer Zentralbüro (RZB) vereinigt, das auf dem Boden der RGI steht und 12 Organisationen mit 5500 Mitgliedern umfaßt. Die größten Verbände sind: Transportarbeiter 2300, Holzarbeiter 700, Metallarbeiter 500 Mitglieder. Das Rigaer Zentralbüro gibt eine Monatsschrift heraus, die von der Regierung dauernd unterdrückt wird. Auch die aktiven Mitglieder der oppositionellen Gewerkschaften werden grausam verfolgt; so wurden z. B. Ende 1925 der Vorsitzende und der Sekretär des RZB, die Genossen Westmann und Jakobsohn, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Alle nichtindustriellen Gewerkschaften Rigas, wie der Post- und Telegraphen-Verband, der Verband der städtischen Arbeiter und einige industrielle Verbände und provinzionelle Gewerkschaften sind in dem Zentralbüro Lettlands vereinigt, das der Amsterdamer Internationale angehört. Dieses vereinigt 19 Organisationen mit etwa 13 000 Mitgliedern. 30 Prozent dieser Mitglieder verfolgt die Linie des RZB. Auf dem letzten Kongreß der Gewerkschaften des Zentralbüros Lettlands stimmten für die Vereinigung mit dem RZB 13 Delegierte von 40. Das ZB Lettlands gibt eine Wochenschrift heraus.

Außerhalb dieser zentralen Gewerkschaftsvereinigungen steht der Verband der landwirtschaftlichen Arbeiter, der früher 10 000 Mitglieder zählte, heute nur einige Tausend. Diese Gewerkschaft steht unter Führung der rechten Sozialdemokraten. Die Mitgliedschaft besteht aus Mittelbauern. Der Prozentsatz der Landarbeiter ist unbedeutend. Außerdem bestehen noch Verbände der Lehrer, Beamten usw.

Die lettischen Arbeiter gehören zu den schlechtest entlohnten Arbeitern Europas. Im Vergleich zu den Vorkriegslöhnen beträgt der Arbeiterlohn (1914 = 100): bei den qualifizierten 1922 = 62 Prozent, 1923 = 64 Prozent, 1924 = 62 Prozent. Der Arbeitstag beträgt offiziell acht Stunden, in Wirklichkeit wird sogar bis zwölf und bei den Eisenbahnern bis 16 Stunden gearbeitet. Die Lebenshaltungskosten betragen laut offizieller Statistik April 1925 = 108 Prozent (1913 = 100).

Diese Bedingungen zwangen die Arbeiterschaft zum Kampfe, der aber angesichts der großen Stagnation in der Industrie von geringerem Erfolg begleitet war. Während im Jahre 1922 78 Prozent der Streiks, im Jahre 1923 53 Prozent erfolgreich waren, so endigten im Jahre 1925 nur 33 Prozent der Streiks mit einem Erfolg. Erfolgreich waren fast ausnahmslos nur die Kämpfe der handwerksmäßigen Arbeiter.

Politische Arbeiterbewegung

Die Sozialdemokratische Partei (linke): Sie ist die „staatserhaltende" Partei. Ihren Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung führt sie unter der Losung „der Verteidigung der Unabhängigkeit und Demokratie". Ihr Einfluß unter den Industriearbeitern ist verhältnismäßig gering. Mitgliederzahl etwa 2000. In den Gemeinden besitzt sie fast ein Drittel der Mandate. Sie ist Mitglied der II. Internationale und steht auf deren rechtem Flügel.

Rechte Sozialdemokratie: Sie ist nicht Mitglied der II. Internationale und steht rechts von ihr. Sie stützt sich auf das Kleinbauerntum, verlor aber bei den letzten Wahlen zwei Fünftel ihrer Stimmen.

Die Kommunistische Partei Lettlands arbeitet illegal. Ihre Mitglieder werden den schärfsten Verfolgungen seitens der Regierung ausgesetzt. Schon die Zugehörigkeit zur Partei wird mit jahrelangem Zuchthaus bestraft. Die KP besitzt starken Einfluß unter den Industriearbeitern und teilweise auch unter den Landarbeitern. Die Initiative vieler Streiks lag in den Händen der Partei. Der Einfluß der KP äußerte sich insbesondere bei den letzten Wahlen in den Sejm. Da sie als illegale Partei an den Wahlen nicht teilnehmen durfte, wandte sie sich an die SP mit dem Antrag, dieselbe unter der Bedingung der Annahme einer Reihe von Forderungen bei den Wahlen zu unterstützen. Die SP beantwortete den Brief zwar in einer arroganten Weise, im Wesen ging sie darauf ein. Diese Taktik der KP erklärt den beträchtlichen Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie (Linke). Diese Taktik der KP bewährte sich auch unter den Arbeitern, indem jetzt die Arbeiter bei jeder Gelegenheit die SP an die Erfüllung der gegebenen Versprechungen erinnern.

Litauen

Oberfläche 55 257 qkm; Einwohner 2 203 312; Nationalität vorwiegend litauisch, ferner Polen, Weißrussen, Russen und Juden. Religion: 75 Prozent Katholiken, 12 Prozent Juden, 9 Prozent Griechisch-Orthodox und 4 Prozent sonstige. Demokratische Republik mit Proportionalwahl.

Berufsgliederung der Erwerbstätigen

	Männer	Frauen	Insgesamt
Landwirtschaft	512 638	576 178	1 088 816
Industrie	56 689	28 174	84 863
Verkehr	11 741	1 300	13 041
Handel	21 573	10 856	32 429
Beamte	38 325	6 146	44 471
Andere	20 758	94 754	115 512
Insgesamt:	661 724	717 408	1 379 132

Wirtschaft

Aehnlich den anderen Randstaaten ist Litauen zu chronischen Krisen verurteilt, weil es ein politisches Gebilde darstellt, dem die ökonomische Basis fehlt. Fast gar keine Industrie, ein typisches Agrarland. Die natürlichen Reichtümer sind fruchtbarer Boden und umfangreicher Wald. Keine Erze und keine Kohle. Insbesondere fehlt Litauen der ehemalige Absatzmarkt: das russische Hinterland.

Landwirtschaft: Laut dem angenommenen Agrarreformgesetz sollte der enteignete Boden den Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen, den landlosen, bzw. den landarmen Bauern zufallen. Kleine Gartenparzellen von ½—2 ha erhielten die Handwerker und Arbeiter. Das Gesetz sieht die Ueberführung der Parzellen in privates Eigentum vor, schließt aber auch das Pachtsystem nicht aus. Die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, die Instandsetzung der neuen Wirtschaften stoßen aber auf Schwierigkeiten finanzpolitischer Natur. Aus diesen Gründen ist eigentlich die Agrarfrage in Litauen nicht gelöst. Unter der Landbevölkerung, die den überwiegenden Teil der gesamten Bevölkerung bildet, herrscht großes Elend.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Roggen	583	6 068	538	4 647	543	7 164
Weizen	81	807	85	903	112	1 461
Gerste	175	1 732	196	2 020	205	2 562
Hafer	331	3 306	325	2 697	345	3 415
Kartoffeln	143	16 302	176	16 581	163	11 000

Viehstand: (1924) Pferde — 482 000, Rinder — 1 252 000, Schafe — 1 399 000, Schweine — 1 564 000.

Industrie: Im Jahre 1923 gab es etwa 460 Industriebetriebe mit 21 000 Arbeitern, 1924 sank die Zahl der Betriebe, die Zahl der Arbeiter betrug 18 000. Zu den größten Betrieben gehören die Borsten- und Tabakfabriken, beschäftigen aber nicht über 500 Arbeiter. Ueberwiegend ist die Hausindustrie. Die wenigen Unternehmungen, die neugegründet wurden, endigten mit einem Zusammenbruch, da der Industrie der innere Markt fehlt und sie nicht imstande ist, mit der Industrie der Nachbarländer zu konkurrieren.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen — 3120 km. Wichtig ist die Wasserstraße Njemen, deren Mündung, Memel, neutralisiert ist.

Außenhandel: (in 1000 Lit.)

	1923	1924	1925
Einfuhr	156 627	206 532	253 200
Ausfuhr	146 795	266 561	242 400

Eingeführt wurden (1924) hauptsächlich Fertigfabrikate — 54,5 Prozent. Ausgeführt: Rohstoffe und Halbfabrikate — 18,3 Prozent.

Ausgeführt: Rohstoffe und Halbfabrikate — 63,4 Prozent, lebende Tiere — 17 Prozent, Lebensmittel — 14,3 Prozent. Haupthandelsland: Deutschland.

Das Staatsbudget erreicht 30 Millionen Lit (gleich drei Millionen Dollar).

Politik

Der Sejm (Parlament) besteht aus 80 Abgeordneten. Die absolute Mehrheit besaß bis zu den neuen Wahlen (siehe unten) der Christlich-demokratische Block mit 41 Abgeordneten.

Der Christlich-demokratische Block besteht aus der 1. eigentlichen „Partei der Christlichen Demokraten", 2. dem Großbauern-Bund, (Ukininkusajunga), 3. der Arbeitsföderation (Darbo Federacia).

Die Leitung liegt in den Händen der Christlich-demokratischen Partei, die hauptsächlich aus Geistlichen besteht. Der Bund vertritt die Interessen der Großbauern, des Klerus und eines Teiles der städtischen klerikalen Bourgeoisie, vor allem die Interessen des Bankiers Vailokaitis (Priester und Eigentümer der Wirtschaftsbank Litauens, der sogenannte litauische Stinnes). Die Arbeits-Föderation wurde vom Klerus gegründet, um eine Spaltung in der Arbeiterschaft im Dienste der Bourgeoisie herbeizuführen.

Die Volkssozialisten bilden die Partei der freisinnigen Groß- und Mittelbauern und der liberalen Bourgeoisie. Ihre Tageszeitung ist „Letnuos Shinios".

Die letzten Wahlen in Litauen (Mai 1926) veränderten das politische Bild des Landes. Trotz des ungeheuren Terrors und Wahlschwindels seitens der Regierungspartei brachten sie derselben eine entscheidende Niederlage. Der Christlich-Demokratische Block verlor 11 Mandate, so daß er nur mit 30 Abgeordneten in den neuen Sejm einzieht. Die Arbeitsföderation verlor von 12 Mandaten 7. Die gesamte Opposition gewann 55 Mandate. Die größere Gesamtzahl der Mandate erklärt sich damit, daß auch das Memelgebiet zum erstenmal fünf deutsche Abgeordnete in den Sejm entsendet. Zur stärksten Partei der Opposition sind die Volksozialisten unter Führung des Advokaten Slezeviens geworden. Sie gewannen 22 Mandate. Die Sozial-Demokraten gewannen 15 Mandate (früher 8) und die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen wuchs von 100 000 auf 170 000. Die linke Opposition erhielt trotz der blutigsten Unterdrückung 16 000 Stimmen.

Die Regierungsgeschäfte gingen in die Hände der Volkssozialisten und Sozialdemokraten über. Trotz der Wahlniederlage besitzt jedoch der Christlich-Demokratische Block auch weiterhin die entscheidende Macht im Lande, da er sich auf die reichsten Banken und die faschistischen Organisationen stützt, während die schwankende und feige Politik der Opposition im Grunde die Interessen der früheren Mehrheit besorgen wird.

Innere Politik: die innere Politik der litauischen Bourgeoisie ist in großem Maße durch ihre Außenpolitik bedingt. Die Bevölkerung ist gezwungen, eine verhältnismäßig große Armee und Staatsapparat auszuhalten. Die Ausgaben wälzt die Bourgeoisie auf die Arbeiterschaft ab und verfolgt die Arbeiterbewegung und den Abwehrkampf der Massen mit den schärfsten Mitteln. Das Jahr 1925 stand im Zeichen einer Verstärkung der Reaktion. Die Kommunistische Partei sowie jede Oppositionsbewegung der Arbeiterschaft ist grausam unterdrückt. Für Zugehörigkeit zur Partei werden Todesurteile verhängt. Die Gefangenen werden bis zum Wahnsinn gefoltert. Alle Kultur-, Bildungs-, Verlagsanstalten und die gesamte legale Presse der revolutionären Arbeiter und sogar der oppositionellen bürgerlichen Schichten sind zerstört und verboten. Die neue Regierung wendet der revolutionären Arbeiterschaft gegenüber dieselbe Politik an.

Außenpolitik: Im Jahre 1923 besetzte Litauen das Njemengebiet (Memelgebiet). Eine Konvention verpflichtet Litauen, Polen das Transitrecht über den Njemen freizustellen. Die dazu notwendigen Verhandlungen mit Polen sind in ganz Litauen sehr unpopulär, was die reaktionären Parteien gegen ihren Willen hindert, ein gutes Verhältnis mit Polen herbeizuführen. In einem Bündnis mit Polen sehen die reaktionären Parteien einen Bundesgenossen gegen die revolutionäre Bewegung in Litauen. Die Außenpolitik Litauens war im allgemeinen von den Außenministerien der Großmächte bestimmt. England bekleidete die litauische Armee. In der letzten Zeit begannen die Industriellen Litauens eine Orientierung auf die Sowjetunion zu unterstützen. Für eine Annäherung an Sowjetrußland tritt seit zwei Jahren die Gruppe Smetanas (des ehemaligen ersten Präsidenten) ein; auch einige Führer der Volkssozialisten sind dafür. Die neue Regierung war angesichts der aggressiven imperialistischen Politik Polens (Pilsudski) Litauen gegenüber gezwungen, dem Drucke dieser Kreise und insbesondere dem Drängen breiter Massen der arbeitenden Bevölkerung nachzugeben und einen für beide Teile günstigen Vertrag zu schließen.

Arbeiterbewegung

Die Lage der Arbeiterklasse: Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß. Die Regierung unterstützt die Emigration der Arbeiter nach Frankreich. Die Arbeitslosigkeit führte 1925 zu einer ganzen Reihe von Demonstrationen in Kowno und anderen Städten, die zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führten. Das Lebensniveau der beschäftigten Arbeiter ist bedeutend gesunken.

Gewerkschaftsbewegung: Die revolutionären Gewerkschaften wurden von der Regierung unterstützt. An Stelle der ehemaligen revolutionären Gewerkschaften bilden die Sozialdemokraten ihre Gewerkschaften, denen sie eine sozialdemokratischen Führung aufzwangen. Trotzdem ist der Einfluß der Opposition ziemlich stark. Die Gewerkschaftspresse ist unterdrückt. Nur die Memeler Arbeiter geben eine unperiodische Zeitschrift „Die Arbeiterzeitung" in deutscher Sprache heraus.

Die Sozialdemokratie unterstützt die Regierung in ihrer arbeiterfeindlichen Politik. Die Memeler Sozialdemokraten gingen

während der Wahlen zum Memeler Landtag eine Koalition mit den deutschen bürgerlichen Parteien ein.

Die Kommunistische Partei: Trotz der Verfolgungen seitens der Regierung entwickelt sich die Arbeit der Partei. Die Partei wandte sich an die Sozialdemokratie mit einem offenen Briefe, in dem sie die Einheitsfront im Kampfe gegen die Reaktion und während der Wahlkampagne verlangte. Die Sozialdemokratie nahm den Vorschlag nicht an. In der Partei traten rechte Abweichungen hervor, die aber überwunden wurden.

Die Arbeiterpartei im Memeler Gebiet arbeitet legal. Zuerst arbeitete sie nur in Stadt Memel, in der letzten Zeit hat sie ihren Einfluß auf das ganze Memeler Gebiet verbreitet.

Liberia

Selbständige Negerrepublik an der Westküste von Afrika, gegründet von Rückwanderern aus Nordamerika. Flächeninhalt 100 000 qkm, Bevölkerung 1,5 Millionen. 12 Prozent der Bevölkerung sind amerikanische Neger englischer Sprache und protestantischer Konfession, der Rest Eingeborene. Zweikammersystem. Wahlberechtigt jeder landbesitzende Neger. In der Praxis üben die Rückwanderer die Alleinherrschaft aus und die Eingeborenen sind politisch rechtlos. Hauptstadt Monrovia. Heer und Polizei 5000 Mann.

Der amerikanische Einfluß herrscht vor. Die Zölle sind zur Sicherstellung einer internationalen Anleihe verpfändet und werden von einer aus englischen, französischen und amerikanischen Regierungsvertretern zusammengesetzten Kommission verwaltet. Das wichtigste Produkt ist Rohgummi, daneben spielen Kakao, Kaffee und Elfenbein für den Export eine gewisse Rolle. Die Gesamtwirtschaft ist sehr unentwickelt. Im letzten Jahre hat die liberische Regierung eine riesenhafte Konzession von Plantagenland an eine amerikanische Firma (Goodyear) vergeben, welche dort mit finanzieller Unterstützung amerikanischer Großbanken Kautschukproduktion im großen (Investion von 100 Millionen Dollar) in Gang setzen will. Es ist dies ein Versuch der Vereinigten Staaten, das englische Kautschukmonopol zu durchbrechen.

Liechtenstein

Fürstentum zwischen Oesterreich (Vorarlberg) und der Schweiz. Ausdehnung 159 qkm. Bevölkerung etwa 11 000, Deutsche. Beschäftigung: Landwirtschaft, etwas Textilindustrie. Keine Staatsschulden. Währungseinheit mit der Schweiz. Kein Militärdienst. Auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewähltes Parlament von 15 Mitgliedern.

Mexiko

Flächeninhalt rund 2 Millionen qkm. Bevölkerung (1921) 14,2 Millionen. Hauptstadt Mexiko City 615 367. Die Bevölkerung besteht zu ungefähr 90 Prozent aus Indianern und Mischlingen, der Rest Weiße. Sprache spanisch. Religion katholisch. Verfassung: föderative Republik aus einem Bundesterritorium und 28 Staaten. Präsident durch direkte Volksabstimmung auf vier Jahre (Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer auf sechs Jahre liegt dem Kongreß vor). Zwei-Kammer-System, Repräsentantenhaus durch direkte Wahl, Senat aus Vertretern der Einzelstaaten. Allgemeine Bildung sehr niedrig, jedoch in den letzten Jahren verstärkte Entwicklung des Schulwesens.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Gesamtanbaufläche etwa 12 Millionen Hektar. Durchschnittserträge infolge der Primitivität der Bebauung äußerst niedrig.

Ernteerträge (in 1000 Dz)

	Weizen	Mais	Rohrzucker	Kaffee	Tabak	Baumwolle
1909—13	3005	33 875	1482	345	129	436
1923	3716	25 736	1700	405	110	380
1924	2818	27 013	1680	—	—	646
1925	2369	18 626	1900	—	32	466

Der starke Rückgang des Ernteertrages ist auf die im Gange befindliche Agrarrevolution zurückzuführen.

Viehstand, 1924 (in 1000): Pferde 391, Rinder 2187, Schafe 1728, Ziegen 1865, Schweine 759.

Agrarfrage: Obwohl formell die Leibeigenschaft seit einem Jahrhundert abgeschafft ist, bestehen tatsächlich im größten Ausmaß noch feudale Zustände. Der Präsident Calles gibt an, daß zwei Fünftel der mexikanischen Bevölkerung aus „Peons", d. h. landlosen Landarbeitern besteht. Diese Zahl ist noch zu niedrig, da etwa 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind und der Großgrundbesitz („Haciendas") durchaus überwiegt.

Die im Jahre 1910 nach den einzelnen mexikanischen Staaten aufgenommene Grundbesitzstatistik zeigt, daß im günstigsten Falle in Kalifornien (mexikanisch-Kalifornien) von den mit Ackerbau sich beschäftigenden Familien 11,8 Prozent eigenen Boden besaßen, 83 Proz. aber keinen, im schlechtesten Falle im Staate Oaxaca 0,2 Proz. der Familien eigenen Boden besaßen, 99,8 Prozent dagegen keinen. Der Durchschnitt ist leider nicht gezogen, dürfte aber zwischen 2—3 Prozent betragen. Von der sich auf 30 Staaten erstreckenden Statistik führen wir die Statistik der volkreichsten an:

Staat	Landwirtschaftl. Bevölkerung	% der Gesamt-Bevölkerung	Familien	Grundbesitzer	% der Familien mit eigenem Grundbesitz	% der Familien ohne eigen. Bodenbesitz
Ialisco	932 235	77,1	186 447	7 296	3,8	96,2
Oaxaca	901 442	86,7	180 288	499	0,2	99,8
Puebla	896 618	81,4	179 324	1 259	0,7	99,3
Veracruz	887 369	78,3	177 474	1 954	1,1	98,9
Mexico	831 347	84,0	166 269	856	0,5	99,5
Michoacan	928 947	83,6	165 789	4 518	2,7	97,3
Guanajuato	776 443	71,7	155 289	4 533	2,9	97,1
Hidalgo	590 796	91,4	118 159	1 645	1,3	98,7

Aus diesen Zahlen ist bereits ersichtlich, daß der Boden in riesigen Besitzungen zusammengefaßt sein muß. Tatsächlich gibt es in Mexiko Besitzungen, die jedes europäische Maß an Größe überschreiten. Folgende Tabelle gibt einen Begriff davon:

Zahl der Großgrundbesitze in einigen Staaten im Jahre 1910

Staat	über 1000 ha	über 5000 ha	über 10 000 ha	über 25 000 ha	über 50 000 ha	über 100 000 ha	über 200 000 ha	über 400 000 ha
Aguascalientos	31	8	19	3	—	—	—	—
Morelos	22	10	9	3	—	—	—	—
Mexico	64	17	10	2	2	—	—	—
Oaxaca	89	31	18	8	2	—	—	—
Sinaloa	293	86	37	7	1	1	—	—
Jalisco	453	120	46	10	1	—	—	—
Colima	29	18	13	6	1	—	—	1
Durango *) ..	135	110	90	47	25	7	2	—
Michoacan ..	102	53	29	17	12	2	—	—
Veracruz ..	393	136	65	13	7	1	—	—
Insgesamt:	1611	589	336	116	51	11	2	1

Es ist selbstverständlich, daß bei einer derartigen Bodenverteilung, wo sich Großgrundbesitz an Großgrundbesitz reiht und 99 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung keinen einzigen Boden besitzen, die Großgrundbesitzer absolute Herren des Landes sein mußten. Tatsächlich befand sich die Bevölkerung Mexikos bis zum Jahre 1915 in vollständiger Knechtschaft der Großgrundbesitzer. Seither hat sich die Lage durch die Agrarrevolution etwas gebessert, aber allem Anschein nach noch immer nicht grundlegend gewandelt.

Die Peons sind tatsächlich an die Scholle gebunden und führen wahrhaft ein untermenschliches Dasein als Fronknechte der Großgrundbesitzer. Unter dem Kleinbauerntum, das sich gleichfalls in der elendesten Lage befindet, ist der primitive Agrarkommunismus noch sehr verbreitet. Die indianischen Kleinbauern und Landarbeiter bilden zusammen ein äußerst revolutionäres Element, das die vorwärtstreibende Kraft aller Revolutionen seit dem Sturz des Präsidenten Porfirio Diaz im Jahre 1911 war. Die Verfassung

*) Die Daten von Durango müssen in einigen Fällen übertrieben sein, da die angegebene Gesamtfläche des Großgrundbesitzes die Gesamtfläche des Staates übertrifft.

von 1917 legte zunächst grundsätzlich das Recht des Staates auf Enteignung des Großgrundbesitzes fest, und die Regierung des Präsidenten Obregon (seit 1921) erließ die Duchführungsgesetze. Danach wird die Enteignung des Großgrundbesitzes in jedem Staat von einer Kommission durchgeführt, in der zu gleichen Teilen der Staat, die Grundbesitzer und die Landfordernden vertreten sind. Die tatsächliche Durchführung der Bodenaufteilung hängt von den Machtverhältnissen in den einzelnen Staaten ab und schwankt je nach der örtlichen Lage von einer vollständigen Enteignung bis zu einer vollständigen Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes. Wo agrarkommunistische Gemeinden bestehen, geht das enteignete Land gewöhnlich in deren Besitz über. Ueberwiegend ist jedoch die Aufteilung des enteigneten Landes in Kleinbauernparzellen. Im Ergebnis ist der Großgrundbesitz ernstlich geschwächt, jedoch noch keineswegs beseitigt. Die neuangesiedelten Kleinbauern leiden jedoch unter den größten Schwierigkeiten, da es einerseits einer großzügigen Genossenschaftsorganisation bedürfte (welche nicht vorhanden ist), um die Bewässerung aufrechtzuerhalten resp. neu einzuführen, andererseits den Bauern das Kapital zur Führung ihrer Wirtschaft fehlt. Es scheint, als ob im zweiten Halbjahr 1925 die Agrarreform eher Rückschritte gemacht hat, einerseits infolge dieser Schwierigkeiten, andererseits aber durch Zurückgabe von „gewaltsam" enteignetem Lande an die Großgrundbesitzer durch die Regierungen.

Die mexikanische Landwirtschaft ist weniger auf den Export eingestellt, als in den meisten übrigen Ländern Latein-Amerikas. Hauptausfuhrprodukte sind Baumwolle, Kaffee und Bananen.

Bergbau: Petroleumgewinnung (in Millionen Barrels) 1913 27, 1920 164, 1921 193, 1922 182, 1923 135, 1924 139, 1925 113. Mexiko steht in der Erdölproduktion an zweiter Stelle und liefert ein Zehntel der Gesamtproduktion der Erde. Die schwankende Entwicklung in den letzten Jahren ist eine Folge der ständigen Unruhen. Die Entwicklungsfähigkeit der Lager in einer entfernteren Zukunft wird jedoch nicht günstig beurteilt. Es kämpfen um die Beherrschung des Petroleumbaus die Standard Oil Company mit mehr als der Hälfte und die Shell-Gruppe mit mehr als einem Drittel des Gesamtbesitzes. Nur 1 Prozent des Petroleumbesitzes ist mexikanisch.

Bergbauproduktion

	Gold kg	Silber kg	Blei t	Kupfer t	Zink t
1922	23 276	2 521 832	110 456	26 977	6 141
1923	24 162	2 824 599	155 720	53 371	18 481
1924	24 500	2 841 500	164 140	49 113	18 936
1925	24 000	2 768 000	175 484	42 981	26 219

Daneben ist noch Graphit (1925 6104 t), Arsen (1925 4000 t), Antimon und Quecksilber bedeutsam.

Industrie: Die bedeutendste Industrie des Landes ist die Textilindustrie (etwa 160 Fabriken), die den Inlandsbedarf deckt und sogar exportiert. Daneben ist die Zuckerindustrie und Schuhindustrie von Bedeutung. Auch eine Eisenindustrie beginnt sich zu enwickeln.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 22 740 km.

Außenhandel (in 1000 £):

	1918	1922	1924	1925 (erstes Halbjahr)
Ausfuhr	37 565	94 454	71 149	36 282
Einfuhr	27 621	30 280	30 446	20 111

Hauptausfuhrartikel sind Petroleum und Petroleumprodukte, Kupfer, Gold, Kaffee, Seide, Zucker, Baumwolle, Bananen. Haupteinfuhrartikel sind Eisen, Maschinen, Textilien, Eisenwaren.

Finanzen: Während der letzten Jahre war der Staatshaushalt so sehr in Unordnung, daß sich Zahlen nicht geben lassen. Dagegen hat das Budget von 1925 (Abschluß liegt noch nicht vor) angeblich einen Ueberschuß ergeben. Die Staatsschuld betrug im Juni 1924 659 Millionen Pesos Vorkriegsschulden, 59 Millionen Pesos Nachkriegsschulden, 110 Millionen Staatsgarantie, 702 Millionen Eisenbahnschulden. Die Bezahlung dieser gesamten Schuld hatte die mexikanische Regierung in einem Uebereinkommen mit den Hauptgläubigern (vor allem Vereinigte Staaten) und einem Bankenkonzern, dem sog. Lamont-de la Huerta-Abkommen Ende 1923 übernommen. Die Konterrevolution von 1924 machte die Durchführung dieses Abkommens unmöglich und der Präsident Obregon erreichte im Jahre 1925 eine Neuregelung. Nach diesem neuen Vertrag werden die Eisenbahnschulden nicht von der Regierung bezahlt, dafür die Eisenbahn dem Privatkapital übergeben. Ein Teil der Staatsgarantien wird zu günstigen Bedingungen in Staatsobligationen verwandelt. Der Rest der Schuld ist von der Regierung zu zahlen. Die Zahlungen sind bereits aufgenommen. Hand in Hand mit dieser Regelung ging die Neuerrichtung der zusammengebrochenen Staatsbank mit amerikanischer Unterstützung. Jahrelang hatte die Regierung jede Notenzirkulation eingestellt, eine ausschließliche metallische Zirkulation (auf Grund ständiger Erhöhung des Silberumlaufs) aufrechterhalten und dafür mehrmals bankrottiert. Jetzt sollen wieder Noten, zunächst mit 100 prozentiger Deckung, in Umlauf gesetzt werden.

Das ausländische Kapital in Mexiko: Man schätzt die amerikanischen Interessen in Mexiko auf zwei Milliarden Dollar, die englischen auf 800 Millionen. Der Bergbau ist fast ausschließlich in der Hand des Auslandes, ebenso der größte Teil der Industrie. Nach der neuen Schuldenregelung kommen in die Hand des Auslandes auch das Zentrum des Bankwesens und die Eisenbahnen. Das einzige Gebiet, in das ausländisches Kapital nur in geringem Maße eingedrungen ist, ist die Landwirtschaft. Im gegenwärtigen Augenblick organisiert das amerikanische Kapital einen systematischen Anleiheboykott gegen Mexiko, um die Regierung zum Abbau der Sozialgesetzgebung zu zwingen.

Politik

Mexiko befindet sich inmitten einer revolutionären Bewegung. Die bewegenden Tendenzen dieser Bewegung sind dreifach:

1. Wie überall, vollzieht sich mit dem Eindringen des Kapitalismus die Auflösung der feudalen und der agrarkommunistischen Wirtschaftsordnung in der Landwirtschaft. Hieraus ergibt sich der Kampf der besitzlosen Massen des Landes gegen den Großgrundbesitz. In diesem

Kampfe läßt sich bereits ein großbäuerlicher Flügel, welcher auf die Herstellung des freien bäuerlichen Grundeigentums, der freien Lohnarbeit und die Zerschlagung der Agrarkommunen hinzielt, und ein radikaler Flügel mit agrarsozialistischem Programm unterscheiden.

2. Der Versuch zur Schaffung eines selbständigen mexikanischen Kapitalismus, ausgehend von der ziemlich schwachen mexikanischen Handels- und Industriebourgeoisie. Dieser Versuch führt die mexikanische Bourgeoisie in Konflikte mit dem Imperialismus vor allem der Vereinigten Staaten und den Anhängern der Vereinigten Staaten im eigenen Lande.

3. Der Kampf der Arbeiterschaft gegen den überwiegend nichtmexikanischen Kapitalismus.

Infolge der Schwäche der mexikanischen Bourgeoisie ist es bis heute zur Bildung einer selbständigen bürgerlichen Partei nicht gekommen. Im Vordergrunde der revolutionären Bewegung steht infolgedessen die (mit den russischen Sozialrevolutionären vergleichbare) Partei der „Agraristen", auf deren rechten Flügel sich die Bourgeoisie stützt. Die Agraristen sind keine Partei mit festgefügter Organisation, sondern eher eine Gruppe parlamentarischer und politischer Führer, welche jedoch eine breite Massengefolgschaft besitzen. Sie stützen sich einerseits auf bewaffnete Bauernformationen, welche sich in der Revolution gebildet haben, andererseits auf Dorfkomitees, die teilweise den Charakter von revolutionären Bauernräten haben.

Die reaktionären Kräfte gruppieren sich um den Großgrundbesitz, dessen Partei die „Konservativen" sind. Sie waren bis 1911 (Präsident Diaz) die herrschende Partei und stützten sich im wesentlichen auf England. Heute ist die Partei völlig einflußlos und die Reaktion versucht, durch Durchsetzung des rechten Flügels der Regierungspartei mit ihren Anhängern, Einfluß zu gewinnen. Ueber die Arbeiterpartei siehe unten.

Der innerpolitische Kampf wird durch den Einfluß des Auslandes modifiziert. Die Konservativen stützen sich überwiegend auf England. Die Vereinigten Staaten ergriffen dagegen ganz offen die Seite der Revolutionäre. In der revolutionären Bewegung sind aber starke sozialistische Tendenzen wirksam. Daraus ergibt sich eine eigenartige Schaukelpolitik der Vereinigten Staaten: einerseits Unterstützung der nationalen Revolution in Mexiko gegen die Reaktionäre; andererseits scharfe Konflikte mit den Revolutionären, sobald diese energische Maßnahmen ergreifen. Diese Haltung der Vereinigten Staaten war bestimmend für die Entwicklung der Regierungspartei.

Getragen von den „Agraristen" und unterstützt von den „Laboristen" kam im Jahre 1921 der Präsident Obregon als Vertreter des radikalen Flügels der Revolutionäre zur Herrschaft. Die tatsächliche Regierung kam in die Hand eines Triumvirats aus Obregon, Calles und de la Huerta. Diese Regierung wurde von der amerikanischen Bourgeoisie allgemein als „bolschewistisch" bezeichnet. In Wahrheit ist ihr Programm sozial-reformistisch: Nationalisierung des Bodens, Verbot der Erwerbung von Petroleumgruben durch Ausländer, Aufteilung des Großgrundbesitzes, radikale Arbeiterschutzgesetzgebung. Wegen der Fragen der internationalen Schuldenregelung und des ausländischen Petroleumeigentums befand sich diese Regierung von Anfang an in Konflikt mit

Washington. (Seit Jahren waren die diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Mexiko abgebrochen.) In einzelnen Provinzen kam es unter ihrer Herrschaft zu äußerst radikalen Landaufteilungen, in manchen Gruben zu großen Streiks revolutionären Charakters. In dieser Situation versuchte de la Huerta, welcher sich innerhalb des Triumvirats benachteiligt fühlte, die Macht durch einen bewaffneten Aufstand an sich zu reißen, indem er sich auf die Großgrundbesitzer und England stützte (Dezember 1923). Sofort schwenkte Washington um, unterstützte die Obregon-Regierung offen mit Geld und Waffen. Alle fortschrittlichen Elemente des Landes, Agraristen und Laboristen an der Spitze, vereinigten sich gegen de la Huerta und schlugen ihn in wenigen Monaten. Die Folge dieses Stoßes gegen die revolutionäre Regierung war jedoch eine Aenderung des Charakters derselben. Um sich zu befestigen, war sie genötigt, ihre sozialradikalen Tendenzen aufzugeben und sich mit Washington zu verständigen. Die Folgen dieser Schwenkung waren: Das Schuldenabkommen unter Auslieferung der Eisenbahnen an das Privatkapital; ein äußerst gewalttätiger Beamtenabbau zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt; ein Stillstand in der sozialen Gesetzgebung; endlich die teilweise bewaffnete Niederschlagung der radikalen Agraristen, die restlose Uebergabe der Aufteilungsarbeit in die Hände paritätischer Kommissionen, teilweise sogar die Zurückgabe bereits enteigneten Landes an die Großgrundbesitzer. Unter dieser neuen Politik fanden im Dezember 1924 die Präsidentenwahlen statt, aus denen ohne heftige Kämpfe Calles als Sieger hervorging. Auch jetzt jedoch versucht Washington mit Erfolg die Regierung nach rechts zu drängen. Die diplomatischen Beziehungen sind zwar seit September 1923 wieder aufgenommen. Im Januar 1926 entstand jedoch ein heftiger Konflikt, weil die Vereinigten Staaten gegen die Durchführung des Gesetzes, das den ausländischen Bodenbesitz stark einschränkt, protestieren.

Es ist bereits klar, daß die halbrevolutionären Methoden der Regierungspartei den Angriffen der imperialistischen Reaktion nicht standhalten können. Infolge dieses Ergebnisses wird die Differenzierung zwischen dem rechten und dem linken Flügel, in der Arbeiterbewegung sowohl als in der Bauernbewegung, immer klarer. Bei der geringen politischen Erfahrung der mexikanischen Massen sind diese Gegensätze jedoch nicht soweit herausgearbeitet, daß sich eine bewußte revolutionäre Massenbewegung gegen die Regierung gebildet hätte.

Arbeiterbewegung

Die stärkste Arbeiterorganisation (entstanden erst nach der Revolution von 1911) ist die CROM (Confederacion Regional Obrera Mexicana). Die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaftszentrale ist bei der Unregelmäßigkeit der Beitragszahlen nicht feststellbar, nach eigenen Angaben hat sie 800 000 Mitglieder. Sie ist der Panamerican Federation of Labor angeschlossen. Ihr Führer, Morones, hat sie ganz im Sinne der klassenfriedlichen Ideologie von Gompers geleitet. Da es aber in Mexiko nur eine äußerst geringfügige Arbeiteraristokratie gibt, sind die Verbände der CROM in der Praxis sehr oft gezwungen, eine Klassenkampfpolitik zu betreiben. Morones ist Arbeitsminister der Regierung.

Im Sinne der Regierungspolitik hat er die Streiks gegen englische Unternehmer gefördert, dagegen die gegen amerikanische zu zerschlagen versucht. Dennoch kam es zu sehr mächtigen Streikbewegungen, z. B. in den Petroleumgruben von Tampico. Auch politisch war die CROM gezwungen, eine dem Klassenkampf näherstehende Politik durch Schaffung des „Partido Laborista" (Arbeiter-Partei) zu befolgen. Diese Arbeiterpartei ist allerdings nichts anderes, als die CROM selbst, verstärkt um einige parlamentarische Mandate. Sie ist scharfe Gegnerin der radikalen Agraristen und der Kommunisten. Calles stützt sich insbesondere auf sie. Ihre Funktionäre sind größtenteils Regierungsbeamte, die Organisationen werden von der Regierung subventioniert. Im Kampfe gegen diese opportunistische Politik schied aus der CROM die anarchistische C G T (Confederacion General del Trabajo) aus, welche der Berliner Internationale angeschlossen ist und etwa 15 000 Mitglieder zählt. Die Verbände der Eisenbahner und der Petroleumarbeiter sind keiner Gewerkschaftszentrale angeschlossen. Sie sind radikaler als die CROM.

Die Kommunistische Partei: Die Partei zählt erst einige hundert Mitglieder, besitzt aber stellenweise (so bei den Textilarbeitern von Orizaba, den Petroleumarbeitern von Tampico) starken Masseneinfluß. Sie hat es stellenweise (insbesondere im Staate Vera Cruz) verstanden, sich an die Spitze der radikalen Agraristen zu stellen und die Bauernkomitees vollkommen zu beherrschen. Die CROM führt gegen sie eine Boykottpolitik und hat auf ihrem letzten Kongreß dem Delegierten, der Mitglied der KPM war, das Mandat aberkannt. Im Kampf gegen die panamerikanische imperialistische Haltung der CROM hat die KPM gemeinsam mit der Workers Party die Initiative zur Schaffung der „Pan-American antiimperialistic League" ergriffen, welche mit Erfolg Schritte unternommen hat, um alle revolutionären Bewegungen Latein-Amerikas um sich zu gruppieren (Dezember 1924). Die KPM litt jahrelang schwer an den Folgen, einerseits der anarchosyndikalistischen, andererseits der opportunistischen Tradition der mexikanischen Arbeiterbewegung. Zwischen der Parteizentrale und der Organisation von Vera Cruz gab es ernste Differenzen, weil letztere mit ihrer (in Opposition gegen Obregon stehenden) Lokalregierung eng zusammenarbeitete. Der Parteitag von 1925 hat entschieden, daß jede Kooperation mit der Regierung, insbesondere jede Annahme von Subventionen unzulässig ist, hat ein Minimalprogramm festgelegt, die Umstellung auf Betriebszellen beschlossen, und die nötigen Schritte zur Liquidierung des Fraktionskampfes ergriffen.

Mittelamerika

Unter „Mittelamerika" versteht man die fünf zeitweise verbundenen, heute aber voneinander unabhängigen Republiken: Guatemala, Honduras, San Salvador, Nicaragua und Costa Rica. Nicaragua ist derzeit von den Vereinigten Staaten militärisch besetzt, weswegen wir es unter den Kolonien der Vereinigten Staaten behandeln. Die vier

übrigen Staaten haben zusammen einen Flächeninhalt von 333 230 qkm und 5,2 Millionen Einwohner, und zwar:

	Flächeninhalt in 1000 qkm	Einwohnerzahl in 1000
Costa Rica	54	498
Guatemala	110	2454
Honduras	120	680
San Salvador	34	1610

Das feuchte und heiße Klima gestattet in vielen Gebieten den Weißen keine körperliche Arbeit. Nur in Costa Rica überwiegt die weiße Rasse, dagegen herrschen in Guatemala die Indianer, in den beiden anderen Ländern die Mestizen (spanisch-indianische Mischlinge) vor. Sprache durchweg spanisch, Religion römisch-katholisch. Die Verfassung ist in allen fünf Staaten fast die gleiche. Die ausübende Gewalt liegt in den Händen des Präsidenten, die gesetzgebende bei dem aus zwei Kammern bestehenden Parlament.

Wirtschaft

Landwirtschaft Diese ist in allen Republiken weitaus der wichtigste Wirtschaftszweig. Kolonialprodukte herrschen vor. Unter ihnen nimmt der Bananenbau eine immer größere Bedeutung ein und drängt den Kaffeebau zurück. Er liegt vollkommen in den Händen nordamerikanischer kapitalistischer Gesellschaften, die über ihre eigenen Bahnen, Wege und Schiffe verfügen und durch den Bau von Wohnungen, Schulen und Kirchen die Arbeitskräfte an sich zu fesseln suchen.

Erträgnisse (in 1000 dz) 1924

	Reis	Zucker	Kakao	Kaffee	Tabak	Baumwolle
Costa Rica	39	45 [2])	27	130	3	—
Guatemala	30 [1])	244	7	2 [1])	5636	—
Honduras	—	—	—	26 [1])	—	—
San Salvador	100	200 [2])	—	430	—	1 [1])

Landwirtschaftliche Hauptausfuhrartikel sind neben Bananen Kaffee, Rohrzucker, Kautschuk, Tabak. Von Forsterzeugnissen sind Kokosnüsse, Mahagoni- und Zedernholz wichtig, ferner Perubalsam (Heilmittel). In Costa Rica besteht eine erhebliche Viehzucht.

Bergbau ist unbedeutend. Die Industrie beschränkt sich fast ausschließlich auf einige Textil- und Zuckerfabriken. Gesamtlänge der Eisenbahnen 3380 km.

[1]) 1923. [2]) 1922.

Außenhandel (in 1000 £)

	Costa Rica		Guatemala		Honduras		Salvador	
	Aus-	Einfuhr	Aus-	Einfuhr	Aus-	Einfuhr	Aus-	Einfuhr
1923	2646	2017	3036	2837	2504	3585	3517	1808
1924	3415	2474	5042	3767	1974	2784	5024	2259

Staatshaushalt (in 1000 £)

	Costa Rica		Guatemala		Honduras		Salvador	
	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.
1923	1967	1745	1263	1320	894	834	1502	1603
1924	2230	1874	1553	1570	732	569	2004	1663

Durch das finanzielle Eingreifen Amerikas befinden sich die Staatsfinanzen aller 4 Staaten, die arg zerrüttet waren, in schnellem Aufschwung, der jedoch durch die restlose Kolonisierung seitens der Vereinigten Staaten erkauft ist.

Politik

Alle diese Staaten sind tatsächlich ebenso von den Vereinigten Staaten beherrscht, wie das militärisch besetzte Nicaragua und Panama. Im Jahre 1925 ist auch Honduras von den Vereinigten Staaten militärisch besetzt worden. Die Parole der Gegenbewegung gegen diese imperialistische Versklavung sind die „Vereinigten Staaten von Mittelamerika", welche schon einmal vorübergehend nach dem Weltkrieg bestanden. Die Gruppen, die für dieses Ziel arbeiten und die Interessen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen vertreten, sind jedoch weder in den einzelnen Staaten noch im überstaatlichen Maßstab fest zusammengefaßt.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsverbände sämtlicher mittelamerikanischer Staaten sind der „Panamerikanischen Gewerkschaftsföderation" angeschlossen, welche nichts anderes als ein außenpolitisches Organ der A. F. of L., d. h. des Washingtoner Imperialismus, ist. In der Tat aber zahlen diese Verbände keine Mitgliedsbeiträge an die Panamerikanische Föderation, da sie ihr nur gezwungen angehören und befinden sich in schärfster Opposition gegen dieselbe. Alle Verbände sind sehr schwach. Es gibt auch einzelne anarcho-syndikalistische Gruppen. Ausgehend von Guatemala haben sich die kommunistischen Gruppen in Guatemala, San Salvador und Nicaragua zur „Kommunistischen Partei Zentral-Amerikas" zusammengeschlossen. Alle diese Gruppen sind ganz oder halb illegal und leiden unter schweren Verfolgungen.

Monako

Konstitutionelles Fürstentum im Süden Frankreichs am Mittelländischen Meere. Ausdehnung 21 qkm, Bevölkerung 23 000. Der Fürst und die Staatsfinanzen werden von der Internationalen Spielbank in Monte Carlo erhalten.

Niederlande

Fläche: 34 186 qkm. Bevölkerung: 7 212 739 (1923).

Kolonien

Ostindische Kolonien	Fläche qkm	Bevölkerung 1905 (in 1000)	Bevölkerung 1920 (in 1000)
Java und Madura	131 440	30 360,7	34 984,2
Sumatra	415 332	4 031,5	5 852,1
Celebes	85 810	851,8	3 008,2
Restl. ostind. Kolonien....	1 182 781	1 826,8	5 506,2
Westindische Kolonien			
Surinam und Curaçao	141 695	—	183,7

Religion: 60 Prozent ref. Protestanten, 35 Prozent Katholiken. Konstitutionelle Monarchie mit Zweikammersystem, beide Kammern gewählt nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht. Letzte Wahl 1925. Allgemeine Wehrpflicht.

Von der erwerbstätigen Bevölkerung von 2 722 407 waren 642 111 (23,6 Prozent) in Landwirtschaft und Fischerei, 1 035 094 (38 Prozent) in Industrie und Bergbau, 581 049 (21,3 Prozent) im Handel und Verkehr, 199 959 (7,4 Prozent) in öffentlichen Diensten und freien Berufen und 221 145 (8,1 Prozent) in häuslichen Diensten tätig.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Bedeutung Hollands liegt in seinem Charakter als Durchgangs- und Handelsland (Rheinmündung) und seiner historischen und wirtschaftlichen engen Verbundenheit mit dem britischen Weltreich, die es als Stützpunkt für die kontinentale Ausdehnung der Herrschaft des britischen Kapitals vorausbestimmt. Neben dem großen englisch-holländischen Erdöltrust „Koninglijke Hollandsche Petroleum Matchaapij" (Royal Dutch Shell Co.) bestehen der Glühlampen- und Margarinekonzern, die einen großen Teil der Weltproduktion kontrollieren. Wichtig ist Holland auch noch als „neutraler" Kapitalsmarkt, als der es während des Krieges besonders große Gewinne machen konnte.

Landwirtschaft: Fast 90 Prozent des Bodens ist kulturfähig. Davon entfallen 35 Prozent auf Ackerbau und Gartenwirtschaft, 8 Prozent auf Wälder und der Rest auf Weiden und Marschland. Durch Deichbauten werden immer größere Teile des Bodens der Binnenmeere trockengelegt und landwirtschaftlich nutzbar gemacht.

Anbaufläche und Ernteerträge

	1909/13		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Roggen	225	4 076	210	3 645	198	3 952	200	3 908
Hafer	139	2 820	154	3 022	152	3 031	147	2 990
Weizen	55	1 312	62	1 663	47	1 260	52	1 397
Gerste	27	712	24	648	25	774	29	673
Kartoffeln	166	23 833	161	24 472	167	26 865	169	30 900
Zuckerrüben	58	17 939	67	17 202	74	24 264	66	21 800

Wichtig ist die Gemüse-, Blumen- und Samenzucht.

Viehstand 1921 (in 1000): Rinder 2067,7, Schafe 668,2, Schweine 1519,2, Pferde 362,7. Große Geflügelzucht.

Fischerei 1923: 5135 Fahrzeuge mit 16 000 Mann. Hauptsächlich Herings- und Austernfischerei.

Bergbau: Kohlenbergbau in der Provinz Limburg. Produktion 1924: 5,8 Mill. Tonnen, 1925 über 7 Millionen. Belegschaft am 1. 12. 1925: 30 791, davon 26 936 unter Tage. Der Bergbau hat sich 1925 stark entwickelt.

Industrie: Starke Entwicklung in den letzten Jahren; wichtigste Industriezweige: Schiffbau und Lebensmittelindustrie. Arbeiterzahl 1920: Schiffbau 37 400, Lebensmittel 26 150, Maschinen 23 600.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen: 3445 km. Schiffbare Wasserstrecken 5000 km. Großer Automobilverkehr. Handelsschiffahrt 1924: 1082 Schiffe mit 2,56 Mill. Tonnen Schiffsraum. Haupthäfen Amsterdam, Rotterdam, Vlissingen, Hoek van Holland.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Gulden)

	1913	1920	1923	1924	1925
Einfuhr	3918	3375	2009	2364	2455
Ausfuhr	3083	1701	1303	1660	1807

Eingeführt wird Oelsaaten, Kohle, Getreide, Kaffee, Baumwolle, Garn und Zwirn, Rohzucker, Holz.

Ausgeführt wird Gemüse, Zucker, vegetarische Oele, Baumwollwaren, Käse, Butter, Schweine, Margarine und andere Lebensmittel.

Haupthandelsländer: Deutschland, England, Belgien, Vereinigte Staaten, Holländisch Ostindien.

Finanzen und Geldwesen

Staatshaushalt (in Millionen Gulden)

	1913	1922	1923	1924	1925
Ausgaben	216	1179	870	828*)	776*)
Einnahmen	203	781	747	693*)	709*)

*) Voranschlagsziffern.

Staatsschulden am 31. 12. 1924 2 929,4 Mill. Gulden, am 1. 1. 1926 2 876,6 Mill. Gulden fundierte und 359 Mill. Gulden schwebende Schuld.

Die holländische Währung wurde 1925 gleichzeitig mit der englischen wieder auf Goldparität gebracht. Notenumlauf Ende 1924: 958 Mill. Gulden, 1925: 892 Mill. Gulden (1913: 313). Goldreserve 505 Mill. Gulden (1913: 151).

Politik

Das politische Leben Hollands wird beherrscht von den Petroleum- und Kolonialinteressen, die in einzelnen bürgerlichen Parteien ihre Vertretung finden. Die Krise der holländischen Industrie, die durch die mitteleuropäischen, vor allem deutschen Verhältnisse verursacht wurde, erschwert die Bildung einer großkapitalistischen Regierung auf demokratischem Wege.

Zusammensetzung der Kammer

	1922		1925	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Römisch-katholische Staatspartei (reaktionäre katholische Volkspartei)	874 745	32	883 350	30
Antirevolutionäre Partei (Großbourgeoisie, Oelinteressen)	402 277	16	377 415	13
Christlich-historische Partei (Partei des reformierten-kalvinistischen Bürgertums	318 696	11	305 563	11
Freiheits- und (konservativ-liberale) Partei	271 358	11	269 535	9
Freisinnig-demokratischer Bund (Linksliberale)	134 595	5	187 159	7
Reformierte Partei (Kalvinisten)	26 744	1	62 472	2
Kleine bürgerliche Parteien [1])	84 246	2	114 360	3
Sozialdemokraten	567 769	20	706 317	24
Kommunisten	53 657	2	49 482 [2])	1

Die politische Haltung eines großen Teiles der Bevölkerung wird noch durch religiöse Momente bestimmt. Daher eine starke Zersplitterung; es kandidierten 1925 26 Parteien! Soweit die Wahlen eine Aenderung brachten, zeigten sie ein Erstarken der Opposition. Die drei Regierungsparteien (Katholische, Antirevolutionäre und Christlich-historische) verloren zusammen fünf Mandate, so daß die Mehrheit nur mehr 54 (von 100) Sitze beträgt.

Diese schwache Position hatte Anfang November den Sturz der unter vieler Mühe nach den Neuwahlen gebildeten reaktionären Regierung Coljin zur Folge bei der Abstimmung über das Budget der Gesandtschaft am Vatikan, das gegen 48 Stimmen abgelehnt wurde. Nach langen Versuchen wurde im März 1926 eine neue Regierung Van Geer gebildet, die zwar eine etwas linkere Färbung hat, sich aber tatsächlich nicht wesentlich von den vorhergegangenen reaktionären

---

[1]) Oppositionelle Absplitterungen von den Regierungsparteien [2]) Hinzugerechnet sind 12 656 Stimmen, die auf die vor den Wahlen zurückgezogene Liste des „Revolutionären Arbeiterkomitees" (linke Opposition der KPH) abgegeben wurden. Auf die offizielle Parteiliste entfielen nur 36 786 Stimmen.

Regierungen unterscheidet und auch keine große Mehrheit hinter sich hat.

Presse: Liberale: „Nieuwe Rotterdamsche Courant", „Allgemeen Handelsblad"; Christlich: „Standaard", „De Neederlande"; Katholisch: „Maasbode", „Het Huisgezin", „Het Centrum", „De Tyd".

Außenpolitisch ist Holland im Schlepptau des englischen Imperialismus und der Royal Dutch.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften: Die Gewerkschaftsbewegung ist sehr stark zersplittert. Folgende Spitzenorganisationen bestehen:

	Mitglieder Mitte 1924	1925
Niederländischer Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) — NVV	186 000	184 000
Nationales Arbeitersekretariat (der RGI angeschlossen) — NAS	14 000	12 000
Christliche Gewerkschaften (Protestanten) — CNV	61 000	
Katholische Gewerkschaften — RKV	117 000	
Allgemeiner Gewerkschaftsverband „Neutral" ANV	47 000	
Syndikalisten — NSV	7 000	

Ende 1924 hatten die freien Gewerkschaften 184 000 Mitglieder. Die kleine Steigerung gegen Anfang 1924 ist die Folge des Beitritts des Lehrerbundes mit 7400 Mitgliedern; gegenüber der Höchstziffer 1920 von 247 000 Mitgliedern bleibt die Zahl noch bedeutend zuruck.

Die Führer der holländischen freien Gewerkschaften gehören zur mittleren Gruppe innerhalb der Amsterdamer Internationale, es ist aber ein Vertreter des rechten Flügels des NVV, Oudegeest, Sekretär des IGB.

Im Laufe des Jahres 1925 hat sich eine Linksbewegung entwickelt, deren Entstehen die Reformisten bisher mit dem Hinweis auf die „syndikalistische" Taktik des NAS verhindern konnten. An der Spitze der Bewegung stehen Fimmen und P. I. Schmidt (Sekretär der Angestellten-Internationale), die seit Februar 1926 eine Zeitschrift „Einheit" herausgeben. Einfluß hat die Linksbewegung bei den Angestellten, Metall- und Transportarbeitern. Der letztere Verband hat eine Kampagne für den einheitlichen Kampf aller Seeleute der Nordseehäfen geführt.

Das Nationale Arbeitersekretariat, von dem sich die „reinen" Syndikalisten 1923 abgespalten haben, hat den 1922 beschlossenen Anschluß an die RGI Ende 1925 durchgeführt. Diesem Beschluß sind schwere Kämpfe vorausgegangen, die zum Teil mit den Fraktionskämpfen innerhalb der KPH zusammenhingen. Die größten syndikalistischen Widerstände scheinen überwunden zu sein. Die Einheitsfrontkampagne stößt allerdings noch auf starke ideologische Hem-

mungen, die durch die Auffassung des linken Flügels des NVV, „der die Liquidierung des NAS fordert, noch bestärkt werden."

Die Syndikalisten spielen eine sehr geringe Rolle.

Politische Arbeiterbewegung

Sozialdemokratische Arbeiterpartei: Sie ist die stärkste politische Organisation Hollands, mit angeblich 43 000 Mitgliedern 1925. Die Partei ist völlig reformistisch und stand schon vor dem Kriege im Kampfe gegen eine linke Gruppierung. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Korruptionsaffären in der deutschen Sozialdemokratie 1925, deren Fäden nach Holland führten, trat der bisherige Führer, P. I. Troelstra, „aus Gesundheitsrücksichten" zurück, ohne daß eine politische Aenderung eingetreten war. Zwei Tageszeitungen „Het Volk" und „Vorwärts". Auf dem 33. Parteitag zu Ostern 1926 zeigte sich eine große Unzufriedenheit breiter Massen der Mitgliedschaft mit der politischen Führung, sowohl innenpolitisch, wegen der Annäherung an die Regierung und die Christlichen, als auch außenpolitisch wegen der zäh betriebenen Rußlandhetze. Die Unzufriedenheit mit der Koalitionspolitik brachte vor allem der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Stenhuis, zum Ausdruck. Die Rechte war aber auf dem Parteitag bei weitem in der Mehrheit und wählte den reaktionären Vorsitzenden des Diamantenarbeiter-Verbandes, Henri Polak, zum Vorsitzenden.

Kommunistische Partei: Diese hat seit dem 5. Weltkongreß der KI. schwere innere Kämpfe durchgemacht, die im Zusammenhang mit der opportunistischen Haltung der damaligen Führer der Partei, Wynkoop und van Ravenstein standen, deren Politik zur Abspaltung linker Elemente führte. Die durch das Eingreifen der Komintern hergestellte Einheit wurde durch die Weigerung der alten Führung, die Beschlüsse des EKKI durchzuführen, neuerlich durchbrochen. Es kam nach den Wahlen 1925 zu neuen Fraktionskämpfen, die zum Ausschluß der Führer der Wynkoop-Gruppe führten, die in der Frage des internationalen Zentralismus und der Stellung zum NAS die Politik des ZK der KPH öffentlich und selbst in der sozialdemokratischen Presse bekämpften. Das EKKI bemühte sich, alle kommunistischen Elemente wiederum in der KPH zusammenzufassen. Die Gruppe Wynkoop wies jedoch alle Versuche einer Verständigung brutal zurück, so daß es notwendig war, auf dem Pfingstparteitag der KPH 1926 Wynkoop und zwei andere Führer der Opposition nochmals auszuschließen. Ihr Anhang in der Partei ist im Verlauf dieser Kämpfe stark gesunken. Gleichzeitig beschloß der Parteitag die Reorganisation der Partei auf Betriebszellen und eine energische Durchführung der gewerkschaftlichen Einheitskampagne.

Niederländische Kolonien

Flächeninhalt und Bevölkerungszahl s. Niederlande.

Holländisch-Indien

Verfassung: Volksrat, 60 Mitglieder, davon 30 Eingeborene (20 ernannt, 10 gewählt), 25 Holländer (10 ernannt, 15 gewählt), 5 gebürtige Ausländer niederländischer Staatszugehörigkeit. Indirekte Wahl durch die Bezirksausschüsse.

Städtische Bevölkerung überwiegend Holländer. Religion der Eingeborenen: Mehrzahl mohammedanisch. Starke chinesische Einwanderung.

Wirtschaft

Die koloniale Wirtschaft Holländisch-Indiens ist charakterisiert durch eine äußerst weitgehende Konzentration. Die Zuckerproduktion beherrscht das Syndikat der Javazuckerfabriken. Die Tabakpflanzungen werden von vier Gruppen beherrscht. Petroleum steht unter der Kontrolle der Royal Dutch, die durch die Unterstützung der Regierung die niederländisch-indische Erdölproduktion nahezu monopolisiert hat.

Landwirtschaft

Anbaufläche der wichtigsten Produkte 1921 (in Tausend Hektar)

	Reis	Mais	Zuckerrohr	Tee	Tabak	Kaffee
1909-1913 Durchschn.	2408	1545	105	—	115[1])	—
1923	3293	1630	179	93	154	122[2])
1924	3381	1763	179	92	167	99[2])

Produktion an wichtigsten Erzeugnissen [3]) (in Tausend dz):

	Zucker	Kaffee	Kautschuk	Chinarinde	Tabak	Tee	Kakao [4])
1909/10-13/14 Durchschn.	13473	—	—	—	636	26,5	23,5
1922/23	18045	688	882	90,3	444	43,4	12,6
1923/24	17996	729	1170	96,3	448	48,8	22,5
1924/25	19900	783	1453	112,5	517	56,2	—
1925/26	23000	711	1678	—	—	—	—

Viehstand 1922 (in 1000): Rinder 7217, Schweine 916, Schafe 1105, Ziegen 2154, Pferde 721.

Bergbau

Produktion der wichtigsten Unternehmungen

	Erdöl 1000 t	Kohle 1000 t	Gold kg	Silber 1000 kg	Zinn 1000 kg
1913	1526	568	5096	14 498	16 400
1922	2382	1091	3244	34 515	16 150
1923	2833	1095	3110	34 214	18 400
1924	2919	1470	3328	44 460	—

[1]) Nur Eingeborenenpflanzungen. [2]) Nur Europäern gehörige Pflanzungen.
[3]) Die Statistik ist sehr mangelhaft, da sie sich auf oft willkürliche Schätzungen stützt. [4]) Ausfuhrdaten.

Größte Bedeutung hat die Erdölproduktion; 1925 wurden 2,9 Millionen t Erdöl produziert.

Industrie: 1924 — 467 Gummifabriken, 310 Reismühlen, 187 Zucker-, 206 Tee-, 150 Tabak- und 111 chemische Fabriken, darunter viele primitive Betriebe. Die Industrie entwickelt sich sehr stark.

Verkehr: Eisenbahnen (Java und Sumatra) 1922: 3576 km.

Außenhandel:

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Gulden)[1]:

	1913	1922	1923	1924
Einfuhr	436,7	691,1	653,6	714,0
Ausfuhr	614,2	1136,1	1378,1	1557,3

Hauptausfuhr: Zucker, Erdöl, Tee, Kaffee, Tabak, Kautschuk, Kopra, Zinn, Chinarinde, Haupteinfuhr: Baumwollwaren, Reis, Eisen und Maschinen, Lebensmittel.

Haupthandelsländer: Brit. Hinterindien, Niederlande, Indien, Ver. Staaten, England, Japan.

Finanzen und Geldwesen:

Staatsschulden am 31. März 1924: 9,7 Millionen engl. Pfund. Währung: Siamesischer Tical; 13 Tical = 1 engl. Pfund.

Politik

Das Jahr 1925 brachte eine kleine Erleichterung der Wirtschaftskrise Indonesiens, die aber keineswegs das Los der breiten Massen der Kolonialbevölkerung erleichterte, weil an Stelle der Wirtschaftskrise die Steuerpresse der holländischen Regierung trat. Der geplante Ausbau des englischen Flottenstützpunktes in Singapore und das allgemeine Wachstum der Rüstungen am Stillen Ozean veranlaßten die holländische Regierung zum Bau einer mächtigen Kolonialflotte, die ausschließlich aus den Mitteln Indonesiens erbaut und erhalten werden soll. Daher die immer wachsende Bürde neuer Steuern, die schwer auf den Schultern der einheimischen Bevölkerung lasten. Gleichzeitig mit der Einführung der neuen Steuern ist die Regierung bestrebt, die Fronlasten der Einheimischen endgültig abzuschaffen, die sich noch in den „äußeren" Provinzen, die außerhalb der Insel Java und Madura liegen[2]) erhalten haben, und sie in Steuern umzuwandeln. Die stärkere Anspannung der Steuerpresse rief bei der Bevölkerung heftigen Unwillen hervor, der noch durch die allgemeine Erhebung der national-revolutionären Bewegung im Osten angefeuert wurde.

Der Kampf gegen die wachsende Unruhe ist der Hauptinhalt der inneren Politik der holländischen Regierung, die ihn einmal durch kleine Konzessionen an die reaktionären Schichten der einheimischen

1) Ohne staatliche Ausfuhr.

2) In den mehr kapitalistischen Provinzen Java und Madura ist diese Reform schon lange durchgeführt worden. Im Jahre 1923 zahlten 50 Prozent der gesamten männlichen Bevölkerung über 15 Jahre diese Kopfsteuer; die Gesamtsumme der in diesem Jahre aufgebrachten Steuer erreichte 11½ Millionen Gulden, was eine vierfache Erhöhung gegenüber 1910 bedeutet.

Bevölkerung, wie Wahlreform, und zum anderen durch neue Repressivmaßnahmen gegen die kommunistischen und national-revolutionären Organisationen führt.

In 18 sogenannten Regentschaften des westlichen Java werden jetzt „Regentschaftsräte" eingeführt, von denen jeweils die absolute Mehrheit gewählt und der Rest ernannt wird. Da sich unter den ernannten „Räten" halbfeudale Elemente befinden, so ist der Zusammenhang der Regierung mit den reaktionären Kreisen der Bevölkerung, die sich im Gegensatz zu den fortschrittlicheren Kreisen der kleineren und mittleren einheimischen Bourgeoisie befindet, sichergestellt. Im großen und ganzen folgt die holländische Regierung dem Muster der englischen Regierung in Britisch-Indien während der Vorkriegsperiode. Die neuen „segensreichen Reformen" der holländischen Regierung traten erst 1924 in Kraft, riefen aber bereits 1925 den Haß der Bevölkerung hervor. Der Kongreß der nationalen Organisation „Sarekat Islam" im August 1925 bezeichnete die Reformen als Farce und beschloß den Boykott der neuen „Regentschaftsräte", ähnlich auch die Organisation der einheimischen Intelligenz, „Boëti Oëtomo". Auf Sumatra sprachen sich 600 Vertreter der Bevölkerung des westlichen Sumatras gegen derartige Reformen aus.

Die neue „demokratische" Aera in Indonesien beginnt faktisch mit dem Belagerungszustand. Die meisten Unterdrückungsmaßnahmen gelten natürlich der aktiven kommunistischen Partei. Die besten ihrer Führer sitzen im Gefängnis oder sind in die Verbannung geschickt. Es vergeht nicht ein Tag, an dem nicht die Zeitungen neue Kommunistenverfolgungen melden. Nach einer beiläufigen, lange nicht vollständigen Schätzung sind 400 Kommunisten in Gefängnissen oder in der Verbannung. Ebenso heftig wird die nationale Organisation „Sarekat Raiat" verfolgt, deren Schulen geschlossen und Zeitungen verboten werden. Das Versammlungsrecht ist faktisch aufgehoben, Demonstrationen und Meetings der Bevölkerung werden mit Waffengewalt auseinandergesprengt. Gegen noch rückständige Volksstämme des Archipels wird bei dem ersten Anzeichen einer Unzufriedenheit ein Ausrottungsfeldzug unternommen. Als Krönung dieser Kampagne wurden faschistische Abteilungen geschaffen zur Durchführung eines bewaffneten Kampfes gegen die Arbeiter- und revolutionäre Bewegung.

Aber alle diese Maßnahmen der Regierung erreichten nicht ihr Ziel. Das Wachstum der national-revolutionären Bewegung in China, der hartnäckige bewaffnete Kampf gegen die Imperialisten in einer ganzen Reihe islamitischer Länder findet auch in Indonesien wachsenden Widerhall.

Die national-revolutionären Organisationen

„Sarekat Islam". Die politische Belebung breiter Volksmassen macht sich in einer Linksschwenkung dieser alten nationalen Organisation bemerkbar, die niemals revolutionär war, aber seit dem Jahre 1920 unter den Einfluß der kompromißlerischen Führer geriet und infolgedessen ihren Einfluß auf die Bevölkerung in bedeutendem Maße eingebüßt hat. Im Sommer 1925 kam es zu Verhandlungen mit dem „Sarekat Raiat", zur Schaffung einer antiimperialisti-

schen Einheitsfront, die zusammen mit dem Auftreten einzelner Abteilungen des „Sarekat Islam" die Aenderung der Taktik dieser Organisation unter dem Druck der Massen beweisen. Der „Serekat Islam" soll bereits an die Gründung militärischer Organisationen zum offenen Kampf gegen die Regierung gegangen sein.

„Boëti Oëtomo". Die Organisation hat sich zwar noch nicht von ihrer früheren Ablehnung der revolutionären Kampfesmethoden freigemacht, tritt aber energisch gegen die Unterdrückungspolitik der Regierung auf, fordert Aufhebung des Frondienstes und der vertragslosen Arbeit, der heutigen Form der Kolonialsklaverei in den Kolonien. 1925 berief „Boëti Oëtomo" ihre Vertreter aus dem „Volksrat" ab.

„Sarekat Raiat", eine Organisation der Bauern und des Kleinbürgertums, die 1923 aus dem abgespaltenen linken Flügel des „Sarekat Islam" gegründet wurde.*) „Sarekat Raiat" führt eine große Kulturpropaganda unter der Bauernschaft durch. Fast ganz Java ist mit einem Netz von Schulen überzogen, die von dieser Organisation begründet und geleitet werden. „Sarekat Raiat" nimmt auch lebhaften Anteil am politischen Leben des Landes und ist die einzige konsequent nationalrevolutionäre Organisation. Im letzten Jahre drang sein Einfluß auch nach Sumatra vor, wo es jetzt einige Rayonkomitees des „Sarekat Raiat" gibt.

„Kuomintang". In Indonesien leben ungefähr 800 000 bis 1 Million Chinesen, meist Kulis und kleine Händler. Der Kampf des chinesischen Volkes für seine Unabhängigkeit, der vor der Kuomintang geführt wird, fand auch bei den indonesischen Chinesen lebhaften Widerhall; aber erst 1925 begann, im Zusammenhang mit den Ereignissen in Shanghai, unter der chinesischen Bevölkerung der holländischen Kolonie eine starke Massenbewegung, um die indonesischen Chinesen zur Teilnahme an dem allgemeinen Kampf des chinesischen Volkes zu bewegen. Gegenwärtig hat die Kuomintang in Indonesien zahlreiche starke Sektionen, die zur Hilfe für die Streikenden in Shanghai 50 000 Dollar gesammelt, den Boykott über englische Waren verhängten und eine aktive Propaganda gegen die englischen und die ihnen dienenden holländischen Imperialisten durchgeführt haben. So wurde im Jahre 1925 der Grundstein zur Begründung einer einheitlichen nationalrevolutionären Bewegung gelegt. Die Kolonialregierung stürzt sich natürlich mit ihrem ganzen Apparat auf die chinesische Bewegung.

Arbeiterbewegung

Die indonesischen Gewerkschaften (sie sind fast alle der Profintern angeschlossen) zählen nach ihrer offiziellen Statistik im Jahre 1924 17 000 Mitglieder und sind im Jahre 1925 auf 21 000 Mitglieder angewachsen. Stark sind folgende Verbände angewachsen: Eisenbahner, Hafenarbeiter und Bergarbeiter. Ein neuer Verband der

*) Vom Jahre 1921, in dem die Spaltung zwischen dem linken und rechten Flügel des „Sarekat Islam" vor sich ging, bis zum Jahre 1923 existierte die Organisation unter dem Namen „Roter Sarekat Islam".

Kuli wurde gegründet. Die vereinigten roten Gewerkschaften führten im Jahre 1925 eine Reihe von Streiks. Zwei von diesen Streiks werden weiter unten angeführt. Abgesehen davon wurde ein großer Streik der Hafenarbeiter in Belawan geführt. Die Streikbewegung ruft heftige Unterdrückungsmaßnahmen von seiten der Regierung gegen die roten Gewerkschaften hervor.

In den letzten Monaten wurden in Indonesien neue Gewerkschaften mit nationalem Charakter gegründet, die nicht der Profintern angeschlossen sind, und zwar die Gewerkschaft der Bankangestellten und der Forst- und Zollbeamten.

Europäische Gewerkschaften. Abgesehen von den einheimischen Gewerkschaften gibt es in Indonesien auch einige europäische Gewerkschaften, deren Mitglieder sich größtenteils aus holländischen Beamten und europäischen Arbeitern höherer Qualifikation zusammensetzen. Es sind dies folgende Gewerkschaften:

	1924	1925
Zentralvereinigung höherer Angestellten	700	700
Verbände der Vereinigten Staatsbeamten	10 200	7 400
Verbände der europäischen Arbeiter	4 030	3 710
	14 930	11 815

Die europäischen Gewerkschaften sind bis zur gegenwärtigen Zeit noch stark von der einheimischen Arbeiterbewegung isoliert, obwohl letztere im vergangenen Jahre mehrmals an sie mit dem Vorschlage herangetreten ist, eine Einheitsfront in der gesamten Arbeiterbewegung zu schaffen.

Die wenig zahlreiche „Sozialdemokratische Partei", die aus Europäern besteht und von einer Sektion der holländischen Sozialdemokratie gegründet wurde, ist die einzige Partei, die durch die neuen revolutionären Strömungen der indonesischen Volksmassen nicht berührt wurde. Da ihr Zusammenhang mit der einheimischen Bevölkerung nur schwach ist, hat die Partei nur einigen Einfluß auf die europäischen Gewerkschaften. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf parlamentarische Kritik der Regierung, ohne auch nur mit einer Silbe das Regime des weißen Terrors zu erwähnen, das in den Kolonien wütet.

Die Kommunistische Partei führt einen ständigen heftigen Kampf gegen die Regierung. Aber ihre faktisch rechtlose Lage zwingt sie, diesen Kampf illegal zu führen. Die Tätigkeit der Partei kann man nach dem gegen sie und gegen den von ihr geführten „Sarekat Raiat" tobenden Terror beurteilen. Trotz ihrer Illegalität hat die Partei im letzten Jahre eine Reihe von Streiks organisiert, von denen die beiden wichtigsten im August/September 1925 in Semarang stattfanden, an denen 600 Setzer und 1500 Seeleute teilnahmen und die mit einem Siege der Arbeiter endeten.

Norwegen

322 986 qkm, (1920) 2 652 828 Einwohner. 70 Prozent der Bevölkerung wohnen auf dem Lande. Konstitutionelle Monarchie, Einkammersystem mit allgemeinem gleichen Wahlrecht, Wahlen alle drei Jahre.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Die Landwirtschaft ist infolge der ungünstigen Bodenverhältnisse gering, Forstwirtschaft dagegen stark entwickelt. Produktive Oberfläche 9 500 694 ha (29,4 Prozent der Gesamtoberfläche und zwar Forste 22,4 Prozent, Kulturland 7 Prozent).

Bodenverteilung

Gruppe	Zahl	%	Fläche ha	%	Durchschnittl. auf jedem Hof
Zwergbauern weniger als 5 ha . .	223 052	86	260	37	1,16 ha
Kleinbauern 5 bis 20 ha	39 926	13,1	310	44	9,1 ha
Großbauern mehr als 20 ha . . .	2 220	0,9	120	19	60,0 ha

Ernteerträgnisse (in 1000 dz)

Durchschn.	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1919 bis 1923	232	233	988	1873	8270
1924	134	161	1021	1544	5856
1925	149	198	1131	1710	8628

Viehstand

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1910	167 714	1 133 613	1 398 383	333 709
1920	215 979	1 094 818	956 607	126 865
1925	183 887	1 150 617	1 528 819	252 959

Fischerei: In der Fischerei sind während des Sommers 100 000 Personen beschäftigt. Sie liefert etwa ein Viertel des Wertes des norwegischen Exportes.

Industrie: Nur Holz-, Zellstoff-, Papier- und chemische Industrie von Bedeutung. Arbeiterzahl: Insgesamt etwa 420 000 Arbeiter, wovon etwa 175 000 Forst- und Landarbeiter. Ueberdies etwa 155 000 Angestellte aller Art.

Zahl der Arbeiter in einzelnen Industriezweigen (1920)

Maschinenindustrie	36 025	Arbeiter
Holzindustrie	23 080	"
Lebensmittelindustrie	22 820	"
Papierindustrie	17 187	"
Chemische Industrie	12 566	"
Bekleidungsindustrie	11 244	"
Textilindustrie	9 667	"
Steinindustrie	9 951	"

Verkehr: Eisenbahnnetz 3286 km. Handelsflotte 1925 2 681 000 Br. R. T.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Kronen)

	1917	1921	1923	1924	1925
Einfuhr	1661	1551	1350	1548	2095
Ausfuhr	788	753	832	1063	1966

(Zu beachten die Schwankungen des Geldwertes!)

Die Zahlungsbilanz war trotz Einnahmen aus Walfang, Schiffahrt und Fremdenverkehr in den letzten Jahren passiv.

Staatshaushalt (in 1000 Kronen)

	Einnahmen	Ausgaben
1920/21	820 229	895 193
1921/22	708 384	761 567
1922/23	546 164	637 052
1924/25	396 009	368 033
1925/26	438 600	373 800

Im Finanzjahr 1923-24 war das Budget mit 550 Millionen Kronen, 1924-25 mit 474 Millionen Kronen im Gleichgewicht. Der Voranschlag für 1925-26 sieht ein, infolge Deflation, auf 438 Millionen Kronen herabgesetztes Budget vor.

Staatsschulden: 1918 455 Millionen, 1924 1600 Millionen, 1925 1820 Millionen Kronen. Die ausländische Verschuldung ist gering.

Finanzen und Geldwesen:

Kurs des engl. Pfunds in Oslo.

Parität 1 Pfund Sterling =	18,16 Kronen
Januar 1923	24,94 „
Januar 1924	30,27 „
Juni 1924	32,01 „
Januar 1925	31,30 „
Mai 1926	22,50 „
Okt. 1926	20,30 „

Die Staatsbank („Norges Bank") treibt eine systematische Deflationspolitik, welche eine schwere Wirtschaftskrise zur Folge hat.

Politik

Bei den Wahlen 1924 erhielten die verschiedenen Parteien folgende Stimmen- und Mandatszahlen (in Klammern die Zahlen für 1921):

	Stimmen		Mandate	
Konservative (rein kapitalistisch)	315 853	(301 357)	54	(57)
Liberale und Volkspartei (Finanz und Kleinbauern)	198 077	(181 903)	36	(37)
Bauernpartei (Groß- und Mittelbauern)	130 384	(118 549)	22	(17)
Sozialdemokraten	85 281	(83 572)	9	(8)
Norwegische Arbeiterpartei (2, 3/4-Internationale)	179 342	(192 497)	24	(29)
Kommunisten	59 132	(192 497)	6	

Die Regierung war bis März 1926 in der Hand der „Linken" (Ministerpräsident Mowinckel), sie war aber tatsächlich eine reine Bürgerblockregierung. Ihre Politik war weitgehend durch die Forderungen der Staatsbank bestimmt, welche eine Deflationspolitik verlangte und durchsetzte, die schweren Steuerdruck und große Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. In der letzten Zeit verschärft sich der reaktionäre Kurs (Maßregelung sozialistischer Staatsbeamter, Angriffe auf den Mieterschutz, Einbringung eines Gesetzes über Zwangsschiedsgerichtsbarkeit in Arbeitsstreitigkeiten und Gefängnisstrafen bei „ungesetztlichen" Streiks). Im Zusammenhang mit dieser Verschärfung der Kapitalsoffensive hat die Bourgeoisie durch parlamentarische Manöver im März 1926 die Regierung Mowinckel zum Rücktritt gezwungen. An ihre Stelle trat ein Ministerium Lykke, gebildet aus der Konservativen Partei und gestützt auf die Bauernpartei und die „Freisinnige Linke".

Gleichzeitig bauen die Unternehmer ihre Technische Nothilfe („Samfundshjaelpen") aus. Die Regierung duldet auch die Schaffung bewaffneter Bürgerwehren unter Führung von Offizieren („Samfundsvaernet"), die finanziell und organsiatorisch stark sind und etwa 50 000 Mitglieder zählen. Politisch folgen diese Bürgerwehren den Konservativen; sie betreiben systematisch eine nationalistische Agitation für die Schaffung eines nordischen Kolonialreiches (Grönland, Island, Faeroer, Spitzbergen).

Arbeiterbewegung

Auf die norwegische Arbeiterbewegung wirken zwei entgegengesetzte Tendenzen. Der überwiegend kleinbetriebliche Charakter der Instrie und der kleinstädtische Charakter des Landes schafft naturgemäß in der Arbeiterschaft eine kleinbürgerliche Ideologie. Die starke Verbindung mit dem Ausland und die starke Fluktuation der Arbeiterschaft infolge der überwiegenden Bedeutung von Flotte und auch der Fischerei wirken radikalisierend. Infolge der starken Fluktuation ist aber das Organisationsverhältnis in der norwegischen Arbeiterbewegung nicht sehr günstig (nur etwa 25 Prozent der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert). Die Aktivität der Unorganisierten ist jedoch ziemlich groß, und für die ganze Arbeiterbewegung Norwegens ist ein starker Radikalismus bei großer Abneigung gegen feste Zentralisation und Disziplin charakteristisch. Obwohl es keine selbständigen syndikalistischen Organisationen gibt, beherrscht eine dem Syndikalismus ähnliche Ideologie (Ueberschätzung des Gewerkschaftskampfes und Unterschätzung der politischen Parteien, Föderalismus, dabei aber entschiedene Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaftspolitik) große Teile der norwegischen Arbeiterschaft.

Gewerkschaften

Fast alle bestehenden Gewerkschaften, mit Ausnahme der Staatsbeamtenverbände, sind in einer Landesorganisation freigewerkschaftlichen Charakters vereinigt.

Mitgliederzahl der Gewerkschaften

1916	80 618
1919	143 926
1922	83 640
Ende 1925	98 000

Im Frühjahr 1924 versuchten die Unternehmer in einer Reihe von Branchen, vor allem in der Eisen- und Metallindustrie, Lohnreduktionen durchzusetzen. Dies führte zu einem mehrmonatlichen großen Streik und Aussperrungskampf mit zeitweise 80 000 beteiligten Arbeitern. Im Juni 1924 wurde dieser Kampf unter dem Druck der Gewerkschaftsbürokratie mit einem für die Arbeiter ungünstigen Kompromiß abgeschlossen.

Die norwegische Gewerkschaftsbewegung, deren Führung schon 1920 den Reformisten entrissen wurde, und seitdem in der Hand von NAP-Leuten ist, macht seit dem Großkampf des Frühjahrs 1924 einen erneuten Radikalisierungsprozeß durch. Ein Teil der Führerschaft versuchte zwar eine Rechtsschwenkung (Eintritt in die Amsterdamer Internationale auf dem Umweg über die skandinavische Gewerkschaftsföderation, Beteiligung am internationalen Arbeitsamt des Völkerbundes in Genf, Einschränkung der Macht der lokalen Gewerkschaftskartelle usw.). Alle diese Versuche wurden jedoch von dem Landeskongreß der Gewerkschaften im September 1925 schroff zurückgewiesen, das volle Einverständnis mit den Bestrebungen des englisch-russischen Einheitskomitees erklärt, die bereits aufgenommenen Verbindungen mit dem Völkerbund wieder abgebrochen und die Kompetenzen der Lokalkartelle erneut bestätigt. Seit diesem Kongreß haben die Rechten in den Gewerkschaften keinen neuen Vorstoß mehr gewagt. Eine Rußlanddelegation der Gewerkschaftsleitung kam mit einem außerordentlich günstigen Bericht zurück. Führende Gewerkschafter, wie Halvard Olsen (Vorsitzender der Landeszentrale) und A. Madsen (Sekretär des Metallarbeiterverbandes), haben sich für die von der KPN ausgegebene Parole der Schaffung einer Labour-Party ausgesprochen.

Die Kommunisten hatten auf dem Gewerkschaftskongreß etwa 25 Prozent der Mandate. Sie führen den Bauarbeiterverband.

Im Frühjahr 1926 stießen die Unternehmer zu einer Generaloffensive vor. Im März wurden fast sämtliche größere Arbeitermassen umfassende Tarifverträge gekündigt und ihre Erneuerung an die Bedingung einer Verkürzung des Urlaubs, einer 30 bis 40prozentigen Lohnherabsetzung (infolge der Währungsbesserung sind die Reallöhne gestiegen) und des Rechts für die Unternehmer, im Herbst 1926 erneute Tarifrevision zu verlangen, geknüpft. Die überwältigende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter lehnte diese Bedingungen trotz Widerstandes der Bürokratie ab. Es kam zur Aussperrung von etwa 35 000 Arbeitern (24. 4.). Nach sechswöchentlicher Aussperrung ergab eine Urabstimmung eine knappe Mehrheit für die Annahme eines Kompromisses: etwa 17 Prozent Lohnherabsetzung, keine Urlaubsverkürzung, einjährige Tarifdauer ohne vorherige Kündigung. In der Mitgliedschaft der Gewerkschaften entwickelt sich eine

starke Opposition gegen diesen Kampfabschluß und gegen die schwächliche Führung des Kampfes.

Genossenschaften

Diese waren bis vor kurzem rein kleinbürgerlichen Charakters, doch schließen sich ihnen in den letzten zwei Jahren schrittweise auch die Arbeiter an. Die Führung liegt jedoch noch bei den Sozialdemokraten.

Politische Arbeiterparteien

Die politische Arbeiterbewegung Norwegens war vor dem Kriege auf den kollektiven Anschluß fast aller Gewerkschaften an die „Norwegische Arbeiterpartei" aufgebaut. Daneben bestand die Intellektuellengruppe „Mot Dag". Es gab auch individuelle Mitgliedschaft. Im Jahre 1920 beschloß die revolutionäre Mehrheit den Anschluß an die Komintern, wobei sich ein rechter Flügel als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens" (SDAPN) abspaltete. Da sich die Mehrheit der übergetretenen Partei unter Führung von Martin Tranmael der internationalen Disziplin nicht fügen wollte, der Parole des bewaffneten Aufstands die Parole des Generalstreiks entgegenstellte, gegen die Umstellung der Partei auf individuelle Mitgliedschaft opponierte, sich weigerte, die Gewerkschaften auf die politische Linie der Partei einzustellen usw., kam es im Dezember 1923 zu abermaliger Spaltung. Die kominterntreue Minderheit konstituierte sich als „Kommunistische Partei Norwegens" (KPN).

Die SDAPN ist der II. Internationale angeschlossen, besitzt jedoch nur im Industriegebiet Oestfold die Führung der Arbeiterschaft und ist sonst eine rein kleinbürgerliche, in der allgemeinen Politik des Landes gänzlich einflußlose Gruppe.

Die NAP hat heute noch die Mehrheit der norwegischen Arbeiter hinter sich. Sie stand ursprünglich außerhalb jeder internationalen Verbindung, ist aber jetzt dem Pariser Büro der 2¾. Internationale angeschlossen. Ihre Organisation beruht noch immer auf dem kollektiven Anschluß vieler Gewerkschaften, obwohl es natürlich in allen Gewerkschaften auch Mitglieder anderer Parteien gibt. Zurzeit zählt sie etwa 40 000 Mitglieder. Doch hat der letzte Gewerkschaftskongreß die Verbände aufgefordert, die kollektive Mitgliedschaft aufzuheben und die Durchführung dieses Beschlusses würde die NAP ohne Zweifel aufs äußerste schwächen. Innerhalb der Partei kämpfen zwei Richtungen um die Führung, von denen keine eine klare Mehrheit hat. Der rechte Flügel (Tranmael, Bull) strebt einer Vereinigung mit der II. Internationale zu, beginnt eine Sowjetrußlandhetze, ist für den Anschluß an Amsterdam, gegen jegliche Einheitsfront mit den Kommunisten, für Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Er entwickelt sich in der Richtung einer sozialdemokratischen Politik. Er hat der Partei auf ihrem Parteitag im August 1925 die Parole „organisatorische Sammlung der gesamten norwegischen Arbeiterschaft in der NAP" aufgezwungen. Der linke Flügel (Olsen, Madsen) ist gegen Amsterdam, für das englisch-russische Einheitskomitee, gegen die II. Internationale, für Sowjetrußland. Von der Komintern trennen ihn die

Fragen des internationalen Zentralismus und des bewaffneten Kampfes, sowie der führenden Rolle der Partei. Eine kleine linke Flügel-Gruppe (Friis) tritt offen für den Eintritt in die Komintern ein. Eine vierte, noch weiter linksstehende Gruppe wurde im Mai 1925 aus der Partei ausgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt liquidierte die Partei ihre Propaganda für die Verweigerung der Militärdienstleistung. Obengenannte Gruppe hielt dagegen an der Militärstreikparole fest und brach die Disziplin der Partei. An ihrer Spitze standen die Intellektuellen von „Mot Dag", welche seinerzeit eine halb faschistische, antisemitische Ideologie vertreten hatten, die Hauptträger für die Abspaltung von der Komintern waren, sich im Laufe der Jahre 1924 und 1925 aber schnell nach links entwickelten und heute in vielen Fragen mit der KPN zusammengehen.

Die Kommunistische Partei hatte seit ihrer Gründung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da die Arbeiter aus Traditionsgründen an der NAP hängen. Auch hat es (mit Ausnahme des Großstreiks von 1924) an Anlässen gefehlt, wo die NAP sich in der Praxis entlarven konnte. Gegenüber der Parole der NAP, auf organisatorischen Zusammenschluß aller Arbeiter in ihren Reihen, hatte darum die KPN zunächst einen schweren Stand. Dagegen trieb ihr der Versuch einer Rechtsschwenkung der Gewerkschaftsführung sofort die Arbeitermassen zu (siehe Gewerkschaften). Das Resultat ist, daß der Einfluß der Partei innerhalb der Gewerkschaften sehr stark ist, dagegen ist der Ausfall der Wahlen wenig befriedigend. Die Partei zählt etwa 9000 Mitglieder. Dem starken Drang nach Zusammenschluß Rechnung tragend, hat die KPN im November 1925 die Parole der Bildung einer norwegischen Labour-Party, welche auf dem Anschluß der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften beruhen soll, ausgegeben. Diese Parole hat alle Aussicht, bei den norwegischen Arbeitermassen durchzudringen, da der utopische und rein demagogische Charakter der NAP-Parole „organisatorische Sammlung" klar zutage liegt. Maßgebende Führer der Gewerkschaften, darunter selbst Sozialdemokraten, haben sich auch sogleich für die Parole ausgesprochen, aber die Parteibürokratie der NAP leistet erbitterten Widerstand. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die norwegische Arbeiterschaft gegen Deflation, Arbeitslosigkeit, die daraus resultierende Lohndruckgefahr, Faschismus usw. einen Verteidigungskampf führen muß, fände eine, von den Gewerkschaften getragene, von der Ideologie des Klassenkampfes durchdrungene Labour-Party ein reiches Betätigungsfeld. Unter dem Druck der Massenstimmung hat die Gewerkschaftszentrale im Januar 1926 die drei Arbeiterparteien zu Verhandlungen zwecks Vereinheitlichung der politischen Arbeiterbewegung eingeladen. Die Verhandlungen verliefen jedoch nach zweimonatiger Dauer ergebnislos, da die NAP unter Ablehnung der kommunistischen Labour-Party-Parole auf ihrer Forderung des Eintritts der KP und der SP in die NAP beharrte. Nach dem Scheitern der Verhandlungen hat die KPN zur Bildung lokaler Einheitskomitees zwecks Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes aufgerufen.

Oesterreich

Flächeninhalt 83 987 qkm, Bevölkerung 6 654 612, Nationalität fast ausschließlich deutsch, Religion katholisch, Verfassung föderative Republik. Nationalrat auf Grund des allgemeinen Proportionalwahlrechts, Bundesrat aus Vertretern der Landtage der Bundesländer, Minister vom Nationalrat gewählt, Bundespräsident rein repräsentativ. Letzte Wahl 25. Oktober 1923.

Wirtschaft

Oesterreich ist das erste Land, in dem der Stabilisierungsplan des Völkerbundes zu Ende geführt worden ist. Das Genfer Abkommen vom September 1922 sah eine 2jährige Uebergangsfrist vor, innerhalb welcher das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden sollte. Für die Deckung des Defizits der Uebergangszeit war ein Völkerbundkredit bestimmt, wodurch dem bodenlosen Sturz der österreichischen Krone Einhalt geboten werden sollte. Das formelle Ziel der Sanierung wurde bereits Ende 1924 erreicht. Die Krone wurde sofort nach Einsetzen der Sanierungsaktion stabil. Die Völkerbundskredite wurden sogar nicht voll zur Ausgleichung des Budgets aufgebraucht, der Rest dient jetzt zur Bestreitung produktiver Ausgaben, z. B. der Elektrifizierung wichtiger Gebirgsbahnen. Seit Abschluß der Sanierung macht sich jedoch eine schwere Wirtschaftskrise geltend. Ursachen der Krise sind: 1. die Notwendigkeit ¾ des Brotgetreidebedarfs einzuführen, da die Produktivität der Landwirtschaft infolge des Gebirgscharakters des Landes äußerst niedrig ist; 2. das fast vollständige Fehlen von Bodenschätzen mit Ausnahme des Eisens, d. h., vor allem die völlige Abhängigkeit von den ausländischen Kohlenpreisen und Eisenbahntarifen; 3. der Verlust des Absatzgebietes für die Fertigindustrie durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die auf diesem Gebiet neuentstandenen Staaten bauen ihre eigene Industrie auf und sichern sie durch ein wachsendes Hochschutzzollsystem.

Landwirtschaft. 23 Prozent der Gesamtfläche sind Ackerland, 38 Prozent Wälder, 10 Prozent Wiesen, 17 Prozent Weideland, 12 Prozent unproduktiv.

Anbaufläche und Erträgnisse (ohne Burgenland)

	Durchschnitt 1909-13		1919		1923		1924		1925	
	Fläch. 1000 ha	Ertr. 1000 t	Fläch. 1000 ha	Ertr. 1000 t	Fläch. 1000 ha	Ertr. 1000 t	Fläch. 1000 ha	Ertr. 1000 t	Fläch. 1000 ha	Ertr. 1000 t
Roggen	419	568	290	229	344	374	347	386	381	621
Hafer	344	405	245	197	307	359	293	318	331	499
Weizen	198	270	150	139	164	212	165	202	197	326
Gerste	136	169	94	83	116	150	119	140	143	233
Kartoffeln	155	1 296	97	544	134	1 272	150	1 477	173	2230
Zuckerrüben	16	320	5	75	11	213	15	363	20	611

V i e h s t a n d 1 9 2 3 (in 1000): Pferde 265, Rinder 2037, Schweine 1380, Schafe 591. Die Großviehzucht hat den Vorkriegsstand noch immer nicht erreicht. Nur bei Ziegen und Schafen ist er überschritten. Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz gering, es überwiegen bäuerlicher Klein- und Mittelbesitz. Dagegen starker forstwirtschaftlicher Großgrundbesitz.

B e r g b a u : Die Kohlenproduktion ist gering, das Produkt teilweise minderwertig und nur in besonderen Heizanlagen verwendbar. Kohlenförderung 1924 (in Millionen Tonnen): 2,9, 1925: 3,1. Die Eisenförderung besonders am Steirischen Erzberg, ist bedeutend, die Produktion bleibt aber hinter der Leistungsfähigkeit wegen der Transportkosten und den einer ausgedehnten Produktion entgegensetzten Interessen der die Erzlager kontrollierenden Gruppe zurück. Roheisenproduktion (in 1000 t) 1924: 266, 1925: 377; Stahl (in 1000 t) 1924: 369, 1925: 463. Ferner wird in kleineren Mengen Silber, Blei, Gold, Kupfer gewonnen. Von Bedeutung ist die Salinenindustrie.

I n d u s t r i e : Neben der Eisen- und Stahlindustrie fast nur Fertigindustrie, von besonderer Bedeutung die Luxusindustrie. Wichtige Industriezweige: Maschinen, Textil, chemische, Holz, Leder, Galanterie usw.

V e r k e h r : Länge der Eisenbahnen (1924) 6625 km. Wichtig ist die Donau, als Verbindung zum Balkan und zum Schwarzen Meer.

A u ß e n h a n d e l

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Goldkronen)

	1920	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	1701,2	1540,8	1673,8	2395	2018
Ausfuhr	1931,8	1046,8	972	1369	1364

Die Passivität der Handelsbilanz ist in der Zeit der wachsenden Krise bis Ende 1924 ununterbrochen gewachsen. Seit Anfang 1925 zeigt sich eine Besserung, die jedoch nicht so sehr auf einer Steigerung der Ausfuhr (außer bei Holz), sondern auf der Verminderung der Einfuhr von Kohle infolge der Elektrifizierung, in erster Linie aber auf der Einschränkung der Fertigfabrikation (Rückgang der Rohstoffeinfuhr) und der gesamten Konsumtionskraft beruht.

Hauptausfuhrartikel: Holz, Erz, Papier, Chemikalien, Maschinen und Luxuswaren.

Haupteinfuhrartikel: landwirtschaftliche Produkte, Kohle, Baumwolle, Gummi. Bis 1923 war für den Export Deutschland wichtig. Seitdem ist das wichtigste Ausfuhrgebiet Osteuropa und der Balkan. Im letzten Jahre gewinnt der Export nach Rußland Bedeutung.

S t a a t s h a u s h a l t

(in Millionen Goldkronen):

	1923	1924	1925 Voranschlag
Einnahmen	483,3	623,3	560
Ausgaben	593,2	632,4	640

Der Staatshaushalt für 1925, der mit einem Defizit veranschlagt war, zeigt nach den provisorischen Ausweisen einen Ueberschuß von 24 Millionen Goldkronen.

Währung: Am 1. März 1925 ist an Stelle der Kronenwährung die Schillingwährung getreten (1 S. = 10 000 Papierkronen). Der Geldumlauf ist überwiegend durch Devisen gedeckt.

Entwicklung der österreichischen Nationalbank (in 100 000 Kronen)

Datum	Barschatz (Gold und Valuten)	Wechsel	Staats-schuld-scheine	Notenumlauf
7. 1. 23	1195,2	731,6	2558	4053,7
7. 1. 24	4367,7	1248,4	2533,4	6809,6
7. 1. 25	3521,4	1824	2177,3	7905,5
7. 1. 26	5583,1	1669,3	1878,6	8558,2

Politik

Zusammensetzung des Nationalrates

Christlich-soziale Volkspartei (Klerus, Bauerntum und Kleinbürgertum unter großkapitalistischer Führung) 82
Großdeutsche Volkspartei (Beamte, Großbauern, Kleinbürgertum, Intellektuelle) 11
Deutsch-österreichische Bauernpartei (Großbauern) 4
Sozialdemokraten 68

Die Regierungskoalition wird von den Christlich-sozialen, welche die führende kapitalistische Partei sind, zusammen mit den Großdeutschen gebildet. Letztere, sowie die kleinen selbständigen Bauerngruppen verlieren schnell an Einfluß. Tatsächlich besteht das Zwei-Parteien-System (Christlich-soziale und Sozialdemokraten).

Im Mittelpunkt der Politik des letzteren Jahres stand der Abbau, der mit der Sanierung verknüpften Völkerbundkontrolle und die durch die Krise hervorgerufene Verschärfung der Klassengegensätze.

Die Völkerbundkontrolle hätte vertragsmäßig im September 1924 aufgehoben werden sollen. Doch erklärte der Völkerbund, die Stabilität die Währung als nicht genügend gesichert und erzwang einen weiteren Beamtenabbau, eine Einschränkung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen, ein Zollgesetz, eine weitere Herabsetzung der Besitzsteuern usw. Erst im September 1925 wurden Abmachungen über die „Aufhebung" der Kontrolle geschlossen. Das Ergebnis ist folgendes: Abberufung des Generalkommissars des Völkerbundes. Die Kontrolle über das Budget im allgemeinen wird aufgehoben. Das Völkerbundkomitee zur Kontrolle der für die Völkerbundsanleihe verpfändeten Einnahmen (Zölle und Monopole) bleibt bis zur Rückzahlung der Anleihe, d. h. 20 Jahre

aufrecht; ohne Zustimmung des Komitees kann Oesterreich keine Anleihe aufnehmen. Ein ausländischer „Berater" bleibt weitere drei Jahre bei der Nationalbank. Die Kreditreste der Völkerbundsanleihe bleiben in der Verwaltung eines Beauftragten des Völkerbundes, der sie nur unter Nachweis des Zweckes an die österreichische Regierung ratenweise auszahlt. Diese Bedingungen in ihrer Gesamtheit sind nichts anderes als eine vollständige Aufrechterhaltung der Kontrolle.

Die Kontrolle hat sich in einem Sinn ausgewirkt, der die österreichische Wirtschaftskrise bedeutend verschärft hat. Der ausländische Berater der Nationalbank hat die Hochhaltung des Zinsfußes der Nationalbank (Ende März 1928 noch 8½ Prozent) erzwungen, was einer Abdrosselung der Industrie im Interesse ihrer Konkurrenten gleichkommt. Die Regierung hat vergeblich den Völkerbund um Ermöglichung von Vorzugszöllen mit den Nachbarstaaten angefleht.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit ermöglichte es der Bourgeoisie, bei wachsender Teuerung die Löhne stabil zu halten und sogar zu senken. Eine Reihe spontaner Massenkämpfe, die von der Gewerkschaftsbürokratie sämtlich erst nachträglich anerkannt und dann abgewürgt wurden, war die Folge. Nach dem Eisenbahnerstreik (November 1924) trat die Regierung Seipel, die Regierung der „Sanierung" zurück, da die Mißstimmung gegen sie, selbst in der Bourgeoisie, überwältigend war. Da aber Seipel die Führung der Christlich-sozialen Partei fest in der Hand hat, war auch sein Nachfolger Ramek, der mit der gleichen Regierungskoalition regierte, gezwungen, die gleiche Politik zu machen.

Zur Beseitigung der schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise versuchte die Regierung seit Anfang 1926, Schutzzölle durchzusetzen, welche aber in Anbetracht des Umstandes, daß mehr als die Hälfte der österreichischen Produktion für den Export bestimmt ist, keine Aussicht auf Besserung gebe.

F a s c h i s m u s : In den ersten Jahren der „Sanierung", wo scharfe Zusammenstöße mit dem Proletariat unvermeidlich schienen, hat die Regierung die faschistische Bewegung systematisch gezüchtet. Die österreichischen „Nationalsozialisten", welche sich immer nur auf verhältnismäßig enge Schichten des städtischen Kleinbürgertums stützen konnten, waren finanziell und politisch jederzeit restlos von der Großbourgeoisie und der christilch-sozialen Parteiführung abhängig. In dem Maße, als es klarer wurde, daß die Mitarbeit der Sozialdemokratie unter dem Scheine der Opposition eine bessere Garantie der Kapitaloffensive bedeutete als die in ihrem Erfolg zweifelhaften faschistischen Methoden, versiegt die finanzielle Unterstützung für die Nationalsozialisten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 entwickelten sich infolgedessen in dieser finanziell bankrotten Partei eine Reihe von Korruptionsskandalen, die eine Spaltung herbeigeführt und die (regierungstreue) Mehrheit jeglichen Einflusses in der Bevölkerung beraubt haben. Die Minderheit ist vollends ein einflußloses Grüppchen. Gefährlicher als die Nationalsozialisten sind die bäuerlichen „Heimwehren" und die monarchistischen „Frontkämpfer", welche politisch weniger lärmend auftreten, aber militärisch ernsthaft organisiert sind.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

Obgleich es kleine christliche Organisationen gibt, sind bei den Arbeitern und Privatangestellten nur die Freien Gewerkschaften von Bedeutung, welche diese Gruppen (mit Ausnahme einiger weniger Gebiete) fast zu 100 Prozent organisiert haben. Sehr stark sind die Freien Gewerkschaften auch bei den Landarbeitern und bei den öffentlichen Angestellten. Bei letzteren bestehen jedoch auch einflußreiche gelbe nationalistische und christliche Organisationen.

Die Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften beträgt Mitte 1925 830 000, d. h. 110 000 weniger als 1922.

Der seit Jahren bestehende ungeheure Lohndruck führte seit dem Herbst 1925 zu einer Reihe bedeutender spontanen Ausbrüche (Generalstreik der Metallarbeiter September 1924, Eisenbahnerstreik November 1924, Streik der Grünbacher Bergarbeiter Januar 1925, Streik der Donawitzer Hüttenarbeiter Oktober 1925). Die Gewerkschaftsbürokratie erkannte diese Streiks erst nachträglich an und führte sie mit durchweg sehr geringen, teilweise sogar schlechten Ergebnissen zu Ende.

In den Freien Gewerkschaften besteht eine Opposition unter kommunistischer Führung. Sie hat vor allem Anhang bei den Berg- und Hüttenarbeitern, den Tabakarbeitern, Straßenbahnern und beherrscht den größten Wiener Metallbetrieb.

Das Genossenschaftswesen befindet sich trotz der Krise in steigender Entwicklung.

Politische Arbeiterbewung

Die Sozialdemokratische Partei zählte auf ihrem Parteitag November 1925 575 000 Mitglieder. Im Jahre 1925 hat sie zwar 10 000 Mitglieder gewonnen, doch fällt der Zuwachs allein auf Wien. In der Provinz befindet sie sich in einem Rückgang, weil die Arbeiter durch die Krise aufs tiefste deprimiert sind und die Partei ihnen keinen Ausweg zeigt.

Die Partei ist seit 1920 nicht mehr in der Regierung gewesen, hat aber parlamentarisch die Völkerbundsstabilisierungsaktion ermöglicht. Sie macht parlamentarische Scheinopposition, während sie gleichzeitig andauernd mit der Regierung in Verbindung ist. Die Depression in der österreichischen Arbeiterschaft ausnützend, hat sie es bis jetzt verstanden, große Massenbewegungen fast immer zu verhindern, und wo sie dennoch ausbrachen, sie abzuwürgen, ohne offen gegen sie aufzutreten. Sie ist in ihrer Praxis nicht weniger reformistisch, als irgendeine andere sozialdemokratische Partei, versteht es aber, durch Nichtteilnahme an der Regierung ein „linkes" Gesicht zu wahren und ist die Musterpartei des „linken" Flügels der II. Internationale.

Die Partei, welche schon gegenwärtig mehr als ein Drittel der Nationalratsmandate besitzt, arbeitet auf die Gewinnung der absoluten Mehrheit im Parlament hin. Sämtliche Landtags- und Gemeindewahlen der Jahre 1924 und 1925 haben jedoch gezeigt, daß die Partei in den Arbeitermassen nicht weiter vordringt, sondern langsam zurückgeht.

Nunmehr setzt die Partei ihre Hoffnung auf die Gewinnung der Kleinbauernschaft und hat zu diesem Zweck auf ihrem Wiener Parteitag 1925 ein Agrarprogramm beschlossen, das die Interessen der Landarbeiter fast vollständig aufopferte.

Die Parteimitgliedschaft nimmt auf die Gestaltung der Parteipolitik keinerlei Einfluß. Das Parteileben ist vollständig tot, und es gibt keinerlei organisierte linke Opposition. Die Aktivität der Mitgliedschaft erschöpft sich in den Kulturorganisationen (Freidenker, Naturfreunde usw.), welche die politische Organisation derart überwuchern, daß es dieser stellenweise an Funktionären fehlt.

Die Partei besitzt eine starke militärische Organisation von etwa 100 000 Mitgliedern, den „Republikanischen Schutzbund", der sich aber bis jetzt nur bei Paraden betätigt hat.

Die Kommunistische Partei hat ihren jahrelangen Fraktionskampf liquidiert. Nachdem bereits die außerordentliche Parteikonferenz im November 1924 die schlimmsten Formen der Parteikrise beseitigt hatte, wurde auf dem 8. Parteitag im September 1925 der Fraktionskampf auch politisch liquidiert und ein ZK. nur aus Arbeitern gebildet. Die Partei überwindet nunmehr schrittweise die schlechten Traditionen des Fraktionskampfes und hat es verstanden, in den großen Streiks der letzten Zeit Einfluß zu gewinnen. Eine gewisse Linksbewegung innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist im Entstehen und äußert sich vor allem in der Entsendung einer Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland. Am stärksten ist die Linksbewegung in der Jugend. Die „Sozialistische Arbeiterjugend" hat sich gespalten. Der linke Flügel konstituierte sich als „Unabhängige Sozialistische Arbeiterjugend" und entwickelt sich in der Richtung zum Kommunismus. Ende Dezember 1925 fand ein von allen Richtungen sehr stark beschickter Reichsjugendarbeiterkongreß statt, der ein wirtschaftliches Kampfprogramm der Arbeiterjugend beschloß und ein Aktionskomitee zur Führung des Kampfes wählte.

Paraguay

Flächeninhalt ca. 445 000 qkm. Bevölkerung 750 000, größtenteils Mestizen (spanisch-indianische Mischlinge) und Mulatten (Mischlinge aus Negern und Spaniern). Republik; Präsident mit großen Machtbefugnissen; Zweikammersystem; allgemeines gleiches Wahlrecht. Sprache spanisch. Religion katholisch.

Wirtschaft

Wirtschaftlich ist das Land unentwickelt. Wichtigster Erwerbszweig ist Viehzucht.

Landwirtschaft

Erträgnisse (in 1000 dz)

	1909/13	1923	1924
Mais	159	336	360
Rohrzucker	12	20	17
Tabak	81	104	115
Baumwolle	—	35	28

Viehstand (1921) in 1000: Pferde 490, Maultiere 18, Rinder 5500, Schafe 600, Ziegen 93, Schweine 87. Für die Ausfuhr sind Gefrierfleisch, Konserven, Tabak und Paraguay-Tee, Quebracho-Extrakt (Gerbstoff) und Orangen von besonderer Bedeutung.

Das Land verfügt über große Mineralschätze, die jedoch noch fast gänzlich unerschlossen sind. Es besteht nur eine minimale Industrie zehn Zuckerfabriken.

Außenhandel (in 1000 Dollars):

	1913	1922	1923	1924	1925*)
Einfuhr	7836	4651	6735	9661	8137
Ausfuhr	5434	8097	9799	9720	8785

Haupteinfuhrartikel: Textilien, Eisenwaren und Maschinen. In der Einfuhr und Ausfuhr steht Argentinien an erster Stelle; es folgen in der Einfuhr Großbritannien, in der Ausfuhr die Vereinigten Staaten.

Verkehr: ca. 420 km Eisenbahnen.

Staatshaushalt: 1924/25 Ausgaben 802 000 Pfund Sterling, Einnahmen 808 000 Pfund Sterling.

Politik

Sämtliche Sitze des Parlaments hat die „Liberal-radikale Partei", die Vertreterin der Großgrundbesitzer, inne. Ihre einzige Gegnerin, die „Republikanische Partei" (Colorados) übt Wahlenthaltung wegen des Wahlterrors. Seit 1925 besteht eine kleine illegale kommunistische Gruppe.

Persien

Oberfläche: 1 626 000 qkm.
Bevölkerung: 9 Millionen, darunter ca. 1,5 Millionen Nichtperser (720 000 Türken, 675 000 Kurden).
Religion: fast ausschließlich Mohammedaner.
Wichtigste Städte: Teheran 220 000; Täbris 200 000; Ispahan, Mested, Kerman je 90 000.

Wirtschaft

Das warme gemäßigte bis subtropische Klima Persiens bringt mit Hilfe künstlicher Bewässerung in den fruchtbaren Landstrichen zahl-

*) Sechs Monaten.

reiche wertvolle Bodenprodukte hervor. Hauptartikel des Landes sind: Getreide, Reis, Früchte, Gummi, Baumwolle, Wolle, Seide und Teppiche.

Bergbau: Der Mineralreichtum ist bedeutend (Kohle, Eisen, Salz, Mangan), aber seine Ausbeutung noch unentwickelt. Von großer Bedeutung ist Petroleum am Persischen Golf.

Außenhandel:

(in Millionen engl. Pfund):

	1913/14	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25
Ausfuhr	8,3	10,9	7,4	8,2	10,2
Einfuhr	11,8	11,5	11,1	14,6	16,1

Zwei Drittel der gesamten Ausfuhr ist Petroleum. Haupthandelsländer: Britisches Reich, Rußland, Türkei. Eisenbahnwesen unentwickelt. Im Süden kurze Linien ans Meer und nach Indien (englischer Besitz). Luftverbindung Teheran—Tiflis—Moskau.

Finanzen: Staatsschulden ungefähr 2,5 Millionen englische Pfund. Staatsausgaben im Wirtschaftsjahr 1925/26 245 Millionen Kran (1 Kran etwa 0,42 Reichsmark).

Politische Lage

Bei der großen politischen Rückständigkeit Persiens, dem Fehlen fester politischer Parteien, bildet die persische Armee die einzige reale Macht des Landes. Die persische Armee, die von Riza Khan reorganisiert wurde und die gegenwärtig einen Bestand von 50 000 Mann aufweist, dämmte die Bestrebungen der reaktionären, sich auf England stützenden Feudalherren ein. 1924 wurde Riza Khan Oberkommandierender und Premierminister der persischen Regierung.

Die Zentralisierung der Staatsmacht und der Finanzen, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Aufhebung des Rechts der Gutsbesitzer, unkontrolliert Abgaben von den Bauern zu erheben, die Umgestaltung des Strafgesetzbuches, Verbot der Blutrache — sind die wichtigsten Reformen des neuen Regimes.

Im Frühjahr 1924 entstand im Lande eine republikanische Bewegung. Die Medschilis (Parlament) wagte es jedoch nicht, die Abänderung der Staatsverfassung auf sich zu nehmen. Die Kampagne für die Republik, in der die persische Kommunistische Partei eine große Rolle spielte, hat die Volksmassen revolutioniert und hat republikanische Klubs und Organisationen ins Leben gerufen; es entstanden eine Reihe Bauern- und Landarbeiterverbände; daneben erstarkte die Gewerkschaftsbewegung in den Städten wie Teheran, Rescht, Ispahan, Tauris und andere.

Aber auch die Reaktion legte die Hände inzwischen nicht in den Schoß. Während sich alle lebendigen Kräfte des Landes nach der Sowjetunion orientierten, schielen alle feudalmonarchistischen Elemente nach dem englischen Imperialismus. Am 13. September 1924 begann Mohamed Haisal, auf dessen Besitzungen die Unternehmungen der englischen Oelkompagnie (Anglo-Persian-Oil-Co.) liegen, den Aufstand „zur Verteidigung des Schahs und der Religion" gegen den „Usurpator und Atheisten" Riza Khan. Diesem englischen Schachzug war aber kein Erfolg beschieden. Die nationale Bourgeoisie Persiens, deren Vertreter

57*

Riza Khan ist, ging als Sieger aus dem Kampf gegen die feudalen Elemente hervor.

Hierauf trat in der englischen Politik eine schroffe Wendung ein: sie begann sich den Bestrebungen der persischen Regierung anzupassen. Dadurch wird die politische Entwicklung der letzten Zeit erklärlich. Am 31. Oktober 1925 beschloß die persische Medschilis unter dem Druck der von den Anhängern Riza Khans organisierten Bewegung mit 80 gegen 6 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, die Dynastie der Kadscharen als gestürzt anzusehen und Riza Khan als provisorischen Regenten Persiens bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung zu ernennen. (Der Schah ist bereits im Herbst 1923 auf Drängen Riza Khans, „zu ärztlicher Behandlung" nach Paris gereist.) Einige Wochen später wurde Riza Khan als Schah gewählt. England wird diesen Umschwung zur Stärkung seiner eigenen Stellung auszunutzen suchen. Dabei stößt er aber auf die allgemeine Tendenz, die auf die Schaffung eines festen und einheitlichen Staatswesens hinausgeht und die auch durch den Uebergang Riza Khans selbst auf die Seite der Monarchie nicht liquidiert wird.

Unter den politischen Gruppen in Persien sind hervorzuheben: die Gruppe Mudaressas, des Agenten der Engländer und des Führers der Klerikalen und Reaktionäre; die Gruppe Tedejokas, eines Anhängers Riza Khans; die Gruppe des Prinzen Suleiman-Mirza und Tagi-Sados, der Führer der demokratisch-sozialistischen Strömung; die Iranische Kommunistische Partei, die am Vorabend des Sturzes des früheren Schah von Riza Khan aufgelöst wurde, da dieser die offene Opposition der Kommunisten gegen seine monarchistischen Absichten fürchtete.

Peru

Flächeninhalt: 1 382 832 qkm. Einwohnerzahl (1923) ca. 5 500 000 (Schätzung). Hauptstadt Lima 180 000 Einwohner. Indianer 62 Prozent, Mestizen 22 Prozent, Weiße 12 Prozent; 19 Departementos und drei Territorien. Republik, Präsident durch direkte Wahl gewählt, Zweikammersystem, direktes Wahlrecht.

Wirtschaft

L a n d w i r t s c h a f t : Hauptprodukte sind Rohrzucker, Baumwolle und Wolle.

Ernteerträgnisse (in 1000 dz)

	Weizen	Mais	Reis	Rohrzucker	Baumwolle
1909/13	780	1200	930	1837	260
1922	815	—	661	3193	427
1923	810	1275	651	3204	440
1924	805	1350	—	3130	446

Die Getreideernte reicht nicht aus, um den inländischen Bedarf zu decken.

Viehstand (1922) (in 1000): Pferde 192[1]), Rinder 1292, Schafe 11 334, Ziegen 72, Schweine 428.

Bergbau:

	Kupfer Tonnen	Petroleum Tonnen	Silber kg	Gold kg	Kohle Tonnen
1922	36 408	700 619	409 635	2533	303 321
1923	44 169	751 710	580 229	3744	253 000
1924	33 937	1 040 000	582 180	3700	—

Zahl der in Bergbau und Hüttenindustrie Beschäftigten (1924) 13 606.

Industrie: Hauptindustrien sind Zucker- und Tabakverarbeitung.

Außenhandel
(in 1000 Pfund Sterling)

	1913	1920	1921	1924	1925
Ausfuhr	9137	25 304	16 660	25 114	18 400
Einfuhr	6088	18 358	16 669	18 029	15 400

Hauptausfuhrartikel sind Zucker, Baumwolle, Petroleum, Kupfer. In weitem Abstand folgen Silber und Wolle. Haupteinfuhrartikel sind Textilien, Eisenwaren, Maschinen, Getreide. Haupthandelsländer: Vereinigte Staaten und Großbritannien.

Verkehr: Gesamtlänge des Eisenbahnnetzes 3320 km, davon staatlich 952 km.

Staatsfinanzen: Die Einziehung der Staatseinnahmen ist an private Gesellschaften verpachtet. In den letzen Jahren ist der Staatshaushalt im Gleichgewicht; die öffentliche Staatsschuld wächst langsam an.

Staatshaushalt
(in 1000 Pfund Sterl.)

	1921	1922	1923	1924	1925[2])
Einnahmen	8191	9389	9389	12 881	8862
Ausgaben	8576	9094	9094	11 816	8862

Politik

Außenpolitik: Im Mittelpunkt der peruanischen Politik stand im Jahre 1925 der Kampf um den Distrikt von Tacna-Arica. Dieses 1884 von Peru auf zehn Jahre an Chile abgetretene Gebiet befindet sich noch immer in chilenischen Händen. Seine Bedeutung liegt darin, daß im Hafen von Arica die eine der beiden Bahnen, die Bolivia mit dem Meere verbinden, endet. Die Streitfrage, welchem von den beiden Staaten das strittige Gebiet gehört, wurde dem Präsidenten der Vereinigten Staaten übergeben, der den General Pershing zum Vorsitzenden eines Schiedsgerichts ernannte. Das Schiedsgericht setzte gegen die

1) 1924.
2) Schätzung.

Stimme Perus die Volksabstimmung auf den 15. 4. 1926 fest. In der Frage der Durchführung der Volksabstimmung ergaben sich jedoch so schwere Differenzen, daß das Schiedsgericht zeitweise gesprengt war. Kriegerische Konflikte liegen hier im Bereich der Möglichkeit. (Siehe auch internationale Politik: Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten.)

Innenpolitik: Die Herrschaft ist in der Hand der Militärpartei einer faschistischen Gruppe, die eine rücksichtslose Diktatur ausübt. Ihr entgegen steht die demokratische Partei.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsorganisationen gibt es zwei. Die eine ist an Amsterdam angeschlossen und nennt sich „Centro Obrero Internacional de Solidaridad Latino America". Sie gibt einen Mitgliederbestand von 25 000 an. Der zweite Gewerkschaftsverband ist die „Federacion Obrera Regional Peruana". Er ist anarcho-syndikalistisch und veröffentlicht die Zeitung „La Protesta". Man zählte in Peru vor den Verfolgungen im Jahre 1922 40 000 organisierte Arbeiter.

Es existiert in Peru eine Sozialistische Partei. Einige ihrer Mitglieder nehmen wichtige Posten in der Verwaltung ein. Während der Arbeiterverfolgungen im Jahre 1922, als die Regierungstruppen Hunderte von Arbeitern niederschossen, protestierte diese Partei mit keinem Wort gegen die Regierung.

Polen

Oberfläche und Bevölkerung:

	Woywodschaften	Oberfläche in qkm	Bevölkerung in 1000 (1921[2])
Ehem. Kongreß-Polen (ehem. russ. Gebiet)	5	137 389	11 226
Oestliches Randgebiet[1]) (ehem. russ. Gebiet)	4	124 027	4 124
Großpolen (Posen u. Pommerellen)	2	42 289	2 913
Galizien (ehem. österr. Gebiet)	4	79 080	7 484
(Darunter Ostgalizien[3])	(3)	(61 632)	(5 494)
Oberschlesien und Teschen	1	4 234	1 126
Insgesamt:	16	387 019	26 873

[1]) Unter „östlichem Randgebiet" versteht man die ukrainischen und weißrussisch-litauischen Gebiete.

[2]) Ohne Armee.

[3]) Ostgalizien (ehemals die west-ukrainische Volksrepublik — Regierungspräsident Petruschewytsch —) wurde von Polen nach dem Kriege 1918/19 mit Waffengewalt erobert und dieser Raub erst März 1923 durch die Botschafterkonferenz gutgeheißen. Die polnische Regierung hat weder die von der Botschafterkonferenz verlangte, noch durch den polnischen Landtag zwecks Herbeiführung einer für Polen günstigen Entscheidung in der Frage Ostgaliziens beschlossene Autonomie in Ostgalizien erfüllt.

Bevölkerung 1925 fast 29 Millionen. Zahl der Rückwanderer in den letzten Jahren bedeutend. Auswanderung: Nach der amtlichen Statistik der letzten Jahre jährlich zirka 50 000. In Wirklichkeit ist die Zahl der Auswanderer größer, da viele von ihnen die Paßformalitäten umgehen. Die Gesamtzahl der polnischen Arbeiter in Frankreich wird auf 400 000 geschätzt.

Nationalität: Außer Polen, Ukrainer und Weißrussen im Osten, Deutsche im Westen und Juden auf dem ganzen Gebiete zerstreut. Nach der amtlichen Statistik, 1921, (nationalistisch gefälscht) leben in Polen:

Nationalität	in Tausend	Prozent	Bemerkungen
Polen	18 820	69,2	(stark übertrieben)
Ukrainer	3 899	14,3	(in Wirklichkeit ungefähr 5 Mill.)
Weißrussen ..	1 060	3,9	(in Wirklichkeit über 1½ Mill.)
Juden	2 111	7,8	(vergl. die Statistik der Glaubensbekenntnisse.)
Deutsche	1 059	3,9	
Andere (Litauen Russen etc.) .	235	0,9	

Die Ukrainer bilden die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Ostgalizien und Woywodschafts-Wolhynien, die Weißrussen im nördlichen Teil des östlichen Randgebietes.

Religion: Katholiken 63,8 Prozent, griechisch-katholisch 11,2 Prozent, orthodox 10,5 Prozent, evangelisch 3,7 Prozent, Juden 10,5 Prozent, andere 0,3 Prozent.

Berufsgliederung der Bevölkerung

Land- und Forstwirtschaft	59,3 %	der Erwerbstätigen
Industrie und Bergbau	14,8 %	„ „
Handel und Verkehr	8,0 %	„ „
Beamte und freie Berufe	5,2 %	„ „
Hausangestellte, Diener, Tagelöhner	10,2 %	„ „
Ohne bestimmten Beruf	2,5 %	„ „

Klassenschichtung (Schätzung)

Unternehmer,, Fabrikanten usw.	3,6 %	
Großgrundbesitzer	0,3 %	
Reiche Bauern	1,2 %	5,1 %
Mittelbauern (5 bis 20 ha)	13,0 %	
Kleinbauern (2 bis 5 ha)	24,8 %	
Kleinbürgertum	14,2 %	
Freie Berufe	4,6 %	56,6 %
Arbeiter in der Großindustrie	7,6 %	
Landarbeiter, Tagelöhner usw.	20,0 %	
Angestellte, Beamte usw.	10,6 %	38,2 %

Verfassung: Republik. Zweikammer-System. Allgemeines Wahlrecht. Der Präsident der Republik wird von der Nationalversammlung, die sich aus beiden Kammern zusammensetzt (auf sieben Jahre), gewählt.

Wirtschaft

Seit Februar 1924 stehen die mit der Währungsstabilisierung zusammenhängenden Probleme im Vordergrund. Seither treten die Grundmängel der Wirtschaft Polens klar zutage. Der polnischen Industrie fehlt ihr Vorkriegsmarkt. Die schlesische Industrie verlor den deutschen, die Lodzer den russischen Markt. Das Militärbudget übersteigt die geringen wirtschaftlichen Kräfte des Landes. Die überschüssige Landbevölkerung kann von der zerrütteten Industrie nicht aufgenommen werden, was die Krise auf dem Lande verschärft. Die Schwere der Wirtschaftskrise Anfang 1926 wird dadurch charakterisiert, daß in dieser Zeit über 50 Prozent des Industrieproletariats arbeitslos war.

Landwirtschaft:

Besitzverhältnisse (1921))*

Wirtschaften	Zahl	Prozent
Zwergwirtschaften (0—2 ha)	1 108 754	34,0
Kleinbauern 2—5 ha)	1 101 850	30,7
Mittelbauern (5—20 ha)	1 044 781	32,0
Großbauern (20—100 ha)	87 577	2,7
Großgrundbesitzer (über 100 ha)	17 800	0,6

Von bebautem Boden entfallen im allgemeinen auf den Großgrundbesitz (über 50 ha) 14 186 000 ha, d. h. 36,5 Prozent der gesamten bebauten Fläche, davon Staats- und Kircheneigentum 3 568 000 ha; 65 Prozent der Bauernwirtschaften reichen zur Ernährung einer Familie nicht aus. Die Besitzverhältnise sind in den verschiedensten Gebieten verschieden. Am stärksten ist der Kleinbesitz im ehemaligen Kongreß-Polen (hauptsächlich südlicher Teil) und Galizien, wo die Wirtschaften unter 2 ha verhältnismäßig am zahlreichsten sind. In den Jahren 1919/23 wurden vom Ministerium für Agrarreform und von Privatpersonen insgesamt 405 000 ha parzelliert.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	Fläche in 1000 ha		Ertrag in 1000 dz		1925 ausgedrückt in % des Vorkriegsdurchschnittes
	1924	1925	1924	1925	
Weizen	1 072	1 095	8 844	15 750	92,4
Roggen	4 417	4 906	36 598	65 418	113,7
Gerste	1 218	1 225	12 081	16 789	110,6
Hafer	2 585	2 579	24 119	33 144	117,1
Kartoffeln . .	2 331	2 376	286 696	285 518	125,6

Viehstand (in 1000)

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1913	3495	8663	4472	5486
1921	3289	8062	2193	5287

*) Ohne Wilna und Oberschlesien.

Bergbau

	Produktion (in 1000 t)				Zahl der Arbeiter (in 1000)			
	1913	1923	1924	1925	1913	1923	1924	1925*)
Steinkohle . . .	40 728,0	36 098,0	32 220,0	29 080,4	120,0	217,0	151,0	114,0
Rohnaphta . . .	1 113,6	736,0	770,4	812,0	6,8	14,0	10,9	9,9
Eisenerz	463,2	459,6	282,0	210,0	4,3	6,6	3,4	1,9
Zink- und Bleierz	—	746,4	829,2	—	13,3	9,9	8,9	9,4
Salz	188,4	362,4	274,8	330,0	—	—	—	—

Industrie:

Produktion der Hüttenindustrie (in 1000 t)

	1913	1923	1924	1925
Roheisen	1 054,8	520,8	336,0	315
Stahl	1 627,2	1 135,2	679,2	782
Zink	192,0	98,4	96,0	96

Textilindustrie (in 1000)

	Baumwollindustrie		Wollindustrie	
	1925	1914	Nov. 1925	1914
Zahl der Spindeln	1076,6	1708,0	286,7	1139,0
Zahl der Webstühle	18,5	39,1	2,3	5,6

Zuckerproduktion (in 1000 dz)

1913	6523	Rohzucker
1923/24......	3151	„
1924/25......	5346	„

Verkehr. Länge der Eisenbahnen 1924 16 968 km.

Außenhandel:

Ein- und Ausfuhr (in 1000 Zloty)

	1923	1924	1925
Einfuhr	1 116 482	1 478 631	1 664 657
Ausfuhr	1 195 587	1 265 862	1 395 050

Die ersten acht Monate des Jahres 1925 wiesen ein großes Defizit auf. Der Umschwung erfolgte erst mit der neuen Ernte und im September infolge des Sturzes des Zloty. Wichtigste Ausfuhrwaren: Kohle, Zucker, Metallwaren, Agrarprodukte, Holz, Textilien und Naphthaprodukte. Die wichtigsten Einfuhrwaren: Textilrohstoffe, Metallwaren, Kolonialwaren, Leder.

Finanzen und Geldwesen:

Valuta: Die polnische Bank, gedründet 2. Februar 1924 mit 100 Millionen Zloty Gründungskapital. Außer den Noten der Polnischen Bank befinden sich im Umlauf Staatscheine und Münzen. Ein Zloty wurde einem schweizer Franken gleichgesetzt. Die vorherige Valuta (die polnische Mark) wurde zum Kurse von 1 800 000 Mark für einen Zloty eingelöst.

*) Dezember.

Geldumlauf (in Millionen Zloty)

	Banknoten	Schatzscheine u. Münzen
30. Juni 1924	334,4	76,4
30. September ..	460,3	114,7
31. Dezember	550,8	123,1
31. März 1925	563,1	189,9
30. Juli..........	503,2	243,9
31. Dezember ...	381,4	433,5

Vom Frühling 1925 verringerte sich der Umlauf der Banknoten, während gleichzeitig die Inflation der Schatzscheine zur Deckung der Staatsausgaben steigt. Der offizielle Dollarkurs betrug (Parität 5,18) August 1925 5,30, November 6,44, Dezember 10,50, Januar 1926 10,5, Oktober 1926 9,5 Zloty.

Staatshaushalt (offiziell)

	1923 in Millionen Goldfrancs	1924	1925
		in Millionen Zloty	
Einnahmen	366,2	1 453,9	1 856,1
Ausgaben	961,7	1 627,2	1 973,5

In Wirklichkeit war das Defizit viel größer. Die Ausgaben für das Heer betrugen im Jahre 1925 675 Millionen, d. h. 34 Prozent des gesamten Budgets. Für das Jahr 1926 ist die Regierung gezwungen, das Budget auf die Summe von 1500 Millionen Zloty herabzusetzen, was lt. Kurs Anfang 1926 960 Millionen Goldfranken entspricht, d. h. auf die Hälfte des Budgets 1925. Es scheint aber nicht wahrscheinlich, daß eine solche Herabsetzung der Ausgaben möglich ist.

Die Schuldenlast (März 1925) beträgt: innere 146 Millionen, äußere 1 880 Millionen Zloty. Unter den Gläubigern stehen an erster Stelle die Vereinigten Staaten. Die größten Anleihen: 1924 die italienische von 400 Millionen Lire; 1925 die „wirtschaftliche" amerikanische (Dillon-Anleihe) von 35 Millionen Dollar.

Politik

Parteigruppierungen: In den letzten Wahlen zum Sejm im November 1922 kämpften folgende Parteigruppen:

	Stimmen (in 1000)	Abgeordnete
Rechte..................................	2811	169
Piast und nahestehende Gruppen	1212	72
Nationale Arbeiterpartei	474	18
Wyswolenie u. nahesteh. Gruppen	1079	53
Sozialisten (PPS)	906	41
Kommunisten......................	121	2
Nationale Minderheiten	1792	89
Insgesamt:	8395	444

Ende 1925 stellte der Sejm folgendes Bild dar:

Die Rechte zerfällt in folgende Parteien: der Völkisch-Nationale Verband (Nationaldemokraten), er bildet die leitende

Organisation der Bourgeoisie (98 Abgeordnete), Führer Dmowski, Glombinski, Grabski. Die Christlich-Nationale Partei — Großgrundbesitzer — (27 Abgeordnete) und Christliche Demokratie (44 Abgeordnete).

„Piast" vertritt die Interessen der reichen Bauern. Infolge einiger Spaltungen ist die Zahl der Abgeordneten dieses Klubs auf 46 zusammengeschrumpft. Die ausgeschiedenen Abgeordneten gingen zu radikaleren Gruppierungen über.

Wyzwolenie: 47, Bauernbund: 16, Klub der Arbeit: 5, Unabhängige Bauernpartei: 7 Abgeordnete.

Die Arbeiterparteien (siehe auch unten den entsprechenden Absatz): PPS 42, Kommunisten 6, Nationale Arbeiterpartei 18 Abgeordnete.

Im Sejm gehen die Kommunisten, die Unabhängige Bauernpartei und die Bauernklubs der unterdrückten Nationen größtenteils als Arbeiter- und Bauernblock, insbesondere in der Agrarfrage, zusammen.

Die ukrainischen Abgeordneten, vorwiegend Bauern, bilden den ukrainischen Klub (16 Abgeordnete) und den Klub der „Chliboroben" (Landwirte — 5 Abgeordnete). Die verhältnismäßig geringe Zahl der ukrainischen Abgeordneten ist auf den im Jahre 1922 durch die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens durchgeführten Boykott der Wahlen zum polnischen Sejm zurückzuführen. Dieser Umstand erklärt die verhältnismäßig große Zahl der jüdischen Mandate in Galizien.

Deutsche: 17 Abgeordnete.

Juden: 35 Abgeordnete. Sie vertreten vorwiegend die Interessen des jüdischen Großhandels und der Bourgeoisie auf Kosten des jüdischen Kleinbürgertums. Die Richtung des Abgeordneten Grünbaum vertritt den Gedanken eines Zusammengehens mit anderen nationalen Minderheiten gegen die Ausrottungspolitik der polnischen reaktionären Regierungen, während die Gruppe des Abgeordneten Reich sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik (insbesondere in den Randgebieten) entgegen den Interessen der jüdischen Bevölkerung sich als Werkzeug des polnischen Imperialismus mißbrauchen läßt.

Die Weißrussen bilden den weißrussischen Bauernklub, der in Rechte (7 Abgeordnete) und Linke (vier Abgeordnete) zerfällt.

Die Inflationskatastrophe im Herbst 1923 zwang die Bourgeoisie, alle ihre Kräfte in der Richtung der Gesundung der Finanzen anzuspannen. Daher wählte auch die Regierung Grabskis, die nach dem Sturze der Inflationsregierung (Nationaldemokratie in Verbindung mit der Partei der reichen Bauern „Piast") ans Ruder kam, als Devise: „Die Sanierung vor allem!" — und außerdem eine Sanierung aus eigenen Kräften. Auf der Plattform der Sanierung sammelte Grabski die Mehrheit der Sejmfraktionen; für das Ermächtigungsgesetz der Regierung stimmten alle Parteien mit Ausnahme der

Kommunisten und der nationalen Minderheiten. Mit dem Ermächtigungsgesetz ausgerüstet ging Grabski ans Werk, und es gelang ihm tatsächlich, im Laufe von einigen Monaten die Valuta zu stabilisieren.

Das budgetäre Gleichgewicht wurde im Wege der Vergrößerung der Steuerlasten und allerlei Tarife erreicht, während die Ausgaben für das Heer (40 Prozent des Budgets) und die Polizei nicht verringert wurden. Die ganze Last der Ausgleichung des Budgets fiel auf das Proletariat und das Bauerntum, also auf die Bevölkerungschichten, die schon vorher durch die Inflation ausgeraubt wurden.

Unter dem Einfluß der Offensive des Kapitals, der durch die „Sanierungskrise“ hervorgerufenen Arbeitslosigkeit und des Elends beginnt in den Massen ein tiefer Prozeß der Revolutionierung.

Mit der Entwicklung in den Reihen der Arbeiterschaft werden wir uns unten noch ausführlicher beschäftigen, an dieser Stelle wollen wir die Gärung betrachten, von der das Bauerntum erfaßt wurde.

Die Landbevölkerung, schwer von der Mißernte 1924 betroffen, erstickt unter der Steuerlast, der Uebervölkerung des Dorfes infolge des Rückganges der Auswanderung und des Niederganges der Industrie; der Landhunger wird immer größer. Die allgemeine Verschlechterung der Situation beschleunigte die Differenzierung im polnischen Dorfe, welche einen Zusammenbruch der Bauernparteien mit sich brachte. Zum Prüfstein aller Bauernparteien wird die Parole: „Grund und Boden ohne Entschädigung.“

Dieser Prozeß beruht auf der politischen Verselbständigung der Dorfarmen und auf der Befreiung der Mittelbauernschaft vom Einflusse der reichen Bauern, also auf dem Zerschlagen des Blocks der mittleren und der reichen Bauernschaft und der Schaffung eines Blocks der mittleren mit der armen Bauernschaft, eines Blocks, der gegen die Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie gerichtet ist. Diese Differenzierung des Bauerntums wirkte sich politisch in dem Zerfall der stärksten Bauernpartei „Wyzwolenie“ (eine Partei, in der sich vorwiegend das mittlere Bauerntum gruppiert) und im Entstehen neuer Bauerngruppierungen aus. Zuerst verließ die radikale Gruppe das Wyzwolenie und bildete die *Unabhängige Bauernpartei* (Wojewodzki, Balin, Fiderkiewicz u. a.). Die politische Plattform dieser Partei bilden die folgenden Forderungen: Boden ohne Entschädigung, Block der Bauern und Arbeiter gegen die Bourgeoisie, Arbeiter- und Bauernregierung. Später verließ die rechte Gruppe der Intellektuellen (Thugutt) das Wyzwolenie und bildete den „*Klub der Arbeit*“, der weder mit dem Bauerntum noch mit der Arbeiterschaft etwas Gemeinsames hat und neben „Wyzwolenie“ in engster Verbindung mit Pilsudski und seinen Plänen steht. Endlich entstand im „Wyzwolenie“ eine neue Spaltung, wobei die bäuerlichen Klassenelemente die Partei verließen und sich mit der Bryl-Gruppe, der Gruppe des Abgeordneten Bryl, die sich ebenfalls aus bäuerlichen Elementen zusammensetzt, vereinigten.

Zur Beschleunigung des Zerfalls der opportunistischen Bauernpartei trug der Kampf bei, den im und außerhalb des Sejm Grabskis Plan zur Agrarreform entfesselte. Dieser Plan war im Wesen eine Verspottung jeder Agrarreform, denn er bedeutet eine privatkapitalistische Parzellierung, von der nur die reichen Bauern einen Nutzen haben konnten. Der Gesetzentwurf wurde im Senat mit den Ergänzungsanträgen der Großgrundbesitzer noch in verschlechterter Form angenommen.

In den sogenannten Randgebieten, d. h. in der West-Ukraine und West-Weißrußland, löste die Sanierungspolitik vielleicht den größten Widerstand aus. Zur allgemeinen Verelendung des Dorfes traten hier noch das Moment der nationalen Unterdrückung. Als Antwort auf die ungeheure Steuerbelastung griff die Bevölkerung Weißrußlands zum allgemeinen Boykott der Steuern und als Abwehr der räuberischen Strafexpeditionen der polnischen Regierung zum Partisanenkampf. Zur „Befriedung" der Randgebiete und Niederschlagung der revolutionären Bewegung wurde der Demokrat Thugutt zum Minister für die „Randgebiete" ernannt; aber nach einigen Monaten mußte dieser Friedensstifter seine Demission einreichen, ohne die weißrussischen Bauern von der Notwendigkeit der „demokratischen" Okkupation der polnischen Großgrundbesitzer zu überzeugen.

Die rücksichtslose Sanierungsoffensive der Bourgeoisie und ihrer Regierung führte zu einer ungeheuren Verschärfung der Klassenkämpfe in der Stadt und auf dem Lande, vermochte aber nicht, den Zusammenbruch der Sanierung zu verhindern. Schon Mitte 1924 begann der Zloty zu schwanken und trotz Börsenintervention der Regierung, die den ganzen Valutabestand verschlang, fiel der Zloty bis Dezember 1925 immer mehr, und der vollständige Zerfall konnte nur durch ausländische Hilfsmaßnahmen aufgehalten werden. Angesichts des Bankrotts im Innern mußte die polnische Bourgeoisie sich mit dem Schicksal der vollständigen Abhängigkeit dem englischen und amerikanischen Kapital gegenüber abfinden. Unter diesem Druck war Polen genötigt, den Locarnopakt anzunehmen, welcher den Untergang aller imperialistischen „Großmacht"träume Polens bedeutet und seine internationale Stellung verschlimmerte.

Charakteristisch ist, daß die beiden Niederlagen der polnischen Bourgeoisie — die wirtschaftliche und in der äußeren Politik — sich gegenseitig bedingen und ergänzen, indem sie ein Bild des vollständigen Bankrotts des bürgerlichen Polen geben. Die Regierung Grabski konnte sich nicht länger halten und in einer von Putschstimmungen, diktatorischen Plänen Pilsudskis und Sikorskis geschwängerten Situation entstand im Oktober 1925 eine Koalitionsregierung, gebildet von den Parteien der Rechten, namentlich von der Völkisch-nationalen Vereinigung, der Partei der reichen Bauern — Piast, des reaktionären Kleinbürgertums — Christliche Demokratie und von den opportu-

nistischen Arbeiterparteien PPS und NRR. Gegen diese Regierung traten die Kommunisten, die Unabhängige Bauernpartei, die nationalen Minderheiten, ferner Wyzwolenie und der Christlich-nationale Verband („Agrarier") auf.

Die Koalitionsregierung besaß weder ein wirtschaftliches noch ein politisches Programm. Die Parteien, die sie unterstützten, waren durch innere Reibungen zersetzt. Unter den einzelnen Regierungsparteien herrschten scharfe Gegensätze, insbesondere was die Uebergabe der Macht im Heere an Pilsudski anbetrifft. Die Schwächen der Koalitionsregierung waren offensichtlich und prophezeiten ihr keine lange Dauer.

Der weiße Terror: Um ihre Sanierungspläne zu verwirklichen, mußte die Bourgeoisie die revolutionäre Klassenbewegung und den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen niederhalten. Dieses hat sie mit einem System des weißen Terrors versucht. Für die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verurteilen die Gerichte bis zu zehn Jahren Kerker. Die „Rote Hilfe" wurde unterdrückt, selbst Liebesgaben für Gefangene wurden mit Kerker bestraft. Die gesamte kommunistische und linksorientierte Presse ist unterdrückt. In den polnischen Gefängnissen sitzen 6000 Arbeiter und Bauern. Immer wieder brechen Hungerstreiks und Revolten aus, weil die Gefangenen die brutale Behandlung nicht ertragen können. Es wird um das Primitivste, um bessere Ernährung, Spaziergang auf dem Hofe, Bad, gekämpft. Die Sejm-Kommission bestätigte, daß in einigen Gefängnissen ein Drittel der Gefangenen jährlich stirbt. Bei der Untersuchung werden die barbarischsten Folterungsmethoden angewandt.

Die polnische Regierung betreibt ein weitverzweigtes System der Provokation. Agents provocateurs treiben Hunderte von Arbeitern den Folterkammern der Gefängnisse zu. Die Arbeiterschaft ging spontan zur Abwehr der Provokationen über. Einige dieser heldenhaften Arbeiter, wie Engel, Hibner, Rutkowski, Kniewski, Botwin wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Engel zählte 18 Jahre, Botwin 20. Gegen die ermordeten Arbeiter Hajtchyk und Pilartschyk wandte die Polizei Giftgase an.

In verstärktem Maße noch wirkt sich der weiße Terror gegenüber den nationalen Minderheiten aus. Da werden aus geringstem Anlaß Hunderte von Bauern in Gefangenenlager geworfen, wo sie den grausamsten Folterungen ausgesetzt sind. In ganz Polen arbeiten noch immer Standgerichte.

Außer dem legalen Terror wirkt sich auch der „illegale" aus. So wurden unter offensichtlicher Mitwisserschaft der Regierungskreise die beiden revolutionären Offiziere, Baginski und Wietschorkiewicz, meuchlings ermordet.

* * *

Die Große Koalition scheiterte an ihren inneren Widersprüchen, ohne eine einzige der sich ihr aufdrängenden Aufgaben zu lösen. Es gelang ihr weder der Wirtschaftskrise Herr zu werden noch das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Ihre Hauptaufgabe, vom Ausland eine Anleihe zu bekommen, scheiterte am Mißtrauen des Auslandes einer Regierung gegenüber, der es nicht gelang, entsprechende Garantien für die Sicherung einer Anleihe zu bieten. Im Monat April 1926 war mehr als die Hälfte des Industrieproletariats arbeitslos, das Budgetdefizit betrug über 200 Millionen Zloty. Das ganze Land wurde von Kämpfen der Arbeitslosen, der Arbeiter und Bauern erschüttert. Die PPS, die in die Koalition eintrat, um „unter Wahrung der Interessen der Arbeiter" der Bourgeoisie bei der Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft behilflich zu sein, mußte, ohne eine einzige Forderung der Arbeiter zu erfüllen, am 4. Mai aus der Koalition austreten und der Bourgeoisie „freie Hand" lassen.

Der Zusammenbruch der Großen Koalition, dieses letzten Versuches der Bourgeoisie, auf „legalem, friedlichem" Wege das Programm einer bürgerlichen kapitalistischen Sanierung zu verwirklichen, rückte den im politischen Leben Polens seit langem andauernden Kampf zwischen Pilsudski und den von der National-Demokratie gestützten rechten Generalen in den Vordergrund. Das Problem eines diktatorischen Regimes, mit dessen Hilfe man die drohende soziale Revolution abwenden und die arbeitenden Massen zum Tragen der ungeheuren Lasten der Krise und des kapitalistischen Wiederaufbaus zwingen könnte, wurde für die polnische Bourgeoisie wieder akut.

Im großen Lager der Bourgeoisie wurde von zwei verschiedenen Seiten an die Verwirklichung derselben Aufgabe, „der Rettung Polens", herangegangen. Nachdem ein Versuch, mit Pilsudski zu einem Kompromiß zu gelangen, gescheitert war, bildete die National-Demokratie nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition anfangs Mai im Bündnis mit der Partei der reichen Bauern, „Pjast", und der ins rechte Lager übergegangenen Nationalen Arbeiterpartei eine sich auf eine äußerst geringe Mehrheit im Sejm stützende Regierung unter Vorsitz von Witos, die auf die Unterstützung der monarchistischen Christlich-Nationalen Partei rechnete. Diese Regierung sollte der erste Auftakt zur Vorbereitung eines Staatsstreiches mit Hilfe der faschistisch-monarchistischen Organisationen und der den Rechten ergebenen Generale und Offiziere sein. Aber die rechten bürgerlichen Parteien Polens und ihre leitenden Männer wurden in den breitesten Massen der Bevölkerung, des Kleinbürgertums, der radikalen Intelligenz, als Urheber des polnischen Elends angesehen, und waren daher tief verhaßt; sie besaßen keine einzige Persönlichkeit, um die herum sich eine breite Massenbewegung hätte scharen können; eine Reihe von Korruptionsfällen und Diebstählen am Staatseigentum hat außerdem die bürgerlichen Politiker persönlich kompromittiert. Ein Versuch zur Schaffung

einer Diktatur der rechten Parteien würde auf den hartnäckigsten Widerstand gestoßen sein und einen Abwehrkampf entfesselt haben, dessen Ergebnis für die Bourgeoisie zweifelhaft gewesen wäre. Darin lag die Ursache, weshalb die rechten Parteien solange zögerten und zu Kompromissen mit Pilsudski geneigt waren, um dessen Popularität im Interesse der Festigung des bürgerlichen Polens auszunutzen. Aber alles, was Pilsudski bei den rechtsbürgerlichen Parteien so verhaßt und gleichzeitig so wertvoll machte, hinderte ihn, sich mit ihnen zu verbinden. Das war der große Einfluß, den Pilsudski in den breitesten Massen der Bevölkerung besaß und den er durch eine direkte Verbindung mit den bürgerlichen Parteien nicht verlieren wollte, um ihn im Interesse der Bourgeoisie als Klasse, im Interesse der Rettung des polnischen Staates vor der sozialen Revolution und schließlich im Interesse der Verwirklichung seiner Großmachtträume auszunützen. Den in den breitesten Massen der Arbeiter und Bauern und nationalen Minderheiten angesammelten Haß und die Kampfeslust gegen die Bourgeoisie und Schlachta, gegen das kapitalistische System in einem Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien unter nichtssagenden Parolen der „Reinigung des öffentlichen Lebens", verpuffen zu lassen, die Massen zu verwirren, ihr Hinstreben zur Kommunistischen Partei aufzuhalten, — das konnte nur Pilsudski vollbringen. Das verstand auch sehr wohl ein Teil der polnischen Bourgeoisie, so die Großgrundbesitzer, die Finanz- und die Handelsbourgeoisie — die deshalb den Plänen Pilsudskis gegenüber sich wohlwollend verhielten.

Die Massen vom revolutionärem Kampfe durch Züchtung eines Pilsudski-Kultus und einer Pilsudski-Ideologie abzubringen, bildete von jeher den Inhalt der Politik aller sogenannten linken Parteien, der PPS, des Wyzwolenie, der Bauernpartei usw. So oft die Massen zum revolutionären Kampfe drängten, verschanzten sich diese Parteien hinter der Persönlichkeit Pilsudski und stellten ihn als den künftigen Retter Polens hin. Dank dieser und einer ganzen Reihe anderer Umstände, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, fand Pilsudski bei seinem Aufstande am 12. bis 13. Mai 1926 die Unterstützung der breiten Massen, die in seinem Kampfe gegen die Witos-Regierung den Kampf gegen die Bourgeoisie und für die Interessen des Volkes erblickten. In der Nacht vom 12. auf den 13. Mai rückten die Pilsudski treuen Truppen unter seiner Führung nach zweitägigem Kampfe in Warschau ein. Präsident Wojcechowski und Ministerpräsident Witos flohen, legten ihre Aemter nieder. Pilsudski schuf bei nur demonstrativem Widerstand der Rechten die neue Regierung.

So war der Pilsudski-Aufstand ein Versuch, mit Hilfe der Armee und Unterstützung des Kleinbürgertums und der in Illusionen über Pilsudski befangenen Arbeiter und Bauern zu einem diktatorischem Regime zu gelangen, zum Zwecke der Durchführung der kapitalistischen

Sanierung, der Anspannung Polens an den allgemeinen europäischen Stabilisierungsplan.

Daß Pilsudski selbst keine anderen Pläne hegte, darüber hat er während seines ganzen Kampfes gegen die rechtsbürgerlichen Parteien niemanden im Zweifel gelassen. Er betonte immer, nur um eine richtige Heeres- und Außenpolitik zu kämpfen. Sofort nach dem Aufstande erklärte er, daß seine „Revolution keine revolutionären Konsequenzen habe" und keine Veränderungen in die soziale Struktur Polens bringen werde. Daß dem so ist, beweisen die Taten des Strohmannes Pilsudskis, des neuen Präsidenten der Republik, Moszizki und seiner Regierung unter Vorsitz von Prof. Bartel. Moszizki wurde mit den Stimmen der sogenannten linken Parteien, des Zentrums und einer Anzahl rechter Stimmen zum Republikpräsidenten gewählt, nachdem Pilsudski selbst eine Wahl zuerst zugelassen, dann aber, weil er die tatsächliche Macht nicht mit der Repräsentationsstellung eines Präsidenten verwechseln wollte, abgelehnt hatte und die Wahl Moszizkis befahl. Auf Befehl Pilsudskis legte die Regierung Moszizkis dem Sejm Projekte einer Verfassungsänderung vor, in der Richtung der Stärkung der Exekutivgewalt des Präsidenten und fast vollständiger Beseitigung der Rechte der verfassungsgebenden Körperschaften. Das politische und wirtschaftliche Programm der „revolutionären" Regierung ist dem Programm der rechten bürgerlichen Parteien entnommen, wie auch deren Zusammensetzung eine bürgerlich-reaktionäre ist. So finden wir kurz nach dem Aufstande ein sozusagen umgekehrtes politisches Bild: die rechten Parteien, die Großindustrie, die monarchistischen Großgrundbesitzer unterstützen das Programm der neuen Regierung, während die sogenannten linken Parteien zu diesem Programm der „linken" Regierung in Opposition stehen.

Diese Stellung der linken Parteien ist selbstverständlich kein Ausdruck ihres ehrlichen Willens, um die Forderungen der Arbeiter und Bauern zu kämpfen, sie ist aber für die Stimmung der durch den Pilsudski-Aufstand betrogenen Massen charakteristisch. Die linken Parteien, die bisher ihre Politik mit dem Namen Pilsudski verbanden, möchten jetzt nach dem offen konterrevolutionären Verhalten Pilsudskis durch ihre Scheinopposition ihren Einfluß unter den Massen retten. Aber der große Prozeß der Desillusionierung der Massen hinsichtlich Pilsudskis, der am Tage nach dem Pilsudski-Aufstand begonnen hat, wird den Einfluß der linken Parteien trotz ihrer geänderten Taktik von Tag zu Tag verringern.

Diesen Prozeß zu beschleunigen und die Arbeiter, Bauern und unterdrückten Völker zum siegreichen Kampfe zu führen, ist Aufgabe der Kommunistischen Partei Polens. Während des Pilsudski-Aufstandes nahm die Partei an den Kämpfen gegen die reaktionäre monarchistisch-faschistische Witos-Regierung teil, indem sie sich bemühte, die Massen unter

revolutionären Parolen um sich zu scharen und in den Kampf zu führen. Die Partei beging aber in der Beurteilung der Pilsudskibewegung große Fehler und verstand es nicht, während des Kampfes gegen die Witos-Regierung, sich von der Pilsudski-Bewegung genügend abzugrenzen. Die Analyse und Ueberwindung dieser Fehler betrachtet jetzt die gesamte Partei als ihre dringendste Aufgabe, indem sie gleichzeitig, um viele revolutionäre Erfahrungen reicher, mit der ganzen Kraft sich der Lösung der laufenden Aufgaben widmet. Daß sie gegenwärtig als einzig revolutionäre Partei des Proletariats den Kampf gegen Pilsudski und seine arbeiterfeindliche Politik führt, wird den Einfluß der Partei von Tag zu Tag steigern.

Der Pilsudski-Aufstand hat die Lage des bürgerlichen Polen keinesfalls gefestigt. Auch einer Pilsudski-Diktatur werden die Mittel fehlen, die drei grundlegenden Fragen des polnischen bürgerlichen Staates: die Arbeiter-, die Bauern- und die Nationalitätenfrage zu lösen. Bisher ist die Möglichkeit einer Auslandsanleihe noch immer zweifelhaft, ohne die von einer Ueberwindung der Wirtschaftskrise nicht die Rede sein kann. Der sich u. a. auf die monarchistischen Großgrundbesitzer stützende Pilsudski wird den Bauern keinen Boden geben. Die „föderative Idee" Pilsudskis, eine Föderation der „unabhängigen" Ukraine und Weißrußlands mit Polen, ein imperialistisches Programm, das sich gegen die ukrainische und weißrussische Sowjetrepublik bzw. gegen die Sowjetunion richtet und mit der Pilsudski das ukrainische und weißrussische Problem lösen möchte, droht Polen in kriegerische Abenteuer zu verwickeln und wird von einem Teil der Bourgeoisie bekämpft. Hauptsächlich möchten die Industriekreise eine Annäherung an Sowjetrußland auf wirtschaftlichem Gebiete nicht durch eine abenteuerliche Politik erschweren. Auch sonst, wenn auch die Bourgeoisie grundsätzlich Pilsudski und insbesondere seine arbeiter- und bauernfeindliche Politik unterstützt, wird ihre Kraft durch innere Gegensätze geschwächt und zersetzt. Der Aufstand hat im Lager der Bourgeoisie die Partei-„Clique" und Koteriengegnerschaften aufgewühlt, die nicht so leicht eine Konsolidierung der Bourgeoisie ermöglichen werden.

Die drei Grundprobleme des polnischen Staates sind zugleich die drei Quellen, aus denen der Strom des revolutionären Kampfes der Arbeiter und Bauern anschwellen wird. Durch den Pilsudski-Aufstand wurden die Arbeiter- und Bauernmassen aufgewühlt, Hoffnungen wurden erweckt, ihre Kampfbereitschaft wurde gesteigert. Die unterdrückten ukrainischen und weißrussischen Bauern verlangen nach Grund und Boden. Kurz nach dem Pilsudski-Aufstand ging durch ganz Polen wieder eine Welle der Arbeiter- und Bauernkämpfe. Das wirtschaftliche Elend, die Arbeitslosigkeit, der Landhunger werden immer größer. In den opportunistischen Arbeiter- und Bauernparteien wächst eine starke Oppositionswelle an, die sich in Spaltungen zu äußern

droht. In einigen wichtigen Arbeiterzentren entstand eine starke Gewerkschaftsopposition. Alle diese Oppositionsströmungen in der Arbeiter- und Bauernschaft zu sammeln und in revolutionäre Bahnen zu lenken, das ist die Aufgabe, die sich die Kommunistische Partei Polens gestellt hat, unter deren Führung der revolutionäre Kampf der Arbeiter, Bauern und der unterdrückten Völker Polens den im Wege des Pilsudski-Aufstandes unternommenen Versuch der Rettung des bürgerlichen Polen zunichte machen und den Sieg des Arbeiter- und Bauernpolens herbeiführen wird.

Anfang Juni 1926.

Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung. Die gegenwärtige Lage der Gewerkschaftsbewegung in Polen stellt ein Bild des Zerfalls und der Zersplitterung dar. In Polen bestehen folgende Gewerkschaften:

1. Sogenannte Klassengewerkschaften: die reformistischen (PPS), die Bund- (jüdische) Gewerkschaften und die deutschen (SPD) in Oberschlesien und Pommerellen.
2. Die nationalen (NPR) Gewerkschaften.
3. Christliche Gewerkschaften. Die Zahl der letzteren beträgt laut Angaben der Christlich-demokratischen Partei, unter deren Leitung sie stehen, 20 000 Mitglieder. In Wirklichkeit ist die Zahl geringer. Die Mitgliedschaft setzt sich aus Handwerkern, Hausangestellten usw. zusammen.

Endlich entstanden 1925 neue Gewerkschaftsorganisationen, und zwar einerseits syndikalistische (ehemalige PPS-Anhänger und Unabhängige Sozialisten), andererseits typische gelbe Gewerkschaften, sogenannte „Polnische Arbeit". Die wichtigste Rolle in ganz Polen spielen die sogenannten Klassengewerkschaften. Die NPR-Gewerkschaften haben in Oberschlesien, Pommerellen und unter den Lodzer Textilarbeitern Einfluß.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sinkt unaufhörlich. Anfang 1923 betrug die Zahl der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaft 404 232, Anfang 1925: 249 636.

Die einzelnen wichtigeren Gewerkschaften stellen folgendes Bild dar (Angaben der Zentralkommission):

	Anfang 1923	Anfang 1925
Verband der Land- und Forstarbeiter	80 000	45 027
„ „ Metallarbeiter	52 983	11 051
„ „ Textilarbeiter	41 909	28 552
„ „ Bergarbeiter	28 100	13 084
„ „ Eisenbahner	63 000	55 423

In der internationalen Politik nimmt die reformistische Zentralkommission die Stellung für Amsterdam gegen die Einheitsfront mit der Roten Gewerkschaftsinternationale ein. In Polen führt die Zentral-

kommission einen unnachsichtlichen Kampf gegen die Kommunisten und linken Gewerkschaftler.

Die Arbeit der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften bestand hauptsächlich im Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, für die internationale Gewerkschaftseinheit, Bildung von Betriebskomitees usw. Die KP bekämpft in der letzten Zeit energisch die Flucht aus den Gewerkschaften.

Die Lage der Arbeiterschaft: Auf dem Boden der Krise und der Arbeitslosigkeit entwickelte die Bourgeoisie und ihre Regierung eine planmäßige und konsequente Offensive in zwei Richtungen: 1. Abwälzung aller Lasten auf die arbeitenden Massen; 2. Verminderung der Produktionskosten mit Hilfe der Verlängerung des Arbeitstages, Verringerung der Löhne, Einführung des Taylor-Systems, Beseitigung aller sozialen Errungenschaften. Als Folge dieser Offensive verschlechterte sich das Lebensniveau der Arbeiter bedeutend. Der Reallohn sank in der Periode 1924/25 in den Hauptzentren der Industrie folgendermaßen: im Dombrowaer Bergbau von 3,11 Zloty auf 2,49; Warschauer Metallindustrie von 4,77 auf 3,97; in der Lodzer Textilindustrie von 3,21 auf 2,87. Der Reallohn im Landesdurchschnitt beträgt 55 Prozent des Vorkriegslohnes. Lebenshaltungsindex (nach der offiziellen kapitalistisch-tendenziösen Statistik) Dezember 1925 175,0 (1914 = 100).

Der Arbeitstag wurde „gesetzlich" im Bergbau, in der Metallindustrie Oberschlesiens und bei den Warschauer Straßenbahn-Angestellten, in den anderen Industriezweigen, wenn auch ohne gesetzliche Sanktion, fast überall verlängert. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter unaufhaltsam. Nach der offiziellen Statistik waren Anfang Oktober 1925 nur 66 Prozent der Arbeiter voll beschäftigt. Der in den Syndikaten und Trusts konzentrierten Macht des Kapitals vermochte die Arbeiterklasse keine zentralisierte organisierte Kraft entgegenzustellen. Die Mehrzahl der Streiks 1924 und 1925 waren vereinzelte Kämpfe und endeten größtenteils mit einer Niederlage.

Arbeitskämpfe: Das Jahr 1924 beginnt mit einer Reihe isolierter Streiks gegen die Teuerung. Entscheidend wurde der Streik der oberschlesischen Bergleute, der als Abwehrkampf gegen die Verlängerung des Arbeitstages auf 10 Stunden ausbrach. Es streikten über 180 000 Bergleute und Metallarbeiter. Die Leitung der Bewegung lag in den Händen des Komitees der 21, das durch die Initiative der Kommunisten entstanden ist. Mit Unterstützung der Reformisten verhaftete die Polizei das Komitee, und der Streik brach wegen Fehlens der Führung nach 3 Wochen zusammen. Im August 1924 streikten die Arbeiter fast aller Industriezweige. Wichtig war weiter der Streik von 100 000 Lodzer Textilarbeitern im Dezember 1924. Nach einigen Tagen erklärten auch die Arbeiter anderer Industriezweige in Lodz den Streik.

Die Führer der drei Gewerkschaften (reformistischen, nationalen und christlichen) verhinderten die Ausbreitung des Kampfes, indem sie den Streitfall dem Einigungsamte übergaben, das im Interesse der Unternehmer entschied.

Anfang 1925 nimmt die Streikwelle ab. Erst der Streik der Landarbeiter, der den ganzen April andauerte und 75—80 Prozent aller Landgüter umfaßte, hatte wieder größere Bedeutung. Die PPS ließ den Streik abbrechen, um ihn angeblich während der Erntezeit fortzusetzen. Der Streik der Warschauer Metallarbeiter brach im August ohne Einwilligung der Gewerkschaft aus. Das Komitee wandte sich an alle Metallarbeiterverbände, um eine einheitliche Leitung zu bilden. Die NPR (nationale) und christlichen Verbände gaben ihre Zustimmung, während der reformistische Verband dagegen auftrat. So kam eine Leitung zustande, in der alle Gewerkschaften mit Ausnahme der reformistischen vertreten waren. Unter dem Druck der Massen erklärten später auch die Reformisten den Streik, übergaben aber den Konflikt sogleich dem Einigungsgericht.

Am deutlichsten trat die Rolle der Opportunisten im Kampfe um den Achtstundentag in Oberschlesien hervor. Im Mai 1925 begann die Kommunistische Partei eine Aktion gegen die Verlängerung des Vertrages, der den Zehnstundentag einführte und im Januar 1925 von den Vertretern der Reformisten unterzeichnet wurde. Unter dem Druck der Massen waren die Gewerkschaften gezwungen, eine Reihe von Metallarbeiter-Kongressen Oberschlesiens einzuberufen, auf welchen der Einfluß der Kommunisten stark zum Ausdruck kam. Mit Hilfe der Bürokratie gelang es aber der PPS, die Aktion der Kommunisten zu brechen. Die nächsten Wochen des Jahres 1925 brachten eine ganze Reihe von wuchtigen Demonstrationen, gegen die die Regierung Militär und Polizei ausrücken ließ. Die Zentralkommission der Gewerkschaften sabotierte diese Bewegung und befahl den Gewerkschaften gegen die Organisierung der Arbeitslosen-Komitees aufzutreten.

Die Genossenschaftsbewegung: 1925 vereinigten sich die sogenannten Klassen-Arbeitergenossenschaften mit den kleinbürgerlichen Genossenschaften. Die Ursache dieser Vereinigung lag im vollständigen Bankrott der ersten.

Dem „Verband der Genossenschaften" sind im gegenwärtigen Moment alle Genossenschaften Polens, mit Ausnahme des ehemals deutschen Teiles Polens und der ukrainischen Konsumgenossenschaft angeschlossen. Der Verband beharrt auf dem Grundsatz der politischen „Neutralität". Die Zahl der Mitglieder der gesamten Genossenschaften Polens, die im Jahre 1920 ca. 1 200 000 war, fiel im Jahre 1925 bis auf 600 000, und in demselben Verhältnis fiel auch die Zahl der Organisationen. Was die soziale Klassenschichtung der Genossenschaften anbelangt, so kommen folgende Zahlen in Betracht:

Arbeiter	281 940	d. h.	55,5 %
Bauern	121 809	d. h.	24 %
Beamte	58 342	d. h.	11,5 %
Andere (keine genauen Angaben)	46 012	d. h.	9 %

Die Zahl der Frauen beträgt 37 350, d. i. 7,3 Prozent. 10 Prozent der Bevölkerung sind genossenschaftlich organisiert (die Familien der Mitglieder inbegriffen).

Genossenschaftsbewegung auf dem Lande: Die Zahl der Mitglieder der verschiedenen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Polen beträgt kaum 1 Million. Den überwiegenden Teil bilden die Kreditgenossenschaften (Raiffeisenkassen oder die sogenannten Kassen Stefczyk', Volksbanken und ähnliche). Die Inflation vernichtete diese Genossenschaften, und ihre Wiederherstellung begann erst in der Periode der Valutastabilisierung.

Die gesamte Genossenschaftsbewegung auf dem Lande wird von der Bourgeoisie, dem Klerus, den Großgrundbesitzern und den reichen Bauern beherrscht. Die Bourgeoisie machte die Zentrale der Genossenschaften — die sogenannte Union der Genossenschaftsverbände — von der Aktienbank der wirtschaftlichen Vereinigung abhängig. Die Bauerngenossenschaften, die sich der Union entgegenstellen, bildeten „die Vereinigung der Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften". Diese Vereinigung befindet sich unter dem Einfluß des Kleinbürgertums und des Klerus.

Die politische Arbeiterbewegung

Die Polnische Sozialistische Partei (PPS): Als „staatserhaltende" und gegenrevolutionäre Partei steht sie auch gegenwärtig, in der Periode der schärfsten Krise des bürgerlichen Staates, auf dem Boden des Wiederaufbaues der kapitalistischen Wirtschaft. Aus diesem Grunde unterstützt sie ganz offen den weißen Terror der bürgerlichen Regierungen gegen die revolutionäre Bewegung des polnischen Proletariats. Im Sejm stimmte sie für das Ermächtigungsgesetz Grabskis, außerhalb des Sejms war sie bemüht, jede Verteidigungsaktion des Proletariats gegen die Lasten der bürgerlichen Sanierung niederzuringen. Die Opposition der linksgerichteten Arbeiterschaft, die sich u. a. auch in den Gewerkschaften stark äußerte, bekämpfte die PPS Hand in Hand mit der Polizei, indem sie die revolutionären Verbände aus den Gewerkschaften ausschloß, und mehr oder weniger offen der Polizei denunzierte. Sie bekämpft mit allen Mitteln den Befreiungskampf der Ukrainer und Weißrussen. Ihre Haltung gegenüber den Forderungen des Beamtentum ist feindlich.

Nach dem Sturze der Regierung Grabskis ging die PPS die Große Koalition mit der äußersten Rechten (Nationaldemokraten) ein. Der im Januar 1926 abgehaltene 20. Kongreß der PPS gab den Führern der Partei die Gelegenheit, diesen Schritt vor der Parteimasse zu rechtfertigen. Der Parteitag motivierte die Notwendigkeit des Eintritts der PPS in die Regierung ganz offen als Mittel, die Revolution in

Polen abzuwehren. Gleichzeitig glaubten die Führer der PPS, auf diese Weise die Arbeiterklasse gegen die gesteigerte Offensive des Kapitals schützen zu können.

In den Reihen der PPS, die im Laufe einiger Jahre eine Reihe von Spaltungen durchmachte, indem die linken Elemente zur KPP übergingen, herrscht, insbesondere unter den Massen, eine starke Oppositionsstimmung. Dieselbe kam nur schwach durch die oppisitionelle Gruppe auf dem Parteitage zum Ausdruck. Der Druck der Massen bewirkte aber, daß auch diese Opposition auf dem Parteitage die wichtigsten Probleme der Revolution aufrollte. Sie gab aber später ihre Positionen auf.

Die Politik der PPS wird von der großen kleinbürgerlichen Oberschicht der Partei bestimmt, obwohl sie auch unter der Arbeiterschaft, insbesondere unter der Arbeiteraristokratie, noch einen ziemlich starken Anhang hat. Es ist zu bemerken, daß die PPS in den kleinbürgerlichen Schichten, insbesondere in Posen und Pommerellen, an Einfluß gewinnt, während sie unter der Arbeiterschaft an Einfluß verliert. Ihre jetzige Mitgliederzahl beläuft schätzungsweise auf 40 000. Die offiziellen Angaben der PPS entsprechen nicht der Wahrheit. Vielfach behauptet sie sich in der Arbeiterschaft mit Hilfe des offenen Terrors, den sie mit Hilfe ihrer „Miliz" ausübt. So wurden in Warschau im Jahre 1924 die kommunistischen Arbeiter Bialy, Lukassik und andere durch die Miliz getötet. In der äußeren Politik unterstützt die PPS die Politik des Völkerbundes (Locarno usw.) und nimmt eine unversöhnlich feindliche Stellung gegenüber den Sowjetrepubliken ein.

Die Unabhängige Sozialistische Partei: Die Partei entstand nach einer Spaltung in der PPS, im Jahre 1924 vereinigte sie sich mit der Wilnaer Gruppe der PPS. Sie hat einigen Einfluß in Lodz, Krakau und Wilna. In der letzten Zeit ist ihr Einfluß ein wenig gestiegen. Eine politische Bedeutung hat sie aber nicht. Sie gehörte seinerzeit der II½ Internationale an, jetzt ist sie Mitglied der II.

Nationale Arbeiterpartei: Ihre Politik deckt sich im allgemeinen mit der Politik der PPS, mit dem Unterschiede, daß sie gegen das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung auftritt. Sie stützt sich auf die „polnischen (NPR) Gewerkschaften", die laut offiziellen Angaben der Partei 45 000 Mitglieder zählen. In Wirklichkeit ist die Zahl bedeutend geringer.

Die jüdischen Arbeiterparteien:

1. Der Bund: entstand in seiner heutigen Form 1920 durch die Vereinigung des Bundes Kongreßpolens mit der jüdischen Sozialistischen Partei Galiziens. Gehört keiner Internationale an; in der Praxis führt er die Politik der PPS, indem er nur in der nationalen Frage einen Scheinradikalismus zur Schau trägt. Er hat 117 Organisationen mit 8000 Mitgliedern. Er erhielt bei den letzten Wahlen 80 000 Stimmen. Unter seiner Führung stehen Gewerkschaften (11 864 Mitglieder), die den Klassengewerkschaften angeschlossen sind.

2. Poale Zion: Jüdische sozialistische Partei mit Palästina-

programm, rechter und linker Flügel. Der Einfluß der Partei ist sehr gering.

Die Ukrainische Sozialdemokratische Partei: Sie entstand 1889 in Ostgalizien und wurde nach 30 jährigem Bestande im Jahre 1924 von der polnischen Regierung aufgelöst. Ihre Mitglieder gingen mit geringen Ausnahmen zur KP West-Ukrainas über. Eine geringe Schicht der Intellektuellen bemüht sich, eine neue Partei zu gründen, findet aber keinen Anhang.

Die Weißrussische Sozialdemokratische Partei und Weißrussische Partei der Unabhängigen Sozialisten: sind Parteien ohne festes Programm und von geringem Einfluß. Die vier Abgeordneten der Unabhängigen entwickeln sich nach links. Weißrussische Sozialrevolutionäre gingen größtenteils in die KP West-Weißrußlands über.

Die Deutsche Arbeiterpartei Polens arbeitet unter den deutschen Arbeitern in Lodz. Bei den Gemeindewahlen in Lodz erhielt sie 5 Mandate.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei in Polen ist Mitglied der II. Internationale, wirkt in Posen, Pommerellen und Oberschlesien. Sie verfolgt die Politik der SPD. Hat einen Abgeordneten, der Mitglied des deutschen Klubs ist.

Die Kommunistische Partei Polens: Den wesentlichen Inhalt der letzten zweijährigen Periode im Leben der Kommunistischen Partei Polens bilden: 1. eine unermüdliche Arbeit zum Zwecke der Mobilisierung und Organisierung der Massen der Arbeiter, Bauern und der unterdrückten Nationen zum Kampfe gegen die Sanierungsoffensive des Kapitals; 2. ein gründlicher ideologischer Kampf sowohl gegen die opportunistischen wie auch ultralinken Abweichungen, die in der Tätigkeit der Partei Platz griffen.

Trotz fortwährender Verhaftungen, trotz ungeheurer Unterdrückungsmaßnahmen und des vollständigen Fehlens einer legalen Presse unterhält die Partei den lebendigsten Kontakt mit den Massen, nimmt eine führende Stellung in allen Massenaktionen ein. Im Juli 1924 organisierte die Partei den Kampf gegen die Verlängerung des Arbeitstages. Unter tätiger Mitarbeit der Partei wurde der Kongreß der Betriebsräte in Oberschlesien einberufen, auf dem ein 21 gliedriges Aktionskomitee gewählt wurde. Auf den Ruf dieses Komitees der 21 treten die Massen in den Streik, der nach drei Wochen, nachdem die Leitung verhaftet worden ist, durch die PPS niedergezwungen wurde. Die Partei macht die größten Anstrengungen, um auch andere Bezirke in den Kampf einzubeziehen, was ihr auch teilweise gelang. Im November 1924 brach der Verteidigungsstreik der Textilarbeiter in Lodz aus, die Partei führte überall eine Kampagne zur Unterstützung der Textilarbeiter. Im Januar und März 1925 mobilisierte die Partei neuerdings die oberschlesischen Massen zum Kampfe gegen die Verlängerung des Arbeitstages, wobei es der Partei gelang, den Kampf

der Arbeitslosen mit dem Kampfe der beschäftigten Arbeiter zu verbinden.

April 1925 brach der Landarbeiterstreik aus, und die Partei entwickelte in der Stadt und auf dem Lande eine breite Aktion zur Unterstützung der Landarbeiter. Im Sommer 1925 führte die Partei eine breite Agitationskampagne im ganzen Lande durch. Nach dem Kongreß der Betriebsräte, der gemeinsam durch PPS und Polizei auseinandergetrieben wurde, begannen die Massen, die Parole der Partei befolgend, passiven Widerstand zu leisten, indem sie die Betriebe nach acht Stunden Arbeit verließen. Im September begann entgegen den opportunistischen PPS-Führern der Streik der Warschauer Metallarbeiter. Während des ganzen Streiks lag die Initiative in den Händen der Partei. Die Initiative der Partei äußerte sich am 8. November 1925, an welchem Tage die Partei einen Massenzustrom der Arbeiter zu dem von der PPS einberufenen Kongresse der Kleinbauern und Landarbeiter organisierte. Dieses Aufgebot der Arbeiter wurde eine vortreffliche Manifestation der Idee des Arbeiter- und Bauernblockes.

Das innere Leben der Partei in den letzten zwei Jahren kann man in zwei Perioden einteilen: 1. Kampf gegen die rechten Abweichungen und 2. Kampf gegen die ultralinken Abweichungen. Die rechten Abweichungen in der Partei traten in ihrer ganzen Schärfe in der Periode Oktober/November 1923 hervor, in der Zeit, wo die Massen in ganz Polen elementar zum Kampfe drängten, während die Partei es nicht vermochte, die Initiative zu ergreifen und die Kämpfe der einzelnen Bezirke zu vereinigen. Die damalige Parteileitung unterstützte während der Diskussion in der RKP die Opposition Trotzkys und verteidigte die deutschen Rechten.

Der 3. Parteitag, der Anfang 1925 stattfand, liquidierte die rechten Abweichungen und nahm nach einer gründlichen Diskussion einstimmig die Linie des V. Kongresses der Komintern an, anerkannte die Richtigkeit seiner politischen und organisatorischen Beschlüsse. Der Parteitag nahm betreffs der Bauern- und Nationalitätenfrage ausführliche Resolutionen an, die die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet konkretisieren. Er erörterte gründlich und vertiefte das Problem der Bolschewisierung der Partei. Als Organisationsbasis der Partei erklärte der Parteitag die Betriebszelle.

Zum Schluß des 3. Parteitages legten die Genossen der rechten Gruppe eine Erklärung vor, in der sie sich mit der Linie des 3. Parteitages solidarisch erklärten.

Trotz der Bewältigung einer solch überaus großen Arbeit hat der 3. Parteitag auch seine schwachen Seiten. In seinem richtigen Kampfe gegen die Rechte verrannte sich der Parteitag zu sehr in der Richtung der Ultralinken. Die Einstellung des Parteitages und der neuen Parteiführung wurde zum Ausgangspunkt für Fehler, die zu einer ultralinken Krise in der Partei führten. Diese Krise fand ihren Ausdruck unter anderem in der im Juni 1925 durch das ZK der KPP angenommenen

Resolution gegen die Einheitsfronttaktik der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Bulgariens.

Die Juni-Resolution stellte keinen vereinzelten Fehler der Ultralinken dar: die Linie der Juni-Resolution entsprach der Linie der Tätigkeit des ZK in Polen. Am 1. Mai 1925 verpflichtete das Zentralkomitee die Parteiorganisationen zu selbständigen Manifestationen und isolierte so die kommunistischen Arbeiter von den PPS- und parteilosen Arbeitern. Das ZK stellte sich den terroristischen Tendenzen in der Partei nicht entgegen, die als Reaktion auf das durch die Regierung betriebene System der Provokation entstanden. Die Partei vernachlässigte die Aktion für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, stellte sowohl in der täglichen Arbeit, wie in Massenaktionen die Betriebskomitees den Gewerkschaften entgegen.

Die ultralinke Krise und der Streit des ZK der KPP mit der Komintern wurde endgültig auf der 4. Landeskonferenz der Partei im Dezember 1925 liquidiert. Die Konferenz stellte fest, daß trotz der schwierigen Bedingungen die Partei eine bedeutende Arbeit geleistet hat, sie behielt ihren Einfluß auf die Massen und führte einen energischen Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie; sie entfaltete eine intensive Aktion anläßlich der Agrarreform; die Partei entwickelte eine sehr lebendige Tätigkeit in der Westukraine und Westweißrußland. Die Partei machte auch auf dem Gebiete der Organisationsarbeit große Fortschritte, indem sie die ganze Organisation auf der Grundlage der Betriebszellen umstellte.

Gleichzeitig erklärte die Konferenz in ihrem Beschluß über die Tätigkeit des scheidenden ZK, daß der Gesamtarbeit der Partei in der Berichtsperiode die ultralinke Krise ihren Stempel aufgedrückt habe, was insbesondere in der Juni-Resolution des ZK seinen Ausdruck gefunden hat. Die Konferenz unterstützte den Standpunkt der Exekutive bezüglich der ultralinken Linie des ZK.

Die Beschlüsse der Konferenz unterstreichen die Notwendigkeit des Kampfes vor allem gegen die ultralinken Abweichungen, die in ihrer Konsequenz zur Isolierung der Partei von den Massen führen und erklären gleichzeitig, daß „die Ausgleichung der Parteilinie von den ultralinken Abweichungen keinesfalls eine Rückkehr der Partei zur bankrotten opportunistischen Politik der Rechten, die durch den V. Kongreß der Internationale, durch den 3. Parteitag der KPP verurteilt worden sind, bedeutet". Die Konferenz hat die folgenden wichtigsten taktischen Parolen für die Partei herausgegeben: „Einheitsfront", „Arbeiter- und Bauernblock" und die Parole der „Unabhängigkeit Polens". Den Standpunkt der Unabhängigkeit begründet der Beschluß in folgender Weise:

> „Der Arbeiter der PPS oder NPR (Nationale Arbeiterpartei) will die Unabhängigkeit, die Herrschaft und Gesamtheit dieses polnischen Staates, des kapitalistischen Staates verteidigen (die „Großmacht Polen"). Der kommunistische Arbeiter aber kann nicht auf dem Standpunkte der Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes stehen,

er kann nicht die Frage der Unabhängigkeit von der Frage der Revolution trennen. Für die Kommunistische Partei Polens kann es keine Verteidigung der Unabhängigkeit Polens ohne die proletarische Revolution und die Arbeiter- und Bauernregierung geben, so, wie es keine Revolution geben kann, die die staatliche Unabhängigkeit der polnischen Nation nicht gesichert und gefestigt haben würde."

Die Konferenz kam zu dem Schluß, daß die Partei ihre Tätigkeit mit den vier Hauptmomenten, die die gegenwärtige Krise kennzeichnen, verbinden muß: 1. Arbeitslosigkeit, 2. der Bankrott der bürgerlichen Agrarreform, 3. die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, 4. die Gefahr des Verlustes der polnischen Unabhängigkeit im Wege der Umwandlung Polens in eine Halbkolonie des ausländischen Kapitals.

Die Kommunistische Partei der Westukraine (KPWU): Im Rahmen der KPP arbeitet die KP der Westukraine als eine Landesorganisation der KPP. Der 2. Parteitag der KPWU, der unmittelbar vor der 4. Konferenz der KPP stattfand, hat eine Reihe wichtiger politischer und organisatorischer Beschlüsse gefaßt.

Indem die Partei auf dem Boden der Selbstbestimmung der Nationen bis zur Loslösung (in den konkreten Bedingungen Angliederung der Westukraine an die USSR nach der Revolution) steht, erklärt der Parteitag, daß im gegenwärtigen Moment die Hauptaufgabe der Partei darin liegt, den breiten Massen der Westukraine die Ueberzeugung beizubringen, daß 1. die soziale und nationale Befreiung nur möglich ist als Folge des Sieges der allgemeinen polnischen Revolution, die nur mit vereinten Kräften aller Arbeiter und Bauern des heutigen polnischen Staates herbeigeführt werden kann; 2. die Illusionen, als ob die Befreiung der Westukraine von außen kommen könnte, der Sache des Kampfes um die Befreiung der Arbeiter und Bauern einen großen Schaden bereiten. Der Parteitag unterstreicht die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung aller Parteiorganisationen Polens zu einer Partei, der KPP, mit einer zentralisierten Leitung.

Die KPWU erreichte in ihrer bisherigen Tätigkeit große Erfolge auf dem Gebiete der Hineinziehung des Arbeiterelementes in die Partei und ihrer Reorganisierung auf der Grundlage der Betriebszellen in einer Reihe von Ortschaften. — Groß war die Agitations- und Propagandaarbeit, es wurden eine Reihe von Büchern, Broschüren, Bulletins usw. herausgegeben. Die Partei vermochte aber nicht alle Organisationen fest miteinander zu verbinden; sie besitzt zu wenig (in der Salzindustrie keinen) Einfluß in den wichtigsten Industrien der WU (Naphtha, Holz, Eisenbahnen); es gelang ihr noch nicht ganz, den Provinzialismus der Organisationen zu bekämpfen und das Interesse der Parteimitglieder für die Gesamtbewegung in Polen zu erwecken.

Die Kommunistische Partei West-Weißrußlands: Die Partei arbeitet ebenfalls als eine territoriale Organisation der KPP in West-Weißrußland.

Portugal

Oberfläche und Bevölkerung

	Oberfläche qkm	Bevölkerung in 1000
Portugal (Festland)	88 740	5988
Azoren und Madeira	3 203	412
Kolonien in Afrika		
Angola	1 256 000	4120
Kapverdische Inseln	3 928	156
Guinea	36 125	289
Mozambique	1 108 175	3120
St. Thomé und Principe	939	59
Kolonien in Asien		
Indische Häfen (Goa, Diu usw.)	4 242	537
Macao (China)	10	75
Timor und Cambing	18 990	395

Berufsgliederung (in 1000): Landwirtschaft 1442, Industrie und Verkehr 634, Handel 154, öffentlicher Dienst und freie Berufe 57, Militär 38, Seeleute und Fischer 19. Sprache portugiesisch, Religion römisch-katholisch.

Seit 1910 Republik. Gesetzgebende Körperschaft: Nationalrat. Zwei Kammern. Senat (70 Mitglieder) aus Vertretern der Gemeinden. Unterhaus (164 Mitglieder) aus direkten Wahlen. Zum Mutterland gehören administrativ auch die Azoren und Madeira.

Die übrigen Kolonien besitzen eine gewisse Verwaltungs- und Finanzautonomie und machen sich in zunehmendem Maße von Portugal unabhängig, indem sie sich dem englischen Einfluß unterwerfen.

Wirtschaft

Landwirtschaft.

Anbaufläche und Erträgnisse

	1909—13		1923		1924	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz.	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz.	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz.
Weizen	490	3224	427	3590	382	2867
Roggen	298	979	222	1327	192	1277
Hafer	228	624	213	1175	228	915
Mais	246	2585	304	2596	—	2848
Wein*)	—	4075	313	6131	—	5315
Olivenöl	—	227	324	435	—	399

*) Ertrag in 1000 hl.

Viehstand (in 1000) 1921: Rinder 740, Schafe 3851, Ziegen 1493, Schweine 921.

Bergbau: Trotz großer Bodenschätze unentwickelt.

Industrie: Vor allem Textil-, Sardinen-, Porzellan- und Spitzenindustrie. Seit Kriegsende befindet sich die portugiesische Industrie in einer ständig wachsenden Krise infolge der technischen Rückständigkeit und der politischen Unsicherheit.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 3425 km, davon 1080 km Staatsbahnen. Haupthäfen: Lissabon, Oporto. Handelsflotte (1924) 279 Schiffe mit 301 000 Tonnen, davon 167 Dampfer mit 264 000 Tonnen.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Escudos)

	1913	1919	1922	1923	1924
Einfuhr ..	89	229	1247	2222	2832
Ausfuhr ..	36	106	442	673	924

Bei Vergleich der Zahlen muß die Entwertung der Valuta berücksichtigt werden.

Haupteinfuhrartikel sind Kohle, Baumwolle, Lebensmittel; Hauptausfuhrartikel Chemikalien, Korkwaren, Oliven, Häute, Sardinen.

Staatsfinanzen

Staatshaushalt (in Millionen Escudos)

	Einnahmen	Ausgaben
1923/24	674	913
1924/25	902	1289

Staatsschulden (in Millionen Escudos)

	Fundierte Schuld	Schwebende Schuld	Papiergeldumlauf
1919	763	594	370
1925	2775	4414	1698

Währungseinheit Escudo. Für 100 Escudos (Parität 108 Dollar) wurden bezahlt: 1923 4.3, 1924 3.3, 1925 5.0 Dollar. Die Staatsfinanzen befinden sich in einem Zustand voller Auflösung.

Politik

Infolge des in den letzten Jahren vor sich gegangenen Differenzierungsprozesses innerhalb der Bourgeoisie einerseits (Herausbildung eines, wenn auch verhältnismäßig schwachen und vom Auslande abhängigen Großkapitals, das aber um so stürmischer seine Entwicklungsmöglichkeiten reklamiert) und unter dem Einflusse der spanischen Militärdiktatur andererseits haben sich in der letzten Zeit die reaktionären Kräfte verstärkt. Der Versuch der ersteren Tendenz unter der Führung von Cabeçadas, dem Führer der bürgerlichen Re-

volution von 1910, sich durch einen von der Marine unterstützten Putsch des Staatstapparates zu bemächtigen (18. April 1925), scheiterte zwar an der Passivität des Heeres. Ende Mai 1926 lehnte sich jedoch das Heer unter der Führung des Generals Gomez de Costa auf und marschierte von Norden her auf Lissabon. Die aus „rechten Demokraten" bestehende Regierung, die die Interessen der mittleren Bourgeoisie vertrat, wurde gestürzt. General Costa hat offensichtlich die Unterstützung agrarischer Kreise, vielleicht aber auch die mancher industrieller Gruppen; von außen her wird er politisch von Primo de Rivera unterstützt. Cabeçadas stellte sich sofort an die Spitze des Aufstandes in Lissabon und schritt zur Regierungsbildung. Angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse (hinter Cabeçadas stand die Marine und die Lissaboner Garnison), mußte sich General Costa vorübergehend zu einem Kompromiß bequemen: Cabaçadas wurde Ministerpräsident, General Costa Kriegminister, in die Regierung wurden zwei Professoren aufgenommen, die übrigen Minister durch Generäle besetzt. Das Parlament wurde aufgelöst, der Staatspräsident zum Rücktritt gezwungen. Sobald aber der Aufmarsch der Truppen aus der Provinz, der keine Unterbrechung erfahren hatte, beendet war, stürzte General Costa die Kompromißregierung (15. Juni 1926), proklamierte die offene Militärdiktatur und bildete ein Direktorium, dessen Mitglieder er und die Generale Sinel Cordes und Filomeno Camara sind. Die Verfassung wurde aufgehoben; die Ministerien durch Generale besetzt, die als Staatssekretäre figurieren. Obwohl General Costa verspricht, die republikanische Staatsform aufrecht zu erhalten, arbeitet er mit Monarchisten zusammen und wartet offensichtlich auf den günstigen Moment, um die Monarchie wieder herzustellen. Da dies und die gesamten politischen Ziele des Generals Costa gegen die Interessen der industriellen Bourgeoisie verstoßen, sind weitere Versuche derselben, die politische und militärische Macht an sich zu reißen, zu erwarten.

Arbeiterbewegung

Arbeiterbewegung: Die gewerkschaftliche Zentralorganisation („Allgemeine Arbeiter-Konföderation Portugals") zählte 1924, nach eigenen Angaben, 40 000 Mitglieder, nachdem sie bereits einmal (1920) 120 000 Mitglieder hatte. Dieser Verfall der Organisation rief die Opposition der Mitglieder gegen die anarcho-syndikalistische Führung hervor. Die Verbände der Arsenalarbeiter, der Seeleute und einige andere sprachen sich für den Austritt aus der Berliner Internationale und den Anschluß an die RGI aus. Es sind dies die größten Verbände, die die absolute Mehrheit der Mitglieder der portugiesischen Gewerkschaftszentrale umfassen. Da jedoch auf den Landeskongressen nach Verbänden und nicht nach Mitgliedern abgestimmt wird, haben die Anarchisten noch eine formelle Mehrheit. Gegen den Rat der RGI verweigerte die Opposition die Weiterzahlung der Beiträge für die Berliner Internationale und wurde darauf ausgeschlossen. Gegenwärtig bestehen daher neben der anarchosyndikalistischen Landeszentrale eine Anzahl selbständiger Verbände, die formell keiner Inter-

nationale angeschlossen sind, tatsächlich aber auf dem Boden der RGI stehen. Der Seeleuteverband hat sich der Internationalen Transportarbeiterföderation angeschlossen.

Die Sozialistische Partei hat sich im März 1925 der II. Internationale angeschlossen. Sie gibt 2500 Mitglieder an, hat zwei Kammerabgeordnete und verfügt über zwei Wochenblätter.

Die Kommunistische Partei Portugals kann noch nicht als eine wirklich kommunistische Partei angesehen werden. Gegen den Rat des EKKI unterstützte sie die Gewerkschaftsspaltung. Gleichfalls gegen den Rat des EKKI, schloß sie bei den Wahlen einen „Arbeiter- und Bauernblock" mit linksbürgerlichen Parteien.

*

Kolonien: Die Bedeutung der afrikanischen Kolonien Angola und Mozambique besteht in der Produktion von Kaffee, Zucker, Kokosnüssen, Elfenbein, Kautschuk, in Angola Petroleum und Asphalt. Der Gesamthandel wird von englischen Kapitalisten kontrolliert. Die Erschließung der portugiesischen Kolonialgebiete wird durch englische Gruppen mit großer Intensität betrieben. Die Kolonien sind die Reste des früher bedeutenden Kolonialreichs, das infolge der immer mehr sinkenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Portugals mehr und mehr zu einem Teile des britischen Imperiums wird.

Rumänien

Oberfläche: 294 244 qkm. Bevölkerung 17 536 000. Die Bevölkerung verteilt sich auf die einzelnen Gebiete:

	Territorium in qkm	Bevölkerungszahl in 1000
Altrumänien	137 903	7 904
Siebenbürgen	57 819	2 678
Bessarabien	44 422	2 345
Banat	17 980	910
Crisana	17 086	1 317
Bukowina	10 442	800
Marmarosch	8 592	1 582

Nationalitäten (in 1000): Rumänen 10 781, Magyaren 2400, Deutsche 833, Russen-Ukrainer 1016, Bulgaren 350, Juden 683, andere 1473. Religion (in 1000): Griechisch-orientalisch 11 601, Griechisch-katholisch 1233, römisch-katholisch 1143, Reformierte 765, Israeliten 685, evangelisch 305, andere 1804.

Verfassung: Konstitutionelle Monarchie. Streng zentralistisch bei Unterdrückung der Nationalitäten (Zweikammer-System).

Wirtschaft

Landwirtschaft:

Verteilung der Bodenfläche

Ackerland, Obst- und Gemüsegarten	12 062 668 ha
Wälder	7 207 118 „
Weiden	2 856 006 „
Wiesen	1 426 656 „
Weinberge	280 000 „
Unbebaute Fläche (Städte, Flüsse, Wege usw.)	5 652 153 „
	29 484 601 ha

Agrarreform. Vor der Agrarreform war die Bodenverteilung folgende (1920)*)

	Zahl der Besitzer	in %	in 1000 ha	Fläche %
Großgrundbesitzer über 100 ha	17 409	0,81	11 466	45,95
Mittelbauern von 10 bis 100 ha	380 803	21,57	7 001	32,66
Kleinbauern bis 10 ha	1 946 091	77,62	5 851	21,39

In der Zeit von 1920 bis 1922 wurde eine bürgerliche Agrarreform durchgeführt. Es wurden 18 900 Großgrundbesitzungen über 100 ha, die Besitzungen von 17409 Großgrundbesitzern, expropriiert. Die enteignete Fläche macht 5 708 367 ha aus. Verteilt wurde:

	in 1000 ha
a) für Besitzlose und arme Familien (zusammen 992 282)	3026
b) für Vergrößerung von Gemeindeweiden	455
c) der Staat behielt für Kolonisierungsversuche	521
d) „ „ „ „ zukünftige Verteilung	901
e) Gemeinde- und Staatswälder	805

Die enteigneten Großgrundbesitzer wurden vom Staat entschädigt und die Bauern, die Boden erhalten haben, sind verpflichtet, dem Staat den erhaltenen Boden zu bezahlen. Der Bodenpreis wurde auf das Vierzigfache des Vorkriegspreises (in Papierlei) festgesetzt. Diesen Betrag müssen die Bauern innerhalb 20 Jahren dem Staat mit Zinsen zurückzahlen. — Viele Bauern, die kein Geld hatten, um Inventar einzukaufen, haben ihren neuerhaltenen Boden verpachtet und suchten als Landarbeiter Beschäftigung.

Anbaufläche und Ernteergebnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Mais	3404	38 458	3621	39 488	3930	44 569
Weizen	2690	27 793	3172	19 165	3300	28 466
Roggen	270	2 440	271	1 514	270	2 055
Gerste	1878	13 252	1850	6 697	1704	10 363
Hafer	1345	9 095	1236	6 098	1184	7 640
Futtermittel	469	17 678	511	16 046	—	—
Tabak	17	97	31	214	36	—
Kartoffeln	173	18 485	188	15 463	186	—
Zuckerrüben	37	6 428	53	8 731	58	11 772

*) Nach offiziellen Angaben der Regierung.

Viehstand (in 1000)

	Pferde	Rinder und Büffel	Esel und Maultiere	Schafe	Ziegen	Schweine
1922	1802	5932	12	12 310	552	3159
1923	1828	5539	14	12 480	584	2925
1924	1845	5399	12	13 612	531	3133

Die Wälder nehmen eine Gesamtfläche von 7 207 118 ha ein. Davon in Altrumänien 2 916 306 ha, Siebenbürgen 3 627 395, Bukowina 429 213 und Bessarabien 234 204 ha. Davon sind 6 483 676 ha Wälder und 723 442 ha Busch. Die Eigentumsverhältnisse sind folgende:

	(in 1000)
Privateigentum	2 698 ha
Gemeinde, Kirche, Schulen	1 971 „
Staatseigentum	1 814 „

Bergbau: Der wichtigste unter den Bodenschätzen Rumäniens ist Petroleum. In der Petroleumindustrie waren 26 350 Arbeiter beschäftigt.

Produktion (in 1000 t)

	1913	*1922*	*1923*	*1924*	*1925*
Rohpetroleum	1 885	1 373	1 512	1 851	2 313

Von dem in der Petroleumindustrie investierten Kapital sind 227 000 Gold-Lei rein rumänisch, 414 000 gemischt rumänisch und ausländisch, 209 000 englisch, 64 000 belgisch und französisch, 9000 holländisch.

Bergbauproduktion

	1922	1923	1924
Kohle (1000 t)	2116	2521	2776
Chrom, Pyrit, Asphalt usw. (1000 t)	313	348	367
Salz (1000 t)*	285	306	302
Gold (Kilogramm)	1337	1342	1311
Silber (Kilogramm)	1954	2341	2246
Andere Mineralien (1000 t)	628	665	719

Industrie:

Umfang und Produktion der Industrie Altrumäniens 1924

	Zahl der Unternehmen	Zahl der Arbeiter	Pferdekräfte	Rohmaterial. (1000 Lei)	Inventur (1000 Lei)	Produkt. (1000 Lei)
Holzindustrie	729	47 791	60 149	2 401 104	80 264	3 212 118
Nahrungsmittel	621	34 105	128 870	3 712 791	411 204	6 064 632
Keramische Industrie	517	12 684	45 000	212 811	98 715	621 501
Metallindustrie	470	36 278	64 000	1 196 335	310 323	2 682 586
Chemische Industrie	354	11 500	77 000	2 577 000	704 249	4 963 000
Textilindustrie	227	15 285	16 977	1 531 197	16 587	2 957 875
Lederindustrie	193	8 916	9 743	1 294 181	62 061	1 434 887
Papier u. graphische Industrie ..	146	7 202	165 505	146 699	118 118	421 154
Andere	44	20 593	2 767	15 994	200	24 028
	3 301	194 354	570 011	13 088 112	1 801 721	22 381 781

Ueber die Industrie der neuangeschlossenen Gebiete gibt es keine zusammenfassende Daten, einige Teile Transsylvaniens sind industriell gut entwickelt: Reschitza (Schwerindustrie), Arad, Temesvar (Tabakindustrie). Die gesamte Industrie (ohne Petroleum, einschl. Staatsindustrie) beschäftigt ungefähr 750 000 Arbeiter.

V e r k e h r. Länge der Eisenbahnlinien 11 800 km.

Außenhandel

	Menge in 1000 Tonnen			Wert in 1000 Lei		
	1923	1924	1925 9 Monate	1923	1924	1925 9 Monate
Einfuhr	699	801	705	19 455 044	26 192 449	22 327 254
Ausfuhr	4902	4731	3202	24 610 469	27 123 602	20 307 955

F i n a n z e n u n d G e l d w e s e n :

Budget (in Millionen Lei)

	Einnahmen	Ausgaben
1923 . . .	23,5	20,5
1924 . . .	26,6	24
1925 . . .	31,8	31,75

S t a a t s s c h u l d e n am 1. Januar 1925 ca. 1096 Milliarden Lei.

Politik

P o l i t i s c h e P a r t e i e n

1. L i b e r a l e P a r t e i : Vertritt die Interessen des rumänischen Bank- und Industriekapitals. Parteiorgan: „Viitorul". Führer die Brüder Bratianu, ferner Konstantinescu und Duka.

2. N a t i o n a l e (T r a n s s y l v a n i s c h e) P a r t e i: Ehemals rumänische Minderheitspartei in Ungarn, jetzt Partei des transsylvanischen Kapitals. 1923 mit den Resten der ehemaligen Demokratischen Partei (Take Junescu) vereinigt. Parteiorgan „Romania". Führer: Maniu, Wayda-Woewod.

3. B a u e r n p a r t e i : Nach dem Kriege gegründet. Partei der Klein- und Mittelbauern und Landarbeiter, der Intelligenz, des städtischen Kleinbürgertums, Teile der nationalen Minderheiten, gegenwärtig die stärkste Massenpartei im Lande. Parteiorgan „Aurora" und „Zaranismul". Führer: Mihalaki, Lupu, Stere.

4. V o l k s p a r t e i : Nach dem Kriege gegründet. 1920/21 an der Regierung. Verlor nachher einen großen Teil ihrer Mitglieder und spaltete sich. Aus ihr trat der ehemalige Minister Ardschetoianu aus und General Averescu blieb mit seinem faschistisch-antisemitischen Anhang. Parteiorgan: „Indreptarea".

5. N a t i o n a l - d e m o k r a t i s c h e P a r t e i : Vereinigung zweier Gruppen von karrieristischen Intellektuellen unter Führung von Professor Jorga und Ardschetoianu. Hat weder Parteiorganisation noch festes Programm. Parteiorgan: „Neamul Romanesc". Anfang des Jahres 1926 hat sie sich mit der Nationalen Partei vereinigt.

6. Ungarische Partei: Partei der ungarischen Minderheiten Siebenbürgens.

7. Föderation der Sozialistischen Parteien: Entstanden aus der Vereinigung der sozialistischen Organisationen Alt- und Neurumäniens.

8. Kommunistische Partei.

Innerpolitische Lage

In Rumänien, das bis zu Kriegsbeginn noch der Schauplatz des Kampfes zwischen Feudalismus und Industriekapital war, herrscht nach dem Kriege die Großbourgeoisie. Die Großbourgeoisie setzte sich folgende Ziele:

1. Beseitigung der Gefahren, die durch den Landhunger der landlosen Bauern entstehen konnten.
2. Erledigung der erstarkten Arbeiterbewegung.
3. Entnationalisierung und Kolonisierung der neuerworbenen Minderheitsgebiete und
4. Verdrängung des nichtrumänischen Kapitals.

Das erste Ziel wurde durch eine großangelegte Agrarreform (siehe oben) erreicht, während man gleichzeitig in der Bauernschaft durch geschickte Propaganda die Illusionen auf weitere Verteilung von Grund und Boden wachzuhalten verstand und auf diese Weise das Entstehen einer Annäherung an die Arbeiterschaft verhinderte. Auch die Bourgeoisie erstarkte durch die Agrarreform, indem die 18 000 enteigneten Großgrundbesitzer mit ihrer Geldentschädigung in die Städte zogen und sich dort finanziell an kapitalistischen Unternehmungen beteiligten.

Gegen die Arbeiterbewegung kämpfte die rumänische Regierung mit aller Schärfe, sobald sie die Schwäche des Reformismus in Rumänien erkannt hatte. Nach dem Generalstreik von 1920 wurden alle Arbeiterorganisationen aufgelöst, die bekanntesten Arbeiterführer verhaftet und zahlreiche Prozesse geführt. Ohne ein besonderes Schutzgesetz, ausschließlich durch Militär- und Polizeiverordnungen, durch Alleinzulassung sozialdemokratischer und zentristischer Parteiorganisationen, Spitzeleien und Sabotageakte wurde die Arbeiterbewegung geschwächt.

Das dritte Ziel, die Entnationalisierung und Kolonisierung wurde teils durch Terror, teils durch die Agrarreform durchgeführt. Durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Einschränkungen wurden Teile der nichtrumänischen Bevölkerung zur Auswanderung gezwungen und an ihre Stelle mit reichlicher staatlicher Unterstützung Nationalrumänen angesiedelt. Die Kolonisierung wurde zunächst in Bessarabien, nach 1923 auch in Siebenbürgen, Banat, der Bukowina und der Dobrudscha verstärkt.

Nach 1923 ging man auch an die planmäßige Verdrängung des fremden Kapitals aus der Großindustrie Transsylvaniens und der Petroleumindustrie Altrumäniens. Dem rumänischen Kapital wurde der Zugang zu den Reichtümern der neuerworbenen Gebiete durch eine Reihe von Gesetzen, vor allem durch die „Nationalisierung der Bodenschätze" und das Gesetz über die „Nationalbank" ermöglicht.

Diese innerpolitischen Verhältnisse hatten das Entstehen zweier sich bekämpfender politischer Gruppierungen zur Folge. Einerseits, die Liberale Partei (Bratianu) als Vertreterin des rumänischen Bankkapitals und andererseits der sogenannte Oppositionsblock, bestehend aus: der Siebenbürgischen Nationalpartei, der Bauern- und der National-Demokratischen Partei. Die Partei Averescu's versuchte nach außen hin, gemeinsam mit den geheimen faschistischen Organisationen um Professor Kusa, eine selbständige Rolle zu spielen, er war jedoch bis zur Uebernahme der Regierungsmacht tatsächlich von den Liberalen abhängig.

Seit dem Kriege regierte der Oppositionsblock nur vier Monate (November 1919 bis März 1920), Averescu anderthalb Jahre (bis Dezember 1921), die Liberalen fünf Jahre. Die Liberale Partei hat sich auf den von ihr beherrschten Verwaltungsapparat und die Armee gestützt. Sie nützte ihre politische Macht rücksichtslos aus. So erhielt sie z. B. bei den Wahlen 1920 als Oppositionspartei sechs Mandate, als Regierungspartei (vom König zur Regierung berufen) anderthalb Jahre später „eroberte sie 282 Mandate". Ebenso bei den Gemeindewahlen vom 20. Februar 1926, wo sie in 55 Prozent der Gemeinden keine oppositionellen Wahllisten zuließ, und die Gemeinderäte der Regierungspartei schon vor der Wahl für gewählt erklärte. In den größeren Städten, wo Fälschungen dieser Art schwerer sind, wurde sie geschlagen. In Bukarest erhielt die Opposition 16 000, die Regierung 6000 Stimmen.

Gegenüber diesen Methoden forderte der Oppositionsblock: Demokratisierung der Verwaltung, Herabsetzung der Steuerlasten, Beseitigung der Maßregeln gegen das nichtrumänische Kapital, Unterstützung der ländlichen Bevölkerung durch Förderung des Genossenschaftswesens, Kreditgewährung, Verbesserung der Agrarreform. Die Opposition rechnet auf die Unterstützung des Königs, aber auch auf die der Massen, die ihr zweifellos folgen. Die Massen Siebenbürgens folgen der Siebenbürgischen Nationalpartei, die Altrumäniens und Bessarabiens der Bauernpartei. Die Bauernpartei ist durch ihre Kämpfe nach der Durchführung der bürgerlichen Agrarreform zur größten Massenpartei im Lande geworden.

Die Liberalen traten nach der Niederlage bei den Gemeindewahlen (20. Februar 1926) im Einverständnis mit dem Hofe die Regierungsmacht am 30. März 1926 dem General Averescu ab. Averescu hat drei Führer der Siebenbürgischen Nationalpartei, Goldisch, Lupas, Lupadatu, an sich gezogen und nahm sie in seine Regierung. Die Regierung besitzt jedoch keinen Einfluß auf die Massen und rechnet deshalb auf die Unterstützung der militärischen Geheimverbände, der faschistisch-antisemitischen Organisationen und der Liberalen Partei. Die Innenpolitik der Regierung Averescu ist die Fortführung der Politik Bratianus mit faschistischen Methoden. Ihre Hauptaufgabe ist, den „Oppositionellen Block" zu spalten, und die Bauernpartei zu zerschlagen. Außenpolitisch wird sie sich eindeutiger nach Italien und England orientieren.

Die Ergebnisse der am 25./26. Mai 1926 stattgefundenen Parlamentswahlen widersprechen nur scheinbar den obigen Feststellungen. Nur mit Hilfe des Terros und von Wahlfälschungen war Averescu in der Lage, das folgende Wahlresultat zu erzielen:

		Stimmenzahl	Mandat
1.	Regierung	1 312 000	282
2.	Oppositioneller Block	742 000	77
3.	Liberale Partei (Bratianu)	165 000	11
4.	Faschisten	110 000	9
5.	Sozialdemokraten	39 000	—
6.	Arbeiter- und Bauernblock	35 000	—
7.	Anullierte Stimmen	54 000	—

Die am 28. Mai durchgeführten Senatswahlen ergaben von 78 Wahlkreisen in 72 für die Regierung und in 6 für den Oppositionellen Block die Mehrheit.

Bessarabien

Das Regime des Terrors, der Denationalisierung und Kolonisierung nimmt die schärfsten Formen in Bessarabien an. Bessarabien wurde von der rumänischen Bourgeoisie im Jahre 1918 gewaltsam annektiert. Dieses Gebiet mit national gemischter Bevölkerung steht und stand unter der unmittelbaren Einwirkung der russischen Revolution, und die Bourgeoisie versucht, sich durch militärischen Ausnahmezustand, durch die schärfsten politischen und nationalen Verfolgungen in dem neu annektierten Gebiet einzurichten. Um die Zustimmung der Großmächte zu der Annexion zu erlangen, stellte die Bourgeoisie die These auf, daß Bessarabien historisch zu Rumänien gehöre und die Mehrheit der Bevölkerung, die sogenannten Moldauer, Rumänen seien. Ein Teil der Großmächte hat jedoch die Annektion bis jetzt (April 1926) nicht anerkannt.

1924 versuchte die Regierung Bratianu, die bessarabische Frage durch direkte Verhandlungen mit der Regierung der USSR zu lösen. An der zu diesem Zwecke einberufenen Wiener Konferenz verlangte die rumänische Delegation die Anerkennung der Annexion, wogegen sie bereit war, die Goldreserve der Rumänischen Staatsbank, welche während des Weltkrieges in Moskau deponiert wurde, abzutreten. Die Delegation der USSR verlangte die Volksabstimmung, und eben deshalb wurde die Konferenz erfolglos beendet.

Die Forderung der Volksabstimmung verstärkte die Stimmung in Bessarabien für die Befreiung und für die Vereinigung mit der Moldauischen Sowjetrepublik. Der Terror wurde infolgedessen stärker. Diese Umstände führten zu dem Aufstand von Tatar-Bunar im Sommer 1924. Der Aufstand wurde blutig unterdrückt: 2000 Bauern wurden erschossen und 500 vor Gericht gestellt. Der Prozeß endigte im Oktober 1925 mit der Verurteilung von 96 Angeklagten, darunter drei Todesurteile.

Das Regime des Ausnahmezustandes, der Presseverbote, der Zensur, der Denationalisierung wird auch gegenwärtig fortgesetzt.

Arbeiterbewegung

Unter dem Einfluß der benachbarten russischen Revolution und als Folge der großen Opfer des Krieges entstand in Rumänien elementar eine revolutionäre Arbeiterbewegung. Bis 1920 waren die gewerkschaftschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen einheitlich. Die

Gewerkschaften hatten 280 000, die Parteiorganisation (die damalige Sozialistische Partei) 120 000 Mitglieder, bei einer Gesamtzahl der Arbeiterklasse von etwa 800 000. Sowohl in den Gewerkschaften, als auch in der Sozialistischen Partei waren neben den revolutionären auch zentristische und reformistische Elemente, die erst eine Rolle spielen konnten, nachdem die reaktionäre Regierung Averescu 1920 alle Arbeiterorganisationen, mit Ausnahme der nationalen, die etwa 6000 Mitglieder haben, auflöste und dadurch die linken Arbeiter und ihre Führer in die Illegalität drängte.

Gewerkschaften

Die Reformisten und Zentristen versuchten mit Unterstützung der Regierung 1921 über die Köpfe der Kommunisten hinweg die Gewerkschaften unter ihrer Führung wieder aufzubauen. Sie vermochten aber dies nur zum Teil und erfaßten etwa 50 000 Mitglieder. 1922 gewannen die Linken in den Gewerkschaften aber die Oberhand. Die Sozialdemokraten und Zentristen trieben es daraufhin zur Spaltung und gründeten eigene Gewerkschaften mit einer Zentrale in Klausenburg, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen ist. Diese Gewerkschaften hatten Anfang 1926 etwa 20 000 Mitglieder, vorwiegend in der Holzindustrie der Bukowina und Transsylvaniens. Die linken Gewerkschaften wurden in der Zentrale in Bukarest zusammengefaßt, die als Programm Vereinigung und Reorganisierung der Gewerkschaftsbewegung auf der Basis des Klassenkampfes, politische Neutralität und in internationaler Beziehung, Anschluß an das englisch-russische Einheitskomitee forderte. Diese Gewerkschaften haben den hauptsächlichsten Anhang in der Petroleum-, Metall- und Lebensmittelindustrie Altrumäniens.

Politische Arbeiterbewegung

Föderation der Sozialistischen Parteien. Diese entstand 1922 durch die Vereinigung der sozialistischen und zentristischen Gruppe, die nach dem Anschluß der Sozialistischen Partei an die III. Internationale 1921 aus ihr ausgetreten war. Die Föderation hat angeblich 12 000 Mitglieder, ihr Einfluß erstreckt sich auf etwa 40 000 Arbeiter. Ihr Hauptstützpunkt ist die Bukowina. Sie hat nur beschränkte politische Bedeutung.

Die Kommunistische Partei, die die eigentliche Nachfolgerin der revolutionären Sozialdemokratie vor dem Kriege ist, schloß sich 1921 der III. Internationale an. Ist seit dieser Zeit unaufhörlichen Verfolgungen ausgesetzt, ein Teil ihrer Führer mußte auswandern, andere wurden zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen verurteilt und z. T. ermordet. Ihre Organisation und Presse ist verboten, sie hat keine Möglichkeit zur legalen Betätigung. Ihre Mitgliederzahl, einschließlich der Jugend, dürfte derzeit 1000 betragen. Sie hat jedoch starken Einfluß auf breite Schichten der Arbeiterschaft in den wichtigsten Industrien und der nationalen Minderheiten. Bei den letzten Wahlen stimmten ihre Anhänger für die Liste des „Arbeiter- und Bauernblocks", der 35 000 Stimmen erhielt, trotzdem er in 76 Wahlkreisen nur an 21 Kandidaten aufstellen konnte. In den anderen Kreisen bekam er etwa 50 000 ungültige Stimmen.

Schweden

Flächeninhalt 448 278 qkm. Bevölkerung (31. Dezember 1923) 6 005 759. Einwanderung (1923) 5827. Auswanderung (1923) 29 238. Die Einwanderung sinkt, die Auswanderung steigt fortwährend. Nationalität fast durchweg schwedisch.

Klassengliederung nach Erwerbszweigen

Stellung im Beruf	Landwirtschaft 1910		Forstwirtschaft 1910		Bergbau 1921		Industrie 1921		Handel und Verk. 1910		Dienst 1910	
	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000	%	Anzahl 1000
Arbeiter	18	176,1	89	31,3	93	43,5	87	328,4	45	105,4	68	150,3
Halbprol.	26	275,1	9	3,1	6	2,7	11	39,3	30	69,7	21	46,9
Selbständ.	56	512,1	2	0,8	1	0,3	2	6,5	25	56,8	11	2,0

Von den 512 092 Selbständigen in der Landwirtschaft sind etwa 506 000 Bauern mit mittlerem Besitzstand. Bei der letzten Berufszählung 1910 waren 48 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei, 32 Prozent in der Industrie und im Bergbau, 14 Prozent im Handel und Verkehr, 6 Prozent in Diensten und freien Berufen.

Konstitutionelle Monarchie mit zwei Kammern, gewählt auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes. Letzte Wahl 1924.

Wirtschaft

Landwirtschaft

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	147	3170	130	1870	147	3825
Roggen	352	6440	265	2806	352	7462
Gerste	166	2550	173	2896	166	2858
Hafer	718	10522	733	10327	730	12250

Die Viehzucht ist durch natürliche Wiesen, Almboden (Säter) und Waldwiesen, aber auch durch den starken Anbau von Futterpflanzen begünstigt. Viehstand (in 1000) 1921: Pferde 728, Rinder 2736, Schweine 1011.

Der größte Teil Schwedens ist felsiges Gebirgsland mit mächtigen Wäldern. Die Landwirtschaft ist in erster Linie an der Südküste entwickelt. Charakteristisch sind kleine, dicht besiedelte Landschaften und große menschenleere Zwischengebiete. Die Forstwirtschaft hat große Bedeutung.

Bergbau: Eisenproduktion 1923: 5,6 Millionen Tonnen, 1924: 6,5 Millionen, 1925: 8 Millionen Tonnen. Ausfuhr an Eisenerz 1923: 4,9 Millionen Tonnen, 1924: 5,9 Millionen Tonnen. Infolge seiner

Kohlenarmut ist Schweden genötigt, das Erz auszuführen und die wertvollen Enderzeugnisse einzuführen. Der Ausbau der Wasserkräfte ermöglicht es aber, von Jahr zu Jahr eine größere Menge Erz im Lande zu verarbeiten.

Industrie: Neben der Eisen- und Stahlindustrie haben die Maschinen-, Textil-, Chemische- und Holzindustrie größere Bedeutung 1923 gab es 358 000 Fabrikarbeiter, davon 265 368 Männer, 56 975 Frauen und etwa 10 000 Jugendliche in über 10 000 Betrieben.

Wichtige Industrien

Zweig	Betriebe 1923	Arbeiter 1923	Wert der Produktion 1923 (Millionen Kr.)
Eisen- u. Stahlindustrie	438	31 968	192,2
Schiffbau	89	7 810	50,1
Maschinen	826	34 438	272,4
Textilindustrie	203	26 878	244,1
Chemische einschließlich Zündholzindustrie ...	348	13 340	185,6
Lebensmittel	2428	22 526	717,7

Verkehr. Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes 1922 15 444 km. Handelsflotte 1925 1 301 000 Br. R. T.

Außenhandel

(in Millionen Kronen)

	1913	1920	1923	1924	1925
Einfuhr	859	3373	1342	1402	1440
Ausfuhr	818	2294	1402	1251	1360

Finanzen und Geldwesen

Staatshaushalt (in Millionen Kronen)

	1913	1920	1923	1924	1925
Einnahmen	262	892	877	599	675
Ausgaben	209	722	938	590	675

Die fundierte Staatsschuld betrug am 30. Juni 1924 1634 Millionen Kronen, d. s. 272 Kronen pro Kopf der Bevölkerung gegen 622 Millionen (110 pro Kopf) 1913. Die schwebende Schuld ist gering.

Die schwedische Krone ist seit 1923 auf Goldparität.

Politik

Parteien und parlamentarische Vertretung

Partei	1924 Stimmen	1924 Mandate	1921 Stimmen	1921 Mandate
Höger (Konservative, Kapitalisten)	461 000	65	449 300	62
Bondeförbundet (Groß- u. Mittelbauern)	191 000	23	192 269	21

Partei	1924 Stimmen	1924 Mandate	1921 Stimmen	1921 Mandate
Frisinnade[1]) (Liberale, Intelligenz, Mittelbauern)	333 000	33	325 608	41
Sozialdemokraten	729 000	104	630 855	93
Linkssozialisten[2])	—	—	90 355	7
Höglundgruppe[3])	25 000	1	—	—
Kommunisten	64 000	4	56 241	6

Innere Politik: Die Wahlen des Jahres 1924 brachten den Sozialdemokraten einen starken Erfolg. Trotzdem versuchte zunächst die konservative Regierung Trygger sich im Amte zu halten. Das Schwanken des linken Flügels der Bourgeoisie und die Verschärfung der Klassenkämpfe infolge der ständigen Arbeitslosigkeit ließen jedoch der Bourgeoisie die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, der dritten seit 1918, vorteilhafter erscheinen. Sie wurde von den Volksfreisinnigen (linker Flügel der Freisinnigen) unterstützt. Ministerpräsident war bis zu seinem Tode Branting, dann Sandler. Die Regierung hat keinerlei Versuche gemacht, im Sinne des sozialdemokratischen Programmes zu wirken und läßt der Kapitaloffensive freien Lauf. Der einzige wichtigere Vorstoß, den sie unternahm, war die Abrüstungsnovelle, die eine Herabsetzung des Militärbudgets durch Verringerung des Landheeres auf 99 Millionen Kronen ($^1/_7$ der Gesamtausgabe) vorsah. Die Ziffer mußte aber im Kompromißwege auf 107 Millionen erhöht werden. Die Flottenrüstungen blieben davon unberührt.

Im Verlaufe der großen Arbeitskämpfe im Frühjahr 1925 griff die Regierung durch Vermittlungsvorschläge auf seiten der Unternehmer, durch Kommunistenverfolgungen und militärische Vorbereitungen ein.

Dennoch wurde die Regierung Anfang Juni 1926 von der Bourgeoisie aus Anlaß eines Konfliktes über die Vermittlung von Arbeitslosen zur Streikbrecherarbeit durch das offizielle Arbeitsvermittlungsamt gestürzt. An ihre Stelle trat eine Koalition der Volksfreisinnigen und Liberalen (Ministerpräsident Ehman), die sich voraussichtlich auf einem bürgerlichen Einheitsblock stützen wird.

Presse: Die größte Presse hat die konservative Partei mit mehr als 100 Tageszeitungen. Ihr folgen die Liberalen. Die Sozialdemokraten besitzen 25 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 200 000, der Bauernbund 20 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 100 000. Die Kommunistische Partei gibt 9 Zeitungen, davon zwei Tagesblätter, mit einer Gesamtauflage von 65 000 heraus. Außerdem erscheinen ein Blatt der Sydikalisten und einige bürgerliche Zeitungen ohne ausgesprochene Parteizugehörigkeit.

Reaktionäre Organisationen. Im Laufe der letzen Jahre hat die Bourgeoisie die Technische Nothilfe (Gesellschaftshilfe) stark organisiert, deren Streikbrechergarden in allen Bewegungen im

1) Frisinnade seit 1924 gespalten.
2) Vereinigten sich Ende 1923 mit den Sozialdemokraten
3) Schloß 1925 sich den Sozialdemokraten an.

Laufe des Jahres 1925 eine wichtige Rolle gespielt haben. Versuche der Arbeiter in Kalmar und Sundsvall, die Zurückziehung der Streikbrecher in Lohnkämpfen zu erzwingen, veranlaßten die Regierung zu rücksichtslosem Vorgehen und scharfen Zuchthausurteilen gegen Arbeiter.

Neben der Technischen Nothilfe besteht eine Offiziers-Organisation faschistischen Charakters.

Arbeiterbewegung

G e w e r k s c h a f t e n : Die schwedische Gewerkschaftsbewegung ist stark zersplittert. Von 350 000 gewerkschaftlich Organisierten sind nur etwa 250 000 der freigewerkschaftlichen Landeszentrale angeschlossen. Die Syndikalisten haben etwa 40 000 Mitglieder. Wichtige Verbände, wie Lebensmittel-, Landarbeiter und Elektrizitätsarbeiter sind nicht der Landeszentrale angeschlossen.

Wichtige Verbände: Metallarbeiter 55 000, Eisenbahner 35 000, Hilfsarbeiter 30 000, Holzarbeiter 23 000, Papierarbeiter 18 000.

S t r e i k s : Im März 1925 kam es im Anschluß an den Konflikt in der Metallindustrie zu einem großen Lohnkampf (Streiks und Aussperrung), von dem 130 000 Arbeiter betroffen waren. Die Bewegung wurde von der Gewerkschaftsbürokratie nach wenigen Wochen zerschlagen und mit sehr ungleichen Ergebnissen für die einzelnen Branchen zum Abschluß gebracht. Größere Bewegungen im Laufe des Jahres 1925 waren noch unter den Gemeindearbeitern, vor allem in Kalmar und Sundsvall.

E i n h e i t s b e w e g u n g : Die Einheitsbewegung, in der die KPS eine führende Rolle spielt, ist verhältnismäßig stark. Der Gewerkschaftskongreß von 1925 hat eine Resolution zum Umbau der Organisation auf Industrieverbände angenommen, die aber nur schleppend durchgeführt wird. Ein Teil der Syndikalisten ist zum Eintritt in die freien Gewerkschaften bereit, was aber von der Landeszentrale abgelehnt wird. Eine Stärkung erhielt die freigewerkschaftliche Landeszentrale durch den Eintritt des Landarbeiter-Verbandes. Die Gewerkschaftsbürokratie, die in inneren Landesfragen äußerst reaktionär ist, setzt dieser Einheitsbewegung weniger Widerstand entgegen, weil sie in internationaler Beziehung unter dem Druck der skandinavischen Gewerkschaftsföderation steht, in der die linken Strömungen stärker sind.

G e n o s s e n s c h a f t e n : Es bestehen 895 Konsum- und Produktiv-Genossenschaften mit 260 000 Mitgliedern. Sie sind politisch neutral.

P o l i t i s c h e A r b e i t e r b e w e g u n g

S o z i a l d e m o k r a t i s c h e P a r t e i : Sie ist mit fast 150 000 Mitgliedern 1924 die stärkste politische Arbeiterorganisation. Zum Teil ist sie auf kollektivem Anschluß von Gewerkschaftssektionen aufgebaut. Politik s. o.

K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i : Diese hat nach dem V. Weltkongreß eine schwere Krise durchlebt, da ein Teil der Führung mit Höglund an der Spitze die Beschlüsse des Kongresses in der Frage

des internationalen Zentralismus und der Sozialdemokratie ablehnte und zu Maßregelungen der kominterntreuen Elemente griff. Als Höglund die Unmöglichkeit, die Mehrheit der Mitgliedschaft auf seine Seite zu bringen, erkannte, trat er (September 1924) aus der KPS aus. Es folgten ihm aber höchstens 1000 Mitglieder.

Die KP, die gerade während der Zeit der Spaltung im Wahlkampf stand, hat sich trotzdem gut behauptet, und den überwiegenden Teil der mit dem Kommunismus sympathisierenden Arbeiter auf ihre Seite gebracht und ihren Einfluß noch erweitert.

Im Kampf um die Einigung der Gewerkschaften hat die Partei die Einberufung eines Kongresses zum Kampf gegen Streikbruch und Faschismus vorgeschlagen, der, nachdem die Gewerkschaftszentrale seine Einberufung abgelehnt hat, durch den Metallarbeiterverband in Göteborg einberufen wurde und Januar 1926 unter starker Beteiligung stattfand, ein Kampfprogramm beschloß und ein Aktionskomitee wählte.

Die Höglund-Gruppe versuchte sich nach ihrer Abspaltung von der KPS als selbständige politische Partei zu konstituieren, erlebte jedoch organisatorisch, finanziell und vor allem politisch einen vollständigen Zusammenbruch. Ein Jahr nach ihrer Gründung unterschied sie sich in keinem Punkte mehr von der Sozialdemokratie. Die Vereinigungsverhandlungen mit dieser, die von der Konferenz der Gruppe im September 1925 gegen eine kleine Opposition beschlossen worden waren, zogen sich nur darum monatelang hin, weil die SP die Uebernahme der materiell bankerotten Gruppe nicht lohnend fand. Schließlich ist es aber doch zur Vereinigung auf dem Boden der restlosen Anerkennung von Programm und Disziplin der SP durch die Höglund-Gruppe im Dezember 1925 gekommen.

Schweiz

Fläche: 41 298 qkm; Bevölkerung: 3 902 000 (1924); Nationalitäten: Deutsche 70, Franzosen 20, Italiener 8, Rhaeto-Romanen 2 Prozent. Bundesstaat aus 25 Kantonen. Republikanische Verfassung mit allgemeinem Wahlrecht für den Nationalrat. Ständerat (Oberhaus) aus Vertretern der Kantone. Entscheidung aller wichtigen Gesetze durch Volksabstimmung (Referendum). Allgemeine Wehrpflicht (Milizsystem).

Berufsgliederung der Bevölkerung (in 1000)

Jahr	Land und Forstw.	Industr. und Bergb.	Handel und Verkehr	Öffentl. Dienste Freie Berufe	Häusl. Dienste	Sonstige	Insgesamt
1910	477	822	279	100	89	25	1793
1920	483	831	309	120	93	25	1895

Wirtschaft

Die Schweiz ist ein sehr weitgehend industrialisiertes Land. Mehr als zwei Drittel der berufstätigen Bevölkerung arbeiten in Industrie, Handel und Verkehr. Natürliche Voraussetzungen für die Entwicklung der Industrie sind mit Ausnahme der reichlichen Wasserkräfte nicht vorhanden. Die Schweizer Industrie ist vorwiegend Luxusindustrie und leidet infolge der Einengung des europäischen Marktes an einer ständigen Krise, die bis Ende 1923 durch die deutsche und seither durch die französische Inflation, allerdings in geringerem Maße, noch verschärft wird.

Landwirtschaft: 77,6 Prozent des Bodens sind produktiv. Diese Fläche verteilt sich fast gleichmäßig auf Ackerland, Wiesen und Wald. Die größte Bedeutung hat die Viehzucht und Milchproduktion.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1913		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	42,3	965	64,7	1484	64,5	1285	64,5	1449
Roggen	24,2	450	19,4	418	19,4	364	19,2	417
Hafer	32,6	753	20,6	444	20,4	391	19,8	391
Kartoffeln	46,5	7250	44,7	6339	44,7	5400	44,7	7400

Bemerkenswert sind die hohen Hektarerträge. Es müssen 50 Prozent des Verbrauchs an Lebensmitteln eingeführt werden.

Viehstand: Nach der Viehzählung von 1921 war der Viehstand (in 1000) Rinder 1425, Pferde 134, Schweine 640, Schafe 295 und Ziegen 930. Bauern und Viehzüchter sind in Genossenschaften zusammengeschlossen. Die Käseausfuhr hat die „Schweizerische Käse-Union" monopolisiert und beherrscht dadurch die Milchwirtschaft.

Industrie: Vorherrschend ist die Luxusindustrie, neben ihr die Lebensmittelindustrie. Mehr als zwei Drittel der Arbeiter sind in Betrieben mit über 100 Beschäftigten.

Hauptindustriezweige

	Zahl der Betriebe 1911	Zahl der Betriebe 1923	Zahl der Arbeiter 1911	Zahl der Arbeiter 1923
Maschinenindustrie	641	794	46 435	58 469
Bekleidungsindustrie	658	615	24 850	35 898
Baumwollindustrie	319	583	29 550	34 631
Uhrenindustrie	858	848	34 983	33 438
Seidenindustrie	214	259	31 537	27 605
Spitzenindustrie	866	677	28 606	13 866
Lebensmittel	693	770	26 044	23 589

Die Ziffern kennzeichnen die Umschichtung, die sich infolge des Krieges vollzogen hat.

Einen wesentlichen Teil der Einnahmen bildet die Fremdenindustrie, deren Vorkriegshöhe (500 000 Besucher) 1925 schon wieder beinahe erreicht wurde.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 1922 5400 km. Vorherrschend ist der elektrische Betrieb. Telegraphenlinien: 7300 km. Weit ausgebautes Postautomobilnetz.

Außenhandel:

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Francs)

	1913	1920	1923	1924	1925
Einfuhr	1859	4201	2225	2484	2495
Ausfuhr	1371	3274	1716	1997	2029

Der Außenhandel ist der sicherste Maßstab für den Zustand der Schweizer Wirtschaft. Die Ausschaltung der deutschen Inflationskonkurrenz hat eine Steigerung der Ausfuhr und die Stabilisierung der deutschen Währung — wenn auch noch in beschränktem Maße — die Wiedergewinnung des deutschen Marktes ermöglicht. Mehr als zwei Drittel der Ausfuhrsteigerung von 1923 auf 1924 ging nach Deutschland.

Eingeführt werden: Kohle, Baumwolle, Weizen, Eisen und Stahl, Seide (Rohseide und Halbfabrikate), chemische Produkte und Zucker. Ausgeführt werden: Uhren, Seidenwaren, Maschinen, Spitzen, Baumwollwaren, Käse, Teerfarben, Baumwollgarn, ferner kondensierte Milch und Schokolade.

Hauptausfuhrländer: England, Deutschland, Frankreich, Vereinigte Staaten, Italien. Haupteinfuhrländer: Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten, England.

Finanzen und Geldwesen

Staatshaushalt (in Millionen Francs)

	1913	1923	1924	1925
Einnahmen	100	253	232	288.6
Ausgaben	105	249	304	305.2

Staatsschulden: (am 1. 1. 23) 4694 Mill. Fr., davon Eisenbahnobligationen 2433, schwebende Schuld 217 Mill. Fr.

Politik

Zusammensetzung des Nationalrats

	1923		1925	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Freisinnig-demokratische Partei: Großindustrie, Banken, Handel	207 480	58	205 295	60
Katholisch-konservative Partei: wohlhabende Bauern und kathol. Landbevölkerung	153 818	44	153 084	42
Bürger- und Bauernpartei: Kleinbürgertum und Bauern	118 386	34	109 448	30
Kleine bürgerl. Gruppen	70 204	17	58 703	14
Sozialdemokraten	170 952	43	190 753	49
Kommunisten	13 436	2	14 789	3

Die bürgerlichen Parteien sind bemüht, ihre Gegensätze zu überwinden und die Dauerkrise zur Steigerung des Druckes auf die Arbeiterklasse zu benutzen. Diese Taktik kennzeichneten die wiederholten Vorstöße in der Richtung des Abbaues des Achtstundentages und der sozialpolitischen Bestimmungen. Die Sozialdemokratie befreit sich im gleichen Maße von der radikalen Phraseologie, als sie „regierungsfähig" wird. So unterstützte sie die Regierung bei der Volksabstimmung über die Altersversicherung der Lohnempfänger, die diese zu lebenslänglichen Beiträgen verpflichtet gegen Gewährung einer Rente im Alter von über 65 Jahren.

Außenpolitisch zeigt sich die Abhängigkeit der Schweiz von ihren Nachbarländern immer deutlicher. Der Grenzkonflikt mit Frankreich in der Frage der zollfreien 10-km-Zone endete mit einem für die Schweiz ungünstigen Kompromiß. Die italienische Regierung unterstützt offen die Loslösungspropaganda in den italienischen Kantonen, der die bürgerliche Regierung keinen Widerstand entgegenzusetzen wagt. Das Bewußtsein der Schwäche führt dazu, daß sich auch in den französischen Teilen der Schweiz eine Bewegung für den Anschluß an Frankreich geltend macht. Trotz der schweren Wirtschaftskrise und der Möglichkeit, durch Handelsbeziehungen zur USSR den Absatzmarkt zu erweitern, verweigert die Schweizer Regierung nach wie vor die Genugtuung für die Ermordung des Genossen Worowski, die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der USSR ist.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

1924 bestanden 18 freie Gewerkschaften mit zusammen 1108 Sektionen in 349 Orten. Diese sind an größeren Orten zu Gewerkschaftskartellen und zusammen mit den Arbeiterparteien zu Arbeiterunionen zusammengeschlossen.

Mitgliederzahl

Jahr	Sektionen	Verbände	Mitglieder
1920	1314	20	223 572
1921	1314	20	179 391
1923	1086	19	151 401
1924	1108	18	151 502

Der Rückgang der Zahl der Verbände ist auf Verschmelzungen zurückzuführen. Die wichtigsten Verbände sind: Metall- und Uhrenarbeiter, Eisenbahner, Bau- und Holzarbeiter, Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter. Mitgliederzunahme hatten 1924 Bau-, Metall-, Gemeindearbeiter zu verzeichnen. Alle anderen verloren Mitglieder.

Die Führung der Gewerkschaften hat die reformistische Bürokratie, die dem rechten Flügel der Amsterdamer angehört. Große

Kämpfe waren nicht zu verzeichnen, die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder mit der reformistischen Taktik wächst jedoch, besonders dort, wo kommunistische Gruppen als Sammelpunkte der Opposition bestehen. Aus diesem Grunde hat die Bürokratie mit einer Ausschlußoffensive gegen die Kommunisten begonnen.

Genossenschaften

Eine gesonderte Arbeiter-Genossenschaftsbewegung gibt es nicht, die Vertreter der Arbeiterparteien haben aber in den Konsumvereinen die Mehrheit. Es bestehen über 500 Konsumgenossenschaften, die eine große Anzahl eigener Unternehmungen (Mühlen, Molkereien, Elektrizitätswerke, Lagerhäuser usw.) haben, bzw. solche Unternehmungen vielfach betreiben. Der rücksichtslose Unternehmerstandpunkt der Leitung des Baseler Allgemeinen Konsumvereins führte Anfang 1926 zu einem Konflikt, in dem die bürgerlichen Vertreter mit dem Austritt aus dem ACV drohten.

Politische Arbeiterbewegung

Sozialdemokratie: Die Sozialdemokratische Partei hat nach der Spaltung 1920 weniger als 40 000 Mitglieder behalten. Trotz ihrer revolutionären Phraselogie ist sie eine reformistische Partei, die ausschließlich auf den parlamentarischen Erfolg und auf die Beteiligung an den lokalen Regierungen hinarbeitet. Es ist ihr bei den Wahlen von 1925 gelungen, die zweitstärkste Partei im Parlament zu werden. Im Laufe des Jahres 1924 wurde der linke Flügel der französischen Sektion der Partei „wegen Disziplinbruch" ausgeschlossen.

Die älteste sozialistische Partei der Schweiz, der Gruetli-Verein, hat Ende 1925 seine Liquidierung und den Eintritt in die Sozialdemokratische Partei beschlossen, was ebenfalls ein Beweis für deren Rechtsentwicklung ist.

Kommunistische Partei: Die Kommunistische Partei hat sich in den letzten zwei Jahren günstig weiterentwickelt. Sie hat derzeit 4000 Mitglieder. Bei den Nationalratswahlen gewann die KP ein Mandat, so daß sie jetzt drei Abgeordnete aus den wichtigsten Industriezentren Basel, Zürich und Schaffhausen hat.

Politisch stand im Mittelpunkt ihres Kampfes die Stärkung des linken Flügels in den Gewerkschaften, der notwendig ist, um die Flucht der enttäuschten Arbeitermassen aus den Gewerkschaften zu verhindern. Die Sozialdemokraten treten gegen die Kommunisten sehr scharf auf. Die Kommunistische Partei verfügt über 3 Tageszeitungen.

Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

Oberfläche 248 987 qkm, Bevölkerung 1924 12 492 000.

Gebiete	Territorium in qkm 1910	1921	Bevölkerungszahl 1910	1921
Serbien	48 302	48 320	2 911 701	2 675 944
Kroatien		42 532	2 619 000	2 591 860
Slowenien		16 683	688 000	1 056 046
Bosnien, Herzegowina		51 200	1 899 000	1 876 543
Banat und Batschka, (Wojwodina)		19 223	1 600 000	1 316 615
Mazedonien		47 094	—	1 481 614
Dalmatien		12 730	618 000	301 346
Montenegro		9 840	450 000	172 960
Mejumurije und Insel Krk		775	—	117 864

Nationalitäten: Serben, Mazedonen und Bulgaren 5 665 167, Kroaten 2 330 885, Slowenen 700 524, Deutsche 494 011, Ungarn 604 372, andere 1 795 833. Religion: griechisch-orthodox 46 Prozent, römisch-katholisch 39,4 Prozent, mohammedanisch 11,1 und andere 3,5 Prozent. Die nationalen Gruppen unterscheiden sich untereinander noch durch Dialekte, außerdem durch die Religion. Serben, Bulgaren und Montenegriner sind orthodox, Kroaten und Slowenen katholisch und in Bosnien ist etwa 80 Prozent der Bevölkerung mohammedanisch.

Verfassung: Konstitutionelle Monarchie mit allgemeinem Wahlrecht für Männer.

Wirtschaft

Jugoslawien ist vor allem ein Agrarland. Landwirtschaft und Viehzucht sind die Haupterwerbszweige, von denen 78 Prozent der Bevölkerung leben.

Landwirtschaft: 11 351 254 ha (46 Prozent der Gesamtbodenfläche) waren 1924 landwirtschaftlich ausgenutzt. Diese verteilten sich folgendermaßen:

Verteilung der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche

Ackerland	6 276 191	ha
Weiden	2 695 505	„
Wiesen	1 607 553	„
Obstgärten	255 781	„
Gemüsegärten	174 032	„
Weinberge	166 786	„
Marschland	175 406	„

Agrarfrage: Infolge der historischen und politischen Bedingungen waren die Agrarverhältnisse in den einzelnen Gebieten Jugoslawiens vor dem Kriege verschieden. In Serbien, wo die Leibeigenschaft bereits 1865 aufgehoben wurde, herrscht Klein- und Mittel-

besitz vor. 1923 gab es dort 67 688 Familien mit weniger als 2,5 ha Boden, 15 200 Zwergpächter und 10 700 Landarbeiter-Familien. In Kroatien, Slowenien und der Wojwodina war ein Drittel der Bauernbevölkerung Mittel- und Kleinbauern, die restlichen zwei Drittel besaßen weniger Boden, als zu ihrer Ernährung notwendig war. In Dalmatien und auf den Inseln, wo nur ein Fünftel des Bodens landwirtschaftlich nutzbar ist, herrscht Großgrundbesitz vor; 40,2 Prozent der Bevölkerung besitzt keinen eigenen Boden.

In Bosnien, Herzegowina und Mazedonien hat sich die türkisch-feudalistische Struktur größtenteils noch erhalten. Von der Gesamtbevölkerung von 1 890 000 in Bosnien und der Herzegowina besaßen 1910 56 642 Großgrundbesitzer (Begs) drei Fünftel des Boden, 444 894 waren Kmeten (hörige Naturalpächter), 205 745 Kmeten mit freiem Besitz, 634 791 freie Bauern, etwa 65 Prozent mit weniger als 2 Hektar Boden und 43 355 Landarbeiter.

Die Ergebnisse der nach dem Krieg durchgeführten Agrarreform sind:

	Enteignet:		Hektar verteilt an	
	Bodenbesitzer	ha Boden	landlose Bauern	Kriegsfreiwillige
In Kroatien und Slawonien ..	363	202 122	87 128	13 579
„ Banat und Batschka	1147	360 741	97 867	20 153
„ Bosnien und Herzegowina .	—	775 233	—	—

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Mais	1801	21 535	1965	37 949	2113	—
Weizen	1555	16 620	1717	15 722	1773	22 403
Roggen	187	1 500	195	1 407	199	2 140
Gerste	360	3 062	363	2 934	357	3 999
Kartoffeln ..	217	11 604	222	10 274	231	12 238
Zuckerrüben	28	3 733	48	10 631	33	5 107
Tabak	22	173	35	357	15	121
Flachs	13,7	87	13,1	85	13,2	—

Viehstand (in 1000)

Jahr	Pferde	Rinder	Büffel	Esel	Maultiere	Schafe	Ziegen	Schweine
1924	1062	3869	32	95	15	7639	1730	2496

Große Bedeutung hat die Forstwirtschaft. Die Wälder nehmen eine Gesamtfläche von 6 904 673 ha ein (davon der größte Teil in Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien und Kroatien). 43 Prozent der Wälder gehören dem Staate, 26 Prozent Gemeinden (vorwiegend in Montenegro, Serbien und Dalmatien), 31 Prozent sind Privatbesitz. Der Wert der Holzausfuhr war 1924 2292 Millionen Dinar, das sind 44 Prozent der Gesamtausfuhr.

Bergbau und Industrie

Kohlenproduktion

	in 1000 Tonnen	Zahl der Arbeiter
1920	2887	29 084
1921	3091	29 036
1922	3729	31 159
1923	4100	30 719

Die Mineralschätze sind noch sehr wenig ausgebeutet. Abgebaut werden Blei, Eisen, Kupfer, Zink, Antimon, Mangan, Aluminium und Graphit. 1924 waren nur zwei (von zwölf) Bleigruben, eine (von zwei) Zinkgruben, eine (von zwei) Antimongruben in Betrieb. Der Gesamtwert der Bergbauproduktion Slawoniens betrug 44,8 Millionen Dinar. Die Kupferproduktion Jugoslawiens stieg von 49 500 Tonnen 1920 auf 145 510 Tonnen 1924. Die Bergbauproduktion bleibt hinter dem Bedarf des Landes zurück.

Es wird versucht, durch den Ausbau der Wasserkräfte den Kohlenverbrauch einzuschränken.

Industrie: Die jugoslawische Industrie hat sich nicht wesentlich weiterentwickelt. Die Schwerindustrie leidet unter einer dauernden Krise.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen 1922 9172 km, davon 2203 km schmalspurig. Jugoslawien ist bemüht, seine Handelsflotte zu vergrößern.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Dinar)

	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	6442	8310	8222	8748
Ausfuhr	3691	3049	9639	8904

Haupteinfuhrwaren: Baumwolle, Eisen, Wolle, landwirtschaftliche Maschinen. Hauptausfuhrwaren: Bauholz, Lebendvieh, Getreide, Eier. Haupthandelsländer sind Italien, Oesterreich, Tschechoslowakei.

Finanzen und Geldwesen

Staatshaushalt (in Millionen Dinar)

	1922—23	1923—24 (9 Monate)	1924—25	1925—26	1926—27
Einnahme ..	6484	7413	11 190	—	—
Ausgabe	7484	7659	11 766	11 910	13 000

Notenumlauf am Ende des Jahres (in Millionen Dinar)

1922	1923	1924	1925
5039	5790	6002	6063

Staatsschulden 1925 .... 32 Milliarden Dinar.

Währung: Der Kurs des Dinars hat sich in den letzten zwei Jahren gebessert, er ist 1926 ziemlich stabil: Mitte Mai 1926 werden 276 Dinar für ein englisches Pfund gezahlt.

Politik

Politische Parteien:

1. Selbständige Demokratische Partei (Pribischewitsch): Serbisch, nationalistisch, faschistisch. Soziale Zusammensetzung: Großindustrie, serbische Bauern, Intelligenz. Im gegenwärtigen Parlament hat sie 22 Abgeordnete.

2. Radikale Partei (Paschitsch): Vertreter des serbischen Großkapitals, Träger des monarchischen, zentralistischen Gedankens und des Militarismus. Starker Bauernanhang. 142 Abgeordnete.

3. Demokratische Partei (Dawidowitsch): Vertreter der bürgerlichen Demokratie, für nationale Verständigung. Soziale Zusammensetzung: serbisches Mittel- und Kleinbürger- und Bauerntum, aber auch Unterstützung aus anderen nationalen Provinzen. 38 Abgeordnete.

4. Jugoslawischer Bauernbund (Moskowlewitsch): Serbisches Mittel- und Kleinbauerntum. 3 Abgeordnete.

5. Kroatische Bauernpartei (Raditsch): 69 Abgeordnete. (Siehe auch unter Politik.)

6. Kroatischer Föderalistischer Bund (Lorkowitsch, Trumbitsch, Bug, Troianowitsch): Vereinigung der zwei aus der Raditsch-Gruppe 1925 ausgetretenen Gruppen. Kroatische „Zaedniza" (kroatisches Bankkapital) und linke republikanische Fraktion (arme, mit der neuen Politik Raditschs unzufriedene Kleinbauern).

7. Kroatische Bauernpartei „Prawda": Gruppe von Intellektuellen, die aus der Raditsch-Partei ausgetreten sind.

8. Slowenische klerikale Partei (Koroschez): vereinigt unter dem Banner des Klerikalismus und der Autonomie Sloweniens das Groß- und Kleinbürgertum, Bauerntum und teilweise auch die Arbeiterschaft Sloweniens gegen den serbischen Zentralismus.

9. Bosnische Mohamedanische Partei (Mehmed Spaho): Volkspartei, ähnlich der slowenischen klerikalen Partei.

10. Mohamedanische Organisation in Mazedonien „Dschemiet" (Ferad Draga und Sia): Partei der türkischen Minderheiten Mazedoniens.

11. Deutsche Partei (Kraft, Moser).

12. Bauern-Partei Slawoniens.

13. Sozialdemokratische Partei (Topalowitsch).

14. Unabhängige Arbeiterpartei: entstand nach Auflösung der KP durch das Gesetz zum Schutze des Staates.

Politische Lage

Jugoslawien trägt schon allein durch seine der Sprache und Religion nach vollkommen verschiedene Bevölkerung eine Reihe von Konfliktstoffen in sich, vor allem der nationalen, Agrar- und Arbeiterfrage. Die nationale Frage wird ernsthaft durch die Rivalität zwischen der

Bourgeoisie Altserbiens und der der neuen angegliederten Gebiete. Die serbische Bourgeoisie ist bemüht, gestützt auf die stärkste Nation und den politischen Machtapparat, ihre wirtschaftliche und politische Hegemonie aufrecht zu erhalten; sie will dem serbischen Kapital eine bevorzugte Stellung durch die Schaffung eines zentralistischen, militaristischen Staates sichern. Diese Bestrebungen kommen in der bestehenden Verfassung („Widowdan-Verfassung" genannt) zum Ausdruck.

Gleichzeitig versucht aber die serbische Bourgeoisie, die Lasten des Staatsapparates, von dem die Nationalitäten ferngehalten werden, den neu erworbenen Gebieten aufzuhalsen, die aber trotzdem kulturell und religiös unterdrückt werden.

Verteilung der Einnahmen und Ausgaben nach Gebieten (1923)

	Serbien	Kroatien	Bosnien	Woiwodina
		(in Millionen Dinar)		
Einnahmen	1375	1204	684	761
Ausgaben	2615	968	764	795

Der erste Vorstoß der Nationalitäten erfolgte bei der Annahme der Verfassung im Jahre 1920 gegen die größte serbische politische Organisation, die Radikale Partei (Paschitsch) durch die Kroatische Republikanische Bauernpareti (Radisch), die von den anderen Minderheitsparteien unterstützt wurde. Die Raditsch-Partei widersetzte sich entschieden der Annahme der Verfassung, verweigerte die Abstimmung darüber, erklärte sie als ungültig und boykottierte das Belgrader Parlament. Die nationalen Minderheiten wurden von der Raditsch-Partei zu einer Einheitsfront zusammengefaßt, die u. a. die Losung der finanziellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit dieser Gebiete, Herabsetzung der Steuern, Agrarreform und Autonomie forderten. Die Raditsch-Partei trat, um der radikalen Stimmung in der Bauernschaft eine Konzession zu machen, in die Bauern-Internationale (Sitz Moskau) ein.

Die Zuspitzung erreichte ihren Höhepunkt 1924, als Raditsch den Sturz der Monarchie und die Schaffung der föderativen Bauern- und Arbeiter-Republik aller Slawen und später aller Nationen des Balkans vorschlug. In dieser Lage zog sich ein Teil des serbischen Kleinbürgertums, nämlich die Demokratische Partei (Dawidowitsch), die sich ihrer rechten faschistischen Elemente um Prof. Pribischewitsch entledigt hatte, von der „serbischen Einheitsfront" zurück und versuchte, eine Verständigungsbasis zwischen beiden Lagern zu finden. Mit Unterstützung des jugoslawischen Bauernbundes und der Sozialdemokratie bildeten die Demokraten im Juli 1924 eine Koalitionsregierung mit Korosez und Spaho unter Beteiligung von vier Ministern der Raditsch-Partei mit dem Programm der Verständigung und Annäherung aller Nationalitäten Jugoslawiens. Diese Regierung wurde jedoch mit Hilfe des Hofes und des Militärs bald gestürzt und durch eine Koalitionsregierung Paschitsch-Pribischewitsch ersetzt, die sofort durch Verhaftung Raditsch' und seiner Anhänger und das Verbot der Kroatischen Republikanischen Partei die Opposition zu erledigen versuchte. Raditsch versuchte zunächst, durch passive Resistenz die Sympathien des In- und Auslandes zu gewinnen, trat dann

aber gegenüber der serbischen Bourgeoisie einen Rückzug an, indem er aus der Bauerninternationale austrat, den Namen der Partei aus „Kroatische Republikanische Bauernpartei" in „Kroatische Bauernpartei" änderte und schließlich sich mit Paschitsch einigte. Es wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der Raditsch seine bisherige Politik abschwor und sich zum Eintreten für die bestehende Verfassung verpflichtete, wofür er freigelassen und seine Partei legalisiert wurde, und den Bauern gewisse Erleichterungen zugebilligt wurden. Raditsch trat dann in eine Koalitionsregierung der Radikalen und der Bauernpartei ein, in der er Unterrichtsminister wurde.

Dieser neue Kurs Raditsch' hatte eine Zersetzung der bis dahin fast alle Bevölkerungsschichten Kroatiens umfassenden Bauernpartei zur Folge. Zuerst schied ein rechter Flügel, die ehemalige „Kroatische Zaedniza" aus, dann eine Gruppe von sechs Abgeordneten (Troianowitsch, Jantschitsch), Führer der Linken und schließlich zwei Gruppen von Intellektuellen. Die Linke versuchte, eine neue Partei mit dem Programm der alten Republikanischen Bauernpartei ins Leben zu rufen, wurde aber unter dem Drucke des „Gesetzes zum Schutze des Staates" zur Vereinigung mit der „Kroatischen Zaedniza" gezwungen. Der neue „Föderalitische Bund" hat zwar die Forderung des Föderalismus als gemeinsamen Programmpunkt. Er birgt aber in sich die schwersten Klassengegensätze, indem er das Großkapital und die Dorfarmut gleichzeitig umfaßt. Die beiden abgespaltenen Intellektuellengruppen haben sich zur sog. kroatischen Bauerngruppe „Prawda" zusammengeschlossen, ohne jedoch dadurch an Einfluß zu gewinnen.

Ebenso rief die Annäherung von Paschitsch und Raditsch eine Umschichtung innerhalb der serbischen Parteien hervor, wo sich die Gruppe Pribischewitsch als faschistische Partei und Träger des allserbischen Gedankens enthüllte, während die Demokratische Partei (Dawidowitsch) eine Vereinigung mit der bosnisch-mohamedanischen Organisation anstrebt. Im jugoslawischen Bauernbund setzte eine Linksentwicklung ein. Er forderte auf seinem letzten Kongreß (Anfang 1926) die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes.

Auch die Partei Paschitsch, die „Radikale Partei", die das serbische Großkapital, große Teil des serbischen städtischen Mittelstandes und Teile des serbischen Bauerntums hinter sich hat, hat sich gespalten. In der Partei bildeten sich drei Gruppen in der Frage des Verhältnisses zu den neuen Gebieten: 1. Die Paschitsch-Gruppe, die für die Hegemonie des serbischen Kapitals ist. 2. Die Gruppe um Ljuba Jowanowitsch, die für die Verständigung mit dem Kapital der neuen Gebiete, bei Beibehaltung des Uebergewichtes des serbischen Kapitals eintritt. 3. Die Gruppe Usonowitsch, Ninschitsch, die zwischen den beiden erstgenannten Gruppen die Vermittlerrolle spielt. Trotz der Bemühungen dieser Gruppe spaltete sich die Partei: Ljuba Jowanowitsch wurde ausgeschlossen (April 1926) und mit ihm gingen 11 Abgeordnete, die eine neue Parlamentsfraktion der Radikalen Partei bildeten.

Raditsch nützte diese Lage der mächtigsten serbischen Partei aus,

und mit Hilfe des Hofes, der gegen die Politik von Paschitsch ist, stürzte die Regierung Paschitsch-Raditsch (März 1926). Die verschiedenen Korruptionsaffären bildeten zu dem Regierungssturz nur den formellen Anlaß. Die neue Regierung wurde ohne Paschitsch mit Usonowitsch an der Spitze gebildet. Die Krise dauert an und Usonowitsch mußte bis Anfang 1926 sein Kabinett fünfmal umbilden. In seinem letzten Kabinett waren weder Stefan, noch Pawel Raditsch Minister.

Arbeiterbewegung

Die Arbeiterbewegung Jugoslawiens hatte in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende die Zahl der organisatorisch erfaßten Arbeiter von 300 000 auf 800 000 erhöhen können und war unter dem Eindruck der russischen und der benachbarten ungarischen Revolution auf die unmittelbare Machtergreifung eingestellt. Das veranlaßte die Bourgeoisie, durch Provokationen einen Vorwand zu schaffen zum Verbot der linksgerichteten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die Ende 1920 so gut wie völlig vernichtet waren. Wenn auch auf dem Boden der neugeschaffenen Verhältnisse die Wiederaufrichtung der revolutionären Bewegung versucht wurde, so spielt sie doch bei weitem noch nicht die Rolle, die sie 1918/19 zu spielen imstande war.

Gewerkschaftsbewegung

Jahre	Kommunisten	Unabhängige	Sozialdemokraten	Zentristen	Sozialnationale	Klerikale	Frei-Nationale
1920	265 000	—	25 000	48 000	8 000	2 500	2 400
1921	–	—	—	—	5 500	8 000	2 200
1923	—	30 000	18 000	—	4 000	14 000	2 000
1924	—	32 000	20 000	—	—	12 000	2 000

1921 vereinigten sich die sozialdemokratischen und zentristischen Gewerkschaften, um die bisher den aufgelösten linken Gewerkschaften angehörigen Arbeiter an sich zu ziehen. Da aber die Sozialdemokraten und Zentristen die Regierung unverhüllt unterstützten, leisteten die linken Arbeiter ihren Aufforderungen keine Folge, sondern gründeten neue unabhängige Gewerkschaften, die sich als Hauptaufgabe die Organisierung aller durch den Terror auseinandergejagten Arbeitermassen in Klassenkampfgewerkschaften zum Ziele setzten. Ihre Bemühungen scheiterten jedoch an der Sabotage der Sozialdemokraten, die nur dann für eine Vereinigung waren, wenn ihnen die Führung der neuen Gewerkschaften zugesichert worden wäre, und diese in die Amsterdamer Internationale eintreten würde. Deshalb verliefen die Verhandlungen im Sommer 1925 erfolglos, nur eine kleine liquidatorische Gruppe unter Führung von Zivota-Miloykowitsch beteiligte sich an einem sogenannten Vereinigungskongreß mit den Sozialdemokraten, während die unabhängigen Gewerkschaften, die Bankangestellten- und Buchdrucker-Gewerkschaft, diese Art der Vereinigung ablehnten.

Politische Arbeiterbewegung

Sozialdemokratische Partei: Diese wurde erst 1921 gegründet. Ihr Kern sind die Reste der Sozialdemokratie Oesterreichs in den neu angegliederten Gebieten und einige zentristische Elemente in Serbien. Ihre Organisationen sind vorwiegend kleinbürgerlich. 1922 hatte sie 2500, 1923 2000, 1924 2200 Mitglieder. Trotz ihrer völligen Legalität kann sie keinen dauernden und nennenswerten Einfluß unter den Massen gewinnen. Sie hat zwei Abgeordnete. Ihr politischer Einfluß ist beschränkt und äußert sich vornehmlich in der Bekämpfung der linksgerichteten Arbeiterorganisationen Hand in Hand mit den Behörden.

Unabhängige Arbeiterpartei: Diese wurde 1923 nach Auflösung der KP, die 165 000 Wähler und 59 Abgeordnete gehabt hatte, gegründet. Sie stellte sich die politische Organisierung der linksgerichteten Arbeiter unter dem Gesetz zum Schutze des Staates zur Aufgabe, sowie die ideologische Vorbereitung der Massen für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung. Der nach wie vor starke Terror verhinderte aber ihre Ausdehnung. 1924 hatte sie 3500 Mitglieder und 32 000 Wähler. Ihr Wachstum wurde durch einige taktische Fehler und eine, wenn auch auf die Führung beschränkte innere Krise behindert. Durch die Verfolgung der besten Führer fand die UAP nicht rechtzeitig den richtigen Weg in der nationalen und Agrarfrage. Eine Gruppe von Intellektuellen mit dem ehemaligen Redakteur des kommunistischen Parteiorgans, Miloykowitsch, an der Spitze verlangte die Auflösung der UAP und die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei zusammen mit den Sozialdemokraten. Miloykowitsch wurde ausgeschlossen und damit die liquidatorische Richtung innerhalb der Partei erledigt. Die Tätigkeit der Partei in der letzten Zeit und die Beteiligung an Neuwahlen beweisen, daß die UAP einheitlich ist und, nachdem sie ihre Schwankungen und Fehler korrigiert hat, ihren Einfluß steigern konnte.

Siam

Formell unabhängiges Königreich, in Wirklichkeit unter französischem und englischem Einfluß. Ausdehnung: 518 384 qkm. Bevölkerung ungefähr 9,5 Millionen, zum größten Teil Siamesen, außerdem fast eine Million Chinesen und chinesische Mischlinge. Die Fremden stehen unter der Gerichtsbarkeit ihrer eigenen Konsule. Religion: buddhistisch.

In der Landwirtschaft besteht noch die Zwangsarbeit. Hauptprodukt ist Reis. Siam exportiert jährlich 1,8—2,4 Millionen Tonnen Reis, und zwar hauptsächlich nach China und Japan. Der Viehstand beträgt über 4 Millionen Stück Rindvieh und Büffel sowie 4 Millionen Kamele. Im Norden des Landes große wertvolle Waldungen. Mineralschätze (Zinn, Eisenerze, Wolfram, Blei, Kohlen) bisher wenig ausgenutzt. Die industriellen Arbeiten werden von chinesischen Kulis verrichtet, besonders in den Mühlen und Bergwerken. 2333 km Staatsbahnen.

Außenhandel

Einfuhr und Ausfuhr in Millionen Pfund

	1922/23	1923/24	1924/25
Einfuhr	14,5	13,8	15,5
Ausfuhr	17,2	18,5	18,7

Der Handel ist in Händen von Ausländern (Chinesen).

Staatshaushalt: Im Finanzjahr 1923—1924 2,6 Millionen Tikal Defizit (1 Tikal = 1,33 M.). Für das Jahr 1924—1925 91 Millionen Tikal Einnahmen und 94,9 Millionen Tikal Ausgaben vorgesehen.

Spanien

Oberfläche 505 207 qkm, Bevölkerung (1920) 22 013 386.

Kolonien

	Fläche qkm	Bevölkerung
Spanisch-Marokko	28 000	744 000
Rio de Oro	285 200	50 000
Spanisch-Guinea	26 659	12 000
Zusammen	339 859	806 000

Hauptstadt: Madrid (1923) 813 991 Einwohner. Nationalität fast ausschließlich spanisch; doch ist der Gegensatz zwischen Katalonien und dem eigentlichen Spanien zum Teil ein nationaler. Es gibt ferner eine halbe Million Basken in den Pyrenäen. Religion römisch-katholisch. Konstitutionelle Monarchie, 1. Kammer erblich, 2. Kammer aus indirekten Wahlen. Seit dem Staatsstreich des General Primo de Rivera (13. September 1923) Verfassung aufgehoben, Parlament aufgelöst. Gewalt in der Hand des Direktoriums.

Erwerbstätige (1910): Ackerbau 4 220 000, Bergbau 90 000, Industrie 940 000, Verkehr 155 000, Handel 135 000, Militär 150 000, öffentlicher Dienst 40 000, Kirche 103 000, Freie Berufe 153 000, Rentner 243 000.

Wirtschaft

Das spanische Wirtschaftsleben hat sich nach der Nachkriegskrise noch nicht erholt; ja, die Krise hat sich im Jahre 1925 noch verschärft. Die Arbeitslosigkeit beträgt in einzelnen Industriezweigen bis 45 Prozent, die Steuerlast wächst unter dem Druck der Kriegsausgaben.

Landwirtschaft: Von der Gesamtfläche von 50 Millionen ha sind nur 16 Millionen landwirtschaftlich genutzt, hiervon 7,7 Millionen für Ackerbau, 1,1 Millionen für künstliche Wiesen und Futterbau, der Rest für andere Kulturen. 3,9 Millionen ha dienen dem Garten- und Obstbau. Von besonderer Bedeutung, insbesondere für die Ausfuhr, sind Südfrüchte, Oliven und Wein.

Anbaufläche und Erträgnisse

	1909 13		1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 Dz
Weizen	3 863	35 501	4 244	42 759	4 200	33 142	4 339	44 250
Roggen	804	7 019	729	7 131	736	6 675	747	7 590
Gerste	1 420	16 261	1 837	24 355	1 758	18 223	1 786	21 538
Hafer	516	4 225	645	5 869	662	4 379	727	6 305
Mais	459	6 743	472	6 077	470	6 554	473	7 165
Reis	38	1 899	46	2 425	47	2 955	48	4 059
Kartoffeln	260	30 753	306	25 990	315	24 295	—	—
Zuckerrüben	36	8 613	61	12 200	179	16 596	78	—
Wein[1]	1 277	14 863	1 342	22 078	1 341	21 745	1 353	26 697
Oliven[2]	1 431	12 169	1 624	16 133	1 655	17 447	—	—

Viehstand (in 1000)

	Pferde	Esel u. Maulesel	Rinder	Schafe	Schweine
1913	541	1797	2879	16 441	2710
1919	594	2083	3397	19 337	4434
1924	634	—	3436	18 459	4160

Fischerei: Gesamtzahl der Fahrzeuge rund 30 000, davon 1900 Dampfer; Fischer etwa 130 000.

Bergbau

	Kohle	Eisen	Kupfererz	Zink	Blei	Schwefel	Quecksilber
	in 1000 To						
1913	4016	9862	2269	118	—	—	—
1922	4436	2772	2055	72	157	73	13
1924	5811	4712	1813	116	198	65	15

Industrie: Fast die gesamte Industrie des Landes konzentriert sich in Katalonien (Hauptstadt Barcelona). In der katalonischen Industrie sind beschäftigt: Baumwolle: 102 000 Arbeiter, Metall: 28 300, Leinen: 26 850, Hanf und Jute: 5100, Seide und Papier: 5000. Die Regierung bemüht sich, durch ein Prämien- und Hochschutzzollsystem die Krise der während des Krieges rasch entwickelten Industrie zu überwinden.

Verkehr: Bahnlänge 15 350 km, Handelsflotte 30. Juni 1924: 950 Dampfer mit 1 239 000 Tonnen.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Pesetas)

	1922	1924	1925
Einfuhr	3036	2944	2244
Ausfuhr	1453	1748	1584

[1]) Ertrag in 1000 hl. [2]) Olivenölproduktion 1909/13 (in 1000 dz) 2197, 1923 2988, 1924 3352, 1925 3126.

Hauptausfuhrartikel sind Südfrüchte, Wein und Oel, Mineralien und Erze. Haupteinfuhrartikel Textilien, Maschinen, Chemikalien und Metallwaren. England und die Vereinigten Staaten stehen im Außenhandel an erster Stelle.

Staatsfinanzen

Die Valuta ist seit längerer Zeit auf ungefähr 72 Prozent der Goldparität stabilisiert; die Kursschwankungen sind in der letzten Zeit unbedeutend.

Staatshaushalt (in Millionen Pesetas)

	1923/24	1924/25	1925/26 (Voranschlag)
Einnahmen	2617	2778	2755
Ausgaben	2954	2941	3290

Staatsschuld (in 1000 Pesetas)

	1923	1924	1925
Aeußere	108 685	97 557	93 575
Innere	802 055	813 884	817 166

Im Voranschlag für 1925/26 sind 280 Millionen Pesetas für die Marokko-Aktion, überdies 443 Millionen für das Kriegsministerium und 179 Millionen für das Marineministerium vorgesehen.

Politik

Die Diktatur Primo de Riveras, die seit September 1923 besteht, hat die Aufgaben, die sie sich gestellt hat, nicht zu lösen vermocht, da sie nur vom Heere und der Geistlichkeit unterstützt wird, aber keine ständige Klassenbasis besitzt. Daher ihre schwankende Innenpolitik. Sie versprach, den Marokko-Krieg zu beendigen. In der Tat verstärkte sie die militärischen Kräfte in Marokko andauernd. Einen militärischen Sieg über die Rifs vermochte jedoch Spanien erst durch eine Zusammenarbeit mit den französischen Truppen zu erreichen. Im Mai 1926 hat sich Abd el Krim den französischen Truppen ergeben. Der Widerstand der Rif-Kabylen ist jedoch damit noch nicht endgültig gebrochen; vielmehr kann man für die nächsten Jahre weitere Unruhen und Aufstände im Rifgebiet erwarten. Die Diktatur wollte auch die Finanzen ordnen. In der Tat besteht infolge der Kriegsausgaben ein schweres Defizit. Das Direktorium versuchte zu Beginn den übermächtigen Großgrundbesitz, die „Kaziken", die die Bauern in einer Art Leibeigenschaft halten und weite Gebiete fast wie selbständige Staaten beherrschen, zu bekämpfen. Gleichzeitig versuchte es, die Industrie durch Heranziehung ausländischen (französischen, englischen und deutschen) Kapitals zu entwickeln. Dies brachte das Direktorium in einen Gegensatz zu einem Teil der einheimischen Bourgeoisie, die eine Erdrückung ihrer wenig konkurrenzfähigen Unternehmungen befürchtete. Dieser Gegensatz spitzte sich insbesondere in Katalonien mit seiner Hauptstadt Barcelona, dem industriellen Zentrum des Landes, das der politischen Uebermacht des zurückgebliebenen Kastilien seit jeher feindlich gegenübersteht, zu.

Ein großer Teil der katalonischen Bourgeoisie, der das Direktorium bei seinem Antritt als Retter vor der drohenden proletarischen Revolution begrüßt hatte, stellte sich nunmehr an die Spitze der katalonischen Autonomiebewegung. Die Regierung hat zu scharfen Unterdrückungsmaßnahmen (Verbot des katalonischen Schulunterrichts, Auflösung der „Mancommunidad", des katalonischen Provinzialparlaments) gegriffen. Infolge seines Konfliktes mit Katalonien sah sich das Direktorium genötigt, der übrigen spanischen Bourgeoisie, insbesondere derjenigen der baskischen Provinzen, Zugeständnisse zu machen, einerseits durch Einleitung einer Hochschutzzoll- und Subventionspolitik, andererseits durch direkte Steuerbegünstigungen für die baskischen Provinzen. (Diese müssen nur eine Pauschalsumme jährlich an den Steuersäckel bezahlen.) Durch den Mangel einer Klassenbasis sah sich endlich das Direktorium genötigt, seinen Feldzug gegen die Kaziken einzustellen, da keine andere Gruppe mehr übrig ist, auf die es sich stützen kann. Krieg, Krise und Teuerung bringen eine ständig anwachsende Mißstimmung unter dem Kleinbürgertum und den werktätigen Massen hervor.

Die Herrschaft des Direktoriums hat nur das eine vermocht, die sämtlichen bestehenden Parteien zu desorganisieren. Der linke Flügel der alten Liberalen Partei strebt eine Verbindung mit den Republikanern an, deren Führer Unamuno und Ibanez von Paris aus Verschwörungen und Aufstände gegen das Direktorium zu organisieren versuchen. Der rechte Flügel der Liberalen unter Führung von Romanones sucht Fühlung mit einem Flügel der Konservativen Partei. Beide gemeinsam erstreben die Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie und versuchen, den Monarchismus gegen das Direktorium auszuspielen. Der äußerste rechte Flügel der Konservativen unter Führung von Maura (gestorben Ende 1925) schließt sich dem Direktorium an und organisiert als politische Partei für das Direktorium die „Union Patriotica".

Unter dem Druck der allgemeinen Mißstimmung ist das Direktorium am 3. Dezember 1925 formell zurückgetreten und hat an seine Stelle ein „verfassungsmäßiges" Kabinett gesetzt. Jedoch steht an der Spitze dieses Kabinetts wiederum Primo de Rivera. Ueberdies gehören ihm einige Generale an, der Rest der Minister sind Mitglieder der „Union Patriotica". Das Parlament ist weiterhin aufgelöst, die verfassungsmäßige Freiheit nicht wieder hergestellt. Die „Sozialistische Partei" hat der Regierung Primos gegenüber dauernd wohlwollende Neutralität bewahrt, wofür sich die Regierung dankbar erwies, indem sie den „Sozialisten" eine gewisse Bewegungsfreiheit gewährte.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsbewegung: Es bestehen zwei Gewerkschaftsorganisationen, die „Union General de Trabajo" (UGT) und die „Confederacion General de Trabajo" (CGT). Die UGT steht unter reformistischer Führung, verfolgt eine Politik der Arbeitsgemeinschaft und hat mit dem Direktorium andauernd zusammengearbeitet. Nach eigenen Angaben 211 000 Mitglieder. Die CGT hat ihr Zentrum in Barcelona und stand bis vor kurzem unter anarchistischer Führung.

Seit der Niederlage im katalonischen Transportarbeiterstreik (Sommer 1923) und dem Sieg des Direktoriums in Barcelona befindet sie sich in einer inneren Krise, welche einerseits einen starken Rückgang der Mitgliederzahl, andererseits eine Abwendung der Mitglieder von den anarchistischen Methoden zur Folge hatte. Die Anarchisten gaben bei Beginn der Diktatur die sinnlose Parole der Auflösung der Gewerkschaften aus und haben dadurch ihre Autorität bei den Mitgliedern verscherzt. Ein Flügel hat sich von den Anarchisten losgesagt und sich auf den Standpunkt des „Anarcho-Syndikalismus" gestellt. Sie anerkennen die anarchistische Taktik in der Politik, verlangen aber die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der anarchistischen Führung und das Recht jedes Arbeiters, unabhängig von seiner politischen Ueberzeugung, in dieselben einzutreten. Der Anhang der RGI innerhalb der CGT, welcher vor 1923 gering war, wächst ununterbrochen. Die Anhänger der RGI bilden in vielen Fällen einen Block mit den Anarcho-Syndikalisten gegen die Anarchisten. Gleichzeitig haben es die Anhänger der RGI verstanden, in den reformistischen Gewerkschaften eine Linke zu organisieren, welche für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit eintritt. Für den 1. August 1926 wurde auf Initiative des Ortskartells von San Sebastian, der sich bis Mai etwa weitere 40 Organisationen angeschlossen haben, eine Konferenz zur Beratung und Herstellung der „proletarischen Einheit" einberufen. Die Konferenz wird natürlich von den Reformisten heftig bekämpft. Die Verfolgungen der revolutionären Arbeiterbewegung sind außerordentlich schwer; die Desorganisation sehr groß, so daß es nur in einem Fall zu einem größeren Kampf kam, nämlich zu dem nordspanischen Bergarbeiterstreik im Sommer 1924, der von den Reformisten in Zusammenarbeit mit der Regierung niedergeschlagen wurde.

Politische Arbeiterbewegung

Die „Sozialistische Partei" zählte 1924 nach eigenen Angaben 8555 Mitglieder. Sie macht große Anstrengungen, ihren Einfluß zu erweitern und hat insbesondere im Jahre 1925 den kollektiven Anschluß der reformistischen Gewerkschaften herbeigeführt, so daß sie jetzt an Mitgliederzahl der „Union Patriotica" nachsteht und eine ernste politische Macht darstellt. Die Möglichkeiten, sich zu entwickeln, gab ihr der Terror der Militärdiktatur, der alle anderen Arbeiterorganisationen aufs grausamste verfolgt. Die Partei verfügt über ein Zentralorgan „El Socialista" in Madrid und sieben Wochenblätter. Jugendorganisation 1500 Mitglieder. Parteiführer Pablo Iglesias, gestorben 1925, jetzt Juan Besteiro (Universitätsprofessor in Barcelona).

Die Kommunistische Partei wurde durch die Verfolgungen mehrmals fast zersprengt, jedoch immer wieder mit Erfolg neu organisiert. Ueberdies mußte die junge Partei in der Illegalität einen schmerzhaften Prozeß ideologischer Klärung zur Ueberwindung der reformistischen und anarchistischen Ueberbleibsel durchlaufen. Obgleich sich die Partei in strengster Illegalität befindet und ihre sämtlichen Führer, soweit sie nicht erschossen sind, im Gefängnis sitzen, wächst ihr Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung und unter den Arbeitermassen überhaupt. Sie organisierte im Jahre 1925 eine Konferenz

zum Kampf gegen den Marokkokrieg. Die Sozialistische Partei und die reformistischen Gewerkschaften lehnten die Teilnahme ab, dagegen beteiligte sich die CGT, die autonomen Gewerkschaften (Verbände, die keiner Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind) und die Separatisten von Katalonien und den baskischen Provinzen. Die Konferenz setzte ein Aktionskomitee zum Kampf gegen den Krieg, gegen die Militärdiktatur und für eine föderative Volksrepublik ein.

Tschechoslowakei

Oberfläche: 140 485 qkm. Bevölkerung: 13 604 807 (Volkszählung 1921). Nationalitäten: Tschechen und Slowaken zusammen 8 759 186 (65,5 Prozent), Deutsche 3 122 390 (22,36 Prozent), Magyaren 745 935 (5,58 Prozent), Ruthenen 459 346 (3,47 Prozent), Juden 180 332 (1,35 Prozent), Polen 75 656 (0,57 Prozent), andere 23 235 (0,17 Prozent). Die Volkszählung 1921 ist im tschechisch-nationalistischen Sinne stark gefärbt.

Von der Gesamtbevölkerung lebten 5 959 000 von der Landwirtschaft, 5 383 000 von Industrie und Handel, 750 000 von Staatsdienst, Militär- und freien Berufen und 1 423 000 von häuslichen Dienstleistungen und anderen Beschäftigungen. Republik mit allgemeinem Wahlrecht und Zweikammersystem.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Die Tschechoslowakei ist ein Getreideeinfuhrland. Die Landwirtschaft ist nicht in allen Gebieten gleich stark entwickelt. Intensiv wirtschaftender Mittelbetrieb in Böhmen und Mähren steht extensiv wirtschaftendem Großgrundbesitz in der Slowakei und Karpathorußland gegenüber. Zwergbesitz besteht in allen Teilen der Republik.

Anbaufläche und Ernteerträgnisse

	1923		1924		1925	
	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz	Fläche 1000 ha	Ertrag 1000 dz
Weizen	609	9,944	606	8,774	618	9,954
Roggen	860	13,161	838	11,363	847	13,556
Gerste	687	12,013	678	9,707	695	11,307
Hafer	843	12,522	846	12,042	838	11,692
Zuckerrübe	233	51,591	303	83,744	307	84,084

Der in Nord- und Westböhmen betriebene Hopfenbau ist für die tschechische Bierbrauerei von großer Bedeutung und zeigt eine steigende Produktion.

Viehstand (1920): Pferde 592 269, Rinder 4 390 925, Schafe 986 611, Schweine 2 058 020.

Agrarfrage: Die Bodenverteilung erfährt nur durch die von der tschechischen Bourgeoisie weiter fortgeführte Bodenreform eine Aenderung. Sie vermindert den Großgrundbesitz der nationalen Minderheiten und siedelt dort Legionäre und andere Vertreter des tschechischen Nationalismus an. Die übrigbleibenden „Restgüter" (meist die wertvollsten Teile der zertrümmerten Großgrundbesitze mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Musterwirtschaften, Viehzucht usw.) werden zu unverhältnismäßig niedrigen Verkaufspreisen an die Exponenten des tschechischen Kapitals (Politiker, Rechtsanwälte, Industrielle, Finanzleute) übergeben. Diese Praxis hat zu Gegen-



Die neue Staatenbildung in Osteuropa

sätzen zwischen Regierung und Mittelbauerntum geführt und verursachte auch zum großen Teil die Opposition der Zwergbauern und Häusler innerhalb der tschechischen Agrarierpartei, die die Bodenreform durchführt. Auch die deutsche Bourgeoisie opponiert der nationalistischen Bodenreform.

Bergbau: Die Wirtschaftskrise hat auf die Kohlenproduktion seit 1921 nachteilig gewirkt. Trotz der verhältnismäßig guten Beschäftigung der Industrie 1925 geht sie ständig zurück. Ursachen: allgemeiner Rückgang des Inlandskonsums (zum Teil infolge Modernisierung der Wärmetechnik der Industrie, zum Teil infolge der hohen Kohlenpreise), Hindernisse des Exportes (der deutsche Markt infolge des Steigens der deutschen Kohlenproduktion weniger aufnahmefähig; polnische Konkurrenz in Oesterreich, usw.). Die Kohlenkrise verursachte Arbeitslosigkeit im Bergbau, die Ende 1925 etwa 12 bis 15 Prozent der Belegschaften betrug.

Bruttoförderung in Prozenten

	1913	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Steinkohle	100	73	78	69	83	101	89
Braunkohle	100	85	91	81	70	89	82

Produktion 1925: Steinkohle 12.8, Braunkohle 18.8 Millionen Tonnen.

Industrie: Die Entwicklung der Industrie seit 1924 zeigt ihre völlige Abhängigkeit von den leisesten Schwankungen der Wirtschaft in den Nachbarstaaten. Das Aufhören der Ruhrbesetzung, die Inflation in Frankreich, das Sinken der belgischen, italienischen, polnischen Valuta, die Steigerung der Produktion in manchen Zweigen der österreichischen und ungarischen Industrieproduktion, die neuen deutschen Zollsätze haben auf die tschechoslowakische Industrie lähmend gewirkt. Der deutsch-polnische, deutsch-rumänische Wirtschaftskrieg, die Verteuerung der englischen Produktion durch die Steigerung des Pfundkurses, vor allem aber das Erscheinen der Sowjetunion auf dem Weltmarkte, haben manche Zweige der Produktion stark belebt. Diese Veränderungen erfolgten innerhalb der verschiedenen Industriezweige zeitlich getrennt, weshalb das allgemeine Bild der Wirtschaftslage durchaus uneinheitlich ist.

Nach der verhältnismäßig günstigen Lage während 1925, wobei manche Industriezweige 105 Prozent ihrer Vorkriegsproduktion erreichten, der allgemeine Durchschnitt jedoch nicht über 75 bis 80 Prozent hinausging, sinkt die Beschäftigung Anfang 1926 wieder, vor allem in der Metall- und Textilindustrie.

Eisen- und Metallindustrie: Etwa 300 000 Arbeiter, zahlreiche moderne Betriebe, die 1925 weiter ausgebaut worden sind. Veraltete Werke (in West- und Mittelböhmen) abgebaut. Die gute Beschäftigung 1925 ermöglichte es, fast alle ausgeblasenen Hochöfen wieder anzublasen. Während der „Konjunktur" 1925 wurden fast 90 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht.

1913	1923	1924	1925
1 488 000 t	876 000 t	1 158 000 t	1 242 000 t

Textilindustrie: 280 000 Beschäftigte. Ende 1924 bis Mitte 1925 starker Absatz nach dem Ausland, insbesondere Deutschland, auch russische Bestellungen wirken belebend, manche Textilbetriebe arbeiten mit 110 Prozent ihrer Friedenskapazität. Zeitweilig Mangel an Arbeitern. Seit Ende 1925 sinkende Beschäftigung.

Glas- und Porzellanindustrie: Vor allem Exportindustrie, Tafelglas, Gebrauchsporzellan, Flaschen, Glaswaren (Schmuckgegenstände usw.). Seit 1924 wachsende Konkurrenz Deutschlands.

Außerdem von Bedeutung die Bier- und Zuckerindustrie. Beide mit wachsender Produktion, die die Vorkriegsproduktion übersteigt.

Verkehr: Länge der Eisenbahnen: 13 644 km. Binnenschiffahrt wenig entwickelt. Der Verkehr geht zum Teil über die internationalisierten Wasserstraßen Donau, Elbe und Oder. Häfen: Bratislawa (= Preßburg, an der Donau), Außig und Tetschen (an der Elbe).

Außenhandel:

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Kronen)

	1921	1922	1923	1924	1925*)
Einfuhr	23 384	12 696	10 129	15 862	17 594
Ausfuhr	27 596	18 086	12 518	17 022	18 800

Die wichtigsten Ausfuhrartikel sind: Zucker, Holz, Papier, Glas und Glaswaren, Eisen- und Metallwaren. Die wichtigsten Einfuhrartikel: Getreide, Mehl, Textilrohstoffe, Kochsalz, chemische Produkte, Eisenerz. Die größte Bedeutung für den Außenhandel fällt Deutschland, Oesterreich und Ungarn zu, die allein mehr als 60 Prozent der Ein- und Ausfuhr der Tschechoslowakei bestreiten. Der Export nach der Sowjetunion wächst seit Mitte 1925 und gewinnt immer größere Bedeutung, woraus sich das Bestreben der tschechoslowakischen Industrie nach normalen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion erklärt.

Finanz- und Geldwesen

Staatshaushalt (in Millionen Kronen)

	1921	1922	1923	1924	1925
Einnahmen	14 108	18 884	18 812	16 391	15 702
Ausgaben	14 104	19 672	19 377	16 994	17 298

Von den Einnahmen des Jahres 1925 stammen 6,67 Milliarden Kronen aus Steuern. Für das Jahr 1926 sind 7,31 Milliarden Einnahmen aus Steuern vorangeschlagen. Die Steigerung der Staatsausgaben ist daran zu erkennen, daß der Kurs der tschechischen Krone 1922 auf 1,35 amerikanische Cents stand, während er 1926 auf 2,9 Cents stabilisiert war. Die Steuern bedeuten vor allem eine Belastung der besitzlosen Klassen, weil sie zu etwa 80 Prozent indirekte Steuern sind.

*) Provisorische Aufstellung des Statistischen Staatsamtes am 6. Februar 1926.

Obwohl die Stärke des Heeres von 150 000 Mann auf 120 000 herabgesetzt wurde, betragen die Rüstungsausgaben ohne Investitionsbudget (welches 1925 ebenfalls etwa 1,5 Milliarden erreichte) 1,838 Milliarden Kronen, während für Unterrichtszwecke kaum mehr als 0,9 Milliarden verwendet werden.

Die Staatsschuld betrug 1925 29,3 Milliarden, wovon auf das Inland 24 Milliarden, auf das Ausland 5,3 Milliarden entfallen. Hierzu kommen noch 7,8 Milliarden kurzfristige, ausschließlich im Inland untergebrachte Staatskassenscheine. Zur Einlösung dieser kurzfristigen Schulden wurden in London 1924 2 Millionen Pfund, und in New York 20 Millionen Dollar „zur Stützung" der Krone aufgenommen. Der Inlandsmarkt zeigt für staatliche Anleihen nach wie vor keine Aufnahmefähigkeit. Für den Schuldendienst gab der Staat 1924 1986 Millionen, 1925 2096 Millionen aus.

Die Finanzpolitik hat sich seit 1924 nicht geändert. Versuche des Finanzkapitals, durch eine Fortsetzung der Deflation die in den Händen der deutschen und teilweise tschechischen Bourgeoisie befindliche Industrie zugrunde zu richten, um sie leichter erwerben zu können, sind an dem Widerstand der Industrie und der Agrarier gescheitert. Die Ernennung des Vertreters des Industriekapitals, des ehemaligen oppositionellen Nationaldemokraten Englisch zum Finanzminister (Ende 1925), ist ein Ausdruck der Ablehnung einer weiteren Deflation. Er erklärte in seinem Exposé die jetzige Krone für die endgültige Währung der Tschechoslowakei.

Trotz der Stabilität der Krone hat sich die Teuerung nicht wesentlich vermindert. Die amtlichen Indexziffern zeigen folgendes Bild:

	1924	1925
Januar	1020	1045
April	1060	1019
Juli	1007	999
Oktober	1038	989
Dezember	1050	988

Im Kleinhandel und für die lebenswichtigen Artikel der Arbeiterschaft ist die Preissenkung noch geringer.

Politik

Bürgerliche Parteien

1. Tschechische und slowakische:

Tschechoslowakische Nationaldemokratische Partei: hervorgegangen aus den Jungtschechen. Partei der chauvinistischen Bourgeoisie und Intelligenz, vor allem des Finanzkapitals. Zieht auch breite Schichten des nationalistischen Beamtentums hinter sich her. Die tschechischen Faschistenorganisationen stehen ihr nahe, erhalten von ihr moralische und materielle Unterstützung. Mitte 1925 spalteten sich die auch früher schon oppositionellen mährischen Or-

ganisationen (Vertreter des tschechischen Industriekapitals) ab und gründeten die „Partei der nationalen Arbeit", der sich ein kleiner Teil der Beamten und der Intelligenz anschloß.

Tschechische katholische Volkspartei: halbproletarische und kleinbürgerliche Schichten, hauptsächlich ländliche, mit klerikalen Vorurteilen. Beginnende Opposition unter den Kleinbauern gegen die bisherige Durchführung der Bodenreform.

Slowakische katholische Volkspartei (Hlinka-Partei, abgespalten von der tschechischen): ähnliche soziale Zusammensetzung. Opposition gegen den tschechischen Zentralismus. Führerin der slowakischen Autonomiebewegung.

Republikanische Partei der Tschechoslowakei (Agrarier) Groß- und Mittelbauern mit starker klein- und zwergbäuerlicher Gefolgschaft. Zahlreiche Oppositionsgruppen unter den letzteren gegen die kapitalistische Politik der Partei. Opposition der aristokratischen und monarchistischen, mit dem Finanzkapital verbundenen Großgrundbesitzer ausgeschlossen, gründet später die „Agrar- und Konservative Partei".

Slowakische Nationale und Landwirtepartei: ähnliche soziale Zusammensetzung wie die Republikanische Partei. Mit ihr verbunden.

Tschechoslowakische Gewerbepartei: Mittelstandspartei.

2. Deutsche:

Deutsche Nationalpartei: nationalistisches Kleinbürgertum, Intelligenz, Beamtentum unter industrieller Führung.

Deutsche nationalsozialistische Partei: faschistische Partei kleinbürgerlicher Zusammensetzung.

Christlichsoziale Volkspartei: Klerikale Partei.

Bund der Landwirte: Bauernpartei unter großbäuerlicher Führung.

Deutsch-demokratische Freiheitspartei: Partei der deutsch-nationalen jüdischen Bourgeoisie und des Großkapitals. Kandidierte bei den Wahlen 1925 nicht, sondern agitierte für die deutsche Nationalpartei und die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei.

3. Ungarische:

Ungarische Landwirtepartei: ähnliche soziale Zusammensetzung wie die republikanische Partei.

Deutsch-magyarische christlich-soziale Partei.

Statistik der Wahlen

Parteien	Stimmenzahl 1920	Stimmenzahl 1925	Abgeordnete 1920	Abgeordnete 1925
1. Bürgerliche				
Tsch. Nationaldemokraten	387 552	284 233	19	13
Tsch. republikanische Partei (Agr.)	603 618	970 498	24	45
Tsch. katholische Volkspartei	699 728	689 970	33	31
Tsch. Gewerbepartei	122 813	287 889	6	13
Slovak. katholische Volkspartei[1])	—	474 017	19	23
Slovak. National- u. Landwirtepartei[2])	242 045	35 439	12	—
Deutsche Nationalpartei und Nationalsozialisten-Partei	328 735	240 892	12	10[3])
Deutsche nationalsoz. Arbeiterpartei	—	167 312	—	7
Bund der deutschen Landwirte	241 747	566 911	13	24
Deutsche christlichsoz. Volkspartei	212 999	313 906	9	13
2. Sozialistische				
Tschechische Sozialdemokraten[4])	1 590 520	631 113	74	29
Tschechische Nationalsozialisten[5])	500 455	609 095	24	28
Deutsche Sozialdemokraten[6])	689 589	411 774	31	17
3. KPTsch[7])	—	933 769	25	44

Innenpolitik

Das Verhältnis der Klassen zueinander hat sich 1923 nur insofern verändert, als die wirtschaftlich und national zersplitterten und einander bekämpfenden Gruppen innerhalb der Lager der Bourgeoisie wie des Proletariats, unter dem Druck der Wirtschaftsverhältnisse, ihre Kämpfe gegeneinander zum Teil einstellten und sich enger zusammenschlossen, um dem Klassenfeind einheitlicher entgegentreten zu können.

Dieser, die Jahre 1924 bis 1925 ausfüllende und sich auch heute noch fortsetzende Klärungsprozeß ging innerhalb der Bourgeoisie verhältnismäßig rascher vor sich als beim Proletariat.

Der tschechoslowakischen Bourgeoisie ist es bisher nicht gelungen, die verschieden entwickelten Teile der Republik wirtschaftlich zu vereinheitlichen und die Disproportionalität zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zu überwinden. Deshalb ist das Kapital zum überwiegenden Teil vom Auslandsmarkte abhängig. Die Veränderungen

1) Kandidierte 1920 zusammen mit der tschechischen katholischen Volkspartei, schied später aus ihr aus.

2) Agitierte 1925 für die tschechische republikanische Bauernpartei.

3) 1925 kandidierten beide Parteien getrennt.

4) 1920 war die tschechische Sozialdemokratie noch einheitlich. Später spaltete sich die Marxistische Linke ab, aus der 1921 die KPTsch hervorging.

5) Erhielt 1925 zahlreiche Stimmen der tschechischen Nationaldemokraten.

6) Erhielt 1925 zahlreiche Stimmen der Partei des deutschnationalen jüdischen Industriekapitals der Städte.

7) 1921 traten 25 Abgeordnete aus der tschechischen Sozialdemokratie aus und bildeten die kommunistische Parlamentsfraktion. Hiervon spalteten sich 1925 sechs Mitglieder ab und schufen die Partei der „Unabhängigen Kommunisten", die sich später mit den tschechischen Sozialdemokraten vereinigten.

des Weltmarktes, auf die das tschechoslowakische Kapital keinen Einfluß hat, bedingen den Grad der Beschäftigung und des Absatzes. Diese hängen also vor allem von der Billigkeit der Produktion und des Staatsapparates ab, von niedrigen Löhnen, Steuern und Abgaben. In seinem Streben danach bedarf das Kapital in erster Linie der Einheitsfront der bisher national und wirtschaftlich einander gegenüberstehenden Gruppen der Bourgeoisie der verschiedenen Völkerschaften, insbesondere des tschechischen Finanz- und Agrarkapitals einerseits und des deutschen und magyarischen Industriekapitals andererseits. Der wirtschaftliche und politische Ausgleich zwischen den Agrariern der verschiedenen Nationalitäten ist schon vor Jahren zustandegekommen. Durch die Annäherung will die Bourgeoisie die Zersplitterung ihrer für den Kampf um die billige Produktion notwendige Kraft vermeiden. Das war einer der wichtigsten Programmpunkte der kleinbürgerlichen Regierung Benesch (1921—1922), aber erst sein Nachfolger Schwehla, der Vertreter des tschechischen Agrarkapitals, konnte den Widerstand des chauvinistischen Flügels des die deutsche Industrie bekämpfenden tschechischen Finanzkapitals bis zu einem gewissen Grade neutralisieren. Das von den Kapitalisten herbeigesehnte „tschechoslowakische Locarno" ist, nach langen Auseinandersetzungen, soweit gediehen, daß die deutsche und magyarische Bourgeoisie ihre Opposition, erst gegen den tschechoslowakischen Staat, später auch gegen die tschechische Regierungskoalition aufgegeben und ihre „prinzipielle Bereitschaft zur Mitarbeit am Staat und an der Regierung" wiederholt geäußert hat und die tschechische Bourgeoisie diesen „Sieg des tschechoslowakischen staatsbildenden Gedankens" befriedigt zur Kenntnis nahm und die Zeit nicht mehr fern sieht, „wo auch die Deutschen zur Mitarbeit herangezogen werden können".

Zur Beschleunigung dieser Entwicklung nahmen die verschiedenen Bourgeoisien Umgruppierungen innerhalb ihrer Parteien vor. Durch Verleumdung, Korruption, Gewalt versuchten sie die Gruppen auszumerzen, deren nationalistische und kleinbürgerliche Forderungen dem Ausgleich der Kapitalisten im Wege standen. Auch schwächten sie die chauvinistischen Parteien durch Schaffung von Oppositionen innerhalb derselben, wozu auch Staatsgelder verwendet wurden. Diese Parteischiebung erreichte ihren Höhepunkt zur Zeit der Parlamentswahlen im November 1925.

Die wichtigsten Leistungen des Parlaments waren: Abbau der Staats- und öffentlichen Angestellten, Gehaltskürzung, Neueinführung und Erhöhung von direkten und indirekten Steuern, Einführung von Getreidezöllen, Verteuerung der Lebensmittel, der Bahntarife, Post-, Telegraphen- und Telephongebühren, Streichung der Invalidenunterstützungen für die weniger als 40 Prozent Arbeitsunfähigen, Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung um 25 Prozent, Einführung des Genter Systems der Arbeits-

losenunterstützung (⅓ der Unterstützung zahlt die Gewerkschaft, ⅔ der Staat, die Höhe hängt von der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaft ab), Einführung einer Sozialversicherung, die der Arbeiterschaft für Jahre hinaus nur Lasten, aber keine Vorteile bringt. Gleichzeitig unterdrückt die Bourgeoisie jeden Versuch der Arbeiter, gegen die Teuerung oder für höhere Löhne zu kämpfen, mit allen Mitteln. Die Arbeiterpresse ist durch das reaktionäre Pressegesetz der Zensur- und Justizwillkür ausgeliefert.

Den wachsenden Vorzeichen der sich bildenden Bourgeoisie-Einheitsfront entspricht der wachsende Widerstand der proletarischen Schichten in der ganzen Republik und des Kleinbürgertums in den Nationalitätengebieten.

Neben den Wahlen in Karpathorußland brachten fast alle Gemeindewahlen Niederlagen der Regierungsparteien und bei den Betriebsrätewahlen wachsen die kommunistischen Stimmen gegenüber jenen der Regierungssozialisten. Neben den Gegensätzen zwischen den in der Regierung vertretenen Agrar-, Industrie- und Finanzkapitalisten und den kleinbürgerlichen tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, hinderten eben diese Wahlergebnisse ein harmonisches Zusammenarbeiten innerhalb der Regierungskoalition. Bei jedem Gesetzentwurf prallten die Gegensätze aneinander, jede Partei betrieb in solchen Fällen Wahlagitation. Die Geschichte der tschechoslowakischen Regierungskoalition ist seit zwei Jahren die Geschichte von Ausbrüchen und Ueberbrückungen von inneren Konflikten, die die Koalition jedesmal zu sprengen drohten und die Kompromißkunst ihrer Parteischieber voll in Anspruch nahmen. Unter dem Druck der Unzufriedenheit der Wählermassen und angesichts der damals bevorstehenden Wahlen begannen die Regierungsparteien schon im Frühjahr 1925 gegeneinander zu agitieren. Im Laufe der Vorbereitung der Wahlen riß die von inneren Gegensätzen am wenigsten geschwächte tschechische Agrarierpartei die Führung an sich. Nachdem sie die mit den chauvinistischen Nationaldemokraten zusammengehende Gruppe der konservativen aristokratischen Monarchisten unter Führung Praschecks ausgeschlossen hatte, gruppierte sie diejenigen tschechischen Parteien um sich, die zu einer Zusammenarbeit mit den Bourgeoisien der Nationalitäten bereit sind. Sie eröffnete gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen die anderen Parteien und gegen das revolutionäre Proletariat.

Im Wahlkampf sollte in erster Reihe der entschlossenste Feind, die KPTsch, vernichtet werden. Die Verleumdungen in der gesamten bürgerlichen und sozialistischen Presse, die Hochverratsprozesse gegen führende Funktionäre der Partei, die Verfolgungen, das mit Regierungsgeldern finanzierte und nach den Plänen der tschechischen Sozialdemokraten geführte Attentat des kommunistischen Renegaten Bubnik gegen die Einheit der KPTsch dienten diesem Zwecke.

Den Zwecken der Bourgeoisie diente auch die Heranzüchtung der Opposition innerhalb der chauvinistischen Nationaldemokratischen Partei, aus der später die unter Führung der Industriekapitalisten stehende „Partei der nationalen Arbeit" hervorging, ferner die Organisierung der Partei der „Unabhängigen slowakischen Autonomisten" gegen die Leitung der slowakischen katholischen Volkspartei, und der Abspaltungen von der irredentistischen magyarischen christlichsozialen Partei.

Ein Wahlprogramm besaß nur die KPTsch, während die Koalitionsparteien und ihre Mitläufer „für das bisherige System", die Nationalitätenparteien „für den Sturz der Koalition" auftraten.

Trotz der sorgfältigen und kostspieligen Vorbereitung der Wahlen durch Schaffung eines Wahlrechtes, das die Herrschaft der Koalition verewigen sollte, trotz des Stimmenraubs und der unerlaubten Beeinflussungen aller Art zugunsten der Regierung, hat die Regierungskoalition eine Niederlage erlitten. Ihre weitere Herrschaft war für eine kurze Zeit nur durch die Hinzuziehung der bisher gegen die Finanzkapitalisten der nationaldemokratischen Partei opponierenden tschechischen Gewerbepartei, also durch Ergänzung in der Richtung des Kleinbürgertums möglich. Auch so verfügte sie nur über eine Mehrheit von insgesamt 17 Stimmen. Sie konnte sich nur halten, wenn bei allen Abstimmungen sämtliche Minister anwesend waren und sich selbst das Vertrauen aussprachen.

Ihre Schwäche offenbarte sich bei der Regierungsbildung, die mehr als acht Wochen in Anspruch nahm und nach langen Schachergeschäften, unter Führung und bei dem Uebergewicht der tschechischen Agrarier zustande kam. Sie unterschied sich nicht wesentlich von der früheren Regierung, war aber wegen ihrer verschmälerten Regierungsmehrheit mehr auf die Bourgeoisien der Nationalitäten angewiesen als jene.

Die von den tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten nach den Wahlen eingeleiteten „Einheitsfront"-Verhandlungen mit den Kommunisten zwecks Bildung einer „Arbeiter- und Bauernregierung, mit Hinzuziehung der tschechischen Agrarier und Kommunisten", sollten nur die Wähler der Regierungssozialisten über die Verluste derselben an Arbeiterstimmen hinwegtäuschen und ihre gesteigerte Abhängigkeit von der tschechischen Bourgeoisie und ihre bedingungslose Bereitschaft zur Teilnahme an der Regierung verschleiern.

Die seit den Wahlen im November 1925 stattfindenden Partei- und Koalitionskämpfe im Parlament können als Vorspiele zu der politischen Vereinigung der Bourgeoisien aller Nationalitäten betrachtet werden. Ihr stärkster Vorkämpfer ist die agrarische Republikanische Partei. Sie fordert die sofortige Einführung von Agrarzöllen im Namen

der deutschen Agrarier und Christlichsozialen und der slowakischen Klerikalen und Autonomisten. Diese Parteien sind auch geneigt, mit den tschechischen Agrariern eine gemeinsame Regierung zu bilden. Die im Zusammenhang damit eingeleiteten Kompromißverhandlungen, denen sich Streitigkeiten um die Lösung der Frage der Beamtengehälter, Altersversicherung, der staatlichen Beiträge zu den Priestergehältern (Kongrua), Steuererhöhungen, des Soldatenwahlrechtes usw. innerhalb der Regierungskoalition anschlossen, scheiterten einstweilen aus dem Grunde, weil die im Wahlkampfe geschwächten tschechischen Sozialdemokraten und auch die Nationalsozialisten nicht wagen, die Verantwortung für den reaktionären, arbeiterfeindlichen Vorstoß der Bourgeoisie offen zu tragen. Die Koalitionsregierung trat Anfang 1926 zurück. Ihre Stelle nahm eine „Beamtenregierung" unter Führung des berüchtigten Reaktionärs Cerny (Ministerpräsident 1920—1921, auch zur Zeit des Dezemberstreiks) ein. Die Aufgabe der Beamtenregierung ist, jene Gesetze zu schaffen, mit welchen sich die Führer der Koalitionsparteien kompromittieren wollen. Die kommende Gesetzgebung gegen das Proletariat soll die Grundlage für eine neue Koalitionsregierung, mit Einbeziehung der Bourgeoisie der Nationalitäten abgeben.

Außenpolitik

Der wirtschaftliche Einfluß Englands auf die Tschechoslowakei ist infolge der 1924 aufgenommenen Anleihe in London gewachsen, während die Verbindung mit der französischen Außenpolitik durch die schon früher abgeschlossene Militärkonvention, durch französischen Einfluß im tschechoslowakischen Generalstab und durch die gesamte außenpolitische Tradition weiterbesteht. Die wechselnde Stärke des einen oder des anderen Einflusses spiegelt sich in den Schwankungen der durchaus unselbständigen Außenpolitik.

Unter französischem Einfluß begannen die von der Industrie angestrebten Verhandlungen über die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, wie auch die scharfen Angriffe auf Ungarn anläßlich der Frankenfälscheraffäre. Unter englischem Druck wird die de jure-Anerkennung der Sowjetunion unter nichtigen Vorwänden hinausgeschoben, werden „Bedingungen" für sie gestellt (vorherige Anerkennung der Schadenersatzansprüche tschechischer Staatsbürger); England bewirkt auch den Umschwung in der Haltung gegenüber Ungarn. Obwohl die Tschechoslowakei selbst auf Auslandsanleihen angewiesen ist, beteiligt sie sich an der „Sanierung" Oesterreichs und Ungarns durch Gewährung von Anleihen. Die Versuche, in Mitteleuropa eine Zollunion und darüber hinaus die Konföderation der Donaustaaten zu schaffen, wie auch die „Nationalisierung" der Armee, das heißt die Ersetzung der französischen Offiziere im Generalstab durch tschechische, liegen auf der Linie der englischen Bestrebungen. Ebenso

das Bestreben, „mit Hilfe von Gebietskonzessionen" (Grenzregulierungen) Ungarn zu „pazifizieren".

Die Angriffe der Nationaldemokraten und der Agrarier auf die schwankende, Frankreich zuneigende Haltung des Außenministers deuten darauf hin, daß die „Verselbständigung" der Außenpolitik im Sinne der Orientierung auf England auch das Bestreben der tschechischen Finanz- und Agrarkapitalisten ist.

Arbeiterbewegung

Gewerkschaften

Die Zersplitterung der tschechoslowakischen Arbeiterschaft offenbart sich vor allem in der Gewerkschaftsbewegung. Neben dem international organisierten Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband, der Spitzenorganisation der revolutionären Gewerkschaften, bestehen:

7 tschechische Spitzenorganisationen mit 222 Verbänden und 1 045 796 Mitgliedern.

4 deutsche Spitzenorganisationen mit 77 Verbänden und 304 987 Mitgliedern.

Außerdem 152 Gewerkschaften mit 309 851 Mitgliedern ohne Spitzenorganisation.

Die wichtigsten Spitzenorganisationen sind:

1. Tschechoslowakischer Gewerkschaftsbund, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossene tschechische Gewerkschaftszentrale. Stark nationalistische Führung. Verhandlungen mit den deutschen Amsterdamern seit 1924 über Zusammenschluß, bei gleichzeitigem Weiterbestehen der national getrennten Gewerkschaften. Ergebnis „Beiderseitige Bereitschaft zur Beseitigung der Schwierigkeiten, ohne deren Größe zu verkennen".

2. Tschechische Arbeitergemeinde unter Führung der tschechischen Nationalsozialisten. Nach Abspaltung der „Unabhängigen Nationalsozialisten", große Teile der Bergleute, Metallarbeiter, Textilarbeiter abgefallen.

3. Landesgewerkschaftskommission Reichenberg. Zentrale der deutschen Amsterdamer. Nationalistisch und antikommunistisch. Spaltet die Verbände, trotz Protestes der Arbeiter, durch Ausschluß der revolutionären oder oppositionellen Gruppen.

4. Internationaler Allgewerkschaftlicher Verband, der RGI. angeschlossen. Einheitsorganisation, die einzige auf internationaler Grundlage im Lande. Besonderer Einfluß unter den

Bergleuten, Chemie-, Textil- und Landarbeitern. Die Ausschlußoffensive der Amsterdamer verstärkt den IAV, die Taktik der KPTsch und des IAV geht jedoch dahin, ihre Anhänger in den reformistischen Gewerkschaften zu belassen.

5. Sonstige gewerkschaftliche Organisationen: tschechische und deutsche faschistische und christlichsoziale Verbände ohne nennenswerten Einfluß.

Statistik der Gewerkschaften

	1923	1924
1. Internationaler Allgewerkschaftlicher Verband	400 000	230 000
2. Tschechoslowakischer Gewerkschaftsbund (tsch. Amsterdamer)	348 500	324 179
3. Landesgewerkschaftskommission (deutsche Amsterdamer)	217 149	202 229
4. Tschechische Arbeitergemeinde (Nationalsozialisten)	290 500	217 000
5. Christlichsoziale und nationaldemokratische (faschistisch)	154 000	147 000

Bis Ende 1924 versucht die Kapitalistengruppe die Produktionskosten ausschließlich durch Lohnkürzungen herabzusetzen. Erst Anfang 1925, seitdem sich die Lage der Industrie langsam besserte und die Unternehmer, angesichts des steigenden Widerstandes der Arbeiter, den Gang der Produktion nicht stören wollen, hören die Angriffe auf die Löhne auf. Die Streiks bis Anfang 1925 waren fast ausnahmslos Abwehrkämpfe. Angriffsstreiks sind erst seit Anfang 1925, aber seither fast in allen Industriezweigen zu verzeichnen. Den Umschwung von der Abwehr zum Angriff brachte die seit Mitte 1924 betriebene Agitation der KPTsch gegen Teuerung, Entlassungen, Lohnabbau. Ihr erstes Ergebnis war der Märzstreik (1925) der Mährisch-Ostrauer Bergleute, dem sich zahlreiche Belegschaften anderer Industrien in verschiedenen Teilen der Republik anschlossen. Die Streiks 1925 sind fast ausnahmslos erfolgreich gewesen. Die Lohnerhöhungen betragen durchschnittlich 15—30 Prozent. Die Reformisten standen in diesen Kämpfen, „im Interesse der Produktion", auf seiten der Unternehmer. Sie haben, in vielen Fällen mit Erfolg, die Bildung jeder Einheitsfront oder die Sympathiestreiks verhindert, die kommunistische Agitation für das Zusammengehen der Arbeiter ohne Unterschied der Partei- und Ge-Gewerkschaftszugehörigkeit verleumdet.

Einheitsbewegung. Unter dem Eindruck der reformistischen Taktik, die das Proletariat hinter „ihrer" Bourgeoisie halten will, nach den zahlreichen Streikniederlagen 1924, strebt das Proletariat nach der Einheitsfront bei Streiks von Fall zu Fall, und nach der Einheit der Gewerkschaften und darüber hinaus, der gesamten Arbeiter-

schaft, ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit. Die Verhandlungen der deutschen und tschechischen Amsterdamer Spitzenorganisationen über den Zusammenschluß ihrer Zentralen, die Unterstützung der von den Kommunisten propagierten Arbeiterausschüsse in den Betrieben durch Arbeiter aller Parteien und Gewerkschaften, die Delegationen nach der Sowjetunion, an denen sich Arbeiter aus allen Parteien beteiligen, sind die Ergebnisse dieses Strebens. Die Berichte der Rußlanddelegationen unterstützen es. Einen ideologischen und propagandistischen Kristallisationspunkt bildet die seit dem 1. Januar 1926 erscheinende Zeitschrift „Die Einheitsfront" (vorerst nur in tschechischer Sprache).

Genossenschaften. Die Genossenschaftsbewegung ist stark. Mit Hilfe von Regierungszuwendungen und verstärktem Zusammenschluß hat sie die durch die Deflation verursachten Schäden zum Teil überwunden. Sowohl in den deutschen, wie auch tschechischen Genossenschaften ist der Einfluß der Kommunisten groß. Durch die „Genossenschaftswochen", die Agitation: „Hinein in die Genossenschaften", „Jeder Kommunist — Mitglied der Genossenschaft", usw. konnten sie ihren Einfluß steigern und den Ansätzen sozialdemokratischer Versuche, die Kommunisten auszuschließen und die Genossenschaften zu Parteiwerkzeugen zu machen, rechtzeitig begegnen.

Politische Arbeiterbewegung

Die weiterbestehende Einheitsfront der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten mit ihrer Bourgeoisie ermöglicht auch weiter die Diktatur der tschechischen Bourgeoisie über das Proletariat und die Nationalitäten der Republik. Sie ermöglichte den weiteren Abbau der Rechte der Arbeiter (Auslieferung der Arbeiterpresse an die Justizwillkür, Mandatsraub an revolutionären Arbeiter- und Bauernvertretern, Kürzung der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung), die Verfolgung der revolutionären Arbeiter (Hochverrats-, Spitzelprozesse, Einkerkerungen usw.) und den weiteren Abbau der Errungenschaften der kleinbürgerlich-nationalen Revolution (Auslieferung der Schule an die Kirche, Erhöhung der Steuern der Besitzlosen, Verteuerung der Lebenshaltung durch Agrarzölle usw.). Infolgedessen wächst die Opposition innerhalb der Arbeiterschaft gegen die Koalition, andererseits tritt die Arbeiterschaft in gesteigertem Maße für die Einheitsfront ein. Diese Stimmung zwang beide regierungssozialistischen Parteien, nach den Wahlen im November 1925, zur Beschwichtigung ihrer Wählerschaft Verhandlungen über eine Arbeiter- und Bauernregierung mit der KPTsch einzuleiten. Die seitherige neuerliche Koalition mit den Bourgeoisparteien erleichtert der KPTsch und dem IAV die Agitation für die Einheitsfront.

Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Ihre nationalistische Einstellung und ihre Dienst-

bereitschaft ihrer Bourgeoisie gegenüber verhinderte alle Versuche der II. Internationale, die Sozialdemokratien der Tschechoslowakei zu vereinigen. Ihre Presse polemisiert ständig scharf gegen die deutschen Sozialdemokraten. Sie wirft ihnen vor, die Vereinigung des gesamten Proletarats zu verhindern, weil sie „in einer Front mit ihrem Unternehmertum steht!" Am 1. Mai 1924 verkündete sie als Programm: „Die Republik haben wir, den Achtstundentag haben wir, es fehlt uns nur noch die Sozialversicherung." Für die Gesetzwerdung einer Scheinsozialversicherung stimmte sie der Verordnung über die die Teuerung erhöhenden Agrarzölle zu. Die Opposition ihrer Arbeiterschaft gegen die Verordnung bewirkte nur, daß ihre Minister „die Verordnung nicht unterzeichneten". Die in Mährisch-Ostrau und Pilsen entstandene Opposition ist einstweilen noch schwach. Der Einfluß der Partei auf das tschechische Proletariat sinkt. Trotzdem sich die frühere Partei der „Fortschrittlichen Sozialdemokraten" (Modracek) und die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei", die Gruppe der sozialdemokratischen Gewerkschafter (Brodecki) und auch die Partei der „Unabhängigen Kommunisten" (Bubnik) mit ihr wieder vereinigt haben, gibt sie ihre Mitgliederzahl nur mit 116 000 an*). Zentralorgan „Pravo Lidu", zahlreiche Provinzorgane.

Tschechisch-Sozialistische Arbeiterpartei (Nationalsozialisten). Auch hier wächst die Opposition gegen die Koalitionspolitik der Führer. Die Partei der „Unabhängigen Nationalsozialisten", die aus der unter Führung Vrbenskis stehenden, 1923 ausgeschlossenen Linken entstanden ist, und die mit ihr gehenden Gewerkschaften übten in mehreren Gebieten eine starke Anziehungskraft auf die Arbeiter der Partei aus. Die Jugend, Gruppen der Intelligenz, sind Sammelpunkte der Unzufriedenen. In Mähren und Westböhmen gingen ihre Arbeiter in vielen Fällen mit der KPTsch. Die Einheitsfrontagitation fällt hier auf besonders günstigen Boden. Die Führerclique setzt ihre Koalitionspolitik einstweilen noch mit diktatorischen Maßnahmen durch. Aber ihre Aktionen erfassen die Massen nicht mehr. Die Parteipresse bekämpft öfters auch die tschechischen Sozialdemokraten wegen ihres engen Anschlusses an die tschechischen Agrarier. Die Stimmenzunahme bei den letzten Wahlen ist dem Abfall zahlreicher Angestellten und Intelligenzler aus dem nationaldemokratischen Lager zuzuschreiben. Der Einfluß im Proletariat geht zurück. Mitgliederzahl 115 100. Zentralorgan „Ceské Slovo".

Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Steht ebenso hinter ihrer Bourgeoisie, wie die tschechische. Ihre Aktionen im Interesse des „deutschen Arbeitsplatzes" (gegen Beamten-

*) Tschechische Nationalsozialisten und deutsche Sozialdemokraten schätzen die Mitgliederzahl auf höchstens 60- bis 65 000.

abbau und Beamtenversetzungen), für den „Schutz des deutschen Bodens" (gegen die Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes), gegen das Sprachgesetz (gegen die tschechische Staatssprache), sichern ihr die Sympathien der deutschen Kleinbürger und eines Teiles der Industriekapitalisten. Die Partei des deutschnationalen jüdischen Industriekapitals agitierte bei den Wahlen 1925 für die deutsche Sozialdemokratie. Auch hier Verluste an Arbeiterstimmen. Mitgliederzahl 72 000. Zentralorgan „Sozialdemokrat".

Deutsch-magyarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Slowakei und Karpathorußlands und die Polnische Sozialistische Arbeiterpartei haben sich enger an die tschechische bzw. deutsche Sozialdemokratie angeschlossen. Bei den Wahlen vielfach Listenkoppelung. Stimmenzahl zusammen etwa 10 000.

Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Nach wie vor die einzige internationale Partei und die größte Arbeiterpartei. Neben der Agitation für die Vereinigung des Proletariats für den revolutionären Kampf ohne Unterschied der nationalen, politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, ist sie bestrebt, die Massen für ihre Tagesinteressen (gegen Agrarzölle, Teuerung, Steuerraub, Auslieferung der Schule an die Kirche, nationale Unterdrückung usw.) einheitlich zu mobilisieren. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratien kämpften gegen sie mit Hochverratsprozessen, Einkerkerung der aktivsten Parteifunktionäre, Verleumdungen, Verfolgung der Jugendlichen, Zensur usw. Neben der Abwehr dieser Angriffe kämpfte sie für eine klare politische und taktische Linie innerhalb der Partei. Die Diskussion 1924 diente diesem Zwecke. Der II. ordentliche Kongreß 1924 zeigte starke sozialdemokratische Reste in der Partei auf. Der im März 1925 auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Komintern geschaffene Block der Linken mit dem Zentrum der Parteileitung ermöglichte die Ausmerzung dieser Reste. Die Angriffe des Renegaten Bubnik enthüllte die sozialdemokratischen Fraktionen. Ihre Liquidierung und die an sie anknüpfende neuerliche Diskussion offenbarte die Festigkeit, mit der die tschechische Arbeiterschaft hinter der Komintern steht. Die Reinigung der Partei ermöglichte ihre innere Kräftigung, die Durchführung einer klaren taktischen Linie, die Ueberwindung der Angriffe der Bourgeoisie, wodurch ihr Einfluß auf die Massen gestiegen ist. Sie ist die einzige aktive Arbeiterpartei. Nur sie führt Massenaktionen durch. Bei den Parlamentswahlen wurde sie 1925 — trotz Stimmenraub — die zweitstärkste Partei der Republik. Zentralorgan „Rudé Pravo", viele Provinzblätter. 110 000 Mitglieder.

* * *

KP der Tschechoslowakei

B. SMERAL

Bei den allgemeinen Wahlen, die in der Tschechoslowakei am 15. November 1925 stattfanden, erhielt die KPTsch. 933 769 Stimmen. Die Partei hat jetzt mehr als 100 000 Mitglieder. Die Gesamtbevölkerung des Landes (nach der Zählung im Jahre 1921) beträgt 13 604 807, an der Wahl haben sich insgesamt 7 107 276 Personen (Männer und Frauen im Alter von über 21 Jahren) beteiligt. Dies sind die letzten Ziffern, die die Stärke der Partei und den Grad ihres Einflusses auf die breiten Schichten des arbeitenden Volkes in Stadt und Land ausdrücken.

Unter allen politischen Parteien des Landes steht die KPTsch — was die zahlenmäßige Stärke betrifft — an zweiter Stelle. Eine größere Zahl von Stimmen als sie hat bei der Wahl nur die von den Großbauern beherrschte Partei der tschechischen Agrarier bekommen (970 498). Die Differenz von 40 000 Stimmen ist dadurch mehr als erklärt, daß die Agrarier die führende Regierungspartei sind, die den ganzen Staatsapparat in den Händen haben. Wenn wir berücksichtigen, daß die Agrarier während der Wahlen, mit Hilfe des Staatsapparates, den schärfsten Druck auf die Bevölkerung ausgeübt haben, und wenn wir von diesem Standpunkt aus die Wahlziffern nur ein wenig korrigieren, können wir ohne jede Uebertreibung behaupten: In Wirklichkeit ist die KPTsch, was den Einfluß auf die Massen betrifft, die erste, die größte Partei im Lande. Dabei ist der Einfluß der Partei auch dadurch erhöht, daß sie in einem Lande mit sechs verschiedenen Nationen die einzige internationale Partei ist und daß sie zweitens innerlich fähig ist, auch für die Lösung der Bauernfrage zu kämpfen, die in der Tschechoslowakei, trotz ihrer hohen industriellen Entwicklung, eine wichtige Rolle spielt und spielen wird.

Die Wahlen haben gezeigt, daß sich die KPTsch auf einem guten Wege befindet, um einen entscheidenden Einfluß auf die breiten Massen des industriellen Proletariats auszuüben und um zu der Führerin auch der arbeitenden Bevölkerung des Dorfes zu werden. Wir dürfen uns aber mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden geben. Es ist notwendig, die bisherige Position des Einflusses nicht nur zu halten, sondern sie noch wesentlich zu erweitern.

Durchschnittlich hat die KPTsch bei den Wahlen im ganzen Lande 13,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten. Das Land ist in 22 Wahlgebiete geteilt. Den Durchschnitt oder mehr als den Durchschnitt haben wir aber nur in 10 Wahlgebieten bekommen. In den anderen 12 Wahlgebieten haben wir weniger als den Durchschnitt erhalten. Ebenso schwach sind wir auch in einigen Wahlgebieten, die industriell hoch entwickelt sind (Mährisch-Ostrau, Pilsen, Karlsbad, Böhmisch-Leipa). Das bedeutet, daß in diesen

Gebieten immer noch ein großer Teil der industriellen Arbeiter den menschewistischen oder sogar den ausgesprochen kapitalistischen Parteien anhängt. Wir dürfen uns also nicht mit der Ansicht beruhigen, daß die Sozialdemokraten und die Tschechischen Sozialisten in der Tschechoslowakei Parteien darstellen, die sich hauptsächlich auf die nichtproletarischen, kleinbürgerlichen Massen stützen. Diese Parteien vereinigen in sich noch einen erheblichen Teil der Arbeitermassen.

Zu dem gleichen Resultate gelangen wir, wenn wir die Wahlziffern auch von einem anderen Gesichtspunkte aus einer Analyse unterwerfen. An der Wahl haben sich vier größere Parteien beteiligt, die sich hauptsächlich auf die Arbeiter stützen: Kommunisten, Tschechische Sozialdemokraten, Deutsche Sozialdemokraten, Tschechische Sozialisten. Diese vier Parteien zusammen haben von der Gesamtheit der abgegebenen Stimmen 39,1 Prozent erhalten. Die Zahl der industriellen Arbeiterbevölkerung (der industriellen Arbeiter mit Familienmitgliedern) ist aber in der Tschechoslowakei größer als 39,1 Prozent. Im Hauptgebiet des Staates, in Böhmen und Mähren, beträgt sie volle 50 Prozent, in der Slowakei und Karpathorußland zwar weniger, was aber dadurch ausgeglichen wird, daß neben den Arbeitern für die obengenannten vier Parteien auch viele Handwerker, Staatsangestellte und Kleinbürger gestimmt haben. Im ganzen kann man schätzen, daß wenigstens 10 Prozent der industriellen Arbeiter bei den Wahlen ihre Stimmen immer noch für die direkt bürgerlich-kapitalistischen Parteien abgeben. Das ist eine Tatsache. Die zweite ist folgende: Wenn wir als Ganzes diejenigen Stimmen nehmen, die für die vier Arbeiterparteien abgegeben wurden, so bekommen zwar die Kommunisten den relativ größten Teil, nämlich 36 Prozent, aber die anderen, menschewistischen Parteien, vereinigen unter ihrem Einfluß noch immer eine Mehrheit: die Tschechischen Sozialdemokraten 24 Prozent, die Tschechischen Sozialisten 24 Prozent, die deutschen Sozialdemokraten 16 Prozent.

Was sagen diese Ziffern? Vielleicht, daß ohne die „statistische Mehrheit" ein Sieg über den Kapitalismus nicht denkbar wäre? Selbstverständlich nicht! Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß in einer unmittelbar-revolutionären Situation dieses statistische Verhältnis sich im Laufe eines Monats verändern könnte, ebenso wie in Rußland in den Monaten unmittelbar vom Oktober 1917, in denen die nichtbolschewistischen Arbeiter in das Lager der Bolschewiki übergingen. Aber dieses Bewußtsein darf uns nicht zu einer Passivität den nichtkommunistischen Arbeitern gegenüber in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus verführen. Die uns noch fernstehenden Arbeitermassen von dem Einfluß der menschewistischen Ideologie zu befreien, sie für den wirklich revolutionären Klassenkampf zu gewinnen und dadurch zur Verkürzung der Stabilisierung beizutragen, das ist eine der größten Aufgaben der KPTsch in der nächsten Zukunft.

Eben deswegen, weil die KPTsch einen guten Ruf genießt, infolge ihrer Verbindung mit den Massen, und weil dieser gute Ruf unserer Partei nach den letzten Wahlen noch besser wurde, halte ich es für zweckmäßig, ausdrücklich zu konstatieren, daß wir selbst die Resultate unserer Arbeit nicht übertreiben und wir uns derjenigen Aufgaben voll bewußt sind, die wir wieder vor uns haben.

Türkei

Oberfläche: 782 000 qkm. Davon in Europa 23 500. Bevölkerung Ende 1924: 9 800 000 (davon ca. 1 500 009 in Europa).

Die größten Städte sind Konstantinopel (1924) 880 998, Smyrna 98 846, Konia 71104, Brussa 64 664, Adrianopel 56 347. Die Hauptstadt Angora hatte 1924 bloß 35 000 Einwohner.

Nationalitäten: Die Türken (Osmanly) bilden die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Von der Gesamtbevölkerung ist ca. eine Million Kurden. Der größte Teil der früheren griechischen Bevölkerung ist nach Griechenland ausgewandert.

Religion: Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sind Mohammedaner. Am 1. November 1922 wurde die weltliche Gewalt des Kalifen (das Sultanat) aufgehoben, Anfang 1924 das Kalifat abgeschafft.

Verfassung: Seit dem 1. November 1922 ist die Türkei eine demokratische Republik. Das türkische Parlament (Medschilis) wird auf vier Jahre gewählt. Die Große Türkische Nationalversammlung hat nach § 7 der Verfassung auch die Exekutivgewalt inne, die durch den Präsidenten der Republik und den von ihm ernannten, vom Vertrauen des Parlaments abhängenden Ministerrat ausgeübt wird.

Wirtschaft

Landwirtschaft: Die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung ist die Landwirtschaft. In der Verteilung des Bodens ist in den letzten Jahren eine starke Aenderung eingetreten; statistische Angaben darüber sind aber vorläufig nicht vorhanden.

Im Herbst 1924 nahm die Medschilis das Gesetz über die Abschaffung der Bodensteuer, des „Juschur", an, der als ein feudales Ueberbleibsel die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Lande stark gehemmt hatte. Seit der Abschaffung dieser Steuer, die im Budget der früheren türkischen Regierungen gegen 25 Prozent der Gesamteinnahmen ausgemacht hatte, hat die moderne Geldwirtschaft das Dorf endgültig erobert.

Die Hauptprodukte der Landwirtschaft sind: Getreide, Tabak, Baumwolle, Weintrauben, Oliven, Feigen, Nüsse usw.

Viehstand (1923): 350 135 Pferde, 411 494 Esel und Maultiere, 3 551 449 Rinder, 11 913 703 Schafe und Ziegen, 1 609 926 Angora-Ziegen, 52 440 Kamele.

Forstwirtschaft: Waldfläche ca. 8,4 Millionen Hektar, davon 1,3 Millionen Hektar in der europäischen Türkei. 88 Prozent der Wälder gehören dem Staat, 6 Prozent Privatpersonen und der Rest den Gemeinden.

Der Bergbau ist schwach entwickelt, obwohl mächtige Erzlager vorhanden sind. Es werden Kohle, Kupfer, Blei, Zink, Silber, Mangan usw. gewonnen. Kohle wird in Sunguldak und Eregli gewonnen. Jahresförderung ca. 700 000 t; etwa 12 000 Arbeiter. Die Gewinnung von Erdöl wird im Mossul-Gebiet, ferner im Erzerumer Wilajet betrieben.

Die Industrie ist hauptsächlich Hausindustrie. Bedeutende Maschinenindustrien sind in Konstantinopel konzentriert. Die industrielle Entwicklung macht langsame Fortschritte.

Länge der Eisenbahnlinien Anfang 1925: 3330 km.

Außenhandel (in Millionen türk. Pfund):

	1923	1924
Einfuhr	145	194
Ausfuhr	85	159

Haupteinfuhrartikel. Textil-, Kolonialwaren, Getreide, Metalle. Hauptausfuhrartikel. Wolle, Teppiche, Opium, Nüsse, Leder, Tabak.

Finanzen. In den letzten Jahren werden regelmäßige Budgets wieder aufgestellt.

	1924/25 Mill. türk. Pfund	1925/26 Mill. türk. Pfund
Einnahmen	129	145
Ausgaben	140	162

Staatsschuld: Am 6. August 1924 betrug die Gesamtschuld ungefähr 132 Mill. türk. Pfund Nominale; drei Viertel der Gläubiger stellt Frankreich. Nach dem Lausanner Vertrag wurde die alte türkische Schuld zwischen der Türkei und den Nachfolgestaaten aufgeteilt. Die Türkei muß 62,25 Prozent bezahlen. Von 1927 an betragen die Zinsen 4,2 Millionen türk. Pfund jährlich.

Fremdes Kapital: 1924 hat es insgesamt 87 Gesellschaften im Lande gegeben, die mit fremdem Kapital arbeiten. Sie verteilen sich nach ihrer Nationalität und ihren Kapitaleinlagen wie folgt: 25 englische Gesellschaften mit 96 Mill. türk. Pfund Kapital, 13 französische mit 37 Mill. türk. Pfund, 8 deutsche Gesellschaften mit nicht genau feststehendem Kapital, 9 italienische mit 10 Mill. türk. Pfund

Kapital, 7 amerikanische mit 30 Mill. türk. Pfund Kapital. Dann folgen 4 holländische, 6 schweizerische, 2 belgische Gesellschaften mit nicht nennenswertem Kapital.

Den Abstieg des türkischen Pfundes zeigen die folgenden Zahlen. Für ein englisches Pfund wurden bezahlt:

Parität	Januar 1919	Januar 1920	Januar 1921	Januar 1922	Januar 1923	Januar 1924	Januar 1925	Januar 1926
110	350	400	585	677	764	816	910	915 Piaster

(1 Türk. Pfund = 100 Piaster).

In der letzten Zeit wurde der Währungsverfall aufgehalten.

Politik

Die wichtigsten Ereignisse im politischen Leben der Türkei 1924—1925 sind: die vollständige Liquidierung des Sultanats und des Kalifats, die Proklamierung der Türkei als Republik (beschlossen am 20. April 1924), die Abschaffung der mittelalterlichen Naturalsteuer, des „Juschur", und die Unterdrückung des konterrevolutionären Aufstandes in den östlichen Vilajets (der Aufstand des Scheich Said).

Schon im Herbst 1923, nachdem die Wahlen in die Medschilis bewiesen hatten, daß hinter dem neuen Regime eine gesicherte Mehrheit steht, war der Kampf zwischen der Reaktion, die ihren Stützpunkt in dem Kalifen Abdul Medschid hatte, und der revolutionären anatolischen Bourgeoisie mit Mustafa Kemal Pascha an der Spitze unvermeidlich geworden.

Die am 11. August 1923 gewählte neue Medschilis bestand aus 286 Abgeordneten, die sich ihrer sozialen Zusammensetzung nach folgendermaßen verteilten:

Militärs	49
Zivilbeamte	93
Freie Berufe	50
Geistliche	18
Vertreter der Handels- u. Agrarbourgeoisie	76

Die Arbeiterschaft sowie die arme mittlere Bauernschaft sind im Parlament überhaupt nicht vertreten. Die Mehrheit der Abgeordneten (176) sind Anhänger der kemalistischen „Republikanischen Volkspartei".

Nachdem diese herrschende Partei einmal konsequent und fest die politische Liquidierung des Kalifats in Angriff genommen hatte, wurde die Türkei wenige Monate später zur Republik erklärt und Mustafa Kemal Pascha zum Präsidenten gewählt. Nach der neuen Verfassung ist der „Islam" Staatsreligion, die türkische Sprache offizielle Staatssprache und Angora die Hauptstadt der türkischen Republik.

Die Konterrevolution hatte indes die Waffen nicht gestreckt. In der Medschilis selbst bildete sich eine Opposition der republikfeindlichen Abgeordneten. Die Hauptführer dieser oppositionellen

Gruppe in der Medschilis waren der frühere Premierminister Reuf Bey und Kara Bekir Pascha. Im November 1924 nahm diese oppositionelle Gruppe den Titel „Partei der fortschrittlichen Republikaner" an. Diese neue Partei vertrat einerseits die Interessen der mit dem Auslande verbundenen Schiffahrts- und Finanzbourgeoisie, andererseits die Interessen der feudalen Gutsbesitzerclique. Die Tätigkeit der neuen Partei ging darauf hinaus, die Republik zu stürzen. Die Führer dieser reaktionären Partei waren offenkundig in den Aufstand des Scheich Said in Türkisch-Kurdistan (März 1925) verwickelt. Dieser konterrevolutionäre Aufstand „im Namen Allahs und des Sultans" war einerseits von den Engländern inspiriert, andererseits wurde er von den reaktionären Kreisen Konstantinopels unterstützt. Der Aufstand war bereits im Mai endgültig liquidiert. Die Regierung Ismet Pascha löste die reaktionäre Partei der „progressiven Republikaner" auf und schloß ihre über das ganze Land verbreiteten Klubs. Die englische Bourgeoisie wollte mit dem Aufstand die Mossulfrage zu ihren Gunsten entscheiden; was sie aber durch den Aufstand nicht erreichen konnte, erreichte sie durch die Entscheidung des Völkerbundes. Die Türkei lehnte die Entscheidung erst ab, später aber hat sie, um kriegerische Zusammenstöße zu vermeiden, nachgegeben. Die Regierung von Angora hat ihre vertiefte Freundschaft mit der Sowjetunion durch den Neutralitätsvertrag von Paris dokumentiert. Auch die Einigung mit Frankreich und der Neutralitätsvertrag mit Persien haben die internationale Lage der Türkei verbessert.

Arbeiterbewegung

Auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung ist die erheblich gesteigerte Aktivität der Konstantinopeler Arbeiter hervorzuheben, die 1924 in wirtschaftlichen Massenstreiks ihren Ausdruck fand. Die Mehrzahl der Streiks 1924 stand unter der Führung der Kommunistischen Partei. Die Regierung der bürgerlich-republikanischen Türkei beschloß, die Arbeiterbewegung unter ihre Obhut zu nehmen. Der Arbeiterverband „Teame" (eine Art Gewerkschaftsbund), der von Herbst 1924 bis 1. Mai 1925 bestand, wurde faktisch von den Kommunisten geführt, sein Vorsitzender jedoch war ein Kemalist, der Sekretär der Konstantinopeler Organisation der „Republikanischen Volkspartei". Auf diese Weise hatten die Behörden die Möglichkeit, die Tätigkeit des „Arbeiterverbandes" zu kontrollieren. Der Verband umfaßte etwa 20 000 Arbeiter, hauptsächlich Drucker, Eisen- und Straßenbahner und einen Teil der Hafenarbeiter.

Nach dem 1. Mai 1925 beschloß die Regierung, der halblegalen Tätigkeit der türkischen Kommunistischen Partei ein Ende zu machen, und sie benutzte die Auflösung der Partei dazu, die Arbeiterbewegung endgültig in ihre Hände zu bekommen.

Die Polizei verhaftete 15 führende Mitglieder der Kommunistischen Partei, und das „Gericht der Unabhängigkeit" verurteilte sie zu Zwangsarbeit von 5—15 Jahren. Der „Arbeiterverband" wurde geschlossen. Die letzten Streiks im September 1925 bei der Dampfergesellschaft „Schekret und Chairi" (1200 Seeleute) und eine Reihe sonstiger Streiks ließen der Regierung die Eröffnung eines neuen

„Arbeiterverbandes" als eines legalen Ventils für die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft geraten erscheinen. Im Oktober wurde ein neues Exekutivkomitee „Teali" gewählt, in das vorwiegend Anhänger und Agenten der Kemalisten eintraten.

Ungarn

Oberfläche und Bevölkerung

	Ausdehnung in qkm	Bevölkerung in 1000	Bevölkerung pro qkm
Vor dem Kriege	325 411	20 866	64,17
Nach Friedensschluß	93 010	7 987	85,87
Verluste	71,41%	61,75%	—

Nationalität: 7 147 053 Ungarn, 551 211 Deutsche, 141 882 Slowaken, 23 760 Rumänen, 1500 Ruthenen, 36 858 Kroaten, 17 131 Serben usw. 96,8 Prozent der Bevölkerung beherrscht die ungarische Sprache.

Auswanderung: Nach Amerika 1905 bis 1913 (neues Ungarn) 213 067, Rückwanderung aus Amerika (neues Ungarn) 58 302. Nach dem Kriege läßt Amerika jährlich 5683 Einwanderer aus Ungarn zu. Die Größe der Auswanderung in den verflossenen Jahren ist zahlenmäßig sehr schwer zu erfassen, da die Mehrheit der Auswanderer ohne behördliche Genehmigung die Grenze überschritten hat. Die Ursache der Auswanderung ist sowohl politischer wie wirtschaftlicher Natur.

Berufsgliederung: Der prozentuelle Anteil der einzelnen Berufsgruppen (samt Familienmitgliedern) im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung ist: Bergbau 1,5 Prozent, Industrie 19,1 Prozent, Handel 5,11 Prozent, Verkehr 4,4 Prozent, zusammen 30,1 Prozent gegenüber der Landwirtschaft, wo 55,8 Prozent der Bevölkerung beschäftigt sind. Die ganze nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung macht 44,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Klassengliederung: Zahl der berufstätigen Bevölkerung 3 752 714.

Berufstätige in der Landwirtschaft

Proletarier: Landwirtschaftliches Proletariat (Gesinde, Landarbeiter usw.)	1 100 000
Halbproletarier: Zwergbauern	500 000
Bauerntum: Kleinbauern	190 000
Mittel- und Großbauern ..	64 000
Mithelfende Familienangehörige	262 000
Großagrarier: Großgrundbesitzer (über 100 Kat. Joch)	10 704
Insgesamt	2 126 704

Berufstätige in anderen Erwerbszweigen

(Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr usw.)

Proletarier:	Industriearbeiter	442 270
	Bergarbeiter	39 493
	Tagelöhner	50 118
	Arbeiter und untere Angestellte im Handel	70 000
	Arbeiter und untere Angestellte im Verkehr ..	90 000
	Untere Angestellte in Industrie und Gewerbe ..	18 000
	Hauspersonal	155 892
		865 773
Halbproletarier:	Kleingewerbetreibende ohne Gehilfen	128 000
Kleinbürger:	Gewerbetreibende mit 1 bis 20 Gehilfen	83 300
	Kleine Kaufleute usw. ..	90 000
	Angestellte in kleinbürgerlicher Lebenslage ..	24 000
	Staatsangestellte und freie Berufe	140 000
	Pensionierte	80 000
		417 300
Großbourgeoisie und unmittelbarer Anhang:		
	Gewerbetreibende über 20 Gehilfen	2 164
	Industrieunternehmer ..	2 075
	Grubenbesitzer und leitendes Personal ..	605
	Großunternehmer und leitendes Personal im Handel	24 000
	Großunternehmer und leitendes Personal im Verkehr	7 000
	Höh. Staatsangestellte und freie Berufe ...	28 000
	Rentiers	19 000
		82 844
Dazu kommen noch:		
	Heer usw.	88 000
	Verschiedene, darunter Gefängnisinsassen usw.	44 000
		132 000

Alle Erwerbszweige zusammengerechnet (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe usw.), gestaltet sich die Klassengliederung folgendermaßen:

Klassengliederung

		Proz. d. erwerbstät Bevölkerung
Proletarier (städtische u. ländliche)	1 965 700	52,4
Halbproletarier (städtische u. ländliche)	628 000	16,7
Bauerntum und Kleinbürger	933 300	24,9
Großbourgeoisie, Großgrundbesitzer und unmittelbarer Anhang	93 500	2,5
Verschiedene (Heer usw. Gefängnisinsassen)	132 000	3,5
Insgesamt	3 752 500	100,0 %

Bildungsgrad: Von der Bevölkerung über 6 Jahre Analphabeten 1910 19,7 Prozent, 1920 15,2 Prozent.

Religion: Römisch-katholisch 63,9 Proz., reformiert 21 Proz., lutherisch 6,2 Prozent, jüdisch 5,9 Prozent, sonstige 3 Prozent.

Regierungsform: Formell Königreich. Das Haus Habsburg wurde auf Druck der großen und kleinen Entente entthront. An der Spitze des Reiches steht der ehemalige Admiral Nikolaus Horthy als Reichsverweser. Nationalversammlung im Mai 1922 auf 5 Jahre gewählt. Zu diesem Zweck oktroyierte die Regierung auf dem Verordnungswege ein neues Wahlrecht. Wähler: Männer über 24 Jahre, die seit 10 Jahren ungarische Staatsangehörige mit vier Volksschulklassen; Frauen über 30 Jahre, die seit 10 Jahren ungarische Staatsbürger mit sechs Volksschulklassen oder drei eheliche Kinder haben oder eigenes Vermögen besitzen. Verschiedene andere Einschränkungen zum Teil finanzieller Natur dienten zur Verringerung der Zahl der Wähler. Die Abstimmung war, ausgenommen einige Städte und Ortschaften, überall offen. Im Jahre 1925 wurde ein neues Wahlgesetz angenommen, das die Einschränkungen noch weiter erhöhte, die Zahl der Wähler noch mehr verringerte und das die offene Abstimmung auch für solche Gebiete festlegte, wo die Abstimmung vorher geheim war. Zusammen mit diesem Wahlrechtsgesetz wurde auch ein Gesetz über die Schaffung eines Oberhauses angenommen (Wiederherstellung des früheren Magnatenhauses), das aus Vertretern des hohen Klerus, den Mitgliedern der in Ungarn lebenden Habsburger, der hohen Aristokratie und aus einigen ernannten Mitgliedern besteht. Das Oberhaus wird in seiner Mehrheit aus erblichen Mitgliedern zusammengesetzt sein.

Wirtschaft

Landwirtschaft:

Besitzstatistik (nach der Aufnahme von 1921)

	Besitzer: Zahl der Besitzer	Besitzer: %	Gesamtfläche: Kat.-Joch	Gesamtfläche: %	Pro Besitzer durchschnittlich Kat.-Joch
Bauernwirtschaft:					
Zwergbauern (unter 10 Kat.-Joch) . . .	500 000	*) 98,59	7 677 010	47,50	10,2
Kleinbauern (10—20 Kat.-Joch) .	190 000				
Mittel- u. Großbauern (20—100 Kat.-Joch)	64 000				
Zusammen:	754 000	98,59	7 677 010	47,50	10,2
Grundbesitzer:					
Mittelgrundbesitzer (100-1000 Kat.-Joch)	9 260	1,22	2 685 805	16,62	290
Großgrundbesitzer (v. 1000—10 000 Kat.-Joch)	1 336	0,18	3 445 821	21,32	2 579
Großgrundbesitzer (über 10 000 Kat.-Joch)	108	0,014	2 353 953	14,56	21 796
Zusammen:	10 704	1,41	8 485 579	52,50	792
Insgesamt:	764 704	100	16 162 589	100	212

An dieser Besitzverteilung hat auch die im Jahre 1920 zum Gesetz gewordene und seitdem „durchgeführte" Bodenreform fast gar nichts geändert. Nach dem Eingeständnis des Ministerpräsidenten Bethlen wurden von 1920 bis Ende 1925 nur 860 000 Kat.-Joch Boden verteilt, und die Mittel- und Großgrundbesitzer werden nach der vollständigen Beendigung der Bodenreform noch immer 49,8 Prozent des Gesamtbodens in Besitz behalten. Die Durchführung des Bodenreformgesetzes hat den Mittel- und Großgrundbesitz nur um 2,7 Prozent vermindert. Der größte Teil des zur Verteilung gelangten Bodens, ungefähr 600 000 Kat.-Joch, wurde nicht vom Mittel- und Großgrundbesitz, sondern von den Mittel- und Großbauern und sogar von den Kleinbauern enteignet. Die Zahl derer, die Boden erhalten haben — die Regierungsorgane haben darüber keine Daten veröffentlicht —, beträgt etwa 230 000, die Zahl der Anspruchberechtigten etwa 1,5 Millionen. Von diesen 230 000 ist nur ein Teil Bauern, die übrigen erhielten den qualitativ besten Boden als Entlohnung für ihre konterrevolutionäre Tätigkeit während des weißen Terrors. Ein Teil

*) Das Statistische Amt verheimlicht die detaillierten Angaben über die Besitzverteilung der Bauernschaft (1 bis 100 Kat.-Joch).

der neuen Bauernbesitzer hat bereits ihren neuerworbenen Boden verlassen oder verkauft, weil der unter ihnen verteilte Boden entweder unbrauchbar war oder in großer Entfernung lag oder wegen des Fehlens von Inventar, das sie sich infolge des teueren Kredits nicht verschaffen können und endlich wegen des hohen Pachtzinses, den sie laut Gesetz an den Staat zahlen müssen. Die Grundbesitzer dagegen, denen Boden enteignet wurde, erhielten vom Staat volle Entschädigung. Trotz des mageren Ergebnisses der Bodenreform wurde dieselbe laut Gesetz vom 7. Dezember 1925 als abgeschlossen erklärt.

Erntefläche (in 1000 ha)

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln
1919—23	1253	617	478	334	919	260
1924	1416	663	407	286	995	247
1925	1457	684	418	294	1044	256

Ertrag (in 1000 dz)

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln
1919—23	14 497	6338	5036	3421	11 420	14 938
1924	14 034	5614	3203	2280	18 828	15 315
1925	18 385	7943	4922	3414	23 488	23 054

Viehstand (in 1000 Stück)

	Hornvieh	Schweine	Pferde	Schafe
1911—15 (Durchschn.)	2148	3330	895	2406
1920	1971	2524	635	1248
1924	1896	2458	849	1814

Bergbau: Tätige Personen 40 098, davon Bergarbeiter 39 493. Von 39 493 Bergarbeitern arbeiten 27 886, d. h. 70,6 Prozent, in 19 Großbergwerken.

	Kohlenproduktion (in Tonnen)	*Kohlenverbrauch* (in Tonnen)
1913	7 054 690	9 069 820
1919	3 901 720	3 726 450
1921	6 119 660	6 562 484
1923	7 709 720	8 295 030
1924	7 164 200	8 033 140

Industrie: Vor dem Kriege war Ungarn überwiegend Agrarland und nur auf dem Gebiete der mit der landwirschaftlichen Produktion zusammenhängenden Industriezweige konnte es eine bedeutende Entwicklung aufweisen (Mühlenindustrie, Zuckerindustrie, landwirtschaftliche Maschinenindustrie usw.). Während und nach dem Kriege ist eine allseitige und kräftige Entwicklung der Industrie zu verzeichnen.

Seit dem Kriege haben besonders die Textilindustrie, die chemische, elektrische und gewisse Zweige der Lebensmittelindustrie große Fort-

schritte gemacht. Seit der Sanierungsaktion des Völkerbundes aber ist diese Entwicklung stecken geblieben, gewisse Industriezweige befinden sich sogar in einer Rückentwicklung.

	1913	1921	1922	1923	1924
Zahl der Großbetriebe (über 20 Arbeiter)	2 080	2 565	2 593	2 729	2 755
Zahl der in den Großbetrieben beschäftigten Arbeiter	219 283	170 367	225 109	241 239	194 100
Wert der Jahresproduktion in Millionen Goldkronen	1 641	756	1 259	1 176	1 531

Verkehrswesen: Eisenbahnnetz: 8650 km, davon 7252 km in Staatsbetrieb und 1398 km in Privatbetrieb. Lokomotiven: 1549, Waggons: 21 033.

Außenhandel (in Millionen Goldkronen)

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr	Einfuhr in % des Gesamtverk.	Ausfuhr in % des Gesamtverk.
1920	417,3	164,3	— 253,0	71,75	28,25
1922	539,4	330,1	— 209,3	62,04	37,96
1923	423,0	338,1	— 84,9	55,58	44,42
1924	702,8	575,0	— 127,8	55,00	45,00
1925	739,7	700,1	— 39,6	51,37	48,63

Den Hauptanteil am Außenhandel haben der Reihe nach: Oesterreich, Tschechoslowakei, Deutschland.

Bis 1924 stand der gesamte Außenhandelsverkehr unter unmittelbarer Kontrolle der Regierung bzw. der Regierungsorgane, die die Ausgabe von Lizenzen für Ein- und Ausfuhr als politische Waffe benutzten. Im Jahre 1924, vor dem Beginn der Sanierung, wurde auf Drängen des Völkerbundes dieses Lizenzensystem abgeschafft und der Außenhandelsverkehr für „frei" erklärt. Gleichzeitig wurde ein Zollgesetz angenommen, das ein Kompromiß zwischen Agrar- und Industriebourgeoisie darstellt.

Staatsfinanzen: Staatsbudget für das Jahr 1924/25: Vorausgesehene Einnahmen: 656,6 Millionen Goldkronen, Ausgaben: 756,5 Millionen Goldkronen. Die gesamten Schulden des ungarischen Staates betrugen in der ersten Hälfte 1925: 1915 Millionen Goldkronen, davon Auslandsschulden: 1612 Millionen. Geldumlauf Ende 1925: 5 Billionen Papierkronen (14 500 Papierkronen = 1 Goldkrone), d. h. 600 000 Papierkronen bzw. 40 Goldkronen pro Einwohner. Ende 1925 wurde eine Währungsänderung beschlossen: die neue Geldeinheit ist der „Pengö" = 12 500 Papierkronen.

Die Stabilisierung der ungarischen Valuta wurde mit Hilfe einer Auslandsanleihe erreicht, die ursprünglich auf 250 Millionen Goldkronen veranschlagt war, später aber die Höhe von ca. 303 Millionen

Goldkronen erreichte. Sie verteilt sich wie folgt: England: 168 722 645 Goldkronen, Amerika: 44 414 988, Italien: 36 228 046, Schweiz: 26 196 364, Schweden: 5 994 482, Holland: 9 257 466, Tschechslowakei: 12 144 840 Goldkronen; zusammen 302 958 831 Goldkronen.

Zur Sicherung der Sanierungsanleihen wurden die Gesamteinnahmen aus Zöllen, Zuckersteuer und Tabakmonopol und die Nettoeinnahmen aus dem Salzmonopol verpfändet. Zur Verwaltung der Pfänder und zur Kontrolle der Sanierungsaktion wurde der amerikanische Rechtsanwalt Jeremias Smith zum Völkerbundskommissar ernannt. Von der Sanierungsanleihe sind 55 Prozent in englischen Händen, ein Ausdruck der starken außenpolitischen Abhängigkeit Ungarns von England.

Die wirtschaftliche Lage: Infolge der strikten Durchführung des Sanierungsplanes befindet sich die ungarische Wirtschaft in einer scharfen Krise. Die Valuta und der Staatshaushalt sind zwar stabilisiert, aber durchschnittlich 60 Prozent des Produktionsapparates waren 1925 stillgelegt.

Zahl der Arbeitslosen (im Jahresdurchschnitt)

	Gewerkschaftsmitglieder	Insgesamt
1923	16 500	35 000
1924	25 000	80 000
1925	31 000	120 000

Bankrotte: 1924 262, 1925 (11 Monate) 2245.

Trotz der starken Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums bestehen 80 bis 85 Prozent der Staatseinnahmen aus Steuern auf die werktätigen Massen (Umsatzsteuer, Lohnsteuer usw.

Die „Sanierungsaktion“ hat außer der Wirtschaftskrise folgende Verschiebungen innerhalb der Wirtschaft hervorgerufen bzw. beschleunigt:

1. Verstärkung des Einflusses des ausländischen Kapitals.

2. Verschmelzungsprozeß der Finanz-, Industrie- und Agrarbourgeoisie.

3. Konzentration der Industrie unter Führung von fünf Großbanken, die überwiegend unter dem Einfluß ausländischen (englischen, tschechischen, italienischen, österreichischen, französischen und amerikanischen) Kapitals stehen.

4. Neuverschuldung der während des Krieges schuldenfrei gewordenen Bauernschaft.

5. Gewaltige Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft. Reallöhne der Industriearbeiterschaft nach Angabe der Gewerkschaften Ende 1925: Qualifizierte 55 Prozent, Unqualifizierte und Frauen 32—35 Prozent des Existenzminimums. Diese Verelendung der Massen ist die Ursache der sich vollziehenden Linksschwenkung derselben.

Politik

Zweite Nationalversammlung Mai 1922 auf fünf Jahre gewählt, 245 Mitglieder. Politische Parteien:

1. Regierungspartei („Christliche, Kleinlandwirte und Bürgerpartei", gewöhnlich „Einheitspartei" genannt), Großagrarier, Großindustrie, Großfinanz, wenige Kleinbauernabgeordnete, einige faschistisch gesinnte Offiziere und Staatsbeamte, 136 Mandate. Führer Graf Stefan Bethlen.

2. Der Regierung nahestehend:
   a) Christlich-nationale Wirtschaftspartei (faschistisch) 23 Mandate.
   b) Liberale Bürgerpartei (Großindustrie und Finanz) 2 Mandate.
   c) Vier Parteilose.

Die Regierung verfügt also über 165 Mandate.

Opposition

1. Rassenschützler: (Faschisten). Führer Julius Gömbös. 9 Mandate. Nationalistische Kleinbürger, untere Staatsbeamte, Mittelbauern.

2. Christlich-soziale (Stefan Haller) 5 Mandate, nationalistische Kleinbürger, christliche Arbeiter, Klerus.

3. Legitimisten (Führer Graf Julius Andrassy) 18 Mandate, Großagrarier, Großfinanz, hoher Klerus. Sie sind für die Thronbesteigung Ottos, des ältesten Sohnes des gestürzten Königs Karl, und bekämpfen darum die nichtlegitimistische Regierung.

4. Demokratischer Verband (Ludwig Szilagyi) 5 Mandate, halbfaschistische Kleinbürger.

5. 1848er Unabhängigkeits- und Bauernpartei (Zoltan Mesko), 6 Mandate. Deklassierter Mitteladel, gemäßigt nationalistische Kleinbürger, einige wenige Klein- und Mittelbauern.

6. Kossuth-Partei (Graf Batthianyi) 6 Mandate. Soziale Zusammensetzung wie oben. Diese beiden Parteien stehen vor der Verschmelzung.

7. Nationaldemokraten (Wilhelm Vazsonyi*) 5 Mandate. Städtisches, hauptsächlich jüdisches Kleinbürgertum und Kleinindustrie.

8. Agrardemokraten (Győző Drozdy) 1 Mandat, Kleinbauern.

9. Nationale Arbeiterpartei (Stefan Dénes) 1 Mandat, Kleinbauern und Landarbeiter.

Die unter 5., 6., 7., 8. und 9. genannten Parteien haben sich Mitte 1926 in der „Einheitlichen Linkspartei" zusammengeschlossen.

10. Sozialdemokraten (Karl Peyer) 24 Mandate.

Großfinanz, Großindustrie, die Mehrheit der Großagrarier und ein Teil der Kleinbürger sind legitimistisch. Ein Teil der Großagrarier,

*) 1926 gestorben.

der deklassierte Mitteladel, das nationalistische Kleinbürgertum und die Mehrheit der Staatsbeamten sind für die „freie nationale Königswahl", d. h. für die Wahl von Albrecht Habsburg zum König. Beide Richtungen versuchen das Bauerntum zu gewinnen.

Die Nationaldemokraten, Kossuthisten, Demokratischer Verband, Sozialdemokraten bildeten von Ende 1924 bis Ende 1925 einen sogenannten „Demokratischen Block" unter Führung von Vazsonyi und Szilagyi. In der ersten Hälfte 1925 enthielt sich dieser Block der Teilnahme am Parlament. Ende 1925 trat die Sozialdemokratie unter dem Druck der Massen aus dem Block aus, welcher dann endgültig zerfiel.

Gemeinderatswahlen in Budapest (Mai 1925): Demokratischer Block 128 Mandate (davon 52 Sozialdemokraten), Regierungspartei 20, Liberale 11, Christliche 91. An Stelle des kleinbürgerlich-nationalistischen Regimes trat damit in der Hauptstadt die Herrschaft der Industriebourgeoisie, unterstützt von der Sozialdemokratie.

Innere Politik: Die Regierung Bethlen befestigte die Herrschaft sämtlicher Gruppen der Großbourgeoisie, baute im Interesse des Kapitalimports gewisse Auswüchse des weißen Terrors ab und setzte an ihre Stelle die formell-legale Herrschaft der Konterrevolution. (Beschränkung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit, öffentliches und beschränktes Wahlrecht, Illegalität der KPU). Wirtschaftskrise und Konterrevolution rufen eine wachsende Gärung in den werktätigen Massen hervor. Das Kleinbürgertum radikalisiert sich. In der Arbeiterbewegung entsteht ein starker linker Flügel. Von der Sozialdemokratie spaltet sich die linkssozialistische „Ungarländische Sozialistische Arbeiterpartei" ab, der Einfluß der KPU wächst bedeutend, trotz ihrer Illegalität. Auch in der Bauernschaft gärt es, obwohl dies, infolge des Terrors, nach außen wenig zum Ausdruck kommt.

Der Kampf des Kapitals gegen das Kleinbürgertum um die Verbilligung des Staatsapparates zielt auf die Wiederherstellung der legitimen Königsmacht ab, die den alten bürokratischen Apparat und die hohen und höchsten politischen und Verwaltungsposten den früheren Inhabern, den Exponenten der Finanz-, Industrie- und Agrararistokratie zurückgibt und sie von der Kontrolle des Kleinbürgertums befreit. Auf der anderen Seite gruppieren sich die an der politischen Macht des Kleinbürgertums interessierten Schichten um die Verfechter der „freien Königswahl". Die wachsende allgemeine Unzufriedenheit, die die Sympathien mit dem oppositionell auftretenden Legitimismus auch auf dem flachen Lande steigert, zwang die freien Königswähler, vor allem Rassenschützler und reaktionäre Kleinbürger zu einem Vorstoß im Interesse der Thronbesteigung des Erzherzogs Albrecht Habsburg. Die im staatlichen Militär-Geographischen Institut mit Unterstützung führender Politiker und Regierungsvertreter massenweise hergestellten Frankenfalsifikate sollten das Geld für einen Staatsstreich liefern.

Die Anstrengungen der französischen Regierung, nicht so sehr die Fälschungen, als vielmehr die die Unterstützung Englands genießenden Vertreter der Rassenschützler zu vernichten, andererseits der

Protest des englischen Gesandten in Budapest gegen die politischen Schritte der französischen Emissare anläßlich der Untersuchung gegen die Fälscher, sind Gefechte der beiden großen Ententestaaten um die Vormacht in Ungarn und Mitteleuropa.

Die Einkerkerung einiger Exponenten der Rassenschützler, die Kompromittierung fast aller ihrer Führer, die nahen Beziehungen der Umgebung Horthys zu den Fälschern haben die Position der Legitimisten zweifellos gestärkt und das Kapital seinem Ziele, seiner endgültigen Befreiung von der kleinbürgerlichen Kontrolle im Staatsapparat nähergebracht.

Außenpolitik: Ungarn unterliegt dem englischen und auch dem italienischen Einfluß, und wird von diesen Mächten gegen die französisch orientierten Staaten der Kleinen Entente ausgespielt. Die Sanierungsaktion entsprang dem Druck Englands und Italiens auf den Völkerbund. Die Regierung Bethlen, als eine großkapitalistische und englandfreundliche, verfolgt im Gegensatz zu der vorhergehenden rein faschistischen einen „friedlichen Kurs", verzichtet auf offizielle irredentistische Propaganda, um insgeheim eine solche zu betreiben (siehe Frankenfälschungsaktion). Doch sind die wirtschaftspolitischen Gegensätze zu den Nachbarstaaten sehr zugespitzt.

Die ungarische Regierung unterzeichnete ein provisorisches Anerkennungsprotokoll mit der Sowjetunion, einerseits wegen ihres Gegensatzes zu Rumänien, andererseits um der ungarischen Industrie Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Unter dem Druck Englands, der von den Agrariern, die die russische Getreidekonkurrenz fürchteten, und den Faschisten unterstützt wurde, verzichtete die Regierung jedoch auf die Ratifizierung des Protokolls.

Arbeiterbewegung

Nach den Jahren des weißen Terrors befindet sich die Arbeiterbewegung wieder im Aufschwung. Einzelerscheinungen:

1. Die immer mächtigeren Massendemonstrationen der letzten anderthalb Jahre, teilweise trotz Verbots (16. 3., 15. 8., 5. 9., 29. 9. 1924 und Ende Juni 1925).
2. Die starke Politisierung und Radikalisierung der Arbeiterschaft; wachsende Kritik an der Sozialdemokratie.
3. Entstehung und Anwachsen einer Gewerkschaftsopposition.
4. Die Abspaltung der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" infolge der Veröffentlichung des Pakts der Sozialdemokratie mit Bethlen und ihrer Teilnahme am Linksblock.
5. Die Erfolge der KPU.
6. Die Solidarität der Arbeitermassen mit den verhafteten Revolutionären (Rakosi-Prozeß). Das bolschewistische Auftreten der fünf Genossen vor dem Standgericht war die erste öffentliche politische Manifestation der illegalen KPU und wurde von den Massen sogleich verstanden.

Gewerkschaftsbewegung: Im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung der Arbeiterbewegung befinden sich die Gewerkschaften im Rückgang.

Mitgliederzahl der wichtigsten Gewerkschaften

	1919		1920	1921	1922	1923	1924
	31. 6.[1]	31. 12.	31. 12.	31. 12.	31. 12.	31. 12.	31. 12.
Metallarbeiter	169 315	49 182	48 268	38 478	49 601	45 026	28 190
Bauarbeiter	70 000	38 729	10 390	7 549	18 542	14 387	17 765
Holzarbeiter	39 125	5 554	12 701	14 793	15 925	12 817	9 290
Buchdrucker	8 231	7 322	5 200	7 263	7 345	7 631	6 775
Lebensmittelarbeiter	15 599[2])	6 310	5 281	5 496	6 753	3 529	3 482
Schuhmacher	? [3])	6 533	7 828	9 404	11 212	10 759	8 990
Textilarbeiter	15 000	1 200	1 000	1 800	4 320	2 380	1 750
Schneider	30 071[2])	3 411	6 945	8 653	7 266	6 725	4 822
Chemiearbeiter	? [3]	3 456	2 126	3 344	3 518	3 308	2 894
Transportarbeiter	20 000	3 500	2 479	3 220	3 775	4 650	3 000
Insgesamt	1 422 420	214 908	152 441	152 577	202 356	176 401	127 526

Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 1925 152 024. Als Gründe des Rückganges sind Arbeitslosigkeit und Unterdrückung allein nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr: das völlige Fehlen irgendwelcher durch die Gewerkschaften organisierter Kämpfe seit Beginn der Sanierungsaktion und die Zerschlagung der spontanen Kämpfe; der Pakt mit Bethlen, durch den die Gewerkschaften auf die Organisierung der Eisenbahner, Landarbeiter usw. verzichteten; die Massenausschlüsse oppositioneller Arbeiter. Dennoch hat die Gewerkschaftsoppostion erhebliche Kräfte in den Organisationen gewonnen. Sie ist u. a. für die internationale Einheit, die von der Führung erbittert bekämpft wird.

Politische Arbeiterbewegung

Sozialdemokratie: Die Veröffentlichung des Paktes der SPU mit Bethlen Ende 1924 ergab, daß diese sich gegenüber der Regierung zum Verzicht auf die Organisierung der Landarbeiter, Eisenbahner und Kleinbauern, zum Verzicht auf jede republikanische Propaganda, dagegen zur Regierungspropaganda im Auslande, zur Unterstützung der „Sanierungsmaßnahmen" der Regierung verpflichtet hatte. Selbst die wegen des Paktes eingesetzte Untersuchungskommission der II. Internationale (Anfang 1925 in Wien) stellte fest, daß diese Bedingungen „allen Grundsätzen der internationalen Arbeiterbewegung und einige von ihnen selbst den Prinzipien sozialistischer Moral widersprechen", so daß sie „eine Opposition in der Partei hervorrufen mußten". Trotzdem schloß die Leitung die führenden Oppositionellen aus und löste ganze Stadtorganisationen auf. Dies, sowie die Wahltaktik der SPU bei den Budapester Gemeindewahlen führte am 14. 4. 25 zur Gründung der

Ungarländischen Sozialistischen Arbeiterpartei

Da diese Partei von den Regierungsorganen, mit tatkräftiger Unterstützung der SPU, verfolgt wird, führt sie ein halbillegales Leben. Sie darf keine Tageszeitung herausgeben, ihre sonstigen Veröffentlichungen

[1]) Während der Rätediktatur. [2]) Ende März 1919. [3]) Die Gewerkschaft hat ihre Daten betreffs Mitgliederzahl während der Rätediktatur verschwiegen.

werden ständig beschlagnahmt, Versammlungen regelmäßig verboten; die Führer und ein großer Teil der Funktionäre wurden schon mehrere Monate vor Rakosi verhaftet und sitzen bis jetzt in Haft. Dennoch gewinnt die USAP rasch steigenden Einfluß.

Die Kommunistische Partei Ungarns. Die Liquidierung des Fraktionskampfes auf dem V. Weltkongreß, die daraufhin mächtig gesteigerte praktische Arbeit und die krisenhafte allgemeine Lage des Landes haben den Einfluß der illegalen KPU gewaltig gesteigert. Dies zwang die Regierung und die SPU zu einer Gegenoffensive, deren Höhepunkt die Verhaftung Rakosis und zahlreicher anderer Funktionäre der KPU und USAP war. Rakosi und vier andere Genossen wurden vor das Standgericht gestellt, das sich jedoch unter dem Proteststurm der ungarischen und ausländischen Arbeiterschaft als inkompetent erklärte und die Angeklagten dem ordentlichen Gericht überwies. Das Verfahren gegen sie ist „noch nicht abgeschlossen". Ihre heldenhafte Verteidigung vor dem Standgericht hat die gesamte Arbeiterschaft aufgerüttelt und der KPU die breitesten Sympathien erworben.

Uruguay

Flächeninhalt 186 926 qkm. Bevölkerung 1924 (Schätzung) 1 632 000. Hauptstadt Montevideo 365 000. Republik, Präsident auf vier Jahre gewählt, Zweikammersystem, allgemeines direktes Proportionalwahlrecht aller Männer über 18 Jahre.

Wirtschaft

Landwirtschaft

	Weizen	Mais	Flachs
		1000 dz	
1909/13	1774	1554	241
1923	3631	1625	299
1924	3088	1621	388

Daneben ist der Weinbau von Bedeutung.

Viehzucht: Dies ist der weitaus wichtigste Erwerbszweig des Landes.

Viehstand (in 1000)

	Pferde	Rinder	Schafe	Ziegen	Schweine
1913	556	8192	26 286	19	180
1924	554[1])	8432	14 514	12	304[*])

Bergbau und Industrie. Nur einige wenige Goldminen. Lebensmittelindustrie. Es besteht ein großer Gefrierfleischtrust. Uebrige Industrie unbedeutend.

*) 1921.

Außenhandel (in Millionen Dollar).

	1913	1922	1923	1924	1925
Einfuhr	21,1	64,9	—	66,6	92,7
Ausfuhr	70,8	61,5	79,7	87,9	96,9

Hauptausfuhrartikel sind Wolle, Gefrierfleisch, Rohhäute und Weizen. Haupteinfuhrartikel: Petroleum, Textilien, Zucker, Kohle. Haupthandelsländer: Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Staatshaushalt (in 1000 Pfund Sterling):

	1918/19	1921/22	1922/23	1923/24[1])	1924/25[1])
Einnahmen	7475	7777	7384	9296	8726
Ausgaben	6281	9203	8908	9201	8708

Politik

Die letzten Nachwahlen im Februar 1925 — es wird jeweils nur ein Teil der Kammer und des Senats neugewählt — beseitigten die bisherige Majorität der Colorados (Linke) im Senat, so daß bei den nächsten Nachwahlen zur Kammer die Bildung einer nationalistischen (rechten) Regierung nicht ausgeschlossen ist. Dies würde einen Sieg Englands darstellen. Die radikale Sozialpolitik der Colorados (Achtstundentag usw.) hatte England mit dem finanziellen Boykott beantwortet.

Arbeiterbewegung

Von den beiden Gewerkschaftsverbänden des Landes befindet sich die „Federacion Obrera Regional Uruguaya" (FORU) in den Händen der Anarchisten, die „Union Syndical Uruguaya" (USU) ist autonom, die Mehrheit ihrer Mitglieder ist für die RGI. Die FORU hat 1345, die USU 5675 Mitglieder, die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter beträgt ungefähr 30 000. Die Zersplitterung in Einzelverbände ist noch sehr groß. Es besteht eine sozialistische Partei.

Die Kommunistische Partei. Bei den Nachwahlen im Februar 1925 erhielt die Partei 3900 Stimmen (gegen 2964 im Jahre 1922) und damit zwei Mandate in der zweiten Kammer sowie vier Sitze in den Provinzialparlamenten. Der Einfluß der Partei ist im Wachsen infolge mehrerer großer Einheitsfrontkampagnen, die die Partei insbesondere gegen die allgemeine Wehrpflicht mit Erfolg geführt hat. Die Regierung mußte die Vorlage auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zurückziehen. Die Partei besteht aus 17 Lokalorganisationen (darunter mehrere Dorfzellen) mit 85 Betriebszellen. Das Zentralorgan „Justicia" hat eine Auflage von 6000. Daneben hat die Partei noch zwei Wochenblätter. Die Mitgliederzahl des Kommunistischen Jugendverbandes wächst gleichfalls.

---

[1]) Schätzung.

Venezuela

Flächeninhalt 1 Million Quadratkilometer, Einwohnerzahl (1923) 2 533 000, 99 Prozent Mischlinge, Hauptstadt Caracas 100 000 Einwohner. 81 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Föderative Republik, allgemeines Wahlrecht, Wahlalter 30 Jahre, Präsident und zwei Kammern.

Wirtschaft

Ernteerträgnisse (in 1000 dz)

	Rohrzucker	Kakao	Kaffee
1909/13	28	160	523
1923	178	224	464
1924	193	190	540

Daneben ist Baumwolle und Mais von Bedeutung.

Viehstand (in 1000 Stck.) 1921: Pferde 167, Esel 200, Maultiere 54, Rinder 2600, Schafe 113, Ziegen 2157, Schweine 512.

Bergbau und Industrie: Die Petroleumvorkommen Venezuelas werden als ebenso groß geschätzt wie die der Vereinigten Staaten. Die Ausbeute steigt rapid. 1923 (in 1000 Barrels): 4483, 1924: 9500, 1925 (Schätzung): 12 000. Daneben spielt der Gold- und Kupferbergbau eine gewisse Rolle. Industrie unentwickelt. Einige Baumwollwebereien, Zement- und Glasfabriken. Englisches Kapital beherrscht fast die gesamte Industrie. In den letzten Jahren beginnt das amerikanische Kapital einzudringen. Die Petroleumproduktion ist überwiegend in der Hand der englisch-holländischen Royal-Dutch-Gruppe.

Eisenbahnen: 1700 km, davon 67 Prozent staatlich, der Rest in englischen Händen.

Außenhandel (in 1000 Pfund Sterling):

	1913	1917	1921	1922	1923	1924
Ausfuhr	6 050	4 753	8 468	5 743	6 400	8450
Einfuhr	3 717	4 553	15 176	4 200	5 000	8551

Hauptausfuhrartikel sind Kaffee, Petroleum und Kakao; Haupteinfuhrartikel Textilien, Maschinen und Eisenwaren. An erster Stelle stehen die Vereinigten Staaten, an zweiter Holland und Großbritannien.

Staatshaushalt (in 1000 Pfund Sterling):

	1920/21	1922/23	1924/25
Einnahmen	3230	2472	2620
Ausgaben	4065	2852	2591

Mit der Ausgleichung des Staatshaushaltes geht eine Verminderung der Staatsschuld und eine Stabilisierung der erschütterten Währung Hand in Hand.

Politik

Seit zehn Jahren herrscht in Venezuela Präsident Gomez, der größte Grundbesitzer des Landes, als Diktator. Alle fortschrittlichen Schichten des Landes, Intellektuelle, Bauern, Arbeiter und auch die Bourgeoisie, kämpfen gegen ihn. Doch war dieser Kampf bisher stets vergebens, da Gomez sich auf England und die Vereinigten Staaten stützt. Es gibt keine feste Organisation der Opposition, auch keine festen Arbeiterorganisationen trotz maßloser Ausbeutung der Arbeiterschaft. In allen Ländern des amerikanischen Kontinents bestehen Gruppen von ausgewanderten Venezuelanern, die meistens von Intellektuellen geführt werden. Sie stehen in Mexiko, Kolumbien und Kuba mit den Kommunistischen Parteien in Fühlung.

Vereinigte Staaten von Amerika

Bundesstaat, bestehend aus 48 Staaten und 1 Distrikt (Columbia mit der Hauptstadt Washington), Territorien, Kolonien und beherrschte Gebiete.

Oberfläche und Einwohnerzahl

Land	Oberfläche und Einwohnerzahl		
	Jahr der Erwerbung	Fläche in qkm	Einwohnerzahl 1924 in 1000
Vereinigte Staaten	—	7 839 064	112 079
Territorien und Kolonien			
Alaska	1867	1 530 327	55
Hawai	1898	16 702	307
Porto Rico	1898	8 897	1 384
Philippinen	1898	297 904	10 351
Guam	1898	544	14
Samoa	1899	151	8
Kanalzone (von Panama gepachtet)	1903	1 375	23
Jungferninseln	1917	343	26
Beherrschte Gebiete			
Cuba	—	118 833	3369
Haiti	—	26 435	2 028
San Domingo	—	50 070	897
Nicaragua	—	127 920	703
Panama	—	87 537	442

Die Bevölkerung hat sich innerhalb von 40 Jahren mehr als verdoppelt. Der natürliche Zuwachs der einheimischen weißen Bevölkerung sank von 28,8 Prozent (1900 bis 1910) auf 18,8 (1910 bis 1920), der der Negerbevölkerung in derselben Zeit von 11,2 auf 6,5 Prozent. Für 1925 wird die Bevölkerung auf 113 Millionen geschätzt. Prozentsatz ländlicher Bevölkerung betrug 1920: 49,6 Prozent gegenüber 53,7 im Jahre 1910; Prozentsatz der Farmerbevölkerung im engeren Sinne betrug für 1925 etwa 27 v. H.

Bevölkerungsbewegung

Jahr	Gesamt-bevölkerung in 1000	Zuwachs in %	Fremde Weiße in %	Weiße in %	Neger in %
1880	50 156	—	—	86,5	13,1
1890	62 948	25,5	—	87,5	11,9
1900	75 995	20,7	—	87,9	11,6
1910	91 972	21,0	14,5	88,9	10,7
1920	105 710	14,9	13,0	89,7	9,9
1923 (geschätzt)	110 100	14,9	—	—	—

Die Einwanderung wird gesetzlich eingeschränkt. Das neue Einwanderungsgesetz (Mai 1924) setzt die jährlichen Einwanderungsquoten auf 2 Prozent der Zahl der 1890 in den Vereinigten Staaten Ansässigen der jeweiligen Nation fest, wodurch die Zahl der einwanderungsberechtigten Russen, Polen, Balkanvölker und Italiener stark reduziert und die asiatische Einwanderung vollständig unterbunden wird.

Ferner wird die Einreise allen Ausländern verweigert, die sich zum „gewaltsamen Umsturz der Regierung der Vereinigten Staaten" oder zur „Sabotage" bekennen. Ausweisung politisch „lästiger" Ausländer ist seit 1920 zu einer ständigen Erscheinung geworden.

Der arbeiterfeindliche Charakter des Gesetzes soll gegenwärtig durch die Einführung der Registrierung und Polizeikontrolle aller Ausländer (d. h. ausländischer Arbeiter, also eines großen Teils der gesamten Arbeiterschaft) verschärft werden.

In Verbindung mit dieser Einwanderungspolitik treten auf dem Arbeitsmarkt folgende drei Tendenzen in Erscheinung: 1. Zug der Negerarbeiter aus dem Süden nach den Industriestädten des Nordens. 2. Verstärkte Einwanderung aus Ländern, deren „Quoten" nicht eingeschränkt wurden, wie Kanada und Mexiko. 3. Zug der Farmerbevölkerung nach den Städten. Andererseits zeigt die Ein- und Auswanderung der Industriearbeiter einen Ueberschuß der Auswanderung von unqualifizierten Arbeitern. Eine offizielle Statistik über die Verteilung der Eingewanderten auf die verschiedenen Berufe gibt es nicht. Eine annähernde Vorstellung von ihrer Rolle im industriellen Leben geben uns die Angaben des Industriellen-Verbandes über das Verhältnis der fremdgeborenen Arbeiter zu den einheimischen in den Hauptindustrien:

Industriezweig	Prozentsatz der eingewanderten Arbeiter
Eisen und Stahl	58
Fleischindustrie	61
Bituminöse Kohlenindustrie	62
Wollindustrie	62
Baumwollindustrie	62

Industriezweig	Prozentsatz der eingewanderten Arbeiter
Bekleidungsindustrie	69
Lederindustrie	67
Möbelindustrie	59
Petroleumraffinerie	67

Innere Wanderungen: Während die Stadtbevölkerung sich durchschnittlich jährlich um 4 Prozent vermehrt, sinkt trotz der höheren Geburtenziffer die Landbevölkerung durchschnittlich um 1 Prozent jährlich. Allerdings wird der Rückgang der Landbevölkerung in Zeiten von Industriekrisen durch Abströmen von Arbeitern auf das Land ausgeglichen. So zogen 1922 2 Millionen in die Stadt und 880 000 auf das Land und 1924 2 075 000 in die Stadt und 1 396 000 auf das Land, so daß in diesem Jahre der Rückgang der Farmerbevölkerung 679 000 oder 2,2 Prozent betrug. In den 3 Jahren 1922 bis 1924 wanderten etwa 2 Millionen vom Lande ab. Neben dieser Wanderung vollzieht sich auch ein ständiger Wechsel von Hof zu Hof. Außerdem wandern alljährlich Hunderttausende Landarbeiter von Osten nach Westen, um die Aufeinanderfolge der Ernte in östlichen, mittleren und westlichen Gebieten auszunutzen. Die sich immer weiter ausdehnende Verwendung von Automobilen erleichtert diese Wanderung der proletarisierten Schichten der Landarbeiterschaft, hat aber andererseits zum Teil ihre Verdrängung durch die Familienangehörigen der Farmer zur Folge, die mit Hilfe ihrer Automobile Arbeit im größeren Umkreis annehmen können.

Nationalität der Weißen: Gemischter Ursprung, Angelsachsen vorherrschend; 1920 befanden sich im Lande 13 713 000 Eingewanderte und 22 686 000 Kinder eingewanderter Eltern, zusammen ein Drittel der Bevölkerung.

Religion: Kirche und Staat getrennt. 42 000 000 Kirchenangehörige, davon 16 000 000 römisch-katholisch, 25 000 000 Protestanten aller Richtungen.

Berufstätige Personen
(in Tausenden) von 10 Jahren aufwärts

	1910		1920		Davon proletar. Elemente	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Land, Forstwirtsch., Viehzucht	12 659	33,2	10 953	26,3	4 340	40
Bergbau	965	2,5	1 090	2,6	1 018	93
Industrie	10 659	27,9	12 818	30,8	9 096	70
Verkehrswesen	2 638	6,9	3 063	7,4	2 717	88
Handel	3 615	9,5	4 242	10,2	2 078	48
Oeff. Dienste (sonst nicht gez.)	459	1,2	770	1,9	273	35
Freie Berufe	1 664	4,4	2 143	5,2	1 163	54
Häusl. u. persönl. Dienste	3 772	9,9	3 404	8,2	2 838	83
Angestellte	1 737	4,6	3 126	7,5	2 822	90
	38 167	100,0	41 614	100,0	26 395	63

V e r f a s s u n g : Nach der Bundesverfassung sind die drei Gewalten, legislative, exekutive und richterliche, vollkommen getrennt. Exekutive: Präsident, vierjährig durch Wahlmänner gewählt; gesetzgebende: Senat mit 96 Mitgliedern (2 aus jedem Staat), sechsjährige Amtsdauer; Repräsentantenhaus mit 435 Mitgliedern, zweijährige Amtsdauer, Wahlrecht durch die Bundesstaaten geregelt. Oberster Gerichtshof: 9 Mitglieder, auf Lebenszeit vom Präsidenten ernannt. Der Oberste Gerichtshof ist der reaktionärste Teil des Staatsapparates. Eine besondere Bedeutung für die Arbeiter hat die Ausdehnung der richterlichen Eingriffe (injunktions) auf Arbeitskämpfe, durch die der Richter jede Streiktätigkeit oder organisatorische Arbeit der Gewerkschaften als Mißachtung des Gerichts verfolgen kann.

Wirtschaft

Das Land versorgt sich, abgesehen von Kolonialwaren, im großen und ganzen selbst. Die Landwirtschaft hat bis zu 30 Prozent Ueberschuß. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion ist ca. bei Weizen 22, bei Mais 70, bei Petroleum 75, bei Kupfer 65, bei Eisen 50, bei Kohlen 45 Prozent. Die wichtigsten Mineralien, in denen die Vereinigten Staaten ihren Bedarf nicht decken, sind Salpeter und Kalisalze sowie Zinn, Nickel und Platin. Von anderen Rohstoffen mangelt es den Vereinigten Staaten an Rohgummi, dessen Verbrauch mit der steigenden Automobilindustrie verbunden ist und zu den neulichen Auseinandersetzungen über „Monopolisierung" der Rohstoffe und zu weitangelegten Kultivierungsplänen (in Liberia, auch Philippinen, Brasilien, Mexiko usw.) Anlaß gab. Die Vereinigten Staaten nehmen eine einzigartige Stellung in der Weltwirtschaft ein, indem sie zugleich sowohl in der Produktion von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien als auch von Fertigfabrikaten an erster Stelle stehen. Die enorme Entwicklung der Großindustrie macht das Land zum größten Rohstoffverbraucher der Welt; es verbraucht gegenwärtig ein Drittel der Welt-Baumwolle, ein Viertel der Wolle, etwa drei Fünftel der Eisen- und Kupfererze, zwei Drittel der Rohseide und zwei Drittel bis vier Fünftel des Rohgummis der Welt.

N a t i o n a l v e r m ö g e n , N a t i o n a l e i n k o m m e n und i h r e V e r t e i l u n g : Das Nationalvermögen stieg von 88 Milliarden Dollar im Jahre 1900 auf 186,3 Milliarden 1912 und 320 Milliarden 1922; reduziert auf den Preisindex von 1900 betrug die Steigerung in der Zeitspanne 1900 bis 1912 etwa 55 Prozent, in der Zeitspanne 1912 bis 1922 etwa 11 Prozent. Aehnlich stieg das Nationaleinkommen von 27 Milliarden im Jahre 1909 auf 62 Milliarden im Jahre 1921 (die Zahlen für die Jahre 1923 und 1924 werden auf 65 resp. 70 Milliarden angegeben); reduziert auf den Preisindex von 1913 betrug die Steigerung etwa 30 Prozent. Ueber die Verteilung des

Nationalvermögens gibt es keine neuen Daten; der Bericht der Bundeskommission für Industrieverhältnisse vom Jahre 1915 stellte folgende Verteilung fest:

2 Prozent des Volks, die Reichen, besitzen 60 Prozent des Vermögens; 33 Prozent des Volks, die Mittelklasse, besitzen 35 Prozent des Vermögens; 65 Prozent des Volks, die Armen, besitzen 5 Prozent des Vermögens.

Aehnlich entfallen etwa 40 Prozent des Nationaleinkommens auf 6 Prozent aller Einkommenbezieher, während etwa 80 Prozent der Einkommenbezieher (im Jahre 1918) 53 Prozent des Nationaleinkommens erhalten haben. Die Summe der Spareinlagen betrug 1925: 23 Milliarden Dollar, 204 Dollar pro Kopf der Bevölkerung und über 500 Dollar pro Kopf der 43 Millionen Sparer. Die zunehmende Verbreitung des Besitzes von Industrieaktien unter den Arbeitern hat eine Legende von „Nivellierung" des Reichtums und des Einkommens geschaffen.

Landwirtschaft: Ackerbau in allen Teilen des Landes. Im Süden (einschließlich Teile von Texas und Oklahoma) Baumwolle, zwischen Pittsburg und der Westgrenze von Kansas und Nebraska Mais und Winterweizen. In Minnesota und Nord- und Süd-Dakota Sommerweizen, in den Bergländern Wolle und Vieh. Die Zahl der Traktoren betrug am 1. Januar 1924 450 000, die Zahl der Automobile 3 821 000, d. h. ein Automobil auf je 8,1 Angehörige der Farmerbevölkerung. Trotz der enormen Entwicklung der elektrischen Industrie, sind bis jetzt weniger als 2,5 Prozent der Farmen mit elektrischen Betriebsenergien versehen.

Statistik der Farmen:

Jahr	Gesamtfläche der Farmen in 1000 ha	Bebaute Fläche in 1000 ha	Wert der Farmen in Millionen Dollar	Wert des Bodens in Millionen Dollar
1900	335 436	165 799	20 440	13 058
1910	351 519	191 380	40 991	28 476
1920	382 270	202 793	77 926	54 903

Besitzverhältnisse:

Jahr	Gesamtzahl der Farmen	unter 8 ha	8—20 ha	20—40 ha	40—70 ha	70—200 ha	über 200 ha
1910	6 361 502	839 166	1 404 376	1 458 069	1 516 286	978 175	175 430
1920	6 448 366	796 534	1 503 734	1 474 753	1 449 659	1 006 487	217 099

Im Süden sind die Farmen kleiner; mehr als 60 Prozent der Farmen unter 8 Hektar und über 70 Prozent derselben zwischen 8 und 20 Hektar

fallen auf die Südstaaten. Es gibt viele Farmer, die einige hundert Acres besitzen, deren Lebenshaltung aber niedriger ist als die eines städtischen Arbeiters. Die Verschuldung wächst. 41 Prozent der von ihren Eigentümern bearbeiteten Farmen waren verschuldet. Für das Jahrzehnt 1910 bis 1920 wuchs die Zahl der verschuldeten Farmer um 18,6 Prozent; der Wert des verschuldeten Landes um 117,6 Prozent, der Betrag der Hypothekenschulden aber um 132,6 Prozent. Im nordwestlichen Getreidegebiet (Minnesota, Nord-Dakota, Süd-Dakota und Montana) — dem besten landwirtschaftlichen Gebiet der Vereinigten Staaten — stiegen die Farmhypotheken auf 388 482 bebauten Farmen (30 100 000 Hektar anbaufähigen Bodens) von 169 Millionen Dollar im Jahre 1910, auf 530 Millionen im Jahre 1920, d. h. um mehr als 300 Prozent. Außerdem erhöhten sich die kurzfristigen Schuldscheine in den Händen der kleinen Banken dieses Gebietes von 455 Millionen im Juni 1911 auf 1195 im Juli 1922, d. h. um mehr als 250 Prozent; ein Teil davon wird inzwischen gewiß abgezahlt worden sein.

Verpachtung: Von 1910 bis 1920 stieg die Gesamtfläche der Farmen um 8,7 Prozent, die Gesamtfläche der von ihren Eigentümern bewirtschafteten Farmen um 6,3 Prozent, der von Pächtern bearbeiteten um 13,1 Prozent, die Zahl der von Eigentümern bearbeiteten Farmen fiel um 0,6 Prozent, die der von Pächtern bearbeiteten stieg um 4,2 Prozent. Von je 100 Farmern waren 1910 28 Pächter, 1920 schon 37. Die Landpachtungen stiegen in Minnesota von 21 Prozent 1910 auf 34,7 Prozent 1920, in Nord-Dakota von 14,3 auf 25,6, in Süd-Dakota von 24,8 auf 35,7, in Montana von 8,9 auf 11,3 Prozent.

Infolge der Deflationskrise 1920/21 ist der Wert des in der Landwirtschaft investierten Kapitals von etwa 79 auf etwa 59 Millionen gesunken. Dennoch bringt die Landwirtschaft bei günstigen Umständen etwa 3 Prozent Reingewinn. Das Schließen der „Schere" in den letzten zwei Jahren 1924 bis 1925 — gemessen am Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914 = 100, stieg die Kaufkraft des Farmer-Dollars von 69 im Jahre 1921 auf 83 im Jahre 1924 und 90 für die ersten 9 Monate 1925 — hat die seit 1920 bestehende Krise nicht beseitigt. Ihre Erscheinungsform ist die abwechselnd in verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen auftretende Ueberproduktion, die preisdrückend wirkt. Für die Lage der Farmer ist u. a. bezeichnend, daß sich ihre Besteuerung von 1914 bis 1925 um 140 Prozent steigerte.

In den letzten Jahren versuchen die Farmer mittels genossenschaftlicher Organisationen den Zwischenhandelsgewinn an sich zu ziehen. Es bildeten sich starke Genossenschaften der Obst-, Tabak- und Milchfarmer und der Baumwollpflanzer. Gegenwärtig gibt es etwa 10 000 genossenschaftliche Verkaufsorganisationen mit 2 500 000 Mitgliedern, gegenüber 651 000 im Jahre 1915. Nach Farmart verteilt

sich die Mitgliedschaft der Genossenschaften wie folgt: 500 000 Getreidefarmer, 360 000 Meiereifarmer, 320 000 Baumwollfarmer, 300 000 Viehzüchter, 300 000 Tabakfarmer, 210 000 Obst- und Gemüsefarmer, 45 000 Geflügelfarmer, 45 000 Wollfarmer und 397 000 Verschiedene. Das Genossenschaftswesen ist am meisten im Mittelwesten vertreten, wo es sich von Kansas und Missouri bis an die kanadische Grenze erstreckt. Ein Fünftel der jährlichen Farmproduktion des Mittelwestens wird vermittels Genossenschaften verkauft; im Staate Indiana wird ein Drittel des Weizens mittels der 800 genossenschaftlichen Elevatoren verkauft.

Anbaufläche und Ernteerträge

	Jahr	Anbaufläche in 1000 ha	Ertrag in 1000 Dz.	Wert in Millionen Dollar an d. Farm
Weizen	1913	20 309	207 762	610
	1919—23*)	26 103	233 017	1 128
	1924	21 191	234 773	1 137
	1925	21 125	182 174	—
Mais	1913	42 824	621 559	1 692
	1919—23*)	41 261	764 470	2 271
	1924	40 940	587 460	2 405
	1924	41 129	736 777	—
Roggen	1913	1 035	10 511	26
	1919—23*)	2 192	18 496	70
	1924	1 626	16 266	68
	1925	1 654	12 369	—
Gerste	1913	3 035	38 795	96
	1919—23*)	2 986	37 955	111
	1924	2 775	38 824	137
	1925	3 336	47 463	—
Hafer	1913	15 540	162 815	439
	1919—23*)	17 006	182 318	577
	1924	17 303	211 015	739
	1925	18 276	218 002	—
Baumwolle	1913	15 010	30 633	885
	1919—23*)	13 769	22 859	1 269
	1924	16 728	29 548	1 487
	1925	18 594	33 830	—

Viehstand der Farmen (in Tausenden)

Jahr	Pferde	Rinder	Schweine	Schafe
1900	13 538	43 902	37 079	41 883
1910	19 833	61 803	58 186	52 448
1920	20 785	67 120	59 344	39 025
1922	19 099	65 352	56 996	36 048
1925	17 589	61 928	54 234	39 134

*) Durchschnitt der 5 Jahre.

Bergbau

Unternehmungen, Arbeiterstand und Produktion 1919

	Anthrazit	Bituminöse Kohle	Petrol. und Erdgas	Eisenerz	Kupfer	Blei	Gold und Silber	Kalkstein
Zahl der Unternehmungen . .	254	6 636	9 814	290	195	432	740	895
Arbeiter	147 372	545 798	93 025	45 741	43 717	21 884	15 436	22 069
Wert der Produktion in 1000 Dollar	364 084	1 145 977	931 793	218 217	181 258	75 579	58 832	52 943

Bergbau und Hüttenprodukte.

Jahr	Kohle Mill. l. t	Erdöl Mill. Gallon.	Kupfer 1000 l. t	Blei 1000 sh t	Eisenerz Mill. l. t	Eisen Mill. l. t	Stahl Mill. l. t	Rohzink 1000 sh t	Gold Mill. Doll.	Silber Mill. Doll.
1913	509	10 435	547	412	62	31,0	31,3	337	88,3	40,9
1919	487	15 864	574	424	61	31,0	34,7	452	60,3	63,5
1922	457	23 416	424	469	47	27,2	35,6	353	48,8	56,2
1923	570	30 861	641	544	70	40,4	44,9	508	51,7	60,1
1924	504	29 705	956	566	52	31,4	37,9	516	51,9	43,5
1925	530	33 000	954	655	63	37,0	45,2	591	—	—

Industrie. Neben weiterer Konzentrierung und Vertrustung wird die amerikanische Industrie gegenwärtig durch ihre Ueberentwicklung charakterisiert. Nach Angaben des Arbeitsamtes reichen 40 Prozent der Kohlenbergwerke mit 75 Prozent der Gesamtbelegschaft zur Deckung des Bedarfs an Kohle aus; bei Eisen- und Stahlwerken würden 7 Monate Vollbetrieb oder etwa 60 Prozent Kapazität, bei Glasindustrie 17 Wochen oder etwa 35 Prozent und in der Schuhindustrie sogar nur 15 Prozent bei Vollbetrieb für den Bedarf genügen. Die rasche Industrialisierung geht aus folgenden Zahlen hervor: zwischen 1914 und 1923 ist das Quantum der Industrieerzeugnisse um 60 Prozent gestiegen, die Zahl der Pferdekräfte um 50 Prozent, während die Zahl der Industriearbeiter nur um 25 Prozent zugenommen hat; von dem Tiefpunkt 1924 bis Ende 1925 ist der Produktionsumfang um 42 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiter nur um 16 Prozent gestiegen; seit 1900 stieg der Umfang der Produktion um 185 Prozent, die Zahl der Lohnarbeiter nur um 90 Prozent (nach National Industrial Conference Board).

Industrielle Entwicklung seit 1910

	Zahl der Unternehmungen	Zunahme in %	Zahl der Arbeiter	Zunahme in %	Investiertes Kapital in Mill. Dollar	Wert der Produkte in Mill. Dollar
1909	268 491	—	6 615 046	—	18 428	20 672
1914	275 791	2,7	7 036 337	6,3	22 790	24 246
1919	290 105	5,6	9 103 200	29,0	44 678	65 910
1921	196 297*)	32,3*)	6 946 570 *)	23,6 *)	—	43 653 *)
1923	169 309	—	8 778 950	26,7	—	60 556

*) Abnahme wegen Nachkriegsdeflation.

Größe der Unternehmungen 1921

Bezahlte fremde Arbeitskräfte	Prozent der Betriebe	Prozent der Arbeiter
Keine	4,4	—
1 „ 5	43,5	3,2
6 „ 20	27,5	8,6
21 „ 50	12,2	11,1
51 „ 100	5,6	11,4
101 „ 250	4,4	19,1
251 „ 500	1,5	14,6
501 „ 1000	0,6	12,4
über 1000	0,3	19,6

Statistik der Industrieunternehmungen 1923

Gruppe	Zahl der Unter-nehmen	Zahl der Arbeiter	Motorische Kraft in Mill. PS	Betrag der Löhne in Mill. Dollar	Wert der Rohstoffe in Mill. Dollar	Wert der Produkte in Mill. Dollar
Nahrungsmittel	51 847	682 137	3,72	796	6 991	9 524
Textilien	26 797	1 719 434	3,80	1 448	5 408	9 487
Eisen und Stahl	6 358	892 660	7,20	1 325	4 153	6 829
Holz und Holzerzeug. .	21 674	931 748	3,34	963	1 666	3 633
Leder und Erzeug. . .	4 868	344 545	0,41	389	1 083	1 880
Papier und Druck . . .	25 775	527 589	2,74	743	1 543	3 770
Chemische Ind.	8 832	384 493	2,74	501	3 680	5 707
Stein-, Ton- u. Glaswaren	8 287	347 619	1,92	449	560	1 539
Metall- und Metallwaren (außer Eisen u. Stahl) .	7 433	296 911	1 17	394	1 767	2 634
Tabak	3 672	146 337	0,04	120	516	1 044
Verkehrs-Ausrüstung .	3 873	606 328	1,62	964	3 395	5 333
Eisenbahnreparatur-werke	2 348	523 430	0,81	773	631	1 520
Maschinen-Industrie . .	12 147	907 707	2,30	1254	1892	4 728
Alle Industrien 1923	196 309	8 778 950	33,09	11 009	34 706	60 556
„ „ 1919	274 598	9 041 311	29,33	10 462	37 [illegible]89	62 193
„ „ 1914	272 518	7 023 685	22,40	4 068	14 359	24 217

Verkehr: Die Eisenbahnen sind in Privatbesitz, unterstehen aber in Fragen der Tarife, Finanzierung und Verschmelzung sowie der Kontrolle der „Interstate Commerce Commission". Um die Eisenbahnen ging immer der politische Kampf zwischen Großkapital und den kleinbürgerlichen resp. Farmer- und Arbeiterschichten. Während das Großkapital und die Regierung der, infolge des Krieges ziemlich starken Bewegung für Verstaatlichung der Eisenbahnen durch den Plan des Zusammenlegens zu einheitlichen Netzen, die Spitze abbrachen, vollzieht sich gegenwärtig um diesen „Konsolidierungs"-Plan ein Kampf zwischen einzelnen Kapitalistengruppen um die rentabelsten Verschmelzungen, verbunden mit Versuchen, die kapitalsschwächeren und schon ruinierten Eisenbahnlinien aus solchen Verschmelzungen zu verdrängen. Die Besserung der schlechten finanziellen Lage der Eisenbahnen ist außer der Hochkonjunktur auf die gesteigerte Aus-

beutung der Arbeiterschaft zurückzuführen; so vergrößern sich in den letzten vier Jahren die Tonnenmeilen pro Kopf der Arbeiter um 22 Prozent. Die Zahl der verladenen Waggons 1925 betrug über 51 Millionen und überstieg um 13,4 Prozent die Zahl von 1920, um 2,7 Prozent das Jahr 1923 und um 5,4 Prozent das Jahr 1924.

Schienenlänge 1924 400 000 km, Lokomotiven 69 414, Güterwagen 2 379 131, Personenwagen 57 159.

Die Vereinigten Staaten besitzen auf dem Papier die zweitgrößte Handelsflotte der Welt (etwa 17 Millionen Tonnen, davon über 14 Millionen für Seeschiffahrt, der Rest für Binnenschiffahrt); allein ein guter Teil davon ist untauglich. Etwa 63 Prozent der Seeflotte lag 1925 brach; ein Versuch der staatlichen „Fleet Corporation", verschiedene Regierungslinien an Privatreeder zu verkaufen, endete mit einem Fiasko: die Reeder-Interessenten fordern Schiffahrts-Subvention.

Außenhandel

Ein- und Ausfuhr (in Millionen Dollar)
(Fiskaljahr endet am 30. Juni)

	1913/14	1918/19	1922/23	1923/24	1924/25	1925/26
Einfuhr	2466	7920	3965	3554	3824	4467
Ausfuhr	1813	3904	3789	4311	4864	4754

Verteilung des Außenhandels nach Warengruppen (in Millionen Dollar)

		1922	1923	1924	1925
Nahrungsmittel roh	Ausfuhr	458,6	257,5	392,7	317,9
	Einfuhr	329,8	363,0	424,4	494,8
Nahrungsmittel verarbeitet	Ausfuhr	587,9	583,3	537,5	573,8
	Einfuhr	387,4	530,2	521,6	433,6
Rohstoffe	Ausfuhr	981,3	1 202,0	1 326,3	1 413,9
	Einfuhr	1 161,1	1 385,9	1 236,1	1 721,2
Halbfabrikate	Ausfuhr	437,7	563,7	610,6	661,7
	Einfuhr	552,7	720,7	655,8	755,4
Fabrikate	Ausfuhr	1 292,3	1 477,7	1 588,1	1 842,8
	Einfuhr	602,9	771,3	749,4	796,3

Verteilung des Außenhandels nach Wirtschaftsgebieten
(Fiskaljahr endet am 30. Juni)

	Einfuhr (in 1000 Dollar)		Ausfuhr (in 1000 Dollar)	
	1923/24	1924/25	1923/24	1924/25
Europa	1065	1170	2202	2660
Nord-Amerika	996	960	1043	1422
Süd-Amerika	429	495	281	361
Asien	944	1048	562	457
Ozeanien	47	65	157	167
Afrika	70	84	64	77

Nach Angaben des „National Foreign Trade Conncil" für 1925 ist im Vergleich zu 1913 der Anteil der Vereinigten Staaten am Welthandel von 13,5 Prozent auf 18 Prozent gestiegen. Entsprechend der Entwicklung der amerikanischen Fertigindustrie, die schneller als die allgemeine Entwicklung vor sich ging, stieg auch die Ausfuhr von Fertigwaren und betrug 1925 38,2 Prozeent der gesamten Ausfuhr; gleichzeitig stieg die Einfuhr von Rohstoffen (bis zu 40 Prozent 1925). Die Vereinigten Staaten konkurrieren erfolgreich mit verschiedenen Massenproduktionsartikeln (Motorfahrzeugen, landwirtschaftlichen Maschinen, Schuhwerk, verarbeiteten Nahrungsmitteln und sogar chemischen Produkten) auf dem Weltmarkte. Die Aktivität der Handelsbilanz gegenüber Europa, die nur bis zu einem gewissen Grade durch verschiedene „unsichtbare" Zahlungen, wie Touristenausgaben, Geldsendungen von Auswanderern nach dem Heimatlande usw. ausgeglichen wird, wird durch Krediterteilung ermöglicht. So stieg Deutschlands Ankauf von Baumwolle seit Annahme des Dawes-Planes von 149 Millionen Dollar 1923 auf 223 Millionen 1924 und etwa 231 Millionen 1925.

Finanzen und Geldwesen: Vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten neben Rußland der größte Schuldnerstaat; seine Schulden an Europa betrugen etwa 6,5 Milliarden Dollar, denen etwa 2 Millionen Dollar an Forderungen an Kanada und Lateinamerika gegenüberstanden. Als Folge der Verschiebung in der Weltwirtschaft während und nach dem Kriege haben die Vereinigten Staaten nicht nur ihre gesamten Schulden (mit Ausnahme weniger in Europa gebliebenen Wertpapiere, meist Eisenbahnaktien) zurückgezahlt, sondern sind zum Weltbankier geworden.

Staatsfinanzen

Fiskaljahr endet am 30. Juni	Ordentliche Regierungseinnahmen Mill. Dollar	pro Kopf Dollar	Ordentliche Regierungsausgaben Mill. Dollar	pro Kopf Dollar	Staatsschuld exkl. Bargeld im Schatzamt Mill. Dollar	pro Kopf Dollar
1914	734	7,4	700	7	1 027	10
1920	6 704	63,0	6 141	57	24 330	218
1923	4 007	36,2	3 697	33,4	22 349	199
1924	4 012	35,7	3 506	29,9	21 015	188
1925	3 780	33,3	3 529	31	20 298	179

Gliederung der Einnahmen

	Prozent
Einkommen- und Besitzsteuer	49,16
Innere Einnahmen	22,75
Zölle	14,43
Kuponsteuer	4,95
Abgaben	0,84
Rückzahlungen aus Investierungen	1,65
Einnahmen aus Vermögensverwaltungen	2,16
Sonstige	3,99

Ausgaben

Pensionen und Renten	16,55
Direkte Militärausgaben	16,32
Oeffentliche Arbeiten	5,60
Schiffahrtsausgaben	1,88
Andere	7,40
Rückzahlungen	4,91
Schuldentilgung	14,76
Schuldenverzinsung	22,75
Vermögensverwaltung	6,48
Sonstige	3,35

Politik

Politische Parteien

Das politische Leben war jahrzehntelang durch das Zweiparteiensystem gekennzeichnet, da seit dem Ende des Bürgerkrieges (1865) Republikaner und Demokraten abwechselnd regierten. Die traditionelle Scheidung der Parteien, der gemäß die Republikanische Partei für strengen Zentralismus und Schutzzoll eintrat, während die Demokratische Partei, zunächst als die Partei der südlichen Plantagenbesitzer, die Sonderrechte der Einzelstaaten und den Freihandel vertrat, dann aber auch als der Verteidiger der „Massen" gegen die Unterdrückung des Großkapitals auftrat (besonders in den neunziger Jahren), hat gegenwärtig fast jede Bedeutung verloren. Die Scheidung beruht jetzt lediglich auf politischer Trägheit einerseits und auf Machenschaften der kapitalistischen Politiker sowohl in lokalem wie auch Union-Maßstabe andererseits. Denn mit der raschen Entwicklung der Industrie im Süden (Kohle, Eisen, Textil, Pflanzenöl, Kunstdünger usw.) wurden auch südliche Demokraten schutzzöllnerisch gestimmt und außerdem begann die Republikanische Partei im Süden Fuß zu fassen (der Süden stellt noch jetzt eine kompakte demokratische Burg dar). Viel bedeutsamer ist die Tatsache, daß die regierenden republikanischen Kreise in letzter Zeit immer öfter im Kampf gegen die sozialreformistischen Bestrebungen ihre Zuflucht in den Sonderrechten der Einzelstaaten suchen und auch meist finden.

Beide Parteien besitzen ausgebaute und kostspielige Wahlmaschinen, die unterschiedslos nach allgemeinen oder lokalen Gesichtspunkten von den Großkapitalisten finanziert werden und Herde der Günstlingswirtschaft und Korruption sind. Wahlfälschungen sind allgemein. Bei Fehlen jeglichen Programmunterschiedes schreitet der

Zerfall der bisherigen Parteigruppierung beständig vorwärts*). In der Republikanischen Partei bricht mit dem Aufkommen einer Farmerbewegung der Zwiespalt zwischen dem großkapitalistischen Teil der Partei und ihrem agrarischen Anhang immer von neuem und tiefer auf und vernichtet die in „ruhiger" Zeit scheinbar erreichte Parteikonsolidierung. Dies tritt auch (Anfang 1926) in Erscheinung. Nach dem großen Siege des republikanischen Präsidentschaftskandidaten, Coolidge, (November 1924) und der Niederlage der Demokratischen und der La Follette-Partei weist die 1925 zusammengeschweißte Republikanische Partei aus Anlaß der Sonderforderungen der Farmer (staatliche Unterstützung des Farmerexports) und wegen des Zolltarifs beträchtliche Risse auf.

Deutlicher als in der Republikanischen Partei zeigt sich der Zerfall in der Demokratischen Partei. Neben der Verschiedenheit zwischen den Wählern des halbfeudal-agrarischen, reaktionären Südens und den kleinbürgerlich demokratischen Anhängern der Partei im landwirtschaftlichen Westen entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten der Sondercharakter des großstädtischen Kleinbürgertums im Osten, das mit der Arbeiterschaft das Hauptwählerkontingent der Demokratischen Partei bildet. Die innere Zersetzung der Demokratischen Partei kam kraß auf dem mit Spaltung drohenden Parteikonvent im Juli 1924 zum Vorschein und zeigt sich auch in dem vollständigen Mangel an gesetzgeberischer Initiative und Taktik gegenüber der Republikanischen Partei.

Die mit der Gründung der „Non Partisan League" im Staate Nord-Dakota (1915) eingeleitete Bewegung der Farmer und Arbeiter, ihre Kandidaten auf einer der offiziellen Parteiliste der beiden Parteien wählen zu lassen, eventuell deren politischen Apparat an sich zu reißen, schweißt die konservativen Führer beider Parteien immer enger zusammen, so daß sich in Wirklichkeit in den Wahlen verschiedentlich nicht überlieferte Parteien, sondern „Blocks" von konservativen und fortschrittlichen Wählern gegenüber stehen. Auf diese Weise wurden in den Wahlen 1922 sowohl in den Senat als auch in das Repräsentantenhaus Mitglieder des sogenannten „fortschrittlichen Blocks" gewählt. Auf demselben Grundgedanken beruht die im Februar 1922 ins Leben gerufene, inzwischen wieder zerfallene

*) Der Zerfall wäre viel schneller, wenn nicht die Eigenart der amerikanischen Verfassung und des politischen Aufbaus die Bildung neuer Parteien erschwerte: 1. Die Wahl des Präsidenten nach strengen Parteiprinzipien durch Volksabstimmung und das Fehlen einer verantwortlichen parlamentarischen Regierung (Kabinett vom Präsidenten ernannt) verhindert die Bildung von Koalitionen und das Entstehen weiterer Parteien. 2. Die Bedeutung der einzelstaatlichen Gesetzgebung für die Arbeiterschaft und die Farmer verlangsamt zunächst die Schaffung einer neuen Partei im nationalen Maßstabe. 3. Die durch die Wahlgesetze des letzten Jahrzehnts geschaffene Möglichkeit, die Kandidaten der einzelnen Parteien in sogenannten „Primarien" (Parteivorwahlen), direkt zu bestimmen, unterbindet die Schaffung neuer Parteien insofern, als unzufriedene Wähler ihren Willen in der eigenen Partei zum Ausdruck bringen können.

„Konferenz für fortschrittliche politische Aktion", eine lose Zusammenfassung von Vertretern von Gewerkschaften (meistens Eisenbahnern), Farmerorganisationen, politischen Arbeiter- und Farmerparteien sowie verschiedenen kleinbürgerlichen Organisationsgebilden und Elementen. Zur selben Zeit führte das Wachstum der „Non-Partisan-League"-Bewegung in verschiedenen Staaten, vor allem in Minnesota, wo die vereinigten Farmer- und Arbeiter-Bünde auf einer selbständigen Farmer-Labor-Liste 1922 und 1923 zwei Senatoren (Shipstead und Johnson; letzterer in den Wahlen 1924 unterlegen) gewählt haben, zur Sprengung der alten Organisationsform der „Non-Partisan-League" und zur Bildung einer mehr abgeschlossenen Farmer-Labor-Party. So vollzieht sich ein Prozeß der Vereinigung aller jener Elemente, die sich von den kapitalistischen Parteien lossagen. Ein Schritt in dieser Richtung war auch die Aufstellung der Kandidatur des verstorbenen Senators La Follette bei den Präsidentschaftswahlen 1924 und die Bildung einer Wahlorganisation unter dem Namen La Follette-Partei (siehe politische Arbeiterbewegung).

Im Kongreß kam der Zerfall der alten Parteigruppierungen zum Ausdruck durch das Entstehen des sogenannten Agrikultur-Blocks (1921), der eine Vereinigung von Senatoren und Abgeordneten beider Parteien zur Förderung der Farmerinteressen ist und die Annahme verschiedener Gesetze zugunsten der (reicheren) Farmer durchsetzte; während 1925 hat er aber wenig Lebenszeichen gegeben. Geschlossener trat der im letzten Kongreß entstandene fortschrittliche Block unter Führung des unlängst verstorbenen Senators La Follette auf, der die Durchführung verschiedener Verfassungsreformen und wirtschaftlich den Kampf gegen die Erpressungen des Großkapitals erstrebte, aber infolge der ungünstigen Wahlresultate von 1924 und des Verlustes seines Führers im gegenwärtigen Kongreß seine ausschlaggebende Rolle einbüßte.

Zusammensetzung der Parlamente

Der 69. Kongreß, gewählt im November 1924, setzte sich folgendermaßen zusammen:

Senat: 56 Republikaner, 39 Demokraten und 1 Bauern- und Arbeiterparteiler.

Abgeordnetenhaus: 247 Republikaner, 183 Demokraten, 3 Bauern- und Arbeiterparteiler (formell: 2 Sozialisten, einer ist aber ein auf sozialistischer Liste gewählter La Follette-Republikaner).

Farmerbewegung

Die seit Mitte 1920 andauernde Agrarkrise, die zeitweise besonders stark die Weizenfarmer bedrückte und dann nacheinander die südlichen Baumwollfarmer, die südwestlichen und westlichen Viehzüchter und im Erntejahr 1925/26 die Maisfarmer stark betroffen hat, hat eine verstärkte Organisierung der Farmer zur Folge gehabt.

Neben der rasch wachsenden Genossenschaftsbewegung haben sich die bereits vorher bestehenden Farmerorganisationen stärker entwickelt, und es entstanden neue, die der Beeinflussung der Gesetzgebung dienen sollen.

In dem Kampf dieser Organisationen um eine günstigere Agrargesetzgebung, in ihren inneren Strömungen, spiegeln sich die durch die bestehenden politischen Parteien verhüllten Klassengegensätze einerseits zwischen der Landwirtschaft und dem Großkapital, andererseits innerhalb der Farmer selbst. Während die reicheren und infolgedessen konservativeren Farmer das Schwergewicht auf günstigere Frachttarife, besondere Kreditmöglichkeiten und Ausbildung der Farmergenossenschaften auf rein geschäftlicher Basis legen, im übrigen sich aber vollkommen in das bestehende politische und soziale System einfügen, kämpfen die ärmeren und infolgedessen radikaleren Farmer für staatliche Unterstützung der Landwirtschaft, staatliche Exportgesellschaften, Farmerkreditbanken, Mühlen, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Wasserkraftanlagen. Die bisherige Gesetzgebung unter dem Druck der Agrarkrise (Kredite durch die Kriegsfinanzierungsgesellschaft, hoher Zolltarif auf Farmprodukte, Gesetz gegen die Getreidespekulation, Förderung der Farmergenossenschaften, Farmerkreditgesetzgebung von 1923) war zum Teil wirkungslos oder aber diente nur den Interessen der reichen Farmerschichten (Gesetze gegen die Fleischtrusts, gegen Getreidespekulation) und den von der Agrarkrise betroffenen landwirtschaftlichen Banken und Exporteuren.

Bedeutende Farmerorganisationen in den Vereinigten Staaten

„American Farm Bureau Federation". 1 500 000 Mitglieder; die einflußreichste Organisation. Der sogenannte „Agrikultur-Block" (siehe oben) im Kongreß arbeitet in engster Verbindung mit ihr; die Organisationsspitzen sind konservativ, trachten nach einem Kompromiß mit dem Großkapital auf Kosten der Arbeiterschaft (z. B. Lohndruck auf die Eisenbahner). Die Mitgliedschaft — im Osten konservativ, im Westen mehr fortschrittlich — verbindet sich mit anderen Farmerorganisationen zum gemeinsamen Handeln. Die letzte Jahrestagung (Dezember 1925) hat das vom Präsidenten Coolidge verkündete Agrarprogramm der Regierung (Förderung der Farmergenossenschaften und Beschränkung der landwirtschaftlichen Produktion auf das Maß des inneren Bedarfs, sonst aber vollständige Nichteinmischung der Regierung in die Entwicklung der Agrarkrise) zurückgewiesen (mit knapper Mehrheit), einen regierungsfreundlichen Kandidaten zum Posten des Vorsitzenden niedergestimmt und ist für staatliche Unterstützung der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Ueberschüssen eingetreten.

„National Grange“: 900 000 Mitglieder. Ultrakonservativ, einzelne Staatszweigorganisationen jedoch fortschrittlich und arbeiterfreundlich.

„Farmers National Council“: 750 000 Mitglieder, umfaßt vor allem die kleinen Farmer und Farmpächter; fortschrittlich und tritt für ein Bündnis mit den Arbeitern ein.

„National Board of Farm Organisations“: 1 000 000 Mitglieder, eine lose Organisation mehrerer kleinerer Farmerorganisationen.

„National Farmers Union“: Fortschrittlich und arbeiterfreundlich.

„Farmer-Labor Union“: Gegründet vor etwa 3 Jahren in Texas, verbreitete sich auf andere südwestliche Staaten; 300 000 Mitglieder; sie umfaßt außer Industriearbeitern und Farmern auch Landarbeiter und hat einen proletarischen Charakter.

Negerfrage

Von den 10,5 Millionen Negern leben etwa 80 Prozent im Süden, wo sie politisch unfrei, sozial unterdrückt und wirtschaftlich leibeigen sind. Sie leben dort teils als Landarbeiter oder Pächter, die ihren Pachtzins zumeist in einem Teil des Ernteertrages (⅓ bis ⅔) dem Grundeigentümer, der sie gleichzeitig auch als örtlicher Händler und Bankier ausbeutet, entrichten. Jeder Versuch der Negerpächter oder Arbeiter, sich zu organisieren, wird durch Gewaltakte, besonders des Ku-Klux-Klan, verhindert. Nach wie vor kommen Lynchungen von Negern vor, wenn ihre Zahl auch etwas zurückgegangen ist. (1922: 57, 1923: 33, 1924: 16, 1925: 16.) Die Behörden in den Südstaaten sind ausnahmslos mit den Raub- und Mordakten an den Negern solidarisch. Das vom Repräsentantenhaus beschlossene Gesetz gegen Lynchungen wurde im Senat abgelehnt.

Die fortgesetzte Bedrückung und Mißhandlung der Neger und andererseits die Nachfrage nach Arbeitskräften im Norden hat seit Jahrzehnten eine Wanderung der Neger nach dem Norden zur Folge, die manchmal den Charakter einer Flucht annimmt. Während 1910 in den 12 südlichen Staaten 83 Prozent aller Neger lebten, waren es 1920 nur mehr 79,5. Von dem gesamten Zuwachs der Negerbevölkerung von 630 000 im Jahrzehnt von 1910 bis 1920 entfielen nur 100 000 auf den Süden, wobei 5 südliche Staaten eine Abnahme aufwiesen. Prozentual zur Gesamtbevölkerung nahm die Negerbevölkerung in dieser Zeit im Süden um 1,9 Prozent, im Norden um 43,3 Prozent und im Westen um 55,1 Prozent zu. Besonders stark ist die Negerflucht seit 1922. Diese Abwanderung, die sich trotz des starken Widerstandes der Plantagenbesitzer und örtlichen Behörden vollzieht, hat eine Verschiebung der sozialen und Rassenstruktur der Südstaaten zur Folge, indem diese in der Landwirtschaft vom Baumwollanbau zu intensiveren Produktionsmethoden und bessere Entlohnung und Be-

handlung der Negerarbeiter überzugehen gezwungen sind. Andererseits trägt die Industrialisierung der Negerbevölkerung das Rassenproblem in die Arbeiterbewegung hinein, was bei dem Fehlen des Klassenbewußtseins der amerikanischen Arbeiterschaft leicht zu Rassenkonflikten führen kann. Während des Krieges wurden tausende Neger durch die Großindustrie nach dem Norden gezogen, wo sie als Lohndrücker, vielfach auch als Streikbrecher wirkten. Dies führte zu Rassenkämpfen in den Städten East St. Louis, Chicago u. a. Symptomatisch in dieser Richtung ist das Anwachsen der Zahl der täglichen Angriffe gegen Neger in den Nordstaaten, wo diese durch „friedliche Mittel" gezwungen werden, in geschlossenen Siedlungen zu wohnen. Gegenwärtig wohnen ¾ der im Norden lebenden Neger in 10 Industriezentren des Ostens wie New York (251 000), Philadelphia (248 000), Chicago (131 000); 60 000 sind in der Stahlindustrie, 40 000 in der Automobilindustrie beschäftigt. Die amerikanische Arbeiter-Föderation nahm 1919 eine Entschließung für die Organisierung der Neger an, die aber nur von einzelnen Verbänden durchgeführt wurde. Die große Mehrzahl der Verbände und die unabhängigen Eisenbahner-Brüderschaften verweigern die Aufnahme der Neger entweder nach den Statuten oder nach Ueberlieferung. Die Eisenbahner-Verbände z. B. bemühen sich, bei ihren Tarifverträgen die Neger (etwa 10 Prozent der Eisenbahner) auszuschalten oder wenigstens von gelernter und ungelernter Arbeit fernzuhalten. Dies führte zum Entstehen besonderer Negerorganisationen der Eisenbahner, die bei Konflikten im Gegensatz zu den Eisenbahner-Organisationen standen. Unter dem Druck des immer stärker werdenden Wunsches der Neger nach gewerkschaftlicher Organisierung und außerdem aus Angst vor dem Wachsen des kommunistischen Einflusses unter den Negerarbeitern ist sowohl in der AF of L, als auch in den Eisenbahner-Brüderschaften eine Tendenz für Organisierung der Neger ohne Einschränkung bemerkbar geworden. Nach dem Bericht der letzten Tagung (Februar 1926) der National Urban League, einer proletarischen Charakter tragenden Selbsthilfe-Organisation der Neger, nehmen noch eine Anzahl Verbände keine Neger auf, während andere ihnen den Eintritt in Hilfsarbeiterorganisationen gestatten, ihnen aber den Aufstieg zu qualifizierter Arbeit und das Arbeiten neben Weißen zu verbieten suchen. Viele Verbände verbieten zwar den Anschluß nicht, fördern ihn aber auch in keiner Weise, andere bilden getrennte örtliche Organisationen für Neger. Mehrere Verbände haben allerdings schon alle Beschränkungen für Neger aufgehoben. Derselbe Bericht schätzt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Neger auf 100 000; davon 65 000 in der AF of L und der Rest in selbständigen Verbänden, wie Eisenbahner-Brüderschaften, Herrenschneiderverband usw. bzw. in selbständigen Negerverbänden. In New York ist die Zahl der organisierten Neger 14 500, in Chicago 13 000, in Detroit 2000.

Infolge der relativen Freiheit im Norden haben sich mehrere rassenpolitisch orientierte Negerorganisationen entwickelt, von denen die größte die Universal Negro Improvement Association mit 400 000 Mitgliedern unter kleinbürgerlicher Führung, bei Anerkennung der weißen Vorherrschaft, die Schaffung eines Negerstaates in Afrika propagiert. Andere Organisationen, wie die Vereinigung zur Förderung der Farbigen, Freunde der Negerfreiheit usw. streben mit mehr oder weniger radikalem Programm die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Neger und Schaffung von Organisationen gegen Lynchjustiz und Negerunterdrückung an.

Die Workers Party leistet rege Propaganda- und Organisierungsarbeit unter den Negerarbeitern und führte in den letzten Jahren (Februar 1924 und Oktober 1925) allgemeine Negerkonferenzen durch, deren Zweck war, einerseits die Unterdrückung der Neger im Zusammenhang mit dem Imperialismus der Vereinigten Staaten und der imperialistischen Epoche überhaupt zu zeigen, andererseits aber die proletarischen Neger von der Führung der bürgerlichen Negerorganisationen loszureißen und im Sinne des Klassenkampfes zu erziehen. Das Ergebnis der letzten dieser Konferenzen ist die Schaffung einer ständigen Negerarbeiter-Organisation unter dem Namen „American Negro Labor Congress", die ein besonderes Blatt „Negro-Champion" herausgibt. Die Forderungen der Organisation sind:

Abschaffung der Neger-Ghettos, der Sonderschule, des Verbotes der gemischten Ehe, der gesellschaftlichen Aechtung, Aufnahme in die Gewerkschaften, Kampf gegen Ku-Klux-Klan usw. Von den fast 6 Millionen Negerwählern werden die der Südstaaten in der Mehrzahl durch Sonderbestimmungen, wie z. B. Forderung des Lesens und Schreibens (was im Süden bei dem mangelhaften Schulwesen den Ausschluß der Neger bedeutet) an der Ausübung ihres Wahlrechtes verhindert. Traditionell stimmen die Neger aus Opposition gegen die Demokraten und aus „Dankbarkeit" für ihre Befreiung durch die Republikanische Partei (Lincolns Partei im Bürgerkriege) republikanisch. Aber mit der Herausbildung einer Negerbourgeoisie und dem Auftreten einer Anzahl von örtlichen Negerpolitikern wird jetzt wiederholt Kuhhandel mit Negerstimmen zugunsten der Demokratischen Partei getrieben, besonders seitdem republikanische Parteiorganisationen in manchen Staaten wie z. B. Indiana in enger Verbindung mit dem Ku-Klux-Klan stehen. Ein großer Teil der Negerwähler trat 1924 während der Präsidentenwahlen für Lafollette ein.

Arbeiterbewegung

Lage der Arbeiterschaft: Die breiten Massen der amerikanischen Arbeiterschaft stehen außerhalb der Gewerkschaften und sind daher wirtschaftlich, sozial und rechtlich fast hilflos der Aus-

beutung des organisierten Unternehmertums ausgeliefert. Seit jeher begegnet, die ungeheure wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmerklasse, die die brutalsten Mittel zur Niederwerfung der Arbeiterschaft anwendet (Lockspitzeltum, bewaffnete Garden, schwarze Listen, Streikbrecherorganisationen, Ausweisungen, gerichtliche Urteile, Verhaftungen und nicht selten blutige Niedermetzelung der Streikenden), nur einer engstirnigen konservativen und dazu maßlos korrupten Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die weder den Mut noch den Willen hatte, den Kampf aufzunehmen. Der Krieg hat eine gewisse Aenderung der Lage gebracht, indem die Regierung Wilson um die Arbeiterschaft für seine Kriegsziele zu gewinnen, das Koalitionsrecht für die Arbeiter einräumte und so eine rasche Organisierung (besonders der Eisenbahner) förderte. Die mit allen Kriegserrungenschaften aufräumende Abbaukampagne der Unternehmer 1920—21 hatte besonders nach den großen Streiks von 1922 den Rückgang der Gewerkschaften und Verschlechterung der allgemeinen Lage der Arbeiterschaft zur Folge. Die Hochkonjunktur von 1923—25 hat zwar die Löhne der Arbeiter (besonders in der Bauindustrie) gesteigert, allein in anderen Hinsichten hat sich die Lage der Arbeiterschaft verschlechtert, ein Beweis hierfür ist unter anderem das Wachstum der Arbeits-Unfälle, nicht minder bezeichnend ist die Zunahme der Kinderarbeit während der Nachkriegsjahre, besonders nach der Aufhebung des Bundesgesetzes über Kinderarbeit durch das Oberste Bundesgericht 1922. Dazu gehört auch die in den letzten Jahren von den Unternehmern immer häufiger angewandte Taktik, an Stelle der zertrümmerten gewerkschaftlichen Organisationen gelbe Gewerkschaften (sogen. Company Unions) einzuführen, in Verbindung mit anderen Methoden die Arbeiterschaft zu täuschen und an das Unternehmertum zu fesseln (Verteilung von Aktien, Prämien, Lebensversicherung der Belegschaft, sowie die Einrichtung geselliger und sportlicher Veranstaltungen im Anschluß an die Betriebe usw.). All dies hat den Widerstand der Arbeiterklasse geschwächt, was sich in der Gewerkschaftspolitik zeigt. Andererseits stellt das ständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die mit der Rationalisierung und der technischen Vervollkommnung verbunden ist, die Arbeiterschaft vor neue Aufgaben, indem das Gefühl der Unsicherheit der Existenz erheblich wächst. Nach neueren Untersuchungen (Russel Sage Foundation) ist im Durchschnitt der guten und schlechten Jahre etwa 10—12 Prozent der Arbeiter arbeitslos, was eine fluktuierende Reservearmee von etwa 1 bis 6 Millionen Arbeiter zur Folge hat.

S t r e i k s   u n d   L ö h n e : Die Stärkung der Macht des Unternehmertums seit der Krise 1920—21 hat die Zahl der Streiks in den letzten Jahren stark vermindert, was durch die folgende Tabelle veranschaulicht wird; der höhere Prozentsatz gewonnener Streiks wird unter anderem durch den Rückgang der Zahl der Streiks erklärt.

Streiks und Aussperrungen

Jahr	Gesamtzahl der Lohnstreitigkeiten	Zahl d. Lohnstreitigkeiten mit Angabe d. Arbeiterzahl	Zahl beteiligter Arbeiter in 1000	Zahl der Arbeiter pro Streitfall	Prozentsatz gewonnener Streiks
1916	3 789	2 667	1 599	600	—
1917	4 450	2 325	1 227	528	—
1918	3 353	2 151	1 239	576	23
1919	3 630	2 665	4 160	1 561	26
1920	3 411	2 226	1 463	657	22
1921	2 385	1 758	1 089	1 785	16
1922	1 083	865	1 608	865	33
1923	1 506	1 132	744	1 132	33
1924	1 227	872	654	701	37
1925	1 301	1 012	428	423	35

Die Geld- und Reallöhne sind gegen die Abbauperiode von 1920/21 und 1923/24 um etwa 8—10 Prozent gestiegen und 1925 stabil geblieben (bei leicht fallender Tendenz). Die verhältnismäßig hohen Löhne in einigen Industriezweigen, besonders in der Bauindustrie, werden durch ganz dürftige Löhne in anderen Branchen (Staats- und Handelsangestellte, Fleischereiarbeiter, Landarbeiter usw.) ausgeglichen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in den Vereinigten Staaten niedriger als in den meisten anderen Industriestaaten, hinsichtlich des Klassenbewußtseins stehen die Gewerkschaften sicherlich an letzter Stelle. Die nachstehenden Prozentzahlen der Organisierten gehen von einer Gesamtarbeiterzahl von 26 Millionen aus:

	Zahl der Organisierten in 1000	Prozentsatz der Gesamt-Arbeiterzahl	Davon organisiert in AF of L in 1000	Prozent der Organisierten
1920	5110	20,0	4078	80,0
1923	3780	16,0	2926	77,4

Ueber die Verteilung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft im Jahre 1920 in den verschiedenen Industriezweigen geben die folgenden ungefähren Daten einen Begriff:

	Prozentsatz organisiert
Bergbau	41,0
Fabrikindustrie	23,2
Verkehrswesen	37,3
Bauindustrie	25,5
Maschinisten (nicht auf Eisenbahnen)	12,4
Heizer (nicht auf Eisenbahnen)	19,9
Handel	1,1
Beruflich Ausgebildete	5,4

Der Niedergang der Gewerkschaften, die fast 1½ Millionen seit 1920 verloren, ist vor allem bemerkbar im Verkehrswesen, wo der Verlust etwa 50 Prozent ausmachte, sodann in der Maschinenindustrie, Schiffbau und Fabrikindustrie im allgemeinen. Dieser Verlust gibt auch ein anderes Bild der Verteilung der gewerkschaftlichen Organisierten verschiedener Gruppen, die für 1920 ungefähr folgendermaßen aussah:

Industriegruppe	Zahl der organisierten Arbeiter in 1000	Prozent der Gesamtzahl der Organisierten
Bergbau	418	8,5
Bau	888	18,0
Metall, Maschinen, Schiffbau	836	17,0
Papier und graphisches Gewerbe	163	3,3
Holz und Holzbearbeitung	24	0,5
Nahrungs- und Genußmittel	116	2,4
Gastwirtsgewerbe	151	3,1
Textil	100	2,2
Bekleidung	362	7,4
Leder	91	1,8
Verkehrswesen	1217	24,7
Theater, Musik	96	1,9
Oeffentliche Dienste	160	3,2
Chemie und Stein	52	1,1
Verschiedene	241	4,9

Eine oberflächliche Korrektur dieser Zahlen in bezug auf die erwähnten Industriegruppen würde erstens eine Verschiebung in dem Stärkeverhältnis der Baugewerkschaften, die sich bewähren konnten, auf gegenwärtig etwa 24 Prozent aufweisen; dagegen fiel gewiß die Stärke der in Metall-, Maschinen-, Schiffbau Organisierten auf nicht mehr als 10 Prozent der Gesamtheit; ähnlich ist auch im Verkehrswesen die Zahl der Organisierten gefallen, wogegen die der Bergarbeiter stieg.

Die Gewerkschaftspolitik: Die amerikanischen Gewerkschaften haben bisher nur einen geringen Teil der gesamten Arbeiterschaft erfaßt, und zwar meistens nur die Arbeiterschaft in Klein- und Mittelbetrieben, sowie die gelernten Arbeiter. Die Gründe hierfür lagen in den Besonderheiten der amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, in den eigentümlichen Formen des Klassenkampfes, die es bedingt haben, daß die auf einer zünftlerischen Basis und Ideologie aufgebauten Gewerkschaften der amerikanischen Arbeiter-Föderation und Eisenbahner sich gegen die breite klassenbewußte Arbeiterbewegung (Knight of Labor, später die „Socialist Trade Labor Alliance" und die IWW), anderseits gegen den Widerstand des Unternehmertums behaupten konnten.

Während in einzelnen Gewerkschaften sich manche fortschrittlichen Ansätze zeigten, blieb die Bürokratie der Gewerkschaften, die in dem verstorbenen Gompers ihren besten Führer hatte, dasselbe, was sie schon vor dem Kriege gewesen war: Feinde der sozialistischen Ideologie, Feinde jedes Fortschrittes, grundsätzlich für die Klassenversöhnung. Der Krieg, der die Mitgliedschaft der Verbände binnen drei Jahren verdoppelte, hat eine gewisse Radikalisierung der Gewerkschaften mit sich gebracht durch die Gärung in den amerikanischen Arbeitermassen. Gegen den Willen Gompers haben die Kongresse der AFofL für sie ganz neue und verhältnismäßig radikale Losungen angenommen (Verstaatlichung der Industrien usw.) und sich zu großen Kämpfen entschlossen (Stahlarbeiterstreik von 1919). Die Gegenoffensive des Kapitals, die große Verheerungen in den Gewerkschaften anrichtete, und die darauffolgende wirtschaftliche Prosperität des Landes haben die fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaften aufgehalten und sie verschiedentlich in die alten Bahnen zurückgedrängt.

Allein, die nach dem Kriege radikal veränderten Verhältnisse im Lande haben schon eine unumwundene Rückkehr zur alten Ideologie und zur alten Politik unmöglich gemacht. Noch zu Lebzeiten Gompers, besonders aber nach seinem Tode, begann die Wendung sowohl in der Politik wie in der Ideologie der verantwortlichen Gewerkschaftsspitzen, die der Gesamtheit der Gewerkschaften ein neues, mehr einheitliches Gepräge gibt und auf folgende Faktoren zurückzuführen ist:

1. Die Unternehmeroffensive. Sie hat nicht nur die Löhne gekürzt und viele Gewerkschaften dezimiert, wenn nicht zertrümmert, sondern sie hat auch an ihre Stelle gelbe Gewerkschaften (Company Unions) eingeführt und für bessere Methoden, die Arbeiterschaft an das Unternehmen zu binden, gesorgt. (Prämien, Lebensversicherung, Gewinnbeteiligung, Aktienbeteiligung usw.)

2. Im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Stellung des amerikanischen Kapitalismus und als Gegenwirkung gegen den Einfluß der russischen Revolution, eine besonders starke Propaganda des kapitalistischen Systems und der Privatwirtschaft; in Verbindung damit das Aufkommen einer Bewegung für die „Beseitigung der Vergeudung im Wirtschaftsleben", die auch der Arbeiterschaft wegen des erhöhten Produktionsertrages zugute kommen solle.

3. Die Lage in Europa, die die Gewerkschaftsführer als eine beständige Bedrohung des amerikanischen Arbeiter-Lebensstandards und als einen Herd der revolutionären Umtriebe ansehen.

4. Das Aufkommen einer mehr oder weniger organisierten Opposition der Gewerkschaftsmitglieder und in Verbindung damit die ständige, planmäßig organisierte Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten,

die die Stabilität der Gewerkschaftspolitik und der Gewerkschaftsposten bedroht und die früher oppositionelle und fortschrittlich gesinnte Gewerkschaftsbürokratie nach rechts drängte.

5. Die Entwicklung einer sozial-reformistischen Gewerkschaftsintelligenz und sozial-reformistischen Ideologie im Zusammenhang mit der Bildungstätigkeit der Gewerkschaften (Arbeiter-Universitäten unter Kuratell der Gewerkschaften).

6. Die anfangs bloß tastend aufgenommene geschäftliche Tätigkeit der Gewerkschaften, die in den ziemlich rasch sich entwickelnden Arbeiterbanken, sodann aber auch in den vor kurzem von den Gewerkschaften gegründeten Lebensversicherungs-Unternehmen u. ä. ihren Ausdruck finden und die, weil der Kontrolle der Mitglieder vollkommen entzogen, die Position und das Machtbewußtsein der Gewerkschaftsbeamten beträchtlich stärken. Und schließlich

7. die ebenfalls nur tastend aufgenommenen Schritte einer selbständigen politischen Organisation der Arbeiterschaft (d. h. der Gewerkschaften) zur Loslösung von den beiden bürgerlichen Parteien, die neue Möglichkeiten für die Gewerkschaften und die führenden Beamten eröffnen.

Eine langsame, aber sichere Wendung vollzieht sich in den amerikanischen Gewerkschaften, die ihnen einen neuen mehr einheitlichen und „modernisierten" Charakter aufprägen wird. Die Gewerkschaften wollen ein anerkannter, legalisierter Teil des amerikanischen, demokratischen, reformistisch-kapitalistischen Systems werden, in dem die Arbeiterschaft um ihren Anteil nicht zu kämpfen braucht. Dies ist der Sinn der auf dem Kongreß der AFofL 1925 angenommenen und für die Entwicklung der Gewerkschaften symptomatischen „Lohntheorie", nach der die Erhöhung der Arbeitsproduktivität den Arbeitern entweder durch höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit proportionell ausgeglichen werden soll.

D i e G e w e r k s c h a f t s g r u p p e n: Ueblicherweise teilt man die amerikanischen Gewerkschaften in zwei Gruppen ein: die Amerikanische Arbeiter-Föderation samt den angeschlossenen Verbänden und die sogenannten „unabhängigen", d. h. außerhalb der AFofL stehenden Verbände. Die Einteilung ist rein formell, da es keine taktischen oder prinzipiellen Unterschiede gibt, die die AFofL-Verbände von der Gesamtheit der anderen scheiden. Die wirklichen geschichtlich und ideologisch sich ergebenden Gruppierungen bedürfen ganz anderer Scheidungslinien; die letzteren kommen bis zu einem gewissen Maße in folgender Darstellung zum Vorschein.

Die A m e r i c a n F e d e r a t i o n o f L a b o r (AFofL) ist eine lose gewerkschaftliche Vereinigung, die (1925) aus 107 Zentralverbänden mit 31 261 Ortsverbänden, sowie aus 436 kleinen gewerkschaftlichen Organisationen (local trade unions and federal labor

unions) bestand. Sodann teilt sich die AFofL in vier sogenannte Departments (d. h. Sektionen: Bau, Metall, Eisenbahn und Sektion für das Gewerkschaftszeichen), die wieder ihre 786 Organisationen haben, dann 49 (einzel)-staatliche Vereinigungen (State Federations) und 850 Ortskartelle.

Die Grundlage der AFofL bilden die meisten zünftlerisch aufgebauten und eingestellten 107 Zentralverbände (die sogenannten national unions oder „international" unions, letztere solche, die auch in Kanada ihre Zweigorganisationen haben); dies sind Branchenorganisationen, die in ihrer Politik fast vollständig von der AFofL unabhängig sind. Die (31 261) Ortsverbände gehören unmittelbar den betreffenden Zentralverbänden an; die Streik- und andere Befugnisse der Ortsverbände sind im allgemeinen beschränkt.

Die 436 kleinen gewerkschaftlichen Gruppen teilen sich in local trade unions, d. h. Berufsorganisationen lokalen Charakters, die noch zu keinem Zentralverband zusammengeschlossen wurden, und federal labor unions, d. h. gemischte Gewerkschaftsgruppen in Ortschaften, wo die betreffenden Zentralverbände keine Zweigorganisationen besitzen. Beide Gruppen zahlen ihre Mitgliedsbeiträge direkt an die AFofL und unterstehen ihr unmittelbar; ihre Streik- und andere Befugnisse sind sehr beschränkt.

Drei von den vier Departments (Bau, Metall, Eisenbahn) sind lose Vereinigungen von Branchenorganisationen eines Industriezweiges, die die dringend notwendige Verschmelzung der zünftlerisch aufgebauten Gewerkschaften zu Industrieverbänden ersetzen soll. Diese sind auch lokal in 786 Orts- oder Distrikts-Vereinigungen eingeteilt, doch nur die Baugewerksvereinigungen sind fester untereinander verbunden und spielen eine selbständige Rolle in Gewerkschaftskämpfen. Sonst kommen die Vertreter der den „Departments" angeschlossenen Verbände einmal im Jahre (unmittelbar vor dem Kongreß der AFofL) zu einer Konferenz zusammen. Das vierte Department ist dasjenige des union label (Gewerkschaftszeichens), das auf Waren gestempelt wird, die in closed shops, in Betrieben mit ausschließlich gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, hergestellt werden. Die Aufgabe dieser Sektion ist, Sorge zu tragen, daß Gewerkschaftsmitglieder nur Waren mit „union label" kaufen. Der letzte Kongreß der AFofL (Oktober 1925) beschloß, mit besonderem großen Aufwand (Kinovorstellungen, Radio, Zeitungsreklame usw.) aufs neue Propaganda für union label zu machen.

Die einzelstaatlichen (State federation) und die städtischen Gewerkschaftskartelle (city labor council) haben keine eigentlichen gewerkschaftlichen Funktionen; es besteht auch kein Zwang für die Ortsverbände, in diese Vereinigungen einzutreten. Ihr Stimmrecht auf den Kongressen der AFofL ist sehr beschränkt, und sie können deswegen gar keinen Einfluß auf die Politik der AFofL ausüben. In

diesen Organisationen konzentriert sich aber viel von der gewerkschaftlichen Kleinarbeit, sie sind die Mittelpunkte der alltäglichen sozialen Reformpolitik und in ihnen werden auch die politischen Fragen erörtert und ausgekämpft. Sie bilden deswegen die wichtigsten Stützpunkte für das Aufkommen einer selbständigen Arbeiterpartei, sowie wichtige Anhaltspunkte für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit. Der Kampf der AFofL-Exekutive gegen linke Tendenzen in den Gewerkschaften galt in erster Linie den infizierten Stadtkartellen, die unter ihrem Druck verschiedentlich „reorganisiert" wurden, wonach sie meistens den Anschluß der Kommunisten durchführten (Seattle, Minneapolis, St. Paul, Los Angeles). Auf dem Kongreß der AFofL im Oktober 1924 haben die Vertreter der Kartelle die Frage ihres größeren Einflusses auf die Politik der AFofL aufgerollt, doch vergebens; dagegen hat der Kongreß der AFofL 1925 die Eigentumsrechte der Kartelle zugunsten der AFofL-Exekutive geschmälert, indem er die letztere berechtigte, das Eigentum der (wegen „Radikalismus") suspendierten Organisationen einzuziehen.

Die Geschäfte der AFofL werden auf ihren jährlichen Kongressen erledigt, die vollständig von der Verbandsbürokratie beherrscht werden. Sie befassen sich übrigens mit ganz allgemeinen Fragen der Gewerkschaftsbewegung, wie Förderung der Arbeitergesetzgebung, Fragen der gewerkschaftlichen Propaganda und widmen im Einklang mit dem Charakter der Organisation den größeren Teil ihrer Beratungen den Schlichtungen der Kämpfe der verwandten Branchenorganisationen um Mitglieder der Grenzberufe.

Die Führung der AFofL obliegt einer Exekutive aus elf Mitgliedern, die sich einmal im Vierteljahr versammelt; die eigentliche Führung liegt in den Händen des Vorsitzenden (Green) in Verbindung mit einem oder zwei anderen Exekutivmitgliedern. Sie stellt aber in Wirklichkeit keinesfalls die Führung des gewerkschaftlichen Kampfes dar, die den einzelnen Verbänden nach ihrem Gutdünken zusteht, sondern ist nicht viel mehr als eine Vertretung der Verbände nach außen, die aber ideologisch und teilweise auch taktisch die Linie für die Gesamtheit vorzeichnet.

Die zünftlerische Zersplitterung ist noch immer die eigentliche Basis der gewerkschaftlichen Organisation. In den letzten zwei Jahren (1924/25) ist eher ein Rückschritt eingetreten; mehrere Zentralverbände, Verbände, einzelstaatliche oder städtische Kartelle, Ortsverbände usw., die schon früher einmal die Idee der Verschmelzung in Industrieverbände im Prinzip angenommen oder sich zu Kampfzwecken verbunden haben, ließen diesen Plan fallen. Dagegen hat die Gewerkschaftsbürokratie in den letzten Jahren für ihre eigene Existenz gut gesorgt, indem sie allgemein eine Gehaltserhöhung für die führenden Beamten bis zu einer Höhe durchführte, wo die Gehälter in keinem Verhältnis mehr zu den Arbeitslöhnen stehen (z. B. 12 000 Dollar

jährlich und noch mehr) und sich ihre Posten gegen die Mitgliedschaft mit allen Mitteln (entweder statutarisch oder mittels Wahlfälschungen sowie brutaler Terrorisierung der Opposition) verbriefte.

Das Beamtentum gibt immer mehr den Streik als Kampfmethode auf und versucht, sich auf Schlichtungswesen und schiedsgerichtliche Verfahren zu verlegen. Ja, es ist sogar unter dem Einfluß der Unternehmeroffensive bereit, für die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer, die sich einfach auf das Recht und die Möglichkeit der Einziehung von Mitgliedsbeiträgen beschränkt, die Loyalität der gewerkschaftlichen Massen (keine Streiks, langfristige Verträge) sowie ein „Interesse an Produktionssteigerung" zu garantieren. Dies ist der Hauptgedanke des sogenannten „Baltimore-Ohio"-Planes, der in den Werkstätten dieser Eisenbahnlinie eingeführt und seitdem zu einem wichtigen Bestandteil der Gewerkschaftspolitik emporgehoben wurde.

In politischer Hinsicht standen die amerikanischen Gewerkschaften immer der Idee einer selbständigen politischen Partei der Arbeiterschaft feindlich gegenüber. Die Gewerkschaftsführer waren und sind oft eng mit den Parteiorganisationen und dem Parteileben der beiden bürgerlichen Parteien verknüpft, überwiegend aber mit der Demokratischen Partei; verschiedentlich wurden auch Gewerkschaftsführer in die Parlamente usw. gewählt, haben aber keine besonderen Gruppen gebildet. Im Jahre 1924 hat die AFofL nach inneren Kämpfen sich offiziell für die Kandidatur des verstorbenen Senators La Follette eingesetzt; allein noch während der Wahlkampagne haben verschiedene Gewerkschaftsführer sich zu ihren „eigenen" Parteien (Demokratischen oder Republikanischen) geschlagen. Nach der Niederlage La Follettes ist die AFofL wieder zu ihrer alten Stellungnahme der „Parteilosigkeit" zurückgekehrt; auf dem letzten Kongreß der AFofL hat ihr gegenwärtiger Vorsitzender, Green, (früherer Sekretär des Bergarbeiter-Verbandes) die Idee einer Labor-Party nicht im Prinzip zurückgewiesen, jedoch diese für die Gegenwart als unangebracht erklärt.

Die AFofL ist aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, weil sie ihr zu „revolutionär" schien, ausgetreten. Im Mai 1923 stellte Gompers als Bedingung für den Anschluß der AFofL die Zurücknahme der Resolution über den internationalen Streik gegen den Krieg, Boykott-Aktionen gegen konterrevolutionäre Länder, wie Horthy-Ungarn usw., und verlangte überhaupt die Beschränkung ihrer Tätigkeit auf rein gewerkschaftliche Fragen. Trotzdem hat die AFofL aus Feindschaft gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und aus wohlverstandenem Selbsterhaltungstrieb im Jahre 1923 die deutschen Gewerkschaften unterstützt und überhaupt hinter den Kulissen alles getan, um den reaktionären Flügel der Amsterdamer gegen die aufkommende Linksbewegung in den Gewerkschaften zu unterstützen. Die

reaktionäre Einstellung der AFofL drückt sich auch in ihrem besonders starken Haß gegen die Sowjetunion und alles was mit ihr sympathisiert, aus. Dem Kampf gegen revolutionäre Tendenzen in der Arbeiterbewegung dient auch die Gründung der übrigens vollständig einflußlosen Pan-American-Federation of Labor und die auf dem letzten Kongreß der AFofL proklamierte „Monroe Doktrin" der amerikanischen Gewerkschaften, nach der europäische Gewerkschaftler (besonders radikale Agitatoren) sich in die Arbeiterbewegung des amerikanischen Kontinents nicht einmischen dürfen. Diese „Doktrin" ist ein Kennzeichen für die reaktionäre, im imperialistischen Fahrwasser schwimmende Ideologie der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie. Trotzdem die AFofL außerhalb Amsterdams steht, sind die in ihr vereinigten Verbände verschiedentlich den internationalen Berufssekretariaten angeschlossen.

Der Kohlenarbeiter-Verband (United Mine Workers): der größte Verband der AFofL mit mehr als 400 000 Mitgliedern, ist der einzige Industrieverband; er hat auch die größten und manchmal blutigen Kämpfe um sein Organisationsrecht ausgefochten und hat bis vor kurzem eine machtvolle Stellung eingenommen, in der er etwa zwei Drittel der in der bituminösen Kohlenindustrie beschäftigten Arbeiter und volle 100 Prozent Anthrazitarbeiter in seine Reihen einschloß. Durch die schlechte Politik der Verbandsbürokratie, besonders unter dem Verbandspräsidenten Lewis, und die planmäßige Einkreisungspolitik der Unternehmer hat der Verband der bituminösen Kohlenindustrie stark verloren, während der fünfmonatige Streik in der Anthrazitindustrie (1. September 1925 bis 9. Februar 1926) mit einem Kompromiß zugunsten der Unternehmer beendet wurde. Die Unternehmer der bituminösen Kohlenindustrie verstanden auch, gegen fortschrittliche Tendenzen in dem Verbande durch den Ku-Klux-Klan innere Streitigkeiten hervorzurufen. Die absolut verräterische Politik des korrupten, autokratischen Lewis hat eine Unzufriedenheit bei den Mitgliedern, besonders in den bituminösen Kohlendistrikten, hervorgerufen. Trotz Terrorisierung der Mitgliedschaft, Fälschung der Wahlresultate und ähnlichen Mitteln, haben die Kandidaten des linken Flügels bei den letzten Beamtenwahlen ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt; der linke Flügel hat auch einen merklichen Einfluß auf die Tagung des Verbandes im Jahre 1924 gehabt. (Die Verbandstage finden alle zwei Jahre statt; der auf 1926 fallende Verbandstag wurde von der Verbandsleitung aus Angst auf 1927 verschoben.) Der Verband tritt den auf den Verbandstagen angenommenen Resolutionen gemäß für unabhängige politische Aktionen (Arbeiterpartei), für Nationalisierung der Kohlenindustrie, für Kampfbündnis mit den Eisenbahnern (ein wirklich eingegangenes Kampfbündnis 1922 wurde von seiten des Beamtentums beider Parteien sabotiert), ein. Der letzte Ver-

bandstag (Januar 1924) beschloß, sich weder Amsterdam noch der RGI anzuschließen; der Verband ist jedoch dem Internationalen Bergarbeiter-Sekretariat angeschlossen und nimmt an seinen Beratungen teil.

Verbände der Bauindustrie: Am wichtigsten für den Bestand der AFofL (etwa 30 Prozent der gesamten Mitgliedschaft) und aus verschiedenen Gründen (starke Bautätigkeit in den Nachkriegsjahren, schwache Konzentration der Industrie und das Bestehen von Konkurrenz, Mangel an geschulten Arbeitern, zünftlerische Abgeschlossenheit) am stärksten organisiert sind die 17 Verbände der Bauindustrie mit zusammen etwa 850 000 Mitgliedern; es sind die einzigen Verbände, die in den letzten Jahren ein Wachstum aufweisen.

Die größten Verbände dieser Gruppe sind:

Zimmerer und Tischler	315 000	Mitglieder
Elektrizitätsarbeiter	142 000	„
Anstreicher	101 000	„
Maurer	70 000	„

Der Zimmererverband ist der zweitgrößte in der AFofL. Anfang 1926 hat er sich dem internationalen Holzarbeiter-Sekretariat angeschlossen; der Anstreicher-Verband ist ebenfalls dem internationalen Berufs-Sekretariat angeschlossen; der Verband der Elektrizitätsarbeiter gehört sowohl dieser Gruppe, wie der der Eisenbahner bzw. auch der Metallarbeiter an und ist in allen drei „Departments“ vertreten; für alle Verbände der Bauindustrie sind die sogenannten „jurisdiktionellen“ Kämpfe charakteristisch, die zu ständigen Streitigkeiten und sogar Streiks der einen gegen die anderen Anlaß gaben; auch sind diese Verbände wegen besonders großer Korruption des Beamtentums bekannt (Brindell-Fall in New York).

Die Eisenbahnerverbände: Hierzu gehören erstens die acht Werkstättenarbeiter-Verbände. Sodann die Streckenarbeiter, die Weichensteller, die Bahnangestellten, Telegraphisten, alle in der AFofL, obgleich nicht alle in dem Eisenbahner-Department. Diese Verbände haben am meisten von der Unternehmeroffensive und infolge des Zusammenbruchs des Eisenbahnerstreiks von 1922 gelitten, wie der Vergleich der Mitgliederzahlen 1920 und 1924 zeigt:

	1920	1924
Maschinenschlosser	330 000	77 000
Waggonarbeiter	200 000 (1921)	137 000
Bahnangestellte	186 000	88 000
Kesselschmiede	103 000	17 000
Schmiede	50 000 (1921)	5 000
Heizer (nicht Lokomotiv-)	35 000	9 000
Streckenarbeiter, Weichensteller	14 000	9 000

Die zwölf Eisenbahnerverbände der AFofL, von denen nur neun in dem Eisenbahner-Department der AFofL vertreten sind, bilden zusammen mit den vier unabhängigen Eisenbahner-Brüderschaften des Zugdienstpersonals die 16 Stammorganisationen der Eisenbahner, die seinerzeit (im Jahre 1920) ein Schutz- und Trutzbündnis unter sich und alle zusammen später mit dem Kohlenarbeiterverband schlossen. Diese Verbände waren die Initiatoren der „Konferenz für Fortschrittliche Politische Aktion" und bildeten den Brennpunkt der La Follette-Kampagne von 1923/24. Gegenwärtig ist die Verbindung sehr lose, allein die Verbände arbeiten zusammen für das Zustandekommen eines Gesetzes zur Abschaffung des Eisenbahnarbeitsamtes und führten auch gemeinsame Verhandlungen mit den Unternehmern diesbezüglich (die neuausgearbeitete Bill enthält außer der Beseitigung des Eisenbahnarbeitsamtes und Einführung einzelner Schlichtungsinstanzen gewisse Bestimmungen, die fast einem Verzicht auf das Streikrecht gleichkommen).

Die vier unabhängigen Eisenbahner-Brüderschaften des Zugpersonals sind:

Brüderschaft der Lokomotivführer	88 000
„ „ Lokomotivheizer	125 000
„ „ Schaffner	57 000
„ „ Zugbegleiter	195 000

Die Brüderschaften sind gemäßigt fortschrittlich; anfänglich reine Unterstützungskassen, haben sie sich zu gewerkschaftlichen Organisationen entwickelt und meistens gemeinsam gekämpft. Ihre strategische Bedeutung verlieh ihnen auch ein Gefühl des Machtbewußtseins. Die früher festere Verbindung ist gegenwärtig gelockert; die konservativen Schaffner und Zugbegleiter halten zusammen, während die mehr fortschrittlicheren Verbände der Lokomotivführer und Lokomotivheizer ebenfalls zusammengehen; doch wurde der Beschluß der letzteren, sich zu vereinigen, nicht durchgeführt. Zur Zeit bildet der Lokomotivführer-Verband mit seinen verschiedenen großen Geschäftsunternehmen (Arbeiterbanken, Kohlengruben usw.) das Zentrum der modernen amerikanischen Gewerkschaftspolitik.

Die sogenannten jüdischen Gewerkschaften: Zu dieser Gruppe gehören die drei der AFofL angeschlossenen Verbände der Damenschneider, Kürschner und Kappenmacher und der selbständige Verband der Herrenschneider. Diese Verbände nehmen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eine besondere Stellung ein; in ihnen fand vor Jahren der Sozialismus eine Stütze, in ihnen war die Opposition gegen Gompers am stärksten und sie sind gegenwärtig maßgebend in der modernen reformistischen Gewerkschaftspolitik (sie führten als erste verschiedentlich Arbeitslosen-Unterstützung — namentlich auf Kosten der Unternehmer — ein, schufen Arbeiter-

bildungs- und verschiedene Schlichtungseinrichtungen und sind schließlich die Vorkämpfer der Labor-Party-Bewegung). Ihre Bürokratie ist bisher stark mit der Sozialistischen Partei verbunden; der linke Flügel hat seine ersten Siege in diesen Verbänden errungen.

Die Mitgliederzahlen sind:

Damenschneiderverband	91 000
Kürschner	9 000
Herrenschneider	140 000

Der fortschrittlichste Verband war bis vor kurzem der der Herrenschneider, der seit seiner Loslösung von der AFofL eine außerordentliche Entwicklung genommen hat. Eine Zeitlang hat er Fühlung mit den Kommunisten gehabt, aber in der letzten Zeit führt er eine Ausschlußkampagne gegen die Kommunisten und den linken Flügel.

Die Splitterorganisationen und revolutionären Verbände: Von den verschiedenen selbständigen Organisationen hat außer dem Herrenschneiderverband kein anderer eine Bedeutung erlangt. Verschiedene Splitterorganisationen in der Textilindustrie und bei den Eisenbahnern und auch der Automobilarbeiterverband vegetieren oder geben kein Lebenszeichen von sich, andere als revolutionär bekannte, wie vereinigte Metallarbeiter, Vereinigte Nahrungsmittelarbeiter führen zwar Arbeitskämpfe und machen Versuche, sich zu organisieren, aber ohne Erfolg. Der bedeutendste revolutionäre Verband die IWW, der durch die Verfolgungen der Regierung, der reaktionären Bevölkerungsschichten und seinen oft heldenhaften Kampf für die meist ausgebeuteten Schichten des Proletariats (der Land- und Forstarbeiter) bekannt wurde, spaltete sich in den letzten zwei Jahren und hat seine Mitgliedschaft eingebüßt; beide Organisationen zählen gegenwärtig 10 000; der legitime, echte und ungleich fortschrittlichere und größere Teil (8000 Mitglieder) der IWW hat organisatorische Reformen (längere Amtierung der Mandatare, höhere Mitgliedsbeiträge) durchgeführt; aber mit Ausnahme der Dockarbeiter-Organisation ist die IWW nunmehr eine Propagandaorganisation für die Industrieverbände geworden. Eine andere von früher datierende Absplitterung der IWW, die unter Leitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei stand, wurde 1924 aufgelöst.

Trade Union Educational League (Liga für Gewerkschaftspropaganda) nimmt eine besondere Stellung in der Gewerkschaftsbewegung ein. Dank ihrer Tätigkeit sind mehrere Konferenzen der fortschrittlichen Gewerkschaftler zustande gekommen. Sie gibt viele Flugschriften heraus. Gegen ihre Tätigkeit wenden sich die Gewerkschaftsbonzen, obgleich die Liga ganz scharf allen Spaltungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung entgegentritt. Trotz der letzten Versuche der Gewerkschaftsführer, die Mitglieder der Liga

aus den Gewerkschaften herauszudrängen, konnten sie sich doch in den Gewerkschaften halten. Infolge der Fraktionskämpfe jedoch, hat die Liga nicht die notwendige Fähigkeit entfaltet und ist in ihrer Entwicklung gehemmt worden. Auch ist ihr Anhängerkreis stark geschmälert und fast nur auf Mitglieder der Workers Party reduziert. Gegenwärtig soll die Liga eine neue Gewerkschaftskampagne aufnehmen, die ihr ihre alte Stellung von 1923 zurückgibt und zum Ausbau eines breiten linken Flügels in den Gewerkschaften dienen soll. Ein Schritt in dieser Richtung ist die Kampagne, eine Gewerkschaftsdelegation nach Rußland zu schicken, die bereits bei etwa 200 000 Gewerkschaftsmitgliedern Zustimmung fand. Die Liga hat in den letzten Monaten auch bemerkenswerte Siege in den Damenschneider- und Kürschner-Verbänden errungen.

Company Unions: Dies ist die Bezeichnung für die von den Kapitalisten gegründeten Organisationen der Belegschaft eines Unternehmens und die von der kapitalistischen Propaganda mit dem verlockenden Namen von „Arbeitsräten" oder „Betriebsräten" und als Schritt zur „industriellen Demokratie" bezeichnet werden. Ihrer Form nach sind sie verschieden, von ganz loser bis zu einer ziemlich genau ausgearbeiteten. Ihr Ziel ist, den Unterdrückungsplänen der Unternehmer (Lohnabbau, schlechte Arbeitsbedingungen) die scheinbare Zustimmung der Arbeiter zu gewinnen und einen Ersatz für die verbotenen Gewerkschaften zu geben. Die Zahl der Company Union wird auf über 800 angegeben und sie sollen über eine Million Arbeiter erfassen. Sie sind meistens in Großunternehmungen mit über 10 000 Arbeitern verbreitet, vor allem in der Metallindustrie.

Politische Arbeiterbewegung

Die Arbeiterschaft Amerikas hat sich bisher noch keine politische Arbeiterpartei nach dem Muster der europäischen geschaffen. Sogar auf dem Höhepunkt ihres Aufschwunges (1912) zählte die Sozialistische Partei nur etwas über 100 000 Mitglieder. Offiziell lehnt die AFofL sowie die meisten Verbände, jede parteipolitische Einstellung ab, geben aber bei wichtigen Wahlen (Präsidentschaft, Kongreß usw.) „Weisungen" an ihre Mitglieder, und zwar die AFofL regelmäßig für die Demokraten, die unabhängigen Eisenbahnerverbände für die Republikaner. Die traditionelle Gegnerschaft der Gewerkschaftsoligarchie gegenüber allen Versuchen zur Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei ist aber, abgesehen von Verbindungen mit den bürgerlichen Politikern und von geschichtlichen Gründen (Kampf gegen die „Knights of Labor" und später gegen die sozialistische Opposition in den Gewerkschaften) auch durch die selbstverständliche Befürchtung verursacht, daß mit dem Entstehen einer solchen Partei neue Einflüsse sich in den Gewerkschaften geltend machen könnten. Die Gompers-Oligarchie

wandte deswegen alles auf, um das Zustandekommen einer solchen Partei zu verhindern. Ihrem Einfluß war die Sabotage der Arbeiter- und Farmer-Parteibewegung durch die Führer der „Konferenz für Fortschrittliche politische Aktion" zu verdanken; sie war auch in großem Maße für die ablehnende Taktik La Follettes gegenüber den radikaleren Farmer- und Arbeiterelementen, die sich zur 17.-Juni-Konferenz (1924) versammelten, verantwortlich. Die offizielle Unterstützung La Follettes bei den Präsidentschaftswahlen 1924 durch die Spitzen der AFofL (Beschluß der Exekutive) geschah unter dem Druck von unten und fand einen Widerstand bei dem reaktionären Teil des AFofL-Beamtentums, das sich keinesfalls von der Verbindung mit den kapitalistischen Parteien ablenken ließ. Trotz aller Erklärungen und Rechtfertigungen dieses Schritts als einer mit der alten Taktik offiziell übereinstimmenden Taktik bedeutete er eine Wendung in der Politik der AFofL.

Die 3.-Partei- bzw. Farmer-Labor-Bewegung (siehe Jahrbuch 1923/24 Seite 895 ff.). Die infolge der Industriedepression von 1921 und andauernder landwirtschaftlicher Krise hervorgetretene Bewegung der Industriearbeiter und Farmer zur Loslösung von den bürgerlichen Parteien und Gründung ihrer eigenen Partei hat sich 1924 in der Präsidentschaftskandidatur La Follettes kristallisiert, um 1925 fast völlig zu verschwinden. Nachdem die Führer der „Konferenz für Fortschrittliche Politische Aktion" mit Hilfe La Follettes die radikalere Richtung durch ihre Gegenaktion totschlugen, haben sie auf ihrer eigenen (4. Juli 1924) Konferenz alle Versuche zur Gründung einer Partei unterdrückt und sich lediglich auf die Präsidentschaftskandidatur La Follettes geeinigt; für andere Wahlen (Kongreß, Gouvernements etc.) blieben sie bei ihrer alten Stellung: ohne besondere Parteibildung den fortschrittlichen Kandidaten zu unterstützen. Die Anhänger der Konferenz vom 17. Juni 1924 haben meistens La Follette unterstützt, doch in Einzelfällen sich für die Kandidatur der Workers Party eingesetzt. Die Tagungen der „Konferenz für Fortschrittliche Politische Aktion" nach den Wahlen haben zwar formell eine dritte (fortschrittliche) Partei gegründet, aber sie war eine Fehlgeburt. Die Ablehnung der Exekutive der AFofL, der Eisenbahnbrüderschaften und gleich danach die Ablehnung der Sozialistischen Partei haben die neugegründete Partei, zugleich auch die ganze 3.-Partei-Bewegung totgeschlagen, die überdies noch im August 1925 ihren Führer (La Follette) verloren hat.

Auch die in einzelnen Staaten gebildeten mehr oder weniger politischen Farmer-Labor-Organisationen haben während 1924/25 einen Rückschlag zu verzeichnen. Die Non Partisan League von Nord-Dakota war zwar imstande, ihre Kandidaten in verschiedenen Wahlen durchzusetzen, allein die Organisation selbst ist vollständig ins bürgerliche Fahrwasser geschwenkt; die Farmer-Labor-Party Minnesotas, die vorher einen ständigen Fort-

schritt aufwies, hat sich, nach Ausschluß der Kommunisten, verschiedentlich in bürgerliche Parteipolitik eingelassen. Am festesten und klassenbewußtesten haben sich bisher die auf gewerkschaftliche Organisationen aufgebaute Arbeiter-Partei Pennsylvaniens und die auf radikale Farmer-Elemente sich stützende Farmer Labor Party Washingtons gehalten.

Anfang 1926 läßt sich mit den bevorstehenden Kongreßwahlen (November 1926) eine gewisse Neubelebung der Farmer-Labor-Bewegung bemerken, so in Nord-Dakota, wo nach der Tagung der Non Partisan League, die den Vorschlag selbständiger Labor-Kandidaten zurückwies, eine FL-Organisation wiedergegründet wurde, sodann in den nordwestlichen Staaten, u. a. in Nebraska, wo die Organisation „Progressive Farmer" wieder zum Leben kommt.

Die Bewegung ist jedoch bisher nur auf Farmerelemente beschränkt und hat einstweilen die Arbeiterorganisationen nicht berührt.

Die Sozialistische Partei: Die Sozialistische Partei ist nach der letzten Spaltung im Jahre 1921 zu einer ganz unbedeutenden Partei herabgesunken. Ihr Prestige beruht nur noch auf der Vergangenheit. Infolge ihrer Kompromißpolitik mit den konservativen Arbeiterführern konnte die Sozialistische Partei eine führende Rolle in der zu politischer Selbständigkeit drängenden Bewegung der Arbeiter und Farmer nicht erreichen. Die offizielle Politik der Partei Sowjetrußland gegenüber war eine gehässige Kampagne und leistete oft verhüllt der AFofL-Bürokratie und der bürgerlichen Presse Vorschub. Als ein Bestandteil der „Konferenz für Fortschrittliche Politische Aktion" hat sie offiziell die Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei befürwortet, allein in Wirklichkeit haben die Vertreter der SP den konservativen Gewerkschaftsführern zur Niederstimmung der radikaleren Richtung verholfen. Der Chikagoer Parteitag (Februar 1925) beschloß, jede Verbindung mit der „Konferenz für Fortschrittliche Politische Aktion" sowie der neugegründeten „Fortschrittlichen Partei" zu lösen. In bezug auf die Gewerkschaftspolitik haben die Parteiführer sich meistens mit den konservativen Elementen der AFofL zur Bekämpfung des linken Flügels verbunden. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zwei Jahren (1924/25) von 11 000 auf angeblich 18 000 erhöht. Ihr Wahleinfluß ist jedoch seit 1920 auf ungefähr die Hälfte gesunken. Die Partei ist Mitglied der Zweiten Internationale, in der sie zum rechten Flügel gehört.

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist ein starres, lebloses Ueberbleibsel aus der ehemaligen Partei unter Führung des verstorbenen De Leon mit orthodoxem, sozialdemokratischem Programm. Gewerkschaftspolitik: Zerstörung der alten Gewerkschaften und Bildung von „Industrieverbänden"; sie hat keinen Einfluß auf die

Arbeiterbewegung des Landes. Mitgliederzahl der Socialist Labor Party etwa 2000.

Die Workers Communist Party ist gegenwärtig, nach der Auflösung der illegalen Kommunistischen Partei, die offizielle Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten. Seit ihrem Entstehen — Dezember 1921 — entfaltet sie eine sehr energische Tätigkeit, hauptsächlich für die Einheitsfront der Arbeiterschaft. Ihr Aufstieg wurde jedoch durch Fraktionskämpfe gehemmt. Diese bezogen sich zuerst auf die Taktik gegenüber der Farmer-Labor- bzw. La Follette-Bewegung, in letzter Zeit auf die Frage der Trade Union Educational League.

Im Jahre 1924 bestand die Partei aus 19 Sprachföderationen mit insgesamt 17 377 zahlenden Mitgliedern und 16 325 im Jahre 1925. Laut den Bestimmungen des letzten Parteikongresses (August 1925), der ein neues Parteistatut annahm, führte die Partei den Umbau der Parteiorganisation auf Betriebszellen durch. Es gibt jetzt 13 Bezirke (Distrikte), die sich wiederum in kleinere Organisationseinheiten teilen. Die Sprachföderationen werden aufgelöst und die Mitgliedschaft teilweise in Betriebszellen, zum größten Teil aber (etwa drei Viertel) in national gemischten Straßenzellen erfaßt. An Stelle der aufgelösten Sprachföderationen treten parteilose Sprachorganisationen, die die Grundlage für kulturelle und politische fremdsprachige Parteiarbeit bilden sollen. Der Umbau stößt auf gewisse — allerdings überwindliche — Schwierigkeiten und ist auch in der ersten Zeit mit dem Verlust von Parteimitgliedern verbunden, hauptsächlich, weil er bisher etwas zu hastig durchgeführt wurde.

Die in Chikago und New York bereits funktionierenden Zellenorganisationen haben bei der Kampagne für die Parteipresse schon eine ersprießliche Arbeit geleistet; die Partei ist augenblicklich dabei, die Aufgaben der Betriebszellen sowohl in der Praxis als in einer grundlegenden Diskussion festzusetzen.

Gemäß den Beschlüssen des Parteikongresses hat die eben geschaffene Abteilung für Agitation und Propaganda (Agitprop) leninistische Bildungsarbeit in Angriff genommen: in New York wurde eine Parteischule geschaffen, die bereits viele Schüler ausbildet. Die Schule wird auch von einer großen Masse Sympathisierender besucht; eine weitere Parteischule ist in Chikago in Bildung begriffen.

Die Partei mußte 1925 eine innerparteiliche Kampagne gegen rechte Tendenzen ausfechten, die die Ideologie der 2½-Internationale verbargen und die in der vom Redakteur der „New Yorker Volkszeitung", Lore, geführten Gruppe ihre Zuflucht fanden. Diese Kampagne führte zum Ausschluß Lores und zum Austritt bzw. Ausschluß seiner Anhänger sowie zur Bildung einer deutschen Propagandagruppe seitens der letzteren.

Die politische Arbeit der Partei bestand erstens in Einheitsfrontkampagnen in verschiedenen konkreten Fragen (z. B. Schutz der eingewanderten Arbeiter gegen die beabsichtigte polizeiliche Kontrolle), sodann in der Entlarvung der Regierungspolitik (in hunderttausenden verbreitetes Flugblatt, das eine Antwort auf die Kongreßbotschaft Coolidges enthielt) usw.; die Partei hat in den Jahren 1924/25 außer an der Präsidentschaftskampagne an verschiedenen Munzipalwahlen teilgenommen. Von anderen Aktionen ist besonders ihre anti-imperialistische und internationale Arbeit hervorzuheben, und zwar Protestkundgebungen und groß angelegte Agitationstätigkeit in folgenden Fällen: gegen polnischen Terror (Lancucki), ungarischen Terror (Rakosi), Nichtzulassung Saklatvalas, Kampagne in Verbindung mit Verhaftung von zwei kommunistischen Soldaten in Hawai sowie Verhaftung des kommunistischen Führers Mella-Kuba, Aktion für China und schließlich Aktion gegen den Menschewistenführer Abramowitsch.

Das von der Partei herausgegebene Tageblatt „Daily Worker" hat es u. a. verstanden, eine Anzahl von Arbeiterkorrespondenten auszubilden.

Die Gewerkschaftsarbeit der Partei sowie ihre Arbeit unter den Negern haben wir schon oben besprochen.

Kolonien und beherrschte Gebiete

Alaska

Kolonie der Vereinigten Staaten, 1867 von Rußland für 7 200 000 Dollar gekauft. Verwaltet als „Territorium" von einem Gouverneur, ernannt auf vier Jahre vom Präsidenten; teilweise Autonomie mit einer lokalen gesetzgebenden Versammlung. Präsident Harding erklärte bei seiner Reise durch das Land, daß die Zeit der Anerkennung Alaskas als Bundesstaat nicht mehr fern sei. Ausdehnung 1 530 327 qkm.

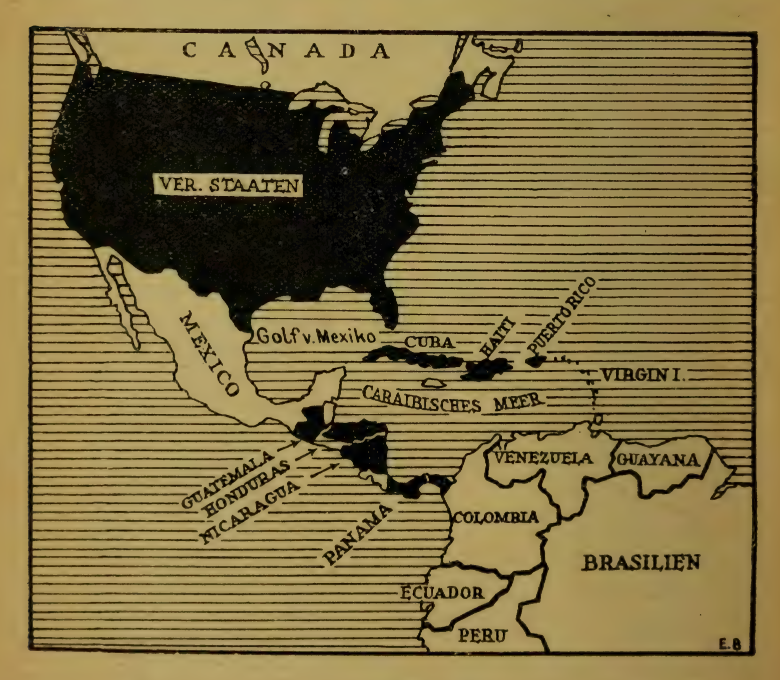
Bevölkerung: Volkszählung 1920 55 000 (1924 60 000); davon die Hälfte farbig, meistens Indianer; außerdem kommen jährlich etwa 20 000 Arbeiter auf einige Monate, die in den Gruben, Fischereien und auf der Eisenbahn arbeiten, nach Alaska. Beschäftigung: Seehund- und Lachsfischerei und Bergbau; reiche, für die Papierindustrie geeignete Wälder. Die Papierindustrie entwickelt sich neuerdings; unter Umständen könnte diese ein Drittel des gesamten Papierverbrauches der Vereinigten Staaten liefern. Eine Eisenbahn mit einer Schienenlänge von 1188 km; weitere im Bau. 1920 zählte man 364 Farmen. Viehstand (1920) 92 933 Renntiere, 1924 (geschätzt) 350 000; 17 625 Arbeitshunde, 1063 Pferde, 445 Rinder.

Philippinische Inseln

Die Inselgruppe besteht aus 7083 Inseln, davon 2411 namenlos. Gesamtfläche 297 440 qkm. Sie sind etwa 630 Seemeilen vom nächsten japanischen Hafen entfernt und befinden sich im Zentrum der asiatischen Handelswege.

Bevölkerung (1920) 10 350 640, hauptsächlich malaischer Rasse, davon 91,5 Prozent Christen (meistens römisch-katholisch). Sprache: viele einheimische Dialekte; außerdem spanisch und englisch. Unterricht in den öffentlichen Schulen englisch.

Kolonie der Vereinigten Staaten auf Grund des Friedensvertrages mit Spanien vom Jahre 1899. Nach der Unterdrückung eines nationalen Aufstandes wurde 1902 amerikanische Zivilverwaltung eingeführt. Generalgouverneur vom Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Senatszustimmung ernannt. Seit 1916 (Jones act) besteht eine Volksvertretung aus Senat (24 Mitgliedern) und Unterhaus (91 Mitgliedern) sowie einem Kabinett, dessen Mitglieder (mit Ausnahme der vom



Kolonien der Vereinigten Staaten

Kultusamt) Philippinen sind. In den letzten Jahren setzte die Unabhängigkeitsbewegung wieder verstärkt ein. Von 48 Provinzen ist in 35 die Provinzialverwaltung und auch Stadtverwaltung autonom. Die Unabhängigkeitsbewegung geht nicht über loyale Opposition hinaus und bei den Arbeiterorganisationen wird Loyalitäts-Propaganda gegenüber den Vereinigten Staaten bemerkbar. Der Generalgouverneur (Wood) bemüht sich, heimischen Reichtum an amerikanische Kapitalisten zu vergeben und stößt auf Widerstand der gesetzgebenden Instanzen. Seine Vollmacht wurde von den Vereinigten Staaten vergrößert, da die Inseln zu Gummi-Plantagen dienen sollen.

Von der anbaufähigen Fläche von 70 000 000 Acres sind nur 9 000 000 kultiviert.

Hauptprodukte der Landwirtschaft: Reis, Hanf, Kokosnuß, Zucker, Mais, Tabak. Wert der Produktion 1924 215 Millionen Dollar. Das Land ist reich an metallischen (Gold, Silber, Eisen, Kupfer) und nichtmetallischen Mineralien (Kohle, Petroleum, schwefel usw.), doch ist ihre Ausbeutung gar nicht entwickelt; außerdem sehr reich an Holz. Hauptprodukte der Industrie: Hüte und Kokosnußöl. Es gibt etwa 8350 Industrie-Unternehmungen mit investiertem Kapital von 110 Mill. Dollar und jährlicher Produktion von 178 Mill. Dollar. Der Außenhandel (1924/25) betrug: Einfuhr 117 Mill. Doll.; Ausfuhr 140 Mill. Doll.; davon $^2/_5$ mit Ver. Staaten.

Arbeiterbewegung. 1918 32 000, 1924 90 000 Arbeiter in Gewerkschaften organisiert; zusammen mit Mitgliedern der Arbeiter-Unterstützungs-Vereinigungen zählte man 1924 162 000 Organisierte, bzw. in der Manila-Provinz (100 000), Iloilo-Provinz (20 000) und Pampagna-Provinz (15 000). Die Gewerkschaften sind meistens den zwei Gewerkschaftsbünden, Congreso Obrero de Filipinas und Federacion del Trabajo de Filipinas, angeschlossen. Die größten Verbände sind: Seeleute, Dockarbeiter, chinesische Tagelöhner, Tabakarbeiter und Staatsangestellte. Bei einem aufrührerischen Streik unter Reispächtern (Februar 1925) kamen revolutionäre Aufrufe und Forderungen zum Vorschein.

Porto Rico

Kolonie der Vereinigten Staaten, von Spanien 1898 erworben. Nach dem Kongreßgesetz von 1917 besteht eine Legislative mit zwei Kammern (Senat aus 19 Mitgliedern und Unterhaus aus 39 Mitgliedern). Der Gouverneur wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt. Die Insel hat eine Fläche von 8897 qkm. Bevölkerung 1 384 000, davon 35 Prozent farbig (Neger und Mulatten). Von der arbeitenden Bevölkerung sind 63 Prozent in der Landwirtschaft, der Fischerei und dem Bergbau, 8 Prozent in der Industrie, 8 Prozent im Handel und Transport, der Rest im Hausdienst beschäftigt. Die Insel hat im all-

gemeinen unter amerikanischer Herrschaft an wirtschaftlichen Möglichkeiten verloren. Von den rund 1 400 000 Einwohnern werden etwa 400 000 als „überflüssig" geschätzt. Ein Projekt wird ausgearbeitet, die Portoricaner als Landarbeiter nach Hawai zu schicken, die dort auch zur militärischen Verteidigung an Stelle der gemischten Hawaischen Bevölkerung gebraucht werden könnten.

Hauptprodukte der Landwirtschaft: Zucker, Tabak, Kaffee und Südfrüchte; der Industrie: Zigarren und Zigaretten, Hüte, Stickereien, Rum usw. Kaffee-Export im Jahre 1922 4,3 Millionen Pfund (Gewicht), Zucker 40 Mill. Dollar, Zigarren 9 Mill. Dollar, Gesamtausfuhr 1924 88 Millionen Dollar, davon 80 Millionen Dollar nach den Vereinigten Staaten. Gesamteinfuhr 1924 89 Mill. Dollar, davon aus den Vereinigten Staaten 80 Millionen Dollar. Es gibt etwa 1000 industrielle Unternehmungen mit etwa 20 000 Lohnarbeitern.

Es existiert eine Sozialistische Partei, die vor den letzten Wahlen vier Abgeordnete im Parlament und einen Vertreter im Senat besaß. Die Wahlen im November 1924 wurden unter Terror und mit Hilfe der Korruption durchgeführt und die Sozialistische Partei hat zugunsten der „Allianz" zwei Unterhaussitze verloren.

Der Gewerkschaftsverband heißt „Federacion libre de los



Die Machtgebiete im Stillen Ozean

trabajadores de Puerto Rico". Er gibt als Mitgliederbestand 25 000 in 150 Lokalverbänden an, veröffentlicht eine Zeitung „Justicia" und ist der Pan-American-Federation of Labor angeschlossen.

Virginien-Inseln

Diese Gruppe umfaßt hauptsächlich die Inseln St. Thomas, St. Croix und St. Johann (St. John), früher Dänisch-Westindien genannt und ist eine Kolonie der Vereinigten Staaten, die 1916 von Dänemark für 25 000 000 Dollar erworben wurde und aus zwei Munizipalitäten besteht. Die Inseln St. Thomas und St. Johann bilden die eine, St. Croix die andere. Zivile und militärische, auch gerichtliche Gewalt liegt in den Händen eines von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Senatszustimmung ernannten Gouverneurs. Beide Munizipalitäten haben ihre teils ernannten, teils gewählten „Kolonialräte". Gesamtfläche der Inseln 343 qkm, Bevölkerung 1920 26 051, 1911 27 086, 1860 38 231, 1835 43 178, seit 1920 weiter gefallen, Neger und Mulatten; 7,4 Prozent Weiße. Die Arbeiterbevölkerung ist gewerkschaftlich organisiert, zum Teil mit der amerikanischen Arbeitsföderation (AFofL) verbunden. Kein Gewerkschaftsbund vorhanden; organisiert etwa 2000, davon zählt die St. Thomas-Organisation 1000, die St. Croix 400 Mitglieder. St. Thomas hat einen Sozialisten in der Legislatur und ein Wochenblatt rechtssozialistischer Richtung. Eine Sonderkommission hat die Arbeitsverhältnisse und Löhne als besonders schlecht befunden.

Produktion: Zucker, Tabak, Rum, auch Viehzucht. Außenhandel mit den Vereinigten Staaten 1924/25: Ausfuhr 0,6 Millionen Dollar, Einfuhr 1,1 Millionen Dollar. Die Stadt St. Thomas unter dem amerikanischen Prohibitionsgesetz, so daß jetzt deswegen wenige ausländische Schiffe im Hafen anlaufen.

Hawai-Inseln

Annektiert von den Vereinigten Staaten 1898; seit 1900 gelten sie als „Territorium". Verwaltung: Gouverneur, ernannt vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats. Wichtige Flottenbasis in Pearl Harbor und Armeepost von 30 000 Mann. Gesetzgebung: Senat von 15 und Unterhaus von 30 Mitgliedern. Hawai wählt einen Vertreter zum Kongreß, der Redefreiheit, aber kein Stimmrecht genießt. Ausdehnung der wichtigsten Inseln: Hawai 2639, Maui 1893, Oahu 1555, Kauai 1422 qkm. Hauptstadt Honolulu, 83 327 Einwohner. Gesamtbevölkerung 1924 307 100, davon 21 000 vollblütige und 20 000 gemischte Hawaier, 24 500 Chinesen, 125 000 Japaner, 39 000 Philippiner, 26 700 Portugiesen, 35 000 Amerikaner, Briten, Deutsche und Russen. Seit 1. Juli 1924 ist das anti-japanische Einwanderungsgesetz in Kraft. Hauptproduktion: Zucker und Ananas; außerdem Reis, Kaffee, Bananen, Wolle, Baumwolle und Gummi.

Die Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, aber nach Rassen. Die japanische samt der philippinischen Gewerkschaft zählen etwa 35 000 Mitglieder. Die Amerikanische Arbeitsföderation (AF of L) will die Hawaische Arbeitsföderation nicht anerkennen, weil diese von Japanern beherrscht ist. Neuerdings ist eine Bewegung entstanden, die unter dem Namen „Vereinigte Arbeiter von Hawai" eine Verschmelzung aller vorhandenen Gewerkschaften ohne Rassenunterschiede in eine gemeinsame Organisation erstrebt, der auch die weißen Arbeiter, welche in Zweigorganisationen der Gewerkschaften der Amerikanischen Arbeitsföderation organisiert sind, angehören sollen. Während 1925 gab es revolutionäre Streikbewegungen auf den Zuckerplantagen, die mit der Tötung von 20 Arbeitern und Verwundung von vielen anderen sowie Verhaftung von 133 und Verurteilung von 76 Arbeitern endeten. Die Streikenden waren sämtlich Philippiner. Die Bewegung um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Zuckerplantagen besteht weiter.

Gesamtausfuhr nach den Vereinigten Staaten 1924 bis 1925 100,5 Millionen Dollar, Gesamteinfuhr 1924 bis 1925: 73 Millionen Dollar.

Guam-Inseln

Die größte Insel der Marianen-Gruppe im Stillen Ozean; von Spanien 1898 abgetreten. Fläche 544 qkm, Bevölkerung 14 344 polynesischer Rasse. Die Insel steht unter der Verwaltung der Admiralität; wichtig als befestigte Flottenstation zur Verteidigung der Philippinen bei eventuellem Krieg mit Japan. Nach dem Washingtoner Viermächte-Abkommen darf Guam nicht weiter befestigt werden.

Samoa-Inselgruppe

Amerikanisch-Samoa besteht aus den Inseln Tutuila, Annuu, Ofu, Olosega und Talu, Gesamtoberfläche 151 qkm. Bevölkerung 8056 polynesischer Rasse. Infolge von Schutzgesetzen, die den Ankauf von Land durch die Ausländer verbieten, wächst die einheimische Bevölkerung rasch an.

Die Inseln kamen in den Besitz der Vereinigten Staaten auf Grund des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland von 1899. Wichtig als Kohlen- und Flottenstation. (Der Hafen Pagopago ist sehr wertvoll, er soll der beste Hafen am pazifischen Ozean sein.) Die Inseln stehen unter der Verwaltung der Admiralität, die auf der Tutuila-Insel eine Radiostation besitzt.

Cuba

Fläche 118 831 qkm. Bevölkerung 1924 3 368 923, davon 74,3 Prozent Weiße und 25,7 Prozent Farbige. Sprache spanisch. Jährliche Durchschnittseinwanderung 45 000, meistens Spanier und Einwohner der Insel Jamaica.

Cuba war bis 1898 eine Kolonie Spaniens; als Resultat des Aufstandes und des amerikanisch-spanischen Krieges 1902 als unabhängige Republik proklamiert unter dem Protektorat der Vereinigten Staaten, die die Kontrolle über die Finanzen, den Gebrauch der Flottenstation und ein Interventionsrecht ausüben; gegenwärtig wird die Kontrolle, besonders in Finanzangelegenheiten, durch den „Botschafter" der Vereinigten Staaten, dem berüchtigten General Crowder, ausgeübt, dem die Cubanische Regierung (Präsident Machado) vollständig untergeordnet ist. Bezeichnend ist die Erklärung der cubanischen Regierung, daß keinerlei Kritik des amerikanischen Imperialismus geduldet wird. Die nationalistische Bewegung, vertreten durch die Nationalistische Partei, die für die Abberufung Crowders und für die Annullierung des bekannten Platt-Amendement-Gesetzes eintritt, wird von Machado verfolgt. Trotz mehrfacher Proteste seitens Cubas halten die Vereinigten Staaten ihre Marinetruppen auf der Insel. Verfassung: Präsident und National-Kongreß (Senat 24, Unterhaus 118 Mitglieder) vom Volke gewählt. Beschäftigung hauptsächlich Landwirtschaft, dann Bergbau und Industrie. Zuckerproduktion (1924/25) 5100 Tausend Tonnen. Produktion von Alkohol und Rum als Nebenproduktion betrieben. Wert der Tabakproduktion 40 bis 50 Millionen Dollar. Eisenerzgruben beschäftigen 4000 Arbeiter und liefern den Vereinigten Staaten jährlich 600 000 Tonnen Erz. Die gesamte Zuckerproduktion mit Plantagen und Eisenbahnlinien ist in den Händen der amerikanischen Kapitalisten konzentriert. Es gibt etwa 150 Zuckerraffinerien, von denen etwa 100 amerikanischen Kapitalisten, der Rest spanischen oder cubanischen Kapitalisten gehören. Die zwei großen amerikanischen Zuckergesellschaften General Sugar Co. und Cuban Cane Sugar kontrollieren bis 80 Prozent der Gesamtproduktion. Außenhandel 1924 Ausfuhr 434 Millionen Dollar; Einfuhr 290 Millionen Dollar; etwa 75 Prozent nach und von den Vereinigten Staaten. Die Investitionen der Vereinigten Staaten in Cuba betragen 1250 Millionen Dollar.

Arbeiterbewegung: Es gibt keinen zentralen Gewerkschaftsbund; die 150 000 organisierten Arbeiter erfassen verschiedene Gewerkschaftsorganisationen (Eisenbahner, Seeleute, Hafenarbeiter, Bauarbeiter, Straßenbahner, Tabak- und Nahrungsmittelarbeiter). Die größte Organisation ist der Tabakarbeiterverband mit 8000 Mitgliedern, sodann Eisenbahner mit 6000 Mitgliedern. Die Gewerkschaften befinden sich meistens in reformistischem Fahrwasser, teilweise zeigen sie anarcho-syndikalistische Tendenzen; in letzter Zeit macht die kommunistische Propaganda Fortschritte. Ein offizielles Gewerkschaftsblatt wird gemeinsam mit der Sozialistischen Partei herausgegeben. Die Gewerkschaften wurden neuerdings von der Machado-Regierung verfolgt, weil sie die Zuckerarbeiter (colonos) zu organisieren versuchen und besonders die Eisenbahner den Streik der ersteren unterstützen.

Die letzten zwei Jahre 1924/1925 sahen in Cuba große Streikbewegungen, die vielfach zu Sympathiestreiks Anlaß gaben. So streikten die Hafenarbeiter, Straßenbahner, Bauarbeiter usw., wobei Streikführer verhaftet und Fremde deportiert wurden. Am bedeutendsten waren die Streiks von etwa 15 000 Zuckerarbeitern 1924 und 1925, die zu Sympathiestreiks der Eisenbahner führten. Die Zuckerarbeiter sollen auch von der Organisation der Zuckerkleinbauern unterstützt worden sein, die angeblich 35 000 Mitglieder zählt, und sich unter anarcho-syndikalistischem Einfluß befindet.

Haiti

umfaßt den westlichen Teil der Insel Haiti. Nominell unabhängige Republik, in Wirklichkeit eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Fläche 26 435 qkm. Bevölkerung 2 028 000 Neger, Abkömmlinge der gewesenen Sklaven, und 5000 Fremde, darunter 10 Prozent Weiße. Sprache: verdorbenes Französisch. Religion: römisch-katholisch. Beschäftigung: überwiegend Landwirtschaft (Kaffe, Rohrzucker, Tabak). Große Zucker-, Rum-, Zigarren- und Zigarettenfabriken.

Das Land wird militärisch besetzt gehalten. Jede anti-amerikanische Bewegung oder Arbeiterbewegung wird militärisch unterdrückt.

Santo Domingo

Formell unabhängiger Staat; umfaßt die östliche Hälfte der Insel Haiti, Ausdehnung: ungefähr 50 070 qkm, Bevölkerung: 897 000; sehr gemischt: Kreolen, Neger, Indianer und Mischlinge jeder Art. Sprache: spanisch. Religion: römisch-katholisch. Beschäftigung: Landwirtschaft, hauptsächlich Viehzucht (daneben Zuckerrohr, Tabak, Kakao). Großer, wenig ausgenutzter Mineralreichtum: Kohle, Eisen, Petroleum, Silber, Platin. Eisenbahn und Schiffahrt in der Hand der Vereinigten Staaten und Englands. Außenhandel (in Millionen Dollar): Einfuhr 1923 18,2, 1924 21,6; Ausfuhr 1923 26,0, 1924 30,3. Das Land wurde im November 1916 von der Marine der Vereinigten Staaten besetzt und wird seither besetzt gehalten. Die Regierung führt der Militärgouverneur der Vereinigten Staaten. Die Bevölkerung wird auf jede Weise unterdrückt.

Panama

Formell unabhängige Republik; in Wirklichkeit Kolonie der Vereinigten Staaten. Es wurde auf Betreiben der Vereinigten Staaten 1903 von Columbien losgelöst, um den Vertag mit den Vereinigten Staaten über die Kanalzone schließen zu können. Ausdehnung: 87 534 qkm. Bevölkerung (1923) 442 522 Spanier, Indianer, Neger, 55 000 Engländer von den westlichen Inseln. Produktion: Bananen, Kaffee, Kautschuk, Zucker, Tabak. Viehzucht. Großer Mineralreichtum.

Der Panamalkanal selbst, und eine 11 km breite Zone links und rechts davon, gehört unmittelbar den Vereinigten Staaten an. Diese bezahlten hierfür an Panama 10 Millionen Dollar bei Ratifikation des Vertrages und jährlich 250 000 Dollar. (Verkehr des Panamakanals siehe im allgemeinen Teil.)

Nicaragua

Formell unabhängige Republik; in Wirklichkeit von den Vereinigten Staaten beherrscht, die ihre Marinetruppen in der Hauptstadt Managua halten, angeblich zum Schutz der amerikanischen Zollbeamten, die die Schulden der Republik an die amerikanischen Banken durch die Zolleinahme sichern. Verfassung: Präsident und Nationalkongreß (Senat 13 Mitglieder, Unterhaus 40), vom Volke gewählt. Ausdehnung 127 920 qkm, Bevölkerung 703 000, meistens spanisch-indianische Mischlinge. Wichtige Produkte: Kaffee, Bananen, Zucker. Außenhandel (in Millionen Dollar): Einfuhr 1923 7,3, 1924 8,8. Ausfuhr 1923 11,0, 1924 13,0.

Nach dem „Vertrag" zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten haben diese einen Kanalweg durch Nicaragua erworben, sowie zwei Flottenbasen, eine am Atlantischen (Corn-Insel), die andere am Pazifischen Ozean (Fonesca-Bucht).

Maße und Gewichte

Das dezimale Maßsystem

1 Kilometer = 1000 m
1 Zentimeter (cm) = 0,01 m
1 Millimeter mm) = 0,001 m = 0,1 cm
1 micron = 0.001 mm
1 qkm = 1 000 000 qm
1 Hektar = 10 000 qm = 100 Ar
1 Ar = 100 qm
1 Liter = 10 Deziliter = 1000 ccm

1 Hektoliter = 100 l
1 Deziliter = 0,1 l
1 Metertonne = 1000 Kilogramm
1 Doppelzentner (dz) = 100 kg
1 Kilogramm = 1000 Gramm
1 Dekagramm = 10 Gramm
1 Dezigramm = 0,1 Gramm
1 Zentigramm = 0,01 Gramm

Die englischen Maße und Gewichte

1 inch Zoll = 0,025 m
1 foot (Fuß = 0,30 m
1 yard = 0,91 m
1 mile (Meile) = 1,60 km
1 See-Meile = 1,15 Land-Meile = 1,84 km
1 square yard (Quadrat yard) = 0,84 qm
1 acre = 0,40 ha
1 square mile (Quadrat-Meile) = 2,59 qkm
1 pint = 0,57 l
1 quart = 1,1 l

1 gallon = 4,5 l
1 peck = 9.08 l
1 bushel = 36,34 l
1 pound (Pfund = 0,45 kg
1 Hundred-weight (Englische Zentner) = 50,8 kg
1 long groß ton = 10,16 dz
1 short ton = 8,9, long groß) ton = 9,1 dz
1 pound sterling = 20 shiling
1 shiling = 12 penny (d

Die wichtigsten russischen Maße und Gewichte

1 russ. Zoll = 2,54 cm
1 russ. Fuß = 12 Zoll = 30,4 cm
1 Arschin = 28 Zoll = 71,12 cm
1 Faden (Sashen) = 7 Fuß = 2 Arschin = 2,1 m
1 Werst = 500 Faden = 1066,8 m
1 Quadratzoll = 6,46 qcm
1 Quadratfaden = 4,55 qm
1 Quadratwerst = 1,14 qkm
1 Deßjatine = 2400 Quadratfaden = 109,25 Ar
1 Tschetwert (Getreidemaße) = 8 Tschetwerik = 8 Garnez = 2,099 Hektoliter

1 Tschetwerik = 26 Liter
1 Wedro = 10 russ. Quart = 12,3 Liter
1 russ. Quart (Kruschka) = 1,23 l
1 Berkowez = 10 Pud
1 Pud = 40 russ. Pfund = 16,4 kg
1 russ. Pfund = 32 Lot = 96 Solotnik = 409,5 Gramm
1 Lot = 3 Solotnik
1 Solotnik = 4,3 Gramm
1 Goldrubel = 2,16 Goldmark
1 Kopeka = 2,16 Pfennige

Die wichtigsten chinesischen Maße und Gewichte*)

Gewicht

10 Ssu = 1 Hao
10 Hao = 1 Li
10 Li = 1 Fen (Candareen
10 Fen = 1 Ch'ien (Mace)
10 Ch'ien = 1 Liang (tael) = 37,3 Gramm
16 Liang = 1 Chin (Catty) = 596,8 Gramm
1 Catty (für die Zollämter) = 604,5 Gramm
1 Picul (Tan = 100 Catty = 60,45 kg.

Hohlmaß

10 Sho = 1 Ko
10 Ko = 1 Sheng
10 Sheng = 1 Tau = 10,35 Liter
5 Tou = 1 Hu
2 Hu = 1 Tan

Länge

10 Fen = 1 Ts'un Zoll)
10 Ts'un = 1 Ch'ih (Fuß = 0,32 m
10 Ch'ih = 1 Chang = 3,2 m
180 Chang = 1 Li = 576 m

Flächenmaß

25 Quadrat Ch'ih = 1 Pu oder Kung
240 Pu = 10 Fen = 1 Mow = 0,061 Hektar
100 Mow = 1 Ch'ing

Andere bemerkenswerte Maßeinheiten

1 Ballen Baumwolle (Ver. Staaten = 2,3 dz
1 Ballen Baumwolla (Brit. Indien) = 1,8 dz
1 Barrel Weizenmehl (Kanada, Vereinigte Staaten = 0,9 dz
1 Barrel Rohpetroleum = 1,3 dz
1 Bushel Weizen (Kanada, Verein. Staaten, Großbritannien = 0,27 dz
1 Bushel Roggen Kanada, Verein. Staaten, Großbritannien) = 0,25 dz
1 Bushel Gerste Kanad., Ver. Staat. = 0,22 dz
1 Bushel Hafer (Verein. Staaten) = 0,15 dz
1 Bushel Rohreis (Verein. Staaten) = 0,20 dz
1 Morgen (Deutschland = 0,26 ha
1 Chao (Japan = 0,99 Ha
1 Feddan masri Aegypten) = 0,42 ha
1 Joch (Kataster-Joch-Ungarn) = 0,58 ha
1 Kantar Aegypten) = 0,45 dz
1 Koku (Japan = 1,8 hl
1 Koku Weizen = 1,3 dz
1 Koku Gerste = 1,05 dz
1 Koku Hafer = 0,8 dz
1 Koku geschälter Reis = 1,4 dz
1 Koku Cocon = 37,5 kg
1 Pikul (Japan) = 100 Kins = 0,6 dz

*) Die Maßeinheiten und ihre Größe ändern sich nach Gebieten.

PERSONEN- U. SACHREGISTER

A

B

M

N

S

T

U

V

W

Z

